











DEMNÄCHSTERSCHEINT:

HERMANN WENDEL

# August Bebel

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT GMBH  
BERLIN SW 68

## Deutschland Deutschland über alles!

*Von einem Deutschen*

*Warum das Deutschlandlied nicht von  
Monarchisten gesungen werden darf!*

*Warum das Deutschlandlied das  
Lied der Republik  
ist!*

★

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT GMBH • BERLIN SW 68

# DIE GLOCKE

1. Heft

2. April 1923

9. Jahrg.

Nachdruck sämtlicher Artikel ist nur mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

ERICH KUTTNER:

## Weißer Ostern?

I.

**W**ARE es nach dem Kopf der Roßbach und Hitler gegangen, so hätten wir zu Ostern den weißen Schrecken erlebt. Da die Sache schief ging, ist sie natürlich bedeutungslos.

NB.: Der rechtzeitig verhinderte Kapp-Putsch wäre ebenso eine Kinderei gewesen. Wie hätte man — seine Erstickung im Keime vorausgesetzt — die dummen Kerle belächelt, die der Mitwelt eine ernsthafte Gefahr einreden wollten!

Der deutsche Bürger ist kein sentimentaler Reiter über den Bodensee, der an nachträglichem Schrecken stirbt. Er denkt: Na wenn schon! Da es mir nichts geschadet hat, kann die Sache auch nicht gefährlich gewesen sein.

II.

Eine Handvoll Narren.... So lautet die Formel wohl?

Nein, die sind es nicht.

Minister Severing meinte im Landtag: das Ausland brauche die Selbstschutzverbände nicht zu fürchten. Aber um ganze 100 000 Mann Reichswehr und 150 000 Schutzpolizisten ernsthaft zu bedrohen, soviel Jagdgewehre und Revolver ließen sich in Deutschland immer noch auftreiben.

Sogar das ist übertrieben. Man darf die Hitler- und Roßbach-Männer nicht für heldenhafter halten als ihre Führer. Neunzig Prozent von ihnen erstreben nichts als ein faules Abenteuerleben. Der Mut des einzelnen dürfte nicht größer sein als der Mut jenes Leutnants Roßbach vom 175. Infanterie-Regiment, der zu Beginn des Krieges unter seinen Offizierskollegen wegen seiner häufigen Krankmeldungen bekannt war, als der Mut des Herrn Hitler, der sich durch Postenketten vor dem Photographiertwerden schützt, als der Mut des Herrn Wulle, von dem Schiller gesungen hätte:

Und schweigend umarmt er sein teures Weib  
Und liefert sie aus dem Tyrannen.  
Er selber ziehet von dannen.

H X 6  
G 56  
V. 11-26

Nein, die Sache ist wie beim Kapp-Putsch, von dem Noske in seinen Erinnerungen sagt: Ein Dutzend Maschinengewehre hätte den ganzen Spuk auseinandergeblasen.

Die Frage ist heute wie damals, ob die Regierung im Ernstfall über dies Dutzend Maschinengewehre verfügt.

Das ist die Frage, ganz allein.

Sämtliche 34 Hundertschaften des Herrn Hitler — soviel sind es mindestens, da in Thüringen eine 34. existiert — laufen vor einem einzigen Reichswehr-Bataillon davon, das ernst macht.

Das ernst macht . . .

### III.

Da, glaube ich, liegt der springende Punkt. In der Verschwörersitzung zu Potsdam wurde mindestens mit einer wohlwollenden Neutralität der Reichswehr gerechnet.

Nun mögen die Herren Geßler und Seeckt erwidern: Was kann die Reichswehr dafür, was andere von ihr denken? Sie hat doch die wohlwollende Neutralität nicht versprochen!

Das schon. Aber es ist ein übles Zeichen, wenn Leute, die doch ihre guten persönlichen Beziehungen zu allen möglichen Reichswehrstellen haben — die Teilnahme von Reichswehr-Offizieren an der Sitzung ist dafür ein Beweis, aber durchaus nicht der einzige —, wenn diese Leute eine Begünstigung ihres hochverräterischen Treibens durch die Reichswehr als wichtigen Aktivposten in ihre Rechnung setzen.

Eine kommunistische Kampforganisation hätte das doch nicht getan. Woraus der Schluß zulässig, daß gerade rechtsradikale Kreise der Reichswehr eine andere Einstellung gegen Rechtsputsche als gegen Linksputsche zutrauen.

### IV.

Seit Herrn Geßlers Entpolitisierungsaktion ist die Reichswehr die große Unbekannte. Mit dem Verbot des Reichswirtschaftsverbandes deutscher Berufssoldaten, dessen Eingabe um Wiederzulassung unbeantwortet blieb — vielleicht, weil der Verband jede politische Einstellung ablehnte außer einem allgemeinen Treubekennntnis zur Republik — ist die Öffentlichkeit von der Reichswehr abgeschlossen. Es sei hier übrigens die Frage gestattet, warum die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dies Verbot ruhig hinnahm, nachdem sie unter schweren Mühen eine Fassung des Reichswehrgesetzes erkämpft hatte, die den Fortbestand des Verbandes ermöglichte.

Jedenfalls: heute erfährt man kaum noch, was hinter den schweigenden Mauern der Kasernen vorgeht. Höchstens hört man etwas von abnorm hohen Selbstmordziffern. Oder, wo sich einmal



ein Eckchen des Vorhangs lüftet, wie im Falle Paderborn, da werden die unbequemen Enthüller gemäßregelt. (Vgl. den hier behandelten Fall des Gefreiten Schulze.)

Immerhin dürften etwa folgende Fragen auch den Nicht-Reichswehrangehörigen interessieren: Womit werden die Soldaten in den langen zwölf Dienstjahren außer dem bald gelernten soldatischen Handwerk beschäftigt? Wird staatsbürgerlicher Unterricht über die Verfassung und wie wird er erteilt? Wie gestaltet sich die „Pflege der Tradition“ in der Praxis? Was geschieht, um den unbedingten Gehorsam der Armee gegen Befehle der verfassungsmäßigen Regierung zu sichern? Welche Folgerungen hat das Reichswehrministerium aus den nationalistischen Exzessen in Borkum, Paderborn, München usw. außer der Entfernung weniger unheilbar kompromittierter Personen gezogen?

Doch zum Kernpunkt zurück: Irreguläre Banden bedeuten genau so viel, als die reguläre staatliche Macht sie bedeuten läßt. Hejas und Pronay konnten Ungarn terrorisieren, solange die ungarische Regierung mit ihnen im Buhde war. Hitler ist eine Gefahr, weil die bayerische Regierung sein Treiben duldet. Robbach wäre eine Null, wenn ein Putsch seiner Banden von der Reichswehr wie ein Kommunistenputsch niedergeschlagen würde.

Legt Herr Geßler dafür seine Hand ins Feuer?

Die Garantie liegt aber nicht bei Herrn Geßler. Sie liegt überhaupt nicht bei der Reichsregierung.

(Darf man auch an dieser Stelle fragen, wie die Reichsregierung im Falle der Deutschvölkischen Freiheitspartei von ihrem Reichskommissar für öffentliche Sicherheit, Herrn Gendarmerieoberst a. D. K u e n z e r, bedient wurde? Schließlich hat die Öffentlichkeit ein Recht, zu wissen, was der Reichskommissar für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung bisher getan hat.

#### V.

Die Garantie liegt bei Preußen, präziser gesagt: beim preußischen Innenminister Severing.

Wenn die Republik ihre besten Stützen kennen lernen will, so braucht sie nur die Rechtspresse zu studieren. Das Objekt des reaktionären Geheuls ist der thatsichere Tip.

Wäre es der Rechten ernst mit ihrem Parade-Motto: „Das Vaterland über die Partei“, sie hätte alle Ursache, dem Genossen Severing Dank zu wissen. Zurückhaltender und unter größerer Berücksichtigung der außenpolitischen Lage konnte man nicht reden, als Severing im preußischen Landtag. Ein Ehrgeiziger hätte nach den billigen Lorbeeren des Enthüllers und Retters aus der Gefahr ghascht. Severing lehnte das ab. Er gab von dem vorhandenen Material nur so viel preis, als die Beleuchtung der Situation unumgänglich erforderte.

Das allerdings ließ sich nicht vermeiden. Die Zumutung, daß der Minister auf die sozialdemokratische Anfrage gänzlich hätte schweigen sollen, verrät nur einen gänzlichen Mangel politischen Tastsinnes. Aus den Erfahrungen von 1914 bis 1918 sollte auch der Stupideste gelernt haben, daß die Totschweigetaktik unangenehme Tatsachen weder aus der Welt schafft, noch ihr Bekanntwerden im Ausland hindert, dafür aber den tollsten Gerüchten Vorschub leistet. Natürlich braucht man deswegen nicht in das Gegenextrem unbegrenzter Redseligkeit zu verfallen.

Diesen Fehler aber hat Severing sicher nicht begangen. Der Dank der „Patrioten“? Höhnische Anmerkungen: Severing sei den Beweis für seine Behauptungen schuldig geblieben, er habe eine Mücke zum Elefanten gemacht, sein Material sei ganz mangelhaft usw. Leider sekundieren hierbei — wenigstens indirekt — gewisse Preßorgane, denen die journalistische Sensation über alles geht und die es nicht verschmerzen, daß die von ihnen geräuschvoll angekündigte Ministerrede hinter ihren Schlagzeilen-Verheißungen zurückblieb.

Rein persönlich hätte Severing sicher seine Position bedeutend verbessert, wenn er sofort sein gesamtes Material der Oeffentlichkeit vorgelegt hätte. Daß er im außenpolitischen Interesse sich Beschränkung auferlegte, nutzen nach demagogischer Gewohnheit zu ihren parteipolitischen Zwecken die Leute aus, denen „das Vaterland über die Partei“ geht, ganz im Gegensatz zur vaterlandslosen Sozialdemokratie.

## VI.

Zweifellos ist der konzentrische Gegenangriff der Reaktion gegen Severing in vollem Gange. Natürlich toben in erster Linie gegen den preußischen Innenminister die bayerischen Partikularistenorgane, die jedes Hineinreden Preußens in bayerische Regierungsfragen als Sakrileg am „bundesstaatlichen Charakter des Reiches“ ausposaunen würden.

Aber da die bayerische Basis in diesem Fall denn doch nicht ausreicht, sucht die Reaktion nach stärkerem Rückhalt und hofft ihn zu finden bei der bürgerlichen Reichsregierung. Das bayerische Patriotengewäsch vom „marxistisch“ regierten Preußen, das mit dem national regierten Reich in Einklang gebracht werden müsse, ist nur ein plump-offener Ausdruck für das, was andere mit feineren Mitteln versuchen.

Leider muß gesagt werden, daß die bisherige Passivität der Reichsregierung in der ganzen Sache solche Versuche ermutigen muß. Betrachtet die Reichsregierung wirklich die Bekämpfung ernster Putschfahren als ausschließliche Aufgabe der Länder? Sie hat der bayerischen Faschistengefahr bisher mit verschränkten Armen zugesehen, ohne die bayerische Regierung zu ihrer Pflicht

anzuhalten, die chaotischen Zustände in der „Ordnungszelle“ abzustellen, die ganz Deutschland zu infizieren drohen. Würde die Reichsregierung aber — wie es die Reaktionäre wünschen — einer ihrer Pflicht bewußten preußischen Regierung in den Arm fallen, so könnte das Folgen zeitigen, die nicht abzusehen sind.

Ohne dem Kabinett Cuno eine solche Torheit zuzutrauen, wollen wir hier doch mit größter Offenheit und Deutlichkeit folgendes aussprechen: Nicht nur die sozialdemokratische Arbeiterschaft — nein, die gesamte Bevölkerung, soweit sie demokratisch und republikanisch gesinnt ist, verlangt, daß endlich die Beunruhigung durch Selbstschutz- und ähnliche reaktionäre Banden aufhört. In der Tätigkeit des preußischen Innenministers erblickt sie die bisher wirksamste Bekämpfung der reaktionären Gefahr. Jeden Versuch, den Minister Severing zu beseitigen oder auch nur, seine Tätigkeit lahmzulegen, würde die republikanische Bevölkerung als eine gegen sie gerichtete Kriegserklärung betrachten und entsprechend beantworten.

Dieser Konsequenz sollen sich die Leute bewußt sein, die jetzt gegen Severing minieren. Sie mögen sich dann selber die Frage nach den außenpolitischen Auswirkungen ihres unverantwortlichen Tuns beantworten.

KURT HEINIG:

## Cuno im Glück.

**D**ER Mann hat wirklich Glück — und nicht nur das Glück, daß wir allzu vergeßlich sind! In der Bibel gibt's nur einen Saulus, der zum Paulus wurde. Unser hochverehrter derzeitiger Reichskanzler hat eine ganze Paulaner-Gewerkschaft auf seiner Seite, noch dazu mit „Verbandsleitung“, vielen „Ortsgruppen“ und der dazu gehörigen Presse — was im besonderen nicht zu unterschätzen ist.

Registrieren wir einmal: Am 28. Oktober 1922 — es sind rund 150 Tage her — war der Zentralauschuß der Reichsbank zu einer Sitzung beisammen. Der Präsident des Reichsbankdirektoriums, Havenstein, begründete die Auffassung des Direktoriums zur Frage „der sogenannten Goldschatzanweisungen“. Im Bericht heißt es, daß es durchaus verständlich sei, daß infolge der gegenwärtigen Not Deutschlands in weiten Kreisen der Bevölkerung der Wunsch bestehe, es müsse währungs- politisch etwas geschehen, um dieser Not abzuhelpen. So dringend notwendig es aber für Deutschland auch wäre, den Niedergang unserer Währung zu hemmen und wieder zu stabilen Verhältnissen zu kommen, so halte es doch das Reichsbankdirekto-

rium in Uebereinstimmung mit beinahe allen bisher gehörten Sachverständigen, insbesondere auch der Konferenz in Genua und dem Pariser Bankier-Komitee, für völlig aussichtslos und unmöglich für uns, aus eigener Kraft, d. h. ohne internationale Hilfe, dieses Ziel zu erreichen oder nur einen Versuch in dieser Richtung der Stabilisierung der Währung zu machen und mit währungstechnischen oder währungspolitischen Maßnahmen hier einen Erfolg zu erzielen, ehe nicht die Grundursache der Not Deutschlands beseitigt wird, d. h., ehe wir nicht ein ausreichendes Moratorium erhalten und eine für uns tragbare Lösung des Reparationsproblems nicht wenigstens in sicherer Aussicht steht.

Der Ausgabe von Goldschatzanweisungen habe das Reichsbankdirektorium grundsätzlich widerraten. Von anderen Bedenken ganz abgesehen, sei das für die Reichsfinanzverwaltung mit der Verpflichtung zur Einlösung verbundene Risiko, falls die Ausgabe größeren Umfang annehme, untragbar und unter Umständen für das Reich wie nicht minder für die Reichsbank, wenn die zur Einlösung der Goldschatzanweisungen nötigen Mittel wiederum von der Reichsbank entnommen werden sollten, für diese selbst katastrophal. Eine Verwendung des Goldbestandes der Reichsbank als Unterlage für diese Schatzanweisungen sei unmöglich; eine dauernde Besserung oder gar Stabilisierung der Valuta könne auf diese Weise keinesfalls herbeigeführt werden. Daß die Schatzanweisungen eine Devisennachfrage vom Devisenmarkt und Warennachfrage vom Warenmarkt in größerem Umfange ablenken und den Sinn für Sparsamkeit wieder beleben würden, sei kaum zu erwarten. Immerhin wolle sich das Reichsbankdirektorium einem einmaligen Versuch nicht widersetzen, wenn die Gesamtsumme der Anleihe auf einen geringfügigen Goldmarkbetrag beschränkt bleibe und die Rediskontierbarkeit bei der Reichsbank vor Fälligkeit oder eine Beleihung bei den Darlehnskassen ausgeschlossen sei.

Nur zur Erinnerung sei nebenher bemerkt, daß der Dollar am 28. Oktober zwischen 4100 und 4200 schwankte. Das Kabinett Wirth-Schmidt wurde von den Sachverständigen unter Führung von Havenstein, man wird zugeben, mit seinem Stabilisierungsvorschlag ganz fürchterlich in die Pfanne gehauen.

Die sachkundige Presse im Lande, so etwa die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ und die „München-Augsburger Abendzeitung“, konnte sich gar nicht genug tun in der Wiederholung des Beweises, daß das Reichskabinett, wohlgemerkt: das damalige Reichskabinett, an einem wahnwitzigen Verlustgeschäft verhindert werden müsse. Die „München-Augsburger Abendzeitung“ bewies zum Beispiel den dummen Regierungsleuten, daß die Ursache der herrschenden Valutenhamsterei in dem Streben des kleinen Sparer

liege, seine Reserven für die Winterbedürfnisse nicht der Entwertung anheimfallen zu lassen. Die Winterbevorratung mit Kartoffeln, Eiern, Obst und Mehl zwinge den kleinen Sparer, Dollar zu kaufen. Es werde immer fälschlich behauptet, das geschehe zum Zweck der Gewinnspekulation, der wahre Zweck sei aber lediglich der, „den Wert seines Geldes zum Tageskurs des Moments der Erübrigung zu fixieren“. Folgerichtig schimpfte die „München-Augsburger“ über die Devisenverordnung, die jenen „Spartrieb“ behindere. Goldschatzscheine könnten nicht helfen, denn es sei doch sehr fraglich, ob der Staat heute noch soviel Vertrauen genieße, daß die Sparer diese Goldschatzscheine überhaupt aufnahmen! (Jetzt macht das Blatt für die Schatzanleihe Reklame.)

Das war so die kleine Pressemeute, die hinter dem gejagten Wild herbellte. Mehr Gewicht ist dem beizumessen, daß Mitte November z. B. auch der Eisen- und Stahlwaren-Industrie-Bund in Elberfeld zusammentrat, um eine feierliche Eingabe gegen die wertbeständige Anleihe des Reiches zu beschließen. Verblüffend ist dabei, daß diese partienweise beinahe wörtlich mit dem übereinstimmt, was Präsident Havenstein in der obenerwähnten Sitzung des Direktoriums der Reichsbank ausgeführt hatte. Im Kern wird scharf darauf hingewiesen, daß der Versuch einer Währungsstabilisierung u. a. durch die geplante Goldanleihe verfrüht und unwirksam sei; der Plan der Goldanleihe sei völlig unannehmbar.

Zur Orientierung sei auch hier wieder eingefügt, daß am 20. November das Kabinett Cuno seine Tätigkeit begann. Was sich seither entwickelt hat, ist bekannt. Das Gesetz über die Ausgabe von Dollar-Schatzanweisungen wurde am 2. März beschlossen. Es ist kurz und bündig: es ermächtigt den Reichsfinanzminister, 50 Millionen Dollar durch Ausgabe von Schatzanweisungen flüssig zu machen. Für diese Schatzanweisungen hat die Reichsbank die selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen. Die Schatzanweisungen sind durch die Darlehnskassen des Reiches beleihbar.

Untersuchen wir nun einmal die Dollar-Schatzanleihe des Herrn Cuno an der Hand des Havensteinschen Urteils vom 28. Oktober v. J. Danach ist diese Anleihe dazu verurteilt, etwas völlig Aussichtsloses und Unmögliches zu wollen, man muß ihr grundsätzlich widerraten, sie ist außerdem untragbar und unter Umständen für das Reich und für die Reichsbank katastrophal. „Daß die Schatzanweisungen Devisennachfrage vom Devisenmarkt und Warennachfrage vom Warenmarkt in größerem Umfange ablenken und den Sinn für Sparsamkeit wieder beleben, ist kaum zu erwarten.“ Die Reichsbank, die vor wenigen Monaten sich bereit erklärte, an einer Goldanleihe trotz

ihrer Bedenken mitzuarbeiten, aber nur dann, wenn diese auf einen geringfügigen Goldmarkbetrag beschränkt bleibe und wenn eine Beleihung bei den Darlehnskassen ausgeschlossen sei, „stabilisiert“ heute nicht nur, sie ist sogar mit einer Goldschatzanleihe über 200 Millionen Goldmark einverstanden, sie übernimmt die selbstschuldnerische Bürgschaft dafür, und sie hat nichts gegen die Beleihung bei den Darlehnskassen einzuwenden. Wobei im besonderen zu beachten ist, daß diese Beleihung der Weg ist, auf dem die Goldschatzanleihe die weitere Inflation der Mark erzwingen wird!

Der brave Untertan wird sich fragen, ob es möglich sei, daß das Direktorium der Reichsbank nebst sämtlichen Sachverständigen aus ehrlicher Ueberzeugung heute da weiß sagen könne, wo es vor fünf Monaten schwarz gesagt habe. Er wird sich möglicherweise damit bescheiden, daß die Leute erfreulicherweise etwas zugelernt haben, wenn er es vielleicht auch verwunderlich findet, daß Fachleute und Kapazitäten von jenem Ausmaß es überhaupt nötig haben, in so kurzer Zeit so gründlich weiter- und umzulernen. Aber er wird bei all diesen Erwägungen von irrigen Voraussetzungen ausgegangen sein. Die Goldschatzanleihe von damals ist gar nicht sachlich, sondern übertrieben ungünstig beurteilt worden, während die Cuno-Beckersche Goldschatzanleihe ebensowenig „fachmännisch“, dafür aber übermäßig günstig betrachtet wird. Wir treffen hier auf eins der dunkelsten Kapitel aus dem Leben der Sachverständigen und der Fachleute, wir stoßen auf die Stelle, wo die Herren politisch sterblich sind. Es mag eine Schande sein, aber es ist menschlich verständlich, daß heutzutage auch Sachverständige die ihnen vorgelegten Fragen unter dem Gesichtspunkt der politischen Nützlichkeit, wie sie sie sehen, betrachten. Cuno hat eben das Glück, daß er den Leuten sympathisch ist.

Die Zukunft Deutschlands bleibt eine ernste Angelegenheit. Sie wird durch die Dollar-Schatzanleihe nicht wesentlich bestimmt werden! Es ist erfreulich, daß das auch von Unternehmerseite her gesagt wird, wobei zu beachten bleibt, daß manch fein abgewogenes Wort von jener Seite leider im Trubel des glücklichen Erfolges verloren geht. Man sollte nicht überhören, was der Hansa-Bund eben in einem Rundschreiben an die ihm angeschlossenen Verbände wünscht. Er ruft die Wirtschaftler auf, sie hätten dafür zu sorgen, daß die künstliche Marktstützung Aktion möglichst schnell ein natürliches, tragfähiges Fundament erhalte. Das ist auch unsere Meinung. Die Dollar-Schatzanleihe erinnert sehr stark an den Versuch, die Temperatur der deutschen Valuta dadurch zu verändern, daß man ein Licht unter das Thermometer hält. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sogar die Stearinkerze ein Zimmer zu erwärmen vermag, wahr-

scheinlicher aber ist, daß sie ihren Erfolg auf die von der Flamme erreichbare Quecksilberkugel beschränkt. Sicher sind 50 Millionen Dollar allerlei Geld, es darf aber nicht vergessen werden, daß unsere Notenpressen jetzt durchschnittlich alle 3—4 Wochen für jenen Betrag neues Papiergeld drucken.

Die Geschichte der wertbeständigen Anleihe ist lehrreich, zum mindesten zeigt sie, daß sich mit dem Strom der breit dahinfließenden öffentlichen Meinung leichter regieren läßt als gegen ihn. Nur enden derlei Geschichten nicht so philosophisch behaglich wie die Märchen; wir werden, so ist zu fürchten, auch die Kosten der Dollar-Schatzanleihe eines Tages zu bezahlen haben.

OSKAR JASZI:

## Die Spaltung der ungarischen Reaktion.

Aus Ungarn wird dieser Tage die Vorbereitung eines Rechtsputsches gemeldet. Der Zeitungsleser erfährt, daß Graf Bethlen scharfe Maßnahmen ankündigt und ist erstaunt, weil doch Bethlen selber als Reaktionär bekannt ist. In der Tat ist die Spaltung der ungarischen Reaktion in Deutschland ziemlich unbeachtet, zum mindesten unverstanden geblieben. Eine vorzügliche Darstellung der Genesis dieses Konflikts finden wir in dem kürzlich erschienenen Buche des ungarischen Republikaners Oskar Jászi: „Magyariens Schuld Ungarns Sühne“. (Verlag für Kulturpolitik, München.) Das Buch, zu dem Genosse Eduard Bernstein ein Vorwort geschrieben hat, darf als die beste zurzeit existierende Erkenntnisquelle der ungarischen Revolution und Gegenrevolution betrachtet werden. Mit scharfem Blick erkennt Jászi als das Grundproblem der ungarischen Politik, das keine der vielen am Ruder gewesenen Regierungen bisher gelöst hat, das Problem der Bodenverteilung, der Aufteilung des Lati-fundienbesitzes. Die Kritik, die Jászi an dem Verhalten der Parteien übt, an dem Zögern der ersten Revolutionsregierung, an der theoretischen Verrantheit der Kommunisten während der Räteperiode, an der infamen Heuchelei des „christlich-demokratischen Erneuerungskurses“, ist scharf, aber nur allzu berechtigt. Jászi zeigt mit voller Offenheit die Fehler aller Parteien, auch der eigenen, auf, er zeigt auch den einzig möglichen Weg für eine Erneuerung Ungarns, der über die westliche Demokratie führt. Auch der deutsche Politiker kann aus diesem Buch sehr viel lernen, die fesselnde Kraft der Darstellung, über die Jászi verfügt, macht dieses Lernen zum Genuß. (Red. d. „Glocke“.)

Der weiße Kurs besaß zwei Propagandathesen, durch welche man breite Volksschichten fanatisieren konnte. Die eine war die Wiederherstellung der Gebietsintegrität des Landes, die andere die Rekonstruktion des Wirtschaftslebens durch die Ausrottung des jüdischen Wuchers. Zur Erreichung des ersten Zieles wurde eine irredentistische und Revanche-agitation von riesenhafter Dimension begonnen. Sämtliche führende

Kurspolitiker und die ganze Presse verkündeten unablässig, daß sie nicht einmal auf einen einzigen Akazienbaum verzichten werden, daß die Horthy-Armee, dieses „einzigste heldenmütige und zuverlässige Heer Europas“, die verlorenen Gebiete in kurzem zurückerobern werde. Die Atmosphäre war ständig von glühenden Putschplänen geschwängert. Jedes Detachement hat einen eigenen Kriegsplan zur Verwirklichung der Irredentistenträume gehabt. Das große Publikum hat in einem wahrhaften Fieber das Kommende erwartet, da doch die weißen Helden die Zurücknahme von Pozsony, Kassa und Nagyvárad usw. zu einem fixen Termin versprochen hatten.

Zur Erreichung des andern Zieles, „der Niederzwingung der Judenherrschaft“, wurde gleichfalls eine fieberhafte Tätigkeit entfaltet. Die Judenhetzen, Pogrome, die Brutalisierung schutzloser Menschen, die nach Blut riechenden Plakatierungen, die die Volksleidenschaft aufpeitschende Demagogie wollten kein Ende nehmen. An dieser schmutzig-demagogischen Kampagne haben nicht nur die Größen des Kurses teilgenommen, sondern sogenannte hervorragende alte Staatsmänner, wie z. B. Graf Julius Andrassy und Bischof Ottokar Prohászka, der Meister der Eloquenz, haben sich durch die Hepphepp-Politik vollständig prostituiert ... Die gesamte Kurspresse hat in tausend Variationen verkündet, daß von nun an das goldene Zeitalter des christlichen Ungartums beginne, daß man bald dem jüdischen Wucher und der Ausbeutung ein Ende bereiten werde.

Aber Monate, sogar Jahre sind vergangen, und gerade das Gegenteil dieser Versprechungen ist Wirklichkeit geworden. Die nationalen Helden haben den Vertrag von Trianon ohne ein Wort unterzeichnet, sie gingen sogar noch weiter dadurch, daß sie das ganze Land dem Treiben der ausländischen Kapitalisten auslieferten. Was die Gebietsintegrität anbelangt, vermochten sie von den Siegern keinen einzigen Akazienbaum zurückzugewinnen; nur von dem ebenfalls besiegten und durch die Entente entwaffneten Oesterreich haben sie ein bis zwei Städte mit Unterstützung der reaktionären Imperialisten Italiens wiedererlangt ... Die öffentliche Meinung sah immer klarer, daß Horthy und sein großmäuliger Stab die Gebietsintegrität nicht ernst nahmen und die patriotischen Gefühle der Massen nur deshalb erhitzten, weil man dem groben Unfug der verhaßten Detachements irgendwelchen ideologischen Rechtstitel unterschieben mußte.

Auch in der Frage des Antisemitismus hat die Öffentlichkeit des Landes ähnliche grausame Erfahrungen gemacht. Das wirtschaftliche Leben des Landes ist unter den Händen der bestechlichen und unwisenden Glücksritter endgültig heruntergekommen. Kein Tag verging ohne anekelnde Panamaskandale. Ein Teil des anständigen Handels flüchtete nach dem Ausland. Viele der hervorragendsten technischen Fachleute übersiedelten in die Nachfolgestaaten. Infolge des Treibens der Horthy-Kamarilla ist die Lage der armen Leute in den Städten immer unerträglicher geworden.... Die Gesetzgebung und die Verwal-



tung stellten sich offen auf die Seite des Agrarwuchers... Die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Lebensmitteln und Heizmaterial gestaltete sich immer drückender... Der Hunger, die horrenden Preise und die zunehmende Arbeitslosigkeit, die entsetzliche Wohnungsnot und die schamlose Schlemmerei der Horthy-Kamarilla haben endlich den zurückgebliebensten Kreisen der Öffentlichkeit die Augen geöffnet. Man nahm wahr, daß die Reinigung des ungarischen öffentlichen Lebens vor den Juden eine ebensolche Lüge war wie die Herstellung der Gebietsintegrität: der „jüdische“ Wucher, Kettenhandel, die Preistreiberei und Ausbeutung sind noch drückender geworden als in der Vergangenheit... Man richtete höchstens die armen Juden zugrunde: die Beute der großen Haifische der Banken und der Börse ist dagegen noch größer geworden, als sie vorher war... .

Infolge dieses Anschauungsunterrichts verlor der weiße Kurs seine Anhängerschaft in den Massen. Dies hätte jedoch noch nicht den Sturz des Systems bedeutet, wenn wenigstens der Stab der Gegenrevolution einheitlich geblieben wäre. Aber auch diese Einheit ging bald auseinander. Das feudale und klerikale Ungarn widersetzte sich dem Horthy-Regime immer offener. Auf die eine Ursache dieses Antagonismus habe ich schon früher hingewiesen. Dieser Gegensatz wurde jedoch durch neuere und gewichtigere Faktoren noch gesteigert. Das *ancien régime*, das anfangs den Kurs so untertänig bediente, hat vor den bösen Geistern, die es bisher protegierte, einen immer zunehmenden Schrecken bekommen. Die Grafen und die hohen Geistlichen begannen sich nach Frieden und Rechtsordnung zu sehnen, sobald Horthy die beiden Revolutionen niedergetreten hatte. Der Henker hat seine Pflicht erfüllt, der Henker kann gehen. Die Frechheit der geheimen Soldateska, die ungehobelte Demagogie und der Wirtshauslärm ist den vornehmen Herren immer unerträglicher geworden. Sie hätten gern ihre alte, diskretere, elegantere, in europäische Formen gekleidete Klassenherrschaft wiederhergestellt... Es waren ihnen der Bauern zuviel im Horthy-System, wie zahm und unterwürfig auch diese Bauern waren... Auch die große Judenhetze gefiel der Aristokratie nicht, die die Tantiemen und Monopole mit der ungarischen haute finance von altersher brüderlich geteilt hat. Auch das Kokettieren mit der Bodenreform war den Besitzern der Fideikomnisse sehr unliebsam, wenn auch der Kurs, um die Bodenreform zu unterschlagen, alles Mögliche anwendete...

Unter der Wirkung solcher und ähnlicher Motive gestaltete sich das Verhalten des ungarischen Feudalismus der Horthy-Kamarilla gegenüber stets feindlicher. Einstweilen kam es jedoch nicht zu einem offenen Zusammenstoß, um so weniger, weil Horthy parierte und er selber bestrebt war, sein System zu legalisieren und den Terror möglichst zu maskieren. Er hat die größten Schreihälse der Kurspolitik nach und nach hinausgeworfen und versuchte an ihre Stelle die Grafen und die alten Vertreter der Tisza-Aera in die Ministerfauteuils zu setzen. Der Kurs hat auch den Juden gegenüber mildere Töne angeschlagen. Pater Bangha,

der berüchtigte Demagogenjesuit, der eigentliche Organisator des Antisemitismus, entdeckte die Blutsverwandtschaft des Ungartums und eines Teils des ungarländischen Judentums durch Vermittlung des semitischen Khazarenstammes, der an der Vaterlandsgründung angeblich teilgenommen hatte.

Aber jede Nachgiebigkeit und Unterwürfigkeit „Befehlshaber Horthy“ dem aristokratischen Ungarn gegenüber war umsonst: es kam zu einer außenpolitischen Komplikation, die der Einheitsfront des weißen Kurses ein Ende bereitete. Diese Verwicklung ist aus der Habsburgfrage entstanden.

Wie schon erwähnt, war der Kurs anfänglich legitimistisch gesinnt, oder wenigstens seine einflußreichsten Faktoren bildeten auf der Seite der Legitimität, um die Person des Exkönigs Karl, eine einheitliche Schlachtfront. In dieser Orientation machte sich der Druck des feudalen Ungarn geltend, das seine Latifundien, sein Magnatenhaus und seine Privilegien nur dann als gesichert betrachtete, wenn nicht nur das monarchische Staatsgebilde, sondern dessen legitimistische Form wiederhergestellt wird. Dies war auch tatsächlich der Standpunkt der Regierung: Ungarn ist auch weiterhin ein Königreich, seine Regierung eine königliche Regierung, und der Reichsverweser war eigentlich der Stellvertreter Karl Habsburgs für die Zeit, solange der König der internationalen Pression zufolge in das Land nicht zurückzukehren vermochte. Horthy, die Regierung, die Minister haben in wiederholten Erklärungen ihre Treue zum „gekrönten“ König versichert. Die Regierung, der Reichsverweser und die Aristokratie hatten mit dem Verbannten von Prangins einen ständigen diplomatischen Verkehr aufrechterhalten.

Als sich aber herausstellte, daß der inzwischen geschmiedete eiserne Ring der Kleinen Entente die Habsburg-Restauration vereitelte, da entstanden auch innerhalb des Kurses verschiedene Parteien und Fraktionen. Das Aushängeschild all dieser Strömungen war das Schlagwort der freien Königswahl. Auch dieser Teil des Kurses hat sich zur Monarchie bekannt, er hat aber den Anspruch Karl Habsburgs auf den ungarischen Thron nicht anerkannt, sondern behauptete, daß das alte Recht der Nation zur Königswahl auflebte. Hinter diesem Schlagwort steckten zwei einander sehr entgegengesetzte Tendenzen. Die eine nährte sich aus den bäuerlichen Schichten der Partei der kleinen Landwirte, und ihr eigentlicher Ausgangspunkt lag in dem althergebrachten Haß gegen die Habsburger. Diese freien Königswähler haben einen „nationalen König“ gewünscht... Wer jedoch bei der gegebenen Konstellation für diese Würde geeignet wäre, das wußten sie selber nicht... Dagegen ist es sicher, daß dieses Schlagwort — besonders in breiten Kreisen des Ungartums der Tiefebene — eine bewußte oder halb bewußte Rückkehr zur republikanischen Staatsform, für welche man unter dem Druck des weißen Terrors lauter zu sprechen nicht wagte, bedeutet hat.

Das andere Lager der „freien Königswähler“ — und dieses war das viel besser organisierte, das bewußtere und einflußreichere — scharte sich dagegen um die Person je eines Habsburgprätendenten oder suchte, um den Königsimport abzuwickeln, im Auslande bayerische oder rumänische Verbindungen. Am ernstesten unter diesen trüben und konfusen, ausschließlich den Ambitionen und Tascheninteressen einzelner Abenteurer und Bandenführer dienenden Organisationen war der Stab Erzherzog Friedrichs, des gewesenen siegreichen Armeeoberkommandanten und Käsefabrikanten, der die Thronansprüche seines Sohnes Albrecht mit schweren Millionen unterstützte. Zu dieser Gruppe gehörte und gehört auch jetzt Julius Gömbös, einer der Vertrauten Horthys und Vorsitzender der einflußreichsten Terrororganisationen.

Diese stets lebhafter werdende Tätigkeit der freien Königswähler hat den legitimistischen Hochadel und die hohe Geistlichkeit mit begreiflicher Furcht erfüllt. Karls Anhänger haben bestürzt wahrgenommen, daß sie eigentlich zwischen zwei Mühlsteine geraten sind: einerseits drohte ihnen die demokratisch-republikanische Strömung, der Geist des Oktobers, anderseits der albrechtistische Flügel. Ja es mehrten sich sogar solche Symptome, die den Schluß zuließen, daß sich Horthy selber nicht weigern würde, seine Stellung als Reichsverweser mit der des „nationalen Königs“ zu vertauschen.

Diese nervöse Stimmung hat sich besonders nach dem ersten Putsch Karls, als er die Rückkehr erfolglos versuchte, bis zur Unerträglichkeit gesteigert. Die Legitimisten erfuhren erschüttert, daß infolge des zähen Widerstandes der Kleinen Entente ihre Lage immer unhaltbarer werde, ihre Anhänger sich massenhaft von ihnen abwendeten, während der Erfolg der Gegenströmungen immer größer wurde. Karl und seine Anhänger fühlten durchaus, daß sie ihre Stellung nur durch Schaffung eines *fait accompli* retten könnten. Man darf nicht länger zaudern, sondern Karl soll wieder unerwartet ins Land zurückkommen und sich an die Spitze der loyalen Armee stellen. Man hoffte, daß zu Hause das entschlossene Auftreten des Exkönigs einerseits alle Gegenströmungen zum Stillstand bringen wird, anderseits auch die Kleine Entente in Verlegenheit versetzen wird und sie — unter der *douce violence* der reaktionären Kreise der Großen Entente — Karls Rückkehr doch nicht als *casus belli* betrachten werde.

Dies waren die Antezedentien von Karls zweitem Putschversuch. Den Grundgedanken des Planes kannten zweifellos auch Horthy selber und sein schlauer Ministerpräsident Graf Bethlen — der die Verkörperung des mit allen Salben geschmierten feudalen Siebenbürger Politikers ist —, sie waren höchstens durch die kühne Geschwindigkeit des Handelns überrascht. Bald stellte sich jedoch heraus, wie unüberlegt und unvorbereitet der Staatsstreich Karls und seiner königstreuen Magnaten war. Die Kleine Entente hat nämlich die Provokation nicht eingesteckt, sondern mobilisierte sofort gegen Budapest und ließ der Regierung Horthy-Bethlen mitteilen, daß, wenn sie den Exkönig binnen 48 Stunden

nicht zu entfernen vermag, so werde die Kleine Entente diese Aktion militärisch durchführen.

Dieses Ultimatum bestürzte nicht nur Horthy und Bethlen, sondern auch die ganze ungarische Gegenrevolution, da es offenbar wurde, daß, falls die Kleine Entente nach Budapest einzog (und es war klar, daß die Horthy-Armee den konzentrischen Angriff der Kleinen Entente nicht einen Tag lang aufhalten konnte), so werde nicht nur der Kurs gestürzt, sondern eine revolutionäre Aktion der Volkskräfte unvermeidlich sein. Die Kamarilla des weißen Terrors hat zwei schwere Tage durchlebt. Für Horthy gab's kein Zaudern: er vermochte seine Herrschaft, ja sogar sein Leben nur so zu retten, daß er die Aufgabe der Verhaftung und der Entfernung jenes „gekrönten Königs“ übernahm, dem er so oft Treueid und Treugelübde geleistet hat. Aber es hat schon beinahe den Anschein gehabt, daß der Reichsverweser seinem Willen Geltung zu verschaffen nicht fähig sein werde. Das reguläre Offizierkorps war nicht gewillt, gegen „seinen König“ zu ziehen. Stunden der verzweifelten Panik folgten; Horthy und Bethlen liefen kopflos hin und her: der Exkönig stand einige Stunden von Budapest entfernt. In diesem krisenhaften Moment wurde die Situation durch einen entschlossenen, unverfrorenen Stabsoffizier, den früher schon erwähnten Vertrauten Erzherzogs Friedrichs, Julius Gömbös, gerettet. Teils mobilisierte er einen Teil seiner Terrorverbände, teils organisierte er aus den Reihen der armen Universitätsjugend ein Ad-hoc-Söldnerheer. Dieses einige tausend Köpfe zählende, von allen Seiten zusammengeklaubte, nicht einmal bewaffnete „Heer“ hat mit einigen Kanonenschüssen die königstreue Armee in die Flucht getrieben, und eines ihrer Detachements verhaftete den König.

Durch diese kühne Waffentat ist Gömbös — ein interessantes Ueberbleibsel des Typus der mittelalterlichen Condottieri — zum eigentlichen Herrn der Lage geworden. Heute ist er der wahrhafte Diktator, der sowohl die Handlungen des Reichsverwesers wie der Regierung entscheidend dirigiert und das ganze unerhörte Wahlmanöver leitet, auf das wir sofort zu sprechen kommen. Aber Gömbös ist nicht nur der augenblickliche Retter des Kurses, sondern auch dessen endgültiger Totengräber. Das Horthy-System hat nämlich dadurch, daß es auf den König schießen, ihn verhaften ließ, dann aber den Exkönig auf Befehl der Kleinen Entente dethronisierte, sich den ganzen ungarischen Feudalismus endgültig zu seinem grimmigen Feinde gemacht. Der Feudaladel hat mit seinem feinen historischen Sinn richtig gespürt, daß das ancien régime, das Ungarn der Großgrundbesitzer und der Klerikalen, nur auf legitimistischer Grundlage zu konservieren sei. Als aber die Horthy-Kamarilla Andrászy, Rakovszky und noch einige Führer der Legitimisten verhaften ließ (weil sie Angst vor einem neueren Königsputsch hatte) und diese einige Wochen hindurch in custodia honesta hielt: da steigerte sich die Entrüstung der Aristokratie dem eidbrüchigen Horthy gegenüber bis zum äußersten. Von nun an hat der legitimistische

Flügel einen Kampf bis aufs Messer gegen Horthy und sein System begonnen. Und jene Herren Legitimisten, die bisher dem Kurs Vorschub leisteten, ihn unterstützten oder wenigstens duldeten, haben auf einmal ihr soziales und moralisches Gewissen entdeckt und hielten die leidenschaftlichsten Anklagereden gegen den weißen Terror, Orgovány, die frei herumlaufenden Mörder und den höchsten Protektor der letzteren.

Das Schicksal des Kurses war damit besiegelt: nicht nur die Massen wendeten sich von ihm ab, nicht nur sein ganzes moralisches und ideologisches Prestige brach zusammen, sondern die Duodezherrscher der Latifundien und die hohen Geistlichen machten offen gegen ihn Front, Horthye und seine Kamarilla, die bisher durch den Legitimus und das ancien régime einigermaßen gedeckt waren, verloren auf einmal ihren ganzen Nimbus und standen vor der Öffentlichkeit des Landes als ein beutehungriger Terroristenverband da.

---

Dr. CURT ROSENBERG:

## Historisches zur Dolchstoßlegende.

Die Dolchstoßlegende wird zur Ruhraktion in neuer Auflage vorbereitet. Ihre ältere Fassung behauptet bekanntlich, daß der Geist des im Felde unbesiegten Heeres durch verräterische Machenschaften in der Heimat derart zermürbt wurde, daß allein hierdurch, nicht durch die feindliche Uebermacht, eine Fortsetzung des Krieges unmöglich wurde und der Zusammenbruch erfolgte. An diesem Gedanken ist nur das eine richtig, daß in der Tat eine Ermattung und Zermürbung des Geistes bei der Armee und in der Heimat eingetreten war. Diese ist aber keineswegs auf heimtückische Machenschaften zurückzuführen, sondern ist lediglich die naturgesetzliche Folge eines lange andauernden Krieges, dessen Charakter als Verteidigungskrieg infolge der deutschnationalen Annexionspropaganda dem Volksbewußtsein nicht einleuchtete. Dazu kam, daß der Krieg überwiegend im Feindesland geführt und dem Volke offiziell stets als siegreich dargestellt wurde. Werden unter solchen Umständen immer neue Opfer an Gut und Blut vom Volke verlangt, so versagt die Stimmung, die Masse wird widerwillig und unlustig und wünscht den Frieden um jeden Preis herbei. Dazu sind besondere Machenschaften durchaus nicht notwendig. Die Folge tritt von selbst ein, weil sie in der Natur der Sache begründet ist.

Dies wird außerordentlich lehrreich illustriert durch die Geschichte der französischen Katastrophe von 1813, von der bisher noch niemals behauptet worden ist, daß sie durch eine systematische Zermürbung des Geistes der Armee durch die Heimat herbeigeführt wurde. Napoleon war auch der Mann, jedes Beginnen hierzu mit eiserner Faust zu unterdrücken. Er vereinigte ja die Zivil- und militärische Regierung in einer Person und hatte alle Machtmittel in der Hand, die der deutschen Obersten Heeresleitung etwa gefehlt haben sollten. Er hat auch nach dem Zusammenbruch bei Leipzig,

der ihm nach vernünftigem Ermessen einen Endsieg unmöglich machte, nicht kapituliert, sondern weitergekämpft bis zum bitteren Ende. Trotzdem ist alles in gleicher Weise verlaufen wie bei uns, weil es eben nicht anders kommen konnte.

Das ganze Jahr 1813 ist für Frankreich ein Jahr der Einziehungen. Bereits Anfang Januar werden 120 000 Mann der Jahresklasse 1813, ferner 100 000 Mann bisher zurückgestellte Mannschaften der Jahresklassen 1809 bis 1812, endlich etwa 100 000 Mann des Ban National (Landsturm) aufgerufen. Kurz darauf wird die Voreinstellung der Jahresklasse 1814 beschlossen und sofort durchgeführt. Gleichzeitig sucht der Kaiser auf das französische Nationalgefühl zu wirken. Er verfährt hierbei allerdings anders wie unsere Oberste Heeresleitung, die bis zum letzten Augenblick den Ernst der Sachlage verschwiegen und dem Heere und der Heimat den nahen Endsieg vortäuschte. Napoleon legte nämlich die Größe der Verluste und Gefahren schonungslos klar. Ein Beispiel dafür ist das berühmte 29. Bulletin über den Untergang der russischen Armee. Er macht auch, wie es in solchen Zeiten offenbar notwendig ist, wenigstens scheinbar Konzessionen an den demokratischen Gedanken, indem er im Februar 1813 die Kammern einberuft.

Nach dem Ende des Waffenstillstandes, der von Juni bis August 1813 dauerte, wurde wiederum eine neue Aushebung von 280 000 Mann angeordnet, und zwar wurde die Jahresklasse 1815 und die bisher zurückgestellten Mannschaften der Jahresklassen von 1803 bis 1818 einberufen. Man sieht, die Verhältnisse lagen ganz ähnlich wie bei uns im Herbst 1918, wo man gleichfalls auf die 18jährigen zurückgriff. Es erfolgte dann die Katastrophe bei Leipzig. Napoleon ordnete daraufhin am 15. November 1813 die Aushebung von weiteren 300 000 Mann an. Gleichzeitig berief er die gesetzgebende Körperschaft, um durch sie seinen Maßnahmen das Siegel der Demokratie aufdrücken zu lassen. Aber dieses bisher so gefügige Werkzeug will nicht mehr mit. Die Körperschaft tritt am 19. Dezember zusammen und revoltiert ganz offen. Die Kommission, welche zur Prüfung des Regierungsberichts über die Ereignisse des letzten Sommers eingesetzt wird, fordert energisch einen Friedensschluß und erklärt, der Krieg könne nur dann als Volkskrieg fortgesetzt werden, wenn das Kriegsziel unzweideutig auf die Unabhängigkeit und Unversehrtheit des Reiches beschränkt werde. Gleichzeitig werden bestimmte Forderungen für eine Demokratisierung der Verfassung gestellt.

Wir haben hier etwas ganz Ähnliches wie die Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli 1917. Napoleon ist aber kein Bethmann Hollweg, nicht einmal ein Michaelis, sondern in diesem Falle ein Ludendorff, d. h. er treibt die Politik, die etwa Ludendorff, wenn man ihm freie Bahn gelassen hätte, gegen die Reichstagsresolution angewandt haben würde. Er billigt die Resolution auch nicht mit der Einschränkung „wie ich sie auffasse“, sondern verbietet den Druck der Resolution und löst die Volksvertretung auf. Beim Neujahrsempfang 1814 beschimpft er die Repräsentanten der Nation als Landesverräter\*). Er läßt es also an der Schneidigkeit, die unsere Deutsch-

\*) Vgl. dazu als Parallele die Ludendorffschen Erinnerungsbücher.

nationalen an der Zivilregierung vermissen, in keiner Weise fehlen. Der Erfolg ist aber durchaus gegen ihn, denn mit Gewalt läßt sich die Stimmung nicht mehr halten.

Ueber die Stimmung des französischen Volkes und Heeres im Jahre 1813 gibt eine kleine Schrift, die vielfach in den deutschen Schulen gelesen wird, ausgezeichneten Aufschluß. Es ist die Geschichte eines Konskribierten von 1813 von Erkmann-Chatrion. Wenn man sie liest, nachdem man die Ereignisse des Weltkrieges an sich hat vorübergehen lassen, wird einem ihre Bedeutung erst richtig klar. Die Schrift ist übrigens eine vernichtende Anklage gegen den Militarismus und Imperialismus und man kann ihre Zulassung in den deutschen Schulen der kaiserlichen Zeit wohl nur darauf zurückführen, daß ihr wahrer Sinn damals von der Aufsichtsbehörde überhaupt nicht verstanden wurde\*). Sie schildert ganz ungeschminkt die Gefühle des friedlichen Bürgers, der gewaltsam genötigt wird, Soldat zu werden und sich töten zu lassen, ohne daß ihm innerlich klar ist, daß die Dienstpflicht für die Erhaltung und Verteidigung des Vaterlandes notwendig ist.

Man lese einmal die Schilderung der Musterung, wie der Held der Erzählung ganz unheldisch versucht, sich als untauglich hinzustellen und wie niemand dieses Bestreben moralisch verurteilt, sondern es ganz natürlich findet. Er bekennt offen, daß er, nachdem er genommen wird, sich in entsetzlicher Verzweiflung wieder ankleidet. Wie anders waren die Gefühle der französischen Freiwilligen von 1792, die sich bewußt waren, lediglich zur Verteidigung des Vaterlandes gegen fremde Eindringlinge zu kämpfen! Außerordentlich lehrreich ist weiter die Schilderung des Hangens und Bangens während der Tage bis zum Eintreffen des Stellungsbefehls, die naive Freude, als nach der Schlacht bei Großgörschen der Befehl zum Rückzug erteilt wird; nachher, als er verwundet im Lazarett liegt, der Wunsch, die „Stellung“ solange als möglich zu halten. Alles dies Unheldische berührt uns ganz heimatlich. Es hat bis zu einem gewissen Grade etwas Natürliches, wird zu Beginn des Krieges auch durch andere Strömungen aufgehoben und mag infolgedessen den Geist der Armee nicht wesentlich ruinieren, da schließlich die meisten trotz alledem ihre Pflicht tun.

Werden die widerstrebenden Elemente aber durch die dauernde Erweiterung der Aushebungen immer ausschließlicher zum Bestandteil der Armee gemacht, so kann dies natürlich auf ihren militärischen Wert nicht mehr ohne wesentlichen Einfluß bleiben und es tritt eine Zermürbung der Widerstandskraft ein. Wer erinnert sich dieser Dinge nicht aus der letzten Zeit des Weltkrieges? Ich möchte jedem empfehlen, die kleine Schrift von Erkmann-Chatrion wieder einmal vorzunehmen. Sie ist eine frühe Vorläuferin der Werke von Toller, Frank und Barbusse und man merkt ihrer gemütlich philiströsen Sprache gar nicht an, wie revolutionär sie eigentlich ist.

Bei der so beschaffenen Stimmung des französischen Volkes machte die Einziehung der im Oktober und November neu einberufenen

---

\*) Auch während des Weltkrieges ließ die Zensur Kritik am feindlichen Militarismus gern zu, die naheliegende Parallele sah sie nicht.

580 000 Mann begreiflicherweise die größten Schwierigkeiten. Es kommt bereits massenweise vor, daß die Einberufenen der Order einfach nicht Folge leisten, flüchtig werden und sich in den Wäldern verbergen. Ein weiterer Aufruf zur allgemeinen Volksbewaffnung blieb ohne Ergebnis. Die deutsche Oberste Heeresleitung war im Oktober 1918 einsichtig genug, ihn gar nicht erst zu versuchen. Die Stimmung der Nation war und blieb teils gereizt, teils gedrückt. Dazu kam, daß es für die Ausrüstung der Soldaten an Geld und Kredit fehlte. Man hatte es satt. So können auch die militärischen Erfolge, die Napoleons Genie in den ersten Monaten des Jahres 1814 erzielte, nichts mehr ändern. Der Zusammenbruch erfolgt und wird von der Masse der Bevölkerung sogar mit einem Gefühl der Erleichterung hingenommen.

Es kommt hinzu, daß das militärische Regiment Napoleons genau wie das unsrige bis zuletzt sich alle Möglichkeiten eines leidlichen Friedensschlusses verscherzt hatte. Solche Gelegenheiten boten sich von Mai 1813 bis Februar 1814 viermal. Im Mai, nach der Schlacht bei Großgörschen, machte Oesterreich einen vergeblichen Versuch zur Friedensvermittlung. Weitere Möglichkeiten bestanden während der Verhandlungen zur Zeit des Waffenstillstandes im Sommer 1813, ferner Ende November und schließlich im Februar 1814 auf dem Kongreß zu Chatillon. Der psychologische Grund, daß Napoleon keine dieser Gelegenheiten ergriff, lag offenbar darin, daß es für einen militärischen Gewalthaber unmöglich ist, sich im Innern zu halten, wenn ein Krieg nicht glanzvoll beendet wird. Die Masse des Volkes hat hierfür begreiflicherweise kein Verständnis, sondern wird dadurch noch weiter erbittert und herabgestimmt. Endlich ist das militärische Gewaltregiment genötigt, um sich gegen den Haß der unterdrückten Völker und der unzufriedenen Kreise im Innern immer schärferer Gewaltmaßregeln zu bedienen. Dies ist von ungeheurem Nachteil, weil es ihm den moralischen Kredit nimmt. Die Gefangenen der spanischen Guerillabanden und des Schillschen Korps werden auf die Galeeren geschickt. Im In- und Auslande wurde jede Opposition unterdrückt. Wer eine selbständige Meinung ausspricht, wird verbannt oder in Schutzhaft genommen. Es kommt so weit, daß ein gemäßigter Liberaler wie Benjamin Constant seinen Landsleuten zuruft: „Gebt nicht länger zu, daß an Stelle der alten Reichsfahne eine Fahne flattert, welche vom Blute der Verbrechen und grausiger Siege trieft.“ So kommt es, daß sich für Napoleon keine Hand rührt, als der militärische Zusammenbruch mit dem Einzug der Verbündeten in Paris erfolgte.

Wo ist hier der Dolchstoß? Es ist nichts geschehen als der Vollzug eines historischen Gesetzes. Die Widerstandskraft ist erlahmt, weil der moralische Gedanke der Vaterlandsverteidigung, der allein einen Volkskrieg möglich macht, fehlt und aus diesem Grunde die Uebermacht der Feinde keinen wirklichen Widerstand mehr findet. Genau so hat sich das Ende der Tragödie von 1918 vollzogen. Wer die Ereignisse vorurteilslos vom weltgeschichtlichen Standpunkt betrachtet, wird daher an die Dolchstoßlegende nicht glauben können.





OTTO FLAKE:

## Höflichkeit.

Ohne unter Asiaten gelebt zu haben, ahne ich, daß ihre Höflichkeit etwas anderes und mehr ist, als unsere europäische — daß in diesem Begriff praktisch alles kulminiert, was sie über Gott, Welt und Kreatur gedacht haben.

Es gibt ein sehr schönes Wort in der deutschen Sprache: Herzenshöflichkeit. Man darf annehmen, daß es der asiatischen Nuance der Höflichkeit am nächsten kommt.

Wer die Herzenshöflichkeit besitzt, ist seiner selbst sicher und behandelt den Mitmenschen so wie sich selbst: als zu respektierendes Geschöpf an seiner Seite, als Bruder in einem ganz unsentimentalen, ganz realen Sinn.

Es ist nicht nur die Anerkennung, sondern auch der Wunsch darin, daß der Mitmensch ebenso Ding für sich sei wie man selbst. Es ist alles Wissen von der Ohnmacht des Menschen darin, und eben darum die Duldung seiner Eigentümlichkeiten, die zum größeren Teil seine Schwächen sind.

In solcher Höflichkeit ist eine durchdachte Philosophie der Form enthalten. Die Form setzt Grenzen. Nur wo Grenzen wirken, ist Ordnung möglich, kann sich eine Gesellschaft aufbauen, fließen die Werte nicht taumelnd ineinander.

Es ist klar, daß eine derartige saubere Beziehung zu den anderen eine Zucht voraussetzt, die nicht nur Jahrhunderte, sondern Jahrtausende zurückreicht und dem Blut präzise Rhythmen mitgibt.

Alle Wege, die das geht, was wir Weltanschauung nennen, münden zuletzt in bestimmten Aussichtspunkten auf das Leben, also in ein paar Grundprobleme, die ewig sind und sich in jeder Kultur und in jeder Zeit wiederholen. Diese Punkte sind: die Freiheit, das Verhältnis des Ich zum Du, die Güte, die Gerechtigkeit.

Es gibt keine größere und elementarere und einfachere Tatsache, als die Geschöpfe neben mir. Im Westen haben die Größten den Begriff der Liebe gefunden. Aber ich glaube, daß man zu denselben Forderungen kommt, auch wenn man das vieldeutige Wort Liebe vermeidet.

Ja, daß man, ich kann nur wiederum sagen unsentimentaler, das Recht findet, wenn man das letzte Wort der Weisheit nicht Liebe nennt. Denn Liebe verlangt zu viel; sie verlangt eine Ueberwindung des Selbst, die zur Lüge führt.

Es ist genug, gerecht, bereitwillig und respektierend zu sein. Denn tiefer gesehen, verträgt sich Liebe nicht mit Selbstbehauptung und Wahrung derjenigen Form, die wir als Individuum bezeichnen, bewirkt vielmehr, daß wir mit schlechtem Gewissen an unsere Selbständigkeit denken.

\*

Galanterie ist ein Begriff, der sich zu wandeln beginnt. Wir haben nur nicht den Mut, die Notwendigkeit der Wandlung einzugestehen.

Ich für meine Person stelle eine Unlust zur Galanterie in zwei Fällen fest: wenn ich ganz neutral mit einer Frau verkehre, und wenn ich merke, daß Frauen die Galanterie als ihr Recht in Anspruch nehmen.

Im ersten Fall bewillige ich der Frau das, wovon heute jede behauptet, daß sie nichts Besseres verlange: die wirkliche, die praktische Gleichberechtigung. Ich verstehe unter Galanterie natürlich nicht die kleinen Ehrerbietungen, die erwiesen werden, ohne daß man daraus das geringste Recht auf Vertraulichkeit oder gar Lohn ableitet, sondern jene anderen, hinter denen noch immer das Erotische anklingt, irgendwie das Männchen liebenswürdig zum Weibchen ist.

Darf ich die Behauptung wagen, daß fast alle Frauen die neutrale Kameradschaftlichkeit zwar theoretisch loben, praktisch aber sie nachtragen? Es bricht da immer noch etwas durch, was auf die Zeiten vor der Emanzipation zurückgeht: die Bequemlichkeit.

Es ist bequem und es ist angenehm, sich verwöhnen, bedienen und umwerben zu lassen. Ich mißbillige nicht, daß die Frau die Damenrechte liebt, ich stelle nur fest, daß sie mit der Neutralität in Konflikt kommen, und daß der Mann mit seinem steigenden Bedürfnis nach Abstand von der ewigen eifrigen und ein ganz wenig bereits dummen Erotik auch in Konflikt kommt — mit seinem Wunsch, die Frau möge nie etwas anderes sein als Verwalterin des Geschlechtes.

Um vom zweiten Fall zu sprechen, so beruht die Unlust zur Galanterie auf einem Feingefühl, das nicht immer auf seiten der Frau ist. Man gewährt gern, was nicht verlangt wird, und man revoltiert, wenn auch noch so leise, gegen Ansprüche auf das, was nur freiwillig gegeben werden sollte.

Was einmal Kampf der Geschlechter hieß und ja keineswegs jemals aufhört, verfeinert sich in unserer Zivilisation der Freiheit bis zu dem Grad, daß jede dogmatische Vorschrift abgelehnt wird. Hier wird das äußerste Extrem zur asiatischen Unterordnung unter gezüchtete Form sichtbar.

Aber wie stets bei Extremen, sie berühren sich nicht nur, sie gehen sogar ineinander über, das heißt durch ein Extrem kann man dasselbe Resultat wie durch das Gegenextrem erreichen. Will sagen: Delikatesse und Feingefühl der Beziehung von Frau und Mann lassen sich auch da erreichen, wo die Freiheit von Konventionen, also in unserem Falle die Emanzipation von der Galanterie, zunächst die Instinkte des Blutes zu schwächen scheint.

Wer Ansprüche nicht mehr anerkennt, verfügt noch immer über Freiwilligkeit, diese Ergänzung der Freiheit.

---

KURT OFFENBURG:

## Armin T. Wegner.

Nach all dem Krampfigen, Gepreßten oder künstlich Gespreizten, das unsere Zeit der Umwälzung, des Sich-selbst-bewußtwerdens und der Entgötterung als Kunst wehenhaft ausstößt, — ist es eine Freude, ganz von ungefähr einem Dichter zu begegnen, der ohne Hemmung beschwingt und frei seine reine Seele gibt.

Wie naturhaft die Begabung Wegners ist, erkennt man an dem objektivsten seiner Bücher, an dem Roman: „Das Geständnis“<sup>\*)</sup>. Ein fließend gesehenes Stück Dasein rollt auf: ein lebendiges, blutauschendes Geschehen, die tragische Entfaltung eines Menschenschicksals unter dem Widerstand des konventionell beschränkten Wirklichkeitslebens. Wegner gibt in diesem Roman, der leicht und dennoch schwergewichtig, die seelische Entwicklung eines schlichten und bis in seine letzte Wesenheit bewegten Menschen. Die Heldin ist ein Kind des Volkes. Ein Herz, das überfließt und sich jedem Sonnenstrahl hinwirft; ein ungebrochener Sinn, der alles Lebens Süße widerklingt. Unter einem wärmeren Himmel wäre diese Namenlose eine Erena oder Hero geworden. Im modernen Europa aber wird alle ihre unschuldsvolle elementare Wärme in Hysterie verwandelt. Sie muß zugrunde gehen, weil der Mann ihrer Liebe ein in Amt und Würde und Ehe streng gebannter Bürger und Pastor ist.

Aber nicht das äußere Schicksal allein macht die tiefe Traurigkeit des Buches. Lebte Wegners Heldin nicht in dieser von allen schmutzigen Zwecken getrübbten Welt der großen Stadt: der Abgrund des triebgebundenen Lebens bliebe trotzdem offen; die hilflos in unerfüllbare Sehnsucht gebannte Kreatur bliebe unwittert von der Melancholie des irdischen Seins. Denn diese Namenlose ist eine von jenen Frauen, die urtriebhaft, bedingungslos sich von den Stromschnellen ihres Blutes fortwirbeln lassen; und die doch in unverletzbar kindlicher Reinheit an die Heiligkeit der Liebe glauben.

Schon in diesem objektivsten Werk spürt man den Lyriker in der fatalistischen Melancholie der Atmosphäre. Vernehmbarer schwingt die traurige Melodie durch seine subjektiven Bücher: die anmutige Musik, gewoben aus Zärtlichkeit, Verzweiflung und Fatalismus. Diese dunklen Stimmen tönen aus der reizenden Novelle „Der Knabe Hüssein“, aus der türkischen Ueppigkeit und aus den heldischen Taten des schönen, schmalen Knaben. Sie tönen am klagendsten in dem Martyrium in Briefen „Der Weg ohne Heimkehr“. Allen, die die Schmerzen des Krieges als unauslöschliche Wundmale durchs Leben tragen, müssen diese Briefe, die Dichtungen sind, Mahnung, Beschwörung sein. In

<sup>\*)</sup> „Das Geständnis“, Roman; „Der Knabe Hüssein“, Türkische Novellen; „Der Weg ohne Heimkehr“, Ein Martyrium in Briefen; „Im Hause der Glückseligkeit“, Aufzeichnungen aus der Türkei; sämtlich erschienen im Sbyllen-Verlag, Dresden.

ihnen ist die hoffnungslose Schwermut, die das Leben beweint, das zweiflungsvolle Ringen um das Leben, um die Vollendung des Werkes, das wartet; das unendliche Erbarmen mit der sinnlos leidenden Kreatur; in ihnen sind die eisigen Schauer des Todes, der in der Glut der arabischen Wüste ebenso auf seine Opfer lauert wie auf den Schlachtfeldern Rußlands.

Wegner ist in diesen Briefen der Mund einer Jugend, die in diesen Jahren in Schmerzen gereift ist; die anklagt und Rechenschaft fordert: „Auch du, meine Mutter, hast deine Söhne der Vernichtung geboren. Auch du hast gedarbt, um Erkenntnis gerungen, schlaflos gelitten, daß deine Kinder reifer würden für die Stunde des Todes. Und auch einem alternden Leib ruft eine barbarische Zeit entgegen: gebäre noch einmal. Werde noch einmal Mutter, daß neues Blut da sei, das auf den Schlachtfeldern und in den Laufgräben fließe.“ — Diese Briefe, die geschrieben wurden in einem Hotelzimmer in Konstantinopel, unter freiem Himmel mit dem Blick auf das Goldene Horn, in einer Bretterkantine zu Ras-el-Ain, auf dem Tigris, im Palmengarten der Karmelitermönche zu Bagdad, im Sandsturm der Wüste, in Cholerabaracken und im Schatten eines alten Wasserrades, — und deren Worte aufrufen, mahnen, beschwören und trösten die Eltern, die Großmutter, die Freundin, die Mütter des lebenden Geschlechts, den Freund, einen Dichter, einen Pater, der reinen Herzens ist —: in diesen Briefen lebt das Leid, die Hoffnungslosigkeit, die Qual, die zurückgestoßene Liebe und der tägliche Tod unserer Generation. „Im Hause der Glückseligkeit“ sind wieder Bilder aus dem Orient gegeben; Impressionen von farbigem Reiz, aber ohne die Fülle der vom Erlebnis trächtigeren andern Bücher.

Wegners Werk wirkt stärker als die meisten Schöpfungen der übrigen Dichter, die mit ihm den Krieg verfluchen. Eindringlicher, weil ohne jede Tendenz nur das Erlebnis gegeben, die Wahrheit in dichterischer Reinheit gesagt ist.

---

## UMSCHAU.

**Ein furchtbares Erlebnis.** Ein gewaltiger Saal. Ein ganzes Haus voll gewaltiger Säle. Und in jedem Saal Ungeheuer von Maschinen, Rotationsmaschinen, Steindruckpressen. An jeder Maschine die gebührende Mannschaft. Und auch sonst ein wirbelndes Aufgebot von Männern und Frauen. Riesenanlagen werden produziert. In zehn Farben. In fünfzehn Farben. Immer ein Dutzend Dessins auf einem Stein; jeder Stein kostet mehr

als eine Million Reichsmark. Rote, grüne, gelbe, blaue Walzen rollen unaufhörlich. Und Blatt auf Blatt wird gestapelt, getrocknet, und nachdem alle Prozeduren glücklich vollendet, prächtig lackiert. Kisten, so groß wie ein kleines Zimmer, stehen im Hausflur, auf dem Hof, im Toreingang. Und alle diese Kisten umschließen zentnerweise die papiernen Farborgien, die drinnen in den Maschinensälen tag ein, tagaus sich berg- u. hinführen.

Was zeigen die Bildchen? Neckische Mädchen, blondzöpfig, blauäugig, mit Schleifchen im Haar, gegen frühlingslichten Himmel; Dorfschöne, eine Kornähre zwischen karminroten Lippen; Knaben und Mädchen, manierlich mit einem weißen Spitz spielend; Tänzerinnen mit gefalteten Händen und Gazeröckchen bis übers Knie hinab; Landschaften, auf denen alles zu sehen ist, was die Natur im Laufe der Zeiten hervorgebracht hat: Berge, Täler, Flüsse, Seen, Eidechsen, Schmetterlinge, Gänseblümchen und keusche Rehe. Das alles von der Buntheit einer hochzeitenden Chameionsherde und speckig von glänzenden Reflexen. Kurz: Kitsch, Zichorienpackung, Brechreiz. Aber es bringt Hunderttausende köstlicher Dollare, Milliarden papierner Mark. Denn es geht alles nach Amerika, hängt, mit entsprechendem Reklameaufdruck versehen, in der letzten Hütte der Cowboys und beweist den lapidaren Satz: daß Deutschlands Wirtschaftsglück von der Qualitätsarbeit abhängt!

In einem besonders hellen Saal sitzen die Lithographen und übertragen die Originale leibhaftiger Künstler auf den Stein, jede Farbe für sich, Punkt für Punkt, mit höchster Genauigkeit, mit optischer Präzision. Tage und Wochen brauchen sie, um einen dieser papiernen Lutschbonbons druckfertig zu machen. In einem andern Saal arbeiten komplizierte Apparate, die durch einen einzigen Hebelruck den öligen Flächen wirksames Relief aufpressen, so daß die Staufäden der Rosen und die Beine der Bienen wahrhaft naturgetreu hervorquellen. An langen Tischen hocken Jugendliche und stechen in die Bildchen, damit sie von der Prägemaschine richtig erfaßt werden; stecknadelgroße Löchlein, immer genau dort wo zwei Hundebene sich kreuzen oder ein Entenschwanz vom Rohrstengel geschnitten wird. Diese Löchlein sind erforderlich wegen der restlosen Genauigkeit deutscher Edelleistung. Dreihundert Tage im

Jahr und länger stechen die Nachkömmlinge der Goethe und Siemens diese Stecknadellöcher, acht Stunden täglich, damit in den Wigwams der Cordilieren der beste Schnupftabak empfohlen werden kann. Ein Beitrag zur Geschichte des europäischen Herrenvolkes.

Wiederum in einem Saal stehen bis zur Decke fertig gepackte Kartons. Und in jedem Karton liegt ein halbes Hundert komplizierte Stellkärtchen. Jedes dieser Kärtchen ist ein Produkt moderner Technik, zeigt Farben, Relief, ist aufklappbar, kann stehen und muß an irgendeinem bestimmten Tage, der einem amerikanischen Heiligen gewidmet ist, in der Hand eines jeden hundertprozentigen Yankee Kindes sein. Teilnahme Deutschlands an der Weltwirtschaft.

Schließlich: im Keller, in einem Keller, groß wie ein Exerzierplatz und durchkreuzt und durchquert von Gängen und Regalen, wie ein Labyrinth. Und jedes Regal gefüllt mit Steinen. Tausende von Steinen, je zehn, je fünfzehn ein Sujet, ein mohnumkränzttes Blondfräulein, ein falterumflatterter Gebirgssee, ein eingeseifter Großpapa. Eine Bibliothek von Steinen. Wenn man sie in Mittelasien finden würde: eine Bereicherung der Kultur. Hier: ein hartes Dokument von der Belanglosigkeit des neudeutschen Stils.

Bleiben einige Fragen zu tun: Ist das „Billig, aber schlecht“, wie es einst Reuleaux aus Philadelphia für die deutsche Arbeit feststellte, wahrhaft unsterblich? Ist Qualitätsarbeit gebunden an die Zustimmung erzogener Augen, oder erschöpft sie sich, einerlei ob sie an guter Form oder an Banalitäten geschieht, im Technischen? Warum begeistert sich deutsche Kunst an Negerplastik, während deutsche Industrie für Nigger Schund macht? Warum verläßt der Nigger seine Museumsstücke, um die Brutalitäten deutscher Maschine gierig zu fassen? Warum schwelgen deutsche Sinne beim Be-

trachten eines zerbrochenen, von halbverwischten Eindrücken monumental gesteigerten Ziegelscherbens vom Euphrat? Und warum braucht die Aktivität der deutschen Handelsbilanz die zentnerschweren, je zu fünfzehn als Dessin, als reisefertigtes Muster gekoppelten Steine für die Dampf lithographie gröhrender Barbarei?

Robert Breuer.

\*

**Fridericus Rex und Luise Regina.** Der große Friedrich im Film. Dritter und vierter Teil. Sanssouci und Leuthen. Flöten, Windspiele; Grenadiere, Kanonen. Preußen, das sich groß hungert. Der König frierend, obdachlos; aber immer den Stern schauend. Minister wünschen Frieden, weil die Russen Berlin plündern; aber der König und seine Generale wollen den Sieg. Die Parallele ist gegeben. Der Saal rast. Die Suggestion geschehender Wirklichkeit, besonders in den Szenen, die von Menzels Bildkraft oder von Molos Silhouettiergeschick diktiert wurden, reißt mit; auch Skeptiker. Wieviel mehr: politische Naivlinge, harmlos Gläubige, wilde Infektionskranke, Orgeschjünglinge. Robbächlein werden Sturmflut. Immerhin: das Ufa-Haus faßt an zweitausend Menschen, ist jeden Tag zwei- oder dreimal gefüllt, und das während eines ganzen Monats oder für länger. Sind das alles Narren, Gegner der Republik, Monarchisten? Es handelt sich um Elementares, um Begreifliches. Getretener Wurm krümmt sich, wenn er Legende vom gehörnten Drachen erstehen sieht, vom Schuppengiganten, der er einst war.

Zur gleichen Zeit: in der verstaubten Primitivität des Zirkus, unkompliziert wie Jahrmarktsrummel, grell, von brutalen Scheinwerfern gepeinigt — Preußens Fall und Auferstehung. Herren, die sonst Pferde dressieren, als Friedrich Wilhelm, Alexander und Napoleon maskiert. Damen, die son-

sten Zentnergewichte heben, als Frau v. Voß und Luise. Der Zirkus dröhnt von schrecklichem Gequatsch. Luisens Herzblut tropft klatschend in die Roßäpfel. Der liebe Gott ist dauernd anwesend, wie bei normalem Zirkus der Clown. Preußens Ruhm und Deutschlands Wiedergeburt werden mit Blechfanfaren voltigiert, daß die Trikots zu platzen drohen. Degen werden gezogen und gewetzt, Fahnen geschwungen, und aus rauhen Stallkehlen stößt frisches Volk, daß Flammenzeichen rauchen. Der Zirkus rast, rast am Hackeschen Markt, an der Grenze proletarischen Wohnviertels, wie der Ufa-Palast am Rande des Kurfürstendamms. Wiederum: sind das alles Monarchisten, Gegner der Republik, Narren? Selbst die plumpe Geschmacklosigkeit dieser Zirkusparodie kann nicht verhindern, daß für einen Augenblick groß geträumt wird. Wäre die ganze Chose nicht so lächerlich, so platt und vorsintflutlich, so ganz Kaisergeburtstagsstück, gespielt von strammen Füsiliern, wäre die Wirkung, das spürt man, noch viel stärker. Derartige Symptome müssen festgestellt werden. Sie zu übersehen wäre Kurzsichtigkeit. Es ist bemerkenswert, daß Fridericus Rex und Luise Regina auch in der „Roten Fahne“ annonciert werden

R. Br.

\*

**Späte Ehrenrettung.** Zwischen Alt-Oesterreich und Frankreich bestanden alte, eigenartige Beziehungen. Beide Völker genießerisch, etwas nachlässig, leicht entflammbar, fesch, lustig, beide Hauptstädte in hold-lieblicher Umgebung, um zwei konzentrische Bogen gelagert, Ring und Gürtel in Wien, innere und äußere Boulevards in Paris. Beide Staaten lang im Absolutismus, gemildert durch Schlamperei, beide mit großer Vergangenheit und alter Kultur — ja sogar mit ähnlichen Uniformen, trotz oder weil der eine vom an-

dern in vielen Kriegen schwere Dresche bezogen hatte. Man könnte viele Zeichen herzfählen; von Marie Antoinette bis zu jenem wackeren Herrn Weißenböck, der halt gar zu gern Wiener Gemeinderat geworden wäre und eines Tages vom Eiffelturm auf die verdutzten Pariser Zettel flattern ließ, auf denen stand: „Vive la France, vive l'Autriche, vive la Wiener Mittelpartei!“ — und bis zu den Brüdern der „Parmesanerin“, die die Botschaften des letzten Verbündeten Wilhelms an Clemenceau übermittelten.

Wirklich — ein moderner Krieg zwischen dem habsburgischen Oesterreich-Ungarn und dem republikanischen Frankreich mit seinen ebenso hocharistokratisch-klerikalen Diplomaten und Generalen, das wäre ungefähr eine Partie zwischen gleichwertigen Gegnern gewesen. Und sie wäre nicht so böse ausgegangen — man hätte sich vielleicht eher im Duliöh gefunden.

Daß wir rebellischen Jungen der neunziger Jahre Frankreich wegen seiner Revolutionen schwärmerisch liebten, ist selbstverständlich. Aber als 1901 beim Internationalen Anti-alkoholkongreß auch französische Militärärzte waren, und in roten Hosen, braunen Jacken und dem Tressenkäppi spazieren gingen — die wären vielleicht in Berlin nicht so sympathisch angesehen worden

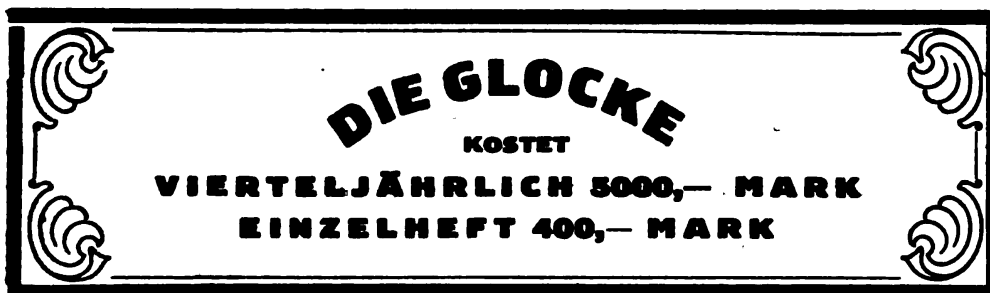
wie in Wien. Ich glaube, die preussischen Kavalleristen, die den Distanzritt nach Wien gemacht hatten — und schon gar die grau-grünen Chinakrieger Wilhelms, die dann durch Wien kamen, die wurden mehr bestaunt, denn als liebe Gäste geschätzt.

Nun war es damals bei reichen jüdischen Bourgeoissöhnen Mode, das Einjährigenjahr beim Train abzudienen. Infanterie und Jäger, das war zu gewöhnlich, bei der Artillerie mußte man Theorie büffeln, die Kavallerie wäre schon was gewesen, aber da war's schlecht mit dem Offizierwerden — also Train. Der hatte fast die Kavalleriemontur, einen Schleppsäbel und Sporen, man konnte auch beritten sein — einfach Reiterei-Ersatz.

Die böse Mitwelt aber nahm diese Eitelkeit schwer aufs Korn. „Kolonne Brrr“ war eine der Dienstbezeichnungen, „Mosesdragoon“ sagten die Antisemiten und — „Peitscherlhusaren“ war das böseste Spottwort.

Ihr seid gerettet, k. u. k. Trainfreiwillige, seid rehabilitiert, ja glorifiziert, und wir alten Frankreichschwärmer sind einigermaßen „beeindruckt“. Denn siehe, Frankreichs sieggekrönte Armee, die stärkste der Welt — sie führt die Peitsche als Ehrenwaffe ihrer Elite.

r. b.



**4**  
**Schriften**  
**zum Ruhrkampf!**

---

---

**Otto Wels**  
**Die Sozialdemokratie**  
**gegen Poincaré und Helfferich**  
Rede zum Reichshaushalt  
am 23. Januar 1923

★  
**Heinrich Löffler**  
**Das Proletariat**  
**und die Besetzung des Ruhrgebiets**  
Referat vor den Funktionären der V. S. P. D.

★  
**Karl Renner**  
**Der Tag der Deutschen**  
Die wahren und letzten Quellen unserer  
nationalen Wiedergeburt

★  
**v. Ungern-Sternberg**  
**Frankreichs wirtschaftliche Lage**  
Rohstoffversorgung • Bevölkerung • Arbeitsmarkt  
Industrielle Konjunktur • Valuta • Außenhandel  
Zerstörte Gebiete • Finanzen  
Ruhrinvasion

---

---

**VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT** GM  
BH  
**B E R L I N S W 6 8**



# DIE GLOCKE

2. Heft

9. April 1923

9. Jahrg.

---

Nachdruck sämtlicher Artikel ist nur mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

---

ERICH KUTTNER:

## Cuno im Nebel.

**I**N diesen Tagen, die durchzittert sind von der Erregung über das Essener Blutbad, ist es gewiß nicht leicht, ruhig und abgewogen über die deutsche Politik in der Ruhrfrage zu schreiben. Aber wir wollen zunächst feststellen, daß es für einen deutschen Journalisten außerhalb des besetzten Gebietes keine Heldentat bedeutet, alle erdenklichen Schimpfregister gegen Herrn Poincaré zu ziehen, in dem tröstlichen Bewußtsein, daß der Angegriffene trotz Deutschlands Ohnmacht keine strafrechtliche Vergeltung üben kann. Und leider sind die lautesten Schreier bei solchen Gelegenheiten gewöhnlich die gleichen, die am ersten in die Knie knicken, wo einmal wirkliche Gelegenheit zu Zivilcourage gegeben ist. Jeder Ehrgeiz, es diesen Helden gleichzutun, erlahmt für den, der ihr Verhalten bei Anlässen kennt, bei denen mannhaftes Bekenntnis wirkliche Tat gewesen wäre.

In der Verurteilung der Brutalität eines französischen Leutnants mit zehn Mann — das klingt beinahe symbolisch für Deutsche, die sich noch an einen gewissen Herrn v. Oldenburg-Januschau erinnern — kann es nur eine Meinung geben. Aber so tragisch, so blutig, so verabscheuenswert das Blutbad gegen eine waffenlose Arbeitermenge ist, so sehr bleibt es im Zuge der Ereignisse Episode. Wer überhaupt zu den Dingen eine grundsätzliche Stellung einnimmt und seine Politik nicht durch Gefühle treiben läßt, kann durch eine französische Brutalität mehr oder weniger nicht zu einer Preisgabe seiner grundsätzlichen Stellung veranlaßt werden.

\*

Die Essener Schüsse widerlegen nicht, sondern unterstreichen, daß eine deutsche Politik der Verständigungsbereitschaft das beste Mittel ist, um die Stellung des Herrn Poincaré vor der ganzen Welt wie in Frankreich selber zu erschüttern.

Was ist das größte moralische Plus in der Essener Affäre? Daß von den französischen Soldaten kein einziger eine Wunde, auch nur eine Schramme erlitten hat. Schüsse gegen eine gewaltsam vorgehende Menschenmenge würde die Welt kalt lassen. Könnten die Franzosen auch nur einen Toten, einen verwundeten Soldaten auf den Tisch des Hauses niederlegen, so stände die ganze

Meinung der nichtdeutschen Welt auf ihrer Seite. Da sie es aber nicht können, so fragt alles entrüstet: Wo ist der von euch behauptete Angriff?

Für die Politik gilt Aehnliches. Die Gesamtbrutalität der französischen Invasion wird von der Welt nur als solche empfunden, solange die klare Ueberzeugung von der deutschen Verständigungsbereitschaft besteht, einer Verständigungsbereitschaft, die ohne Prestigerücksichten die praktische Beendigung des Konflikts mit zülänglichen Mitteln erstrebt.

\*

Bei diesem Punkte muß die Kritik der Regierung Cuno einsetzen. Für unsere zünftigen Diplomaten ist die deutsche Sprach immer noch eine sehr schwere Sprach. Es gibt offenbar keine Möglichkeit, in deutschen Worten klar und eindeutig die Frage zu beantworten, ob man Verhandlungen über die Räumung des Ruhrgebiets oder erst nach erfolgter Räumung des Ruhrgebiets einleiten will. Denn seit vielen Wochen bemüht sich Herr Cuno, seine Stellung zu diesem Problem zu formulieren, wobei diese durch jede Formulierung nicht klarer, sondern unklarer wird.

Liegt das nun wirklich an mangelnden sprachlichen Ausdrucksmöglichkeiten? Zu jeder politischen Situation erhält man heute den besten Schlüssel, wenn man an die Ereignisse des Jahres 1917 zurückdenkt. Damals hieß das Kernproblem, von dem jede Verhandlungsmöglichkeit abhing, die bedingungslose Herausgabe Belgiens. Ein Dutzend Kanzlerreden behandelten dies Thema, ohne daß eine einzige unzweideutige Erklärung herauskam.

Woran lag das? Weil die Regierungen Bethmann Hollwegs und seiner Nachfolger krampfhaft eine Einheitsfront zu erhalten oder mindestens vorzutäuschen bestrebt waren, die tatsächlich nicht bestand. Es gab eben Annexionisten und Nichtannexionisten. Aber die Regierung focht um den Anschein, als ob beide im Grunde dasselbe wollten. Herr v. Bethmann sagte sich: Erkläre ich mich für die Herausgabe Belgiens, so springen die alldeutschen Parteien ab, verweigere ich die Herausgabe, so verliere ich die Sozialdemokraten und das linke Zentrum. Infolgedessen blieb es bei zweideutigen Wendungen, aus denen jede Richtung herauslesen mochte, daß der Kanzler innerlich ihren Standpunkt teile, dies nur nicht recht zu sagen wage. Herr Michaelis steigerte dann die Politik der Unentschlossenheit zur bewußten Zweideutigkeit „wie ich sie auffasse“.

Ueber Unzulänglichkeit und Mißerfolg dieser Taktik sollte es heute keine Meinungsverschiedenheit mehr geben.

\*

Trotzdem sehen wir Herrn Cuno seit Wochen im Fahrwasser Bethmanns, wenn nicht gar des Herrn Michaelis segeln. Der Aufrechterhaltung einer Einheitsfront zuliebe, deren Nichtexistenz die

Spatzen von den Dächern pfeifen, laviert er mit großem Wortaufwand um eine Frage herum, zu deren Beantwortung ein Wort genügte. Seine Redewendung: „jede Diskussion über die Beendigung des gegenwärtigen Konflikts muß von der vorbehaltlosen Räumung des Einbruchsbereichs ausgehen“, kann sowohl das eine wie das andere heißen, kann sowohl besagen „Wir verhandeln erst nach Räumung des Ruhrgebiets“, wie „Wir verhandeln über die Räumung des Ruhrgebiets“.

Der englische Unterstaatssekretär Mc. Neill hat aus Cunos Worten die erste Deutung entnommen, und man kann ihm das nicht einmal verübeln. Immerhin war nach der Rede Mc. Neills im Unterhaus für Herrn Cuno ein zwingender Anlaß da, zu berichtigen, falls der englische Unterstaatssekretär ihn mißverstanden hatte. Aber die alsbald durch W.T.B. losgelassenen Erklärungen schufen nur neue Nebel. Konnte nämlich die erste Notiz des W.T.B. als ein Dementi des Herrn Mc. Neill aufgefaßt werden, so dementierte eine zweite offiziöse Verlautbarung wiederum die deutschen Preßorgane, welche die erste Erklärung in dem genannten Sinne kommentiert hatten. Resultat: Völliger Wirrwarr.

\*

In dieser Situation hat es für die Sozialdemokratie keinen Zweck, sich etwa noch daran zu klammern, daß bei genügender Zuhilfenahme einer spitzfindigen Auslegungskunst der Standpunkt der deutschen Regierung sich mit dem der Sozialdemokratie vereinbaren lasse. In der Politik muß der Grundsatz lauten: Wer ein klares Ja ablehnt, der sagt Nein.

Die Sozialdemokratie kann nur konstatieren, daß zwischen ihrer Ansicht „Ueber die Räumung verhandeln“ und der alldeutschen Ansicht „Nur nach Räumung verhandeln“ ein unüberbrückbarer Widerspruch klafft. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, Herrn Cuno vor die Wahl zu stellen: Gehe mit uns oder gehe mit jenen, aber mit beiden zusammen kannst du nicht gehen.

Die Sozialdemokratie muß Herrn Cuno klarmachen, daß jedes weitere Lavieren zwecklos ist und daß die Situation eine klare, unzweideutige Entscheidung erfordert, wie hier schon einmal gesagt wurde, „ohne Bethmannsche Nebel, ohne Michaelissche Hintertüren“.

Das Schlimmste, was uns passieren kann, wäre das, daß die Politik des Nicht-ja und Nicht-nein noch weiter fortgesetzt wird. Hier ist es Pflicht der Partei, wenn alles andere versagt, die Entscheidung der Regierung zu erzwingen.

\*

Man sollte allerdings meinen, daß es für eine einsichtsvolle Regierung hier gar keiner Entscheidung bedürfe, denn der Standpunkt der Alldeutschen im Jahre 1917 „Friedensverhandlungen erst

nach dem Endsieg“ ist beinahe noch weise zu nennen gegen ihr jetziges Geschrei „Verhandlungen nur nach vorheriger Räumung des Ruhrgebiets“. Eine Regierung, die irgendwelchen Sinn für Realität hat, kann über diese Parole nur zur Tagesordnung übergehen. Aber dann darf sie auch nicht tun, als ob sie mit ihr sympathisiere. Hier gilt es Außenpolitik, nicht Innenpolitik zu treiben. Hier haben die guten Beziehungen zwischen Herrn Außenminister v. Rosenberg und Herrn Helfferich zu schweigen, hier kann der politische Horizont eines Auswärtigen Amtes nicht maßgebend sein, das seinen Nachwuchs ausschließlich aus den Kreisen der Bonner Borussen rekrutiert.

---

ERNST REUTER:

## Revisionismus in der KPD.

**A**LLE politischen Parteigeilde unterliegen den wandelnden Einflüssen der Zeit. Die ungeheuren Umwälzungen, die uns politisch und wirtschaftlich die Nachkriegszeit gebracht hat, wirken sich in allen Klassen und Schichten der Gesellschaft und in all ihren politischen Organisationen aus. Wandlungen und Umgruppierungen vollziehen sich so gut im bürgerlichen wie im sozialistischen Lager. Nichts wäre gefährlicher, als wenn man sich durch schablonenmäßige Beurteilung nach veralteten Parteiphrasen davon abhalten ließe, zu dem Kern der politischen Umgruppierungen durchzudringen.

Allein die Kommunisten glaubten und glauben zum Teil auch heute noch, sich gegen Wandlungen und Revisionen ihres Parteiprogramms und ihres praktisch-politischen Verhaltens schützen zu können. Eine „eiserne Disziplin“ in ihren eigenen Reihen, die 21 Bedingungen, die den reinen und unverfälschten kommunistischen Charakter der Parteiorganisation durch alle Stürme und Wandlungen der Zeit hindurch erhalten sollten, sind der Ausdruck dieser primitiven Vorstellung, die allen Ernstes glaubt, unabhängig von Zeit und Raum eine gegen alle „Sünden des Opportunismus“ gefeierte Prätorianergarde der Revolution, einen „Sturmtrupp der proletarischen Weltrevolution“ erziehen zu können. Diese 21 Bedingungen haben ihre lange Vorgeschichte in der Entwicklung der bolschewistischen russischen Partei seit der ersten Parteispaltung von 1903, die eben über solche organisatorischen Fragen der Erziehung eines zuverlässigen revolutionären Vortrupps erfolgte, Dieser von Rußland her uns übertragenen spezifischen Vorstellung von einem besonders qualifizierten und auserlesenen, gewissermaßen berufsmäßig geschulten revolutionären Korps entspringt auch in Deutschland die mit den Tatsachen so wenig in Einklang zu brin-

gende Qualitätsmystik der Kommunisten. Den ganzen Unterschied zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie erblicken sie oft genug in der angeblichen Feigheit und Passivität der sozialdemokratischen Arbeitermassen und in der Bereitwilligkeit der Kommunisten, für die „Forderungen des Proletariats“ zu kämpfen. Obwohl die kommunistischen Führer oft genug zugeben müssen, daß die Sozialdemokratie ihre stärksten Organisationen in den Industriezentren besitzt, in denen jahrzehntelange politische und gewerkschaftliche Schulung einen hervorragenden Stamm qualifizierter Arbeiter in der Sozialdemokratie vereinigt hat, während zu den Kommunisten in erster Linie junge und unerfahrene Elemente gestoßen sind, glauben die Kommunisten immer wieder, sich selbst mit diesem Wahn einer besseren Qualität über ihre zahlenmäßige Minderheit hinwegtäuschen zu können.

Es wäre trotzdem ganz verkehrt, die Kommunisten irgendwie für bedeutungslos zu erklären oder sich um die Vorgänge in der Kommunistischen Partei nicht zu kümmern. Wenn sie auch mit ihren 250 000 Mann, auf die sie sich selbst beziffern, nach Ledebours Ausspruch „keine Revolution machen können,“ und wenn sie auch selber zu einem großen Teil aus bitteren Erfahrungen wenigstens so viel gelernt haben, daß es besser für sie ist, auf solche Experimente vorläufig zu verzichten, so bleibt ihnen doch genug Agitationskraft und Bewegungsfreiheit, um für das Bürgertum als Schreckmittel zu dienen und die Geschlossenheit und Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung zu lähmen. Es ist absolut nicht gleichgültig, wohin die geistige Entwicklung in den Reihen der Kommunisten, die keine 21 Bedingungen aufhalten können, führen wird. Die ganze Geschichte ihrer Parteientwicklung besteht aus einer ununterbrochenen Reihe von Krisen. Scharfe Kämpfe auf dem Gründungsparteitag der KPD., die Spaltung der Kommunistischen Partei im Sommer 1919 in Heidelberg, die heftigen Auseinandersetzungen nach der Märzaktion und beim Ausscheiden der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft haben alle letzten Endes dieselbe Wurzel. Immer dann, wenn die Kräfte der Kommunisten sich bis zu einem gewissen Grade konsolidierten, wenn es ihnen gelang, einen Teil der Massen um sich zu sammeln, steht vor ihnen die Frage, was mit dieser politischen und organisatorischen Kraft der Massen geschehen soll. Mochte im Jahre 1919 der Gedanke einer revolutionären Lösung der Weltkrise politisch verständlich und begreiflich sein, 1923 hat er seinen Sinn längst verloren. Nicht nur die Tatsache, daß Rußland, an seinem Wiederaufbau arbeitend, keine europäische Revolution vertragen kann, auch die deutschen und europäischen Verhältnisse sprechen zu eindeutig gegen die Möglichkeit einer neuen revolutionären Erhebung der Arbeitermassen inmitten der internationalen Verflechtung ihrer politischen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen.

Diese Einsicht hat einen großen Teil der Kommunisten seit langem zu einer zwar vorläufig noch vorsichtig formulierten, aber der Sache nach deswegen nicht weniger bedeutungsvollen Revision ihrer politischen Haltung veranlaßt. Schon auf dem Leipziger Parteitag trat das mit einer Deutlichkeit hervor, die viele bis dahin nicht für möglich gehalten haben. In den endlosen Thesen und Resolutionen des Parteitages über alle möglichen Fragen treten die alten kommunistischen Forderungen nach dem „Endkampf“, nach der „Diktatur des Proletariats“ immer mehr zurück gegen Erwägungen, die einer realpolitischen Einschätzung der heutigen Lage und der Kräfte und Möglichkeiten der Arbeiterbewegung entspringen. Ganz unzweideutig spricht sich z. B. das Manifest für die Fortsetzung der Erfüllungspolitik aus, deren Notwendigkeit auch Klara Zetkin dieser Tage auf dem rheinischen Bezirksparteitag der KPD. scharf betonte.

Der Gegensatz zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Politik verengt sich, vom Standpunkt der Kommunisten aus gesehen, immer mehr auf den Widerspruch gegen die Koalitionspolitik. Ihr wird der Gedanke einer reinen Arbeiterregierung gegenübergestellt, die den merkwürdigen Vorzug haben soll, noch keine Aufrollung der Machtfragen, noch keine Ausrufung des Bürgerkrieges, wohl aber den absoluten „Bruch mit dem Bürgertum“ zu bedeuten. Da die Arbeiterschaft nach der Auffassung dieses Teiles der Kommunistischen Partei vor dem Bürgerkriege „zurückschreckt“, so entsteht für die Kommunisten die merkwürdige Aufgabe, sich im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, die „zu feige“ sind, die Demokratie gegen den Widerspruch der reaktionären Kräfte des Kapitalismus durchzuführen, als wäre und alleinige Demokraten zu betätigen und durch Beteiligung an einer auf parlamentarisch-demokratischem Wege zustande gekommenen sozialistischen Regierung zu zeigen, daß eine solche Regierung unter allen Umständen vom Bürgertum auf dem Wege des Bürgerkrieges beseitigt werden wird. Auf dem Umwege über diese Gedankenverschlingungen taucht dann als krönender Abschluß das Bekenntnis zum Bürgerkriege, der Diktatur usw. immer wieder auf, damit ängstliche Gemüter in der Kommunistischen Partei über die ehrliche Reinheit der wirklichen revolutionären Gesinnung dieser „neuen Freunde der Demokratie“ beruhigt sein können.

Sachsen ist das erste Probierfeld dieser neuen kommunistischen Taktik, und als ihr Erfolg wird von den Gemäßigten mit großem Eifer die angeblich erfolgte Loslösung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft von einem Teil ihrer „konterrevolutionären“ Führer gepriesen. Es könnte reizvoll sein, nachzuweisen, daß ähnliche Vorstellungen und Illusionen schon früher bei andern an dem Gang der politischen Entwicklung zum Scheitern gekommen sind. Tatsächlich kann doch die Folge eines solchen Verhaltens der Kom-

munisten nur sein, daß sie selber in Sachsen genötigt sein werden, auf die Grenzen, die jeder politischen Tätigkeit der Arbeiterschaft gesteckt sind, hinzuweisen, daß auch bei ihnen an Stelle der bloßen Phraseologie und Agitation die politische Arbeit mit all ihren Konsequenzen treten muß. Es ist auch kein Zufall, daß in Sachsen diese neue Taktik der Kommunisten sich auf die einzige ihrer Organisationen stützt, die über einen großen Stamm alter sozialdemokratisch geschulter Funktionäre verfügt. Die Auswirkung dieser neuen Politik wird nicht heute oder morgen erfolgen, aber sie wird mit Naturnotwendigkeit die Weiterentwicklung der Kommunistischen Partei in hohem Maße beeinflussen.

Je stärker diese Wandlung der Kommunisten zum realpolitischen Denken und Handeln sich bemerkbar macht, um so heftiger wird die Opposition in den eigenen Reihen. Seit Leipzig ist sie ganz erheblich gewachsen. Wenn Ruth Fischer als die Sprecherin des radikalen Flügels ganz offen erklären konnte, daß eines schönen Tages die Opposition die Führer der jetzigen Mehrheit, die „mit der Weimarer Verfassung liebäugeln,“ hinauswerfen werde, wenn die „Sozialistische Republik“ in Köln über eine Mitgliederversammlung berichten konnte, es hätten sich dort „konfuse Tendenzen zugunsten der Zentrale“ bemerkbar gemacht, so zeigt das nur zu deutlich, wie sehr der aktive und aggressive Geist auch hier wieder auf Seiten der radikalen Minderheit ist. Brandlers Drohungen, daß man die Opposition bei Wiederholung solcher Schaustücke hinauswerfen werde, wird ja wohl von ihm selber nicht ernst genommen werden. Die Opposition beeinflußt die größten und geschlossensten Parteibezirke, wie Berlin, Hamburg, Mittelrhein, und die Abstimmung im Rheinland zeigt ihren zunehmend wachsenden Einfluß. Die Sprecher der Opposition mögen noch so sehr als politische Kinder, als Novemberkommunisten bezeichnet werden, sie haben in den Augen der Massen den Vorzug geradliniger und fanatischer Konsequenz. Sie sprechen aus der Stimmung heraus, aus der heraus überhaupt der Zustrom zum Kommunismus in Deutschland möglich ist, aus der Ungeduld, dem Mangel an Schulung, an politischer Einsicht und Erfahrung, der die Massen glauben macht, man könne wirtschaftliche und politische Tatsachen durch einen energischen und radikalen Willen überspringen.

Organisationen der Arbeiterschaft, wenn sie erst über eine gewisse Tradition verfügen, pflegen im allgemeinen nicht so schnell zu zerfallen. Deswegen wäre es auch ganz sinnlos, heute schon von einem Zerfall der KPD. zu sprechen. Was wir heute in ihr beobachten, sind erst die Anfänge weiterer und noch heftigerer Auseinandersetzungen, bei denen es noch manches Hin und Her und noch manches Kompromiß in den eigenen Reihen geben wird. Die Sozialdemokratie kann diese Entwicklung wesentlich fördern

und beeinflussen, wenn sie sie aufmerksam verfolgt und in ihrem eigenen praktischen Verhalten keine Anwendungen von Schwäche zeigt. Der Klärungsprozeß in der Kommunistischen Partei vollzieht sich um so schneller, je mehr die Kommunisten sich isoliert fühlen und der Drang nach Ueberwindung dieser Isolierung, der Drang nach politischem Wirken sie zur Ueberwindung ihrer eigenen überlebten Phraseologie und Ideologie antreibt.

Dr. R. v. UNGERN-STERMBERG:

## Die Gefahren der Inflation.

IM Zusammenhange mit einer Erörterung über die „Gefahren der Kreditbeschränkung“ hat unlängst in der „Industrie- und Handelszeitung“ Nr. 61 und 62 Herr E. Tgahrt, Präsident der Handelskammer zu Hannover, Ausführungen über Inflation gemacht, die zu einigen kritischen Bemerkungen herausfordern. Herr Tgahrt ist der Ansicht, daß „wir keine Inflation“ zu verzeichnen, sondern „dauernd eine viel zu schmale Kreditgrundlage und viel zu wenige Geldzeichen haben“, und „von einer Inflation nicht gesprochen werden kann“. Diese Behauptung begründet Herr Tgahrt mit dem Hinweis auf den verringerten Goldwert des umlaufenden Papiergeldes, das bei Umrechnung über den valutarischen Wert der Mark gegenwärtig nur 600 Millionen Goldmark gegen 2—4 Milliarden Goldmark in der Vorkriegszeit darstellt.

Zur Widerlegung dieser u. E. unrichtigen Auffassung über das Bestehen und die Bedeutung einer Inflation müssen wir uns die wirtschaftlichen Vorgänge vergegenwärtigen, die zu einer allgemeinen, riesigen Steigerung des Preisspiegels führen, wie wir sie u. a. auch in Deutschland gegenwärtig erleben. Diese Vorgänge spielen sich erstens ab auf dem Devisenmarkt und gipfeln in der Devisenhausse, und können zweitens zusammengefaßt werden unter der Bezeichnung „Inflation“, d. h. einer Vermehrung des umlaufenden Geldes, die über das Ausmaß der Gütererzeugung und des Güterumlaufs weit hinausgeht. In Deutschland, d. h. in einem Lande, in dem Papiergeldwährung herrscht und das in hohem Maße auf den Bezug ausländischer Lebensmittel und Rohstoffe angewiesen ist, ist zweifellos vor allem der Stand der Devisenkurse von bestimmendem Einfluß auf den inländischen Preisspiegel. Dagegen wird in einem Lande, das nur einen geringen Außenhandel aufweist, eine riesige allgemeine Preissteigerung nur dann in die Erscheinung treten, wenn eine übertriebene Vermehrung der Zahlungsmittel Platz gegriffen hat, wenn also Inflation eingetreten ist.

In der Gegenwart bietet Rußland ein sehr eindrucksvolles Beispiel für die Auswirkungen einer ungezügelter Notenfut. Ein-



wirkungen von der Devisenseite kamen in Rußland gar nicht in Betracht, da das bolschewistische Rußland jahrelang so gut wie nichts importiert hat. Dabei nahmen die Preise ein nie dagewesenes Ausmaß an, was ausschließlich die Folge des rastlosen Arbeitens der Notenpresse war. Ich führe das russische Beispiel an, um daran zu erinnern, daß die Inflation genau dieselben, ja unter Umständen noch schlimmere preissteigernde Wirkungen ausüben kann, wie in einem Lande mit entwickeltem Außenhandel die Devisenhausse. Es ist daher die Annahme durchaus berechtigt, daß auch in Deutschland, wo die Entwertung der Kaufkraft der Mark (Binnenwert) in erster Linie durch den Stand der Devisen bedingt war, die Inflation die Preissteigerung mitverursacht und gefördert hat. Eine säuberliche Scheidung des Einflusses, den die Devisenhausse einerseits und die Inflation andererseits verursacht haben, läßt sich natürlich nicht durchführen. Aber auf Grund der Erfahrungen der Kriegs- und Nachkriegsjahre findet man zweifellos, daß der Kern der sogenannten Quantitätstheorie, wonach jede Papiergeldemission, die nicht durch eine gesteigerte Gütererzeugung und einen verstärkten Güterumlauf hervorgerufen wird, bzw. eine Vermehrung der Warenerzeugung auslöst, den Wert des Geldes herabdrückt und preissteigernde Wirkungen erzeugt, richtig ist.

Wenn wir uns nunmehr den jüngsten Erscheinungen innerhalb der deutschen Volkswirtschaft zuwenden, so ist vor allem daran zu erinnern, daß die letzten Reichsbankausweise eine Steigerung des Notenumlaufs um 450, 419, 383, 358, 401 Milliarden Mark pro Woche zeigen, daß der gesamte Notenumlauf gegenwärtig 4272,5 Milliarden Mark beträgt gegen 1336,5 Milliarden am 6. Januar d. J. Niemand wird behaupten, daß wir seit dem Januar eine Steigerung des Güterumlaufs erlebt haben. Wir wissen, daß diese Notenflut verursacht wird hauptsächlich dadurch, daß die Reichsregierung gezwungen ist, der stillgelegten Ruhrindustrie fortgesetzt einige Summen zu kreditieren, damit Löhne und Gehälter gezahlt werden können. Daraus ergibt sich folgender Zustand: Auf der einen Seite stockt die Gütererzeugung im ganzen Invasionsgebiet fast gänzlich und nimmt auch im unbesetzten Deutschland ein immer langsames Tempo an, während auf der anderen Seite die Papiergeldmenge unausgesetzt um riesige Beträge zunimmt. Die Folge dieser Aufblähung der umlaufenden Geldmenge, dieser Geldinflation, muß über kurz oder lang eine Aufblähung sämtlicher Papiermarkpreise sein. Ausgehend vom Ruhrgebiet, wo die zusätzliche Kaufkraft erstmalig in die Erscheinung tritt, muß die preissteigernde Wirkung der Geldinflation immer weitere Kreise innerhalb der deutschen Volkswirtschaft ziehen.

Dabei ist es für die Beurteilung der Frage, ob Inflation besteht, ganz belanglos, daß die in den Verkehr gebrachten Papiergeldsummen, auf Goldmark umgerechnet, geringere Beträge er-

geben als der Geldumlauf zu einem beliebigen früheren Zeitpunkt. Wenn man von der Tatsache ausgeht, daß bei fortschreitender Geldentwertung die Papiermarkbeträge in Gold umgerechnet immer geringere Summen ergeben und daraufhin behauptet, wie das Herr Tgahrt tut, es bestehe keine Inflation, so leugnet man damit die Möglichkeit einer Inflation überhaupt. Dann könnte man ferner für die Praxis den Schluß ziehen, daß man ruhig drauflosdrucken kann, denn, „auf den jeweiligen Goldwert zurückgeführt,“ würde sich immer wieder ergeben, „daß wir viel zu wenig Geldzeichen haben,“ da mit fortschreitender Vermehrung der umlaufenden Geldmenge ihr Goldwert selbstverständlich fortgesetzt sinkt. Also selbst bei Trillionenbeträgen, wie gegenwärtig in Rußland, immer noch keine Inflation, denn, auf den „jeweiligen Goldwert zurückgeführt,“ immer noch zu wenig Geldzeichen?!

Für das Bestehen einer Inflation ist aber, wie gesagt, nicht der jeweilige Goldwert der umlaufenden Papiergeldsumme entscheidend, sondern lediglich der Umstand, daß die Papiergeldmenge in ihrem Wachstum der umlaufenden Warenmenge weit vorseilt. Ist die Steigerung der Warenmenge eine geringe, die Steigerung der umlaufenden Geldmenge dagegen eine maßlose, wie wir das gegenwärtig in Deutschland beobachten, so ergibt sich Inflation mit allen ihren verhängnisvollen Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft. Bei diesem Zustand ist es sehr wohl möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß die fortgesetzt steigenden Warenpreise immer wieder einen Mangel an Zahlungsmitteln, eine Geldknappheit und ein steigendes Kreditbedürfnis hervorrufen. Man bewegt sich eben bei der Inflation in einem verhexten Zirkel: Die Steigerung der in den Verkehr gebrachten Geldmengen veranlaßt einen allgemeinen Preisauftrieb, und diese Preishausse erfordert neue Geldmengen, und so ins Uendliche, wie man das sehr anschaulich zurzeit in Rußland beobachten kann.

Wollte man einwenden, daß bisher in Deutschland eine preisteigernde Wirkung der jüngsten Papiergeldemissionen bisher nicht zu spüren gewesen ist, daß wir vielmehr einen, wenn auch nur geringen, Preisabbau beobachten können, so ist demgegenüber darauf hinzuweisen, daß wir uns gegenwärtig in einem Ausnahmezustand befinden und daß, solange der Wirtschaftskrieg währt, die Produzenten und Händler im unbesetzten Deutschland sich der patriotischen Pflicht nicht ganz entziehen können, den Ermahnungen der Regierung Folge leisten müssen und Preisherabsetzungen vornehmen, selbst wenn sie privatwirtschaftlich zum Teil unrentabel sind. Außerdem bedingt die Besserung des valutarischen Marktwertes — von deren Dauer man aber leider nicht überzeugt sein kann, solange die Notenflut andauert, — auch eine psychologische Notwendigkeit, Preissenkungen vorzunehmen. Aber dieser Zustand einer Reglementierung von Devisenkursen und Preisen wird

voraussichtlich nicht unbeschränkte Zeit andauern. Es besteht vielmehr die begründete Gefahr, daß die Auswirkungen der riesenhaften Notenemissionen, die während des Wirtschaftskrieges unvermeidlich waren, in der Folgezeit alle Dämme, die gegen die Preissteigerung aufgerichtet sind, einreißen werden. Auch der Damm der valutaren Markbesserung wird fortgespült werden, wenn es nicht gelingt, die Tätigkeit der Notenpresse, d. h. die Inflation, erheblich einzuschränken oder auf dem Wege einer wertbeständigen Anleihe und einer energischen Steuerpolitik die Notenmassen wieder aus dem Verkehr zu ziehen.

Mit Herrn Tgahrt bin ich der Ansicht, daß eine schroffe und rücksichtslose Kreditbeschränkung gerade in der gegenwärtigen Zeit, nachdem die Mark in zwei Wochen eine Besserung um mehr als 50% erfahren hat, privatwirtschaftlich viel Schaden anrichten kann. Manche ehrbare Firma kann zu Zahlungseinstellungen gezwungen werden, falls ihre begründeten Hoffnungen auf Kredite sich plötzlich als Täuschung erweisen. Im allgemeinen wird die Krediteinschränkung aber doch wie eine heilsame Luftreinigung von rein spekulativen und wucherischen Elementen wirken. Vor allem aber muß man die Gründe würdigen, welche die Reichsregierung zu einer Einschränkung der Kreditgewährung veranlassen: Soll die Stützungs- und Stabilisierungsaktion nicht eine vorübergehende Episode sein, so muß der Versuch gemacht werden, die Inflation einzuschränken, und das ist zurzeit, wo vor allem die Kreditbedürfnisse der Ruhrindustrie nicht unbefriedigt bleiben dürfen, doch nur durch Kreditbeschränkungen im unbesetzten Deutschland möglich.

---

ALFRED WILMS-SCHWERIN:

## Eine Mordtat der Münchener Feme.

Wir übergeben dies Zeitdokument der Öffentlichkeit und namentlich der Aufmerksamkeit der zum Schutz der Republik bestellten Behörden.  
Die Redaktion.

Vor ein paar Tagen wurde nahe der bayerischen Bischofsstadt Freising, die nur wenige Kilometer unterhalb Münchens an der Isar liegt, aus den erdigen, aufgewühlten Wassern dieses Flusses die Leiche eines jungen Mannes geborgen, dessen Schädel eine tödliche Schußverletzung aufwies? Ein Selbstmörder? Nein, ein neues Opfer der völkischen Feme. Der Tote wurde agnosziert als der Student der Rechte Karl Bauer aus Wismar in Mecklenburg, erst 22 Jahre alt, aber der Polizei aus mehrfachen Anlässen wohlbekannt. Bauer wurde seit längerer Zeit vom Reichsgericht in Leipzig steckbrieflich verfolgt wegen Begünsti-

gung der Rathenau-Mörder. Er hatte Fischer und Kern nach der Tat auf ihrer Flucht durch Mecklenburg tatkräftig unterstützt, ihnen Unterkunft, Geld und Fahrräder zur Fortsetzung ihrer Flucht verschafft. Er war deshalb vom Reichsanwalt in Anklagezustand versetzt, hatte sich aber dem Gericht nicht gestellt. Zu seinem Unglück, denn das Leipziger Gericht wäre gnädiger mit ihm verfahren als das geheime Tribunal, das jetzt sein Urteil fällte und vollstrecken ließ.

Aber warum dieses Todesurteil gegen einen Mann, der sich um die „völkische Sache“ doch „verdient“ gemacht hatte? Das ist nicht leicht zu verstehen. Dieses Urteil war weniger eine Strafe als eine Vorsichtsmaßregel. Man erinnere sich an die vergifteten Pralinen, die während der Verhandlung über den Rathenau-Mord dem Angeklagten Günther zugesandt wurden. Von wem, ist niemals ermittelt worden. Bei Günther wie bei Bauer handelt es sich um Mitläufer der Bewegung, nicht um Eingeweihte hohen Grades, nicht um alte Ehrhardt-Leute. Gegen diese Mitläufer besteht aber immer ein gewisses Mißtrauen, sie werden, selbst wenn sie bei „großen Schlägen“ dabei gewesen sind, doch nicht für voll genommen.

Da sie in der Gemeinschaft nicht so tief verankert, nicht durch langjährigen Umgang geprüft, durch vielfache persönliche Beziehungen nicht so gebunden sind wie die übrigen, fürchtet man, daß sie in kritischen Situationen versagen und zu „Verrätern“ werden. Aus solchen Motiven erfolgte vermutlich der Anschlag gegen Günther sowohl wie gegen Bauer.

Bauer, ein unreifer, wenig intelligenter Fanatiker mit nicht sehr festen Grundsätzen, war durch seine falsche Heldenrolle in der Rathenau-Verschwörung und durch das abenteuerliche Leben, in das er hineingeraten war, jeden Haltes beraubt. Er stammt aus kleinbürgerlichen Verhältnissen, sein Vater ist ein kleiner Beamter in einer mecklenburgischen Provinzstadt. Bauer will Lehrer werden und besucht mit zweifelhaftem Erfolg das Lehrerseminar, wo er nicht als Musterschüler gilt. Seine persönlichen Mißerfolge schiebt er auf die Abneigung seiner Lehrer, die er deshalb als „Juden und Judengenossen“ beschimpft. Er hat also das Zeug zum Antisemiten in sich, findet dadurch rasch Anschluß an die völkischen Kreise seiner Heimat und bekommt „Beziehungen“ zu den Organisationen. Er ist Mitglied des „Verbandes nationalgesinnter Soldaten“, des „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes“ und selbstverständlich der „Deutschnationalen Volkspartei“. Da er heftig und mit Phantasie schimpft, außerdem ein bedenkenlosen und brutaler Bursche ist, wird er „Vertrauensmann“. Das Schicksal führt ihm nach dem Rathenau-Mord Kern und Fischer zu, denen er weiterhilft. Damit beginnt das Verhängnis. Die Untersuchungen bringen seine Helferrolle ans Licht. Er wird verhaftet, vernommen, gegen ihn und andere in ähnlicher Weise Beteiligte wird Anklage erhoben. Aber er wird bald nach seiner ersten Verhaftung freigelassen (warum?), und nun beginnt ein Zwischenspiel.

Dem Schüler des Lehrerseminars in Weimar war nunmehr der Boden in seiner Heimat zu heiß geworden. Die „Beziehungen“ spielen, vielleicht will man ihn auch unter bessere Aufsicht nehmen: plötzlich taucht Bauer in München als Student auf. Auf Grund welcher Papiere er das akademische Bürgerrecht erworben hat, ist unklar.

In München spielt Bauer als „Rathenau-Mann“ zunächst eine große Rolle in gewissen rechtsradikalen Kreisen, bei den Roßbachern und den Sturmtrupplern der Nationalsozialisten. In diesem Landsknechtsumfeld verwildert er völlig. Da er kein Geld hat, muß er mitmachen und dabei sehen, daß er von den Unterstützungsgeldern der Organisationen möglichst viel abbekommt. Aber aus dieser Krippe zehren zu viel, das Münchener Pflaster ist teuer. Der Mecklenburger wird in Bayern nicht recht warm, es geht ihm schlecht, er fühlt sich verlassen und merkt, daß man das Interesse an ihm verliert.

So kommt er auf die Idee, durch eine neue „große Sache“ die Aufmerksamkeit wieder auf sich zu lenken: er faßt den Plan, Scheidemann zu töten. Was Hustert und Oehlschläger versiebt hatten, wollte er besser machen. In seiner näheren Umgebung dürfte der Plan wohl Beifall gefunden haben. Aber darauf kam es nicht an, er braucht vor allem Geld. Also wendet er sich an höhere Instanzen und versucht, ein paar hunderttausend Mark locker zu machen. Er verspricht, dafür die Sache zu machen. Er wird allein oder auch mit ein paar Helfern oder Aufpassern nach Kassel fahren, dort auf einen günstigen Moment warten und den Oberbürgermeister abschießen. Kleinigkeit! Aber er hat Pech. Er kann das Geld von keiner Seite beschaffen. Roßbach, der nunmehr historisch gewordene Oberleutnant mit den 100 000 Mann, zu dem er aus Mecklenburg her alte Beziehungen hat, zu dessen Bande er in München gehört, der also sein „Vorgesetzter“ ist, rät gelegentlich einer Besprechung in München dringend ab, versagt jede Unterstützung und befiehlt, die Sache bleiben zu lassen. Natürlich, man hat jetzt andere, größere Dinge vor und darf sich durch solche Lappalien nicht stören lassen.

Aber Bauer hat noch mehr Pech. Da er das Maul reichlich voll genommen und sich schon auf Vorschuß als Scheidemann-Mörder hatte feiern lassen, kam die Geschichte der Polizei zu Ohren. Bauer wurde eines Tages in München verhaftet, seine Attentatspläne wurden ihm auf den Kopf zugesagt. Im Verhör gesteht er alles, gibt seine Absicht, Scheidemann ermorden zu wollen, ohne weiteres zu, behauptet aber, daß er diese Absicht auf das Verbot Roßbachs hin aufgegeben habe. Das genügt, die Absicht ist nicht strafbar, Bauer wird wieder freigelassen. Er taucht wieder in seiner alten Gesellschaft unter. Aber das Reichsgericht fahndet nach ihm. Durch seinen Attentatsplan und sein Verhalten der Münchener Polizei gegenüber hat er sich bei den Geheimbündlern verdächtig gemacht. Nicht in dem Sinne, daß man seiner Gesinnung nicht traut. Er hat aber bei dieser Gelegenheit gezeigt, daß

er nicht schweigen kann. Und das ist ebenso schlimm, denn Bauer weiß zu viel. Er ist einer der Leute, die zuletzt, nach der Tat, mit den Rathenau-Mördern zusammen waren, in einer Zeit, wo diese, flüchtig und gejagt, sich von etlichen ihrer Freunde verlassen fühlten. Sie werden in dieser Stimmung ihrem Helfer gegenüber über wichtige Zusammenhänge offener gesprochen haben, als manchem heute lieb sein mochte. Wenn Bauer aber schon vor der Münchener Polizei nicht dicht halten konnte, wie wird er sich erst von den klugen Herren in Leipzig ausfragen lassen? Was war da zu machen? Die Gefahr mußte beseitigt werden, indem man den lästigen Schwätzer beseitigte. Dafür, daß die Geheimbündler gegen ihre eigenen Leute unter Umständen nicht weniger brutal vorgehen als gegen außenstehende, dafür hat man schon andere Beispiele. Das Resultat langer Ueberlegungen und rascher Entschlüsse war der Leichenfund bei Freising.

So wird's gewesen sein. Die Herren Mörder haben Pech, daß der Tote agnosziert werden konnte. Ob freilich bei der Untersuchung über die Todesursache etwas herauskommt, bleibt bei den bayerischen Verhältnissen fraglich. Aber wie der Mord an Rathenau selbst, wird auch diese Tat fortzeugend das Böse gebären. Kern und Fischer, jetzt Bauer, wer weiß, wie viele noch um des großen Frevels willen zum Hades hinab müssen.

Bauers Schicksal ist kaum von großem allgemein-menschlichen Interesse. Er hat geendet, wie er gelebt hat: als Verschwörer, Mordhelfer und Putschist. Aber es gibt einen erschreckenden Einblick in unsere Zeit. Was ist alles, was wir früher über Mafia und Schwarze Hand gruselnd lasen, gegen das unheimliche und grausame Verschwörerwesen, das heute in Deutschland sein Wesen treibt! Es hat seine eigenen Gesetze, seine Richter, seine Henker. Und obwohl es mit scharfen Waffen schlägt und den Tag nicht scheut, obwohl ein blutiges Opfer nach dem andern fällt, bleibt es unerkant und unbestraft. Die Werkzeuge werden manchmal gefaßt, die Urheber, Anstifter, Befehlshaber nie. Zwar Herr Ehrhardt sitzt im Gefängnis in Leipzig. Aber wie lange noch? Seine Chancen sind günstig. Die Mühlen unserer Justiz mahlen langsam und mit stumpfen Zähnen.

---

ALBIN MICHEL:

## Persien als internationales Kampfobjekt.

Im Lande der aufgehenden Sonne ist das englandfreundliche Ministerium Gavam gestürzt worden, und an seine Stelle ist ein zumeist aus Jungpersern zusammengesetztes Ministerium getreten, von dem gesagt wird, daß es besonders freundliche Beziehungen zu Rußland pflegen wolle. Ob in dem neuen Kabinett die Russenfreundschaft so groß ist, wie ver-

schiedentlich angenommen wird, mag dahingestellt bleiben; denn allein aus dem Umstande, daß das bisherige Kabinett Gavam gestürzt worden ist, weil es sich von England hatte Geldversprechungen machen lassen, kann noch nicht geschlossen werden, daß die persischen Politiker, die auf den Sturz des alten Kabinetts hingewirkt und das neue gebildet haben, in besonderem Maße zu Rußland hinneigen. Zum Unterschied gegen die Zeit vor dem europäischen Kriege lassen sich die innen- und außenpolitischen Verhältnisse Persiens jetzt nicht mehr auf die einfache Formel des russisch-englischen Gegensatzes oder auch des russisch-englischen Einvernehmens bringen, sondern auch in Persien sind die Gegensätze komplizierter geworden, machen sich politische und wirtschaftliche Einflüsse geltend, die weit über England und Rußland hinausgehen.

Der Einfluß Rußlands in Persien ist weit älter, als der Englands; denn bereits im letzten Viertel des 15. Jahrhunderts, zu einer Zeit, da Rußland noch nicht zum unmittelbaren Nachbar des persischen Reiches geworden war, kam eine russische Sondergesandtschaft dorthin, um die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse auszukundschaften, und um Persien gegen andere Länder auszuspielen. Ein bemerkenswerter Einfluß Englands begann erst am Anfang des 19. Jahrhunderts. Durch diese Rivalität wurde die persische Selbständigkeit mehr und mehr bedroht. Um sich eine Rückendeckung zu schaffen, schloß der damalige Schah Fath-Ali ein Bündnis mit Napoleon ab, aber diese politische Uebereinkunft mit dem mächtigsten Manne Europas war doch schließlich nur eine Episode. So blieb der Druck Englands und Rußlands volle hundert Jahre bestehen. Russische Generale und Diplomaten lagen mit englischen Admiralen und Konsuln ständig im Wettstreit, um beim Schah von Persien Einfluß und Macht zu gewinnen, um Handelsvorteile und andere wirtschaftliche Zugeständnisse zu erreichen. Waren die Russen im Norden des Landes wieder ein Stück vorgedrungen, so machten die Engländer vom Süden aus neue Vorstöße. Ging es nicht mit friedlichen Mitteln, so wurde Gewalt angewendet oder wenigstens damit gedroht. Thronstreitigkeiten, Stammeszwistigkeiten, Bestechungen, Ausspielen der einen Partei gegen die andere, Bevorzungen und Benachteiligungen der einzelnen Begler-Begs, der Provinzstatthalter und der Nomaden-Chane, alles wurde von Rußland und England angewendet, um Persien gefügig zu machen und zu halten.

Jahrzehntelang blieb so Persien das Kampfbjekt zwischen den beiden großen Mächten. Zunächst war dieser Kampf um Einfluß und Macht in Persien in der Hauptsache ein Streit um politisch-geographische Ausweitung. Rußland suchte sich einen Weg zum Persischen Meerbusen und zum Arabischen Meer zu bahnen, und Englands persische Politik ging darauf hinaus, Afghanistan und Belutschistan zu verriegeln und damit für Ostindien eine neue Sicherung zu schaffen. War schon dieser Gegensatz zwischen Rußland und England von ernster Bedeutung, so mußte sich die Interessenkollision noch mehr verschärfen, als sich herausstellte, daß Persien auch wirtschaftlich nicht

so unwichtig ist, wie es vordem schien und besonders, nachdem recht ergiebige Erdölquellen aufgefunden worden waren. Zu Zeiten machten sich die englisch-russischen Gegensätze in Persien in einer sehr turbulenten Weise bemerkbar, und manchmal schien es so, als ob Persien zum Vorfeld des englischen-russischen Krieges um British-Indien werden sollte.

Da brachte das Jahr 1907, wenigstens in der äußerlichen Einstellung, eine Wendung. Sei es nun, daß die beiden Gegner glaubten, es nicht oder noch nicht auf einen Krieg ankommen lassen zu dürfen, sei es, daß die Gegensätzlichkeit der Interessen zwischen England und Rußland gegenüber dem immer stärker hervortretenden Größenwahnsinn des deutschen Kaisers schon zu einer gewissen inneren Verbundenheit geführt hatte, — wahrscheinlich hat beides mitgewirkt —, jedenfalls wurde im Jahre 1907 ein Vertrag abgeschlossen, wonach Persien in eine nördliche, russische, und in eine südliche, englische, Einflußsphäre geteilt wird. Dieser Pakt, der Iswolski-Nicholson-Vertrag, sollte in Persien für längere Zeit Ruhe schaffen. Er gab den Russen die Möglichkeit, das persische Reich vom Kaspischen Meere aus zu erschließen, und die Engländer hatten die Gewißheit, bei ihren, vom Persischen Meerbusen und vom Golf von Oman aus bewerkstelligten Unternehmungen nicht gestört zu werden, zumal im mittleren Persien eine breite neutrale Zone vorgesehen war, in die weder Russen noch Engländer eindringen durften. Auch der Iswolski-Nicholson-Vertrag war nur ein Notbehelf. Weder unter den russischen, noch unter den englischen Diplomaten wird es Leute gegeben haben, die diese Begrenzung der Interessenzonen als eine endgültige Regelung der russisch-englischen Beziehungen in Persien angesehen haben. Im besten Falle konnte er als vorläufige Zielsetzung für zwei oder drei Jahrzehnte betrachtet werden, als ein Stillstand, dem später ein Wiederausbruch der Interessengegensätze folgen mußte.

Nach Abschluß des Vertrages vom Jahre 1907 schien es noch einmal, als ob Persien von innen heraus konsolidiert werden könnte. Es war dies im Jahre 1911, als der Amerikaner Morgan Shuster zum Generalschatzmeister des persischen Reiches ernannt worden war. Mit großer Energie ging dieser ausländische Beamte daran, Ordnung in das persische Finanzwesen zu bringen, aber Intrigen aller Art und die Widerspenstigkeiten der europäischen Diplomaten, darunter auch des damaligen deutschen Gesandten, des Grafen Quadt, haben schließlich dahin geführt, daß Shuster sein Amt wieder aufgeben mußte, zumal auch innerpolitische Schwierigkeiten hinzukamen. Shuster drang nämlich darauf, daß auch die großen Grundbesitzer Steuern bezahlen sollten. Die reichsten unter den großen Landeigentümern, die Angehörigen des Hauses der Kadscharen, des persischen Herrscherhauses, die in Finanzangelegenheiten ebenso gerissen sind wie bei uns die Hohenzollern und die Wittelsbacher, nahmen das ernstlich übel und bedrohten Shuster



mit dem Tode. So wurde der Amerikaner mit seinem Stabe verdrängt, und die alte Mißwirtschaft begann von neuem.

Dann kam der europäische Krieg. In den Jahren 1914 und 1915 wurden die Bestimmungen des russisch-englischen Aufteilungsvertrages noch einigermaßen aufrecht erhalten. Bereits im Jahre 1916 drangen die Russen von ihrer Zone aus weiter südlich. Als Antwort darauf gingen die Engländer vom Süden aus mit einer ansehnlichen militärischen Macht nach Norden vor und besetzten schließlich, besonders nach dem russischen Zusammenbruch, fast das gesamte Land. Nun wird auch die deutsche Politik enger mit der persischen verknüpft. Im Friedensvertrag von Brest-Litowsk mußte sich nämlich Rußland auch verpflichten, die vollständige Unabhängigkeit Persiens und Afghanistans anzuerkennen. Da Wilhelm und Ludendorff auch den Sieg über die Westmächte bereits in der Tasche hatten, so erschien es als selbstverständlich, daß den Engländern die gleiche Bedingung auferlegt würde, so daß also nach dem Kriege Persien als ein gänzlich unabhängiges Reich auftreten könnte. Wir wissen, daß es anders gekommen ist, und daß wir schließlich die Nichtigkeit des Vertrages von Brest-Litowsk anerkennen mußten. Aber nicht nur Deutschland war wieder ausgeschaltet worden, auch Rußland war völlig aus Persien verdrängt. England allein hatte dort noch zu befehlen. Die englische Regierung gab der persischen Finanzvorschüsse und ließ sich dafür die Zolleinnahmen zusichern, England sandte Offiziere und Beamte in großer Zahl, um die wichtigsten Posten zu besetzen und um seinen Einfluß zu sichern und zu vergrößern.

Aber die Engländer konnten nicht allzu lange auf ihren Lorbeeren ausruhen. Mit der Wiedererstarkung Rußlands wurde vielfach der englische Einfluß wieder verdrängt. Namentlich seit zwei Jahren ist Rußland in Persien wieder ziemlich erstarkt. Rein äußerlich kommt dies schon darin zum Ausdruck, daß ein großer Teil der englischen Offiziere und Beamten wieder das Land verlassen mußte. Unter dem Gesichtspunkt betrachtet, daß zwei sich gegenseitig bekämpfende Rivalen nach mancher Richtung hin immer noch besser zu ertragen sind, als ein Uebermächtiger wie England, wird sicher auch die Wiedererstarkung Rußlands von vielen Persern nicht ungern gesehen. Weiter haben sich die Russen nach dem Kriege „großmütig“ gezeigt, indem sie auf die Konzessionen in den Oelgebieten Persiens, die vorher der zarischen Regierung zugestanden waren, verzichteten, wogegen die Engländer immer wieder einen Druck ausüben, um neue Konzessionen zu erhalten. Wenn auch der politische Einfluß Englands seit zwei Jahren wieder zurückgegangen ist, durch die Anglo Persian Oil Company, deren Aktien zum größten Teil im Besitz der englischen Regierung sind, ist der wirtschaftliche Einfluß Britanniens noch vorherrschend.

Wenn seit zwei Jahren wieder ein Steigen der russischen und ein Fallen der englischen Macht bemerkbar geworden ist, so wäre es aber verfehlt, zu folgern, das alte Wechselspiel zwischen England und Rußland könne in der alten Weise fortgesetzt werden. Es ist schon am

Eingang erwähnt worden, daß auch in Persien die Gegensätze komplizierter geworden sind. Die wesentlichste Aenderung der Konstellation besteht darin, daß sich auch die Vereinigten Staaten von Amerika als Interessenten gemeldet haben. Politischen Einfluß erstreben sie in Persien nur, soweit dies dem angestrebten Zweck dienlich sein kann, und an eine geographische Ausweitung denkt die Regierung der Union natürlich nicht. Was die Nordamerikaner aber erreichen wollen, ist eine starke Beteiligung an der Erdölausbeute Persiens. Viel mächtiger noch als die Anglo Persian Company ist die Standard Oil Company, der Oeltrust Rockefellers, und diese Gesellschaft wird in absehbarer Zeit einen nicht unwesentlichen Teil der persischen Erdölproduktion an sich gebracht haben. Je größer die Summen werden, die von Nordamerika aus als Anlagekapitalien nach Persien eingeführt werden, desto mehr wird neben dem russischen und englischen auch der amerikanische Einfluß zu einem wichtigen Faktor im Staatsleben Persiens werden. Aber auch der erhöhte türkische Einfluß und weiter das gesteigerte Zusammengehörigkeitsgefühl der Mohammedaner muß im künftigen Staatsleben Persiens mit in Rechnung gestellt werden. Vor einigen Monaten wurde zwischen Persien und der Türkei ein Vertrag abgeschlossen, wonach die bisherige Bestimmung, daß Türken und Perser, soweit diese Schiiten sind, keine Ehe eingehen dürfen, aufgehoben wird. Dadurch und weil der Islam auch sonst wieder eine gesteigerte Vitalität zeigt, ist auch in Persien die nationale und religiöse Spannkraft erhöht worden.

An Stelle der zwei divergierenden Interessen sind mehrere getreten, und diese Interessenverschiedenheit wird sich noch vermehren, wenn sich herausstellt, daß der Reichtum an Bodenschätzen noch größer ist, als jetzt angenommen wird. Ob es dabei zu Interessenabgrenzungen kommen wird oder zu wirtschaftlichen Kämpfen oder gar zu militärischen Auseinandersetzungen, kann niemand voraussagen. Nur das eine scheint gewiß, daß Persien auch bei Anspannung aller eigenen Kräfte ohne fremde Hilfe weniger als je ein unabhängiger Staat werden kann.

---

HANS ESCHENDORF:

## Roßbach und Leuthen.

Am 19. März wurde Roßbach wegen schwerer Umtriebe gegen die Republik verhaftet. Am Abend desselben Tages klatschte das Publikum des Berliner Westens, das sich zur Uraufführung des Fridericus Rex 3. und 4. Teil im Ufa-Palast eingefunden hatte, dem König Friedrich II. und seinen Soldaten, den Siegern von Leuthen, lauten Beifall. Sie wurden ihnen zum Symbol des ersehnten starken Mannes, der mit dem republikanischen Unfug aufräumt, eines Roßbach und seiner Freischärler. Und merkwürdigerweise erschien ihnen hier nicht nur das symbolische,

sondern das leibhaftige Bild dessen, dem sie klatschten. Denn wie seinerzeit die Zeitungen undementiert melden konnten, hat Roßbach mit seinem Freikorps für den Regisseur Arzen von Cserepy die Schlacht bei Leuthen gestellt.

Es soll damit nicht gesagt sein, daß der Regisseur politische Absichten mit diesem Film verband; vielleicht hatte er wirklich nur künstlerische, vielleicht wußte er auch, daß in der deutschen Republik Königs- und Schlachtenbilder immer noch hochbezahlte Ware sind. Sicher aber wird — ob nun absichtlich oder zufällig — der politische Zweck völlig erreicht:

Der 3. Teil ist nur Auftakt: Flirt mit der Barberina, Verspottung des französischen Königs und der Pompadour, Flötenspiel. In den drei ersten Akten des 4. Teils aber wird schon mit stärkerem Brennstoff gefeuert. „Frieden um jeden Preis wollen Sie?“ sagt der König zum Thronfolger. „Gehen Sie. Die Weltgeschichte geht über solche Zwischenfälle hinweg.“ Zu einem andern: Er hätte auch gern Wissenschaft, Kunst, Schulen, Handel und Justiz gefördert, aber ohne Kriegführung gehe das nicht! Zu zwei Friedenssüchtigen: „Ihr Weltverbesserer, so weit sind wir noch nicht — und bis dahin aushalten und durch!“ Und jedesmal bei solchen Zwischentiteln klatscht das Publikum — — wegen der schönen Bilder!

Dann aber der Knalleffekt: die Schlacht bei Leuthen. Die Roßbachmannen kommen zu Pferd und zu Fuß, bald in Reih und Glied nach vorn stürmend, bald ausgeschwärmt, über Hügel und Ebene, bald aus dem Wald, bald schräg über die Leinwand, immer wieder kommen sie — drei Akte lang und hie und da und immer öfter der König dazwischen. „Die Preußen marschieren“, sagt der Text, die Musik spielt Schlachtendonner und das Publikum rast Beifall, jeder Kompagnie, jeder preußischen Fahne und immer wieder dem König — — weil die Bilder so schön sind.

Das Ufa-Theater am Zoo hat 3000 Plätze und ist auf 14 Tage ausverkauft. Der billigste Platz kostet ein paar tausend Mark. Da stören vorläufig keine Arbeiter.

Wir haben in Deutschland eine Filmzensur, die Filme verbieten kann, wenn sie unter anderm die öffentliche Ordnung und Sicherheit und die Beziehungen Deutschlands zu auswärtigen Staaten gefährden. In Belgien und Polen sind seinerzeit die Parademärsche des 1. Teils als Beweis unserer noch immer militaristischen Gesinnung gezeigt worden. Sollen die Schlachtenbilder des 4. Teils dies Urteil revidieren?

Die Geheimräte werden uns erwidern: „Wie könnt ihr nur alles so politisch nehmen? Der Beifall gilt der künstlerischen Leistung, der Freude am schönen Bild. Und sollen wir Deutsche uns nicht an unserer ruhmreichen Vergangenheit erfreuen dürfen? Stärkt uns das nicht jetzt? Wir sind gute Republikaner. Aber war Friedrich nicht groß“ — — Wir kennen die Weise, wir kennen den Text. Und wir kennen ja auch

das Ergebnis des freien Herumlauftens der Roßbacheute in Film und Leben. Und wir warten nur darauf, daß die ersten Arbeiter, die in Kinematographen-Theatern gegen die nationalistischen und antirepublikanischen Kundgebungen auftreten, wegen Landfriedensbruchs verurteilt werden.

---

JOSEPH ROTH:

## Vergebliche Ruhrpropaganda.

Uns Deutschen blieb es vorbehalten, das historisch erhärtete Gesetz von der propagandistischen Wirksamkeit eines Opfers zu desavouieren. Jede religiöse, politische, nationale Strömung gewinnt Anhang und Ausmaß, sobald sie dem unbekanntem Moloch, der die Geschicke der geistigen Bewegungen lenkt, ein Opfer dargebracht hat. Nur wir erwecken nicht einmal, wenn wir gekreuzigt werden, Mitleid. Der härteste Sünder kann auf den Freispruch der Mitwelt hoffen, wenn er, vom Richter verurteilt, zu bluten anfängt. Wir aber bluten, und keine Hand rührt sich und kein Herz wird gerührt.

Das Ausland hat — wie man aus seinen Zeitungen sieht, von deutschen Reisenden hört — wichtigere Sorgen als die Besetzung des Ruhrgebiets — und das Unglück Deutschlands bildet nicht den Mittelpunkt seiner Interessen. Der geringste Pogrom im fernsten Osten erweckt eher leidenschaftliche Parteinahme in der zivilisierten Welt, als es eine ungerechte Besetzung eines halben Deutschlands vermöchte. Klingt ein deutscher Wehruf anders als ein georgischer, armenischer, jüdischer? Wirkt eine französische Roheit freundlicher als eine türkische, zaristische, antisemitische?

\*

Die Welt ist taub. Aber größer noch als ihre Taubheit ist unsere Unfähigkeit, uns hörbar zu machen. Ich möchte hier nicht den billigen und beliebten — allerdings auch gerechten — Tadel wiederholen, daß unsere Auslandspropaganda untalentierte und bornierte ist. Die wirksamste Propaganda würden für uns die Franzosen besorgen, wenn wir sie nicht störten.

Wir stören sie, indem wir auf jeden Angriff, jede Ungerechtigkeit, jeden Schmerz schablonenhaft reagieren. Wir haben ein System des Duldens und der Auflehnung, das wir immer wieder anwenden, eine Brigade von Schlagwörtern, die wir immer wieder mobilisieren — auch wenn wir es erlebt haben, daß jenes System und diese Brigade uns viele Verluste eingebracht haben. Wir haben Klischees für jede Lebenslage: für den Zorn, für die Empörung, für die Abwehr. Wir haben für jeden neuen Text die gleiche alte Melodie, die Welt kennt sie schon

zum Ueberdruß und hört nicht mehr hin. Jedes historische, politische Ereignis erregt in uns, wie ein Kommando, eine ganz bestimmte exakte Bewegung. Wir haben Gemüts-Exerzieren gelernt.

\*

Deshalb erinnern diese Tage so stark an jene der großen Zeit. Nicht nur uns Sehende im Lande, sondern auch die ganze neutrale Welt. Auf den Ruhreinmarsch der Franzosen 1923 antworteten wir mit der Geste von 1914. Wir hatten nichts Eiligeres zu tun, als aus der alten Rüstkammer der nationalen Phrasen den pathetischen und verlogenen Begriff „Einheitsfront“ hervorzuholen. Ohne „Front“ geht es nicht mehr. Von all den Opfern, die der Ruhreinmarsch erfordert, von den Arbeitern, Angestellten und Beamten, erfreut sich bei uns des größten Ansehens und des propagandastärksten Mitleids ausgerechnet der Industrielle, den die Welt nicht liebt und der deshalb — nicht weil sein Opfer das geringere ist — ein untaugliches Propaganda-Objekt darstellt. Aber die Welt krankt nicht an jener Sentimentalität, die den Deutschen ergreift, wenn er einen Angehörigen der „besseren Stände“ leiden sieht. Sie liest in unsern Zeitungen den dreispaltig aufgemachten Schmerz Thyssens und das in einer Notiz mehr verheimlichte als veröffentlichte Weh des kleinen Mannes. Die Welt hört vor allem das Wort „Einheitsfront“ — und das Echo wiederholt: „Front“. Sie sieht nicht die schwarz-rot-goldne Fahne als das Symbol der neuen deutschen Republik, sondern die schwarz-weiß-rote und das Hakenkreuz.

\*

Und die Welt, auf die wir angewiesen sind, ist die Welt der ausländischen Presse. Sie wird meist von Intellektuellen gemacht (das heißt fast mehr als beherrscht). Nichts ist dem Intellektuellen Amerikas und Englands widerlicher als der Hakenkreuzler, der Knüppelkunze, der hochmütige Monokelträger. Und der Gedankengang des Intellektuellen ist ungefähr der: Deutschland leidet? Aber in einer „Einheitsfront“! In einer Front mit Helfferich! Es gebraucht dieselben Phrasen wie 1914. Es rasselt. Es bereitet Pogrome auf Juden vor. Ich habe kein Mitleid mit Deutschland.

Weshalb wundern wir uns eigentlich? In unserm Lande wird die Geistigkeit totgeschlagen, und die Geistigkeit anderer Länder sollte sich für uns einsetzen? Es gibt so etwas wie eine Internationale der Intellektuellen — es ist keine Organisation, sondern mehr: ein unsichtbares Bündnis. Und wir brauchen diese Internationale. Und wir schmähnen sie.

---

JOSEF MARIA FRANK:

**Essen.**

Packt ein, packt ein mit dem Trara!  
 Es herrscht das Geld, es herrscht der Bauch!  
 So es geschieht! So es geschah!  
 So ist der frommen Christen Brauch!  
 Wer Geld hat, frißt sich satt und dick  
 und leistet sich ein Speckgenick  
 und pfeift auf Gott und auf Moral.  
 Es war einmal, es war einmal  
 ein Mann mit Namen Jesu Christ,  
 ein Optimi- und Utop-ist ...

Wer Geld und Bauch hat, hat auch Macht.  
 Und aus der Macht wird feist die Faust.  
 Und wer die Faust hat, grinst und lacht,  
 wo's andern guten Christen graust.  
 Bei Bajonett und Schießgewehr  
 fragt er nach Gott und Recht nicht mehr  
 und knallt tschingbumm auf warme Leiber,  
 auf Kinder, Männer und auf Weiber,  
 und ist trotzdem im Recht und Christ,  
 weil Bauch er, Geld und mächtig ist!

Packt ein! Es ist Komödie nur!  
 O Völkerbund! O „hoher“ Rat!  
 Die Puppe zuckt! Ihr führt den Draht  
 und haltet Claque, Kritik parat!  
 Die Augen auf! Seht hin zur Ruhr!  
 Man tritt und spuckt auf uns, o weh,  
 trotz Washington, Versailles und Rom ...  
 „Man“ schreibt in Gold „Fraternite“ —  
 und hält davon nicht ein Atom!  
 „Man“ protzt „Moral“ und „Recht“, „Kultur“!  
 Wo ist davon nur eine Spur?  
 „Man“ streichelt nur den eignen Nabel,  
 den Bauch, das Geld, das Schießgewehr!  
 Es gibt nur „Kain“, es gibt nur „Abel“  
 und sonst —? Und sonst gibt es nichts mehr!

O Arbeitsmann, die Flinte bellt!  
 Man spuckt auf dich, man schießt auf dich!  
 Reiß ein die Welt, bau neu die Welt  
 und bau sie frei und brüderlich!



## UMSCHAU.

**Selbsthilfe gegen ein veraltetes Gesetz.** Gibt es nicht eigentlich zu denken, wenn das geschriebene Gesetz in bestimmten Fällen von Gerichten bewußt falsch angewendet wird, und zwar nicht aus Leichtsinne oder Bosheit, sondern aus Gewissensnot, weil die richtige Gesetzesanwendung zu Konsequenzen führen würde, die ein kultivierter Richter mit Entsetzen ablehnt?! — Die Geschworenenurteile im Falle der Giftmischerinnen Klein und Nebbe sowie im Fall des Husarenleutnants Köhn sind, weil sie keine Todesurteile gegen die Angeklagten waren, Todesurteile gegen den geltenden Mordparagrafen, den § 211 StGB. In beiden Prozessen lag der Tatbestand juristisch unzweifelhaft so, daß eine Verurteilung — falls überhaupt — nur aus § 211 StGB. hätte erfolgen dürfen. Eine Frau, die in wochenlanger Prozedur ihren Mann durch kleine Giftdosen beseitigt, ein Schuldenmacher, der seine Geliebte in den Wald lockt und dort niederknallt, um sich ihre Sachen anzueignen — das sind geradezu klassische Schulfälle der mit Ueberlegung ausgeführten vorsätzlichen Tötung. Trotzdem haben zwei Geschworenenbänke hier wie dort das Moment der Ueberlegung verneint und auf (unüberlegten) Totschlag erkannt, womit sie das Strafgesetzbuch handgreiflich falsch angewendet, aber in den Augen der Bevölkerung gerade deswegen Recht gesprochen haben. Gelehrte Juristen mögen aus diesen Urteilen neue Argumente gegen die Laienjustiz schmieden, deren urwüchsiges Rechtsempfinden wieder einmal die — ach, so scharfsinnig — konstruierte Begriffswelt des Juristen zertöppert hat; praktisch jedoch liegt die Sache so: der § 211 sieht als einzige und ausschließliche Strafe für die mit Ueberlegung begangene vorsätzliche Tötung die Todesstrafe vor. Er kennt keinerlei Abstufung im Strafmaß, keine Zu-

lassung mildernder Umstände. Den Geschworenen fehlt daher jede Möglichkeit einer individualisierenden Rechtsprechung, sobald § 211 in Frage kommt. Sie können ihren Spruch nicht fällen in der Richtung: „Es liegt zweifellos überlegte Tötung vor, aber ein milderer Fall, für den Todesstrafe zu hart erscheint.“ Nein, die Bejahung der Frage nach Ueberlegung bedeutet das unweigerliche Todesurteil gegen den Angeklagten. Gegen diese Brutalität des Gesetzes, die eine Brutalität gegen den Richter wie gegen den Angeklagten ist, bäumt sich der Instinkt der Geschworenen auf. Um die automatisch eintretende Todesstrafe zu vermeiden, verneinen sie — man darf das wohl offen sagen, denn es nützt hier nichts, den Kopf in den Sand zu stecken — wider innere Ueberzeugung die Schuldfrage nach Mord und fabrizieren die an sich wahnwitzige Feststellung, daß eine Frau, die Tag für Tag ihrem Mann Gift einflößt, ohne Ueberlegung getötet habe. Im Falle Köhn entsprang wohl, soweit man Motive erraten kann, die Verneinung der Mordfrage hauptsächlich der Unsicherheit des gesamten Tatbestandes. Hier bin ich allerdings der Ansicht: wenn bei 99% Wahrscheinlichkeit eines Mordes auch nur 1% Wahrscheinlichkeit für einen Selbstmord der Getöteten vorlag, so mußte Köhn glatt freigesprochen werden. Die Geschworenen aber scheinen etwa folgendes gedacht zu haben: „Ganz genau wissen wir ja nicht, ob Mord oder Selbstmord vorliegt, in jedem Fall aber ist der Köhn ein moralischer Lump, dem ein Denkkzettel nichts schaden kann. Wenn auch nicht für den Mord, so doch für seinen liederlichen Wandel, für den infamen anonymen Brief, für sein rohes Verhalten gegen seine Geliebte, für die unterschlagenen Wertsachen usw. Natürlich kann es dafür nicht den Tod geben; wer könnte noch schlafen in dem Be-

wußtsein, einen vielleicht Unschuldigen aufs Schafott gebracht zu haben. Und dann: sollte sich wirklich später einmal Köhns Unschuld herausstellen — ein abgeschlagener Kopf wächst nicht mehr an. Also sagen wir: Totschlag mit mildernden Umständen.“ Begreiflich ist solch Gedankengang, aber mir will der Fall des Dimitri Karamasoff nicht aus dem Gehirn, der Fall des Verschwenders und ungetreuen Bräutigams, der hundert Lumpereien begangen hat — aber doch gerade den einen Mord nicht, deswegen Dostojewskis Bäuerlein-Geschworene ihn nach Sibirien schicken.

Doch nicht darauf kommt es an. Hier gilt es nur, den gefährlichen Zustand zu zeigen, wie das geltende Recht-Unrecht von der Spruchpraxis einfach abrogiert, wie durch unmögliche Paragraphenverkrümmung eine praktisch wirksame, juristisch aber unhaltbare Justizreform erzwungen wird, während der neue Strafgesetzentwurf friedlich in ministeriellen Schubladen fortschlummert und der Reichsjustizminister Heintze erklärt: jetzt sei nicht Zeit für Rechtsreformen ... E. K-r.

**Fragen an den Reichswehrminister.** Zu Goslar, im „Brusttuch“, einst meisterhaftes Fachwerkhaus, heute (beinahe so schlimm verrestauriert wie die Kaiserpfalz) Bier- und Weinstube, ist Hinterzimmer nach trefflicher Provinzgewöhnung für Stammtisch hergerichtet. Um gut gescheuerte Tafeln sitzt Reichswehr. Vor den Trinkern aufgepflanzt stehen Flaggen: schwarz-weiß-rot. Ohne Gösch.

Die Republik ist die Freiheit. Die Republik gönnt auch den Liebhabern irgendwelcher Spezialflaggen ihr Vergnügen. Aber die Reichswehr darf sich solch Vergnügen nicht erlauben. Sie dient der Republik, und ob sie etwa nach außen hin oder nach innen hin zu tun bekommt: alles, was geschieht, muß die Flagge der Republik ehren und sichern. Anderes tun wäre Verletzung des Dienst-

eides und ausreichende Ursache für schlichte Verabschiedung. Reichswehr gehört nicht unter fremde Flagge und darf ganz gewiß nicht mit fremder Flagge demonstrieren. Auch dann nicht, wenn solche Demonstration am Stammtisch geschieht. Rote oder schwarz-weiß-rote und alle sonstigen bunten Lappen hat Reichswehr wie Pest zu scheuen. Oder — und das sind die Fragen, die an den Reichswehrminister zu richten sind: Ist es Reichswehr gestattet, auch unterm Sowjetstern zu sitzen? Wenn — wie doch gehofft werden darf — nein: warum ist Monarchistenflagge bevorzugt? Warum — wenn, wie doch gehofft werden darf, Reichswehr auch Monarchistenflagge nicht öffentlich ehren darf: wird in Goslar Rebellion geduldet? Wenn sie nicht geduldet wird: was geschieht mit den Eidbrechern, werden sie festgesetzt, werden sie entlassen?

Eins ist gewiß: In diesen Zeitläuften ist es Pflicht jedes Deutschen, der des Reiches Sicherheit will, dem Reichswehrminister zu melden, wenn einzelne seiner Truppe sich schändlich und schädlich zeigen. Selbst auf die Gefahr hin, kleinlich und Angeber genannt zu werden. Pflicht des Reichswehrministers aber ist es, jeden ihm gemeldeten Fall zu prüfen und zu erledigen. Zu erledigen, das heißt: den Fall als Republikaner zu behandeln. Breuer.

**Zu welchem Ende?** Stimmung Frühjahr 1917 und Frühjahr 1923. In äußerer Aufmachung glänzend: Der Feind am Zusammenbrechen, in Uneinigkeit, in inneren Schwierigkeiten, wachsende Opposition, Minister im Begriff abzutreten. Wir: im Besitz großer Reserven, stehen noch, Stimmung unverwüstlich, Gesundheitszustand glänzend. Zwar versuchten einige Tollhäusler — natürlich vergeblich — die Kämpfer von hinten zu erdolchen. Der Feind wird viehisch, Raub, Mord, Vergewaltigung; wir mit eisernen Nerven. Damals wie heute mußte der Deutsche diese Mache mit flauem Magen durchkosten.



Es soll nicht untersucht werden, wie die Stimmung tatsächlich ist. Man liefe Gefahr, subjektiv zu urteilen. Vielmehr beantwortet sich die Frage durch eine Untersuchung, ob die innerpolitische Einstellung Aussicht auf irgendeine positive Lösung des Ruhrkonflikts bietet.

Seit einiger Zeit bemüht sich die Reichsbank um Festigung, auch Senkung, der Mark. Sie wandte bisher ziemliche Beträge an fremden Zahlungsmitteln, den sorgsam gehüteten Schatz für die Teilnahme an einer internationalen Anleihe zugunsten Deutschlands, auf; nimmt jetzt eine Devisenanleihe, die den Banken unverschämt billigen Kredit und gewaltige Gewinne ermöglicht, die ihrer Tendenz nach stark inflationistisch wirkt, um einen Preisdruck auszuüben. Zugleich erscheinen wieder die bekannten Wuchererlasse der Zentralbehörden, ergehen Anweisungen, Vorschriften, der Preissenkung nachzuhelfen. Erfolg minimal. Weil der Besitzer von Waren lächelnd sagt: Wenn ich nicht mehr verkaufe, kann ich nicht wegen Wucher bestraft werden. Das Vieh, dessen Preis in erster Linie getroffen werden soll, bleibt im Stalle. Unmöglich, den Bauer wegen Zurückhaltung von Waren zu belangen. Zugleich wird auf den § 1,6 der Preistreiberverordnung hingewiesen, demzufolge sich strafbar macht, wer an einer Preisvereinbarung teilnimmt, was sämtliche Kartelle und Konventionen, die in Deutschland nach Zehntausenden zählen, tun; was bei den örtlichen Fachgruppen des Einzelhandels üblich geworden ist; wobei bedacht werden muß, daß diese Kartelle Hebel der deutschen Wirtschaftsmechanik sind.

Zu welchem Ende unternimmt die Regierung diesen Interventionsanlauf, wenn jede Voraussetzung des Gelingens in der Wirtschaft selbst fehlt, wenn als Voraussetzung diese Wirtschaftsmechanik erst zertrümmert werden mußte, und wogegen sich diese Regierung aufs heftigste wehren würde? Zu wiederholten Malen erleben wir

also alle die Mätzchen auf dem Druckpapier, die zu keinem Ergebnis führen und von jeher ein blutiger Hohn auf die Notlage des Volkes waren.

Zu welchem Ende will die Regierung die Preise senken, wenn die Wirtschaftspolitik fiskalischer Betriebe, der Eisenbahn und Post, wahnwitzige Preise festsetzt, die auf die Dauer zur Territorialisierung Deutschlands führen müssen? Diese Tarife verteuern alles, heben die Freizügigkeit, die zwar durch die Wohnungsnot an sich schon zu Grabe getragen ist, endgültig auf, machen es unmöglich, von Norddeutschland nach Süddeutschland zu fahren, ohne ein Monatseinkommen zu opfern; unmöglich auch, Kohlen von der Ruhr an die Elbe zu holen. Die einzelnen Ressortminister müssen prachtvoll zusammen arbeiten, um eine derartige harmonische Gesamtpolitik zu ermöglichen. Ueber das Ende sind wir uns nicht im unklaren.

Einem Menschen, der sich durch unsinnigen Lebenswandel ruiniert hat, wird man raten, andere Wege einzuschlagen. Einem „Volk in Not“ wird man empfehlen müssen, sich wirtschaftlich auf diese Not einzustellen, und zwar dem Volke als Ganzem, nicht nur den „Schlechtweggekommenen“, aber wir leiten immer noch unsere Notstandsaktionen mit Festvorstellungen, mit Jubelouvertüren, Reden prominenter Herren in Frack und Smoking ein. Reden, in denen totsicher der Versailler Vertrag und das gepferchte 60-Millionen-Volk ausführlich behandelt wird, niemals aber die notwendige Schlußfolgerung, neue Wege einzuschlagen. Auf dem sinkenden Schiff läutet man zum Diner. Freilich: ab und zu bekundet man durch Geste den Willen zur Einsicht, aber es bleibt bei der Geste. Die verhängnisvolle Mechanik in Wirtschafts- und Sozialpolitik nimmt ihren ungehemmten Fortgang. Der neurasthenisch geschwächte Wille bündelt und bastelt hier und dort. Zu welchem Ende? Ludwig H. Schmidts.

**4**  
**Schriften**  
**zum Ruhrkampf!**

---

---

**Otto Wels**  
**Die Sozialdemokratie**  
**gegen Poincaré und Helfferich**  
Rede zum Reichshaushalt  
am 23. Januar 1923

★  
**Heinrich Löffler**  
**Das Proletariat**  
**und die Besetzung des Ruhrgebiets**  
Referat vor den Funktionären der V. S. P. D.

★  
**Karl Renner**  
**Der Tag der Deutschen**  
Die wahren und letzten Quellen unserer  
nationalen Wiedergeburt

★  
**v. Ungern-Sternberg**  
**Frankreichs wirtschaftliche Lage**  
Rohstoffversorgung • Bevölkerung • Arbeitsmarkt  
Industrielle Konjunktur • Valuta • Außenhandel  
Zerstörte Gebiete • Finanzen  
Ruhrinvasion

---

---

**VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT** GM  
BH  
**B E R L I N S W 6 8**

# DIE GLOCKE

3. Heft

16. April 1923

9. Jahrg.

---

Nachdruck sämtlicher Artikel ist nur mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

---

K. BLASS:

## Der Wirtschaftskampf an der Ruhr.

Der in Essen lebende Verfasser steht an stark exponierter Stelle im gewerkschaftlichen Abwehrkampf.

Red. d. „Glocke“.

Seit 12 Wochen tobt an der Ruhr ein Wirtschaftskampf, der in seiner Sinnlosigkeit in bezug auf wirtschaftliche Vorteile für einen der beiden Gegner nur in der Schuldhaft des frühen Mittelalters ein Gegenstück findet. So wie das „Faustrecht“ des einzelnen dem „Kriegsrecht“ der Völker weichen mußte, so erhebt heute als neueste Schöpfung die „Schuldhaft“ eines ganzen Volkes. Die gesittete Welt aber schweigt dazu; sie schweigt, weil die für ein Eingreifen überhaupt in Frage kommenden Staaten nicht mit den Augen der Sitte oder Kultur, sondern mit solchen des auf seinen Profit und sein Geschäft bedachten nationalen Wirtschafters die Dinge betrachten. Sie sehen klar, was den Ringenden in der Hitze des Gefechts und der Leidenschaften abgeht, daß hier zwei große Völker auf dem besten Wege sind, wirtschaftlichen Selbstmord zu treiben und damit auch die Grundlagen ihres politischen und staatlichen Eigenlebens zu zertrümmern. Das Leben des Staates beruht überwiegend auf der Intensität seines Wirtschaftskörpers, der Stand seiner Kultur hängt von der Entwicklung seiner Produktivkräfte ab. Wo diese Unterlagen aber fehlen, kann bestenfalls eine Scheinkultur in einer Oberschicht als Erbe früherer Zeitepochen ein kümmerliches Dasein fristen. Die Weltgeschichte sah viele solcher Staaten untergehen; sie sah auch, daß mit dem Untergang einzelner Staaten Menschheitswerte in ungeheurer Zahl vernichtet wurden. Und doch geht es heute an der Ruhr um mehr als jemals zuvor. Wenn dieser Kampf sich bis zum Weißbluten austobt, geht mit ihm die kulturelle Stellung Europas in der Welt zu Grabe.

Die heute abseits stehenden Staaten aber werden dann zu spät erkennen, daß sie ihren augenblicklichen Konjunkturgewinn mit einem lange lähmenden Rückschlag bezahlen müssen.

Die Staaten der Welt sind, von einigen Ausnahmen abgesehen, durch den Weltkrieg verarmt. Ungeheure Güter wurden zerstört, gewaltige Mengen von Naturschätzen und Arbeitskräften nutzlos, ja schädlich verbraucht. Die Lage der Weltwirtschaft hat sich von Grund aus geändert; ganze Staaten scheiden von den Absatzmärkten infolge ungeahnt drückender Schuldenlasten aus. Im Kriege neu entstandene Industrien verschärften die Lage, die sich ausdrückt in den gewaltigen Arbeitslosenziffern auf Seiten der valutastarken, und Not, Elend, ja Hungersterben auf Seiten der valutaschwachen Länder. Diesem Widersinn aber steht das gewaltige Problem des Wiederaufbaus aller zerstörten Güter gegenüber und zeigt in dieser Problemstellung den ganzen erschreckenden Grad von Unordnung in dem System der nationalen Wirtschaften. Diese abgegrenzte Auffassung verhindert auch im gegenwärtigen Augenblick die bei leidenschaftsloser Betrachtung mögliche Lösung des Ruhrkonflikts, ja sie läßt sogar den Blick trübe vor der Erkenntnis, daß auch die national abgestellten Wirtschaften sich zugrunde richten. Wer mitten in den Ereignissen steht, der sieht, wie der französische Militarismus sich austobt nicht nur gegen wehr- und waffenlose Menschen, sondern auch in einer erschreckenden Verwüstung und Zerstörung von ihm „eroberter“ Betriebe. Die Zerrüttung des Eisenbahnbetriebes im besetzten Gebiet durch Eingriffe, Verwüstungen und natürlichen Verfall vernichtet Werte von mehreren Millionen Goldmark und erfordert monatelange kostspielige Wiederaufbauarbeit. Post- und Telegraphen-Anlagen sind zerstört; die Schifffahrt lahmgelegt, die noch vorhandenen Einrichtungen dem Verfall preisgegeben. Mit dieser gewaltsamen Lahmlegung des Verkehrs wird dem Industriegebiet auf Monate seine Hauptpulsader abgebunden. Und doch rast der Vernichtungszug weiter und droht mit der Erdrosselung der Bergbaubetriebe seinen höchsten Punkt zu erklimmen. Wir müssen auch dieser grausamen Konsequenz klar ins Auge sehen: „Läßt Frankreich nicht von seiner Pressionsmethode ab, ist zu befürchten, daß mit der Unmöglichkeit der Ausführung von Notstandsarbeiten in den Zechen eine ganze Reihe von Schächten versäuft.“ So ungeheuerlich und unwahrscheinlich das den meisten erscheinen wird, nach all dem Grenzenlosen, das sich in den zwölf Wochen im Ruhrgebiet ereignete, darf man sich keinen falschen Hoffnung auf vorhandene Einsicht mehr hingeben. Wo der militaristische Wahnsinn herrscht, haben Vernunft und Sittlichkeit kein Recht mehr.

Was aber wird dann das Ergebnis sein?

Neben den Produktionsausfall tritt die Unmöglichkeit einer ertragbringenden Produktion auf unabsehbare Zeit. Arbeitslosigkeit mit all ihren finanziellen und moralischen Rückwirkungen wird zu dauernden wirtschaftlichen und politischen Krisen in den betroffenen Staaten führen. Mit einem weiteren rapiden Zerfall der Währungen wird die Konsumkraft schwinden und damit dem Weltmarkt der Absatzraum weiter vermindert.

Neben die Reparation der Kriegsgebiete tritt dann die Reparation der Poincaréschen „produktiven Pfänder“.

Ich stelle die düstere Perspektive, die nach der augenblicklichen Sachlage durchaus im Rahmen des Möglichen liegt, auch deshalb in den Vordergrund, weil die klare Erkenntnis des drohenden Unheils uns den Blick für die möglichen Lösungen des Problems schärfen wird. Wo die Existenzgrundlage für Millionen von Arbeitnehmern auf dem Spiele steht, darf keine Rücksicht auf Gefühle irgendwelcher Art unser Handeln beeinflussen. Die Arbeiterschaft steht hier, ungeachtet ihrer politischen oder sonstigen Einstellung, den Dingen, aus einer zwingenden Lebenslage heraus, anders gegenüber als die im ruhigen Bewußtsein einer durch Besitz von Gütern gesicherten Lebenshaltung dahinglebende Oberschicht. Ihr Druck muß die Vabanque-Spieler hüben und drüben zur Vernunft bringen; aus ihr heraus müssen auch geistige Anregungen, denen nötigenfalls Zwangsmittel folgen müßten, die Lösung beschleunigen. Damit komme ich zu der Kernfrage des Problems: Ist, und wenn ja, wie ist die Lösung möglich? Ich weiß, daß es meine Kräfte weit übersteigen würde, hier einen Weg zu weisen, der allen gerecht würde, aber trotzdem wage ich den Schritt zu einem Vorschlag, weil er, weitere Auslassungen auslösend, im Zusammenwirken mit andern Ideen zu einem gangbaren Weg weisen kann.

Die erste Frage ist die brennende und entscheidende: „Was will Frankreich im Ruhrgebiet?“ Ist sein Einmarsch vorwiegend einem politisch-imperialistischen Zwecke dienend, zur Annexion deutscher Gebietsteile erfolgt, so wird es ungeachtet aller entgegenstehenden vernünftigen Wirtschaftserwägungen seinen unheilvollen Schritt bis zur vorgezeichneten, letzten Konsequenz verfolgen. Im Herzen Europas aber würde eine vergewaltigte Bevölkerung von 60 Millionen, in einer Atmosphäre des Hasses aufwachsend, einen Brandherd darstellen, der keine Ruhe, auch nicht für Frankreich, aufkommen läßt, bis das Unrecht beseitigt ist. Dem politischen Zerfall Deutschlands würde der Frankreichs folgen und Europa in einen gähnenden Abgrund ziehen. Die großen Erfahrungen der Weltgeschichte, und insbesondere der Geschichte Frankreichs selbst, zeigen die Unmöglichkeit dieses Weges so deutlich, daß es mir schwer fällt, daran zu glauben, daß das offizielle Frankreich noch solchen Wahnideen nachläuft. Das französische Volk wird sicher eine solche Bindung ablehnen. Ist dieses aber nicht Frankreichs Absicht, und hier muß von allen Staaten eine klare, eindeutige Antwort gefordert werden, so würde als nächster Grund die Gewinnung wirtschaftlicher Vorteile das Handeln Frankreichs leiten.

Damit stoßen wir auf das Reparationsproblem, das seit 1918 Europa und die Welt beunruhigt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Frankreich und Belgien ein Recht auf den Wiederaufbau haben, da seine Gebiete verwüstet, seine Produktionsstätten zum Teil vernichtet und das französische Staatsbudget ein gewaltiges Schuldkonto aufweist. Der

Versailler Vertrag brachte nicht die Regelung, die eine allmähliche Ueberführung von den Kriegsverhältnissen in geordnete Friedensverhältnisse möglich machte, das beweist neben dem finanziellen Zerfall der besiegten Staaten die Tatsache, daß alle möglichen Konferenzen sich mit den Sonderfragen beschäftigen mußten. Worauf es m. E. in der Hauptsache ankommt, ist:

1. Eine genaue Festlegung der von Deutschland zu leistenden Barzahlungen und Sachleistungen,
2. eine baldige Regelung der Schuldenfrage innerhalb der alliierten Mächte,
3. Die Sicherung Frankreichs vor dem gefürchteten neuen Ueberfall durch das an Zahl stärkere Deutschland.

Schon die Problemstellung zeigt, daß es sich hier um Aufgaben handelt, die nur international gelöst werden können, da in keiner einzigen Frage eine Macht allein imstande wäre, eine Regelung von Dauer zu treffen.

Ich sehe unter dem nun einmal vorherrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystem nur folgenden Ausweg, der m. E. für alle Beteiligten gangbar wäre: Zu 1. Eine internationale Konferenz von hervorragenden Wirtschaftsführern, Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Bankiers, an der auch deutsche und französische Teilnehmer gleichberechtigt mitwirken, wird auf Grund der von Deutschland gemachten Vorschläge und der hiergegen erhobenen Einwände eine genaue Prüfung der Gesamtfrage durchführen, den beteiligten Parlamenten bzw. Regierungen einen Reparationsvorschlag machen und die Zahlungs- und Lieferungsmodalitäten festlegen. Ist eine Einigung durch Verständigung oder Schiedsspruch eines von allen Beteiligten anerkannten Schiedsgerichtes zustande gekommen, wird Deutschland zur Befriedigung des dringenden französischen Finanzbedürfnisses eine oder mehrere internationale Anleihen ausschreiben, die durch eine umfassende Budgetreform, durch Reichs-, Staats- und Kommunalbesitz und durch Beteiligung des Reiches an Industrie und Landwirtschaft gesichert werden. Das setzt allerdings voraus, daß die deutsche Wirtschaft von all den würgenden Fesseln des Versailler Friedensvertrages befreit, sich frei entwickeln darf, und daß im besetzten Gebiet der vertragsmäßige Zustand (Räumung des Einbruchs- und Sanktionsgebietes) wieder hergestellt wird.

Eine derartige, vom Willen aller Völker getragene Regelung würde die Grundlage zu einer ebensolchen Regelung des 2. Punktes sein.

Zu 3. aber würde ein zwischen Frankreich, England, Amerika und Italien abgeschlossener Sicherheitspakt, dem Deutschland beizutreten berechtigt wäre, für Frankreich eine weit bessere Sicherheit bieten, als die von ihm angewandte Pressionspolitik, die erst Haß- und Revanchegedanken erzeugt. Darüber hinaus aber werden in Deutschland

selbst in dem Maße, als es sich frei in friedlicher Arbeit wieder entwickeln kann, jene Kräfte gestärkt, die auf eine dauernde, ehrliche Verständigung der beiden großen Mächte hinwirken. Wenn die Völker erst einsehen, daß ihr Glück nicht im gegenseitigen Hassen, sondern im engen Zusammenwirken begründet liegt, sind die Grundlagen für einen wirklichen Bund der Völker geschaffen. Die Regierung aber, die die Hand ausstreckt, um noch im letzten Augenblick die Grundlagen hierzu vor dem Versiegen zu retten, kann das ruhigen Gewissens tun, ohne damit Schwäche zu bekunden. Deshalb sollte m. E. die deutsche Regierung, ohne den passiven Widerstand abubrechen, eine offene Aufforderung zur Mitarbeit an alle Staaten ergehen lassen, denn gerade in unserer Schwäche liegt ja unsere moralische Kraft.

---

EDUARD BERNSTEIN:

## Ein Brief für einen amerikanischen Staatsmann.

**I**N der Nummer der „Glocke“ vom 12. März hatte ich ein zu meiner Kenntnis gelangtes Stück aus dem Brief eines hochgestellten Politikers der Vereinigten Staaten von Amerika veröffentlicht, worin dieser das passive Verhalten seiner Regierung zu dem gewalttätigen Einbruch der Franzosen in deutsches Gebiet und deren dort verübten Gewaltregiment zu begründen sucht, und hatte einiges mir notwendig Erscheinende dazu bemerkt. Da mir bekannt geworden war, daß jener Staatsmann dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, Herrn Harding, nahesteht, und mit ihm persönlichen Verkehr unterhält, hielt ich es in Anbetracht der Wichtigkeit der Sache nicht für genügend, in einer deutschen Zeitschrift zu antworten, sondern habe gleichzeitig dem deutschen Empfänger des Briefes einen Antwortbrief in englischer Sprache übersandt und ihm anheimgestellt, diesen dem Amerikaner zugehen zu lassen. Konnte ich mir auch nicht einbilden, daß ein Brief eines Politikers in nichtoffizieller Stellung genügen würde, die Wirkung zu erzielen, an der mir lag und liegt, so weiß ich doch, daß in der Politik unter Umständen ein solcher Brief immerhin die Wirkung haben kann, eine schon vorhandene oder in der Entwicklung begriffene Geistesregung zu verstärken, und in so ernster Lage, wie es gegenwärtig die des deutschen Volkes ist, genügt das Vorhandensein der kleinsten Möglichkeit, um ihre Ausnutzung zur Pflicht zu machen.

Dies die Erwägung, die mich zur Abfassung des Briefes veranlaßte, den ich nun hier in deutscher Sprache folgen lasse, da es mir aus bestimmten Gründen angezeigt erscheint, ihn öffentlich bekanntzugeben:

Berlin-Schöneberg, 5. März 1923.

Lieber Herr F.!

Ich habe Ihr wertees Schreiben von gestern empfangen und beeile mich, Ihnen mit dem Presseausschnitt, den es enthielt, auch den Brief des Dr. X zurückzusenden, den Sie so freundlich waren, mir anzuvertrauen.

Empfangen Sie meinen besten Dank dafür, bitte, daß Sie mir einen Blick in diesen Brief gestattet haben. Er war für mich, muß ich gestehen, eine sehr belehrende Lektüre. Er war aber auch eine sehr niederdrückende Lektüre. Nicht nur, weil er zeigt, daß die große und machtvolle transatlantische Republik nichts gegen die ungeheuerliche Verletzung des Völkerrechts tun will, die Frankreich heute am deutschen Volk verübt, sondern auch wegen der Begründung, mit der Dr. X. diese Passivität zu rechtfertigen glaubt. Gerade bei einem gebildeten Politiker der Vereinigten Staaten hätte ich diese Art zu argumentieren für unmöglich gehalten. Er spricht von Europa, als ob es eine politische Persönlichkeit sei, was es heute leider weniger ist als seit vielen Jahrzehnten. Es ist weder ein zentralisiertes Land, noch ein Bund von solchen, es ist ein Erdteil — ein aus Staaten von nicht nur sehr verschiedener Größe und Macht, sondern auch mit sehr verschiedenen Rechten zusammengesetzter Erdteil, und von der heutigen Ungleichheit der Rechte sind die Vereinigten Staaten in Gemeinschaft mit andern die Urheber. Nachdem sie geholfen haben, diejenige Verteilung der materiellen Macht herbeizuführen, die einen Diktatfrieden möglich gemacht hat, haben sie durch ihre damaligen Vertreter an der Ausarbeitung des Diktats teilgenommen, das den Titel „Vertrag von Versailles“ führt, und sind daher mitverantwortlich für die Zustände, die es zum Ergebnis gehabt hat. Allerdings haben sie den Vertrag nicht für sich selbst ratifiziert. Aber das vermindert nicht ihre Verantwortlichkeit für seine Folgen.

Was gegenwärtig in den Rhein- und Ruhrgebieten Deutschlands vor sich geht, ist eine dieser Folgen. Nicht die Folge von Rechts wegen, gemäß dem Geist, in dem unter andern die Vertreter der Vereinigten Staaten den Vertrag aufgefaßt hatten, aber die Folge jener Tatsachen. Das bis an die Zähne bewaffnete Frankreich hat das entwaffnete Deutschland überfallen, wichtige seiner Gebiete gewalttätig besetzt, sie — mitten im Frieden! — unter Militärherrschaft gestellt, und übt diese Herrschaft mit größerer und brutalerer Willkür aus, als sie das Völkerrecht selbst in Kriegszeiten zuläßt. Es steckt rechts und links Leute ins Gefängnis, es weist Staatsbürger aus ihrer eigenen Heimat aus, stellt andere vor seine Kriegsgerichte, wo sie zu hohen Strafen verurteilt werden, weil sie die Gesetze ihres Landes zur



Ausführung gebracht haben, und begeht viele andere Gewaltakte, die ich nicht erst aufzählen brauche.

Alles das steht so sehr mit den im Vertrag von Versailles niedergelegten Grundsätzen im Widerspruch, daß die Vereinigten Staaten, die so viel dazu beigetragen haben, Frankreich aus den Griffen des kaiserlichen Deutschland zu befreien, berechtigt wären, dagegen Protest zu erheben, auch wenn sie nicht an seiner Abfassung mitgearbeitet hätten. Und das Recht ist in diesem Fall mindestens eine moralische Pflicht.

Ich anerkenne gern, daß, als Dr. X.s Brief geschrieben wurde, d. h. am 5. Februar d. J., die Dinge noch nicht so auf die Spitze getrieben worden waren, wie es mittlerweile geschehen ist. Aber daß sie sich so weit entwickelt haben, mag vielleicht Dr. X. davon überzeugt haben, daß er die Pläne und die Rücksichtslosigkeit Frankreichs gewaltig unterschätzt hat. Ich kann nicht glauben, daß er auch heute noch bereit ist, von „uns abseits halten, bis Europa seine Zwistigkeiten bereinigt hat“ zu reden. Denn das würde bedeuten, sich „abseits halten“, bis das bewaffnete Frankreich das unbewaffnete deutsche Volk unter seine Absätze gebracht hat.

Die Vereinigten Staaten sind ein machtvolles Land, vielleicht das mächtigste Land, das es heute gibt. Wenn sie wollen, so wird ihre Stimme gehört werden, wo es ihr Beschluß ist, daß sie gehört werde. Macht verpflichtet. Weigern sie sich, so strafen sie ihre eigene Erklärung der Menschenrechte Lügen.

Dies, lieber Herr F., die Betrachtungen, die der Brief des Dr. X. in mir wachgerufen hat. Ich stelle es Ihnen anheim, sie, wenn Sie es für angezeigt halten, ihm zu unterbreiten. Die neuesten Nachrichten aus Frankreich lauten wieder sehr unheilvoll.

Soweit der Brief. Es war, als ich ihn schrieb, selbstverständlich sehr viel mehr zur Charakteristik des Vorgehens der Franzosen am Rhein und an der Ruhr zu sagen. Aber in der Erwägung, daß beschäftigte Politiker sich um so eher entschließen, einen Brief über politische Fragen zu lesen, je kürzer er ist, beschränkte ich mich auf die Darlegung des Gesichtspunkts, der mir Amerikanern gegenüber der wichtigste, am ehesten Eindruck machende zu sein schien: die Frage der moralischen Pflicht zum Eingreifen.

Ich weiß, daß es viele Leute gibt, die für solche Anrufe ethischer Empfindungen nur ein Ueberlegenheit ausdrücken sollendes Lächeln haben. Es ist aber nicht nur falsch, es ist auch ein sehr verderblicher Irrtum, die Bedeutung der ethischen Urteile im politischen Leben zu unterschätzen. Allerdings leben wir in einem materialistischen Zeitalter, wo das ökonomische Interesse die Politik ganz besonders stark beeinflußt. Aber er ist doch bei weitem nicht der einzige wirkende Antrieb. Es ist im Gegenteil nur eine Minderheit von

Menschen, die sich in politischen Fragen ausschließlich von ihm leiten lassen. Die meisten Menschen haben neben dem Sinn oder Instinkt für das Oekonomische auch noch Sinn für Ideologien der verschiedensten Art, und der ist ein schlechter Politiker, der sie ignorieren zu dürfen glaubt. Außerdem aber ist die große Mehrheit der Amerikaner an den Vorgängen in Europa weder nach der einen noch nach der andern Seite hin besonders stark ökonomisch interessiert. Es waren nicht ökonomische Beweggründe, die seinerzeit die Vereinigten Staaten unter Führung Woodrow Wilsons veranlaßten, ihrerseits in den europäischen Krieg einzugreifen.

Warum es nicht mit dem Endresultat geschah, das Wilson damals vorschwebte, soll hier nicht untersucht werden. Jedenfalls sind er und seine Landsleute nur in sehr bedingtem Umfange dafür verantwortlich zu machen. Aber das Ergebnis ist ein anderes, eine Quelle großen Unheils; und es gibt daher auch in dieser Hinsicht eine Pflicht der Wiedergutmachung, die darum nicht minder begründet ist, daß sie nicht durch ein Diktat vertraglich festgelegt worden ist.

Es handelt sich um eine politische Wiedergutmachung, für die die Vereinigten Staaten ohne jeden Krieg sehr viel tun können, wenn sie nur wollen. Die Aufgabe des Tages ist die Herstellung der Bedingungen für ein erträgliches Nebeneinanderleben Frankreichs und Deutschlands. Ein solches wird aber solange nicht zu erzielen sein, solange die Persönlichkeiten und Parteien, die heute in Frankreich die Politik bestimmen, keine Macht neben sich sehen, die stark genug ist und dazu den erforderlichen Willen hat, ihrer Willkür Einhalt zu gebieten. In Europa gibt es zurzeit keinen Staat, von dem dies gesagt werden könnte. Einzig die Internationale der Sozialdemokratie hat diesen Willen, und soweit dies von ihrer Umsicht und Tatkraft abhängt, würden wir berechtigt sein zu hoffen, daß ihr es gelingt, das schon ins Wanken geratene Selbstvertrauen derer um und hinter Poincaré vollends zu erschüttern. Indes stehen ihr noch Gegner gegenüber, deren Macht zum Hintertreiben jeder vernünftigen Lösung groß ist. Ihre Treibereien lahmzulegen wären die Vereinigten Staaten in der Lage, wenn sie nur wollten. Und darum gilt für sie in entsprechender Form der Kantische Satz: „Du sollst, denn du kannst.“

---

MAX QUARCK:

## Die „militärische Vorbereitung“ Deutschlands.

Die Sorge um ein wiedererstarkendes Deutschland hat mit den französischen Maßnahmen beim Ruhreinfall ganz erheblich zu tun. Zwar leugnen es noch die offiziellen Stellen. Sie behaupten, Deutschland könnte von dem Moment ab frei sein, als es anfangen würde, Repara-

tionen zu zahlen. Allein die Reparationszahlung ist nach französischen Begriffen nur möglich, wenn sich Deutschland vollkommen seiner Freiheit begibt. Der letzte Vorschlag, den die Reparationskommission vor dem Einrücken ins Ruhrgebiet machte, bedeutet ein vollkommenes Unterwerfen unter die fremde Finanzhoheit. Es ist immer noch nicht genügend bekannt, daß eine vollkommen ausgearbeitete Denkschrift besteht, nach welcher Deutschland sich den Wünschen und Anordnungen der Reparationskommission vollkommen zu fügen hatte. Diese bestimmte alle Einnahmen und Ausgaben. Ohne ihre Einwilligung, durfte keine Schuld kontrahiert werden. Alle deutschen Parlamente hatten auf ihre Einspruchsrechte zu verzichten. Man müßte diese Denkschrift viel mehr verbreiten und viel mehr zur Grundlage der öffentlichen Diskussion machen, um nachzuweisen, daß sie Unerfüllbares verlangte. Aber daneben geht eine französische Propaganda her, welche positive Ziele hat. Sie sucht nachzuweisen, daß seit 1919 das Deutsche Reich Rache sinnt. Der französische Oberstleutnant Reboul ist einer der eifrigsten Vertreter dieser Auffassung in der Presse. In immer wiederholten Artikeln des „Temps“ sucht er den Nachweis für seine Behauptungen zu erbringen. Wir wollen ihm einmal auf diesem Gebiete folgen und seine Darlegungen wiedergeben, damit die Leser einen Begriff von dieser Agitation erhalten.

Schon zu der Zeit, als der Friedensvertrag noch nicht unterzeichnet war, habe das Reich bluffen wollen, indem es die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten androhte. Es habe vier- bis fünfmal hunderttausend Mann unter den Fahnen gehalten, auf die es sich stützen wollte, um die Forderungen der Alliierten zu bekämpfen. Jedermann weiß, daß die innern Parteikämpfe Deutschlands damals diese Stärke notwendig machten, und die Franzosen waren heilfroh, daß die deutsche Republik durch sie gerettet wurde. Aber sie schelten jetzt nachträglich auf eine Heereszahl, die allein damals die Republik verbürgte.

Dann kam der 31. März 1920 mit der Vorschrift, die Reichswehr auf hunderttausend Mann zu reduzieren. „Was wird Deutschland angeben? Wenn es diese Vorschrift wörtlich ausführt, wenn es alle Maßregeln der Mobilisation unterläßt, wird es vollständig entwaffnet sein.“ Es beschließt, nach der französischen Darstellung, dies nicht zu tun. Ein Jahr lang läßt es die Diskussionen dauern, die die Liquidation seiner alten Armee betreffen. Schließlich wandelt es seine Staatspolizei in eine zweite Reichswehr um. Es verdoppelt so die effektive Zahl seiner Truppen. Nach dieser Darstellung würde die Schaffung der Sicherheitspolizei eine Verdoppelung der Reichswehrbestände erzielen. Warum hat dann die Entente sie zugelassen? Alle Sicherheitsmaßnahmen für die einzelnen Länder sind getroffen mit Zustimmung der Ententevertreter. Nicht ein einziger Schutzmann oder Schupo ist mehr eingestellt, als zugelassen wurde. Die Organisation der Schupo war Gegenstand langwieriger Verhandlungen. Sie ist jetzt genau nach Anweisung der Ueberwachung geregelt. Die Fran-

zosen machen sich ja selbst lächerlich, wenn sie behaupten, daß die Schupo gleich der Reichswehr zu setzen sei. Wenn sie noch irgendwelche Bedenken hatten, so konnten sie das sagen. Aber es geht nicht an, mit der einen Hand zu genehmigen und mit der andern Artikel zu schreiben, die Deutschland verdächtigen und es als einen illoyalen Ausführer des Friedensvertrags hinstellen.

Bezüglich der Freikorps legt der französische Darsteller seiner Phantasie gar keine Zügel mehr an. Die Bildung der Freikorps sei nur ein Aushilfsmittel gewesen. Sie wurde seit 1919 aufgegeben. Statt dessen beginne die Generalmobilisation des Landes. Diese sei langsam, schwer und mühsam. Die Ueberwachung durch die Kontrollkommissionen in Deutschland sei ein Hindernis für sie. „Aber dank den unzähligen Verstecken, die allein ein Deutscher finden kann, gehe sie trotz unsrer Interventionen vor sich. Sie ist jetzt weit getrieben. Die deutsche Armee könnte ihre Bestände im Falle von Feindseligkeiten verzehnfachen. Die Rekrutierung der jungen Klassen und der Aufruf der Reserven sind schon organisiert. So wie sich der Mechanismus vervollkommnet, verschwinden die Freikorps allmählich. Wenn man den Wert und die effektiven Zahlen der deutschen Armee Ende 1921 mit derjenigen Ende 1920 vergleicht, kann man sagen, daß sie sich verdoppelt haben. Heute haben sie sich verdreifacht. Wenn wir nicht eingreifen, wird sie bald dahin kommen, uns gleich zu sein.“

Diese Phantasien werden im Ernst von einem französischen Militärschriftsteller vertreten! Sie sind der Kern der ganzen Ausführung, aber zugleich die beweisloseste Behauptung, die man aufstellen kann. Wo sind die Formationen, von denen der Franzose spricht? Wer hat sie aufgezeichnet und wer führt die Listen über sie? Wer bezahlt ihre Verwaltung und ihre mannigfachen Arbeiten? Nichts, aber auch gar nichts ist davon wahr. Hier werden die Franzosen mit reinen Angstprodukten gefüttert. Die Schilderung von der Verdoppelung und Verdreifachung der Bestände entbehrt jeder, aber auch jeder Begründung.

Aber vielleicht ist es mit dem Heeresbestand, wie mit den Waffen. Der französische Oberstleutnant behauptet, „daß die Deutschen arbeiten, um sich die Mittel zu geben, rasch ihr Kriegsmaterial zu bauen. In allen diesen Fabrikationszweigen kann man, wenn man über Kaliber in genügender Anzahl verfügt, alle Stücke serienweise produzieren und sie ohne vorherige Probe ansammeln. Die Deutschen fabrizieren bestimmte Kaliber außerhalb des Reiches, fern von jeder Kontrolle (!). Sie werden in wenigstens einem Jahre, wahrscheinlich in neun oder zehn Monaten, das ganze Material, das für einen nächsten Krieg notwendig ist, erzeugen. Sie werden es nicht können, solange wir die Ruhr besetzt halten; es würde ihnen die Kohle fehlen.“ Hier ist alles, was der Franzose sagt, reinste Erfindung. Wo sind die Fabriken, die außerhalb des Reichs, fern von jeder Kontrolle, Kaliber für Heeresrüstung erzeugen? Sie sollen mit deutscher Kohle

arbeiten. Es liegt also die abenteuerliche Vorstellung zugrunde, daß die Kohle von Westfalen nach dem geheimnisvollen Erzeugungsorte gebracht und dort verwendet werden würde. Wo sollen die geheimnisvollen Heeresfabriken liegen? In Litauen, in Polen, in Tschechoslowakien, in Ungarn oder in Oesterreich? An Rußland denkt wohl selbst die fruchtbare Phantasie des französischen Offiziers nicht. Das Reich ist doch rings vom Kranze dieser Länder umgeben, und es müßte sich doch an irgendeiner Stelle eine Spur von jener Heeresproduktion zeigen. In Wahrheit existieren alle diese Fabriken nur in der Einbildung des französischen Beobachters. Man steht erstaunt vor der Tatsache, daß er sich ein vollkommenes Märchen zurechtgebaut hat. Bei der Diskussion des französischen Zweijahrgesetzes habe Herr André Lefèvre, der frühere (!) Minister des Krieges, von der Rednertribüne aus genauere Angaben über diesen Gegenstand gemacht, und niemand habe die Tatsachen, die dieser Patriot zitiert habe, dementiert. Wir kennen das Material nicht, das Herr Lefèvre vorführte. Sein Bearbeiter läßt es ebenso im dunkeln. Wie kann man dann darauf antworten? Bleibt der einzige Fall der Fabriken Werner zu Berlin, wo die Kontrollkommission einen beträchtlichen Vorrat von Spezialwerkzeugen und Apparaten für Maschinengewehre gefunden hat. Auf Grund dieses einzigen Tatbestands wagt der französische Bearbeiter die Behauptung: Deutschland schafft ohne Zweifel Kriegsvorräte außerhalb seines eignen Territoriums. Wie lassen sich diese Schlüsse rechtfertigen? Durch gar nichts. Ebenso ist es mit der Verbesserung und dem Bau von Eisenbahnen um Stuttgart. Diese Arbeiten entsprächen keinem ökonomischen Bedürfnis; sie seien nur durch militärische Gründe zu erklären. Das ist einfach nicht wahr. Die Verlegung des Stuttgarter Bahnhofs ist eine im Interesse des Verkehrs notwendige Maßnahme, die schon lange vor dem Kriege geplant war und jetzt erst allmählich durchgeführt wird. Mit militärischen Gründen hat der Umbau in Stuttgart auch nicht das mindeste zu tun.

Zum Schluß muß auch noch die technische Nothilfe aufmarschieren. „Sie bildet seit dem Frieden vollständig gegliederte Einheiten. Sie sind auf die Dauer mit dem Kriegsmaterial versehen, das ihnen notwendig ist. Sie können in einigen Stunden alarmiert werden. Im Fall der Mobilisation kann die deutsche Armee allein mit dieser freiwilligen Organisation über technische Mittel verfügen, die vielmals gewichtiger sind als diejenigen, über die sie am Jahresschluß 1918 verfügte. Sie sind gewichtiger als diejenigen unserer Armee und von viel mehr Wert.“ Hier erklimmt der französische Oberstleutnant den Gipfel der Unwahrheit. Die technische Nothilfe soll über mehr Kriegsmittel verfügen, als die ganze französische Armee? Das glaubt ihm kein Mensch auf dem ganzen Erdenrund. Sie sollen besser ausgerüstet sein als die vielen tausend Krieger, Artillerie und Pionierabteilungen, von denen man jetzt an der Ruhr eine kleine Ahnung bekommt? Das istbarer Unsinn, und die Darstellung der Franzosen würde sich schon durch

diese unendliche Uebertreibung so lächerlich machen, daß sie von niemand mehr ernst genommen werden könnte.

Das Schlußergebnis läßt der französische Oberstleutnant den jetzigen französischen Kriegsminister ziehen. Dieser glaubt, daß im Kriegsfall jede der sieben Infanteriedivisionen sich verdreifachen würde. „Die deutsche Armee würde also 21 Infanteriedivisionen stark sein. Diese Schätzung bleibt tief unter demjenigen, was sich in der Wirklichkeit ereignen würde. Ohne seine Freikorps würde Deutschland wenigstens 30 Divisionen mobilisieren.“ Er schrieb es hin, und so muß es wahr sein! Nicht der mindeste Zahlenbeweis wird versucht. Setzen wir den Fall, daß Deutschland ebenso befreundet mit Frankreich wäre, wie es heute verfeindet ist, und daß es sich wirklich anstrengen würde, eine Anzahl Leute auf die Beine zu bringen, um Frankreich zu helfen. Das Bild würde kläglich sein. Die entgegengesetzte Welle könnte schon etwas mehr Leute auf die Beine bringen. Frankreich hat durch sein Ruhrabenteuer reichlich dazu beigetragen, daß es ihr an solchen nicht fehlt. Aber auch da würde die Wirklichkeit weit unter den optimistischen Schätzungen des Franzosen bleiben. Die Orgesch hätte die Schürung der Mobilisationsregister und der individuellen Aufforderung zur Stellung übernommen. Der Orgesch würden verhältnismäßig nur wenig Dienstlustige folgen. Das Resultat wäre, wenn es überhaupt als Ganzes in Betracht käme, ein ungeordnetes Durcheinander hier und dort. Nur mit Grauen könnte man an den Versuch denken, ein deutsches Heer durch die Orgesch aufzustellen. Die Franzosen würden binnen wenigen Tagen Herr der Situation sein. Die ganze Darstellung des Franzosen beruht darauf, daß er uns noch einige Lücken in der Beobachtung der unerlaubten Organisationen glaubt nachweisen zu können. Aber solche Lücken wird es immer geben. Sie beweisen nur, daß unser Volk sich erst langsam an den Abrüstungszustand gewöhnen kann, der ihm durch den Friedensvertrag auferlegt ist und der es ungünstiger stellt, als jedes andere Volk der Erde, das 60 bis 70 Millionen Einwohner zählt. Darin besteht unser ganzes Verbrechen, alles übrige ist reinste Dichtung, die dem Gehirne eines mißtrauischen Militaristen entspringt. Aus Furcht, Deutschland nicht ganz erdrosseln zu können, sieht er die Bataillone verzehnfacht, die es stellen könnte. Sein Gemälde entspricht dem krankhaften Zustand seines Gehirnes. Es ist selbst eine Krankheit! Aber danach wird französische Politik gemacht. . . .

\*

Dafür müssen die französischen Beamten einschwenken, wie die Rekruten. Im nachfolgenden soll eine erbauliche Geschichte davon erzählt werden, wie einer der höchsten Beamten des Völkerbundes dem französischen Wahn von der deutschen Rüstung zum Opfer fiel . . .

Die französische Liga der Menschenrechte wollte eine Veranstaltung gegen den republikanischen Block organisieren, der mehr und

mehr eine Politik des Angriffs gegen Deutschland einschlage. Durch den Ruhreinfluss greife man in das Recht des deutschen Volks, selbst über sich zu bestimmen, wie in die Rechte der arbeitenden Klasse ein, die wie ein einfaches Pfand oder ein einfaches bewegliches Gut behandelt werden. Die nationale Presse schäumte vor Entrüstung. Wie — man konnte mitten in Paris diese Opposition gegen die geheiligte Politik des Hasses machen, man konnte Franzosen in den Arm fallen, die die Fahne Frankreichs gegen ein wortbrüchiges Deutschland vorantrugen?

Aber das Verbrechen war noch größer. M. Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Bureaus der Arbeit, sollte einer der Hauptredner des Tages sein. Und gegen ihn setzte eine ganz besondere Hetze ein, die es sich wohl zu betrachten lohnt, wenn man die Mentalität der Franzosen verstehen will. Wie kann eine Einrichtung, welche aus dem Vertrag von Versailles geboren ist und dem Siege über die Rechtsbrecher ihr Dasein verdankt, in irgendeiner Weise teilnehmen an einer Offensive gegen die militärische Besetzung der Ruhr? Wie kann das Internationale Bureau der Arbeit sich einmischen in eine politische Kundgebung, die in Paris organisiert wird in einem Geiste, der sicher nicht derjenige der Union sacrée zwischen Franzosen ist? Wie darf der Direktor dieses Bureaus gewissermaßen als Heros dieses Tages hingestellt werden, und wie hat er eine Rolle bei diesem Drama übernehmen können? Das fragte sich der „Temps“ voll patriotischer Aengste, und seine Antwort ist so schlüssig, daß es sich schon verlohnt, sie hierherzusetzen.

Die Organisation der Arbeit, so wie sie der Friedensvertrag gewollt hat, so schrieb das Blatt, hat keineswegs die Bestimmung, hier oder da im Kampf der Parteien zu intervenieren. Seine Aufgabe besteht ganz in Informationen und Studien. Das Internationale Bureau der Arbeit, das der Generalversammlung der Vertreter des Völkerbundes zur Seite steht, hat Funktionen, welche ausdrücklich durch den Vertrag von Versailles bestimmt sind. Im Artikel 396 sind diese Funktionen aufgezählt. Sie gehen von dem Studium der Fragen internationaler Verträge bis zu ihrer Ausführung. Das Internationale Arbeitsbureau soll die Tagesordnung der Konferenzen vorbereiten und soll ein periodisches Bulletin herausgeben, welches die Fragen der Industrie und der Arbeit betrifft. Man hat nicht gehört, daß das Internationale Bureau teilnehmen soll an der Kundgebung gegen den Ruhrkonflikt, die sicher nicht zu den regelmäßigen Obliegenheiten des Bureaus gehört. M. Albert Thomas hat kürzlich Stellung gegen die französische Regierung genommen und gegen sie die Zuständigkeit des Bureaus in bezug auf die Landwirtschaft behauptet. Diese Behauptung hat triumphiert vor dem Internationalen Schiedsgerichtshof vom Haag. Aber diese Frage hatte nichts vom Politischen an sich, sondern war einfach eine internationale Streitfrage. Als M. Albert Thomas auf sein Abgeordnetenmandat verzichtete, begründete er seine Entscheidung mit dem Wunsch, seine Unabhängigkeit

und diejenige des Internationalen Bureaus zu wahren. Indem er aufhörte, einem Parlament anzugehören, erschien der Direktor des Internationalen Arbeitsbureaus als unabhängig von jeder Partei und von jeder Klique. Die Arbeit, die aus dem Vertrag von Versailles hervorging, konnte also nicht mehr verdächtig sein ärgerlicher Kompromisse. Sie wurde anerkannt als internationale, d. h. als Arbeit, die dem allgemeinen Fortschritt diene, ohne irgendwie noch einer Parteigruppierung unterworfen zu sein. Das ist der Charakter, welchen der Vertrag ihr hat geben wollen.

Aber welche Entgleisung, wenn der Direktor des Internationalen Arbeitsbureaus sich in dem oder jenem Lande bei einer bestimmten Partei einschreiben läßt! Wenn er in Frankreich z. B. unter den Manifestanten erscheint, die, man wird es gestehen, nicht die wenigst Eifrigsten und die am wenigsten Waghalsigen in den Wahlschlachten sind? Der Direktor des Internationalen Arbeitsbureaus wird dadurch wieder ein politischer Mensch. In individueller Hinsicht ist dies sein Recht. Hat er einen Vorteil, davon Gebrauch zu machen? Er allein kann darüber entscheiden. Die Gegner des nationalen Blocks mögen es für gut halten, Herrn Albert Thomas zu sich herüberzuziehen und sich des Internationalen Arbeitsbureaus wie einer Fahne zu bedienen. Diese Taktik entbehrt ohne Zweifel nicht der Geschicklichkeit. Allein was denkt von ihr der Verwaltungsrat, unter dessen Kontrolle M. Albert Thomas in seiner Eigenschaft als Direktor des Internationalen Bureaus gestellt ist? Soll der Artikel 394 des Versailler Vertrages seinerseits als ein Fetzen Papier behandelt werden? Er drückt sich folgendermaßen aus: „Ein Direktor wird an die Spitze des Internationalen Arbeitsbureaus gesetzt werden; er wird bezeichnet werden durch den Verwaltungsrat, von dem er seine Instruktionen empfangen wird und demgegenüber er verantwortlich sein wird für den guten Gang des Bureaus, ebenso wie für die Ausführung aller andern Aufgaben, die ihm anvertraut werden können. Der Direktor oder sein Stellvertreter werden allen Sitzungen des Verwaltungsrates beiwohnen.“ Der Verwaltungsrat, um den es sich handelt, umfaßt besonders „zwölf Personen, welche die Regierung vertreten“. Die französische Regierung befindet sich unter diesen zwölf Personen. Die politische Kundgebung, die zugleich gegen einen Teil der französischen Republikaner, gegen die Anwendung des Vertrags von Versailles und gegen die Besetzung der Ruhr organisiert ist, kann verschiedenen Mitgliedern des Verwaltungsrats entgehen. Aber das kann nicht der Fall sein für die französische Regierung. Und man fragt sich, ob sie nicht den Handschuh aufnehmen wird, der hingeworfen wurde. Soweit der „Temps“.

Hier hat man die französische Sucht, jeden zu denunzieren, der die Politik des nationalen Blocks nicht mitmacht, in Reinkultur. Zu was sollen die langatmigen Ausführungen über die Amtsobliegenheiten des Herrn Albert Thomas dienen? Er könnte noch mehr Vertrauensaufgaben zu erfüllen haben, als er es in Wirklichkeit hat, und könnte



doch seine politische Ueberzeugung frei wählen. Daß man ihm das letztere nicht gestatten will, ist das Bezeichnende bei der ganzen Affäre. Hat er mit dem Augenblick, in dem er sein Amt antrat, jedes Recht auf politische Meinungsäußerung gegen sein Gehalt verkauft? Er kann ein guter Direktor des Arbeitsbureaus sein und über den Einfall der Franzosen in das Ruhrgebiet ganz anders denken, als die Mehrheit seiner Landsleute! Vielleicht soll ihm auch das Denken nicht verboten sein. Er könnte meinen, was er wollte, wenn er nur den Mund hält! Dann würde er sich aber zum Sklaven seiner offiziellen Stellung machen. Er dürfte nicht sagen, was er dächte, mit Rücksicht darauf, daß die französische Regierung einer seiner Arbeitgeber wäre. Er würde also schlechter dastehen, als jeder andere französische Staatsbürger. In der Tat ist ja die französische Regierung nur einer seiner Auftraggeber unter vielen. Sie besitzt mit zwei oder drei Stimmen die unendliche Minderheit des Verwaltungsrats. Selbst wenn man die belgischen Stimmen hinzurechnet, bleibt sie weit in der Minorität. Das würde also darauf hinauslaufen, daß die französische Regierung mit ihren allerengsten Freunden die Meinung bestimmte, welche die Beamten des Internationalen Arbeitsbureaus haben dürften. Und das ist echt militärisch! Frankreich ist der stärkste militärische Geist der Entente. Es bestimmt die Haltung der ganzen Entente. Wenn die Beamten des Völkerbundes eine andere Meinung haben wollen, so mögen sie dies tun — aber sie können nicht Beamten bleiben. Sie mögen sich dann eine Stellung außerhalb desselben suchen. Solange Frankreich der Gebieter Europas bleibt, bleibt es bei der Meinungsunfreiheit der Beamten des Völkerbundes. Und Herr Thomas hat das quittiert, indem er die Rolle aufgab, die er politisch spielen wollte. Die Beamten des Völkerbundes sind nun ebenfalls militarisiert. . . .

\*

Nachschrift der Redaktion: So notwendig es erscheint, die Uebertreibungen des Herrn Reboux zu bekämpfen, so deutlich muß u. E. doch auch gesagt werden, daß die eigentlichen Urheber französischer Phantastereien die Leute sind, die der Reichswehrminister Geßler als „Verrückte“ bezeichnete, von denen er aber einige gar nicht weitab von sich zu suchen hätte. Die fortgesetzten militärischen Spielereien gewisser Leute, die — wenigstens für die Vergangenheit — zugestandene Entente cordiale zwischen Reichswehr und Selbstschutz machen es den Reboux auf der andern Seite leicht, ihren Landsleuten den Teufel an die Wand zu malen. Die beste Widerlegung eines Reboux ist und bleibt daher einè aktive Politik gegen unterirdische militaristische Treibereien, wie sie der preußische Innenminister Severing vertritt. Auch die geblähtesten Uebertreibungen sterben erst dann, wenn ihnen der „berechtigte Kern“ herausoperiert wird.

E. K—r.

Dr. WALTER ZEHLIN:

## Ut mine Gefängnistid.

„Il faut vous garder la nuit.“ Mit diesen Worten entließ mich der höfliche und gewandte Chef der politischen Polizei in Düsseldorf, als man mich nach meiner Festnahme fünf Stunden im Gebäude der französischen Geheimpolizei festgehalten und in der Zwischenzeit die bei mir vorgefundenen Drucksachen durchgesehen, registriert und fein säuberlich zu einem mir wenig sympathisch aussehenden Aktenstück zusammengeheftet hatte. Ich wurde in ein Automobil gesetzt, noch einmal zu meiner Wohnung gebracht, durfte mir einige Sachen zusammenpacken, wobei ich natürlich die allerunnötigsten, darunter einen Regenschirm, ergriff, dann eine mir unverständliche Order an den Chauffeur, und hinaus ging es in langer nächtlicher Fahrt durch die Straßen Düsseldorfs. Endlich machte das Auto Halt, Tore, von deutschen Gefängnisbeamten bewacht, öffneten und schlossen sich, und ich wurde in eine französische Wachtstube geführt, wo ich meine Barmittel abgeben, meine Gold- und Silberschätze, die allerdings nur in einer alten Nickeluhr bestanden, abliefern mußte und mein mit Heiterkeit begrüßter Regenschirm sorgfältig in Verwahrung genommen wurde. Oben in einer Zelle angelangt, bekam ich auf das Bett einige Decken hingeworfen, über deren Insektenfreiheit ich beruhigende Versicherungen erhielt, mußte mich entkleiden, was ich allerdings nicht zu weit trieb, und nachdem ich einen Schemel mit meinen Sachen vor die Tür gestellt hatte, wurde der Riegel vorgeschoben und abgeschlossen. Ich kenne angenehmere Geräusche, als dieses Zuriegeln und Abschließen, was auch die nächsten Tage noch immer einen unerquicklichen Eindruck auf die Nerven machte. In dieser Beziehung sind ältere Parteigenossen, welche die Freuden des Gefängnislebens aus der seligen Kaiserzeit kennen, besser dran und gegen den bislang noch nicht Vorbestraften im Vorteil.

Trotz nicht ganz reinen Gewissens gegenüber den Franzosen schlief ich, nachdem ich mich mit den verschiedenen Decken arrangiert und festgestellt hatte, daß die Härte der Strohsäcke und das Fehlen eines Kopfkissens sich durch keine wie immer geartete Körperhaltung und Lage ändern ließ, den Schlaf des Gerechten und wachte erst auf, als mir die Ostersonne in die Zelle schien und ich durch den Osterruf: „Die Klosett kübel raus!“ wieder aus dem Traumdasein in die raue Wirklichkeit gerufen wurde. Immerhin war es ein Zeichen, daß man mich nicht vergessen, mich nicht einfach in der Zelle verkommen lassen wollte. Gehorsam, wie alle Deutschen, befolgte ich den Ruf und erkundigte mich bei den bedienenden Geistern, deutschen jungen politischen Gefangenen, die man zu diesem Dienst genommen hatte, ob dies das Zuchthaus von

Düsseldorf sei. Mit Entrüstung wurde die Vermutung abgelehnt und mir erwidert: „Wo denken Sie hin, das ist hier kein Zuchthaus, sondern nur ein Gefängnis.“ Da die Tür bis zur Verabreichung des Kaffees, der von der gleichen Qualität wie der allgemein in Berlin verabreichte war, offen blieb, vermochte ich mich zu orientieren und sah und erfuhr, daß die Franzosen einen Flügel des Düsseldorfer Männergefängnisses für sich beschlagnahmt hatten und dort die politischen Untersuchungsgefangenen und die bis zu zwei Monaten Gefängnis Verurteilten untergebracht hatten. Die meisten Zellen waren mit zwei Insassen belegt, die sich nach Belieben unterhalten, beschäftigen und rauchen konnten. Gleich nach dem Kaffee gab es eine angenehme Ueberraschung, als deutsche katholische Schwestern mit einem großen Korbe mit Kuchen und Ostereiern erschienen, vor jeder Zellentür ihre Gaben abluden und auch mir mit freundlichem Händedruck fröhliche Ostern wünschten. Ich habe ihnen halb lachend, halb weinend gedankt, ihnen aber doch erwidert, daß es mit der Fröhlichkeit wohl nicht allzu weit her sein würde. Dann kam Gottesdienst für die Katholiken, dann getrennt für die Protestanten in der Gefängniskirche, in der man wie in abgeschlossenen Schränken sitzt und nur mit dem Kopfe über die abschließenden Wände herausieht, was gerade ausreicht, um den Pfarrer zu sehen. Als die kirchliche Feier beendet war, mußte ich ins Büro kommen und wurde noch einmal in ein gründliches und langweiliges Verhör genommen, um über meine Tätigkeit im Dienste für die ausländische Presse und besonders hochnotpeinlich über die bei mir vorgefundenen Drucksachen, insbesondere die verbotenen Berliner Zeitungen vernommen zu werden. Die Vernehmung war höflich und verlief in angenehmen Formen, wenn auch meine Hoffnung, freizukommen oder wenigstens außerhalb des Gefängnisses Mittag essen zu können, nicht in Erfüllung ging. Auch die Entgegennahme meines großen Ehrenwortes, nicht die Flucht zu ergreifen, wurde abgelehnt. In das Gefängnis zurückbegleitet, fand ich mein inzwischen kalt gewordenes Mittagessen vor, dessen Einnahme mir dadurch schwierig wurde, daß ich noch keinen Löffel besaß und mir außerdem, ich muß das offen gestehen, durch meine Erlebnisse der Appetit vergangen war. Vernommen bin ich dann nicht mehr worden, aber noch mehrmals photographiert und ungezählte Male daktyloskopiert.

Im übrigen lebte ich mich dann langsam ein, nachdem die ein und zwei Anfälle von Nervenkrisen, die sich in etwas weinerlicher Stimmung äußerten, überwunden waren. Das Essen war ausgezeichnet, es gab mittags warmes Feldküchenessen und abends meist belegte Brote, manchmal auch noch ein warmes Gericht, dabei hin und wieder eine Flasche Bier, alles durch das Rote Kreuz trefflich zubereitet und gut organisiert. Hier ist durch die Rhein- und Ruhrhilfe wirklich etwas Ausgezeichnetes geschaffen, und ich möchte

alle diejenigen, die ein paar tausend Mark übrig haben, bitten, für unsere Landsleute, die als politische Gefangene in Düsseldorf, in Werden, wo es ähnlich sein soll, in Mainz, wo es viel übler ist, Gaben zu stiften. Denn mag die Verpflegung vortrefflich sein, mag man zweimal täglich ziemlich ungezwungen im Hofe spazieren können, mag man jeden Donnerstag Pakete bekommen und auch für Lektüre usw. gesorgt werden, das Los der Gefangenen ist doch ein sehr trauriges und niederdrückendes. Nicht, daß die Behandlung von seiten der Franzosen irgendwie zu Klagen Anlaß gegeben hätte. Mir ist nichts von Mißhandlungen bekannt geworden, und man war natürlich bei der Neugierde und der ausschließlichen Beschäftigung mit den Vorgängen unter den etwa 150 bis 200 politischen Gefangenen recht gut orientiert, und auch sonst waren unsere Wächter, französische Kavalleristen, wohl barsch, aber innerlich human gesinnt und kamen Wünschen, z. B. nach Briefpapier usw., bereitwilligst entgegen. Aber die Ungewißheit des Schicksals, die Tatsache, daß hunderte deutsche Männer, die sich gar nichts hatten zuschulden kommen lassen, die lediglich ihre Pflicht erfüllt hatten oder bei denen es sich im schlimmsten Falle um Lappalien, wie Besitz von verbotenen Zeitungen und ähnlichem, handelte, wochenlang ohne Verhör gefangen gehalten werden, drückt schwer auf das Gemüt der einzelnen, zumal noch manche um bittere Sorge über das Schicksal ihrer Familien oder Angehörigen erfüllt sein mußten. Man ist mit Recht mißtrauisch geworden gegen große Geste und Worte, aber wenn man von Helden am Rhein und an der Ruhr spricht, sollte man zunächst an die denken, die, eines ungewissen Schicksals harrend, von den Franzosen eingesperrt und dann zu teilweise unerhört hohen Gefängnisstrafen, die den leiblichen oder seelischen Untergang des einzelnen bedeuten können, verurteilt werden. Es ist gut und erfreulich, daß das Deutsche Rote Kreuz so erfolgreich eingegriffen hat und so segensreich auch mit großer politischer Wirkung arbeitet. Denn das ist der Gedanke, der am schmerzlichsten quält: Weiß man draußen und insbesondere im unbesetzten Gebiet von unserm Schicksal, finden sich hilfreiche Hände, um unser Los zu erleichtern, oder herrscht auch hierüber die furchtbare Unwissenheit in deutschen Landen, die es manchmal so erscheinen läßt, als ob diese Vorgänge sich nicht zwölf Stunden von Berlin, sondern in Neuseeland oder in sonstiger Ferne abspielen? Mir jedenfalls war die Liebestätigkeit des Roten Kreuzes nicht nur eine Magenstärkung, die natürlich schon an und für sich sehr willkommen, sondern eine seelische Stärkung, die für viele andere, insbesondere die älteren Gefangenen, von noch größerer Bedeutung war. Auf diesem Gebiete und in der Versorgung mit Arbeit für die Entlassenen energisch einzugreifen, ist nicht nur unsere selbstverständliche landsmännische Pflicht, sondern politisches Gebot, wenn wir die schon an und für sich immer dünner

werdenden Bande, die das besetzte Gebiet mit dem übrigen Deutschland noch verbinden, nicht zerreißen und damit das Ziel der französischen Politik, die Zerstückelung Deutschlands, nicht in Erfüllung gehen lassen sollen.

Die Stimmung unter den Gefangenen, die sich natürlich in manchen Illusionen über die Möglichkeit oder das angebliche Stattfinden von Verhandlungen bewegte, war gut und einheitlich. Aber wir hier, die wir den furchtbaren Druck nicht kennen, unter dem die Bevölkerung der besetzten Gebiete lebt oder die, wie ich, durch glückliche Umstände nicht nach kurzer Zeit das erfreuliche Wort „partir“ hörten, dürfen uns nicht täuschen. Wir können mit diesem Zauberwort die Franzosen nicht bannen, müssen aber alles tun, damit 1923 nicht noch einmal ein furchtbares 1918 werde.

VIGIL:

## Das Ruhrgebiet Bayern.

1. Es gibt ein deutsches Land, dort werden systematisch aufrechte Männer, weil sie für ihre Ueberzeugung eintreten, verhaftet und ins Gefängnis geworfen.

Man kann sagen, daß dies im Ruhrgebiet geschehe, man kann aber auch sagen, daß dies Land Bayern sei. Mit besonderer Vorliebe verhaftet man Personen, die öffentlich durch Presseartikel in das ungesetzliche Treiben der Machthaber hineinleuchten, zumal wenn sie im Verdacht stehen, einer norddeutschen (also feindlichen!) Regierungsstelle Mitteilungen hierüber zu machen.

Beispiele sind die Verhaftung Dr. Zechlins durch die Franzosen, die Verhaftung der Brüder v. Puttkamer in München durch die bayerische Regierung.

2. Die Verhafteten werden Gerichten überantwortet, deren Existenz ungesetzlich, deren Zusammensetzung im höchsten Grade einseitig ist, da die Richter die politischen Gegner der Angeklagten sind.

Man kann hierunter die französischen Kriegsgerichte, aber auch die bayerischen „Volksgerichte“ verstehen.

3. Diese Gerichte fällen drakonische Urteile gegen die Angeklagten, deren Verteidigung auf das äußerste eingeengt wird, deren eigene Gesichtspunkte und guter Glauben unbeachtet bleiben, deren Verhalten rein vom gegnerischen Standpunkt aus gemessen wird.

Immerhin sind Urteile wie das gegen F e c h e n b a c h auf zehn Jahr Zuchthaus lautende vor französischen Kriegsgerichten recht selten, dort hat man es in der ersten Zeit häufig bei Geld- und kleinen Gefängnisstrafen bewenden lassen.

4. Die Behandlung der Verurteilten ist unwürdig, sie werden wie gemeine Verbrecher gehalten, aller Vergünstigungen beraubt. Dies kann sich auf die rheinischen Bürgermeister in Dunkelhaft, aber auch auf die bayerische Festung Niederschönenfeld und das Zuchthaus Ebrack beziehen.

5. Bewaffnete Haufen terrorisieren die friedliche Bevölkerung, gehen mit feiger Brutalität gegen waffenlose Menschenmassen vor und schonen weder Schwache noch Flihende.

Paßt gleichermaßen auf das Theater in Recklinghausen wie auf die Versammlungssprengungen der Hitlerschen Stoßtrupps.

6. Man dringt in Gebäude, die der Gegenpartei als Sitz dienen, ein und verwüstet sie in vandalischer Weise.

Beispiele: die Essener Handelskammer, der Anschlag auf die „Münchener Post“, die Erstürmung sozialistischer Gewerkschaftshäuser durch Hitlerleute.

7. Ueberfälle auf Einzelpersonen und Mißhandlungen sind an der Tagesordnung. Die Justiz der Machthaber verweigert höhnisch jedes Einschreiten gegen die Schuldigen.

Immerhin wird von den Franzosen ab und zu ein Marokkaner, der es zu toll getrieben hat, ins Gefängnis gesetzt, während die Münchener Staatsanwaltschaft die Strafverfolgung der Buben ablehnte, die den republikanischen Hauptmann Schützinger überfielen und mißhandelten.

8. Mord und Totschlag bleiben Begleiterscheinungen der Gewaltherrschaft. Auf geheimnisvolle Weise kommen Menschen ums Leben, eine Aufklärung des Sachverhalts erfolgt fast nie.

Siehe die Erschlagung zweier Deutscher in Buer, in Bayern die Ermordung des Studenten Bauer, die Ermordung des Hörnle, der Mord im Forstenrieder Park usw.

9. Höchstens wird der Versuch gemacht, den Tod von Menschen, die von der eigenen Partei beseitigt werden, der Gegenseite in die Schuhe zu schieben.

Siehe die französischen Repressalien in Buer wegen der Ermordung zweier Offiziere, die möglicherweise von Franzosen getötet wurden, siehe die Verhaftung der demokratischen Brüder v. Puttkamer wegen des ermordeten Studenten Bauer, dessen Tod die Feme der O.C. auf dem Gewissen (Verzeihung für das deplacierte Wort!) hat.

10. Ueber die Anordnungen der rechtmäßigen Behörden machen sich die militärischen Machthaber lustig, sie erzwingen die Aufhebung dieser Anordnungen oder tun ihnen zum Trotz, was sie wollen.

Beispiele: die Außerkraftsetzung deutscher Regierungsverordnungen im Ruhrrevier, die Hitlersche Fahnenweihe in München, bei der Hitler die Aufhebung des ursprünglichen Verbots

von der bayerischen Regierung ertrotzte, die Abhaltung von 12 nationalsozialistischen Versammlungen in München, obwohl die Regierung nur 6 genehmigt hatte.

11. Hochverräter und Verschwörer gegen Bestand und Sicherheit der deutschen Republik erfreuen sich liebevollen Schutzes der tatsächlichen Machthaber, ihr Treiben wird derart von diesen geschützt, daß die Strafjustiz den Verbrechern in den seltensten Fällen beikommen kann.

Man denke an Smeets, Dorten und die Propagandisten der rheinischen Republik einerseits, an das Treiben der Geheimbünde in München andererseits, ferner an die Tatsache, daß die Kappisten in Bayern lange Zeit Asyl genossen (Ehrhardt) und zum Teil heute noch genießen.

12. Losreißungsbestrebungen vom Deutschen Reich finden günstigsten Nährboden, man scheut sich nicht, zu diesem Zweck mit französischen Emissären Beziehungen anzuknüpfen.

Wiederum Dorten und Smeets, die aber im Rheinland keinen Anhang finden, in Bayern dagegen der politisch höchst einflußreiche Dr. Heim, ferner die „nationalen“ Herren Professor Fuchs, Machhaus usw.

\*

Außer diesen Ähnlichkeiten gibt es jedoch auch einige Unterschiede, z. B.:

1. Planmäßig bis ins Detail vorbereitete Morde an politischen Gegnern werden nur von den Nationalisten in Bayern, nicht von den Franzosen im Ruhrgebiet verübt.

Attentate wie die Ermordung des Gen. Gareis, der mißglückte Anschlag auf Auer, der Mordplan gegen Scheidemann usw. usw. finden im Ruhrgebiet keine Parallele.

2. Die Bedrückungen im Ruhrgebiet werden von einer feindlichen Besatzungsmacht, von Franzosen gegen Deutsche, die bayerischen Brutalitäten und Morde dagegen von Deutschen, die sich national nennen, gegen ihre eigenen Landsleute, also von Deutschen gegen Deutsche, verübt.

Ob diese beiden Unterschiede — die einzig erkennbaren — zugunsten der Franzosen oder zugunsten der bayerischen Nationalisten sprechen, mag der Leser entscheiden.

OTTO FLAKE:

## Bühnenmüde.

Ich würde sagen: theatermüde, doch darunter versteht man die bereits in Umfragen behandelte Unlust, ins Theater zu gehen, die dramatischen Erzeugnisse zur lebenswichtigen Produktion zu rechnen, für die Experimente der Regisseure immer neue Bereitschaft aufzubringen — kurz, die Flucht der Intelligenz aus dem Theater.

Ich möchte von einer anderen Unlust sprechen, derjenigen, die den Trieb, ein Stück zu schreiben, bereits im Keim erstickt. Deswegen ist auch der Ausdruck „bühnenmüde“ nicht treffend, da man zunächst an Schauspieler denken wird, die des Theaterspielens müde sind.

Indessen, auch der Schriftsteller, der einen zum Drama geeigneten Stoff lieber als Roman darstellt oder sonst einer Behandlung unterwirft, ist ebenfalls bühnenmüde.

Ich habe diese Abneigung kennen gelernt, als mir jüngst ein Thema einfiel, das nach meiner Meinung ein sehr wirksames Schauspiel geliefert hätte.

Der Einwand, daß ich mich über die Wirksamkeit täuschen könne, ist ebenso nebensächlich wie der andere, daß ich vielleicht gar keine dramatische Begabung habe. Ich brauche nichts zu tun, als die Gesichtspunkte zu geben, unter denen sich mein Widerstreben vollzog.

Das dramatische Motiv entsprang der Vorstellung so zugespitzt, es gliederte sich so klar in das Vorher, den Zusammenstoß und das Nachher, daß mit ihm auch das Szenarium, die bürgerlichen Typen, das Milieu fest umrissen ins Bewußtsein traten. Und hier begann alsbald jener Ueberdruß oder, um ganz deutlich zu sein, der Ekel.

Ich brauchte einen jungen, energischen, aber derart vermögenslosen Menschen, daß er sein Mädchen nicht heiraten kann. Also meinetwegen einen Offizier aus den typischen preußischen Verhältnissen, ganz gleich, ob vor oder nach dem Krieg. Denn im zweiten Fall genügte es, ihm die Sauberkeit des Charakters mitzugeben, die die Schiebergeschäfte der Zeit verschmählt. Man findet diesen Typus in jedem Ullsteinroman.

Der Ullsteinroman hätte mich nicht gestört, ich traue mir Können genug zu, um diesen jungen Mann zu einem Charakter für sich zu machen. Aber was mich zuerst störte und dann rasch geradezu erledigte, war die Uebertragung meiner Vorstellungen in Bühnenvorgänge.

Ich sah meinen Helden in einem Milieu, in Auseinandersetzung mit den Figuren seiner Umgebung — ich sah die feststehenden Chargen, sei es nun ein Vater, ein Kamerad, ein Oberst a. D., ein kontrapunktierender Streber, eine Mutter, Tante, Schwester, Wirtin, was auch immer in Betracht kam.

Ich sah die Gebärden dieser Personen, ihre Anstrengungen, lebens-echt, realistisch in Ton, Gang, Miene, Uniform oder Sakko zu sein, und fühlte plötzlich, unmittelbar: man kann das nicht mehr ertragen, nicht ansehen und nicht gestalten.

Man kann dem Schauspieler nicht mehr einen Anlaß geben, genau in seiner bürgerlichen Lebensgröße dazustehen und genau in seinem bürgerlichen Lebensgewicht herumzugehen.

Und augenblicklich fühlte ich: das ganze Stück müßte in einem anderen, konträren Stil geschrieben werden. Aber was heißt das? Es müßte in diesem anderen Stil auch gespielt werden.



Wie etwa? Marionettenhaft, spielerisch, entrückt und verzaubert, entmaterialisiert. Es sei denn, daß es ins Historische, in eine andere, verwegene, freiere, elementarere, heroischere Zeit übertragen wird.

Entmaterialisierung oder Ueberwuchtung: beides liegt jenseits des Realistisch-Bürgerlichen. Spielerisch oder Heroisch: beides liegt jenseits des Trivial-Ernsten, des Sentimental-Feschen. Aber wo sind die Schauspieler und der Regisseur, die da mitgehn?

Erkläre ihnen, was es eigentlich bedeutet, wenn man ein Drama in die Vergangenheit verlegt, überträgt: daß Vergangenheit das absolute Gegenteil dessen ist, was der Europäer anbetet, nämlich Gegenwart, Gegenstandslicbe, Naturschwere, Wirklichkeit; daß Vergangenheit ebenso zeitlose Ferne ist wie ungeborene Zukunft, magisch vom Geheimnis des Grabes und der Schemen umwittert; daß jedes Stück Shakespeares im Grund ein Märchen und nicht dramatisierte Königsgeschichte, daß es dämonisch erhöhte Mozartmusik ist.

\*

Was starb und was noch nicht geboren ward, das ist Domäne der Kunst, nicht der Realität genannte Augenblick zwischen diesen Polen. Erkläre den Theaterleuten und, nicht zu vergessen, den Dramenproduzenten und, erst recht nicht zu vergessen, dem Publikum, daß die Bühne Ort des Tanzes oder des Grauens, des Spielerischen oder des Erschütternden sein müsse — alles steht dagegen, die Entwicklung eines Jahrhunderts, die Nachfrage, das Angebot, die europäische Idee der Naturwahrheit, wie erwähnt.

Wir waren Zeuge neuer Versuche, den bürgerlichen Realismus zu überwinden, in den Nachrevolutionsdramen der Menschlichkeit, der Empörung, des Abrechnens und Aufschreiens. Aber welch ein unreines Genre; entweder überschraubtes Pathos des Seelischen, also Ueberschätzung des nur stimmungshaften Leidens, oder Flucht der Pubertät in das Wort, Primanerdramatik, Auslieferung der Kunst an die Hysterischen und Krassen vom Anfang der Zwanzig. Seht ihre Entwicklung an: sie geht von der Arroganz zum Kitsch.

Extrem gesagt: es gibt in der Menschenwelt gar keine Gegenwart, es gibt nur Vergangenheit und Zukunft. Gegenwart ist allenfalls das Kino, grobe Stofflichkeit mit Schleim durchsetzt. Das Theater aber sucht zu seinem Unglück Gegenwartskunst zu geben, die Gegenwart zu bannen.

## UMSCHAU.

**Poincaré in Agram.** In Zagreb, dem früheren Agram, erscheint das „Zagreber Tagblatt“, das in deutscher Sprache ausgezeichnete französische Politik macht. Zur Kennzeichnung genügt es, einen der zahlreichen Herrn Poincaré behilf-

lichen Artikel in den entscheidenden Stellen wiederzugeben. Am 4. April schrieb das „Zagreber Tagblatt“ unter der Ueberschrift „Explosivstoffe“ über die Ermordung der elf Krupparbeiter: „Die Franzosen räumten mit einem Ma-

schinengewehr den Platz, wo einige Todesopfer und viele Verwundete verblieben... Es drängt sich die Frage auf, ob und warum es so weit kommen mußte und wer eigentlich die Schuldigen sind, die so viel Explosivstoffe aufgestapelt haben. . . Man darf nicht vergessen, daß die französische Regierung sich nur sehr schwer zur Ruhraktion entschlossen hat, einer Aktion, die nicht allein mit beträchtlichen materiellen Kosten verbunden ist, sondern von den Besatzungsbehörden ein ungewöhnliches Maß von Takt und Selbstbeherrschung erfordert. . Die französischen Besatzungsbehörden haben bisher trotz aller Provokationen zweifellos eine große Zurückhaltung an den Tag gelegt und nur jene Verfügungen getroffen, die zur Durchführung der Besatzungsaktion und zur Wahrung des Prestiges Frankreichs unbedingt notwendig erschienen... Das ganze offizielle und inoffizielle Deutschland aber hat, vom Reichspräsidenten angefangen, eine ungeheure Agitation und Hetze entfaltet... Es braucht diesbezüglich wohl nur auf die bekannten Reden des deutschen Reichskanzlers und des Reichspräsidenten hingewiesen werden, die sich im Munde eines Hindenburg oder Ludendorff vielleicht oder jedenfalls besser ausgenommen hätten.“ Vielleicht läßt sich in Agram niemand finden, der die deutsche Sprache besser für französische Propaganda benutzen kann; aber jedenfalls darf Herr Poincaré mit seiner Zagreber Agentur zufrieden sein. Ob die Südslawen wirklich gar so vorteilhaft verfahren, wenn sie sich als Frankreichs Vasallen etablieren — darüber werden sie am besten mit einem andern französischen Granden, Herrn Mussolini, Zwickmühle spielen. Vielleicht aber gelingt es dem einen oder dem andern unserer deutschen Parteigenossen, die am „Zagreber Tagblatt“ mitarbeiten, die südslawische Politik von ihrer monomanen französischen Einstellung um das Erforderliche abzulenken.

R. Br.

**Schwarz - weiß - rote Auslandsdeutsche.** Die „Deutsche Tageszeitung“, das Klistierspritzen-Blatt und Lieblingsorgan treu-deutscher Mörder, hat es nötig befunden, unter der ihrer Art angemessenen Ueberschrift „Ein Wiedehopf“ eine Retourkutsche gegen den in Nr. 52 unseres letzten Jahrgangs erschienenen Artikel „Deutschland in Amerika“ umzuwerfen. Unser Artikel erläuterte durch eine ganze Reihe wahrheitsgetreuer Beispiele, wie gewisse Leute, „die mit übersteigertem Pathos die deutsche Ehre und Würde preisen, sich in Amerika nicht genug daran tun können, das eigene Nest zu beschmutzen“. Der Schreiber des Artikels verwies auf diese seltsamen deutschen Patrioten, die in Amerika nichts Besseres zu tun wüßten, als vom deutschen republikanischen Saustall zu jammern und alles, was die Republik betrifft, zu diskreditieren. Der Artikelschreiber kennzeichnete, daß solche deutsche Propaganda von den Amerikanern als eine Provokation empfunden würde, und daß es drüben niemand begriffe, warum gerade alte Generale, U-Bootkommandanten und politisch diskreditierte Schriftsteller für ein Deutschland, das zurzeit jedenfalls nicht existiert, nämlich für das Deutschland des Kaisertums, Reklame machten. Der Artikelschreiber fügte hinzu, daß dieser groteske Umstand die Amerikaner veranlasse, an die deutsche Republik nicht zu glauben, vielmehr anzunehmen, daß die politischen Verhältnisse Deutschlands noch immer außerordentlich unzuverlässig und nichts weniger als demokratisch gefestigt seien. Niemand, der unsern Artikel sachlich las, konnte zweifeln, daß er im Interesse der deutschen Republik und deren Auslandsvertretung geschrieben worden war. Daß solche Tendenz der „Deutschen Tageszeitung“ unangenehm ist, läßt sich begreifen. Wie sehr aber die Republik unter der Agitation der nationalistischen Auslandsdeutschen zu leiden hat, das hatte kurz zuvor die „Preußische Kreuzzeitung“

tung“ durch die Veröffentlichung eines dreisten Angriffs auf den deutschen Botschafter in Japan gezeigt. Die „Kreuzzeitung“ war merkwürdig genau eingeweiht in einen anonym beim Auswärtigen Amt eingegangenen, angeblich von deutschen Kaufleuten stammenden (inzwischen als völlig unzutreffend erwiesenen) Angriff auf Dr. Solf. Rund heraus wurde dem deutschen Botschafter Vergeudung von Reichsgeldern und mancherlei anderes, was beinahe an das Strafgesetzbuch streift, vorgeworfen. Des weiteren hieß es: „Die Art und Weise, wie Dr. Solf sich seinem kaiserlichen Herrn gegenüber in den kritischen Novembertagen benommen hat, dürfte gerade in einem Land wie Japan nicht als Empfehlungsbrief dienen.“ In diesem Zusammenhang wurde auf Nogi verwiesen, der sich bei der Nachricht vom Tode des Mikado (nicht bei der Todesnachricht des Mikado, wie die Kreuzzeitung in seltsamem Deutsch schreibt) entleibte. Schließlich wird mit kühlem Triumph festgestellt, daß, abgesehen von wenigen Günstlingen, die Gesinnung aller Beamten gegen Dr. Solf gerichtet sei und daß darum von einer gedeihlichen Zusammenarbeit des Beamtenkörpers in Japan nicht gesprochen werden könne.

Es ist hinreichend bekannt, wie sehr die Gesandten und Konsuln der deutschen Republik unter dem Verhalten eines Teiles der Auslandsdeutschen zu leiden haben, jener Kreise, von denen der Herausgeber des „Argentinischen Tageblatts“, Dr. Alemann, schreibt: „In einem sonderbaren Gegensatz zu der Einmütigkeit, die alle Deutschen und ihre in der Not bewährten Freunde beherrscht, wenn es gilt, die bedrängte Heimat zu unterstützen, stehen gewisse Aeufferlichkeiten, von denen sich die in der Ideenwelt einer vergangenen Zeit fortlebenden Auslandsdeutschen nicht zu befreien vermögen. Wir meinen die immer noch bestehende Abneigung gegen das republikanische Regierungssystem, das immer merkwürdiger erschei-

nende Festhalten an den Farben des kaiserlichen Deutschland, der Mangel an Verständnis für die deutsche politische Wirklichkeit.“ Wie richtig solch Urteil ist, weiß jeder, der die Verhältnisse kennt. Zu welchen Verwirrungen solches Gebaren der noch immer vom einstigen Kaiserreich träumenden Auslandsdeutschen führt, zeigt eine Episode, die der Berichterstatter der „Vossischen Ztg.“ aus Luksor meldet. Bei einem Nachtmahl im Hause eines vornehmen Kopten findet der deutsche Gast auf der Ehrentafel aufgebaut eine Bismarckbronze, eine Reiterstatue Kaiser Wilhelms I. und schwarz-weiß-rote Papierfähnchen. Der gastfreie Kopte hat es gewiß gut gemeint; aber die deutsche Republik muß dafür sorgen, daß die neue deutsche Gegenwart auch im Ausland richtig verstanden wird. Und nur, wenn sie in solchem Sinne wirken, werden die Auslandsdeutschen ihre vaterländische Pflicht tun. Das war der Sinn des Artikels, der die „Deutsche Tageszeitung“ so aufgeregt hat.

Breuer.

\*

**Ein König kommt durch ein Spalier.** Der ehrenwerte König von England kommt in eine kleine Stadt. Kleine Städte brauchen von Zeit zu Zeit den König. Wie Verdauungskranke von Zeit zu Zeit Natron brauchen oder Laxin oder Ricinusöl.

Nicht nur kleine Städte brauchen den König. Könige brauchen auch die kleine Stadt. Große Städte sind langweilig. Da entladen sich keine kräftigen Huldigungsgewitter, welche die majestätischen Funktionen neu beleben. Große Städte, die das Auftreten ihres obersten Mimen kaum noch rührt, sind hoffnungslose Fälle. Wie Verdauungskranke hoffnungslose Fälle sind, wenn Natron oder Laxin oder Ricinusöl keine Schuldigkeit mehr tut.

Der ehrenwerte König von England kommt in die kleine Stadt. Die kleine Stadt steht inkorporiert am Bahnhof. Gendarmen holzen

in den Wald von Neugierde eine hohle Gasse. Beifallsgezwitscher hängt in allen Zweigen. Der König spürt seine majestätischen Funktionen sich neu beleben. Seine erlauchten Blicke leuchten.

Da passiert etwas Unglaubliches. Aus dem Wald von Neugierde rast ein unbeherrschter Stamm in die hohle Gasse. Dieser Stamm, der seit Flandern ein Krüppel ist, hebt seine Krücke gegen den ehrenwerten König. Die majestätischen Funktionen vergessen im Schreck sich neu zu beleben. Der Wald von Neugierde versteinert. Das Beifallsgezwitscher verstummt. Nur die Gendarmen, die zum Versteinern und zum Verstummen keine Zeit haben, führen den unbeherrschten Stamm mit seiner Krücke weg.

Der Stamm redet sich im Verhör auf eine Ehrenbezeugung heraus. Aber Gendarmen denken über Ehrenbezeugungen anders. Sogar Entladungen impulsiven Gefühls unterstehen dem polizeilichen Reglement. Erlaubt ist: God save the King zu rufen, den Hut zu schwenken, stramm zu stehen oder sich untertänigst zu verbeugen. Aber es einer Krücke überlassen, dem erlauchten Herrn Gefühle zu übermitteln, wird mit Gefängnis bestraft. Bruno Manuel.

\*

**Das patentierte Hakenkreuz.** Erfinder wissen ein Lied davon zu singen, wie schwer im allgemeinen ein Patent zu erlangen ist. Voraussetzung für die Erteilung bildet „ein völlig neuer Gedanke“. Man

wird zugestehen, daß es nicht ganz leicht ist, sich etwas auszudenken, was nicht schon vorher ein anderer gedacht hat. Jetzt aber konnten wir feststellen, daß für folgende überwältigende Idee das deutsche Reichspatent Nr. 313 983 erteilt worden ist. Ein Mühlespiel in der Form eines Hakenkreuzes. Die „neue Idee“ der Erfindung besteht darin, daß statt des bekannten quadratischen Mühlespiels das Hakenkreuz als Grundform angewandt wird. Punkt, Schluß! Für diese Genialität verleiht das Deutsche Reich ein Patent! Immerhin ein Zeichen, daß bei gewissen Anlässen sehr freigiebig mit Patenten verfahren wird.

\*

**Gewerkschaftsbanken in den Vereinigten Staaten.** In den Vereinigten Staaten von Amerika sind jetzt vier Gewerkschaften dazu übergegangen, Gewerkschaftsbanken auf genossenschaftlicher Grundlage einzurichten. Es sind dies der Verband der Herrenschneider, der Verband der Damenschneider, der Verband der Lokomotivführer und der der Handelsarbeiter. Diese Banken sind errichtet worden am Sitze der Gewerkschaften, in New York. Die Banken der beiden Schneiderverbände haben besondere Abteilungen für ausländische Wechselkurse eingerichtet. Da diesen beiden Organisationen ziemlich viel Mitglieder angehören, die aus den verschiedensten Ländern Europas emigriert sind, will man ihnen erleichtern, an Angehörige in Europa Gelder zu überweisen. a. m.

---



---

## „DIE GLOCKE“

*kostet vierteljährlich 5000,— Mark  
Einzelheft 400,— Mark*

---



---

*Ein Fichte unserer Zeit!*

**Dr. KARL RENNER**  
EHEMALIGER STAATSKANZLER



**DER  
TAG DER  
DEUTSCHEN**

„Wir haben uns zu berufen darauf, was wir  
der Menschheit wert sind. Dieser Rechtstitel  
kann nicht überhört werden, er ist siegreich.  
Wir haben gegen die Idee der Gewalt nichts als  
**DIE GEWALT DER IDEE**  
Deutsch sein heißt somit, der Idee ver-  
trauen und nicht der bloßen Gewalt“

**GRUNDPREIS 0,75 M.**



*Verlag für Sozialwissenschaft GmbH*  
Berlin SW68 • Lindenstraße 114 • Postscheckkonto: Berlin 27576



HERMANN WENDEL  
**AUS DREI  
KULTUREN**

*Wir haben von diesem vielbegehrten  
Werk des den Lesern der „Glocke“  
gut bekannten feinsinnigen Essayisten*

**eine Liebhaber - Ausgabe**

*in Halbleinen auf holzfreiem Papier*

*Umschlagzeichnung von Prof. H. WIEYNK*

*Titelblatt von Prof. LUCIAN BERNHARD*

**in kleiner Auflage**

*herstellen lassen. • Grundzahl 7,50*

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT GMBH  
BERLIN SW 68

# DIE GLOCKE

4. Heft

23. April 1923

9. Jahrg.

---

Nachdruck sämtlicher Artikel ist nur mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

---

ROBERT GRÖTZSCH:

## Die sächsische Zipfelmütze.

### I.

**D**ER Freistaat Sachsen hat die Form einer dreieckigen Mütze, deren Zipfel bei Zittau ins Böhmisches hinein hängt. Dies Bild galt vor der Novembërumwalzung nicht nur für Sachsens Geographie, sondern noch mehr für seine Politik, sein Duodez-konigstum, seine Bürokratie, sein Bürgertum. Trotz aller Industrialisierung hatte das öffentliche Leben Sachsens etwas ausgesprochen Kleinstaatliches, Kleinstadtisches. Der November fegte viel von dieser polizeilich gegangelten Philisterhaftigkeit hinweg, das in Sachsen stark entwickelte sozialistische Proletariat gebrauchte seine Ellenbogen, sozialdemokratische Minister lufteten die Amtsstuben, fegten einige Zöpfe hinaus und ein kräftiger Ozongeruch sozialistischer Politik reinigte die vom ehemaligen Dreiklassenwahlrecht verdickte, verstickte Atmosphère.

Im Sommer vorigen Jahres erzwangen die bürgerlichen Parteien die Landtagsauflosung, um die rein sozialdemokratische Regierung zu beseitigen. Darauf bürgerliche Einheitsfront mit der Walze: „Von roten Ketten macht euch frei . . .“ usw. Aber was aus den Novemberwahlen zurückkehrte, war eine um zwei Mandate verstärkte sozialistisch-kommunistische Mehrheit und eine geschwächte bürgerliche Minderheit. Die Mehrheit der sächsischen Wählerschaft hatte sicheren politischen Instinkt bewiesen, hatte sich hinter die sozialdemokratische Regierung gestellt, obwohl diese Regierung rein wirtschaftlich keinerlei Wunder aufweisen konnte.

Was lernte das Bürgertum aus diesen Niederlagen? Nichts! Die Zipfelmütze des ehemaligen Königreichs hängt ihm tiefer über den Ohren denn je. Als die Kommunisten im März wegen einiger Differenzen mit der Polizei dem Innenminister Lipinski im Landtag ein Mißtrauensvotum ausstellten, benutzten die bürgerlichen Parteien den läppischen Anlaß, das sozialdemokratische Kabinett Buck-Lipinski abermals stürzen zu helfen. Resultat: eine rein sozialdemokratische Regierung mit dem energischen Justizminister Dr. Zeigner

an der Spitze und mit einigen Programmverschärfungen, wie sie sich aus den jüngst auch von Severing betonten innerpolitischen Zuspitzungen für Sachsen (und Thüringen!) von selbst ergeben.

Als das neue Kabinett in Sicht war, bekreuzigte sich die bürgerliche Presse Sachsens bereits vor der kommenden „Diktatur des Proletariats“, und seit Genosse Zeigner vorige Woche sein klares, geschickt formuliertes Programm aufgerollt hat, schreit die gesamte Reaktionspresse Deutschlands wie übergeschnappt nach einer „Reichsexekutive gegen den Vaterlandsverrat und die Verfassungsfeindschaft der Dresdner Regierung“. Da mit solchem Krawall einfache Fragen eines Einzelstaates zu deutschen Problemen aufgeplustert werden, lohnt es sich, näher auf den Kern der Dinge einzugehen, zumal sich auch anständige demokratische Blätter von dem Krakeel haben verwirren lassen.

## II.

Die bürgerliche Presse hat aus den Richtlinien, die von der sächsischen V. S. P. und K. P. D. als Programmgrundlage für das Kabinett Zeigner vereinbart wurden, ein kommunistisches Joch zusammengefabelt, unter das die Sozialdemokratie gekrochen sei. Die nötige Belehrung über diesen Unsinn hätten sich die, die es nötig haben, aus den Angriffen, mit denen die von Ruth Fischer geleitete kommunistische Opposition gegen ihre sächsischen Parteigenossen anstürmt, ebenso holen können wie aus der demokratischen Zittauer Morgenzeitung. Denn auf ihre Kernforderung, Einberufung eines Betriebsrätekongresses zur gesetzgeberischen Mitwirkung, haben die Kommunisten verzichten müssen. Was an wesentlichen Punkten blieb, war die Aufstellung von proletarischen Selbstschutzorganisationen und Kontrollausschüssen zur Wucherbekämpfung. Die ersteren hatten unsere Partei schon vor den Vereinbarungen beschlossen (in einigen Orten bestanden sie schon!), die letzteren werden den amtlichen Preisprüfungsstellen in einer verfassungsrechtlich durchaus zulässigen Weise angegliedert. Ihren Selbstschutz stellt die Sozialdemokratie allein und ohne Vermischung mit kommunistischen Anhängern auf; in die Kontrollausschüsse werden von den Behörden im Einvernehmen mit den Organisationen einige Leute berufen, „die das Vertrauen der minderbemittelten Bevölkerung haben“ . . .

Wenn hier überhaupt jemand unter ein „Joch“ gekrochen ist, dann sicher nicht die Sozialdemokratie. Dagegen haben die Kommunisten politischen Konsequenzen nachgeben müssen, denen sie nicht mehr ausweichen konnten. Denn auch Parolen haben schließlich ihre eigene Logik. Unter den Parolen der Arbeiterregierung und Einheitsfront verhalten die Böttcher und Genossen der Regierung Buck zum Sturze; das Wort Arbeiterregierung wurde zum Allheilmittel, schlug in den kommunistischen Reihen derart ein, daß die



Führer gleichzeitig Opfer ihrer eigenen Agitation wurden und den kommunistischen Stimmen aus den Betrieben nachgeben mußten. Wie weit dabei auch von Moskau aus auf gewisse politische Tatsachen aufmerksam gemacht wurde, wie weit jene ehemaligen Unabhängigen, die bei der Verschmelzung im Oktober nicht mit zur V. S. P. D., sondern zur K. P. D. abschwenkten, mäßigend wirkten — dies alles ist mehr zu mutmaßen, als gradmäßig abzuschätzen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter Sachsens erwitterten die kritische Stimmung ihrer kommunistischen Mitarbeiter richtig. Das müssen auch die zugestehen — und ihrer waren viele unter uns —, die ein erneutes Zusammengehen zwischen V. S. P. D. und K. P. D. im sächsischen Parlament auf absehbare Zeit für kaum denkbar hielten. Wie lange die Zusammenarbeit möglich ist, ob der realpolitische Flügel in der K. P. D. sich gegen den antiparlamentarischen, putschistischen Flügel bereits durchgesetzt hat, das wird die Zukunft lehren. Jedoch, wenn von Sachsen und Thüringen das parlamentarische Zusammenarbeiten zwischen früherer U. S. P. und S. P. D. ausging, warum soll sich von diesen roten Zentren her nicht auch ein vernünftiges Verhältnis zwischen V. S. P. D. und K. P. D. anbahnen? Der geschichtlichen Entwicklung widerspräche es wahrlich nicht, und so sicher wir Koalitionsfragen als taktische Fragen zu behandeln haben, so gewiß Sachsen mit Regierungskrisen nunmehr genügend eingedeckt ist, so sicher bleibt es nun einmal die nächste Aufgabe der Sozialdemokratie, alle anti-kapitalistischen Kräfte in eine sozialistische Front zu bringen.

Das ist es, was die Gegner des Sozialismus erwittern, das ist es, was sie am sächsischen Experiment fürchten und hassen und darum in allen deutschen Gauen ihr Getöse über „die sächsische Gefahr“, wie der „Tag“ einen Artikel vom 14. April überschrieb. Selten ist mit Beschrei über sozialistische „Verfassungsverletzungen“ ein größerer Humbug verübt worden als im Falle der Programmklärung Dr. Zeigners.

### III.

Mit welchen Vergehen soll die sächsische Regierungserklärung das Eingreifen der Reichsregierung nötig gemacht haben? Erstens, weil die sächsische Regierung ganz folgerichtig dargetan hat, „daß nach ihrer Ansicht eine Verständigung mit Frankreich ohne ein großes Opfer der besitzenden Klassen Deutschlands nicht denkbar ist“ und daß die „Politik der Abwehr, des passiven Widerstands möglichst rasch, klar und eindeutig durch eine aktive Politik positiver Vorschläge ergänzt werden muß“ . . . Forderungen und Anschauungen, die von der gesamten Sozialdemokratie vertreten werden und die man täglich in unserer Parteipresse mit erheblicher schärferer Akzentuierung lesen kann.

Zweitens durch die Ankündigung von Kontrollausschüssen, eine Frage, die von Sachsen, wie schon erwähnt, in verfassungsmäßig zulässiger Weise gelöst werden wird. Und drittens durch die Zustimmung zu proletarischen Selbstschutzorganisationen. An diesem Punkte erweist sich wieder einmal die fabelhafte politische — sagen wir höflich: Unzulänglichkeit und Knochenweichung jenes Bürgertums, das in Herrn Geßler noch immer den geborenen Schutzheiligen der Republik sieht. Die Entrüstung des reaktionären Chorus aber wird hier zur widerlichsten Komödie. Was besagt die Erklärung des sächsischen Ministerpräsidenten? Der proletarische Selbstschutz ist unbewaffnet; er kann nur geduldet werden zum Schutze des Eigentums der Arbeiterschaft, zur Abwehr eventueller Angriffe auf Verfassung und Republik; gegen alle anderen Zwecke und Ziele des Selbstschutzes müßte die Regierung entschieden einschreiten. „Das Reich hat es in der Hand, diese Abwehrorganisationen gegenstandslos zu machen, wenn es dafür sorgt, daß die reaktionären Angriffsformationen mit aller Energie zerschlagen werden.“ Ist es wirklich nötig, zur Verteidigung dieses gesunden Standpunktes einer sozialistischen Regierung überhaupt noch etwas zu sagen?!

Vor einiger Zeit beantragten die Sozialdemokraten und Demokraten im bayerischen Landtag das Verbot aller Selbstschutzorganisationen. Der Antrag wurde abgelehnt, nachdem die bayerische Regierung — oh holde Einfalt! — erklärt hatte, nur die bewaffneten Organisationen seien unzulässig, gegen unbewaffnete Organisationen zum Schutze von Versammlungen und Eigentum dagegen sei nichts einzuwenden. Hat damals auch nur ein einziges der rechtsstehenden Organe die Reichsexekution gegen Bayern gefordert? Die Münchener Regierung ist die Gefangene bewaffneter Söldnerbanden — hat die reaktionäre Presse dagegen bis heute etwas Ernsthaftes einzuwenden gehabt? Im Gegenteil: die faschistische Landplage wird da drüben wohlwollend beschmuzzelt und gefördert. In weiten Teilen Deutschlands ist die sozialistische Arbeiterschaft fest entschlossen, sich dieses gemeingefährliche Affentheater und diesen frechen faschistischen Aufmarsch zum Bürgerkriege nicht länger ohne Gegenrüstung anzusehen. Bitte, Herr Reichskanzler, Sie haben es mit in der Hand, den Spuk zu bannen; fangen Sie an in Bayern, Schlesien, Ostpreußen . . .

#### IV.

Damit könnte man das Thema verlassen, wenn es für die deutsche Demokratie nicht eine besonders peinliche Seite hätte, nämlich die — Demokraten. Daß die Reaktion dem republikanischen Deutschland mit allen Mitteln der List und Heuchelei an den Hals will, das weiß man, aber — — und nun wende man die Blicke kurz noch einmal nach Sachsen. Was hatten dort die Demokraten

zu den Besorgnissen der sozialdemokratischen Regierung um Republik und Verfassung zu sagen? Nichts, was ein verkappter Antirepublikaner nicht hätte freudig unterschreiben können; nichts von einer scharfen Anklage gegen das faschistische Treiben; nichts von entschiedenen Forderungen zur Sicherung der Republik. Sie hätten sich ja sonst vor allem mit ihrem Parteifreund Dr. Geßler beschäftigen müssen. Man denkt an die zünftige Lektion, die den sächsischen Demokraten vor kurzem der demokratische Reichstagsabgeordnete Brodauf im „Berliner Tageblatt“ erteilte, wo er ganz richtig darlegte, das sächsische Bürgertum habe es seiner Kurzsichtigkeit und Unzuverlässigkeit zu danken, wenn es seit mehr als zwei Jahren von der Mitwirkung an den Regierungsgeschäften ausgeschaltet sei, und zum Thema Ministerstürzerei schreibt er seinen Leuten ins Album:

„... die nichtsozialistischen Parteien, einschließlich der Demokraten, haben, darüber hilft keine Selbsttäuschung hinweg, einen verhängnisvollen taktischen Fehler begangen, als sie vor sieben Wochen durch ihre Stimmen dem Mißtrauensvotum der Kommunisten, das sich gegen den Minister Lipinski richtete, zur Annahme verhalfen und dadurch den Rücktritt des Gesamtministeriums Buck herbeiführten. Das war ebenso eine falsche Rechnung wie im vorigen Jahr das Betreiben von Landtagsneuwahlen. Wenn selbst die kleine Koalition mit den Demokraten von den sozialistischen Parteifunktionären abgelehnt worden ist, so darf eine Erklärung wohl darin gefunden werden, daß die Demokraten seit Jahren im sächsischen Landtag in der Opposition gegen die rein sozialistische Regierung mit den Rechtsparteien in einer Reihe standen....“

Vielleicht denken die Demokraten einmal eingehender darüber nach, warum die sozialdemokratische Arbeiterschaft Sachsens trotz aller Seitensprünge der Kommunisten einer Koalition nach rechts hartnäckig und zäh aus dem Wege ging! Wenn die Regierung, Buck-Lipinski einmal einen sozialdemokratischen Amtshauptmann in den reaktionären Apparat einschob, wenn irgendwo eine monarchistische Perücke abgeschoben wurde, dann zeterten sie über „Parteidiktatur“ und „rote Krippenwirtschaft“, wie es Volksparteiler und Deutschnationale nicht entrüsteter hätten tun können. Sie sind — von wenig rühmlichen Ausnahmen abgesehen — im Grunde genommen immer noch die Untertanen Friedrich Augusts, und säße ihnen die sächsische Zipfelmütze nicht über den Ohren, so wäre die reaktionäre Hetze gegen „die sächsische Gefahr“ das heißt: gegen eine Regierung, die es mit ihren republikanischen Pflichten ernst nimmt, nicht denkbar.

So werden die sächsischen Demokraten mit ihrer Zipfelmützigkeit zum trüben, aber treuen Abbild des sogenannten freisinnigen

deutschen Bürgertums, das teils aus Inferiorität, teils aus angeborener Scheu vor dem Massentritt der Arbeiterbataillone zum Schrittmacher der Reaktion herabsinkt. Demokraten jedoch, denen die Angst vor wirklicher Demokratie dauernd auf die Verdauung schlägt, müssen von den Mahlsteinen der Entwicklung zerrieben werden. Und auch dieser Prozeß entspricht einer Klassenentwicklung, die unaufhaltsam ist.

---

Professor M. (Heidelberg):

## Republikanische Justiz im Musterlände.

Ein Eingeweihter schildert hier einen der Fälle, die jedem Republikaner das Blut in die Wangen treiben sollten, aber meist nur noch resigniertes Achselzucken auslösen. Red.

Als am 27. Juni 1922 Rathenau beigesetzt wurde, ließ die Universität Heidelberg, der Verordnung des Staatsministeriums entsprechend, am Nachmittag alle Vorlesungen und Uebungen ausfallen und an ihren Gebäuden die Flaggen auf Halbmast hissen. Dieser Tag wäre in der gerade hierzulande gewohnten Ruhe zu Ende gegangen, wenn sich nicht der Direktor des Physikalischen Instituts, Geh. Rat Prof. Dr. Leonard, geweigert hätte, die auch ihm übermittelten Weisungen zu befolgen. Daß dieser Mann einer der größten Physiker der Welt ist, daß seine Bedeutung durch Verleihung des Nobelpreises anerkannt wurde, ist bekannt. Bekannt ist freilich auch, daß L. seit Kriegsausbruch vor allen Leistungen „feindlicher“ Ausländer die Augen schließt, daß er seit dem Zusammenbruch auch die Juden zu den feindlichen Ausländern rechnet und in seinen Vorlesungen bei jeder möglichen Gelegenheit beispielsweise die Bedeutung Einsteins heruntersetzt (dessen Beweisführung er als „talmudistisch“ abtut).

Das alles verliert aber dadurch seine Bedeutung, daß Herr Leonard selbst geborener Ungar ist, sich früher sehr magyarisch gebärdet haben soll und sich erst nach der Revolution als deutschvölkisch aufgetan hat. Dieser große Gelehrte ist allmählich der Schrecken der Universität und des badischen Unterrichtsministeriums geworden. Fast in jeder Vorlesung (über Physik nämlich) tobt er sich, selbstverständlich unter dem Beifallsgetrampel der jungen Herren und Damen, politisch aus, Studenten, die ihm als Juden oder Sozialisten bekannt sind, macht er vor und in dem Examen die größten Schwierigkeiten, zum Studium zugelassenen Ausländern, z. B. Tschechoslowaken deutscher Abstammung, verweigert er das Testat u. dgl. mehr, ohne daß man bisher irgend etwas Ernstliches gegen ihn zu unternehmen gewagt hätte.

Am 1. Mai 1922 hat L. als einziger Dozent der Universität die für diesen Tag angeordnete Arbeitsruhe zu umgehen verstanden. Noch

schlimmer aber war sein Verhalten am 27. Juni, wo er ganz wie sonst sein Praktikum abhielt. Der sozialistische Student Karl Mierendorff fühlte sich als Führer des Republikanischen Studentenbundes verpflichtet, diese Verhöhnung der Republik zu verhindern und machte den damaligen Rektor, den Theologieprofessor Beer, auf die dem Ansehen der Universität und dem Institut hieraus drohende Gefahr aufmerksam. Der Herr Rektor erklärte ihm wörtlich: „Das ist doch nicht so schlimm“, und dann weiter, er könne in der Sache nichts tun.

Mierendorff wandte sich nun an die Polizei und die Gewerkschaften, deren Vertrauensleute sich an diesem Tag für Wahrung der Ordnung mitverantwortlich fühlten. Eine Deputation, bestehend aus lauter zuverlässigen alten Gewerkschaftlern, fand an dem Institut zuerst verschlossene Tore. An den Fenstern des Instituts zeigten sich Studenten in weißen Arbeitsmänteln, die sich der inzwischen angewachsenen Menge gegenüber provozierend benahmten. Auch einem Polizeikommissar wurde nicht geöffnet, sondern mit Grinsen auf seine Zeichen geantwortet. Junge Burschen versuchten darauf in das Institut einzudringen, wurden aber von Mierendorff und den Gewerkschaftsführern anfänglich mit Erfolg davon abgehalten. Die Deputation versuchte in aller Ruhe, auf Herrn Lenard einzuwirken und ihm das Gefährliche seines Verhaltens klarzumachen, wurde aber mit der Drohung, er habe „Kräfte zur Verfügung, die der Masse sehr unangenehm werden könnten“, hinausgewiesen. Darauf spritzten die Studenten aus fünf Hydranten auf die Menge, „die beste Generalprobe für die Feuerlöscheinrichtung des Instituts“, wie sich Lenard selbst ausdrückte, und nun drang die erregte Menge in das Gebäude ein. Es entstand (sehr geringer) Gebäudeschaden, Lenard und die Studenten wurden bedroht und z. T. mißhandelt, dabei aber immer von Mierendorff und den Gewerkschaftlern geschützt, so daß schlimmeres Unheil vermieden blieb. Lenard wurde alsdann zur Polizeiwache und nachher zum Gewerkschaftshaus geführt, wo der Oberstaatsanwalt der erregten Menge versicherte, daß der Fall genau untersucht und Lenard zur Rechenschaft gezogen werde. Von dort wurde er ins Gefängnis in Schutzhaft verbracht und in derselben Nacht entlassen.

Dies die Ereignisse des 27. Juni 1922, die ja auch im Reichstag zur Sprache gebracht worden sind. Ihren (vorläufigen) Abschluß haben sie am 10. April vor dem Landgericht Heidelberg gefunden, auf dessen Anklagebank aber nicht etwa Lenard saß, sondern Mierendorff und mit ihm 8 der obengenannten Gewerkschaftler unter der Anklage des schweren Hausfriedensbruchs und einfachen Landfriedensbruchs. Mierendorff wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, zwei Gewerkschaftler zu drei bzw. fünf Monaten, die übrigen wurden freigesprochen. Die verurteilten Arbeiter hatten sich seinerzeit freiwillig als Zeugen der Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt, was sie doch wohl nicht getan hätten, wenn sie das Bewußtsein auch nur der geringsten Strafbarkeit ihres Verhaltens gehabt hätten.

Daß gegen diese ehrlichen Beschützer der Republik überhaupt Anklage erhoben werden konnte, ist ein Skandal, der durch die inzwischen bekanntgewordenen Begleitumstände des Verfahrens noch skandalöser wird. Der Oberstaatsanwalt, der ja durch sein Auftreten im Gewerkschaftshaus selbst Lenard als den wahren Schuldigen gekennzeichnet hatte, wollte das Verfahren einstellen, der Herr Generalstaatsanwalt der Republik Baden verlangte, daß Anklage erhoben werde! Der Herr Oberstaatsanwalt verstand, schlimmster Kompromittierung in offener Verhandlung noch rechtzeitig dadurch zu entgehen, daß er die von ihm befehlsgemäß erhobene Anklage durch einen jüngeren Herrn vertreten ließ. Dieser war nicht um seine Position zu beneiden. Er verzichtete auf jedes Eingreifen während der Beweisaufnahme, hielt (obwohl selbst stramm deutschnational) eine sehr gemäßigte und objektiv klingende Anklagerede, in der immerhin die Worte „Ohne Fall Lenard kein Fall Mierendorff“ bemerkenswert waren, nachdem er versichert hatte, daß sich zu einem Einschreiten gegen Lenard trotz sorgfältigen Prüfung keine gesetzliche Grundlage gefunden habe. Seine Rede hörte sich fast wie ein Rückzug aus einer verlorenen Stellung an, und er überließ auch die Bemessung der Gefängnisstrafen, die er für alle Angeklagten beantragte, dem Gerichtshof.

Hatte der Herr Generalstaatsanwalt die Verantwortung, daß eine politisch zum mindesten so unkluge Anklage erhoben wurde, so hätte doch das Fünfmännerkollegium der Richter nach dem Gang der Beweisaufnahme und den Ausführungen des Staatsanwalts, gar nicht zu reden von den sehr gewichtigen Plaidoyers der Verteidiger, die Möglichkeit gehabt, die Situation durch einen Freispruch, wie er auch allgemein erwartet wurde, zu retten. Aber die fünf Herren wollten es anders, an ihrer Spitze wahrscheinlich der Referent des Falles und wohl überhaupt der einflußreichste unter diesen Richtern, der nicht etwa wie der eine oder andere dieses Kollegiums Deutschnationaler, sondern — Vorsitzender der Heidelberger Ortsgruppe der Demokratischen Partei ist!

Den Höhepunkt der Verhandlung bildete aber die Vernehmung des Zeugen Lenard. Wer Herrn Lenard nur seinem wissenschaftlichen Ruf nach kannte, glaubte erwarten zu dürfen, daß er wenigstens dem Titel eines Professors (ein Wort, das ja zu Deutsch **B e k e n n e r** bedeuten soll) Ehre machen werde. Aber so jämmerlich hat sich wohl selten ein Gelehrter vor einem Gericht benommen. Wenn man nicht gewußt hätte, daß hier ein deutschvölkischer Geheimrat stand, hätte man diese groteske Gestalt, die sich bei jeder Frage hin- und herwand, eher für alles andere gehalten. Wenn eine Frage brenzlich wurde, verstand L., sich mit kümmerlichen Ausreden vor der Antwort zu drücken oder die Aussage auf so seltsame Weise zu verweigern, daß der Vorsitzende schließlich etwas von „Geldstrafe oder Haft zu gewärtigen“ verlauten ließ. Man kann diese Affenkomödie, die Herr Lenard ungestraft aufführen durfte, nicht besser charakterisieren als mit den Worten einer rechtsdemokratischen Heidelberger Zeitung:

„Als Geheimrat Lenard gestern vor Gericht als Zeuge auftrat und in so ungeheuer arroganter Art mit dem Gerichtshof Schindluder spielte, wie man es in solcher Weise in Heidelberg wohl noch niemals erlebt hat, richtete er sich selbst als Mensch. Wäre er ein Herr X., er hätte für manche Unbotmäßigkeit vor Gericht sicherlich eine Ordnungsstrafe erhalten. Man sah ihn seiner Größe entkleidet, man sah ihn in seelischer Nacktheit und gewährte ein Charakterbild, das den alten Spruch aufs neue bekräftigt, daß große Geister sehr große Schwächen haben können.“

Dem naiven Staatsbürger drängen sich verschiedene Fragen auf: Wie ist es möglich, daß ein hoher Staatsbeamter, der den Verfassungseid geschworen hat, dauernd ungestraft in seinen Vorlesungen den Staat, der ihn bezahlt, herunterreißen, die studierende Jugend verhetzen, Anordnungen der Regierung ignorieren und öffentlich verhöhnen, die ihm vom Staat anvertrauten unersetzlichen Werte leichtsinnig gefährden darf? Hier handelt es sich nicht mehr darum, ob ein noch so bedeutender Gelehrter dem Staat erhalten bleibt, sondern hier steht das Ansehen dieses Staates selbst auf dem Spiel. Die Toleranz, die die Republik bisher in all solchen Fällen geübt hat, könnte ihr schließlich noch ihr Grab bereiten. Weiter: wie ist es möglich, daß Republikaner, die in politisch so aufgewühlten Zeiten den Staat schützen wollen und sonst gar nichts, dafür angeklagt werden und ins Gefängnis wandern sollen? Selbst wenn sie sich nach dem starren formalen Recht strafbar gemacht haben sollten (was übrigens in diesem Fall juristisch sehr fraglich sein soll), — handelt es sich hier nicht um viel Größeres als um dieses Recht?! Soll der Staat, soll das Rechtsempfinden seiner entschiedensten Anhänger darüber in Trümmer gehen?

Es ist in dieser Zeitschrift schon häufig gezeigt worden, wie sehr die junge deutsche Republik unter der Welt- und Staatsfremdheit vieler ihrer Richter und Staatsanwälte zu leiden hat. Der Heidelberger Fall beweist, daß dies nicht nur für Preußen oder Bayern gilt, sondern auch in einem Land von der guten politischen Tradition Badens. Er beweist, daß es fast gleichgültig ist, ob die Richter etwas mehr oder weniger politisch rechts orientiert sind, daß sich das intellektuelle Bürgertum im Grund seines Herzens lieber auf die Seite der Gegner als der Anhänger der Republik stellt.

Am gleichen Tag, als dieser Fall sich abspielte, wurden die Essener Arbeiter beerdigt. Zum Zeichen mitfühlender Trauer und als Protest gegen das vom französischen Militarismus begangene Unrecht wurde die Sitzung kurz ausgesetzt. Aber fragen wir uns ehrlich: Haben wir denn ein Recht, immer und immer wieder gegen das Unrecht von außen zu protestieren, solange nicht jedem Volksgenossen im eigenen Land sein Recht zuteil wird?



HERMANN WENDEL:

## Delbrück und Mandl.

**I**N einer Federfehde mit mir über die Schuld Serbiens am Ausbruch des Weltkriegs in Nr. 26 der „Glocke“ vom 22. 9. 22 hatte Professor Delbrück als Beweis für seine Auffassung angeführt, „daß der serbische Ministerpräsident Paschtsch sich in der Skupschtina gebrüstet hat, gerade im richtigen Moment habe man losgeschlagen“. Nr. 32 vom 6. 11. 22 konnte darauf eine Erklärung Paschtschs beibringen, daß er niemals gesagt habe, was Professor Delbrück ihm imputiere. Aber nicht faul, deckte Delbrück in Nr. 38 vom 18. 12. 22 seine Quelle auf, aus der auch Bethmann Hollweg und andere deutsche Behandler der Kriegsschuldfrage geschöpft haben: Leopold Mandl, „Die Habsburger und die serbische Frage“, Wien 1918. In der Tat legt diese Schrift Paschtsch in einer Skupschtinaredede vom August 1915 die Worte in den Mund: „Wir haben im günstigsten Moment losgeschlagen, der für die Verwirklichung unserer Ideale überhaupt denkbar war“; eine Fußnote enthält einen Hinweis auf Nr. 1771 der Belgrader „Tribuna“ vom 13. August 1915, damit jeder, der's etwa nicht glaubt, selber nachlesen kann, daß Paschtsch sich so des Losschlagens zur rechten Zeit gerühmt und damit zur Rolle des Angreifers bekannt hat.

Nun genügt es eigentlich schon, daß Leopold Mandl, einer der übelsten journalistischen Laufburschen des Ballplatzes, eine Sache behauptet, um sie jedem Vernünftigen unwahrscheinlich erscheinen zu lassen; in seinen Schmähchriften gegen die Serben schwitzt er so sehr schwarz-gelbe Offiziosität aus, daß sogar der k. u. k. Gesandte in Belgrad, v. Ugron, sogar er Mandls Geschreibsel über „Oesterreich-Ungarn und Serbien nach dem Balkankrieg“ verächtlich als „tendenziös“ abtat. Aber sprechen, abgesehen von Paschtschs eindeutiger Erklärung, alle politischen und psychologischen Erwägungen gegen die Richtigkeit von Mandls Behauptung, so hatte es doch mit dem Nachlesen in Nr. 1771 der „Tribuna“ seinen Haken, denn die Kriegsläufe haben unter den gedruckten und geschriebenen serbischen Dokumenten von 1915 so aufgeräumt, daß von keiner serbischen Zeitung dieses Jahres ein vollständiges Exemplar erhalten ist. Wiederholte briefliche Bemühungen, in Belgrad die bewußte Nummer zu beschaffen, blieben denn fruchtlos, und da ich solange nichts Entscheidendes zu erwidern wußte, deutete Delbrück mein Schweigen falsch und meinte in der „Welt am Montag“ vom 12. 2. 23, ich hätte wohl eingesehen, daß ein jetzt von Paschtsch extrahiertes Dementi gegen solche Zeugnisse nicht aufkomme.

Aber zum Unglück für Delbrück und Mandl spielte mir während meines kürzlichen Aufenthalts in Belgrad fast ein Zufall Nr. 1771 der „Tribuna“ mit der ausführlich wiedergegebenen Skupschtina-



rede Paschitschs in die Hände, und, wie es zu erwarten war: der von dem ehrenwerten Mandl berichtete Satz findet sich weder dem Wortlaut noch dem Sinn nach darin; die ganze Rede enthält auch nicht eine Silbe, auch nicht eine Andeutung davon, daß „wir“, daß Serbien „losgeschlagen“ habe; das Bekenntnis Paschitschs zum Losschlagen ist vielmehr eine ungewöhnlich dreiste Fälschung Mandls, die nicht weniger dreist ist, wenn er als Unterlage folgende tatsächlichen Worte des serbischen Ministerpräsidenten benützt hat: „Niemals in der Geschichte hat es bessere Aussichten für das serbische Volk gegeben, als sie entstanden sind, nachdem dieser Krieg begonnen hatte“, denn dieser Satz sagt das Gegenteil von dem, was jener Ballplatz-Offiziosus Paschitsch sagen läßt.

Also bleibt es dabei, daß, wie ich in Nr. 32 der „Glocke“ feststellte, Delbrück — und nicht nur er! — einem plumpen Schwindel ein wenig kritiklos aufgesessen ist.

KURT HEINIG:

## Die Drückeberger der Dollar-Anleihe.

Die „Heimatfront“ hat zweifelsohne den Sieg der Cuno-Beckerschen Dollar-Anleihe ebenso selbstverständlich erwartet wie seinerzeit den Frieden inklusive Longwy und Briey. Damals hatte man in der Einbildung die stärkeren Bataillone auf seiner Seite, diesmal waren sie wirklich da. Die Geldschränke und Devisen-Reserven standen schützend mit großen Plakaten: „Helft dem Vaterlande!“ an den sichtbarsten Stellen der inneren Kampflinie. Und doch der schändliche Mißerfolg. Er ist wirklich schändlich! Wie war das möglich?

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“, der Prototyp aller hirnlosen Politiker, wußte sofort für jeden Nichtwähler — Ihre Majestät, die große Beschränktheit, die siegt, weil sie nichts tut — die passende Antwort: Die Franzosen und die Sozialdemokraten haben die Niederlage verursacht! Im Original heißt es:

„Wenn nun der beabsichtigte Erfolg ausblieb, so lag dies einmal an dem durch die französische Regierung veranlaßten Quertreibereien der Reparationskommission, und letzten Endes nicht zum geringsten Teil an den sich kurz vor Zeichnungsschluß in dem preussischen Landtage abspielenden Vorgängen, die dem Ausland ein neues, ungemein betrübliches Bild von der inneren Zerklüftung des deutschen Volkes boten. Ein großer Teil des zeichnungswilligen Publikums wurde hierdurch ängstlich gemacht und von einer Beteiligung an der Anleihe zurückgeschreckt.“

Diesen giftigen Blödsinn muß man, wer ihn überhaupt ertragen kann, mit dem zusammenhalten, was eine ganze Reihe deutscher Industriekapitäne 1. Klasse während der Zeichnungstage in der — „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ über Sinn, Inhalt und Aussicht der deutschen Dollar-Anleihe geschrieben hat. Duisberg zum Beispiel, Herr des Anilin-Trustes und Ammoniak-König, war der Meinung, daß sie selbstverständlich über den Betrag von zweihundert Goldmillionen hinausgehen würde. Im März 1916 erstürmten Brandenburger Infanteristen mit Hilfe des Gases der „Anilin“ Douaumont und Thiaumont, im März 1923 blieb die Infanterie an der Ruhr allein, die chemische Industrie lief nach Meinung des „Berliner Lokal-Anzeigers“ vor den Franzosen davon. Obwohl man von diesen fortlaufend aus dem Verkauf der Haberschen Salpeter-Patente Devisen erhält, brachte es wohl niemand fertig, jenen mit deutscher Dollar-Anleihe zu helfen. War dies Geschäft vielleicht nicht so gut wie das von 1916?

Man komme uns nicht mit der Ausrede, daß dem deutschen Kapitalisten die wertbeständige Anleihe etwas so Neuartiges sei, daß er sich trotz aller Vaterlandsliebe kaum recht daran gewagt habe. Wir haben praktisch die Goldrechnung schon seit Jahren. Während der jüngstvergangenen Monate wurde sie bis in den letzten Bauernwinkel hinein jedermann täglich aufs Butterbrot geschmiert.

Registrieren wir einmal den Weg der „Festmark“. Es wurde bisher öffentlich aufgelegt:

- 6 Mill. kg Oldenburgische Roggenanleihe.
- 2,6 Mill. kg Roggenrentenbriefe der Roggenrentenbank Berlin (überzeichnet).
- 2 Mill. kg Roggenwertanleihe des Freistaates Mecklenburg-Schwerin.
- 125 000 To. Kohlen-Wertanleihe der Badischen Elektrizitätsversorgungs-A.-G.
- 750 000 To. Braunkohlen-Wertanleihe des Freistaates Sachsen.
- 150 000 To. Kohlen-Wertanleihe des Großkraftwerks Mannheim A.-G.
- 250 000 To. Braunkohlen-Wertanleihe des Elektro-Zweckverbandes Mitteldeutschland.
- 10 000 To. Kohlen-Wertanleihe der Stadt Zwickau.
- 15 000 To. Kohlen-Wertanleihe des Bezirksverbandes oberschwäbischer Elektrizitätswerke in Biberach a. d. Riß.
- 300 000 kg Roggen-Anleihe der Stadtgemeinde Bernburg (überzeichnet).
- 300 000 kg Weizen-Anleihe der Landwirtschaftl. Bezugs- und Absatz-Genossenschaft Jagstfeld.
- 6 Mill. Goldmark-Anleihe der Rhein-Main-Donau-A.-G.
- 2 Mill. kg. Roggenschuldurkunden der Deutschen A.-G. für Landeskultur.
- 2 Mill. kg Roggen-Wertanleihe des Landkreises Sondershausen.

100 000 To. Braunkohlen-Wertanleihe der Brandenburg. Kreis-Elektrizitätswerke G.m.b.H.

110 000 Goldmark Garantie-Kapital der Deutschen Festmarkbank.

100 000 To. Kohlen-Wertanleihe der Stadt Breslau.

Von nachstehenden Wertanleihen fehlen die genauen Angaben:

Roggenschuldverschreibungen des hannoverschen Provinzial-Ausschusses.

Roggenrentenbriefe der Danziger Roggenrentenbank.

Koks-Wertanleihe des Gasfernwerks Franken-Thüringen.

Kohlen-Wertanleihe der Gas- und Elektrizitätswerke Emden.

Roggen-Anleihe der Anhalt. evang. Landeskirche.

Roggen-Wertanleihe des Freistaates Anhalt.

Gold-Obligationsanleihe der Hapag.

Unsere Aufstellung von bisher begebenen Festmark-Anleihen — die erste stammt vom November 1922 — erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Sie beweist auch so, daß mit teilweise sehr großem Erfolg während der Monate November bis März in Deutschland annähernd so viel Goldmarkwerte verlangt und gezahlt worden sind, als das Ergebnis der Dollar-Schatzanleihe der Regierung Cuno-Becker ausmacht. Dabei ist zu beachten, daß für diese das ganze Reich aufgeboten wurde, für jene wirkten oft private, sonst meist lokale oder doch nur einzelstaatliche Interessen.

So wird die Tatsache offenbar, daß das derzeitige Kabinett in der Stunde der Not von seinen eigenen Anhängern verlassen wurde. Verlassen, nachdem Herr Cuno unter volksparteilichem Beifall verheißen hatte, daß jedermann „auch das Letzte opfern“ werde. Das ist keine „sozialdemokratische Mißwirtschaft“, die jahrelang der Schlüssel zur Erklärung aller unangenehmen Ereignisse, von der Dollarsteigerung bis zum trockenen Sommer 1922, war. Es ist der Sieg der Devise über das volksparteiliche Herz. Heinrich v. Treitschke sagt in der „Politik“: „Der Name ‚nationalliberal‘ ist meisterhaft erfunden, so wohlklingend, daß er eigentlich jedem gefällt; aber er ist bloß ein Name.“ „Deutsche Volkspartei“ ist eine Firma, die jeden Kredit verlangte, mit ihren diskontfähigen Unterschriften prahlte und ihre nationalen Wechsel nicht einlöst. Das Resultat der Dollar-Schatzanleihe ist für diejenigen, die es bisher noch nicht begriffen hatten, der Beweis dazu. Vorläufig hoffen die Schuldigen noch mit einigem Recht darauf, daß die üble Geschichte an den Franzosen und an den Sozialdemokraten hängen bleiben wird; die General-Anzeiger, der holzgeschliffene Gehirndung Marke „Einheitsfront“, werden ihre Wirkung nicht verfehlen. Die Franzosen werden aus dieser Geschichte sicher wieder etwas lernen, hoffentlich dürfen wir Sozialdemokraten das auch!

---

JOSEF MARIA FRANK:

## Arno Holz.

„Nicht bloß ‚Talent‘, nein, frech, Genie,  
verfemt von meiner Mitwelt Masse,  
ein Winkelried der Poesie,  
aus eigener Kraft und Energie,  
ich war ein ‚Mensch‘, ich war kein ‚Vieh‘,  
brach ich der Zukunft eine Gasse!“

Arno Holz: „Blechschmiede“.

Während grauenhafte Verarmung an Geist und Geld, Moral und Idee und gleichzeitiger Ueberfluß an raffiniertem Luxus und markt-schreierischem Kitsch Spenglers graue Theorie vom Untergang des Abendlandes illustrativ und demonstrativ zu beweisen scheint, vollendet in diesen Tagen, einsam und fern dieser menschlichen Komödie, in seiner Berliner Fünfstöckmansarde Arno Holz sein 60. Lebensjahr. Ein Dichter, der in jahrzehntelangem Ringen mit Welt und Wissen, Dasein und Darben zu einem genialen Beherrscher, Wissener und Erkennener wurde; ein Deutscher, auf den Deutschland im wahrsten Sinne des Wortes stolz sein darf und mit dessen Namen sich ein Stück anerkannter deutscher Kultur und Vorwärtsentwicklung verbindet!

Das ewig wiederkehrende Gesetz, daß jeder große Künstler im Auge seiner Mitmenschen „Ketzer“ ist und erst im Auge seiner Enkel „Befreier“ wird, erfüllte sich auch an Holz. Aus seinem programmatischen Bekenntnis, das er dem „Ausgewählten Werk“ voransetzte: „Künstler sein heißt den Mut haben, wie jene alten Christenpriester unter die Heiden zu gehen und ihren Götzen, während die Brüllenden ums Feuer tanzen, den Kopf abschlagen!“, sprechen nicht nur aufrechter Mut und zähe Willensstärke, sondern auch tragisches Wissen des schweren, bitteren Kampfes und Kreuzweges, den er ging — bis heute!

Arno Holz — am 26. April 1863 in der kleinen ostpreußischen Ordensritterstadt Rastenburg geboren — kam der deutschen Literatur aus der Provinz, die der deutschen Philosophie Kant geschenkt hat, den Lehrmeister der Logik, der das Denken selbst und das „Ding an sich“ in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen stellte. Sonderbar: wie gleichgeartet diese beiden Persönlichkeiten, wie eng die Verbindungen zwischen ihnen sind! Kants Stellung zur Philosophie ist Holzens Stellung zur Dichtung. Auch Holz, der Lehrmeister der Sprachtechnik, kam als Bahnbrecher, der mit den überlieferten Formen aufräumte und neue schuf. Es stellte in den Mittelpunkt seiner Untersuchungen das Wort an sich, seine Ausdrucksmöglichkeiten, -notwendigkeiten und -grenzen; er fand als Erkenntnisform des Wortes die Seele des Wortes: den Rhythmus! Wie Kant in den „Fragmenten aus dem Nachlaß“ sagt, daß er „nie etwas gesagt habe, was er nicht gedacht habe“, wie Kants Vernunft über die Verstandeserkenntnisse hinausstrebt, zum Unbedingten ver-

dringt, auf Gegenstände geht, die jenseits aller möglichen Erfahrung liegen und die deshalb rein verstandesmäßig nicht erfaßt werden können, handelte Holz in seiner Stellung zur Poesie und erfüllte dadurch auch die von Emerson aufgestellte *conditio sine qua non*: „Zeichen und Kreditiv des Dichters sind, daß er das verkündet, was kein Mensch vor ihm gesagt hat!“

Und tatsächlich: Keiner vor Holz hat wie er hinweisend in seinen Streitschriften: „Die neue Wortkunst“ („Die Kunst, ihr Wesen und ihre Gesetze“, „Evolution der Lyrik“, „Evolution des Dramas“) sowie „Die befreite deutsche Wortkunst“ und selbst ausführend in den mit Schlaf gemeinsam geschaffenen „Neuen Geleisen“ („Papiere Passion“, „Papa Hamlet“, „Familie Selicke“) und seinem Riesenwerk, dem „Phantasmus“, neue Wege gewiesen, so daß selbst der skeptische alte Fontane damals sagte: „Hier scheiden sich die Wege! Hier trennt sich Alt und Neu!“

Das erste größere Werk, mit dem Holz an die Öffentlichkeit trat — er hatte schon vorher mit einem kleinen Gedichtbändchen „Klinginsherz“ sich 1883 den Augsburger Schillerpreis erringen können — war das „Buch der Zeit“, aus dem schon der kommende Große zu erkennen war. Mit virtuoser Sprachbehandlung, herrlichen Wort- und Lautklängen, einer verblüffenden Reimtechnik kämpfte er darin gegen die in den alten Gleisen festgefahrene Lyrik. Als „des Zeitgeist Straßkehrer“ bedeuteten ihm seine Verse „rote Glossen ins schwarze Schulbuch seiner Zeit geschrieben“. Mit dem sozialen Anklage- oder Mitleidsgedicht wechselt die soziale Prophetie. Wie das Elend zeigt er auch als erster die Schönheit der Großstadt, die Tragik wie die Erhabenheit des Maschinenzeitalters. Damals schrieb Liliencron: „Donnerwetter! Sind das Sachen! Nie, ja, nie habe ich so souverän den Reim behandelt gesehen! Holz ist ein Genie! Der erste Führer der neuen Geschlechtsreihe! Unzweifelhaft!“ Aber das Werk — das Honorar dafür betrug damals gerade 25 (fünfundzwanzig) Mark! — brachte dem jungen Dichter nur eine große Enttäuschung: niemand außer einigen Literarhistorikern, Dichtern, Künstlern und Feuerköpfen beachtete es, das Werk, das heute die moderne Literaturgeschichte Deutschlands zu ihren prominentesten lyrischen Werken zählt.

Nun beginnt Holz zu grübeln. Woher kam es, daß niemand sich um das Buch kümmerte, das anerkanntermaßen doch besser war als die üblichen Feld-, Wald- und Wiesendichtungen seiner Kollegen! Da kam er auf den Gedanken, daß das vielleicht an der alten, überlebten Ausdrucksform liege. Tiefer und immer tiefer sich in Betrachtungen über Sprache und Ausdrucksform hineinfressend, fand er bald einen Weg, der sich schon in dem Versuch gebliebenen Kindheitsroman „Goldene Zeiten“, der „einfachen, tatsächenschlichten“ Geschichte seiner Jugend offenbart.

Er wird Stammgast in der Staatsbibliothek, wo er sich „durch den Grützigberg der Gelehrsamkeit durchfressen wollte bis ins Schla-

raffenland, wo die Knödelbeete auch für den Proleten wachsen und die Weisheiten einem nur so gebraten in den Mund fliegen“ und wo er einsah, daß der „Grützberg nie alle würde“. Ueber Holland nach Paris wandernd, wo er sich mit Zola beschäftigte, fand er endlich den Weg oder den Entschluß, „an das alte Götzenmysterium zu klopfen, das Kunstphilosophie sich nennt“. Und er findet sein Grundgesetz der Kunst: „Die Kunst hat die Tendenz, die Natur zu sein!“ Er kam auf den „konsequenten Naturalismus“, den er wirklich konsequent und pflichtgetreu — die Befreiung der Wortkunst zu finden, war für Holz gleichermaßen „Handeln im Dienste seines moralischen Gesetzes“ — durch- und einführte.

Es war die Betrachtung der Sprache, die Holz den Weg wies. Er fand: Jeder Mensch hat eine andere Sprache, eine andere Grammatik, die erst die Seele reflektiert. Der Mensch und seine Sprache mußten studiert werden, sein Dialekt, seine Wort- und Lautartikulierungen beobachtet werden. Holz vermißte sehr richtig „die Sprache der Natur und des Lebens“ in der Dichtung, in der Poesie, selbst bei Ibsen im Drama. Da schuf er über die landläufige Diktion und Rhetorik, über das Theaterpathos hinaus die neue Sprachtechnik, die dann auch gestattete, neue, bisher unbeschränkte Stoffgebiete der Dichtung zuzuführen. So wurde die Geschichte des konsequenten Naturalismus auch die Entwicklungsgeschichte eines einzelnen Dichters, des willensstarken Temperamentes Holz. Keiner der heute führend anerkannten Dramatiker ist, der nicht Holz seine entscheidenden Anregungen zu verdanken hat.

Der vom launischen Schicksal besser als das Stiefkind Holz behandelte Gerhart Hauptmann widmete nach der Durchführung des neuen Kunstprinzips im „Papa Hamlet“ dem pseudonymen Dichter Holmsen alias Holz sein Schauspiel „Vor Sonnenaufgang“ mit den Worten: „Dem konsequenten Realisten zugeeignet in freudiger Anerkennung der durch sein Buch empfangenen entscheidenden Anregung!“ Und wie Hauptmann erging es den andern: Holz wurde ihr Anreger und der Lehrer und Meister der modernen Dramaturgie, in deren Nachahmung sich die Epigonen Lorbeerkränze einheimsten, um — echt menschlich! — Holz selbst beiseite zu schieben und zu vergessen. Der aber befreite indessen mit der Ausführung dreier Dramen „der Wende einer Zeit“ die deutsche Bühnensprache endgültig von der Schriftsprache, gab seinen einzelnen Personen eigene Grammatika und darüber hinaus dem Stoff eine bisher nie erlebte Vergeistigung. Es sind die Dramen „Sozialaristokraten“, „Sonnenfinsternis“ und „Ignorabimus“, die bis heute noch unerreichte und einzig dastehende Tragödie der Wissenschaft. Dadurch führte er die mit dem Naturalismus beginnende „Armeleutedichtung“ durch die Vergeistigung des Stoffes weiter, schuf durch innerliche Geschlossenheit vollkommene Bühnenwerke, die leider, wie auch O. Walzel in seiner vorzüglichen „Geschichte der deutschen Dichtung seit Goethes Tod“ betont, „viel

zu selten erprobt wurden, wie sie sich auf der Bühne ausnehmen, um zu entscheiden, ob Holz oder Hauptmann dem Trauerspiel mehr zu geben hat“. Auch Walzel betont: „Daß Hauptmann an geistiger Schärfe und verstandesgemäßer Durchdringung des Stoffes mit Holz nicht wetteifern kann, gibt auch der Schätzer des Dichters Hauptmann willig zu!“ Doch hindert das alles unsere Bühnen nicht, Holz seinen Jüngern zuliebe auszuschalten!

Der zähe Ostpreuße hatte inzwischen, während die andern in seinen Gleisen fuhren, die Frage der lyrischen Form in den Bereich seiner analysierenden Untersuchung gezogen. War doch die Erneuerung des dichterischen Ausdrucks seine Sehnsucht!

„Ich hielt“, sagt er in seiner „Befreiten deutschen Wortkunst“, „auf dem Wege, den ich so naiv sicher bis dahin gegangen war, inne und fing an, mir über mich und mein Metier klare Rechenschaft abzulegen.“ Dabei fand er, daß „alle Lyrik seit Jahrtausenden“ nur eine „übernommene Form“ hat, eine „Kopie“, aber „kein Original“ ist. Er ging den Weg der Entwicklung der lyrischen Form zurück und stellte fest, „daß unsere gesamte deutsche Wortkunst vom ersten Anfang bis auf unsere Tage eine aus fremdem Formgeist erwachsene gewesen, eine abgeklatscht importierte und keineswegs bodenständig nationale! Ein Passivum, dem es an einem Aktivum gebrach!“ Kurz, daß „die Neuen wie Goethe dichten, Goethe wie die Romanen und Franzosen gedichtet hat!“ Er stellte fest, daß alle Wortkunst bisher auf Metrik gegründet war, auf Reim, auf Strophe. „Die alte Form“, sagte er, „nagelte die Welt an einer bestimmten Stelle mit Brettern zu, die neue reißt den Zaun nieder und zeigt, daß die Welt auch noch hinter diese Bretter reicht!“ Und er, der ehemalige Geibelianer, der glänzende Metriker und Reimbeherrscher, schuf diese neue Form und wies in seinem Riesenwerk, dem „Phantasmus“, seine Behauptungen nach.

Im „Phantasmus“ stellt Holz der veralteten Lyrik „eine Lyrik gegenüber, die auf jede Musik durch Worte als Selbstzweck verzichtet und die, rein formal, lediglich durch einen Rhythmus getragen wird, der nur durch das lebt, was durch ihn zum Ausdruck ringt“. Als Kritiker des Reimes sagte er: „Der erste, der — vor Jahrhunderten — auf Sonne Wonne reimte, auf Herz Schmerz, und auf Brust Lust, war ein Genie; der tausendste ein — Kretin!“ Er stellte fest, daß schon fast alle Reime verbraucht sind, daß sich mit diesen Reimen fast immer dieselben Gedanken verbinden und infolgedessen dauernde gedankliche Wiederholungen unvermeidlich sind. Ueber die Strophe sagt er, daß „durch jede, auch die schönste, ein geheimer Leierkasten klingt, sobald sie wiederholt wird. Und gerade dieser Leierkasten ist es, der endlich heraus muß aus unserer Lyrik. Was im Anfang hohes Lied war, ist dadurch, daß es immer wiederholt wurde, heute Bänkelsängerei geworden.“ Kurzerhand zerbrach er die Metrik, die Monotonie, und setzte dafür die Rhythmik, Leben, ein. Wie Kant das Ding an sich betrachtete und seine Erscheinungen erkannte, tat Holz und fand, daß

jedes Ding in seiner Ausdrucksform einen eigenen Rhythmus und die Gesamtheit der Rhythmen eine komplizierte arithmetische innere Ordnung besitzen, womit Reim und Strophe nicht nur ersetzt, sondern sogar mit einer Reihe Vorzügen überwunden werden können, unter denen das Fehlen jeglicher Monotonie, Unbegrenztheit des Raumes, vollkommene Ausdrucksmöglichkeit und Musik der Rhythmen hervorzuheben sind.

Im „Phantasia“ hat der seinem Jahrhundert weit vorausgeeilte Dichter tatsächlich seinen zähen Willen durchgesetzt und seine Hoffnung erfüllt, als Erster Deutschland ein Originalwerk gegeben, zum zweiten Male in seinem Leben einer jungen Generation den Weg zu einem Neuland gewiesen, gebahnt und, ihn selbst schreitend, kommenden Generationen ein von höchstem Seelenadel gekröntes und von pulsierendem Leben erfülltes, vergeistigtes Weltbild in Rhythmen geschenkt. In jedem Worte des „Phantasia“ klingt seine Seele und, wie das Auge die Form des Dinges, so reflektiert der Rhythmus jedes Wortes hier die Seele des Wortes. Hier findet man letzte Erfüllung vollkommener Ausdrucksmöglichkeit und eine Musik der Rhythmen, die wie z. B. im „Trio Seraphicon“ gleich Bachschen Fugen dahinschwebt oder in den „Kindheitserinnerungen“ mit der ganzen Behaglichkeit eines träumerischen Scherzos verklingt. Hier hat wirklich ein Dichter so gedichtet, daß die Maxime seines dichterischen Willens als Prinzip einer allgemeinen neuen Wortkunst gelten kann!

Es bleiben noch die übrigen Hauptwerke des Dichters zu würdigen. Zuerst „Die Blechschmiede“; die restlos erfüllte genial grotesk-satirische Schöpfung eines Reimvirtuosen, eine Parodie auf den Reim mit unvergänglichen Reimen, ein frech spottendes und wieder fromm verehrendes Poem, eine in kolossalen Zügen und wie ein Dantesches jüngstes Gericht in die Allgemeinheit hineingeschriebene Autobiographie. Ein Buch voll Geist und Witz, von unerhörtem Wissen beherrscht.

Dann „Dafnis“, das lyrische Porträt aus dem 17. Jahrhundert, des Schäfers Freß-, Sauf- und Venuslieder; eine Arbeit in archaisierenden Versen, die Holz erfüllte, um während seines Forschens über Metrik „dahinter zu kommen“ und die ihn zum glänzendsten — nachgeborenen — Dichter des deutschen Barock stempelte.

\*

Ich bin am Ende der Würdigung des Dichters, der wie noch keiner vor ihm in seinem einen Leben zwei Generationen Wegweiser, Bahnbrecher und selbst Erfüller war. Meine Gedanken schweifen zu ihm hinüber in die vom Straßenlärm unberührte Fünfstockmansarde, wo er zwischen primitiven Möbeln und seinen grauen Alltagssorgen, zwischen Büchern und mühsam-sorgfältig beschriebenen Manuskriptbergen haust, ein einsamer Titane in der Riesenstadt der Mikroben.

Promethidenlos! Der Dichter vollendet nun sein 60. Lebensjahr. Ein Anlaß, nicht nur ihn zu feiern, sondern ihm auch zu helfen! Hilft



Deutschland ihm, so hilft es sich selbst; denn das Lebenswerk von Holz ist und wird einer der Faktoren unseres kulturellen Wiederaufbaus sein! Es wäre ein trauriges Zeichen, wenn erst der Nobelpreis, den hoffentlich diesmal der von einer übergroßen Mehrheit vorgeschlagene Dichter erhält, ihn aus seinen steten Sorgen und seinem Entsagerleben erlösen würde. Noch vorher muß das Reich sich besinnen, was seine Pflicht ist, und dem Manne, der schon einmal — als berufenster Vertreter deutscher Dichtung! — in der Spielzeugfabrikation arbeiten mußte, weil seine Bücher ihm nicht das erforderliche Geld zum Leben einbringen konnten, sich als wahres „Volk der Denker und Dichter“ erkenntlich zeigen. Sonst müßte man sich an Kleist und Grabbe erinnern und zugeben, daß dieser Selbstruhm nur die eitle Phrase eines Schwätzers ist. Deutschland hat Holz eine von keiner fremden Richtung oder Strömung beeinflusste Poesie von Originalwert zu verdanken, die sich heute schon weit über Deutschlands Grenzen hinaus bis in Walt Whitmans Land Ruhm und Geltung verschafft hat! Dafür sei dem Dichter nicht nur Anerkennung, sondern auch — D a n k!

---

IGNAZ JEZOWER:

## Zu einem Jubiläum.\*)

### I.

Das Wort Jubiläum ist hebräischen Ursprungs, bedeutet: Halljahr. „Jôbêl“, die Trompete wurde geblasen, es hallte... Wir haben jetzt das Halljahr einer Generation, die Trompete wurde für Gerhart Hauptmann geblasen, für Arthur Schnitzler, für Johannes Schlaf, ertönt für Arno Holz, man wird ihr einige Tönchen für Hermann Bahr noch entlocken. Die Luft wird dabei mehr oder weniger bewegt, und diese Lufterschütterung wird — nach Lichtenbergs treffender Definition — erst Schall, wo ein Ohr ist.

Wir verweilen bei diesem Trompetenlärm an der Grenze des Hörbezirks, doch auch dort, wohin die Jubeltöne in ungebrochener Kraft dringen, hallt es nicht so zurück, wie es in die Ohren hineinschallt. Was ist der Grund? Sind doch Leute da, die blasen; einer ist da, zu dessen Ehrung dies geschieht, und der Chorus antwortet nicht.

Ich will dies zu erklären suchen.

---

\*) Dieser Artikel bedarf einer *salvatio animae*. Ich gestehe offen, daß ich Jezowers Standpunkt, soweit er Holz persönlich betrifft, nicht teilen kann, und in der — zuweilen rührend *naïve* — Selbstüberschätzung des Dichters nur die Reaktion auf die gewaltige Unterschätzung sehe, mit der die Welt sein Streben mißlohnt hat. Soweit möchte ich nicht, daß dem vielen alten Unrecht, das an Holz verübt wurde, neues zugefügt wird. Aber in dem Sachlichen pflichte ich Jezower bei: die Ueberwindung der individualistischen Einstellung und damit die Vorbereitung einer sozialistischen Kunstepoche ist das wichtigste und — deshalb — noch kaum wahrgenommene Phänomen unserer Zeit. Weil der Artikel zu dieser Erkenntnis das seine beisteuert, bringe ich ihn als unfehllichen Festbeitrag.

E. K—r.

Vorher bringe ich noch schnell dem Jubilar ein Hoch, rufe: lang<sup>a</sup> lebe..., wünsche ihm Wohlergehen, sage zu ihm: Du Dichter unter Dichtern, du Könnner unter Könnern, und weiß, daß ihm dies nicht genügen wird. Denn Holz verlangt bei einem solchen Anlaß die Ueberreichung einer Huldigungs-Adresse, in der klipp und klar stehen muß: Du Einziger, noch nie, keiner zuvor, niemand bisher usw.

## II.

Die Holz-Generation hat eine individualistische Einstellung, betont das Ich, für sie geschieht alles durch das Ich, alles geht vom Ich aus, kehrt zu ihm zurück. Wir Jüngeren haben die Ich-Gläubigkeit nicht mehr, und so sind auch unsere Feststellungen, Wertungen und Richtlinien ganz andere.

Der Egoismus verführt zur Ueberschätzung. Er will eine Rangordnung schaffen, eine Stufung, eine allen sichtbare, verehrungswürdige Spitze. Ist man erst der Meinung, daß sich in einem Individuum die ganze Erfahrung, das ganze Wissen, das ganze Können einer Zeit sammelt und verdichtet, so zieht man auch leicht die Folgerung, daß diesem Individuum kraft seiner Einzigkeit besondere Rechte zukommen, und daß es zum Herrschen auserkoren sei. Holz nahm auf dem Gebiete der Dichtkunst die Sonderrechte für sich in Anspruch, proklamierte die Uebernahme der Regierung, und in verschiedenen Manifesten, Polemiken und Rundschreiben erklärte er immer wieder, daß er es war, der..., er es ist, der..., und er es auch sein wird... Diese Kommandierung der Poesie ist für die wilhelminische Epoche charakteristisch, die Parodie, die Holz in der „Blechschmiede“ auf Wilhelm II., den Kollegen von der andern Fakultät, gab, trifft auf ihn selbst zu, die literarischen Erlasse und Formulierungen von Arno Holz haben jenen imperialistischen Zug, den wir aus den Reden und Schriften Wilhelms II. so gut kennen. „Mit dieser Idee“ — schrieb Holz im Juni 1916 — „... tappen wir jetzt andern Völkern künstlerisch nicht mehr hinterdrein, sondern marschieren wir jetzt ihnen allen vorauf und an der Spitze!“ Und noch in jüngster Zeit — („Berliner Tageblatt“, 24. Dezember 1922) — dekretierte er: „Im Drama wie in der Lyrik, die ich als die beiden reinsten und höchsten Dramen (soll wohl heißen: Formen) der Dichtung werte, brach ich durch eine grundsätzlich neue Sprachbehandlung Bahn, die Raum- und Entwicklungsmöglichkeiten für noch sehr viele Generationen bieten wird, und sehe auf dem Wege, den ich seitdem gehe, noch keinen, auch von den Allerjüngsten nicht, den ich mir, oder vielleicht besser, der Idee, die ich vertrete, als bereits ‚voraus‘ empfinde.“ Solche Kundgebungen sind nicht ein Zeichen der Kraft, wir fühlen die Angst heraus, die Herrschaft könnte ihm streitig gemacht werden, das Gebaren ist wilhelminisch. Und aus dem Riesenformat des „Phantasmus“-Buches, aus der Länge eines „Phantasmus“-Gedichts, aus den 4782 (!) Regiebemerkungen zu der Tragödie „Ignorabinus“ kann man auf Art und Wesen schließen.

Ein mit Originalität bis an den Rand gefülltes Ich sehen wir Jüngeren skeptisch an, wir wissen, daß bestenfalls dieses Ich (goethisch gesprochen) „nur als ein Supplement aller Uebrigen zu betrachten ist“. Das Ich ist längst verfälscht, es ist unrein geworden, in einem jeden Ich gespenstern unzählige Ahnen, das Ich ist ein kollektivistisches Gebilde, nur noch von einem Wir-Ich können wir sprechen. Hält man aber an dem Ich-Begriff fest, so führt die falsche Denkkategorie zu Trugschlüssen, dann sagt man wie Holz aus: ich brach Bahn, ich bin der Erste gewesen, der dies und dies vollbracht hat, noch nie vor mir hat es dies oder jenes gegeben. Und doch ist die Einzigkeit Wahn. Die Tat des Kopernikus, die Holz gelegentlich rühmend erwähnt, um selbstbewußt zu erklären, daß seine literarische Tat auch in ihren „Folgen, und zwar nicht bloß für uns und unsere Literatur, sondern auch für alle übrigen, die es ebenso befreien wird, genau so unvergänglich bleiben, wie es auf ihrem Gebiete, die Tat des Frauenburger Domherrn, bleiben wird“, auch diese Tat gehört nicht einem einzelnen an. Kopernikus hatte Vorgänger, einer von ihnen, Aristarch von Samos, lebte mehr als tausend Jahre vor ihm. Unter den Vorläufern Darwins war auch der deutsche Zoologe Friedrich Tiedemann, von den vielen Telephon-Erfindern vor Graham Bell hieß einer Philipp Reis. Mit solchen Beispielen kann man Bände füllen.

Holz jedoch ist der unerschütterlichen Ueberzeugung, daß er „ausschließlicher Urheber“ sei, glaubt fest daran, daß er stets „als erster seiner Generation“ das Werk geschaffen habe. Solche Denkweise führt zur Ueberhebung und lehrt ihn zuletzt „das eine, ohne das Dauernde nicht geschaffen wird, Verachtung der Masse“. (Polemik gegen Richard M. Meyer, S. 13.)

### III.

So gelangte man auf den Gipfel, die andern blieben Fundament, Schichtung, Lagerung, Schemel für die Füße eines Riesen. „Sein Dasein“ — urteilt Reß in dem Buche über Holz (S. 227) — „ist wertvoller . . . als das von ungezählten Hunderttausenden, die für das, was wir ‚Kulturfortschritt‘ nennen, noch nicht das Gewicht eines Stäubchens wiegen.“ Würde das zutreffen, sollte das Dasein eines Dichters für den Kulturfortschritt notwendiger oder wertvoller sein als das Dasein von ungezählten Hunderttausenden, den sogenannten „Kulturfortschritt“ müßten wir schnellstens abbauen. In Wirklichkeit ist kein Mensch so wertvoll, und schon der Anspruch auf diese Ueberordnung ist verwerflich. Und das alles, weil man Dichter ist? Welche Ueberschätzung einer Tätigkeit, als ob Dichten oder Malen oder Meißeln etwas ganz Besonderes wäre. Eine Tätigkeit wie jede andere, nicht schlechter und nicht besser. Das Material des Dichters ist das Wort, geht er mit diesem Material gut um — Holz tut es —, noch immer ist dies kein Grund für eine Ausnahmestellung oder für Vorrechte. Auch einen Vollzieher — und das auf keinem Gebiete — nehmen wir heutzutage wichtig, bist du es nicht, wird es halt ein anderer sein, wir glauben nicht an Einzigkeit, an Un-

ersetzbarkeit. Wird Holz „die noch ausstehenden neun übrigen Stücke“ seiner Serie: „zwei Tragödien, drei Komödien und vier Tragikomödien“, nicht schreiben, andere werden noch Tragödien, Komödien, Tragi-  
komödien dichten. Bessere oder schlechtere? — die Zukunft wird es zeigen. Denn „Kunscht“ wird weiter gemacht werden, dann auch, wenn der Dichter endlich „in den Produktionsprozeß“ eingeordnet werden wird. Und dann erst recht, und mit weniger Anspruch.

## IV.

Die Summe von 53 375 M., die Holz bis zum Jahre 1913 als Einnahme aus zwanzig Werken in dreißig Jahren errechnete, war ein spärlicher Ertrag. Stets mußten Freunde ihm helfen, Sammlungen wurden für ihn veranstaltet, Ehrenspenden gestiftet. Jetzt, nach zehn Jahren, muß wiederum für den Sechzigjährigen gesammelt werden. „Ich schreibe jetzt nicht mehr um Marmor auf meinem Grab, sondern um Brot für meinen Mund.“ Die Worte sind nicht von Arno Holz, sie sind von William Godwin. Denn Marmelstein und Lorbeerkranz, auch darin ist Holz schon ein Unzeitgemäßer. Nachruhm? Wer kann die Zukunft bestimmen? Heute registrieren wir freudig und ohne Vorbehalt einige Gedichte aus dem „Phantasmus“. Ob die nächste, ob die nächsten Generationen Holz literarhistorisch einordnen, oder ob sie ihn neu entdecken werden, wer vermag es zu sagen, und was schert es u n s.

---

## UMSCHAU.

### Ein Wendepunkt.

## I.

Es ist möglich, daß Herr Poincaré auch heute noch auf eine glorreiche Krönung seines Ruhrfeldzuges hofft; es ist wahrscheinlicher, daß er eine günstige Liquidation, die das Prestige der großen Nation unangetastet läßt, die französische Angstpsychose beruhigt und dem Reparationsbedürfnis Genüge schafft, für erreichbar hält, vielleicht sogar bevorzugt.

Es ist unwahrscheinlich, daß der Reichsaußenminister aus dem Gitterwerk, das er mit seiner Rede um sich herum aufgebaut hat, wieder herauskommt, um bei solcher Liquidation behilflich zu sein. Zwar mangelt es den Sätzen des Herrn v. Rosenberg nicht an Elastizität, aber es fehlt ihnen jene Durchsichtigkeit, die erforderlich ist, um die Sympathie der unbeteiligten Mächte und zugleich das

Vertrauen des Verhandlungsgenners zu gewinnen. Wenn er davon sprach, daß die von Deutschland anerkannten Reparationssummen unter dem Druck der französischen Angriffspolitik ständig zurückgehen mußten, so rückt er eine Selbstverständlichkeit in den Vordergrund und weckt geradezu den Einwand, daß danach irgendwann einmal und vielleicht schon diesmal das deutsche Angebot sich dem Nullpunkt nähern könnte. Er macht also das Nennen einer Ziffer, die er nicht nennen möchte, noch viel notwendiger. Wenn er das System der etappenweisen Räumung als unannehmbar erklärt, baut er dem Gegner statt eines kaudinischen Jochs eine Weiche.

Der Reichsaußenminister hat durch eine Erklärung, die seltsam anmutete, den Reichskanzler an sich gebunden, als die beiden Herren während der Rede Stresse-

manns einsam auf der Ministerbank saßen, glaubte man durch sie hindurchsehen zu können. Besser: über sie hinweg. In solchen Zeiten verbrauchen sich die Regierungen peinlich schnell.

## II.

Es wird in Deutschland keine Regierung geben, die einen Frieden, wie ihn sich Herr Poincaré erträumt haben mag, unterzeichnen könnte. Sie würde nicht drei Tage leben können. Es wird dennoch notwendig sein, Deutschlands innere Zustände so zu gestalten, daß ein Abschluß des Ruhrunternehmens und damit auch des Ruhrwiderstandes gefunden werden kann, ohne die Unterzeichner des Vertrags den Flinten deutschnationaler Hysteriker auszuliefern.

Eine rein sozialistische Regierung würde die zweite Dolchstoßlegende hoch aufflammen machen. Sie könnte den Bürgerkrieg bedeuten. Es ist wahrscheinlich, daß dieser Bürgerkrieg sehr bald alle Vernünftigen gegen die nationalistischen Fanatiker sammeln würde. Aber Bürgerkriege sind möglichst zu vermeiden. Es ist außerdem einleuchtend, daß der französische Militarismus, nachdem er am Widerstand des Ruhrproletariats sich tüchtige Beulen holte, keine übermäßige Vorliebe für eine nur sozialistische Regierung Deutschlands haben wird. Der französische Kapitalismus aber wird erst im Mitwirken seines deutschen Konkurrenten eine Garantie des Friedens sehen.

Es wird also notwendig sein, die Interessen des deutschen Proletariats neben die des deutschen Kapitals zu stellen und beide Interessenten gemeinsam den Ausgleich Deutschlands mit Frankreich finden zu lassen. Das deutsche Proletariat wird nicht Hochverrat schreien dürfen, wenn zwischen dem deutschen und dem französischen Kapitalismus Fühlung gesucht wird; aber in jedem Augenblick solcher Fühlungnahme und während aller ihrer Auswirkungen wird das deutsche Proletariat Kontrolle zu üben

haben. Unter solcher Kontrolle ist uns die Internationale der Wirtschaft, die Stresemann verkündete, auch ein Mittel zur Ueberwindung nationalistischer Engstirnigkeit.

Die Rede hat den vor einiger Zeit von Hermes gegen die um Helfferich gezogenen Trennungsgraben vertieft.

## III.

Die Rede des Herrn Stresemann hat den Widerspruch nicht nur der Deutschvölkischen, auch den der Deutschnationalen aufgepeitscht. Die „Deutsche Zeitung“ spricht von dem „Hans in allen Gassen“, von dem Kompromißler, dessen Ausführungen an die Zeiten von Wirth und Rathenau erinnerten. Sie meint, daß Herr Stresemann der deutschen Sache keinen guten Dienst erwiesen hätte. Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt, daß die Geschäftigkeit des Herrn Stresemann fast immer Grund zum Grübeln gäbe, daß eine gewisse Presse in recht vernehmlicher Weise für dessen Rede die Reklametrommel geschlagen habe. Sie vermißt in Stresemanns Rede jegliche neue Idee, und es wird ihr spürbar unheimlich bei dem, was er als Aktivität für die deutsche Politik fordert. Die „Kreuzzeitung“ stellt mit Bedauern fest, daß im Gegensatz zu den übrigen bürgerlichen Reichstagsrednern nur Herr Stresemann der Koalition, die Herrn Rosenberg zustimmte, fernblieb.

## IV.

Der „Vorwärts“ schrieb: „Den Höhepunkt der Debatte bildete eine Rede des volksparteilichen Führers Dr. Stresemann, die durch das Maß ihres realpolitischen Sinns überraschte. Zwischen ihr und der Rede des Genossen Müller ergaben sich zahlreiche Berührungspunkte, ja, man kann sagen, daß Stresemann in seinen sachlichen Ausführungen kaum noch die Mitte zwischen Rosenberg und Müller hielt, sondern daß er sich schon eher dem zweiten näherte.“ Die „Breslauer Volkswacht“ schrieb: „Hinter der Uebereinstimmung von

Volksparteilern und Sozialdemokraten steht dasjenige Maß an Interessensolidarität von industriellen Unternehmern und Arbeitern an der nackten Existenz der Industrie, das auch vom Klassenkampfstandpunkt aus für Zeiten nicht gezeugt werden kann, in denen die Vernichtung der Betriebe droht, die Machtverteilung und die Konjunktur aber eine schnelle Sozialisierung schlechterdings ausschließen.“

## V.

Wenn die „Vossische Zeitung“ die Wiedergabe dieser sozialistischen Pressestimme mit dem anrühenden Stigma „Große Koalition“ versieht, so ist das zum mindesten verfrüht und ganz gewiß taktisch nicht sehr weise. Aber die deutsche Arbeiterschaft wird auch schmerzlichen Entschluß fassen, um außenpolitisch neues Diktat und innerpolitisch überflüssiges Blutvergießen zu vermeiden. Notwendig bleibt, daß im Verlauf des politischen Geschehens die unter dem Druck der Ereignisse sich konzentrierenden Wendepunkte benutzt werden.

Robert Breuer.

\*

**Wer ist Dietrich Eckart?** Der völkische Heldensohn, um deswillen Bayern beinahe die Reichstreue gebrochen hätte, ist wie die meisten politischen Narren einmal ein Intellektueller

gewesen. Das ist freilich schon lange her. Vor etwa zwanzig Jahren, als es in Berlin noch eine Bohème gab, trieb Dietrich in der Gegend des Café Monopol und die Friedrichstraße hinauf gegen Norden jene harmlose, aus Alkoholischem und Literaturgeschwätz zusammenbrauende, nicht gerade sehr produktive, aber von allerlei leuchtendem Größenwahnsinn beflügelte Zeitvertrödelung, wie etwa sein heutiger Antipode Erich Mühsam. Mit Wilhelm Mießner und Heinrich Lautensack und mit manchem andern hat Eckart in vielerlei Feuchtigkeit geschwommen. Und er war immer der Feuchteste. Zuweilen schien es, als wollte er geradezu flüssig werden. Dann hatte er einen kleinen Erfolg mit seinem „Froschkönig“, und hernach verschwand er aus Berlin. Es hieß, er habe eine ältere Witwe nebst einem Schloß geehelicht. Die Nachricht blieb jedoch unbestätigt. Später nahm das Königl. Schauspielhaus seine Uebersetzung des „Peer Gynt“ an. Sie wurde als manierliche Ausgabe und als hofmäßig gepriesen. Und plötzlich erschien Dietrich deutschvölkisch vermummt. Er haßt Preußen, aber da sein „Peer Gynt“ noch immer im Staatstheater aufgeführt wird, scheint er preußisches Geld nicht zu verachten. Im übrigen muß er heute schon reichlich bejahrter und, wenn er seiner Natur treu geblieben ist, ein stark gefüllter Mann sein. Prost! R. Br.

---

## BÜCHERSCHAU.

**Phantásus\*).** Die Einzigartigkeit dieses Gedichtwerkes — das durchklungen ist von Musik und irisiert in allen Farben — mag das Pathos rechtfertigen, mit dem ich von ihm spreche. Kleinliche Kritik an Einzelheiten verstummt, da liebende Dankbarkeit vom Ganzen spricht.

\*

\*) Arno Holz: „Phantásus“, Insel-Verlag, Leipzig.

O — du süße Schwertlilie, deren suchende Wurzeln sich in einen Stern saugten... und aus traumblau sich wölbenden Wassern deine geheimnisvolle Blüte wuchs.... verströmte und versprühte, bis nach sieben Billionen Jahren aus deinem seraphischen Kelche ein Dichter auf diesen Erdball stieg. —

Phantásus spannt seine Schwingen, fliegt über Kontinente und Meere: Licht spendend, in dem

verborgenste Köstlichkeiten der Erde, des Firmaments und der Wasser aufblitzen —: versunkene Städte erstehen; verwesene Toten, Büchern der Geschichte festgeklebt, bekommen Pulsschlag vorwärtstreibender Stunde; namenlose Untergänge in letzten Trauerigkeiten auftauchen und schwarze Schädelstätten in entzauberter Welt rauchen ... Zarte Blumenknospen offenbaren ihr schüchtern verhülltes Geheimnis; Lerchen schweben durch strömendes Licht; stammelnden Menschenlippen fliehet trunkener Aufschrei und zitternder Herzsschlag pocht Seligkeit.... Ausschweifungen werfen Bündel bengalischen Feuers in regelmäßiges Dasein; über sonnegekübte Mauern huschen Eidechsen; vor Dichterkwerkstatt rauscht Vorhang hoch: Kolbenstöße von Ungewißheit und Erwartung allen Augen preisgegeben... Goldene Abende entgleiten und nackte Mädchen steigen herauf....

Ueber des Phantasus Dichtungen — von der ersten Zeile, die der Zwanzigjährige schrieb, bis zur letzten, die der Fünfziger meißelte — schwebt ein Ewig-Jugendliches. In ihnen atmet ein Teil jener Kraft, die den Kosmos durchzittert von Urbeginn bis zu dieser Stunde. Und auf ihren Stirnen flammt das weithin sichtbare Fanal menschlicher Größe, Einfachheit und seeleischer Ewigkeit, — leuchtend aus der kleinsten Einheit dieses jetztzeitigen Lebens und hinausblinkend in die umfassende Vielheit eines Gautama Buddha. —

Kurt Offenburg.

\*

**Der Garten Immergrün.** Es ist ein Garten, der keinen Anfang und kein Ende hat, denn es sind, nicht von einem Schulmeister, nein! von einem Dichter, von Oskar Maurus Fontana zusammengestellt, deutsche Volkslieder verklungener Tage, deutsche Volkslieder unsrer Tage. (E. P. Tal & Co., Verlag, Leipzig, Wien, Zürich.) Welch ein

Garten, Welch ein Born! In diesen Weisen, die so himmlisch jenseits von allen Ismen sind, steckt der ganze Erdenlauf von der Wiege bis zur Bahre; alle Mädchensehnsucht, alle Bauernlust, aller Schenkenchwank; die ganze Seele klingt, der ganze Frühling blüht, die ganze Heimat leuchtet darin, und es wimmelt von Ringlein und Röslein und Rosmarin, von Pfalzgrafen und Jägern und Scherenschleifern, von Wittiben und Jungfräulein und feinen Knaben. O grünes Gras, o weißer Klee! O Allmenschlichstes! Wie flüsterte schon damals, als das Nibelungenlied noch jung war, betörende Leidenschaft:

Süßer rosenvarwer Munt,  
Kum und mache mich gesunt!  
Wie klang kecklich und wehmütig  
die alte Landstörtzerweis':  
Innsbruck! Ich muß dich lassen,  
Ich fahr dahin mein Straßen!

Wie flatterte das Soldatenlied über der marschierenden Kolonne, das ewige mit dem Kehrreim:

Nimm das Mädel, nimm das Mädel,  
Nimm das Mädel bei der Hand,  
Soldaten, Kameraden!

Und da es Volkslieder sind, Lieder des oft mit Füßen getretenen, mit Sporen gehauenen, mit Ruten gestrichenen Volkes, meldet sich das Soziale nicht nur in Bettler- und Kundenversen zum gereimten Wort; grollende Verheißung, Vorklang des *ça ira* tönt aus einem Bänkelsang des Kriegs- und Hungerjahres 1623:

Aber 's kommt ein Tag, der ist  
gewiß,  
Des sollen wir warten ohn' Verdrieß,  
Da kommen wir denn all zu Hauf  
Und höret alles Elend auf,  
Da wird denn Recht noch bleiben  
Recht,

Höret's Herren und Knecht!

1623 .... vor genau dreihundert Jahren schallte das Trutzlied zum ersten Mal aus rauhen Kehlen zu den Sternen. Höret's Herren und Knecht!

Schiri.

# Deutschland, Deutschland über alles!

## VON EINEM DEUTSCHEN

Warum das Deutschlandlied nicht von Monarchisten gesungen werden darf!

Warum das Deutschlandlied das LIED DER REPUBLIK ist!

Mit schwarz - rot - goldenem Umschlag

Grundpreis Mk. 0,75

✱

Die „GERMANIA“, BERLIN, schreibt:

Diese Broschüre unternimmt es, mit gutem historischen Rüstzeug den eigentlichen Sinn des Deutschland-Liedes zu erwecken und dieses Lied gewissermaßen zurückzufordern von denen, die in Deutschland und in der Welt mit ihrer Annexion des Liedes Schaden genug angerichtet haben. Die Broschüre ist ein guter Beitrag zur Pflege der Erinnerung der Traditionen des Jahres 1848: „Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt“ haben jene das Reich nicht halten können, die dieses Lied eine Zeitlang gepachtet hatten, werden es auch ihre geistigen oder vielmehr ungeistigen Nachfolger nicht wieder vortragen können. Denn dieses Reich, dieses Großdeutschland, ist nur möglich auf Grund moralischer Eroberungen, zu denen die Leute unfähig sind, die den Sinn des Deutschland-Liedes verdreht haben. Die Blüte Deutschlands, von der mit besonderer Pointierung die dritte Strophe des Deutschland-Liedes spricht, ist auch heute noch nur dann denkbar, wenn der alte Sinn dieses Liedes wieder lebendig wird. Es gibt keinen wahrhaft nationalen Gedanken, bevor sich ein Volk selbst geistig befreit hat; es gibt keine äußere politische Geltung, bevor ein Volk gelernt hat, sich selbst so zu beherrschen, wie dies der von ihm erreichten kulturellen Stufe entspricht. Nationale Kraft kann nach außen hin nicht frei werden, solange der Wille eines Volkes im Innern durch Vorurteile und Interessenkämpfe zerrüttet wird. So können wir dem Verfasser der Broschüre nur zustimmen, wenn er sagt: Das „Deutschland, Deutschland über alles“ war keine alldeutsche Anmaßung, keine Sucht nach Weitererobungen durch den preussischen Kommißstiefel, wie es der Durchschnittsdeutsche in den Zeiten des Wähelminismus mißdeutete, sondern der aus reinem Herzen kommende Gedanke, daß über die Grenzen der Kleinstaaten hinaus Alldeutschland sich einen müsse. Und diese Einigung konnte nur segensreich sein, wenn sie sich aufbaute auf den Grundsteinen des Rechts und der Freiheit.

**VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT GMBH, BERLIN SW 68**



# DIE GLOCKE

5. Heft

30. April 1923

9. Jahrg.

**Nachdruck sämtlicher Artikel ist nur mit ausführlicher Quellenangabe gestattet**

ERICH KUTTNER:

## Mairede.

Aus einem bisher noch nicht veröffentlichten Buch des Verfassers.

**D**AS Folgende sind Worte, die Leonhard Heiden im großen Saal der Gewerkschaften an ein Publikum von mehr als tausend Fabrikproletariern richtete, die gekommen waren, um das Ziel des neuen Unternehmens kennen zu lernen.

„Was ich Ihnen heute sage, mag in seinem Aeußern vielleicht anders klingen, als die Worte, die Sie sonst in diesem Saal zu hören gewohnt sind.

Wenn Sie hier zusammen kamen, geint durch Ihres Daseins bittere Not, dann sprachen Sie miteinander von der Habgier der Fabrikanten, von Hungerlöhnen, von dem Jammer Ihrer Behausungen, von der Teuerung des Brotes, von Lungentuberkulose, von sterbenden Säuglingen, kurz und gut: Sie sprachen von dem Elend, das Ihr Leben von allen Seiten umdrängt.

Und nun stehe ich hier und will zu Ihnen reden von Schönheit. Das klingt so fremd für Ohren, in denen noch der Lärm der Maschinen hämmert, das sieht sich vielleicht seltsam an mit Augen, die unter der Müdigkeit eines langen Werktages zufallen. Und hängt doch in seinem Wesen innig mit der übrigen Welt Ihres Denkens zusammen.

Ihr eigenes Tun gibt mir den Beweis, daß die Macht, die Sie zum Handeln treibt, etwas Größeres ist, als Ihres Körpers Hunger und Durst. Würden nur der gefüllte Eßnapf und das behagliche Zimmer Ihrem Denken vorschweben, Sie fänden nicht die innere Kraft, sich als einzelne zu opfern für die Gesamtheit, Sie erfüllte nicht der Mut, den Kampf um Brot durch Hungern auszufechten.

Nein, Sie sind trotzig, leidenschaftlich, zum Aeußersten entschlossen, weil Sie instinktiv fühlen, daß es dahinter — hinter des Leibes befriedigender Notdurft — noch eine Welt gibt, nach der Sie hungern und von der die Gesellschaft Sie bisher ausschloß. Das ist die Welt der Schönheit.

Von der lassen Sie mich reden. Man umgreift sie nicht, solange man an Bildern, Bücher, Theater, Musik, an Kostbarkeiten, Luxus, kurz und gut an tausenderlei einzelne Dinge denkt. Diese Dinge sind vielmehr nur die Schlüssel und Wegzeichen, die zur Welt der Schönheit führen. Leben wir in ihr, so durchdringt sie unser ganzes Dasein. Dinge, die bisher tot für uns waren, beginnen zu reden. Sonnenschein, Landschaften, Blumen werden lebendig, unsere Sprache ändert ihren Laut, unsere Freundschaften, unsere Geselligkeit werden andere, Freuden und Leiden treten aus der grauen Stumpfheit heraus, die sie bisher bedeckte.

Vor vielen tausend Jahren gab es ein Volk, dem die Sprache der Schönheit in seiner Gesamtheit eigen war, das sie in allen Gliedern redete und verstand. Das Land, in dem dieses Wunder Wirklichkeit wurde, hat vielleicht nie so bestanden, wie ich es träume, aber der Traum dieser Vollkommenheit erfüllt uns heimlich alle, lassen Sie mich ihm den alten Namen geben, der noch heute zu uns spricht: Hellas.

Hellas ist lange dahin. Kein Land der leuchtenden Marmortempel lacht uns. Fabrikschlote drohen mit hageren Armen, finster und eingerußt modern die Städte. Millionen Menschen scheinen verurteilt, ewig ein kümmerliches Leben in Schmutz und Armut zu führen, aufzuwachsen und zu sterben, ohne die Schönheit auch nur von fern gesehen zu haben.

Da sprachen die Reichen: Schönheit ist nichts für die Vielen. Pflegen wir sie in unseren Palästen. Schließen wir aus von ihr alle, die unreinen Leibes sind.

Ich muß hier ein Geständnis ablegen: Ich selber habe zu denen gehört, die so oder ähnlich dachten. Ich liebe seit Jugend die Schönheit, ich kann auch heute nicht ohne sie leben. Ich suchte Hellas, ich meinte eine verschwundene Wunderwelt zu neuem Leben erwecken zu können.

Wie ich aber den Schmutz und das Elend der Welt kennen lernte, da fehlte mir der Mut, den Anblick zu ertragen. Nur den Schmutz sah ich, nicht was unter ihm lag. Ich meinte: das kann Hellas nicht sein und nicht werden. So ging ich zu den Reichen, bei denen es wenigstens sauber war. Dort hatten Leute, die schwächlich empfanden wie ich, die Kunst der geschlossenen Augen entdeckt. Nur die Lider brauchte man zu senken, dann war alles Elend, aller Jammer der Welt verschwunden, und man konnte sich in abgelegene Paradiesgärten, in Märchenwelten, in einem Rausch der Schönheit und Farben hineinräumen. Und man träumte nicht mehr von Heldentum und Tat, denn nur genießen wollte man das Erraffte, auskosten ein untätiges Dasein bis in die letzten Möglichkeiten. Man sprach von Verfeinerung, von Sensibilität, und ahnte nicht, oder wollte nicht ahnen, daß diese Feingeistigkeit in Wirk-

lichkeit nichts war als rohe Brutalität, als Bestialität, gegen die Unzähligen, die an dieser Welt nicht teil hatten.

Eigene bitter ernste Erfahrung hat mich von dem Wahne geheilt, als ob dieses selbstische, brutalästhetische Genießen uns Hellas wiederschaffen könnte. Ich habe erfahren, daß jene Genießer sich und ihre Umwelt zerstören, denn sie morden das Lebendige für ihre Träume.

Hellas wird nur dem, der für die Lebendigen denkt und fühlt. Ich sah ein: Wollen wir eine Welt der Schönheit, ein wahres Hellas erobern, so bleibt uns nur eine Wahl: unsere wirkliche, unsere eigene Welt, die Diesseitswelt von Dreck und Gestank müssen wir umformen zu einer Welt der Schönheit.

Das mag schwer, das mag unmöglich klingen. Aber daran kommt kein Mensch vorbei, dem es mit der Schönheit ernst ist.

Doch wer schafft diese Welt? Nur die Menschen, die voller Zukunftsmut und Kampfesfeier sind, die emporstrebende Kraft in sich fühlen. Das aber sind heute allein die Leidenden und Unterdrückten.

Sozialismus! Das Wort ist Ihnen geläufig; aber für mich hat es noch einen Klang aus der Tiefe der Seele: Mensch, höre auf, deinem kleinen Ich, deinen engen Sorgen nachzuhängen, du bist nur eine Zelle der Menschheit, fühle deine Verbundenheit mit ihr, strebe für sie und vergiß dich selbst!

Sozialisten! Darunter verstehe ich die Tatmenschen, deren Altruismus und Opfermut den bänglichen Genüßling in uns überwindet. Gerade weil sie den Blick von ihrem Ich abgewendet haben, weil sie ihre Persönlichkeit für die Menschheit, nicht für den Menschen in die Schanze schlagen, bereiten sie den Boden für eine neue kampffreudige Schönheit, säen sie die Saat eines neuen Griechentums.

Und deshalb lassen Sie mich hier vor Ihnen Bekenntnis ablegen, das Bekenntnis eines Menschen, dem sein Lebtag die Welt der Schönheit heiligstes und oberstes Ziel gewesen ist.

Weil ich nach einer Welt der Schönheit ringe, weil ich Hellas suche in meinem Wachen und in meinen Träumen, deshalb jubele ich Ihnen als den Kämpfern für eine neue Welt mit ganzer Seele zu, deshalb grüße ich Sie als meine Brüder und Schwestern. Und wenn ich mein Empfinden in einem Satz zusammenpressen soll, dann spreche ich aus:

Wer im 20. Jahrhundert noch ehrlich auf Hellas hofft, dem wird der Sozialismus eine heilige Sache werden.

Das ist die Fahne, unter der wir zusammenstehen wollen. Sie kämpfen für das neue Reich in Ihren Organisationen, wir in

unserem bißchen Dichten und Denken. Lassen Sie uns das zusammenwerfen, daß wir voneinander lernen: Wir von Ihnen den Geist der Tat, Sie von uns den Geist der Schönheit.

Dann werden wir vielleicht in gemeinsamer Arbeit, in wechselseitig verbundenem Streben Vorläufer des neuen Menschengeschlechts, das zur Erfüllung bringt, wovon wir träumen:

Eine Menschheit, die Hellas mit der Seele sucht  
und mit den Händen erbaut!“

ROBERT BREUER:

## Die Fahne im Reichstag.

I.

**S** EIT einigen Wochen hängt im Reichstag, im Kuppelraum der Wandelhalle, ein stattliches Exemplar der republikanischen Fahne. Schwarz-rot-gold wallt es mächtig vom Balkon. Der marmorne Wilhelm, dem der Aufenthalt fürs erste dortselbst noch gestattet wurde, vermag nichts daran zu ändern, daß seine deutsch-nationalen Anbeter täglich unter dem republikanischen Joch hindurch müssen. Das ist gewiß keine entscheidende Tatsache, aber es tut immer gut, wenn die Republik ihren unverschämten Gegnern sich sinnfällig bezeugt. Die Flagge im Kuppelraum ist eine gute Verstärkung der vier kleinen republikanischen Flaggen auf den Ecktürmen des Hauses. Es muß jede Gelegenheit benutzt werden, um den nationalistischen Reichsverderbern zu zeigen, daß es bedeutungslos ist, wenn die „Deutsche Tageszeitung“ im Anschluß an das Urteil des Oberverwaltungsgerichts (Rendez-vous allzuvieler aus den Ministerien abgeschobener reaktionärer Beamten) jubelte, daß allerdings die alte Reichsflagge dauernden Schutz zu fordern habe, weil sie „Gemeingut aller derer sei, die in trauriger Gegenwart aus glanz- und kraftvoller Vergangenheit Hoffnung auf eine glückliche Zukunft schöpfen“. Für die Republik ist Schwarz-Weiß-Rot die Farbe des Aufruhrs und der Sabotage. Darum eben muß jede Gelegenheit benutzt werden, um die Köpfe der Rebellen unter das republikanische Wahrzeichen zu beugen. Kein öffentlicher Akt der Republik darf geschehen — es sei denn im Zeichen der geltenden Farben. Hier hat der Reichskunstwart einiges besorgt und noch mehr zu besorgen. Verfassungsfeier, Protestveranstaltungen, Totenehrung: alles im Zeichen von Schwarz-Rot-Gold. Wen's stört, soll draußen bleiben, soll aber auch möglichst schnell seinem Amt den Rücken kehren.

Es wäre zu prüfen, ob nicht, wie in Frankreich, die Funktion maßgebender Beamter durch Amtsschärpe gesichert werden sollte.

Vielleicht würden die nationalistischen Heldenbrüste vor solch entehrender Bekleidung zurückschrecken. Es bliebe zu prüfen, ob nicht die Bezeichnung „Reichswehr“ durch eine die Republik nennende Bezeichnung zu ersetzen sei. Eine „republikanische Garde“ wäre vielleicht auch nichts Schlechtes. Damit Offizieren und Mannschaften jegliche Illusion, kaiserlicher Ersatz zu sein, genommen werde. Es wäre schließlich zu prüfen, ob nicht überhaupt die Bezeichnung „Deutsches Reich“ ins Republikanische geändert werden müßte. Was freilich voraussetzte, daß die Kanzler und Minister das Wort „Republik“ ohne Stottern auszusprechen vermöchten. Nichts wird jedenfalls der Republik mehr nutzen, als wenn sie ohne Nachsicht alles, was von ihr Geld nimmt und ihr zu dienen vorgibt, auch dazu zwingt, in jedem Augenblick sich daran zu erinnern, daß eben sie, die Republik, die Dienstgeberin ist. Wen's stört, der gehe.

## II.

Die Umschichtung der Beamten, die Durchsetzung der reaktionären Kohorten mit Republikanern wird mehr als die Pest gefürchtet. Darum eben muß solche Arbeit rücksichtslos durchgeführt werden. Der Ansturm der preußischen Nationalisten gegen Severing war kennzeichnend. Sie hassen ihn, weil er die Verwaltung zu reinigen beginnt und wenigstens einigermaßen ein vernünftiges Verhältnis zwischen dem politischen Bekenntnis der Beamten und dem politischen Wollen und Wünschen der zu verwaltenden Bevölkerung herzustellen versucht. Maßstab solcher Reform wäre eine Statistik über die politische Zugehörigkeit der Beamten, wobei das Ergebnis solcher Statistik verglichen werden müßte mit den letzten Wahlziffern. Den Schwindel von der unpolitischen Verwaltung, dem unpolitischen Beamten wollen wir uns nicht mehr vormachen lassen. Wie solch eine vergleichende Statistik im kaiserlichen Deutschland ausgesehen hätte, darüber dürfte kein Zweifel bestehen. Die Demokratie wird noch lange zu warten haben, ehe ihr berechtigter Anspruch für die Beamenschaft der Republik erfüllt sein wird. Und dabei wäre es nicht einmal undemokratisch, zunächst auch hier weniger vielfach mißbrauchtes Recht, als vielmehr ungenutzte Macht walten zu lassen.

Die schlagflüssige Frechheit, mit der Herr Baecker gegen den preußischen Innenminister johlte, bewies, wie empfindlich die Reinigung des Beamtenkörpers von der nationalistischen Unredlichkeit empfunden wird. Die Herren wollen immer noch nicht einsehen, daß sie überflüssig geworden sind und für nichts überflüssiger als für die Fortführung des Ruhrkampfes, und für nichts störender und belastender als für den Einheitswillen des deutschen Volkes. Sie wollen nicht die Republik; so sollen sie draußen bleiben. Ihnen gegenüber kann die Republik nicht stachlig, nicht rücksichtslos, nicht genug Ruten und Beile sein.

## III.

Die Republik ist auf das Recht gebaut. Aber die Frondeure wollen solch Recht weder anerkennen, noch wollen sie sich mit der Wahrnehmung berechtigter Ansprüche begnügen. Sie wollen die Macht, mit welchem Mittel auch immer, wenn es sein muß, auch durch Terror. Der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Dr. Alexander Graf zu Dohna hat in Heidelberg bei der Reichsgründungsfeier der Universität eine Festrede gehalten: die Revolution als Rechtsbruch und Rechtsschöpfung. Der Graf legt dar, wie neues Recht durch den schöpferischen Akt neuer Machtverteilung entstehen kann und entstanden ist. Eine Selbstverständlichkeit im Wandel der geschichtlichen Entwicklung. Die „Kreuzzeitung“ der Preußen hat gegen den Grafen den Bann geworfen: die Monarchisten wollen das Recht der Republik nicht gelten lassen. Die Republik wird ihnen darum zeigen müssen, wie Recht Macht wird. Mit falscher Milde und falsch gewährter Freiheit kann in solchen Zeiten nicht regiert werden.

## IV.

Aber auch nicht durch bloßes Zuschauen und Gewährenlassen, nicht durch Verhindern, sondern durch schöpferische Tat. Es ist gewiß bemerkenswert, daß es den sozialistischen Parteien des Reichstags gelungen ist, das Gesetz zum Schutz nationalistischer Versammlungen fürs erste durch Geschäftsordnungstricks abzudrosseln. Aber es genügt nicht, wenn die Partei, auf der vor allem die Republik gegründet ist, sich in der Abwehr befindet, sich in der Abwehr hält. Was Severing in Preußen tut, ist jedenfalls mehr, als was durch solche Abwehrtaktik im Reich gewonnen worden ist. Es ist etwas viel Resignation, wenn der „Vorwärts“ im Hinblick auf das, was die Rede Curzons fordert, schreibt: „Die deutsche Sozialdemokratie muß es sich vorbehalten, das taktische Vorgehen der deutschen Regierung kritisch zu würdigen. Aber auf alle Fälle würde eine Regierung, die überhaupt keine Verhandlungsbereitschaft zeigte, härter zu verurteilen sein als eine andere, deren Vorschläge mit mehr oder weniger Recht als ungeschickt oder unvollständig bezeichnet werden könnten.“ Der zensierende Schulmeister ist gewiß ein ehrenvoller Beruf. Von einer Millionenpartei aber, von einer Partei, deren Vorhandensein mit dem Vorhandensein der Republik sich deckt, muß man nach außen wie von innen mehr verlangen als nur achtsames Bakelschwingen.

## V.

Die französische Revolution hatte mancherlei Symbole geschaffen und aus solchen Symbolen für ihre Sicherung und ihren

Ausbau mancherlei Kraft gezogen: Jakobiner, Sansculotten, Mar-seillaise, Guillotine. Die deutsche Republik hat bisher in solchem Zusammenhang nur die Flagge Schwarz-Rot-Gold hervorgebracht. Flaggen aber sind nicht nur dazu da, daß sie gezeigt, sondern vor allem dafür, daß sie vorangetragen werden.

---

KURT HEINIG:

## „Stabilisierungs“-Pleite.

**D**IE wirtschaftlichen Reformideen, die das Kabinett Schmidt-Wirth hatte, blieben dank der Herren vom diskontierten Wechsel und der Devisen nichts weiter als Denkschriften und Gesetzentwürfe. Dem Kabinett Becker-Cuno ist es umgekehrt gegangen. Ideenarmut ist sein Charakteristikum, deswegen ging es hin und borgte sich eine. So erblickte die sogenannte Stabilisierung der Mark das Licht der Welt. Für „regierungsseitige“ Verwertung geborgter Ideen haben unsere Finanz und unsere Industrie manchmal verschiedenes übrig, zumal dann, wenn sie sich an ihr verwässernd — wie bei der geliehenen Mark — betätigen können. Die Goldschatzanleihe, auch eine der dem früheren Kabinett getöteten Ideen, an der man Cuno und Havenstein mit Dollarnoten galvanische Experimente machen ließ, liefert den bündigen Beweis dafür.

Stellen wir die Begriffe, die vielen im Kopf auf der Nase herumtanzen, wieder auf die Beine. Das, was eine Reihe von Wochen durch die Reichsbank mit der Mark versucht wurde, das war keine Stabilisierung, sondern der Versuch einer Regulierung des Markkurses. Für die Währungsgeschichte ist die Verwechslung jener beiden Tatbestände nichts Neues. Es sei daran erinnert, daß die argentinische Regierung in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts auch einmal versucht hat, die drohende Verschlechterung des überdies schon sanierten Pesos zu verhindern. Sie benutzte keine eigenen Goldreserven, sondern europäische Kredite. Die Geschäftsleute benutzten aber die günstige Gelegenheit, die ihnen die Regierung bot, um sich noch rechtzeitig aus dem Peso davon zu machen. Ähnliche Erfahrungen hat überdies Italien gemacht. Derlei Versuche einer „künstlichen“ Stabilisierung aus dem Geldsack heraus müssen sich notwendigerweise gegen den Stabilisator wenden, wenn er nicht so viel Reserven zur Verfügung hat, daß er jedem Ansturm gewachsen ist. Hat ein Land aber so viel Reserven, dann braucht seine Valuta nicht stabilisiert zu werden!

\*

Die internationalen Finanzsachverständigen, die von unserer Regierung eingeladen waren, um die Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands zu untersuchen, erstatteten am 8. November 1922 ihr Gutachten. Sie faßten ihre Auffassung über die Stabilisierung so zusammen:

„Auf die Frage, ob die Stabilisierung unter den gegenwärtigen Umständen möglich ist, antworten wir: Nein. Erstens aus inneren Gründen, vornehmlich den Wirkungen der Finanzpolitik des Deutschen Reiches in der Kriegs- und Nachkriegszeit; zweitens aus äußeren Gründen, insbesondere wegen der Lasten aus dem Versailler Vertrag.

In bezug auf die äußeren Lasten glauben wir, daß, solange Deutschland nicht für einige Zeit von den Zahlungen aus dem Versailler Vertrag entlastet wird, jeder Versuch zur Stabilisierung der Mark scheitern und zur nutzlosen Vergeudung der letzten Reserven Deutschlands führen würde.“

Das Gutachten des Reichswirtschaftsrates zur Währungsfrage, das zwischen eigentlicher Stabilisierung und Regulierung des Marktkurses unterscheidet, betonte ebenso wie das Gutachten der internationalen Finanzsachverständigen, daß die Voraussetzung für ein Vorgehen in jener Richtung eine Neuregelung der Reparationsverpflichtungen sei.

Die beiden erwähnten Gutachten kristallisierten sich in einer deutschen Note an die Reparationskommission, die am 14. November 1922 abgesandt wurde. In ihr wird betont, daß die Vorschläge auf Grund der mit der Reichsbank geführten und zum Abschluß gebrachten Verhandlungen formuliert seien. Zur Hebung und Festigung des Markkurses wird eine endgültige Stabilisierung vorgeschlagen. Da aber angesichts der eingetretenen Zerrüttung der Mark auf eine solche Regelung nicht mehr gewartet werden könne, sei sofort eine vorläufige Aktion notwendig. Es heißt dann weiter:

„Eine solche vorläufige Aktion kann, wie die bisherigen Erfahrungen gezeigt haben, nicht allein mit deutschen Kräften geschehen. Um das verloren gegangene Vertrauen zur Mark wiederherzustellen, ist eine Mitwirkung des Auslandes notwendig.“

Es wird dann gesagt, daß die Reichsbank bereit sei, einen Betrag von fünfhundert Millionen Goldmark in Gold oder Devisen für die Stützungsaktion zur Verfügung zu stellen, wenn die Entente verschiedene Voraussetzungen — Moratorium, fünfhundert Millionen Goldmark Stützungskredit — erfülle.



Die französisch-belgische Ruhraktion warf alle Pläne über den Haufen, die Regierung Cuno mußte für die Mark etwas tun. Sie zerhackte in ihrer Not die Gutachten und ihre eigenen Erkenntnisse, dann griff sie hastig mit verschlossenen Augen in die Trümmer. Sie erwischte als die von ihr zu erfüllenden dringendsten Aufgaben die Auflegung einer Dollarschatzanleihe und das, was man in weitesten Kreisen fälschlich die Stabilisierung der Mark genannt hat.

Die Besitzer hochwertiger Devisen haben mit Begeisterung für die Ruhrhilfe gezeichnet — in deutscher Mark —, die englischen Pfunde und die Dollar hat man lieber behalten. Das Resultat der Pulversammlung fiel entsprechend aus. Helfferich ist im Reichstag energisch dafür eingetreten, daß die Reichsbank ihr Gold verpulvert, natürlich im Interesse des Vaterlandes. Als Havenstein begann, den Dollarkurs zu werfen und ihn dann zu fesseln, da schossen die berühmten deutschen Illusionen wie Pilze aus der Erde. Die Oeffentlichkeit sah ja nicht, daß aus privaten Händen stets weniger Devisen auf den Markt kamen und daß zuletzt die Reichsbank fast den gesamten Bedarf aus ihrem eigenen Devisenbesitz decken mußte. Man hat ihr nachgerechnet, daß sie wochenlang täglich eine halbe bis dreiviertel Millionen Pfund Sterling auf den Markt warf. Am 18. April betrug der Devisenbedarf 1,5 Millionen Pfund Sterling. Durch die künstliche Regulierung des Markkurses wurde Berlins Börse die Grenadierstraße der Welt. Das haben sich unsere Industriellen und ihre finanziellen Freunde nicht zweimal sagen lassen. Wieviel Gewissenlosigkeit muß Erfolge davongetragen haben, wenn Havenstein in der Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank seine Niederlage verbittert in die Welt hinausstreit und anschuldigt: Sonderinteressen wagten es, zum Schaden des Ganzen und unbekümmert um das Wohl des Ganzen, ihre eigenen Interessen wahrzunehmen . . . Das Kernstück seiner Anklage muß wörtlich zitiert werden:

„Wir haben aber auch mit tiefem Bedauern und mit ernster Sorge wahrnehmen müssen, daß nicht nur jene Tagesspekulation ihren eigenen Acker pflügte, sondern daß in dieser Zeit des schwersten Ringens Deutschlands auch ernste Kreise unserer Wirtschaft das Recht zu haben glaubten, sich nicht nur für den zwingenden Bedarf einer nahen Zukunft, sondern auch weiterhin auf Vorrat oder für Devisen, die sie abgestoßen hatten, mit großen Beträgen einzudecken, und selbst vor Konzernaufträgen nicht zurückschreckten.“

Es ist selbstverständlich, daß bei denjenigen, die von der Reichsbank billig Devisen gekauft haben, sich auch Stinnes befindet.

Die „Stabilisierungs“-Pleite war am ersten Tage natürlich nur eine Aenderung der Taktik der Reichsbank. Das „starre“ Prinzip sollte durch eine „beweglichere“ Methode abgelöst worden sein. Es fehlte nur noch, daß der „Lokal-Anzeiger“ schrieb, die Reichsbank habe sich „unbemerkt vom Feind gelöst und in der neu ausgebauten Siegfriedstellung die Front verkürzt“. Dafür hat er aber geschrieben, daß das Ausland, die bösen Feinde, deutsche Mark Havenstein an den Kopf geschleudert hätten und daß natürlich auch die Spione in Deutschland Schwäche verbreitet hätten. Gegenüber diesem Unsinn strahlt die Ehrlichkeit der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ in hellem Licht, schrieb sie doch, daß eine weitere Steigerung des Markkurses für unsere Wirtschaft eine unerträgliche Belastung bedeuten würde. Der Drang mächtiger Kreise nach dem Abbau des 21 000 Mark-Dollars unterstreicht das.

Die Reichsbank will weiter kämpfen, d. h., es wird jetzt erst recht niemand mehr zum Dollarstand Zutrauen haben. Die Reichsbank befindet sich im Stabilisierungs-Moratorium. Die Reichsregierung hat im ersten Schrecken eine ganze Menge Maßnahmen angekündigt; vielleicht kommt auch die eine oder die andere. Sie stammen wohl sämtlich aus den alten Akten des Reichswirtschaftsministeriums. Ueberdies ist schon erklärt worden, daß man im April nur zwei Billionen neue Papierzettel in den Verkehr zu setzen denke und nicht deren drei, wie im März.

Wie immer, wenn es uns schlecht geht, sprechen die Leute von der unbedingt notwendigen Auslandsanleihe. Die oben erwähnten Gutachten stimmen aber darin überein, daß wir, bevor wir nicht im Inland in unseren Finanzen selbst Ordnung gemacht haben, sie nicht bekommen werden. Man wird bei uns weiter Steuerpolitik machen, ohne daß jemand das Steuer der Politik für Herrn Cuno, der alle Hände voll zu tun hat, in den richtigen Kurs bringt. Sehr mächtige Kapitalkräfte haben ihm eben erst bewiesen, daß er nicht steuern darf, ihm soll die Kapitänsmütze genügen. Erfreulich ist das nicht. Wir können deswegen nur an das alte Sprichwort erinnern — es ist etwas abgewandelt —: Verhandele, solange du noch Devisen hast! Sollten sie nicht zureichen, was nicht unwahrscheinlich ist, dann muß die Substanz des in Privathand befindlichen Vermögens Deutschlands zugunsten der Allgemeinheit zum mindesten hypothekarisch belastet werden. Es wird Zeit.



ALFRED v. WEGERER:

## Das Extrablatt des „Lokal-Anzeigers“.

Eine Antwort auf Eduard Bernsteins Artikel in Nr. 40 der „Glocke“.

**E**DUARD Bernstein schreibt: „Da brachte in der Mittagsstunde dieses Tages ein Extrablatt des offiziellen „Berliner Lokal-Anzeigers“ die Meldung, die deutsche Regierung habe die allgemeine Mobilmachung verfügt. Die Wirkung dieser Meldung war überaus verhängnisvoll. Sie ward vom Telegraphen sofort in alle Welt hinaus verbreitet, und mit ganz besonderer Raschheit erreichte sie St. Petersburg und hatte dort die Wirkung, daß noch am gleichen Nachmittag Nikolaus II. einen Ukas unterzeichnete, der die allgemeine Mobilmachung anordnete.“

Das Extrablatt des „Lokal-Anzeigers“ hat auf die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung keinen Einfluß ausgeübt und ist die Auffassung Eduard Bernsteins falsch.

Die Beweise hierfür sind in zahlreichen Aufsätzen und Artikeln erbracht worden, welche wir in der Fußnote anführen<sup>1)</sup>. Abgesehen hiervon möchten wir Eduard Bernstein und die Leser der „Glocke“ noch auf eine Mitteilung des Generals Dobrorolski, des Chefs der russischen Mobilmachungsabteilung bei Kriegsausbruch, aufmerksam machen, welcher auf eine ihm vorgelegte Frage betr. die Lokalanzeiger-Affäre in folgender Weise geantwortet hat:

„Frage: Hat die Falschmeldung des ‚Lokal-Anzeigers‘ irgendwelchen Einfluß auf die Anordnung der allgemeinen russischen Mobilmachung am 30. Juli ausgeübt?“

A n t w o r t: Die Falschmeldung des ‚Lokal-Anzeigers‘ hatte keinen unmittelbaren Einfluß auf den Mobilmachungsbefehl, da sie zeitlich in Petersburg später bekannt wurde. Als aber diese Mitteilung eintraf, rief sie unter uns im Stabe einen starken Eindruck hervor, und man wollte sogar dem Dementi nicht glauben. In der Meldung des ‚Lokal-Anzeigers‘ erblickte man eine Bestätigung der Richtigkeit der von der russischen Regierung getroffenen Entscheidung.“

Eduard Bernstein wird hiernach ohne weiteres zugeben müssen, daß die Falschmeldung also nicht die „Wirkung“ hatte, daß Nikolaus II. durch einen Ukas die allgemeine Mobilmachung anordnete.

<sup>1)</sup> Denkschrift des Parlamentarischen Untersuchungs-Ausschusses, 1. Unterausschuß, Neubearbeitung des Sachverständigen Graf Max Montgelas „Die allgemeine russische Mobilmachung 1914“, S. 40. — „Deutsche Rundschau“, Mai 1922, Graf Max Montgelas „Der Zusammenbruch der Ententelegende über die russische allgemeine Mobilmachung“. — „Deutsche Rundschau“, Juli 1922, Graf Max Montgelas „Der 30. Juli 1914 in Petersburg“. — „Die Grenzboten“, 6. Mai 1922, Alfred v. Wegerer, „Die verfrühten deutschen Mobilmachungsmeldungen und die russische Mobilmachung. Neue Beiträge zur Kriegsschuldfrage“. — „Der Tag“ (rot), 17. August 1922, „Zur Kammerrede Vivianis vom 5. Juli“ von Alfred v. Wegerer.

Was den folgenden Satz Eduard Bernsteins anbelangt: „Die sehr viel später nach Petersburg gelangte Nachricht vom Widerruf der Meldung des „Lokal-Anzeigers“ konnte an dem Beschluß nichts mehr ändern, zumal die Vermutung nahelag, daß der Widerruf nur formell war, der ersten Meldung aber Realität zugrunde lag“, so ist dem entgegenzuhalten:

1. Eine Aeußerung des Generals Dobrorolski, wonach die russische allgemeine Mobilmachung nicht später als 2 Uhr nachmittags befohlen worden ist. Dobrorolski sagt wörtlich: „Ich habe den Gerichtsbericht über den Suchomlinow-Prozeß nicht gelesen, da ich zu dieser Zeit an der Front war, und bin der Ansicht, daß die in diesem Bericht erwähnte Sitzung im Palais am 17./30. Juli, 4½ Uhr nachmittags, über die allgemeine Mobilmachung irrtümlich angegeben ist. Ich bestätige erneut und in kategorischer Weise, wie es auch in meinem Artikel gedruckt steht<sup>2)</sup>, daß die Frage der allgemeinen Mobilmachung vom Kaiser endgültig in Alexandria entschieden wurde (Der Kaiser war während dieser Tage nicht in Petersburg), am 17./30. Juli nicht später als 2 Uhr nachmittags, da ich um diese Zeit von Januschewitsch den Befehl erhielt, unverzüglich sein neues Mobilmachungstelegramm zwecks Unterzeichnung durch die drei Minister abzufassen und mich im Automobil mit Januschewitsch ins Marienpalais begab, um die Unterschrift der Minister zu erlangen, die zu dieser Zeit dort im Ministerrat unter dem Präsidium Goremykins tagten.“

2. Ueber die Falschmeldung und die Widerrufstelegramme sagt Montgelas auf Grund wirklich erschöpfender Untersuchungen folgendes: „Die Meldung über das falsche Gerücht der deutschen Mobilmachung ist, wie im Maiheft der ‚Deutschen Rundschau‘ dokumentarisch nachgewiesen, in Petersburg erst lange nach dem Abtelegraphieren des Mobilmachungsbefehls eingetroffen. Die beiden über Warschau geleiteten Widerrufe sind wahrscheinlich vor der irrigen Meldung angekommen, jedoch auch erst nach gefallener Entscheidung; und wenn sie vor der Entscheidung gekommen wären, so würde das nur günstig gewesen sein<sup>3)</sup>.“

3. Die Behauptung Eduard Bernsteins, daß die Widerrufsmeldung des „Lokal-Anzeigers“ an dem Beschluß nichts mehr hätte ändern können, ist rein sachlich unzutreffend, weil die Lokalanzeiger-Meldung gar nicht die Ursache für die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung gewesen ist. Die Gründe für die allgemeine russische Mobilmachung, in Abänderung der Teilmobilmachung, sind fast ausschließlich militärische gewesen, welche durch

<sup>2)</sup> „Die Mobilmachung der russischen Armee 1914“, Beiträge zur Schulfrage, Heft 1, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1922.

<sup>3)</sup> „Deutsche Rundschau“, Juli 1922, S. 3 unten.

Dobrorolski in der bereits angeführten Schrift auch für den Laien in klar verständlicher Weise auseinandergesetzt sind.

Was den folgenden Satz anbelangt: „Erst am späten Abend wurde Nikolaus II. wankelmütig und versuchte, die ergangene Verfügung rückgängig zu machen. Er stieß dabei auf den Widerstand des Kriegsministers Suchomlinow und des Generalstabschefs Januschkewitsch, die ihm zunächst entgegenhielten, die Verfügung sei bereits an die Truppenleitungen weitergegeben, ein Einhaltsbefehl drohe daher einen Wirrwarr anzurichten, der im Ernstfall katastrophale Wirkungen haben könne, dann aber, als er auf seinem Verlangen beharrte, ihm scheinbar nachgaben, tatsächlich aber den Dingen ihren Lauf ließen“, ist dies ein Vorgang, der sich nicht am 30. Juli, sondern am 29. abgespielt hat. Hier liegt also ein fundamentaler Irrtum Eduard Bernsteins vor.

Im übrigen stehen wir auf demselben Standpunkt wie Eduard Bernstein, daß es ein „Recht auf Wahrheit“ gibt und „das Vorrecht auf Lüge“ nicht anerkannt werden kann, möchten aber hinzufügen, daß wir auch Irrtümern, vor allem, wenn sie das eigene, schwer leidende Volk schädigen, nicht das Vorrecht zubilligen können, in öffentlichen Zeitschriften verbreitet zu werden.

\*

## Vorläufige Antwort

von Eduard Bernstein.

Diese Antwort ist eine vorläufige, weil die durch den Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet geschaffene politische Situation die Empfänglichkeit der öffentlichen Meinung in Deutschland für diejenige Feststellung, auf die es mir bei Abfassung meines Artikels hauptsächlich ankam, zu sehr abgeschwächt hat, als daß von einer Verfolgung des Gegenstandes nach dieser Richtung hin zurzeit irgend etwas Ersprießliches gewärtigt werden könnte. Die Leser der „Glocke“ werden das verstehen und es nicht für ungut nehmen, wenn ich die Erörterung der persönlichen Verantwortung in dieser Angelegenheit auf einen passenderen Zeitpunkt vertage.

Für diesmal also nur so viel:

Es sind in bezug auf das Extrablatt des „Lokal-Anzeigers“ vom 30. Juli 1914 zwei Fragen zu unterscheiden. Nämlich:

1. War mit der Abfassung und Herausgabe dieses Extrablattes ein auf die Gestaltung der Frage Krieg oder Frieden bezüglicher bestimmter politischer Zweck verbunden?
2. Hat es diesen Zweck erfüllt?

Es liegt auf der Hand, daß, selbst wenn die Antwort auf die zweite Frage verneinend ausfallen müßte, damit die erste noch keineswegs erledigt oder gegenstandslos geworden ist. Für mich ist sie im

Gegenteil die wichtigere Frage. Da aber Herr v. Wegerer sich nur mit der zweiten beschäftigt, kann sich meine Antwort hier auf die Prüfung seiner Beweisführung für das Nein beschränken, mit dem er die Frage beantworten zu können glaubt. Seine Beweisführung stützt sich auf den von ihm zitierten Satz aus der Abhandlung des russischen Generals Dobrorolski über das Zustandekommen der russischen allgemeinen Mobilmachung von 1914, und wenn nur der Akt in Frage käme, auf den jener Satz sich bezieht, nämlich der mündliche Befehl, den der Chef des russischen Generalstabs, Januschkiewitsch, am 30. Juli um die Mittagsstunde Dobrorolski durch Fernspruch übermittelt hat, dann wäre in der Tat der Beweis für die Unmöglichkeit erbracht, daß das Extrablatt des „Lokal-Anzeigers“ auf das, was in dieser Sache in Petersburg sich abgespielt hat, einen Einfluß ausüben konnte. Aber das ist eben nicht der Fall. Mein angefochtener Artikel spricht ausdrücklich von dem Ukas Nikolaus' II. über die allgemeine Mobilmachung, und diesen Ukas, der die Mobilmachung erst öffentlich bekanntgab, hat notorisch der Feldmarschall Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch dem Zaren erst am Nachmittag des 30. Juli gegen 5 Uhr abgenötigt, also zu einer Zeit, wo die Meldung des „Lokal-Anzeigers“ ganz gut schon nach Petersburg gelangt sein konnte.

Nun will ich nicht verschweigen, daß General Graf Montgelas, der sich speziell mit der Frage der russischen Mobilmachung befaßt hat, mit großer Emphase feststellt, daß das Telegramm der russischen Gesandtschaft in Berlin, das die Meldung des „Lokal-Anzeigers“ nach Petersburg berichtete, dort erst am Abend des 30. Juli eingetroffen ist. Das sei unbestritten, kann aber nur denjenigen beirren, der da glaubt, daß man in Petersburg für die Unterrichtung über das, was in Berlin vor sich ging, auf diese quasi offiziellen Meldungen der Gesandtschaft beschränkt war.

Wie wenig das jedoch der Fall war, erhellt eben aus der Schrift Dobrorolskis. Wie dieser erzählt, kündigte ihm am 30. Juli Januschkiewitsch um 11 Uhr vormittags an, es sei „Hoffnung auf Besserung der Situation“ vorhanden, um 1 Uhr mittags aber habe Sasonow dem Januschkiewitsch durch Fernspruch mitgeteilt, der Zar habe „auf Grund der letzten Nachrichten aus Berlin“ die allgemeine Mobilmachung für notwendig erachtet, und ihn aufgefordert, nun seine Befehle ergehen zu lassen, und alsdann für den ganzen Tag zu verschwinden. Was aber, wie aus der weiteren Erzählung Dobrorolskis hervorgeht, Januschkiewitsch nicht getan hat, sondern mit Dobrorolski in den Marienpalast gefahren ist, wo eine außerordentliche Sitzung des Ministerrats stattfand.

Dies beiläufig. Die Frage, die für den vorliegenden Streitfall von Belang ist, lautet dahin, was das für „letzte Nachrichten aus Berlin“ gewesen sein können, die den Stimmungswandel Nikolaus II. herbeiführten. Und da ist die Folgerung kaum abzuweisen, daß

es Meldungen über den Druck der Spitzen von Heer und Flotte auf Wilhelm II. gewesen sein müssen, von dem deren Echo „Junius alter“ triumphierend erzählt, daß er am Vormittag des 30. Juli zu dem Ergebnis geführt habe, den das Extrablatt des „Lokal-Anzeigers“ bekanntgab. Ein anderer Faktor, der so schnell die von Sasonow um 11 Uhr vormittags gemeldete Verbesserung der Situation verschwinden machte, ist nicht gut denkbar.

Ich wiederhole, diese Verbesserung war zweifelsohne das Ergebnis des Schrittes gewesen, zu dem Bethmann Hollweg am 29. Juli sich entschlossen hatte. Man weiß, nach welcher Kreise Ansicht dieser Schritt verdammenswert war. Und nun lese man den Text jenes Extrablatts selbst und beantworte sich dann die Frage, ob seiner Abfassung ein besonderer Zweck zugrunde gelegen haben muß oder nicht. Er lautet nämlich:

„Donnerstag, den 30. Juli 1914.

#### **Mobilmachung in Deutschland.**

Die Entscheidung ist gefallen, gefallen in dem Sinne, wie es nach den Nachrichten der letzten Stunde erwartet werden mußte. Wie wir erfahren, hat Kaiser Wilhelm soeben die sofortige Mobilisierung des deutschen Heeres und der deutschen Flotte angeordnet.

Der Schritt Deutschlands ist die notgedrungene Antwort auf die drohenden kriegerischen Vorbereitungen Rußlands, die sich nach Lage der Dinge gegen uns nicht minder wie gegen unsern Bundesgenossen Oesterreich-Ungarn richten.“

Das ist keine einfache Mitteilung einer Tatsache, sondern eine offenbar wohlüberlegte politische Kommentierung.

Dr. R. v. UNGERN-STERBERG:

## **Die Wirtschaftslage in Frankreich.**

Gegenwärtig werden die wirtschaftlichen Verhältnisse in Frankreich vor allem gekennzeichnet durch eine Zunahme der Ausstände in zahlreichen Gewerbezweigen. Die Arbeitsniederlegungen sind eine Folgeerscheinung der gegen das Vorjahr gewachsenen Lebenshaltungskosten und der starken Herabsetzung (20—25%), welche die Löhne im Laufe des Jahres 1922 erfahren haben, und werden außerdem begünstigt durch die gute Konjunktur auf fast sämtlichen Gebieten.

Die Großhandelspreise sind dem Index nach (1901/10 = 100) von 362\*) Ende Dezember 1922 auf 487,6 Ende Februar und auf 490,2 zu Ende März gestiegen. Diese Steigerung, die für den März übrigens recht unbedeutend ist, bezieht sich fast ausschließlich auf industrielle Rohstoffe, die durchschnittlich eine Erhöhung von 505,7 auf 515,8 auf-

\*) Die Zahlenangaben sind der „Journée Industrielle“ entnommen.

weisen. Von den industriellen Rohstoffen zeigen die Mineralien und Metalle im Laufe des März verhältnismäßig die stärkste Steigerung, nämlich von 478,2 auf 510,9. Gegen die Vorkriegszeit weisen die Textilien die größte Erhöhung auf, denn der Index zeigt Ende Februar 646,5, sank aber allerdings Ende März auf 632,7. Die Auswirkungen dieser Aufwärtsbewegung der Großhandelspreise auf die Preise im Kleinhandel ist bisher nur eine geringe. Gegen 1918 belief sich diese Steigerung der Kleinhandelspreise für Lebensmittel in Paris im Februar auf 216%, und im März auf 221% im Vergleich zu 1914. Die allgemeinen Lebenshaltungskosten weisen in Paris im ersten Vierteljahr 1923 gegen das letzte Vierteljahr 1922 eine Steigerung von nur 8% auf. Die von der Teuerungskommission in Paris festgesetzte Indexzahl betrug für das erste Vierteljahr 1923 324 gegen 300 im letzten Vierteljahr 1922. In anderen Städten ist die Steigerung eine geringere. Zudem kann man mit einiger Sicherheit annehmen, daß gegenwärtig das Anwachsen der Preise mehr oder weniger seinen Höhepunkt erreicht hat, denn, was die meisten Lebensmittel betrifft, so bewirkt die gegenwärtige Jahreszeit in der Regel eine wesentliche Preissenkung, und ferner hat das in den letzten Wochen zu beobachtende Ansteigen des Frankenkurses eine gewisse preissenkende Wirkung bereits auf die meisten Importwaren ausgeübt. Hinzu kommt noch, daß die Regierung Maßnahmen ergriffen hat, um die Ausfuhr von Fleisch zu unterbinden und damit auf die inländischen Fleischpreise eine mäßige Wirkung auszuüben.

Trotz dieser verhältnismäßig nicht bedeutenden Steigerung der Lebenshaltungskosten haben die fortgesetzten Lohnkürzungen, die, wie gesagt, im Laufe des Jahres 1922 erfolgt waren, das Einkommen der Arbeiter und Angestellten so stark herabgedrückt, daß die Erhöhung der Lebensmittelkosten im ersten Viertel des laufenden Jahres die Lebenshaltung stark zu beeinträchtigen begannen, was das Umsichgreifen von Lohnforderungen und Arbeitseinstellungen zur Folge hatte.

In größerem Umfange setzte die Ausstandsbewegung ein mit dem Streik der Bergarbeiter im Saargebiet, Lothringen und in einer Reihe von Zechen Nord- und Mittelfrankreichs. In Lothringen hat der Streik ganze acht Wochen gedauert, ist aber Anfang April, wie es scheint, ergebnislos abgebrochen worden. Im Saargebiet ist der Ausstand noch nicht ganz beigelegt, man kann aber mit Bestimmtheit voraussehen, daß seine Liquidierung in nächster Zeit erfolgen wird, ohne für die Arbeiterschaft ein positives Ergebnis gezeitigt zu haben. Im Norden und im Zentrum Frankreichs haben die Ausstände nur einige Tage gewährt und sind infolge ganz unzulänglicher Vorbereitung unvermittelt und ergebnislos abgebrochen worden. Der Bergarbeiterstreik wird gegenwärtig abgelöst durch den Ausstand von etwa 30 000 Arbeitern der französischen Textilindustrie im Norden des Landes. Der Ausstand ist herbeigeführt worden durch unbefriedigte Lohnforderungen, und es ist anzunehmen, daß sich der Kampf weiter ausdehnen



und sehr heftige Formen annehmen wird, da die Unternehmerschaft einmütig erklärt hat, keinesfalls auch nur im geringsten nachzugeben, und mit Aussperrungen droht.

Von Bedeutung ist ferner der Ausstand in der Pariser Damenkonfektion. Es geht hier erstens um eine Lohnerhöhung von 115 Frs. auf 150 Frs. die Woche für Vorarbeiterinnen und eine entsprechende Heraufsetzung der Lohnsätze für die übrige Arbeiterschaft; ferner um die Bewilligung eines Urlaubs von 8—14 Tagen nach zehinmonatiger bzw. zweiundzwanzigmonatiger Beschäftigung, und schließlich um die Verkürzung der Arbeitszeit am Samstag.

Auch in den sonstigen Gewerbezeigen fast aller größeren Städte Frankreichs hat sich die Ausstandsbewegung in den letzten Wochen erheblich verstärkt. Es handelt sich hierbei in der Regel um eine Erhöhung der Lohnsätze von 15—25% auf die gegenwärtig gezahlten Löhne. Ueber den Erfolg der vielen örtlichen Ausstände, zwischen denen gar kein organisatorischer Zusammenhang zu bestehen scheint, läßt sich kein klares Bild gewinnen. Ein großer Teil der Arbeitseinstellungen verläuft jedenfalls vollständig ergebnislos, und da, wo ein positives Ergebnis erreicht wird, sind Lohnerhöhungen von 5, höchstens 10% zu verzeichnen.

Selbst wenn die Streikbewegung in Frankreich größeren Umfang annehmen sollte, so würde das für die Gesamtlage der französischen Wirtschaft nicht von wesentlicher Bedeutung sein, denn man muß sich stets gegenwärtig halten, daß Frankreich vorwiegend ein Agrarstaat ist, in dem 60—70% der Bevölkerung mit Landwirtschaft, Gartenbau, Weinbau und Viehzucht beschäftigt sind, so daß die Verhältnisse in der Industrie nur von geringem Einfluß auf das Gedeihen der französischen Volkswirtschaft, als Ganzes betrachtet, sind. Auch in politischer Hinsicht muß man sich diesen Umstand stets vor Augen halten und berücksichtigen, daß zurzeit der größte Teil der französischen Bevölkerung dem politischen Getriebe gänzlich fernsteht und unbekümmert um alle politischen Ereignisse, die ihn nicht unmittelbar berühren, seinen alltäglichen Geschäften nachgeht. Wenn selbst infolge der Ausstände und der sonstigen durch die Ruhrinvasion verursachten Hemmungen des Wirtschaftslebens, auf die wir noch zu sprechen kommen, die Unzufriedenheit und Verdrossenheit zunehmen sollte, so müssen wir uns doch darüber klar sein, daß bei der großen politischen Indifferenz diese Unzufriedenheit sich nicht gegen die Regierung wenden, sondern von dieser wie bisher auf Deutschland abgelenkt werden wird mit der billigen Begründung, daß alle Mißstände daher rühren, daß Deutschland „nicht zahle“, und daß, solange der „böse Wille“ Deutschlands nicht gebrochen sei, auch keine Zahlungen zu erwarten seien.

Andererseits haben natürlich die französische Regierung sowie die hinter ihr stehenden Parteien des bloc-national den Wunsch, der Bevölkerung plausibel zu machen, daß ihr Vorgehen an der Ruhr das einzig Richtige und zum Ziele Führende ist, und es besteht für die

Regierung immerhin die Gefahr, daß eine offensichtliche wirtschaftliche Ergebnislosigkeit des Ruhrinbruchs weitere Kreise der Bevölkerung den Regierungsgegnern, also vor allem den radikalen, sozialistischen und kommunistischen Parteien zuführen wird. Aber auch in dieser Beziehung dürfen wir uns keinen Täuschungen hingeben, denn es unterliegt kaum einem Zweifel, daß in nächster Zeit eine sehr wesentliche Stärkung der oppositionellen Parteien nicht zu erwarten ist.

Wenn wir uns nach diesen Vorbehalten die Rückwirkungen der Ruhrinvasion auf die französische Wirtschaft vergegenwärtigen, so müssen wir vor allen Dingen feststellen, daß günstige Folgen, die doch ursprünglich in Aussicht gestellt wurden, überhaupt nicht zu verzeichnen sind. Ganz abgesehen von den großen Ausgaben, die der französische Fiskus zur Aufrechterhaltung der Ruhrpolitik zu machen genötigt ist und die zurzeit sich zahlenmäßig natürlich nicht abschätzen lassen, erwachsen der französischen Volkswirtschaft noch Schäden und Kosten mancherlei Art. So ist Frankreich erstens genötigt, Ersatz für die Reparationskohle, die nach wie vor in ganz unzulänglichen Mengen nach Frankreich gelangt, im Auslande zu beschaffen, was angesichts der Unstabilität des Frankenkurses sehr nachteilige Folgen hat und zeitweilig eine Erhöhung der Kokspreise auf fast das Doppelte nach sich gezogen hat.

Da Koks in ausreichender Menge und zu annehmbaren Preisen überhaupt nicht zu haben ist, weil die einheimischen Kokereien den Bedarf nicht annähernd befriedigen können, und der englische Koks viel zu teuer ist und Belgien überhaupt die Annahme weiterer Bestellungen ablehnt, so mußte der überwiegende Teil der französischen Hochöfen gedämpft oder ausgeblasen werden. Tatsächlich waren von den 116 Hochöfen, die Ende Dezember unter Feuer standen, Ende Februar nur noch 77 in Tätigkeit. Seitdem wird diese Zahl unverändert geblieben sein. Innerhalb der französischen Schwerindustrie besteht übrigens ein gewisser Gegensatz zwischen der westlichen Gruppe (Schneider-Creusot) und der östlichen (Bernard). Die westliche ist infolge der günstigeren geographischen Lage besser gestellt als die östliche, die fast ganz auf den Ruhrkoks angewiesen ist. Angaben über die gedämpften Hochöfen fehlen, aber zweifellos ist ihre Zahl eine sehr erhebliche. Infolgedessen mußte die Eisen- und Stahlindustrie ihre Erzeugung sehr stark einschränken, was natürlich auch auf die Fertigungindustrie einen hemmenden Einfluß ausübt.

Ferner ergeben sich Einbußen infolge des fast gänzlichen Abbruchs der Handelsbeziehungen mit Deutschland — ein Umstand, der durchaus nicht belanglos ist, denn Deutschland nahm im französischen Außenhandel 1922 nach England, den Vereinigten Staaten und Belgien die vierte Stelle ein. Die Besetzung und die Anstrengung, die die Franzosen hinsichtlich des Abtransports der Kohle und der Inbetriebhaltung der Eisenbahnen im Ruhrgebiet machen, entziehen der französischen Volkswirtschaft eine erhebliche Zahl hochqualifizierter Arbeitskräfte, wodurch

die Intensität der wirtschaftlichen Betätigung in Frankreich vermindert wird, da es an Arbeitskräften in Frankreich ohnehin mangelt. Und schließlich bleibt die französische Valuta trotz der in letzter Zeit eingetretenen Besserung noch immer hinter dem Stande, den sie vor der Invasion gehabt hat, zurück. Die Notierung der New Yorker Börse war am 10. Januar d. J. 6,91 für einen französischen Franken, und am 19. April 6,65, bei einer Parität von 19,29 Dollar für 100 Frs. Die Senkung beträgt demnach rund 65%. Dadurch entstehen beim Einkauf ausländischer Rohstoffe und Lebensmittel erhebliche Mehrkosten, deren Größe man daran abschätzen kann, daß Frankreich 1922 für 5,8 Milliarden Franken Lebensmittel und für 14,0 Milliarden industrielle Rohstoffe aus dem Auslande bezogen hat — Summen, die 83% des gesamten Einfuhrwertes ausmachten. Letzten Endes sind den Kosten der Ruhr-Expedition auch noch die Summen hinzuzurechnen, die der französische Staat ausgibt, um den Frankenkurs zu stützen. Die Größe dieser Aufwendungen bleibt natürlich Geheimnis der französischen Regierung.

Aber trotz aller dieser nachteiligen Begleiterscheinungen der Ruhrinvasion, deren Bedeutung für die Politik der französischen Regierung wir keinesfalls überschätzen dürfen, weist die französische Volkswirtschaft auch heute unverkennbare Anzeichen einer schnell fortschreitenden Prosperität auf. So zeigen die Eingänge der indirekten Steuern und der Erträge der Staatsmonopole für die ersten drei Monate des laufenden Jahres ein Mehrergebnis von 437 269 000 Frs. im Vergleich zur entsprechenden Zeit des Vorjahres und einen Ueberschuß von 249 145 000 Frs. gegen den Voranschlag. Im März d. J. sind allein an indirekten Steuern und Monopolerträgen um 11% mehr eingegangen als im März 1922 und um 10,6% mehr, als im Voranschlag berechnet war. Die Umsatzsteuer hat im März ebenfalls 10% mehr ergeben als der budgetäre Voranschlag. Die andern Steuern zeigen desgleichen eine zum Teil noch erheblichere Steigerung der Eingänge im Vergleich zum Vorjahr und zum Voranschlag, und nur die Zolleingänge bleiben um 17% hinter dem budgetären Voranschlag zurück und zeigen sogar gegen das Vorjahr eine Abnahme von 1%. Das ist die Folge des zeitweilig erheblichen Rückganges in der Einfuhr, der wiederum durch die zeitweilige starke Frankenbaisse zu erklären ist. Auch der französische Außenhandel zeigt in den ersten drei Monaten dieses Jahres eine sehr wesentliche Steigerung der Umsätze, die in der Einfuhr um 142 364 Tonnen und in der Ausfuhr sogar um 1,5 Millionen Tonnen gegen die entsprechenden Monate des Vorjahres gewachsen sind. Ebenso zeichnen sich auch die französischen Häfen durch einen gesteigerten Verkehr aus. So betrug die Gesamttonnage der ein- und ausgelaufenen Schiffe im Februar d. J. 2 661 900 gegen 2 429 700 im Monatsdurchschnitt des ersten Vierteljahrs 1922. Die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor verschwindend gering — sie beläuft sich zurzeit auf rund 2600 unterstützte Vollerwerbslose in ganz Frankreich. Der Geschäftsgang der meisten Gewerbezweige ist sehr befriedigend. Das Zeichnungsergebnis für die

kurzfristigen Anleihen des Staates (bons de Defense und bons du Tresor) ist ebenfalls günstig. Von einer ins Gewicht fallenden Inflation kann ebenfalls nicht die Rede sein. Kurz, die nachteiligen Rückwirkungen der Ruhrinvasion auf die französische Volkswirtschaft sind nur von geringem Belang. Eine reiche und in materieller Hinsicht gut fundierte Wirtschaft, wie es die französische ist, kann sich eben solche Abenteuer leisten, ohne nennenswerten Schaden zu erleiden.

\*

(Unter dem Titel „Frankreichs wirtschaftliche Lage“ [Verlag für Sozialwissenschaft] veröffentlichte der Verfasser des vorstehenden Artikels eine ausführlichere Darstellung dieses Problems. Die einzelnen Kapitel dieser Broschüre lauten: „Rohstoffversorgung, Bevölkerung, Arbeitsverhältnisse, Industrielle Konjunktur, Valuta, Außenhandel, Zerstörte Gebiete, Finanzen, Ruhrinvasion.)

---

SEDIF ALAM:

## Zwei Ertrinkende.

Wir stehen an einer Weltenwende  
in Einheitsfront. Die Zeit ist groß.  
Kein Krieg, nur Wirtschaftskampf. Am Ende  
wird man nur wieder, fürcht' ich, bloß

auch diesmal — wie sag' ich's dem Kinde? — — —  
Stoßtruppler, kriegsmäßig bemalt,  
Hakenkreuzbanner wehen im Winde,  
und irgendeiner — wer bezahlt?

Auf Halden häufen sich die Kohlen,  
die Hände ruhn, die Werkstatt schweigt.  
Siegreich wollen wir Degoutte versohlen.  
Hurra, Profit, der Dollar steigt!

Vorm Butterladen Polonaise,  
Seit Wochen fehlt die Milch im Haus.  
Doch unser Unglück ist uns Neese:  
auch Frankreich bläst die Oefen aus.

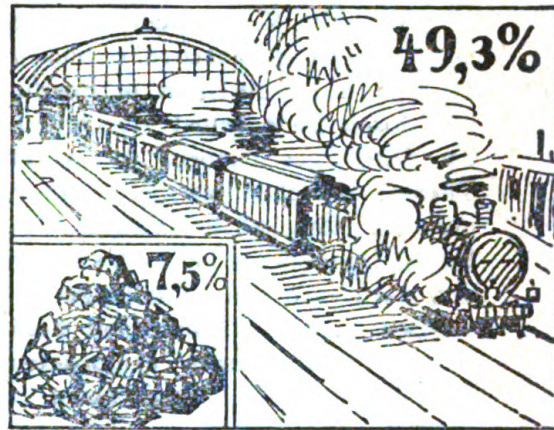
Zwei müde Schwimmer, die sich drosseln,  
damit der andre erst ertrinkt.  
Zwei Spieler um ihr Letztes bosseln .....  
Und wenn der eine Wurf mißlingt?

Nur druff! Was kommt, darf uns nicht kümmern!  
Und wie gemimte Kraft noch prahlt,  
Sinkt letztes Menschheitsgut zu Trümmern ....  
und irgendeiner — wer bezahlt?

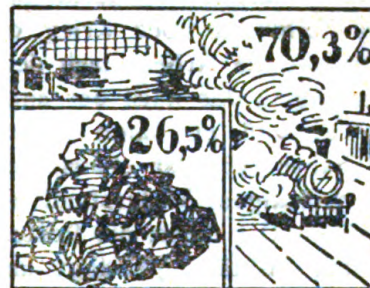
---

## Lohnanteile und Sachkosten.

1913:



1923:



Die vorstehenden bildlichen Darstellungen, die sich auf das Verhältnis von Lohn zu Sachkosten bei den deutschen Eisenbahnen beziehen, wurden von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ am 22. April 1923 veröffentlicht. Mit Erlaubnis des genannten Blattes geben wir diese außerordentlich instruktive Versinnlichung des Verhältnisses vom Lohn zu den Sachkosten wieder. Es ist überaus bemerkenswert, daß im Jahre 1913 der Lohn 50,7%, die Sachkosten 49,3% der Gesamtausgaben ausmachten. Im Jahre 1923 beträgt der Lohn nur noch 29,7%, betragen aber die Sachkosten 70,3% der Gesamtausgaben. Den Darstellungen ist die Goldmark zugrunde gelegt; der Vergleich zeigt, wie erheblich 1923 die Gesamtausgaben gegenüber denen von 1913 überhaupt zurückgegangen sind. Bemerkenswert ist noch, wie innerhalb der Sachkosten der Aufwand für die Kohlen im Jahre 1913 nur 7,5% — im Jahre 1923 aber 26,5% ausmacht.

Man darf wohl als feststehend annehmen, daß das, was so für die Eisenbahnen nachgewiesen ist, auch für die gesamte Industrie und die Landwirtschaft gilt: daß nämlich nicht an erster Stelle die Löhne die Gesamtausgaben beeinflussen.

ALFONS FEDOR COHN:

## Politisch Lied.

Auch die Kunst dient dem Gesetz der ausgleichenden Gerechtigkeit. Das peinlich geräuschvolle und geschmacklose Theater, mit dem Wilhelm II. sich zeitlebens in Positur setzte, heischt ihn nun nach seinem ruhmlosen Ende selbst als Opfer. Der Schwede Hjalmar Söderberg hat ein Stück geschrieben, das vorläufig erst in Kristiania am National-Theater zu sehen war und „Die Schicksalsstunde“ heißt. Das ist dieses nunmehr unmöglich gewordene pseudonyme Balkanmilieu, das zuerst bei A. Daudets „Königen im Exil“ sehr zweckmäßig und originell wirkte und nach manchen Wandlungen nur noch bei der Tanzoperette goutiert werden konnte, Deutschland heißt Taurien, hat einen lebenden Kaiser Felix III. und einen ermordeten Prinzen aufzuweisen, Serbien heißt Sturien, Rußland Tsaroslawien, und damit sind Kostüme und Dekorationen für die Schicksalsstunde gegeben, die für Felix III. darin besteht (für Wilhelm II. darin bestanden haben soll), an einem bestimmten Zeitpunkt über Krieg oder Frieden der Welt zu bestimmen. Söderberg hat die Arbeit nach dem Modell zwar öffentlich abgestritten, ein Unterfangen, das nach der angedeuteten Maskierung kaum angängig sein dürfte; daß er damit nicht zur Kriegsschuldfrage Stellung genommen haben will, ist etwas anderes. Felix III. wird gegen den einzigen hartnäckigen Widerstand eines hochidealistischen, starken Pazifisten von Kanzler durch die Rotte zum Präventivkrieg treibender Staatsmänner und Militärs gedrängt und widerstrebt nur so lange, bis ihm sein alter Lehrer durch verstiegene Machttheorien und Aufkitzelung eines falschen Gottesgnadentums die kriegerische Entscheidung als erlösendes Recht suggeriert.

Söderberg ist ein sehr ernst zu nehmender Schriftsteller von ebenso großer Unerbittlichkeit der psychologischen Durchdringung wie der sprachlichen Selbstzucht, ein Lehrling Anatole Frances in seiner besten Zeit, im Kriege wie viele der nur-literarischen Zeitgenossen ein Opfer intellektueller Panik. Sein an den westeuropäischen Demokratien entflammter politischer Dilettantismus begeistert sich hier für die psychologische Gewagtheit eines pazifistischen Bismarck, demgegenüber selbst ein so neurasthenischer Phantast wie dieser Felix III. ohne weiteres die Oberhand behalten muß. Zwischen dem Betpult mit der aufgeschlagenen Bibel auf der einen und dem die Weltherrschaft andeutenden Globus auf der andern Seite der Szene irrt er ratlos umher, bis ihn die Machtlehre seines Erziehers und das zynische Eingeständnis des einstmals siegreichen Heerführers von dem Glücksspiel eines jeden Krieges in die Entscheidung und in den Traum von einer Weltherrschaft hineinhetzen. Die Auf-führung in Kristiania litt darunter, daß der Darsteller des Kaisers, Halfdan Christensen, gleichzeitig Regie führte, sonst wirkte er persönlich sehr glaubhaft und eindringlich mit seinen ebenso brutalen wie

degenerierten Zügen, der reizbaren majestätischen Empfindlichkeit und einer anfallartig wiederkehrenden physischen Erschöpfung. Eigil Eide, eine der traditionellen Stützen des norwegischen National-Theaters, hatte als Kanzler die Würde eines Hofschauspielers ohne den tieferen Humor, der die Stärke und Menschlichkeit dieser nicht üblen Figur aufdeckt.

Von der Karl-Johans-Gate gerät man in die Berliner Blumenstraße, um derselben Figuren willen, von der etwas seekranken Dichtung in das staatsmännisch gebügelte Feuilleton, das Emil Ludwig unter dem Titel „Die Entlassung“ als „ein Stück Geschichte“ bezeichnet hat. Das Stück wäre wahrscheinlich nie auf die Bretter gelangt, wenn nicht Wilhelm II. mit der ihm von je eigenen Geschicklichkeit durch einen mißlungenen gerichtlichen Einspruch dafür Reklame gemacht hätte. Denn alles, was darin an großen Namen und an weltbewegenden Ereignissen vorkommt, ist dem staunenden Publikum ebenso unfaßlich wie gleichgültig. Es handelt sich um die Konflikte, die zwischen Wilhelm II. und Bismarck kurz vor dessen Entlassung entstanden. Windthorst, Bötticher, Eulenburg, Lucanus, Herbert Bismarck sind nichts als Namen, die ebenso zerflattern wie die einstmals gewichtigen Beschlüsse über die Sozialgesetzgebung, den russischen Rückversicherungsvertrag und die berühmte Kabinettsorder von 1852 über den direkten Verkehr zwischen dem König und den Ministern. Was übrig bleibt, sind ein paar Familienszenen im Reichskanzlerhause von beleidigend harmlosem Lustspielton und das eifrige Forschen nach der mehr oder weniger großen Echtheit der historischen Masken, des Räusperns und Spuckens Wilhelms und seines rabiaten Handlangers. Ich mußte immer daran denken, wie wir als Jungen „auf dem Bock“ bei Tempelhof oder in ähnlichen Kunstetablissemments jenes wohl nun ausgestorbenen Variétégenre des Charaktermimikers bewunderten, der alle drei Minuten unter den erläuternden Klängen der Biermusik hinter einem Pult auftauchte und durch Perücke, Kleidungsstück und Grimassieren bald als Bismarck oder Windthorst, bald als Richard Wagner oder Ludwig II. gelten wollte. Es fehlte hier nur die erläuternde Biermusik. Dietrich v. Oppen stand mit seiner Kaiserfigur, die an sich eine einheitliche und nicht ohne lebendigen Geschmack durchgeführte schauspielerische Leistung barg, völlig außerhalb des Stücks und der Historie. Robert Müller vom Dresdener Staatstheater dagegen legte mit seinem Bismarck einen zäh tropfenden Heldenvater hin, den selbst dieses grundfalsche Ludwigsche Heldenlied nicht verdient hat. „Die Entlassung“ ist so ziemlich dasselbe auf dem Theater, was der „Fridericus“ im Film ist: Wie man hier zum Retter Friedrich Wilhelms I. werden muß, so dort beinahe zum Fürsprecher Wilhelms II. — mit einer derartig brutalen Kulissendialektik wird er der Uebermacht des in jeder Hinsicht gottähnlichen Bismarck ausgeliefert. Für uns, die wir in unsrer Jugend den berühmten bespornten Kürassierstiefel nicht nur auf der Sozialdemokratie, sondern auch auf dem liberalen Bürgertum mit der gleichen Selbstverständlichkeit herumstampfen sahen, war es von je verwunderlich, wie schnell

der sogenannte liberale Nachwuchs in Bismarck den unbestrittenen Nationalhelden erblicken konnte. Wenn man jetzt, nachdem sein Werk mit seinen eigenen Mitteln niedergebroschen ist, ihn sozusagen poetisch glorifiziert, so ist das nur ein neuer Beweis für den Verfall eines aufrechten Bürgertums und einer schöpferischen Literatur.

Uns in der deutschen Republik scheint Bernhard Shaw, den ich nie so restlos vergöttern konnte, wie es vor Jahren die Mode zwang, mit seiner endgültigen Erledigung des Heldenkults trotz allem umsonst gelebt zu haben. Die politische Komödie, der heute bei uns aus hundert Quellen reichster Stoff zufließen müßte, liegt bisher verödet. Gehen wir wieder nach dem freieren und gesunden Lande Schweden, wo ein so strenger Schaffender und Kunstbetrachter wie Tor Hedberg, heute ein Sechziger und dazu einer der achtzehn Unsterblichen der Akademie, mit seinem Lustspiel „Das Nationaldenkmal“ diesen erfolgreichen Sprung in die spöttische Aktualität gewagt hat. Dieses Nationaldenkmal, das ein unheimlich lebenskluges und lebenssicheres Modell ihrem dünkelfahnen, verschlammten Künstler als Auftrag zuschanzt, dieses stolzeste Wahrzeichen des Landes, dient in Wirklichkeit nur dazu, einem zusammengelaufenen Klüngel zu Geschäft und Genuß zu verhelfen. So ziemlich sämtliche Richtungen und Parteiungen werden mit unbestechlicher Liebeshwürdigkeit dabei durchgehehelt, und wenn die Lustigkeit damit ausgeht, daß das Modell als syndikalistische Ministersgattin endet und ein anrühiger Bankier mit der Geldsammlung für das Denkmal durchbrennt, so sind doch wenigstens diese energischen Naturen mit Hilfe des Nationalismus auf ihre Kosten gekommen. Warum regt so ein Einfall bei uns niemanden zur Nacheiferung an? Unsere heiligsten Güter werden noch immer mit Blausäure und Brecheisen aus dem Hinterhalt geschützt und können eine geistige Schutzwehr ihrer Natur nach nicht vertragen — warum die Öffentlichkeit Schwedens, noch dazu in einer musterhaft gezügelten Aufführung des Königlichen Schauspielhauses in Stockholm mit Hedbergs Gattin in der weiblichen Hauptrolle?

---

## UMSCHAU.

**Moral insanity.** Als die „Münchener Neuesten Nachrichten“ — die Konjunktur des Jahres 1919 nützend — sich häuteten, um unter einem demokratischen Feigenblatt ihre neu erworbene Epidermis zu verbergen, da begann der nicht umsonst in der kommunistischen Pädagogik bewanderte Schriftleiter dieses „gesinnungstüchtigen“ Organs seine Laufbahn mit einer

Stinkbombe: In spaltenlangen Expektionen, die ein Gemengsel von unverdauten Wissensfragen und böartigen Verdrehungen darstellten, prägte er das Schlagwort von der „marxistischen Berufsdemagogie“ und blies damit — so kalkulierte wenigstens dieser Geselle — der Sozialdemokratie und ihren Grundlagen das Lebenslicht aus. Der Münchener Bier-



dimpfl hatte nun sein Stichwort, an dem er sich ohne weiteres Nachdenken berauschen konnte, die Drachensaat konnte aufgehen. Und daß sie es getan, daß die politische Atmosphäre Münchens und Umgebung bis in das Mark hinein von Lug und Trug durchsetzt ist, den Löwenanteil hieran trägt die Heuchelei, die von den „Neuesten Nachrichten“ in ihrer dauernden Maskerade eines demokratischen Organs gezüchtet und im Kampf der Meinungen zur gangbaren Münze gemacht wurde. Auf dem Trümmerhaufen der politischen Moral konnte einzig und allein eine nationalsozialistische Bewegung erstehen, die in ihrer Unwahrhaftigkeit und Schrankenlosigkeit das faktische Ergebnis der Brunnenvergiftung der „Kuhhaut vom Färbergraben“ darstellt: Es scheint aber, als ob die Entdeckung von der „marxistischen Berufsdemagogie“ ihrem Autor noch nicht genüge, um ihm in der Ruhmeskalle der Volksverführer ein Standbild zu sichern, denn in einer in den jüngsten Tagen erschienenen Artikelreihe „Politische Wandlung in Bayern“ setzt er seine bewußte Irreführung der öffentlichen Meinung fort. Dem Organ der Sammlung aller nationalistischen — monarchistischen —, separatistischen und großdeutschen Allerweltskreise gegen die verhaßte Sozialdemokratie ist der jüngste Vorstoß der Bayerischen Volkspartei gegen den Ränkeschmied Ludendorff in das schlotternde Gebein gefahren; sie bangen um die undichte Verkleisterung ihres Afterbaues — und um das Geschäft, das sie bisher mit ihrer allen Parteien dienenden „Ueberzeugungstreue“ gemacht haben. Daher eine Rettungsaktion, bei der die „antimarxistische Berufsdemagogie“ mit allen Mitteln arbeiten muß, koste es, was es mag! Und in dieser Verstiegtheit verliert der Dr.

Fritz Gerlich, der Minenwerfer der „Neuesten Nachrichten“, den letzten Halt seiner Besinnung, er wird — heiligt doch der Zweck die Mittel — zum Verkünder anarchistischer Tatenpolitik. So lautet seine Argumentation: „Aus dem Bürger des ehemaligen Obrigkeitsstaates hat sich durch die Revolution ein neuer Typ des deutschen Staatsbürgers gebildet, der sich in den Freikorps und den Selbstschutzverbänden organisatorisch zusammenfand. Bei dieser seiner Auffassung von politischer Gewissenspflicht ist es für ihn undenkbar, sich als willenloses Werkzeug irgendeines andern Menschen herzugeben, mag es nun ein Parteiführer oder ein von den Parteien abhängiger Politiker sein. Der Obrigkeitsgedanke ist also in all diesen Menschen hinter dem Gedanken der moralischen und politischen Gewissenspflicht gegen die Volksgemeinschaft zurückgetreten. Man kann von diesen Menschen keinen Kadavergehorsam mehr verlangen, auch nicht unter der Parole der Einigkeit. Sie wollen den Zielen zustimmen können, für die sie eintreten sollen. Die Herrschaft der Straße, die nach dem Fall der Räterepublik die Ordnungsparteien in Bayern übernommen haben, hat nunmehr ihren Theoretiker gefunden, Herr Gerlich hat sich nicht umsonst in seiner früheren Entwicklung in die Gedankengänge von Stirner, Krapotkin und andere verstrickt. Und wenn seine Verdauung mit einem Kostregimen von bürgerlich-staatserhaltenden Mischspeisen zu träg wird, dann hilft er ihr mit revolutionärdestruierenden Beigaben nach, die man von Fall zu Fall wieder mit dem Gegenteiligen auswechseln kann.

Und wer wagt nun noch daran zu zweifeln, daß von der Ordnungszelle Bayern die Gesundung Deutschlands ausgeht?

Medicus.

## BÜCHERSCHAU.

**Drei Frühwerke Landauers.** Mit feiner Witterung hat der junge Marceau-Block-Verlag (Köln) drei Frühwerke Gustav Landauers, die so gut wie verschollen waren, ausgegraben: den Roman „Der Todesprediger“, die Novellen „Macht und Mächte“ sowie den sprachphilosophischen Essay „Skepsis und Mystik“.

Die beiden belletristischen Werken haben weniger künstlerischen Wert als Bedeutung für die geistige Struktur des jungen Landauer. Man spürt in ihrer psychologischen Gestaltung den tiefen Drang zur Wahrhaftigkeit, der Landauers Persönlichkeit geformt und von Handlung zu Handlung, von Begeisterung zum Märtyrertum geführt hat. In erster Auflage erschien „Der Todesprediger“ im Jahre 1893, die Novellen kamen 1903 heraus; beide Bücher sind im Buchhandel vergriffen gewesen, ihr Neudruck wird den zahlreichen Freunden Landauers willkommen sein.

Wesentlicher in der rein gedanklichen Zusammenfassung ist „Skepsis und Mystik“. Diese „Versuche im Anschluß an Mauthners Sprachkritik“ sind ein Dithyrambus auf

ihr Vorbild. Landauer schließt sich sehr eng an Mauthners Werk an und gibt dessen Analyse; eine Umschreibung, in der die wesentlichsten Ergebnisse der Mauthnerschen Forschung hervorgehoben werden. Tritt auch nur in einzelnen wenigen Punkten eine eigene Anschauung Landauers hervor, so ist diese kleine Schrift doch nicht weniger von Belang, denn sie war, m. W., das erste Bekenntnis zu Mauthners mutiger, unauslöschlicher Neuschöpfung. Max Kriegs ausgezeichnete Einführung: „Fritz Mauthners Kritik der Sprache; eine Revolution der Philosophie“ (Müller, München) erschien erst zehn Jahre später, als die erste Ausgabe von Landauers „Skepsis und Mystik“ (1903). Die neue, soeben erschienene Auflage ist verbessert und vermehrt um die aus dem Jahre 1905 stammenden Zusätze.

Wenn diese tapfere Schrift in weitere Kreise dringt und Interesse weckt an Mauthners allzu wenig beachteter Sprachkritik, dann hätte sich der Neudruck gelohnt, der aber schon als Ehrung Landauers unsern Dank verdient.

Offbg.

<b>Auslandspreise</b>	
<b>für ein Vierteljahrsabonnement der „Glocke“</b>	
Amerika } . . . . .	1 Dollar
China } . . . . .	
Japan } . . . . .	
England . . . . .	5 Schilling
Frankreich und Belgien . . . . .	10 Francs
Holland . . . . .	2 $\frac{1}{2}$ Gulden
Italien . . . . .	12 Lire
Rumänien . . . . .	80 Lei
Schweiz . . . . .	5 Franken
Spanien . . . . .	6 Pesetas
Skandinavien . . . . .	5 Krenen
Tschechoslowakei . . . . .	15 Kronen

**Ueberweisung durch Wertbrief oder Scheck erbeten**

*Ein Fichte unserer Zeit!*

**Dr. KARL RENNER**  
EHEMALIGER STAATSKANZLER



**DER  
TAG DER  
DEUTSCHEN**

„Wir haben uns zu berufen darauf, was wir der Menschheit wert sind. Dieser Rechtstitel kann nicht überhört werden, er ist siegreich. Wir haben gegen die Idee der Gewalt nichts als **DIE GEWALT DER IDEE** Deutsch sein heißt somit, der Idee vertrauen und nicht der bloßen Gewalt“

**GRUNDPREIS 0,75 M.**



*Verlag für Sozialwissenschaft GmbH*  
Berlin SW68 • Lindenstraße 114 • Postscheckkonto: Berlin 27576

GEORG LUKÁCS

GESCHICHTE  
UND  
KLASSENBEWUSSTSEIN

(343 Seiten)

NEUERSCHEINUNG

INHALT:

VORWORT / WAS IST ORTHODOXER MARXISMUS? / ROSA LUXEMBURG ALS MARXIST / KLASSENBEWUSSTSEIN / DIE VERDINGLICHUNG UND DAS BEWUSSTSEIN DES PROLETARIATS / DER FUNKTIONSWECHSEL DES HISTORISCHEN MATERIALISMUS / LEGALITÄT UND ILLEGALITÄT / ÜBER ROSA LUXEMBURG / ZUR ORGANISATIONSFRAGE

NEUERSCHEINUNG

PREIS

BROSCHIERT 4,50

PAPPBAND 9,—

SCHLÜSSELZAHLE DES BÖRSENVEREINS

DER MALIK-VERLAG \* BERLIN

# DIE GLOCKE

6. Heft

7. Mai 1923

9. Jahrg.

Nachdruck sämtlicher Artikel ist nur mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

Dr. MAX QUARCK:

## Heldengezänk und wirtschaftliche Tatsachen.

**D**ER französische Finanzminister hat eine Tournee von mehreren Tagen durch das Ruhrrevier gemacht und bringt Angaben von dort, die auch für Deutsche beachtenswert erscheinen. Darunter zählen wir nicht die mehr anekdotenhafte Mitteilung, daß ein wackerer Zollbeamter, den er befragt habe, dem Minister geantwortet habe: „Wenn ich meine Frau kommen lassen könnte, würde ich hier zwanzig Jahre bleiben, wenn es notwendig wäre.“ Solche kleinen Uebertreibungen kommen überall vor, wo Minister reisen. Aber ernster sind die Angaben über eine Reihe wirtschaftlicher Tatbestände.

Unsere Einnahmen sind im Anfang fast Null gewesen, teilte der Minister mit, denn die Deutschen boykottierten uns. Doch konnte das nicht immer fort dauern. Die Deutschen sind in der Notlage, zu leben und sich an uns zu wenden. Die Ausfuhrabgaben, d. h. die Ausfuhrtaxen, die in näher bezeichneten Devisen erhoben werden, haben sich wie folgt gestellt (in Francs nach dem Kurs vom 9. April berechnet):

vom	7.—20. Februar	2 640 Frs.
„	20.—28. „	94 016 „
„	1.—10. März	213 638 „
„	10.—20. „	204 385 „
„	20.—31. „	432 338 „

Das wäre eine regelmäßige Steigerung, die zwar für das Ruhrgebiet nicht allzuviel besagen will. Denn dort gibt es noch ganz andere Werte, die zu verzollen sind, und die französische Abgabe beträgt unseres Wissens 20—30 %. Aber erschrecken muß doch die regelmäßige Zunahme des Betrags von Anfang Februar bis Ende März. Mit den deutschen Angaben über den Ruhrverkehr stimmen die Mitteilungen des Finanzministers in keiner Weise. Hier ist immer nur von ganz vereinzelt Firmen die Rede, die abtrünnig geworden wären, während sich nach der französischen Angabe die Zollbehörden schon einer ständigen Kundschaft erfreuen. Der vor-

handene Kontrast könnte den deutschen Behörden wohl Anlaß geben, einmal näher nachzuforschen.

Der französische Finanzminister hat seine Reise dazu benutzt, um sich über die Finanzlage Deutschlands zu unterrichten. Sie ist entsetzlich nach den offiziellen Ziffern, wie er behauptet. Das Reich hat in der zweiten Märzdekade 1 559,5 Milliarden Mark ausgegeben, während der dritten Dekade 882 Milliarden Mark. Diese Ausgaben werden nicht gedeckt durch den Eingang der Steuern. Dieser hat während der zweiten Dekade nur 101 Milliarden, also ungefähr 10 %, und 80 Milliarden während der dritten Dekade betragen. Die schwebende Schuld des Reiches hat andererseits folgende Dimensionen angenommen:

den 1. Januar 1923 schon	1 611 048 Millionen Papiermark,
den 1. Februar 1923 schon	2 415 622 Millionen Papiermark,
den 1. März 1923 schon	3 588 245 Millionen Papiermark,
den 10. März 1923 schon	4 345 266 Millionen Papiermark,
den 20. März 1923 schon	5 800 824 Millionen Papiermark,
den 31. März 1923 schon	6 601 142 Millionen Papiermark.

Die Deutschen schlagen also den Rekord der Russen! In einem Monat hat der Betrag der Emissionen sich verdoppelt. Man hat ein wenig seine Lage durch eine Goldanleihe zu verbessern versucht. Diese Anleihe hat jämmerlich versagt. Es sind 50 Millionen auf 200, die man aufgelegt hatte, gezeichnet worden. Die Deutschen haben ganz tolle Ausgaben übernommen, um den Widerstand im Ruhrrevier zu stärken. Sie haben einen Spezialfonds errichtet, durch den sie Entschädigungen, die den Industriellen gewährt werden, und die Summen gehen lassen, die zu ihrer Verfügung sind, um die Bezahlung der Löhne zu sichern. Sie bezahlen auch Entschädigungen für das Feiern, die fast den Löhnen gleich sind, und die Bezahlung der Eisenbahner ist ganz gesichert. Alles dies beziffert sich nach Hunderten von Milliarden, ohne daß man genau die wirkliche Ausgabe angeben kann, die daraus für die deutsche Regierung sich ergibt. Es ist klar, daß ein Staat nicht unbegrenzt einer derartigen Politik nachgehen kann, und daß Deutschland unter diesen Bedingungen dem Ruin entgegengeht . . . Die meisten dieser Zahlen sind ungefähr richtig. Wir haben ihnen nichts entgegenzustellen, als den ungebeugten Kampfmuth der großen Masse des Volkes . . .

Auch die Berichte, die der französische Arbeitsminister von einer fast gleichzeitigen Reise an die Ruhr mitbrachte, sind nicht sehr ermutigend für uns Deutsche, wenn sie auch nur die Anfänge einer Aufwärtsbewegung bezeichnen, die mit großer Vorsicht aufzunehmen sind. Mitte März habe eine einzige Ladevorrichtung für Koks funktioniert, die 500 Tonnen täglich zur Verladung gebracht habe. Heute seien 29 solcher Einrichtungen im Gange oder im

Begriffe, in Gang zu kommen. 8650 Tonnen Koks seien gestern verladen worden, und in acht Tagen werde man 10 000 Tonnen verladen. Es werde also nicht lange dauern, bis man die Ladeziffer von 1920, nämlich 12 000 Tonnen, erreicht habe. Im Bahnhof von Essen habe man die letzte Woche, d. h. also Mitte April, 60 Reisenden Billetts verkauft, vorgestern seien es bereits 232 gewesen. In Trier seien statt 150 Billetts vor 14 Tagen jetzt mehr als 1500 ausgegeben worden. Das sind alles noch sehr kleine Zahlen. Wer den Riesenverkehr des Ruhrgebiets kennt, wird über sie lächeln. Ueberdies ist bei dem verladenen Koks der Hauptnachdruck darauf zu legen, daß man erst im Begriffe ist, die 29 Ladevorrichtungen einzurichten. Aber gewisse Fortschritte zeigen auch diese Mitteilungen, und am beunruhigendsten sind die Angaben des Finanzministers. Seine finanziellen Mitteilungen lassen sich kaum bestreiten. Die Schulden des Reichs sind in dem beängstigenden und katastrophalen Umfang gestiegen. Was soll aus dieser Entwicklung werden?

\*

In sehr ironischer Weise drückt sich der Pariser „Temps“ über die „Befreiung des Rheinlandes“ vom Reichskommissar für die besetzten Gebiete aus. Dieses Land der Fabriken und Hotels besitzt alles, um gut zu leben und vor allem den Geschmack am leichten und geordneten Leben. Der Fremde, er spreche welche Sprache er wolle, und sei es selbst das Deutsche, sei besonders ein Kunde für dasselbe. Nun war der Reichsdeutsche ein sehr schlechter Kunde. Er hatte von Düsseldorf bis Mainz eine Aufpasserei eingerichtet, deren Folgen man bis in den Schoß der Familien spürte. Man wagte nicht (nach dem Berichtstatter des Pariser Blattes!), einen Franzosen auf der Straße zu begrüßen, den man am Tage vorher diskret an seinem Tische empfangen hatte. Eine heimliche Drohung schwebte über dem Land und den Städten der Rheinprovinz. Die Parole war einfach. Sie hieß: „Feindlich sein den Franzosen und Belgiern, die Engländer ertragen und die Amerikaner verführen.“ Man zählte kaum die Ehen noch zwischen deutschen Frauen und amerikanischer Besatzungsarmee. Die militärische Schneidigkeit unserer Freunde von jenseits des Ozeans und der kolossale Wert ihres Dollars übten auf manche junge Deutsche einen hohen Zauber aus. Indessen konnte man nicht mit Amerikanern süße Blicke tauschen und bei den Franzosen zornig dreinblicken. Die Franzosen kauften viel, und dann waren sie doch auch gar nicht übel. Gute rheinische Papas und Mamas fanden es sogar vorteilhaft und angenehm, Franzosen zu logieren.

Die meisten dieser hassenswerten Gäste benahmen sich artig, versöhnlich und manchmal sogar dienstbar. Das Familienleben wurde keineswegs durch ihre Gegenwart gestört und man hörte

sogar, die jungen Mädchen und die Kinder des Hauses mit leiser Stimme französische Lieder summen, die ihnen der Mieter gelehrt hatte, obgleich er eigentlich gehaßt werden sollte. Aber die Spitzel, die vom Reich angestellt waren, kümmerten sich um alles. Man mußte den Franzosen als Eindringling behandeln, wenn man nicht seinen Namen in den schrecklichen Listen wissen wollte, nach denen am Tag der Rache der alte deutsche Gott verfahren würde. Diese kleinen Tragikomödien haben sich im Rheinland seit Beginn der Besetzung abgespielt. Man kann hoffen, daß mit der Heimsendung des Reichskommissars nach Preußen dieser Alp vom Volk genommen ist. Aber man darf nicht vergessen, zu gleicher Zeit den Aktenstaub der Reichskommissare zu beseitigen, der sich in den rheinischen Häusern eingenistet hat und der verhindert, daß man dort frei atmet . . . Soweit der französische Bericht!

Hier entfaltet sich das französische Gemüt zur Abwechslung zu seiner vollen Blüte! Es verspottet noch die Opfer, die es im ganzen besetzten Gebiet zu Tausenden findet. Nicht genug, daß die Not manche Deutsche zwingt, mit den Franzosen höflicher zu verkehren, als es sonst der Fall wäre; die fürchterliche Plage der französischen Besetzung muß auch noch umgelogen werden in ein Vergnügen der Deutschen. So etwas bringen nur Franzosen fertig! Sie haben ganz andere Gründe gehabt, eine Vertretung der obersten Reichsbehörden bei der interalliierten Rheinlandskommission zu fürchten, als diese; und der deutsche Reichskommissar hat sich sicher um die Familiengeschichten der franzosenfreundlichen Deutschen weniger gekümmert, als der Zeitungsschreiber des „Temps“. Er ist den Franzosen mit einer Reihe ernster Vorstellungen im Interesse der deutschen Einwohner lästig geworden. Und deshalb haben sie ihn ausgewiesen, nicht wegen seines Interesses für Familienverkehr oder vielmehr Familienklatsch. Darin sind die Franzosen Meister, wenn sie auch vorgeben, erst frei atmen zu können, wenn der preußische Beamte beseitigt ist. Wie sie die Quälereien an den Einwohnern umlügen in Liebenswürdigkeiten, die sie verschwenden, das ist klassisch. An solche Liebenswürdigkeiten werden die Deutschen noch denken, zwanzig Jahre nach der Beseitigung der Franzosenherrschaft. Aber wie sie los werden? . . .

\*

Die jetzige Lage wird von den Franzosen ungefähr wie folgt geschildert: Seit Anfang Februar hat die Reichsregierung die Reichsbank beauftragt, zu helfen, daß der deutsche Kurs gehalten werde. Gegenüber den ungeheuren Massen an Papiergeld, das die Notenpresse erzeugte, war das eine schwierige Aufgabe, aber die Operation ist gelungen, nicht ohne Opfer, und man sah, wie sich folgendes unwahrscheinliche System entwickelte: Deutschland hielt seinen Kurs fast unverändert auf derselben Höhe, trotzdem es den



Export des Ruhrreviers aufgab, trotzdem es seine Ankäufe auf dem Auslandsmarkte vermehrte und trotzdem es Trillionen von Papiermark fabrizierte. Aber während die Fassade unberührt blieb, arbeiteten die Ursachen des Rufns im Innern. Kein klarsehender Mensch konnte Vertrauen in das Resultat dieses Abenteuers haben. Außerdem vermindert eine Regierung unbedingt die Staatsautorität, die die Sabotage organisiert und den Streik unterstützt. Diese zwei Gründe haben dazu beigetragen, die Goldanleihe scheitern zu lassen, welche das Reich im Monat März aufgelegt hatte und welche Devisen verschaffen sollte, um den Kurs der Mark zu halten. Nebenbei ist kein Mangel an Devisen in Deutschland. In der Konferenz, die kürzlich zwischen dem Reichskanzler Cuno und den Bankvertretern stattfand, hat man auf 3 Milliarden Goldmark den Gesamtbetrag an Schecks, Banknoten usw. geschätzt, welche von den Deutschen im Hoheitsbezirk des Reichs festgehalten werden und die als Geld zu hohem Kurs gelten. Hinzufügen müßte man die beträchtlichen Depots, welchen die deutschen Banken für Rechnung ihrer Klienten auf fremden Plätzen und in fremdem Geld führen. Aber da sie ihnen kein Vertrauen einflößte und ihre Autorität nicht aufrechterhalten konnte, so hat die Reichsregierung nicht erlangen können, daß sich die Geldschränke auf ihren Ruf öffneten . . .

Und noch mehr! Unter den Industriellen, die aus den vom Reich bewilligten Krediten Nutzen zogen und bei denen man sich schmeichelte, die moralische Kraft des Widerstandes zu stärken, hat mehr als einer in Pfund Sterling oder in Dollar einen Teil der Papiermark eingewechselt, welche ihm die deutsche Regierung vorschob. Die Politik des passiven Widerstandes brachte da ein merkwürdiges Ergebnis: die Leute benutzten das Geld des Reiches nicht allein dazu, sich mit fremden Devisen einzudecken, sondern diese Devisen wurden ihnen billig durch die Reichsbank abgetreten, die beauftragt war, die Mark nicht sinken zu lassen . . .

Große Warenvorräte, die auf Befehl in den Fabriken des besetzten Gebietes festgelegt waren, drückten mehr und mehr auf die Zukunft der deutschen Industrie. Außerdem schüchterten die Befürchtungen, die durch den Ruhrkonflikt hervorgerufen waren, fremde Käufer ein und schaden dem Ausfuhrhandel, wie man es während der Messe von Frankfurt bemerken konnte. Um die Ruhrkohle zu ersetzen, welche ihm seine Politik des passiven Widerstandes nicht erlaubte, zu benutzen, kaufte Deutschland in England wachsende Mengen des Brennstoffes. Während der drei ersten Monate des Jahres betrug diese Ankäufe 3 358 530 Tonnen, auf welche der Monat März allein für 1 368 700 Tonnen in Anrechnung kommt. Der Korrespondenz der „Financial Times“ zu Berlin schrieb unter dem 14. April: „Allein für die englische Kohle, die es unbedingt braucht, hat Deutschland ungefähr 6 Millionen Pfund Sterling monatlich notwendig.“

Dennoch ist die Mark wieder erheblich gesunken und wird weiter sinken. Der Beweis dafür ist geliefert, daß die deutsche Regierung nicht die genügenden Mittel hat, ihren passiven Widerstand weiter zu verfolgen. Es ist der Nachweis erbracht, daß die Stützung durch einen großen Geldplatz des Auslandes notwendig war. Die Reichsbank hat sich auch daran gemacht, ihr Golddepot in London zu vermehren. Daraus folgt aber nur, daß die gesamte deutsche Politik immer mehr vom englischen Markt abhängt. Die deutsche Regierung ist ebensowenig geneigt, als früher, Frankreich zu befriedigen. Sie kann ihre Autorität ebensowenig als früher den Großindustriellen, den Nationalisten und den Länderregierungen gegenüber aufrechterhalten. Sie wird immer versuchen, Frankreich zu bekämpfen, Zahlungen zu vermeiden und ihre Pfänder wieder zu bekommen. Aber nachdem ihre Politik des passiven Widerstandes öffentlich Bankrott gemacht hat und nachdem die gesamte Situation offen von der Finanzunterstützung abhängt, die sie in London findet, werden alle Versuche, die sie gegen die französischen Interessen unternimmt, begrenzt werden durch britische Duldung. Bis wie weit wird diese Duldung gehen? Wir wünschten, daß England sich den Franzosen und Belgiern in der Ruhr anschlosse. Niemand würde es nachher verantwortlich machen können für die Entscheidungen, welche die Deutschen fassen. Wir wünschten, daß Deutschland auf den passiven Widerstand verzichtet. Niemand könnte es nachher mehr anklagen, schlimme Aushilfsmittel und selbst die Herrschaft auf dem Auslandsmarkte dem Frieden mit Frankreich und der loyalen Ausführung seiner Verpflichtungen vorgezogen zu haben. Unsere Wünsche sind unglücklicherweise weder in Berlin, noch in London gehört worden. Wir müssen also sehen, was London Berlin erlaubt . . . Das ist die französische Gesamtauffassung der Lage.

\*

Man wird von deutscher Seite der tatsächlichen Schilderung der Dinge durch die Franzosen nicht viel entgegen setzen können. Die französische Darstellung spitzt sich darauf zu, daß sich unser Markkurs nur durch ein großes Opfer der Industrie halten läßt, und daß dieses Opfer gebracht werden muß, dadurch, daß die Industrie einen Teil ihrer Sachwerte mit ihrem Ertrag dem Reich verpfändet. Von der Landwirtschaft, die dieses Experiment mindestens ebensogut ertragen kann wie die Industrie, da sie gar keine Schulden mehr hat, ist merkwürdigerweise gar nicht die Rede. Der „Vorwärts“ aber, der dieser Tage auf die Sache zu sprechen kam, bezeichnete den Vorschlag als durchaus diskutabel. Er entspreche ungefähr den Vorschlägen, die seinerzeit von der Steuerkommission der Gewerkschaften gemacht worden seien und auf die man immer mehr zusteure. Das ist in der Tat richtig.

Und man muß sich nur wundern, daß die Partei jene Vorschläge nicht viel mehr empfiehlt und popularisiert. Sie sind nämlich dem größten Teil der Parteimitglieder noch völlig unbekannt und noch nicht einmal von den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften durchberaten. Jetzt sieht der „Vorwärts“ die einzige Rettung in ihnen, wenn man von fremder Hilfe absehen wolle, die Deutschland eben nicht wird, wenn es sich nicht selbst bis zum Aeüßersten anstrengt. Was wartet es also noch? Es ist in diesen Blättern schon darauf hingewiesen worden, daß Herr Stresemann als Wortführer der industriellen Partei des Reichstags ebenfalls jene Lösungen ins Auge gefaßt habe. Nur will er nicht eher an die Frage herangehen, als bis der Boden Deutschlands von fremder Invasion befreit sei.

Und damit kommen wir zum letzten Punkt der deutschen Verschanzung. Sie hofft, die Politik des passiven Widerstandes werde sich fortsetzen lassen, solange noch ein deutscher Arbeiter sich weigere, unter französischen Bajonetten zu arbeiten. Das ist auch der Punkt, den die Franzosen bei ihrer Darstellung der Verhältnisse nicht in Rechnung setzen: die deutsche Eigenliebe, die sich auf einer kolossalen Anhänglichkeit an das eigene Land äußert, die eher das Schlimmste duldet, als daß sie dem Gebot eines fremden Eroberers folgt. Der Geist dieses Heimatgefühls durchweht noch die rheinisch-westfälischen Arbeiterscharen, und es ist mit der schönsten Zug deutscher Arbeiterbewegung, daß er dieser idealen Forderung gerecht wird und über allen Forderungen der materiellen Welt die Forderung nach dem Heimatboden stellt, auf dem er frei von fremdem Einfluß nur selbstgewählten Beamten und Obrigkeiten gehorchen will . . .

Aber wird sich diese ideale Forderung durchsetzen lassen? Frankreich hat die Machtmittel in der Hand und gebraucht sie rücksichtslos. Neuestens hat es den gesamten Personenverkehr zwischen unbesetztem und besetztem Gebiet abgesperrt, wenn er nicht auf den französisierten Bahnen erfolgt. Auf den französisierten Bahnen wollen aber die deutschen Arbeiter nicht fahren. Sie können also nichts verdienen und müssen dann durch die Erwerbslosenunterstützung gehalten werden. Läßt sich diese Erwerbslosenunterstützung auf längere Zeit zahlen? Wir glauben nicht. Länger als Wochen und Monate wird es der deutsche Staatsschatz, dessen Schulden schon ins Aschgraue gehen, nicht aushalten. Ist es da nicht besser, ehrenvoll zu kapitulieren und ein ernsthaftes Angebot zu machen, statt Riesensummen weiter in den Abgrund zu werfen? Die Antwort der deutschen Regierung wird der Bescheid auf diese Schicksalsfrage sein!

---

KURT HEINIG:

## Neue Steuern — neuer Betrug?

**W**AS sind Steuern, oder richtiger, was waren sie bisher? Im „Deutschen Fürstenstaat“ von 1656 sind es extraordinäre Anlagen, die „freywillig und als guthertzige Beysteuern gereicht, und dabero Beden, anderswo auch Hülffen oder Praesente genennet werden“. Die landesfürstlichen Reverse bescheinigten damals den Landständen immer erneut, daß die Bewilligung einer Abgabe keine fortlaufende Auflage sei. Im 19. Jahrhundert wurde bei den erläuterungseifrigen National-ökonomen die Steuer zur Versicherungsprämie, die der Einzelne dem Staat für den ihm gewährten Vermögensschutz zahlte. Im 20. Jahrhundert entwickelten die Kulturstaaten ihre Steuern in technischer und materieller Hinsicht so weit, daß im wesentlichen kein Untertan daran vorbeikam. Die Steuern in ihren verschiedensten Formen: direkte und indirekte, Gebühren, Zölle usw., wurden zum Rückgrat des Staatshaushalts. Sie bauten sich auf regelmäßigen Einkünften aus einer völlig stabilen Währung auf, ihre Einziehung erfolgte verwaltungsmäßig, fiskalisch, kame-ralistisch.

\*

Wenn wir unsere heutige Steuergesetzgebung nach ihrem Wesen untersuchen, so ergibt sich, daß sie im Vergleich zum vorigen Jahrhundert im Grunde genommen nicht erheblich verändert worden ist. Wir meinen hierbei weniger, daß die Steuern auch heute noch für den Besitz „freiwillige und gutherzige Beisteuern oder Präsente“ sind, es wurde mehr daran gedacht, daß sie eigentlich nicht viel anderes sind als die auseinandergezerrten, die breitgewalzten Steuern von ehedem. Wirklich neu sind in unserer Steuergesetzgebung die automatisch laufende Lohnsteuer und einige zarte Ansätze zur allgemeinen Besitzabgabe. Dazu kommt dann noch als Neuerscheinung die Inflationssteuer. Die derzeitige Steuergesetzgebung ist der vergebliche Versuch der Finanzämter, auf stürmisch bewegtem Meeresspiegel eine gerade Linie zu ziehen, sie ist aber auch die volle Verständnislosigkeit des Staates gegenüber der Wirtschaft. Dieser Mangel wurde zunehmend empfunden, er führte dazu, daß der Reichstag durchdachte Steuern für kleine Leute machte, die Besitzsteuern haben in Deutschland noch stets die Interessenten für sich selbst geschaffen, und wenn es im Gesetzestext unmöglich war, dann gelang es sicher in den Ausführungsverordnungen!

Die Steuergeschichte der jüngstvergangenen zehn Jahre ist ein grotesker Film, eine wirbelige Geschichte, ein Kapitel Unzuläng-

lichkeit. Es fing damit an, daß der Staat vorgab, hinter den Kriegsgewinnen herzurennen, später versuchte das der Steuereinnehmer — schätzungsweise Gehaltsgruppe V, zum Frühstück Margarinestulle und abends schiefe Absätze — wirklich, er geriet meist schon am ersten Sachwert, dem Klubsessel, in fremde Welten. Diese tragisch-komischen Rennen wiederholten sich dann bei der Wertzuwachssteuer, der Kapitalertragssteuer, der Vermögenssteuer, dem Reichsnotopfer, der Kapitalverkehrssteuer, der Grunderwerbssteuer, den sonstigen Gewinn- und Dividendensteuern und jetzt erst wieder bei der Bezugsrechtssteuer. Auch sie kam, nachdem drei Jahre lang das Fett ungehindert abgelaufen war. Wir werden sicher eine Geldentwertungsgewinnsteuer bekommen, sobald die Mark mal wieder — steigt. Wehrbeitrag, ordentliche und außerordentliche Kriegsabgaben und Abgaben vom Kriegsvermögenszuwachs brauchen nur erwähnt zu werden, um das Urteil zu gewinnen: sie passen in die gleiche Richtung.

Es bleibt nichts anderes übrig, wir müssen uns endlich an den Gedanken gewöhnen, daß unsere Besitzbesteuerung auf falschen, ausgefahrenen Vorkriegsgeleisen versucht, den Papierzetteln nachzujagen, die täglich milliardenweise von dreißig bis vierzig in Deutschland gut verteilten Druckereien in die Öffentlichkeit geschleudert werden.

\*

Versuchen wir einmal aufzuzählen, was unserer Besitzbesteuerung für Kardinalmängel anhaften:

1. die Besitzsteuern sind sämtlich in ihren höheren Sätzen überspannt, sie nehmen keine Rücksicht auf den Mangel an Steuermoral und reizen, ja zwingen zur Hinterziehung;
2. die Steuern sind so mannigfaltig und auf kleinste Spezialgewinne zugeschnitten, daß die Mehrzahl die Ausgabe der Erhebungskosten nicht lohnt;
3. trotz Geldentwertungsgesetz und Vorauszahlungspflicht bleiben Steuerveranlagung und Steuerleistung so weit hinter der Wirklichkeit zurück, daß sie automatisch als Betrug wirken;
4. kommt wirklich einmal ein Umschwung der Mark, dann wird die Steuergesetzgebung erneut ein Betrug des Staates sein, es wird dann beim besten Willen niemand im Stande sein, die von ihm geforderten Riesensummen aus der Zeit größter Geldentwertung in aufgewerteter Mark zu zahlen;
5. heute kann sich niemand ehrlich einschätzen, die Steuergesetzgebung verlangt vom Zensiten Spezialkenntnisse, ohne sie ist auch die ehrliche Veranlagung unmöglich.

Wir behaupten nicht, daß unsere fünf Punkte die Hauptmängel der deutschen Besitzsteuergesetzgebung restlos darstellen.

Eine nähere Untersuchung des Anteils der einzelnen Reichsteuern an dem steuerlichen Gesamtaufkommen ergibt recht beachtliche Resultate. Im Steuerjahr vom 1. April 1922 bis zum Ende März 1923 trugen zu den Reichseinnahmen bei:

Einkommensteuer (vorwiegend Steuerabzug!)	35%	Umsatzsteuer	15%
Kohlensteuer	16%	Ausfuhrabgaben des Reichsfinanzministeriums	10%
Zölle und Aufgeld	6%	Gesellschaftssteuer	1%
Tabaksteuer	4%	Reichsstempelabgabe von Kaufgeschäften	1%
Börsenumsatzsteuer	2%	Einnahme aus der Branntweinverwertung	1%
Güterverkehrsabgabe	3%	Zwangsanleihe	1%
Ausfuhrabgaben des Reichswirtschaftsministeriums	2%		

Bei den Zusammenstellungen des Reichs ist zu beachten, daß sie wahllos die Mark z. B. vom April 1922, vom Dezember 1922 und vom März 1923 zusammenzählen. Eine weitere Unklarheit wird dadurch geschaffen, daß viele Vorjahrssteuerpflichten in diesem Steuerjahr erst als Reichseinnahme erscheinen. Es fehlen bei den Einnahmen auch noch verschiedene Angaben aus dem besetzten Gebiet. Wir haben, um die größten Fehlerquellen etwas zu korrigieren, nur das Prozentverhältnis der Steuern zueinander dargestellt.

Welche Steuern usw. haben im vergangenen Jahre den Rest der Reichseinnahmen — rund drei Prozent — erbracht?

### Besitz- und Verkehrssteuern.

#### a) Fortdauernde Steuern:

Körperschaftssteuer	Stempel von Frachturkunden
Kapitalertragssteuer	Abgabe vom Personenverkehr
a) Reichsnotopfer	Zuwachssteuer
b) Abgaben nach § 37 des Vermögenssteuergesetzes	Reichsstempelabgabe von Gesellschaftsverträgen
Besitzsteuer	Wertpapieren
Erbschaftssteuer	Gewinnanteilschein und Zinsbogen
Grunderwerbssteuer	Lotterielosen und Wetteinsätzen
Vermögenssteuer	Erlaubniskarten für Kraftfahrzeuge
Wertpapiersteuer	Vergütungen an Mitglieder von Aufsichtsräten
Aufsichtsratssteuer	Geldumsätzen
Kraftfahrzeugsteuer	Grundstücksübertragungen
Versicherungssteuer	Versicherungen
Rennwettsteuer	
Lotteriesteuer	
Wechselstempelsteuer	

#### b) Einmalige Steuern:

Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs	Außerordentlich. Kriegsabgabe 1919
Außerordentlich. Kriegsabgabe 1918	Kriegsabgabe 1916 nebst Zuschlag Wehrbeitrag

### Zölle und Verbrauchssteuern.

Biersteuer  
Weinsteuer  
Schaumweinsteuer  
Mineralwassersteuer  
Essigsäuresteuer  
Zuckersteuer

Salzsteuer  
Zündwarensteuer  
Leuchtmittelsteuer  
Spielkartensteuer  
Statistische Gebühr  
Aus dem Süßstoffmonopol

Es ist im Rahmen einer Darstellung auf beschränktem Raum nicht möglich, auf die Einzelheiten einzugehen. Das Gesamtbild reicht aber schon zu dem Urteil aus, daß unsere Steuergesetzgebung, im besonderen die Besitzsteuergesetzgebung, auf im wesentlichen falschen Wegen wandelt.

\*

Heute ist die Ruhrbesetzung eine außenpolitische Frage, morgen wird sie eine innerpolitische, eine Frage der Steuergesetzgebung, sein. Es ist undenkbar, daß der alte Schwindel unserer bisherigen Steuergesetzgebung dann eine neue Auflage erlebt. Es wird auch kaum möglich sein, noch einige Lücken unserer Steuergesetzgebung zu entdecken, in die neue Steuern hineingeflickt werden können. Die Besitzbesteuerung muß deshalb grundsätzlich umgebaut werden. Dies unter Beachtung von zwei Gesichtspunkten. Die Steuern müssen automatisch einlaufen, ebenso wie die Lohnsteuer, außerdem müssen sie die Bewegung der Mark mitmachen. Den Sozialdemokraten wird vorgeworfen, daß sie nur verstünden, Steuern für kleine Leute zu machen. Jetzt gilt es zu zeigen, daß auch ehrliche Steuern für den Besitz zu schaffen möglich ist. Bauen wir auf lange Sicht, deswegen mindestens hypothekarische Goldbelastung des echten Besitzes und ein Reichserbrecht, das an Deutschlands Zukunft denkt.

---

BERNHARD RÄUSCH:

### 1871 und 1918.

Zu den Hauptparadestücken seiner antideutschen Propaganda, mit denen Frankreich in sehr geschickter Weise in der Welt gegen Deutschland arbeitet, gehört der Vergleich zwischen der raschen Abtragung der französischen Kriegsschuld nach 1870/71 und der angeblichen Böswilligkeit, mit der sich Deutschland seinen Zahlungsverpflichtungen entzieht. So werden in einem in Amerika von der Ligue Souvenez-vous in Millionen Exemplaren verbreiteten Flugblatt, das auf die Unkenntnis der Durchschnittsamerikaner in europäischen Dingen spekuliert, die französischen Leistungen nach 1870/71 denen des heutigen Deutschland mit den Worten gegenübergestellt:

„Frankreich, obwohl geschlagen, blutend, zertreten und in Not, ließ es sich zur Ehre gereichen, in aufwallendem Patriotismus innerhalb eines Jahres die erste Rate von 2 Milliarden und ein Jahr vor Ablauf der Frist die 3. Milliarde aufzubringen, nur mit dem einen Ziel, das Land von der Faust des Siegers zu befreien.“

Der „Matin“ veröffentlichte kürzlich über das Verhalten Frankreichs nach dem Kriege 1870/71 einen Artikel von Stéphane Lauzanne, der in großen Massen im Rheinlande verbreitet wird. Nach der Erwähnung der anerkennenden Worte, die Kaiser Wilhelm I. am 15. März 1873 zu dem französischen Botschafter über die Abtragung der französischen Kriegsschuld geäußert hat, schließt der Artikel:

„Das ist ein Ausruf, den Herr Millerand bei keinem Empfang beim deutschen Botschafter wird hören lassen können. Deutschland hat doch größere Hilfsquellen als Frankreich. An der Ehrlichkeit fehlt's.“

Wie in so vielem, so hat auch hier die deutsche Propaganda bisher fast gänzlich versagt und den Franzosen bei einem Agitationsobjekt einen beträchtlichen Vorsprung gelassen, das sich bei näherem Zusehen als ein gewaltiger Aktivposten für Deutschland herausstellt. Ein Vergleich mit 1871 kann uns nur sehr willkommen sein. Unbeschadet aller Kritik, die wir Sozialdemokraten an den kurzzeitig brutalen Methoden der inneren Politik Bismarcks üben, erkennen wir doch die weise Mäßigung an, mit der dieser Staatsmann nach siegreichen Feldzügen, im Kampf gegen eine starke innere Opposition der preußischen Generale und Junker, seine besiegten Gegner behandelte, und ebenso die behutsame Umsicht, mit der er in den Jahrzehnten seiner Kanzlerschaft den europäischen Frieden zu erhalten strebte. Gewiß war die schonende Behandlung der Besiegten keineswegs der Ausfluß pazifistischer Regungen bei Bismarck, sondern lediglich das Ergebnis realpolitischer Erwägungen. Aber um so beschämender ist es in moralischer wie intellektueller Beziehung für die Poincaré, Millerand und Foch, die den liberal-humanitären Phrasenschwall der bürgerlichen Revolution im Munde führen, daß sie sich von dem preußischen eisernen Kanzler an wirklichen Friedens t a t e n weit in den Schatten stellen lassen müssen.

Bezeichnend ist schon die verschiedene Aufnahme, die die Friedensschlüsse von 1871 und 1920 bei den Völkern selbst gefunden haben. In Frankreich hatte man in Erinnerung an 1806 weit härtere Bedingungen erwartet und neben einer erheblich höheren Kriegsentschädigung vor allem den Verlust der Kriegsflotte und eine erhebliche Verkleinerung des französischen Heeres befürchtet. Bismarck widersetzte sich jedoch allen ihm dringend angeratenen Friedensbedingungen, in denen Frankreich eine besondere Erniedrigung erblickt hätte. Als am 21. Mai 1871 die Ratifikationsurkunden des Friedensvertrags ausgetauscht waren, erklärte er, daß die Regierungen der bisher feindlichen Staaten nur noch darauf bedacht sein dürften, wie sie, die an einem gegenseitigen guten



Einvernehmen ein so starkes Interesse hätten, sich wieder nähergebracht werden könnten.

Gewiß empfand das einst mächtige Frankreich bitter, einen Frieden aus den Händen der verachteten Deutschen entgegennehmen zu müssen. Die Zeit vom 26. Februar 1871, dem Tag der Unterzeichnung des Präliminarfriedens, und dem 10. Mai war von lebhaften Auseinandersetzungen über Auslegung und Durchführung der Bestimmungen des Vorfriedensvertrages erfüllt. Aber die Art, wie Bismarck auf französische Wünsche hinsichtlich des Zahlungsmodus und der staffelweisen Räumung einging, „aus Rücksicht für die jetzige Regierung und um Herrn Thiers' Position nicht zu erschweren“, zeigt einen weitsichtigen Verständigungswillen, der um so anerkennenswerter ist, als damals schon Revanchegelüste in Frankreich offen hervortraten, die Bismarck übrigens als Folge der deutschen Siege und des jahrhundertealten französischen Selbstgefühls voraussetzte. Bismarck wollte den deutschen Interessen dienen, aber bei seinem tiefen Gefühl für die natürliche Einheit des europäischen Staatensystems faßte er sie in einem Geiste auf, der mit den Interessen der andern Mächte parallel ging. Die deutsche Mäßigung im Jahre 1871 hat der Franzose Louis Guetant, Präsident der Lyoner Sektion der „Ligue des droits de L'Homme“, in einem Offenen Brief an Barthou nach der Genuaer Konferenz, auf der Barthou das Verhalten Frankreichs nach 1871 gerühmt hatte, mit den Worten anerkannt:

„Besiegt, mußte Frankreich doch keine Bedingungen annehmen, die sein Leben und seine Ehre gefährdeten. Es mußte das Elsaß zurückgeben, eine deutsche Provinz, die es seinerzeit dem Deutschen Reich kraft des Eroberungsrechts geraubt hatte, und einen Teil von Lothringen, in dem man einen Wall gegen Angriffe sah, die sich von Jahrhundert zu Jahrhundert (und in welcher barbarischer Form!) erneuert hatten; es mußte die Kriegskosten zahlen, die ein für allemal auf fünf Milliarden festgesetzt wurden. Aber es blieb Herrin seiner selbst, frei, seine Politik im Innern und nach außen einzurichten, wie ihm beliebte, es war geachtet, war souverän, der Sieger fügte ihm keine Beschimpfungen zu. Gemäß dem Gebrauch aller Zeiten und Völker wurde über den Vertrag, der den Krieg endete, zwischen den zwei Parteien unterhandelt; es war ein Friedensvertrag, ein Vertrag eines sofortigen Friedens, der vierzig Jahre dauerte und allgemeines Wohlergehen schuf, im Elsaß wie anderswo. Es gab kein zertretenes Volk, keine wirtschaftliche und finanzielle Katastrophe; jedes Volk erfreute sich der Früchte seiner Arbeit.“

Wie anders ist das Verhalten des heutigen Frankreich uns gegenüber! Deshalb die tiefe Enttäuschung gerade in der deutschen Demokratie über den klaffenden Gegensatz zwischen den uns vor dem Waffenstillstand gemachten Versprechungen und dem, was das Versailler Diktat und die ihm folgende Zeit uns auferlegten. Als wir 1918 die Waffen

übergaben, erwarteten wir, daß nach den Worten gehandelt würde, die aus dem Munde alliierter Staatsmänner so oft zu uns gedrungen waren. So sagte Wilson am 6. April 1918: „Wir sind bereit, bei der Schlußabrechnung gerecht gegen das deutsche Volk zu sein und mit Deutschland ebenso ehrlich zu verhandeln wie mit den andern Mächten.“ Im Gegensatz zu diesen Verheißungen wurde Deutschland nach einigen schwachen Versuchen Wilsons und Lloyd Georges, den französischen Imperialismus daran zu hindern, seine militärische und wirtschaftliche Hegemonie in Europa auf Kosten eines ruinierten Deutschlands aufzurichten, völlig im Stich gelassen. Während Deutschland nach 1871 im Interesse des europäischen Friedens alles tat, um Frankreich rasch wieder in den Sattel zu setzen, war bisher das Hauptziel der französischen Politik, Deutschland durch die seine Leistungsfähigkeit übersteigenden Forderungen dauernd in der Rolle des Vertragsbrechers zu erhalten, weil Frankreich anders nicht in den Besitz alles dessen zu gelangen hoffen kann, was es beim Versailler Vertrag noch nicht durchzusetzen vermocht hatte: den Rhein als strategisch politische Grenze und den maßgebenden Einfluß im rheinisch-westfälischen Industriegebiet als wichtigsten Bestandteil eines Europa beherrschenden großen französischen Erz- und Kohletrusts. Nur unter diesem Gesichtswinkel ist zu verstehen, was Poincaré am 26. Juli 1922 zu französischen Journalisten äußerte:

„Ich für meinen Teil ziehe die Besetzung und die Eroberung dem Geldeinstreichen und Reparieren vor. Das einzige Mittel, den Versailler Vertrag zu retten, besteht darin, es so zu arrangieren, daß unsere Gegner, die Besiegten, ihn nicht einhalten können.“

So ehrlich ist Herr Poincaré jedoch nur im vertrautesten Kreise. Vor der Welt und dem eigenen Volk ist er gezwungen, das Gesicht zu wahren, und da nach einem französischen Schriftsteller die Heuchelei die Huldigung ist, die das Laster der Tugend erweist, so heuchelt Herr Poincaré Milde und Friedfertigkeit. Wenn nur das böswillige Deutschland, das sich absichtlich selbst ruiniere, seinen Verpflichtungen nachkommen würde! Wie ganz anders wären doch nach 1871 die „heroischen“ Anstrengungen Frankreichs gewesen!

Wie sieht in dieser Hinsicht der Vergleich zwischen dem Einst und Jetzt in Wirklichkeit aus?

Der Frankfurter Friede vom 10. Mai 1871 setzte die deutschen Forderungen auf nur wenige erfüllbare Punkte fest und begrenzte die Summe der Kriegsentschädigung auf 4 Milliarden Goldmark, nachdem Bismarck ursprünglich 6 Milliarden Franken gefordert hatte. Wenn damals auch die Meinungen über die Zurücknahme Elsaß-Lothringens in Deutschland geteilt waren und diese damals von der Sozialdemokratie bekämpft wurde, so war das Land zwischen Wasgau, Rhein und Mosel doch immerhin uraltes deutsches Gebiet, mit dem 1681 mitten im Frieden geraubten Straßburg. Welch eine Magna Charta des Unrechts ist im

Vergleich zu jenem Frieden das Versailler Diktat, das in einem dicken Bande zum größten Teil unerfüllbare Forderungen unter gleichzeitigen sehr dehnbaren Drohungen erhebt! Von Deutschland wurde im Westen, Norden, Osten und Süden rein deutsches Gebiet gerissen, es verlor ein Achtel seiner Bodenfläche und ein Zehntel seiner Bewohner, und im Londoner Ultimatum vom 5. Mai 1921 wurde die deutsche Reparationssumme auf die phantastische Zahl von 132 Milliarden Goldmark festgelegt, die in 30 bis 40 Jahren zu zahlen seien. Wie sehr diese Forderung jeder wirtschaftlichen Vernunft widerspricht, beweist das Beispiel des englisch-amerikanischen Schuldabkommens, nach dem das Weltreich Großbritannien, das den Weltkrieg ungeschwächt überstanden hat und in der ganzen Welt ungeheure Rohstoffquellen besitzt, 4 Milliarden Dollar oder 16,8 Milliarden Goldmark unter Ermäßigung des Zinsfußes in 62 Jahren zu zahlen hat.

Von entscheidender Bedeutung ist die verschiedene wirtschaftliche Wirkung der Friedensverträge. Die Grundlagen des französischen Wirtschaftslebens blieben durch den Frankfurter Frieden unerschüttert. Der Handel, der 1869 6,3 Milliarden betragen hatte, stieg 1872 auf 7,15. Frankreich erhielt von Deutschland Meistbegünstigung, und Bismarck hat nicht nur die ihm von vielen Seiten empfohlene Annexion französischer Kolonien unterlassen, sondern darüber hinaus die Kolonialentwicklung Frankreichs in Afrika und Asien und sein wirtschaftliches Gedeihen nach Kräften gefördert.

Die gesamten finanziellen Verluste Frankreichs durch den Krieg 1870/71 betragen nach einer Aufstellung aus der damaligen Zeit in Franken: 5 Milliarden Kriegsentschädigung, 300 Millionen Zinsen, 275 Millionen Kosten für die Anleihen, 2,7 Milliarden Defizit der Kriegsjahre, 191 Millionen Unterbilanz der Besatzungsjahre. Unter Einrechnung aller Entschädigungen und materiellen Verluste in Elsaß-Lothringen beträgt die Endsumme 15,3 Milliarden Franken oder 12,5 Milliarden Goldmark.

Der Versailler Vertrag dagegen hat Deutschland durch Raub an Erzen, Kohlen, landwirtschaftlichen Ueberschußgebieten, sämtlicher Kolonien, seiner Handelsflotte, Auslandswerte usw. die Existenzgrundlage für seine 65 Millionen Menschen verhängnisvoll eingeengt, wovon die kürzlich veröffentlichte Denkschrift des Statistischen Reichsamts über Deutschlands Wirtschaftslage unter den Nachwirkungen des Weltkriegs ein wahrhaft erschütterndes Bild gibt. Allein die von Deutschland in Erfüllung des Versailler Vertrages bis Ende 1922 aufgebrauchten Sach- und Barleistungen (abgesehen von den sonstigen gewaltigen Verlusten) beziffern sich auf 42,78 Milliarden Goldmark. Diese gewaltigen Leistungen führten jedoch zum Ruin der deutschen Währung. Unter dem Druck der unerfüllbaren Forderungen des Londoner Ultimatus sauste die Mark hoffnungslos in den Abgrund. Während der Dollar im November 1918 noch auf 5,5 stand und sich vor dem Londoner Ultimatum einige Monate lang auf 63 hielt, wirbelte er nach dem Ultimatum auf

den Stand von 29 000 im April 1923 empor. Ohne in- und ausländische Kredite kann Deutschland seine Reparationsschuld ebensowenig abtragen, wie Frankreich es nach 1871 ohne Kredite hätte tun können. Aber Deutschland hat erst Kredit, wenn die ihm auferlegten wahn-sinnigen Forderungen auf das Maß reduziert sein werden, das es abzu-leisten imstande ist. Die Anstrengungen, die Deutschland zur Erfüllung des Versailler Vertrages gemacht hat, gehen bereits jetzt weit über das hinaus, was Frankreich nach 1871 insgesamt geleistet hat. Das er-kannte Lloyd George in einem Artikel vom 20. Januar 1923 mit erfreu-licher Objektivität an, in dem es heißt:

„Nunmehr, nachdem Deutschland zu Boden getreten wird, ist es wichtig, sich daran zu erinnern, daß Deutschland an Auslagen für die Besatzungsarmee und Reparationszahlungen an die Alliierten bereits das dreifache der gesamten, von Bismarck 1871 geforderten Kriegs-entschädigung gezahlt hat. Niemand darf deshalb an dieses Problem mit der Auffassung herantreten, als ob man es mit einem widerspen-stigen Lande zu tun habe, das absichtlich die Anerkennung der Ver-pflichtungen des von ihm unterzeichneten Vertrages weigere.“

Während Deutschland sich jedoch bis heute in der Welt vergeblich nach Krediten umgesehen hat, schwamm Frankreich nach 1871 förmlich im Gelde. Die französische Regierung erhielt am 20. Juni 1871 von der Nationalversammlung die Erlaubnis zur Auflegung einer Anleihe von 2 Milliarden. Der Ausgabekurs betrug 82,5. Es wurden von 300 000 Zeichnern 4,897 Milliarden zur Verfügung gestellt, doch nur 2,225 zu einem Zinsfuß von 6,06 ausgegeben. Die ersten fünf Zahlungen an Deutschland in Höhe von 500 Millionen wurden vom 1. Juni bis 31. Juli 1871 in Straßburg geleistet. Ende September waren 1½ Milliarde be-zahlt und dementsprechend erfolgte die Räumung der besetzten Teile Frankreichs, von denen nur noch 12 Departements besetzt blieben. Mit Rücksicht auf diese Gebiete entschloß sich die französische Regierung im Juli 1872, den Rest der Kriegsentschädigung von 3½ Milliarden durch eine Anleihe aufzubringen. Der Ausgabekurs betrug 84,50, die Zinsen 6,17 Proz. Besondere Agenturen wurden in London, Brüssel, Amsterdam, Hamburg, Frankfurt und Berlin errichtet. Die Zeichnung ergab 2,5 Milliarden in Renten und 43,9 Milliarden in Kapital. 40 Mil-liarden konnten also zurückgewiesen werden! Am 13. November 1872 führte Thiers in seiner Botschaft an die Nationalversammlung stolz aus: Frankreich habe seine Kredite mehr als je gefestigt gesehen, 8 Mil-liarden in zwei Jahren bezahlt, ohne Störung in den Geschäften, habe die Steuern ohne Ruin für die Steuerzahler erheben können, das Gleich-gewicht in den Finanzen hergestellt, beinahe 200 Millionen für die Amor-tisation aufbringen können, und doch habe sich der Umsatz der Industrie und des Handels um mehr als 700 Millionen in einem Jahre vermehrt, Trotz der französischen Devisenkäufe blieb während dieser Finanzope-rationen die Goldwertigkeit der französischen Wäh-

rung bestehen, weil die Zahlungsbilanz Frankreichs aktiv blieb.

Die 4 Milliarden Kriegsschädigung hatten übrigens nicht die fördernde Wirkung auf die deutsche Wirtschaft, die man bei uns erwartet hatte. Die starke Goldinflation führte zu einer ungesunden Treibhausatmosphäre der Unternehmungslust. Allein im Jahre 1872 wurden 503 Aktien-Gesellschaften ins Leben gerufen, bis dann im Mai 1873 der große Krach kam, dem eine mehrjährige schwere Wirtschaftsdepression folgte. Deshalb stellte Leon Say in seinem Finanzbericht vor der französischen Kammer 1875 mit Schadenfreude fest, daß die Wirtschaft Frankreichs durch die Kriegsschädigung keinen Schaden erlitten hätte, während „andere Nationen unter einer schweren finanziellen Krise gelitten haben, deren Wirkungen auf mehreren kontinentalen Plätzen höchst unselig waren“. Und in Deutschland gab es nicht wenige Volkswirte, die die französische Kriegsschädigung als ein Danaergeschenk bezeichneten.

Die Tatsache, daß Frankreich die am 1. März fälligen 4 Milliarden Goldmark schon am 5. März 1873 gezahlt hat, soll gewiß nicht verkleinert werden. Aber sie beweist doch in der Hauptsache, daß sich die deutschen Forderungen nur im Rahmen des Erfüllbaren gehalten hatten, und ferner, daß Deutschland vertragstreu blieb und nicht nach den Methoden Poincarés immer größere Summen nachträglich herauszupressen versuchte, um den Vertragsgegner absichtlich zu ruinieren. Deutschland förderte im Gegenteil die Bewegung der französischen Wirtschaftskräfte, um ihnen die Erfüllung des Vertrages zu erleichtern.

Auch hinsichtlich der Besetzung kann uns ein Vergleich zwischen 1871 und heute nur sehr erwünscht sein. Die deutsche Besetzung französischen Gebiets dauerte  $30\frac{1}{2}$  Monate, vom 3. März 1871 bis 16. September 1873. Die Besetzung der Rheinlande soll vertragsmäßig 15 Jahre dauern, und trotz dieser langen Zeitdauer erklärte Poincaré immer wieder, daß die Besetzungsfristen noch nicht zu laufen begonnen hätten.

Deutschland hatte 1871 zuerst 19 Departements besetzt, nach vier Monaten jedoch nur noch 6 Ostdepartements und Belfort. Es hat die beiden ersten Räumungsfristen absichtlich verfrüht, um Frankreich entgegenzukommen und das Prestige seiner Regierung zu stärken. Frankreich dagegen hat unter offenem Bruch von Vertrag und Recht das besetzte Gebiet immer weiter ausgedehnt, ist in das Ruhrgebiet und weitere große Teile Nord- und Süddeutschlands mit bewaffneter Macht eingedrungen.

Die deutsche Besetzung in Frankreich betrug vom November 1871 ab nur 50 000 Mann. Die französisch-belgische Besatzungsarmee allein in den Rheinlanden (mit Ausnahme der neubesetzten Gebiete) beziffert sich auf 145 000 Mann. Die deutschen Besatzungskosten betragen 1871/73 in  $30\frac{1}{2}$  Monaten 0,3 407 375 Milliarden Goldfranks. Jeder deutsche Soldat kostete also täglich 3,31 Goldfranks, weil von Deutschland

nur Unterhalt und Verpflegung verlangt wurden, und nicht alle jene unerhörten Leistungen und Lieferungen, auf die die Franzosen heute Anspruch erheben. Dagegen betragen die französischen Besatzungskosten in den Rheinlanden heute in 30 $\frac{1}{2}$  Monaten 6,024 497 057 Goldfranks, also das 17 $\frac{1}{2}$ fache der ehemaligen deutschen Besetzung. Jeder französische Soldat in den Rheinlanden kostet uns täglich 33,83 Goldfranks, also das 11,2fache dessen, was ein deutscher Besatzungssoldat 1871/73 den Franzosen.

Nur 2 Monate französischer Rheinlandbesetzung verschlingen heute 395,048 986 Goldfranks, das sind 54 Millionen mehr, als die ganze 30 $\frac{1}{2}$ -monatige deutsche Besetzung in Frankreich gekostet hat.

Das für den Geist des heutigen Frankreich Beschämendste aber ist der krasse Unterschied zwischen einst und jetzt in dem moralischen Verhalten der Besatzungstruppen gegenüber der Bevölkerung der besetzten Gebiete. Die vor der vereinbarten Frist erfolgte Räumung war das Schlußglied einer Kette geflissentlicher Schonung und Entgegenkommens von deutscher Seite, und wenn Thiers, kurz bevor die deutschen Besatzungstruppen 1873 Frankreich verließen, sein Werk über die Geschichte des Konsulats und des Kaiserreichs dem deutschen Oberbefehlshaber von Manteuffel mit einer Widmung überreichte, in der er ihm Dank und Anerkennung für die „humane und hochherzige Verwaltung der besetzten Gebiete“ aussprach, so war das mehr als ein Akt bloß äußerlicher Höflichkeit. Man braucht daneben nur die leidenschaftlichen Worte des Regierungspräsidenten Dr. Grützner an General Degoutte nach dem Essener Arbeitermord zu halten, um den ganzen Abstand zwischen einst und jetzt zu ermessen. Sicherlich waren die preußischen Generale damals ebensowenig schneeweiße Engel, wie sie es jemals gewesen sind, und der Druck der Besetzung wurde von der französischen Bevölkerung oft genug als hart und unerträglich empfunden. Aber entscheidend bleibt doch, daß „das wohlwollende Entgegenkommen in Berlin“, von dem der Franzose Hanotaux in seinem Buch „Das zeitgenössische Frankreich“ spricht, sich auch auf die deutschen Besatzungsbehörden übertrug. Dafür ist ein deutscher Tagesbefehl aus dem Jahre 1871 bezeichnend:

„Wenn der Krieg oft zu energischen Maßnahmen gezwungen hat, so legt uns der Friede die Verpflichtung zu möglichster Rücksichtnahme auf. Wir sind die Sieger. Es ist daher unsere Pflicht, großmütig zu sein und die Empfindlichkeiten der Besiegten zu schonen.“

Jedenfalls war im deutschen Heer im Gegensatz zu der heutigen Armee des „ritterlichen“ Frankreich die Stimmung lebendig, die General von Clausewitz einmal in die Worte gekleidet hatte: „Eine Stellung mit dem Fuß auf dem Nacken eines andern ist meinem Empfinden zuwider.“



ALBIN MICHEL:

## Rumänien in der neuesten Zeit.

Ueber die letzten großen politischen Demonstrationen in Rumänien bei Gelegenheit der Einführung der neuen Verfassung sind nur wenige Nachrichten ins Ausland gekommen. Aber daß diese Demonstrationen, die übrigens durchaus nicht auf die Hauptstadt beschränkt blieben, ziemlich ernster Natur waren, ergibt sich auch aus den wenigen Meldungen, die in das westliche Europa vordrangen. Als nach Beendigung des Krieges Rumänien große Gebiete erhielt, wurde in Bukarest immer wieder betont, daß die rumänische Regierung den ehrlichen Willen zeigen werde, das Problem der fremden Nationalitäten in einer wirklich demokratischen Weise zu regeln. Von allen diesen Versprechungen ist nichts gehalten worden, am allerwenigsten entspricht die neue Verfassung den gemachten Zusicherungen.

Wenn Land- und Bevölkerungszuwachs für ein Land als Gewinn zu betrachten sind, so gehört Rumänien mit zu den Kriegsgewinnern; dem durch Einverleibung von Transsylvanien, Bessarabien und der Bukowina ist das Land annähernd auf das Doppelte seines früheren Umfanges angewachsen, und die Bevölkerungszahl ist sogar um mehr als 100 Prozent gestiegen. Mit seinen 15—16 Millionen Einwohnern kommt heute Rumänien an Bevölkerungszahl gleich hinter Spanien. Es ist demnach zu einer recht ansehnlichen Mittelmacht geworden und zeigt die Ambition und — so könnte man hinzufügen — auch die Schwäche, eine Großmacht zu werden. Nach Beendigung des Krieges liebäugelte man am rumänischen Königshofe sehr stark mit der Idee, Rumänien und Ungarn durch eine Personal-Union enger zu verbinden. Dieses den Großmachtkitzel des Königs und mancher rumänischen Politiker stark anreizende Projekt kann heute wohl als aufgegeben angesehen werden. Aber auch im jetzigen Groß-Rumänien sind die Grenzen noch nicht so sicher. Mögen Siebenbürgen und die Bukowina nach Lage der Verhältnisse auf unabsehbare Zeit zum sicheren Bestand Rumäniens gehören, so kann die Einverleibung von Bessarabien schon weniger als ein Definitivum gelten. So oft Rumänien schon den Versuch gemacht hat, bei Rußland die Anerkennung der Dnjestergrenze durchzusetzen, hat die russische Regierung abgelehnt, und es ist durchaus nicht unmöglich, daß Rumänien über kurz oder lang Bessarabien wieder herausgeben muß.

Auch nachdem Rumänien selbständig geworden war, hat es immer zu den Ländern gehört, die man als Halb-Asien bezeichnet hat. Rumänien hatte immer eine Art Halbdespotie, die allerdings nicht von einem einzigen, vom König, ausgeübt wurde, sondern von einer kleinen Clique von Politikern. Auch die Besitzverhältnisse erinnerten an alte Sklavenstaaten. Die fruchtbarsten

Gebiete des Landes, mehr als die Hälfte des gesamten rumänischen Bodens, waren Eigentum von rund 4500 Großgrundbesitzern. Weit über 400 000 Bauern hatten einen so geringen Bodenbesitz, daß sie von den Großgrundbesitzern Land hinzupachten mußten und dadurch von ihnen abhängig wurden. Trotz der überaus großen Fruchtbarkeit des Bodens lebte die große Masse der rumänischen Landbevölkerung in den elendesten Verhältnissen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung litt an Unterernährung. Es gibt große Dörfer, wo nicht ein einziger Mensch lesen oder schreiben kann. Diese Unbildung in Verbindung mit den schlechten Ernährungs- und Wohnungsverhältnissen, und auch weil die einfachsten Gebote der Hygiene noch unbekannt sind, hatten zur Folge, daß verschiedene Krankheiten eine große Ausbreitung gewannen. In keinem anderen Lande Europas ist die Tuberkulose so verbreitet wie in Rumänien, ebenso sind die Pellagra, die nach dem Genuß unreifen Mais entsteht, und die Syphilis Krankheiten, die in der rumänischen Landbevölkerung ständig große Opfer fordern. Die Verelendung der großen Bevölkerungsmasse zeigte sich in einem Grade, daß schon seit mehr als zwei Jahrzehnten eine wesentliche Verringerung der Militärtauglichkeit festgestellt werden mußte. Zwar werden es im nächsten Jahre bereits sechs Jahrzehnte, daß die Hörigkeit der Landproletarier aufgehoben worden ist, aber die ganze Art, wie der rumänische Kleinbauer leben mußte, wie er sich beim Großgrundbesitzer um Land bewarb, wie seine Existenz nur von dem guten Willen des Bojaren und seines Vertreters abhing, hat bewirkt, daß die Hörigkeit, wenn auch nicht formaljuristisch, so doch in der Wirklichkeit weiter bestehen blieb.

Rumänien ist noch heute vorwiegend Agrarland. Durch das Industrieförderungsgesetz, das in den achtziger Jahren eingeführt wurde, sind zwar mancherlei Industriezweige, Glas-, Zement- und Tuchfabriken, Brauereien, Brennereien und Mühlen entstanden, aber die industrielle Entwicklung ging doch langsamer vor sich, als vor drei und vier Jahrzehnten angenommen worden war. Nur die Erdölindustrie gewann eine große Ausdehnung. Das in dieser Industrie investierte Kapital wird heute auf 2,5—3 Milliarden Lei eingeschätzt. Davon ist allerdings nur ein sehr kleiner Teil rumänisches Kapital. Noch in der Kriegszeit ist berechnet worden, daß nur 7 % des in der rumänischen Erdölindustrie angelegten Kapitals aus dem Lande selbst stammte, wogegen 93 % der angelegten Kapitalien Ausländern gehörten. Heute ist es namentlich englisches, französisches und nordamerikanisches Kapital, das in der Erdölindustrie Rumäniens festgelegt ist, aber auch belgische, schweizerische, holländische und tschechoslowakische Kapitalisten sind mit ansehnlichen Summen beteiligt. Die Eisen- und Maschinenindustrie, die vordem in Rumänien nur schwach vertreten war, hat durch die Einverleibung von Siebenbürgen eine wesentliche



Erstarkung erfahren. In Siebenbürgen sind noch reiche Erzlager auszubeuten, und in den alten Sachsenstädten Germanenstadt und Kronstadt bestehen immerhin einige Dutzend nicht unbedeutender Maschinenfabriken. Bei dem großen Bedarf Rumäniens an landwirtschaftlichen Maschinen kann die Maschinenindustrie sehr stark erweitert werden.

Durch die Annexion Siebenbürgens und der Bukowina, aber auch durch den Krieg und weiter beeinflußt durch die russische Revolution, hat sich in der Struktur Rumäniens doch manches geändert. Zunächst stehen die Bewohner dieser beiden Gebiete nach ihrem Bildungsstande doch auf einer höheren Stufe als die große Masse des altrumänischen Bauernvolkes. Regierungsmethoden, wie sie während des letzten halben Jahrhunderts in Rumänien selbstverständlich waren, werden sich dieser Bevölkerung gegenüber auf die Dauer kaum aufrecht erhalten lassen. Dann hat sich aber auch seit dem Kriege und seit der russischen Revolution die rumänische Bauernschaft ganz gewaltig geändert. Auch in Rumänien hat der Bauer angefangen, sich zu wehren. Er ist nicht mehr in demselben Grade wie früher der stumme Bedrückte, der die Lasten stillschweigend trägt, die der Bojar ihm aufzulegen für gut findet. Er verlangt die Aufteilung des großen Grundbesitzes und die Vergrößerung des Bodenbesitzes der Zwergbauern. So ist eine große Bauernpartei entstanden, die mit dem „Tritt der Bauernbataillone“ droht. Eine der wichtigsten Forderungen der Bauernpartei ist die, daß alles Land enteignet werden soll, das nicht vom Besitzer selbst bewirtschaftet wird. Das richtet sich vor allem gegen die großen Grundeigentümer, die fast nie auf ihren Gütern anwesend sind, sondern abwechselnd in Bukarest, Paris oder in irgendeinem westeuropäischen Modebad leben und sich damit begnügen, die Einkünfte zu verzehren, die ihnen die Verwalter ihrer Güter überweisen. Noch in anderer Weise ist in der Struktur des vergrößerten Rumäniens eine Aenderung eingetreten. Die Bukowina und Siebenbürgen sind Gebiete, die nur bei sehr guten Ernten keine Getreideeinfuhr nötig haben, in Jahren mit weniger guten Ernten muß dort Getreide eingeführt werden.

Rumänien wird innerlich kaum mehr zur Ruhe kommen, ehe nicht die Forderungen der Bauernpartei wenigstens zu einem Teil durchgeführt worden sind. Die rumänische Regierung hat aber noch andere Aufgaben und Sorgen. Dazu gehört die Aufgabe, die neugewonnenen Gebiete mit den altrumänischen Landesteilen organisch zusammenzuschließen. Hier zeigen sich aber mancherlei Schwierigkeiten. Sind schon die nationalen Gegensätze — in Rumänien wohnen jetzt allein annähernd eine Million Deutsche — nicht so leicht zu überbrücken, so zeigen sich auch überall finanzielle Schwierigkeiten. Als Rumänien in den Krieg zog, hatte es gegen zwei Milliarden Lei Staatsschulden; heute kann die rumänische

Staatsschuld auf 35—36 Milliarden Lei beziffert werden. Die Eisenbahnen, ebenso wie andere Verkehrseinrichtungen, sind vollständig heruntergewirtschaftet, und alle bisherigen Versuche, das Verkehrswesen wieder auf den Vorkriegsstand zu bringen, sind bisher gescheitert. War es schon unmöglich, die Eisenbahnlinien technisch wieder auf die Höhe zu bringen, so stellen sich allen den Plänen, die darauf ausgehen, die neugewonnenen Landesteile mit den alten Gebieten durch Eisenbahnen enger zu verbinden, um so größere Schwierigkeiten in den Weg.

So muß auch Rumänien als „Siegerstaat“ die Wirkung des vergangenen Krieges verspüren, es muß einsehen, daß auch nach einem großen Land- und Bevölkerungsgewinn nicht alle Blütenträume reifen. Erst recht werden aber die großen Grundbesitzer Rumäniens lernen müssen, daß sich ihre Oberherrschaft und ihr Ausbeutungssystem in der alten primitiven Form nicht mehr lange aufrecht erhalten lassen.

ALBERT FALKENBERG:

## Das Mitbestimmungsrecht der Beamten.

Seit die Frage des Mitbestimmungsrechts der Beamten in Deutschland ernsthaft diskutiert wird, ist sie mehr oder weniger als politisches Problem behandelt worden, dessen Klärung sich infolge parteipolitischer Stellungnahme immer schwieriger gestaltet hat. Eine gerechte Lösung dieser Frage kann nur erreicht werden, wenn mit ihr die Demokratisierung der Verwaltung beginnt. Demokratisierung der Verwaltung aber ist Sache der Gesamtheit, nicht einer Partei.

Der Inhalt des Begriffs „Demokratisierung der Verwaltung“ ist bisher kaum irgendwo so weitgehend ausgeschöpft worden, daß eine brauchbare Grundlage für die Aufnahme der praktischen Arbeit vorhanden wäre. Weder Verwaltungsreform von oben, noch die Einsetzung fruchtloser Sparsamkeitskommissionen treffen den Nerv des Demokratisierungsproblems. Demokratisierung der Verwaltung ist Menschenreform etwa in dem Sinne, wie sie von dem ehemaligen Generalpostmeister der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Hays, für den von ihm verwalteten Betrieb folgendermaßen umschrieben wird:

„Die Postanstalt ist keine Einrichtung, um Profit zu machen oder Politik zu treiben. Sie ist eine Betriebseinrichtung. Nichts soll unversucht gelassen werden, um die Betriebsführung menschlicher zu gestalten. Arbeit ist keine Ware. Im Betriebe sind 300 000 Angestellte beschäftigt. Sie haben Hand und Kopf, die Arbeit wohl zu verrichten, und auch mit dem Herzen sollen sie bei der Sache sein.“

Was hier für eine Betriebsverwaltung gefordert wird, muß grundsätzlich für alle staatlichen Verwaltungszweige verlangt werden: mehr

Herz, d. h. die Möglichkeit für Persönlichkeitsentfaltung schaffen, mindestens aber auch, dem auf der untersten Sprosse des Beamtentums Stehenden unter eigener Verantwortung den Weg zur Mitarbeit an der Gestaltung eigener Geschicke sowie für Betriebskontrolle und Betriebsverbesserung garantieren. Daß diese Forderung ohne Gewährung eines klar abgegrenzten Mitbestimmungsrechts erfüllt werden könnte, wird auch in den Kreisen nicht behauptet werden, die Tradition und politische Auffassung an der Vertretung dieser für Beamtentum und Staat grundsätzlich bedeutungsvollen Forderung hindern. Anstatt darüber zu streiten, ob an Stelle des Wortes „Mitbestimmung“ das Wort „Mitwirkung“ zu setzen sei, sollte daher zunächst einmal zur Klärung der Grundsatzfrage geschritten werden, wie weit die Fähigkeiten zur Betriebsgestaltung in der gesamten Beamtenschaft (auch derjenigen der unteren Besoldungsgruppen) reichen. Die falsche Gesichtseinstellung maßgeblicher Kreise kann nur paralytisch werden durch äußerste Zurückhaltung bei der Aufstellung von Forderungen durch die Beamtenorganisationen. Nur auf diesem Wege kann der Beweis erbracht werden, daß die Beamtenschaft das Problem erfaßt hat und nicht etwa darauf ausgeht, sich mit Hilfe eines Beamtenrätegesetzes die Möglichkeit einer abwegigen Einmischung in Verwaltungsangelegenheiten zu verschaffen.

Wer die politische Umwälzung der Novembertage des Jahres 1918 und ihre Auswirkungen auf das Beamtentum aus nächster Nähe hat miterleben dürfen, weiß, daß viele Beamten, die damals über Nacht ihr freiheitliches Herz entdeckten, längst in die Hürden traditioneller Anschauungen zurückgekehrt sind, ja, sich vielfach sogar zu Gegnern der republikanischen Staatsform entwickelt haben, auch wenn sie heute noch immer nicht den Mut aufbringen, ein offenes Bekenntnis ihrer Neueinstellung abzulegen. Auch diese Tatsache muß bei der Beantwortung der Frage des Mitbestimmungsrechts in Betracht gezogen werden. Sie wird besonders stark in Rechnung gestellt bei den Verwaltungsstellen, deren Inhaber Mitglieder linksgerichteter Parteien sind. Kein Wunder, daß gerade auf dieser Seite aus dem Einblick in die Mentalität weiter Beamten-schichten Hemmungen gegen die Gewährung eines natürlichen Mitbestimmungsrechts erwachsen sind. Diese Hemmungen werden nur überwunden werden, wenn es gelingt, ihre Ursache auszuräumen. Das aber ist im wesentlichen eine Frage politischer Erziehung, die nicht ohne den Nachweis politischer Praxis zugunsten der deutschen Republik gelöst werden kann.

In wie hohem Maße sie nicht zuletzt auch durch die passive Resistenz der immer noch in den Bahnen obrigkeitlicher Tendenzen arbeitenden geheimrätlichen Bürokratie sabotiert wird, braucht hier im einzelnen nicht dargelegt zu werden. Tatsache ist jedenfalls, daß gegen das Mitbestimmungsrecht von dieser Seite zurzeit das schwerste Geschütz aufgeföhren wird. Die in den politischen Parteien sitzenden

Gegner werden gewissermaßen von amtlicher Seite mit Munition versehen, ohne die es ihnen oft an der aufzubringenden Initiative fehlen würde.

Wenn im Laufe des Jahres 1919, als der Beamtenrätegedanke von dem zuständigen Reichsressort in Behandlung genommen wurde, die Forderung des Mitbestimmungsrechts als eine Art Einbruch in das ur-eigenste Herrschaftsgebiet der höheren Verwaltungsinstanzen empfunden wurde, wird das niemand wundernehmen, der die negativen Auswirkungen einer Ueberspannung revolutionärer Tendenzen in der Verwaltung in Rechnung stellt. Daß aber auch seitdem nicht eine Klärung, sondern vielmehr eine verschärfte Ablehnung des Rätegedankens im Beamtentum und vor allem des Mitbestimmungsrechts hat Platz greifen können, beweist doch die politische Rückständigkeit gerade jener Kreise, die sich zur Führung in der Demokratisierung der Verwaltung berufen fühlen sollten. Aber auch diese Rückwärtsentwicklung hat das Problem nicht auslöschen können. Mit jedem neuen Tage pocht es vernehmlicher an die Türen derjenigen Stellen, die bisher glaubten, ihm ausweichen zu können, indem sie sich tot stellten oder aber die Begriffe Autorität und Disziplin im alten Gewande als Waffen für die Kriegführung im Volksstaate ausgaben. So geht es nicht. Das zeigt der Zustand, in dem sich die Beratung des Regierungsentwurfs eines Beamtenräte-Gesetzes im 23. Ausschuß des Reichstags zurzeit befindet.

Die Verhandlungen stagnieren, weil die Entscheidung über den Inhalt des Begriffs Mitbestimmungsrecht und seinen Wirkungsbereich die grundsätzliche Stellungnahme aller verhandelnden Instanzen fordert. Das bedeutet, daß die Problemstellung nicht mehr umgangen werden kann. Und wenn die bisherigen Debatten keinen andern Erfolg gezeitigt haben als wenigstens den Gewinn der instinktiven Erkenntnis, daß mit der Lösung der Frage des Mitbestimmungsrechts nicht nur eine grundsätzliche Entscheidung über die fortschrittliche Entwicklung des deutschen Berufsbeamtentums herbeigeführt, sondern auch über Revolutionierung der Staatsverwaltung als eines im Dienste der Volksgesamtheit arbeitenden Organs entschieden wird, dann darf dieses Ergebnis immerhin als ein nicht zu unterschätzendes Plus gewertet werden.

Allerdings kommt es jetzt darauf an, eine Plattform herzustellen, von der aus wenigstens die Fortentwicklung des Mitbestimmungsrechts nicht unmöglich gemacht wird. Die Aussichten hierfür sind nicht allzu günstig. Schon in der zweiten Lesung des Regierungsentwurfs hat das Recht der Mitbestimmung eine Auslegung erfahren, die geeignet ist, den Zweck des Beamtenrätegesetzes aufzuheben. Die Formulierung dieser Begriffsauslegung ist am Schlusse des § 33 des Regierungsentwurfs in folgender Fassung erfolgt:

„Das Recht der Mitbestimmung bedeutet, daß bei mangelnder Einigung zwischen Dienstvorgesetzten und Beamtenrat der letztere Beschwerde an die nächsthöhere Instanz einlegen kann. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.“

Ein Bekenntnis zu den Schlichtungsausschüssen, die naturgemäß untrennbar mit dem Mitbestimmungsrecht verbunden sind, hat ein Vertreter der Reichsregierung am 8. März 1923 im 23. Ausschusse des Reichstags in folgender Form abgelegt:

„Die Regierung erkennt die Schlichtungsausschüsse mit bindender Entscheidung für folgende Fälle an:

1. Wahlverfahren und Zusammensetzung der Beamtenräte (§ 17).
2. Aberkennung der Mitgliedschaft von Mitgliedern der Beamtenräte (§ 25, 1).
3. Einspruch gegen die Geschäftsordnung und noch näher zu bestimmende Punkte der Geschäftsführung der Beamtenräte (§ 29, 4).
4. Bei Kündigung von Beamten, Anwärtern und Arbeitern, die nach § 12, 2 und § 13, 4 des Betriebsrätegesetzes nicht als Arbeitnehmer im Sinne des Betriebsrätegesetzes gelten (§§ 2 und 3).“

In der Erklärung ist ausdrücklich hervorgehoben worden, daß das Reichskabinett die Zustimmung zu der vorstehend wiedergegebenen Stellungnahme von der Wiederherstellung des § 25, 2 der Regierungsvorlage, wonach die Möglichkeit besteht, ein Mitglied des Beamtenausschusses für seine Tätigkeit als solchen durch den höchsten Vorgesetzten zur Verantwortung zu ziehen, abhängig mache. Außerdem müsse im § 33 das Wort „Mitbestimmung“ durch „Mitwirkung“ ersetzt und die Formulierung des Mitbestimmungsrechts im § 33 gestrichen werden.

Diese auf Kabinettsbeschluß zurückzuführende Formulierung versagt so gut wie alles, was über den Weg des Beamtenrätegesetzes zur geistigen Umstellung in der Verwaltungspraxis führen könnte. Sie enthält lediglich ein formales Zugeständnis aus politischen Gründen, um Konzessionen zu machen an eine Beamtenschaft, von der man hofft, daß sie unter dem auf ihr lastenden außerordentlichen wirtschaftlichen Druck auch diese Verkümmerng neuzeitlichen Rechts hinnehmen wird. Auch der verschiedentlich von den Beamtenorganisationen erbrachte schlüssige Beweis, daß das von den Beamten geforderte Maß des Mitbestimmungsrechts weder in die verfassungsmäßigen Rechte des Parlaments noch in die Verantwortlichkeit der Minister eingreift, hat Reichsregierung und preußische Regierung nicht bewegen können, ihren grundsätzlichen Widerstand aufzugeben. Durch ihre ablehnende Haltung würde im Falle der Verabschiedung des Gesetzentwurfs in der von der Reichsregierung erstrebten Form u. a. eine unterschiedliche Rechtsstellung der in ein und derselben Verwaltung bediensteten Staatsarbeiter und Beamten geschaffen werden. Ein solcher Zustand kann nicht der Verringerung der Reibungsflächen innerhalb der Verwaltung dienen.

Darauf aber kommt es an, wenn man mit der Demokratisierung der Verwaltung ernst machen will. Die Beamtenräte sollen keine Recht schaffende, sondern Recht kontrollierende Instanzen sein. Die Fragestellung darf deshalb nicht lauten: Mitbestimmungsrecht oder Mitwir-

kungsrecht? Das Beamtenrätegesetz muß vielmehr unter namentlicher Ausführung der den Beamtenräten zufallenden Aufgaben eine präzise Abgrenzung des Mitbestimmungsrechts enthalten. Die Beamtenräte können nach den von den Beamtenorganisationen aufgestellten Rätegesetzentwürfen weder über den Rahmen der bestehenden Gesetze und Verordnungen hinausgehen, noch haben sie die Möglichkeit, innerhalb dieses Rahmens eine diesen Gesetzen widerstrebende Tätigkeit auszuüben. Dieser Tatbestand hat auch in den Verhandlungen des 23. Ausschusses des Reichstags von keiner Seite durch Anführung von stichhaltigen Gründen aus der Welt geräumt werden können. Wenn das hätte geschehen können, dann wäre den Beamtenräten nicht das Recht der Mitbestimmung eingeräumt worden bei Aufstellung der Dienststundenpläne und des jährlichen Urlaubsplans, bei Versetzungen in den Ruhestand, bei Entlassungen, Urlaubsverweigerungen u. a. m.

Ob der vorliegende Entwurf eines Beamtenrätegesetzes zum Scheitern verurteilt sein wird, ob er, mit inneren und äußeren Schönheitsfehlern belastet, schließlich auch vor den Augen der Beamten Gnade finden wird, läßt sich nicht voraussagen. Das eine ist schon heute gewiß: in welcher Form immer der Entwurf Gesetz werden mag, er wird Torso bleiben, bestenfalls ein Anfang, von dem aus — trotz aller ihm anhaftenden Unzulänglichkeiten — eine Entwicklung ihren Ausgang nehmen könnte, wenn die Spitzenorganisationen der Beamten die ihnen anfallende Aufgabe der Beamtenräteschulung unverzüglich und mit dem Ziel vorstehend gekennzeichnete Problemlösung in Angriff nehmen würden. Mit der vielfach noch heute in der Beamtenschaft herrschenden Meinung, das Beamtenrätegesetz sei als ein Geschenk aus den Händen der neuen Staatsgewalt hinzunehmen, muß aufgeräumt werden. Wenn die Beamten zu den Arbeitnehmern gezählt zu werden beanspruchen, so kann das nicht heißen, daß sie von nun ab rechtlich dem freien Arbeiter gleichgestellt sein wollen.

Während der ersten Lesung des Regierungsentwurfs haben bürgerliche Abgeordnete es abgelehnt, den Beamten im Beamtenrätegesetz die gleichen Rechte zuzuerkennen, wie sie Arbeitern und Angestellten im Betriebsrätegesetz zugestanden worden sind. So, wie dieser Satz ausgesprochen — vielleicht auch gemeint — wurde, verdient er entschiedene Ablehnung. Richtig ist vielmehr, daß die Beamten nicht minderen Rechts als Arbeiter und Angestellte sein dürfen. Diese Forderung kann auch dann Erfüllung finden, wenn die Beamten nicht gleichen Rechts sind wie Arbeiter und Angestellte. Das setzt allerdings voraus, daß man die Beamten nicht nur als Arbeitnehmer, sondern außerdem als Träger des Staatsgedankens wertet. Dieser Charakter kann ihnen nicht aberkannt werden, auch wenn sie in den unteren Regionen der Beamtenhierarchie ihren Dienst verrichten. Auch dann bleiben sie Beauftragte der Volksgesamtheit, von der nach Artikel 1 der Reichsverfassung die Staatsgewalt ausgeht.

---

# UMSCHAU.

## Erklärung.

Als wir dem Genossen Kuttner die Schriftleitung der „Glocke“ übertrugen, war uns bekannt, daß er einen Beleidigungsprozeß gegen einen Verleumder angestrengt hatte. Der Tatbestand, auf den diese Verleumdung sich zu gründen versuchte, war so eindeutig erkennbar, und der Urheber dieser Verleumdung so vollkommen gleichgültig, so für alle Zeiten aus dem politischen Leben ausgeschaltet, daß wir nicht einen Augenblick an dem Ausgang des von Kuttner angestrengten Prozesses zweifelten, und daß wir — wenn wir darauf Einfluß gehabt hätten — den Genossen Kuttner geraten haben würden, auch nicht eine Minute an die Erörterung solcher Belanglosigkeit zu wenden. Der Ausgang des unzulänglich geführten Schöffengerichtsverfahrens konnte uns in unserer Auffassung nicht beeindrucken. Das Verfahren zweiter Instanz vor dem Landgericht, dem ein Vertreter des Verlags beiwohnte, und das sich durch Sachlichkeit und eine umfassende bis in die letzten Möglichkeiten hineinleuchtende Beweisaufnahme auszeichnete, hat denn auch — wie das gar nicht anders erwartet werden konnte — unsere Auffassung restlos bestätigt. Wir haben solcher Bestätigung nicht bedurft, aber wir freuen uns dennoch, daß es dem Genossen Kuttner gelungen ist, auch auf gerichtlichem Wege vor aller Öffentlichkeit den Verleumder zur Strecke zu bringen.

Verlag für Sozialwissenschaft.

\*

**Einheitsfront-Illusion und Schlepptau.** Unter der Ueberschrift „Der 1. Mai im Zeichen der Einheitsfront“, schreibt die „Rote Fahne“: „Die schwarz-rot-goldenen Fahnen der bürgerlichen Republik verschwanden, wo sie vereinzelt aufgebracht waren, fast restlos . . . Wie in Berlin so im Reiche scharten sich die Massen um die kommunisti-

schen Losungen. Wo die sozialdemokratischen Führer einen Keil in das Proletariat zu treiben, sie von den Kommunisten zu trennen suchten, scheiterte das kläglich an dem unwiderstehlichen Drang der Massen . . . Von gemeinsamen Demonstrationen zu gemeinsamen Aktionen! Während die Bourgeoisien sich „verständigen“, während die 2. und 2<sup>1/2</sup>, sich untereinander und mit der Bourgeoisie vereinigen, wächst von unten herauf unwiderstehlich die proletarische Kampffront gegen die Bourgeoisie, gegen die reformistischen Lakaien . . . Die Abwehrhundertschaften marschierten Betriebs- und Bezirksweise auf. Die Sabotage der sozialdemokratischen und der Gewerkschaftsführer hat es nicht zu verhindern vermocht, daß in diesen Abwehrhundertschaften neben kommunistischen Arbeitern Schulter an Schulter auch sozialdemokratische und parteilose, nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter marschierten . . . Die SPD. trug anfänglich eine schwarz-rot-goldene Fahne im Zuge, aber die SPD.-Arbeiter schämten sich anscheinend des Symbols der Republik und rollten diese zusammen . . . In dem gemeinsamen Demonstrationzug übernahmen die Kommunisten die Führung . . . Die Tatsache, daß unter den Tausenden von roten Fahnen nur zwei oder drei schwarz-rot-goldene Flaggen der Ebert-Republik zu entdecken waren, zeigt, daß die Massen den konterrevolutionären Charakter dieser Republik immer besser erkennen. Wohl haben reformistische Führer wieder aufgefordert, schwarz-rot-gelbe Fahnen mitzuführen, aber nirgends in den Bezirken kam es zu hitzigen Zusammenstößen. Was noch vor Jahresfrist unmöglich schien, war gestern Selbstverständlichkeit. Nach wenigen aufklärenden Worten wurden die noch mitgebrachten schwarz-rot-goldenen Embleme der Kapitalsherrschaft eingerollt.“

Den Artikel Kautskys, der die Festnummer des „Vorwärts“ einleitete, nennt die „Rote Fahne“ eine „blöde Gemeinheit“, und in dem Leitartikel, den die „Rote Fahne“ am 1. Mai veröffentlichte, heißt es: „Der Geist der Arbeitsgemeinschaft, die Koalition mit der Bourgeoisie, sie haben den Mörtel der Klassenolidarität zerstört. Die Einheitsfront kann sich aber nicht bilden, wenn die Arbeiterklasse duldet, daß in ihren eigenen Reihen die Saboteure der Arbeitsfront sich breit machen... Wer wider die Einheitsfront der Arbeiter ist, ist ein Feind des Proletariats. Wer für die Arbeitsgemeinschaft der Bourgeoisie ist, ist ein Feind des Proletariats. Wer für die bürgerliche Ausbeuterrepublik ist, ist ein Feind des Proletariats.“

So sieht die Einheitsfront aus, wie die „Rote Fahne“, das Zentralorgan der KPD, sie will. So die Einheitsfront, die zum 1. Mai den Mitgliedern und Kampfgenossen der VSPD. illusioniert werden sollte. Proletarische Einheitsfront ist gut, und ihrer am 1. Mai unter roten Fahnen besonders zu gedenken, ist nur selbstverständlich. Aber auch Selbstverständlichkeiten können durch Illusionsrausch Selbstmord werden. Der von der Gewerkschaftskommission und vom Angestelltenbund unterschriebene Aufruf sagt: „Wir wissen sehr wohl, daß die deutsche Republik noch nicht das ist, was wir erstreben, aber sie muß der Kampfboden bleiben, auf dem wir für unsre Ideen und Ziele kämpfen wollen. Deshalb gilt es auch, am 1. Mai unser Geöbnis abzulegen für die Republik, für die wir bereit und gerüstet bleiben zu kämpfen. Wenn je die Reaktion es wagen sollte, an dieser Staatsform zu rütteln.“ Die Einheitsfront für die Republik — wie die „Rote Fahne“ versteht, ist oben zu lesen. Die Einheitsfront im Schlepptau der KPD. Die stärkste Partei Deutschlands als Beiboot, und der morsche Kahn der Moskauer Filialisten als Admiralschiff: das ist die Illu-

sion einer Politik, die alle klaren Begriffe verwischt und nur Verwirrung schaffen kann. Politik sollte man weder im Karussell, noch auf der Rutschbahn machen. Fester Boden unter den Füßen ist dafür geeigneter. Wir fürchten die politischen Kinder, wie Genosse Seveering die deutschen Kommunisten richtig genannt hat, keinen Augenblick. An politischer Energie wollen und werden wirs mit ihnen jederzeit aufnehmen. Das braucht uns aber nicht zu veranlassen, die politische Vernunft, durch die wir ihnen nun einmal über sind, preiszugeben und zu glauben, daß die proletarische Einheitsfront am schnellsten zustande kommt, wenn die disziplinierte Einsicht von Millionen sich der phantasierenden Gewalttätigkeit einer kleinen Gruppe unterwirft. Das Umgekehrte dürfte richtig sein: wir führen und die KPD. folgt. Solange sie das nicht will, muß sie sich durch die Lehren der politischen Entwicklung an denen es dann nicht mangeln dürfte, erziehen lassen. Wer uns andern Weg führen will, entbehrt der erforderlichen Einschätzungskraft und der notwendigen Ruhe, Entscheidungen reifen zu lassen.

Robert Breuer.

\*

#### Vergleich.

In der Privatklagesache des Kaufmanns Hermann Sonnefeld gegen Dr. Alexander Helphand (Parvus) wurde am 9. April 1923 vor dem Schöffengericht folgender Vergleich geschlossen:

Der Privatbeklagte erklärt: Ich versichere, daß die Persönlichkeit des Privatklägers mir bei Abfassung des Artikels: „Zur Aufklärung“ in Heft 39 des 5. Jahrganges der Zeitschrift „Die Glocke“ unbekannt war. Ich habe folgedessen nicht die Absicht gehabt, ihm mit dem Artikel zunahezutreten. Wenn er gleichwohl den Artikel in diesem Sinne verstanden hat, so spreche ich deswegen mein Bedauern aus.

Dr. Helphand.



**Dr. R. v. Ungern-Sternberg**  
**Frankreichs wirtschaftliche Lage**

*Rohstoffversorgung • Bevölkerung • Arbeits-  
verhältnisse • Industrielle Konjunktur • Va-  
luta • Außenhandel • Zerstörte Gebiete  
Finanzen • Ruhrinvasion*

*Grundzahl 1 Mk.*

✱

**Deutschland, Deutschland  
über alles!**

**Von einem Deutschen**

*Warum das Deutschlandlied nicht von Monarchisten  
gesungen werden darf! Warum das Deutschlandlied das  
LIED DER REPUBLIK ist!*

*Mit schwarz-rot-goldenem Umschlag*

*Grundpreis 0,75 Mk.*

✱

**Dr. Karl Renner**  
*Ehemaliger Staatskanzler*

**Der Tag der Deutschen**

*Grundpreis 0,75 Mk.*

**VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT G M B H**  
**BERLIN SW 68** **LINDENSTRASSE 114**

**Die Glocke**

**Ein Insertionsorgan für den Handel**

**Unsere neuen Insertionsbedingungen**  
 $\frac{1}{1}$  Seite kostet . . . . . Mark 15 000  
 $\frac{1}{2}$  Seite kostet . . . . . Mark 8 000  
1 mm Zelle kostet . . . . . Mark 15  
Bei Wiederholungen hohe Rabatte

GEORG LUKÁCS

GESCHICHTE  
UND  
KLASSENBEWUSSTSEIN

(343 Seiten)

NEUERSCHEINUNG

NEUERSCHEINUNG

INHALT:

VORWORT / WAS IST ORTHODOXER MARXISMUS? / ROSA LUXEMBURG ALS MARXIST / KLASSENBEWUSSTSEIN / DIE VERDINGLICHUNG UND DAS BEWUSSTSEIN DES PROLETARIATS / DER FUNKTIONSWECHSEL DES HISTORISCHEN MATERIALISMUS / LEGALITÄT UND ILLEGALITÄT / ÜBER ROSA LUXEMBURG / ZUR ORGANISATIONSFRAGE

PREIS

BROSCHIERT 4,50

PAPPBAND 9,—

SCHLÜSSELZAHL DES BÖRSENVEREINS

DER MALIK-VERLAG \* BERLIN

# DIE GLOCKE

7. Heft

14. Mai 1923

9. Jahrg.

---

Nachdruck sämtlicher Artikel ist nur mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

---

RUDOLF BREITSCHIED:

## Zerstörte Illusionen.

**U**NTER den Empfehlungen, die dem Direktor der Hamburg-Amerika-Linie, Herrn Geheimrat Cuno, mit auf den Weg gegeben wurden, als er im November vorigen Jahres als Kandidat für den Reichskanzlerposten auftrat, waren zwei oder drei, die besonders wertvoll erschienen. Er verfüge, so hieß es, über die besten internationalen Beziehungen, vor allem zu den angelsächsischen Ländern, und besitze, wie das der Abschluß des Harriman-Vertrages bewiesen habe, ein ausgesprochenes Verhandlungstalent. Außerdem aber sei er der Mann, der sich des Vertrauens der deutschen Schwerindustrie erfreue und der deshalb diejenigen Kreise, die dem Kabinett Wirth bei seinen Versuchen, zu einer Verständigung mit Frankreich zu gelangen, die Gefolgschaft verweigert hätten, zu den notwendigen Leistungen und Garantien heranziehen könne. Deutschland werde deshalb unter seiner über den Parteien stehenden Regierung innen- und außenpolitisch friedlicheren und glücklicheren Zeiten entgegengehen.

Was ist von diesen schönen Erwartungen übriggeblieben? Das Defizit im Staatshaushalt ist auf 10 Billionen gestiegen, die schwebende Schuld beträgt ungefähr 8 Billionen, der Banknotenumlauf  $6\frac{1}{2}$  Milliarde, und der Dollar kostet trotz der verzweifelten Stützungsversuche der Herrn Cuno freundlich gesinnten Reichsbank um die vierzigtausend Mark. Das Ruhrgebiet ist von französisch-belgischen Truppen besetzt, unser Verhältnis zu den westlichen Nachbarn ist gespannter denn je, und im Innern ist die durch den Nationalismus hervorgerufene Beunruhigung immer größer und gefährdender geworden. Auch die Anhänger des „ehrbaren Kaufmanns“, der, weil er der Politik fremd war, angeblich am besten imstande sein sollte, die Politik des Deutschen Reiches zu leiten, werden nicht behaupten wollen, daß seine Erfolge ihre Hoffnungen bestätigt hätten. Es hat sich eben herausgestellt, daß guter Wille allein nicht genügt, und daß Geschäftsverbindungen, die der Leiter eines privaten Unternehmens mit einem amerikanischen Konzern besitzt, doch nur eine sehr unzureichende Voraussetzung für die Lösung des Reparationsproblems und die Beseitigung der damit im Zusammenhang stehenden weltpolitischen Schwierigkeiten bilden.

Die Frage soll heute nicht aufgeworfen werden, ob eine andere Regierung die Besetzung des Ruhrreviers hätte verhindern können. Nehmen wir diese Vergewaltigung als eine gegebene Tatsache an, so entstehen doch sehr lebhaftere Zweifel, ob Herr Cuno und sein Kollegium alles getan haben, um das Unglück, das damit über das deutsche Volk gekommen ist, so schnell als möglich zu beenden. Bisher haben wir von dem dem Reichskanzler nachgerühmten Verhandlungsgeschick recht wenig gemerkt. Er begnügte sich in den ersten Monaten vollständig mit dem Betonen des passiven Widerstandes, ohne dabei die Kraft zu finden, den Elementen, die aus der Passivität zu einer gewaltsamen Aktivität überzugehen wünschten, mit dem gebührenden Nachdruck entgegenzutreten. Er stand so sehr über den Parteien, daß er auch den bedenklichsten Führern der nationalistischen faschistischen Bewegung die Gnade seiner Lebenswürdigkeit leuchten ließ. Er versicherte, keine Gelegenheit zu Verhandlungen außer acht zu lassen, aber er ließ es bei diesen Versicherungen bewenden und hielt darüber hinaus Reden, die den Eindruck erwecken mußten, als wolle er nach Lage der Verhältnisse unerfüllbare Vorbedingungen für die Besprechungen aufstellen. Wie weit er sich dabei unter dem Einfluß des der älteren Schule der Diplomatie und Bürokratie angehörenden Außenministers befand, kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls bewies er sehr wenig Initiative, und auch als ihm nicht nur von der Sozialdemokratie, sondern auch von Herrn Stresemann im Reichstag die Absendung eines deutschen Angebots nahegelegt wurde, verharrte er in seiner Zurückhaltung, bis die ernste Mahnung Lord Curzons ihn darüber belehrte, daß auch in dem Lande, mit dessen Sympathien er am stärksten gerechnet hatte, kein Verständnis für seine Politik des Zauderns und Zögerns vorhanden sei.

Die Note ging endlich hinaus. Aber leider verrieten weder Form noch Inhalt den geschickten Unterhändler. Wieder läßt sich geltend machen, daß Cuno für die Abfassung des Schriftstücks nicht die alleinige Verantwortung trage. Wenn einmal die Geheimgeschichte des Zustandekommens der Note vom 2. Mai geschrieben werden sollte, so wird sich herausstellen, wie zahlreiche Einflüsse sich geltend gemacht haben und berücksichtigt worden sind, und wie wenig am Ende die Meinung gerade der Leute, die zum Urteile berufen und befähigt waren, ins Gewicht gefallen ist. Aber wenn wir schon einen Reichskanzler haben, der über den Parteien steht, so können wir wohl von ihm verlangen, daß er einen festen und sicheren Kurs einhält und dafür sorgt, daß sein Kabinett nicht wie ein steuerloses Schiff vor dem Winde treibt. Und wenn dieser Reichskanzler ein Mann ist, der sich auf seine Verhandlungsfähigkeit etwas zugute tut, so haben wir ein Recht, uns über den Mangel an Fingerspitzen und an psychologischem Verständnis zu wundern, der in dem deutschen Angebot hervortritt.

Worauf es ankam, war, die öffentliche Meinung der Welt für Deutschland zu gewinnen und die zweifelnden und schwankenden Gruppen in Frankreich gegen die amtliche Pariser Politik zu beeinflussen. Um diesen Zweck zu erreichen, war es minder wichtig, eine möglichst große Endsumme aufzustellen, als das, was man bot, mit Garantien zu versehen, die draußen als vollwertig anerkannt wurden. Aber freilich: auch an diesem Punkte wurde eine von den Illusionen zerstört, die bei dem Amtsantritt der gegenwärtigen Regierung erweckt worden sind. Die Leistungsfähigen versagten sich Herrn Cuno so gut, wie sie sich Herrn Wirth versagt hatten. Der Reichskanzler, der das Vertrauen von Industrie und Landwirtschaft besitzen sollte, sah sich genötigt, Versprechungen in derselben allgemein gehaltenen und unverbindlichen Form abzugeben, wie sein Vorgänger. Die verständigungswilligen Kreise im Inland wie im Ausland erlebten eine neue Enttäuschung.

Immerhin ist die Note von Paris aus in einer Weise beantwortet worden, die die Tür nicht zuschlägt, und wie auch immer der Bescheid aus England lauten mag: der Faden der Diskussion kann und muß weitergesponnen werden. Gefühlsmäßige Erwägungen, die angesichts des brutalen Auftretens der Franzosen an sich verständlich sein mögen, dürfen die Oberhand nicht gewinnen. Der Konflikt muß sein Ende finden nicht nur mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage Deutschlands und mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Wiederaktivierung des wichtigsten Industriegebiets, sondern vor allem auch, weil es — was mit dem größten Ernst hervorzuheben ist — jetzt um die Zukunft der Rheinlande geht. Die Kluft zwischen dem, was an Leistungen von Deutschland gefordert wird, und was es tatsächlich aufbringen kann, scheint nicht unüberbrückbar. Ueber die Zahlungsmodalitäten muß geredet werden, und sie werden sich um so günstiger gestalten lassen, je mehr Deutschland bereit ist, Garantien zu bieten, und auf dem Gebiete der militärischen Sicherheiten bis an die Grenze des Möglichen zu gehen, wobei allerdings eine irgendwie geartete Abtretung deutschen Gebiets oder eine Einschränkung der deutschen Souveränität über das ihm im Vertrag von Versailles belassene Territorium unbedingt als ausgeschlossen zu gelten hat.

Die Frage ist, ob das Kabinett Cuno diesen Weg gehen will und ob es ihn nach allem noch gehen kann. Hier kommt nicht nur das allgemeine Vertrauen des Volkes und des Parlaments in Betracht, sondern auch die Möglichkeit, diejenigen zum Zahlen zu zwingen, die zu zahlen verpflichtet und imstande sind. Mit Treugelöbnissen und Sympathie-Adressen ist gar nichts anzufangen. Sie erhöhen auch nicht den Kredit im Auslande, dessen jede deutsche Regierung bedarf, wenn sie eine für das deutsche Volk halbwegs erträgliche Lösung erreichen soll.

Die allernächsten Wochen müssen die Antwort auf diese Schicksalsfrage bringen. Aber die Antwort wäre unzureichend, wenn sie nur dahin lautete, daß die Bilanz der gegenwärtigen Regierung ihr Weiterarbeiten als ausgeschlossen erscheinen lasse. Es würde vielleicht verhältnismäßig leicht sein, an die Stelle des Kabinetts „über den Parteien“ eine parlamentarisch fest verankerte Koalitionsregierung zu setzen. Aber damit allein wäre nur wenig gewonnen. Sich überhaupt nach einer Nachfolgerin für die Regierung Cuno umzusehen hat nur dann Wert, wenn man sicher ist, eine zu finden, die all den Voraussetzungen entspricht, denen das gegenwärtige Ministerium nicht genügt. Das heißt also, daß sie nicht nur verhandlungsbereiter und verhandlungsgewandter ist, sondern daß sie auch über den Willen und über die Kraft verfügt, in der inneren Politik, in der Wirtschaft und der Finanz unter Schonung der arbeitenden und notleidenden Massen die Grundlagen zu schaffen, ohne die das Gebäude einer Verständigung mit Frankreich unter Beseitigung der gegenwärtigen und zukünftigen Gefahren für die Ruhe Deutschlands und Europas nicht aufgerichtet werden kann.

---

EMIL RABOLD:

## Das Rüpelspiel im Preußenhaus.

IM Hause der preußischen Abgeordneten haben sich in den letzten Tagen erregte Szenen abgespielt. Wir notieren chronologisch den Gang der Ereignisse. Am Freitag, den 4. Mai, benützen die Kommunisten die Eröffnung der Sitzung zu einer der von ihnen sehr beliebten Geschäftsordnungsdebatten. Grund: Sie wollen zu dem Mißtrauensantrag der Deutschnationalen gegen das Ministerium Severing eine Erklärung abgeben, die geschäftsmäßig nicht zulässig ist. Vom Präsidenten darauf aufmerksam gemacht, studieren die Kommunisten nicht etwa die Geschäftsordnung. Sie nehmen den Einspruch des Präsidenten vielmehr zum Anlaß, durch ihre Redner eine Flut persönlicher Schimpfworte auf das Haus und das Präsidium niederprasseln zu lassen.

Schreiendes Gejohle von den Bänken der Kommunisten unterstreicht diese wüste Szene. Katz steht am Rednerpult und spritzt wie aus einem Schlauch seine Injurien in den Saal. Beim Abgehen wendet er sich den Sozialdemokraten zu: „Ihr schmieriges Gesindel.“ Präsident Leinert verkündet, im Tumult kaum vernehmbar, daß Katz wegen dieser unerhörten Beleidigung auf acht Tage von den Sitzungen ausgeschlossen sei und verläßt seinen Platz. Vor dem Rednerpult ist eine Prügelei entstanden. Fäuste ballen sich nicht nur, sie schlagen kräftig nieder. Inzwischen tagt

der Aeltestenrat. Das Ergebnis der längeren Beratung: Katz wird wegen beharrlicher Weigerung, den Saal zu verlassen, auf 15 Sitzungstage ausgeschlossen, die Sitzung wird abgebrochen und auf Sonnabend vertagt.

Sonnabend mittag. Die Eingänge zum Sitzungssaal sind mit Polizeibeamten (in Zivil) besetzt. Sie haben den Auftrag, dem Abgeordneten Katz den Zutritt zu verwehren. Katz soll abgereist sein. Als zum dritten Male das Klingelzeichen zum Beginn der Sitzung ruft, schiebt sich dem Eingang der linken Seite ein Fähnlein Kommunisten zu. An der Spitze drei weibliche Abgeordnete. Rechts und links gute Seitendeckung, im Rücken stark gesichert: so will der Abgeordnete Katz sich Zutritt erzwingen. Er wird vor dem Eingang zurückgedrängt, liest den Beamten erregt einige Paragraphen aus dem Strafgesetzbuch vor, inzwischen seine Begleiter wüste Schmähworte gegen die Beamten ausstoßen. Der Eintritt bleibt Katz verwehrt. Im Sitzungssaal darauf erregte Geschäftsordnungsdebatte. Die Kommunisten beantragen Entfernung der Polizei. Der Antrag wird abgelehnt, die Gemüter beruhigen sich und die Beratung des Kultus-Etats beginnt.

Am Montag wiederum Polizei vor den Eingängen. Geschäftsordnungsdebatte und Antrag der Kommunisten, die Polizei zu entfernen, Katz an der Ausübung seiner Tätigkeit nicht zu hindern. Die kommunistischen Redner sind auf schärfste Tonart eingestellt, ihre Parteizentrale ist im Hause anwesend, läßt von der Tribüne aus das Schaustück überwachen. Die Kommunisten wollen nur mit Katz und ohne Polizei beraten, das Haus bekundet seinen Willen zum ungestörten Fortgang der Tagung. Ein Höllkonzert beginnt, Trillerpfeifen werden in Bewegung gesetzt, von Paul Hoffmanns wuchtigen Schimpfworten übertönt. Hoffmann wird ausgeschlossen, weigert sich, zu gehen. Der Saal leert sich, Polizeibeamte erscheinen und entfernen auf Anordnung des Vizepräsidenten Garnich den Abgeordneten. Viermal noch wiederholt sich am gleichen Tage der gleiche Akt: Sitzungsbeginn, kommunistische Geschäftsordnungsanträge, Ablehnung, ein paar Gesprächsfetzen zum Kultus-Etat, im Toben der Kommunisten unverständlich, dann Ausschluß der lautesten, Pause und Wiederholung der gleichen Szene, bis im ganzen 15 kommunistische Abgeordnete aus dem Saal entfernt sind, die zwei letzten unter Protest freiwillig das Feld räumen und die Beratungen nunmehr ungestört ihren Gang nehmen können.

Am Dienstag ein nochmaliges schrilles und beharrliches Aufbegehren der noch nicht ausgewiesenen letzten Abgeordneten der kommunistischen Fraktion. Mit bewegter Stimme bittet Präsident Leinert wiederholt darum, die Ordnung zu wahren. Vergebliches Mühen. Auch er muß, innerlich erregt und mit großem Widerstreben, die peinliche Szene des vorangegangenen Tages wieder-

holen lassen. Gegen 2 Uhr ist bis auf zwei oder drei Abgeordnete, die außerhalb Berlins weilen, die ganze kommunistische Fraktion aus dem Sitzungssaal entfernt. Und ein neuer Faktor ist bei diesem vorläufig letzten Akt in Erscheinung getreten. Von den Zuhörertribünen gellen wüste Drohungen und Racheschreie, durch wilde Gesten unterstrichen, in den Sitzungssaal. Kommunistische Arbeiter, auf diesen Platz beordert, führen als gewissenhafte Mitglieder der Partei die anbefohlenen Parolen aus.

\*

Kein Zweifel: Dem Parlamentarismus ist durch dieses böse Schauspiel ein schwerer Schlag zugefügt worden, auch dem Ansehen der Republik kann durch Szenen dieser Art nicht gedient werden. Ein Blick in die Rechtspresse zeigt, welche Bienen aus diesen Blüten Honig saugen. Es ist auch begreiflich, daß die Meinungen über die zur Anwendung gebrachten Maßnahmen auseinandergehen wegen der Konsequenzen, die sich daraus für die Zukunft ergeben können. Darum genügt es nicht, die bedauerlichen Vorgänge als Einzelhandlung zu würdigen, sie müssen vielmehr, um ein objektives Bild zu gewinnen, im Flusse der preußischen Parlamentsgeschichte der letzten zwei Jahre betrachtet werden.

Vorerst das eine: Der preußische Landtag hat die freieste Geschäftsordnung, die sich ein deutsches Parlament nach der November-Umwälzung gegeben hat. Den Minderheiten ist die denkbar größte Aktionsfreiheit gewährt. Das Einbringen von Anträgen und Interpellationen erfordert die Unterstützung von nur 15 Abgeordneten. Kleine Anfragen einzubringen ist auch dem einzelnen Abgeordneten gestattet. Allen Fraktionen steht, ohne Rücksicht auf ihre Stärke, die gleiche Redezeit zu. Auch die fraktionslosen Gruppen können davon Gebrauch machen. Bietet so die Geschäftsordnung rein formal keine Handhaben zu Vergewaltigungen irgendwelcher Art, so ist bisher auch tatsächlich die Vergewaltigung irgendeiner Minderheit nicht vorgenommen worden. Am allerwenigsten haben die Kommunisten Anlaß zu begründeten Klagen gehabt. Sie haben mehr wie jede andere Fraktion die parlamentarischen Rechte nicht nur voll ausnützen können, sie haben den schnödesten Mißbrauch damit getrieben.

Dabei handelt es sich in keinem Falle um spontane Entgleisungen, wenn die Kommunisten eine ihrer wüsten Radauszenen aufführten. Aus den Sitzungsprotokollen läßt sich Zug um Zug nachweisen; daß die Kommunisten kaum einmal provoziert worden sind. Gerade die besondere Art ihres Auftretens, fehlende Argumente durch lautes Schreien zu ersetzen, führte rasch dazu, daß sie von keiner Seite ernst genommen wurden. Wohl aber läßt sich der Nachweis führen, daß die Kommunisten fortgesetzt das Haus provozierten und daß sie Erregungen darüber mit dem höhnischen Hinweis abzutun versuchten, es sei ja gerade Aufgabe der Kommu-



nisten, das Parlament durch Provokationen zu entlarven, damit es seines Ansehens beraubt und vor aller Öffentlichkeit demaskiert werde. „Wir Kommunisten“, so versicherte am 23. November 1921 der Abgeordnete Katz, „haben gar nicht die Absicht, uns den kapitalistisch-parlamentarischen Gebräuchen anzupassen, sondern wir sind verpflichtet auf ein besonderes parlamentarisches Programm. Wir Kommunisten haben die Richtlinien zu beachten, die uns in den Leitsätzen der Internationale, der wir angehören, gegeben sind.“

In diesen Leitsätzen, die noch durch ein besonderes Sendeschreiben des Meisters Sinowjew ergänzt worden sind, wird den Kommunisten aller Länder die Pflicht auferlegt, in Parlamenten, möglichst herausfordernd und provokatorisch aufzutreten. Diesen Richtlinien buchstabengetreu folgend, haben die Kommunisten des preußischen Landtags unter dem sicheren Schutze der Immunität selbst die Leistungen überboten, die der Öffentlichkeit seit Jahr und Tag aus den systematischen Versammlungssprengungen durch kommunistische Stoßtrupps bekannt sind.

Ein bürgerlicher Abgeordneter hat sich einmal den Scherz erlaubt, schriftlich die Schimpfworte festzuhalten, die innerhalb eines Zeitraums von nur 20 (zwanzig) Minuten den Hälsen der kommunistischen Fraktion entglitten. Er konnte dabei (Sitzungsprotokoll vom 23. November 1921) folgende Leistung buchen: „Halunke du, Verbrecher, Lump, Heuchler, aus Ihnen spricht der Schnaps, Schnapsbruder, Sie elender Schuft, so ein Lump, du Parasit, elender Bursche, Schmutzfink, schmutziger Lümmel, vollgefressener Kerl“. In der gleichen Sitzung bezeichnete der Abgeordnete Katz die gesamte Geschäftsordnungs-Kommission als „Lumpen“, und einen Teil der Abgeordneten nannte er „Schweineigel“.

Es war nicht der Versuch, die Kommunisten in ihrer sachlichen Bewegungsfreiheit irgendwie einzuschränken, nicht das Verlangen, eine unbequeme Opposition mundtot zu machen, nicht das Bemühen, die Vertretung irgendwelcher verbriefter Volksrechte zu beschneiden, es war vielmehr die helle Empörung über die beschämende Tatsache, daß auch der anständigste Gegner den kommunistischen Schimpfereien schutzlos preisgegeben war, als im November 1921 die Geschäftsordnung des Landtags verschärft wurde und der Ausschluß eines Abgeordneten nunmehr angeordnet werden konnte, wenn er die Ordnung des Hauses gröblich verletzte und den Anordnungen des Präsidenten mehrmals keine Folge leistete. Andert-halb Jahre war die verschärfte Bestimmung der Geschäftsordnung in Kraft. Sie ist in dieser Zeit nicht ein einziges Mal angewendet worden, obwohl die Kommunisten ihre Schimpfereien gerade mit dem Hinweis darauf, man möge sie doch ausschließen, provozierend

verstärkten. Heute muß gesagt werden, daß diese Langmut nicht am Platze war. Sie hat, statt erzieherisch zu wirken, gerade die Unflätigkeiten herausgefordert, durch die sich die Beleidigten schließlich zu jenen Gewalttätigkeiten hinreißen ließen, die sich am Freitag im Sitzungssaal abspielten. Das sage ich zugleich im Namen vieler, die seinerzeit als Angehörige der früheren U.S.P. mit mir gemeinsam die verschärfte Geschäftsordnungsbestimmung abgelehnt haben.

\*

Das Niveau des preußischen Landtags ist durch die kommunistischen Radauszenen dauernd herabgedrückt, durch die Langmut und Nachgiebigkeit der Mehrheit nicht gehoben worden. Zweifelt jemand daran? Dann wollen wir daran erinnern, daß auch das Niveau der kommunistischen Fraktion von Tag zu Tag tiefer sank. Die kommunistische Landtagsfraktion, die unmittelbar vor der Märzaktion im Banne einer künstlich gesteigerten, mit allen Mitteln der Demagogie erzeugten „revolutionären“ Stimmung und durch die besondere Gunst des Listenwahlsystems geboren wurde, ist ein Gebilde, das jeden Vergleich mit ähnlichen politischen Gewächsen in anderen deutschen Parlamenten ausschließt. Solange noch Dr. Ernst Meyer die Fraktion beeinflussen konnte, waren Nüancierungen möglich. Seit aber Ernst Meyer auf dem Leipziger Parteitag wegen Defaitismus aus der kommunistischen Parteizentrale entfernt wurde und nunmehr auch seine parlamentarische Tätigkeit ruhen lassen mußte, waren alle Dämme gebrochen. Scholem, Katz und Schulz, sekundiert durch eine Anzahl von Personen, die keine qualitative, sondern nur quantitative Bedeutung haben und die durch die Gunst des Zufalls in ein Abgeordnetenhaus geraten sind, bestimmten nunmehr den Ton der Fraktion, und die Instrumente wurden kontrolliert durch die bewährten und erprobten Arbeiterführer Ruth Fischer und Peter Maslow.

\*

Ist nach diesen Erläuterungen eine Erklärung noch notwendig, wieso es zu den beschämenden Szenen im preußischen Landtag kommen mußte und warum die sozialdemokratische Fraktion gezwungen wurde, keine andere Haltung als die gegebene einzunehmen? Unsinnig wäre es, die Behauptung zu widerlegen, daß ein „Saalschutz“ bestehe oder daß die sozialdemokratische Fraktion zur Vorbereitung der großen Koalition die Kommunisten mundtot gemacht habe. Die Fraktion hat nur einen Beschluß gefaßt: sich durch Provokationen der Kommunisten nicht herausfordern zu lassen. Was im preußischen Landtag geschehen ist, hat mit Politik überhaupt nichts zu tun. Es ist das empörte Aufbäumen der Anständigen gegen den Terror und die

rüde Tonart der Kaschemme. Den Kommunisten sind keinerlei Rechte beschnitten worden. Niemand in der Landtagsmehrheit denkt daran, den Kommunisten irgendwelche parlamentarischen Rechte zu nehmen. Aber die Mehrheit ist nicht gewillt, auch nur einen Tag noch Spielball kommunistischer Rüpelszenen zu werden. Die Würde des Parlaments, auf die jetzt gerade die Kommunisten so sehr pochen, in allen Ehren . . . aber sie setzt voraus, daß sich auch die Abgeordneten der Würde entsprechend benehmen. Parlamentarische Bewegungsfreiheit ist nicht Schimpffreiheit und Immunität kann niemals bedeuten: schrankenlose politische Ungehemmtheit politischer Scharlatane, die ihr parlamentarisches Betätigungsrecht aus der Anerkennung der 21 Moskauer Bedingungen abzuleiten glauben.

\*

Soweit Politik bei den Vorgängen im Landtag eine Rolle spielte, war der Anlaß gegeben durch das Verlangen der Kommunisten, die Großtat der Märzaktion aus dem Frühjahr 1921 erneut zur Debatte zu stellen. Die sozialdemokratische Fraktion hielt es nicht für notwendig, alte Märchen, über die das geschichtliche Urteil längst gefällt war, erneut aufzuwärmen. Sie gab aber schließlich nach, um den Kommunisten das Recht nicht zu verwehren, neue Tatsachen zu ihrer Entlastung vorzubringen. Als aber statt neuer Tatsachen alte Beschimpfungen der Genossen Severing und Hörsing einsetzten, mußte Genosse Heilmann in berechtigter Abwehr das Gedächtnis der Kommunisten an Hand einiger durchschlagender Beweise auffrischen, die auf die Schuldigen so peinlich wirkten, daß sie mit jenem Schimpfkonzert einsetzten, welches am anderen Tag, zur Verdeckung begangener Verbrechen, in eine Geschäftsordnungsdebatte verkleidet, seine Fortsetzung fand und zum Ausschluß des ersten kommunistischen Abgeordneten führte. Alles, was die Herren Pieck und Kilian zur Widerlegung des Genossen Heilmann jetzt in der „Roten Fahne“ schreiben, geschieht wider besseres Wissen. Wenn es gewünscht wird, ihr Herren, mit neuen Tatsachen aufzuwarten: Wir sind bereit!

Hat unsere Partei die kommunistische Agitationswelle zu fürchten, die im Anschluß an die Vorgänge im preußischen Abgeordnetenhaus sich über das Land ergießen wird? Nein! Die deutsche Arbeiterbewegung hat vier Jahre lang den unerhörten Ansturm kommunistischer Demagogie ertragen und sie ist standhaft geblieben. Der Wurm der Zersetzung wird nicht wie in Italien und Frankreich ihre Wurzeln annagen können, wenn wir es verstehen, ihn energisch abzuwehren und über alle Tageserscheinungen hinaus jene positive Politik treiben, die im Interesse der deutschen Arbeiterklasse geboten ist.



## Wo steht das?

*Keine Arbeit unter französischen Bajonetten.* Solange sich auch nur ein einziger Vertreter des französischen oder belgischen Militarismus auf einer Zechenanlage befindet, muß diese Zeche als besetzt gelten, und es darf auf ihr nur die absolut notwendige Notstandsarbeit geleistet werden. Da der französische Militarismus den Abtransport der geförderten Kohlen auch von vielen noch nicht besetzten Zechen verhindert, darf kein Stück Kohle mehr gefördert werden, von dem angenommen werden muß, daß es dem französischen Militarismus in die Hände kommt. Es heißt Poincaré unterstützen, wenn man Kohlen auf die Halden kippt, die in der nächsten Zeit schon von Poincaré erfaßt werden können.

\*

„Verständigung“ heißen sie es. Unterwerfung, Kapitulation ist es in Wahrheit.

Worauf läuft die „Verständigung“ hinaus? Dank der Sabotage *stajna sep* an der Abwehr gewinnt der französische Imperialismus langsam die Vorhand. Aber trotzdem fühlt Frankreich sich nicht stark genug, den Ruhrbissen allein zu verdauen. Militärisch ist es stark genug dazu, wirtschaftlich nicht. Hier greift England ein, das biedere, menschenfreundliche England, vor dem jetzt die sozialdemokratischen Lakaien und ihre sozialdemokratischen Kapitalisten auf dem Bauch rutschen.

Der englische Plan ist die internationale Ausbeutung des Ruhrreviers, und zu diesem Zwecke die „Entmilitarisierung“ des Rheinlands. Eine internationale Gendarmerie soll die gemeinsamen englisch-französisch-amerikanischen Herrschaftsrechte dort ausüben. Rheinland-Westfalen wird so Deutschland entrissen. Deutschland selbst wird eine internationale Kolonie. Englische, französische, amerikanische Kapitalisten sollen gemeinsam es stark genug dazu, wirtschaftlich nicht. Hier greift England ein, das biedere, menschenfreundliche England, vor dem jetzt die sozialdemokratischen Lakaien und ihre sozialdemokratischen Kapitalisten auf dem Bauch rutschen. bis der eine oder andere Teilhaber stark genug ist, den anderen oder die anderen hinauszuerfen.

\*

Die Versammelten sind fest entschlossen, den Kampf gegen den französischen Imperialismus mit aller Kraft fortzusetzen. Sie protestieren mit aller Schärfe gegen die drohende Verschacherung des Ruhrgebiets *stajna sep* und die Haltung der Regierung Cuno während der Ruhrbesetzung und besonders das Angebot beweist ihre Unfähigkeit, den Abwehrkampf gegen die Zerstückelung der deutschen Wirtschaftseinheit durch den französischen Imperialismus *stajna sep* und die deutschen Kapitalisten zu führen.

\*

*Waffen strecken.* Frankreich und Belgien fordern vor allem als Vorbedingung jeder weiteren Unterhaltung über etwaige deutsche Reparations- und Sicherungsangebote die Aufgabe des passiven Widerstandes. Mit anderen Worten, der Einbrecher verlangt vom Ueberfallenen die bedingte Waffenstreckung. Und Waffenstreckung führt direkt zur Kapitulation, zum Diktat in allen Fragen.

\*

Die vorstehenden Kraftsätze könnten der „Deutschen Zeitung“ oder sonst einem völkischen Blatt entnommen sein. Sie entstammen aber — die Einrenkung der auf den Kopf gestellten Stücke beweist es — der „Roten Fahne“, und zwar deren Nummern vom 27. April und 5. und 8. Mai.



HERMAN KRANOLD:

## Mehr Theorie! Mehr Philosophie!

### Ein Wort zur Selbstbesinnung im Sozialismus

„Eine Kritik, die nicht auf einem positiven System ruht, schwebt in der Luft wie eine Wolke, mag diese Kritik noch so heftig und hochtrabend geführt werden. Und die Anklage gegen die Ordnung der menschlichen Verhältnisse ist nur ein vergebliches Klagelied, wenn sie nicht die Kehrseite einer Neuordnung ist . . . Hier zeigt sich auf unserem Wege nun die andere Hälfte der Pflicht, die positive und, im Grunde genommen, wesentliche Seite: Gegenüber der sozialen Ordnung, die durch die Logik der Tatsachen wirkt, gilt es, eine ideale Ordnung zu errichten, die vorerst eine theoretische Wahrheit ist, ein Werk des Geistes gleich einer angewandten Wissenschaft.“ So schreibt Henri Barbusse auf Seite 26 und 27 seines Buches: „Le Couteau entre les dents“ („Das Messer zwischen den Zähnen“).

An diese Worte zu erinnern, veranlaßt mich die Glosse von Ludwig H. Schmidts: „Zu welchem Ende?“ in Heft 2 der „Glocke“. Schmidts zeigt in ihr, wie sinnlos die Maßnahmen der Regierung Cuno gegen die Teuerung, gegen die Aufblähung und Entwertung unserer Währung, gegen das weitere Sinken unserer Wechselkurse sind, solange nicht der ganze Mechanismus der deutschen Wirtschaft von Verschwendung auf Sparsamkeit umgestellt wird, ja, solange der Staat selbst seine Ausgaben hauptsächlich durch Banknotendruck und Kellerwechsel bestreitet und sich den Hauptteil seiner an sich höchst dürftigen anderweitigen Einnahmen durch unmäßige Steigerung der Tarife für die Leistungen der Staatsbetriebe verschafft. Schmidts Kritik enthüllt die Zusammenhanglosigkeit der Wirtschaftspolitik der jetzigen Regierung; er gibt dafür ein paar schlagende Beispiele; er sagt nicht zu viel, wenn er in den gegenwärtigen Zustand in das Bild zusammendrängt: „Auf dem sinkenden Schiff läutet man zum Diner.“ Er hat durchaus Recht mit dieser Kritik; sie ist verdienstlich und notwendig. Aber sie ist in dieser Zeit nicht die einzige Pflicht des Wirtschaftswissenschaftlers im sozialistischen Lager. „Die andere Hälfte der Pflicht, die positive und, im Grunde genommen, wesentliche Seite“: die Aufstellung eines Systems zusammenhängender sozialistischer Wirtschaftspolitik für den gegenwärtigen Augenblick: diese Pflicht gilt es ebenfalls zu erfüllen.

Was wir an wirtschaftlicher Schriftstellerei im sozialistischen Deutschland heute haben, ist in der Hauptsache Tatsachenbericht oder moralische Deklamation. Dabei sind die Tatsachenberichte durch ungenügendes ökonomisches theoretisches Verständnis entwertet, die Deklamationen durch ewige Wiederholung von halben Wahrheiten anrühlich geworden. Nur selten ist überhaupt die Frage klar gestellt: ob nach sozialistischer Meinung gegenwärtig kapitalistisch weitergewirtschaftet werden soll, oder ob sozialistische Wirtschaft (allein schon um der

bloßen Rettung willen) jetzt schrittweise herbeigeführt werden muß. Selbst wenn positive Maßregeln vorgeschlagen werden, so sind sich die Vorschlagenden gewöhnlich nicht einmal darüber klar, ob ihre Vorschläge sozialistischer Natur sind oder nicht, ob sie eine veränderte Wirtschaftsmechanik voraussetzen, wenn sie praktischen Wert haben sollen, oder ob sie auch, mitten in den eigenartigen Kapitalismus der progressiven Verarmung eingefügt, irgendeinen Sinn haben können.

Diese Frage muß aber jedesmal beantwortet werden, wenn Sozialisten gegenwärtig „Forderungen“ aufstellen. Forderungen sind Vorschläge; sie erheben heißt: Pläne schmieden; Pläne schmieden bringt in die Nähe der Gefahr des Utopismus; und ärgster Utopismus ist z. B., zu glauben, man könne die Teuerung, d. h. die einseitige Verkürzung der Realeinkommen der schon vorher armen Leute (und die Verarmung der „fixen Kapitalrentner“) verhindern, wenn man die fortschreitende Verarmung des kapitalistisch regierten Wirtschaftskörpers ruhig ihren Gang gehen und die wirtschaftliche Machtverteilung zwischen reichen und armen Leuten, wie sie jetzt ist, im wesentlichen bestehen läßt.

Alle Erfahrung, daß bloße Höchstpreisanordnung billige Ware in einer unversorgten Volkswirtschaft nicht sichern kann (weil eine solche Wirtschaftspolitik eben dem Phantom der billigen Ware nachjagt, nicht aber reichlich genug Güter beschafft), ist umsonst. Devisenordnung, Intervention der Reichsbank (bis ihr Devisenvorrat billig an die Exporteure und an diejenigen Devisenhamsterer, die dazu Kredit nicht in Anspruch zu nehmen brauchen, verpulvert ist); Wuchergesetzgebung (solange man den prinzipiellen Wucher, den der Kapitalismus „von Rechts wegen“ bedeutet, nicht antasten will oder kann oder darf): alles das ist schlimmer als weiße Salbe, ist schmutziger Kleister, denn es wird durch die unausbleiblichen Fehlschläge bei Anwendung solcher „Medizin“ das Vertrauen darauf zerstört, daß die kapitalistische Krankheit durch sozialistische Eingriffe heilbar sei.

Wenn heute fast niemand mehr im sozialistischen Lager von Sozialisierung etwas hören will; wenn die Verhandlungen der Sozialisierungskommission, in dicken Bänden veröffentlicht, nirgends ungekannter sind als bei den Sozialisten: worauf anders ist das zurückzuführen als darauf, daß fast alle sozialistischen Wirtschaftsforderungen (mit wenig Ausnahmen: Wissell!, Rathenau!, Neurath!) so leichtsinnig, so utopisch aufgestellt und von entschlossenen Saboteuren der Entwicklung zum Sozialismus so hinterlistig durchgeführt wurden, daß eine Diskreditierung der sozialistischen Idee dabei erwachsen mußte. 1848 protestierte Louis Blanc dagegen, daß seine Gegner durch schlecht eingerichtete Nationalwerkstätten seine (im wesentlichen gildensozialistischen) Ideen zielbewußt blamieren wollten. 1919 halfen Sozialisten eifrig dabei, Betriebsräte in der Verfassung zu „verankern“, denen zwar reale sozialpolitische, aber nur papierene wirtschaftliche Befugnisse verliehen wurden. So schaufelt man mit Begeisterung sein eigenes Grab.

Heute bilden die Vertreter der Betriebsräte in den Aufsichtsräten der Aktiengesellschaften sich etwas darauf ein (ohne Unterschied, ob sie sich Kommunisten oder Sozialdemokraten nennen), daß sie „die Sorgen der Unternehmer mittragen“ müssen. Daß sie viel lernen müssen, um auch nur die Bilanz zu durchschauen, die sie verantworten sollen, geht den wenigsten ein. Sie folgen der freundlichen Aufforderung des Herrn Generalk Direktors: „Unterschreiben Sie nur! Die anderen hat es auch nicht den Hals gekostet“.

Schuld an dieser Lage sind nicht die Arbeiter, sondern wir sogenannten Theoretiker des Sozialismus. Wir lassen die Armen schuldig werden, dann überlassen wir sie der Pein. Wir stellen in aller Gemütsruhe den Arbeiter vor Aufgaben wirtschaftlichen Begreifens und Verantwortens, denen er nicht gewachsen sein kann; vor Aufgaben, deren Lösbarkeit für die wenigsten sozialistischen Wirtschaftsschriftsteller je auch nur Gegenstand des Nachdenkens geworden ist. Wir stellen zusammenhanglose utopische Einzelforderungen; wenn aber einer von uns aufs Ganze geht und von „Vollsozialisierung“ spricht, d. h. von der notwendigen Abstimmung der Sozialisierungsmaßnahmen aufeinander, dann nennen wir ihn einen „Utopisten“; spricht er von Abschaffung des Geldes, so ist er ein Phantast“; unterscheidet er zwischen Staatskapitalismus und Sozialismus, so ist er ein „Tiftler“ und wird wütend von erstklassigen Autoritäten angefaucht; beweist man, daß bei einem Außenhandelsdefizit von jährlich mehreren Milliarden Goldmark mit einer halben Milliarde Goldmark Devisen die deutsche Valuta nicht dauernd stabilisiert werden kann, so ist man ein lebensgefährlicher „Theoretiker“; usw.

Ein Beispiel: Gegen Sozialisierungsvorschläge wird von bürgerlicher wie von sozialistischer Seite besonders gern mit dem Argument gearbeitet, daß sie „Sprünge ins Dunkel“ versuchen, „Experimente am Wirtschaftskörper“ bedeuten. Nun hat, wie Arnold Gysin in seiner Schrift: „Die andere Hälfte der Pflicht“ („Der Neue Geist-Verlag“, Leipzig) ausgeführt, derjenige, der für Neuerungen eintritt, immer den Nachteil zu überwinden, daß seine Propaganda und Praxis sich nur auf die Nichtbewährung des Alten, nicht aber auf die Bewährung des Neuen stützen kann. Es war ein unverantwortliches „Experiment“, als Vasco de Gama um das Kap der Guten Hoffnung herumsteuerte. Es war ein „Sprung ins Dunkle“, als Marx und Engels sich erfrechten, im „Kommunistischen Manifest“ die Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu fordern. Aber letzten Endes werden wir, wenn wir jemals überhaupt irgendwo Sozialismus aufbauen wollen, solche „Sprünge“ wagen, solche „Experimente“ anstellen müssen; sonst bleiben wir im alten sterilen Dreh. Um so größeres Glück also, wenn es möglich ist, neue wirtschaftliche Prinzipien erst in kleinem Rahmen auszuprobieren.

Diese Möglichkeit bietet sich für den wirtschaftlichen Sozialismus in der Kommunalisierung. In Gemeinden mit sozialistischer

Mehrheit können Erfahrungen über die Technik des Sozialisierens und über die Wirkungen von Sozialisierungsmaßnahmen in reichstem Maße gesammelt werden. Das hat auch die Sozialisierungskommission eingesehen und deshalb schon vor Jahren den Gesetzentwurf des Reichsministeriums des Innern über Kommunalisierung gründlich radikalisiert und dadurch ein Feld für gemeinwirtschaftliche Erfahrung zu erschließen versucht. Im sozialistischen Lager herrscht aber hierfür tiefstes Schweigen in Dur und Moll, und bei der jetzt in Arbeit befindlichen Gemeindegesetzgebung für Preußen wird nichts Nennenswertes versucht, um nun diesen klaren Vorschlägen in den unter sozialistischer Mitverantwortung fertigzustellenden Gesetzen Geltung zu verschaffen. Wagt einer davon zu reden, so lachen ihn die erfahrenen sozialistischen Kommunalpolitiker (mehr oder weniger diskret) aus.

Deshalb sei hier mit allem Nachdruck wenigstens auf die dahingehörigen Veröffentlichungen der Sozialisierungskommission\*) aufmerksam gemacht. Ein Schriftsteller kann ja nicht mehr als schreiben und immer wieder auf das Richtige hinweisen. Aber das sei hier getan. Ich fordere deshalb alle einflußreichen sozialistischen Politiker auf, sich um jeden Preis die Verhandlungen und den Bericht der Sozialisierungskommission über die Kommunalisierung zuzulegen, beide zu lesen und lieber dafür ein halbes Dutzend hochwichtiger Sitzungen zu versäumen und sich mit dem Inhalt des in jenen Bänden zu Findenden gründlichst auseinanderzusetzen. Wenn sie das nicht tun, so werden sie sich eines Tages gegen den Vorwurf wehren können, daß sie in unendlichen Sitzungen, die sie mit ungeheurer Anstrengung täglich gewissenhaftes absolvieren, eine entscheidende Gelegenheit für den deutschen Sozialismus — verschlafen haben.

Ihre Verantwortung ist um so größer, als für andere Teile der Wirtschaft (z. B. Kohle und Eisen) die Sozialisierung gegenwärtig durch außenpolitische Umstände so ziemlich abgeriegelt ist; um so nötiger ist es, der Kommunalisierung gespannteste Aufmerksamkeit zu schenken. Allerdings muß man da Theorie treiben, viel mehr Theorie, als bisher zum guten Ton in allen Lebenslagen gehörte. Mögen sich diejenigen, die in diese Gefahr kommen, den guten Ton zu verleugnen, mit dem Goetheschen Wort trösten, daß der Handelnde immer gewissenlos ist.

Zur theoretischen Weiterbildung des Sozialismus und der Sozialisten genügt es aber nicht, Theorie des kapitalistischen und des sozialistischen Wirtschaftens zu treiben, sondern darüber hinaus muß auch von neuem ernstlich an die Bearbeitung der philosophischen Grundprobleme des Sozialismus herangegangen werden. Letzten Endes will der Sozialismus Revolution, letzten Endes will er eine gerechte Verteilung der Güter unter den Menschen und damit

---

\*) „Vorschlag der Sozialisierungs-Kommission für ein Kommunalisierungsgesetz“ (1920) und „Verhandlungen der Sozialisierungs-Kommission über die Kommunalisierung“ (1921, beide Berlin, Engelmann).



eine klassenlose Gesellschaft herbeiführen; letzten Endes will er die Staatsgewalt (und sei es auch nur in Gestalt des Schutzmanns und des Gefängniswärters, des Steuereintreibers und des Gerichtsvollziehers) dafür einsetzen, daß durch die gerechte Verteilung der Güter jedem der gleiche Anteil an den Bildungsmöglichkeiten, überhaupt an den geistigen Schätzen der Kultur zugänglich gemacht werde. Darüber besteht „natürlich“ die berühmte „vollkommene Einigkeit“. Aber alle Einigkeit darüber kann nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß in Wirklichkeit für den Sozialisten alle diese Probleme einen Knäuel von ungelösten Schwierigkeiten darstellen. Wann Revolution verboten, wann sie erforderlich ist, darüber kann offenbar nur tiefste philosophische Untersuchung entscheiden, wenn man nicht zum bloßen Anbeter der Macht herabsinken und für das Ideal eines guten Bürgers den Mann erklären will, der am behendesten vom Boden der untergegangenen Tatsachen auf den Boden der neuesten Tatsachen tritt. Die Philosophen haben sich die Sache gewöhnlich nicht so leicht gemacht wie die Politiker. Ein Zeugnis dafür ist die außerordentlich lehrreiche Zusammenstellung, die Genosse Helmuth Falkenfeldt in seiner Schrift: „Philosophen für und wider die Revolution“ (Leipzig, „Der neue Geist“) gegeben hat. Er legt die Stellung der wichtigsten Philosophen zum Gedanken der Revolution seit Voltaire und Rousseau bis zur letzten Moderne an Hand der Kernsätze ihrer Schriften glänzend dar, und es ist ihm gerade vom sozialistischen Standpunkt hoch anzurechnen, daß er in seiner Darstellung auch Karl Marx als Philosophen anerkannt und besprochen hat. Er hat ihn kritisch besprochen: aber gerade das ist wahrhaft marxistisch, die Errungenschaften des Meisters auszubauen und nötigenfalls umzubauen, statt sie anzubeten oder auszuschnücken.

Ein anderes derartiges Problem ist das der Gewaltanwendung. Darf Gewalt angewandt werden, um den Sozialismus herbeizuführen? Ist Gewalt unter allen Umständen Unrecht? Kann und soll die sozialistische Gesellschaft eine gewaltlose Gesellschaft sein? Alles das sind Fragen, auf die der Sozialismus heute keine eindeutige Antwort gibt. Von Tolstoj bis Lenin schwanken die Meinungen, und Pazifismus wird mit genau derselben Inbrunst als allein sozialistisch ausgegeben wie die Verherrlichung der Revolutionstribunale. Durch diese Wirrnis führt die schon erwähnte Schrift von Gysin, und so sei auch sie nachdrücklichst empfohlen, besonders, weil sie die Auseinandersetzung zwischen den beiden großen französischen Dichtern und Geistesführern Barbusse und Romain Rolland über die Frage zum Ausgangspunkte der Untersuchung macht. Letzten Endes kommt ungeheuer viel für den Sozialismus darauf an, daß er sich darüber klar wird, daß die Ueberschätzung der Gewalt eine riesige Gefahr ist, daß aber eine Nichtverwendung der Gewalt im Dienste der sozialistischen Idee da, wo sie technisch tauglich wäre, die nutzlose Preisgabe des Sozialismus selbst bedeuten kann.

Alles dies setzt voraus, daß sozialistische Führer sich und die Massen bilden. Auch über diese Wahrheit besteht „natürlich“ die „weitestgehende Einmütigkeit“. Was aber wird heute als Bildung alles den Arbeitern geboten! Leonard Nelson sagt es uns in einem Vortrag, den er voriges Jahr vor den hannoverschen Jungsozialisten hielt und der jetzt als ein Wort an die proletarische Jugend unter dem Titel: „Vom Bildungswahn“ (im gleichen Verlag) erschienen ist. Nelson warnt auf das eindringlichste davor, heute Bildung dem Arbeiter als Selbstzweck zu empfehlen; eine Bildung, die „um ihrer selbst willen“ von Arbeitern betrieben wird, raubt dem Klassenkampf die wichtigsten Kämpfer\*). Sie kann höchstens dazu führen, daß die Zahl der Bildungsbourgeois in Lumpen sich vermehrt, sie kann aber nicht dazu führen, daß das Proletariat den Klassenkampf gewinnt und dadurch seine und der Bourgeoisie Existenz als Klasse aufhebt. Eine Bildung der Arbeiterschaft, die heute sittlich, politisch und wirtschaftlich verantwortet werden kann, kann nur darin bestehen, daß man mit Benutzung aller Ergebnisse und Methoden des wissenschaftlichen Forschens den Arbeiter zu einem zielklarerem, gewandten und urteilsfähigeren Klassenkämpfer erzieht, nicht aber darin, daß man ihm einige wirkliche oder vermeintliche Schönheiten der gegenwärtigen Kultur erschließt und ihn damit für seinen Drang nach Gerechtigkeit im Gesellschaftsleben abpeist. Arbeiterbildung muß immer wieder dem Arbeiter klar machen, daß nicht allein die formale Gleichheit vor dem Gesetz sittlich geboten und sein guter Rechtsanspruch ist, sondern daß die Verwirklichung der Gleichheit in der Verteilung der Güter des Lebens unter die Menschen, daß also materielle Rechtsgleichheit der einzige Weg ist, um den Kapitalismus durch den Sozialismus zu überwinden. Denn letzten Endes kommt es nicht darauf an, den Kapitalismus durch irgend etwas zu ersetzen, was zufällig den Namen Sozialismus unnützlich führt, sondern letzten Endes kommt es darauf an, die Herrschaft einer Klasse über die andere aufzuheben und den Rechtsstaat zur Sicherung der klassenlosen Gesellschaft auszubauen. Für diesen Kampf aber lautet die Parole: „Mehr Theorie!“ und das Feldgeschrei: „Mehr Philosophie!“.

---

\*) Wir halten diese Behauptung für sehr anfechtbar. Eine einseitig politische Bildung setzt die Arbeiterklasse nicht in die Lage, die Bourgeoisie auf allen Gebieten entbehrllich zu machen. Gerade wer als Sozialist in der praktischen Arbeit steht, wird den Mangel an Sozialisten mit Spezialwissen oft und schmerzlich empfinden. Dieser Mangel ist erklärlich aus der bisherigen Lage des Proletariats, aber eben deshalb muß er mit allen Kräften überwunden werden.

Red. d. „Glocke“.

ALBIN MICHEL:

## Panamerikanische Ziele.

Nach einer Pause von 13 Jahren ist jetzt — diesmal in Santiago de Chile — ein panamerikanischer Kongreß zusammengetreten. Vorläufer dieser Kongresse waren der von Washington im Jahre 1889, von Mexiko im Jahre 1901, von Rio de Janeiro im Jahre 1906 und von Buenos Aires im Jahre 1910. Der jetzige panamerikanische Kongreß ist also bereits der fünfte; er sollte bereits im Jahre 1914 abgehalten werden, wurde aber wegen des europäischen Krieges hinausgeschoben. Der panamerikanische Gedanke, die Idee, alle unabhängigen Staaten des amerikanischen Kontinents unter Führung der Union enger zusammenzuführen, ist weit jünger als die Monroe-Doktrin, ist aber dessen schließliche Nutzanwendung auf den gesamten amerikanischen Erdteil. Zum ersten Mal trat dieser Gedanke stärker hervor in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts; sein eifrigster Vertreter war zunächst der Staatssekretär Blaine.

Die Vorstellung, daß die Vereinigten Staaten auf dem amerikanischen Kontinent die Führung übernehmen sollten, war namentlich für die kräftigeren Staaten Südamerikas nur zu ertragen, wenn bei einer engeren Verbindung zwischen der nördlichen und südlichen Hälfte des Erdteils nur Wirtschafts-, Verkehrs- und ähnliche Fragen zur Erörterung und gegebenenfalls zur Beschlußfassung gestellt wurden. Eine von der Union ausgehende panamerikanische Bewegung, die den unabhängigen Staaten Südamerikas eine auch nur dem Scheine nach politische Unterordnung auferlegt hätte, würde sofort auf energischen Widerstand gestoßen sein. Deshalb war auch das Programm der ersten panamerikanischen Konferenzen sehr verschwommen gehalten. Die Regierungen der unabhängigen Staaten Amerikas waren eingeladen worden, Maßnahmen zu beraten und zu treffen, die den Frieden des Erdteils erhalten und die allgemeine Wohlfahrt der amerikanischen Völker fördern sollten. Entsprechend der Interessenmannigfaltigkeit der verschiedenen amerikanischen Länder sind bisher auf den panamerikanischen Kongressen die Ergebnisse sehr gering gewesen; auch die Einrichtung einer besonderen repräsentativen panamerikanischen Organisation hat daran nichts ändern können.

Auch der gegenwärtige panamerikanische Kongreß in Santiago wird wohl kaum zur Verstärkung der panamerikanischen Bewegung viel beitragen. Im allgemeinen herrscht in ganz Amerika, angefangen von Mexiko bis hinunter zu Chile und Argentinien, ein großes Mißtrauen gegen die Union. Auch der Umstand, daß nordamerikanische Großkapitalisten in einigen Staaten Zentralamerikas Parteigänger (und Kostgänger) gewonnen haben, schafft die Tatsache nicht aus der Welt, daß in Latein-Amerika die große Masse der Bevölkerung gegen die Union eingestellt ist. Nicht nur Verschiedenartigkeit der Rassen und anders geartete wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zustände haben zu dieser

Gegensätzlichkeit geführt, auch die mancherlei Uebergriffe, die von den Unionsregierungen und von nordamerikanischen Großkapitalisten in Mexiko, Panama, Nicaragua usw. begangen worden sind, haben das Mißtrauen stärker werden lassen. Noch weniger ist es in Südamerika vergessen, daß dereinst Roosevelt den zentral- und südamerikanischen Regierungen mit dem „big stick“, mit dem dicken Stock gedroht hat. Roosevelt sagte damals bei einer offiziellen Veranstaltung: „Die Monroe-Lehre mag die Vereinigten Staaten, wenn auch widerstrebend, dazu zwingen, in flagranten Fällen des Unrechttuns oder der Unfähigkeit eine Polizeigewalt auf der westlichen Halbkugel auszuüben.“ Diesen Fehlgriff suchte Roosevelt später wieder gutzumachen, indem er ausführte, daß so wohlgeordnete Staaten wie Argentinien keines Schutzes und keiner Bevormundung mehr bedürften, durch diese Heraushebung Argentinien's erregte er aber wieder in andern Ländern Anstoß.

Wenn trotz des bestehenden Antagonismus panamerikanische Kongresse weiter abgehalten werden, so lassen sich dafür mancherlei Gründe anführen. Zunächst sind manche Staaten vom nordamerikanischen Kapital abhängig, dann mag bei manchen zentral- und südamerikanischen Regierungen die Erwägung mitsprechen, daß nicht viel zu riskieren ist, und schließlich wird auch die Einladung eines so mächtigen Staates, wie es die Vereinigten Staaten sind, nicht gern abgeschlagen. Einzelne Regierungen tragen sich vielleicht auch mit dem Gedanken, für das eigene Land kleine Sondervorteile herauszuschlagen. Trotzdem sind Mexiko, Peru und Bolivia dem Kongreß ferngeblieben. Von den Anträgen, die dem Kongreß vorgelegt worden sind, geht der wichtigste von der Union aus; er will die Schaffung einheitlicher Handelsverträge zwischen allen selbständigen Staaten des amerikanischen Kontinents herbeiführen. Es ist jedoch sehr wenig wahrscheinlich, daß dieser Antrag angenommen, und noch weniger, daß er durchgeführt wird. Nicht viel anders dürfte es einem Antrage Uruguays ergehen, der die Schaffung eines panamerikanischen Völkerbundes anstrebt. Ein von Chile gestellter Abrüstungsvorschlag ist bereits abgelehnt worden.

Zu weitgehenden politischen, wirtschaftlichen und staatsrechtlichen Bindungen nach außen hin sind in den zentral- und südamerikanischen Staaten die Voraussetzungen jetzt noch nicht gegeben. Selbst die schon so oft angekündigte Lateinische Union, in der die sogenannten A.B.C.-Staaten, Argentinien, Brasilien und Chile, den Kern darstellen könnten, ist noch nicht zustande gekommen, und der bereits ein halbes Dutzend mal gemachte Versuch, einen Mittelamerikanischen Staatenbund aufzurichten, ist stets — zuletzt in den Jahren 1921/22 — kläglich gescheitert. Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zwischen Nord- und Südamerika sind zu verschieden, als daß in absehbarer Zeit bereits eine engere Verbindung zum Nutzen beider Teile hergestellt werden könnte. Gehen die süd- und zentralamerikanischen Staaten bereits jetzt eine solche wirtschaftliche Bindung ein — von einer politischen ganz abgesehen —, so begeben sie sich in eine Societas leonina, so schließen sie Verträge

ab, die fast ausschließlich den Vereinigten Staaten von Vorteil sein müssen.

Der äußeren Form nach wird Kanada in die panamerikanische Bewegung nicht mit einbezogen. Der wirklichen Entwicklung nach dürfte aber Kanada das Land sein, in dem die panamerikanische Bewegung am ersten einen vollen Erfolg erreichen wird. Selbst wenn man die mancherlei Reden im nordamerikanischen Kongreß über die Einverleibung von Kanada und die dazu gestellten Anträge als Entgleisungen ansieht, so kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß in Kanada der Einfluß der Union in einem ständig steigenden Maße zunimmt. War schon in den letzten beiden Jahrzehnten die Zuwanderung von Amerikanern nach Kanada sehr bedeutend, so ist diese Zuwanderung in der jetzigen Zeit noch bedeutend größer geworden. Namentlich im Westen Kanadas dürfte der Einfluß der Amerikaner bald vorherrschend sein. Ebenso wachsen die amerikanischen Kapitalanlagen immer mehr an. Bereits vor einem Dutzend Jahren sagte ein hervorragender politischer Führer der Union, daß er noch den Tag zu erleben hoffe, an dem das Sternenbanner auf jedem Quadratfuß amerikanischen Bodens bis hinauf zum Nordpol wehen werde. Der erste volle Erfolg der panamerikanischen Bewegung dürfte also für die Vereinigten Staaten eher im Norden als im Süden zu suchen sein.

---

## Die Politik der deutschen Arbeitgeber.

Bürgerliche Fanatiker der Ruhe gefallen sich andauernd in einer Beurteilung der sozialdemokratischen Bewegung, die diese als in ihrer Zielsetzung wohl reichlich utopistisch, im übrigen aber ihrem eigentlichen Wesenskern nach als vollberechtigt, weil dem naturnotwendigen Ausgleich der nun einmal leider vorhandenen sozialen Unebenheiten dienend, hinstellen will. Sie übersehen dabei zweierlei. Erstens ist es grober Unfug, den „Sozialismus“, der schließlich doch nichts anderes ist, denn eine naturnotwendige Begleiterscheinung der allgemeinen Entwicklung, als Ding an sich aufzufassen und seine Förderung zum Privileg einer einzelnen Parteigruppe zu stempeln. Und zweitens hat wohl kaum irgendeine Partei so wenig Anrecht zur Ausübung eines solchen Mandats, wie gerade die sozialdemokratische in allen ihren Farbenabstufungen, nachdem als die eigentliche Triebfeder ihres Handelns nicht im mindesten die Wahrnehmung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen der Arbeitnehmer als solcher im Rahmen zweckmäßiger Berücksichtigung des Allgemeinwohls, sondern in erster Linie die Absicht zu gelten hat, klassenkämpferischen, auf das Endziel der Unterwerfung aller anderen Berufsstände unter das absolute Regiment einer Anzahl sozialdemokratischer Parteiführer gerichteten Bestrebungen zum Siege zu verhelfen.

So ist die Rede zu verstehen, die Herr Scheidemann kürzlich in einer öffentlichen Versammlung zu Kassel gehalten hat; so die des Herrn Hermann Müller in der Montag-Versammlung der Berliner Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei: Cuno ist anzuweisen, daß er sich sofort zu Verhandlungen mit Poincaré auch auf die Gefahr gleichartiger Ausnutzung der deutschen Unterwürfigkeit versteht, die uns aus den Versailler Verhandlungen erblühte. Weigert er sich dessen, so muß dafür gesorgt werden, daß er schleunigst wieder vom Schauplatz verschwindet. Herr Müller verlangt, daß das Reich einen Zahlungsplan mit 30 Milliarden als Endsumme aufstellt, der alle „Garantien enthalte“ und demgemäß „geradezu propagandistisch“ wirke. Außerdem soll das Reich sich zu der unverbrüchlichen Zusage verstehen, im Laufe dieses Jahrhunderts keinen Krieg zu erklären, mag auch geschehen, was da will. Wie dieser brave Herr Müller, dessen finanzwirtschaftliche Vorkenntnisse doch wohl nach Maßgabe seiner Erfahrungen auf dem Gebiet des Absatzes gewisser

kulturnotwendiger Hausstandsartikel immerhin beachtenswert sein dürften, zu dem Schluß zu gelangen vermag, daß es uns ein leichtes sein würde, trotz unserer grenzenlosen Wirtschaftsmisere zur Befriedigung der französischen Geldgier 30 Goldmilliarden aufzubringen, entzieht sich leider der Beurteilung der weniger unterrichteten Fachleute. Vielleicht hat er im Verlauf seiner früheren Betätigung Gelegenheit gehabt, hinter die Geheimnisse des sagenhaften Dukatenmännchens zu gelangen. Weit befremdlicher müßte indessen die großzügige Art berühren, mit der er dem Kanzler zuredet, sich nichtachtend über die ganze Schamlosigkeit der Poincaré und Genossen hinwegzusetzen, durch die Chronik der Greuelthaten im Ruhr- und Rheingebiet einen dicken Strich zu machen und in schweifwedelnder Hundsdemut um gnädige Bestrafung zu wänseln; — wenn es sich eben nicht um einen maßgebenden Vertreter jener politischen Clique handelte, deren Gedankenverbindungen wir vorstehend näher beleuchteten. „Was ist Ehre? Kann sie ein Bein ansetzen oder einen Arm?“ so fragt Falstaff. Genosse Müller trägt weit höheres Verlangen, als sich mit solchen antiquierten Begriffen herumzuschlagen; ihm ist Paris eine Messe wert, und Deutschlands Zukunft mag ruhig die Rolle des Böckleins beim Opfer Abrahams spielen, wenn solcher Art das Wohl der Roten Internationale gewahrt wird.

\*

Wenn die vorstehenden, ebenso törichte als unerzogene Sätze in irgendeinem Spießblättchen gestanden hätten, würden sie keinerlei Beachtung verdienen. Sie sind aber zu lesen in:

„Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“

Zentralblatt der deutschen Arbeitgeber.

Sie sind außerdem von dem Hauptschriftleiter dieses Blattes, einem gewissen W. G. H. Frhr. von Rechwitz, verfaßt.

Frage: Welche Art deutscher Arbeitgeber hat an solchem Unsinn, solchen pöbelnden Geschmacklosigkeiten ein Interesse? Wäre es nicht an der Zeit, daß die maßgebenden Stellen der Arbeiterschaft sich eines Blattes entäußerten, das in keiner Weise dazu dienen kann, die Idee der Arbeitsgemeinschaft, noch die Voraussetzungen für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu fördern?

---

PAUL WESTHEIM:

## Der Zeichner George Grosz

GEORGE GROSZ hat im Malik-Verlag, Berlin, ein monumentales Werk erscheinen lassen, ein „Ecce Homo“, Ecce homo dieser heutigen Zeit. In hundert Lithographien und farbigen Offsetreproduktionen nach Aquarellen redet sich einer, der beides: Beobachter und Kämpfer, Bekämpfer ist, von der Leber runter, was ihn aus dem Gesicht dieser heutigen Gegenwart angrinst. Eine sehr freie Rede . . . die anzuhören auch etliche Courage gehört.

Zunächst George Grosz, das heißt ein neuer Stil der Zeichnung. Stil, der nicht herkommt von Cézanne oder Picasso, von Munch oder Hodler, oder wo sonst heute fast alles herzukommen pflegt.

Dieser messerscharfe, glasfederharte, nicht an-, nicht abschwellende, wie „mit Apachemesser geritzte“ Strich ist da ohne alle andere Kunst. Er ist da als Stil George Grosz und als Stil einer Art Zeichnung, die ihre bestimmte — auch außerhalb des Künstlerischen liegende — Wirkung sucht.

Der letzte Fall dieser Art war *Daumier*. Daumier war eine flackernde Leidenschaft. War Flamme, wie sie über dem Holzstoß loht und aufflackert. Um seinen Strich spielt ein Züngeln, eine gierende Zügellosigkeit. Ihr wißt, wie die Flamme herumfrißt an einem Kloben, den sie in Asche legen wird; so hat Daumiers lodernes Schwarz-Weiß herumgefressen an dem Dürholz der Zeit: dem Birnenkönig, dem *Ventre législatif*, dem Richter, dem Advokaten, jenem Robert Macaire, dem Stehaufmännchen des Volksbetrugs.

Nichts Flackerndes, nichts Aufbrausendes in dem Strich von George Grosz. Beherrschte Leidenschaft, die sich nicht erlaubt auf- und abzufahren: Feuerwasser auf Eis. Ein Strich, der bestimmt und präzise ist: präzise arbeitet wie die einer modernen Werkzeugmaschine. In ihm ist die unheimliche Ruhe des Schützen, dessen Finger am Abzug liegt. Man könnte auch von Korrektheit reden, jener preußischen Kasernenhof-Korrektheit, deren Wonne die schnurgerade ausgerichtete Linie ist. Jedes Härchen eines Leutnantschnauzbartes, wie Grosz ihn zeichnet, ist ausgezogen, als ob Haby selbst ihn emporgezwickelt hätte. Stil der zugeknöpften Kaltschnäuzigkeit, Stil jener Lausejungenhaftigkeit, die die Rotunden und die Bauzäune der Großstadtstraßen bekritzelt mit jenen Zeichnerien, die bekanntlich an unverfrorener Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Diese Lausejungen-Unverfrorenheit, die lieber dreimal unterstreicht als einmal halb verschleiert, dieser Lapidarstil der Respektlosigkeit, der Unzweideutigkeit war gerade das, was Grosz brauchte und was er suchte, als er sich daran machte, dem Zynismus einer sogenannten Zivilisation den überlegenen Zynismus eines *enfant terrible* entgegenzusetzen, das frank und frei heraus sagt, was ist und was er meint. Für Grosz waren diese Kritzeleien in gleichem Sinne Entdeckung wie seinen Kollegen von der höheren Malfakultät die Felshöhlenzeichnungen der Urmenschen oder die Buschmannkunst. Großstadtjunge, dessen einziger Schmerz der zu sein scheint, nicht aufgewachsen zu sein in der größten der Metropolen: in New York, muß es ihn schon gereizt haben, mit eben der Keßheit den lieben Leuten, die sich so stolz in die Brust werfen, zu zeigen, was das für ein Gelichter ist, das sich so Mensch und Mitmensch nennen darf. Und man muß sagen, daß Grosz hier wirklich gelehriger Schüler gewesen ist. Man hat demgegenüber gelegentlich von „Infantilismus“ gesprochen. Ein terribler Infantilismus! Die Herrschaften müssen einen recht seltsamen Begriff von Kindlichkeit haben. Diese Kunst ist gehörig aus den Kinder-



**Die Republik — ein Spatzenschreck**  
George Grosz  
aus „Abrechnung folgt“



hosen ausgewachsen, ist bewußt, so bewußt organisiert wie moderne Ingenieurarbeit. Ich will George Grosz, der dem Militarismus so hold ist wie der Jude dem Schwein und der Türke dem Wein, nicht weh tun, sonst würde ich sagen, sie sei in jedem Strich auf strategische Offensive angelegt. Jedenfalls ist sie vollendete Oekonomie der Mittel und Kräfte, fast Taylor-System des Zeichnerischen, alles gestellt auf äußersten Nutzeffekt.

Es gibt eine allerjüngste Richtung im Künstlerischen: die „Konstruktivisten“, die (romantisch fast) schwärmt von der Schönheit der Ingenieurform, der surrenden Räder, der Motore, der Lastkrane, der Schiffskiele, der Eisenhämmer, der Propeller. Man vergöttert, vergötzt fast den Ingenieur, dem es Selbstverständlichkeit ist, so unerhörte Lebendigkeit der Form zu gestalten; aber diese Romantik übersieht oder will übersehen, daß dieses Formgestalten sozusagen nur ein Nebenprodukt des Ingenieurschaffens ist, in den weitaus meisten Fällen ein ungewollt zufälliges Nebenprodukt, denn zuerst und vor allem will der Ingenieur doch das andere: den Standard der Leistung, den größtmöglichen Nutzeffekt bei geringstem Aufwand an Kraft und Stoff. Auch in dem Sinne könnte man von der Kalligraphie von George Grosz sagen, sie habe innere Verwandtschaft mit der Ingenieurform. Sie ist da, nicht um ihrer selbst willen; mit ihr hat sich ein Zeichner, ein Klassenkämpfer, eine Waffe geschliffen, eine Waffe pour écraser l'infame. Grosz will Menschen aktiv machen, Menschen sozial und politisch massieren, für ihn ist die Zeichnung das, was für den Versammlungsagitator das gesprochene, für den Leitartikler das geschriebene Wort ist. Malen, wie der Kunstmaler Stilleben oder Frauenakte malt, malen, um den ästhetischen Sinn zu charmieren, das ist nicht seine Sache, das sieht er an als eine Art Biedermeierlichkeit. Wie er von Nick Carter und Sherlock Holmes, von Boxern und Ringkämpfern schwärmt, weil sie etwas sind, was die heutige Masse in Atem hält, so schwärmt er von dem journalistischen Tageszeichner. „Dieser Zeichnertyp wird noch leben, wenn der Staffeleibildmaler längst ausgestorben ist. Er ist politisch ähnlich wie in Amerika, wo solch ein Zeichner eine Macht darstellt, von der wir uns hier keinen Begriff machen können.“ Und da die deutsche Presse noch weit davon entfernt ist, sich in diesem Sinne zu amerikanisieren, hat er immer wieder versucht, sich selbst ein Organ zu schaffen: „Die Pleite“, „Jedermann sein eigener Fußball“, „Der blutige Ernst“, „Der Gegner“. Kampforgane, .intellektuelle. Maschinengewehre gegen Kapitalismus, Militarismus und Spießerei.

Sein Debut machte George Grosz mit einer Folge von Großstadt-Impressionen. Bei dem Wort denke man nicht an die Pittoresken Brangwyns, auch nicht an luftig duftige Stimmungsbilder in der Art des Pissaro. Der Boulevard, die arrangierte Pracht, der flanierende Müssiggang ist nur die eine, die Schauseite dieses

Hexenkessels, in die die Barbarei der Zivilisation-Millionen gepfercht, sie gewissermaßen aufs neue in einen Urzustand der Bestialität zurückversetzt hat. Leute, die ihren Beruf als Landschulmeister verfehlt haben, lesen darüber Moral, ausgekochte Jungens von dem Schlag dieses George Grosz paddeln herum in dem Strudel, und eines Tages packt sie das Gelüst der erstaunten Mitwelt von dem exotischen Kontinent, durch den Tausende und Aber-tausende Tag für Tag ahnungslos hindurchhatzen, zu reportern Manche, um zu moralisieren; anderen, die mehr danach geartet sind, Tatsachen zu sehen als Reflexionen anzustellen, macht es Spaß, allerlei Stare zu stechen, die dem gesitteten Menschen scheinbar nicht weniger vonnöten sind als WC und Zahnbürste. Grosz ist einer von der Sorte. Und da ein bischen Sensationsmache nun einmal auch zur Reportage gehört, so kann man es verstehen, daß er nicht grade beflissen war, den Leuten den Odeur zu ersparen, den die Pestilenz dieser Unterwelt ausschwitzt.

„Kräne und Lorenbahn,  
unterfressener Asphalt — wie seltsam!!  
Abenteurer ziehn vorüber, steifen Hut,  
Schwarz auf Glatthaar, nach hinten.  
Des Syphilitikers buntes Profil schimmert  
durchs Dunkel — auch ohne Nase läßt sich leben — !!!“

Mit der Blendlaterne leuchtet er, Kamerad von Walter Mehring, dem Großstadtdichter hinein in das Getriebe, das bewegt wird von Geilheit und Gewinnsucht. Die Straßen entlang flanieren Rundschädel, die keinen anderen Zweck zu haben scheinen, als den pomadisierten Scheitel und die Melone zu tragen. Die Stickluft der Winkelbar und des schmierigen Caféhauses umnebeln die Sinne. Der Talmigent mimt den Maharadscha. Der Zuhälter überrechnet das Nachtgeschäft. Ausgepichte Huren spannen das Gimpelnetz. Devote Nachtportiers und Kuppelmadams machen die Regie der Gelegenheitsliebe. Lichtreklamen besonnen den „Strich“. Geiz und Geilheit durchkämpfen eine Filmtragödie in der Heldenseele des Herrn Mudicke, der ausgezogen ist, um sich einen Abweg zu genehmigen. Und wo mit braunen statt mit blauen Lappen gerechnet wird, ist nur die Aufmachung ein bischen anders, um ein paar Prozente suggestiver. Wie diese Weiber den Blick haben, durchs Rockfutter durch den Inhalt einer Geldtasche zu röntgen, so sieht dieser Grosz dem Spießer gleichsam in den Hosenlatz hinein. Den Veteraninnen der Liebe (dies ja gewohnt sind) sieht man unters mühsam geschnürte Korsett, wo die Melkbrüste hangen und noch anderes sich auf-tüt — — — „Da unten aber ists fürchterlich, und — der Mensch versuche die Götter nicht“, sagt unser Schiller.

\*

Das war zu Anfang des Krieges. Vorkriegssensation, wenn man will. Der Krieg, „das Stahlbad“, der Krieg als Orgie des Unsittlichen, der erbärmlich jammerlichen Ichsucht, der Krieg und das, was sich dann als deutsche Revolution begab: die Hypertrophie des Militarismus und des Kapitalismus gaben Grosz eine Mission. Jetzt war keine Zeit mehr für ein Herumflanieren in den Quartieren der Großstadtperipherie. Das Talent zum Naturforscher, das er sich da anerzogen hatte, galt es nun praktisch zu verwenden; es galt diese bourgeoise Gesellschaft anzuprangern, die dem Götzen „Militarismus“ die Stiefel leckte, es galt diesem zügel- und schamlos gewordenen Kapitalismus, der sich anschickte wie jene biblischen Heuschreckenschwärme, die der Herr zur Strafe über die Aegypter gesandt hatte, dem Volk das letzte Mark aus den Knochen zu saugen, diesem Schieber-, Wucher- und Spekulantengesindel wie jenen Strichweibern vom Wedding die Kleider vom Leibe zu reißen und seine Megärenhaftigkeit ungeschminkt in ihrer ganzen geilen Pervertiertheit aufzuzeigen. Grosz stellte sich an die Seite der Ausgepowerten, seine Feder sollte ihnen Maschinengewehr und Tank sein. Er war Spartakist, wurde einer der grimmigsten Hasser dieser korrupten bürgerlichen Gesellschaft und einer ihrer heftigsten Ankläger. Er zeichnete sie, schlemmernd, prassend, wie sie die feistgewordenen Bäuche zu den von skrupellosen findigen Unternehmern fix organisierten Orgien schleifte, wie sie die schlaffen Sinne sardanapalhaft an Nackttanz und anderen käuflichen Ausschweifungen aufzupeitschen suchte. Vor allem aber galt sein Kampf dem Militarismus, jenem deutschen Militarismus, der ein ganzes, irre geführtes Volk ins Elend gebracht hatte und der trotz allem immer noch weiter herrschen und knechten oder wenigstens die Futterkrippen nicht räumen wollte. Seine Zeichnung wird, nachdem uniformierte Mörder auch noch die Liebknecht, Luxemburg, Eisner feige und hinterhältig gemeuchelt haben, zum Pamphlet. Er kennt keine Grenzen mehr, er schlägt gelegentlich übers Ziel hinaus, scheut auch einmal nicht vor einer Geschmacksünde zurück. Seine Zeichnung ist vernichtend, weil sie nicht karriert, sondern porträtiert. „Das Gesicht der herrschenden Klasse“ ist der lapidare Titel einer Sammlung seiner Zeichnungen (ein zweiter Band: „Abrechnung folgt“ ist gerade jetzt ebenfalls im Malik-Verlag herausgekommen). Auf dem Umschlag prangt das Assessoren-, das Reserveoffiziergesicht „so kerzengrade geschniegelt“, mit „dem eingefrorenen Dünkel“, das Heine schon gekannt hat, und was da als Zeichnungen folgt, ein einziges Heldenlied, Epopöe auf eine Art Heldentum, wie sie Heine in seinem Klagegesang: „Deutschland, ein Wintermärchen“ schon vorgeschwebt hat, als er dem „wakren Volk“ wünschte, der Himmel

„Bewahre dich vor Krieg und Ruhm,  
Vor Helden und Heldentaten“.

Es ist die Sache eines freien Menschentums, die hier mit Geist und Talent vertreten wird, und es ist seit den Tagen des Aristophanes gute alte Künstlertradition auf dieser Seite zu stehen.

Grosz ist eine Zeiterscheinung. Ist er nur Zeiterscheinung? Wird er mitvergessen sein, wenn man einmal (in den „herrlichen Zeiten“, denen uns entgegenzuführen, man uns so liebevoll verheißen hat) über das Objekt seiner Pamphlete wie über spanische Inquisition und Hexenverbrennen sich Aufklärung suchen muß in gelehrten Spezialwerken? Die Entscheidung darüber mag denen überlassen bleiben, die das Privileg zu haben meinen, die große oder die kleine künstlerische Unsterblichkeit zu befinden. Ich traue ihm zu, daß er, verworfen und in die Hölle der „Tendenzkünstler“ verdammt, die armen Sünderseelen von Callot und Brueghel, Goya und Daumier, Swift und Heine zu einem Fußballmatsch zusammentrommeln würde.

---

## UMSCHAU.

**Wie lange noch?** Erstens: Französische Kriegsgerichte, die auf deutschem Boden sitzen, verurteilen Krupp und seine Mitdirektoren, verurteilen ein Dutzend Eisenbahner zu mordenden Freiheitsstrafen. Zweitens: Aus dem preußischen Landtag werden die Kommunisten auf Anordnung eines sozialdemokratischen Präsidenten durch Polizei hinausgeführt. Drittens: Vor einer Abteilung der Reichswehr demonstrieren Hindenburg und Eitel Friedrich, während der Reichswehrminister dabeisteht und zuhört, wie dem Kaiserreich und dem Kaiser Ehrfurcht und Treue gelobt werden.

Drei Episoden. Gemessen an den eigentlichen Entscheidungen, auf die wir warten, vielleicht bedeutungslose Ereignisse. Dennoch: als Ergebnis einer Woche ausreichend, um die strapazierten Nerven eines nun beinahe zehn Jahre lang nicht zur Ruhe gekommenen Volkes dem Zusammenbruch näherzubringen. Auch Völker haben Nerven.

Die Urteile französischer Kriegsgerichte können wir nicht verhindern. Sie sind politische Waffen, deren Wirkung wir nur Erhaltungswillen entgegensetzen können. Auch die Turbulenz der Kommunisten ist als Ausfluß (vielleicht falsch verstandener) moskowitischer Befehle eine Angelegenheit des Auswärtigen. Anders aber steht es um den Parade-marsch vor Hindenburg. Dieses revoltierende Beineschwenken ist ein innerer Vorgang. Ein Vorgang allerdings, der nicht unerheblich dazu beitragen kann, Deutschland noch mehr, als dies schon der Fall ist, zum Objekt des politischen Geschehens zu machen. Vorläufig indessen können wir hier noch das Notwendige veranlassen. Könnten es jedenfalls. Wenn nämlich die dafür bestellten Minister ihre Pflicht tun. Ob Herr Geßler sie dadurch getan hat, daß er im Schatten der uniformierten Kalkberge das Wort „Republik“ aussprach, wird nicht einmütig anerkannt werden können. Merkwür-

dig bleibt jedenfalls die bei dieser Gelegenheit enthüllte Traditions-kompagnie. Eine mehr als geheimnisvolle Gründung. Ein Unikum in der Geschichte der Revolutionen. Ob es dergleichen im napoleonischen Heer gegeben hat? Ob auch Herr Geßler zu den Traditionen gehören wird, die da gepflegt werden? Kürzlich hieß es, daß Hoelz und Erich Mühsam zu Ehrensoldaten der Sowjetarmee ernannt worden seien. Wenn dem so ist, so wäre das von uns aus betrachtet banal und geschmacklos, von Moskau aus gesehen aber wenigstens konsequent. Wo aber liegt die Konsequenz, wo die einheitliche Linie, wenn der Monarchie von den Truppen der Republik präsentiert wird? Wie lange noch wollen wir Deutschlands schwer beranntes, in allen Fugen wackelndes Haus auch noch von innen her ansägen?

R. Br.

\*

**Propaganda!** oder berlinisch gesprochen Propajanda! das große Zauberwort, das jeden Deutschen benebelt. Wie einst während des großen Stahlbades, so ist auch jetzt wieder in deutschen Landen ein großer Propagandafimmel ausgebrochen und hat Hirne und Sinne gefangen genommen. Nachdem die deutsche öffentliche Meinung (glücklicherweise sehr zu Unrecht) davon überzeugt ist und es täglich hört, daß wir, insbesondere die offiziellen Kreise, nicht im geringsten verstehen, Aufklärungsarbeit zu leisten, daß wir keine Ahnung von fremder Psychologie haben, glaubt man wirklich, daß es genüge, wenn man die „Wahrheit“ täglich in großen Paketen hinaussendet, um eine für Deutschland günstigere Stimmung in der Welt zu erzeugen. Man weiß nicht, daß die Meinung fremder Länder im wesentlichen von dem eigenen Interesse beeinflusst wird, daß sehr oft deutschfreundliche Korrespondenten abgerufen oder ihre Sendungen dem Papierkorb verfallen. Man weiß nicht, daß zu guter Propaganda zunächst gute

Politik gehört und daß man unmöglich, um ein Beispiel zu erwähnen, auf die englische Öffentlichkeit Eindruck machen kann mit einem Flugblatt mit der Ueberschrift „No Crime that the French have not committed“. Ist der großen privaten Organisation, die gute Beziehungen zu England hat, nicht bewußt, daß England und Frankreich Verbündete waren und noch Freunde sind, jedenfalls bessere als England und Deutschland? Das ist die ernste Seite des deutschen Propagandawahnsinns, von den vielen Narren, die z. B. im Ruhrgebiet französische Flugblätter verbreiten, in denen die Verwandlung von Paris und Brüssel in eine Wüste nach dem Vorbild von Sodom und Gomorra angedroht oder in denen mit Sprüchen des Alten und Neuen Testaments den Franzosen Angst beigebracht werden soll, ganz zu schweigen.

Aber von diesem allen sollte hier nicht gesprochen werden. Nein, es gibt auch vernünftige Aufklärungsarbeit in unserem lieben Vaterlande, und wie auch diese zum größten Teil ihr Ziel nicht erreicht und wie auch denen, die hierbei unseren amtlichen Stellen hilfereiche Hand leisten wollen, ihr gutgemeintes Vorhaben unmöglich gemacht wird, davon ein Beispiel, das leider nicht gut erfunden, sondern tragikomische Wahrheit ist.

Der Herr Reichskanzler hat seine Anfang März im Reichstag gehaltene Rede in alle Kultursprachen übertragen lassen. Man kann über die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahme geteilter Meinung sein; immerhin, die Rede enthält einen Ueberblick über die ganze Ruhrangelegenheit und wird sicherlich unter den gebildeten Kreisen des Auslandes Leser finden. Dieser Ansicht war jedenfalls ein Berliner Großkaufmann, der in einem Mittelmeerlande zahlreiche persönliche Beziehungen und Geschäftsfreunde besitzt und der beschloß, diesen Ausländern durch seine Vertretung in der ausländischen Hauptstadt die Rede Herrn

Cunos zur Kenntnis zu bringen. Die Beschaffung von etwa hundert Exemplaren der Rede in der fraglichen Sprache war schnell getan, Verpackung usw. erfolgte mit kaufmännischer Promptheit, aber o Schreck, die Außenhandelsstelle verlangte die Ausfuhrbewilligung und die dazu erforderlichen Unterlagen, Bescheinigungen und die Ausfüllung der so beliebten Formulare. Unser Großkaufmann geriet in den vom Leser zu ahnenden fürchterlichen Zustand, fluchte zu allen Göttern, griff sich in die Haare und dann ins Telephon, um mit übermenschlicher Selbstbeherrschung der Außenhandelsstelle das Nötige auseinanderzusetzen. Er sei kein gewerbsmäßiger Exporteur von Büchern, seine Spezialität seien vielmehr Maschinen aus Eisen, er mache mit der Rede des Herrn Reichskanzlers kein Valutageschäft, es geschähe das nur im Interesse der guten Sache und er wolle es auch ganz gewiß nicht wieder tun . . . es half nicht, Ausfuhrbewilligung oder 'ich fall' um, war die Antwort. Unser Großkaufmann ist ein Niedersachse und von der stillen, melancholischen Energie, die nichts von ihrem Wege abbringt. Er gibt den Kampf nicht auf, sondern wendet sich an seine Großorganisation, die natür-

lich in Berlin ein Bureau und einen unermüdlich tätigen Syndikus hat. Auf dem Bureau das gleiche Entsetzen wie im Kontor unseres Niedersachsen. Selbstverständlich umgehend gewandte und gut begründete Schreiben an den Herrn Kommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung und sämtliche dieser Institution anverwandte und zugehörige vorgesetzte Behörden. Aber sie gleichen nicht einem Markt, auf dem man das Geld hingibt und sofort die Ware erhält, man muß prüfen, in Erwägung ziehen, und so vergehen köstliche Wochen. Der Verband selbst bescheidet sich resigniert und verständigt sein Mitglied dahin, daß bislang noch keinerlei Entscheidung über die Ausfuhrbewilligung der Reichskanzlerrede eingetroffen sei.

Was ist zu tun, um diesem Skandal ein Ende zu machen? Wie kann Herren, die wirklich propagandistisch mithelfen wollen, solch' Leidensweg, solch' betrübliche Erfahrungen und solche Minderung guten patriotischen Willens erspart werden? Das Heilmittel erscheint mir einfach. Man gründe eine neue Außenhandelsstelle speziell für den Export von Ministerreden — oder von Außenhandelsstellen.

Herkules.

<b>Auslandspreise</b>	
<b>für ein Vierteljahrsabonnement der „Glocke“</b>	
Amerika } . . . . . 1 Dollar	Italien . . . . . 12 Lire
China } . . . . . 1 Dollar	Rumänien . . . . . 80 Lei
Japan } . . . . . 1 Dollar	Schweiz . . . . . 5 Franken
England . . . . . 5 Schilling	Spanien . . . . . 6 Pesetas
Frankreich und Belgien . . . . . 10 Francs	Skandinavien . . . . . 5 Krenen
Holland . . . . . 2½ Gulden	Tschechoslowakei . . . . . 15 Kronen
<b>Ueberweisung durch Wertbrief oder Scheck erbeten</b>	

**Dr. R. v. Ungern-Sternberg**  
**Frankreichs wirtschaftliche Lage**

*Rohstoffversorgung • Bevölkerung • Arbeits-  
verhältnisse • Industrielle Konjunktur • Va-  
luta • Außenhandel • Zerstörte Gebiete  
Finanzen • Ruhrinvasion*

*Grundzahl 1 Mk.*



**Deutschland, Deutschland  
über alles!**

**Von einem Deutschen**

*Warum das Deutschlandlied nicht von Monarchisten  
gesungen werden darf! Warum das Deutschlandlied das  
LIED DER REPUBLIK ist!*

*Mit schwarz-rot-goldenem Umschlag*

*Grundpreis 0,75 Mk.*



**Dr. Karl Renner**  
*Ehemaliger Staatskanzler*

**Der Tag der Deutschen**

*Grundpreis 0,75 Mk.*

**VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT G M B H**  
**BERLIN SW 68** **LINDENSTRASSE 114**

**Die Glocke**

**Ein Insertionsorgan für den Handel**

**Unsere neuen Insertionsbedingungen**  
 $\frac{1}{4}$  Seite kostet . . . . . Mark 15 000  
 $\frac{1}{2}$  Seite kostet . . . . . Mark 8 000  
1 mm Zeile kostet . . . . . Mark 15  
Bei Wiederholungen hohe Rabatte

GEORG LUKÁCS

GESCHICHTE  
UND  
KLASSENBEWUSSTSEIN

(343 Seiten)

NEUERSCHEINUNG

INHALT:

VORWORT / WAS IST ORTHODOXER MARXISMUS? / ROSA LUXEMBURG ALS MARXIST / KLASSENBEWUSSTSEIN / DIE VERDINGLICHUNG UND DAS BEWUSSTSEIN DES PROLETARIATS / DER FUNKTIONSWECHSEL DES HISTORISCHEN MATERIALISMUS / LEGALITÄT UND ILLEGALITÄT / ÜBER ROSA LUXEMBURG / ZUR ORGANISATIONSFRAGE

NEUERSCHEINUNG

PREIS

BROSCHIERT 4,50

PAPPBAND 9,—

SCHLÜSSELZAHL DES BÖRSENVEREINS

DER MALIK-VERLAG \* BERLIN



# DIE GLOCKE

8. Heft

21. Mai 1923

9. Jahrg.

---

Nachdruck sämtlicher Artikel ist nur mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

---

RUDOLF BREITSCHIED:

## Letzte Gelegenheit.

**D**IE Geschichte erinnert peinlich an die Affäre des Mannes, der über den Empfang von Ohrfeigen mit dem Bemerkens quittierte, daß diese körperliche Berührung das Interesse beweise, das sein Gegenüber an ihm nehme. Die letzte Note Lord Curzons an die deutsche Regierung ist eine schallende Ohrfeige gewesen. Daß es Leute gibt, die das bestreiten, beweist wie sehr alle die Demütigungen, die Deutschland seit dem Kriege erfahren hat, bereits das Gefühl abgestumpft haben, oder es zeigt auch, daß man immer noch nicht von dem Gedanken lassen kann, in der Auseinandersetzung, die wir mit Frankreich zu führen haben, stehe England im Grunde genommen auf unserer Seite, und der britische Botschafter in Berlin sei wirklich eine Art von Lord-Protektor. Die Art, in der Curzon zum Berliner Kabinett spricht, gemahnt stark an den Ton, den der Herrscher eines Weltreichs einem Vasallenstaat gegenüber anzuschlagen pflegt, oder dessen sich Oesterreich bediente, als es im stolzen Bewußtsein seiner Ueberlegenheit im Jahre 1914 Serbien auf die Knie zwingen wollte. Die Unzulänglichkeit unseres Angebots an Frankreich wird immer wieder in Wendungen betont, die wir uns unter normalen Verhältnissen sicher nicht gefallen lassen würden, und der Rat, mit einer neuen Offerte hervorzutreten, klingt wie die Aufforderung an einen trägen und unfolgsamen Schüler, sein Pensum unter Berücksichtigung der Anweisungen des Lehrers noch einmal einzureichen.

Und trotzdem müssen wir das Interesse, das England an uns nimmt, zugestehen. Hätte es uns vollständig aufgegeben, so hätte es schweigen und uns unserm Schicksal überlassen können. Es versucht noch einmal, uns auf den richtigen Weg zu bringen und unbefangenes Urteil kann nicht leugnen, daß seine Kritik an der Leistung des Kabinetts Cuno in der Sache berechtigt ist. Was Curzon über den deutschen Vorschlag sagt, ist zuvor auch von vielen deutschen Politikern gesagt worden, und man hätte es sicher noch deutlicher ausgesprochen, wenn nicht die Sorge

um eine Regierung, die wenige schätzen aber fast alle zunächst an ihrem Platze halten möchten, die Zunge im Zaum gehalten hätte. Daß die deutsche Note in London so gut wie in Paris stark enttäuschen mußte, war von vornherein klar. Ihr Aufbau ließ jedes psychologische Verständnis vermessen, ihr Inhalt war nach Lage der Dinge unzulänglich. Die Summe, die sie nannte, konnte schon deshalb nicht den Erwartungen entsprechen, weil der vorgeschlagene Zahlungsmodus eine Auslegung zuließ, bei der die tatsächliche deutsche Leistungsfähigkeit in Zweifel gezogen werden konnte. Was die Garantien anbelangte, so beschränkte man sich auf eine sehr allgemein gehaltene Phrase, die in der gegenwärtigen Situation schlechterdings nicht mehr genügte, und zu allem Ueberfluß wurde die Offerte mit Betrachtungen über die passive Resistenz belastet, die an Ungeschick kaum zu überbieten waren. England hätte uns schon ein außerordentlich wohlwollender Freund und den Franzosen nicht ein Verbündeter sondern ein Gegner sein müssen, wenn es uns nach dieser Leistung zugestimmt oder auch nur liebevoll und unter vorsichtiger Abwägung seiner Worte zu der einen oder andern Verbesserung unseres Vorschlags gemahnt hätte.

Aber wie dem auch sei: es handelt sich jetzt nicht um das Vergangene sondern um das Zukünftige. Was soll geschehen? Das britische Auftreten hat jedenfalls die Lage hell beleuchtet, und wir haben aus ihm die Folgerungen zu ziehen. Wir sind nicht imstande, uns mit Prestigeerwägungen aufzuhalten, und es bleibt uns nichts übrig als die Linie zu betreten, die uns mit so erschreckender Deutlichkeit vorgezeichnet worden ist. Das Kabinett Cuno scheint glücklicherweise im Prinzip dazu bereit zu sein. Die Frage ist nur, ob auf dem Wege von der grundsätzlichen Geneigtheit bis zur tatsächlichen Formulierung nicht neue Irrungen auftreten und die alten Fehler verschlimmern. Seine Absichten sind im einzelnen bisher nicht ganz klar. Die Meldungen widersprechen sich. Es heißt, daß in London eine Rückfrage darüber veranstaltet werden soll, wie sich denn England eigentlich die Lösung des Ruhrkonflikts denke, und es heißt gleichzeitig, das Kabinett habe bereits ein neues angeblich weitergehendes Angebot ausgearbeitet.

Eine Rückfrage erscheint in diesem Moment recht zwecklos, und sie würde eine überflüssige Verzögerung der Angelegenheit bedeuten. Wenn man sich über den britischen Standpunkt unterrichten wollte, dann mußte das bereits vor Monaten geschehen, und man begreift einfach nicht, daß die diplomatische Vertretung, die wir in London unterhalten, die Wilhelmstraße nicht schon längst über die Ideen des Londoner Auswärtigen Amtes unterrichtet hat. Dazu kommt, daß Curzon versichert, er habe bei den verschiedenen Gelegenheiten die deutsche Regierung über seine Ansichten in Kenntnis gesetzt. Irgendwann müssen wir darüber

aufgeklärt werden, ob das etwa in einer so mißverständlichen Form geschehen ist, daß man sich in Berlin kein klares Bild machen konnte, oder ob man die von der Themse kommenden Anregungen einfach in den Wind geschlagen hat. Jetzt ist es jedenfalls sinnlos, weitere Erklärungen von drüben zu fordern, und höchstens mag man zunächst zur vertraulichen Kenntnisnahme und Kritik das Angebot überreichen, das man offiziell bekannt zu geben beabsichtigt.

Wie dieses im wesentlichen aussehen soll, hat der englische Außenminister klar genug auseinandergesetzt. In erster Linie wird es darauf ankommen die Garantien zu präzisieren. Dabei können etwa Zölle und Eisenbahnüberschüsse eine Rolle spielen, aber wir haben uns darüber klar zu sein, daß wir um das, was mit dem Schlagwort der Erfassung der Sachwerte bezeichnet wird, nicht herumkommen. Der Staat muß in der einen oder ändern Form an den Erträgen der Wirtschaft beteiligt werden, um einen Fonds zu erhalten, der die Zahlungen der Reparationen sichert. Man rede nicht von Opfern der Industrie und der Landwirtschaft! Ein Opfer ist eine mehr oder weniger freiwillige Gabe. Was not tut ist der gesetzliche Zwang. Ehe der durchgeführt ist, werden wir niemals zu einer Regelung gelangen.

Die Totalsumme unserer Leistungen ist fürs erste von verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung. Wir werden den Ton auf die Jahresleistungen zu legen haben und die englische Note sagt uns, daß wir uns dabei so weit als irgend möglich den Ziffern nähern müssen, die in dem Vorschlag enthalten waren, den Bonar Law im Januar der Pariser Konferenz überreichte. Alle ändern Fragen und Probleme, wie Räumung des Ruhrreviers, passive Resistenz u. a. w. können einstweilen aus dem Spiel gelassen werden, da sie den Gegenstand der weiteren Verhandlungen bilden. Wir sind gezwungen, uns auf das Wichtigste zu beschränken, wenn wir überhaupt zu einem Resultat gelangen wollen.

So ist uns der Weg durch die englische Note vorgeschrieben, und das Tempo, in dem wir ihn beschreiten, wird uns durch die Lebensnotwendigkeiten unseres Staates und unseres Volkes diktiert, die wir durch die hochtrabenden Phrasen der Nationalisten nicht verdunkeln lassen dürfen. Die Parteien sind sich darüber einig, daß es Sache des Kabinetts Cuno ist, jetzt das entscheidende Wort zu finden, aber es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß sich hier die letzte Gelegenheit bietet, eine Katastrophe zu verhüten, und daß diese letzte Gelegenheit gleichzeitig auch die letzte Chance für die gegenwärtige Regierung ist. Sie weiß, oder kann es wissen, daß sie ihre Existenz nicht ihrer Fähigkeit und ihren bisherigen Leistungen verdankt, sondern der Tatsache, daß niemand die Neigung hat, ihre Erbschaft anzutreten. Das Vertrauen, das ihrer innern Politik so gut wie ihrer äußeren entgegengebracht wird,

ist auf ein Minimum zusammengeschrumpft. Würde sie auch jetzt die Möglichkeiten, die ihr noch einmal eröffnet sind, ungenützt versäumen, dann wäre ihr Schicksal besiegelt, denn der Wunsch, eine Regierungskrisis zu vermeiden, kann auch in den so überaus schwierigen Verhältnissen, in denen Deutschland lebt, nicht größer sein als der, einer internationalen Krisis ein Ende zu bereiten, bei der auf die Dauer nur die völkischen Desperados ihren parteipolitischen Vorteil finden, das Land aber zu Grunde gehen muß.

---

EDUARD BERNSTEIN:

## Zur Schlußsteinlegung der sozialistischen Internationale.

**W**ENN der internationale Sozialistenkongreß, der am 21. Mai dieses Jahres in Hamburg zusammentritt, die ihm von dem einberufenden Komitee gestellte Aufgabe erfüllt, dann wird man von ihm als dem Kongreß der Schlußsteinlegung der zweiten sozialistischen Internationale zu reden haben. Auf ihm sollen die zwei internationalen Verbände, von denen jeder nach dem Weltkrieg einen Teil der durch diesen auseinandergetriebenen Glieder der zweiten Internationale neu zusammenfaßte, zu einem großen, einheitlich aufgebauten Bunde vereinigt werden. Ein großes Werk, dem man nur von Herzen volles Zustandekommen wünschen kann, das zu keiner früheren Zeit notwendiger war, als heute.

Vergleicht man Gründung und Schicksal der beiden sozialistischen Internationalen, so stößt man bei äußerlicher Aehnlichkeit auf einen sehr bedeutungsvollen Unterschied. Die Aehnlichkeit besteht darin, daß, von weiter zurückliegenden, keimartigen Versuchen abgesehen, zur Gründung der ersten sozialistischen Internationale eine revolutionäre Erhebung — der Aufstand der Polen von 1863 — zum Aufbau der zweiten Internationale die Erinnerungsfestsetzung einer großen, weltbewegenden Revolution — die Jahrhundertfeier der großen französischen Revolution von 1789 — den Anlaß gab. Und beiden Internationalen wurde ein Krieg verhängnisvoll: der ersten der deutsch-französische Krieg von 1870/71, der zweiten der Weltkrieg von 1914/1918. Aber welcher Unterschied im Wesen der jedesmaligen Rückwirkung! Kein sichtbarer Gegensatz in der Stellung zum Krieg trieb die erste sozialistische Internationale auseinander. In Deutschland hatten die Vertreter der ihr angeschlossenen Sozialisten im Parlament es abgelehnt, der Regierung die Genehmigung zur Aufnahme einer Kriegsanzleihe zu erteilen, in Frankreich hatten die internationalen Sozialisten beim Ausbruch des Krieges überhaupt noch keine Vertretung im Parlament und später eine solche erst erhalten, als der Krieg schon

für Frankreich verloren war, Paris kapituliert hatte. Zwar stimmten in der Nationalversammlung von Bordeaux der Internationalist Benoit Malon und noch einige Sozialisten gegen die Annahme der von den Unterhändlern Frankreichs unter dem Druck der Umstände Deutschland zugestandenen Friedensbedingungen und legten, als die Versammlung diese annahm, ihre Mandate nieder. Aber das geschah im wesentlichen unter dem Einfluß der Ueberlieferungen von 1792/93. Sie handelten so, weil sie vermeinten, der Widerstand bis zum Aeußersten werde, wie damals, die Revolution bis auf die äußerste Spitze treiben. Das trat aber nicht ein. Die Erhebung der Volkswahren von Paris am 18. März 1871, die die Pariser Kommune ins Leben rief, hatte ein darauf gerichtetes Streben zum Untergrund, aber sie führte, statt zur Niedermetzlung von Gegnern der Revolution, die eine Neuauflage der Septembermetzeleien von 1792 gewesen wäre, zur Niedermetzlung von vielen tausend Kommunekämpfern und einem Unterdrückungsgesetz gegen die Internationale, das diese auf Jahre in Frankreich unmöglich machte.

Bei alledem hatten dem Benoit Malon und den Urhebern des Aufstandes vom 18. März, zumeist Blanquisten, doch auch nationalstische Gedanken den Antrieb zu ihrem Verhalten gegeben. Frankreich war ihnen das heilige Land der Revolution, das sich nicht ergeben durfte, weil die Revolution auch nur zeitweilig sich nicht als geschlagen anerkennen sollte. Zunächst unbewußt oder wenigstens unbeabsichtigt zog damit eine Uebertreibung des nationalen Empfindens in die Seelen ein, die weiterhin der Internationale recht verhängnisvoll wurde. Was nach der blutigen Niedermetzlung der Kommune von französischen Mitgliedern der Internationale noch einen Zusammenhang mit dieser aufrecht erhielt, lebte nun im Exil, und im Exil verschärften sich die geschilderten Empfindungen noch. Ihr irrationeller Inhalt erhielt eine Steigerung durch die um jene Zeit von Michael Bakunin in die Internationale hineingetragenen Ideen. Bakunin war von jener Neigung zu den aus der Spekulation geschöpften Uebertreibungen in der Verneinung des Bestehenden beherrscht, die man überall da findet, wo die Möglichkeit zum Erzielen von realen Aenderungen noch fehlt. Das war aber nicht nur in Rußland der Fall, es traf auch, wenngleich aus andern Gründen, in den meisten Ländern des mittleren und westlichen Europa für die Sektionen der Internationale zu. Dort war fast überall noch die Bewegung in den Kinderschuhen und daher den geistigen Kinderkrankheiten ausgesetzt, so daß der Bakuninsche Radikalismus auf viele empfängliche Seelen stieß. Größeren Widerstand begegnete er nur in Deutschland, was eine schon früher bei ihm vorhandene Abneigung gegen die Deutschen verstärkte. Sein eigentliches westeuropäisches Publikum bildeten die Sozialisten der lateinischen Nationen: Spanier,

Italiener, Franzosen. Als es zum Konflikt zwischen ihm und dem Generalrat der Internationale kam, ward von ihm und seinen lateinischen Anhängern eine Ursache darin erblickt, daß der leitende Kopf des Generalrats, Karl Marx, ein Deutscher war. Es kam im September 1872 der Kongreß der Internationale im Haag, der den Ausschluß Bakunins aus der Internationale beschloß und damit die Spaltung der Internationale zur Tatsache machte. Auf ihm hatten die Delegierten aus Deutschland, ohne besonders hervorzutreten, den stärksten Rückhalt des Generalrats gebildet, so daß hinterher das Wort ging: „Die Engländer haben getrunken, die Franzosen haben geredet, und die Deutschen haben gestimmt.“ Von einer im heutigen Sinne nationalistischen Gegnerschaft gegen die Deutschen konnte nicht geredet werden, aber im Kreise der Sozialisten, die zu Bakunin hielten, war man darüber einig, daß auf die Deutschen für die sozialistische Revolution nicht zu rechnen sei.

Die Internationale war nicht stark genug, die Spaltung zu ertragen. Die beiden Flügel, die sich nun bildeten, vegetierten ein paar Jahre fort, und dann war für längere Zeit von einer sozialistischen Internationale als organisierter Körperschaft nichts mehr zu spüren. Doch lebte ihr Gedanke in vielen Köpfen fort.

\*

In Deutschland hatte die sozialistische Propaganda schon in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts zur Organisation der Sozialisten als politische Partei geführt. Der Bewegung war die Kinderkrankheit der Spaltung nicht erspart geblieben, aber das Jahr 1875, das die erste Internationale in ihren letzten Zügen sah, sah die Vereinigung der Sozialisten Deutschlands zu einer geeinten Partei, die sich nun kraftvoll entfaltete. Ihre Siege in großen Wahlkämpfen, ihre heroischen Kämpfe gegen das Sozialistengesetz, dessen Verhängung Zeugnis für die Furcht war, die sie den Regierenden Deutschlands einflößte, zogen die Blicke der Sozialisten anderer Länder auf sie, und man fing an, die Form, die sie der sozialistischen Bewegung gegeben hatte, und die Art ihres Vorgehens als vorbildlich zu betrachten. In einem Lande nach dem andern fing man an, mit den Landesverhältnissen entsprechenden Modifikationen ihr Beispiel nachzuahmen. Und als nach einer Reihe anerkannter Anläufe auf den zwei internationalen Sozialistenkongressen von 1889 — zwei, weil die Sozialisten Frankreichs, in dessen Hauptstadt Paris sie stattfanden, in zwei Parteien gespalten waren, die sich heftig befehdeten — der Grund zur neuen sozialistischen Internationale gelegt worden war, trat diese als eine Internationale von als Partei organisierten Sozialisten ins Leben. Das ist der bedeutungsvolle Unterschied der zweiten gegen die erste Internationale. Die erste Internationale hat Parteien als Zweigvereine überhaupt nicht gekannt. In Deutsch-

land hat der Vorläufer der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Eisenacher Programms (Partei Bebel, Liebknecht und Genossen) der Nürnberger Arbeitertag, die im Statut der Internationale niedergelegten Grundsätze in sein Programm aufgenommen, aber welche von seinen Mitgliedern der Internationale beitreten wollten, mußten es als Person tun, und ebenso war es bei der genannten Partei. Als Schreiber dieses ihr im April 1872 beitrug, ward ihm gleichzeitig mit der Parteikarte eine Mitgliedskarte der Internationale angeboten, ohne daß ihm deren Lösung als Bedingung für die Parteizugehörigkeit angegeben wurde. Ich löste sie freiwillig und habe zwei Monate später an einer Versammlung der Berliner Mitglieder der Internationale teilgenommen, auf der wir unter anderem den Delegierten für den Haager Kongreß der Internationale wählten.

Bei der zweiten Internationale war das Verhältnis umgekehrt. Ihr Aufbau war streng föderalistisch gestaltet. Sie kannte keine Zentrale nach der Art des Generalrats der ersten Internationale. Nur ausnahmsweise wurden in sie Gruppen oder Individuen aufgenommen, die keiner Partei angeschlossen waren. Sie war in der Hauptsache eine Internationale national organisierter sozialistischer Parteien, und ihr Grundsatz war, wo nicht besondere Umstände vorlagen, für jedes Land nur eine Partei anzuerkennen.

Diese Form und Natur ihrer Gliederung hat auch lange ihren Beschlüssen den Stempel aufgedrückt. Der föderative Charakter gebot in dieser Hinsicht, über die Festlegung allgemeiner Grundsätze keine bindenden Beschlüsse zu fassen, welche die einzelnen Parteien in ihrer politischen Aktion beengten, keine Vorschriften zu machen, die sie verhinderten, ihre heimische Politik den Umständen und Bedürfnissen ihres Landes anzupassen. Im allgemeinen wurde auch danach gehandelt. Es hat aber nicht an Versuchen gefehlt, sie von der Einhaltung dieses Grundsatzes abzudrängen. Das erste Mal — es erfolgte auf dem Kongreß von 1900 und betraf die Frage des Eintritts von Sozialisten in Ministerien — führte ein solcher zu einem Beschluß, der die Urheber unbefriedigt ließ. Beim zweiten hatten die Antragsteller den Erfolg auf ihrer Seite, aber die Wirkung war eine sehr verhängnisvolle. Es war die 1904 dem internationalen Kongreß zu Amsterdam vorgelegte Resolution, die die Beteiligung an Koalitionsregierungen mit bürgerlichen Parteien verpönte. Sie ging von Sozialisten Frankreichs aus, die sich für Marxisten hielten, und richtete sich gegen die dort von Jean Jaurès beobachtete Politik. Jaurès hatte seine ganze Beredsamkeit aufgewandt, die Resolution zu bekämpfen, unterwarf sich aber, als diese trotzdem eine Mehrheit fand. Dadurch wurde eine Politik unterbunden, die in ihren Folgewirkungen dazu führen konnte, den Sozialisten einen Einfluß auf die Außenpolitik Frankreichs zu sichern, kraft deren diese eine wesentlich andere Richtung genommen hätte, als es tatsächlich geschehen ist. Tröste man sich

nicht mit der Behauptung, der Weltkrieg wäre trotzdem gekommen, die Gegensätze der kapitalistischen Welt hätten ihn unausbleiblich gemacht. Das ist, wie so vieles, was heute von den unausbleiblichen politischen Wirkungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems geschrieben wird, ganz und gar falsch. Es sind überall nur Minderheiten der Kapitalisten, die ein Interesse am Krieg haben, die große Mehrheit der Kapitalisten sind in allen Ländern am Frieden interessiert. Es waren einer vorkapitalistischen Zivilisation angehörende bzw. in deren Anschauungen lebende Elemente, die 1914 in Rußland und Oesterreich und dann auch in Deutschland auf den Krieg lossteuerten. Der Krieg war nur deshalb unvermeidbar, weil diejenigen sozialen Elemente, deren Interessen und Anschauungen er widersprach, teils nicht organisiert und teils vom Mitentscheid über Krieg und Frieden ausgeschlossen waren.

Von welcher Bedeutung es gerade für die Außenpolitik eines Landes sein kann, ob dessen Sozialisten an der Regierung teilnehmen, dafür ein Beispiel aus der neuesten Gegenwart. In Belgien waren bis vorigen Sommer die Sozialdemokraten mit an der Regierung. Sie traten dann aus, und es steht mir nicht bei, ein Urteil über die Gründe auszusprechen, die sie zum Austritt bewogen. Sie werden sicher unter dem Gesichtspunkt der Innenpolitik Belgiens sehr triftige gewesen sein und der Austritt wird auf diese günstig gewirkt haben. Aber wie unangenehm für das deutsche Volk, daß der Januar 1923 die belgischen Sozialisten nicht in der Regierung traf! Belgien würde dann ganz bestimmt sich nicht in der Weise zum Helfer Frankreichs bei der Ruhrbesetzung hergegeben haben, wie das in der Regierung sozialistenreine Belgien es getan hat, und ob Frankreich ohne Belgien den Schritt getan hätte, darf man mit Fug bezweifeln. Es hätte dann riskiert, allein dazustehen, und seine Position wäre eine sehr viel schlechtere gewesen.

Auf der anderen Seite hat in Deutschland zum zweiten Male sich gezeigt, wie wenig eine sozialistenreine Regierung dem Lande die schwersten Prüfungen erspart.

Die Erfahrungen beim Ausbruch des Krieges, die während des Krieges und nach diesem gemachten Erfahrungen — um sie bereichert, wird die zweite Internationale, wenn in Hamburg das Einigungswerk vollzogen sein wird, das neue Kapitel ihres Wirkens beginnen. Es geschieht in Zeitverhältnissen, die auf viele niederdrückend einwirken. Aber wir brauchen darum nicht in Pessimismus zu verfallen. Wenn wir zurückblickend uns vor Augen halten, wie leicht die erste sozialistische Internationale den Nachwirkungen des Krieges von 1870/71 erlag, der im Verhältnis zum Weltkrieg fast wie ein Kinderspiel anmutet, und damit vergleichen, mit welcher Kraft trotz der schwersten Schläge und bittersten inneren Kämpfe die zweite Internationale den Weltkrieg überdauert hat und ihre beiden Flügel nun durch die Schlußsteinlegung zu einem festen



Turm verbunden werden, dann dürfen wir mit dem Vertrauen in die Zukunft schauen, daß sie sich als die Kraft bewähren wird, die die Nationen zwingt, ihre Streitigkeiten durch friedlichen Vergleich zu erledigen. Bedingung ist, daß die Lehren erkannt und beherzigt werden, die die hinter ihr liegende Geschichte aufzeigt.

---

Prof. Dr. VEIT VALENTIN:

## 1848 — 18. Mai — 1923.

**A**LS vor fünfundzwanzig Jahren die fünfzigste Wiederkehr des Zusammentrittes der ersten deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche gefeiert wurde, gab es zu Frankfurt a. M. ein Fest des Wilhelminischen Stils: Fracks und Orden, viel Uniformen, zwei Bronzetafeln für die Fassade der Paulskirche, ein Denkmal für den Paulsplatz. Die damalige Zeit tat also, was sie konnte — aber sie tat es in einer Stimmung, die sich aus Mitleid, Ironie, Pharisäerstolz und nachsichtigen Respekt zusammensetzte. „Was sind wir doch für andere Kerle — wie weit haben wir es nun seitdem gebracht!“ — das war das Grundgefühl. Nun jährt sich der 18. Mai zum fünfundsiebzigsten Male; das Deutschland von heute schickt sich wiederum zu einer Feier an. Wie anders ist die Lage! Die zeitliche Entfernung ist gewachsen, aber geistig sind wir der Frankfurter Paulskirche um vieles näher gekommen. Manche werden sagen: noch nicht nahe genug.

Die Geschichte der deutschen Revolution von 1848/49 ist bis heute noch nicht geschrieben worden. Heinrich v. Treitschke starb darüber; sein sechster Band hat nicht das Licht der Welt erblickt. Vielleicht war das gut so; er hätte mit seiner glänzenden Eigenwilligkeit auch die Geschichte des großen Jahres für mindestens eine Generation festgelegt, so wie er unseren Lehrern und den Aeltern unter uns die Vorgeschichte eingehämmert hat — sehr zum Nachteil unserer politischen Erziehung. Allmählich haben wir heute begriffen, was es eigentlich mit dieser Geschichte der deutschen Revolution auf sich hat. Sie ist bis zum heutigen Tage in ihren wahren Zusammenhängen, in ihrer tieferen Verursachung, im feineren und feinsten Zusammenspiel der wirklich drängenden und treibenden Kräfte unbekannt. Aber viele Einzelforschungen lassen uns doch sehen, worauf es ankommt. Die Wissenschaft ist also vorwärts gekommen; vielmehr aber noch, das fühlen wir heute alle, das Leben selbst. Es gibt wieder Reichsminister, wie es damals zuerst welche in Deutschland gab, und die schwarz-rot-goldne Fahne, die vor fünfundzwanzig Jahren gleichsam verbannt nur in den Gassenwinkeln der Frankfurter Altstadt zwischen buckligen Häusergiebeln die Wärme ihres farbigen Dreiklanges rauschen ließ, weht heute über einem Deutschen Reich, das jene republikanische

Staatsform verwirklicht hat, von der damals Friedrich Hecker und mancher andere herzhaft deutsche Demokrat träumte und sprach.

Spät erst ist unser Deutschland von jenem Geist der Revolution ergriffen worden, dem die neuzeitliche Geschichte ihr Größtes verdankt. In Renaissance, Reformation und Aufklärung war er schon lebendig, jener Geist des einzelnen, der sich auflehnt gegen die geschichtlich gewordenen Mächte: England zuerst, dann Frankreich haben das Walten des revolutionären Geistes bei sich erlebt, seine zerstörende und seine schöpferische Kraft. Die neue Welt der westeuropäischen Staats- und Gesellschaftsgestaltung ist daraus erwachsen — in sich unendlich differenziert, auch ihrerseits belastet mit Tradition und neuen Bindungen, gegenüber Dynastien, aristokratischen Ständen, Körperschaftlichen und halbprivaten politischen Organisationsformen aber doch gleichbedeutend mit Befreiung, Vergrößerung und Vereinheitlichung des politischen Lebens. Alles dies war in der Zeit nach 1815 in Deutschland noch zu leisten. Der Gedanke der Nation, der Gedanke der staatsbürgerlichen Freiheit war als leidenschaftliche Forderung auch in die deutsche Wirklichkeit eingetreten. Immer noch wird man die Regierungskunst der deutschen Dynastien und ihrer Beamtenschaft zu würdigen wissen, wenn man auch jede Verherrlichung sich abgewöhnt hat; im ganzen haben sie doch für den Sondergeist und das Tagesgeschäft gearbeitet, die großen Forderungen der Nation aber bekämpft und empfindlich geschädigt. Wie viele Opfer obrigkeitlicher Willkür saßen in der ersten deutschen Nationalversammlung! So haben sich die Gegensätze zwischen den Vertretern des Obrigkeitsstaates und den Regierten trotz mancher Zugeständnisse nach 1830 doch immer mehr verschärft. Es wuchs in Deutschland ein neuer Stand heran, das Bürgertum, der Träger von neuer Bildung und neuer Wirtschaft, aus denen beiden sich nun ein berechtigtes und immer lebhafter werdendes Selbstbewußtsein entwickelte. Gegenüber so viel Kultur und so viel schöpferischer Arbeit wirkte schon jetzt das höfische Getriebe, die militärische Selbstüberhebung, der bürokratische Bevormundungsdünkel auf alle Fälle unzeitgemäß: in den kleineren Verhältnissen harmlos-komisch, in den größeren der Führerstaaten aber als Last und drohende Gefahr.

Die revolutionäre Bewegung, die im März 1848 im unmittelbaren Anschluß an die französische Februarrevolution ganz Deutschland durchbrauste, war so zunächst und vor allem eine Tat des neuen Bürgerstandes. Seine politischen Führer übernahmen die Regierung, seine Denker entwarfen die Forderungen nationaler Einheit und staatsbürgerlicher Freiheit. Daneben ging aber ein anderer Strom, zum Teil unterirdisch, auf den die spätere Zeit erst ganz allmählich wieder aufmerksam gemacht werden mußte. Die achtundvierziger Revolution gebar sowohl einen Bauernkrieg, wie eine Arbeiterbewegung. Die Kleinbauern und Landarbeiter brachten

stürmisch und an vielen Orten gewalttätig ihren elementaren Wunsch nach wirtschaftlicher Freiheit und Unabhängigkeit zur Geltung; in Oesterreich wurde erst damals eine Agrarreform in Angriff genommen, wie sie das übrige Deutschland schon längere Zeit kannte. Ferner: der spätere deutsche Sozialismus hat sich gern daran gewöhnt, die Bestrebungen von 1848 als „kleinbürgerlich“ abzutun: in Wirklichkeit haben wir Deutsche damals die erste Stufe unserer Arbeiterbewegung erlebt. Es bedeutet vielleicht nicht allzu viel, daß sich Hecker „Sozialdemokrat“ nannte. Wichtig ist, daß verschiedene Arbeiterkongresse stattfanden, daß in den Großstädten Organe und Versammlungen mit eigenen proletarisch-revolutionären Zielen auftraten; ist doch in der Frankfurter Paulskirche ein Antrag auf Bestellung eines eigenen Ministeriums für das Proletariat in allen deutschen Staaten gestellt worden! Der „Handwerksgeselle“ von 1848 war bereits ein ganz unbürgerlicher Typus. Seine Interessen und Rechte sind in der Paulskirche in bemerkenswerter Weise vertreten worden: das Assoziationsrecht, das Recht auf Arbeit; sogar das Recht auf Arbeitslosenunterstützung wurde in der ersten deutschen Nationalversammlung einmal beantragt.

Dem Bürgertum freilich gehörte überwiegend der Tag und die Stunde. Es hatte in die Paulskirche das Beste geschickt, was es hatte: Professoren, denn die Universitäten führten damals das Volk, noch mehr Juristen und Verwaltungsbeamte, viele Kaufleute, einige Handwerksmeister, Dichter und „Publizisten“ — ein neuer Stand! Jeder Abgeordnete wirklich ein Vertreter seines Kreises, seines Gaus. Diese Bodenständigkeit gerade gibt der Paulskirche das Leuchtende und Farbige. Es waren lauter Führer, noch keine Parteien. Echt bürgerlich ist auch der Glaube an die erlösende Kraft der besten Staatsverfassung, ein Glaube, der eigentlich das Wesen und das Schicksal der Paulskirche ausgemacht hat. Bei allem Idealismus ein rationalistischer Zug: nie sind in einem deutschen Parlament gebildete Reden gehalten worden; amerikanische, französische, englische Vorbilder werden zitiert; der Aufbau vieler Reden verrät die Schulung durch die große deutsche Philosophie. Hegel und Schiller haben Sprache und Bilderschatz oft unmittelbar beeinflußt. Aufklärung und Romantik, Humanität und Nationalismus haben hier durch die Worte ihrer vornehmsten Vertreter noch einmal ihren säkularen Kampf ausgefochten. Wenn Arndt und Jahn ein träumerisches Allddeutschum vertraten, so predigte Simon von Trier den Rechtsgedanken, Arnold Ruge die Idee des Völkerbundes. Ueber Staat und Kirche, über Monarchie und Republik, über Großdeutschum und Kleindeutschum ist in der Frankfurter Paulskirche eigentlich alles gesagt worden, was darüber in deutscher Sprache gesagt werden kann.

Man ist gewöhnt, gerade hier die tragische Schwäche der Frankfurter Nationalversammlung zu sehen. Ihr Scheitern hatte

aber andere und tiefere Gründe. Die englische und die französische Revolution haben Parlamente gesehen, die noch viel umständlicher und redseliger gewesen sind, und die trotzdem gesiegt haben. Ich möchte zwei Ursachen als entscheidend betrachten, die das deutsche Schicksal weit über das Jahr 1848 hinaus im tiefsten berühren. Das deutsche Bürgertum war als Revolutionsträger deshalb ungeeignet, weil es von vornherein in sich gespalten war. Seine obere Schicht sympathisierte mit den Mächten der alten Gesellschaft und konnte hauptsächlich deshalb den neuen deutschen Volksstaat nicht erzwingen, wurde vielmehr von diesen älteren Mächten für ihre politischen Zwecke verbraucht. Die politische Zersplitterung, die die Schwäche des Bürgertums war, war aber — das ist das Zweite — die Stärke der Dynastien und Bürokratien. Neben das Gesamtparlament traten die Einzelparlamente; war irgendwo für den neuen Staatsgedanken ein Sieg erfochten, so wurde er durch eine Niederlage an anderer Stelle wertlos gemacht.

Neunundzwanzig deutsche Regierungen Mittel- und Süddeutschlands haben sich für die Reichsverfassung von 1849, das Werk der Paulskirche, eingesetzt. Es ist der Teil Deutschlands gewesen, in dem der Gedanke an Kaiser und Reich von alten Zeiten her noch lebendig war. Welch eine politische Situation für einen großgesinnten Fürsten, dem die nationale deutsche Demokratie Lebensaufgabe gewesen wäre! Preußen wurde aber von Friedrich Wilhelm IV. regiert. Gegenüber der österreichischen Eifersucht und der russischen Bevormundung wagte er nicht die Tat, zu der ihn der bessere Teil seines Wesens drängte. Es kann dem preußischen Königstum nie vergessen werden, daß an ihm das Werk der Frankfurter Paulskirche zum Gespött wurde.

Seit dem Jahr 1848 gibt es in Deutschland politische Parteien und eine öffentliche Meinung. Die Karikaturen und Flugblätter der Zeit zeugen davon, viele noch heute in unverwüstlicher Frische. Die deutsche Nation hat sich damals als Träger staatspolitischer Willens selbst entdeckt. Wir Heutigen haben es schlechter als die Generation von 1848, die nach einer langen Friedenszeit den ersten großen Anlauf mit jugendfrischer Reinheit wagte und die erste herbe Enttäuschung schließlich verhältnismäßig schnell überwinden konnte. Einem Geschlecht, dem das Bismarcksche Reich zur historischen Episode hat werden müssen, ist die Erinnerung an die damalige Unfertigkeit zugleich ein Trost und ein Antrieb. In der Frankfurter Paulskirche ist das Werk der deutschen Einheit und Freiheit oft mit einem Dombau verglichen worden; so sagen wir denn heute: an dem deutschen Dome ist viel gebaut und viel wieder niedergerissen worden, die Erinnerung an die Werkmeister von 1848 stärkt uns aber den Mut, daß er eines Tages doch vollendet werde.

---

N. TASSIN, Berichterstatter des „El Imparcial“ von Madrid:

## An der Ruhr und am Rhein.

Ein unparteiisches Urteil.

**D**AS Drama, das sich jetzt in den besetzten Gebieten abspielt, ist von zu großer Bedeutung für ganz Europa, ja sogar für die ganze Welt, um es leicht zu nehmen. Jeder ehrliche und denkende Mensch hat die Pflicht, seine volle Aufmerksamkeit auf die Entwicklung dieses Dramas zu richten.

Ich war, seit Januar, dreimal im Ruhrgebiet und im Rheinland, um die Lage genau zu studieren und die Wahrheit herauszufinden; ich verfehlte keine Gelegenheit, mit Deutschen und Franzosen zu sprechen, — und habe mir mein Urteil gebildet.

Gestatten Sie mir, daß ich es hier ausführe.

\*

Die vorige Woche war ich in Werden, wo ich dem Prozeß gegen Krupp und seine Direktoren beiwohnte.

Es war ein höchst symptomatischer Prozeß, in dem die ganze französische Ruhrpolitik sich abgespiegelt hat. Der siegreiche französische Militarismus hat den besiegten deutschen Militarismus auf die Anklagebank gesetzt. Nicht daß die Franzosen die Ueberzeugung hatten, daß die Angeklagten wirklich das Vergehen begangen, dessen man sie offiziell beschuldigte. Nicht dies interessierte Poincaré und diejenigen, die seine Politik ausführen. Sie verfolgten nur das einzige Ziel: die Rache gegen den schon gefallenen deutschen Militarismus. In Werden wollten sie sich für Verdun rächen.

Als Objekt dieser Rache haben sie diesmal Krupp und seine Mitarbeiter ausgewählt. Eben Krupp (nämlich Herr von Bohlen, der die Familie Krupp vertritt), hat jahrelang gearbeitet, um die Ziele des deutschen Militarismus zu verwirklichen; eben unter seiner Leitung wurden Kanonen, Maschinengewehre und andere Munition, die bestimmt waren, Frankreich einen Totschlag zu geben, fabriziert; eben seine Tätigkeit war die eine stete Gefahr für die Franzosen.

Jetzt haben sie ihn. Und sie rächen sich. Wäre nicht der französische, sondern der deutsche Militarismus siegreich gewesen, dann würde vielleicht nicht Krupp, sondern Monsieur Schneider, der Inhaber der großen Waffenwerke von Creusot, auf der Anklagebank sitzen. Das ist die rücksichtslose Logik der rücksichtslosen Geschichte! Im großen Schicksalsspiel muß nun einmal derjenige, der verliert, zahlen.

Leider aber zahlen Millionen von Unschuldigen. Jetzt ist das ganze deutsche Volk, sozusagen, auf die Anklagebank gesetzt und wird als Verbrecher behandelt. Dies dauert nun schon seit mehr als

vier Jahren! Die Folgen dieser Lage machen sich jeden Tag in furchtbarster Weise bemerkbar und führen immer mehr zum Ruin und Elend.

Am meisten hat natürlich das Ruhrgebiet darunter zu leiden. Ueberall herrscht die Verzweiflung. Die Tätigkeit der Bevölkerung ist gelähmt. Tausende und Abertausende von Arbeitern und Beamten mußten ihre Beschäftigung verlassen, viele wurden sogar ausgewiesen. In Essen, Dortmund, Bochum, Hattingen, Duisburg und in vielen anderen Städten und Dörfern habe ich Frauen und Kinder auf der Straße gesehen, die von den Franzosen aus ihren Wohnungen vertrieben waren.

Im Rheinland, wo die Lage äußerlich ein wenig besser scheint, lassen sich auch die Folgen der Besetzung stark fühlen. Der Rhein, der immer so belebt war, der Hauptnerv des wirtschaftlichen Lebens dieses gesegneten Landes, liegt wie tot. Tot fließen seine Wellen, ohne etwas Gutes an die Bevölkerung zu bringen. Nur sehr selten sieht man einen Dampfer: die Franzosen haben fast jeden Verkehr auf dem Rhein unmöglich gemacht.

Das Elend nimmt zu von Tag zu Tag. Viele Lokalbahnen und Drahtseilbahnen stehen still, weil die Kohlen zu teuer sind. Die Aussichten für den kommenden Sommer sind sehr pessimistisch: Orte wie Königswinter, Boppard, Bingen, Rüdesheim, die früher schon im Frühling so zahlreiche Gäste angezogen haben, sind leer: die Leute wagen nicht, ins besetzte Gebiet zu fahren.

Außer dem rein materiellen Schaden muß man auch die moralischen Verluste, die eine direkte Folge der Besetzung sind, in Betracht ziehen. Der Verkehr ist so gelähmt, daß Tausende von Kindern im Ruhrgebiet sowie im Rheinland nicht die Schule besuchen können. Im Siebengebirge zum Beispiel pflegten die Kinder mit der Drahtseilbahn nach der Königswinterer Schule zu fahren; jetzt, da diese Bahn nicht mehr funktioniert, ist es ihnen meistens unmöglich geworden. Man kann doch nicht von diesen Kleinen fordern, daß sie stundenlang auf die Berge klettern, besonders, wenn das Wetter schlecht ist. Zahlreiche Schulen sind sogar in Kasernen für die französischen und belgischen Soldaten umgewandelt.

Man könnte noch sehr viele Beweise des materiellen und moralischen Elends, in welches die französische Politik die besetzten Gebiete geführt hat, bringen. Um diese Revanchepolitik auszuführen, benutzen die Franzosen die häßlichsten Methoden: Gewalt, Korruption, Spionage. Sie suchen die schlimmsten Elemente der Bevölkerung aus, um sie zum Verrat gegen ihr Vaterland aufzufordern. Fast neben allen von den Franzosen in Beschlag genommenen Hotels und Gebäuden kann man, während der Nacht, diese verdammten Spione sehen, die, um ihre 30 Silberlinge zu bekommen, ihre Landsleute verraten.

Und weshalb das alles? Wozu kann diese wahnsinnige Revanchepolitik führen? Nur um den Haß zwischen Völkern zu schüren. Anstatt alles zu tun, um endlich den in so furchtbarer Weise gestörten Frieden herzustellen, bemühen sich die Führer der französischen Politik — und leider auch irgendwo in Deutschland — um den Kriegszustand zu verewigen.

Den Franzosen wird es vielleicht gelingen, einige tausend Tonnen Kohlen und ein paar Milliarden mehr durch diese Methoden von Deutschland auszupressen, aber es kann sehr verhängnisvoll für ganz Europa werden. Wer Wind sät, der erntet Sturm. Wer Haß sät, der wird ihn zehnfach ernten.

Um das normale Leben wiederherzustellen, muß Europa fest zusammenhalten. Es muß sich beeilen, so schnell als möglich die Folgen des Krieges zu liquidieren und alle große Streitfragen zu beseitigen. Sonst gibt es keine Rettung.

Leider ist unsere Generation so durch nationalistisches Gift verseucht, daß man Grund hat, die nächste Zukunft sehr pessimistisch zu sehen. Aber man muß alles in Bewegung setzen und alle Mittel anwenden, um dem jetzigen Wahnsinn ein Ende zu machen.

Die Bourgeoisie hat sich überall als moralisch bankrott gezeigt. Nicht sie ist imstande, den drohenden Sturmwinden machtvoll gegenüberzutreten. Das kann nur die Aufgabe der wachsenden sozialistischen Armee sein. Und der bevorstehende sozialistische Kongreß in Hamburg muß einen kräftigen Notschrei an die ganze Menschheit richten.

---

ALBIN MICHEL:

## England und Rußland.

Auch wenn das englische Ultimatum, sei es durch Entgegenkommen Rußlands, sei es durch Entscheidung eines Schiedsgerichts, gegenstandslos wird, bleibt die Tatsache bestehen, daß neuerdings die Interessengegensätze zwischen England und Rußland wieder stärker hervortreten. Jahrzehntlang war es ein Axiom der europäischen Politik, daß Rußland und England naturgemäße Gegner sind und sein müssen. Auch die Einbeziehung Englands in das französisch-russische Bündnis konnte diese Gegensätze nicht verwischen oder gar aufheben. In einem gewissen Sinne, nämlich weil Rußlands Außenpolitik jetzt in einem noch höheren Grade als früher auf Asien gerichtet ist, muß sich sogar eine Verschärfung der englisch-russischen Gegensätze ergeben. Diese Ausdehnung der Reibungsflächen zwischen den beiden Staaten kann bei vernunftgemäßer Einstellung der beiden Regierungen wohl die Reibungsschärfe genommen werden, aber leugnen, daß solche Interessengegen-

sätze bestehen oder behaupten, daß sie nur eine Folge kapitalistischer Machinationen sind, hieße sich einer großen Täuschung hingeben.

Wie es im allgemeinen eine Illusion ist, daß bereits eine Zeit angebrochen sei, in der der Vorteil eines Volkes stets auch der Vorteil eines anderen Volkes sein müsse, so trifft dies auch auf die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen England und Rußland zu. Kann man schon stark darüber im Zweifel sein, ob selbst die Existenz von Staaten mit sozialistischer Wirtschaftsverfassung untereinander keine Gegensätze mehr auszutragen hätten, so kommt dies noch viel weniger in Frage zwischen den heutigen Staaten mit ihren unterschiedlichen Interessen im Innern und nach außen. Die Beziehungen der Staaten zueinander gehen nun einmal nicht in einem luftleeren Raum vor sich, sondern sie spielen sich auf Gebieten ab, die für das gesamte Volkswohl von einschneidender Bedeutung sind. Kommt in England in einigen Jahren einmal die Labour Party an die Regierung, so wird sie wohl darauf hinwirken können, daß — so viel an ihr liegt — die Interessenkollision zwischen England und Rußland nicht zu kriegerischen Auseinandersetzungen führt, aber auch die aus der Labour Party hervorgegangene Regierung wird bestehende Verhältnisse nicht einfach ignorieren können.

Solange in Süd-, Zentral- und Ostasien Völker unter fremder Oberherrschaft oder auch nur unter weitgehender politischer und wirtschaftlicher Bevormundung und Beeinflussung europäischer Mächte stehen, solange also in Asien Länder existieren, die man als Halbkolonien bezeichnet, so lange werden sich selbst bei einer streng pazifistischen Einstellung der Regierungen von London und Moskau Interessenkonflikte nicht aus der Welt schaffen lassen. Nun ist aber weder die gegenwärtige Regierung in London noch die Sowjetregierung auf den Pazifismus eingestellt. Muß die englische Regierung immerhin mit einer Opposition im Parlament und im Volke rechnen, die nationalistischen Abenteuerern entgegentritt, so hat die Sowjetregierung eine solche Opposition weit weniger zu fürchten. Gewiß gibt es auch in Rußland genug Gegner einer abenteuerlichen Außenpolitik, aber diese Gegner sind unterdrückt und können sich nur wenig bemerkbar machen. Der geistige Habitus des russischen Sowjetstaates ist noch immer dem des zaristischen Staates sehr ähnlich, am meisten aber in der nach außen gerichteten Politik. Der Satz, daß ein Staat sich wohl anders gearteten, veränderten Verhältnissen anpassen könne, daß er aber bei Strafe des Unterganges im großen und ganzen stets die gleiche Richtung innehalten, dieselbe Struktur, die gleiche geistige Formung behaupten müsse, ist gewiß falsch, oberflächlich und durch die Staatengeschichte widerlegt, aber es gibt eben doch Tendenzen, grundlegende Zweck- und Zielsetzungen, die nicht einfach ausgeschaltet werden können. Dazu gehört die Eroberungspolitik Rußlands in Asien ebenso wie die Englands.

Ob man diese Politik verdammt, ihr zustimmt oder ob man sie einfach hinnimmt, wie man jede andere Erscheinung in den internationalen



Beziehungen der Völker als gegeben betrachtet, ob man sie im ganzen oder nur in einzelnen Ausschreitungen verurteilt, auf jeden Fall darf nicht verkannt werden, daß in Asien die Interessen der europäischen Völker weit mehr wirtschaftlicher als politischer Art sind, daß hier Wirtschaftsinteressen in Frage kommen, die ganz Europa berühren. Am meisten aber sind die Interessen Englands und Rußlands mit den asiatischen Halbkolonien verflochten. Will man nach dieser Richtung hin differenzieren, so läßt sich sagen, daß Rußland noch mehr in Asien interessiert ist als England. Das englische Interesse in Asien ist ein solches des Grades, das russische ist ein solches der Art. So wichtig die politische Behauptung Ostindiens für England ist, so würde doch schließlich sein Verlust noch nicht die wirtschaftliche Ausschließung Englands in Ostindien bedingen. Wesentlich anders liegt die Situation für Rußland. Selbst wenn man den chiliastischen Traum der Bolschewisten nicht mit in Anschlag bringt, wonach sie das tausendjährige Reich der Herrlichkeit und Wonne errichten wollen und daß diesem Reich eine möglichst große Ausbreitung gegeben werden soll, bleibt es eine Tatsache, daß Rußland, namentlich nach der Amputierung in Europa, in hohem Maße auf die Rohstoffgebiete Asiens angewiesen ist. Auch wenn beide Regierungen den besten Willen zeigen, wird sich diese Divergenz der Interessen noch oft zeigen; es ist nur zu hoffen und zu wünschen, daß solche Kollisionen auf beiden Seiten stets in einem versöhnlichen Geiste erledigt werden.

---

PHILIPP SCHEIDEMANN:

## Nach vierzig Jahren.

Durch die Einladung zu einer kleinen Feierlichkeit bin ich nachdrücklich daran erinnert worden, daß Mitte Mai bereits 40 Jahre verflossen waren, seit ich ununterbrochen Mitglied meiner gewerkschaftlichen Organisation und Mitglied der Sozialdemokratischen Partei bin. Zur Strafe dafür soll ich einige Erinnerungen schreiben. Obwohl ich lieber vorwärts als rückwärts blicke, will ich der Aufforderung nachzukommen suchen.

Für die Sozialdemokratische Partei hatte ich schon als 17jähriger Lehrbube den streng verbotenen Züricher „Sozialdemokrat“ und gänzlich unerlaubte Flugschriften verbreitet, nachdem ich mancherlei Schriften Lassalles gelesen und — keineswegs immer mit Erfolg — zu verstehen versucht hatte. Meine reguläre Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei zähle ich aber erst von dem Maitage 1883 ab, an dem — nachdem ich Gehilfe geworden war — mir der damalige Vertrauensmann Heinrich Huhn, jetzt Stadtrat in Cassel eine kleine Sammelbüchse mit der Weisung übergab, unter meinen jüngeren Freunden fleißig für die Partei und für die Familien der Ausgewiesenen zu sammeln.

In meine Gewerkschaft hätte ich eigentlich schon Ende April 1883, sofort nach Beendigung meiner Lehrzeit, aufgenommen werden müssen; das wurde jedoch aus einem sehr spaßhaften Grunde um einige Wochen verzögert. Wie viele andere Gewerkschaften, so hielten auch die Buchdrucker damals noch an einem ulkig-zünftlerischen Gebrauche fest: dem Gautschen. Als zünftiger Gehilfe wurde nur der angesehen, der regelrecht gegautscht war. Was das ist, ist nicht ganz leicht zu erzählen, doch ich will es versuchen. Wenn der junge Mann, der seine vierjährige Lehrzeit beendet hatte, nichtsahnend dabei war, mehr oder weniger lesbare Manuskripte zu entziffern — Schreibmaschinen waren damals noch nicht im Gebrauch —, dann packten ihn plötzlich einige handfeste ältere Kollegen bei den Händen und Füßen, schlangen ihn hoch und drückten dann den Teil seines Körpers, von dem man auf Grund anatomischer Erkenntnisse behauptet, daß er da anfängt, wo der Rücken aufhört, seinen anständigen Namen zu führen, auf einen riesigen Schwamm, der — so wasserhaltig als möglich — auf einen der mehr als meterhohen dreibeinigen Korrigierstühle gelegt worden war. Während der Delinquent dann, umringt von allen bereits gegautschten Gehilfen, die krampfhaftesten Anstrengungen macht, sich dem Schwamm fernzuhalten, spricht der Gautschmeister die von talentierten Kollegen verfaßten Beschwörungsformeln und sonstige seltsame Sprüche. Nach dieser Taufe wurde dann bei feuchtfröhlichem Gelage dem Gegautschten feierlich ein Gautschbrief überreicht. Von da ab erst wurde der Jünger der schwarzen Kunst für voll angesehen. Bis es den Kollegen gelungen war, mich auf den Schwamm zu bringen, waren nahezu drei Wochen vergangen.

Es gab natürlich damals schon viele Arbeiter, die keinerlei Sinn für solche Scherze hatten und sehr von oben her darüber urteilten. Ich habe mich stets bemüht, auch diese humorlosen Menschen zu verstehen, aber leid getan haben sie mir doch allezeit. Wie arm sind im Grunde genommen die Bedauernswerten, die ihr Klassenbewußtsein selbst dann nicht vergessen könnten, wenn Pallenberg als Jupiter nach der Odolflasche ruft, oder Thiemig den Striese spielt. Ich für mein Teil danke allen guten Geistern, daß es mir niemals gänzlich an Verständnis für Humor gefehlt hat, nicht einmal an den Tagen, an denen mißleitete Arbeiter uns kleinkalibrige Argumente durch die Fensterscheiben — ich will sagen „übermittelten“. —

Die Gewerkschaften steckten noch in den Kinderschuhen, als sie 1878 auf Grund des Sozialistengesetzes ebenso brutal unterdrückt wurden wie die Organisationen und Zeitungen der Sozialdemokratischen Partei. Die Buchdrucker-Organisation war der Unterdrückung nur dadurch entgangen, daß sie sich in einen Unterstützungsverein umwandelte. Die Arbeiterverhältnisse waren damals jämmerlich. Für die Buchdrucker in der Provinz war die elfstündige Arbeitszeit ebenso die Regel wie ein Wochenlohn von 15—21 M. Irre ich nicht, so zählte der Buchdruckerverband, der lange Zeit als die beste und leistungsfähigste deutsche

Arbeiterorganisation überhaupt galt, zur Zeit meines Eintritts etwa 5000 Mitglieder im ganzen Reiche. Der Zustand, daß in den meisten Druckereien neben organisierten Gehilfen auch Unorganisierte arbeiteten, war ganz allgemein. In vielen Druckereien, selbst in renommiertesten, wurden organisierte Gehilfen überhaupt nicht geduldet. Die organisierte Gehilfenschaft hatte so wenig Macht, daß sie die Entlassung organisierter Gehilfen, die durch Unorganisierte ersetzt wurden, stillschweigend hinnehmen mußte.

Uebrigens fällt mir ein kleines Erlebnis ein, das ich erzählen will. Als ich Ende der achtziger Jahre in einer Marburger Druckerei, die fast ausschließlich wissenschaftliche Werke, besonders aber Doktor-Dissertationen herstellte, eine Vertrauensstellung als Leiter der Setzerei innehatte, stellte mir der Chef eines Morgens einen neuen Kollegen vor, den er ohne Rücksprache mit mir engagiert hatte. Meine Frage, ob er organisiert sei, verneinte der neue Mann ebenso wie die Frage, ob er sich auch nicht organisieren wolle. Daraufhin gab ich ihm das nahezu unleserliche Manuskript eines chemischen Werkes mit sehr komplizierten Körpern und Formeln. Er stand natürlich gänzlich hilflos da und wandte sich mit der Bitte um Hilfe an mich. Ich fragte ihn ganz nebenbei, warum er sich eigentlich der Organisation nicht anschließen wollte; auf die Antwort, daß er kein Interesse an der Gewerkschaft hätte, antwortete ich ihm: Aber Sie erwarten trotzdem von den Organisierten wohl Interesse für Ihre Person! Damit nahm ich ihm das eine Manuskript ab und drückte ihm die Handschrift eines Altphilologen in die Hand: Latein, jede Seite reichlich gespickt mit Griechisch. Dergleichen hatte er in seinem Leben noch nicht gesehen. Eine halbe Stunde später hatte der absolut unbrauchbare junge Mann unsern Kunsttempel wieder verlassen. Sein organisierter Nachfolger konnte in einigen Tagen das griechische Alphabet ebenso lesen und schreiben wie jeder andere in der Druckerei. In Zeitungsdruckereien konnten die Kollegen sich auf diese Weise allerdings nicht helfen.

Von einem geordneten Arbeitsnachweis war damals gar keine Rede, weshalb es bei den Buchdruckern als eine Selbstverständlichkeit galt, „auf die Walze zu gehen“. Und weil die Walze für jeden selbstverständlich war, war auch die Reiseunterstützung gut und die Art der Zahlstelleneinrichtung geradezu vorbildlich. Als ich 1884 mein Ränzelschnürte — keine Macht der Erde hätte mich davon abhalten können, mir die Welt zu besehen —, wurde für jeden Reisetag mit einem Durchschnittsmarsch von 20 Kilometern eine Mark gezahlt, zu der durchschnittlich noch eine weitere Mark als Viatikum kam, das als freiwillige Spende in den Druckereien gezahlt wurde, wenn man sich mit dem Berufsgruß vorstellte: „Gott grüß’ die Kunst!“

Mit 150 bis 200 Goldpfennigen jeden Tag ging es damals den Buchdruckergehilfen auf der Wanderschaft entschieden nicht schlechter als den Wandervögeln von heute, die mir oft genug nichts anderes zu sein scheinen als moderne Handwerksburschen. Sie unterscheiden sich

von den Handwerksgesellen der alten Zeit dadurch, daß sie allerlei Klimperkästen nicht immer wohltonende Geräusche entlocken, mit großen Rucksäcken beladen sind, als ob sie Reisen um die Welt machen wollten, aber immer wieder nach Tagen oder Wochen heimkehren zu Muttern, während für viele zünftige Handwerksburschen die Wanderziele früher immer weiter gesteckt wurden. Wandernde deutsche Buchdruckergehilfen traf man früher in Paris wie in St. Petersburg, in Kristiania wie in Rom und Konstantinopel. Ihre einzige Sorge war nur die, immer vor dem kritischen Termin, an dem die Reiseunterstützungsberechtigung abzulaufen drohte, wieder für einige Wochen Arbeit zu bekommen, auf daß die Berechtigung von neuem zu laufen begann. Nicht um alle Papiermarkschätze Deutschlands möchte ich meine goldenen Erinnerungen an die Wanderzeit missen. Wie hätte ich, um nur an eine Episode zu erinnern, jemals bei Bismarck zu Gaste sein können, wenn ich nicht auf die Wanderschaft gegangen wäre!

Im Vergleich mit dieser um Jahrzehnte zurückliegenden Zeit haben sich, ebenso wie die politischen Zustände, auch die Arbeiterverhältnisse vollkommen geändert. Achtstundentag, Tarifverträge, Arbeiterschutz, Gewerbeberichte, Ferien, Betriebsräte usw. — das waren damals Forderungen auf so weite Sicht, daß die Wenigsten daran glaubten, sie je erleben zu können. Welcher Arbeit es bedurft hat, zunächst die Arbeiter überhaupt zu organisieren und zu klassenbewußten Menschen zu machen, ist so oft geschildert worden, daß ich in diesem Zusammenhang nicht darüber sprechen will. Die jüngeren Arbeiter sollten aber nicht vergessen, wie schwer es die Aelteren unter den schlimmsten Verhältnissen gehabt haben, um nur das zu retten, was vor dem Sozialistengesetz begonnen war, dann aber, noch unter dem Schandgesetz, das Gerettete auch weiter auszubauen. Die Möglichkeit, an der eigenen Bildung zu arbeiten, war ehemals unendlich dürftiger als heute, wo es überall Bibliotheken, Volkshochschulen, Spezialkurse usw. usw. gibt. Und doch scheint es mir mitunter, als ob die älteren Arbeiter, vielleicht gerade im Hinblick auf die vielen Bildungsmöglichkeiten, nicht mehr den Wert auf die persönliche Gewinnung junger Kameraden, namentlich durch gutes Beispiel in den Betrieben legten, wie das früher der Fall war. Ich wünsche, daß ich mich irre, denn es wäre bedauerlich, wenn ich in diesem Punkte recht haben sollte, weil die Ablenkung der Jugend durch tausend Firlefanzereien, die man früher nicht gekannt hat, große Gefahren in sich birgt. Mir scheint es auch heute noch von der größten Wichtigkeit, daß um die Seele jedes Einzelnen gerungen werden muß, wenn der jugendliche Arbeiter weder nach der einen noch nach der andern Seite entgleisen soll. Einem vierzehnjährigen Jungen die Lebensfreude austreiben zu wollen, indem man ihn zum zielbewußten Klassenkämpfer zu drillen versucht, ist sehr töricht, denn auf diese Weise erzielt man entweder — wenn man den Jungen endgültig verprellt — einen Fanatiker des Fußballs oder — wenn es gelingen sollte, seine Freude an Spiel und Sport zu ertöten — den Fanatiker des mißver-

standenen Klassenkampfes. Mir ist der eine so wenig sympathisch wie der andere oder, um es ganz klar auszusprechen: der mir noch verständnislos gegenüberstehende Fußballfanatiker erscheint mir immer noch menschlicher als der bedauernswerte, freud- und humorlose „Klassenkämpfer“ von 16 Jahren, der in Versammlungen gar fürchterlich die Augen rollt und in schlechtem Deutsch auf die Arbeiterverräter und Sozialpatrioten schimpft.

Aber was hat das mit der Zeit vor vierzig Jahren zu tun? Das frage ich mich auch — doch nun stehen, ohne daß ich sie heraufbeschwören wollte, nicht von ungefähr zwei Typen vor uns: der eine las frühzeitig neben Indianergeschichten und sonstigen Schmökern, die alle lesen, auch politische Schriften und ging in die Welt, um sich umzusehen und etwas zu lernen; der andere kommt sozusagen mit der Zigarette auf die Welt, steckt sich mit 14 Jahren den Sowjetstern ins Knopfloch und redet mit 17 Jahren über alles, denn er weiß schon alles, weiß sogar schon alles besser. —

\*

Uebrigens bin ich der Meinung, daß es nunmehr die höchste Zeit ist, die Reaktion im Reiche gründlich aufs Haupt zu schlagen. Es ist leichter, etwas zu erkämpfen, als es zu erhalten. Deshalb ist es sträflich, so zu tun, als drohe weder der Republik noch dem Achtstundentag die geringste Gefahr, als stehe beides für alle Zeiten unerschütterlich fest. Nein, so ist's nicht! Solange geschlagene Generale, die in jedem andern Lande vor einem Staatsgerichtshof gestellt worden wären, bei uns gemeinsam mit Hohenzollernprinzen Paraden abhalten und durch törichte Reden Fensterscheiben einwerfen dürfen, so lange steht die Republik nicht unerschütterlich da.

---

JAKOB ALTMAIER:

## Bebel und Jaurès.

Sie waren das Auge und die Stimme des Proletariats ihrer Länder; der Kopf und die Seele der zweiten Internationale; der Verstand und das Gewissen der Menschheit. Ihnen war die innige Verehrung und die glühende Liebe aller Mühseligen und Beladenen. Als Bebel vor zehn Jahren die Augen schloß, ward es Abend in Deutschland, als Jaurès, die letzte Friedenssäule, entseelt umsank, begann Europas Nacht. Schmerz ist es und Hoffnung zugleich, noch einmal des hellen Tages zu gedenken.

\*

### B e b e l !

Sommer 1907. Es war die Nachwahl im hessischen Reichstagswahlkreis Darmstadt-Groß-Gerau. Cramer, „der Hofgänger“, hatte sein Mandat niedergelegt. Dr. Quessel war der neue Kandidat der Partei. Bebel selbst focht in der Wahlschlacht. Parteifieber siedete in Hessen und in den umliegenden Bezirken. In unserem preußischen Dorf, auf der rechten Mainseite, ging eines Abends das Gerücht: „Bebel spricht in Rüsselsheim“, einem Hauptindustriort des Wahlkreises. Ungläubige

Gesichter, Staunen, und doch ein freudiges Ahnen, das sich nicht laut hervorwagte, um nicht getäuscht zu werden. Am nächsten Morgen sahen wir das Unglaubliche schwarz auf rot: Bebel spricht in Rüsselsheim. Gegenüber dem Bahnhof stand es hoch oben an einer Hausmauer, deutlich sichtbar, leuchtend auf einem Riesenplakat. Irgendwer hatte die Versammlungsanzeige von Rüsselsheim geholt und angeklebt. Kein Zweifel! Er kommt, er spricht. Damals war es noch Sitte, daß die Kanonen wirklich erschienen, wenn sie sich ankündigen ließen. Drei Tage war es noch hin, bis die Versammlung stattfand. Drei Tage voll Singen und Reden über Bebel, bei Freund und Gegner. Ganz stolz gingen nach Feierabend Gruppen von Arbeitern durch die Ortsstraßen, und hielten an den Fenstern lange politische Gespräche mit den Bekannten. Bebel, das war der Sieg!

Der Versammlungstag. Viele Arbeiter machten diesmal früher Feierabend. Man muß doch rechtzeitig dort sein, um einen Platz zu bekommen. Nachmittags vier Uhr, Treffpunkt am Main, Abmarsch nach Rüsselsheim. Die fliegende Fähre ist schwarz voll Menschen. Wer einen Nachen erwischen kann, rudert mit ihm. Und alle Fischer-nachen sind dicht besetzt. Nach einer halben Stunde sitzen wir im Saal, ganz vorn an der Bühne. Um acht Uhr soll es beginnen. Aus Langeweile werden die mitgebrachten Brote verzehrt, die Aeltern spielen Karten. Am erwartungsvollsten sind die mit uns gekommenen Zentrumsanhänger. Langsam vergeht die erste Stunde. In der zweiten werden die Karten beiseite geworfen. Der Riesensaal ist schon gefüllt. Fieberhafte Erregung wächst und wächst. Die Fabriksirenen der Opel-schen Fabrik heulen Feierabend. Immer neue Scharen wälzen sich heran. Die Tische sind schon längst aus dem Raum entfernt. Bald haben auch die Stühle keinen Platz mehr. Wie Mauern stehen die Menschen und keiner weicht. Tausende stehen schon im Hof, im Garten, auf den umliegenden Straßen. Die Fenster werden ausgehenkt, Leitern an die Saalmauern gestellt. Viele sind aufs Dach geklettert, jetzt decken sie die Ziegel ab, und strecken die Köpfe von oben herunter in den Saal, durch die Dachsparren. Acht Uhr. Die Menschen sind ein einziges Summen und Brausen und Zittern. Drüben im Bahnhof läuft ein Zug ein. Stille! Jetzt muß er kommen. Totenstille! Draußen brausen Hochrufe, abgehackt, militärisch. Drinnen, im Saal ducken sich Tausende von Köpfen, senken sich Tausende von Augen nach innen. Es ist wie ein Schauer. Niemand wagt aufzusehen.

Plötzlich ein Hoch von einer einzelnen Stimme. Es klang dünn wie ein Wecksignal. Die Erstarrung löst sich mit einem Ruck. Dort — Dort! Ein Spalt hat sich längs des Saales, mitten hindurch geöffnet. Ein kleiner, silberweißer Mann steht am Anfang, mit wehendem Haar und schwarzen bohrenden Augen, Hut und Mappe in der Hand. Dreimal donnert das Hoch, daß die Wände zittern. Jetzt hebt man den leichten Mann schnell auf die Bühne, und einer meiner Landsleute erzählt mir heute noch, wenn ich ihn sehe, er habe Bebel im Arm gehabt.

Bebel spricht. Was er gesprochen hat, ich weiß es nicht, habe es nie gewußt. So ist es den meisten der Versammlungsbesucher ergangen. Es lag über uns allen, wie eine Hypnose. Man sah nur weiße Haare, Armbewegungen, hörte Zorn, Spott, Messerschnitte, sah feurige, funkelnde Augen, die sich einem bis ins tiefste Mark hineinbohrten, daß man sie niemals vergessen wird. Hätte Bebel gesagt: zwei mal zwei ist fünf, jeder hätte es geglaubt und sich dafür totschlagen lassen. Und zum Schluß: ein kurzer, abgehackter Befehl, an dem nicht zu drehen, nicht zu rütteln, nicht zu deuteln war, ein Befehl, den jeder hörte und dem keiner ausweichen konnte: „Mann für Mann an die Urne, für den Kandidaten der Sozialdemokratie.“ Und wie Bebel ge-

kommen, verschwand er wieder. Schnell, still, wie ein Blitz. Ehrfurcht liegt über der Gasse, die sich wieder im Saal gebahnt, alle Köpfe entblößen sich. Innerlich ein stummes Verneigen vor den weißen Haaren, ein Ducken vor dem Blick seiner Augen. Als er in der Saaltüre verschwindet, brausen unaufhörlich die Hochrufe der Zurückgebliebenen, während es draußen stille wird, und so fort, bis zum Bahnhof. Später erst, als Bebel im Zuge sitzt, lodert die Begeisterung. Zwei Tage später ist Quessel im Reichstag. Das Plakat in unserm Dorf leuchtet noch viele Monate von der Hauswand, bis Wind und Wetter den letzten Fetzen zerschleißen. Menschliche Hände haben es nie entfernt, nicht das letzte Eckchen.

\*

### Jaurès!

25. Mai 1913. Paris. Ministerium Barthou. Ganz Frankreich halt wider vom Kampf um die dreijährige Dienstzeit. In der „Humanité“, in Versammlungen, im Parlament führt Jaurès seinen glänzenden Feldzug gegen die Reaktion, gegen den Militarismus. Camelots du rot schreiben an alle Klosettswände: „mort aux Jaurès!“ In der Kammer ruft man ihm zu: „Gehen Sie nach Deutschland!“ Jaurès bleibt unerschüttert. Am 25. Mai soll der jährliche Gang zum Père la chaise sein, zu den Gräbern der Kommunegefallenen. Diesmal hat er besondere Bedeutung, diesmal erwartet man eine besonders große Demonstration. Barthou verbietet sie. Er ruft nach Vincennes, zur großen Militärparade. Jaurès aber ruft die Massen des Proletariats zu einer gewaltigen Friedenskundgebung nach Pré St. Gervais, auf die Festungswälle von Paris. Sie kamen. Dreihunderttausend, Männer, Frauen und Kinder. Die Versammlungsgegend ist mit Kavallerie abgesperrt. Dreihunderttausend scharen sich dennoch um die Rednertribünen auf der riesenweiten, flachen Wiese. Tief unten liegt Paris, tief unten liegt der Friedhof von Père la chaise. Gesang und Musik hallen über die Ebene und werden vom Wind weit hinausgeweht. Die Menschenmassen gleichen einem unruhigen, wildbewegten, brandenden Meer, das hin- und herflutet. Am Rande stauen sich plötzlich schwarze Wasser. Ein leerer Raum hinter ihnen, der schnell von Nachkommenden überströmt ist. Es ist wie die Flut, die brausend zum Land drängt. „Vive Jaurès!“ Der Ruf dringt nach hinten, wird aufgenommen, weitergegeben, fortgesetzt, kommt zurück, dringt wieder nach vorn, und wird immer wieder, aus dreihunderttausend Kehlen zum Himmel gerufen. Es ist wie eine von Reinhardt in Bewegung gesetzte, ins Hunderttausendfache vergrößerte biblische Massenszene. Dort kommt er! Drei Mann vornweg, die ihm Weg schaffen. Dahinter er selbst, der große, schwere Körper, um dessen Leib heute eine blau-weiß-rote Schärpe gebunden ist. Schweiß trieft ihm aus allen Poren, die blauen Augen leuchten mild und heiter.

„Vive Jaurès!“ „Vive Jaurès!“ Frauen küssen ihm die Hand, Männer streicheln die Schöße seines Rockes, Kinder werden hochgehoben, daß sie ihn sehen, werden ihm entgegengestreckt, er küßt die Kinder, und ein unendlicher Jubel, eine gewaltige Freude, ein ragender Stolz winkt aus allen Händen. So mögen die Propheten durch Jerusalem gezogen sein.

„Vive Jaurès!“ Immer wieder. Er kann nicht mehr weitergehen. Man trägt ihn auf den Schultern zu seiner Tribüne.

Ein Schweizer redet vor ihm. Ihm aber gelten alle Zurufe, alle Gespräche, die von unten mit ihm geführt werden, als gäbe er eine Privataudienz.

...„Et maintenant, je donne la parole“... ruft der Versammlungsleiter, „Vive Jaurès, vive Jaurès.“ Die Flut drängt zu ihm. Zehn

Minuten, eine Viertelstunde, immer wieder: „Vive Jaurès!“ Er will reden. Jene, denen er den Rücken zudrehen muß, verlangen mit unaufhörlichen Rufen sein Gesicht. Jetzt toben die andern. „Höher stellen, höher stellen!“ Er steigt auf den Kutscherbock des zur Tribüne benutzten Bierwagens. Hoch hinaus ragt jetzt seine wuchtige Gestalt, und weckt neue Stürme des Jubels. Er aber lächelt glücklich und winkt. Plötzlich hebt er die Hände, als wolle er die Massen segnen. Und plötzlich ist Stille. Totenstille. Kein Laut mehr, kein Kinderschrei. Man hört nur den Wind, der im Gras und in den Kleidern rauscht.

Und er wendet sich dorthin, wo die Toten des Kommuneaufstandes liegen, und redet sie an, und klagt, und klagt an, die Regierung seines Landes, die den Enkeln verwehrt die gefallenen Väter auf ihren Gräbern zu besuchen. Er klagt um alle in allen Kriegen gemetzelten Väter und Söhne; er klagt an, den Militarismus, den Kapitalismus, den Imperialismus, und er beschwört die Toten, er ruft die Lebenden, und er duckt sich zusammen wie ein Löwe, und schnell plötzlich hoch auf, als stürme er mit den Toten und Lebenden zusammen, die Burg seiner Feinde, den Krieg, den Massenmord, die Feinde der Menschheit und der Menschlichkeit. In ihrem Namen beschwört er erst mahnend wie ein erfahrener Greis die Regierung und die Herrschenden, dann sanft bittend wie ein Kind, dann grollend, höhnend, spottend, ätzend, bissig, zuletzt donnernd wie ein Sturzbach. Und die Stimme biegt sich, schmiegt sich den Worten an, dröhnt zuletzt und grollt, langsam und weit, wie ein verziehendes Gewitter, bis wieder die Sonne unter Tränen aus den Wolken lugt und schöne Landschaften malt in allen Farben des Regenbogens.

Das Gewissen Frankreichs war vorübergezogen. Es war das Erleben eines Urwaldes. Kalte Schauer und liebliche Wonnen haben die Massen bewegt und erregt. Jetzt jubeln sie wieder. Zwei Stunden lang bleibt Jaurès oben auf seinem Sitz. Zwei Stunden lang ziehen Dreihunderttausend wie eine Prozession an ihm vorbei, wie an dem Gott aller Götter. Am Abend erreicht er mit seiner Begleitung die Peripherie der Stadt. Immer noch „Vive Jaurès“, immer noch Tausende, die ihn hören wollen, die ihn in ein Rathaus zwingen, von dessen Balkon er noch einmal sprechen muß.

Noch steht die Kavallerie gegenüber, mit Sturmhelm und gezücktem Säbel. In den Straßen aber singt es:

l'Internationale, sera le genre humain...

---

KLABUND:

## Das Haus in der Hölle.

Aus einem demnächst erscheinenden Roman

„Ich habe keine Bleibe.“

„Das laß meine Sache sein.“

Das Mädchen hüllte sich in ihren Schal.

Ich folgte ihr.

Wir gingen durch mehrere Straßen kreuz und quer.

NO stand an irgendeinem Straßenschild.

Wir bogen in einen dunklen Hausgang.

Die Haustür stand offen. Die Hoftür.

Wir überquerten drei Höfe.

Im dritten Hinterhause stolperten wir in ein Kellerloch hinab.

Das Mädchen klinkte die unverschlossene Tür auf. Dann nahm sie mich bei der Hand.



„Vorsicht! Daß du keinen weckst! Sie liegen hier überall wie Leichen am Boden. Du mußt deine Füße wie ein Tänzer setzen.“

Ein atemberaubender Gestank füllte die Höhle.

Wir durchschritten zwei Räume.

Im dritten machte das Mädchen halt.

„Hier ist meine Schlafstelle.“

Sie begann sich zu entkleiden.

Ich tat desgleichen.

Schon fühlte ich ihre kleinen Mädchenbrüste in meinen Händen.

Und dumpf sanken wir in einer Ecke auf die Streu. —

Längst mußte es Morgen sein, aber im Raum schwebte noch immer eine kaum durchdringliche Dämmerung.

Oben floß durch schmale Ritzen schmutziges Licht.

Da mußte eine Art Fenster sein. Schließlich unterschied ich, daß das sogenannte Fenster mit Packpapier vernagelt war — wahrscheinlich, damit niemand vom Hof hereinsehen konnte.

Ich blieb acht Tage bei dem Mädchen.

In den beiden Vorderräumen wimmelte es von Kindern und Ratten. In einer Ecke lag ein durch Bleiweißvergiftung erblindeter älterer Mann. Auf seinem Bauche saß ein einjähriges Kind und spielte mit seinem roten Bart. Eine syphilitische Dirne verweste in einer anderen Ecke. Sie hatte ein Spiel Karten vor sich ausgebreitet. Sie spielte mit dem Coeurbuben und dem Coeurkönig und sagte „Süßer!“ zu ihnen; als sie mich bemerkte, sagte sie mir aus den Karten wahr:

„Eine Verlobung steht ins Haus. Ein Brief trifft ein. Hüten Sie sich vor einer schwarzhaarigen Person. Eine weite Reise ist in Aussicht.“

Die Kinder kommen nie ans Licht, nie ans Freie. Sie hatten keine Hemden, keine Hosen, keine Kleider. Nur Fetzen hingen von ihnen herunter. Sie waren noch nie über den dritten Hof hinausgelangt, und ich mußte ihnen Märchen erzählen, die begannen:

„Es war einmal ein Kind, das hatte ein schneeweißes schönes Hemd und jeden Tag Brot, sich satt zu essen . . .“

„Es war einmal ein Stern, der verbreitete Licht und milde Wärme über die Erde, und alle Menschen, die in seinem Strahl gingen, glänzten in Gold und Silber, und dieser Stern hieß Sonne . . .“

„Es war einmal ein Wald, das ist ein unübersehbares Heer von Bäumen, wie draußen im ersten Hof einer steht, aber Tausend aber Tausende nebeneinander . . .“

„Es war einmal ein Vogel, der war wie ein Sperling anzusehen, grau und unansehnlich, aber er kreischte nicht wie eine verrostete Türangel, sondern er sang wie ein Engel im Himmel selber. Dieser Vogel wird Nachtigall heißen . . .“

Die Kinder sperrten die entzündeten Augen auf und zogen die verschorften Lippen breit.

Und der Aelteste sprach:

„Was du erzählst, das ist ja alles nicht wahr. Aber es sind schöne Märchen. Erzähle weiter . . .“

Wenn ich im Dunkel auf der Streu lag und die Läuse und Wanzen krochen auf mir herum, hin und wieder sprang mir auch eine Ratte übers Bein, da dachte ich dem Schicksal dieser Kinder nach.

Und ich begriff nicht, daß ihre Eltern sie nicht sammelten in fürchterlicher Parade zu tausenden in ihrer Blöße, und mit ihnen stumm und wild durch die Straßen der Reichen zogen: ihnen voran, das Holzkreuz auf dem Rücken, Christian, der schöne Jüngling und Sohn der Maria, die in dem dritten Erdloch ihre Schlafkammer hatte: Christian, der sich für Gottes Sohn hielt, und doch nur der blödsinnige Sohn eines Mörders und einer Hure war. Er hatte noch den besten Beruf für sich erwählt, denn kein anderer Beruf stand den Kindern des höllischen Hauses sonst offen als der eines Diebes, eines Zuhälters, eines Hehlers, Räubers und Mörders.

## UMSCHAU.

**Niederlage bei Roßbach.** Ein Film tut's freilich nicht. Sonst wäre vielleicht in Zeiten des Fridericus Rex bei Roßbach ein Sieg erfochten worden. So aber wurde es eine Niederlage. Zwar nur eine kleine, nebensächliche Niederlage, keine Krise, aber immerhin ein fatales Symptom. Bei Roßbach hätte ich beinahe meinen Zylinder verloren, wird Herr Cuno einmal singen können. Hätt' ich — wenn nämlich das deutsche Volk nicht inzwischen an mancherlei gewöhnt und gegen Schlimmeres abgestumpft worden wäre. Wenn der Reichswehrminister inmitten des Maskenzugs preussischer Generale, artig neben Hindenburg trotzend, sich photographieren und in die illustrierte Beilage der „Times“ bringen lassen darf, dann darf Herr Cuno auch mit Roßbach frühstücken oder mit Helfferich oder Escherich zu Abend speisen. (Wofür das Hotel Lewald lauschige Ecken parat hat).

Wie sagt übrigens Herr Geßler: „Bei einer neuen Revolution müßten die Sozialdemokraten eben mit den wohlverworbenen Rechten auf-räumen.“ Zu den wohlverworbenen

Rechten, die Herr Geßler meint, gehört das Tragen der alten kaiserlichen Uniform: Pickelhaube, Perlenschärpe und dergleichen. Die Logik des Reichswehrministers ist seltsam. Weil die Herren, gegen die er heute so nachsichtig ist, weiland November den Kopf behalten haben, brauchte immerhin Herr Geßler heute den seinen nicht zu verlieren. Es heißt aber kopflos und zum mindesten blind sein, wenn man nicht sieht, daß hinter all dergleichen Paraden und Roßbachereien sich das zusammenbraut, was man — wenn's fertig ist — Atmosphäre nennt. Die Atmosphäre der alten Glorie, der alten siegreichen Fahne, des Kaisertums. Eine Atmosphäre, die für die Republik und für die Politik, die, wenn nicht Selbstmord begangen werden soll, die allein mögliche ist, Gift bedeutet. Die Gefahren der Tröpfchen-Infektion sind bekannt. Man entziehe sich ihr, indem man alles, was zu Roßbach, Hindenburg, Helfferich und Ludendorff gehört, jenseits des Raumes, wo deutsche Politik gemacht wird, sich kalte Füße holen lasse. R.Br.

**Propaganda-Leiche.** Die Propaganda-Leiche ist ein in der Geschichte der Religionen viel benutztes Requisit. Ohne die mumifizierten Knochen und die pergamentenen Häute der Heiligen wäre die Kirchengeschichte geradezu langweilig, hätten die Bollandisten nicht ihren Möbelwagen heiliger Akten verfassen können. In diesen Acta Sanctorum wimmelt es von köstlichen Geschichten. So etwa: Als die heiligen Drei Könige tausend Jahre nach Abschluß ihrer bekannten Wanderung nach Köln gebracht wurden, durchzogen Rosendüfte und andere paradisische Gerüche die begnadete Stadt. Dergleichen gibt Verzückung, und keine Maria Farina kann dagegen an. Aber ist es nun notwendig, dergleichen in die Politik einzuführen?

Es läßt sich nicht leugnen, daß die Sozialdemokratie gewaltige Leichenzüge veranstaltet hat: Bebel, Auer, Singer, Engels. Es waren bekannte, den Massen an das Herz gewachsene Führer, mit denen Hunderttausende Freud und Leid geteilt hatten. Diese Leichenzüge waren Dankbarkeit, Bekenntnis, waren Abschied und Entschlossenheit, das Werk der Väter fortzusetzen. Ganz etwas anderes ist es um die Propaganda-Leichen. Diese neue Auffüllung eines Märtyrer-Kalenders wird durch den roten Anstrich nicht weniger Ausbruch der Hysterie. Auch dergleichen hat zuweilen sein Recht. Etwa: Aufbahrung der Märzgefallenen und ihr Vorbeitragen beim barhäuptigen König. Einmal, zweimal gehört dergleichen zu jeder Revolution. Aber wenn es Routine und Willkür wird, hat man den Eindruck, durch rote Pfaffen vergewaltigt zu werden. Wir haben die Propaganda-Leiche der ehemaligen Kaiserin getadelt, und wir tadeln auch die Propaganda-Leiche des Herrn Worowski. Solch Fetischismus, die direkte Fortsetzung des Bilder dienenden Eifers brünstiger Popen entspricht zum mindesten nicht den mitteleuropäischen

Instinkten und ist eine peinliche Verwechslung von Politik mit Heilsarmee und Flagellantismus. Wenn der Genosse Worowski, der sicher für Sowjet-Rußland Tüchtiges geleistet haben wird, der aber den meisten von uns menschlich fern stand, darum, weil er in Lausanne von einem Schweizer erschossen worden ist, in pompösem Zug durch die Straßen Berlins getragen wird, so gleicht solch Verfahren nur gar zu sehr jenem Einzug der heiligen Drei Könige in Köln. Ein Geschichtchen, das voraussichtlich in den Lehrbüchern der Sowjet-Regierung unter dem Kapitel „Volksverdummung“ registriert sein dürfte.

Immerhin: es war ein glühendes Wetterzeichen revolutionärer Internationale, als der in Lausanne ermordete römische Gesandte der Sowjetrepublik vor dem Berliner Schloß, vor den bronzenen Resten des deutschen Kaisertums vorbeigetragen wurde und der Luftraum von proletarischem Rot erfüllt war.

Ferner: die Regie dieser Heiligensprechung war bemerkenswert. Der Intendant des Staatstheaters notierte eifrig den farbigen Rhythmus.

\*

**Gedenken für Waldeck-Manasse.** Nicht an den Parteigenossen, nicht an den Parlamentarier, nicht an den Stadtverordneten, nicht an den Freidenker sollen diese Zeilen erinnern, sondern an einen gütigen Menschen, der zu Lebzeiten Waldeck-Manasse hieß. Denn was er auch immer nach außen hin dargestellt haben mag, im Grunde war er nie etwas anderes als einer der seltenen Menschen, die nicht achtlos an fremdem Jammer vorbeigehen. Mitgefühl war die Triebfeder seines Handelns, sie machte ihn zum Sprecher der materiell Bedrängten, des Proletariats, sie machte ihn zum Anwalt der seelisch Bedrängten, denen die vereiste Kirche keinen Trost mehr gab. Weiche Herzen stehen heute tief im politischen Kurse, aber, ich glaube, ohne sie wäre das politi-

sche Dasein noch unerträglicher, als es ohnehin ist. Gewiß sind Egoisten bessere Führernaturen als Altruisten. Aber sie gleichen ein wenig dem Raubtier, das um seine Höhle eine Wüste legt. Daß wir die Wüste durchqueren können, verdanken wir den Oasen. Sie sind spärlicher denn je, ich fürchte, die heutige Zeit vernichtet die letz-

ten Bedingungen, unter denen weiche und mitfühlende Menschen politisch wirken können. Waldeck-Manasse war vielleicht einer der letzten eines zum Untergange verurteilten Typs des Politikers und Parlamentariers. Aber wir werden diesen Typ furchtbar vermissen, wenn er nicht mehr da ist.

Erich Kuttner. ●

---

## BÜCHERSCHAU.

### Tagebuch der Staatsgründung.

Der Professor Masaryk war im alten Oesterreich bekannt als Soziologe, Antiklerikaler, Vorkämpfer des Rechts und national gemäßigter, antichauvinistischer Tscheche. Ja sein Tschechentum kam erst zuletzt in seine Charakteristik, und wäre der Krieg nicht gekommen, der gewiß zu einem großen Teil Habsburgs Krieg war, so wäre Masaryk nie der Repräsentant des Tschechentums geworden, nach dem Bahnhöfe, Straßen, Schulen und Stiftungen benannt werden. So aber wurde gerade Masaryk — und nicht die eigentlichen Nationalisten, die Kramarsch, Klotzsch und nicht jene vielen andern tschechischen Politiker, die noch tief in den Krieg hinein Habsburg ihrer Treue versicherten — der Gründer des Tschechenstaats und nachher sein erster, wohl lebenslänglicher Präsident. Am 1. Mai hat ein Prager Tschechenblatt die Uebersicht des Präsidenten über sein Erinnerungswerk veröffentlicht — Kapitel im Telegrammstil: Prag (August-Dezember 1914). Rom (bis Januar 1915). Gent (bis September 1915). Paris und London (bis Mai 1917). Petrograd-Moskau-Kiew-Wladiwostok (bis 1. April 1918). Tokio (bis 20. April 1918). Washington (bis 20. November 1918). Prag (Dezember 1918). Schon die Stationen, nachdem er einmal aus Oesterreich heraus war, sagen alles: Verhandlungen mit Vertretern anderer österreichmüder Völker, besonders der Südslawen, Werbung bei den Ententeregierung,

gen, die Aufstellung der tschechischen Legionen aus den gefangenen Tschechen der k. u. k. Armee in Rußland, Serbien und Italien, schließlich der Triumph der Anerkennung des Tschechenstaates, als er nur erst außerhalb seines Gebiets, im Genfer Nationalrat und in den tschechischen Ententetruppen bestand. Zwischendurch die Universitätsprofessur in London und das russische Chaos nach dem Bolschewikisieg, als die Legionen über den Ural und durch Sibirien zogen, kämpfend oft, zeitweise auch innerlich zerrissen. Mag auch mancher Terror Gefangene in die Legion gepreßt haben, mag viele der Tausch der Freiheit, selbst mit Dienst und Kampf beschwert, gegen das Gefangenenleben verlockt haben — es waren sicher die aktivsten Menschen, die die Legion bildeten, und in der Jugend des Tschechenstaats hat ja Deutschböhmen wahrlich genug von dieser Aktivität der Legionäre erfahren, die sich als die Gründer des Staates fühlten und nun seine Herrschaft auf die widerstrebenden deutschen Randgebiete ausdehnten. Dem alten Professor Masaryk freilich hat der ungeheure Erfolg, die Verwirklichung jahrhundertelangen Strebens einer Nation, die bis zuletzt schwere Opfer für ihr Ideal gebracht hatte, den gerechten Sinn nicht ins Gegenteil verkehrt. Humanität ist sein liebstes Wort und soll nach seinem Willen das Wesen seines Staates sein.

Richard Bernstein.

*Soeben erscheint:*

**Philipp Scheidemann**

**Die  
rechtsradikalen  
Verschwörer**

**REICHSTAGS-REDE  
gehalten am 12. Mai 1923**

---

**Preis 1000.— Mark**

---

**Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.  
Berlin SW 68**

**Zur Beurteilung der Ruhrpolitik unentbehrlich!**

**DR. R. V. UNGERN-STERNBERG**

# **FRANKREICHS WIRTSCHAFTLICHE LAGE**

Rohstoffversorgung ♦ Bevölkerung  
Arbeitsverhältnisse ♦ Industrielle  
Konjunktur ♦ Valuta ♦ Außenhandel  
Zerstörte Gebiete ♦ Finanzen  
Ruhrinvasion

♦  
**GRUNDZAHL 1,00 MARK**  
♦

## ***Was dieses Buch schlagend beweist:***

**1. Der Krieg und der Friedensvertrag haben Frankreichs Rohstoff- u. Lebensmittelbasis sehr gestärkt und die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes außerordentlich erweitert. Ob daraus eine wirtschaftliche Expansion der französischen Industrie sich ergeben wird, ist bisher zweifelhaft. Die Wahrscheinlichkeit spricht aber dafür, daß hierzu die erforderliche Zahl geeigneter menschlicher Kräfte in Frankreich nicht aufzubringen sein wird und auch die psychologischen Voraussetzungen nicht gegeben sind.**

**2. Gegenwärtig befindet sich die französische Volkswirtschaft in einem Zustand der Prosperität. Die Kriegsschäden sind bereits in sehr erheblichem Maße behoben und üben auf die Leistungsfähigkeit der französischen Wirtschaft als Ganzes fast gar keinen nachteiligen Einfluß aus, mit der einzigen Ausnahme eines erheblichen Koksmangels, der zum Teil verursacht wird durch die geringe Leistungsfähigkeit der Kokereien im zerstörten Gebiet.**

**3. Die finanzielle Lage des Landes ist als ungünstig, aber keinesfalls als kritisch zu bezeichnen. Die fortschreitend zunehmende Steuerkraft der Bevölkerung und die zu Ende des verflossenen Jahres sehr gestiegenen Steuereingänge bieten Gewähr dafür, daß Frankreich eine Gesundung seiner Staatsfinanzen aus eigenen Kräften herbeizuführen imstande wäre.**

**VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT GMBH  
BERLIN SW 68, LINDENSTRASSE 114**

# DIE GLOCKE

9. Heft

28. Mai 1923

9. Jahrg.

Nachdruck sämtlicher Artikel ist nur mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

MAX QUARCK, M. d. R.:

## Drei Aktenstücke.

**F**RANKFURT hat für Berlin wieder einmal die Rolle der Festgeberin übernommen. In Frankfurt hat vorige Woche das deutsche Volk in Gegenwart des Reichspräsidenten den 75jährigen Gedenktag der ersten Einberufung der ersten deutschen Nationalversammlung gefeiert. Die alten Römerhallen wie die runde Paulskirche haben die Gäste, genau wie damals, beherbergt, da das große Gefühl des politischen Erwachens seit 1813 zum ersten Mal durch die deutschen Lande ging. Barrikadenkämpfe von kurzer Dauer in einigen wenigen Städten, vor allem in Berlin und Wien, hatten genügt, um das 35jährige Unrecht der Demagogieverfolgung zu Boden zu schlagen. Ganz Deutschland stand hinter der Forderung, daß ein zentrales Parlament die Geschicke des Landes fortan allein zu leiten habe. Die Volkssouveränität war proklamiert. Wie kam es, daß sie nicht siegte und daß die Mächte des Beharrens wieder die Oberhand bekamen, die die Revolution vorläufig niederschlugen?...

Es wirkten viele Umstände mit, um dem Volke den Preis seines raschen Sieges allmählich wieder zu entreißen. Man kennt sie und weiß, daß einer der hauptsächlichsten Gründe dieser Ohnmacht in dem Fehlen einer bewaffneten Reichsmacht lag, die das Reichsparlament gestützt hätte. Insofern sind die Kämpfe um die Reichswehr und die Besetzung derselben durch Republikaner Dinge, die 1923 erst anfangen nachzuholen, was 1848 versäumt wurde. Sie können gar nicht energisch genug betrieben werden! Aber 1848 haperte es noch an etwas Weiterem. Die Volkssouveränität war noch ein vager Begriff, der den meisten abging. Daß des Volkes Wille das höchste Gesetz sei und daß es keinen andern Willen daneben gäbe, ging in viele Köpfe noch nicht ein. Fürstenmacht und bedientenhafte Abhängigkeit von ihr beherrschte die Geister und ließ die Revolution noch nicht zur vollen Auswirkung kommen. Die süße Gewohnheit des Beherrschtseins triumphierte schon im Vorparlament. Die vergilbten Blätter, die als geschichtliche Urkunden von damals vorliegen, reden eine beredte Sprache....

Das Vorparlament tagte bekanntlich vom 31. März bis zum 3. April und bestand in seinem Kern aus den Männern der Heidelberger Zusammenkunft, die wußten, daß dem deutschen Bürgertum noch die Fürstenherrschaft im Blute saß. Um diesen Kern herum gruppierte sich freilich ein Schwarm von Idealisten, der weiter gehen zu können glaubte. Aber die fest organisierte Truppe der Gemäßigten hatte doch so viel Anziehungskraft, daß sie die Mehrheit in allen wesentlichen Punkten erhielt. Die „Drei Aktenstücke über das Verhalten der Minorität auf den Volkstagen zu Frankfurt a. M. vom 31. März bis 5. April 1848“ sind die Hauptquelle für die Ereignisse. Als namenloses Flugblatt, das die überstimmte Minorität herausgab und das im Original vor uns liegt, geben sie ein rührendes Zeugnis von der politischen Unbeholfenheit der einen und der geschäftigen Gewandtheit der andern. Da heißt es Seite 7, nachdem eine Liste der Minderheit gegeben ist:

„Am 1. April wurde namentlich unser, auf Permanenz gerichteter Antrag verworfen, dagegen auf Gagerns Antrag die Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung von der Mitwirkung des Bundestags abhängig gemacht.“

Das war der erste Hauptschlag. Die Volkssouveränität war verneint und an die Zustimmung der Instanz gebunden, die bisher als die Summe aller politischen Leistungsfähigkeit in Deutschland gegolten hatte. Die „Drei Aktenstücke“ fahren fort:

„Hierdurch sahen wir uns veranlaßt, uns über die Mittel und Wege zu beraten, wie der deutschen Nation die Schmach erspart werden könne, ihre Schicksale von neuem wieder in die Hände des Bundestags gelegt zu sehen. Das Ergebnis dieser Beratung war, daß von Robert Blum und mehreren anderen unserer Gesinnungsgenossen der Antrag eingereicht wurde, die Versammlung solle erklären: bevor die Bundesversammlung die Angelegenheiten der Begründung einer konstituierenden Versammlung in die Hand nehmen kann, muß sich dieselbe von den verfassungswidrigen Ausnahmebeschlüssen lossagen und die Männer aus ihrem Schoße entfernen, die zur Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben.“

Diesmal war es Bassermann, der die Führung im Kompromisseln übernahm. Er gab dem Antrag die Wendung, daß die Versammlung beschließe, „zu verlangen, daß der Bundestag, indem er die Angelegenheit in die Hand nimmt“, sich von den verfassungswidrigen Beschlüssen loszusagen habe usw. Das war höchst geschickt. Denn so stellte er dem Bundestag keine Bedingung und machte ihm die Mitwirkung insofern leicht, als er ihm den Entschluß gleichzeitig oder später gestattete, sich von den kompromittierten Bundesratsmitgliedern loszusagen. Als der Bassermannsche Antrag



mit großer Mehrheit angenommen war, verließ der kleinere Teil der Abgeordneten das Vorparlament. In den „Drei Aktenstücken“ heißt es zur Begründung dieses Entschlusses:

„Wir wollen ausharren beim Volke — das konnten wir nicht, wenn wir unser Wirken abhängig machten von dem guten Willen, der nur mangelhaft gereinigten und immer noch den Ausnahmegesetzen der Jahre 1819, 1824, 1831, 1832 und 1834 unterworfenen Bundesversammlungen.“

Das war konsequent und aufrecht. Die Ausgetretenen hätten sich nun an die Spitze einer Volksbewegung setzen müssen. Da trat nach Versicherung der „Drei Aktenstücke“ eine Wendung ein. Das Flugblatt erzählt:

„Dagegen verlautete schon an demselben Abend in glaubhafter Weise, daß alle seit der neuen Bewegung nicht ersetzten Bundestagsgesandten sofort ihre Entlassung nachsuchen würden und der Bundestag am folgenden Tage sich von allen verfassungswidrigen Beschlüssen lossagen werde. Die Versicherung dieser Tatsache erfolgte am 3. April, gleich im Anfang der Sitzung durch den Präsidenten der Versammlung in offizieller Weise. Derselbe hatte sich zu dem dermaligen Interimspräsidenten des Bundestages, Grafen Colloredo, begeben, und gab bei seiner Rückkehr eine die obige Tatsachen feierlich bestätigende Erklärung in der Versammlung ab.“

Die ausgeschiedenen Mitglieder erachteten daher den Grund ihres Ausscheidens als beseitigt und beschlossen, wieder an den Verhandlungen teilzunehmen. Noch ehe sie wieder eingetreten waren, hatte außerdem die Versammlung

„die Souveränität des deutschen Volkes erklärt, indem sie beschloß, daß die Feststellung der Staatsverfassung Deutschlands einzig und allein von der konstituierenden Versammlung ausgehen dürfe . .“

Soweit die vergilbten Blätter der „Drei Aktenstücke“. Wieviel Hoffnungen und wieviel Enttäuschungen bergen sie in sich! Die vermittelnde Mehrheit hatte scheinbar alles erreicht, außer der Permanenzerklärung des Vorparlaments, die eine verlorene Sache war. Sie hatte einen guten Abschluß der Arbeiten erzielt, die Wiedervereinigung der ausgeschiedenen Kollegen, die Unterwerfung des Bundestags unter die Autorität des Volkes und des Vorparlaments, die Säuberung des Bundestags von reaktionären Elementen und seine Lossagung von den volksfeindlichen Ausnahmebeschlüssen; die Einberufung des Parlaments durch den Bundestag und am Ende sogar die völlige Souveränität der konstituierenden Nationalversammlung, die die Staatsverfassung unabhängig von den Fürsten beschließen sollte. Lauter Träume und Schäume! Denn die Zugeständnisse des Bundestags hatten nur dazu gedient, den ersten Anprall der Volksbewegung abzuwehren. Die Forderung der Volks-

souveränität war gründlich beseitigt. Denn man weiß, wie wenig die Fürsten und die Regierungen die Selbständigkeit der Nationalversammlung achteten und wie sie zum Schluß diejenigen als — Rebellen behandelten, die die Souveränität des Volkes vertraten.

Ob die klugen Unterhändler, die im Vorparlament ihr Kompromißwerk vollbrachten, diese Entwicklung wohl geahnt haben? Schwerlich in ihrem ganzen Umfange! Sie glaubten, daß sich wenigstens das konstitutionelle System, das heißt die Verständigung zwischen Fürst und Volk, auf der ganzen Linie durchsetzen werde. Darin haben sie sich getäuscht. Die deutschen Einzelstaaten, die erhalten blieben und nicht durch irgendeine Reichseinheit ersetzt oder beschränkt wurden, verhielten sich sehr verschieden. Die kleinbürgerlichen Süddeutschen kamen dem System der englischen Verfassung in der Folge wohl am nächsten. Aber die Norddeutschen, und namentlich Preußen und Sachsen, regierten fast absolutistisch weiter, bis sie der Weltkrieg um ihre Throne brachte.

Und es zeigt sich eben doch immer wieder, daß die angeblich Klugen die eigentlich Unklugen sind! Hätten sie nicht im Vorparlament bereits so viel Hemmungen für die Volksbewegung festgelegt, so wäre diese doch wohl ein Stück weiter gegangen und hätte freiere Verhältnisse für Deutschland geschaffen, die keinen Nährboden mehr für den Absolutismus gelassen hätten. Die an innerpolitischen Reformen so armen 60 Jahre deutscher Geschichte bis zum Ausbruch des Weltkriegs sind eine Erbschaft, an deren Schuld die Kompromißler des Vorparlaments schwer tragen. Die Weimarer Verfassung hat erst wieder die Schätze heben müssen, die im Verfassungswerk von 1848 unter dem Schutt begraben lagen. Möge es der Gegenwart beschied sein, ein wenig mutiger, energischer und freiheitlicher zu sein und nach dem Ziel einer Volksfreiheit, wie sie die Massen selbst im Herzen tragen, leidenschaftlicher und ehrlicher zu begehren, wie jene.

So stellt sich die Geschichte heute dar — und nur wer sie so auffaßt, wird den Tatsachen gerecht. Die Feier in Frankfurt fehlte darin, daß sie die natürlichen Mängel der Bewegung von 1848 nicht zugab. Sie sah alles heldenhaft, wo es soviel menschelte: Infolgedessen kam auch die Größe der Bewegung nicht heraus: ein erstes, gewaltiges Aufbäumen, das Achtung einflößen mußte, auch wenn es keinerlei praktischen Erfolg hatte. Die Revolutionäre von 1918 haben gelernt. Sie haben eine Ursache des Mißlingens mehr entfernt — die deutschen Fürsten. Jetzt heißt es wieder lernen, und auch die sachlichen Grundlagen der deutschen Republik schaffen!



WILH. NÖLLENBURG:

## Goldmarkbilanzen.

**D**IE Aufstellung von Bilanzen wird in Deutschland bestimmt von Gesetzen, die verschiedene Zwecke verfolgen und deshalb verschiedene Bedingungen vorschreiben. So haben wir eine Bilanzvorschrift im *Handelsgesetzbuch*, zu deren Befolgung jeder Vollkaufmann verpflichtet ist. Sie gibt für bestimmte Unternehmensformen genau umschriebene Einzelheiten (so z. B. für Aktien-Gesellschaften). Diese Bilanzvorschriften haben in erster Linie den Schutz der Gläubiger im Auge, indem sie genau festlegen, bis zu welchen Beträgen die Vermögensteile (Aktiva) der Unternehmung in die Bilanz eingesetzt werden dürfen. Je höher nämlich die Vermögenswerte in die Bilanz eingesetzt werden, um so größer erscheint der Gewinn, der den Gewinnberechtigten (Aktionären, Gesellschaftern, Kommanditisten) zufällt, um so geringer sind hingegen die Sicherheiten, die den Gläubigern geboten werden.

Wenn z. B. bei einer Brauerei (Vorkriegszeit) die Vermögensbestände (Maschinen, Grundstücke, Gebäude, Vorräte, ausstehende Forderungen) zum Gestehungspreise mit 1 Million Mark eingesetzt werden, die Schulden hingegen mit 600 000 M., so ergibt sich auf dem Papier ein Gewinn von 400 000 M. Berücksichtigt man hingegen, daß die Vermögensbestände infolge Abnutzung der Maschinen, Fallens der Einkaufspreise der Vorräte usw. nur noch mit 800 000 M. bewertet werden können, so ergibt sich ein Gewinn von nur 200 000 M. Geht man noch einen Schritt weiter und legt für eventuelle Neuanschaffungen, für Maschinen usw. 200 000 M. zurück, so bleibt gar kein Gewinn mehr übrig, die Aktionäre erhalten keine Dividende, aber die Sicherheit der Gläubiger erhöht sich. Deshalb verbietet das *Handelsgesetzbuch* ausdrücklich, Vermögensgegenstände über ihren Gestehungspreis einzusetzen, ferner schreibt es bei Aktien-Gesellschaften die Bildung von Rücklagen (Reserven) vor.

Die *Steuergesetzgebung* hingegen wünscht umgekehrt die künstliche Minderung des Gewinns zu verhindern und schreibt ausdrücklich vor, wie hoch Abschreibungen und Reserven steuerfrei bleiben.

Das *Betriebsrätegesetz* beabsichtigt, den Arbeitnehmern einen Einblick in den Stand des Unternehmens zu geben und lehnt sich an die Vorschriften des *Handelsgesetzbuchs* an.

Als das *Handelsgesetzbuch* in Kraft trat, hatten wir eine stabile Währung, als hingegen die *Steuergesetze* beraten wurden, prosperierten die Unternehmungen infolge einer sich ständig verändernden Währung infolge der Geldentwertung. Die *Steuergesetzgebung* nahm hierauf auch Rücksicht und erlaubte bedeutende Rücklagen, um die sich der zu versteuernde Gewinn verminderte.

Die ständige Geldentwertung brachte es nun mit sich, daß ein Gegenstand, sagen wir eine Maschine, die im Januar 1922 noch 100 000 M. gekostet hatte, im Juli 1922 nicht unter 300 000 M. zu beschaffen war. Diese beiden Maschinen stehen nun mit 400 000 Mark (100 000 und 300 000 M.) in der Bilanz. Gehen sie aber zu Bruch, so sind sie heute oder morgen nicht mehr unter 4 000 000 M. zu haben. Woher nun das Geld für die Neuanschaffung nehmen? Hierfür muß eine Rücklage vorhanden sein — das *Werkerhaltungskonto*. Je größer die Rücklage ist, um so geringer der Gewinn, — um so kleiner die Steuer.

Ferner aber ist es bilanztechnisch ein Unding, daß zwei an sich völlig gleichwertige Maschinen, nur weil sie zu verschiedenen Zeiten gekauft sind, in der Bilanz verschieden bewertet werden (100 000 und 300 000 M.). Deshalb versucht man, alle Vermögensgegenstände (Aktiva) auf einen gemeinsamen, unveränderten Nenner zu bringen — die Goldmark. Beide Maschinen kosten je 100 „Goldmark“. Auf der andern Seite der Bilanz wird zur Erhaltung der Produktionsmittel ebenfalls ein „Goldmarkbetrag“ eingesetzt. Erzielung von Wertbeständigkeit ist der Zweck der „Goldmark“, Erhaltung des Kapitals und der Produktionsmittel sucht die „Goldmarkbilanz“ zu erreichen. Was ist nun aber „Goldmark“ in der Wirtschaft?

Kernpunkt ist die Entwertung der Mark, die absolute, zahlenmäßige Verschiedenheit in der Marksumme bei sachlich gleichen Gegenständen. Es handelt sich also darum, ein Maß zu finden, das in der deutschen Wirtschaft Wertbeständigkeit besitzt. Hier liegt die Schwierigkeit! Woran soll gemessen werden?

Am einfachsten erscheint es auf den ersten Blick, im Anschluß an eine „Edelvaluta“ (Dollar, Sterling, Gulden usw.) die Bewertung vorzunehmen. Das ist aber unmöglich, denn nur zeitweise sind die Preise der inneren Wirtschaft den ausländischen Kursen gleich, auch ist die Bewegung bei verschiedenen Gegenständen nicht gleichmäßig. Maschinenpreise z. B. folgen der Geldentwertung schneller als die Preise für inländische Rohmaterialien. Man würde also bei Dollarrechnung an sich verschiedene Sachwerte in der Bilanz als gleich darstellen, also wiederum ein falsches Bild bekommen.

Ein zweiter Weg wäre der, die einzelnen Posten auf den „Weltmarktpreis“ umzurechnen. Nun haben aber manche Waren gar keinen Weltmarktpreis, ferner würde dies Verfahren auch zu einer Ueberbewertung führen, da eine Reihe von Artikeln in Deutschland bedeutend unter dem Weltmarktpreis liegen, andere ihn wesentlich überschritten haben.

Eine dritte Möglichkeit scheinen die *Großhandelsindexziffern* zu bieten. Hier wird jeder Posten gemäß dem Index seiner Gruppe umgerechnet. Beträgt z. B. die Indexzahl für Ma-

schinen am 1. 1. 22 1000, so wird eine alsdann zu 40 000 erstandene Maschine mit 40 „Goldmark“ bewertet, beläuft sich hingegen für einen bestimmten Rohstoff am gleichen Tage der Index auf 500, so wird ein Warenposten von 40 000 mit 80 „Goldmark“ verbucht. Der Kassenbestand, das Bankguthaben usw. sind nach der Generalindexziffer einzusetzen.

Wie aber die Schulden des Unternehmens und seine Aufwendungen? Die Inlandschulden sind durchweg Forderungen in Papiermark einschließlich des Gesellschaftskapitals.

Prof. Schmalenbach schlägt in seinem Buche „Goldmarkbilanzen“ (S. 70) vor, alles auf Durchschnittsindexziffern in die Bilanz einzusetzen, allerdings daneben auch als „Verkehrsziffer“ die in Papiermark im Laufe des Geschäftsjahrs berechneten Posten in Papiermarkbeträgen als solche nebenher anzugeben.

Darüber hinaus sollen zukünftige Geschäftsanteile in Goldmark ausgegeben werden (Goldmark-Aktien, Goldmark-Geschäftsanteile, Goldmark-Obligationen).

Abschreibungen, Rückstellungen in Goldmarkbeträgen sind der Lebensdauer und dem Zwecke entsprechend einzusetzen. Hier kommt schon der Pferdefuß: Die „Indexmark“ vom 1. 1. 21 sah ganz anders aus als die vom 1. 1. 22 oder gar vom 1. 1. 23 (Bilanzstichtage). Es bleibt immer eins: der Hauptproduktionsfaktor, die deutsche Arbeitskraft, das wirkliche deutsche Gold, wird immer in Papiermark bezahlt und dagegen erhebt sich merkwürdigerweise kein Widerspruch. Solange aber die Lohnsumme auf Grund einer schwankenden Papiermark immer neu errechnet und bezahlt wird, ist jede Goldmark-Buchführung, jede Goldmark-Bilanz ein Unding.

Das Werkerhaltungskonto, das die Grundlage für den Fortbestand des Unternehmens bildet, ist eine Fiktion, denn keiner kann sagen, wie die Dinge liegen werden, wenn das Werkerhaltungskonto seiner Bestimmung entsprechend benutzt werden soll.

Auch bei der „Goldmarkbilanz“ fehlt die „Wertbeständigkeit“. Eine Vorschrift, die Rücklagen der Unternehmungen „wertbeständig“ anzulegen, besteht nicht, kann auch nicht bestehen, solange es bei uns nichts „Wertbeständiges“ gibt. Grund und Boden, Maschinen, Wertpapiere, Devisen, sie alle wechseln ihren Wert untereinander ständig.

Einen Ausweg böte eine staatlich oder genossenschaftlich gewährleistete Versicherung für Werkerhaltungen. Bestätigt wird die Wichtigkeit der Sicherung gegen Wertveränderung von J. Nertinger in seinem Werke „Goldmarkbuchführung“. N. will die Umrechnung der Effektiv-(Papier-)Mark in Goldmark vornehmen auf Grund des jeweiligen Goldankaufpreises der Reichsbank und des Verhältnisses zwischen Notenumlauf und Notendeckung.

Ebenso sagt Prof. Mahlberg: „Das Problem der Goldmarkbilanz liegt in der Bewertungsfrage derjenigen Werte, deren Preisentwicklung sich nicht proportional zum Goldwert vollzogen hat“. Böte sich nun ein besserer Weg in der Anlage übermäßiger Gewinne einzelner Industriegruppen, als zur Bildung einer allgemeinen Stabilisierungsreserve, die eine stabile Bilanzwährung (also Goldmarkbilanz) ermöglichte?

Vor mir liegt die Bilanz der Polyphonwerke A.-G., Leipzig: Neben einer ungewöhnlich hohen Dividende sind 100 Millionen M. für Steuern und unvorhergesehene Fälle (auf Deutsch: man weiß noch nicht wofür) ausgeworfen, der Reservefonds ist in einem Bilanzjahr von 4 Mill. M. auf 240 Mill. M. gewachsen, beträgt also nahezu das Vierfache des Aktienkapitals, Fabrikanlagen, Effekten, Beteiligungen stehen mit 1 M. (einer Mark) zu Buch, so daß also die Gesellschaft mindestens das 50fache ihres Aktienkapitals verdient haben muß, — namentlich, wenn man berücksichtigt, wie erfahrungsgemäß überall noch Beträge versteckt werden.

Wie sind solche Gewinne möglich? Der Geschäftsbericht sagt nichts hierüber.

Die Indexziffern haben sich im Bilanzjahr verzehnfacht, die Mark ist auf ein Zwölftel ihres Wertes im gleichen Zeitraum gesunken. Aber die Preise der Erzeugnisse der Gesellschaft haben sich ver Hundertfacht, die Gehälter und Löhne kaum verzehnfacht, Rohmaterialien waren noch aus alten Beständen vorhanden.

Hergestellt wurden u. a. Sprechmaschinen-Apparate und Zubehör-Artikel. Der Preis für Sprechmaschinen — dieses Klaviers der kleinen Leute — hat sich ver Hundertfacht, Schallplatten kosten 18 000 M. das Stück gegen 0,75 bis 1 M. im Frieden.

Von Wucher im Gesetzessinne kann hier nicht gesprochen werden, denn es liegt bei Sprechmaschinen kein Gebrauchsartikel vor, sondern ausgesprochene Luxusware. Die Industrie ist kartelliert, also lassen sich die Preise einfach diktieren, was der Inländer nicht kaufen kann, nimmt das Ausland. Darum „Förderung des Exports“.

Die Ausfuhr-Abgabe (soziale Abgabe) ist systematisch abgebaut worden, Fertigwaren unterliegen einer geringeren Ausfuhr-Abgabe als Rohstoffe. In demselben Maße, in dem die Aufnahmefähigkeit des Inlandmarktes zurückgeht, wächst der Export, auch bei lebenswichtigen Waren. So berichtet z. B. die „Papier-Zeitung“ 1922, daß infolge des Minderbedarfs der deutschen Presse an Zeitungspapier (hervorgerufen durch den Papierwuchermord) die Ausfuhr **um genau die Inlandsbedarfsverminderung in diesem Artikel gestiegen sei.** (Ueber die Nutzbarmachung der Scheingewinne im Ausfuhrgeschäft wird an anderer Stelle noch zu reden sein.)

Nun die Herstellung in der Sprechmaschinen-Industrie! Es müssen ständig Neuheiten, z. T. Eintagsfliegen, geschaffen werden, relativ wenig Aufnahmen werden ständig gefragt. Deshalb ist die Abschreibung der Verlagsrechte an sich berechtigt, ebenso der Matrizen, bei denen aber immer der recht erhebliche Materialwert verbleibt, dagegen sollen die Lagervorräte voll eingesetzt werden bei einem Werk, das überbeschäftigt ist. Aber die Löhne! Ich kenne die Löhne in der Sprechmaschinen-Industrie nicht, weiß nur, daß die Berliner Arbeiter vor Jahresfrist wegen Lohndifferenzen streikten und daß damals ein Führer des Sprechmaschinen-Unternehmens vor dem Schlichtungsausschuß erklärte: „Die Gewerkschaften werden der Ruin der deutschen Industrie.“ Also Kartellierung beim Verkauf, Lohndrückerei bei der Produktion ergeben hundertfachen Gewinn, von Scheingewinn kann man hier wohl ernsthaft nicht mehr sprechen. Was hier auftaucht, ist der Begriff des „indirekten Wuchers“, indem die Arbeitnehmer gezwungen werden, zu niedrigen Sätzen zu arbeiten. Dieser „indirekte Wucher“ unterhöhlt die Kaufkraft der Bevölkerung, ihren Lebensstandard, ihre Moral, ihre Gesundheit. Namentlich in vielen Zweigen der Heimindustrie zeigt er sich in krasser Form — und kein Gesetz stellt ihn unter Strafe. Dabei ist der indirekte Wucher genau so gemein wie der direkte, in seinen Auswirkungen noch gefährlicher.

Die Bilanz und das Geschäft der Polyphonwerke ist kein Sonderfall, im Gegenteil: er ist typisch. Vorteil haben nur die der Gesellschaft nahestehenden Kreise. Sollten solche Gewinne nicht der Allgemeinheit, die sie als Konsument oder Produzent aufgebracht hat, zugeführt werden?

Hier liegt ein Grundstein für die allgemeine Werkerhaltungs-Versicherung, aus der tatsächlich Goldmark-Bilanzen entstehen können. Schon jetzt gehen in Deutschland manche volkswirtschaftlich notwendigen Industrien dem sicheren Untergang entgegen, wenn sie nicht über bestimmte Perioden gestützt werden. Man denke an die Baunot, die Kohlenteuerung. Die Uebergewinne einzelner Industrien müssen der Allgemeinheit zugeführt werden. (Hier bietet sich Gelegenheit, jede Industrie in eine Planwirtschaft einzugliedern, zu der wir ja früher oder später doch kommen müssen.)

Geschieht dies nicht, so sind alle Versuche der Marktstabilisierung, der Wucherbekämpfung von vornherein erfolglos. Dagegen wird eine solche „allgemeine Werkerhaltungs-Anlage“ sowohl vom Einfluß auf die Devisenbewegung (siehe letzter Dollarsturz) sein, wie für die notwendigen Ergänzungsanlagen anderer Industrien ungeahnte Bedeutung erhalten. Durch die so angesammelten Kapitalien wird ein Wertregulierungsfaktor geschaffen, der der Industrie überhaupt erst die Möglichkeit gibt, das aufzustellen, was sie jetzt noch gar nicht kann: nämlich Goldmark-Bilanzen.

Dr. HERMANN SCHÜTZINGER (München):

## Das Problem des Staatssozialismus.

**Die Entstaatlichung der bayerischen und württembergischen Hütten- und Bergwerke.**

**N**ICHT immer hat die deutsche Sozialdemokratie das Bewußtsein gehabt, daß die Verstaatlichung und Entstaatlichung von Betrieben ihre ureigensten Interessen berührt. Sie stand z. B. allen Bestrebungen der Bismarckschen „staatssozialistischen Zeit“ feindseliger gegenüber als der Nationalliberalismus und selbst der Zentralverband deutscher Industrieller. Diese eigenartige Ablehnung des Staatssozialismus tritt deutlich aus der Resolution des Gothaer Kongresses von 1876 zutage, in der es heißt: „Der Kongreß ist überzeugt, daß die deutsche Reichsregierung, falls das Reich alle Eisenbahnen in Besitz bekäme, vornehmlich die Interessen des Klassen- und Militärstaates damit zu fördern und die Einnahmen zu unproduktiven Zwecken zu verwenden bestrebt sein werde.“

Die Gründe für die Revision dieser Anschauungen innerhalb unserer Partei sind bekannt. Gerade die Sozialdemokratie wurde in ihrer Partei- und Fachpresse führend auf dem Gebiet der Untersuchung darüber, wie die wirtschaftlichen Fähigkeiten und Leistungen des Staatsbetriebes gesteigert werden können. Die Partei hielt sich selbstverständlich von einer kritiklosen Verherrlichung der Staatsbetriebe fern. Gerade in den Sturmjahren 1919/20 ist man immer mehr von der früheren Parteivorstellung zurückgekommen, als ob die völlige Uebernahme eines Produktionszweiges oder einzelner Betriebe auf Staat und Gemeinde als sozialistisches Vergesellschaftungs-Ideal zu begrüßen und die Entstaatlichung unbedingt zu verwerfen sei.

Die Tatsache, daß die Sozialisierungsbewegung der Jahre 1919/20 einfach dem staatlichen oder kommunalen Betrieb zustrebte, ist mehr als Verlegenheits- und Aushilfsaktion zu bewerten, denn als zielbewußte und planmäßige wirtschaftliche Operation. Man fand eben in den Köpfen der russischen und bayerischen „Reformer“ der Rätezeit kein anderes funktionierendes Räderwerk außerhalb der Privatwirtschaft wie den zentralistischen und bürokratischen Verwaltungsapparat des Staates und versuchte diesem die Funktionen der aus ganz andern Bedürfnissen heraus sich bildenden Privatunternehmung aufzudrücken.

Die Schwächen dieser Methode wurden aber gar bald erkannt, und schon im Februar 1919 äußerte sich die Sozialisierungskommission des Reiches trotz ihrer radikalen Zusammensetzung über die Vergesellschaftung des Kohlenbergbaus folgendermaßen (siehe den Bericht der Sozialisierungskommission vom 15. 2. 1919: „Zur Sozialisierung des Kohlenbergbaus“ im Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften vom 15. März 1919):



„Die Kommission ist einhellig der Ueberzeugung, daß die gegenwärtige Organisation des Staatsbergbaues den wirtschaftlichen Bedürfnissen nicht entspreche und einer Erweiterung des Einflusses der Gesamtheit eine völlige Umgestaltung dieser Verhältnisse voranzugehen habe. . . . Jegliche Ausdehnung des staatlichen Betriebs ist unökonomisch und daher abzulehnen, solange nicht die völlige Loslösung dieser wirtschaftlichen Tätigkeit des Staates von seiner politischen und verwaltungsmäßigen, solange nicht der Bruch mit den bürokratischen Traditionen in den wirtschaftlichen Betrieben des Staates erfolgt. Ein Zweifel an der Notwendigkeit einer völligen Umgestaltung kann schon bei dem gegenwärtigen Umfang des Staatsbergbaus überhaupt nicht bestehen.“

Also auch hier eine völlige Ablehnung der bedingungslosen Uebernahme des Staatsbetriebs als gesellschaftliche Produktionsform. Wir müssen uns aber vor allem darüber klar sein, daß der Betrieb der sozialistischen Wirtschaft losgelöst sein muß von den bürokratischen Banden des Staatsbetriebs auf der einen Seite, von der Durchsetzung des Unternehmens von privatkapitalistischem Gewinnstreben auf der andern Seite, daß er aber, um lebensfähig zu sein, beseelt sein muß von einem lebendigen Arbeitskörper, der sich äußert in den Leistungen, im Gemeinsinn und in der Opferbereitschaft der Arbeiterschaft.

Zunächst handelt es sich aber darum, den bestehenden Privatbetrieb durch Ueberführung in das Stadium des gemischtwirtschaftlichen Betriebes der Gesellschaft immer mehr dienstbar zu machen und den Staatsbetrieb unter Wahrung der Eigentumsrechte der Gesellschaft zu entbürokratisieren und zu verlebendigen.

Von diesem Standpunkt aus müssen wir die bevorstehende Entstaatlichung der bayerischen Berg- und Hüttenwerke und die bereits vollzogene Verpachtung der württembergischen Werke betrachten.

Am 11. Juli wurde den Abgeordneten des bayerischen Landtags ein „Betriebsbericht“ der bayerischen Berg-, Hütten- und Salzwerke in die Hand gedrückt, um sie zu befähigen, am nächsten Tage über die parlamentarische Kontrolle der Staatsbetriebe und deren etwaige Ueberführung in eine andere Betriebsform zu beschließen. Diese Methode der „Selbstverwaltung“ ist natürlich keineswegs ideal. Der Charakter dieser Ziffern der Betriebsabschlüsse ist ein rein fiktiver, zumal die Generaldirektion der bayerischen Hüttenwerke ihre Aufgabe mehr in der Ablieferung großer Ueberschüsse an die Staatskasse wie in der innerlichen Kräftigung der Betriebe durch Abschreibungen erblickt. Der „Betriebsbericht“ beweist bei genauem Studium alles andere eher als die zwingende Notwendigkeit, die Werke zu veräußern.

In der Arbeitsleistung ist gegen das Vorjahr kaum eine Aenderung zu verzeichnen. Lediglich der Absatz an bayerischem Siedesalz gestaltete sich wegen der immer weiter um sich greifenden

Steinsalzkonkurrenz im Berichtsjahr immer schwieriger und gab dadurch die Veranlassung zu bedenklichen Mindereinnahmen.

Insgesamt haben die Werke trotz reichlicher Abschreibungen im Laufe der Jahre 1914—18 in der Höhe von 17 Millionen noch eine Vermögensvermehrung von 16 Millionen erwirtschaftet, die in Rücklagen und Werksreserven steckt. Der Vergleich der letzten beiden Betriebsjahre zeigt unter Berücksichtigung der fortschreitenden Geldentwertung keineswegs einen sachlichen Rückgang des Produktionsertrages. Er betrug:

Rohgewinn: 1919 (in 15 Monaten) 50 Millionen.  
 Rohgewinn: 1920 (in 12 Monaten) 98 Millionen.  
 Reingewinn: 1919 (in 15 Monaten) 38 Millionen.  
 Reingewinn: 1920 (in 12 Monaten) 70 Millionen.

Das in der Generalbilanz auf der Aktivseite ausgewiesene Gesamtvermögen beträgt nach dem gegenwärtigen Stand der Währung: 154 Millionen Mark. Dazu bietet sich in Oberbayern neuerdings die Möglichkeit der Aufschließung neuer Erzlager. Die Lage der Salinen hat sich trotz des äußerst ungünstigen Absatzmarktes verbessert. Die Arbeitsverfassung der Betriebe hat nicht unwesentliche Erfolge aufzuweisen. Die Beteiligung der Beamten am Reinertrag durch Gewährung von Vergütungen hat sich als äußerst günstig erwiesen. Der Wohnungsbau aus Betriebsrücklagen hat befruchtend auf die Arbeitsleistung der betreffenden Werke gewirkt. Die Einführung der kaufmännischen Buchführung ist im besten Gang. Die Stellung der Betriebsräte ist eine zugunsten der Arbeitnehmerschaft und der Werkleitungen äußerst ersprießliche gewesen.

Und trotzdem will man zur Entstaatlichung schreiten! Ein Unterausschuß des Landtags wurde eingesetzt, der die Frage der Umstellung der staatlichen Werke in eine andere Betriebsform zu prüfen hatte. Dieser beschloß in Uebereinstimmung mit der Regierung die Ueberführung der staatlichen Werke in eine Aktiengesellschaft, und zwar „aus Gründen der Sicherung der Rohstoffbelieferung, des Absatzes, der Lösung von Kreditschwierigkeiten und des Anschlusses an private Montanunternehmungen“ (!). Dem hätten auch Sachverständige wie Dr. Cuno von der Hapag und Cramer-Clett zugestimmt.

Die sozialistischen Parteien des bayerischen Landtags wandten sich entschieden gegen diesen Beschluß. Wenn die sozialdemokratische Partei auch zugäbe, sagt unser Berichterstatter, daß die bürokratische Verwaltungsform der wirtschaftlichen Entwicklung nicht entspreche, so hege sie doch große Bedenken, der Privatinitiative ein derartiges Uebergewicht einzuräumen und damit letzten Endes den Einbruch der Unternehmerschaft in die Domäne der bayerischen gemeinwirtschaftlichen Hütten- und Bergwirtschaft zu

begünstigen. Damit werde der Weg zu einer „Entstaatlichung des Staates“ geebnet und es sei eine Entwicklung zu befürchten, die nicht im Staatsinteresse liege.

Der Finanzminister erklärte zwar, die Regierung habe nicht die Absicht, private Unternehmen an den staatlichen Werken zu beteiligen. Die Umstellung sei aber notwendig, um die Koksbasis zu sichern. Die Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß eine Bedingung für die Umstellung eine Gestaltung des Aufsichtsrats sei, der nicht aus parlamentarischen Kreisen zusammengesetzt sein dürfe, sondern ein bewegliches Instrument der Wirtschaft darstellen müsse. Der Landtag beschloß, eine Vorlage über die Betriebsumstellung der staatlichen Werke ausarbeiten und dem Landesparlament zur definitiven Entscheidung vorlegen zu lassen.

Die Wirtschaftlichkeit der Staatsbetriebe und ihre organische Eingliederung in die zurzeit noch kapitalistische Gesamtwirtschaft ist eines der wichtigsten Probleme des wissenschaftlichen Sozialismus. Die staatlichen Werke im Verein mit den gemischtwirtschaftlichen Betrieben mit überwiegendem Gemeinde- und Staatskapital sind der Grundstock der großen sozialistischen Wirtschaftsreform. Es wäre vollkommen verfehlt, wenn wir mit aller Starrheit an dem bürokratischen Staatsbetrieb festhalten wollten. Wenn wir ihn aber mit dem Geist der Betriebsleiter-Initiative und der Verlebendigung des Arbeitskörpers zu erhöhter Produktionskraft befähigen wollen, so müssen wir uns in erster Linie auf die Loslösung der leitenden Kräfte von bürokratischen Schranken und die Gewinnbeteiligung aller Mitschaffenden je nach der Qualität ihrer Arbeit einstellen. Der „Mehrertrag“, der beim Privatbetrieb in die Taschen des Unternehmers fließt, muß restlos der Produktionssteigerung durch Weckung des Arbeitsinteresses zugute kommen. Dann dienen wir der sozialistischen Idee.

Zur Erfassung des Mehrertrags im vergesellschafteten Betrieb brauchen wir aber einen überwiegenden Einfluß des Staates oder der Kommune im Aufsichtsrat. Eine Reform der Staatsbetriebe ist für uns von höchstem Interesse — aber sie darf dem privaten Unternehmertum keinen überragenden Einfluß im leitenden Wirtschaftsorgan einräumen. Die Eingliederung der Staatsbetriebe in bestehende große wirtschaftliche Verbände zwecks Erleichterung der Rohstoffbeschaffung und Verarbeitung der Halbfabrikate wird sich auf die Dauer nicht vermeiden lassen. Ob diese Unterordnung des isolierten Staatsbetriebes in eine derartig „vertikalisierte Wirtschaftsorganisation“ ohne die Aufgabe von dessen völliger Selbständigkeit möglich ist, wird sich ja zeigen. Sollte die Eingliederung nur auf Kosten der Aufsichtsratsmehrheit erkaufte werden können, dann müssen wir Sozialdemokraten heftigen Widerstand dagegen leisten.

Die beabsichtigte Entstaatlichung der bayerischen Berg- und Hüttenwerke atmet zweifellos den Geist der Kapitulation vor der privaten Schwerindustrie. Die Begründung der kommenden Umstellung spricht vom „Anschluß an private Montanunternehmungen, von der Sicherung der Koksbasis und von der Ausgestaltung des Aufsichtsrats nach privatwirtschaftlichem Muster“.

Der Schwerpunkt der ganzen Umstellungsoperation liegt zweifellos bei den Verträgen mit den privaten Gesellschaften, an die unter Umständen ein gewisser Anschluß nicht zu vermeiden ist. Hier muß die ganze Autorität des Staates, unter Umständen unter Gebrauch der gesetzgeberischen Funktionen des Gemeinwesens, in die Wagschale geworfen werden, um die Selbständigkeit der bisher staatlichen Betriebe zu erhalten und deren Ueberfremdung und Ausaugung durch das Privatkapital zu verhindern.

Das Wichtigste für uns aber ist die Kräftigung und Verlebendigung der ehemals staatlichen Werke für den Konkurrenzkampf auf dem freien Wirtschaftsmarkt. Da kann gerade in Bayern noch sehr viel geschehen. Der staatliche Behördenapparat hat im Laufe der Jahrhunderte die ergiebigsten und die unrentabelsten Werke zusammengekoppelt. Die bayerischen Salinenwerke von Berchtesgaden und Reichenhall können sich niemals rentieren, weil sie riesige Wassertrajekte zu unterhalten haben, welche in erster Linie den staatlichen Bädern zugute kommen. Das chronische Defizit der beiden Werke drückt die beiden andern Werke trotz ihrer außerordentlichen Ergiebigkeit durch die gemeinsame Rechnungsablegung mit in den wirtschaftlichen Ruin herunter.

Darum muß der unzeitgemäßen Wirtschaftsverfassung der staatlichen Werke zu Leibe gegangen werden. Jedes Werk muß zunächst einmal seine eigene Wirtschaftlichkeit beweisen. Versagt es, dann muß es abgestoßen werden. Die wirtschaftlichen Betriebe können dann natürlich zur Steigerung ihres Ertrags und zu lebendigen Wechselbeziehungen untereinander zusammengefaßt werden. Betriebe mit „Salinensalz“, die die Konkurrenz mit dem „Steinsalz“ nicht aushalten, müssen verschwinden — andererseits können Bergwerke, deren Ergiebigkeit zweifelsfrei erwiesen ist, recht gut in den Dienst des gemischtwirtschaftlichen oder staatlichen Wasserkraftsystems als Lieferanten von Kohlenreserven einbezogen werden.

Ein wahrer „Staatssozialismus“ in Bayern müßte die organische Verbindung aller dem Einfluß des Privatkapitals entzogenen Werke zu einem großen „Trust“ ins Auge fassen: Die ehemaligen Heereswerkstätten (Deutsche Werke A.-G.), die staatlichen Wasserkräfte und die staatlichen Berg- und Hüttenwerke. Wenn dieser geschlossene Ring beim Privatkapital anklopft, um zwecks Rationalisierung und Durchorganisation der Wirtschaft Verträge abzuschließen, dann wird er seinen Willen dem Privatunternehmer aufdrücken können.

Ob die bayerische Volksvertretung überhaupt den Willen zur Lösung dieser Aufgabe hat?

Die Entwicklung zur Entstaatlichung, die den bayerischen Staatsbetrieben wahrscheinlich leider bevorsteht, haben die württembergischen staatlichen Hüttenwerke bereits eingeschlagen. Der württembergische Staat besitzt zehn Hüttenwerke. Nach den Darlegungen der Regierung im Mai 1921 drohte diesen die Gefahr, von der Großindustrie isoliert zu werden. Daher hatte der württembergische Landtag sich grundsätzlich dahin entschieden, daß die Bau- und Bergdirektion Württemberg Anschluß an die Großindustrie suchen sollte. Es sollte den Werken vor allem der Zusammenschluß mit Rohstoff- und weiterverarbeitenden Unternehmungen ermöglicht werden. Die württembergische Finanzverwaltung gründete deshalb mit der Gutehoffnungshütte zusammen die „Schwäbische Hüttenwerke G.m.b.H.“, in erster Linie zum Zweck der Verpachtung der staatlichen Hüttenwerke und der Ausbeutung der württembergischen Erzfelder.

Für die Verpachtung der Hüttenwerke erhielt der Staat von der Gutehoffnungshütte einen festen Geldbetrag und einen anteilmäßigen Voraus im Reinertrag. Außerdem erhält der Staat 25 Proz. vom Reinertrag, der sich nach Vornahme der normalen Abschreibungen ergibt. Laut Bestimmung des Vertrages bleiben die Interessen und Rechte der Beamten, Angestellten und Arbeiter in vollem Umfang gewahrt. Die Hälfte des weiteren Reinertrages der Gesellschaft steht dem Staat auf Grund seiner Beteiligung an der Gesellschaft zu. Die Werke bleiben hiernach Eigentum des Staates.

Diese Betriebsform ist ganz neuartig; Eigentümer ist der Staat, Pächter und Betriebsleiter die Gesellschaft. Den ausschlaggebenden Einfluß in der Verteilung des Mehrertrags übt zweifellos das privatkapitalistische Element aus. Jede Art von Verpachtung bedeutet die Ueberlassung eines Produktivkapitals gegen ein Entgelt zwecks privatkapitalistischer Ausbeutung.

Dieser Vertrag stellt die Kapitulation des Staates vor der Großindustrie dar und nicht die Indienststellung des Unternehmertums für die Zwecke der Intensivierung des Staatsbetriebs. Von außen betrachtet scheint der Staat seine Rechte an der Gewinnverteilung gewahrt zu haben, falls die Vertreter des Landtags im Aufsichtsrat imstande sind, die meist undurchsichtige Rechnungslegung der Gesellschaft zu prüfen. Aber allein der Passus des Vertrages, der dem Staat 25 Proz. des Reinertrags nach Vornahme der „normalen Abschreibungen“ zuspricht, gibt dem Wissenden zu denken. Die Entschädigung des Staates erfolgt zudem in Papiermark, während er sein Goldwert repräsentierendes Betriebskapital andern Händen überantwortet.

Gerade hier hätte der Staat unter Ausnutzung seiner öffentlich-rechtlichen Gewalt zeigen müssen, daß er mit Hilfe seiner Be-

triebsleiter und Angestellten in stande ist, die Wirtschaftlichkeit der Betriebe zu heben und als ebenbürtiger Partner zwecks Austausch von Rohstoffen und Fabrikaten mit verwandten Industrien zu pakieren. Bei dem Aufgebot aller Kräfte hätte es Mittel und Wege geben müssen, die Hüttenwerke konkurrenzfähig zu erhalten und auch die Erzfelder des Landes zu erschließen, und zwar ohne Heranziehung von Privatkapital durch Anschluß an die Deutschen Werke A.-G., die ehemaligen Heeres- und Marinewerkstätten.

So gilt auch für Württemberg, was von Bayern gesagt wurde: Es muß zu einer der lautesten Forderungen unserer Partei gemacht werden, keinen einzigen Staatsbetrieb aus der Hand zu geben, sondern den Einzelbetrieb mit allen Mitteln zur Wirtschaftlichkeit zu erziehen und die so verlebendigten, vergesellschafteten Werke in Beziehung zueinander zu bringen: Staatliche Hüttenwerke, Deutsche Werke A.-G., Wasserkraftwerke. Auf diesem Fundament läßt sich dann die Wirtschaftsform der Zukunft schrittweise aufbauen.

Träger dieser neuen Wirtschaft muß neben den arbeitenden Massen der mit „Unternehmereigenschaften“ ausgestattete Beamte oder besser Betriebsleiter werden. Besonders wichtig ist hierfür die Mentalität der süddeutschen Bürokratie, die ja bekanntlich von der preußischen und sächsischen erheblich absticht. Während in den norddeutschen Staaten, von der überall üblichen Beamteninzucht abgesehen, fast nur aus der Klasse des Großgrundbesitzes und der Großindustrie hervorgegangene Bewerber in die höheren Beamtenstellen gelangen, rekrutiert sich die süddeutsche Bürokratie zum großen Teil aus dem Bauertum oder andern im Kampf zwischen Arbeit und Kapital relativ indifferenten mittel- und kleinbürgerlichen Kreisen.

Zweifellos ist die süddeutsche Bürokratie immerhin befähigter, ihrer ideellen Aufgabe, die reinen Staatszwecke wahrzunehmen und sie nötigenfalls auch gegen die Interessen der herrschenden Klasse zu verteidigen, nahezukommen, so weit sie auch von einer völlig befriedigenden Lösung dieser Aufgabe noch entfernt sein mag. Aus dieser Zusammensetzung des süddeutschen Beamtenstandes dürfte sich das Durchdringen des „staatssozialistischen“ Wasserkraftsystems allen Anfeindungen des industriefeindlichen Zentrums und des anti-monopolistischen Liberalismus zum Trotz erklären lassen. Bilden wir den süddeutschen Beamten zum Betriebsleiter weiter, erfüllen wir die süddeutschen Staatsbetriebe und gemischtwirtschaftlichen Betriebe mit wirtschaftlichem Geist, steigern wir hierdurch ihre Produktionskraft, verbinden wir sie untereinander zu einem wohldurchdachten Wirtschaftssystem — dann können wir dem Privatkapital gegenüber als gleichberechtigter Kontrahent auftreten, bis die Zeit reif ist zur Umwandlung des „Staatssozialismus“ in die sozialistische Wirtschaft.



R. G. HAEBLER:

## Wege zum Sozialismus.

Die kapitalistisch-industrielle Entwicklung der letzten Jahrzehnte läßt immer deutlicher das Bestreben erkennen, durch Konzentration der Produktion wirtschaftliche Zusammenballungen zu schaffen, die kraft ihrer Schwere in der Lage sind, autonome Kräfte im Wirtschaftsleben zu entfalten. Eisen und Kohle formen sich zu gewaltigen Werken, die in gigantischen Ausmaßen die Grundlagen weiterführender Technik bilden — ein Baum, der aus dem mütterlichen Urgrund der Erde heraufwächst, sich immer feiner verzweigt und in seinen Blüten jene Unzahl kleiner und komplizierter Feinfabrikate hervorbringt, in denen sich die moderne Wirtschaft differenziert.

So verworren und planlos diese Produktion zunächst erscheint und einem zusammenfassenden, auf allgemeine Gesichtspunkte gerichteten Willen auch ist, im tiefsten Grunde steckt aber doch in dieser kapitalistischen Produktionskonzentration eine elementare Kraft der Entwicklung zum organischen Aufbau. Wenigstens wird man annehmen können, daß diese Entwicklungskurven dem Blick eines Beschauers nach hundert Jahren viel zielbewußter erscheinen werden, als dies für uns Menschen von heute möglich ist, die wir mitten in dem rasenden Werden dieser Zeit drinstehen. Und doch können wir heute schon einige dieser Linien erkennen, wenn wir uns bemühen, nicht auf das einzelne zu sehen, sondern bestimmte Erscheinungen der Gegenwart in Verbindung mit dem Vergessenen zu setzen und aus dem Gegenwärtigen das herauszuholen, was in der Richtung dieser Entwicklung zur Konzentration liegt. Dabei spielt es keine Rolle, aus welchen Wurzeln diese Kräfte stammen — ob sie aus privatkapitalistischen Tendenzen oder aus dem Willen zum Sozialismus kommen.

Die deutsche Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts ist die Entwicklung zum nationalen Kapitalismus. Deutschland mußte im Laufe dieses Jahrhunderts in rasendem Tempo das nachholen, was andere Staaten schon vorweggenommen hatten. Das ist der wirtschaftliche Sinn der politischen Bestrebungen zur Schaffung der Reichseinheit. Die Fülle kleiner Einzelstaaten mit ihren Zollschranken und ihren verschiedenen Maßen, Münzen und Gewichten entsprach den Wirtschaftsformen des Feudalismus und des Merkantilismus. In dem Augenblick aber, wo der private Kapitalismus auf industrieller Grundlage sich entfalten mußte, konnte diese politische Form nicht mehr das Kleid sein, in dem sich die Wirtschaft bewegte. Und in dem wirtschaftlichen Schwergewicht, das Preußen in dieser besonderen und neuartigen Entwicklung haben mußte, nicht in dem dynastischen Ausdehnungswillen der Hohenzollern, liegt es begründet, daß Deutschland zunächst in Preußen aufging und das industriell unwesentliche Oester-

reich ausscheiden mußte. Zollverein, der Norddeutsche Bund, 1866, 1870 — das waren die politischen Etappen in dieser wirtschaftlichen Entwicklung. Das Ergebnis war das kaiserliche Deutsche Reich, dessen Zusammenbruch deshalb nur ein Zusammenbruch der politischen Formen war, nicht ein wirtschaftlicher Zusammenbruch in dem Sinne, daß nach 1918 ein Umsturz der Wirtschaftsformen stattgefunden hätte. Das geht ganz deutlich daraus hervor, daß wir heute zwar eine Republik, aber eine kapitalistische Republik haben, nicht eine sozialistische. Die heutige Demokratie ist zweifellos kapitalistische Demokratie; daß der Sozialismus in ihr eine politische Rolle spielen kann, ändert am Wesentlichen dieser Tatsache nichts. Aber nur Dummköpfe oder Demagogen leiten aus dieser Tatsache die Notwendigkeit ab, diese heutige Demokratie zu verneinen, statt sie als Durchgangsepoche zu begreifen und zu — benutzen.

In dieser Situation beginnt nun heute das Kapitel, das aus dem Zusammenbruch nicht geschwächt hervorgegangen ist, sich mehr und mehr konzentrierend weiterzuentwickeln. Dabei kann man, wenn man in ganz groben Zügen die Entwicklung aufzeigen will, drei Formen des Konzentrierungswillens feststellen: Schwerindustrie, Veredelungsindustrie und Banken. Die trustartigen Zusammenschließungen dieser drei großen Hauptmächte auf wirtschaftlichem Gebiet werden sich deshalb heute in allen wirtschaftlichen und politischen Fragen auswirken müssen. Es gibt bestimmte Probleme auf dem Gebiet der Reparationspolitik, die heute durchaus verschieden beantwortet werden, je nachdem sie vom Gesichtspunkt der Schwerindustrie, der Feinindustrie oder der Banken gesehen werden. Es geht deshalb heute ein nicht nur rein wirtschaftlicher, sondern auch politischer Kampf zwischen diesen drei Formen des Wirtschaftslebens, ein Kampf, der sich naturgemäß meist hinter den Kulissen abspielt und der zweifellos auch in hervorragendem Maße internationalen Bedingungen unterworfen ist. Denn diese industriellen Zusammenballungen haben heute bereits einen Reifegrad erreicht, der über das Nationalwirtschaftliche hinaus im Weltwirtschaftlichen bedingt ist und gemeinsame Interessen auch dort hat und haben muß, wo der Unkundige glaubt, internationale Gegensätze stünden hindernd im Wege. Wenn man, um nur eines zu nennen, einmal erfahren wird, welche Triebkräfte dieser Art zu der Ruhraktion geführt haben, inwieweit deutsche und französische Interessen bestimmter wirtschaftlicher Mächtigkeitsgruppen hier zusammen- oder gegeneinanderstanden, dann wird vielleicht manchem der innere Sinn dieser Aktion klarer werden, als dies heute möglich ist, wo nationale Ehrbegriffe in den Vordergrund der Aufmerksamkeit gestellt werden.

Welches ist aber der Sinn aller dieser Erscheinungen, mögen sie nun vorerst noch nationalwirtschaftliche oder schon weltwirtschaftliche Zusammenballungen sein? Vielleicht gilt auch in der wirtschaftlichen Entwicklung jenes kosmische Gesetz einer Rotation



um einen Kern, in deren Bewegung alles hineingerissen wird, was sich nähert. So sind vielleicht auch diese Vorgänge auf wirtschaftlichem Gebiet Gesetzmäßigkeiten der gleichen Lebenskraft, die wir heute in der Naturwissenschaft als Einheit im Geschehen der Weltkörper wie der feinsten Vorgänge der Chemie verstehen: auch hier ein Hineingerissenwerden und ein Rotieren um eine Kraft. Und diese Kraft scheint der Wille zur möglichst reibungslosen Zusammenarbeit der „Elemente“ zu sein, soziologisch jener Wille zu einer Gesellschaftsform, in der nicht das planlose, unberechenbare Wirrwarr der einzelnen gegeneinander auswirkt, sondern in der alle diese Einzelwillen zusammenströmen oder miteinander rotieren um den Kern des Gesellschaftslebens — und dieser Kern ist, begrifflich gefaßt, die Idee einer **Gemeinwirtschaft**.

Aber nicht nur die autonome Entwicklung des industriellen Kapitalismus steuert unmittelbar auf dieses Ziel zu, auch mittelbar gehen durch die Menschen der kapitalistisch-industriellen Zeit Bewegungen, Strömungen, Willenskräfte, die dem gleichen Ziele zustreben. Dazu gehört in erster Linie die Entwicklung der Lohnarbeiterschaft aus der persönlichen Vereinzelung zur Massenorganisation. Die Erkenntnis, daß in diesen gewaltigen wirtschaftlichen Zusammenballungen der einzelne nichts ist, gilt nicht nur für den einzelnen Unternehmer, sondern in viel, viel höherem Grade natürlich für den einzelnen Arbeiter. Wer die Geschichte der Gewerkschaften kennt, der weiß, welche Hemmungen überwunden werden mußten, bis man zu dieser Erkenntnis kam. Dabei ging die Entwicklung über drei Stufen: von der Einstellung auf reine Lohnpolitik zum Problem der Eroberung der politischen Macht überhaupt und dann zu der Frage der Eroberung der wirtschaftlichen Macht.

Die zweite Stufe, Eroberung der politischen Macht für die Arbeiterschaft, trat am deutlichsten in Erscheinung beim Zusammenbruch 1918; die Eroberung der wirtschaftlichen Macht fand ihren Ausdruck in dem Streben nach einem Rätssystem. Eine Synthese dieser beiden Strömungen, die je angestrebt wurde, konnte sich allerdings heute noch nicht durchsetzen; von der zweiten Entwicklungsforderung, der wirtschaftlichen Macht, ließ sich nur das Betriebsrätegesetz verwirklichen. Immerhin ist dieses Gesetz, soviel man auch im einzelnen dagegen einwenden kann, von grundsätzlicher Bedeutung: es anerkennt die Bedeutung des Arbeitnehmers als Wille innerhalb der Produktion. Damit ist ein Schritt in der Richtung zu einer **Gemeinwirtschaft** getan. Denn in dem Moment, wo Unternehmer und Arbeiter mitbestimmend sind für die Entwicklung, ist der Einfluß der Arbeit dem Kapital gegenüber möglich; ob dieser Einfluß von wesentlicher Bedeutung oder untergeordneter Natur ist, spielt natürlich praktisch eine große Rolle; theoretisch, als Entwicklungserscheinung, bleibt es als Ansatz zu einer wesentlich neuen Einstellung bedeutungsvoll. So sehen wir, daß auch mittelbare Wege zum Sozialismus in der heutigen privatkapitalistischen

industriellen Wirtschaft vorhanden sind, deren weitere Entfaltung nur eine Frage der Zeit sein kann, wenn geschichtliches Werden überhaupt einen Sinn haben soll.

Die Idee der Gemeinwirtschaft hat aber in unserem heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystem auch praktische Erscheinungen erzeugt, gewissermaßen Oasen des Sozialismus in der Wüste des Kapitals. Hier sind alle jene Zusammenschlüsse wie Konsumvereine, Bauarbeitergenossenschaften, Siedlungsgenossenschaften, bestimmte staatliche und kommunale Einrichtungen zu nennen, die als reine Genossenschaften oder als gemischtwirtschaftliche oder als fiskalische Betriebe eine grundsätzliche andere Einstellung aufweisen als privatkapitalistische Unternehmungen. Sie können in diesem Zusammenhang nur grundsätzlich gewertet und gewürdigt werden als Versuche, innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft sozialistische Produktionsformen oder Verteilungsformen lebendig zu machen. Wie weit sie in der Lage sind, die Entwicklung zum Sozialismus zu beschleunigen, ist eine Frage, die generell wohl überhaupt nicht beantwortet werden kann.

Auf der anderen Seite stehen diesen praktischen Versuchen, die natürlich häufig kompromißartigen Charakter haben müssen, allerlei Theorien der Gemeinwirtschaft gegenüber. Vor allem in den letzten Jahren sind eine Reihe solcher modernen Utopien aufgetaucht; man denke an die Theorie Silvio Gsells vom Freiland und Freigeld, an die Theorien, die mit dem Gedanken einer Arbeitsdienstpflicht verknüpft sind, und an andere mehr. In diesem Zusammenhange gehören weiter die gemeinwirtschaftlichen Programme, wie sie von Wissell, Moellendorf, Neurath, Rathenau, Ballod und anderen aufgestellt worden sind, Untersuchungen und Pläne, über die man ganz gewiß nicht mit hochmütigem Achselzucken hinwegsehen sollte. Mögen sie nun richtig oder nicht ganz oder gar nicht richtig sein, auf alle Fälle liegt hier der ernsthafte Versuch vor, mit den Mitteln der wissenschaftlichen Erkenntnis der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse einen konstruktiven Plan zu entwerfen, der das gesamte Wirtschaftsleben auf gesunden Boden stellt. Hierher gehört auch die stärkste volkswirtschaftliche Bewegung der Gegenwart, die Bodenreform, wie sie von Damaschke vertreten wird und die heute ihre Anhänger nicht nur in den Kreisen hat, die gemeinwirtschaftlichen Ideen grundsätzlich huldigen, sondern bis weit in die Reihen bürgerlicher Wirtschaftler hinein besteht die Ueberzeugung, daß durch eine Bodenreform in diesem Sinne eine Möglichkeit geboten wäre, dem Kapitalismus die Giftzähne auszubrechen.

So sehen wir, daß überall, in dem Wirtschaftlichen, im Politischen, in der sozialen Ideologie der Gedanke lebendig und wirksam ist, daß unsere gegenwärtige Gesellschaftsordnung mindestens reformbedürftig ist, daß sie im Denken, Fühlen und Wollen der Menschen unserer Zeit nicht mehr unerschüttert, als gottgewollte

Gegebenheit dasteht, sondern daß man, hier mehr, dort weniger, an eine Umwälzung des Bestehenden denkt. Durch welche Entwicklungsstufen diese Entwicklung noch hindurch muß, das freilich kann man nicht voraussagen. Wenn überhaupt eine Möglichkeit besteht, „Geschichte vorauszubestimmen“, dann wird es immer nur möglich sein, große Entwicklungsziele und Entwicklungsrichtungen aufzuzeigen. Aber daß wir auf dem Wege zum Sozialismus sind: das scheint heute nicht mehr eine Sache des Glaubens, sondern eine Sache der Erkenntnis zu sein.

---

ROBERT BREUER:

## Das Fest der Tradition.

### I.

Die deutsche Republik ist eine Schöpfung des Volkes; aber noch ist sie nicht populär. Sie ist dem deutschen Volke, das seine Führer, seine Könige und Kaiser durch Jahrhunderte hindurch wählte, zum mindesten so eigentümlich wie das Erbfürstentum; aber noch ist sie nicht so volkstümlich, wie das erforderlich wäre, sie fruchtbar und fest zu machen. Weite Kreise des deutschen Volkes stehen der Republik feindlich, zum mindesten gleichgültig und kalt gegenüber. Das zu leugnen oder auch nur zu übersehen, wäre unklug und bewiese einen Mangel an politischem Bauinstinkt. Darum ist es nicht falscher Trieb zur Repräsentation, ist vielmehr notwendige Entfaltung verbender Kraft, wenn die Republik durch sinnfällige Darstellung ihres Wesens sich durchzusetzen versucht, wenn sie mit den durch die ganze Menschheitsgeschichte sich bewährenden Mitteln des staatlichen Kults beweist, daß sie das geltende Gefäß der Herrschaft und das durch die Entwicklung determinierte Instrument des Volkswillens ist. In solchem Sinne war zuzustimmen, daß am 18. Mai in Frankfurt das Gedächtnis an die 1848 eröffnete Nationalversammlung gefeiert werden sollte. Kein rauschendes Fest; aber ein sicheres Zurückgreifen in die Geschichtsverflechtung jener Tage, da die Demokratie den morsch gewordenen Absolutismus abzulösen begann, und eine wohlbegründete Verknüpfung der geistigen Erregung der Väter mit den praktischen Aufgaben der Gegenwart. Die Tradition der Republik ist heute ebenso fest, wie 1871 es die Tradition des Kaisertums war. Im Frankfurter Römer saß der Präsident der Republik, der Gewählte, mit größerem Recht, als je dort ein Hohenzoller gesessen haben könnte.

### II.

Die Methode Bismarcks, geeintem Deutschland staatlichen Ausdruck zu schaffen, hat sich nicht bewährt. Werken der Politik spricht die Geschichte das Urteil. Es ist zum mindesten zweifelhaft, ob eine Leistung, die schon nach 50 Jahren völlig versagt, je richtig begonnen worden ist. Das mag anmaßend klingen; es entspricht den vorliegenden

Tatsachen. Nach 50 Jahren wird man feststellen können, ob das Werk von Weimar nicht viel konsequenter und mit größerer Elastizität fortgesetzt hat, was 1848 in der Paulskirche begonnen worden ist. Als Ebert, schlicht bürgerlich, bürgerlich nicht im Sinne einer spießlichen oder anmaßenden Bourgeoisie, bürgerlich im Geiste der Verantwortlichkeit einer restlos von ihrer staatlichen Leistung abhängenden Demokratie, in der Paulskirche sprach, wurde die Würde des deutschen Volkes jedenfalls besser dargestellt, als dies je durch eine wilhelminische, von römischem Zäsarenwahnsinn verzerrte Kundgebung geschehen ist. Ueberhaupt: die Art Eberts, wie sie während seiner Amtszeit und jetzt wieder in Frankfurt sich bewährt hat, entspricht sie der deutschen Lebensart, der Gesinnung jener besten deutschen Männer, wie sie 1848 in der Paulskirche beieinander saßen, nicht unendlich mehr als jene sich selbst vergottende Hysterie, als jene der Innerlichkeit des deutschen Wesens völlig fremde Dekoration, mit der der letzte Erbkaiser Deutschland und die Welt beunruhigt hat?

### III.

Man kann es nicht oft genug sagen: die Widerspenstigen müssen unter die Notwendigkeit gezwungen werden. Alle, denen die Farben der Republik unsympathisch sind, müssen besonders, wenn sie Beamte der Republik sind, besonders, wenn sie von dieser Republik als Geheimräte oder Offiziere (der Reichswehrminister war in Frankfurt nicht zu sehen) Brot nehmen, an diese Farben gewöhnt, zu ihnen erzogen werden. Schwarz-Rot-Gold beherrschte das ehrwürdige Oval der Paulskirche. Die Räumlichkeit der ersten Nationalversammlung war wiederhergestellt worden. Keine historische Schrulle. Ein Teil dessen, was unter der Versinnlichung der Republik zu verstehen ist. Wir wollen gewiß keine knechtische Anbetung der republikanischen Hoheitszeichen, aber wir wollen, daß diese Hoheitszeichen als die geschichtlich gegebene Selbstverständlichkeit verstanden und respektiert werden. Zu solch politischem Erfordernis wird sich dann von selbst die menschlich schönere Liebe gesellen.

### IV.

Den bedeutsamsten Eindruck des Frankfurter Festes gab die Volksversammlung auf dem Römerberg. Der Römerberg, das ist der Platz vor dem Römer, ein Platz von nicht steigerungsfähiger Raumkraft. Unverletzt die Wandung zeitfester Baukunst. Eine architektonische Geschlossenheit, die dem, was sie umschließt, durch ihre komprimierende Energie unendliche Größe gibt. Die Massen, die sich auf diesem Römerberg versammelt hatten, wirkten wahrhaft wie ein Symbol des deutschen Volkes. Es waren Zehntausende, vielleicht hunderttausend, vielleicht mehr, aber man sah: Deutschland. Der Erdboden des Römerbergs hat leichte Niveaubewegung; dadurch bekam die auf ihm sich drängende Menschenmasse etwas Motorisches. Man sah eine ungeheure Welle sich heben und senken. Man empfand diese ozeanisch bewegten Massen als ein Sinnbild vielgliedriger, elastisch gespannter Ein-

heit. Löbe sprach. Er wurde angekündigt durch eine Stimme, die mit Trompetenkraft tönnte. (Der Mann hieß Hupp; er sei bedankt.) Diese Ankündigung: Es spricht der Präsident des deutschen Reichstags! erwies sich als ein vortreffliches technisches Mittel, als eine demokratische Form des Heroldrufes. Alle Versammelten horchten auf. Die Köpfe bekamen einen Ruck. Ueber den Platz, über die von Menschen besetzten Fenster, Dächer, Gesimse, Giebelluken und Turmspitzen lief Erregung. Löbe sprach. Er sprach Hodler. In großen Linien rissen seine Worte die Massen noch fester zusammen, trieben sie, die Menschenwellen, höher, verschärften und klärten sie den Rhythmus der gewaltigen Volksbewegung. Löbe befahl das Hissen der republikanischen Flagge. An zwei Masten gingen mächtige Banner hoch. Schwarz-Rot-Gold rauschte über dem Volke. Die schwarz-rot-goldene Sinfonie der geschmückten Häuser bekam ihren volltönenden Zusammenschluß. Wieder rief der Herold: Der Präsident des deutschen Reichstags spricht weiter. Wieder sprach Löbe. Dann folgte die Aufforderung, das Deutschland-Lied zu singen. Und brausend füllte sich der schwarz-rot-goldene Raum des Römerbergs mit der Stimme erhobener Menschheit.

Das Liturgische dieser Volksversammlung hat restlos etwas Vorbildliches: die Abwechslung von Einzelstimme, symbolischer Handlung und Gemeindegeseang enthält keimhaft jene wahrhaft volkstümlichen Elemente, die das Unwiderstehliche aller großen Religionen und seelischen Entladungen bestimmen.

## V.

Das Fest der Tradition wurde mit einem Fackelzug abgeschlossen. Frankfurts Jugend marschierte unter Flammen. Jubelnd grüßte sie den Präsidenten des Reichs. Heroenkultus liegt uns fern; was wir aber brauchen, ist: Begeisterung der Jugend. Hier hat die Republik vieles versäumt. Die Linie der politischen Vermittlung, auf der die Republik mühsam ihren Weg suchen muß, gibt wenig Veranlassung zu Empfindungen, wie die Jugend sie fordert. Wir dürfen nicht jeden Tag einen Fackelzug machen, aber die Republik kann aus dem Fackelzug der Frankfurter Jugend lernen, wie das Herz der neuen Generation gewonnen werden könnte.

## VI.

Es sollte unvergessen bleiben, daß das Fest der Tradition zugleich ein Fest der Jugend gewesen ist.

OTTO FLAKE:

## Vom Schriftsteller

Gewohnt, in einer der wenigen Zeitschriften, die uns noch geblieben sind, einem sehr begabten Mitarbeiter zu begegnen, erkundigte ich mich, als sein Name plötzlich verschwand, nach seinem Befinden und erfuhr, daß er den Beruf aufgegeben hat und „in die Bank“ gegangen ist.

Das ist der dritte Fall in einem Jahr, zwei andere sind „in die Industrie“ gegangen. Die objektive Voraussetzung ist bei allen drei dieselbe: die Ungunst der Zeit.

Untersuche ich die subjektiven Voraussetzungen, so ergibt sich: der eine kann sich, als kulturkritischer und politischer Schriftsteller, nicht auf eine Reihe von Büchern stützen, deren Addition eine Jahresrente ergibt; der zweite ist ein Anfänger, von dem ein einziger Roman erschienen war; der dritte ist Satiriker mit einem deutschen, soziologischen Blick, der ihn wohl zuerst die Aussichten des bewußten Geldmachens erkennen ließ.

Diesem wurde sein Handwerk in der Tat zu dumm, und er vertauschte es entschlossen mit einem, in dem man sich nicht wegen tausend Mark mehr oder weniger herumschlagen muß.

Aber auch unter denen, die auf ein angesehenes und bescheiden rentables Werk zurückblicken können, gibt es wohl keinen, der sich nicht häufig, gewöhnlich bei jedem neuen Geldsturz oder nach heftigem Aerger mit den Verlegern, gefragt hätte, ob er nicht den Beruf an den Nagel hängen solle. Schließlich hat man immer einen Vetter in der Industrie, in der Bank, in den Staatsämtern.

Es ist nicht leicht, über dieses Thema zu schreiben, weil der Begriff Schriftsteller eine Einheit nur vortäuscht. Im Wort Arzt schließen sich alle Individuen, die darunter fallen, in etwas zusammen, das genau definiert werden kann. Umgekehrt muß sich, wer die soziale Erscheinung des Schriftstellers studiert, mit den Individuen beschäftigen, und das anscheinend Gemeinsame in eine Reihe von Einzelfällen zerlegen, von denen man sagen kann, daß hier das innere Schicksal, die einmalige Persönlichkeit das Äußere schafft.

\*

Damit komme ich zu dem Problem, das sich mir aufdrängte, als ich von jenem Kollegen hörte, der „in die Bank“ ging: ob es richtig sei, um der Aussicht auf ein großes Einkommen willen sich nicht mit einem leidlichen zu begnügen und dem Schreiben untreu zu werden.

Um nicht ins Uferlose zu geraten, will ich mich auf den eigentlich produktiven Menschen beschränken. Es gibt im sogenannten freien Schriftstellerberuf Hunderte, die recht tüchtig das Amt ausüben, über die geistigen Vorgänge zu wachen, aber nicht innerlich aus der Bahn geworfen werden, wenn man sie in einen andern Beruf versetzt. Warum? Weil sie doch nicht in derjenigen Sphäre wohnen und nur in ihr wohnen können, in der man nicht nur Wächter, sondern Führer, Gestalter, Former ist.

An welchen Merkmalen erkennt einer, daß er legitim zu diesem Kreis gehört? Ich könnte es nicht allgemein verständlich sagen und begnüge mich mit der Behauptung, er werde den Beruf nie anders als vorübergehend aufgeben. Vermutlich leitet er Beruf von Berufung ab, knüpft das äußere Schicksal an das innere.

\*

Es ist sehr wohl denkbar, daß auch der Berufene einen Posten in der tätigen Welt sucht. Ich lasse dabei den Fall beiseite, daß er der Lebensfristung zuliebe „unterkriechen“ muß. Es wirken oft andere Gründe bei jenem Entschluß mit: die Einsicht in die Gefahren der ausschließlich geistigen Existenz, der Trieb jedes vitalen Mannes, ein Stück praktischen Lebens praktisch zu formen, schließlich die Erschöpfung der Ideen und die Notwendigkeit, sie in der Sphäre des Tuns zu ergänzen.

Ich bekomme bisweilen Briefe von jungen Leuten, die mir die Ehre antun, ihre Konflikte von mir dargestellt zu sehen. Es sind gewöhnlich die Konflikte der Wahl zwischen dem praktischen und dem geistigen Leben. Ich gebe ihnen immer die Antwort, daß man sich nicht ganz jung der Geistigkeit und damit der Schriftstellerei zuwenden soll.

Die geistige Verarbeitung des Lebens fälscht das Bild des Lebens. Man verfällt der Abstraktion und den Ideen. Denn in praxi verurteilt man sich zum Café oder zur Einsamkeit. Um schreiben zu können, muß man das Material genau kennen. Man lernt es nicht besser kennen, als wenn man durch irgendeinen Beruf mit allen Examina und Bürostationen und Praktikantenjahren in die Soziologie der Gesellschaft, der Unternehmungen, des Staates hineinwächst.

Soldat oder Beamter oder Kaufmann oder Seefahrer oder Arbeiter gewesen zu sein, verleiht, die innere Berufung vorausgesetzt, die Anschauung und den gestaltbaren Stoff. Wer an einer Stelle Sachverständiger war, wird es leichter dem Leben gegenüber als der, der nirgends zunächst Wurzel faßte.

So ergibt sich als das Ideal der schriftstellerischen Laufbahn, zuerst wie alle tätiges „Mitglied der Gesellschaft“ sein; langsam den Trieb zur Geistigkeit wachsen fühlen und ihn kontrollieren; Erfahrung sammeln; die Gesetze, die Enge, die Konflikte der verschiedenen Lebenssphären kennen lernen; schließlich reden, weil man etwas zu sagen hat.

Die ganze Krise, in der wir heute in Deutschland stehen, ist meiner Meinung nach nichts anderes als die Abwehr der isolierten und darum sowohl doktrinären als auch radikalen Geistigkeit. Auch die Reaktion hat ihren tieferen Sinn: den Instinkt für Form durch die Sprengung aller Formen nicht zersetzen zu lassen.

Es wird in wenigen Jahren ein allgemeines Axiom sein, daß der Geist nur zur Hälfte radikal ist, zur ändern aber konservativ. Und wenn ich, um von mir zu reden, hundertmal in der Praxis das Konservative bekämpfe, weil es seinerseits extrem auftritt, so habe ich doch gerade aus dem Widerstand der breiten Massen gegen das Radikale gelernt, daß man die Ideen mischen muß, und daß das Lebensfähige nicht an den Polen, sondern zwischen ihnen lebt.

---

## Ein deutscher Professor als Zeuge.

Ueber den Heidelberger Landfriedensbruch-Prozeß gegen den sozialistischen Studenten Mierendorff und acht Gewerkschaftler wurde in Nr. 4 der „Glocke“ berichtet. (Republikanische Justiz im Musterlände.) Die Solorolle, die der intellektuelle Urheber des Skandals, Professor Lenard, vor dem Heidelberger Schwurgericht gespielt hat, ist indessen so interessant, daß sie der Verewigung für die Nachwelt wert erscheint. Wenn unsere Kinder und Enkel einst nicht begreifen werden, welches Monstrum ein politisierender Professor aus der „großen Zeit“ gewesen ist, so soll man ihnen das nachstehende Verhandlungsprotokoll verlesen, das dem „Heidelberger Tageblatt“, einem bürgerlichen General-Anzeiger (Nr. 84), entnommen ist:

Es wird sodann unter Bewegung des Zuschauerraums *Oheimrat Lenard als Zeuge* aufgerufen. Ein Schutzmann nimmt ihm dienstfertig Hut und Stock ab.

Oheimrat Lenard: Ich möchte hier nicht im Namen Gottes schwören; denn der wird hier eher zehnmal mißbraucht, als einmal richtig angeredet. Lenard spricht dann die für solche Fälle vorgesehene Eidesformel, wobei er die Schlußworte „und nichts hinzusetzen werde“ in einer seltsamen spöttischen Weise dem Richter nachspricht.

Vors.: Es wird behauptet, Sie hätten sich schon einmal am 1. Mai der Forderung, daß nicht gelesen werden solle, widersetzt. Wie ist es damit?

Zeuge: Dazu bin ich nicht hergekommen, um Ihnen hierüber Auskunft zu geben. Als Institutsangestellter habe ich mich wohl darüber anderswo zu verantworten! (Bewegung und Heiterkeit im Zuschauerraum.)

Vors.: Gewiß besteht ein Zusammenhang mit diesem Prozeß, indem behauptet wird, daß Sie grundsätzlich den Anordnungen der Regierung Trotz boten.

Zeuge: Das wäre ja Wahnsinn! Ich bin ja verpflichtet, die Anordnungen der Regierung zu erfüllen.

Vors.: Erzählen Sie uns nun vom 29. Juni.

Rechtsanwalt Marum (einfallend): Ich bitte, daß der Zeuge nicht durch seine *arroganten jaulen Ansreden* hier um die gestellte Frage herumkommt. Es ist notwendig, daß er zunächst über die Vorgänge vom 1. Mai berichtet.

Vors.: Sie werden uns also darüber Auskunft geben!

Zeuge: Ich habe mich dazu schon geäußert!

Vors.: Nein!

Zeuge: Dahin, daß ich niemals etwas getan habe, was der Regierung zuwider ist, der ich mich verpflichtet habe. Am 1. Mai ist nicht gelesen worden. Zuhörer waren massenhaft da, aber ich winkte ab, ich habe ihnen am 1. Mai vom Fenster des Instituts eine Rede gehalten.

Rechtsanwalt Marum: Hatte nicht der Rektor Beer Ihnen rechtzeitig von der Feier des 1. Mai Mitteilung gemacht?

Zeuge: Ich habe hier nur die Fragen des Vorsitzenden zu beantworten!

Vors.: Ist es richtig, daß der Rektor Ihnen die Anordnung mitteilte?

Zeuge: Die Art, wie er mir auf der Straße diese Anordnung mitteilte, habe ich abgelehnt; in Wirklichkeit habe ich aber nicht gelesen.

Rechtsanwalt Dr. Bauer: Sie sollen gesagt haben, Sie werden einen solchen Tag nicht feiern!

Oeh. Lenard (sehr bestimmt): Was ich in der Vorlesung gesagt habe, *darüber gebe ich Ihnen hier gar keine Auskunft!*

Rechtsanwalt Bauer erinnert an einen bekannten Ausspruch des früheren Staatspräsidenten Hummel, wonach bei Lenard „deutschnationale Politik ein Gegenstand der theoretischen Physik“ sei. (Heiterkeit.)

Vors.: Haben Sie Nachricht bekommen, daß die Universität nachmittags geschlossen sei?



Zeuge: Ja, ich habe sie sehr spät, etwa gegen 1 Uhr, bekommen. Aber das hat doch alles nichts mit der Sache zu tun.

Vors.: Doch, Sie sind der Direktor des Instituts!

Zeuge: Ich lehne es ab, Fragen zu besprechen, die hier nicht zur Sache gehören, *sonst mache ich hier Schluß* und Sie hören von mir kein Wort mehr!

Vors.: Dann haben Sie Geldstrafe oder Haft zu erwarten!

Zeuge: *Das ist mir einerlei, ich tue es nicht!* Die Leute, die in das Institut eindringen, waren verführte Volksmassen, die überhaupt nicht wußten, was sie wollten. Erst liefen sie nutzlos auf den Gängen herum, dann fingen sie an, Türen zu zertrümmern. Was sie wollten, konnten wir nicht verstehen. Keiner redete was Vernünftiges. Es war ein Durcheinander, ein Reden und Laufen. Weiter sagt der Zeuge aus, daß der Student Ernst, der blutend am Boden lag, von ihm aufgehoben und in sein Arbeitszimmer gebracht wurde. Die Polizei erklärte mir, sie könne Ruhe und Ordnung nur garantieren, wenn ich mich fortführen lasse. Da Herr Becker die Güte hatte, mir zu versprechen, soweit es möglich war, für das Institut zu sorgen, habe ich das getan. Ich wurde zum Gewerkschaftshaus geschleppt und dort wurde allerlei Unsinn geredet. Schließlich wurde ich ins Polizeigefängnis gebracht.

Vors.: Ist es richtig, daß der zweite Brief der Universität, der die Anordnung des Halbmasthissens enthielt und durch Eilboten Ihnen überbracht wurde, von Ihnen nicht geöffnet wurde?

Zeuge: *Das sind Institutssachen! Darüber gebe ich in keiner Weise Auskunft!*

Vors.: Sie haben hier Antwort zu geben!

Zeuge: Ich bin Institutsdirektor und ich bin Gelehrter, und man kann nicht verlangen, daß ein Gelehrter alle Briefe, die er in bureaukratischer Weise bekommt, auch sofort öffnet. Das kann kein Senat verlangen, sonst könnte er überhaupt keine Gelehrten bekommen. Ich bin in erster Linie Naturforscher.

Rechtsanwalt Pfeiffenberger: Auf dem Brief hat ausdrücklich „Eilt“ gestanden.

Vors.: Nachmittags sprach zunächst eine Abordnung mit Ihnen.

Zeuge: Das war keine Abordnung, das war ein Haufen junger Leute. Von ihrer Ankunft war mir gemeldet worden. Ich ging zu ihnen hin und sagte: Sie begehen *Hansfriedensbruch!* Lassen Sie das sein. Wir haben auch Mittel und Kräfte, die Ihnen sonst unangenehm werden könnten. Damit meinte ich die Feuerwehrschräuche.

Vors.: Ist Ihnen gesagt worden, es würden Unannehmlichkeiten entstehen?

Zeuge: Nein! Wenn die Leute so etwas gesagt hätten, so hätte ich mit ihnen geredet. Ich wäre ja erfreut gewesen, wenn sie endlich einmal etwas Vernünftiges gesagt hätten.

Auf eine Zwischenbemerkung des Rechtsanwalts Marum, daß er das nicht glaube, fährt der Zeuge stürmisch auf: Ich bitte sehr, mich vor solchen Äußerungen zu schützen, sonst gehe ich heraus!

Vors.: Haben Sie angeordnet, daß die Wasserschläuche gerichtet werden?

Zeuge: Die waren schon parat; als es hieß, daß Umzüge in der Stadt seien, sagte ich: Wir benutzen die Wasserschläuche, aber nicht früher, als bis die Leute in das Institut hereinkommen. *Die Schläuche schlonen mir ein sehr erwünschtes, brauchbarer Vorteil der Feuerlöschrichtung des Instituts zu sein!* (Bewegung.)

Vors.: Waren Sie dabei, wie der Student Ernst mißhandelt wurde? Er hatte sich doch vor Sie hingestellt, um Sie mit seinem Leibe zu schützen.

Zeuge: Bei dem großen Wirrwarr weiß ich das nicht. Vors.: Sind Sie tatsächlich angegriffen worden?

Zeuge: Darüber äußere ich mich nicht. Das hat nichts zu sagen! *Das ist für Heidelberg eine Schande noch nach hundert Jahren!*

Rechtsanwalt Pfeiffenberger: Es ist am besten, wir verzichten auf den Zeugen. Er drückt sich ganz verworren aus.

Vors.: Sie sind entlassen, Herr Geheimrat!

Es muß übrigens bemerkt werden, daß bei der Bemessung der Strafhöhe das Gericht sämtlichen Angeklagten das „törichte und unsinnige Verhalten des Professor Lenard“ zugute gehalten hat. So sieht ein deutscher Nobelpreisträger aus! Wie nun gar erst die andern . . .

## UMSCHAU.

**Geglückte Staatsrettung.** In einem Kreise höherer republikanischer Regierungsbeamter erzählte man mir jüngst folgendes wahre Geschichtchen aus der nach revolutionären Zeit: Der Reg.-Assessor v. X. wird aus dem Westen nach einer sehr östlichen Regierung versetzt. Nach der Begrüßung mit seinen neuen Kollegen nimmt ihn ein älterer Regierungsrat geheimnisvoll beiseite: „Lieber Herr v. X., ich kann wohl sagen, daß ich mit besonderer Ungeduld Ihre Ankunft erwartet habe. Nunmehr ist die Zeit gekommen, eine wichtige Angelegenheit, die seit Monaten die Mitglieder der Regierung bewegt, ihrer endgültigen Klärung entgegenzuführen. Es machen sich nämlich auch an unserer Regierung, obgleich sie die alten Traditionen besonders sorgfältig konserviert, subversive Tendenzen bemerkbar. Ein simpler Regierungssekretär, der offenbar revolutionären Neigungen huldigt, hat es gewagt, sich nach dem Tode Ihres Herrn Amtsvorgängers in den Besitz des dem Verewigten zustehenden Abortschlüssels zu setzen. Ich habe natürlich, als ich von diesem unerhörten Uebergriff Kenntnis erhielt, aus prinzipiellen Gründen alle Mittel angewandt, um die mißbräuchliche Benutzung jener für uns höhere Beamten reservierten Oertlichkeit durch ein Mitglied der mittleren Beamtenschaft zu verhindern. Aber dieser rabiate Mensch gab meinen Verhaltungen und den Verhaltungen des Herrn Oberregierungsrats in unbegreiflichem Starrsinn keine Folge: Darauf habe ich schärfere Saiten aufgezogen. Ich habe auf dem Dienstwege bei dem Herrn Regierungspräsidenten beantragt, daß der Sekretär den Schlüssel herauszugeben habe. Der Herr Regierungspräsident hat dann auch sofort eine scharfe Verfügung in diesem Sinne erlassen. Was aber glauben Sie? Jener Revolutionär erklärt dem Oberrechnungsrat, er könne den Schlüssel nicht herausgeben, weil kein Empfangsberechtigter da sei.

Er hat den Schlüssel noch heute hinter sich. Nun werden Sie meine Freude über Ihre Ankunft begreifen. Denn jetzt hat der Mann keinen Ausweg mehr. Er muß den Schlüssel herausgeben.“ —

Drei Tage später erhielt der Reg.-Assessor v. X. ein mit dem Dienstsiegel verschlossenes großes Aktenkouvert, dem er den Schlüssel und folgendes Anschreiben entnahm: „Urschriftlich mit Schlüssel dem Herrn Reg.-Assessor v. X. zuständigkeithalber zum persönlichen Gebrauch überreicht.“

Der revolutionäre Ansturm auf das Regierungspräsidium war abgeschmettert!

\*

**Wirkungsvolle Verteidigung.** In der „Roten Fahne“ verwarft sich der kommunistische Landtagsabgeordnete Schnetter gegen den Vorwurf, in der Sitzung vom 3. Mai dem Gen. Heilmann zugerufen zu haben: „Sie dreckiger Lump, gleich spucke ich Ihnen ins Gesicht.“ Wie wenig Herr Schnetter solch gemeiner Ausdrucksweise fähig ist, beweist er schlagend durch den Schlußsatz seiner Erklärung, der wörtlich lautet:

Im übrigen bemerke ich zu der Unterstellung: Herr Heilmann ist mir, darin wird mir jeder ehrliche Proletarier zustimmen, die Spucke nicht wert. —

Die „Rote Fahne“ versieht Herrn Schnetters Erklärung mit der Ueberschrift: „Ein Bursche mit reinem Gewissen.“ Paßt vorzüglich auf Herrn Schnetter.

Im übrigen notiert das amtliche Stenogramm während Heilmanns Rede u. a. folgende kommunistischen Zwischenrufe: „Sie Narr — Sie Betrüger — Unverschämte Lüge! — Das ist eine Schuftigkeit, Herr Heilmann! — Jedes Wort eine Lüge! — Feiger Verleumder! — Sie feiger Verleumder (Pieck). — Sie teiger Verleumder, Sie Schuft! (Pieck) — Sie von den Faschisten bestochener Lump! (Katz.)

*Soeben erscheint:*

**Philipp Scheidemann**

**Die  
rechtsradikalen  
Verschwörer**

**REICHSTAGS-REDE  
gehalten am 12. Mai 1923**

---

**Preis 1000.— Mark**

---

**Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.  
Berlin SW 68**

**DER HELDENHAFTESTE PUBLIZIST DER AMERIKANER. „VOLK“, JENA**

---

# UPTON SINCLAIR VERHAFTET!

DER DURCH SEINE IN UNSEREM VERLAG ERSCHIEENENEN WERKE WELTBEKANNTEN SCHRIFTSTELLER WURDE IN AMERIKA AUS POLITISCHEN GRÜNDEN VERHAFTET. DIE INTERNATIONALE ARBEITERHILFE SANDTE AN DEN PRÄSIDENTEN DER VEREINIGTEN STAATEN EIN PROTEST-TELEGRAMM UND AN SINCLAIR BRÜDERLICHE GRÜSSE. DER GROSSE DICHTER ANTWORTETE TELEGRAPHISCH:

**„NICHT KÜMMERN,  
GANZ GEWÖHNLICH IN AMERIKA“**

UPTON SINCLAIR

WER ÜBER DIE HOCHBURG DES KAPITALISMUS, WER ÜBER DIE PINKERTONJUSTIZ AMERIKAS, WER ÜBER DAS LAND DER TAUSEND UNMÖGLICHKEITEN IM WAHRSTEN SINNE DES WORTES AUFGEKLÄRT WERDEN WILL, LESE

**UPTON SINCLAIRS STANDARDWERKE  
ÜBERSETZT VON HERMYNIA ZUR MÜHLEN**

## HUNDERT PROZENT

DIE GESCHICHTE EINES PATRIOTEN

ROMAN MIT 10 LITHOGRAPHIEN VON GEORGE GROSZ  
GESCHENKBAND 8,50, PAPPBAND 4,50 GRUNDMARK

**MAN NENNT MICH ZIMMERMANN**  
ROMAN

GESCHENKBAND 8,—, HALBLEINEN 5,50, PAPPBAND 3,20, BROSCIERT 2,50 GRUNDMARK

## DAS BUCH DES LEBENS

**BAND I: DAS BUCH DES GEISTES**

**BAND II: DAS BUCH DES KÖRPERS UND DER LIEBE**

**BAND III: DAS BUCH DER GESELLSCHAFT**

1. BAND: HALBLEDER 8,50, GANZLEINEN 4,80, PAPPBAND 2,50 GRUNDMARK

## PRINZHAGEN

PHANTASTISCHES SCHAUSPIEL IN VIER AKTEN. KART. 1,50 GRUNDMARK

## DIE MASCHINEN

SCHAUSPIEL IN DREI AUFZÜGEN. KART. 1,50 GRUNDMARK

IN VORBEREITUNG:

## THE GOOSE-STEP

EINE STUDIE ÜBER AMERIKANISCHE ERZIEHUNG

---

**DER MALIK-VERLAG | BERLIN W9 KÖTHENER STR. 38  
MEISTERSAAL**

# DIE GLOCKE

10. Heft

4. Juni 1923

9. Jahrg.

Nachdruck sämtlicher Artikel ist nur mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

RUD. BREITSCHIED:

## Die endlose Krisis.

ALS Herr Cuno, begleitet von mehreren Mitgliedern seines Kabinetts, vor ein paar Monaten seine Reise nach Süddeutschland unternahm, hat er mit den Regierungen der süddeutschen Freistaaten vertrauliche Besprechungen über die Situation im Ruhrgebiet gepflogen. In einer dieser Konferenzen — daß es nicht die mit den bayerischen Staatsmännern war, bedarf keiner besonderen Versicherung — wurden, wie man sich erzählt, skeptische Stimmen über den Ausgang des Konflikts laut. Aber der Reichskanzler beschwichtigte die Zweifelnden mit trostreichen Versicherungen. Die Zeit sei nicht fern, in der der letzte französische Hochofen ausgeblasen werden müsse, der französische Frank werde sehr bald den Weg der deutschen Mark gehen und so fort, und als auch dann die Kleingläubigen noch nicht überzeugt waren, zog einer der Reichsminister eine eben eingelaufene Depesche aus der Tasche, die die Mitteilung von der Stabilisierung der Mark auf einer Basis von 23 000 zum Dollar enthielt. Ob das Mißtrauen der andern durch diese Argumente tatsächlich überwunden worden ist, kann dahingestellt bleiben, jedenfalls durfte das übliche Communiqué herausgegeben werden, in dem in den bekannten Wendungen von dem unverbrüchlichen Willen zum Durchhalten und der sicheren Erwartung des endgültigen Erfolgs die Rede war.

Daß es nichts war mit dem Ausblasen der Hochöfen und dem Sinken des Franks, haben die Optimisten der Reichsregierung recht schnell erfahren. Aber deshalb gaben sie ihre Hoffnungen nicht auf. Sie ließen sich von Herrn v. Gräfe allerlei über die Möglichkeiten einer veränderten Form des passiven Widerstandes erzählen, und wenn die Aussichten, die dieser nationalistische Führer eröffnete, ihnen vielleicht auch etwas unsicher erschienen sind, so spekulierten sie um so mehr auf ein freundliches Eingreifen Englands, auf eine Regierungsänderung in Frankreich und auf andere schöne Dinge. Sie setzten ihre Politik des Zauderns und der Zweideutigkeiten fort, und leider gab es und gibt es noch heute Millionen von Deutschen, die mit ihnen den Tatsachen nicht ins Gesicht sehen wollen und immer noch auf das Wunder warten, und als in der

letzten Woche die Nachrichten von dem Ministerwechsel in England und von dem Rücktrittsgesuch Poincarés eintrafen, da hielt manch einer wieder den Umschwung zugunsten Deutschlands für unmittelbar bevorstehend.

Auch diese Illusion ist bald zerronnen. Baldwin wird uns gegenüber keine andere Politik treiben als Bonar Law. Wer daran zweifelte, kann durch die Reutermeldungen über die Aufnahme, die die Abgesandten Cunos in London finden, eines besseren belehrt werden. Und Herr Poincaré ist trotz der Schlappe, die ihm der nicht wie die Deputiertenkammer vom Bloc National beherrschte Senat in der Affäre der Kommunisten bereitet hat, Ministerpräsident geblieben und hat eben erst ein neues starkes Vertrauensvotum erhalten. Deutschland hat auf Hilfe von außen nicht zu rechnen. Es muß sich allein mit seinen Gegnern auseinandersetzen, und da es nicht imstande ist, sie auf die Knie zu zwingen, bleibt ihm nichts übrig, als die vertragsmäßige Lösung zu suchen, für die ihm im übrigen von den ihm am wenigsten übelwollenden Mitgliedern der Entente die nötigen Fingerzeige gegeben sind.

Kann das Ministerium Cuno darüber noch irgendwie im unklaren sein? Sicherlich nicht. Aber trotzdem ist es bisher noch nicht zu einem Entschluß gekommen. Seit der Curzon-Note sind schon wieder Wochen dahingegangen, und immer ist der neue deutsche Bescheid noch nicht fertiggestellt. Man wartet, als ob Deutschland ungeheuer viel Zeit zur Verfügung hätte und als ob nicht jeder Tag seine Lage innen- und außenpolitisch verschlechterte. Eine Kabinettsitzung folgt der andern, und die Besprechungen mit den Parteiführern reißen nicht ab. Nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft drängen und drücken. Jedoch die Regierung beschleunigt ihr Tempo nicht. Es wird ihr offenbar schwer, die notwendigen Schlußfolgerungen aus den Enttäuschungen zu ziehen, die sie erlebt hat, und so läßt sie die Wochen verstreichen, ohne den entscheidenden Schritt zu tun.

Sie schickt in halbamtlichem Auftrag Männer der Politik und der Wirtschaft nach England, damit sie sich über die dortigen Auffassungen unterrichten, obwohl sie ganz genau wissen muß, was man drüben von ihr erwartet. Sie verhandelt mit der Industrie und mit der Landwirtschaft, um sie zur Uebernahme einer Garantie zu bewegen, obwohl sie, wenn sie den Namen einer Regierung verdiente, ihrerseits mit einem bestimmten Plan hervortreten und sein und ihr Schicksal von der Abstimmung im Parlament abhängig machen müßte. Es fehlt ihr jede Initiative und jeder Entschluß zur Verantwortung. Sie steht über den Parteien, aber diese Position ist für sie keine Quelle der Kraft, sondern sie vermehrt nur ihre Schwäche. Sie hat keinen festen Boden unter den Füßen, son-

dem schwebt in der Luft, tausend kontrollierbaren und unkontrollierbaren Einflüssen zugänglich. Das parlamentarische System wird unter ihr zu einer Karikatur, indem sie sich jeder Selbständigkeit entäußert und zu einem fast willenlosen Vollzugsorgan von Elementen macht, die nur zum Teil mit dem Parlament und den Parteien verbunden sind.

Die Geschichte wird einmal das herbste Urteil über das Kabinett fällen, das mit der Führung der Geschäfte in der für Deutschland schwersten Epoche der Nachkriegsjahre betraut war. Aber freilich wird sie die Regierung nicht als die einzig Schuldige bezeichnen. Das Volk in seiner Gesamtheit ist heute genau so mitverantwortlich wie seinerzeit während des Krieges, und vor allem die bürgerlichen Parteien sind dafür zur Rechenschaft zu ziehen, daß sie die außerparlamentarischen Einflüsse haben zu stark werden lassen. Wenn sich Herr Cuno und seine Kollegen heute bei jedem Schritt ängstlich fragen, ob sie auch nicht den Unwillen der nationalistischen Desparados erregen, und wenn die sogenannte Wirtschaft, d. h. das Unternehmertum in Industrie, Handel und Landwirtschaft, ein stärkeres Gewicht in die Wagschale zu werfen haben als die Volksvertretung, so ist das denen zuzuschreiben, die den völkischen Wahnsinn in die Halme schießen ließen und auf der andern Seite die Träger des Kapitalismus in dem Glauben bestärkt hat, daß sie die berufenen Führer der Politik des Landes seien. Nur so konnte der Zustand geschaffen werden, daß eine Regierung vorhanden ist, der eigentlich niemand ein besonderes Vertrauen entgegenbringt und die trotzdem im Amte bleibt, weil es einstweilen unmöglich erscheint, eine Nachfolgerin zu finden, die der Schwierigkeiten, die man sich selbst geschaffen hat, besser Herr werden könnte.

---

ROBERT BREUER:

## Die Internationale des Möglichen.

### I.

**U**ND wenn in Hamburg nichts anderes geschehen wäre, als die Zusammenfassung aller jener suchenden und bauenden Kräfte, die den Sozialismus, die Emanzipation und die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse wollen, so wäre dies immerhin nichts Unwichtiges gewesen. Denn die Konzentration sachlich orientierter und von Vernunft kontrollierter Denk- und Willenskräfte inmitten der Balkanisierung der Völker, der Geister und der Klassen ist die Voraussetzung für das Ueberwinden der europäischen Krise. Und wenn in Hamburg nichts anderes gewesen wäre, als daß die Vertrauensmänner des Proletariats sich wieder die Hände drückten

und sich einander mitteilten, so hätte das immerhin Beginn des Friedens sein können. (Ist es gewesen.) Denn was die Welt braucht, ist das Erkennen von der Notwendigkeit der Ueberwindung des staatlichen Egoismus durch die von Zweckmäßigkeit diktierte Forderung der Wirtschaft und der als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer Produktiven. Und wenn in Hamburg nichts anderes erfolgt wäre, als die Bereitstellung eines Organismus, dazu geschaffen, die Wirtschaftsbeben und die Ausbrüche der nationalen Feuerberge, diese unvermeidlichen Entladungen des entarteten Europas zu hemmen, so müßte das immerhin als ein Akt wahrer Menschlichkeit gerühmt werden. Denn wenn das Fiasko von 1914 wirklich überwunden werden soll, so muß die neue Internationale sein, was sie in ihrem Statut ausdrücklich zu sein erklärt: nicht nur ein Instrument für die Aufgaben im Frieden, sondern ein ebenso unentbehrliches Instrument während jedes Krieges. Und wenn in Hamburg nur die Erkenntnis universal geworden wäre, daß, wie es im dritten Punkt des Statuts heißt: „Ein jeder Beschluß der internationalen Organisationen eine selbstgewollte Einschränkung der Autonomie der Parteien der einzelnen Länder“ bedeutet, könnte das immerhin ein Schritt vorwärts sein zu den Vereinigten Staaten von Europa, wie sie Wels bei Begrüßung des Kongresses rühmte. Denn wie soll die Internationale die zahllosen Gefahren des Nationalismus überwinden, wenn nicht eben dieser durch die vielen aus dem Kriege geborenen neuen Nationen vervielfachte Drang zur nationalen Autonomie sich höherer Forderung unterwerfen lernt.

## II.

Die neue Internationale wird es schwerer haben als ihre Vorgängerin. Die sozialistischen Parteien sind in den meisten Ländern stärker als vor dem Kriege am Leben ihres Staates interessiert. Sie sind aus dem Zustand der Kritik in den der Verantwortung hineingewachsen. Die Gefahr ist groß, daß jeder Sieg der Arbeiter im eigenen Lande eine Belastung der Internationale werden kann.

Mit breitem flächigen Selbstbewußtsein rügte Henderson einen Vorstoß Englands gegen Rußland. Eine schöne Demonstration der von der neuen Internationale deklarierten Moral. Später aber enthielten sich die englischen Delegierten der Abstimmung, als über die Resolution beschlossen werden sollte, daß der Kongreß es für eine Pflicht der Arbeiter der ganzen Welt erachte: „mit allen Kräften gegen die Bestrebungen der imperialistischen Mächte anzukämpfen, in den inneren Angelegenheiten Rußlands zu intervenieren, oder in Rußland einen neuen Bürgerkrieg zu entfesseln“.

## III.

Diese Belastung der internationalen Verpflichtung durch nationale Verantwortung wird doppelt groß sein für die Nachfolgerstaaten



Die deutschen Sozialdemokraten der Tschechoslowakei hatten dem Kongreß eine Denkschrift zugestellt. Sie sprach von dem „angeblichen tschechoslowakischen Nationalstaat“, von einem „Staat der Gewaltherrschaft“. Die Denkschrift erinnerte daran, daß schon der internationale Sozialistenkongreß von Kopenhagen im Jahre 1910 gegen die tschechoslowakischen Sozialdemokraten und deren Bemühen, eine nationaltschechische Gewerkschaftsbewegung zu inszenieren, einen Beschluß gefaßt hatte. Einen Beschluß, der — wie es heißt — „offen mißachtet worden sei und niemals durchgeführt worden wäre“. Die Denkschrift schildert die Lage der deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei und gibt dabei folgende Einzelheiten: „Es sind heute nach fünfjährigem Bestand der Republik an Todesopfern mehr zu zählen als innerhalb der letzten 25 Jahre des alten Oesterreich . . . Versammlungen werden aufgelöst, Vereine sistiert, Zeitungen konfisziert. In der Zeit vom 1. Januar bis 1. Dezember 1922 wurden nicht weniger als 1894 Zeitungen beschlagnahmt. Den politischen Gegnern des herrschenden Systems wird der Prozeß gemacht, Hochverratsprozesse schlimmer Art werden geführt, Wahlen nicht ausgeschrieben, Grenzländer bleiben ohne gesetzliche Vertretung, militärische Exekutionen halten ganze Landstriche gewaltsam nieder, Bürger werden in Straßen niedergeschossen — alles unter der Duldung sozialdemokratischer Regierungsmitglieder, alles unter dem Prätext des Nationalstaates und seiner Verteidigung . . . Es wird zum Dogma gemacht, daß dieser Staat, der nur zu 65% von Tschechen und Slowaken bewohnt wird, das alleinige Eigentum der tschechischen Nation sein und bleiben müsse, daß alle anderen Eindringlinge, Kolonisten, Fremde sind . . . Diese Zerklüftung wirft den größten Teil der Arbeiterschaft in das Lager des Indifferentismus . . . Diese Politik bewirkt die Gefahr innerer und äußerer Verwicklungen und macht aus der tschechoslowakischen Republik dasselbe europäische Problem, das bis zum Kriege die österreich-ungarische Monarchie war . . . Die Internationalität darf nicht nur Phrase für Weltkongresse oder bloße Bereitwilligkeit sein, in den Fragen der Welt mit dem gesamten Proletariat zusammen zu wirken. — Auch das haben die tschechoslowakischen Sozialdemokraten in der Ruhraktion höchstbezeichnenderweise unterlassen. — Die Internationalität muß vor allem im eigenen Lande zur aufrichtig brüderlichen Gesinnung und zur lebendigen Praxis des täglichen Kampfes gemacht werden.“ Dieser Denkschrift der deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei hatten die tschechoslowakischen Sozialdemokraten eine Erwiderung gegenübergestellt. Die Tschechoslowaken versuchen, die Beschuldigungen der Deutschen zu widerlegen. Es soll hier nicht festgestellt werden, wo Recht, wo Unrecht ist. Festgestellt aber werden muß die Belastung des internationalen Gedankens durch den neuen Nationalismus der Nachfolgestaaten, durch den neuauf-

gepeitschten Nationalismus der in diese Staaten eingefügten Minoritäten.

In einer Versammlung jüdischer Sozialisten, die stolz darauf waren, im Zeichen der neuen Internationale zu tagen, fiel vom Vorstandstisch das Wort: „Die nationale Sprache des jüdischen Volks ist die hebräische Sprache.“

Die neue Internationale wird den neuen vervielfältigten Nationalismus nur überwinden können, wenn sie beachtet, was Wels sorgend aussprach: „Was hat uns der Weltkrieg und sein Abschluß gebracht? Mehr Zollgrenzen, mehr Paßvorschriften, mehr Verkehrshindernisse, mehr Schlagbäume . . . Die Wirtschaft weist ganz andere Wege.“

#### IV.

In einem herrscht Einheit: auf der ganzen Erde muß das Proletariat gegen die Reaktion, die unsterblichste der Internationalen, kämpfen. Was Otto Bauer hierzu sagte, wird unvergessen bleiben. Fünf Zentren des reaktionären Wollens hob er hervor: die Diktatur Sowjetrußlands; Deutschland und seine monarchistische Konterrevolution, bedingt durch den französischen Imperialismus; den italienischen Faschismus; das Ungarn Horthys und den von ihm infizierten Bauerngoismus des Balkans; den Völkerbund.

Nichts ist einleuchtender als solcher Kampf des internationalen Proletariats gegen die internationale Reaktion. Wie schwer aber bleibt einzuschätzen, in welchem Umfange die französischen Mitglieder der Internationale den Imperialismus ihres Landes abzu drängen vermögen. Wie vorsichtig bleibt zu bewerten, was die englischen Sozialisten gegen eine Niederknüttelung Sowjetrußlands würden tun können, wenn das Problem Indien von der englischen Regierung emporgehoben wird. Henderson ist offenkundig ein Mann, der das Bewußtsein in sich trägt, durch einen Druck auf den Knopf die Schiffe aller Meere zum Stillstand bringen zu können. Unbeantwortet aber bleibt die Frage: was würde geschehen müssen, um ihn zu solchem Machtbeweis zu veranlassen?

#### V.

Daß die Niederknüttelung Sowjetrußlands ein Flammenzeichen reaktionären Vormarsches sein könnte, darüber schien der Kongreß einheitlicher Meinung zu sein. Daß dennoch die Reaktion durch die russische Diktatur unermeßlichen Kräftezustrom enthält, daran wurde von niemandem gezweifelt. Was soll nun aber gegenüber solcher Zwiespältigkeit des Urteils und des Tatbestandes erfolgen? Die Forderungen der Internationale an Sowjetrußland bedeuten eine Verleugnung der Diktatur. Den Zusammenbruch dieser Diktatur aber fürchtet auch die Demokratie der sozialistischen Internationale.

## VI.

Die ukrainische Sozialdemokratie erklärte gegen Sowjetrußland: „Für die Lösung aller Nationalfragen in Osteuropa hat das ukrainische Problem eine besondere Bedeutung. Ohne dessen Lösung werden sowohl der dauernde Frieden als auch die Demokratie ganz Europas sich stets in Gefahr befinden“. Der rote russische Imperialismus will die Ukraine nicht freigeben; verfährt er dabei viel anders als die tschechische Sozialdemokratie, die gleichfalls die überwiegend von Deutschen bewohnten Gebiete ihres neuen Staates nicht freigeben will. Und, wenn das Wirtschaftsdasein dieses neuen Staates nicht gefährdet werden soll, auch nicht freigeben kann. Wiederum: um wieviel komplizierter sind die Probleme der Internationale geworden, seitdem Marx und Engels wohl für die Freiheit Irlands und Polens eintreten konnten, doch zugleich den Proletariern aller Länder die Vereinigung befahlen. Es liest sich in den Manifesten der heute unterdrückten Minoritäten sehr gut, daß nur im Zeichen der freiheitlichen Bewegung der einverleibten Nationen die sozialistische Internationale wirklich fest werden könnte. Wo aber sind hier die Grenzen? Darf daran erinnert werden, daß im Rausch des Selbstbestimmungsrechts der Völker auch die Wenden des Spreewalds Forderungen zu stellen hatten. Und wo bleiben die Vereinigten Staaten von Europa, wenn das Recht der Nation als oberstes Recht erklärt wird. Und schließlich: würde zum Exempel eine selbständige Ukraine diese Vereinigten Staaten von Europa beschleunigen?

## VII.

Einmütig war die Internationale auch bei der Beratung des Reparationsproblems. Die drei Referenten: Webb, Hilferding und Blum waren ausgezeichnete Verkörperer der drei nationalen Elemente. Der Wille der Internationale ist klar. Was aber werden die Elemente, aus denen sie sich aufbaut, tun können und tun wollen, um diesen Willen zu vollstrecken. Die Zuversicht Radeks, der von seiner moskowitzischen Methode delirierend, in einem Artikel, mit dem er der neuen Internationale Segel und Steuer abspricht, die eiserne Faust der Diktatur als die Garantie des Sieges preist, vermögen wir nicht aufzubringen. Auch nicht für das von der neuen Internationale bedingungslos sichergestellte Prinzip der Demokratie. Ohne den Enthusiasmus, der auf der Hamburger Tagung sich entfaltete und der von dort hoffentlich weiterwirken wird, irgendwie schmälern zu wollen, muß doch Skepsis wach bleiben. Schon darum, um nicht international jene Enttäuschung zu wagen, unter der, was die Lösung der inneren Aufgaben betrifft, die Sozialistenparteien der einzelnen Länder schwer genug leiden.

## VIII.

Die Kommunisten Hamburgs wollten den Kongreß der Internationale stürmen. Sie begnügten sich damit, einen Umzug zu machen. Sie machten das sehr lustig. Eine bunte Prozession marschierte unter Fahnen und beim Dudelklang der Ziehharmonika. Gläubig-heiter, harmlos, die Salbung der Priester genießend, zog die kommunistische Bruderschaft vorüber an den gewaltigen Büroburgen der Hamburger City, und brüllte den Kapitalismus nieder.

Im Hamburger Hafen hatte der Schiffsverkehr schon im Mai 1922 das Ausmaß des gleichen Monats im Jahre 1913 nicht nur erreicht, sondern übertroffen. Im Zeichen solcher Elastizität des Kapitalismus, die nicht zuletzt das Ergebnis der goldenen Internationale ist, müßte die Internationale von Moskau, wenn sie nicht die Taktik über die Erkenntnis setzte, kapitulieren. Die Internationale des Sozialismus wird ihr schweres Werk am ehesten vollbringen können, wenn sie, ungetrübt von Sonderwünschen der Klasse, ungetrübt von nationalen Interessen der einzelnen Staatlichkeit das Gesetz moderner Weltwirtschaft erkennt. Die sozialistische Internationale kann sich nur durchsetzen, wenn sie sowohl dem Kapitalismus, wie den Nationalstaaten, wie den Vereinigten Staaten nicht nur Europas, sondern der Welt gegenüber die Internationale des Möglichen sein wird.

---

ERNST REUTER:

### „Ohne Segel und Steuer.“

**D**ER Hamburger Kongreß der Internationale gibt Karl Radek Veranlassung, seinen Witz an der Sozialdemokratie zu üben. Warum auch nicht! Er kennt die westeuropäische Arbeiterbewegung seit Jahrzehnten wie kaum ein anderer. Er hat ihre Entwicklungen und Wandlungen miterlebt, warum sollte er nicht, der am Tage in vier Leitartikeln sechs verschiedene Theorien über die jeweilige politische Situation nach allen Kunstregeln „marxistischer“ Talmudistik begründet, warum sollte er nicht auch imstande sein, Vergangenheit und Gegenwart der neuen Internationale durcheinanderzuwerfen, ihre nicht zu leugnenden inneren Schwächen aufzuzeigen? Das wissen wir alle, und wenn wir das nicht wußten, dann hat es die Erfahrung uns bitter genug gelehrt — die Internationale ist kein Statut und keine Sammlung von Thesen, in deren Fabrikation uns die Kommunisten bei weitem über sind. Mit Thesen kann man allerdings an vier von sieben Wochentagen je eine Seite seines Zentralorgans füllen, und am siebenten Tage, wie Gott der Herr nach der Schöpfung, sein Werk beschauen und feststellen, daß alles sehr gut geraten ist. Darin mag Karl Radek recht haben.

Ohne „Segel und Steuer“ geht die neue Internationale nach Radek an ihre Arbeit. Dafür leuchtet uns um so heller auf unserm dunklen Wege durch die schlechten Zeiten, über die „an den Ufern der Alster die Weisen der Internationale jammerten“ — wie gern säße Radek unter ihnen — der kommunistische Leuchtturm. Hier ist das wahre Heil und die wahre Erleuchtung, hier sind Männer, die ganz genau wissen, was sie wollen, die das unfehlbare Rezept für die Ueberwindung unserer Nöte in der Tasche haben.

Wir haben es in der letzten Zeit zur Genüge gemerkt. Die Ruhraktion war ein Schulbeispiel dieser „klaren“ kommunistischen Führung. Als sie begann, lasen wir in der „Roten Fahne“ tagtäglich in farbenreichen Variationen, daß der französische Einmarsch die Schuld derer sei, die ihn durch Sabotage der Erfüllungspolitik provoziert hätten. Es verschlug nichts, daß früher die gleiche „Rote Fahne“ die Erfüllungspolitik der Sozialdemokratie in Grund und Boden verdammt hatte, es verschlug nichts, daß die Kommunisten seit Jahr und Tag die sozialdemokratische Taktik, durch Erfüllung der Reparationsverpflichtungen die Besetzung des Ruhrgebiets zu verhindern oder wieder aufzuheben, stets mit den höchsten Tönen der Entrüstung ablehnten. Ablehnten, nicht weil sie diese Taktik für falsch hielten, sondern weil sie, wie überall — siehe Sachsen und Thüringen —, zwar auch keine andern Wege vorschlugen, aber die Verantwortung nirgends übernehmen wollen. So war bei dem Beginn der Ruhraktion nach kommunistischer Theorie und Auffassung die Hauptschuld bei der deutschen Bourgeoisie zu suchen:

„Die deutschen Patrioten hätten es in der Hand, die Ruhrbesetzung, die Pfänderpolitik sofort unmöglich zu machen, wenn sie aus ihren Riesenprofiten die Summen aufbrächten, die nötig sind, um den französischen Gewaltpolitikern den Rachen zu stopfen.“

Der Leipziger Parteitag bestätigte in seinem bekannten Manifest diese Auffassung. Denn dort hieß es:

„Die Arbeiter-Regierung wird Frankreich Verhandlungen vorschlagen. Sie wird offen und ehrlich das Maß dessen nennen, was das von den Schulden seiner Bourgeoisie belastete arbeitende Volk zahlen kann. Die Arbeiter-Regierung wird selbst Pfänder, die notwendig sind zur Bezahlung der Schulden, von den Kapitalisten in die Hand nehmen und sie wird damit die Gewähr geben, daß ihre Worte einem ehrlichen Willen entsprechen. Die Arbeiter-Regierung wird so den deutschen Arbeitern helfen (!), die Last, die ihnen die bankrotte imperialistische Bourgeoisie aufgebürdet hat, zu tragen, bis das französische Proletariat ihm hilft, die Fessel von Versailles zu brechen.“

Dieses Bekenntnis zur Erfüllungspolitik unterstrich Klara Zetkin auf dem Essener Bezirkstag, wo sie, wie eine richtiggehende „Sozialpazifistin“ sprechend, ausführte, daß die Fortsetzung der Erfüllungspolitik unbedingt notwendig sei und daß man nur versuchen müsse, durch Erfassung der Sachwerte und gerechte Steuerpolitik die Lasten dieser Erfüllungspolitik nach Möglichkeit von den Schultern der Arbeiter auf die Schultern der Bourgeoisie zu legen. Weil die Sozialdemokratie im Augenblick der Ruhrbesetzung und unter dem frischen Eindruck des militaristischen französischen Zugriffs, unter dem Druck der französischen Bajonette nicht im ersten Augenblick die alten Gedanken der Erfüllungspolitik in den Vordergrund schob, sondern betonte, daß gegenüber dem fremden Eingriff in deutsches Wirtschaftsleben es zunächst einmal gelte, geschlossenen Widerstand zu zeigen, da konnten die Kommunisten, konnte die „Rote Fahne“ nicht genug über „Nationalismus“ der Sozialdemokratie zeteren. In aller Erinnerung ist doch noch die Haltung des kommunistischen Zentralorgans anläßlich der Erschießungen bei Krupp. Immer wieder kam es den Kommunisten darauf an, die deutsche Schuld an den Vorgängen nachzuweisen, bis — — bis plötzlich die Zentrale der Partei der „Roten Fahne“ sozusagen amtlich auf die Finger schlug und sie folgendermaßen anraunzte:

„Statt die schamlose Provokation der Franzosen als Provokation der französischen Besatzungsbehörden zu bezeichnen und die gesamte deutsche Arbeiterschaft zum einmütigen Protest und — wenn möglich — gemeinsamen Abwehrkampf gegen den französischen Ueberfall aufzurufen, untersucht die ‚Rote Fahne‘ lediglich die Schuldfrage... Der Kampf gegen Poincaré an der Ruhr muß mit aller Schärfe geführt werden. Der Kampf gegen Cuno wird nicht zuletzt deshalb von uns mit aller Schärfe propagiert, weil die bourgeoise Cuno-Regierung unfähig ist zum entschiedenen und entscheidenden Abwehrkampf gegen den französischen Imperialismus.“

Ja — plötzlich war Abwehrkampf Trumpf! Mit der Erklärung der Zentrale leiteten die Kommunisten zu einer ganz neuen Phase ihres Ruhrkampfes über, in der die Redensart von der „Arbeiterklasse, die sich als Nation konstituieren“ müsse, von „der nationalen Aufgabe des deutschen Proletariats“, von „der Unfähigkeit der deutschen Bourgeoisie, die Einheit der deutschen Nation zu erhalten“ usw. usw. in allen Variationen immer wiederkehrt. Von Erfüllungspolitik zu Nationalbolschewismus mag bei andern ein weiter Weg sein, bei der K.P.D. war es nur ein ganz kurzer — je nachdem die Anweisungen wechselten. Denn in diesem Falle dürfte der Wechsel zweifellos auf die An-

weisungen der stolzen „Machtpolitiker“ zurückzuführen sein, die im Kreml sich der Illusion hingeben, daß militärische Macht auf die Dauer den Sozialismus garantieren könne und die im übrigen in ihrer auswärtigen Politik nach Lloyd Georges treffender Feststellung nur die alte Tradition zaristischer Politik fortsetzen, weswegen sie uns Deutschen in der „Fahne“ den Mangel an „Machtpolitik“ vorwerfen! Daß Karl Radek überhaupt versteht, energisch einzugreifen, das erlebten wir ja bei den Krawallen im Landtag, die tagelang die Spalten des Zentralorgans füllten, bis es auf einmal — „zufällig“ einen Tag nach Radeks Ankunft — in den Spalten der „Roten Fahne“ von den Heldentaten der Scholem und Katz mäuschenstill wurde.

In Gelsenkirchen und bei den ganzen Unruhen der letzten Tage war es nicht anders. Zu Beginn der Unruhen stürmische Hetze in allen kommunistischen Blättern. Die „Rote Fahne“ an der Spitze kann sich nicht genug überbieten, die Arbeiter in aussichtslose Unruhen hineinzutreiben. Das geht einen, zwei Tage, bis die Geister, die man gerufen, ihnen selber über den Kopf wachsen und man im Ruhrgebiet mit den Gewerkschaften zusammen gegen die Ausschreitungen Front machen muß. Die große revolutionäre Massenbewegung, die man angekündigt, muß man selber schließlich in einer einfachen Lohnbewegung versanden und „abwürgen“ lassen. Dem Drängen der kommunistischen Presse, die irrtümlich die Initiative des Zentralorgans als eine Art Inaugurierung „kommunistischer Machtpolitik“ auffaßt, muß die „Rote Fahne“ als einer „groben Entgleisung“ entgegentreten. Der Chemnitzer „Kämpfer“ verlangte:

„Dort, wo der deutsche Kapitalismus am schwächsten ist, muß ihn die proletarische Faust zerschmettern. Der Beginn der proletarischen Machtpolitik im Ruhrgebiet, die Ausschaltung der Bourgeoisie aus dem Widerstand gegen den französischen Imperialismus kann zum Beginn der Konstituierung der werktätigen Massen unter Ausschließung der kapitalistischen Landesverräter zu Repräsentanten der Nation werden ... Ein proletarisches Ultimatum aus dem Ruhrgebiet ist das Gebot der Stunde.“

Vielleicht war dieses Ultimatum nicht das Gebot der Stunde, aber sicher die Konsequenz der kommunistischen Taktik in der zweiten Phase. Wenigstens empfinden es Außenstehende so, und die Erwiderung der Zentrale paßt allerdings zur kommunistischen Agitation wie „die Faust aufs Auge“. Das Zentralorgan ruft nämlich den „Kämpfer“ zur Ordnung und erklärt:

„Wir müssen diese Einstellung als grobe Entgleisung bezeichnen, die den von der Zentrale gegebenen Direktiven ebenso schroff widerspricht, wie sie auf die tatsächliche Lage paßt wie die Faust aufs Auge. An einen Machtkampf im Ruhrgebiet hat

jetzt nur die deutsche und französische Bourgeoisie ein Interesse, die mit allen Mitteln der Provokation und der Greuelpropaganda eine Situation zu schaffen sucht, wo sie die Arbeiterschaft im Ruhrgebiet blutig niederschlagen, die kommunistische Partei in die Illegalität zu jagen und das Odium der Kapitulation von Poincaré auf das Proletariat und die kommunistische Partei abzuwälzen sucht.“

Wenn die Sozialdemokratie aus ähnlichen Erwägungen manche Auseinandersetzungen mit dem deutschen Bürgertum ein wenig zurückstellt, dann ist es „schandbarster Verrat“. Trösten wir uns! Auch die Kommunisten glauben offensichtlich, daß man nicht in jedem Moment alles riskieren kann. Ob sie aber das Recht haben, andern Leuten nachzusagen, daß sie „ohne Segel und Steuer“ treiben, das kann man nach dem hier Ausgeführten getrost dem Urteil der Geschichte überlassen. Sie selber sind jedenfalls ängstlich darauf bedacht, ihr eigenes Durcheinander, ihre eigene Ratlosigkeit gegenüber den Schwierigkeiten, unter denen die ganze Arbeiterbewegung heute zu leiden hat, durch schärfste Zensur in ihren eigenen Reihen zu verbergen. Es spricht doch Bände, wenn in einer Polemik mit der Opposition der Partei Vertreter der Zentrale Artikel oppositioneller Vertreter zitieren, die nicht erscheinen dürfen, weil das „Interesse der Partei das nicht gestatte“.

Die Steuerlosigkeit der K.P.D. werden wir noch viel mehr zu spüren bekommen, wenn die Reparationsfrage gelöst werden muß. Augenblicklich steigen mit dem Dollar auch die Aktien der Kommunisten. Aber dieser Gewinn ist ein provisorischer und scheinbarer, an dem sie selber keine lange Freude erleben werden. Ihre innere Haltlosigkeit wird sich noch viel mehr zeigen, wenn vor uns die Frage stehen wird: Lösung der Reparationskrise oder nicht? Und wenn die Massen diese Lösung verlangen werden und die Sozialdemokratie schließlich doch diejenige Partei wird sein müssen, die diese Lösung durchführt.

KURT HEINIG:

## Fünfhundert theoretische Goldmillionen.

**D**IE Note des Reichsverbandes der deutschen Industrie an das naturwidrigerweise gelegentlich Lebenszeichen von sich gebende Kabinett Cuno-Becker verdient genau studiert zu werden. Sie gehört ja zur „äußeren“ Politik unserer Zentralorganisation der Industriellen. Zudem soll sie aus zehntägigen, angestrengtesten Untersuchungen und Beratungen hervorgegangen sein und ist mit 16 Namen unterzeichnet, die, von Stinnes bis Bosch, zurzeit zu



den bedeutenderen der deutschen Privatwirtschaft gehören. Dies diplomatische Dokument ist zudem in einer Zeit geschrieben, da im Ruhrkrieg unsere Abwehrfront, die lebendige Mauer der Arbeiter, Angestellten und Beamten, bis zum Zerreißen angespannt ist, da sie unter dem gemeinsamen Ansturm der Franzosen, des Wuchers und des Marksturzes von jedem einzelnen Leistungen und Opfer, nicht nur „bis an die Grenze der Tragfähigkeit“, sondern besinnungslos bis zur Vertreibung und zum Tod verlangt und erfüllt bekommt.

Von Poincaré und Curzon sind wir jüngst darüber aufgeklärt worden, daß im Schriftverkehr von Macht zu Macht durchaus nicht regelmäßig dasjenige das wichtigste ist, was nur zwischen den Zeilen steht, die schriftliche Antwort der 16 Industriellen beweist erneut, wie deutlich, ja hundertprozentig eindeutig, man im Notenwechsel sein kann. Deswegen liest sich ihr Dokument am Anfang wie eine juristisch fein ziselierte Arbeit des großen französischen Rechtsanwaltes — sie spricht nur weniger vom Vaterland wie er — und wird in ihrem zweiten Teil eine Kette englischer Unliebenswürdigkeiten, ohne dabei auf den Ton des materiell erfolgreichen deutschen Arbeitgebers zu verzichten. Aber wir greifen der Untersuchung des Schreibens schon vor . . . . .

Eingeleitet wird es mit zwei Tatbestandsfeststellungen. Zuerst wird scharf formuliert: Die Reichsregierung hat den Franzosen die gesamte deutsche Wirtschaft zur Sicherung des Anleihendienstes angeboten — wir haben bei dem Zustandekommen dieser Note nicht mitgewirkt — jetzt wünschte die Regierung von uns eine Erklärung darüber, in welchem Umfange, und vor allem in welcher Form wir die Heranziehung der industriellen Wirtschaft als Garantie für den Anleihendienst angängig und möglich erachten — wir beantworten das Ersuchen, indem wir nachfolgende Stellungnahme zu der gestellten Frage übermitteln. (Ist das vielleicht keine Kriegserklärung?)

Dann wird an Hand des Versailler Diktats festgestellt, daß für die Reparationen ausschließlich Vermögen und Einnahmequellen des Reiches und der Länder, aber nicht das Privateigentum, zu haften hätten. Da auf diese an sich richtigen Auslegungen ein ganzer Plan des Reichsverbandes aufgebaut ist, sei hier kurz darauf hingewiesen, daß es im Artikel 248 heißt: „Unter Vorbehalt der Ausnahmen — (später kamen die sogenannten Restitutionen K. H.) — haften der gesamte Besitz und alle Einnahmequellen des Deutschen Reiches und der deutschen Staaten an erster Stelle für die Kosten der Wiedergutmachung . . .“

Da der Reichsverband für gut befand, mehr vom Reichsbesitz als von der eigenen Steuerpflicht zu sprechen, kann er auch nicht einer gesunden Ausgestaltung der Besitzsteuern, als einem

Hauptstück der Fundierung aller Wiedergutmachung, das Wort reden. Er schlägt deshalb sinngemäß die organische und produktive Umgestaltung der Reichs- und Staatsbetriebe vor. Sie würden dann bald 600, später möglicherweise bis 1000 Goldmillionen Mark jährlich erbringen. (1000 Goldmillionen sind bei einem Dollarkurs von 50 000 die Kleinigkeit von 50 Billionen Papiermark.)

Nun kommen wir zum Kernstück. Es sei wörtlich hierher gesetzt:

„Die Garantie der Wirtschaft für die Erfüllung ihrer Zusatzbürgschaft kann — trotz größter Bedenken — nur in einer Verpfändung ihrer Sachwerte liegen. Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist der Ansicht, daß die Wirtschaft — und zwar ländlicher und städtischer Grundbesitz, Industrie, Handel und Bankgewerbe — unter Anspannung aller Kräfte neben den sonstigen schweren Lasten unter Erfüllung einer Reihe von Voraussetzungen jährlich eine Zusatzgarantie bis zum Höchstmaße von 500 Millionen Goldmark auf die Dauer von 30 Jahren übernehmen sollte. Die industrielle Wirtschaft erklärt sich bereit, 40 % der genannten Garantiesumme zunächst ohne Rücksicht auf das normale Kräfteverhältnis der Wirtschaftsgruppen zu übernehmen.“

Das Präsidium der deutschen Industrie ist in den Fehler verfallen, auf einmal zuvielerlei beweisen, bewirken und — erreichen zu wollen. Es glaubte, nicht mehr an dem allgemeinen Feldgeschrei: „Erfassung der Sachwerte“ vorüber gehen zu können, möchte es aber, trotz seines gemeinwirtschaftlichen Inhaltes ins privatkapitalistische umbiegen. (Paul Lensch sagt in dem die Note der Industrie erläuternden Leitartikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung: „Die Erklärung führt aus dem Helldunkel unserer Tage, das ein Gemisch von Sozialismus und Kapitalismus ist, heraus, und stellt die Regierung vor die Entscheidungsfrage: das eine oder das andere.“ Lensch ist natürlich für den Kapitalismus.)

Der Reichsverband der deutschen Industrie will nur Kapitalismus.

Das wird manchen überraschen, der einzelne der 16 Unterschriftler kennt, der Tatbestand ist nicht wegzuleugnen. Die Optimisten haben die Ausrede, daß sie sich getäuscht haben, oder daß ihre Kapitalisten im Präsidium des Reichsverbandes überstimmt, übertölpelt oder anders überzeugt worden sind.

Das letzte Aktivum der industriellen Stellungnahme, die Ehrlichkeit des Angebotes, wird zu einem dubiosen Passivum, wenn die Voraussetzungen zusammengestellt werden, die dem Reichsverband zu erfüllen sind, ehe er seine Sachwerte auch nur verpfändet. Die oben im Text des Kernstückes der Note schon her-

vorgehobene „Erfüllung einer Reihe von Voraussetzungen“ sieht so aus:

A. Voraussetzungen, die von den Alliierten zu erfüllen sind:

1. Moratorium.
2. Volle Bewegungsfreiheit der deutschen Wirtschaft im Ausland und mit dem Ausland.
3. Endgültige Lösung des Reparationsproblems,
4. Wahrung der Zollhoheit.

B. Voraussetzungen, die von der deutschen Regierung zu erfüllen sind:

1. Grundsätzliche Fernhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung und Verteilung.
2. Aufhebung der Kriegs- und Zwangswirtschaft.
3. Abbau der Außenhandelskontrolle.
4. Aufhebung aller Demobilmachungsvorschriften.
5. Beseitigung der „kleinen“ Schlichtungsinstanzen.
6. Schaffung eines „den Sparsinn anregenden“ Steuersystems.
7. Umwandlung des Achtsturentages in eine Tarifangelegenheit.
8. Arbeitszeitgesetz.
9. Entlastung von unproduktiven Löhnen.
10. Umgestaltung der Reichs- und Staatsbetriebe.

Der Reichsverband verlangt „offenes Bekenntnis von Regierung und Volk (!)“ zu diesen Grundsätzen und „sofortige Verwirklichung desselben durch alle beteiligten Faktoren“. Geschieht das nicht, dann gibts kein Geld und keine „Mitarbeit“.

Da jene Forderungen unter keinen Umständen vom Volk als Bekenntnis übernommen, noch von „allen beteiligten Faktoren“ sofort verwirklicht werden, ist das Industrieangebot nichts anderes, als die Vortäuschung einer nicht vorhandenen Bereitwilligkeit, dem Vaterland in seiner Not zu helfen. Stresemann hat Recht: Der Privategoismus steht über dem Wohl des Reiches.

Darauf gibt es nur eine Antwort: Sofort Gesetzentwurf über die Verpfändung des Privatbesitzes im Umfang von jährlich 500 Goldmillionen auf 30 Jahre. Wir wollen sehen, welche Parteien und Wähler hinter den vier Drittel-Dutzend Notenschreibern gegen Deutschland zu stehen wagen.

\*

Inzwischen haben sich die Spitzengruppen der organisierten Landwirtschaft ebenfalls bereit erklärt, 200 Millionen Goldmark jährlich zu garantieren, wenn auch ihnen bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden. „Lieb' Vaterland magst ruhig sein . . .“



JAKOB ALTMAIER:

## Von Frankfurt bis Wiesbader

Schade, daß Friedrich Stoltze tot ist. Nicht nur fehlte seine Leier, als am 18. Mai 1923 die „Pracht- und Wunnerköpfe“ von der Pauskirche zum Römer zogen; auch die „Laterne“ des guten Demokraten und echten Patrioten leuchtet nicht mehr in das wohlbehütete Dunkel der Frankfurter Zeit, der Wiesbadner Langgasse, nicht mehr nach Vilbel und nicht mehr auf dem Main, wo „Flörsheims wilde verwegene Jacht“ bei Kelsterbach in die Tiefe sank. Schade, daß er nicht mehr lebt. Er hätte jetzt Arbeit für ein neues fünfbandiges Lebenswerk.

„Wonn mer oon schun emol finfundzwonzig Jahr balween; do waas mer doch, was oom fehlt un was oom geheert,“ meint der von der Gicht geplagte nassauische Bauer, der sich von keinem teuren Stadtarzt „in die Knochen“, von seinem alten Barbier und Feldscherer aber die Ader nehmen läßt. Gleicht nicht Deutschland diesem Bauer, der die Zeit nicht erfaßt, ihren Sinn nicht versteht und lieber den alten Kirpfuschern nachläuft? Wenns nur nicht endet wie diese Bauernkur in Wiesbaden, wo des Knolle Geld in einer einzigen Woche fort, die Gichtkrollen aber geblieben waren.

Heuer sind sehr wenige an den heilenden Wassern des Kochbrunnens. Wiesbaden ist öde und leer. Was zur Kur ist, sind Ausländer; zumeist Franzosen, Militärs, die sich auch außerhalb der Saison der herrlichen Stadt und der Wälder des Taunus erfreuen. Leer sind die Hotels, leer die Straßen, die ehemals um diese Jahreszeit von Menschen wimmelten. Nur vor den Paßbüros, wo sich die französischen Zivilverwaltungen befinden, drängen sich täglich, von morgens bis abends, Hunderte und Aberhunderte, die sich neue Wegstempel geben lassen. Deutsche Stadtpolizisten halten auf der Straße die stundenlang Wartenden mit rohen Kasernentönen und Kommandorufen in Reih und Glied. Aus dem weiten Landkreis kommen die Bewohner, machen ein-, zwei- oder gar dreimal die Reise zur neuen Behörde; zu Fuß, zu Rad, zu Wagen, einige auch mit der Eisenbahn. Jawohl! Sie fährt wieder wie früher. Täglich bis zu 16 Zügen, hin und zurück. Vier Monate ohne Eisenbahn, das muß eine Bevölkerung wirtschaftlich und seelisch erdrosseln oder korrumpieren, oder bezwingen, oder mit allen dreien belasten, umkrempeln und erdrücken. So ist es, so geschieht es. Wer Land und Leute früher gekannt und jetzt wieder sieht, dem wird bang, der findet sich nicht mehr zurecht.

Haß und Feindschaft sieden unter der ehemals so friedlichen und kulturell weit über dem deutschen Durchschnitt stehenden Bevölkerung. Haß nach außen, Haß nach innen, zwischen den Klassen, in den Klassen untereinander. Fünf Monate ohne Zeitung, ohne Wahrheit, ohne Verbindung mit der Umwelt, in der Furcht vor Druck, Ausweisung, Denun-

ziation, das verändert den Charakter, beschwert und beschmutzt die Seele. Fünf Monate fast ohne geregelte Arbeit, bei schwerer Teuerung, mit teils guten, teils elenden Löhnen, die ohne Sinn und Verstand abgestuft sind, das ist noch schlimmer. Keiner traut mehr dem andern. Der sieht in jenem einen Verräter, jener denunziert diesen bei den Franzosen. Ganze Dörfer schreien, wenn irgendeiner die aus deutschen Händen entglittene Eisenbahn benützt. Und doch fahren so viele, heimlich, wenn sie sich unbeachtet glauben, zumeist an einer fremden Station, im Nachbarort ein- und aussteigend. Wer Steine werfen will, muß vorher die Verhältnisse kennenlernen.

Ueber diesem eigenartigen Delirium liegt der Suff. In einem Dorf von etwa 5000 Einwohnern sind 800—900 Arbeitslose; Frauen, Männer, Burschen und Mädchen. Heute bekommt jeder wöchentlich rund 120 000 Mark Arbeitslosenunterstützung. Keiner von ihnen hat vorher solches Geld verdient. Schlimm genug; weil es nicht zu viel gewesen wäre, jetzt aber für manchen unerträglich ist. Nie haben die Wirte so glänzende Geschäfte gemacht. Sparen? Liegen lassen? Bei der stets wachsenden Geldentwertung? Haus kaufen, Möbel? Kleider? Dazu reicht vorn nicht, und nicht hinten. Es wird gesoffen. Von früh bis spät, von spät bis früh. Vergessen sind die Parteien, vergessen die Gewerkschaften. „Cuno hoch“, Cunolinden werden gepflanzt, Cunostraßen getauft, „dem Mann muß jeden Morgen eine Messe gelesen werden, daß er noch hundert Jahre lebt“, „das ist der einzige Mann, der soziales Verständnis hat,“ rufen alte Gelegenheitsarbeiter und Gewohnheitsfaulenzler. Eine ganze Bevölkerung wird langsam aber sicher in den Sumpf gezogen, wo sie verlottert und verlumpt. Die Gemeinde, von der wir sprechen, bezahlt wöchentlich 100 bis 120 Millionen Mark Arbeitslosenunterstützung, ungerechnet einiger hundert Beamten und Arbeiter, die bei der Eisenbahn angestellt und besonders entlohnt werden. Die Arbeiter jedoch, die in den noch geöffneten Betrieben und Fabriken handwerken, erhalten wöchentlich von der Privatindustrie oft nur die Hälfte des Lohnes, den die Arbeitslosen vom Staat beziehen. Wundert euch über Mißstimmung, Haß und Unruhen! Ueber den Eisenbahnern schwebt der Ausweisungsbefehl, der jeden Tag kommen kann, der sie mit Kind und Kegel aus der Heimat in die wilde Fremde schleudert, nicht wissend, ob sie je wieder ihre Geburtsstätte sehen. Das sind Nervenproben, die die Geduld, die Ordnung und die Ruhe zerreißen. Unterdessen schreiten Wucher und Ausbeutung ruhig fort, mehr und mehr verarmt der Mittelstand, bereichert sich das Großkapital.

Nirgendwo wird versucht durch geeignete Bildungsbestrebungen, Vorlesungen oder anderem, den moralischen Folgen solcher Zustände ein wenig vorzubeugen, nirgends ein Anfang oder eine Tat, die Oberschlesisierung des Rheinlandes im Keim zu ersticken. Pressestellen, Ausschüsse, geldverschlingende Organisationen sind im unbesetzten Gebiet in Hülle und Fülle. Was ist ihre Arbeit, wo der Erfolg? Null mal Null! Es wird die Zeit kommen, wo darüber geredet werden

muß, über dies und jenes und noch viel mehr. Die alten Kurpfuscher sind geblieben und pfuschen und machen Aderlaß um Aderlaß.

Auch Erfreuliches haben wir beobachtet. Es gibt Hoffnung und sie sei nicht verschwiegen. Alte organisierte Arbeiter schämen sich dessen, was sie sehen. Sie spüren die Gefahren und versuchen vorzubeugen. „Wir wollen keine Korruptionsgelder. Wir wollen für unser Geld arbeiten. Produktive Erwerbslosengelder.“ Im Rathaus der Gemeinde ist eine Schuhmacherwerkstatt eingerichtet. Die arbeitslosen Schuhmacher schustern und sohlen. Die Gemeinde kauft die Materialien. Zwei Männer, die erwerbslos geworden sind, sammeln im Dort alte Schuhe. Sie werden neu hergerichtet. Musterleistungen an Arbeit sind zu sehen. Die jetzt wieder brauchbaren Stiefel, Pantoffeln, Arbeits- und Kinderschuhe sind Eigentum der Gemeinde, die sie aufbewahrt und für Jahre hinaus den Witwen, Waisen und Bedürftigen unentgeltlich mit Schuhen aushelfen kann. Lust und Freude an der Arbeit guckt aus den Augen der Schuster, Obermeister Kilb klopft seinem Schuhrat Doktor Kohl auf die Schulter, als er einen frischen Sack alter Schuhe ausleert, und der Hammer des 82jährigen Meisters Born eilt sich, Takt zu halten mit den Lehrbuben.

Maurer und Gesellen richten inzwischen neue Wohnungen aus altem Gemäuer. Spielplätze werden von Fabrikarbeitern angelegt, Wiesen bewässert, Wege ausgebessert. Und abends, wenn in den Wirtshäusern wilde Stimmen schreien und Gläser klirren, sitzen irgendwo Vernünftige, planen, beraten, arbeiten für die Partei, für das Land. Andere stehen hemdsärmelig an den Häusern und suchen eine dunkle Nacht zu durchdringen und fragen sich: Wohin geht der Weg?

---

Dr. HERBERT RUSCHEWEYH:

## Das abgeschmetterte Volksgericht.

**E**IN lebensnotwendiger Kampf unseres Volkes vollzieht sich da, wo sich die Gewalt das Kleid des Rechts anlegt. Das gilt für die französischen Gerichte im Ruhrgebiet, das gilt aber gleichfalls für die bayerischen Volksgerichte. Auch insofern gleichen sich diese beiden „Gerichte“, als sie am besten auf die gleiche Art bekämpft werden: durch passiven Widerstand.

Als wohl erstes deutsches Gericht hat diesen Weg das Amtsgericht Hamburg, Abteilung II für Requisitionen in Strafsachen, durch den Richter Dr. Hermann P o p e r t mit einem Beschluß vom 3. Mai 1923 eingeschlagen, der auf ein Rechtshilfesuchen des Volksgerichts München I vom 13. Februar 1923 erging. (Hamburger Geschäftsnummer II 594. Münchener Aktenzeichen: Anz. Verz. XXII 31/23, Proz. Reg. 113/23.) Gegen eine Beschuldigte war vor dem Volksgericht München I Anklage wegen schweren Diebstahls er-

hoben. Auf ihren Antrag hatte das Volksgericht sie von der Verpflichtung zum Erscheinen in der Hauptverhandlung befreit und zugleich beschlossen, das Hamburger Amtsgericht zu ersuchen, die Beschuldigte zu vernehmen. Daraufhin hat das Amtsgericht Hamburg am 3. Mai 1923 beschlossen:

„Das Rechtshilfe-Ersuchen des Volksgerichts München I vom 13. Februar 1923 wird abgelehnt.“

Das Amtsgericht Hamburg hat gemeint, dieses Rechtshilfe-Ersuchen ablehnen zu müssen,

„da für das ersuchte Gericht keine Verpflichtung besteht, dem Volksgericht in München I Rechtshilfe zu leisten und infolgedessen auch keine Befugnis, dies zu tun, da diese Befugnis außerhalb der Grenzen seiner Verpflichtung nicht besteht.“

In ausführlicher, erschöpfender Weise wird dieser Beschluß begründet. Der Beschluß setzt sich mit allen bisher zur Rechtfertigung der Volksgerichte herangezogenen rechtlichen Gesichtspunkten eingehend auseinander. Er weist zuerst nach, daß die bayerischen Volksgerichte nicht zur ordentlichen Gerichtsbarkeit zu rechnen sind. Dabei wird besonders betont, daß das Verfahren vor den Volksgerichten nach Art. 9 des bayerischen Gesetzes über die Einsetzung von Volksgerichten (V.G.G.) vom 12. Juli 1919 nicht an die „Förmlichkeiten“ des ordentlichen Strafverfahrens gebunden ist und sich so das Volksgericht in seinem eigenen Gesetzestext (vgl. auch Art. 1 V.G.G.) als das Urbild eines Ausnahmegerichts darstellt.

„Hiernach gibt es vor dem Volksgericht weder Anklageschrift noch Eröffnungsbeschluß, sondern es genügt eine mündliche Erhebung der Anklage in der Verhandlung (V.G.G. Art. 13). Der Verkehr des Angeklagten mit seinem Verteidiger wird beschränkt (V.G.G. Art. 15). Die Rechtsgarantien des ordentlichen Verfahrens gegenüber Beschlagnahme, Durchsuchung, Verhaftung, vorläufiger Festnahme sind eingeschränkt (V.G.G. Art. 29). Und gegen die auf Grund des so beschaffenen Verfahrens der bayerischen Volksgerichte gefällten Urteile gibt es weder Rechtsmittel noch selbst eine Wiederaufnahme des Verfahrens. (V.G.G. Art. 20): „Selbst dann also, wenn z. B. eine Verurteilung durch ein bayerisches Volksgericht auf Grund einer Urkunde ergehen sollte, die nach der Verurteilung als verfälscht nachgewiesen wird — oder auf Grund einer Zeugenaussage, die nachträglich als Meineid nachgewiesen wird —, selbst dann hat nach dem Volksgerichtsgesetz der Verurteilte keinerlei Möglichkeit, auf Grund seiner nunmehr erwiesenen Unschuld im Rechtswege von der Strafe befreit zu werden.“

Ferner untersucht der Beschluß eingehend, ob die Volksgerichte deshalb Anerkennung und Rechtshilfe auf Grund des Rechtshilfe-

Gesetzes vom 21. Juni 1869 — dessen umstrittene Rechtswirksamkeit vorausgesetzt — beanspruchen können, weil sie — wenn auch nicht durch das Reichsgerichtsverfassungs-Gesetz gedeckte ordentliche —, so doch durch Landesgesetz rechtsgültig errichtete Ausnahmegerichte sind. Hierbei geht der Beschluß des Amtsgerichts Hamburg davon aus, daß Bayern auf Grund der Schlußbestimmung zum Abschnitt XI (Reichskriegswesen) der alten Reichsverfassung in Verbindung mit dem Bündnisvertrage mit Bayern vom 23. November 1870, Ziffer III, 5, und dem § 7 Abs. 2 des Reichsgesetzes betreffend die Einführung Norddeutscher Bundesgesetze in Bayern das Recht hat, „Kriegsgerichte“ oder „Standrechte“ durch Landesgesetz einzuführen, wobei die sehr umstrittene, von dem früheren bayerischen Ministerpräsidenten Hofmann verneinte Frage unentschieden bleibt, ob die Versailler Verträge und die damit zusammenhängenden Verträge überhaupt in der deutschen Republik noch rechtsgültig sind. Der Beschluß kommt zu dem Ergebnis, daß die Verordnungen und Gesetze, durch die die Volksgerichte in den Jahren 1918 und 1919 eingeführt und ausgebaut worden sind, zu der Zeit, wo sie erlassen wurden, deshalb schon rechtsunwirksam waren, weil die Volksgerichte weder „Kriegsgerichte“ noch „Standrechte“ sind. Eine sehr interessante, sicherlich nicht allgemein bekannte „Kundgebung des Rates der Volksbeauftragten betreffend die Wahrung der Zuständigkeit des Reiches auf dem Gebiete der Gesetzgebung“ vom 5. Dezember 1918 wird bei dieser Gelegenheit aus dem Dunkel des Preußischen Justizministerialblattes (918 Nr. 47) in das hellere Licht der praktischen Rechtspflege hervorgeholt. Diese Kundgebung wendete sich schon damals gegen die von Kurt Eisner eingeführten Volksgerichte.

Hieran anschließend erörtert der Beschluß, ob etwa die als rechtsunwirksam erkannten, die Volksgerichte begründenden bayerischen Verordnungen und Gesetze durch die neue Reichsverfassung (Art. 105, 178 Abs. 3, 48, Abs. 4) Rechtswirksamkeit erlangt hätten. Auch diese Frage wird mit eingehender Begründung verneint.

Endlich setzt sich der Beschluß mit dem nicht zahlreichen Schrifttum und einem zu diesem Zweck herbeigezogenen und wörtlich wiedergegebenen Beschluß des Reichsgerichts vom 4. April 1922 auseinander und kommt hierbei wieder zu einer Bestätigung der vertretenen Rechtsauffassung. —

Diese ist von eminentester praktischer Wirksamkeit. Wenn kein außerbayerisches Gericht und keine außerbayerische Behörde in Deutschland mehr irgendeinen Beschluß eines bayerischen Volksgerichts anerkennt, dann werden diese beschämenden Auswüchse im deutschen Rechtsleben baldigst verschwinden. Es steht nicht einwandfrei fest, ob das Reichsgericht oder das Hanseatische Oberlandesgericht in letzter Instanz über den Beschluß des Amtsgerichts



Hamburg zu entscheiden haben wird. Mögen beide Gerichte sich bewußt sein, daß das ganze republikanische Deutschland mit äußerster Spannung die kommende Entscheidung erwartet. Denn hier gilt es, das deutsche Recht von einer seine lebensnotwendige Sachlichkeit schwer verletzenden Einrichtung zu befreien.

---

SEDIF ALAM

## Das Liebesabenteuer des Ministers.

Sehen Sie, gnädige Frau, es geht nicht. Als Sie mir das Thema stellten: „Liebesabenteuer eines deutschen Ministers“, da ahnte ich gleich — etwas dunkel allerdings —, daß Sie sich köstlich über mich amüsierten. Mittlerweile ist mir der Zusammenhang eingefallen.

Wir beide waren es doch, nicht wahr, die selbender auf der Reichstagstribüne Keks knabberten, damals, als das Cabinet C. — zufällig C — warum nicht A und B — seinen „großen Tag“ hatte (der wievielte große Tag, an dem Langeweile in die entlegensten Ecken gähnte?). Es äugte sich lustig aus Etagenhöhe auf die zehn Männlein, die in Reih an der Ministerbank aufgespießt zappelten. Von denen einer ein Liebesabenteuer? Noch nicht einmal einen Mordsrausch!

Wissen Sie noch? Einer las angestrengt vom Blatt, unten angelangt, legte er es umwendend auf den Stapel rechts und löste vom Stapel links neues Papier. Der Stapel rechts wuchs, der links nahm nicht ab. Um uns schlummerte viel Volks. Und auch uns beiden klappten die Lider zu, trotz der braunen und rosa Keks, aus Ihrem Lacktäschchen. Plötzlich flog eine Name zu uns! Aus einem entfernten Gespräch. Wir hörten nur den Namen: D'anton. Da lachten wir beide, bis uns die Tränen über die Backen kullerten.

\*

Also reden wir vom Liebesabenteuer des deutschen Ministers. Nein, es geht nicht. Denn ein Mensch, der Liebesabenteuer hat, ist in Deutschland als Minister unmöglich. Merkwürdig: von Danton wußte jeder, daß er abwechselnd im Bordell und bei schönen Aristokratinnen seine Nächte zubrachte. Mitunter beiderorts.

Wie er trotzdem ein genialer politischer Kopf sein konnte? Ich denke: gerade deswegen. Er schleppte nämlich tagsüber kein mit verdrängter Sexualität vollgestopftes Unterbewußtsein herum. Seine Bewußtseinsschwelle glich einer Marmorstufe, die zu einem kristallklaren Becken führt. Kein schlüpfriges Brett, über das übelriechender Schlamm schwappt. Wir haben die Soliden. Gebürstete Ehrenmänner, wie sie zu je zehn unsere Ministerbänke zieren.

Sie haben Rücksichtnehmen gelernt. Auf ihr hohes Amt, auf ihre Partei, auf den Vertrag von Versailles — — —, ich weiß nicht, auf was alles. Parbleu, sie wissen, was sie ihrer Stellung schuldig sind. Der Verruchteste unter ihnen hat einmal billigen Wein getrunken. Zu-drängende Lust wird mannhaft abgewehrt, fließt ins Unterbewußtsein, verdrückt es, verstopft die Röhren. Wieviel Leute in Deutschland wissen, daß geniale Gedanken dem Unterbewußtsein, dem lichten, unbeschwerten Unterbewußtsein entspringen?

\*

Wirtschaftspolitiker sind Trumpf. Ich kenne die Doktores. Beim Mulusbummel haben sie von Malthus phantasiert, in streng logischen Gedankengängen die vergeudeten Energien mit der männlichen Bevölkerungsziffer multipliziert. Woraus sich ergab, daß jahraus, jahrein in Deutschland ganz unproduktiv 481 Gewichtstonnen Eiweiß usw. usw.

\*

Geh ins Parlament, unter die Auserwählten. Hoch der Verbandssekretär! Listenführer in gehobener Stellung entwandeln in den Couloirs als pralle Leberwürstchen, wie sie jeden Freitag beim Fleischer im Kessel schwimmen. Piekst du hinein, spritzt Wasser heraus. Uns regiert der pfiifige Mächler, der überschlaue Taktikler, der sieben fast ebenso schlaun Taktiklern um eine Stupsnase den Rang abgelaufen hat. Dünblut....

Aber: woher soll's kommen? Wo gab es je bei uns Vollblut? Wir erlebten einen Monomarchen, der sich an nackten Frauenarmen begeisterete. Verdrängtheiten eines Rücksichtnehmers auf sein „von Gott anvertrautes Amt“.

Ein Politiker wurde „entlarvt“. Er hatte mit neunzehn Jahren Verse gemacht, irgendwer hatte sie sogar gedruckt. Jugendfreches Zeug, saugrob, trunken von junger Herrlichkeit. Alle, die das nie gekonnt hätten, bläkten die Zunge. Ein dichtender Politiker — welche Unmöglichkeit! Wäre es wenigstens ein Festgedicht zur fünfundzwanzigjährigen Parteistiftungsfeier in Schneidemühl gewesen! Stolperndes Gerem, dem anzumerken ist, wie der Verfasser sich daran abgeschwitzt hat.

Axiom: Der Politiker darf nur gänzlich talentlos dichten:'. ....

\*

Da wartet eine nationale Jugendvereinigung auf den kommenden genialen Führer. Dieweil er nicht da ist, will sie ihn züchten, indem... indem sie sich vorschubweise im Gehorchen übt. Ein Führer entsteht nämlich durch den Gehorsam der andern! Zum Totlachen, entsetzlich! Schreit dieses Volk nach großen Männern und züchtet — Vorgesetzte.

Aber das trifft uns alle. Ueber den Vorgesetzten kommen wir nicht heraus. Sprudelt und dampft einer mit achtzehn Jahren, quabbelt mit zwanzig über von Einfällen, will mit dreiundzwanzig den Olymp

stürmen, so bedeuten wir ihm, auf Realpolitiker zu bauen oder sich still zu verhalten.

Wir erkennen niemanden über uns an — außer dem Vorgesetzten, der ein amtlich gestempeltes Papier darüber in der Tasche trägt, daß er bestimmt ein Grad mehr ist als wir! Wir wollen auch das Genie, aber wir wollen es gut abgezirkelt, genau der jeweils innezuhaltenden Taktik angepaßt, ohne alle störenden Ecken und Kanten. Kurz, möglichst ungenial. Unser Genie muß so beschaffen sein, daß es, ohne unangenehm aufzufallen, mit neun deutschen Ministern auf einer Bank sitzen kann. Liebesabenteuer sind zu vermeiden, weshalb anerotische Genies bevorzugt werden.

Was wir Deutsche erträumen, ist der kastrierte Goethe...

\*

Schöne gnädige Frau, Sie sehen: Liebesabenteuer des Ministers — das ist das absolute Paradoxon (Was Sie Schäkerin übrigens genau wußten!).

Es ist so traurig. Die Freunde lieben und die Feinde hassen, das mag zu Perikles Zeiten gegolten haben. Liebe und Haß sind heute gleichermaßen unschicklich.

Der blutarme Normalmensch ist an der politischen Börse gefragt. Bleiche Unanständigkeit unsere Leibescouleur. Lauter Negation bilden den Charakter. Nicht auffallen, nicht anstoßen, nicht Anlaß zu Skandal geben.

Deutschlands Zukunft? Davon reden ist Verlegenheit. Vielleicht werden wir es können, sobald die Ueberschrift „Liebesabenteuer des Ministers“ keine witzige Unmöglichkeit darstellt...



R. G. HAEBLER:

## Die Sterne und die Götter.

Der Karlsruher Philosoph Artur Drews ist weiteren Kreisen bekannt geworden durch seine „Christusmythe“, durch jene kritische Auffassung von der Entstehung des Christentums, wonach Jesus von Nazareth nicht eine geschichtliche Persönlichkeit gewesen sei, sondern eine Vermenschlichung gewisser religiöser, mythischer Vorstellungen darstelle. Je mehr sich Drews mit diesem Problem beschäftigte — und die zahlreichen Gegner zwangen ihn dazu, die Grundlagen seiner Theorie immer wieder aufs neue zu überprüfen — um so mehr kam er zu der Ueberzeugung, daß alle religiösen Sagen und Dichtungen großen Stiles zurückgehen auf astrale Vorgänge: das heißt, daß sie ihren eigentlichen Sinn in den Wanderungen der Sternbilder am Himmel haben. Die Vorgänge und Gestalten der griechischen Dichtung und

Religion, die persische und jüdische Mythologie, germanische Götter und Helden, Gilgamesch, Simson, Herakles, Mithra oder wie immer jene großen religiösen Persönlichkeiten verschiedenster Zeiten und Kulturen hießen: sie alle sind, wie Jesus von Nazareth, religiös-novellistische Ausdeutungen der Vorgänge am Sternenhimmel.

In seinem „Markusevangelium als Zeugnis gegen die Geschichtlichkeit Jesu“ hat Drews in eingehendster Weise versucht, den wissenschaftlich haltbaren Nachweis für seine Theorie zu erbringen; und man muß sagen: die Methode, mit der er Zusammenhänge zwischen der Jesusbiographie des ältesten Evangeliums und den Konstellationen der einzelnen Sternbilder am Himmelsglobus auffindet, ist auch für den von nachdenklichem Werte, der dieser, wenn auch vielleicht grandiosen, Einseitigkeit in der Lösung des Jesusproblems nicht ganz folgen kann.

Dabei soll gar nicht bestritten werden, daß man sicherlich die Bedeutung des Astralen für das religiöse Denken und Dichten des Altertums nicht hoch genug einschätzen kann und daß die Werke der Winckler, Jerencias, Jensen, Boll, v. Stucken, Morosow und insbesondere das hier immer noch grundlegende Werk von Dupois noch reiche Anregungen zu weiterem Ausbau geben. Drews, der wohl heute der umfassendste Kenner der Astralmythologie ist, hat soeben bei Eugen Diederichs in Jena eine Einführung in die Astralmythologie herausgegeben: „Der Sternenhimmel in der Dichtung und Religion der alten Völker und des Christentums.“

Dies Buch wird für den Leser, der sich noch nie mit diesen Fragen beschäftigt hat, eine außerordentliche Ueberraschung sein, denn es rückt eine Unmenge überlieferter Vorstellungen in völlig neue Beleuchtung. Man wird vielleicht diese Dinge im Rahmen einer weniger kritischen als hinweisenden Besprechung am ehesten dem Leser klarstellen können, indem man ihm ein Beispiel aus dem Buche gibt. Ich greife wahllos eines heraus: „Und schon tritt Judas: der Schütze, auf und mit ihm eine große Menge mit Schwertern und Knütteln: das Schwert des Perseus, des himmlischen Soldaten, befindet sich in der unteren, Bootes mit seinem Stab (Knüttel) in der oberen Kulmination, dem Schützen gegenüber aber befinden sich die Zwillinge, mit ineinander verschlungenen Händen und in liebevoller Haltung zueinander, wie als ob einer den andern umarmen möchte. Die Sonne ist nunmehr gänzlich in die Gewalt ihrer himmlischen Widersacher, der Wintergestirne, geraten, während beim Untergang des Schützen Orion nach dem Stiere schlägt und damit die Vorstellung des Jüngers bestimmt, der seine Hand ausstreckt und dem Knechte des Hohepriesters ein Ohr abhaut, und das Wort Jesu vom Umkommen durch das Schwert noch einmal auf die Stellung des Schwertes am Himmel hinweist.“ (S. 278.) In dieser Weise gibt Drews nicht nur seine Evangeliengeschichte sondern auch eine Ausdeutung der religiösen Sagen anderer Mythologien. Denn nach seiner Auffassung, die er in den Eingangskapiteln sehr eindringlich zu begründen weiß, war „der Himmel für die Alten gleichsam

der Mutterboden ihrer gesamten religiösen Weltanschauung“. Nach dieser Methode erklärt Drews die Sagen von „Jkarios und Eligone“, von Orion, vom Argonautenzug usw. Sehr eingehend behandelt er aus dem Alten Testament das Paradies und den Sündenfall als typische Astralmythen. Auch die Götter der germanischen Sage und insbesondere der Mythos vom Weltuntergange, vom Fenriswolf, sind nach Drews aus den Sternen gelesen. Von den Sonnenmythen war oben schon die Rede und von den christlichen und mythraistischen Ueberlieferungen, die in der zweiten Hälfte des Buches erläutert werden. Eine Reihe Abbildungen, namentlich Sternentafeln sind zum besseren Verständnis beigegeben.

Es ist hier nicht beabsichtigt, ein wissenschaftliches Urteil zu fällen. Aber doch kann man sich nicht des Eindruckes erwehren, als ob Drews in der Freude, eine Lösung gefunden zu haben, manchmal mehr in die Dinge hineininterpretiert als herauszulesen ist. Das wäre gar nicht nötig; denn zweifellos haben astralmythische Gedankengänge viel mehr jene Literatur der alten Religionen beeinflußt als wir heute annehmen möchten. Der Himmel und seine Sterne waren den Menschen jener Zeit etwas anderes als uns „aufgeklärten Europäern“: ein gewaltiges Bild von Kräften, die irgendwie wesentlich waren für jeden einzelnen, für jeden Stamm, jedes Volk. Die Zähigkeit, mit der auch heute noch astrologische Phantastereien lebendig sind, dürfte Beweis dafür sein, daß auch dieser Aberglaube von heute einst ein Glaube war, der die Seele vergangener Menschheit ebenso bestimmt hat wie heute noch religiöse Vorstellungen des Mittelalters lebendig sind, ohne daß ein Kontakt mit der modernen Wirklichkeit festzustellen ist.

---

## UMSCHAU.

**Hakenkreuzler.** (Ein erlebtes Momentbild.) Ein Eisenbahn-Abteil I. Klasse im D-Zug Berlin-Beuthen. Auf dem Rücksitz zwei Parlamentarier mit Freifahrkarten. Kurz vor Abfahrt steigen am Bahnhof Friedrichstraße drei Personen ein, erstens zwei hochelegante Jünglinge mit starrer Gesichtsmaske, zweitens ein dazugehöriges rundliches Mädcl. Sie nehmen auf der freien Bank Platz. Die Weibse zwischen den beiden Kavaliern, die sie abwechselnd in die Backen (im weitesten Sinne des Wortes) kneifen. Alle drei tragen silberne Hakenkreuze. Sonst müßte man sie für Kommunisten halten, wenigstens in bezug auf den gemeinsamen Besitz von Weibern. Sie

sitzen noch nicht ganz fest, als bereits ein unaufhörliches provozierendes Geschwätz angeht. Der eine zieht eine Zeitung aus der Tasche, blickt herein, wobei sein leeres Leutnantsgesicht den Ausdruck angespannter Denktätigkeit markiert: „Das Neueste! In Berlin fährt am 1. Mai weder Straßenbahn noch Stadtbahn. Diktatur des Proletenpacks!“ Neue Denkpause: „Das Wichtigste! Die Sozialdemokraten demonstrieren diesmal mit roten, nicht mit schwarz-rot-goldenen Fahnen. So was setzen sie noch in die Zeitung.“ Darauf Wechselgespräch der beiden Kavaliere: „Bildung haben sie überhaupt nur in München.“ — „Und in Danzig.“ — „Ja München und Danzig, sonst

gibt es in Deutschland keine Bildung.“ — „Aber Berlin bekommen wir auch noch so weit, paß mal auf.“ — „Dem Roßbach können sie überhaupt nichts anhaben.“ — „Aber wenn der rauskommt, dann erleben sie vielleicht was.“ — Der erste wieder bei der Zeitung: „Mit roten Fahnen darfst du in Berlin herumziehen, soviel du willst, aber wenn du mit einer schwarz-weiß-roten kommst, dann schlägt dich das Gesindel tot.“ Der andere: „Wenn du Kommunist bist, darfst du überhaupt alles totschiessen.“ Die Weibse hat inzwischen eine Apfelsine geschält. Die Schalen bilden einen Stern, den sie dem Kavalier zur Rechten mit neckischer Gebärde aufs Haupt legt: „Da hast du eine Krone.“ Der Kavalier: „Krone darf man heut nicht tragen.“ Die Apfelsine stellt sich als sauer heraus. „Natürlich, das ist eine republikanische Apfelsine.“ Dieser „Witz“ wird noch etwa ein Dutzend mal wiederholt, wie überhaupt alle Bemerkungen in ewiger Wiederholung auftauchen. Etwa gleichfalls ein Dutzend mal: „Wenn du Selbstschutz sagst, kommt Seivering.“ Neue Gesprächsfetzen: „Der Zug fährt ja so langsam.“ — „Das kommt, weil das ganze polnische Schiebergesindel darin sitzt.“ (Wird dreimal im Crescendo wiederholt.) — „In Frankfurt, da wohnt auch ein Gesindel.“ (Zweimalige Wiederholung.) „Kennst du Kammersdorf?“ — „Da habe ich mal beim Kapp-Putsch eine Kiste hinverschoben.“ — „Na, ob wir wohl noch mal die Flinte auf den Buckel nehmen?“ — „Nee, die Judenrepublik soll sich selber helfen.“ (Wiederholung.) In dieser Tonart etwa eine Stunde lang. Der Kontrolleur erscheint. Es stellt sich heraus, daß die „Herrschaften“ nur Fahrkarten II. haben. Nachzahlung bis Frankfurt a. O. kostet 18 000 M. Der Kavalier zur Rechten überreicht einen Zwanzigtausender. Der Schaffner will zweitausend zurückgeben. Der Kavalier winkt lässig ab. Der Schaffner verschwindet, das Gespräch geht weiter wie bisher. Nur ab und zu

taucht die Frage auf: „Wo Bubi wohl geblieben ist?“ Nietzsche würde bemerken, daß nicht nur in jedem Mann, sondern sogar in jedem Fatzken ein Kind steckt. Endlich nimmt der eine wahr, daß sein Vis-à-vis sich Notizen macht. Ein vielsagender Blick, man redet von harmlosen Dingen: nämlich von den besten Möglichkeiten, Rennautomobile gewinnbringend zu verschieben.

\*

„Fridericus Rex“ in Belgien.  
Die folgende im „Kinematograph“ erschienene Notiz dürfte ein beifallrasendes kerndeutsches Publikum interessieren:

„Mitte dieses Monats veranstaltete die Stadt Brüssel eine Sammlung für ihre „Helden an der Ruhr“. — Eine große Anzahl Theater und andere Vergnügungsstätten führten den Reingewinn an die „Ruhsammlung“ ab und die belgische Verleihfirma des Fridericus Rex-Films, die „Société française de films artistiques“ (den Namen wird man sich merken müssen), stellte zu einer Galavorstellung im „Trocadero“ eine Kopie von „Fridericus Rex“ gratis zur Verfügung, was der Theaterleitung Veranlassung gab, hundert Parkettsitze für Kriegsinvaliden reservieren zu lassen. — Besonders interessant ist die Begründung. — „Jenen armen Opfern des Krieges von 1914“, heißt es mit echt gallischer Phraseologie, „soll durch Besichtigung von Fridericus Rex die Möglichkeit gegeben werden, durch diesen Film einen der Hauptgründe kennenzulernen, die die indirekte Veranlassung zum Weltkrieg und zum Martyrium der armen belgischen Soldaten abgaben.“ —

Weiterhin wird versichert, daß Herr Cserépy gegen diese mißbräuchliche Benutzung seines Films zu politischen Propagandazwecken

in einem offenen Brief protestiert, der dieser Tage in den großen Brüsseler Tageszeitungen zum Abdruck gelangen soll: „Der Film ist von Cserépy absolut unpolitisch gedacht, und man kann ihn für diese Folgen auch in keiner Weise verantwortlich machen.“

Wir fragen: Protest? Offener Brief? Abdruck in den großen Brüsseler Tageszeitungen? Unpolitisch gedacht?

Wer ist wohl naiv genug, an alle diese hohlen Gesten zu glauben? Wenn sich die Filmpresse jetzt auch nationalistisch ereifert und ihre Satzschablonen aus „Großer Zeit“ (wie: „echt gallische Phraseologie“ e tutti quanti) wieder auspackt, — so wird man, um mit ihren eigenen Worten zu sprechen, die Tatsache „sich merken müssen“, daß jetzt, nachdem die Lizenz nach Belgien verkauft und das Geschäft gemacht ist, es keine besondere Tapferkeit bedeutet, den Käufer zu beschimpfen. —

Tatsächlich: „Es wäre nicht uninteressant, zu erfahren, wie denn die „Vereinigung Deutscher Filmfabrikanten“ sich zu dem weiteren Geschäftsverkehr ihrer Mitglieder mit der „Société française de films artistiques“ stellt.“

Wir glauben diese Frage bereits jetzt schon dahingehend beantworten zu können: wo der noch ausstehende Profit lockt, ist die Vaterlandsliebe nicht allzu vorlaut.

K. O.

\*

„... doch seine Weine trinkt er gern.“ „Wohl dem Volk, das noch mit Ludwig Börne empfindet, daß das Recht ein noch unentbehrlicheres Lebensmittel ist als Brot.“ So zu lesen in der Deutschen Tageszeitung Nr. 234 vom 24. 5. 1923. Mitunter schläft selbst Herr Paul Bäcker. Offenbar ist ihm bei diesem schwungvollen Zitat entfallen, daß Ludwig Börne ein Jude war, der mit seinem ursprünglichen Namen — bitte die Hakenkreuznadeln festzustecken —

Löb Baruch hieß. Es ist doch einigermaßen beschämend für das antisemitische Agrarierblatt, daß es ausgerechnet einen Juden als Kronzeugen einer Weltauffassung zitieren muß, die so ganz und gar dem „Händlergeist“ entgegensteht.  
Vigil.

\*

**Vergiftete Schulgeographie.** Vor uns liegt ein belgisches Schulbuch, dessen Titel in deutscher Uebersetzung lautet: Handatlas der Geographie, zum Gebrauch für den Unterricht an Mittel- und Volksschulen, herausgegeben von L. Alexandre und C. de Nève, den offiziellen Lehrplänen entsprechend. Neunte, vollständig auf den heutigen Stand gebrachte Auflage. Gedruckt und verlegt von H. Dessain, Lüttich, Rue Trappé 7. 1922. — Dieses, immerhin vier Jahre nach dem Weltkrieg herausgegebene Schulbuch enthält über Deutschland folgende Anmerkungen:

II. Politische Geographie.

Bevölkerung: 58 000 000 Einwohner. Deutschland nimmt also in bezug auf Bevölkerung den ersten Platz nach Rußland in Europa ein.

Die Durchschnittsbevölkerung auf den Quadratkilometer beträgt gegenwärtig 130 Einwohner. Während die Bevölkerung sowohl in der Alpen- wie auch in den Sumpf- und Heidegegenden des Nordens dünn ist, ist sie dicht in Sachsen (301 auf den Quadratkilometer) und in den industriereichen Bezirken.

Die Auswanderung war im Abnehmen begriffen (31 000), jedoch wird die Wirtschafts- und Geldkrise, welche die verhängnisvolle Folge des Krieges ist, eine Wiederrücknahme der Auswanderung hervorrufen.

Rassen. Die Bevölkerung gehört größtenteils der germanischen Völkerfamilie an, deren Vertreter durch Initiative, Gemeingeist, Arbeitseifer, Zähigkeit bei geduldigen Untersuchungen gekennzeichnet

net werden. Aber dieselben haben sich auch im Laufe der Geschichte ausgezeichnet durch Grausamkeit, Tücke, Lügenhaftigkeit, Verletzung der Verträge. Ihr „Deutschland über alles“, das sie auch heute noch in der Niederlage unablässig verkünden, ist kennzeichnend für den barbarischen Egoismus und den unverschämten Hochmut der Rasse.

Und dabei schwur vor 1914 die ganze Welt auf die deutsche Kultur! Dieses verbrecherische Werk der deutschen Professoren bestand (wie das deutsche Wesen im Grunde selbst) nur aus Lüge, Heuchelei und Schurkerei. Das Ziel der deutschen Geistesbildung war ausschließlich die Durchdringung der Seele bis in ihren letzten Grund mit dem Geist des Krieges. Diese Kultur flößte keinen anderen Ehrgeiz ein als den tyrannischer Herrschaft durch Gewalt; es war mit einem Wort ihre Aufgabe, Menschen in bewaffnete Automaten umzuwandeln. Die höheren Gefühle, die die zivilisierte Menschheit ehren, die Liebe zur Wahrheit, Gerechtigkeit und Schönheit, wurden vernachlässigt, wenn nicht gar erstickt. Man hat diese Erzeugnisse deutscher Kultur an der Arbeit gesehen: Mord, Plünderung, feige Grausamkeit! Man kann sagen: die Deutschen sind so geblieben, wie Caesar sie vor 20 Jahrhunderten geschildert hat, eine Rasse von Banditen, Räubern und Mördern!

Heraus aus der Gesellschaft der Völker mit den Deutschen! Heraus mit diesen

Verbrechern, die im Laufe der Geschichte von jeher die Störenfriede der Welt gewesen sind! Sie müssen unter die Völker gerechnet werden, die unfähig sind, sich selbst zu regieren und die unter Vormundschaft gestellt werden müsse wie ihre ehemaligen Kolonien von Negern und Papuas. Diese Stämme haben wenigstens Herz. Noch jüngst, bevor man über ihr Schicksal entschied, äußerten sie ihre Angst, die deutschen Tyrannen könnten wieder wie ehemals ihre Herren werden! So weigerten sich im 16. Jahrhundert die Neger Amerikas, sich zum Christentum zu bekehren, aus Furcht, sie könnten im Paradies den Spaniern begegnen.

Soweit das „den offiziellen Lehrplänen angepaßte“ Lehrbuch (ouvrage conforme aux programmes officiels). Ueber Verleger und Verfasser wäre noch zu bemerken:

Das Verlagshaus Henri Dessain in Lüttich, Rue Trappé, ist eines der ältesten dieser Stadt und hat stets französische Literatur in Belgien verbreitet. Die Firma arbeitet viel für die Zentral- und Provinzialregierung. Die beiden Verfasser des geographischen Handbuchs sind die Oberlehrer L. Alexandre und Nève in Lüttich. Beide stehen im Dienste der Stadt Lüttich. Sie zählen zu den bekanntesten Mitgliedern der „Amicis françaises“, die propagandistisch für die Ausdehnung französischen Einflusses in Belgien tätig sind. Diese Tätigkeit wird von der französischen Regierung und von der Lütticher Stadtverwaltung unterstützt.

---

## „DIE GLOCKE“

*kostet vierteljährlich 5000,— Mark*

*Einzelheft 400,— Mark*



Soeben erschien der Schlußband V von

**Max Beer**

**Allgemeine Geschichte  
des Sozialismus und der  
sozialen Kämpfe**

Dieser Band des weitverbreiteten  
Werkes hat folgenden

Inhalt:

**DIE NEUESTE ZEIT BIS 1920**

- I. Deutschland (1800—1847)
- II. Deutsche revolutionäre Vereinigungen im Ausland
- III. Politische und soziale Bewegungen in Deutschland  
(1840—1847)
- IV. Karl Marx
- V. Die deutsch-konservative Sozialreform
- VI. Die zweite deutsche Revolution (1848—1849)
- VII. Wirtschaft und Politik (1850—1880)
- VIII. Die Zeit der ersten Internationale
- IX. Das imperialistische Zeitalter (1880—1914)
- X. Die zweite Internationale (1889—1914)
- XI. Völkerring und Revolution (1914—1920)
- XII. Die kleineren Parteien (1870—1920)

**UMFANG 7 BOGEN OKTAV**

---

Verlag für Sozialwissenschaft ♦ Berlin SW68

GEORGE GROSZ: ECCE HOMO | GEORGE GROSZ: ABRECHNUNG FOLGT

DAS MONUMENTALWERK VON  
**GEORGE GROSZ**  
**„ECCE HOMO“**

84 LITHOGRAPHIEN UND 16 AQUARELLE  
WEGEN GEFÄHRDUNG DER ÖFFENTLICHEN „SITTlichkeit“  
**BESCHLAGNAHMT!**

*Es gibt einen schönen Kontrast, stellt man die parfümierten Modelleblänge kitschig anregender Boudoirgraphik dem verbotenen Künstler George Grosz gegenüber. Grosz zeichnet unverhüllt, was ist; jene zeichnen raffiniert verhüllt, was nicht ist, aber von vielen erträumt wird. Jene geben pollerten Schmutz; ihnen ist das Nobelerottische Selbstzweck; Grosz dekouviert das Häßliche einer Welt, um diese Welt zu vernichten. Er notiert ihre Scheußlichkeit; jene fälschen und verklären sie klebrig. Er ist beherzt, jene sind beflissen. Er greift derb zu, jene säuseln kirrend Zoten. Er ist Weltbesitz neben Rembrandt, Hogarth, Daumier, Dore; jene sind und bleiben bedauerliche deutsche Domäne. Er hat Ethos, ihr Stüt Amüsiertricks. Und gerade daß sein Ethos das der aufsteigenden, der heutigen Herrschaftsclique feindlichen Masse ist, soll ihm zum Verderben angerechnet werden. Er klärt auf, wo Aufklärung verhaßt ist; er verletzt, wo Verhelmlung der Wunden erwünscht ist. So wirft man ihm Schamverletzung vor und ärgert sich an dem Scharfblick, der der Tugendwächter Anlagen zum Schamlosen ertappte. Anatomische Museen dürfen die Brutalität des Daseins in geschlechtlicher Beziehung darstellen, für ein jedem erschwingliches Entgelt, weil sie es ja ohne anklägerisches Pathos tun, nur zur Belehrung der Bürgersöhne, sie vor Schaden zu bewahren; George Grosz, der dasselbe künstlerisch und im Angriff auf die Bürgerbastionen tut, ist natürlich strafwürdig. Seine Behandlung der Sache ist weder Frivolität noch Bürgerprophylaxe, also verbrennenswert. Er ist nicht gelegheitsmacherisch, er ermangelt des „Wohltollens“, und alles in allem und immer wieder: er sieht die Dinge so, wie man sie im Bürger-Deutschland nicht sehen darf; wie sie sind, nicht wie sie scheinen!*

VON GEORGE GROSZ IST SOEBEN ERSCHIENEN:

**„ABRECHNUNG FOLGT!“**

57 NEUE POLITISCHE ZEICHNUNGEN

BROSCHIERT 2—

GEBUNDEN 4.50

VORZUGSAUSGABE VOM KÜNSTLER SIGNIERT  
AUF SCHWEREM BÜTTEN 50.— GRUNDMARK

GRUNDMARK × SCHLÜSSELZAHL

**DER MALIK-VERLAG / BERLIN W 9**

GEORGE GROSZ: ABRECHNUNG FOLGT | GEORGE GROSZ: ECCE HOMO

GEORGE GROSZ: ECCE HOMO // GEORGE GROSZ: ABRECHNUNG FOLGT

GEORGE GROSZ: ECCE HOMO // GEORGE GROSZ: ABRECHNUNG FOLGT

# DIE GLOCKE

11. Heft

11. Juni 1923

9. Jahrg.

---

Nachdruck sämtlicher Artikel ist nur mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

---

RUDOLF BREITSCHIED:

## Vorläufige Randbemerkungen.

**I**N dem Augenblick, in dem diese Zeilen geschrieben werden, ist das neue Memorandum, das die deutsche Regierung an die Alliierten gesandt hat, offiziell noch nicht der Öffentlichkeit übergeben, aber sein Inhalt ist bereits so gut wie allgemein bekannt, denn ein Geheimnis, zu dessen Hütung zwei oder drei Dutzend Personen bestellt sind, wird innerhalb weniger Stunden das Geheimnis aller Welt. Da helfen auch die amtlichen und halbamtlichen Dementis nicht, zumal wenn sie bestreiten, was niemand behauptet hat — und was nebenbei doch wahr ist. Dementieren ist eben auch eine Kunst, und die Pressestelle der Reichsregierung sollte versuchen, sich wenigstens auf diesem Gebiet zu vervollkommen.

\*

Ueber das Wesentlichste aus der Denkschrift wußten also seit Tagen die weitesten Kreise Bescheid. Nicht unterrichtet war nur diejenige Institution, die nach der Verfassung den größten Anspruch hätte, von den diplomatischen Absichten des Kabinetts in Kenntnis gesetzt zu werden und zu ihnen Stellung zu nehmen. Wir haben einen Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten, dessen Vorsitzender der Abgeordnete Stresemann ist. Seine Verhandlungen sind vertraulich. Aber seine Existenz ist mehr und mehr in Vergessenheit geraten. Während die früheren Regierungen ihn wenigstens noch einigermaßen respektierten, spielt er unter Cuno so gut wie gar keine Rolle mehr. Er tritt nur hin und wieder zusammen, um rückwirkende Betrachtungen anzustellen, die niemanden sonderlich interessieren können. Vielleicht darf er damit rechnen, zusammenberufen zu werden, wenn die Wirkung feststeht, die die Note bei den Adressaten erzeugt hat. Die Geheimräte, die die Geschäfte des Reiches leiten, lieben eine Körperschaft nicht, in der unbequeme Fragen gestellt werden können und die ein verbrieftes Recht hat, ein wenig dreinzureden. Wir sind wieder bei der Geheimdiplomatie angelangt, bei einer durch Indiskretionen gemilderten Geheimdiplomatie.

\*

An die Stelle des Auswärtigen Ausschusses sind sozusagen die Parteiführer getreten. Der Reichskanzler empfängt sie einzeln, nach Fraktionen gruppiert oder in Abteilungen und macht ihnen vertrauliche Mitteilungen über den Stand der Dinge. Daß das nur ein unvollkommener Ersatz für den Ausschuß ist, liegt auf der Hand. Außerdem waren die Parteiführer über die unzureichende Aufklärung, die ihnen vor der Note vom 2. Mai zuteil geworden war, ungehalten, und sie hatten sich deshalb entschlossen, diesmal nicht nur eine bessere Unterrichtung zu verlangen, sondern auch einen stärkeren Einfluß auf das Zustandekommen des neuen Memorandums zu nehmen. Sie haben nur in dem ersten Punkt Erfolg gehabt: man hat ihnen das Schriftstück vor der Absendung vorgelesen, seine Formulierung ist aber in der Hauptsache ohne ihre Mitwirkung gefunden worden, zum wenigsten ohne die der Sozialdemokratie und der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft.

\*

Die leitenden Männer der Sozialdemokratie und der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft waren sich darüber einig, daß Deutschland diesmal eine bestimmte Endsumme nennen oder zum mindesten seine Jahresleistungen entsprechend fixieren müsse, und zwar sollte die Summe 30 Milliarden Goldmark betragen. Der Reichskanzler und der Außenminister widerstrebten diesem Verlangen. Dreißig Milliarden schien ihnen zu viel, und da sie wohl wußten, daß weniger nicht gut anzubieten war, wollen sie sich überhaupt nicht festlegen, sondern alles dem Schiedsspruch internationaler Sachverständigen überlassen. Hier drohte ein Konflikt.

Da kam im letzten Augenblick der Regierung Hilfe. Sie eröffnete den Parteiführern, sie sei von ebenso wohlmeinenden wie unterrichteten englischen Gewährsmännern dahin informiert worden, daß maßgebende Mitglieder der Londoner Regierung es für besser hielten, wenn keine Ziffer genannt werde. England dränge auf eine Konferenz der Alliierten, Deutschland habe Aussicht, in einem späteren Stadium zu dieser Konferenz hinzugezogen zu werden, und dort werde nach einer Prüfung seiner Leistungsfähigkeit seine Verpflichtung geregelt werden.

Die bürgerlichen Politiker erklärten, man müsse der Regierung Vertrauen schenken, und waren mit dem Verzicht einverstanden. Die Sozialdemokraten überließen dem Kabinett die Verantwortung, da sie sich über den Wert der englischen Informationen kein Urteil bilden konnten, und so hatten Cuno und Rosenberg ihren Willen durchgesetzt. Mit der Kontrolle durch die Parteiführer — über deren verfassungsmäßige Berechtigung man übrigens wirklich verschiedener Meinung sein kann — war es nichts geworden.

\*

Wie wird die Note draußen wirken? Das ist die Frage. Keine bestimmte Zahl, keine Fixierung der Annuitäten! Die einigermaßen mysteriösen Engländer sollen darauf hingewiesen haben, daß jede Summe von Poincaré als zu niedrig zurückgewiesen werden würde. Daran mag etwas Richtiges sein, und wir wollen private Nachrichten, nach denen der französische Ministerpräsident bereit gewesen wäre, 30 Milliarden als Verhandlungsbasis zu akzeptieren, nicht zu hoch einschätzen. Aber es kommt schließlich nicht allein und nicht einmal in der Hauptsache auf Poincaré, sondern auf die öffentliche Meinung in Frankreich, in Belgien und in der ganzen Welt an. Nach unserer und nach der französischen, belgischen und englischen Sozialisten Meinung würde die Nennung der erwähnten Zahl es Herrn Poincaré außerordentlich schwer gemacht haben, das deutsche Angebot einfach als undiskutabel abzulehnen. Sie hätte den ehrlichen deutschen Zahlungswillen dokumentiert, und wenn England überhaupt gewillt und imstande ist, zu Deutschlands Gunsten zu arbeiten, so wäre es durch die feste Offerte jedenfalls nicht daran gehindert worden.

Die Befolgung der englischen Ratschläge hatte überhaupt nur dann einen Sinn, wenn einige Gewißheit für eine erfolgsversprechende Intervention vorhanden war. Wir sind skeptisch in bezug auf die Anregungen und Versprechungen, die von der Themse kommen, doppelt skeptisch in diesem Fall, wo wir die Ratgeber nicht kennen, und niemand weiß, wer sie zu ihrem Auftreten autorisiert hat. Merkwürdig, daß sich eine so nationale Regierung wie die des Herrn Cuno so leicht durch ausländische Anregungen beeinflussen läßt! Wird Herr Helfferich nicht eifersüchtig werden?

\*

In die Garantie-Angebote freilich scheint kein Engländer hineingeredet zu haben. Ueber Einzelheiten wäre von unserer Seite aus manches zu sagen, aber wir beschränken uns zunächst darauf, mit Befriedigung festzustellen, daß überhaupt festumrissene Vorschläge gemacht worden sind. Ueber ihre Durchführung wird zu reden sein, wenn die Gegenseite gesprochen hat.

Aber warum in aller Welt war es unmöglich, diese Garantien schon in die Note vom 2. Mai einzufügen? Und weiter: Bedurfte es wirklich noch der Frist von einem ganzen Monat, um die in dem neuen Memorandum enthaltenen Gedanken zu formulieren? In diesem Monat hat sich die Lage Deutschlands und insbesondere seiner arbeitenden Klassen bis zur Unerträglichkeit verschlechtert. Die Ruhrbesetzung und das, was mit ihr zusammenhängt, trägt an dieser Entwicklung nicht allein, aber doch zu einem sehr großen Teil schuld. Trotzdem konnte sich das Kabinett Cuno nicht zu dem Entschluß schnellen Handelns aufraffen. Es wollte offenbar den Eindruck erwecken, daß Deutschland Zeit habe. Die Politik des

Wartens und der stolzen Ruhe hat sich schon bitter gerächt, und wir fürchten, es werden in der Zukunft noch schlimmere Folgen eintreten.

\*

Das beste, was sich von dem Schriftstück der Regierung Cuno sagen läßt, ist, daß es positiv nichts unmittelbar verdirbt. Es ist ein Memorandum, d. h. nur eine Ergänzung der Note vom 2. Mai in bestimmten Punkten. Nach diplomatischer Auslegung bleibt die Note vom 2. Mai bestehen, aber es ist schon ein Glück, daß das nicht offen ausgesprochen wird und daß nicht aufs neue Streitfragen, die vor einem Monat in den Vordergrund gestellt waren, aufgeführt werden.

Unter diesen Umständen müßte jetzt die Bahn für Verhandlungen frei sein, und wir hegen die bestimmte Erwartung, daß nicht wieder die Zeit mit Rekrimationen und dergleichen unnütz vertan wird. Nur ist es mehr als zweifelhaft, ob der jüngste Schritt der deutschen Regierung von irgendwie nennenswertem Einfluß auf Verlauf und Ausgang der Verhandlungen sein wird. Dafür erfolgt er zu spät. Die Einigung unter den Alliierten scheint nahezu vollzogen zu sein, und selbst wenn man Deutschland zu einer Konferenz zuläßt, wird es dort nach aller Wahrscheinlichkeit nur eine sehr passive Rolle spielen. Die andern werden ihm den Preis nennen, mit dem es die Befreiung des Ruhrreviers erkaufen kann. Es steht zu befürchten, daß dieser Preis über die von Cuno und Rosenberg zu hoch befundene Summe von 30 Milliarden hinausgeht und daß, was die Garantien angeht, Engländer und Franzosen die Grenzen, die der Reichsverband der deutschen Industrie dem Leistungswillen der „deutschen Wirtschaft“ setzt, nicht unbedingt respektieren werden. Dann erst beginnt die langverschleppte innere Krisis in Deutschland akut zu werden.

---

KURT HEINIG:

## Das Berliner Programm der Industrie.

Die vierzehn Punkte, die das Schreiben des Reichsverbandes der deutschen Industrie an die diskontfähigen Herren Cuno und Becker enthält, sind ein Programm. Die versuchte Methode, es zu verwirklichen, zeigt, wie sich die Zeiten ändern. Als die deutsche Sozialdemokratie im Jahre 1891 in Erfurt ihre Forderungen an und über den Staat formulierte, mußte sie hinausgehen und damit Anhänger werben, Kopf um Kopf gewinnen. Die Industriellen von heute machen es praktischer, sie stellen Forderungen auf, stecken sie in einen Briefumschlag und adressieren ihn. Damit wird der mühselige Umweg über die Gewinnung der Geister

überflüssig. Die Ueberzeugung der andern ist nicht notwendig wenn man selbst genügend Sachwerte hat.

Dem Schreiben an die Reichsregierung, dem Aktionsprogramm der deutschen Industrie, war gewissermaßen Rückporto zur postwendenden Bestätigung der Erledigung des erteilten Auftrags beigelegt. Es wurde „offenes Bekenntnis von Regierung und Volk“ zu den Grundsätzen des Reichsverbandes „sowie sofortige Verwirklichung derselben durch alle beteiligten Faktoren“ verlangt. Dann ist betont, daß im andern Falle alle Opfer des Volkes fruchtlos sein würden, „die Mitverantwortung für einen derartigen Fehlschlag zu übernehmen ist die Wirtschaft nicht in der Lage“. Im Geschäftsleben wird kurz, bündig und deutlich bestellt oder abgelehnt, Lieferfrist und Zahlungstermin bestimmt. Die Schlußsätze aus dem Schreiben des Reichsverbandes zeigen, daß dort auch Politik und Programm nach jenen Gewohnheiten behandelt werden.

Um so überraschender ist die allgemeine Kommentierwut, die jetzt plötzlich ausgebrochen ist. Sie soll angeblich den Zweck haben, das Schreiben des Reichsverbandes in seinem wirklichen Sinn verständlich zu machen. Erläuterungen zu einem Programm sind immer zu schätzen, dadurch gewinnen kurz und hart formulierte Sätze blühendes Leben, dehnen sich aus, verschaffen Einblicke und Perspektiven in die Zukunft. Was aber jetzt alles an Erläuterungen über das Berliner Programm der Industrie geschrieben wird, das sind keine Erläuterungen mehr, das ist eine Revision! Nebenher laufen dann noch die Ausdeutungen der Goldanbeter. Die Führung der christlichen Gewerkschaften fungiert dagegen als — Syndetikon; sie möchte kleben, leimen und kitteln, was durch die Industriellen zerschlagen worden ist.

Die offizielle Revision des Berliner Programms der deutschen Industrie vom 25. Mai 1923 erfolgte am 31. Mai in einer Pressebesprechung, zu der der Reichsverband eingeladen hatte. Dort wurde betont, daß das Schreiben der freien und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften den gutachtlichen Charakter des industriellen Schreibens nicht beachtet habe. Damit meinte das „Gutachten“, dessen „sofortige Verwirklichung durch alle beteiligten Faktoren“ verlangt worden war. Es sei eben der Charakter der Denkschrift mißverstanden worden. Das „Gutachten“ sei eigentlich nicht einmal ein Gutachten, sondern nur eine Unterlage für die Regierung, „damit die verfassungsmäßig berufenen Faktoren feste Handhabe für die selbstverständlich notwendige gesetzliche Regelung bekommen“. Demnach brauchten sich schon am 31. Mai Regierung und Volk nicht mehr zu einem „offenen Bekenntnis“ der vierzehn Punkte des Berliner Programms der deutschen Industrie

zu verpflichten. Man wird uns zugeben, daß das eine so rasche Revision eines Programmes ist, daß sie Mißtrauen verdient.

Der offizielle Mann im Reichsverband, Dr. Bücher, kommentierte das Berliner Programm in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ am 1. Juni dahin, daß es ein Versuch sei, die Wege zu zeigen, auf denen die wirtschaftlichen Faktoren Deutschlands wieder ertragreich gestaltet werden können. Das Wort vom Produktivitätsprogramm hat seither in den Erläuterungen der Kommentare offiziellen Kurswert erlangt. Der Hansa-Bund, der das Schreiben des Reichsverbandes „nicht glücklich“ fand, erläuterte es in einem offiziellen Rundschreiben dahin, daß es sich nicht um Bedingungen handle, sondern nur um Ratschläge, um eine gute Unterlage für die Lösung der gegenwärtigen Fragen. Mit einer ziemlich deutlichen Spitze wurde dennoch betont, daß es nicht eine Machtfrage der Wirtschaft gegenüber dem Staat sein kann und sein darf, den politisch entscheidenden Körperschaften in der Erfüllung dieser Verpflichtung ihren Willen aufzuzwingen. Das ist eine kleine Deutlichkeit, die die „Unterlagen“, die nur Ratschläge sein sollen, doch recht merkwürdig beleuchten.

Der mehr oder weniger offizielle Chor der Presse sei nur kurz registriert. Die „Kölnische Zeitung“ ließ sich aus Berlin telefonieren, daß der Reichsverband gar nicht daran denke, der Regierung Vorschriften zu machen. Die „Germania“ meinte, daß Wortlaut und Geist des Schreibens die Anklage widerlegten, daß die Industrie ihre Wiedergutmachungspflichten an Bedingungen knüpfe. Der Reichsverband habe der Regierung „nur Material“ unterbreitet. Das seien keine Bedingungen, „sondern Voraussetzungen“ (?). „Diese Voraussetzungen will man in industriellen Kreisen als rein logische Ableitung verstanden wissen“ (??). Die „Deutsche Tageszeitung“ betonte selbstverständlich auch, daß die Industrie an keine Bedingungen gedacht habe, es sollten durch ihr Schreiben nur die sachlichen Voraussetzungen für eine Leistungsteilnahme der deutschen Wirtschaft geschaffen werden.

In die Zwickmühle ist durch das Berliner Programm weniger die Reichsregierung, dafür aber um so mehr die christliche Gewerkschaftsbewegung geraten. Da die ihr nahestehenden politischen Kreise ebenso mit dem derzeitigen Kabinett wie mit der Industrie verknüpft sind, muß sie ihren Mitgliedern klar machen, daß das Wichtigste an dem Angebot sei, „daß die deutsche Wirtschaft freiwillig (!) bereit ist, Garantien zu übernehmen“. Das politische Tageblatt der Stegerwaldtischen Richtung, „Der Deutsche“, erklärte deswegen, daß die freigewerkschaftliche Verwahrung gegen die vierzehn Punkte des Programms der Industrie nichts weiter sei als ein schlecht geschriebener Leitartikel. Die christlichen Gewerkschaften zögen es demgegenüber vor, ihre Meinung mit der gebotenen Reserve in — einigen Leitartikeln



im „Deutschen“ zum Ausdruck zu bringen. Am 3. Juni wird die angekündigte Stellung genommen und dabei anerkannt, daß es für die freien und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften gar nicht möglich gewesen sei, dem Vorschlag der Industrie jetzt öffentlich einen anderen entgegenzusetzen. Das würde nur dazu geführt haben, dem Auslande Waffen zu geben. (Eingefügt sei hier, daß das auch eine Antwort an die Adresse der „Vossischen Zeitung“ ist, die den Gewerkschaften vorgeworfen hat, sie seien nur kritisch und nicht positiv.) Aber am 5. Juni schreibt „Der Deutsche“, daß die Kritik des gewerkschaftlichen Schreibens an der Höhe des Angebots eine Einladung für unsere Gegner geworden sei, die Kontributionen Deutschlands bis ins unerträglichste zu steigern. Das müsse für die deutschen Arbeitnehmer von den schwersten Folgen sein! Wir nehmen an, daß in den nächsten Tagen die christlichen Gewerkschaften offiziell erklären, ob ihre Meinung vom 3. Juni oder die vom 5. Juni über das Schreiben der freien Gewerkschaften ihre eigentliche Meinung ist; vielleicht haben sie es bis dahin auch schon gelesen.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß seit dem 25. Mai das neue industrielle Programm soviel erläutert worden ist, daß die dabei entstandene Revision merkwürdigerweise schon anfängt, über Dinge, die helles Tageslicht notwendig haben, Dunkelheit zu verbreiten. Forderungen, die nach acht Tagen schon Gutachten, Ratschläge, Unterlage, Material, Versuch, Voraussetzungen und logische Ableitungen geworden sind, verdienen vollste Aufmerksamkeit. Die breiten Massen sollten sich darüber klar sein, daß die chamäleonartige Anpassungsfähigkeit eines Programms die Gefahr in sich schließt, daß es vermöge seiner rasch wechselnden „Schutzfarbe“ mitunter auch dort vorhanden ist, wo es nicht gleich erkennbar wird.

---

MAX QUARCK:

## Zwischen Kommunisten und Kapitalisten.

**D**ER französische Senat hat sich nicht zum Ausnahmegerichtshof für den Kommunisten-Prozeß hergegeben. Er hat es abgelehnt, sich mit der sorgfältig vorbereiteten Anklage zu befassen, und der Prozeß wird nun von den ordentlichen Gerichten weiter verfolgt. Da sich der Senat als unzuständig erklärte, wurde die Festhaltung Emil Hölleins, des deutschen Abgeordneten, und Gabriel Peris, des Sekretärs der Kommunistischen Jugend, die allein noch in Haft gehalten wurden, gegenstandslos. In dessen bleibt Höllein in seiner Eigenschaft als Ausländer zur Verfügung des Ministers des Innern, der mit Bezug auf ihn die not-

wendigen Maßnahmen treffen wird. Wahrscheinlich will ihn der Minister ausweisen. Peris weigerte sich, das Gefängnis ohne seinen Kameraden zu verlassen und hatte sich in seiner Zelle verbarrikadiert, deren Tür infolgedessen eingeschlagen werden mußte. Er hat das Gefängnis lediglich vor der Drohung verlassen, daß ihn die Sicherheitsorgane an die Luft setzen würden. Eine originelle Art der Freilassung! Hoffentlich erfüllen sich die Befürchtungen nicht, die der französische Sozialist wegen des Schicksals seines deutschen Gesinnungsgenossen zu haben scheint\*)....

Die Anklageschrift gegen die Kommunisten wird vom Pariser „Temps“ veröffentlicht und füllt acht Spalten des Blattes im größten Format. Es ist, als wenn man die Anklage eines strebsamen preußischen Staatsanwalts aus der Zeit des Sozialistengesetzes liest. Um die „insurrektionellen Versuche“ der Angeklagten zu beweisen und darzutun, daß die Hydra der Revolution hinter ihnen gelauert habe, wenn sie gegen die Besetzung der Ruhr protestierten, wird folgendes dargelegt:

Drei französische Parteiorganisationen seien heute unter der direkten Kontrolle der korrespondierenden russischen Organisationen: die kommunistische Partei, der neu gegründete allgemeine Bund der Arbeit, und zwar der unitarische, der sich im Gegensatz zum französischen Gewerkschaftsbund gebildet hat, und die kommunistische Jugend. Sie hätten sich auf Befehl von Moskau gegen den Vertrag von Versailles erhoben, wären zu Handlungen übergegangen und hätten versucht, sich mit Gewalt der Anwendung dieses Staatsgesetzes zu widersetzen. Das ist das Verbrechen des Hochverrats, dessen Herr Poincaré die Kommunisten beschuldigte und dessentwegen er sie vor den Staatsgerichtshof verwiesen haben wollte.

Die Anklage geht auf den vierten Kommunisten-Kongreß in Moskau vom Dezember 1922 ausführlich ein und versucht nachzuweisen, daß die französischen Kommunisten nach ihrer Rückkehr vom Kongreß ein Aktionskomitee einsetzten, das die russischen Beschlüsse ausführte. Die Anklage beruft sich hier auf lauter Artikel und Aufrufe, die in der französischen kommunistischen Presse erschienen sind. Insofern enthält sie also keinerlei Geheimnis und bringt nichts Neues. Für Paris sei die Aktion unter dem Titel „Gegen den Krieg und gegen den Vertrag von Versailles“ durch eine Versammlung vom 3. Januar 1923 eröffnet worden, von der die Anklage ein paar Einzelheiten hervorhebt, die auch für Deutschland Interesse haben. Cachin habe dort das Wort ergriffen und habe angesichts der Ruhrbesetzung gesagt, daß das französische und deutsche Proletariat rasch handeln müßten, „handeln mit allen Mitteln, die in ihrer Macht stünden, und sei es durch den Generalstreik“. Monmousseau, der Vertreter der kommunistischen Gewerkschaftsorganisation, versicherte, daß die rote Armee die deutsche Revolution nicht erdrücken lassen würde. Treint, ein anderer Kommunist, sei noch heftiger geworden und habe ausgerufen, „wenn die roten Soldaten an die Ufer des Rheins kämen, so würden wir ihnen die Tore unserer Städte öffnen und sie im Namen des französischen Proletariats begrüßen“. Zum Schluß sei eine Rednerin aufgetreten, deren Namen

\*) Nach den letzten Meldungen scheinen sie allerdings allzu gerechtfertigt. Red. der „Glocke“.

auf dem Einladungsplakat klüglich verschwiegen worden sei. Es war Frau Rosi Wolfstein, deutsche Reichsangehörige und Landtagsabgeordnete; sie habe unter dem französischen Beifall der Versammlung von Frankreich als dem Lande gesprochen, „wo die schwärzeste Reaktion der Welt herrsche“. Daraus gehe klar hervor, daß ihr Auftreten ein Verbindungsglied zwischen den kommunistischen Treibereien in Frankreich und der Essener Geheimkonferenz bilde, die alsbald am 6. und 7. Januar 1923 in Gegenwart von französischen, deutschen, englischen, belgischen, italienischen, holländischen und tschechoslowakischen Abgeordneten gehalten worden sei. Cachin habe den Zusammenhang mit dem Kongreß von Moskau bestritten. Aber anlässlich einer Haus-suchung, die bei Treint abgehalten worden sei, habe man einen Brief gefunden, der ihm von Berlin unter dem 6. Dezember 1922 von dem Landtagsabgeordneten Franz Dahlem geschrieben worden sei und in welchem es heiße: „Cachin hat in seiner Moskauer Rede über den Vertrag von Versailles erklärt, daß man ein gemeinsames Aktionsprogramm der westlichen Parteien schaffen müsse“. Die Essener Geheimkonferenz habe dann tatsächlich zu diesem Zwecke stattgefunden.

Die Anklage sagt aber gleich darauf, daß unter dem 18. Januar 1923 ein Bericht über diese „Geheimkonferenz“ in der Berliner kommunistischen „Freiheit“ erschienen sei. Damit stimme ein Bericht überein, der von dem französischen Kriegsminister zu den Akten gegeben worden sei. Die Franzosen hatten also ihre Spitzel auch in dieser Zusammenkunft. Vor Eintritt in die Tagesordnung habe der Delegierte des französischen kommunistischen Gewerkschaftsbundes die Summe von 11 000 Francs für die Streikenden von Ludwigshafen gegeben, und dann habe Cachin das Wort genommen und nach einer lebhaften Kritik der französischen Politik damit geschlossen, „daß es sich nur noch darum handle, die Linien eines gemeinsamen Vorgehens gegen den Vertrag von Versailles festzulegen und endgültige Entscheidungen zu treffen“. Der deutsche Delegierte Thalheimer versicherte, daß Rußland bereit sei, zu handeln. Die Besetzung der Ruhr würde eine Intervention Rußlands herbeiführen, und man müßte die Aktion nach dieser Wirklichkeit regeln.

Beim Bericht über diese Kindereien schaltet die Anklageschrift ernsthaft folgende Worte ein: „Alle diese wichtigen Behauptungen müssen festgehalten werden, da sie die juristischen Grundlagen einer Anklage auf Grund des Artikels 76 des Strafgesetzbuchs sind, welcher das Einverständnis mit Agenten einer fremden Macht bestraft, das besteht, um Feindseligkeiten gegen Frankreich zu begehen oder um ihm die Mittel dazu zu beschaffen“. Man sieht, welche Naivitäten der Anklage genügen, um ihre „Juristischen Grundlagen“ zu beschaffen!

Dann wird der Reisen gedacht, welche die französischen Kommunisten nach der Essener Konferenz nach Köln, Frankfurt, Stuttgart und Hamburg machten; auch dort hätten die Redner, wofür zum Teil die Berichte der französischen Konsuln der betreffenden Stadt angeführt werden, Aufreizungen jeder Art begangen, die das „Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates“ darstellten. In einem Lande alter Zivilisation und klarer Intelligenz, wie Frankreich, würde freilich eine kommunistische Revolution niemals vollständig gelingen. Aber die Notwendigkeit, sie nächster zu unterdrücken und vielleicht zu spät zu handeln, würde eine fatale Reaktion gegen die Freiheit selber und die Republik mit sich bringen. Man greife besser jetzt gegen Leute zu, die in der „Humanité“ vom 16. Mai geschrieben hätten, „daß das Leben eines deutschen Kommunisten einem französischen Gesinnungsgenossen hundertmal mehr wert sei als die Haut von 100 000 französischen Patrioten, die hinter den Fahnen von Foch, Weigand und Degoutte hermarschierten“.

Diese Proben aus der Anklageschrift mögen genügen, um zu zeigen, welches schlechte Gewissen die französische Regierung hat. Sie hat wohl Recht damit, daß die Kommunisten aller Länder lediglich den Befehlen von Moskau folgen und die Revolution um jeden Preis predigen. Aber das geschieht in aller Oeffentlichkeit und man kann wirklich nicht davon sprechen, daß die Leutchen viel Erfolg mit dieser ihrer Losung hätten. Sie bilden den kleinsten Bestandteil der Arbeiterbewegung, zersplittern dieselbe in verhängnisvoller Weise und würden gar nicht existieren können, wenn sie nicht durch den französischen Militarismus und die deutsche Reaktion immer neue Nahrung bekämen. Insofern sind die französischen Ankläger schuldiger, als die Angeklagten, und ihre Spitzelberichte dienen lediglich der politischen Verhetzung, ob sie nun von den Achtgroschenjungen des französischen Kriegsministers, oder von den unsauberen Elementen stammen, deren sich die französischen Konsuln in den deutschen Städten bedienen. Die Angeklagten haben ja gegen die Anklage beim Gericht Anzeige wegen Verwertung gefälschter Papiere eingereicht, und man wird aus dem Ergebnis dieses Gegenverfahrens sehen, wie weit sich etwa die reaktionäre französische Justiz noch der Methoden des Dreyfußprozesses bedient.

Was aber die Anklage gegen die Ausdehnung der Tätigkeit französischer Kommunisten auf die Ruhraktion betrifft, so geht sie völlig fehl. Der französische Ruhreinfall mit allen seinen Brutalitäten ist greifbare Wirklichkeit. Die Thalheimersche Behauptung dagegen, daß die russische Sowjetrepublik die rote Armee zur Rettung der Rheinlande schicken werde, ist purste Phantasie. Die Machthaber in Moskau denken nicht einen Augenblick daran, die Knochen eines einzigen russischen Soldaten für die Rheinlande zu riskieren oder sonst zu helfen. Sie haben auf anderen Teilen ihres ausgedehnten Operationsfeldes genug zu tun. Die französische Republik kann sich gut und gern das Geld wieder geben lassen, mit dem sie den Marschall Foch nach Polen schickte, damit er die polnische Armee gegen den Einmarsch der Russen bereit stelle. Uebrigens haben nach den überschwenglichen Berichten der Pariser Presse die reizenden Festivitäten mit geschmückten Bauernmädchen und dekolletierten Damen der polnischen Schlachta bei den Empfängen eine so große Rolle gespielt, daß der reisende Feldmarschall viel Energie hat aufwenden müssen, um seine strategische Arbeit zu leisten. Kurz und gut: die russische Hilfe für die deutschen Rheinlande ist eigenste französische Erfindung. Die französische Regierung, die französischen und deutschen Kommunisten teilen sich zu vollständig gleichen Teilen in den Ruhm dieser albernen Chimäre. Keiner hat dem anderen etwas vorzuwerfen oder ihn deswegen anzuklagen!

Im Ruhrrevier aber, dessen Besetzung Herrn Poincaré mit der einfachen und ebenso gewissenlosen Berufung auf den berühmten § 18 des Friedensvertrags begründete (wirklich und wahrhaftig mit nichts weiter!), regieren die Franzosen mit dem Kriegsgesetz und erschießen sogar deutsche Reichsangehörige, um den Terror gegen die Auflehnung zu verbreiten. Poincaré hat sich in der französischen Kammer ausdrücklich auf den Fall Schlageter berufen, um die Energie zu bekunden, mit der die französische Soldateska vorgeht. Anklage aber erhebt man offiziell gegen die französischen Kommunisten, die sich gegen ein solches Regiment empören. Die französische Regierung, die vom Senat einen freilich nur sehr leisen Nasenstüber erhalten hat, wird es noch dahin bringen, daß die angeklagten Kommunisten mindestens als der anständigere Teil der französischen Bevölkerung betrachtet werden wird . . . .

Statt dessen geht die Pariser Presse dazu über, Deutschland des Wahnsinns zu beschuldigen, daß es die kommunistische Bewegung im Rheinland unterstütze. Hier hört jede Möglichkeit der Diskussion auf. Das Organ des Auswärtigen Amtes in Frankreich, der „Temps“, schreibt wörtlich in seinem Leitartikel vom 27. Mai:

„Die Reichsregierung wußte im besonderen, daß sich die kommunistischen Hundertschaften seit ziemlich langer Zeit an der Ruhr organisierten. Was konnte sie tun, um die Störung der Ordnung zu vereiteln? Es steht uns nicht zu, alle Aktionsmittel zu beurteilen, welche die Reichsregierung, die Staatsregierungen und die großen wirtschaftlichen oder politischen Organisationen besaßen, die vorgeben (!), die Revolutionäre zu bekämpfen. Aber es ist nicht schwer, einige Verwaltungsmaßregeln zu bezeichnen, die vielleicht zu ergreifen waren. Die deutsche kommunistische Partei gibt große Summen für ihre Propaganda aus. In diesem Augenblick verfügt sie nach ernsthaften Informationen über einen Kredit, der ungefähr 20 Millionen Schweizer Franken beträgt, um überall Buchhandlungen einzurichten, das heißt, Verbreitungsstellen der kommunistischen Literatur. Dieses Geld kann in Schweizer Geld gezahlt werden, aber es ist von Moskau gekommen. Kann die deutsche Regierung, die sich schmeichelt, den Umlauf der fremden Devisen auf ihrem Gebiet zu kontrollieren, nicht Beschlag auf die russischen Hilfsgelder legen?“

Hier wird der deutschen Regierung etwas zugemutet, was nicht einmal die französische Regierung leisten kann. Der Kommunismus nährt sich hier, wie dort, ausschließlich von russischem Gelde. Aber man muß schon reichlich naiv sein, wenn man glaubt, dieses Geld zirkuliere auf offenen Wege, zum Beispiel auf Banküberweisungen, im kommunistischen Verkehr. Die Herren haben natürlich hundert geheime Kanäle, durch die sie ihre Subsidien verbreiten. Und wenn die ganze französische Anklageschrift nicht ein einziges Mal den Fall berichten kann, daß russische Gelder beschlagnahmt wurden, so ist es eine Keckheit ohnegleichen, dies von der deutschen Regierung zu verlangen, die doch über viel weniger Machtmittel verfügt, als die französische. — Der „Temps“ fährt jedoch selber fort: „Aber weshalb gelingt die kommunistische

**Propaganda im Ruhrrevier? Weil der Arbeiter Hunger hat.“**  
**Und nun wird ganz richtig die ungeheure Teuerung in Deutschland**  
**geschildert und die Schlußfolgerung angefügt:**

„Wenn die Kommunisten den Arbeiter zur Revolte auffordern, ist er also geneigt, den Versuch zu machen. Hätte aber die Reichsregierung, die Kredite vermehrt, welche sie zur Verfügung der Industriellen stellt, damit diese ihrerseits den Lohn aufbessern, so wäre die Krise abgeschwächt worden. Oder die deutschen Behörden hätten sich darauf einrichten können, daß die Preise der Lebensmittel im Ruhrrevier nicht so hoch gestiegen wären... Da nichts Wirksames in dieser Hinsicht versucht wurde, ist die Unzufriedenheit der Volksmassen zur Explosion gekommen.“

Im deutschen Munde ließe sich dieser Vorwurf gegen die deutsche Regierung hören. Im Munde eines französischen Nationalistenblattes aber erinnert er stark an den Wolf, der das Lamm anklagt, weil es weiter unten das Wasserlein getrübt hat! Durch den französischen Ruhreinfall bringt man alle Verkehrs- und Versorgungsverhältnisse in Unordnung und läßt die Besetzungssoldaten auch noch „öffentliche und private Lebensmittelvorräte requirieren. Und dann klagt man über Teuerung! Das bedeutet doch, die Heuchelei auf die Spitze treiben!

Noch ein letztes Argument hat der Pariser „Temps“ gegen die deutsche Regierung: Er meint, sie hätte das Beispiel von England nachahmen können. Die englische Regierung habe ein Ultimatum nach Moskau geschickt, als sie bemerkt habe, daß die kommunistische Propaganda an den Grenzen von Indien fortgesetzt werde und daß russische Gelder bis nach London gingen. In Deutschland habe man die entgegengesetzte Taktik verfolgt. Man habe über einen Handelsvertrag mit Rußland verhandelt zu derselben Stunde, in der die russischen Kommunisten unter dem Eindruck des englischen Ultimatus standen und den Aufruhr an der Ruhr predigten. Als ob die Engländer trotz ihres Ultimatus nicht fröhlich und ungeniert mit der Sowjetrepublik weiter verhandelten und rüdrig Konzessionen in dem weiten Reich erwürben, und als ob der Beginn deutscher Handelsvertragsverhandlungen mit Rußland irgend etwas für den Kampf gegen den Kommunismus bedeutete, den Deutschland zusammen mit der Sozialdemokratie zur Ordnung seiner Verhältnisse unter den größten Schwierigkeiten weiterführt! Es ist unerhört, welches verschiedene Maß das offizielle Organ des Auswärtigen Amtes in Frankreich anzuwenden wagt, je nachdem es sich um englische oder deutsche Politik handelt.

Es versteht sich von selber, daß die Gründung der Internationale in Hamburg, die das beste Gegengift gegen die verstiegene Hoffnungen des Kommunismus darstellt, von demselben „Temps“ in seiner Nummer vom 20. Mai mit Hohn und Spott überschüttet wird. Die neue Internationale sei lediglich „eine Gründung

zur Rettung Deutschlands vor der Zahlungspflicht der Reparationen.“ Von der Rede des Franzosen Blum in Hamburg wird ausdrücklich zugestanden, daß sie eine „Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens“ geschaffen habe. Aber die Behauptung, daß der Ruhr-einfall die deutsche Republik gefährde, sei nichts als bloßer „Vorwand“. Solange die auswärtige Politik Frankreichs auf diesem Standpunkt steht, kann man sie nicht ernst nehmen.

Dann werden die französischen Mitglieder der Internationale an ihrer Eitelkeit gefaßt. Im Exekutivkomitee hätten die Franzosen nur 16, die Engländer und die Deutschen aber je 30 Stimmen. Das dies genau die Stärke der Organisierten in den betreffenden Ländern entspricht, braucht das Pariser Blatt nicht zu wissen. Während sich im unbesetzten Deutschland kein Franzose und kein Belgier sehen lassen dürfe, hatten sich die französischen und belgischen Redner der Internationale von den Deutschen bejubeln lassen, die wohl wüßten, was sie täten. Mit dieser Unterstellung, die würdig der Anklage im Kommunistenprozeß ist, schließt der herabsetzende Artikel des „Temps“, der nichts gelernt und alles vergessen hat ....

So häuft die maßgebende französische Presse des „Bloc national“ die Beispiele für das grenzenlose Uebelwollen ihres Landes. Man will auf jener Seite keine Entwirrung, sondern sucht nur noch immer mehr Verwirrung zu stiften. Zu welchem Ende? Sollten doch diejenigen recht haben, die behaupten, die Franzosen betrieben keine Reparationspolitik, sondern sie wollten die Zerstörung und Zerreißung Deutschlands? Wir halten jedenfalls daran fest, daß Deutschland allem Uebelwollen seines Gegners zum Trotze eine klare und einwandfreie Reparationspolitik treiben muß, aus dem einfachen Grunde, weil es sich durch nichts anderes retten kann. Was frommen uns Geld und Gut, wenn wir durch ihre Hergabe die Unabhängigkeit und die Selbständigkeit erringen können? Reich-tümer können wir uns immer wieder verdienen; unsere Un-abhängigkeit ist auf lange Zeit verloren, wenn wir nicht opfern können! Deshalb ist das verklausulierte Anerbieten der deutschen Industrie zu verwerfen. Es stellt nur eine jämmerliche Abschlags-zahlung auf die Summe dar, die die Industrie und die Landwirt-schaft für unsere höchsten staatlichen Güter leisten können. Durch Reichsgesetz ist die nötige Summe zu erheben, und zwar durch Sachwertbesteuerung in Verbindung mit einer Beteiligung des Reichs am Ertrag. Wir müssen uns loskaufen! Und wer will den Zorn des Volkes, das nur recht zu unterrichten ist, durch eine Weigerung heraufbeschwören?



## Johann Gottlieb Fichte und Ferdinand Lassalle.

### Volksfreiheit, unsere nationale Abwehrwaffe!

Vorbemerkung: Im Jahre 1860 entriß Ferdinand Lassalle Fichtes politisches Vermächtnis der Vergessenheit. Heute erscheint es angebracht, die kaum noch beachtete Lassallesche Schrift ihrerseits der Vergessenheit zu entreißen. Denn wenn Lassalle im Jahre 1860 fand, daß Fichtes Worte von 1813 wie für den damaligen Augenblick geschrieben klangen, so muten uns Heutige wiederum Lassalles Worte von 1860 und Fichtes Worte von 1813 im Augenblick der Ruhrbesetzung ganz ähnlich an. Sie mögen allen denen als Warnungsschild dienen, die auf dem Wege der Reaktion oder der Rückkehr zur Monarchie Deutschland retten wollen. Fichte und Lassalle zeigen, daß nationale Selbstbehauptung für ein Volk nur in dem Maße möglich ist, wie es seine innere Freiheit entwickelt hat. — Der Raum gestattet hier nur einige Absätze aus der klassischen Schrift wiederzugeben, die das Denken zweier deutscher Geistesheroen vereinigt. Zum Verständnis der zitierten Stelle: Lassalle ist Fichtes Gedankengänge bis zu einem Punkte nachgegangen, wo Fichte auf den Begriff des Nationalen kommt. Wir beginnen mit dem von Lassalle angeführten Fichte-Zitat:

„Was ist nun (fragt Fichte) das eigentlich Nationale? Ich denke: gegenseitiges Verstehen zwischen Repräsentierten und Repräsentanten. — Nun gibt's etwas, worüber ganz gewiß Einverständnis herauszubringen ist: die bürgerliche Freiheit. Diese wollen alle; kein Volk von Sklaven ist möglich. Nicht mehr umzubilden daher wäre ein Volk, noch zum Anhang eines anderen zu machen, wenn es in einem regelmäßigen Fortschritt der freien Verfassung hineingekommen. Dazu also ist es fortzubilden, um seine nationale Existenz zu sichern. Dies ist ein Hauptgedanke!“

Jawohl ist dies ein Hauptgedanke! Doch bedarf er zu seinem konkreteren Verständnis noch einer kurzen Eplikation. Ist ein noch so großer überall her versammelter Haufe von Leuten ein Volk? Gewiß nicht. Zu einem Volke ist vielmehr noch erforderlich, daß diesen Haufe in ursprünglicher Weise von demselben indentschen und bestimmten Geiste beseelt sei, der einem Volke eben durch Rassenabstammung, Tradition und Geschichte vermittelt wird. Dies ist ein Volk, aber nur erst an sich. Das Volk ist dann zu vollendeter Wirklichkeit gelangt, oder sein Volksein ist dann, wie Fichte sagt, in sein Bewußtsein und sein wahrhaftes Sein übergegangen, wenn es diesen gemeinschaftlichen eigenen ursprünglichen Geist nun auch selbst heraussetzt und entwickelt. Alle Geschichte und aller Drang eines Volkes besteht in nichts als in der Verwirklichung dieses Geistes. Ein Volk ist frei, wenn es diese Selbstverwirklichung seiner bewußt ausführen kann. Ein solches Volk läßt sich daher nie erobern oder zu dem Anhängsel eines anderen machen, weil es dann, statt wie bisher sich selbst zu verwirklichen, einem anderen und fremden Geiste und Willen hingegeben ist, und somit jetzt wahrhaft beherrscht, aus Freien in Sklaven verwandelt wäre. Dieser Gegensatz ist der prinzipielle und daher ein so blutiger und unversöhnlicher, daß, so lange die Geschichte steht, noch nie ein wahrhaft freies Volk von außen unterjocht worden



ist, vielmehr durch die Energie, nicht von sich ablassen zu wollen, und dies gar nicht zu können, selbst unter den ungünstigsten Verhältnissen und mit der größten Uebermacht ringend gesiegt hat. Aber diese Energie ist eben darum nur bei einem solchen Geiste notwendig, vorhanden, der ein sich selbst bestimmender und deshalb ein in allen seinen Punkten und Teilen von sich selbst durchdrungen ist! — Wo aber ein Volk in seinen heimischen Zuständen noch nicht dazu gekommen ist, den eigenen geistigen Inhalt frei auszuführen, sich selbst verwirklichen zu können, sondern noch beherrscht wird durch privilegierte Stände, Klassen usw., da ist auch dieser letzte Grad von in sich geschlossener Individualität und Festigkeit noch nicht eingetreten. Denn zwischen dem einen Beherrschtwerden und dem anderen ist kein derartiger prinzipieller Gegensatz, wie zwischen Sichselbstbestimmen und von anderen bestimmt werden. Die Hauptbestimmung ist hier vielmehr in beiden Fällen die gemeinsame, daß die Selbstverwirklichung des eigenen Geistes nicht vorhanden ist. Darum kann eine Herrschaft mit der anderen vertauscht werden, oft ohne jeden Widerstand, wie z. B. als Oesterreich Lothringen an Frankreich gegen Toskana hingab. — Hier ergibt sich der tiefe Sinn des Wortes, das neulich ein anderer scharfer und umfassender Denker (August Boeck in seiner Rede zur Schillerfeier der Berliner Universität S. 8) aussprach, daß „die Vaterlandsliebe nur den Freien zukommt“. Fichte hat also Recht zu sagen, es gebe einen Bildungsgrad, bei welchem ein Volk nicht mehr wie ein Haufen Leute zu behandeln und einem anderen Volk zu assimilieren ist. Und dieser Bildungsgrad löst sich auf in den Freiheitsgrad, wenn ein Volk dahin gekommen ist, mit Bewußtsein den eigenen nationalen Geist zur freien Selbstverwirklichung zu bringen, oder wenn es, wie Fichte sich ausdrückt, „in einen freien Fortschritt der Verfassung hineingekommen“ . . . . Aus dem Angegebenen erklären sich übrigens noch zwei Erscheinungen, die hier nur angedeutet werden mögen: Erstens der Grund, warum nur zu höherer Freiheit gelangte Völker solche, die hierin tiefer stehen und Freiheit nicht aus sich selbst zu erzeugen vermögen, sich assimilieren können, und warum hierin, wie ich unlängst anderwärts in Kürze nachgewiesen, ein berechtigter Fortschritt zu sehen ist. Zweitens — der Grund jenes instinktiven und tief charakteristischen Unsicherheitsgefühls, das jetzt Deutschland mit gutem Recht durchzittert. Wir stehen zwischen zwei Ländern, von denen das eine, Rußland, trotz allem scheinbaren Verzicht, bestimmt ist, sich solange gewaltsam ausdehnen zu wollen, bis es hieran in seiner jetzigen Gestalt zu Grunde geht, das andere, Frankreich, zwar durchaus nicht unter einem solchen Gesetz steht, aber durch sein gegenwärtiges Regiment genötigt ist, auswärtige Beschäftigung zu suchen. Zwischen zwei so mächtigen, geschlossenen und auf das Ausland hingetriebene Nachbarn gestellt, durchzittert nun eben dieser Instinkt unser Volk, daß selbst unser bloß nationales Dasein noch nicht gesichert ist, solange wir nicht im Innern zur Freiheit gekommen, und daß deshalb sogar unsere Existenz überhaupt gefährdet ist, wenn wir sie nicht zu jener sich selbst garantierenden Bedingung zu entwickeln verstehen!



MÜLLER-BRANDENBURG:

## Kommunistenunfug in Thüringen.

Die Kommunistische Partei Thüringens, die seit 1921 die sozialistische Regierung des Landes unterstützte, hat seit Monaten eine systematische Hetze gegen diese von ihr selbst gestützte Regierung in die Wege geleitet. Diese Hetze hat in den letzten Wochen einen geradezu monströsen Umfang angenommen und konzentriert sich in erster Linie auf den Minister des Innern, den Genossen Hermann. Die Absicht ist klar: Man will die sozialdemokratische Partei Thüringens zerspalten und so unter die Krute des Sowjetgedankens bringen.

Es ist überaus bezeichnend, daß die K.P.D. gerade den Thüringischen Innenminister sich ausgesucht hat, um den Hebel des Zerstörungsversuchs anzusetzen. Innenminister Hermann kann für sich in Anspruch nehmen, mit rücksichtsloser Schärfe gegen die Reaktion eingeschritten zu sein; er hat hierbei große Erfolge erzielt. Die Rechtsradikalen, Deutschvölkische ebenso wie Nationalsozialisten, haben mehrfach bekennen müssen, daß sie trotz der eifrigsten und vorsorglichsten Arbeit in Thüringen niemals ernsthaft Fuß hätten fassen können. Es sei unmöglich, größere und leistungsfähigere Organisationen auf die Beine zu bringen. Sobald man glaube, einigermaßen festen Boden zu haben, komme Hermanns „Inquisitionsgeneral“ (mit diesem schmeichelhaften Ausdruck wird meine Wenigkeit bezeichnet) und schlage „alles in Klumpen“. In der Tat, ich kann bezeugen, daß mit rücksichtsloser Folgerichtigkeit der Minister gegen die Feinde der Republik eingeschritten ist.

Und gegen diesen Minister rennt die K.P.D. an, versucht ihn in der unerhörtesten Weise, unter abgefeimtesten Beleidigungen, aus dem Sattel zu heben. Jedes Mittel ist ihr dabei recht; das haben uns die letzten Tage in Thüringen klar bewiesen. Die K.P.D. brachte eine Interpellation im Landtag ein, in der sie Aufschluß verlangte über die Gründe, die Anlaß gegeben haben, Landespolizei in das Waffenindustrie-Städtchen Zella-Mehlis zu legen. Zugleich verlangte die K.P.D. die sofortige Zurückziehung der Landespolizei aus dem genannten Ort. Diese Forderung lehnte Minister Hermann ab, was nun zu einer großen Anklage- rede der Kommunisten wider die Regierung führte. In der Antwort auf diese Rede sah sich der Minister genötigt, der K.P.D. vorzuhalten, wes Geistes Kinder sie mit ihrer Interpellation zu decken, versuchen, und machte Andeutungen über sehr wenig erfreuliche Zustände in Zella-Mehlis. Die K.P.D. reagierte darauf nicht, brachte vielmehr eine Entschließung des Inhalts ein, der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung zu zwingen, die Abteilung der Thüringischen Landespolizei (30 Köpfe!) aus Zella-Mehlis sofort herauszuziehen, da ihre Anwesenheit in Zella-Mehlis eine „Provokation der Arbeiterschaft“ bedeute. Gegen diese Entschließung wandte sich der Innenminister und wies darauf hin, daß einmal die Behauptung der Kommunisten: er habe die Landespolizei nach Zella-Mehlis gelegt, weil das Reich dieses fordere, unwahr sei; zweitens, daß sich die Notwendigkeit ergeben habe, die Landespolizei in Zella-Mehlis einzusetzen, weil große Waffenverschiebungen festgestellt seien, die sich in erster Linie in Richtung Bayern bewegen; daß aber drittens sich Gesindel aller Art (Einbrecher, Spitzbuben und andere dunkle Existenzen) Zella-Mehlis als Eldorado ausgesucht hätten.

Der mit großem Theaterdonner aufgezogene Sturmangriff der K.P.D. brach bei der Abstimmung glatt zusammen. Die Bürgerlichen enthielten

sich der Stimme, der K.P.D.-Antrag wurde durch die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. — Schmunzelnd aber hatten die bürgerlichen Vertreter des Landtags dagesessen. Für sie war es ein Genuß, zu erleben, wie die Kommunistische Partei die Interessen der Thüringischen Arbeiterschaft in der frivolsten Weise für ihre Parteizwecke sabotierte. Heute bescheinigen bürgerliche Blätter den Moskaujüngern, daß sie eine schwere „Niederlage“ erlitten haben.

Natürlich ist die von der K.P.D. heraufbeschworene Regierungskrise damit nicht beigelegt. Bei den Etatsberatungen wird sich zeigen, wie sich die Kommunisten, nachdem sie den Skandal in die Wege geleitet haben, weiter zu der Regierung einstellen. Sie brauchen sich aber nicht einzubilden, daß die Thüringische Sozialdemokratische Partei gewillt ist, unter ihr Joch zu kriechen. Klipp und klar ist ihnen erklärt worden: entweder die K.P.D. stellt sich auf den Boden der Verfassung und arbeitet im Rahmen der Verfassung in legaler Weise für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung des Thüringischen Landes, oder es müssen andere Wege gefunden werden, ohne die Gefolgschaft der K.P.D. — Es wird Sache der K.P.D. sein, den Nachweis zu bringen, ob sie ihre Parteiinteressen vor die Interessen der arbeitenden Bevölkerung Thüringens stellt. So wie sie sich in den letzten Wochen gebärdet, muß allerdings angenommen werden, daß ihr die Parteiinteressen über alles gehen. Sollte das der Fall sein, wird die sozialdemokratische Partei genötigt sein, hieraus die Konsequenzen zu ziehen. Die K.P.D. braucht sich nicht einzubilden, daß die Thüringer Sozialisten sich vor ihr ins Schlepptau nehmen lassen.

Die „Münchener Post“ hat schon recht, wenn sie am 2. Juni bei Besprechung der thüringischen Vorgänge schrieb:

„Feigheit vor der Verantwortung, Liebe zum Radikalismus der Phrase, Rücksichtnahme auf die bisherige rein agitatorische Einstellung diktieren diesen ‚Arbeitervertretern‘ ihre Haltung und lassen sie zu Zerstörern der proletarischen Landtagsmehrheit werden, die ohne weiteres auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms eine Arbeiter-Regierung ermöglichen.“

Severings Wort von den politischen Kindern bewahrheitet sich auch in Thüringen. Politische Kindsköpfe sind hier die Treiber der kommunistischen Politik. Solche Kindsköpfe können aber, wenn sie bösaartig sind, leider sehr viel Unheil anrichten, ehe sie sich abgewirtschaftet haben.

---

PAPYRUS:

## Papierpanama.

### Ein Beitrag zur heutigen Industriepolitik

Vor einiger Zeit (Anfang April 1923) wurde vor einer Berliner Strafkammer ein Schieberprozeß behandelt, der — wie üblich — mit dem Freispruch der Angeklagten endete. Der Hergang war kurz der: Ein sächsischer Papiergroßhändler, dessen Firma seit mehreren Jahrzehnten besteht, hatte im Jahre 1919 mehrere hundert Waggons Druckpapier nach Italien verkauft. Aber als er liefern wollte, wurde ihm die Ausfuhr gesperrt, mit der Begründung, er habe die Ausfuhrbestimmungen nicht inne gehalten.

Die Außenhandelsstelle für Druckpapier, die diese Sperre verhängte, stützte sich bei ihrem Vorgehen auf die „ehrenwörtliche“ Ver-

sicherung eines kaiserlich und königlichen Hofrates Hartmann (ungarischer Provenienz), der versprach, schriftliche Unterlagen für seine ehrenwörtliche Versicherung beizubringen. Leider ließen diese Beweismstücke längere Zeit auf sich warten, Eile war nicht notwendig, denn dem Konkurrenten war die Ausfuhr gesperrt, ferner aber schloß nunmehr der k. k. Hofrat im Königreich Italien (selbstredend unter genauester Innehaltung der Ausfuhrvorschriften) Aufträge auf Zeitungsdruck ab, und mit Leichtigkeit, denn seine Leipziger Konkurrenz konnte ja nicht liefern. Nachdem der Hofrat aus dem Lande Italia zurückgekehrt war, die Abschlüsse in Sicherheit, wurde nun in einer Sitzung der Außenhandelsstelle die Ausfuhrsperrung gegen die Leipziger Firma aufgehoben. Vorher hatte noch der Leiter der Außenhandelsstelle, der königlich preussische Geheime Regierungsrat a. D. Pfundtner, den kaiserlich königlichen Hofrat gefragt, ob kein Grund mehr zur weiteren Aufrechterhaltung der Sperrung vorläge, da sich ja die Anschuldigungen gegen Leipzig als unrichtig (wenn auch ehrenwörtlich versichert) herausgestellt hätten.

Der um seinen Profit gebrachte Sachse suchte und fand Material gegen die Außenhandelsstelle, das er der Öffentlichkeit zur Verfügung stellte. Hierbei sollen er und seine Helfershelfer die Grenzen des Zulässigen überschritten haben — Erfolg: Strafantrag. Nun, im Strafprozeß stellte sich heraus: Daß besagter k. k. Hofrat, bzw. dessen Firma, selbst 10 Waggon Papier in nicht einwandfreier Weise ins Ausland geliefert hatte, daß dies Geschäft so durchsichtig war, daß ein leitender Beamter der Ausfuhrhandelsstelle eigenhändig auf das Ausfuhrgesuch schrieb: „Vollendete Schiebung, beantrage sofortige Sperrung.“ Aber — es geschah nichts! Erst als zutage trat, daß ein Teil des Papiers (10 Waggon Zeitungsdruck) zur Zeit des oberschlesischen Abstimmungskampfes nach Polen verschoben worden war, und daß mit deutschem Papier polnische Propaganda gegen Deutschland getrieben wurde, da wurde diese unglückliche Sache dadurch aus der Welt geschafft, daß der k. k. Hofrat sich bereit erklärte, diese etwas unklare Sache (§ 92 St. G. B.!) durch eine freiwillige Buße von 5000 M. (geschrieben: fünftausend deutsche Reichsmark in Papierwährung) aus der Welt zu schaffen. Und der königlich preussische Geheime Regierungsrat a. D., der Leiter der Außenhandelsstelle, erklärte sich hiermit einverstanden. Unglücklicherweise war nun der Herr k. k. Hofrat auch noch Vertrauensmann des Vereins der Druckpapierfabrikanten, vor einigen Jahren hatte er allerdings noch den Offenbarungseid geleistet, aber Leute mit nicht gerade „großen Traditionen“ sind nachher um so geschickter. Ein weiteres Unglück war, daß die Papierindustriellen dem königlichen preussischen Geheimen Regierungsrat, wenn er aus dem Staatsdienst ausscheidet und die Leitung der Außenhandelsstelle übernimmt, bei Auflösung der Außenhandelsstelle 650 000 Mark in Aussicht stellten, und diesen Betrag zu einer Zeit, als 650 000 Mark gleich rund 15 000 Dollar waren!

Der Prozeß endete mit dem Freispruch des Angeklagten. Und was geschieht nun? Der k. k. Hofrat, der während des Prozesses gerade im Auslande weilte, erläßt eine Erklärung in den Zeitungen, daß er den ehemaligen Reichsminister Koch mit der nochmaligen Durcharbeitung des Prozesses beauftragt habe, und er stellt weitere gerichtliche Schritte in Aussicht. Das war der eine Erfolg des Prozesses.

Gleichzeitig gibt die dem Hartmann-Konzern nahestehende Holzzellstoff- und Papierfabrik-Aktiengesellschaft in Berlin einen Prospekt heraus, in dem sie 80 000 000 Mark neue Aktien zur Zeichnung auflegt. Aus dem Prospekt ergibt sich nun, daß die eigenen Werke Zeitungsdruckpapier, Packpapier und Zellstoff sowie Holzschliff herstellen und zwar insgesamt:

Zellstoff	24 000 To.;	Holzschliff	4 000 To.
Zeitungsdruck	4 500 To.;	Sonst. Papiere	20 000 To.

Von diesen Fabriken ist aber eine infolge der Abtretung Oberschlesiens an Polen gefallen. Nun ist die polnische Papierindustrie noch sehr zurück, hauptsächlich wegen Zellstoffmangels, und Altdamm kann neben den Oberschlesischen Zellstoffwerken A.-G. jährlich 25 000 To. produzieren, also mehr, als der gesamte Konzern im vergangenen Jahre produziert hat. Im ganzen hat Polen 1921 2400 To. Papier produziert, die nur die Hälfte des Inlandsbedarfs deckten. Um diese Papierzeugung aber zu ermöglichen, mußten noch rund 2000 To. Zellstoff eingeführt werden; also die Aussichten der genannten Zellstofffabriken sind glänzend. (Altdamm und die Zellstofffabrik gehören zum Hartmann-Konzern.)

Aber auch der Leiter der Außenhandelsstelle läßt die Angelegenheit nicht ruhen, denn der Verein deutscher Papierfabrikanten spricht ihm sein vollstes Vertrauen aus (Papierzeitung Nr. 43 vom 28. 4. 1923). Der Kg!. preuß. Geheime Regierungsrat a. D. bleibt also in Amt und Würden. (Die an sich gute Einrichtung der Außenhandelsstellen wird absichtlich oder unabsichtlich durch die Vertreter des alten Systems und die Industrie gegen sich selbst gedreht.) Die Papierfabriken haben auch allen Grund, der Arbeit der Außenhandelsstelle Dank und Vertrauen entgegenzubringen, denn sie haben mit oder unter ihr verdient, wie noch nie:

Da sind die Vereinigten Bautzener Papierfabriken A.-G., Bautzen, die nur 150% Reingewinn verteilen, außerdem aber noch ihr Aktienkapital um 30 Mill. M. erhöhten, diese neuen Aktien den alten Aktionären im Verhältnis 1:1 anbieten und ihnen so ein Geschenk machen in mehrfachen Höhe ihres Aktienkapitals. Gerade dies ist lehrreich: Während die Industrie über Geldknappheit jammert, die Erhöhung des Reichsbankdiskonts auf 18% (wie lange dauert es noch, und er beträgt 50%) als einen Grund zu weiterer Preissteigerung ansieht, werden Milliarden Kapital der deutschen Unternehmungen direkt verschenkt, einigen wenigen Bemittelten und Großspekulanten zugeführt, und die Produktion sinkt, weil die Erzeugnisse so teuer geworden sind, daß die erdrosselte Kaufkraft der Bevölkerung sie nicht mehr erschwingen kann.

Doch diese „Gewinnquote“ steht in der Papierindustrie nicht etwa vereinzelt da. Gleichzeitig gibt die Freiburger Papierfabrik zu Weißenborn in Sachsen bekannt, daß sie 100% Dividende bezahlt, und die Chromopapierfabrik von Gustav Najork A.-G., Leipzig, verteilt 200%. Da nun aber 200% etwas happig aussieht, so schlägt sie eine Dividende von 0,40 Goldmark vor, auf der Grundlage, daß 5000 Papiermark gleich einer Goldmark seien.

Dieser Goldmarktrick ist auch leicht zu durchschauen: Man will damit den Außenstehenden die wahre Höhe des Gewinns verschleiern, die Gewinn-Empfänger merken schon, wenn sie die neuen Hunderttausendmarkscheine in der Tasche haben, was „Goldmark“ ist. Warum rechnet man den Angestellten und Arbeitern nicht auch ihren Gewinn (Lohn) in Goldmark um?

In Goldmark eingezahlt sind heute kaum noch Aktien, sondern der Erwerb von Aktien dient ausschließlich dem Spekulationsbedürfnis, der Flucht vor der Mark. Damit nicht genug, erzielen die Aktionäre durch Kursgewinn, Gratis- oder Vorzugsaktien noch eine Rente von mehreren tausend Prozent ihres Anlagekapitals — für Nichtstun! Niemals ist Nichtstun so gut und hoch bezahlt worden wie in der deutschen Aktienwirtschaft des Jahres 1922.

Diese drei Beispiele sind einer Nummer der Papierzeitung (Nr. 42 1923) entnommen. Hat da die Außenhandelsstelle nicht vorzüglich gearbeitet? Damit nicht genug. Wer die Produktionsziffern von Zeitungs-

druck mit den Verbrauchsziffern vergleicht, wird erkennen, daß die Produktion durchschnittlich immer gleich groß blieb, dagegen der deutsche Verbrauch immer mehr nachließ, und genau um die gleichen Mengen, um die der Inlandsbedarf zurückging, stieg der Export, der Devisen brachte, die man nur teilweise viel, viel später, als sie eingingen, abliefern mußte. Die von dem Druckpapierverband befolgte Preispolitik hat zur Erdrosselung einer ganzen Reihe deutscher unabhängiger Zeitungen geführt, dagegen zu einer Blüte der von Unternehmerkreisen ausgehaltenen Tendenzzeitungen (Stinnes usw.). Man hat keine Mittel gescheut, eine Absatzstockung zu vermeiden, und Zeitungsdruck wird im Ausland billiger abgesetzt als im Inland, wie die Mindestpreise der Außenhandelsstelle beweisen. Es betrogen die Preise für 100 Kilo Zeitungsdruck:

für Holland	Gulden 20,50 (oder 35,00 Goldmark),
für England	£ 19,10 (oder 39,00 Goldmark),
für Nordamerika	\$ 7,25 (oder 30,00 Goldmark),
für die Schweiz	Frs. 38,00 (oder 30,40 Goldmark),
für Deutschland	M. 156 500,00 (oder 32,00 Goldmark, Dollarkurs 20 000 M.).

Berücksichtigt man nun noch, daß die Auslandslieferungen frei an Bord des Verladehafens erfolgen, die Inlandslieferungen hingegen ab Fabrik, so ergibt sich, daß das Ausland deutsches Zeitungspapier um 10 bis 15 % billiger erhält als das Inland. Diese Zahlen beweisen, daß das Papier billiger geliefert werden kann, daß aber die Papierbarone unumschränkt herrschen.

Ebenso sieht es in der papierverarbeitenden Industrie aus, namentlich im Druckgewerbe. Hier herrscht nun der Mittel- und Kleinbetrieb vor, so daß man auf die Ergebnisse der wenigen Aktiengesellschaften angewiesen ist.

Nur zwei Beispiele: Die Gundlach A.-G., Bielefeld, schlägt 150% Dividende vor, Rothphot, A.-G. für Graphische Industrie, Berlin, nur 100%. Dafür werden aber die gesamten Anlagen vollständig abgeschrieben, also ein Mehrfaches des Aktienkapitals als wertlos verbucht. Dabei sind aber die Druckpreise ins Maßlose gestiegen, der Drucktarif hat die Aprilpreise gegen die Vorkriegspreise um das 5500 fache erhöht, die Papierpreise sind hierbei ausgeschlossen. Dafür sind diese um das 10 000 fache gestiegen, die Löhne hingegen nur um das 2000 fache.

Hand in Hand mit dieser wahnwitzigen Preiserhöhung geht eine ebensolche Qualitätssucht. Die Mittelware wird vernachlässigt, dafür nur noch hochwertige Ware produziert und forciert. Wenig Arbeit und viel Profit! Der Erfolg: Arbeitslosigkeit. Während der Durchschnitt der Arbeitslosenzahl im Reiche 17% beträgt, beläuft er sich im graphischen Gewerbe auf 30% (einschließlich der aus dem Beruf Abgewanderten). Nachstehende Tabelle zeigt die Preisentwicklung besonders deutlich:

	Reichsindex- ziffer	USA \$-Kurs	Löhne im Buch- druckgewerbe (laut Tarif)	Druckpreise (ohne Papier laut Tarif)	Papierpreise
1914	1	1	1	1	1
1922.					
April	34	65	21	31	60
Mai	38	70	26	40	75
Juni	41	80	31	51	80
Juli	54	130	38	71	140
August	78	200	45	115	210

	Reichsindex- ziffer	USA \$-Kurs	Löhne im Buch- druckgewerbe (laut Tarif)	Druckpreise (ohne Papier laut Tarif)	Papierpreise
1922.					
September	133	350	70	185	400
Oktober	221	700	122	278	800
November	446	1500	227	488	1600
Dezember	685	1900	378	928	2000
1923.					
Januar	1120	5000	567	1392	5000
Februar	2643	12000	1254	4265	13000
März	2654	5000	2072	5470	10000

Die Zahlen sind der leichteren Uebersicht halber zurückgeführt auf den Stand vom Juli 1914, dergestalt, daß Preise, Löhne und Kurse am 1. Juli 1914 gleich 1 zu setzen sind. Die einzelnen Ziffern geben also den Koeffizienten im Vergleich zum Vorkriegsstand wieder.

Entnommen sind diese Zahlen: 1. der Papierzeitung, 2. dem Plutus, 3. den amtlichen Börsennotierungen.

In dem gleichen Maße, in dem der Profit steigt, steigt die Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Berufsabwanderung. Unter dem Deckmantel der Qualitätsarbeit werden Tausende aufs Pflaster geworfen, durch Verelendung von Millionen Arbeitnehmern soll diesen die Kraft zur Verteidigung der sozialen Gesetzgebung, des Achtsturentages u. a. m. genommen werden. Es gäbe dabei ein einfaches Mittel gegen die Arbeitslosigkeit: Die Unternehmungen, die Arbeiterentlassungen vorgenommen haben, dürfen keine Dividenden ausschütten, ihre Direktoren und Leiter keine Tantiemen beziehen, Agiogewinne sind dem Reservefonds zuzuführen, die Ausgabe von Aktien unter Börsenkurs ist verboten.

Nicht die Lohnentwicklung hat die Not und das Elend in Tausenden von deutschen Familien hervorgerufen, sondern die unersättliche Profitgier. Das Phantom des militärischen Siegfriedens führte zum 9. November des Deutschen Reiches, die privatwirtschaftliche Methode wird zum Totengräber des deutschen Volkes werden.

RUSTICUS:

## Der neue Landrat.

Ort der Handlung: ein schlesisches Dorf jener Gegend, in der einmal der ungekrönte König von Preußen, Herr v. Heydebrand, allmächtig war. Die Gemeindegemeinschaft ist vorbei und die Gemeindegroßen diskutieren am Biertisch. Einige Großbauern, hitzige Anhänger des Landbundes, nehmen den Mund entsetzlich voll. An der Republik und der heutigen Regierung lassen sie kein gutes Haar. Besonders eins erbost sie: dieser rote Hund, der Severing, hat gewagt, dem Kreise einen republikanischen Landrat vor die Nase zu setzen. Das ist ein Bruch aller Traditionen! Wie anders war es in der guten alten Zeit, als noch der königliche Landrat, Herr von sowieso....

Der alte Kuhbauer Gottlieb Wende hatte bisher noch kein Wort gesprochen. Er sprach überhaupt selten. Jetzt aber gab er durch einiges Räuspern zu verstehen, daß er auch etwas zu äußern hätte.

Nachdem er umständlich seine Pfeife am Bierglas ausgeklopft, neu geladen und in Brand gesetzt hatte, begann er folgendermaßen:

„Ja, der neue Landrat! Aber ich habe auch einmal mit dem früheren zu tun gehabt. Damals war das freilich anders. Wenn unsereiner, einer von den kleinen Leuten, den Herrn Landrat sprechen wollte, dann war das eine kitschige Sache. Ich will einmal schildern, wie das zuing.

Da waren mir — gerade ein Jahr vor dem Krieg — die Wildschweine des Grafen X. aus dem benachbarten gräflichen Forst in mein Roggenfeld eingebrochen und hatten fürchterlich gehaust. Wenn damals schon Krieg gewesen wäre, hätte ich gesagt: Mein schöner, sorgfältig bestellter Acker sah aus wie ein Trichterfeld. Die Ernte war verloren. Damals drückten die Hypotheken noch — heute wiegen sie ja federleicht — und ich wußte nicht, wovon Zinsen zahlen. Bekam ich keinen Wildschadenersatz, war ich ein ruinierter Mann. Ich verfuhr sorgfältig. Ich ging mit dem Herrn Gemeindevorsteher und zwei Schöffen hinaus und ließ abschätzen. Nach langem Hin und Her rechneten sie einen Schaden von 250 M. heraus, was sicher nicht zu viel, eher zu wenig war. Und nun mußte ich aufs Landratsamt, den Schaden anmelden.

Heute ist das ja einfach. Heute geht man hin und läßt sich beim Landrat anmelden. Aber damals! Ich stand zeitig, um 5 Uhr morgens, auf, wusch mich wie vor großen Festen, zog meinen Hochzeitsrock an, nahm die Mütze unter den rechten Arm, die blankgeputzten Stiefel unter den linken und wanderte barfuß zwei Stunden bis zur Kreisstadt. Denn wehe, wenn ich mit beschmutzten Stiefeln vor dem Herrn Landrat erschienen wäre! Im Städtchen angelangt, ließ ich mich rasieren, trank mir mit einem dreistöckigen Korn Mut an und ging trotzdem etwas beklommen nach dem Kreishaus. Erst dort, auf den Treppenstufen, zog ich mir die Stiefel an. Die Mütze noch immer fest unter den Arm geklemmt, schlich ich mich vorsichtig durch den langen Korridor und stand längere Zeit. Endlich öffnete sich eine Tür, ein Schreiber trat heraus und wandelte gravitatisch, ohne mich eines Blickes zu würdigen, einem gewissen Ort zu.

Ich faßte mir ein Herz: „Könnte .... könnte ich vielleicht den Herrn .... den Herrn Kreissekretär sprechen?“ Nach dem Herrn Landrat selber zu fragen, schien mir ein zu vermessenenes Unterfangen. Der Herr Schreiber maß mich streng von dem frischgezogenen Scheitel bis zu den blankgeputzten Stiefelspitzen, legte seine Stirn in Falten und äußerte schließlich, daß das eine sehr schwierige Sache sei, aber er wolle sich beim Herrn Kreissekretär für mich verwenden. Ich wartete eine kleine Stunde, dann war der Herr Kreissekretär zu sprechen. Ich trug ihm meine Sache vor und wies auf die Schadenabschätzung der Dorfkommission hin. Der Herr Kreissekretär aber schüttelte bedenklich den Kopf. Die Sache liege keineswegs so einfach, wie ich annähme. Ob ich es mir nicht überlegen wollte, ehe ich gegen die Wildschweine des Herrn Grafen voringe? Dabei sah er mich durch-



bohrend an. Ich faßte mir Mut und blieb bei meinem Antrag. Dann müsse ich diesen schriftlich zu Protokoll geben. So geschah es.

14 Tage später erhielt ich eine Vorladung auf das Landratsamt und wanderte — ganz wie das erstemal — nach dem Kreishause. Diesmal gelangte ich wirklich und wahrhaftig vor das Antlitz des Herrn Landrats, aber wie ganz anders, als ich mir vorgestellt hatte! Der Herr Landrat saß mit einigen Herren um einen grünen Tisch, unter denen ich zu meinem Schrecken den gestrengen Forstmeister des Herrn Grafen bemerkte. Wie ein Angeklagter mußte ich vor dem Tisch Aufstellung nehmen, die Mütze unter dem Arm. Der Herr Landrat und der Herr Forstmeister maßen mich abwechselnd mit vernichtenden Blicken, so daß ich schließlich ganz vergaß, daß ich hier als Kläger wegen eines mir zugefügten Wildschadens stände, sondern mir vorkam, als sei ich wegen Forstdiebstahls angeklagt. Schließlich schrie mich der Herr Landrat an, wie ich dazu käme, einen so unverschämt hohen Schadenersatzanspruch anzumelden. Der Herr Forstmeister habe als Sachverständiger den Schaden auf höchstens 50 Mark abgeschätzt. Ich sah in diesem Moment mein niedergetretenes und zerwühltes Roggenfeld vor mir, dann das ungeduldige Gesicht meines Hypothekengläubigers. Ein verzweifelter Trotz stieg in mir auf. Etwas stockend zwar, aber doch deutlich genug, wagte ich auf die fünfmal höhere Schätzung des Gemeindevorstehers und der Schöffen hinzuweisen. Das Gesicht des Landrats lief blaurot an, er klemmte sein Monokel ein: „Mann,“ unterbrach er mich, „überlegen Sie sich, was Sie reden! Sie sind hier nicht in der Kneipe. Der Herr Oberförster spricht als vereidigter Sachverständiger. Wollen Sie ihn eines Meineids beschuldigen?“ — Jetzt sah ich wieder etwas vor mir, aber etwas anderes. Ich sah mich angeklagt und verurteilt wegen Beleidigung des gräflichen Oberförsters und zugleich vereidigten Sachverständigen über den von gräflichen Wildschweinen angerichteten Schaden. Mein Mut brach stückweise ab. Ich versuchte etwas zu murmeln, daß doch 100 M. das Allermindeste wären . . . , aber der Landrat fuhr mir wieder in die Parade: „Wollen Sie sich mit 50 M. zufrieden geben, ja oder nein?! Halten Sie uns hier nicht so lange auf!“ Da gab ich zitternd klein bei und ließ mir die 50 M. auszahlen. Beim Hinausgehen sehe ich noch das Gesicht des gräflichen Herrn Oberförsters, der dem Landrat verständnisinnig zuschmunzelt.

Das war das einzige Mal unter dem alten System, daß ich den Herrn Landrat von Angesicht zu Angesicht sprechen durfte. Mit dem neuen Landrat habe ich schon ein paarmal gesprochen, er hat mich freundlich angehört und meine Sachen zur Zufriedenheit erledigt.

Es ist doch auch manches besser geworden seit 1918 für uns kleine Leute.“



## UMSCHAU.

**Unkenntnis — Erkenntnis.** Die „Deutsche Tageszeitung“ ließ sich über die Frankfurter Erinnerungsfeier berichten, daß am Schluß des Festaktes im Römersaal Variationen über Mozarts „Gott erhalte Franz den Kaiser“ gespielt worden seien. Der Berichterstatter des nationalistischen Blattes ist Optimist. Ganz so weit ist die Monarchie noch nicht wieder etabliert. Der Frankfurter Festakt schloß mit Variationen über „Deutschland, Deutschland über alles“. Wobei allerdings bemerkt werden muß, daß die Musik des Deutschland-Liedes von der einstigen österreichischen Nationalhymne geborgt worden ist. Jene österreichische Hymne wurde von Lorenz Leopold Haschka, der von 1749—1837 lebte, gedichtet und von Joseph Haydn komponiert. Also nicht Mozart, nicht Franz der Kaiser; sondern: Haydn und „Deutschland, Deutschland über alles.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat aber ihren Irrtum durch eine Erkenntnis wieder gutgemacht. Eine Besprechung der neuen Rangliste, überlaufend von Tränen der Wehmut von wegen des Heftchens schmalen Umfangs, schließt mit der Erklärung: „Wir danken es denen, die uns unser Volksheer zertrümmert haben.“ Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß die „Deutsche Tageszeitung“ hier die meint, die in der neuen Rangliste nicht mehr zu finden sind: die Ludendorff, Hindenburg, Tirpitz und andere kaiserliche Generale. R. Br.

\*

**Der „törichte und eigensinnige“ Professor.** Gegen Professor Lenard, der hier als Zeuge abgemalt wurde, ist nun endlich wegen seines Verhaltens am Tag der Rathenau-Beerdigung das Disziplinarverfahren eröffnet worden. Das Urteil der Strafkammer I des Landgerichts Heidelberg, i. S. Mierendorff und Gen., trifft über Lenards Verhalten folgende tatsächlichen Feststellungen, die im Wortlaut der schrift-

lichen Urteilsbegründungen festgehalten seien:

„Professor Lenard las den Brief (betreffs Schließung) und traf keinerlei Anordnung zur Durchführung des Befehls der Regierung. Er ging zum Mittagessen“, obwohl nachmittags zwar keine Vorlesungen, wohl aber ein Praktikum stattfand, das rechtzeitig hätte abgesagt werden müssen. Auf Vorhalt an den Zeugen Lenard, er habe sich also dem Befehl der Regierung widersetzt, gab er die Antwort, er habe gar nichts angeordnet, habe also auch keinen Widerstand geleistet. Professor Lenard trieb demnach Resistenz gegen die Regierung in einer nationalen Frage und zwar deshalb, weil die im republikanischen Geist ergangene Anordnung seiner politischen Gesinnung nicht entsprach. Ebenso erstaunlich wie dieser törichte, eigensinnige und gefährliche Ungehorsam gegenüber den Weisungen der vorgesetzten Behörde, war die unaufrichtige Art, mit der ihn Professor Lenard durch Ausreden verteidigte. Um  $\frac{3}{4}$  Uhr hatte er in einem mit „Eilt“ versehenen Briefe vom Rektorat den Flaggenerlaß bekommen und uneröffnet liegen lassen. Das Gericht ist überzeugt, daß auch die Nichtöffnung des Briefes ein Akt passiver Resistenz war. . . . Die ganze Zeugenvernehmung verlief so widerspenstig, daß mit den Zeugnisverweigerungsstrafen gedroht werden mußte. . . .

Diese in den hier in Frage stehenden Punkten hervortretende staatsfeindliche Gesinnung Professor Lenards und die skizzierende Art seines hartnäckigen Widerstandes, verbunden mit abwegigen Gedankengängen zur Selbstverteidi-

gung seines Verhaltens bildete den Schlüssel zu allen nachfolgenden Geschehnissen, an denen er ein großes Teil Schuld trägt.“

Angesichts dieser Feststellungen ist es schlechterdings unbegreiflich, wie die Strafkammer die Angeklagten im Prozeß M. wegen „Landfriedensbruch“ verurteilen konnte. Namentlich das Urteil gegen den Hauptangeklagten Mierendorff, der vier Monate Gefängnis erhielt, ist mehr als befremdend. Es baut sich auf lauter subjektiven Vermutungen auf. Obwohl nämlich das Urteil feststellt, daß M. mit der Menge, welche die Einstellung des Praktikums erzwang, mitgegangen war, um grobe Gewalttätigkeiten zu verhindern, schiebt es ihm dennoch die Schuld an den Vorkommnissen in die Schuhe, weil M. „den Charakter des Professor Lenards gekannt habe, und daher mit dem hartnäckigen Widerstand Lenards habe rechnen müssen.“ Der Student als strafrechtlich verantwortlicher Erzieher seines Professors! Immerhin eine interessante Urteilskonstruktion. Vigil.

\*

**Nochmals die Traditionskompagnie oder: Die Republik muß kleinlich sein.** Angenommen demnächst würde ein Regiment des deutschen Reichsheeres auf den Namen irgendeines gewesenen oder künftigen Kaisers getauft, so könnte das die Republik nicht umschmeißen, aber sie dürfte es nicht dulden. Warum duldet sie eigentlich die Traditionskompagnie? Es mag kleinlich sein, danach zu fragen; aber immerhin, wenn in der siebenten Kompagnie des republikanischen Infanterieregiments Nr. 8 das einstige Grenadierregiment Nr. 7 fortleben soll, so ist anzunehmen, daß in solcher seltsamen Nachfolge auch die Tradition des Königs oder sonstigen Granden, der dieses Grenadierregiments Chef gewesen ist, mitschwingt. Wozu solche verächtlichen Sentimentalitäten? Doppelt peinlich, weil bei-

nahe jede Kompagnie des republikanischen Heeres zugleich eine Traditionskompagnie ist. Das republikanische Infanterieregiment Nr. 9 trägt in seiner ersten Kompagnie die Tradition des ersten Garderegiments, in seiner 9. und 12. Kompagnie die Tradition des ersten Garde-Grenadierregiments, in seiner zweiten Kompagnie die Tradition des dritten Garderegiments, in der zehnten Kompagnie die Tradition des vierten Garderegiments, in der sechsten Kompagnie die Tradition des Garde-Jäger-Bataillons, in der fünften Kompagnie die Tradition des Garde-Schützen-Bataillons, in der siebenten Kompagnie die Tradition des Infanterieregiments 64 und in der achten Kompagnie die Tradition des hundertdreißigsten Infanterieregiments. In solcher Weise hat fast jede Einheit des republikanischen Heeres eine Tradition aufgepackt bekommen. Auch für die Republik kann es politisch nützlich sein, Traditionsfäden zu spinnen und sich in die geschichtliche Entwicklung fest einzufügen. Die Methode aber, nach der die hunderttausend Mann Reichswehr als schäbige Reste der einstigen königlichen und kaiserlichen Armee zurechtfrisirt worden sind, ist zum mindesten geschmacklos, ist offenbar ein Reinfall des Reichswehrministers auf sehr durchsichtige Tendenzen des Offizierkorps und ist schließlich und leider nicht ohne politische Bedeutung.

Die hierhergehörende Zusammenstellung der Rangliste sieht in einer Probe so aus:

Stammtruppenteil	Errichtungsjahr	Neuer Truppenteil
3. GR. z. F.	1860	2. IR. 9
4. GR. z. F.	1860	10. IR. 9
G. Gr. R. 3	1860	5. IR. 5

Was glaubt der Herr Reichswehrminister? Wird der französische Generalstab spintisieren, wenn er solch miraculöse Schrift zu sehen bekommt? Von dem Geheimnis solcher Verflechtungen mächtig angelockt, dürfte er halb erschrocken, halb beglückt aus-

rufen: „Da haben wir sie, die Cadres-Armee“. Selbstverständlich, wir in Deutschland wissen, daß es sich bei dieser Verschachtelung nur um eine Spielerei handelt. Wir wissen, daß die Reichswehr nicht als elastisches Gefäß, jederzeit bereit, ein Vielfaches ihres Bestandes in sich aufzunehmen, konstruiert ist. Aber wenn durch tableauhafte Darstellung einer die berühmte Rahmenorganisation gerade zu hypnotisch demonstrierenden Unsinnigkeit Frankreich sich zu neuem Entwaffnungsruf anreizen läßt, wird man sich kaum wundern dürfen. Das festzustellen ist nicht Landesverrat, vielmehr Aufdeckung unbegreiflicher ministerieller Torheit.

Auch sonst scheint die Traditionskompagnie nur geeignet, Unbequemlichkeiten zu schaffen. In einem Bericht des Lokalanzeigers über eine Denkmalsenthüllung heißt es: „Die Traditioneseskadron erscheint. Sie marschiert übrigens nicht an der Spitze des Zuges, da ihre unmittelbare Beteiligung am Festakt verboten wurde . . . Die nächste Rede hält Exzellenz v. d. Marwitz. Er wandte sich an die junge Mannschaft der Traditionskompagnie.“ Wenn der Vorgang sich so abgespielt haben sollte, wäre festzustellen, das die Traditionskompagnie, der die Teilnahme am Festakt verboten war, an diesem dennoch teilgenommen und außerdem die besondere Aufmerksamkeit des Herrn Festredners angezogen hat.

Die Fragen, die sich aus solcher Episode und überhaupt aus der Einrichtung der Traditionskompagnie ergeben, sind eindeutig. Herr Geßler liebt es zwar, wie weiland Moltke zu schweigen. Leider aber beseitigt solch Stillbleiben des Verantwortlichen nicht die von ihm gezeichneten, ihm aufzuerlegenden, nur gar zu laut für sich selbst sprechenden Unverantwortlichkeiten. Breuer.

\*

**An die Adresse des Herrn Reichsverkehrsministers.** In den Zeitungskiosken der Reichseisen-

bahn wird das Blatt „Fridericus“, Münchener Ursprungs, verkauft. Nr. 22 bringt auf der ersten Seite die fette Ueberschrift „Der ausgepiffene Staatsgerichtshof“. In dem Artikel wird berichtet, daß die Zuhörer der Verhandlung gegen den Dr. Hoffmann-Kutschke nach Verkündung des Urteils den Staatsgerichtshof ausgepiffen und ausgepiffen hätten. Es wird hinzugefügt, daß diese Pfuirufe einem großen Teil des deutschen Volks aus der Seele gekommen wären. Es heißt dann weiter: „In der Verhandlung gegen Dr. Hoffmann-Kutschke zerstörte der Vorsitzende des Staatsgerichtshof, Reichsgerichtsrat Niedner, von vornherein den Glauben, daß der Vorsitzende unparteiisch sein müsse, indem er den Gerichtssaal mit dem Parlament, seine Rolle als Vorsitzender mit dem Amte des Staatsanwalts verwechselte und in einer von allem andern als von Objektivität zeugenden Erklärung gegen den Angeklagten scharf Stellung nahm. Mit den Worten: „Ich muß vor aller Oeffentlichkeit betonen, daß ich den Gegensatz zwischen Deutschen und Juden ablehnen muß. Es gibt keinen Gegensatz zwischen Deutschen und Juden. Juden, die Mitglieder des Deutschen Reiches sind, sind ebenso gut Deutsche wie die andern“, mag der Herr Reichsgerichtsrat sich ja in gewissen Kreisen sehr beliebt gemacht haben. Der deutschen Rechtspflege aber hat er einen schlechten Dienst erwiesen, indem er den deutsch-völkisch gesinnten Angeklagten von vornherein aus einer gewissen Tendenz heraus behandelte und es zum mindestens dem jüdischen Beisitzer Heine schwer machte, seinen Spruch objektiv zu fällen.“

Ueber die dumpfe Borniertheit solcher völkischen Entartung kein Wort. Keins darüber, daß Wolfgang Heine, der Pfarrerssohn, der als „deutscher Student“ begonnen hatte, zum Juden gemacht wird. Wohl aber: so sehr wir auch dafür sind, daß Gazetten nicht genietet werden — glaubt der Herr Reichsverkehrsminister der To'eranz so

weit huldigen zu müssen, daß dergleichen Exkremente auf den Bahnhöfen der Reichsbahn, die ihm immerhin unterstellt sind, feilgeboten werden müssen?  
R. Br.

\*

**Mehr Programm.** Um zum Angebot der Industrie Stellung zu nehmen, hatte die Berliner Bezirksorganisation Versammlungen einberufen. In einer dieser Versammlungen führte der Redner aus: Die Regierung Cuno hat den Ruhreinfall sich bestellt, hat ihn zum mindesten planmäßig herbeigeführt. 2. Die Industrie hat die Mark zerstört, um ihre Steuern in verdünnter Währung zahlen zu können. 3. Deutschland hat kalt zugesehen, wie die Hereros vernichtet wurden; es kann sich nicht beklagen, wenn auch ihm heute niemand zu Hilfe kommt. 4. Die Industrie würde durch die Erfüllung der Bedingungen ihres Angebots ein Vielfaches von dem gewinnen, was sie anbietet. 5. Das Proletariat muß die Krise selber lösen. Es ermanne sich.

Mit solchem Ausruf schloß der Redner. Was zu geschehen habe, sagte er nicht. Aber aus allem, was er sagte, ging hervor, daß das deutsche Proletariat sein ganzes Elend allein der Bosheit der deutschen Industrie zu verdanken hätte, daß die deutsche Industrie der Feind sei, nur der Feind und nur sie allein der Feind.

Was soll solch Gerede nutzen? Muß es nicht notwendig in den davon betroffenen Massen zwecklose Erregung und falsche Ziel-einstellung hervorrufen? Und muß es nicht darum den zielfesten Kampf gegen den Kapitalismus schwächen?

Der Redner mag die Zwischenrufe, die unter der Wucht seiner aufgeregten Kanonade nicht laut genug erfolgten, kaum gehört haben. Sie waren die beste Kritik seiner schlecht abgewogenen Darstellung: Warum habt Ihr das alles zugelassen? Wo bleibt die Internationale? Warum habt Ihr denn die Mark nicht stabilisiert? Warum duldet Ihr denn die Cuno-Regierung? Was sollen wir denn nun tun?

Die Versammlungsmüdigkeit greift um sich. Sie wird Seuche werden, wenn undurchdachte Deklamationen Gefühle erregen, denen notwendig keine Erfüllung werden kann. Eine Partei, die selbst dann regiert, wenn sie der Regierung fernsteht, kann mit Demagogie allein nicht auskommen. Auch dann nicht, wenn die Priester solcher Demagogie an sich gute Kerle sind. Es wird zweckmäßig sein, die Redner der Partei fester an Programme zu binden, die von Fall zu Fall, den Erfordernissen der Politik angemessen, aufzustellen sind.

Breuer.

---

## BÜCHERSCHAU.

**Asiatische Reisen.** Der Kultur-rückschritt, den der Krieg über die Welt gebracht hat, offenbart sich vielleicht am krassesten in der erhöhten Schwierigkeit des Reisens. (Und Reisen ist noch immer eins der wichtigsten Bildungsmittel.) Wege, die früher im durchgehenden Luxus-Expreß zurückgelegt werden konnten, müssen heute mühsam auf vorsintflutliche Art zu Fuß und zu Wagen, mit Saumtier und

Karawane, unter tausend Grenz- und Paßplackereien, sogar im Gefecht mit Räuberhorden und Banditen zurückerobert werden. Unter diesen Verhältnissen bedeutet die Reise, die unser Landsmann und Genosse Colin Rob durch Sowjetrußland, Persien, Armenien usw. bis ins Innere Zentralasiens (Turkestan, Buchara) zurückgelegt hat, wirkliche Pionierarbeit. Als erster Deutscher nach dem Welt-

krieg hat Colin Roß diese Gebiete wieder betreten; er bringt uns hochinteressante Kunde von den geistigen und wirtschaftlichen Zuständen dieser uns so fern gewordenen Welt, Kunde, die um so wertvoller ist, als trotz aller romantischen Zwischenfälle und Abenteuer der Verfasser sein Hauptaugenmerk auf das Wesentliche richtet. Sein sozialistisch geschulter Blick kommt ihm dabei trefflich zustatten. Besonders interessieren dürfte sein leidenschaftstotes, weder „für“ noch „gegen“ eingenommenes Urteil über Sowjet-Rußland, das etwa dahin geht: Man lebt heute in Rußland viel besser, als in Westeuropa angenommen wird, aber in einer rückgekehrten bürgerlichen Gesellschaftsordnung mit Unterschieden zwischen Reich und Arm, die größer sind als irgendwo. — Die Reiseschilderung ist unter dem Titel „Der Weg nach dem Osten“ bei F. A. Brockhaus in Leipzig erschienen. Sie bildet ein wertvolles Seitenstück zu dem vor Jahresfrist im gleichen Verlag erschienenen südamerikanischen Reisebuch desselben Verfassers: „Südamerika, eine aufsteigende Welt“. Beide Bücher lenken unsern Blick auf weite Gebiete, die — so entfernt sie voneinander liegen — eins gemeinsam haben: daß sie ein dankbares und aussichtsreiches Wirkungsfeld für deutsche Arbeit bieten.

Sven Hedin, der bekannte schwedische Forschungsreisende, gibt gleichfalls im Brockhaus-Verlag zwei neue Bücher heraus, aber diesmal nicht über eigene Reiseerlebnisse. Das eine: „Persien und Mesopotamien“, verbindet eine ausführliche Darstellung des englischen Feldzuges gegen Bagdad mit reichlich dilettantisch anmutenden weltpolitischen Betrachtungen. Weit interessanter ist das zweite Buch: „Mönnt Everest“, in dem Sven Hedin die englische Expedition geistig begleitet, die sich die Bezwingung des höchsten Gipfels der Welt

(8882 m) zum Ziel setzte. Bekanntlich wurde trotz Aufwendung kolossaler Mittel und kühnster Energie der Monnt Everest nicht bezwungen. Immerhin stellte die Expedition mit 8300 m einen Höhenrekord auf, der alle bisherigen Rekorde weit hinter sich läßt. Sven Hedin tadelt vielfach und mit vollem Recht, daß die Expedition hinter dem rein sportlichen Ziel der Bergsteigung alle wissenschaftlichen Zwecke vernachlässigte; aber es geht dem Leser wie ihm selber: die Ausdauer und Kühnheit, mit der hier immer wieder Menschen gegen die gewaltigsten von der Natur aufgetürmten Hindernisse ankämpfen, zwingt trotz ihrer sachlichen Nutzlosigkeit unwillkürlich zu Staunen und Bewunderung.

E. K-r.

**Ein treuer Diener seines Herrn.** Karl Werkmann, letzter Sekretär des letzten Habsburgers, widmet diesem ein Buch (Der Tote auf Madeira, Verlag für Kulturpolitik, München): Rechtfertigungsschrift, Grabrede, Totenklage, in Summa 310 Druckseiten. (Angesichts der Papierknappheit etwas reichlich.) Was soll man viel darüber sagen? Herr Werkmann ist eine treue, aber beschränkte Seele, ein engstirniger Monarchist, der den Weltenlauf vom Gitterfenster des Sanatoriums „Hättich & Wennich“ aus betrachtet und ihn am liebsten ab November 1918 für ungültig erklären möchte, weil damals einige Irrtümer unterlaufen seien. Aber darum keine Aufregung. Laßt die Toten ihre Toten begraben . . . . Die Schilderung der beiden schmählich verlaufenen Ungarnputsche Karls ist die historisch immerhin noch wertvolle Partie des Buches, obgleich der Verfasser auch hier die tieferliegenden Gründe des Mißlingens ebensowenig begreift, wie die Gründe der monarchischen Katastrophe überhaupt. Zu seinem persönlichen Glück: denn wahrscheinlich verübte er Selbstmord, sobald er begriffe. Vigil.

Soeben erschien der Schlußband V von

**Max Beer**

**Allgemeine Geschichte  
des Sozialismus und der  
sozialen Kämpfe**

Dieser Band des weitverbreiteten  
Werkes hat folgenden

Inhalt:

**DIE NEUESTE ZEIT BIS 1920**

- I. Deutschland (1800—1847)
- II. Deutsche revolutionäre Vereinigungen im Ausland
- III. Politische und soziale Bewegungen in Deutschland  
(1840—1847)
- IV. Karl Marx
- V. Die deutsch-konservative Sozialreform
- VI. Die zweite deutsche Revolution (1848—1849)
- VII. Wirtschaft und Politik (1850—1880)
- VIII. Die Zeit der ersten Internationale
- IX. Das imperialistische Zeitalter (1880—1914)
- X. Die zweite Internationale (1889—1914)
- XI. Völkerkrieg und Revolution (1914—1920)
- XII. Die kleineren Parteien (1870—1920)

**UMFANG 7 BOGEN OKTAV**

---

Verlag für Sozialwissenschaft ♦ Berlin SW68

FOLGT! • GEORGE GROSZ: ECCE HOMO! • GEORGE GROSZ: ABRECHNUNG FOLGT!

DAS MONUMENTALWERK VON  
**GEORGE GROSZ**  
**„ECCE HOMO“**  
BESCHLAGNAHMT  
WEGEN GEFÄHRDUNG DER „ÖFFENTLICHEN SITTlichkeit“!

**DER PROTEST DER PRESSE:**

Berliner Lokalanzeiger, 26. 5. 23, Nr. 243: Mag die Satire des eigenwilligen Zeichners Grosz noch so bitter sein in der Bloßlegung sozialer Schäden, unsittlich ist sie nur für kunstfremde Leute.

Vorwärts, 26. 5. 23, Nr. 241: George Grosz ist uns — und allen Kunstfreunden Deutschlands — als ein so ernster Künstler bekannt, daß er über den Verdacht erhaben sein sollte, ein Produzent unzuchtigen Schmutzes zu sein.

Berliner Volkszeitung, 26. 5. 23, Nr. 243: Der Plumpsack geht um. Auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft Königsberg ist die „ECCE HOMO“-Mappe von George Grosz beschlagnahmt worden. — Die Königsberger halten sich scheinbar an die alte Devise: „Aus dem Osten das Licht!“

Neue Berliner Zeitung, 26. 5. 23: „ECCE HOMO“ von Grosz ist bereits vor einer Reihe von Monaten erschienen und bisher anstandslos verkauft worden. Stärker als je unter dem kaiserlichen Regime macht sich jetzt, in der Zeit der Republik, das Muckertum und die Reaktion in Kunstdingen bemerkbar.

Niedersächsische Arbeiterzeitung, 2. 6. 23: Elnigen Spießern, die in den Bildern sich selbst und ihre Klassenbrüder wie in einem Spiegel sehen, blieb es überlassen, den nötigen „Anstoß“ zu nehmen. Wir glauben gerne, daß bei diesen Herrschaften oberster Grundsatz ist: „So etwas tut man wohl, aber man zeigt es nicht.“ Wir wollen sehen, ob ein Gericht sich findet, das die Kunst eines George Grosz als „anstoßig“ beurteilt, soweit ein Gericht überhaupt fähig ist, über Kunst zu urteilen.

Die Weittribüne, Hamburg, 30. 5. 23: Jeder freihetlich Gesinnte ist sich über diese Maßnahme unbesehen im klaren.

Die Rote Fahne, Berlin, 26. 5. 23: Mit der Beschlagnahme der auf einem hohen künstlerischen Niveau stehenden Mappe „ECCE HOMO“ soll vor allem der politische Zeichner Grosz getroffen werden.

Oldenburgische Landeszeitung, 29. 5. 23: Ein republikanischer Staatsanwalt beschlagnahmte Grosz' größtes Werk „Ecce Homo“ im Malik-Verlag. (Hatten wir nicht geglaubt, der Herr Professor Brunner sei in der dümmsten Stadt Deutschlands schlafen gegangen?)

Das Tagebuch, Berlin, 2. 6. 23: Gegen George Grosz, dem Berufene aus allen Ländern Geniehaftigkeit bestätigt haben, rühren sich wieder amtseifrige Juristen. Der Staatsanwalt reckt sich vor dem gewaltigsten Zeichner des neuen Deutschland dräuend auf. Die teure Obrigkeit ahnt noch immer nicht, daß diese Richter über Werke, die ihre Armseligkeit überflügeln, nur einen Ruhm ernten können, den Ruhm beschämender Lächerlichkeit.

M. M. Der Montag-Morgen, 4. 6. 23: Der Amtsrichter, der des genialen Zeichners George Grosz Werk „Ecce Homo“ konfisziert hat, heißt — Seldenschnur. Könnte er sich nicht selbst benutzen? Womit keinerlei Unzuchtigkeit gemeint ist.

**NEUER SCHIENEN:**

DER ZWEITE BAND VOM „GESICHT DER HERRSCHENDEN KLASSE“

**ABRECHNUNG FOLGT!**

SIEBENUNDFUNFZIG NEUE POLITISCHE ZEICHNUNGEN VON

**GEORGE GROSZ**

BROSCH. 2.00 GRUNDMARK / GEBUND. 4.50 GRUNDMARK

VORZUGSAUSGABE AUF SCHWEREM BÜTTEN SIGNIERT

50.00 GRUNDMARK

**DER MALIK-VERLAG | BERLIN W.9**

GEORGE GROSZ: ABRECHNUNG FOLGT! • GEORGE GROSZ: ECCE HOMO! • FOLGT!

GEORGE GROSZ: ECCE HOMO! • GEORGE GROSZ: ABRECHNUNG FOLGT!

GEORGE GROSZ: ECCE HOMO! • GEORGE GROSZ: ABRECHNUNG FOLGT!



# DIE GLOCKE

12. Heft

18. Juni 1923

9. Jahrg.

---

Nachdruck sämtlicher Artikel ist nur mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

---

## Teuerung und Lohnerhöhung.

### Vorbemerkung.

Die wachsende Teuerung und der berechtigte Schrei der Arbeiterschaft nach höheren Löhnen hat die Redaktion der „Glocke“ zu einer Umfrage über das Teuerungs- und Lohnproblem bei einer Anzahl Partei-, Gewerkschaftsführer usw. veranlaßt. Wir haben namentlich auch um Beantwortung der Frage gebeten, wie weit eine automatische Angleichung der Löhne an die Teuerung durch gleitende Lohnskalen, Festsetzung von Goldlöhnen und ähnliche Mittel nach Ansicht der Befragten möglich sei. Wir geben nachstehend die bisher eingegangenen Antworten.

\*

ROBERT SCHMIDT:

Die statistische Erfassung der Preisbewegung auf dem Warenmarkt wird seit langem von amtlicher Stelle wie auch ergänzend von privater Seite betrieben. Am einfachsten ist die Feststellung der Großhandelspreise besonders solcher Waren, die börsenmäßige Notierungen aufweisen. Schwieriger ist schon die Ermittlung der Kleinhandelspreise, da hier große Ungleichheiten zu erkennen sind und die Unterschiede in der Qualität der Ware Differenzen ergeben. Für die Ermittlung der Kleinhandelspreise werden vom Reichsamt für Statistik in 18 Großstädten die Berichte über Lebensmittelpreise zur Grundlage genommen und außerdem von 556 Gemeinden ermittelt, welche Aufwendungen erforderlich sind, um eine bestimmt umgrenzte Menge des Bedarfs einer Familie, bestehend aus zwei erwachsenen Personen und drei Kindern, zu befriedigen. Es handelt sich hier um Preisbestimmung für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung.

Diese Ermittlungen sind natürlich sehr wichtig; sie werden ergänzt durch private oder auch städtische statistische Feststellungen. Das Material bietet eine gute Unterlage bei Lohnforderungen und Gehaltsregulierung, nur kommen die Ergebnisse bei einer so rapiden Entwertung der Mark, wie wir sie jetzt wieder zu verzeichnen haben, zu spät.

Sehr viel schneller sind natürlich die Zahlen für die Großhandelspreise zu erlangen.

Während die führenden kapitalistischen Kreise immer mehr dazu übergehen, ihre Gewinne in Gold umzurechnen, um damit den

Gewinn des Unternehmens recht dürftig erscheinen zu lassen, ist man einer Berechnung der Löhne auf gleicher Basis abgeneigt.

Bei dem enormen Marktsturz, dem die Lohnbewegung nicht im gleichen Tempo folgte, trat das Verlangen immer mehr in den Vordergrund, die Löhne mit der Entwertung der Mark in einem engen Zusammenhang zu bringen. Die fortgesetzten Lohnbewegungen sind keine Annehmlichkeiten für die Gewerkschaften. Sind die Gewerkschaften stark genug, einen Goldlohn auf einer gewissen Höhe zu halten, so kann der Lohn in Papier ausgezahlt, die Höhe einer bestimmten Lebenshaltung sichern. Bedenklich wäre es, den Lohn am Dollarstand zu messen, denn der Rückgang im Kurs würde eine Lohnminderung bedeuten, die mit dem Preisabbau der Waren, der sehr viel später nachhinkt, nicht vereinbar ist. Der Maßstab der Indexziffer verdient den Vorzug, weil er eine Preisänderung auf dem Warenmarkt bereits als vorhanden feststellt.

Dazu kommt, daß wir mit unsern Preisen für Waren, für die inländische Rohstoffe verwandt wurden, unter dem Dollarstand bleiben. Das würde aufhören, sobald die Löhne automatisch dem Dollar folgen, denn die Rückwirkung auf die Preise würde im gleichen Tempo einsetzen.

Nicht zu verkennen ist die Wirkung auf den Export unserer Waren. Es dürfte kein Zweifel bestehen, daß wir zu Warenpreisen kämen, die den Weltmarktstand eher überragten, als sich unter der Grenze hielten, wie überhaupt nochmals eine starke Preiswelle einsetzen würde. Aber es kann mit einem gewissen Recht gesagt werden: Weshalb sollen wir als Lohn- und Gehaltsempfänger zurückstehen, während doch kapitalistische Kreise von solchen Hemmungen durchaus frei sind?

Es fragt sich nun: Soll die Gesetzgebung sich der Sache annehmen oder empfiehlt es sich, durch tarifliche Vereinbarung eine gleitende Lohnskala festzulegen? Die Frage läßt sich in Kürze nicht beantworten. — Sicher ist unsere ganze Lohnbewegung auch heute schon eine Anlehnung an die Lebenshaltungsindexziffer. Leider ergibt sich nur zu oft, daß bei der Lohnfestsetzung der Entwertungsfaktor der Kaufkraft der Mark gar nicht voll zur Auswirkung kommt.

Aber seien wir uns darüber klar: im kapitalistischen Getriebe ist der Lohnanteil eine Größe, die bestimmt wird von der Lage des Arbeitsmarktes und der Stärke der Gewerkschaft. Entscheidend ist nicht, ob Papier- oder Goldrechnung, sondern entscheidend ist die Frage: Welchen Anteil am Ertrag der Arbeit kann die Arbeiterklasse durch ihre Organisationen erringen?

\*

## THEODOR LEIPART:

Die nach dem Zusammenbruch der Markstützungsaktion eingetretene weitere Geldentwertung trifft im besonderen die Lohn- und Gehaltsempfänger mit unheilvoller Wirkung. War das Realeinkommen des deutschen Arbeiters im Herbst des Jahres 1922 bereits auf einen Stand herabgesunken, der ihm nur mehr ermöglichte, höchstens noch zwei Drittel von dem kaufen zu können, was er 1913 für seinen Lohn erwarb, so ist die Lebenshaltung durch den neuen Marksturz unter die Hälfte des Standes von 1913 herabgedrückt. Berücksichtigt man, daß, abgesehen von den Produkten, die vom Dollarstand beherrscht werden, auch fast alle im Inland erzeugten Güter gegenüber dem Frieden im Preise etwa auf das 10 000 fache gestiegen sind, die Wochenlöhne, selbst die der Vollarbeitenden, nur das 3- bis 4000fache des Friedensstandes gebracht haben, so wird die elende Lage der Arbeiterschaft offenbar. Es zeigt sich, daß die auf der deutschen Wirtschaft ruhende Last, nachdem die Kleinrentner und andere Kreise, die sich wirtschaftlich nicht wehren können, bis zum Erdrücken belastet sind, in steigendem Maße jetzt den Lohn- und Gehaltsempfängern aufgebürdet wird.

Die Lage der Arbeiter wird damit unerträglich, und eine schnelle und ausreichende Steigerung der Löhne ist unbedingt notwendig. Wenn diese Lohnerhöhung sich nicht sehr bald sollte durchsetzen lassen, dann werden alle die Folgen mit unerbittlicher Notwendigkeit eintreten, die ein bis zur Unerträglichkeit gesteigerter Druck auf die Lebenshaltung der breiten Masse des Volkes hervorbringen muß.

Die sich immer mehr durchsetzende Einstellung der Wirtschaft auf Goldrechnung, das immer schnellere Herantreiben aller Preise an den Dollarstand legt den Arbeitern nahe, auch ihrerseits Goldlohn zu fordern. Läuft die Wirtschaft auf dem eingeschlagenen Weg weiter der Goldrechnung zu, so wird den Arbeitern nichts anderes übrig bleiben, als die allgemein wieder geübte Goldrechnung auch auf den Lohn anzuwenden. Solange aber die deutsche Wirtschaft, wenigstens im Kleinhandel, noch nach Papiermark rechnet und nicht alle Schwankungen der Valuta mechanisch mitmacht, wird zum Angleich des Lohnes an die fortschreitende Entwertung der Mark ein anderer Maßstab ins Auge gefaßt werden müssen. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn sich eine Indexziffer und eine Methode der Lohnregelung finden ließe, die es den Gewerkschaften ersparte, immer wieder lediglich zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des durch die Preissteigerung gesunkenen Reallohnes in Lohnkämpfe eintreten zu müssen. Eine solche Indexziffer müßte aber in möglichst schneller Folge die tatsächliche Verteuerung der Lebenshaltung voll zum

Ausdruck bringen. Die hinter der wirklichen Teuerung weit zurückbleibende Indexziffer des Reichsamt für Statistik kann für diesen Zweck nicht genügen. Es ist aber mit allem Nachdruck hervorzuheben, daß damit keinesfalls der Arbeiter sich ein für allemal mit dem als Grundlohn angesetzten Reallohn zu begnügen hätte. Vielmehr muß es ihm unbenommen bleiben, wie bisher um seine Besserstellung in der Wirtschaft zu kämpfen. Es hat Lohnkämpfe gegeben auch in Zeiten, als die Mark noch ein verhältnismäßig wertbeständiges Zahlungsmittel war, und es wird Lohnkämpfe geben, solange die kapitalistische Wirtschaft besteht.

\*

#### MARIE JUCHACZ:

Statt theoretischer Erwägungen ein praktisches Beispiel: Ich beobachte seit längerer Zeit die Familie eines Streckenarbeiters. Sie besteht aus Mann, Frau, drei Kindern und einer alten Mutter. Die älteste Tochter, 15 Jahre, ist in der Lehre. Ihre Entschädigung reicht neben dem Fahrgeld nicht wesentlich über die Schuhreparaturen hinaus. Die beiden andern Kinder sind schulpflichtig. Die alte Mutter ist fast arbeitsunfähig und erhält eine kleine Unterstützung. Die Frau besorgt an einigen Wochentagen neben ihrem ganz musterhaft sauberen Haushalt noch zwei Putz- und Waschstellen. Der Mann bearbeitet (neben seiner Tätigkeit als Bahnarbeiter) einen mageren Pachtgarten und verrichtet gelegentlich kleine Hilfsarbeiten. Für Alkohol und Tabak, aber auch für Theater, Konzert oder Bücher wird nichts ausgegeben. Die Zeitung wird mit einem Kollegen gemeinsam bezahlt. Der kleine Nebenverdienst des Mannes ergibt die Stiefelsohlen, die bei der Berufsarbeit zerissen werden.

„Nur nicht krank werden“, das ist das tägliche Stoßgebet der Frau, deren Gedankenkreis sich nur noch um Margarine, Brot, Kartoffeln und Arbeit bewegt. „Wenn ich nur nicht aussetzen muß“, sagte der Mann, als er bei einem Grippeanfall sich hundeeelend fühlte. Jeder Sprung des Dollars versetzt die Frau in seelische Pein. Die Preise ziehen sofort an, Vorräte an Mehl, Hülsenfrüchten und Fett sind niemals da. Mit schwerem Herzen demütigt sie sich dann vor dem Krämer, sie borgt, weil sie beim besten Willen nicht anders kann. Wenn dann nach abgeschlossener Lohnverhandlung die Nachzahlung kommt, rieselt sie ihr durch die Hände wie trockener Sand. Die Tage des Wartens bringen immer besondere Entbehrung und Sorge. Einmal in langer Zeit hat diese geplagte Hausfrau und Mutter ein wenig aufgeatmet, als der Dollar auf ca. 20 000 stand und die Preise langsamer anzogen.

Ich frage mich oft, woher diese Menschen die ungeheure seelische und moralische Spannkraft nehmen, um bei diesem Abwärtsgleiten nicht zu unterliegen. Wenn der Mann im Alkohol

Vergessen suchte, die Frau fünf gerade sein ließe, wer wollte sie verurteilen? Manchmal aber klingt durch eine aus der Bitterkeit des Gemüts kommende Bemerkung ein Ton des Hasses, der den Kenner der Volksseele aufhorchen läßt.

Tausende von Einzelschicksalen dieser Art sind nicht so gut. Nicht überall ist soviel Energie, guter Wille, menschliche Tüchtigkeit, Verantwortungsgefühl und Gesundheit vorhanden. Und doch lassen sich überall soziale Parallelen ziehen.

Aus solchen Beobachtungen heraus, nicht durch wissenschaftliche Untersuchungen oder gewerkschaftliche Berechnungen beantworte ich Ihre Fragen:

Der Reallohn einer großen Arbeiterschicht reicht nicht zur Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse. Die letzte Markentwertung hat bei allen Lohnarbeitern ihre wirtschaftliche Existenzmöglichkeit gefährdet, womit sich die Frage nach der Notwendigkeit einer ganz erheblichen Erhöhung von selbst bejaht.

Weite Schichten der lohnarbeitenden Klasse stehen wochenlang unmittelbar vor Verzweiflungsausbrüchen, die — wenn sie sich entladen — zum Bürgerkrieg, zur gegenseitigen Zerfleischung der Arbeiterschaft und zum Zerfall des Reiches führen müssen.

Eine automatische Angleichung der Löhne an den Markwert wird erfolgen müssen, wenn die Katastrophe vermieden werden soll. Ueber das System, das zu bevorzugen ist, mögen sich Berufene äußern.

A. GRZESINSKI:

## Marktgerichte.

Die Bevölkerung ist leicht geneigt, die jetzigen Preissteigerungen und die hohen Preise überhaupt ausschließlich auf Wucher zurückzuführen und von dem energischen Einschreiten der Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte eine Senkung der Preise zu erwarten. Das ist ein Irrglaube, der Enttäuschungen bringen muß und bisher noch immer gebracht hat. Die Grundursache der dauernden Preissteigerungen ist die fortschreitende Geldentwertung. Diese gilt es zu bannen durch Maßnahmen innen- und außenpolitischer, wirtschaftlicher und finanzpolitischer Art. Der Polizeisäbel, um dieses nicht ganz geschmackvolle Wort zu gebrauchen, kann da nicht helfen. Und doch soll und darf er nicht eingesteckt werden. Nur muß sich die Polizei auf ihr Gebiet, das der reinen Wucherbekämpfung beschränken, und das Publikum darf von ihr nicht mehr verlangen, als sie leisten kann.

Das Gebiet der Wucherbekämpfung ist trotzdem immer noch sehr umfangreich. Denn die Markentwertung, insbesondere auch die Schwankungen des Geldwertes wie die Warenknappheit, machen sich unlautere Elemente aus den Kreisen der Erzeuger und des Handels, deren es infolge der allgemeinen Unmoral eine Unmenge gibt, zunutze, um über den Grad der Geldentwertung hinaus auf die verschiedenste Art und Weise übermäßige „Wucher“-Gewinne zu erzielen. Diesen Personen und ihren unlauteren Machenschaften nachzugehen, ihnen das Handwerk

zu legen und sie vor den Strafrichter zu bringen, ist die Aufgabe der Strafverfolgungsbehörde. In dieser ihrer Tätigkeit darf sie auch nicht erlahmen. Zwar wird auch durch die Wucherbekämpfung der Wucher nicht aus der Welt geschafft, so wenig wie trotz dauernder Tätigkeit der Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte die völlige Ausrottung der strafbaren Handlungen auf dem Gebiete des allgemeinen Strafrechts möglich ist. Wenn gleichwohl in der Verfolgung der allgemeinen strafbaren Handlungen nicht nachgelassen wird, so darf dies auch nicht auf dem Sondergebiete der Wucherbekämpfung der Fall sein.

Die wesentlichste Voraussetzung für eine wirksame Wucherbekämpfung ist rege polizeiliche Ermittlungstätigkeit und schnelle Justiz. Ob die polizeiliche Tätigkeit erfolgreich gestaltet werden kann, ist in hohem Maße eine Personenfrage, wie alle kriminalistische Tätigkeit. Um das Ziel schneller Justiz möglichst zu erreichen, hat die Regierung Bauer durch ihre Verordnung vom 27. November 1919 die Wuchergerichte geschaffen, die seit dem 1. Januar 1920 in Tätigkeit sind. Verschiedene in der Sache liegende Umstände, darunter Personemangel überhaupt und Mangel an geeigneten Personen, vielleicht auch ein gewisses Zögern der Justizverwaltung, die Wuchergerichte überall einzurichten, und der Staatsanwaltschaften, alle geeigneten Wucherfälle an die Wuchergerichte zu bringen, hat verhindert, daß sie recht wirksam und volkstümlich geworden sind. Auch das Ziel der schnellen Justiz ist meist nicht erreicht worden. Nur wenige Wuchergerichte erfüllen ihre Aufgabe voll. Besonders hervorzuheben ist darunter das Kölner Gericht, das täglich von morgens bis abends tagt und bei dem Angeschuldigte jederzeit vorgeführt und abgeurteilt werden können.

Ein wesentlich schnelleres Gerichtsverfahren ist neuerdings in den „Marktgerichten“ gefunden worden, die zuerst in Thüringen von dem damaligen Justizminister Brandenstein eingerichtet worden sind und nun auch in Preußen zur Einführung und erfreulicherweise immer mehr zur Verbreitung gelangen. Das Marktgerichtsverfahren ist nicht neu und es sind auch keine besonderen Verordnungen zu ihrer Einrichtung erlassen. Es ist ein einfaches Strafbefehl-Schnellverfahren auf Grund der Strafprozeßordnung. Ein Staatsanwalt sowie der Amtsrichter, der die Strafbefehlssachen bearbeitet, halten sich auf dem Wochenmarkt, auf dem Viehgroßmarkt oder wo sonst immer der Gerichtsstand eingerichtet werden soll, bereit. Die Polizei, die Preise, Preisschilder, Gewichte und Wagen usw. durch besonders geeignete Beamte prüft, führt Personen, die in dem begründeten Verdacht einer strafbaren Handlung stehen, alsbald dem Staatsanwalt vor, falls die Beschuldigten nicht freiwillig erscheinen. Zeugen und Beweismaterial werden, wenn irgend möglich, gleich mitgenommen oder telephonisch herbeigeschafft. Der Staatsanwalt läßt sich von der Polizei über die einzelnen Fälle mündlich berichten und begibt sich dann mit dem Beschuldigten und Zeugen alsbald zum Bereitschaftsrichter. Dort wird der Fall mündlich erörtert, das Beweismaterial wird nötigenfalls durch telephonisch herbeigerufene Zeugen oder Sachverständige, z. B. Mitglieder der Preisprüfungsstelle usw., ergänzt. Der Staatsanwalt stellt auf Grund der Erörterung vor dem Amtsrichter mündlich und schriftlich seinen Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls, und der Richter entscheidet sofort über den Antrag. Erläßt er einen Strafbefehl, so wird dieser dem Beschuldigten mündlich eröffnet und noch an der Gerichtsstelle schriftlich zugestellt. Legt der Beschuldigte Einspruch gegen den Strafbefehl ein, so erfolgt je nach der Sachlage Anberaumung der Hauptverhandlung vor dem Wuchergericht oder vor dem ordentlichen Gericht. Ebenso wird verfahren, wenn Fälle infolge ihrer Kompliziertheit vom Marktgericht nicht erledigt werden können.

Der Handel ist gegen diese ihm sehr unbequeme Schnelljustiz sofort Sturm gelaufen und seine Vertreter haben behauptet, daß die Einrichtung der Marktgerichte mit dem verfassungsmäßigen Rechtsschutz des Staatsbürgers und mit der Reichsgesetzgebung in Widerspruch stände. Auf die Anfrage eines volksparteilichen Abgeordneten im Reichstag am 14. November 1922 stellte aber das Reichsjustizministerium fest, daß gegen das Verfahren vom Standpunkt des Reichsrechts keine Einwendungen zu erheben und insbesondere auch die Vorschriften der Reichsverfassung und auch der Strafprozeßordnung gewahrt sind.

Inzwischen sind in Preußen und einigen andern Ländern Marktgerichte errichtet worden (bzw. sind in der Einrichtung begriffen). In Preußen bestehen sie in Berlin, Magdeburg, Breslau, Hannover, Stettin, Elberfeld-Barmen, Hamm, Münster, Frankfurt a. M., Cassel, Hanau, Husum, Kiel, Erfurt, Essen, Dortmund und Bochum, in Sachsen in Leipzig und Dresden, in Baden in Karlsruhe und Mannheim, in Württemberg in Stuttgart. In Bayern kennt man dieses Verfahren auf Grund speziell bayerischer Gesetze seit langer Zeit und wendet es mit Entschiedenheit an, ebenso wie auch die Wuchergerichte in Bayern energisch tätig sind. Ueberall, wo die Marktgerichte bisher tätig geworden sind, haben sie sich bei der Bevölkerung mit Recht sehr schnell populär gemacht; nicht nur wegen der schnellen Justiz, die sie ermöglichen, sondern auch wegen ihrer großen Beweglichkeit. Die Marktgerichte sind fliegende Gerichte, und wie beweglich sie sind, zeigt, daß ein Gericht im Geschäftsraum eines Beschuldigten, der sich nicht vorführen lassen wollte, erschien, und dort zu seiner Verurteilung kam.

Die Marktgerichte werden nicht nur auf Wochenmärkten, Viehmärkten und in Markthallen, sondern auch in deren Umgebung und an allen den Orten tätig, wo ein Bedürfnis vorliegt. Für ihre Wirksamkeit kommt alles auf die Tätigkeit der mit ihnen zusammenarbeitenden Polizeibeamten an, die energisch, besonders geeignet und mit den Bestimmungen der Wuchergesetzgebung genau vertraut sein müssen.

Die Zuständigkeit der Marktgerichte ist unbeschränkt. Vor einem einzigen der fünf in Berlin vorhandenen Marktgerichte befanden sich unter 170 Fällen, die innerhalb einer bestimmten Zeit zur Aburteilung standen, nicht weniger als 46 Fälle wegen Verstoßes gegen die Maß- und Gewichtsordnung. Nicht nur von der Vielseitigkeit der Marktgerichte, sondern auch davon, auf welche verschiedene Art die Bevölkerung von unlauteren Händlern betrogen wird, gibt diese Tatsache Kenntnis. Selbstverständlich wurde neben der Strafe in allen den Fällen auf Einziehung der Wagen, Maße und Gewichte erkannt.

Eine Statistik über die von den Marktgerichten bisher anhängig gemachten Verfahren existiert noch nicht, obwohl sie sehr wertvoll wäre. Soweit bekannt, dürften in der kurzen Zeit des Bestehens der wenigen Marktgerichte aber doch schon weit über 1000 Fälle zur Aburteilung gelangt und viele Millionen Mark Geldstrafen verhängt worden sein.

Eine äußerst günstige Tätigkeit üben die Marktgerichte auf den Viehgroßmärkten aus, wo sie das Rückgrat der Viehmarkt-Ueberwachungskommission bilden. Durch ihr Vorhandensein dort ist es möglich geworden, nicht nur die Ueberschreitungen der von den Ueberwachungskommissionen festgesetzten Richtpreise sofort gerichtlich mit hohen, in die viele Millionen Mark gehenden Geldstrafen zu ahnden, sondern auch, und das ist eine besonders wirksame Waffe im Kampf gegen den Preiswucher, die Einziehung und den Verkauf des dem Verurteilten gehörenden Viehes zu veranlassen. So sind in einer mitteldeutschen Großstadt an einem Viehmarkttag wegen Preistreiberei nicht weniger als 20 Verurteilungen zu hohen Geldstrafen erfolgt, außerdem

ist auf Einziehung und Verkauf des beschlagnahmten Viehes im Werte von über 23 Millionen Mark erkannt worden.

Die Marktgerichte könnten noch mehr in den Dienst wirksamer Wucherbekämpfung gestellt werden, wenn die Verbraucher sich entschließen wollten, mehr aus ihrer Teilnahmslosigkeit herauszutreten und die ihnen von betrügerischen Händlern und Erzeugern widerfahrere Unbill der Polizei oder den von Verbraucher-Organisationen in einigen Städten eingerichteten Meldestellen immer gleich zur Anzeige zu bringen.

KURT HEINIG:

## Gesetzliche Steuerhinterziehung.

**F**RÜHER mußte man den Staat betrügen, wenn er um die Einkommensteuer geprellt werden sollte, heute genügt dazu die Anwendung des Steuergesetzes.

Die zurzeit wieder einmal stark fortschreitende Geldentwertung ist selbstverständlich die primäre Ursache dafür, daß der Staat seine Steuern nur als Schatten ihres Wertes erhält. Das ist aber nicht in dem Sinne ein Naturereignis, daß jede Versicherung dagegen unmöglich wird. Der Steuerabzug von Lohn und Gehalt ist der beste Beweis dafür. Der Einkommensteuerpflichtige, der im festen Arbeitsverhältnis steht, bekommt je nach dem Turnus der für ihn festgesetzten Termine die Lohnsteuer abgezogen. Da sie immer auf der Basis von 10% des Einkommens aufgebaut ist, läuft sie automatisch mit der Geldentwertung mit. Diese zugunsten der Allgemeinheit nahezu vollkommene Steuerquelle wirkt sich mitunter sogar noch gegen den Steuerpflichtigen aus.

Die Werbungskosten sind bisher, ebenso wie die Abzüge für den Steuerpflichtigen, die Ehefrau und die Kinder durch besondere Novellen in festen Beträgen vorgeschrieben worden. Das hat zur Folge gehabt, daß die Lohnsteuerpflichtigen je nach dem Grade und dem Tempo der Geldentwertung wechselnde Belastung zu tragen haben. Wir haben Zeiten gehabt, da betrug nach Berücksichtigung der Abzüge die tatsächliche Steuerleistung wenig mehr als 6% des Einkommens, bald darauf kam es zu Lasten, die bis zu 9% stiegen. Neuerdings sind wir trotz der jüngsten Verordnung vom Mai wieder auf dem besten Wege zur Höherbelastung der Lohnsteuerpflichtigen. Die im Mai festgesetzten Abzüge sind schon heute unzureichend und werden es am Ende des Monats im vervielfachten Ausmaße sein.

Die Lohnsteuer ist der Beweis dafür, daß die Geldentwertung sich durchaus nicht für die Einnahmen des Reiches als ein Nachteil auswachsen muß, wir sehen, daß sie mitunter sogar gegen die Lohnsteuerpflichtigen zum Vorteil des Staates ausschlägt. Wie steht es nun aber mit denjenigen Einkommensteuerpflichtigen, die sich selbst einschätzen, die freies Einkommen besitzen? Ihre Zahl darf nicht unterschätzt werden. Werden durch sie doch nicht nur



die selbständigen Gewerbetreibenden und die Landwirte, sondern auch alle diejenigen erfaßt, die freie Geschäfte, Vermittlungen, Spekulationen usw. usw. als ihren Beruf betrachten.

Wir setzen als bekannt voraus, daß die eben genannten Einkommensteuerpflichtigen sich selbst einzuschätzen haben und daß sie auf Grund des Geldentwertungsgesetzes verpflichtet sind, schon bei der Steuererklärung die Differenz zwischen Vorauszahlung und wirklich erklärtem Einkommen zu leisten. Dann unterliegen sie dem weiteren Zwang der sofortigen Einzahlung des Restbetrages ihrer Steuerpflicht, der sich etwa durch den Steuerbescheid ergibt. Der Fehlbetrag, der etwa durch Verschulden des Zensiten zwischen Differenzbetrag und Restbetrag entstanden ist, wird mit einem Zuschlag von 5% belegt.

Bei diesen ziemlich komplizierten und hart erscheinenden gesetzlichen Verpflichtungshäufungen ist merkwürdigerweise vergessen worden, daß heute die größte Auswirkung der Geldentwertung für die sich selbst einschätzenden Einkommensteuerpflichtigen darin liegt, daß sie z. B. im Jahre 1923 in Raten auf ihre Steuerschuld aus dem Jahre 1922 „Vorauszahlungen“ zu leisten haben. Wir wollen hier der Einfachheit halber außer acht lassen, daß unpünktliche „Vorauszahlungen“ mit Strafzuschlägen belegt werden, bei denen es heute schon wieder eine offene Frage ist, ob das Geschäft nicht größer wird, wenn man sie auf sich nimmt und vorläufig die Steuer und die Strafe schuldig bleibt. Es gibt noch keine gesetzliche Bestimmung, die die Geldentwertung bei den „Vorauszahlungen“ berücksichtigt!

Der § 42, Absatz 3 ist eine Kann-Vorschrift, er überläßt es den einzelnen Finanzämtern, den einzelnen Zensiten für seine „Vorauszahlungen“ einstweilen neu einzuschätzen, wenn er im laufenden Kalenderjahr sein Einkommen voraussichtlich um mehr als 50 000 Mark erhöhen wird. Verschiedene Finanzämter haben versucht, diese Vorschrift unter Berücksichtigung der Geldentwertung allgemein anzuwenden in der Art, daß sie die „Vorauszahlungen“ durchgängig höher anordneten, als sich aus dem Einkommen von 1922 ergab. Dagegen haben Einkommensteuerpflichtige Einspruch erhoben. Gesetzlich haben sie das mit vollem Recht getan. Wir haben bis heute trotz des Geldentwertungsgesetzes eben keine Handhabe, die sich selbst Einschätzenden zu zwingen, richtig geschätzte Abschläge auf ihre Steuern zu zahlen. Hier muß schleunigst eingegriffen werden. Das Reichsfinanzministerium hat jetzt Pläne, die in jener Richtung gehen. Sie verdienen die größte Aufmerksamkeit in jeder Hinsicht.

Stellen wir uns nun einmal einen braven Landwirt bei der Steuerverrechnung vor; es kann ebensogut auch der Besitzer eines industriellen Unternehmens oder ein selbständiger Gewerbetreibender sein. Unser Landwirt kommt bei der Aufstellung seiner

Steuerbilanz an die §§ 33a und b, die durch das Geldentwertungsgesetz in das Reichseinkommensteuergesetz neu eingefügt worden sind. Betrachten wir ihre Auswirkung an einem praktischen Beispiel:

Der Landwirt sieht aus seiner Steuerbilanz, die er nach der bisher gültigen aufgemacht hat, daß er drei Millionen Reingewinn für 1922 zu besteuern haben wird.

Der § 33b macht ihm Vorschriften über die steuerliche Berechnung seiner Abschreibungen.

Der Landwirt hat Dezember 1916 einen Dreschsatz zum Preise von 40 000 M. angeschafft. Seine Lebensdauer ist zehn Jahre.

Es sind jährlich statt 4000 M. jeweils 10 000 M. abgeschrieben worden, die Maschinen stehen seit 1920 mit einer Mark zu Buche.

Bei Berechnung des steuerlich zulässigen Abzugs ist aber nicht der tatsächliche Abschreibungsbetrag zugrunde zu legen, sondern derjenige, der zulässig wäre.

Die steuerliche Abschreibung der Maschinen wird für 1922 demnach auf Grund des § 33a mit 4000 M. plus einem Entwertungsfaktor von 1000 gleich 4 Millionen Mark in die Steuerbilanz eingesetzt.

Der Landwirt hat einen Reingewinn von 3 Mill. M., aber Abschreibungen im Betrage von 4 Mill. M. Nach Absetzung der Abschreibungen ergibt sich ein Minus, ein steuerlicher Reingewinn von null Mark.

Das Geldentwertungsgesetz will, daß die erwähnten Abschreibungen 10% Einkommensteuer betragen. In manchem Falle müßte der Landwirt nach Anwendung des § 33b mehr Steuern zahlen, als wenn er ihn nicht benutzt und nur seinen Reingewinn versteuert. Es wird deshalb bestimmt, daß die zehnprozentige Besteuerung der erhöhten Abschreibungen nicht über den Betrag des Reineinkommens hinausgehen soll.

Der Landwirt, der trotz der drei Millionen Mark Reingewinn nach Abzug der Abschreibungen nichts verdient hat, zahlt nunmehr für drei Millionen (nicht für vier Millionen) Abschreibungen ganze 10% Steuern. Er zahlt um etwa 1—3% mehr Steuern als die große Masse der Lohnsteuerpflichtigen!

Das gleiche gilt heute, soweit die Reichseinkommensteuer in Betracht kommt, für die Mehrzahl aller sich selbst Einschätzenden. Auch dem größten Privatunternehmen wird durch die Abschreibungen des Geldentwertungsgesetzes die Steuerpflicht künstlich herabgesetzt. Die hohen Steuersätze, die das Reichseinkommensteuergesetz vorsieht, stehen nur noch auf dem Papier.

Neben den Abschreibungen, die wir schilderten, gibt es bei der Berechnung der Einkommensteuer aber noch eine Ueberteuerungsabschreibung, bestimmte Bewertungen der ausländischen Zahlungsmittel, der Markaußenstände und der Valutaschulden. Die gleichen

Grundsätze gelten für die Berechnung der Körperschaftssteuer. Der Endeffekt ist ungeheuerliche Schreib- und Rechnungsarbeit, völlige Unmöglichkeit für die Finanzämter, jenen Einschätzungen jemals kontrollmäßig nachzukommen, und für den Staat geringe Steuern, die durch die Geldentwertung von einem Jahr zum andern trotz aller Zuschläge wie Wassertropfen auf einem heißen Stein verdampfen.

Das Geldentwertungsgesetz ist der größte Schwindel, der seit 1918 in unserer Steuergesetzgebung möglich geworden ist. Die bürgerlichen Parteien haben ihn mit Ausnahme dreier demokratischen Abgeordneten mit Begeisterung gesetzlich gemacht. Man sieht, in Deutschland genügt es völlig, wenn man Steuern „hinterziehen“ will, die Gesetze anzuwenden.

Es wird hohe Zeit, daß wir von dem Unsinn der theoretischen Riesensteuern zu einer einfachen, der bestehenden Steuermoral angepaßten, also groben, kurzen und bündigen Besteuerung des Einkommens zurückkehren. Die Steuerpflicht muß dabei automatisch die Steuerleistung ohne Verzögerung ergeben.

---

EUGEN LEWIN-DORSCH:

## Familie und Stammbaum von Karl Marx.

### I.

Franz Mehring beginnt seine große Marx-Biographie mit der Feststellung, daß die Abstammung von Marx „dank der Verwirrung und Verwüstung, die die kriegerischen Zeitläufe um die Wende des Jahrhunderts in den rheinischen Standesregistern angeordnet haben“, ziemlich in Dunkel gehüllt sei.

Es handelt sich im folgenden um die Abstammung in väterlicher Linie. Mehring berichtet: Marxens Großvater hieß Marx Levi, nannte sich später nur Marx und war Rabbiner in Trier. Vermutlich ist er 1798 gestorben. Seine Ehefrau Eva, geborene Moses, hat ihn um viele Jahre überlebt. Ist es richtig, daß sie erst 1825 starb, so hat sie ihren kleinen Enkel Karl noch gut gekannt.

Die Ehe dieses Trierer Rabbiners war, wie Mehring weiter angibt, mit zahlreichen Kindern gesegnet. Ein Sohn, Samuel, geboren 1781 und gestorben 1829, wurde Nachfolger seines Vaters im Trierer Rabbinat. Ein anderer, Hirschel, der Vater von Karl Marx, studierte Jurisprudenz, ließ sich als Anwalt in seiner Vaterstadt nieder und verheiratete sich mit Henriette Preßburg, einer holländischen Jüdin, über deren Abstammung wir bisher nur das wenige wissen, was uns Eleanor, die jüngste Tochter von Karl Marx, überliefert hat: „Im Anfang des 16. Jahrhunderts siedelten die Preßburg, ihren Namen von der Stadt Preßburg entlehrend, nach Holland über, wo die Söhne der Familie jahrhundertlang Rabbiner waren.“

Im Jahre 1824, als sein Sohn Karl sechs Jahre alt und schulpflichtig wurde, trat Hirschel Marx mit seiner Familie zum Protestantismus über und erhielt in der Taufe den Vornamen Heinrich. Er starb als Justizrat in Trier im Jahre 1838 im Alter von 56 Jahren zu einer Zeit, da Karl noch an der Berliner Universität studierte. Seine Frau überlebte ihn um 25 Jahre, sie starb in Trier 1863 und sah so, im Unterschied zum Vater, den schweren und leidvollen Aufstieg ihres großen Sohnes, sicherlich ohne das Geheimnis seines Schicksals und die Bedeutung seiner Leistung zu begreifen.

Die Ehe der Eltern war glücklich, und Marx genoß in seiner Kindheit alle Vorteile eines vorbildlich geführten Familienlebens und einer überaus sorgfältigen Erziehung. — Auch dieser Ehe entsproß eine Schar von Kindern, von denen einige schon früh gestorben sind. In der Mitte der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts waren noch vier von ihnen am Leben: Karl und seine drei Schwestern, Sophie, die Witwe des Anwalts Schmalhausen in Maastricht, Emilie, die Frau des Wasserbaubeamten Conradi in der Trierer Vorstadt St. Barbara, und Luise, die Frau des Kaufmannes Jutta in Kapstadt.

Soweit Mehring. Er erwähnt noch, daß in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine Schwester des Vaters von Karl Marx mit Hinterlassung eines ungültigen Testamentes gestorben sei. Und in den Anmerkungen zum 1. Kapitel seines Buches — „Junge Jahre“ — nennt er als Quelle für seine genealogischen Notizen die anlässlich dieser Erbschaft entstandenen Prozeßakten, die er „auf der ausgezeichneten Bibliothek der Herren Mauthner und Pappenheim in Wien einsehen durfte“.

Das ist so ungefähr alles, was wir bisher über die Abstammung von Karl Marx wußten. In dem Marx-Engels'schen Briefwechsel, der Hauptquelle für die Biographie von Marx, werden gelegentlich Verwandte von Marx erwähnt. Doch handelt es sich da immer nur um flüchtige Andeutungen, und es ist klar, daß er mit dem Freunde und Kampfgenossen über ganz andere als verwandschaftliche Angelegenheiten zu korrespondieren hatte. Doch hat er die verwandschaftlichen Beziehungen auch in den traurigen Zeiten des Londoner Exils nie ganz vernachlässigt. Mit seinen drei Schwestern besonders ist er in ständiger persönlicher wie schriftlicher Verbindung geblieben. Das ist immerhin beachtenswert, wenn man bedenkt, daß er, der Sprößling einer echt bürgerlichen Familie, der „verlorene Sohn“ eines gut preußischen, stockmonarchistischen, ja hohenzollerntreuen Vaters, in London als politischer Flüchtling lebte, berüchtigt als Kommunistenthäter und Verschwörer, umschnüffelt von Polizeispitzeln und von der bürgerlichen Preßkanaille geschmäht und verleumdet.

Uebrigens zeigen uns alle Zeugnisse von ihm selbst wie von Freunden, die in seinem Hause verkehrten, daß Marx mit einem starken Familiensinn begabt gewesen ist. Er war — hierin das Kind eines verflommenen Zeitalters und wohl auch der Erbe alter jüdischer Sitte — als Gatte und Vater „musterhaft in Freud' und Qual“. Wenn er unter dem bleiernen Druck seiner chronischen Finanzmisere gelegentlich einmal verbittert aufseufzt, daß es „keine größere Eselei für Leute von allgemeinen Strebungen gebe als überhaupt zu heiraten und sich so zu verraten an die „petites misères de la vie domestique et privée“, so war er doch mit seiner Frau und seinen Kindern aufs innigste verwachsen. Der Tod seiner Frau und dann seiner Lieblingstochter Jenny Longuet haben ihn bis in die Grundfesten seines starken und stählernen Wesens erschüttert. — Und so, wie der alte Justizrat Marx dem jungen Sohn von seiner Mutter, der Rabbinersfrau Eva Marx, erzählte, daß ihm nur durch ihre Liebe seine „dornige Jugend“ erhellt worden sei, so hat auch Karl Marx selbst das Andenken an seinen Vater dauernd und pietätvoll bewahrt. „Marx hing“, so schreibt seine Tochter Eleanor, „innig an seinem Vater. Er wurde nicht müde von ihm zu erzählen ...“

Denkt man nur an das politische, philosophische und national-ökonomische Lebenswerk von Marx, so mögen solche Züge klein und belanglos erscheinen. Aber es ist andererseits zu beachten, daß, wie sehr sich auch die Arbeit eines Genius von den Wurzeln seiner Subjektivität ablösen und in den Bereich objektiver Gültigkeit zu erheben vermag, gleichwohl der intime Zusammenhang, den die geistige Zeugung zwischen dem Schöpfer und seinem Geschöpf begründet, niemals zerrissen werden kann. Der große Kritiker der bürgerlichen Gesellschaft hat die Zersetzung der Ehe und die Schändung der proletarischen Kinder und Frauen durch die Ausbeutung des Kapitals mit Worten gezeichnet, denen man die persönlichste Teilnahme an deren Schicksal anmerkt. Und dieser Zug seines Charakters erscheint erst in seinem vollen Lichte, wenn man bedenkt, daß er als Bourgeoispröbbling in dem grandiosen Prozeß einer inneren Revolution alle Brücken zwischen sich und der Gesellschaft gesprengt hat.

## II.

Ich erwähnte bereits die Quelle, aus der Mehring seine genealogischen Notizen über Marx schöpfte. Nun hat neuerdings ein jüdischer Forscher und Bibliothekar, Dr. Wachstein in Wien, jene Prozeßakten sehr gründlich untersucht und diese Prüfung hat zu interessanten Ergebnissen geführt\*).

\*) Dr. B. Wachtstein, Die Abstammung von Karl Marx in der Festschrift für Professor David Simonsens, Kopenhagen 1923. — Ich verdanke den Hinweis auf diese Publikation Herrn Professor Dr. Ismar Elbogen, Berlin.

Es handelt sich um folgenden Tatbestand. Am 16. Juli 1865 starb in Frankfurt am Main Frau Ester Kosel, als kinderlose Witwe des in Algier verstorbenen Handelsmannes Gabriel Kosel aus Zweibrücken in der Pfalz. Diese Ester Kosel, geborene Marx, ist die Schwester des Justizrates Heinrich Marx, also die leibliche Tante von Karl Marx gewesen. Nach dem Tode ihres Mannes war sie nach Frankfurt gezogen und hier verbrachte sie den Rest ihres Lebens bei ihrer gleichfalls verwitweten Schwester Babetta Blum.

Am 2. Dezember 1863 erhielt Marx aus Trier die telegraphische Nachricht vom Tode seiner Mutter und schreibt nach Manchester an Engels: „Ich muß Dich nun bitten, mir umgehend so viel Geld zu schicken, daß ich die Reise nach Trier sofort antreten kann“. Engels, der stets hilfsfreudige, schickt „zwei Fünfpfünder“ und Marx begibt sich auf die Fahrt, um an dem Begräbnis seiner Mutter teilzunehmen und die Erbschaftsangelegenheiten zu regeln. Damals schrieb er an seine Frau in London aus der Heimatstadt, in der sie gemeinsam die Kindheit verlebt hatten: „Ich bin täglich zum alten Westphalenhause gewallfahrtet (in der Römerstraße), das mich mehr interessiert als alle römischen Altertümer, weil es mich an die glückliche Jugendzeit erinnert und meinen besten Schatz barg. Außerdem fragt man mich täglich, links und rechts, nach dem quondam ‚schönsten Mädchen‘ von Trier und der ‚Ballkönigin‘. Es ist verdammt angenehm für einen Mann, wenn seine Frau in der Phantasie einer ganzen Stadt so als ‚verwunschene Prinzessin‘ fortlebt“. Hinter dieser humorvollen und fast burschikosen Form verbirgt sich die tiefe Schwermut der Erinnerungen, die den durch alle Qualen des Exils gehetzten Mann auf seinen Wanderungen durch die heimatlichen Straßen überfielen. —

Nachdem er seinem Schwager Conradi, dem Mann seiner Schwester Luise, der als Ingenieur in Trier lebte, eine Vollmacht für die Regelung der Erbschaft seiner Mutter hinterlassen hatte, fährt er nach Frankfurt, „wo ich“ — wie er an Engels berichtet — „zwei alte Tanten zu besuchen habe“. Dies sind die beiden oben erwähnten Schwestern seines Vaters: Ester Kosel und Babetta Blum. Ueber Holland, wo er bei Verwandten seiner Mutter mehrere Wochen lang gastliche Aufnahme fand, kehrte er zu Anfang des Jahres 1864 nach London zurück.

Fast zwei Jahre später, am 8. November 1865, schreibt er an Engels: „Eine der zwei Tanten in Frankfurt (die 73 jährige, die andere ist zwei Jahre jünger) ist verschieden, aber ab intestato (da sie fürchtete zu sterben, wenn sie ein Testament machte). Ich habe daher mit den anderen Erben zu teilen, was im Fall eines Testaments nicht der Fall wäre, da sie für die anderen nichts kehrte. Und dabei noch dieser angenehme Umstand, daß

Herrn Jutas Vollmacht vom Kap der guten Hoffnung abzuwarten ist.“

Wie aus der Untersuchung der Prozeßakten hervorgeht, hat Marx sich hier geirrt. Erstens ist seine Tante nicht ohne Testament gestorben, sondern ihr Testament ist wegen eines Formfehlers für ungültig erklärt worden. Zweitens hat er sich gründlich in der Annahme verrechnet, daß er im Falle eines Testamentes der Tante alles, die anderen Verwandten dagegen nichts geerbt hätten. Gerade das Umgekehrte ist der Fall: Karl Marx und seine Schwestern sind in dem Testament der Tante nicht bedacht worden. (Vielleicht, weil sie den einzigen nicht mehr zum Judentum gehörenden Zweig der Familie Marx bildeten.) Erst infolge der Ungültigkeitserklärung des Testamentes treten nunmehr auch sie in den Kreis der Erbberechtigten ein. Denn jetzt werden alle vollbürtigen Geschwister der Verstorbenen oder die Kinder der Geschwister zum Antritt der Erbschaft aufgerufen.

Infolge dieses Aufrufes enthält das Wiener Aktenfaszikel eine Aufzählung sämtlicher Kinder des Trierer Rabbiners Marx Levi, genannt Marx, und seiner Ehefrau Eva. Von ihnen allen, vier Söhnen und zwei Töchtern, ist damals nur noch eines am Leben: Babette Blum in Frankfurt. Dagegen ist die zweite Generation recht reichlich und durchaus jüdisch mit den Familiennamen Marx, Lazarus, Weil und Gugenheimer vertreten. Neben Karl Marx, dem führenden Sekretär des Generalrates der Internationalen Arbeiterassoziation, steht z. B. sein Vetter Moses Marx, Lehrer an der israelitischen Gemeindeschule zu Gleiwitz, der Sohn des weiland Trierer Oberrabbiners Samuel Marx, und seine Cousine Eva Weil, die Frau des früheren Oberrabbiners in Algier.

Der gelehrte Interpret der Testamentsakten druckt verdienstvollerweise einen Brief ab, den Emilie Conradi, die Schwester von Karl Marx, an ihre Tante Babette Blum, am 9. November 1865 nach Frankfurt geschrieben hat. Da sie hierin auch ihren Bruder erwähnt und vor allem der verstorbenen Eltern gedenkt in einem Sinne, der das, was wir über die Kindheit von Marx bereits wußten, vorzüglich bestätigt, so geben wir diesen Brief mit Fortlassung einiger belangloser Wendungen am Schlusse hier wieder:

Meine liebe gute Tante!

Obgleich die Vollmacht von unserer guten Sophie noch nicht eingetroffen ist (auf die Conradi warten wollte) und Karl sie wohl selbst übersendet, so habe ich doch länger keine Geduld und wird dieselbe folgen, sobald wir sie erhalten; es beunruhigt mich zu sehr, Dich liebes Tänzchen so in Aufregung zu wissen; ich kann mir Deine getrübt Lage nur zu gut denken, ich habe ähnliche Fälle nur zu oft durchgemacht; wo wir das Liebste, Teuerste verloren, da treibt's uns fort, alles ruft nur Schmerz, nur Sehnsucht wach, und

so lieb und teuer die Erinnerung auch ist, die Stätte ist öde, trostlos. — So wie ich Dich habe kennen gelernt, liebe Tante, hast Du einen lebhaften, rüstigen Geist, neue Umgebung und Verhältnisse werden Dir sehr wohl tun und (Dich) aufrichten, umgeben von denen, die Dir auch lieb und wert sind, wirst Du wieder Freude und Interesse dem Leben abgewinnen und die schmerzlichen Erinnerungen, die so ein langes Krankenlager mit sich führt, sie werden Dir in gemildertem Lichte erscheinen. Es bleibt auch später dem Herzen ein Trost zu wissen, daß die Geliebten, Teuern nun ausruhn von des Lebens Plagen. Denn welches Leben ist so schön, daß man es wieder leben möchte? Wenn ich mein lieblich Kindchen auf dem Schoß habe und in Sehnsucht denke, wenn mein geliebt, herzlich Mütterchen es sähe und ihr freundlich, gütig Antlitz auf ihm ruhte, dann ist's mir immer, als wenn eine innere Stimme rief: Gönn dem Engel die Ruhe, sie hat soviel gesorgt, gebangt und gelitten um ihre Kinder und sollte wieder mitsorgen, denn lieb Tantchen so viel Erfreuliches so ein klein Engelchen mit sich führt, nur der Gedanke es zu verlieren kann uns alle Freude vergessen machen; Gottvertrauen muß uns überall halten, und die Zuversicht, daß diese Welt sich an eine höhere, vollkommene anschließt; so war mein geliebt Mütterchen ein Weltweiser in des Lebens Genuß und ein Engel im Entbehren und im Verlieren. Ganz besonders, geliebte Tante, freue ich mich, wenn Du bei uns bist, daß Du mir alles erzählst von des geliebten Vaters Jugendzeit, wie Du beide Eltern im Jugendglanze gekannt hast und von allem, was Deinem Herzen besonders nahe stand ... ich küsse Dich in Gedanken und bleibe Deine

Emilie.

Karl Marx erwähnt die Erbschaftsangelegenheit noch an zwei Stellen seines Briefwechsels mit Engels. Aus einem Briefe vom 24. März 1866 geht hervor, daß die erwartete Vollmacht seines Schwagers Jutta aus Kapstadt noch immer nicht eingetroffen ist. Aber er hofft, im Hinblick auf seinen „bürgerlichen Dreck“, „daß dann endlich, wenn auch nichts Bedeutendes, doch immer etwas in die Kasse fließen wird“. Den wenig erbaulichen Schluß dieser Geschichte erfahren wir aus einem Briefe, den er am 8. November 1866, mehr als ein Jahr nach dem Tode der Erblasserin, an den Freund richtet. „Ich befinde mich also seit Monaten blank. Die sogenannte Erbschaft fand sich wenigstens unter zwanzig Leute verteilt und so kamen mir für meinen Teil Anfang Sommer — 80 Taler zu.“ In der Tat: ein winziger Tropfen auf einen glühend heißen Stein.

Zwei Tage später sandte Karl Marx das erste Manuskript des „Kapital“ an seinen Verleger.

(Ein zweiter Artikel folgt!)





HERMANN WENDEL:

## Kriegsschuldliteratur.

**A**UCH wer in der Frage nach der Schuld an Entstehung und Ausbruch des Weltkrieges nur ein politisches Problem zweiten Ranges sieht, vermag ihre relative Wichtigkeit nicht zu leugnen. Zwar duldet und büßt Deutschland, nicht weil seine Machthaber den Krieg angezettelt, sondern weil sie ihn verloren haben, aber selbst Lloyd George hat die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg die Basis genannt, auf der die Alliierten das Gebäude des Versailler Vertrags errichtet hätten. Auf einem anderen Blatt steht, ob die Art, wie in Deutschland vielfach die Propaganda gegen die „Schuldflüge“ betrieben wird, der Sache nützt. Außer der „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursache“ wirkt auf diesem Felde der „Arbeitsausschuß deutscher Verbände“, dem über sechshundert Organisationen „mit vielen, vielen Millionen Mitgliedern“ angeschlossen sind. Trotzdem ist bei der Erörterung der Kriegsschuldfrage die Herstellung einer deutschen Einheitsfront schwer möglich, denn jene Recken lobesam, die heute noch die Lämmchenunschuld der kaiserlich deutschen Regierung und die Tigergelüste der Entente zur Grundlage ihres Standpunkts nehmen, sind durch eine Welt geschieden von den nüchternen und sachlichen Prüfern des Problems, die wie die Sozialdemokratie die Schuld weder ausschließlich bei den Menschen noch ausschließlich auf einer Seite suchen.

Wenn in der ersten von zwei neuen Erscheinungen\*) aus der schon unheimlich angeschwollenen Kriegsschuldliteratur Dernburg den Ausspruch Lloyd Georges, daß keiner der Staatsmänner Europas diesen Krieg tatsächlich gewollt habe, sondern alle mehr oder weniger in ihn hineingestolpert seien, als „thema probandum“ anführt, so kann dem jeder Unbefangene zustimmen. Aber diese Linie wird in dem Sammelbändchen „Deutschland und die Schuldfrage“, in dem Angehörige der verschiedenen Parteien verschiedene Abschnitte der Schuldfrage behandeln, nicht durchweg eingezahlten; gerade ein Sozialdemokrat, Dr. Ludwig Quessel, äußert die etwas befremdliche Ansicht, „daß die englische Diplomatie entschlossen war, dem marinepolitischen Wettbewerb Deutschlands sobald als möglich durch einen europäischen Krieg ein Ende zu machen“, er behauptet, während der frühere deutsche Botschafter in

---

\*) Deutschland und die Schuldfrage. In Verbindung mit dem Arbeitsausschuß deutscher Verbände bearbeitet von Dr. Wilhelm Ziegler. Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin 1923. — Ferdinand Toennies, Der Zarismus und seine Bundesgenossen 1914. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1922.

Paris, Freiherr v. Schoen, die Bemühungen Englands, um die „Entwirrung des Knotens“ in den kritischen Juli- und Augusttagen anerkennt, daß Grey „den Kräften, die zum Kriege trieben, freien Lauf gelassen habe“. Auch sonst springen Widersprüche auf. Wenn das Vorwort meint, daß das Schuldurteil durch den Artikel 231 zum Eckstein des Versailler Friedensdiktats geworden sei, setzt Dr. Adolf Koester in einer Abhandlung, die ebenso sachlich und aufschlußreich ist wie Oberst Schwertfegers Beitrag über die Verletzung der belgischen Neutralität, an der Hand der Entstehungsgeschichte des „Schuldparagraphen“ auseinander, daß im Kern der Artikel 231 Deutschland nicht für die Kriegsschuld moralisch verantwortlich, sondern für die Kriegsschulden materiell haftbar machen sollte, und daß Deutschland daher im Versailler Vertrag nirgends die Verantwortlichkeit für den Krieg und seine Vorbereitung durch Unterschrift anerkannt hat. Aber wo immer bei einzelnen Behauptungen der einzelnen Abhandlungen einzuhaken wäre, bedauerlicher bleibt, daß in der Sammlung die pazifistischen Gegenströmungen, die namentlich durch den Sozialismus in allen Ländern wirksam waren, nirgends klar erkennbar werden, und das zu wenig zur Geltung kommt, wieviel von den Ursachen der europäischen Verwicklung auf Unfähigkeit und Böswilligkeit der Diplomaten, wieviel auf unaufhaltsame und geschichtlich notwendige Bewegungen der Völker entfällt.

Vor allem ist es ein Unding, in einem Werkchen, das den ganzen Umkreis der Kriegsschuldfrage abschreiten will, die verhängnisvolle Rolle des Habsburgerreichs so zu behandeln, wie es hier geschieht. Zwar hebt Professor Dr. Hoetzsch hervor, daß der Weltkrieg zunächst ein Krieg der orientalischen Frage gewesen sei, auch betonend, daß dem Volk in Rußland der Gedanke an einen Krieg weltenfern lag, und daß in der Entscheidungsstunde „eine kleine, aber entschlossen zum Krieg drängende Clique“ das Heft in die Hände bekam, doch ihr Gegenspieler, die „kleine, aber entschlossen zum Krieg drängende Clique“ in der Hofburg und am Ballplatz wird nirgends gebührend gestäubt. Ist es schon ein falscher Zungenschlag Quessels, daß „der unter panslawistischen Einflüssen handelnde serbische Nationalismus durch den Mord von Sarajewo die Brandfackel in das alte Staatengebäude Europas geworfen“ habe, da doch Berchtolds freches Ultimatum zum Fidibus des Weltkriegs wurde, so verbreitet sich Hans Delbrück über die Frage „Serbien, Oesterreich und Rußland“ vollends mit unzulänglichen Mitteln. Jeder aufrichtige Verehrer dieses bedeutenden Historikers muß mit Betrübniß sehen, wie er sich hier auf ein Gebiet begibt, zu dem ihm die Voraussetzungen fehlen. Ein Zeichen von verblüffender Kritiklosigkeit ist es schon, wenn ein Geschichtsschreiber von großem und wohlverdientem Ruf ein nichtsnutziges Pamphlet des Ballplatz-Offiziosus Mandl als ernste Quellenschrift

ausschrotet, einen hysterischen Schmarren der Miß Durham als „beste neuere Publikation speziell über das serbische Problem“ rühmt und dafür Seton-Watson's objektives, geradezu österreichfreundliches Werk über die südslawische Frage als „eine österreichfeindlich (!) gesinnte, den Serben freundliche Arbeit“ beiseite schiebt; mangelnde Kenntnis der einschlägigen Literatur verrät auch, daß er die Schweizerin Sturzenegger als männlichen Reichsdeutschen anspricht, und nicht anders steht es mit dem, was er an vermeintlich historischen Tatsachen über das Verhältnis Oesterreich-Ungarns zu Serbien beibringt; über diese Dinge ohne Einblick in die Literatur der Balkanvölker, ohne Beherrschung ihrer Sprache zu schreiben, ist ähnlich, als wollte wer eine Geschichte der Kriegskunst nur auf Grund serbisch geschriebener Werke verfassen. Aber auch der Freiherr von Schoen stellt die Dinge auf den Kopf, wenn er vom Juli 1914 sagt: „Während Deutschland darauf bedacht war, durch seinen Lokalisierungsvorschlag den Konflikt in die engsten Grenzen zu bahnen, auf der andern Seite das Gegenteil, Erweiterung des Konflikts zu einem europäischen“, denn Deutschlands Lokalisierungsplan lief auf einen Krieg, den zwischen Oesterreich und Serbien, die Einmischungsversuche der anderen auf die Verhinderung dieses Kriegs hinaus! Und hierin liegt, fiele auch alles Weitere in sich zusammen, die schwere, durch nichts zu erschütternde, durch nichts zu verkleinernde Schuld der deutschen Machthaber, daß sie den Berchtold und Konsorten bei ihrem verbrecherischen Vorgehen gegen Serbien den Rücken deckten und wenigstens bis zum 28. Juli allen Vermittelungsversuchen der übrigen Mächte ein Bein stellten.

Aber bietet „Deutschland und die Schuldfrage“ in jedem Fall den Anknüpfungspunkt für ernsthafte Erörterungen, so ist „Der Zarismus und seine Bundesgenossen“ des Herrn Professor Tönnies ein hilfloses Gegickel und Gegackel und ein wirres Geschwafel, das von ebensoviel Ueberheblichkeit wie Mangel an Unterrichtung Kunde gibt. Der Herr Professor ist auf Entdeckungen aus. So erzählt Poincaré in den Erinnerungen an seine erste Ministerpräsidentenschaft, daß er bis zum August 1912, wo er sich die nötige Aufklärung in Petersburg selbst holte, über Inhalt und Zweck des serbisch-bulgarischen Bündnisvertrags vom gleichen Jahre nur unzuverlässig Bescheid gewußt habe. Halt! ruft da Herr Toennies, der Sieberts Dokumentensammlung mit heißem Bemühen durchstudiert hat, und legt den Finger stolz auf einen Brief Iswolskys an Sasonow vom 20. Juni 1912, in dem der russische Botschafter in Paris eine Aeußerung Poincarés folgendermaßen wiedergibt: „Sie wissen, daß die französische Regierung nur deshalb bereit gewesen ist, die bulgarische Anleihe in Paris zu

erleichtern, weil die russische Regierung ihr erklärt hat, daß Bulgarien nach Abschluß eines geheimen Bündnisses mit Serbien fest entschlossen ist, sich auf die Seite der Ententemächte zu stellen“. Was ergibt sich für Herrn Professor Toennies hieraus?

Es ergibt sich hieraus, daß Herr Poincaré am 20. Juni in das tiefste Geheimnis vollkommen eingeweiht war, in das Geheimnis des geplanten Angriffskrieges, und daß er auf Grund dieses Geheimnisses und des darin begründeten bedingten Vertrauens auf Bulgarien diesem Staat durch den französischen Staat finanziell unterstützen wollte, wenn er Garantien für die deutschfeindliche Gesinnung des Königs erhalten könnte. Ohnehin muß die ausdrückliche Anweisung des russischen Ministers an den Botschafter (vom 30. März) es als im höchsten Grade unwahrscheinlich erscheinen lassen, daß dieser nicht längst Herrn Poincaré sollte ins Vertrauen gezogen haben, wie es ihm befohlen war. Diese Enthüllung ist für die „Schuldfrage“ so bedeutungsvoll und wichtig, wie zu ihrer Zeit für den Dreyfuß-Prozeß die Aufdeckung der Fälschung des Oberstleutnants Henry, des Chefs des Informationsbüros im Großen Generalstabe, der jenes Bordereau, das den unglücklichen Kapitän angeblich so schwer belastete, fabriziert hatte.

Hurra! Amerika ist entdeckt!

Aber ach! für den Kenner der Dinge beweist die großartige Enthüllung von der Tücke Poincarés lediglich, daß Herr Toennies sein Pensum nicht gelernt hat. Er brauchte nur die Nase in das französische Gelbbuch über die Balkanangelegenheiten zu stecken, um zu wissen, wie die Dinge wirklich liefen. Nach dieser Akten-sammlung teilte am 1. April 1912 Poincaré den französischen Vertretern in Belgrad und Sofia mit, daß ihn der russische Botschafter sehr vertraulich über zwei dieser Tage abgeschlossene Geheimabkommen zwischen Bulgarien und Serbien, wie folgt, verständigt habe:

Durch das erste dieser Abkommen verpflichten sich die beiden Balkanstaaten zu gegenseitiger Hilfeleistung im Fall, daß sie angegriffen werden, und zur Aufrechterhaltung des status quo auf dem Balkan. Durch das zweite kommen sie überein, nichts zu unternehmen, ohne die Ansicht Rußlands eingeholt zu haben.

Ein Telegramm des Ministerpräsidenten vom folgenden Tage an den französischen Botschafter in Petersburg besagte, daß Poincaré — schon damals! — der bulgarischen Regierung erklärt habe, sie dürfe nur dann eine Anleihe in Frankreich auflegen, wenn sie dem „allgemeinen Programm der Triple-Entente“ beitrete. Ein längerer Bericht des französischen Botschafters in Petersburg vom 5. April macht deutlich, daß die russische Regierung die Franzosen über den eigentlichen Inhalt des auf eine Aufteilung der europäischen Türkei abzielenden serbisch-bulgarischen Vertrags in der Tat im

Dunkeln ließ; am 8. April drückte dann Poincaré sein Unbehagen aus, daß Rußland die Balkanverhandlungen ohne Vorwissen Frankreichs unternommen und Paris vor eine fertige Tatsache gestellt habe, und erst im August erfuhr er in Petersburg von Sasonow, der ihm den Vertrag vorlas, was es mit dem Bündnis für eine Bewandnis hatte — also alles so, wie Poincaré erzählte und nicht so, wie Professor Toennies mutmaßte, entdeckte und enthüllte! Aber wozu hier erst mit Widerlegungen anfangen! Herr Professor Toennies schwatzt im Hurrastil des August 1914 von „slawischer Hinterlist und Verschlagenheit“, schimpft mit einer salzlosen, einer Gänsefüßchen-Ironie die Fürst Lichnowsky und Dr. Mühlön „deutsche“ Männer und entlarvt Karl Kautsky als — es steht wirklich und wörtlich da, und nicht nur einmal! — „Panslawisten!“ Genügt's? Und das ist grünes Holz, ein Hochschullehrer, der bekennt, daß er als Deutscher „immer schwarz-rot-gold gefühlt“ habe! Liebes Deutschland!

In der ersten Schrift nennt Dernburg den Kampf gegen die Behauptung von der Alleinschuld Deutschlands einen „Kampf um die sittliche Reputation unseres Volkes“, und auch Koester betont, daß es sich darum handle, „ob wir als Volk die uns von der Gegenseite zugeschobene moralische Verantwortung für das größte Elend der Weltgeschichte zu tragen bereit sind oder nicht“. Aber mit Verlaub, steht das Problem so nicht schief? Die Verantwortlichen für die Politik des Juli und August 1914 waren keine Vertrauensmänner des deutschen Volkes, sondern Sachwalter der Hohenzollern; selbst nach dem strengen Begriff parlamentarischer Staaten genoß der Hauptverantwortliche, der Reichskanzler, so wenig das Vertrauen des Parlaments, daß ihm im Laufe des Jahres 1913 der Reichstag zweimal, bei der Polenenteignung und der Zabernaffäre, sein Mißtrauen in aller Form ausgesprochen hatte! In den entscheidenden Wochen des Jahres 1914 war er nur deshalb noch am Ruder, weil Deutschland eben halbabsolutistisch regiert und Bethmann Hollweg von seinem „kaiserlichen Herrn“ gegen Parlament und Volk gehalten wurde. Das Tun und Lassen einer solchen Regierung kann das deutsche Volk nicht verpflichten, und so wichtig die Arbeit an der Aufklärung über die wahre Verteilung der Kriegsschuld ist, so wichtig ist auch das Werk der „Desolidarisierung“ des deutschen Volkes mit seinen Gewalthabern von damals. Das geschieht desto wirksamer, je offensichtlicher die deutsche Republik deutsche Republik, je entschiedener die deutsche Demokratie deutsche Demokratie ist. Der beste Kampf gegen die „Schuldflüge“ ist der Kampf für die Republik!



ELLY HEUSS-KNAPP:

## Der „Mittelstand“ im Schaukasten.

Kann man die Not des Mittelstands in einer Ausstellung der Welt klar machen und dabei Wegweisung geben zur Abhilfe? Nein, man kann es nicht. Das zeigt auch der Versuch, den die verbündeten Vereine für Mittelstandsfürsorge im Berliner Sportpalast gemacht haben.

Vor vielen Jahren hat das Deutschland der Vorkriegszeit in einer Heimarbeitsausstellung mit Erstaunen, Erschütterung, Scham und Zorn das Elend der modernen Hausindustrie geradezu entdeckt. Niemand konnte durch jene Säle gehen, ohne an den ausgestellten Waren, deren Preise jedem geläufig waren, die zum ersten Mal veröffentlichten Löhne aufs einprägsamste wie eine schwere Anklage ins Gedächtnis aufzunehmen. Da gab es Stundenlöhne von 5, 8 oder 10 Pf. Eine Erklärung war unnötig. Jeder verstand, daß hier nur das Wort Ausbeutung am Platz war. Auch die hygienischen Schäden der Heimarbeit sind leicht zur Darstellung zu bringen, und gerade auf diesem Gebiet setzte die Wirkung der Veranstaltung augenblicklich ein, während ein Eingriff in die Lohnhöhe vom Staat ängstlich abgelehnt wurde.

Heute soll das große Elend von breiten Schichten des Mittelstandes verdeutlicht werden. Wieder sind Tische und Tische vollgepackt mit „weiblichen Handarbeiten“, vom groben Wollschal bis zur feinsten Nadelspitze. Es liegen Preise dabei, vor denen der Beschauer ratlos steht. Ist das viel? Ist es wenig? Man teile zuerst einmal durch 15 000; das ist der Goldindex; oder nein, es kommt auf den Inlandswert an. Also teilen wir durch 4200, den Buchhändlerindex. — Aber die Lebensmittel sind stärker gestiegen! ... Solche Gespräche kann man hören. Freilich nur von den ganz klugen Pressedamen, die schon recht gut Bescheid wissen. Jedenfalls wirken die Preise nicht irgendwie unmittelbar erschütternd. Auch kennt man den Beschaffungswert des Rohmaterials nicht. Lohnhöhen sind gar nicht angeben, es würde auch keineswegs wirksam sein, sie zu notieren. Man hat keinen Maßstab mehr. Die dümmen Besucher der Ausstellung sagen sowieso nur: Das ist doch nicht gerade billig. Als ob es sich darum handelte, hier Schleuderpreise zu fordern, während doch geholfen werden soll! Und wie bitter schwer ist es doch, sich mit Handarbeiten eine Existenz zu schaffen. Da mögen oft Stundenlöhne von 10 Pf. Goldwährung noch ein erstrebenswertes Ziel sein. Wie schade, daß kein Versuch gemacht ist, eine solche mit dem Friedensstand vergleichende Lohntabelle aufzustellen.

Diese Seite des Problems Mittelstandshilfe ist immerhin noch einfach darzustellen und zu erfassen, und es ist selbstverständlich erfreulich, daß hier die zahlungsfähigen Käufer mit Ausschaltung des Zwischenhandels direkt die Arbeiten der „neuen Armen“ kaufen können und hoffentlich auch wirklich kaufen. Gemeinnützige Vermittlungsstellen für solche Arbeiten sind ja überall gegründet. Die grausame Herrscherin Mode erhalte uns noch lange den Geschmack an gestrickten und gehäkelten Kleidern, Jacken und Hüten! Sobald diese Mode wechselt, werden viele tausend Frauenhände sich nach ungewohnterer, größerer Arbeit ausstrecken müssen.

Aber was unsichtbar in dieser Ausstellung hinter dem Problem Erwerbsarbeit sich versteckt, das ist das Nebeneinander von unendlich erschwelter Hausarbeit, Sorge für die Familie und Erwerbsarbeit. Unlösbare Aufgaben: zu kochen, ohne riesige Rechnungen für Feuerung zu haben; zu nähen, ohne Gas oder elektrisches Licht zu verbrauchen;

Kinder zu bekleiden, ohne Schuhe sohlen zu lassen; Sauberkeit zu erhalten, aber Seife zu sparen; Löcher zu stopfen, wenn das Garn unerschwinglich ist oder die Zeit zu schade dafür — und daneben noch Lohnarbeit zu leisten. Diese Rechenexempel füllen das Gehirn ungezählter Frauen aus. Darüber gibt es keine tabellarischen Zusammenstellungen!

Wenn die Arbeitskraft erlahmt und die Zinsen aus dem Vermögen illusorisch geworden sind, die Wohnung bereits mit Aftermietern belastet, — dann wird der Weg zum Althändler gefunden und ein Stück nach dem ändern zum Verkauf angeboten. Mit dem Luxus fängt es an und mit Notwendigem hört es auf. Ein Weg, der bedenklich rasch und steil nach unten führt. Denn in jedem Fall ist es eine letzte Reserve, die hier angegriffen wird, und drohend erhebt sich die Frage: Was geschieht mit uns, wenn alles verkauft ist? Diese Angst steht allen den Vertretern des kleinen Rentnertums im sorgenvollen Gesicht geschrieben, die im Sportpalast der Galerie entlang an kleinen Tischen ihre Schätze darbieten. Wie grotesk ist diese Auswahl: von edlen, alten, treu bewahrten Spitzenkragen, Kristalltellern, japanischen Lackkästen, Perlenstickereien und Damastgedecken bis zu medizinischen Nachschlagebüchern, Kaiserbildern, Papierfächern und Vasen in Stiefelform. Sogar ein Kruzifix wird hergegeben. Die Preise werden nur zögernd genannt, und während ein Geschäft abgeschlossen wird, sinkt der Geldwert vielleicht um 200 Punkte, und nächste Woche beginnt der neuevolle Gedankengang: „Hätte ich doch nicht . . . .“

Dieser Ausverkauf von Familienerinnerungen ist ein erbärmlicher Anblick. Neulich ging die Notiz durch die Zeitungen, daß eine Dame die Zinksärge aus dem Familiengrab verkauft hat. Für das Gefühl ist es manchmal ebenso hart, den Nähkasten der Großmutter zu verschachern. Zuletzt bleibt nur die öffentliche Unterstützung übrig. Aber dazu entschließen sich die Kreise schwer, die bis vor kurzem ehrenamtlich in der sozialen Arbeit tätig waren und nun vom Subjekt zum Objekt der Armenpflege werden!

Man kann nur hoffen, daß der eiserne Ring der Not wenigstens die Familien fester zusammenschließt und die Verpflichtung, auch entferntere Angehörige zu unterstützen, auch ins Gewissen der schnell reich Gewordenen eindringt. Auf dem Lande und in kleineren Städten wirkt die Sitte noch dahin. Die Großstadtluft macht auch von traditionellen Pflichten frei, — macht vogelfrei!

Das trübste Bild ist die Not der Alten. Für Kinderelend sind Herzen und Hände viel leichter zu öffnen. Und doch bleibt das jahrtausende alte Wort unveränderlich wahr, daß ein Volk nur dann „lange lebet auf Erden“, wenn es „Vater und Mutter ehrt“!

Als die Mittelstandshilfe wie ein neuer Zweig am Baum der Sozialpolitik zu sprossen begann, handelte es sich in erster Linie um Organisationsaufgaben: Arbeitsvermittlung, Berufsberatung, Erholungsfürsorge, Hebung vorübergehender Notstände um die Hilfsbedürftigen möglichst bald wieder auf die eigenen Füße zu stellen. Heut ist diese erfreulichste Form der Fürsorge leider ganz in den Hintergrund gedrängt durch die Notwendigkeit karitativer, unmittelbarer Unterstützung. Zu einer durchgreifenden Hilfe fehlen die Mittel an allen Ecken und Enden. Dabei soll aber nicht verkannt werden, daß auch Beratungsstellen aller Art gute Arbeit leisten. Auch ihre Tätigkeit eignet sich nicht gerade zum Ausstellen. Tabellen zu studieren ist nicht jedermanns Sache und die Zahlen in unterhaltsame, anschauliche Bilder umzusetzen, ist ein Luxus, den sich nur Vorkriegszeiten leisten konnten.

Erschütternd wirkt es, daß die Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten und der Krüppelfürsorge unter den Begriff

Mittelstandshilfe fallen! Einen Lichtblick in allen trüben Eindrücken bilden hier die Malereien und Handarbeiten der verkrüppelten Kinder aus dem Oskar-Helenen-Heim. Die bunten Bilder eines 5jährigen Jungen, der die gelähmten Hände nur in Schienen bewegen kann, sind so farbenfreudig und eigenartig in der Flächenverteilung, daß jede Kunstgewerblerin stolz wäre, sie als moderne Entwürfe vorweisen zu können.

Wie steht es nun im Rahmen der Ausstellung mit den Wegen zur Abhilfe aller dieser Notstände? Den ganzen unteren Raum füllen die Verkaufsstände der Industrie mit Grudeherden, Sparkochern, Ersatzmitteln für Schulmittel und Fensterleder, selbsttätige Waschmaschinen und Kochkisten. Manches davon wäre wirklich eine große Hilfe für die Hausfrau des Mittelstandes; wäre — konjunktiv, Bedingungssatz . . . Aber ehe wir das Loblied der Industrie singen, die hier dem Mittelstand die rettende Hand bietet, müssen wir ein neues schweres Rechenexempel lösen: Wie lange muß eine Frau stricken, häkeln oder nähen, wieviel eingelegte Holzrahmen von ihren Wänden herunternehmen und verkaufen, wieviel Scheiben trockenes Brot mit Salz muß sie essen, wieviel Zeitungspapiersohlen in zerrissene Stiefel legen, bis sie sich ein Grude kaufen kann??? Ich rechne, daß es 20 Jahre dauert und daß sie dann keinen Gebrauch mehr dafür hat.

In einer solchen Ausstellung und in den Rubriken der Wohlfahrtspflege wird die Not des Mittelstandes selbstverständlich als einheitliches Problem gewertet und behandelt. In der lebendigen Wirklichkeit aber zerfällt sie in ungezählte Einzelschicksale. Der Mittelstand ist keine „Klasse“ mit Klasseninteressen einer Klassenpsyche, Klassennot und Klassenkampf. Er wird es auch jetzt nicht. Das spürt jeder, der nicht nur theoretisch mit diesen Fragen zu tun hat. (Wird man in der „Glocke“ gelyncht, wenn man sagt, daß man auch beim Proletariat an die einheitliche Klassenseele schon lange nicht mehr glaubt?) Und Einzelmenschen suchen und finden trotz aller Not der Zeit noch Wege des Aufstiegs, wo für die Massen kein Vorwärtskommen mehr möglich scheint. Das mag ein Trost sein — aber hoffentlich nur für den, der sein Gewissen entlastet, indem er hilft, soweit er helfen kann!

KURT OFFENBURG:

## Knut Hamsun.

### I.

Wir wissen genug und zuviel von den Mitteln der schöpferischen Arbeit. Unsere Zeit ist in all ihrer atemlosen Schnelle, wie wenn sie in der rasendsten ihrer Umdrehungen versteinern wollte, — zur Strafe dafür, daß sie die Wahrheit ihres Schleiers beraubt und erkannt hat: Gestohlenen Gut macht nicht reich.

Die neue Literatur strotzt in scheinbarer Blutüberfülle, prunkt mit Wendungen verhaltener Lebensglut und ungeheuersten Ichdrang, mit einem Reichtum, den sie aus allen Jahrhunderten der Poesie zusammengetragen hat. Die brünstigste Wendung, die innige Verhaltene mittelalterlicher Kirchengesänge, die ungeheure Kühnheit barocken Ueberschwanks, die pantheistische Atmosphäre der Romantik: alle Mittel und Formen des Ausdrucks werden gebraucht; und sonderbarer Weise erstehen aus ihren lebendigen, blühenden Leibern abgenutzte, tote Klischees. Ein Satz wie dieser: „Sie schnitt einen Strauß barbarisch wilder Blumen. Ihr ganzer Arm lag voll davon und währenddem ging



ihr Blut in einer Klarheit, die allen Dingen sich verband, mit jeder Zelle faßte sie jedes Ding der Welt.“ (Edschmid), — ist in seiner untadligen, unantastbaren Form verdammt zur Kälte, denn nur die ungeheuerlichste Lebenskraft, die nur einmal unter tausend zu finden ist, kann ihr Gefühl durch die Forderungen der Form hindurchtragen bis zur absoluten Erfüllung. — Was sagt doch Kleist im „Marionettentheater“? „So, daß sie“ (d. i. Grazie = Kunst) „zur gleichen Zeit, in demjenigen menschlichen Körperbau am reinsten erscheint, der entweder gar keins, oder ein unendliches Bewußtsein hat, d. h. in dem Gliedermann oder in Gott.“

In dieser unserer, nun so abstrakt gewordenen Welt, wirken ergreifend wie sommerlicher Atem die Stimmen einer Zeit, die um des Inhalts Willen die Form verwarf; die ein Anfang war und die nichts wollte als das Leben: das brodelnde, strömende Leben, den Dunst des Tages und die Atmosphäre der Menschen — auszudrücken in der künstlerischen Gestaltung. In unserer Zeit aber trägt die geforderte und gewollte große Form den Sieg davon über den Stimmungskern des schöpferischen Erlebnisses. Er wird aufgezehrt und leer steht die prunkvolle Atrappe des künstlerischen Gebildes. Der Impressionismus durchbrach die Gesetze der Form, um keinen Hauch vom Kern der schöpferischen Tat zu verlieren, um die eben erlebte Empfängnis mit ihren ganzen Schauern und Wallungen ins Werk tragen zu können.

## II.

Die Romane Hamsuns sind das wunderbarste Beispiel einer solchen Arbeit. Seine Schöpfungen werden uns nicht als Kunst bewußt. Man liest die Geschichten, wie wenn man sie erlebte; wie wenn die eigenen Sinne das Leben dieser Menschen schlürften. Nur die Kraft der Eindrücke, der Reichtum des atmosphärischen Spiels, die Süßigkeit des Erlebnisses beweist, daß dieses Leben geläutert (erhöht) Dichtung geworden ist.

Das Thema Hamsuns ist Eros. Nicht die Liebe des Herrn X. zu Fräulein Y, sondern das ewige Fluten des zeugenden Gottes; das Schreiten Pans durch die Welt.

Man kann bei Hamsun nicht von einer Entwicklung sprechen. Was Hamsun in „Hunger“ und „Pan“ vom Ueberirdischen im Irdischen gewußt hat, ist auch Inhalt und Vorwurf seiner letzten Werke. Es ist dieselbe lebendige Kraft, die jedem noch so sachlichen und trockenen Satzgeüze, ebenso wie der phantastischsten Legende die unerhörte Spannung gibt; gleichsam mit einem Druck des Pinsels, mit einer stärkeren oder schwächeren Führung der Linie werden Wirkungen von farbigster Fülle erzielt. Menschen, Gespräche, Geschehnisse spielen im Kreis des einfachsten Lebens. Hamsun hat sich immer wieder spöttisch und feindlich über die Neunmalklugen geäußert; über den Magier des Nordens, der alle seine Weisheit von den Sternen holte und sich zeit- und modegebunden gezeigt, daß seine Grübeleien abgestanden schmeckt, während Hamsuns irdische Welt ihren starken Duft behalten hat. Dichter wie Hamsun bringen ihr Wissen mit auf die Welt.

Er gehört zu den Menschen der Begnadung. Es gibt Romane aus jeder Lebens Epoche, die von Anfang bis Ende in einem einzigen Atem geschaffen scheinen; von Anfang bis Ende gleichsam in einem einzigen Bogen gespannt sind. Zu ihnen zählt das Erstlingswerk „Hunger“, dann „Pan“ und „Mysterien“, und von den letzten Werken „Segen der Erde“, „Unter Herbststernen“ und „Gedämpftes Saitenspiel“ sowie die wunderbaren Prärienovellen. — Und es gibt aus späten und frühen Zeiten Werke Hamsuns, deren Fluß unterbrochen ist, in denen man die Kraft der

Erfindung verlöschen fühlt; aber es gibt keinen Roman Hamsuns, der nicht des Genießens lohnte. In „Redakteur Lynghe“, „Die Stadt Segelfoß“, in „Weiber am Brunnen“ und vor allem in den nicht sehr bühnenwirksamen Schauspielen sind Teile von so dichterischer Erkenntnis, von einer bebenden Feinheit der Psychologie und des Ausdrucks in einer Anspruchslosigkeit gegeben, zu der die moderne Dichtung, die mit groben Kontrasten (Leben und Tod, Gott und Blut usw.) dekorative Wirkungen zu erzielen gewöhnt ist, keinen Zugang mehr findet.

### III.

Geschichtlich steht Hamsun am Anfang des Naturalismus. Man hat Einfluß von Dostojewski in dem Roman „Hunger“ wirken geglaubt; aber wer kann wissen, ob der Abenteuerer Hamsun überhaupt Dostojewski gekannt hat. Die rätselhaften Gesetze eines jeden Stils sind nicht so einfach zu deuten. Welten trennen die Lebensfassung Hamsuns von dem dämonischen Russen; Welten trennen diesen Nordländer von dem üppigen Rationalismus Zolas. Wenige Fäden nur führen zu dem objektiven Artismus der Goncourts; und verglichen mit Balzac und Flaubert ist Hamsun ein Lyriker. Und doch gehören die Menschen dieser Zeit in einem Wesenhaften zusammen, das sie von dem Vorher und unserem Nachher trennt: in der Vergöttlichung des Alltäglichen im köstlichen Handwerk der Kunst.

### IV.

Der immer willkürliche und lebendige Stil Hamsuns ist nicht leicht im Deutschen nachzuformen. Die neue Uebersetzung von Hamsuns Werken aus dem Norwegischen durch J. Sandmeier (bei Kurt Wolff und Albert Langen, München) bringt die sprachliche Feinheit der Romane dem empfindlichen Leser näher als manche der früheren (Morgens- stern, Klaiber), oft holperigen Uebertragungen.

---

## UMSCHAU.

Der „kranke Nietzsche“ in Freiheit dressiert. In München steht als Zeuge vor dem Volksgericht, Zeuge im Hochverratsprozeß gegen Fuchs-Machhaus und Genossen, der ehemalige Heidelberger Privatdozent Dr. Ruge. Als einen „kran- ken Nietzsche“ charakterisiert sein Porträt der Berichterstatter des B. T. Aber dieser „kranke Nietz- sche“ verkündet nicht die Ueber- windung des Menschen durch den Uebermenschen, sondern er predigt das ungleich plattere Evangelium, daß man den politischen Gegner nicht geistig, sondern physisch totschiagen müßte. Ein phantas- tischer Narr? Ach nein, ein sehr gefährlicher Verbrecher! Es tre-

ten Zeugen auf, die sehr bestimmt bekunden, daß der „kranke Nietz- sche“ der Leiter der Münchener Feme-Organisation gewesen ist, die den Bauer, die den Hörnlein aus dem Wege schaffte, die bald im Forstenrieder Park, bald auf der Landstraße nach Passau, bald in den Bergen nahe der Tiroler Gren- ze einen oder eine Verdächtige ab- kehlte. Aber die Praxis des kran- ken Nietzsche reicht noch weiter zurück, sie reicht in die Zeit der oberschlesischen Selbstschutzban- den, unter denen auch bereits die Feme gegen „Verräter“ wütete, sie reicht in die Hoch-Zeit der Roß- bacher, bei denen es in einer ein- zigen Nacht sechs Leichen gab, —

„von den Polen“ ermordet (wurde gesagt), obwohl dieses in einem mittelschlesischen Kreise geschah, wo weit und breit keine Polen hausten.

Und hier setzt die Vorgeschichte ein. Von der sozialistischen Presse wird Dr. Ruge schon im Sommer 1921 als derjenige bezeichnet, der diese Morde organisiert hat. Am 13. September 1921 wird Ruge wegen Verdachtes des Hochverrats, des versuchten Mordes, der Geheimbündelei, des unerlaubten Waffenbesitzes usw. verhaftet. Der Breslauer Amtsrichter jedoch, dem Ruge vorgeführt wird, läßt diesen auf der Stelle wieder laufen. Er hat es mit der Entlassung Ruges so eilig, daß er sich nicht einmal die Zeit nimmt, bei der Staatsanwaltschaft und bei der Breslauer Regierung anzufragen, die das belastende Material gegen Ruge hinter sich haben. Auf eine Anfrage im Landtag teilt der Justizminister mit, daß gegen den Amtsrichter ein Disziplinarverfahren wegen mangelnder Sorgfalt eingeleitet sei. Von seinem Resultat hat die Welt bis heute nichts gehört.

Jetzt endlich, nachdem Ruge aus der Haft ist, erläßt der Staatsanwalt einen Haftbefehl und sendet einen Steckbrief hinter ihm her. Der Steckbrief zählt als die mutmaßlichen Verbrechen des Ruge auf: Geheimbündelei, Urkundenfälschung, versuchten Mord und unerlaubten Waffenbesitz. Ruge aber ist verduftet. Verduftetsein schließt nicht aus, daß man einen bevollmächtigten Rechtsanwalt zurückläßt. Auf Beschwerde dieses Rechtsanwalts hebt das Oberlandesgericht in Breslau den Haftbefehl gegen den immer noch Verdufteten auf!

Und nun erscheint der „kranke Nietzsche“ — in Freiheit dressiert — als Zeuge vor dem Volksgericht, wo alle Verdachtsmomente gegen ihn äußerste Bestätigung erfahren. Wird die preußische Justiz sich nun seiner bemächtigen? —, I bewahre, Bayern ist ja wohl — trotz einigen Deutschen Reiches und ähnlicher Floskeln — Justizausland in bezug auf die übrigen Bundesstaaten und als solches sicheres Asyl für kranke Nietzsches und Konsorten.

E. K-r.

---

## BÜCHERSCHAU.

**Die deutsche Arbeiterjugendbewegung in den Jahren vor dem Kriegsausbruch.** Karl Korn, der bekannte Schriftleiter der „Arbeiter-Jugend“, hat die geschichtliche Entwicklung der Bewegung, der er selbst nun schon seit anderthalb Jahrzehnten nahesteht, in einer großzügig angelegten, aus einwandfreien Quellen schöpfenden Schrift „Die Arbeiterjugendbewegung“ (Berlin, Arbeiterjugend-Verlag) festgehalten.

Die Hauptkapitel dieses zweiten Teils umfassen „Das Reichsvereins-

gesetz und die neue Orientierung“ und „Die Freie Jugendbewegung bis zum Kriege“.

All das, was auch wir Aelteren aus eigenem Erleben, aus den gelegentlichen Berichten der Tagespresse, aus den Veröffentlichungen der Jugendpreßorgane (erst „Arbeitende Jugend“, später „Arbeiter-Jugend“) kennen, wird uns hier noch einmal lebendig vor Augen geführt.

Mit dem Erlaß des neuen Reichsvereinsgesetzes beginnt das Buch. Es fand seine erste praktische An-

wendung in der Auflösung des süd-deutschen Jugendverbandes.

Die größten Schwierigkeiten, die nach dem Nürnberger Parteitag zu überwinden waren, bestanden darin, eine „Bewegungsform“ für die Jugendlichen zu finden, die sich möglichst elastisch dem Reichsvereinsgesetz anpassen ließ. Man schuf zunächst eine Zentralstelle für die arbeitende Jugend und schuf Jugendausschüsse. Das Band, das die einzelnen Teile zusammenhielt, war die Zeitschrift „Arbeiter-Jugend“. Bereits im April 1910 konnte die erste Reichskonferenz der Jugendlichen einberufen werden, zu der nicht weniger als 129 Ausschüsse ihre Vertreter entsandten.

Die Gegner, die zunächst das Werden und Wachsen der neuen Bewegung sich staunend und spötelnd angeschaut hatten, merkten gar bald, daß hier etwas im Aufbau begriffen war, das selbst die Schlingen des Reichsvereinsgesetzes nicht abzuwürgen imstande war. Der Kampf, der erst mit Plänkeleien eingesetzt hatte, wurde zu einem Kampf auf Leben und Tod. Korn nennt diesen Abschnitt in seinem Buch, dem er mit vollem Recht einen etwas breiteren Raum gewährt, „das Sozialisierungsgesetz der Jungen“.

Zunächst schritten die Behörden zur Auflösung der Vereine, die sich angeblich politisch betätigt hätten. In brutaler Weise wurde jegliche Bildungsarbeit niedergeknüpelt, Märtyrer der Bewegung wurden geschaffen. Man konstruierte Vereine, wo gar keine vorhanden waren. Aber nichts vermochte der Bewegung Einhalt zu tun. Die Zahl der Ausschüsse mehrte sich ständig, wie auch die Zahl der Abonnenten der „Ar-

beiter-Jugend“ wuchs. Dabei wurde eine ganz erstaunliche, tiefgreifende, wahre Bildungsarbeit geleistet, Jugendheime und Jugendbibliotheken wurden geschaffen, so daß sich ein Stück des deutschen kulturellen Aufstiegs in der Vorkriegszeit geradezu mustergültig in der Freien Jugendbewegung widerspiegelte.

Gerade das, was Korn in diesem letzten Drittel seiner Schrift an Material zusammenträgt, wächst über den Rahmen der geschichtlichen Zusammenfassung weit hinaus. Es ist psychologisch überaus interessant, zu sehen, wie die Kraftmeier der wilhelminischen Ära durch ihr skrupelloses Draufgehen gegen die Jugendlichen in diesen Haß über Haß aufhäufte.

Und hier sind auch die Wurzeln dafür zu suchen, daß es gerade diese Jugendlichen waren, die der politischen Kriegs- und Nachkriegseinstellung der Sozialdemokratie am längsten feind und fremd blieben, die die Reihen der äußersten Linken füllten und heute noch nicht die Dragsalierung seelisch überwunden haben, mit der sie vor einem Jahrzehnt so rücksichtslos und brutal verfolgt worden sind.

Ein gewaltiges Quellenmaterial ist auch in diesem zweiten Teil der Geschichte der Arbeiterjugendbewegung zusammengetragen. Das Material ist mustergültig gesichtet und gegliedert und in literarisch vollendeter Form vorgetragen. Das Schrifttum der deutschen Arbeiterbewegung ist wiederum um ein wertvolles Buch bereichert worden, das sich auch äußerlich vornehm und geschmackvoll präsentiert, so daß dieser Neuerscheinung ein recht weitgezogener Leserkreis zu wünschen ist. L. Lessen.

**R. L. Trager** ★ **Berlin NW 7**  
**Mittelstraße 21**  
*Spezial-Sortiment und Antiquariat*  
**für Rechts- und Staatswissenschaften**

**Ausgewähltes Lager von ca. 1 000 000 Bänden**  
**aus obigen Gebieten**

*Die neuen Bücher systematisch geordnet und leicht handlich zum Herausnehmen aufgestellt*

*Die Antiquaria verzeichnet in Katalogen, die im Herbst erscheinen (letzter Kat. 213/14: Zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, 1922, Gz. 1)*

In Kürze erscheint:

**R. L. Tragers Bibliographie**  
**der Rechts- und Staatswissenschaften**

Jährlich 4—5 Hefte (enthält die deutsche und zum Teil die ausländische Literatur) Preis pro Jahrgang Gz. 5

**Ankauf von Bibliotheken und einzelnen Werken**

Demnächst  
erscheint:

**BEBEL**

von  
**HERMANN**  
**WENDEL**

★  
Verlag  
für Sozialwissenschaft  
Berlin SW 68, Lindenstr. 114

**Als Handbuch für**  
**weltpolitische Bildung**  
erscheint Ende Juni 1923

**Politisches**  
**Handwörterbuch**

Unter Mitwirkung von fast 200 Fachleuten u. redaktioneller Mitarbeit von Dr. Kurt Jagow  
**HERAUSGEGEBEN VON**  
**PROF. Dr. PAUL HERRE**  
2 Bände in Lexikontormat mit über 2000 Seiten Text, reichem statistisch. Material, Tabellen, geographisch. Darstellungen, farb. Karten, Holzfr. Papier. Unter 4500 Stichworten werden Persönlichkeiten und Organisationen der internationalen Politik, Geschichte u. politische Struktur der einzelnen Staaten, Heerwesen, Wirtschaft, Handel und Verkehr, Presse, Rechtswesen, Kultur- und Sozialpolitik eingehend behandelt. Als erstes Nachschlagewerk auf diesem Gebiet füllt das Wörterbuch eine fühlbare Lücke aus.

*Durch sorgfältige Auswahl der Mitarbeiter ist strenge Unparteilichkeit gesichert.*

**Subskriptionspreis**  
**bis Ende Juni 175 000 M.**

**K. F. Koehler Verlag**  
**Leipzig**

# WERKE

von

## UPTON SINCLAIR

Übersetzt von Hermynia zur Mühlen  
**DAS BUCH DES LEBENS**

Band I: Das Buch des Geistes  
Band II: Das Buch des Körpers u. d. Liebe  
Band III: Das Buch der Gesellschaft

à Band: Halbleder 8,50, Ganzleinen 4,90, Pappband 2,50

Das Buch eines Menschen, der lange und viel gelebt hat und jene Sprache spricht, die jedem vertraut und allen verständlich ist.  
„Die Aktion.“

Es wäre ein Glück, wenn alle zu diesem Werke greifen würden. Es ist ein zeitgemäßes, weises und ehrliches Buch.  
„Der Hausarzt.“

## HÜNDERT PROZENT

Roman mit 10 Lithographien von George Grosz. Geschenkbd. 8,50, Pappbd. 4,50  
Sinclair ist der heldenhafteste Publizist der 200 000 000 Amerikaner. „Volk“, Jena. Sinclair weiß seinen Gedanken eine intensive Lebendigkeit zu geben. Seine Gestalten sind Blut- und Fleischmenschen ohne literarische Schnörkel. Die messerscharfen, Zeichnungen sind würdige Illustrationen zu den aufrüttelnden Kapiteln. „Temesw. Volksbl.“

## MAN NENNT MICH ZIMMERMANN

Geschenkband 8,—, Halbleinen 5,50, Pappband 3,20, broschiert 2,50

Die schlichte Sprache des Romans wirkt stark und strömt die wahre Lebensatmosphäre aus. Manfred George i. d. „B. Z.“ — Der Roman kann nur mit der Phantasie des genialen Malers James Ensor verglichen werden. „Kölnener Mittagsblatt.“ — „Man nennt mich Zimmermann“ ist für uns Europäer von größtem aktuellem Interesse, zeigt es doch Amerika von heute, so wie es ist und wie man es sich gewöhnlich nicht vorstellt. Man kann ihn den amerikanischen Zola nennen. Das Buch ist mit so großartiger Einfachheit dargestellt, daß es mit zu den besten Dichtungen in ganz großem Format gehört. „Volkswacht.“

## JOHN DOS PASSOS ♦ DREI SOLDATEN

Übersetzt von Julian Gumperz

Geschenkband 8,—, Halbleinen 7,50, Pappband 4,50, broschiert 3,50

This novel gives to American literature a document as pitiful and vivid as those which Barbusse and Latzko have been giving to Europe. „The Nation.“ — Für die künftige amerikanische Literaturgeschichte wird der Roman von Dos Passos eine Art von Grimelshausenschen Simplicissimus sein. „New Yorker Staatsztg.“ — Der Rekord der amerikanischen Romanliteratur. „Prager Tageblatt“, Prag. — Der amerikanische Barbusse, er heißt John Dos Passos. Man wird sich diesen Namen merken müssen. „8 Uhr Abendblatt.“ — Ein wundervolles Kunstwerk, geschrieben in unvergleichlicher Technik, in einer klaren, knappen, trefflichen Sprache. Man liest das Buch, in guter deutscher Übersetzung präsentiert, zweimal, dreimal und ist stets wieder ergriffen, entzückt, fortgerissen. „Berliner 12 Uhr-Blatt.“ — Nun ist Julian Gumperz' ausgezeichnete Übersetzung herausgekommen. Die Lektüre bestätigt, daß die Sensation, die das Werk in Amerika erregte, berechtigt war. „Das Tagebuch.“

## ANNA MEYENBERG ♦ VON STUFE ZU STUFE

Geschichte einer Frau. Geschenkband 11,—, Ganzleinen 9,—, Pappband 4,50

Ein Buch, das in der Frauenwelt ein ungeteiltes und brennendes Interesse finden wird. „Die Welttribüne“, Hamburg. — Wenige Bücher hinterlassen einen derart starken Eindruck beim Lesen wie die Geschichte dieser Frau. „Westfälische Allgem. Ztg.“ — Ehe sie sich versah, war meine Frau ganz an das neue Buch „Von Stufe zu Stufe“ gebannt und wenn ich nicht nach Stunden gemahnt hätte, morgen ist auch noch ein Tag, so hätte die Mitternachtsstunde sie noch lesend im Bett gefunden. H. Leid in der „Hamburger Volkszeitung.“

Grundzahl x Buchhändlerschlüssel = Ladenpreis. Ausland 1 Grundmark = 70 Schw. Cent.

## DER MALIK - VERLAG ♦ BERLIN W 9

# DIE GLOCKE

13. Heft

25. Juni 1923

9. Jahrg.

---

Nachdruck sämtlicher Artikel ist nur mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

---

HEINR. LÖFFLER:

## Frankreich und das Kohlenproblem.

IN französischen Zeitungen befaßt man sich seit mehreren Wochen recht eingehend mit der Lösung des Kohlenproblems zwischen Deutschland und Frankreich, wobei nachdrücklichst hervorgehoben wird, etwaige Verhandlungen müßten damit enden, daß Deutschland neue, über den Vertrag von Versailles hinausgehende Lieferbedingungen auferlegt seien. In einem Aufsatz der „L'Information“, der schon vor einigen Wochen, am 1. Mai 1923, erschien, sind diese Pläne von Herrn Louis Dausset, einem in Frankreich geachteten Wirtschaftspolitiker, besonders scharf herausgearbeitet, so daß es sich lohnt, auch weitere Kreise in Deutschland damit bekannt zu machen. Dieser Aufsatz wird eingeleitet mit folgender Bemerkung: „Eine der praktischen Folgerungen aus der Ruhrbesetzung ist, uns die Wichtigkeit des Kohlenproblems augenscheinlicher und klarer gemacht zu haben.“ Es ist wohl gestattet, dieser Bemerkung zu entnehmen, daß in Frankreich das Kohlenproblem deshalb augenscheinlicher und klarer geworden ist, weil seit der Ruhrbesetzung nur geringe Mengen Kohle und Koks, in minderer Qualität, trotz größter finanzieller Opfer eingegangen sind. Diese Erkenntnis stimmt zwar nicht mit den Auslassungen französischer Minister über die großen Erfolge der Ruhraktion überein, entspricht aber dafür der Wahrheit.

Sich mit Herrn Dausset in längere Auseinandersetzungen über Deutschlands Kohlenlieferungen vor der Ruhrbesetzung einzulassen, ist unlohnend. Es gibt in Frankreich viele hervorragende Personen, die, um dem eigenen Volke gegenüber die Ruhraktion gerechtfertigt erscheinen zu lassen, leicht geneigt sind zu irren, sofern es sich um die wahren Leistungen Deutschlands handelt. Ueber sie muß man den Mantel der Liebe decken.

In dem Artikel wird der gegenwärtige Kohlenbedarf Frankreichs auf 65 bis 70 Millionen Tonnen im Jahr beziffert. Gemessen an dem Bedarf Frankreichs und Elsaß-Lothringens in der Vorkriegszeit, sind die Angaben richtig, nicht aber nach dem Bedarf von 1922. Frankreich verbrauchte 1922 rund 59 Millionen Tonnen Steinkohle. Wie stand es nun mit dieser Bedarfsdeckung? In

Frankreich und Elsaß-Lothringen wurden 1922 gefördert 31,33 Millionen Tonnen Steinkohle, einschließlich 777 813 Tonnen Braunkohle, die entsprechend ihres Heizwertes — eine Tonne Braunkohle gleich  $\frac{2}{3}$  Tonnen Steinkohle — auf Steinkohle umgerechnet wurden. Nach Artikel 45 des Versailler Vertrages hat „Deutschland das volle unbeschränkte, völlig schulden- und lastenfreie Eigentum an den Kohlengruben im Saarbecken .... mit dem ausschließlichen Ausbeutungsrecht an Frankreich“ als Ersatz für die zerstörten Gruben in Nordfrankreich abtreten müssen. Die bereits ausgelesene und gewaschene Förderung der Saarbergwerke hat im Jahre 1922 einschließlich der Grube Frankenholz in der Pfalz, die auch in französischem Besitz ist, 11,24 Mill. To. betragen. Nach Abzug des Zechenselbstverbrauchs und der Deputatkohle an die Bergarbeiter und Beamten verblieben zur Verfügung Frankreichs 10,08 Millionen Tonnen, so daß es einschließlich der Produktion seiner eigenen Bergwerke über 41,41 Millionen Tonnen gleich 70% des Jahresbedarfs verfügte. Dem kann entgegengehalten werden, daß Frankreich die Produktion der Saarbergwerke nicht voll eingeführt, sondern im Saargebiet und anderweitig verkauft hat. Dieser Einwand müßte unbeachtet bleiben, denn für die von der Saarproduktion verkauften Mengen hat Frankreich die Einnahmen gehabt, die es ihm gestatteten, sich anderweitig einzudecken, da es am internationalen Markt nicht an Kohle, wohl aber sehr oft an Käufern fehlte. Der Bedarf Frankreichs wird sich natürlich im Laufe der Jahre wieder den Verbrauchsmengen der Vorkriegszeit nähern, da sein Wiederaufbau im Norden fortschreitet. Mit ihm wird aber auch der Wiederaufbau der zerstörten Bergwerke vorangehen, so daß Produktion und Bedarfsdeckung bis 1935 — so lange ist Frankreich im Besitz der Saarbergwerke — im gleichen Verhältnis wie 1922 stehen werden. Frankreich hat, solange es im Besitz der Saarbergwerke ist, mit einer Einfuhr von 15 bis im höchsten Falle 20 Millionen Tonnen im Jahr zu rechnen, einschließlich der von Deutschland ohne Barzahlung gelieferten Reparationskohle. Herr Dausset aber schreibt, daß nach dem Aufhören der deutschen Lieferpflicht Frankreich gezwungen wäre, für sein „gutes Geld 30 Millionen Tonnen kaufen zu müssen“, und wenn dann der Franken noch entwertet sei, würden solche Käufe in gefährlichem Maße die Gesteungskosten der französischen Industrie vergrößern“. Wie kommt Herr Dausset und andere, gleichfalls aber auch das amtliche Frankreich zu diesem oder ähnlichen Ergebnissen? Einfach durch das vollständige Außerachtlassen der Produktion der Saarbergwerke! Dergleichen Berechnungen müssen im höchsten Maße als unfair bezeichnet werden, denn Frankreich hat unter allen Umständen zunächst bis 1935 die Produktion der Saarbergwerke, soweit sie durch den Zechenselbstverbrauch und die Abgabe von



Deputatkohle nicht gemindert wird, oder die Einnahme im Falle des anderweitigen Verkaufs zu seiner freien Verfügung. Daß beides gleichwertig ist, bedarf keines besonderen Beweises.

Der Herr Artikelschreiber setzt dann in langen Ausführungen auseinander, daß die einfachste Klugheit Frankreich lehre, bevor es „die Ruhr etappenweise räume“, mit Deutschland Verträge abgeschlossen zu haben, um Frankreich „die notwendigen Mengen Kohlen zu sichern, und zwar zu solchen Preisen, daß die französischen Industriellen in der Lage wären, den Industriellen des Deutschen Reiches in wirksamer Weise Konkurrenz zu machen“. Die französischen Unterhändler hätten große Anstrengungen zu machen, die „sich nicht nur auf die zu liefernden Kohlenmengen erstrecken“ würden, „sondern auch auf die Preise, und hierbei — man muß es offen betonen — wird man nicht nur mit den deutschen Zechenverbänden zu kämpfen haben, sondern auch mit den Engländern“. Jetzt handelt es sich nach dem Verfasser darum, „in freier und loyaler Weise die Frage bei der englischen Regierung anzuschneiden; sie auf später zu verschieben, würde ein großes Wagnis sein in dem Augenblick, wo man das Ziel fast erreicht“ habe. Der Verfasser bekennt, daß „die Lösung des Reparationsproblems zum großen Teil in einem Kohlenübereinkommen mit Deutschland“ bestehe und meint, es sei ihm als Franzosen wohl gestattet, zu bestätigen, daß Frankreichs „Stellung an der Ruhr sich nicht nur gegen Deutschland richtet, sondern auch gegen England“.

Diese Darlegungen offenbaren die Schwere der neuen Reparationsverhandlungen. Was strebt der Verfasser an? Nach dem Versailler Vertrag enden Deutschlands Reparationskohlenlieferungen im Jahre 1930. Die durch die Ruhrbesetzung geschaffene Lage soll ausgenutzt werden, daß Deutschland zum Abschluß von Verträgen gezwungen wird, die Frankreich auf lange Zeit, möglicherweise bis zum Sanktnimmerleinstag, die notwendigen Kohlenmengen sichern, und zwar zu solchen Preisen, daß die französischen „Industriellen in der Lage wären, den Industriellen des Deutschen Reiches in wirksamer Weise Konkurrenz zu machen“, mit andern Worten: die deutsche Produktion auf dem internationalen Markt mit Erfolg zu verdrängen! Ein so praktisches System, meint der Artikelschreiber, „konnte jedoch nicht vor der Ruhrbesetzung ins Auge gefaßt werden“. Es bestehe „vor allem darin, den Deutschen neue Vereinbarungen aufzuerlegen, die zu gleicher Zeit sich auf die Menge, die Preise und die Dauer der Lieferungen ihrer Kohle und ihres Kokes erstrecken würden“. Wenn die Bergarbeiter, so meint der Artikelschreiber, „endlich zu der Wiederherstellung und der wirt-

schaftlichen und politischen Unabhängigkeit der deutschen Republik beitragen wollen, haben sie nur zu dem Werke der Reparation eine tägliche Arbeitsmehrleistung zu liefern“.

Wer mit den Rechtsgrundlagen für die Kohlenlieferungen aus dem Versailler Vertrag vertraut ist, wird zugestehen müssen, daß bei diesem französischen Wirtschaftspolitiker, von billiger Rücksichtnahme gegenüber Deutschland, keine Spur zu erkennen ist. Frankreich hat aus den bisherigen Reparationskohlenlieferungen große Vorteile gehabt. Es konnte beispielsweise seinen Kokspreis, der ab französischer Grube 125 Franken betrug, durch den deutschen Reparationskoks auf 95 Franken ermäßigen. Weil die Menge des deutschen Reparationskokes weit über der eigenen französischen Produktion lag und weil der für denselben Koks auf Reparationskonto gutgeschriebene Preis infolge der Markentwertung oft 50% und mehr unter dem durchschnittlichen Verkaufspreis von 95 Franken lag, hat der französische Staat bei diesen Lieferungen ein glänzendes Geschäft gemacht, worüber der gegenwärtige französische Finanzminister im Finanzausschuß der Kammer wieder schmunzelnd quittiert hat. Was vom Koks bezüglich des Preises gesagt wurde, ist auch zutreffend für die deutschen Kohlenlieferungen. Legt man den deutschen Inlandspreis zugrunde, so errechnet sich für die Reparationskohlenlieferungen bis 30. Juni 1922 ein Wert von 700 Millionen Goldmark. Berücksichtigt man, daß Deutschland für die über See gelieferte Reparationskohle den englischen Fobpreis zu beanspruchen hat, dann erhöht sich der Wert auf 950 Millionen Goldmark. Nach dem Weltmarktpreis aber beträgt der Wert der deutschen Reparationskohlenlieferungen 2,05 Milliarden Goldmark. In der aus diesen Zahlen sich ergebenden Differenz liegt der Gewinn für den französischen Staat und seine Exportindustrie, denn diese konnte auf dem Weltmarkt ihre Erzeugnisse billiger anbieten als jene Länder (Amerika, England), deren Exportindustrie den Weltmarktpreis für Kohle, die bei der Produktion verbraucht wurde, zahlen mußte. England hatte durchaus kein Interesse an diesen Zuständen, die Herr Dausset beträchtlich über die Bestimmungen des Versailler Vertrages verlängern möchte, und gab dies auch bei den Vorberatungen zur Ausarbeitung des Vertrages zu erkennen, um dann aber doch, wie leider so oft, den stürmischen Wünschen Frankreichs nachzugeben. Jetzt ist die Lage ein wenig anders. Besonders die englischen Bergarbeiter laufen gegen die Kohlenbestimmungen des Versailler Vertrages heftig an und auch die verschiedenen englischen Regierungen haben den Protesten der englischen Bergarbeiter, die sie auch mündlich der Reparationskommission zur Kenntnis brachten, die Berechtigung nicht versagen können. Besonders ist aber in England die französische Konkurrenz auf dem Weltmarkt, die durch den niedrigen

Kohlenpreis begünstigt wird, unangenehm empfunden worden. Dieser Dinge hat sich der französische Artikelschreiber erinnert, mit der Befürchtung, daß nunmehr England, durch Schaden zur Erkenntnis gebracht, weniger nachgiebig sein könnte, und daher seine Bemerkung, daß die französische Stellung an der Ruhr sich nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen England richte.

Deutschland hat, wie nachgewiesen, beträchtliche Nachteile gehabt bei den Reparationskohlenlieferungen zugunsten der Kohlenempfangsländer. Diese Nachteile haben natürlich auch auf die den Kohlenempfangsländern alliierten Staaten fortsetzend gewirkt. Sie wünscht der Artikelschreiber fortzusetzen zum Vorteil des französischen Kohlenempfängers. Man wird nicht behaupten können, daß diese edlen Gedankengänge den anderen Alliierten gegenüber, die nicht Kohlenempfänger sind, als besonders herzlich bezeichnet werden können. Doch damit haben sich diese selbst abzufinden,

Direkt verwerflich aber ist der Gedanke, daß die jetzige Gelegenheit benutzt werden soll zum Abschluß von Verträgen, um Frankreich die notwendigen Kohlenmengen auch über die Gültigkeitsdauer der gegenwärtigen Vertragsbestimmungen hinaus „zu sichern, und zwar zu solchen Preisen“, daß die französischen Industriellen „in der Lage wären, den Industriellen des Deutschen Reiches in wirksamer Weise Konkurrenz zu machen“. Die deutschen Industriellen werden genannt, die deutsche Wirtschaft ist gemeint. Was man ihr antut, tut man der deutschen Arbeiterklasse an, denn beide sind miteinander verbunden wie Arm und Hand. Trotz aller Gegensätze, die zwischen den Industriellen und dem Proletariat liegen, die deutsche Arbeiterklasse wird sich nie freiwillig darin finden, daß der Ast abgesägt wird, auf dem ihre Existenz ruht.

Daß die deutschen Bergarbeiter bereit waren und sind, zu „der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit der deutschen Republik“ beizutragen, haben sie bewiesen, indem sie monatelang „zu dem Werke der Reparation eine tägliche Arbeitsmehrleistung“ willig lieferten, sonst hätten die für Reparationszwecke abgesandten Kohlenmengen nicht bereitgestanden. Aus der Produktion, die in der festgesetzten täglichen Arbeitszeit erreicht wird, konnten die ergangenen Kohlenlieferungen nicht entnommen werden. Nicht aber werden sie bereit sein, ihre Hände für Verträge zu rühren, deren Endzweck ist, der deutschen Wirtschaft den Absatz auf dem Weltmarkt streitig oder gar unmöglich zu machen. Dafür ist der Begriff der Solidarität in den Reihen der Bergarbeiter, ihren Arbeitsgenossen in anderen Berufen gegenüber, zu tief verankert. Auch in den Reihen der Bergarbeiter ist Verständnis für die kohlenwirtschaftliche Lage Frankreichs vorhanden. Man weiß dort, daß die von Frankreich annektierte lothringische Eisenindustrie nicht erfolgreich betrieben werden kann ohne Koks aus dem Ruhrrevier. Aber über den Verträgen, die dann wirksam sein sollen, wenn die

Kohlenlieferungsbestimmungen des Versailler Diktates erloschen sind, darf und kann nicht der Geist des Zwanges schweben. Wenn sie zur Verständigung beitragen sollen, dann müssen sie in Freiheit und Gleichheit abgeschlossen werden. Wir wünschen nur, daß der Geist des hervorragenden französischen Wirtschaftspolitikers Louis Dausset, den wir genügend gekennzeichnet zu haben glauben, fern sein möchte von etwaigen Reparationsverhandlungen, wenn sie zu einer Verständigung führen sollen.

---

HERMANN SCHÜTZINGER, Dresden:

## Polizei und Selbstschutz.

**D**IE reaktionäre Presse wütet über die angebliche Uebertragung der Polizeigewalt an die „proletarischen Hundertschaften“ anläßlich der Arbeitslosen-Unruhen in Dresden; die „erste Etappe zur Diktatur des Proletariats“ sei erreicht.

Ganz abgesehen von der Unrichtigkeit dieser Tendenzmeldung rechtsradikaler Blätter erscheint die objektive Untersuchung der Zweckmäßigkeit eines selbstverständlich ohne polizeiliche Exekutivgewalt ausgestatteten Ordnungsdienstes, gestellt durch bestimmte Berufsschichten, im republikanischen Interesse gelegen.

Es ist ganz klar, daß in einem anderen Rechtsstaat die Polizeigewalt einzig und allein in den Händen der dazu berufenen Behörden liegen darf. Unser Staatswesen ist aber gerade in seiner Exekutive noch so wenig gefestigt, die Massen der Bevölkerung fühlen sich in verschiedenen Teilen Deutschlands so wenig als mitbestimmende Bürger der Republik und Träger des Staatsgedankens, daß für die Ausnahmeverhältnisse innerpolitischer Erschütterungen, denen wir ja in Deutschland zweifellos noch entgegengehen, Ausnahme-Maßnahmen ins Auge gefaßt werden müssen. Diese Ausnahme-Maßnahmen auf ein Mindestmaß herabzudrücken, sie gegen die Befugnisse der staatlichen Exekutive möglichst scharf abzugrenzen, ihre Berechtigung in diesem oder jenem der deutschen Länder zu verneinen oder zu bejahen, ist dringend notwendig zur Wahrung der Fundamente unseres Staates.

Ich bin der Auffassung, daß wir den ganzen Selbstschutz sofort entbehren könnten, wenn wir die Reichswehr als ein einigermaßen verlässliches Instrument der Republik betrachten dürften. Der Blick aber, den ich anläßlich der Hamburg-Altonaer Hochverrats-Affäre hinter die Kulissen der Reichswehr und der reaktionären Verbände werfen durfte, hat in mir die Ueberzeugung gefestigt, daß auf Jahre hinaus die Reichswehr der bedenklichste Faktor eines Bürgerkrieges bleiben wird. Wir dürfen die Bedeutung dieser Tatsache nicht unterschätzen;

wer die moralischen Wirkungen der lediglich im Besitz der Reichswehr befindlichen schweren Waffen, Artillerie, Maschinengewehre und Minenwerfer gegenüber schlecht oder gar nicht bewaffneten Haufen richtig einzuschätzen vermag, der weiß, welche Gefahr der „tolerante“ Herr Gebler für die Einheit und den Bestand der deutschen Republik darstellt.

In Dresden oder im Arbeiterstaat Sachsen einen republikanischen Selbstschutz zu organisieren, wäre ein geradezu lächerliches Unterfangen — in diesem Land mit seiner republikanischen Schutzpolizei, mit seinem republikanischen Beamten-Apparat, mit seinem Heer von freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern —, wenn nicht die sächsische Hauptstadt unter den Maschinengewehren des Reichswehr-Kasernenviertels und unter den Kanonen des Truppenübungsplatzes Königsbrück läge. Dorthin richten sich aller Blicke, sobald ein innerpolitischer Brand aufflammt, nach der großen Sphinx, der Reichswehr, die allein die Instrumente besitzt, um über den Besitz von Schlüsselpunkten der Wirtschaft und des Verkehrs zu entscheiden.

Trotz dieser latenten Gefahr, die jedem deutschen Land droht, ist die Aufstellung von Selbstschutzverbänden Sache der politischen Konstellation in jedem einzelnen der deutschen Länder und hängt ab von der Teilnahme der Arbeiterschaft an der politischen Macht. Jeder vernünftige Mensch hat es verstanden, daß der Genosse Severing als Innenminister einer Regierungskoalition, welche die bürgerlichen Parteien bis zur Deutschen Volkspartei umfaßt, den kommunistischen proletarischen Selbstschutz verbot und das Hauptgewicht seiner Tätigkeit auf die Republikanisierung der staatlichen Exekutive legte. Verschiebt sich die politische Macht nach rechts, wie in Bayern, so hat man dort unten bis jetzt kein Bedenken getragen, Selbstschutzverbände zu dulden, mit der unzweideutigen Absicht, sich im Fall innerer Unruhen auf sie zu stützen. Warum soll nun Sachsen, wo die politische Macht sich nach links neigt, verwehrt werden, was die bürgerliche Presse in Bayern als eine Unabänderlichkeit hingenommen hat?

Ueber die Art der Durchführung des Selbstschutz-Gedankens, vor allem über die Einbeziehung der kommunistischen Partei, kann man zweifellos verschiedener Auffassung sein. Es liegt mir fern, hier irgendwie Stellung zu ergreifen und Zwiespältigkeiten innerhalb der Partei auszulösen. Für uns handelt es sich in erster Linie darum, festzustellen, ob in einem Land mit überwiegender Arbeiterbevölkerung der Selbstschutzgedanke unter Wahrung der gesetzlichen und staatsrechtlichen Schranken durchgeführt werden kann, ebenso wie dies in einem Land mit überwiegend agrarisch-bürgerlicher Bevölkerung seit Jahren bereits geschieht.

Der § 126 des Strafgesetzbuchs bedroht die Störung des öffentlichen Friedens, der § 127 die Bildung bewaffneter Haufen mit

Gefängnisstrafe, vorausgesetzt, daß der dolus, d. h. die Absicht der Störung, und nicht die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit vorhanden ist. Der § 113 aber gestattet der Verwaltungsbehörde die Zuziehung von „Personen zur Unterstützung der Beamten“, die sog. „Hilfspolizei“. Durch Urteil des Reichsgerichts vom 10. 7. 93, E. 25, 253 sind die Vollzugsbeamten in der Wahl und in der Zahl der zur Unterstützung nötigen Personen nicht beschränkt. Selbstverständlich kann es sich aber nur um die Abwehr eines gegenwärtigen Angriffs oder einer Bedrohung handeln. Aus Zweckmäßigkeitsgründen wird man aber den Kreis der zur Hilfspolizei zuzuziehenden Personen vorher festlegen und sie auf die ihnen im gegebenen Augenblick zufallende Aufgabe vorbereiten müssen.

Das Reichsgericht hat andererseits die Bildung von Verbänden innerhalb der politischen Parteien mit dem Ziel des Saalschutzes und der Aufrechterhaltung der Hausordnung in den der Partei gehörenden Gebäuden und Räumlichkeiten als erlaubt anerkannt. Die rechtliche Unterlage für die Bildung von Selbstschutzverbänden und ihre Uebernahme in den Staatsdienst als „Hilfspolizei“ im Fall innerer Unruhen ist also zweifellos vorhanden. Es handelt sich nur darum, welche Wege wir aus politischen Gründen einschlagen müssen, um den Bedürfnissen jedes Landes Rechnung zu tragen, ohne das Prestige der in verantwortlicher Regierungsstellung befindlichen Genossen zu schädigen.

Die Dummheiten und Extravaganzen des bayerischen „Ordnungsstaates“, in dem Polizei, Wehrmacht, hochverräterische Verbände und Mörder-Organisationen ohne feste Trennungslinien in einem großen Brei vereinigt sind, dürfen wir keineswegs auf der entgegengesetzten Seite kopieren. In Preußen, in Hessen, in Baden, in Hamburg, in allen Ländern mit sozialistisch-bürgerlichen Regierungskoalitionen empfiehlt sich größte Zurückhaltung und strenge Beschränkung auf den Saalschutz- und Ordnerdienst; denn was der einen Regierungspartei recht ist, muß der andern billig sein. In allen Ländern aber ist die listenmäßige Bereitstellung einer republikanischen, umfassenden „Hilfspolizei“ zur Abwehr hochverräterischer Aktionen und Umsturzversuche oberste Pflicht der Staatsgewalt. In Ländern mit sozialistischer Regierung, wie in Sachsen und Thüringen, muß jedoch eine strenge Scheidung zwischen dem rein privaten „Ordnungsdienst“ der politischen Parteien und ihrer Selbstschutzverbände und der staatlichen Exekutive durchgeführt werden und bleiben, um nicht die Autorität des Staates gegenüber allen Bevölkerungsschichten zu erschüttern. Diese Scheidung wurde bei den Dresdener Arbeitslosen-Unruhen in mustergültiger Weise gehandhabt. Mit einer Hingabe sondergleichen hat sich die demokratische Arbeiterschaft in den Dienst der Republik und ihrer Behörden gestellt und durch ihr energisches und

besonnenes Einschreiten ein Blutbad verhindert, das sonst wohl unvermeidlich gewesen wäre.

Die Aufgabe eines Polizeipräsidenten einer modernen Arbeiter-Großstadt geht eben darüber hinaus, „Neugierige zu warnen“ und das „Einschreiten mit allen Machtmitteln des Staates“ anzukündigen. Die Polizei, als Beauftragte des Volkes, muß eben zumeist Mittel und Wege finden, um zwischen ihrem letzten Argument, dem Knüppel und dem Gewehr, geschlossene Reihen vernünftiger Staatsbürger einzuschieben und dadurch die durch Straßenkämpfe sich neu vertiefende Kluft unter proletarischen Arbeitsbrüdern nicht von neuem aufzureißen.

Unser Endziel aber muß sein der Kampf um die politische Macht im Reich zwecks Anbahnung einer vernünftigen Wehrreform. Wenn die Republik endlich einmal die Granaten und die Geschütze der Reichswehr in Händen hat, dann verschwinden alle die Gespenster, die uns jetzt noch bedrücken!

Im übrigen brachten uns die Arbeitslosen-Unruhen in Sachsen wichtige Erfahrungen über die Bildung sowohl wie den Einsatz des proletarischen Selbstschutzes.

Für die Bildung dieser Verbände ist selbstverständlich lediglich die Gruppierung der Parteien und die politische Lage maßgebend. Sind die seelischen und die intellektuellen Vorbedingungen für eine gemeinsame praktische Aufbau-Arbeit der Sozialdemokraten und Kommunisten gegeben, so vollzieht sich die Bildung eines gemeinsamen proletarischen Selbstschutzes als „Bezirks“- oder „Betriebs-Selbstschutz“ meist reibungslos. In der Arbeiterschaft sind ja mächtige, immer wieder sich erneuernde Kräfte vorhanden, die ständig gefühlsmäßig auf die Wiedervereinigung zur großen proletarischen Einheitsfront hinstreben. Der kommunistische Arbeitskollege unserer handarbeitenden Parteigenossen im Betrieb steht ihnen eben gefühlsmäßig viel näher wie der radikalste bürgerliche Pazifist und Freigeist, der durch sein Auftreten, seine Kleidung und seine Sprache trotz aller verstandesmäßigen Annäherung immer von neuem eine Kluft zwischen Proletariat und Bürgertum aufreißt.

Trotz dieser gefühlsmäßigen Triebkräfte innerhalb der Arbeiterschaft zu einem gemeinsamen proletarischen „Betriebs-Selbstschutz“, der technisch selbstverständlich den großen Vorzug einer gesteigerten Solidarität der Arbeitskollegen und einer außerordentlichen Alarmbereitschaft während der Arbeitsstunden für sich hat, dürfen wir die Gefahren einer derartigen Organisation nicht verkennen. Selbstverständlich meint es die Masse der kommunistischen Proletarier ehrlich, wenn sie sich mit unsern Parteigenossen zum Schutz der Republik in Reih und Glied stellt. Es ist aber andererseits notorisch erwiesen, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der kommunistischen Führerschaft die im „proletarischen Selbstschutz“ verwirklichte „Einheitsfront“ ledig-

lich dazu benützen möchte, um Sozialdemokraten und Gewerkschaften zu zerschlagen. Hier auf der Hut zu sein, ist zweifellos unsere wichtigste Pflicht. Die Soziologie des Versammlungslebens lehrt uns weiter, daß selbst gegenüber einer politisch hoch entwickelten und geschulten Arbeiterschaft Schlagworte und zündend klingende Phrasen eine psychologisch nicht zu unterschätzende Gefahr bedeuten. Schaffen wir im proletarischen Selbstschutz den Boden für gemeinsame Appelle und Versammlungen, so dürfen wir die Bildung derartiger Gefahren-Herde nicht übersehen und müssen sie in Rechnung stellen. In Bayern ist es den Schreibern der Räte-Republik im Frühjahr 1919 in wenigen Wochen gelungen, die Masse der Münchener Arbeiterschaft von deren jahrzehntelangen politischen und gewerkschaftlichen Führern wegzulocken. Ob eine derartige Taktik im Jahre 1923 und auf dem Boden des sächsischen Arbeiterstaates Erfolg verspräche, darüber möchte ich den sächsischen Parteigenossen die Entscheidung überlassen. Wir müssen aber auch dieser Möglichkeit ins Auge sehen.

Die zweite große Gefahr des vom öffentlichen Leben Besitz ergreifenden „proletarischen Selbstschutzes“ ist die Verschärfung des dem Bürgerkrieg entgegentreibenden Kriegszustandes zwischen den Volksklassen. Wir haben den demokratischen Volksstaat; alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich. So müssen wir damit rechnen, daß eines schönen Tages die Deutsche Volkspartei sich mit den Deutschnationalen zwecks Bildung eines „bürgerlichen Selbstschutzes“ verbindet. Was ist dann zu tun? Kann der bürgerliche Selbstschutz verboten und lediglich dem proletarischen das Recht auf die Straße eingeräumt werden? Rechtsgleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetz war jahrzehntelang ein Kampfziel unserer Partei; wir können uns doch nicht, zur politischen Macht gelangt, selbst verhöhnen! Es ist also, wie Severing sagt, lediglich ein mathematisches Rechenexempel, wann die sich feindlich gegenüberstehenden Kampfverbände des Bürgertums und des Proletariats zum Losschlagen kommen.

Hier gibt es nur einen Ausweg. Wir müssen die an und für sich berechnete Selbstschutzbewegung zur Abwehr eines Rechtsputsches zwar in ihrer Kader-Bildung für den Ernstfall des Bürgerkriegs unangetastet lassen, im übrigen aber auf das Geleise eines reinen Ordnungsdienstes für große proletarische Demonstrationen und öffentliche Kundgebungen schieben. Die Gleichheit vor dem Gesetz wird nicht verletzt, wenn das Industrie-Proletariat den ordnungsmäßigen Verlauf seiner Demonstrationen durch seinen eigenen Ordnerdienst garantiert. Aus Gründen der Parität müssen wir dann selbstverständlich auch bäuerlichen und mittelständlerischen Kundgebungen den Ordnerdienst durch Verbände, die nicht den Charakter der Provokation in die Öffentlichkeit tragen, konzessionieren.



In dieser Form verwandt, hat der proletarische Selbstschutz vor allem in Dresden außerordentliche moralische Erfolge in der einsichtig denkenden Staatsbürgerschaft errungen. Er hat durch seinen mühevollen Dienst im Augenblick einer recht kritischen Situation, die dem Blutvergießen mit aller Zwangsläufigkeit entgegentrieb, mit aller Deutlichkeit dem Straßenpublikum gegenüber dokumentiert, daß Arbeiterschaft, Regierung und Staat ein und dasselbe sind und daß die Uebnahme einer freiwilligen Staatsbürgerpflicht das Losschlagen der staatlichen Exekutive auf ein Mindestmaß beschränken kann. Und Leipzig, wo der Selbstschutz infolge des Fehlens eines gemeinsamen Bodens für die beiden proletarischen Parteien und infolge seiner mangelhaften Organisation innerhalb der Parteien versagen mußte, hat durch die Todesopfer am Augustusplatz bewiesen, daß ohne das mäßigende Eingreifen eines gefestigten proletarischen Selbstschutzes in Zeiten der wirtschaftlichen Not und der dadurch genährten Haß- und Kampf Stimmung blutige Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht unvermeidlich sind.

Die sächsische V.S.P.D. hat die einleitenden Schritte zur Bildung eines proletarischen Selbstschutzes bereits getan. Unabhängig von den Pressestimmen unserer Partei und unserer Gegner wird die Bewegung fortschreiten. Eines aber müssen wir unsern an verantwortlicher Stelle tätigen sächsischen Parteigenossen ans Herz legen: Auch eine sozialistische sächsische Regierung muß sich fruchtbringend in den Rahmen der deutschen Reichspolitik einfügen! Was dem reaktionären Bayern in reichsfeindlicher Politik recht ist, darf dem proletarischen Sachsen nicht billig sein!



ROBERT BREUER:

## Die Opposition der Verantwortlichen.

### I.

**D**IE Politik einer Partei, die fürs erste keine Aussicht hat, zur Regierung zu gelangen, kann unbegrenzte, rücksichtslos fordernde, unerhörte Ziele, etwa den Zukunftsstaat lobende Opposition sein. Es können ungehindert Wechsel ausgestellt werden, solange deren Vorweisung unwahrscheinlich ist. Es ist auch sehr leicht, vielleicht sogar richtig, anzukündigen, daß man die schwierigsten Fragen der Politik und der Wirtschaft wie des Lebens überhaupt überraschend lösen würde, wenn man vermutlich sobald nicht in Verlegenheit kommen wird, die Probe zu bestehen, und wenn durch solche Selbstempfehlung die Partei der Opposition, der Damm gegen die Willkür der Herrschenden, versteift wird.

## II.

Wird die Partei der Opposition so mächtig, daß die Herrschenden auf sie Rücksicht nehmen müssen, wird die Opposition, wenn sie klug ist, ihre Forderungen schon um einiges der Erfüllbarkeit anpassen. Die Herrschenden können nur ins Unrecht versetzt und so zurückgedrängt werden, wenn sie berechnete Forderungen vernachlässigen. Marschierende Opposition wird auch, wenn sie nicht Aussicht hat, schon morgen oder übermorgen Herrschaft zu ergreifen, ihre Planungen und Versprechungen enger eingrenzen. Tut sie das nicht, könnte sie, falls ihr morgen Herrschaftsstunde kommt, Pleite bekennen müssen.

## III.

Hat die Opposition sich einen Platz in der Regierung erkämpft, ist sie etwa Koalitionspartei geworden, wird ihre Taktik noch vorsichtiger werden, wird sie Perspektive des Versprechens durch Forderungen der Realpolitik, rechtzeitig so zubauen, daß Illusionen Flügel verlieren. Auch dann, wenn Oppositionspartei zwischen Mitregierung und Beiseitestehen pendelt, wird sie eigene Forderungen zwar als Motor benutzen, wird aber nicht so unvorsichtig sein, sich für übermorgen unerfüllbare Forderungen selbst aufzuerlegen.

## IV.

Wird Opposition von gestern stärkste Partei von heute, muß sie lernen und leiden mitzuregieren, auch wenn sie es für zweckmäßig oder für bequemer halten sollte, sich der Verantwortlichkeit fernzuhalten. Opposition einer Partei, die regieren könnte, die regieren müßte, belastet sich mit Duldung dessen, was sie geschehen läßt. Die stärkste, aber doch noch eine Minderheit gebliebene Partei könnte in solcher Lage darauf spekulieren, die, denen sie Regierung überläßt, sich zu Tode regieren zu lassen. Die stärkste Partei könnte sich zum Gurgelsprung rüsten. Das wäre immerhin eine Politik, aber auch nur dann aussichtsvoll, wenn Ablösung eine wirkliche Wandlung, wirklich Neues und das Gute bringen könnte, bringen müßte. Wenn aber die stärkste Partei, die Partei, die beinahe selbst eine Mehrheit bildet, die sich zum mindesten eine Mehrheit schaffen kann, zusieht, wie entgegen ihrer besseren Einsicht die geduldete Regierung das Volk in den Abgrund führt, wird die stärkste Partei sich nicht wundern können, wenn das Volk sich verraten fühlt, an die Nützlichkeit des Parteiinstruments zu glauben aufhört und sich entweder abkehrt oder anderweitig umsieht.

## V.

Graf Westarp empfiehlt der Regierung Cuno, ihre Angebotspolitik aufzugeben, selbst auf die Gefahr hin, dabei gegen den Reichstag regieren zu müssen. Graf Westarp stützt diesen Rat wie folgt: „Der „Vorwärts“ schrieb während eines Höhepunkts

der Krisen, man denke gar nicht daran, der Regierung Cuno die Verantwortung für den weiteren Fortgang des von ihr eingeleiteten Kampfes um Rhein und Ruhr abzunehmen. Die Scheu vor dieser Verantwortung ist ein Faktor, den man auch bei der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft trotz aller Krisengelüste und alles krisenhaften Gebarens wohl in Rechnung stellen darf.“ Graf Westarp scheint anzunehmen, daß die Sozialdemokratie ruhig zusehen will, wie das Unglück von 1918 sich wiederhole. Es ist zum mindesten fraglich, ob solche Annahme des Grafen Westarp widerlegt werden kann dadurch, daß die Regierung Cuno und deren Maßnahmen geduldet werden und die Uebernahme der Verantwortung ersetzt wird durch Theaterdonner und platonisch kandierte, unerhörte Fehler, ja Verbrechen aufdeckende, aber zur Ablösung nicht reife Opposition.

## VI.

Freilich der politische Nervenzerfall scheint Allgemeinzustand zu sein. Graf Westarp diagnostiziert ihn bei der Sozialdemokratie und merkt nicht, daß auch er und seine Freunde an ihm erkrankt sind. In derselben Nummer der „Kreuzzeitung“ schreibt der Graf: „Staatsminister Hergt hat hervorgehoben, daß die gegensätzliche Stellung der Partei zu dem Memorandum in seiner Absendung sie nicht veranlassen könne, der Regierung die Gefolgschaft aufzusagen und zu einer grundsätzlichen Opposition mit allen parlamentarischen Konsequenzen überzugehen ... Eine grundsätzliche Opposition haben wir selbst dem Kabinett Wirth gegenüber kaum jemals getrieben“. Ist dies schon kein Symptom für das rollende Trottoir, in das Deutschland sich verwandelt hat, so ist es doch zum mindesten ein Zeichen politischer Klugheit. Selbst die Deutschnationalen hüten sich also vor grundsätzlicher Opposition gegen eine Regierung, die sie gewiß nicht ablösen werden, deren Politik sie auch keineswegs billigen, für deren Politik sie aber auch keinen eindeutig umschreibbaren Ersatz zu empfehlen vermögen. Wieviel mehr sollten sich dann Sozialdemokraten davor hüten, die Partei in eine grundsätzliche, alle Konflikte lösende Opposition gegen das Kabinett Cuno, seine Ruhr-, seine Devisen- und Steuerpolitik hineinlocken zu wollen. Solche, die Regierungspflicht von morgen nicht achtende Emissäre eines überwundenen Zustands bemühen sich zurzeit. Sie werden zurückzupfeifen sein.

## VII.

Die Opposition der Sozialdemokratie gegen das Kabinett Cuno ist eine Opposition der Verantwortlichen. Die Grenzen dieser Opposition sind gezogen durch die Tatsächlichkeit der gegebenen Umstände und durch die Ueberzeugung, daß das, was gerügt wird, besser gemacht werden könnte. Bleibt nur die Frage offen: Warum wurde die Regierung Cuno zugelassen und warum werden ihr die besser wissenden und besser könnenden Kräfte nicht zugeführt, oder ihr nicht nur in Kritik, sondern in Aktivität entgegengestellt?

EUGEN LEWIN-DORSCH:

## Familie und Stammbaum von Karl Marx\*)

### III.

**D**ER Wiener Bibliothekar Dr. Wachstein, der die erwähnten Erbschaftsdokumente der Familie Marx geprüft hat, war als jüdischer Gelehrter ganz anders als Mehring dazu vorbereitet, die darin enthaltenen Angaben zu entziffern und zu deuten.

In der Urkunde werden die Eltern der Erblasserin, also die Großeltern von Karl Marx, wie folgt bezeichnet: Marx Levi, später nur noch Marx sich nennend, und seine Frau Eva, geborene Moses oder Levouf. Zu Levouf setzen die Akten ein Fragezeichen. Nun hat der Besitzer der Prozeßakten, Dr. Pappenheim, herausgefunden, daß Moses Levouf identisch ist mit dem Trierer Rabbiner Moses Lwow, der damit aus seiner bisherigen Ghettoverschollenheit heraustritt und zum Urgroßvater von Marx avanciert. Seine Amtszeit fällt in das sechste und siebente Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts.

Auf Grund dieser Feststellung hat Dr. Wachstein die Ahnenreihe dieser Lwows, d. h. den einen Zweig des Stammbaums von Marx, weiter verfolgt und ist dabei bis an den Anfang des 15. Jahrhunderts vorgedrungen.

Der Vater jenes Moses Lwow war Josua Heschel Lwow, im Jahre 1692 geboren, zuerst Rabbinatassessor in Metz, dann, seit etwa 1722, Nachfolger seines Vaters im Trierer Rabbinat, und zwar bis zum Jahre 1749, wo er als Landrabbiner des Ansbachischen Kreises nach Schwabach übersiedelte. Hier starb er, als ein Gelehrter von einigem Ruf, im Jahre 1767 im Alter von 75 Jahren.

Auch dessen Vater, Aron Moses Ezechiel Lwow, fungierte schon in Trier als Rabbiner bis zu seinem Tode im Jahre 1712.

„Er hat sich“, so heißt es in einem uns erhaltenen Nekrolog auf diesen Urahnen von Marx sehr bezeichnend, „von Jugend auf der Lehre Gottes gewidmet, viele Schüler ausgebildet, ein offenes Haus geführt, die Interessen armer Gelehrten geschützt, den Frieden geliebt, den Mächtigen und Einflußreichen nicht geschmeichelt und die ihm in den letzten neun Monaten seines Lebens auferlegten Leiden mit frommem Sinn getragen.“

Der bereits dem 17. Jahrhundert angehörende Vater dieses Mannes war Moses Lwow. Von ihm weiß man nichts, als daß auch er gelehrten Berufes war und aus Lemberg in Polen stammte. Dies besagt nämlich sein Name, der auf seine rheinischen Kinder und Kindeskinde übergegangen ist. Lemberg heißt auf polnisch L'wow. Von seinen Vorfahren ist nichts weiter bekannt.

Aber auch bei diesem alten, schon im Nebel der Vergangenheit versinkenden Moses aus Lemberg hat sich der genealogische Feuer-

\*) Vgl. den Artikel in Nr. 12 der „Glocke“.

eifer unseres gelehrten Bibliothekars noch nicht beruhigt. Er hat entdeckt, daß der bereits genannte Josua Herschel Lwow, der gelehrte Großvater jener Eva Marx, die ihren Enkel Karl noch wohl gekannt haben muß, in seinen rabbinischen Entscheiden zwei namhafte jüdische Gelehrte als seine Ahnen bezeichnet. An der Richtigkeit dieser Angaben zu zweifeln besteht nicht der geringste Grund. Der eine dieser Ahnen ist Josef ben Gerson Cohen, Oberhaupt der Talmudschule in Krakau, geboren um 1511 und gestorben 1591. Der andere: Meir ben Isaak Katzenellenbogen, der als Rabbiner und Lehrhausvorsteher im Jahre 1565 in Padua starb und nach dem Ort seiner Wirksamkeit gewöhnlich Meir von Padua genannt wird. Sein eigentlicher Name aber weist auf seine deutsche Herkunft hin: Katzenellenbogen ist eine kleine hessische Gemeinde.

Dr. Wachstein steigt die Treppe dieser Genealogie noch zwei Stufen weiter hinauf bis zu einem Jehuda ben Elieser ha-Levi Minz (= Mainz), der, 1408 geboren, aus Anlaß von Judenverfolgungen die deutsche Heimat verließ und im Jahre 1546 Vorstand des Lehrhauses und Rabbiner in Padua wurde, allwo er in dem gesegneten Alter von hundert Jahren starb. Er genoß ein großes Ansehen als Gelehrter und wirkte auch an der Paduaner Universität, in deren Räumen sich noch heute ein Bildnis von ihm befinden soll\*).

Soweit reicht die genealogische Linie, die Dr. Wachstein zieht. Es wäre auch nicht sehr ergiebig, sie noch weiter zurückzuführen, denn es handelt sich ja hier nur um einen Seitenzweig des Marxschen Stammbaumes und nicht um den väterlichen Hauptstamm selber. Der Blutstrom, der, durch ein halbes Jahrtausend fließend, den Paduaner Rabbi mit Jean Longuet, dem Enkel von Karl Marx, verbindet, wird im Laufe der Zeit erheblich vermischt und verdünnt.

#### IV.

Was ergibt sich nun aus den genealogischen Untersuchungen des Dr. Wachstein als festzuhaltender Bestand für die Marxforschung, insbesondere für das biographische Gebiet? Das ist es, worauf es ankommt.

Zunächst: die Persönlichkeit des Großvaters von Marx, jenes Trierer Rabbiners Marx Levi, schwebt noch immer völlig in der Luft. Wir wissen nichts über seine Herkunft. Wenn Mehring meint, daß über die Abstammung von Marx bisher deshalb so wenig bekannt geworden sei, weil die kriegerischen Zeitläufte um die Wende des Jahrhunderts in den rheinischen Standesregistern eine arge Verwüstung angerichtet hätten, so ist durch die sorgfältigen

\*) Näheres über die rabbinische Wirksamkeit der genannten Talmudgelehrten findet man im 8. und 9. Bande der ausführlichen Geschichte des Judentums von Heinrich Grätz.

Untersuchungen des Dr. Wachstein wenigstens einiges Licht in diese Dunkelheit gefallen. Und zwar ist es die jüdische Ueberlieferung, die hier die Lichtquelle bildet. Man darf die Hoffnung hegen, daß von dieser Seite noch weitere Aufschlüsse erfolgen. —

Ungleich wichtiger jedoch als alle solche Einzelheiten, die sich leicht ins Müßige und Kleinliche zu verlieren drohen, ist das Gesamtbild, das daraus erwächst, und eine Reihe von Anregungen für die weitere Arbeit der Forschung. Im Rahmen dieses Aufsatzes muß ich mich mit einigen kurzen Hinweisen begnügen\*).

Wir sahen, welche Rolle das rabbinische Element in dem Stammbaum von Karl Marx spielt. Eine ganze Stufenleiter rabbinischer Ahnen und Urahn führt bis an die Schwelle des 15. Jahrhunderts hinauf und bis an den Anfang des 19. Jahrhunderts hinab, d. h. bis zu dem Bruder seines Vaters, Samuel, der als Oberrabbiner in Trier wirkte. Gelehrte von Ruf waren unter diesen Vorfahren. Und auch der letzte in dieser Kette von Rabbinern, eben jener Onkel Samuel Marx, der in einem Alter von knapp 50 Jahren starb, als sein Neffe Karl noch das Gymnasium in Trier besuchte, auch er scheint sich eines gewissen Ansehens erfreut zu haben. Wenigstens weist uns hierauf eine kurze Notiz des französischen Verwaltungsbeamten Delamorre in dem von ihm verfaßten Jahresbericht des Saardepartements für das Jahr 1810 hin. Schon gegen Ende der französischen Herrschaft über die Rheinlande, die mit den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts beginnt, am 13. April 1809, erließ Napoleon ein Dekret, durch das er für das Saar-, Wälder-, Sambre- und Maasdepartement eine „synagogue consistoriale“ errichten ließ. Jenes „Annuaire“ des Herrn Delamorre zählt unter den geistlichen Beamten von Trier, der Hauptstadt des Saardepartements, den „Grand Rabbi“ Samuel Marx als Vorsteher jener kaiserlichen Institution auf. —

Man soll das Schwergewicht einer solchen Abstammung gewiß nicht überschätzen. Andererseits darf man es aber auch nicht zu leicht bewerten. Mehring meint zwar, daß schon der Vater von Marx „in frei menschlicher Bildung gänzlich aus dem Judentum herausgewachsen“ sei, daß der Sohn „diese völlige Freiheit von aller jüdischen Befangenheit als wertvolles Erbe aus seinem Elternhaus überkommen“ habe oder daß sich in den Briefen des Vaters an seinen Sohn „keine Spur von jüdischer Art oder Unart“ verrate. Mit einer solchen ausweichenden, zugleich geringschätzigen und kenntnislosen Beurteilung der Sache ist wenig anzufangen. Sie berührt lediglich die Oberflächenschicht des seelischen Lebens, das Bewußtsein des Individuums von sich selbst, aber sie dringt nicht in die Tiefe, dorthin, wo sich die Kräfte der Persönlichkeit unsicht-

\*) Eine ausführlichere Darstellung werde ich im Laufe dieses Jahres im Malik-Verlage veröffentlichen.

bar und geheimnisvoll bilden. „Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirn der Lebenden“, hat Marx selber gesagt. Und wenn wir die ganze Menschlichkeit dieses Mannes verstehen wollen, so müssen wir auch das Erbe seiner rabbinischen Herkunft in Anschlag bringen, ein Erbe, dessen Größe ihm selber wohl nie ins Bewußtsein getreten ist. Die aufgeklärte und „weltbürgerliche“ Kultur seines Elternhauses, der Uebertritt seines Vaters zum Protestantismus, ja seine eigene starke und stets betonte Abneigung gegen jüdischen Handelsgeist vermögen die „Tradition aller toten Geschlechter“, die auch in ihm fortwirkte, nicht aufzuwiegen. —

Aus einer richtigen Bewertung der Abstammung von Marx ergeben sich einige biographische Richtlinien, die hier nur angedeutet werden können.

Marx hat seine Abstammung gleichsam übersehen. In seinen Briefen an Engels finden sich gelegentlich Antisemiteleien mehr oder weniger harmlosen Charakters, und auch Engels kann ungeniert in derselben Tonart über jüdische Bekannte witzeln, ohne nur im geringsten befürchten zu müssen, den Freund zu verletzen. Ernster wird die Sache schon, wenn Marx zur Erklärung von Lassalles „Taktlosigkeiten“ in Uebereinstimmung mit Engels auf das Judentum des großen Agitators hinweist. Vor allem aber: in seinen scharf pointierten Aufsätzen zur Judenfrage streift Marx jede persönliche Beziehung zu diesem Problem dadurch von sich ab, daß er das Judentum ins Oekonomische transponiert und auf die Fragen nach dem „weltlichen Grunde“, nach dem „weltlichen Kultus“, nach dem „weltlichen Gott“ des Juden verurteilend antwortet: der Eigennutz, der Schacher, das Geld. Man kann dem verdienstvollen Biographen Lassalles, Hermann Oncken, durchaus beipflichten, wenn er hierzu bemerkt, daß Marx damit nur die eine Seite der Sache gesehen habe und daß er zu den rassenpsychologischen und seelenmäßigen Untergründen des Problems nicht vorgedrungen sei, „eben weil seine geistige Existenz selber in ihnen wurzelte“. In seiner kleinen Marx-Biographie charakterisiert M. Beer das Verhältnis Marxens zum Judentum sehr richtig, wenn er sagt, daß er „bis an sein Lebende ein antijüdisches Vorurteil“ behielt. „Der Jude war ihm noch hauptsächlich ein Schacherer oder ein Schnorrer.“ Völlig verfehlt und verständnislos ist dagegen das Urteil, das der jüdisch-nationale Biograph des „wahren“ Sozialisten Moses Hess über diese Seite der Persönlichkeit von Marx fällt: „Nur ein Ghettoflüchtling konnte wie Marx — ein Rabbinersprößling! — in der Art der erbärmlichsten Apostaten des Mittelalters mit beschimpfenden Verallgemeinerungen seine physische und geistige Heimat beflecken“, heißt es in seinem Buche, das an schiefen Urteilen

ebenso reich ist wie an blühenden Phrasen und hinkenden Gleichnissen.

Obwohl — oder vielleicht gerade weil — Marx seine jüdische Abstammung fast geflissentlich übersehen hat, erwächst seinem Biographen die Aufgabe, die Fäden zu verfolgen, die ihn mit dem Judentum verbinden. Dabei ist zunächst auf das rabbinische Element zu achten.

Im Judentum des Mittelalters — und das Mittelalter des Judentums reicht bis in den Anfang des 19. Jahrhunderts — war der Rabbiner weit weniger Prediger und Seelsorger, als Lehrer und Gelehrter. Das hängt mit einem wesentlichen Grundzug der jüdischen Religion und Kultur überhaupt zusammen. Ferner: vor der Emanzipation des Judentums besaßen die jüdischen Gemeinden für den größten Teil ihrer bürgerlichen Angelegenheiten eine eigene Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit, an deren Pflege und Verwaltung die Rabbiner von Amts wegen in hohem Maße beteiligt waren. Eine solche Stellung erforderte Kenntnisse, die nur in einem langen und gründlichen Studium erworben werden konnten; sie verlieh ihren Trägern zugleich das Ansehen des Gelehrten und die Würde des Richters. Es darf nicht übersehen werden, daß Marx aus dieser Kultursphäre, aus dieser geistigen Aristokratie des Ghetto-Judentums her stammt.

#### V.

Das merkwürdige und sehr problematische Schicksal des deutschen Juden um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts hat Oncken in seinem bereits genannten Lassalle-Buche verständnisvoll und objektiv beurteilt. „Durch die Jahrtausende war dieses Judentum gebunden gewesen in der schicksalsvollen Einheit und Reinheit seines Glaubens, von dem öffentlichen Leben der christlichen Welt in Staat und Gemeinde, von der ganzen abendlichen Kultur entfernt, ganz auf sich beschränkt ...“ Die Wirkungen der französischen Revolution und der Aufklärung rissen wenigstens die sichtbaren Mauern dieses Ghettos nieder und die nunmehr beginnende, bald aber wieder stockende Emanzipation des Judentums im Zusammenhang mit einer „tiefgreifenden sozialen Umbildung“ mußten in den fortgeschrittensten Angehörigen dieser eigenartigen Gemeinschaft einen Zwiespalt wachrufen, aus dessen Wirkungen die Tatsache begreiflich wird, daß gerade „jüdische Elemente in ihren kräftigsten Vertretern ... auf den Wegen des Radikalismus“ wandelten.

Innerhalb des deutschen Judentums des 18. Jahrhunderts nehmen die Juden der Rheinlande eine besondere Stellung ein, vor allem seitdem die Wellen der großen französischen Revolution an die Gestade des Reiches schlugen und zunächst die westlichen Gebiete des Landes überfluteten. Auch auf die Unterschiede zwischen der west- und ostdeutschen Judenheit hat Oncken bereits



hingewiesen, um aus diesen Kulturbedingungen gewisse Wesensverschiedenheiten zwischen Lassalle und Marx zu erklären. Hier, bei den rheinischen Juden, faßte die Emanzipation zuerst Fuß, hier verblaßten die Schatten des Ghettos schneller, und gewiß ist es kein Zufall, daß die Juden Heine und Börne, Marx und Hess Rheinländer gewesen sind.

Die engere Heimat Marxens und seiner rabbinischen Vorfahren aber ist Trier, als Augusta Treverorum eine der ältesten Städte Deutschlands, im Mittelalter bis in die Zeiten der französischen Revolution hinein Residenz eines Erzbischofs, der zugleich Kurfürst des heiligen römischen Reiches deutscher Nation war. Trier war die Hauptstadt dieses Kurfürstentums, zugleich Sitz einer Universität, an der ausschließlich katholische Geistliche dozierten — alles in allem eine erkatholische Stadt, die in ihrem alten Dom die kostbare Reliquie des „heiligen Rockes“ barg und so der Mittelpunkt eines reichen Kultes und großer Prozessionen war. Eine jüdische Gemeinde befand sich hier bereits seit römischer Zeit.

In dieser Stadt, die in dem Jahre, da Marx geboren wurde, nur 11 400 Einwohner zählte, verbrachte Marx seine frühen Jahre. Das gewaltige Monument der „Porta nigra“, die Ruinen des kaiserlichen Amphitheaters, Kathedralen aus romanischer und gotischer Zeit schauten in seine Kindheit hinein; sie werden das empfängliche Gemüt des lebhaften Knaben befruchtet, seine Gedanken frühzeitig auf weltgeschichtliche Gegenstände gerichtet haben.

Noch wichtiger für seine persönliche Entwicklung ist jedoch der Umstand, daß sein Vater — der Bruder, Sohn und Enkel von Trierer Rabbinern — das jüdische Problem für sich und seine Kinder im Geiste seines Zeitalters dadurch zu lösen suchte, daß er mit ihnen das Judentum verließ. Sicher, daß Heinrich Marx und die Seinen in tiefen Gegensatz zu ihrer nächsten Verwandtschaft gerieten, deren Haupt jener bereits erwähnte Oberrabbiner Samuel Marx gewesen ist. Diese Lösung aus der ursprünglichen Lebenssphäre wird sich nicht ohne Einfluß auf den jungen Sohn vollzogen haben.

Aber der Rechtsanwalt Heinrich Marx, ein Mann der Aufklärung und ein Verehrer der preußischen Monarchie, trat nicht zu der in Trier herrschenden Spielart des Christentums, zum Katholizismus, über, sondern schloß sich der protestantischen Gemeinde an, die hier, im Jahre 1816, erst 300 Mitglieder zählte und bis zum Jahre 1819 kein eigenes Gotteshaus besaß. Indem er einer so ausgesprochenen Diaspora-Gemeinde beitrug, der wohl hauptsächlich nur die Beamten der neuen preußischen Regierung angehörten; indem er seinen Sohn inmitten eines stockkatholischen Gemeinwesens im Protestantismus erziehen ließ, verstärkte er noch für sich und seine Kinder die Ausnahmestellung, die er schon

durch seinen Austritt aus dem Judentum eingenommen hatte. Der Neffe des Oberrabbiners, der Enkel seines Vorgängers als Protestant in dem bis auf die Knochen katholischen Trier — in dieser Antithese stellt sich ein Problem dar, mit dem sich die zukünftige Marx-Biographie noch zu beschäftigen hat.

Mehring hat in seinem mehr als 500 Seiten starken Buche die Kindheit von Marx auf 4 bis 5 Seiten „erledigt“. Das dürfte etwas unzureichend sein und kaum in richtiger Proportion zu dem Uebrigen stehen. Der ausgezeichnete Kenner und Darsteller preußischer Geschichte hat sich offenbar für dieses Kapitel seiner Marx-Biographie nicht sonderlich zu erwärmen vermocht. Aber wir können nicht umhin, Oncken zuzustimmen, wenn er meint: „Für die biographische Betrachtung eines Menschenlebens ist die Zeit des Werdens immer dankbarer und reizvoller als das Wirken auf der Höhe der Vollendung“.

Die genealogischen Mitteilungen des Dr. Wachstein lenken unsere Aufmerksamkeit gerade auf diese erste Werdezeit von Marx; sie weisen uns darauf hin, schon hier die Ansätze zu suchen zu jenem geistig-revolutionären Prozeß, in dem sich dieser Genius unter schweren Kämpfen aus dem bürgerlichen Milieu, in dem er aufwuchs, löste und doch zugleich auf seinem Weg in eine neue Lebenssphäre alle die Kräfte entfaltete, die er als Jude dank seiner Abstammung ererbt hatte — nunmehr auf einer höheren Ebene und in höherem Sinn.

ERICH KUTTNER:

## Schlageter und Schlagetot.

### I.

Jedes Volk hat die Nationalhelden, die es verdient. Wir sind in Deutschland nicht arm an Menschen, die schlicht und ohne viel Aufhebens ihre Pflicht bis zum Aeüßersten getan und Selbstlosigkeit mit dem Leben bezahlt haben. Wer spricht von ihnen? Wer spricht von den ungezählten Arbeitern, die bei der Rettung ihrer Kameraden aus brennenden Bergwerken, von untergehenden Schiffen ums Leben kamen? Oder wer hat Walter Rathenau zum Nationalhelden erheben wollen, der ohne rechts und links zu sehen, seinen Weg zur Rettung Deutschlands schritt und alle Warnungen vor dem drohenden Mordstahl mit Achselzucken abtat!

Wir leben immer noch — geistig — im alten Kastenstaat, in dem das Opfer eines nicht Privilegierten, eines Arbeiters, eines Juden als Selbstverständlichkeit mit Achselzucken hingenommen wird. Um Anspruch auf Beachtung zu verdienen, um des Nationalheldentums würdig zu sein, muß der sich Opfernde mindestens Offizieruniform tragen. Im Kriege war es schon so. Von der Armverstauchung eines Hohenzollernprinzen, der mit dem Automobil umkippte, wurde weit mehr Aufhebens gemacht, als von zehntausend Todesopfern des gleichen Tages.

Aber selbst als Privilegierter wird man noch nicht Nationalheld durch einfache Hingabe des Ichs für die Gesamtheit. Etwas weiteres muß dabei sein: die große nationale Geste. Daß wahres Heldentum schlicht ist, gehört zu den Dingen, die in Deutschland noch am wenigsten erkannt sind. Die nationale Geste aber wird um so mehr gefeiert, eine je größere Sinnlosigkeit des Tuns sie überdeckt.

Freilich, nur die Sinnlosigkeit ist der Feier wert, die im Geiste der nationalen Schreihäse liegt. Sie muß bestimmt sein, eine von Vernunft diktierte Politik zu durchkreuzen. Um nationaler Held in Deutschland zu werden, muß man durch leidenschaftliche Wahnsinnstat die nationalistischen Instinkte hochpeitschen. Deswegen bleibt alles friedliche Heldentum unbeachtet. Die Heldenmutter, die den Rest ihrer Gesundheit zerarbeitet, um ihre unmündigen Kinder aufzuziehen, ist ein prosaischer und alltäglicher Gegenstand. Aber die in schwungvoller Pose ihren Säugling auf ein französisches Bajonett speißen würde — das wäre eine Heldin, an der sich der Instinkt aller ganz und gar unheldischen Jammerseelen berauschte.

Wie war es? Als die Offiziere der internierten Schiffe in Scapa Flow die Flotte versenkten, brach der Heldenjubiläum los. Daß wir diese Tat schwer mit der Ablieferung von Docks und Kränen bezahlen mußten, ließ man unter den Tisch fallen. Die Tat war sinnlos, aber nationalistisch, — und Offiziere hatten sie getan.

Worin bestand Schlageters Heldentat eigentlich? Ein Gleis wurde zerstört, das drei Stunden später von den Franzosen repariert war. Und eine unschuldige Bevölkerung des Städtchens Kaiserswerth trug mit schweren Repressalien die Folgen. Daß auch Schlageter Opfer seiner Tat wurde, war Zufall. Den Verrat seiner eigenen Kameraden hat er nicht vorausgesehen. Aber zugestanden, daß er mit seiner Ergreifung durch die Franzosen gerechnet hat: warum wurde gerade der Mann über alles Maß gefeiert und gepriesen, der sachlich etwas Unnützes und Schädliches getan hat?

Man wird antworten: weil ihn ein französisches Kriegsgericht zum Tode verurteilte. Ach nein. Wäre es ein Eisenbahner gewesen, der im Rahmen des allgemeinen passiven Widerstandes den Abtransport von Kohlen verhindert hätte, man hätte den Fall notiert, protestiert und vergessen. Wie viel — oder wie wenig Aufhebens hat die bürgerliche Presse von der Verurteilung zahlreicher Eisenbahner zu enormen Zuchthausstrafen gemacht — zu gleicher Zeit, als die Verurteilung der Kruppdirektoren Seite über Seite füllte!

Schlageters Gloriolen wurden aus anderen Gründen gewoben. Einmal zählte er nicht zu jenen schlichten Millionen, die Tag für Tag ohne Klingklang und Gloria gegen den eingedrungenen Feind auf den Posten sind. Er war Offizier — und gehörte zu einer jener Gruppen, die von außen nur ins besetzte Gebiet kamen, ihren eigenen Ruhrkrieg zu machen, außer Reih und Glied, gegen die allgemeine Parole und Disziplin, gegen die von der einheimischen Bevölkerung gewollte Taktik. So war er ein Exponent jener Kreise, die von Anfang an über den „schlappen“ passiven Widerstand grollten und den aktiven Widerstand herbeizuzwingen bemüht waren.

Da liegt der Kern. Wäre Schlageter als Opfer des passiven Widerstandes gefallen, er wäre einer von Vielen geblieben. Weil er aktiven Widerstand trieb, deshalb wurde sein Leichnam Propagandaobjekt für die nationalistischen Hetzer. Und all die Kreise, die sich sentimental gefühlsmäßig für den Schlageter-Kult einfangen lassen, sollten erkennen, daß sie damit in Wirklichkeit die politischen Geschäfte derer besorgen, die jede sich anbahnende Verhandlungsmöglichkeit durch Dynamit- und Sabotageakte zerschlagen wollen. Der Schlageter-Kult ist

nichts als die verkappte Propaganda des aktiven Widerstandes.

## II.

Das ist die eine Seite, die rein politische. Die andere hat gesellschaftspolitischen Charakter. Wie man vor dem Kriege das deutsche Volk gewöhnt hat, im Gardeleutnant den Inbegriff aller Mannestugend zu sehen, so soll ihm diese devote Hochachtung jetzt eingepaukt werden vor einem Typ, den Krieg und Militarismus aus Offiziers- und Mannschaftskreisen geboren haben: vor dem vagabondierenden Landsknecht, vor dem berufsmäßigen Schlagetot.

Der Typ ist bekannt. Herausgeworfen durch vier Kriegsjahre aus bürgerlichen Gewohnheiten, findet er in diese nicht mehr zurück, roh und ungeistig von Natur, dazu abenteuerlustig und verwegen, begeistert er sich am Waffenhandwerk und nimmt es als Selbstzweck. Wo Waffengeklirr ist in der Welt, lockt es ihn wie die Motte zum Licht: heut im Baltikum, morgen in Oberschlesien, übermorgen an der Ruhr oder in Kleinasien — bald unter Awaloff, bald unter Ehrhardt, bald unter Kemal — wies trifft! Arthur Zickler, ehe er Renegat wurde, hat diesen Typ in ein paar brillanten Versen eingefangen:

Baumlange Kerle vom Baltikum —  
Landsknechte ahoi!  
Was schießt uns alles Dran und Drum,  
Was schießt uns Gott oder Vaterland —  
Geld in die Hand!  
Ob ukrainische Karbowanzen  
Ob russische Rubel, ob deutsche Mark —  
Füllt sich der Beutel, sind wir auch stark  
Und lassen die Weiber tanzen.

Psychologisch ist dieses Landsknechtum ein Gemisch heterogener Eigenschaften. Gewiß finden wir hier Todesverachtung bis zur Grenze des Unwahrscheinlichen — was wäre ein Landsknecht, der am Leben hinge! — Todesverachtung oft genug aus Leichtsinn, Uebermut, aus Mangel jedes positiven Lebensinhalts. Mag Schlageter ein solcher Todesverächter gewesen sein. Haben wir Grund ihn deswegen groß anzustaunen? Wir wissen, daß auch er einer jener Landsknechte war, dem es blind zu allem Gefährlichen zog, der es als Student, als Kaufmann keine acht Wochen bei geregelter Arbeit aushielt, sondern alsbald nach irgendeinem Kriegsschauplatz durchbrannte, sei es selbst, um als „Litauer“ gegen Polen zu kämpfen! Wer will ermessen, wieviel echte Vaterlandsliebe und wieviel eitle Abenteurersucht bei einem solchen Manne mitwirkte, als er nach Baltikum, Oberschlesien und Wilna nun einmal an der Ruhr kriegerische Beschäftigung suchte?

Aber billigen wir einem Toten die besten Motive zu. Lassen wir Schlageter aus reiner Vaterlandsliebe gestorben sein. Doch um ihn herum — die Lebenden, da wirds fürchterlich! Da haben wir die Schlagetot, und sie muten uns an wie alte Bekannte vom Rathenaumord, vom Scheidemann- und Hardenattentat, von der O. C. und der Brigade Ehrhardt. Schneider und Götze — könnten sie nicht auch heißen Weichardt und Ankermann, oder Hustert und Oehlschläger? Dieser Schneider, der Severing ermorden will und vor lauter Vorbereitungen in Bars und Likörstuben nicht zum Handeln kommt, ist er nicht Ankermanns getreues Ebenbild? Und zeigt er nicht weiter auch, ein wie geringer Schritt ist vom Einsatz gegen den „Erbfeind“ bis zur Abkehlung eines immerhin deutschen, wenn auch republikanischen Ministers? Beides, Kampf gegen den äußeren Feind wie Ermordung von deutschen Republikanern, läuft ja in den Registern der O. C. unter dem einheitlichen Titel, „Nationale Sache“.

Schließlich staunt der Kundige auch nicht, wenn er erfährt, daß einzelne Bandenmitglieder der Lockung französischen Geldes unterliegen. Dazu bedarf es keiner anderen Charaktere als jener nationalen Mörder, denen das Mordhonorar die Hauptsache bei der Tat war. Todesverachtung — gewiß, aber schließlich Todesverachtung, die nicht nach Zweck sondern nach Bezahlung des Lebenseinsatzes fragt, die sich mit der gleichen Stupidität für „nationale“ Zwecke, wie für Moral und schließlich für gemeinsten Landesverrat kaufen läßt.

Und daneben alle Züge verrohten Landsknechtstums bis zur Aufhebung selbst des bescheidensten Nutzeffekts. Für die nachstehende Geschichte, von der hier nur der eine (harmlosere) Teil wiedergegeben werden kann, verbürge ich mich: Von Münster rückte einmal eine solche Heldenschar (ungebeten) aus, um ein Unternehmen der Eisenbahner zu unterstützen. Zum Kriegsplan der „Aktion“ gehörte es auch, einen belgischen Posten eventuell betrunken zu machen. Aber der mitgenommene Schnaps verlockte, und so war die Heldenschar selber sternhagelvoll, als sie im besetzten Gebiet landete. In diesem Zustand vollführte sie solchen Lärm, daß dadurch erst die belgischen Posten alarmiert wurden und das Unternehmen der Eisenbahner teilweise mißlang. Ein Eisenbahner verunglückte dabei, seinen Namen meldet nicht Lied noch Heldenbuch. Wäre aber einer der trunkenen Helden den Belgiern in die Hände gefallen und von diesen erschossen worden — wir hätten einen Nationalheros mehr!

Denn es liegt System darin, daß man gerade die völkischen Schlagetots, die Landknechtsnaturen zu Nationalhelden erhebt, die bei gegebener Gelegenheit auch ohne Skrupel Proletarier en masse niederknallen und geistige Führer der Nation nicht anders einschätzen als nach der Zielfläche, die sie dem Revolver bieten. Es liegt System darin, wenn man fleischgewordene Roheit und Brutalität, weil sie — und auch das nur zu weilen — mit Todesverachtung sich paart, der gläubigen Jugend als Ziel der Nacheiferung setzt. Es liegt System darin, wenn man dem deutschen Volk einredet, solcher Naturen bedürfe es für seinen Wiederaufstieg.

Aber schließlich: jedes Volk hat die Nationalhelden, die es verdient.

---

OTTO FLAKE:

## Bodenseeode.

Wie ein Käfer streckt sich die Halbinsel ins Wasser, die Geländer der Schiffsbrücke sind seine Fühler.

Der Kirchhof, das Pfarrhaus, die Kirche, ein Hotel, dessen vorderer Garten in eine andere Bucht als der hintere schaut, und noch ein Haus haben darauf Platz, dann kommt das Land, das zu den Hügeln steigt.

Im Frühling, wenn die Obstbäume so dicht blühen, daß sich verirrt, wer den magischen Kreis betritt, geht man wohl vom Hotel landeinwärts, aber später, wenn das Land nur noch glüht, lebt man ganz auf der Halbinsel, drei Monate lang, und wird Ratte im Wasserloch.

Nur noch Boot und Dampfschiff, Jacht und Fortbewegung durch Schwimmen gibt es dann. Viele kommen, um zwischen zwei Schiffskursen ein Schöppchen des kleinen Weins zu trinken, der schöner als die großen Flaschenweine ist, weil er aus dem Faß geholt wird. Viele

kommen zwischen zwei Kursen, aber man selbst bleibt Ratte im Wasserloch.

Heidnisch ist das Leben geworden, jeder kennt den Körper des andern, und jeder erlaubt dem andern, soviel davon zu entblößen, wie er will. Was ist dabei? Nichts. Die Unantastbarkeit des Nächsten zieht sich auf ein Letztes zurück, und dieses bleibt unantastbar.

In der Stadt glaubst du vielleicht, vom Weib des Nächsten schon etwas zu wissen, wenn der Wind dir erlaubt, die Rundung des Knies zu erhaschen — hier sieht du alles, was rund ist, und weißt, die Unantastbarkeit richtet sich nach Versagen oder Gewähren. Nur der innere Entschluß gilt, und das ziemt sich für menschliche Menschen.

Ewig heidnisch nenne ich das. Wo Sonne, Luft und Wasser sind, ist nicht die Sphäre des Pfarrers.

Braun sind alle, wie dunkle Zigarren, die Phase des roten Krebses ist längst überwunden. Manchmal taucht ein Neuling auf, der Brand entzündet sich auf seinem kahlen Scheitel. Als ob ihm die Indianer die Kopfhaut abgezogen hätten, sieht er aus, dann bräunt sich auch die Wunde der Glatze.

Hat einer durchgearbeitete Muskeln, so wandelt er herrlich wie Bronze, in antiker Jünglingsschule gegossen. Seht, wie er abspringt, bei den Booten auftaucht, eines nimmt und hinausfährt, wo er sich im Kiel ausstrecken wird, der Sonne zum Fraß, der goldzähnigen Kannibalin.

Wahrscheinlich, daß ihr dies am Meer liest und die Nase rümpft, wenn ihr hört, daß das Wasserloch am Bodensee liegt. Ihr wißt nicht, daß ihr im Süden eures Landes auch ein Meer habt. Ebbe und Flut besitzt es nicht; aber besitzt die Ostsee sie?

Eine Ostsee, an der man die Lichter der schwedischen Küste nah blinken sähe, ist das schwäbische Meer. Wie alle Meere trennt es Länder; ihrer drei stoßen an diesem zusammen.

Mit der Weite des Meeres vereint es das Geschlossene. Die Unendlichkeit des Meeres ist nur schön, wenn man nicht dumm am Rand steht, wenn man sie sechs Tage auf Schiffen durchpflügen kann.

Drei Länder gürtten den See, sie gürtten ihn doppelt, mit der Vorregion der Hügel, auf denen nachts die Perlenschnüre der Lichter liegen, und dem Massiv der dammlosen Region.

Mit dem Silberstift gezeichnet ist jene, Werk der plastischen Hand dieses, der Schnee in den Nordmulden blinkt wie Salz, Rückstand der Verdampfung.

An manchen Abenden nach Regen sind die Schneeberge verhängt, aber die Hügel davor dunkelblau, mit Grün durchstochen. Sie wachsen auf, wie Ränder eines Kontinents, wo die große Einfahrt in die Bucht ist: Glocken läuten in Städten, die man nicht sieht, als seien sie Vineta, unter dem Wasser.

Wunderbarer als jede andere Gotteskulisse stehen über Seen Schneeberge. Götter selber sind die hohen Berge. Heide, der ich bin, liebe ich den sichtbaren Gott. Aus seinen Eingeweiden stürzt sich der Rhein in das Seemeer, er flammt wie ein gewölbter Silbernabel und taucht weit in das Becken ein, in dem er sich vom Gebirgsschlamm reinigt.

Glatt wie Oel kann der See sein, grün wie Glas, rot wie Wein mit krönendem Schaum. Das ist die gute Stunde für Segeln, die Möwen lieben das brüderliche Weiß und fliegen ihm voraus, schräg liegen die Flügel des Fahrzeugs und der Tiere, Piraten sind beide.

Wie der Piratentraum des Knaben ist der Anblick einer segelnden Jacht, aus Hintergrund gleitet sie in Vordergrund. So scharf ist ihr Bug, daß sie einen Aal durchschneidet; ich sah es erst heute.

JOSEF MARIA FRANK:

## Verflucht und zugenäht . . .!

Verflucht und zugenäht! Der Dollar steigt bis in die Puppen!  
 Verflucht und zugenäht! Wie uns die Nepper neppen, ruppen!  
 Butter, Eier, Schmalz und Fett und Speck  
 kosten Tausende! Der kleinste Dreck  
 macht uns pleite, bankerott!  
 O mein Gott! O mein Gott!

Verflucht und zugenäht! Verröcheln müssen wir, verbluten!  
 Verflucht und zugenäht! Und nur der andre hat Valuten!  
 Ottavi, Daimler, Bergbau, AEG!  
 Bist du kein Schieber, lieber Sohn, dann geh!  
 Nur Dollars, Franken, Gulden, Pfänder  
 machen rund, gesund, gesünder!

Verflucht und zugenäht! Belämmert sind die Zukunftsbilder!  
 Verflucht und zugenäht! Tagtäglich malt man auf die Schilder  
 neue Preise, Nullen! Zum Verrecken!  
 Und gegen Wucher schrein an allen Ecken —  
 Plakate: Laß das sein! — Wie gemein!  
 Deswegen läßt es doch kein Schwein!

Verflucht und zugenäht! Was tut, was tut denn die Regierung?  
 Verflucht und zugenäht! Gegen diese miese Ruinierung?  
 Mich packt der Koller, Kolik, farbenblinde Wut!  
 O Leonard, dein Mensch, das Viech, ist wirklich gut!  
 Mit Paragraphen und Gesetzen  
 läßt sich der Homo nicht beschwätzen!

Verflucht und zugenäht! Mein doofes Volk verzage nicht!  
 Verflucht und zugenäht! Man braucht nicht alle Tage Licht!  
 Man hat, was man verdient! Pengpeng — tschingbumm!  
 Der eine nischt mit nischt, der andere Tee mit Rum!  
 Was ist des Deutschen Vaterland?  
 Na unberufen, Süßer, — allerhand!

Verflucht und zugenäht! Man läßt am besten sich begraben!  
 Verflucht und zugenäht! Weil nur die andern was vom Leben haben!  
 Doch wer begräbt mich ohne Pinke, Zaster?  
 Kein Pietätsbumms, Totengräber, Paster!  
 Es langt nicht 'mal zum D. R. P.  
 geschützten Sarg aus Pappmachee.

Verflucht und zugenäht! So muß man eben weiterfasten!  
 Verflucht und zugenäht! Wir drehen unsern Leierkasten!  
 Es quietscht, es klöhnt, es wimmert, dudelt!  
 Und weiter wird gewurschtelt und gemurkst, gehudelt!  
 Und schließlich einmal stirbt man doch  
 und fährt ins Loch! Und fährt ins Loch!

Verflucht und zugenäht! Mensch! Aber dann im Paradiese,  
 verflucht und zugenäht, auf der bewußten Hallelujawiese  
 tanzt nackt der Engel Schar im Heiligenscheine  
 und saufen wir zum Braten braune Weine  
 und wandeln endlich wir im Licht!  
 Oder nicht? Oder nicht . . .?

## UMSCHAU.

**Graf Westarp — der Prinzenmörder.** Die preußische Kreuzzeitung feierte — Vorwärts mit Gott für König und Vaterland — das Jubiläum ihrer fünfundsiebenzigjährigen Förderung der Getreidepreise. Dabei hatte ihr Innenpolitiker eine Vision; er sah Deutschland (am Schluß seines Leitartikels und am Ausgang des Kreuzzeitungs-Jahrhunderts): „geführt und geeinigt von dem König von Preußen, dem deutschen Kaiser aus dem Hohenzollernhause.“

Einen Tag zuvor weigerte der deutsch-nationale Dr. Preyer bei der Landtagsdebatte um das Hohenzollernvermögen die berechtigtesten Zugriffe, denn: „es könnte doch eine monarchistische Restauration eintreten“.

Ist es nicht etwas viel von der Republik verlangt, daß sie das Vermögen der Hohenzollern unangetastet lassen soll, damit — falls sie etwa wiederkämen — der Kronschatz, die Kasse zur Ausrottung der letzten Republikaner, wohl gefüllt sei?

Ist es nicht etwas viel von der Republik verlangt, daß sie unter dem Schutz ihrer Gesetze die Prinzen aufwachsen lasse, die nach dem Wunsche der Königsmacher demnächst — möglichst im Zeichen der hundertjährigen Kreuzzeitung — den ausgewachsenen Fuß auf der Republik Nacken setzen sollen? Hat Graf Westarp nie im Shakespeare gelesen? Warum etabliert er sich als Prinzenmörder?

R. Br.

\*

**Der rote Peterspfennig.** Am letzten Sonntag tagte im Budgetsaal des Reichstags der Kongreß der Internationalen Arbeiterhilfe für Sowjetrußland. Es ist gewiß schön, wenn auf der ganzen Erde sich Mitleid regt für die Opfer des russischen Hungers. Es ist bemerkenswert, daß auch das Bürgertum sich nicht abhalten läßt, zu helfen, wo ihm vielleicht der Verstand raten könnte, den Zusammenbruch der bolschewistischen Ver-

suche eher zu fördern als zu mildern.

Ganz besonders schön ist es, daß die Arbeiterschaft der ganzen Welt und nicht an letzter Stelle die Arbeiterschaft des leidenden Deutschlands den russischen Brüdern Hilfe leistet. Aber muß man unbekümmert um solch schöne Menschlichkeit nicht feststellen, daß zunächst jedenfalls Sowjetrußland, aus dessen Gebieteinstüberschuß an Nahrungsmitteln in große Teile der Welt eingeführt wurde, von der allgemeinen Mildtätigkeit abhängt? Es ist gewiß eine vortreffliche Begründung des Weltbittels, wenn es in den Werbeschriften etwa heißt, daß die Mobilisierung des Weltproletariats aller Richtungen für die produktive Wirtschaftshilfe in Sowjetrußland zurzeit so wichtig sei, daß sie durch nichts überschattet werden dürfe. Es erinnert aber doch sehr an die Begründung des Peterspfennigs, wenn die Zeichnung der internationalen Arbeiteranleihe wie überhaupt die offene Hand des Proletariats für Sowjetrußland vom „Roten Aufbau“ etwa so gefordert wird: „Der proletarisch-revolutionäre Charakter der russischen Partei ist durch das Eindringen kapitalistischer Unternehmungen in das Territorium ihrer Macht bedroht. Diese Drohung zu paralisieren, ist die Aufgabe der Arbeiterklassen aller Länder, und das Mittel dazu, nämlich die gleichzeitig mit der kapitalistischen Penetration einsetzende Durchdringung Sowjetrußlands mit sozialistisch interessierten Wirtschaftsorganismen, dieses Mittel zur Rettung der russischen Revolution für den Befreiungskampf des Weltproletariats: das ist die produktive Wirtschaftshilfe für Sowjetrußland.“ Der rote Peterspfennig soll also dazu dienen, das kapitalistisch bedrohte Sowjetrußland zu retten, indem das russische Proletariat die Mittel bekommt, auf sozialistischer Grundlage Produktion aufzubauen. Man möchte meinen, daß solche propagandistische Verbrämung zum mindesten überflüssig ist. Produktive



Hilfe ist sicher nützlich, das heißt es ist sicher besser, der Bevölkerung der Hungergebiete Saatgetreide, Ackergerät und alles, was sie sonst zum Wiederaufbau der Produktion braucht, zu geben, als sie nur durch die Darreichung des täglichen Brotes für den Augenblick zu befriedigen. Wozu aber aus der Anspruchnahme und Anforderung des Mitgeföhls und der Wohltätigkeit einen Akt proletarischer Wirtschaftspolitik machen? Der rote Peterspfennig soll gern gezahlt werden, solange in Rußland Hunger würgt. Den Bettelmönchen soll aller Respekt widerfahren, wenn sie nur nicht zugleich Sendboten einer Wirtschaftsordnung sein wollen, zu der sie verführen möchten, deren Ergebnis aber sie eben zum Betteln zwingt.

R. Br.

\*

**Neu-Byzanz.** Ohne Heiligenverehrung scheint auch das neue Rußland nicht auskommen zu können. Die Führer des Bolschewismus gehören nach Wilhelm II. zu den Meist-Photographierten. Sie sind in allen Lebenslagen abgebildet worden. Das gläubige Volk bekommt sie immer wieder zu sehen. In einer einzigen Nummer von „Sichel und Hammer“ finden wir beieinander: Lenin im Lehnstuhl, ganzseitig, mit der Unterschrift: „Der Führer des russischen Volks nahm nach längerer Krankheit . . .“ Ferner: Lenin auf einem Spaziergang während seines Krankheitsurlaubs. Ferner: Lenin während seiner Erholung mit seiner Frau, seiner Schwester, in der Mitte seinem Neffen und links das Töchterchen des Portiers. Ferner: Genosse Lenin und Stalin, Sekretär des Zentralkomitees der KP. Ferner: Lenin mit seinem Neffen. Schließlich: die Wohnung Lenins im Jahre 1916 in Zürich. In einer andern Nummer desselben Blattes sehen wir nebeneinander: Lenin 1887, 1896, 1901, 1915. Dazu Texte wie diese: „Lenin hat die gigantische Arbeit, die er durchgeführt hatte, gesundheitlich tief heruntergebracht. Ich

kenne keinen Menschen, der in solch wahnsinniger Weise sich der Arbeit hingegeben hätte wie Lenin. Sein Gehirn bewältigt unaufhörlich in jeder Sekunde ungeheure Mengen Materials. Auch wenn er ruhte, in selten Pausen seiner Arbeit, vermochte er alles zu verfolgen, durchzudenken, aus allem seine Schlußfolgerungen zu ziehen, immerwährend darüber nachzusinnen. Was hier alles herumliegt; Hegel, Bücher über das Tailorsystem, die letzten Angaben der indischen Geschichtskunde . . . auf den Rändern dieser zahllosen Bände, Broschüren, Zeitungen, überall die charakteristischen, perlenfein geschriebenen Notizen von Lenins Hand. . . Ich sehe mir (dies schrieb unser lieber, guter, weißer Neger Arthur Holitscher) das Haus Nr. 14 noch einmal an. Gehe dann in den Laden zurück und frage den Schuster: „Was würden Sie sagen, wenn eines Tages unter dem Fenster im II. Stock eine Mamortafel oder eine Tafel aus Erz in die Mauer eingelassen würde?“ Der Schuster sieht mich an: „Eine Tafel? Zu welchem Zweck?“ Ich: „Zur Erinnerung, daß Lenin 1916—1917 in diesem Hause, in dieser Stube gewohnt hat.“

Kein Wort gegen Lenin. Wir ehren geistige Größe und politische Energie. Kein Wort auch gegen den neuen Bilderkult, den neuen Heiligendienst der Moskauer. Sie müssen schließlich wissen, was sie für ihre Gläubigen brauchen. Aber die „Rote Fahne“ sollte angesichts solches glitzernden Neu-Byzantinismus nicht gar so leichtfertig sich über „Hofberichte“ mokieren, weil irgendein Berliner Blatt ganz gegen den Willen der Beteiligten, von journalistischem Eifer getrieben, einige Zeilen über eine „Hochzeit im Hause Ebert“ veröffentlicht hat.

R. Br.

\*

**Völkische Einheitsfront.** In dem Städtchen Braunfels-Lahn konnte man jüngst von Hakenkreuzlern gesungen, folgende Nationalhymne hören:

„Arbeiter ihr Lumpen, wie wird es euch ergehn — Wenn ihr die Brigade Erhardt werdet sehen — Die Brigade Erhardt schießt alles kurz und klein — wehe dir, du Arbeiterschwein.“

Wir schlagen vor, dieses Gedicht in Massenaufgabe unter der Ruhrarbeiterschaft zu verteilen, wo es sicher zur Stärkung des Widerstandswillens fabelhaft beitragen wird.

Vigil.

\*

**Nochmals Papierpanama.** Meine Ausführungen in Nr. 11 der „Glocke“ haben in allen beteiligten Kreisen eine gewisse Aufmerksamkeit erregt. Die von mir gekennzeichneten Vorgänge werden allerdings sehr merkwürdig „klargestellt“. Niemand ist der Schuldige. Schuldig ist immer ein anderer.

Daß also die Außenhandelsstelle versagt hat, wird auch hier zugegeben und es ist Aufgabe der betreffenden Stellen, die Lücken zu schließen und die Träger zu entfernen, welche die in Nr. 11 erwähnten Vorkommnisse ermöglichten.

Schon kurz vor dem Erscheinen meines Artikels haben im Anschluß an die Gerichtsverhandlungen Reichsbehörden wie Aufsichtsmglieder der Außenhandelsstelle selbst ausgedehnte Untersuchungen angestellt, die sich namentlich mit der Tätigkeit des Leiters der Außenhandelsstelle, des Herr Pfundtner und zweier anderer (von mir nicht genannter) Leute beschäftigten. Das Ergebnis der Untersuchung wurde von den Körperschaften in einer Pressenotiz zusammengefaßt, die ich hiermit unverkürzt wiedergebe:

Der Außenhandels-Ausschuß der Außenhandelsstelle für das Papierfach hatte zur Untersuchung der Hartmann/Woehler-Angelegenheit, die seinerzeit anläßlich des Prozesses in starkem Maße die Öffentlichkeit beschäftigte und zu heftigen Angriffen gegen die Außenhandelsstelle für

das Papierfach und insbesondere deren leitende Beamte Anlaß gab, einen Ausschuß ernannt, der an Hand des Aktenmaterials und durch Vernehmung aller Beteiligten die Berechtigung dieser Angriffe nachprüfen und dem Außenhandels-Ausschuß darüber Bericht erstatten sollte. Der Untersuchungs-Ausschuß, der sich paritätisch aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Papiererzeugung, des Handels und der Verarbeitung zusammensetzte, hat in eingehenden Untersuchungen das gesamte vorliegende Aktenmaterial durchgeprüft sowie die leitenden und ausführenden Persönlichkeiten der Außenhandelsstelle genauestens vernommen. Er ist dabei unter Berücksichtigung aller maßgebenden wirtschaftlichen und rechtlichen Gesichtspunkte zu dem Ergebnis gekommen, daß die derzeitigen Angriffe des Gerichts wie der Öffentlichkeit, insbesondere der Presse, gegen die Geschäftsführung der Außenhandelsstelle und Gesichtspunkte zu dem Ergebnis tiger Information durch die Angeklagten des betreffenden Prozesses beruhten und unter Berücksichtigung der komplizierten Verhältnisse, wie sie in dem zur Untersuchung stehenden Falle vorlagen, als durchaus unberechtigt bezeichnet werden müssen.

Soweit das Vorhandensein von Mängeln sich aus der Untersuchung ergab, sind sie zurückzuführen auf die allerseits anerkannten Unvollkommenheiten organisatorischer, wirtschaftlicher und rechtlicher Art der Außenhandelskontrolle. Es besteht gegen keinen der angegriffenen leitenden Herren der Außenhandelsstelle der leiseste Verdacht einer Inkorrekttheit in seiner Tätigkeit.

P a p y r u s .

**R. L. PRAGER** ★ **Berlin NW 7**  
**Mittelstraße 21**

**Spezial-Sortiment und Antiquariat**  
**für Rechts- und Staatswissenschaften**

**Ausgewähltes Lager**

**von ca. 1000 000 Bänden aus obigen Gebieten**

*Die neuen Bücher systematisch geordnet und leicht handlich zum Herausnehmen aufgestellt. Die Antiquaria verzeichnet in Katalogen, die im Herbst erscheinen (Letzter Kat. 213/14: Zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, 1922, Gz. 1)*

In Kürze erscheint:

**R. L. Pragers Bibliographie**  
**der Rechts- und Staatswissenschaften**

Jährlich 4—5 Hefte (enthält die deutsche und zum Teil die ausländische Literatur) Preis pro Jahrgang Gz. 5

**Ankauf von Bibliotheken und einzelnen Werken**

**DIE PRAXIS**  
**DER HANDELSPOLITIK**

**VON MAX SCHIPPEL**

Eine gemeinfaßliche Einführung • Zweite, vermehrte Auflage

**GRUNDPREIS 1,— M.**

*Aus den Presse-Urteilen:*

Der Verfasser gibt nicht nur *klare Definitionen* über Nationalbehandlung u. Meistbegünstigung, Freihandel und Schutzzoll, Tarifverträge und autonomen Doppeltarif sowie Meistbegünstigung u. Reziprozität, sondern *erläutert die Unterschiede an zahlreichen Beispielen* aus den verschiedensten Handelsverträgen. Weiterhin wird die Stellung der Kolonien in der Handelspolitik und eingehender die Frage der Zollkriege *erörtert*. Den Schluß bilden *Betrachtungen* über die Ursachen des Umschwungs zum Schutzzoll in der Nachkriegszeit und über die Möglichkeit, wie Deutschland *trotz Friedensvertrag* sich handelspolitisch betätigen kann.

*„Weltwirtschaftliches Archiv“ (Gustav Fischer, Jena)*

**VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT GMBH • BERLIN SW 68**

# GEORGE GROSZ

IST NICHT ALLEIN DER  
BEDEUTENDSTE ZEICHNER DEUTSCHLANDS,  
SONDERN EUROPAS!

Dr. Paul Schmidt, Direkt.d. städt. Samml., Dresden

## Abrechnung folgt!

57 politische Zeichnungen. Preis: broschiert 2.—, Pappband 4.50.  
Vorzugsausgabe: Halbpergamentband, vom Künstler signiert, Preis: 50.—.

## Das Gesicht der herrschenden Klasse

57 politische Zeichnungen. Preis: broschiert 1.50, Halbleinen 4.50.  
Vorzugsausgabe: Halbpergamentband, vom Künstler signiert, vergriffen.

## Ecce homo

84 Lithographien und 16 Aquarelle. Vorzugsausgaben: Ausgabe A, Nr. I—L, jedes Blatt vom Künstler signiert, Preis: 600.— Grundmark. Ausgabe B (nur die 16 Aquarelle) jedes Blatt vom Künstler signiert, Halbpergament Preis: 200.— Grundmark. Unsignierte Ausgaben: Ausgabe BII (nur die 16 Aquarelle) 32.— Grundmark. Ausgabe C (84 Lithos und 16 Aquarelle) 45.— Grundmark. Ausgabe D (nur die 84 Lithos) 20.— Grundmark.

## Die Räuber

9 signierte Lithographien, nach Sentenzen aus Schillers Räufern. Mappe: Nr. 1—10 vergriffen. Nr. 11—45 in Halbseide 150.— Grundmark. Nr. 46—100 in Halbleinen vergriffen.

## Gott mit uns

9 signierte Lithographien. Nr. 1—10 in Halbpergament 300.— Grundmark Nr. 11—50 in Halbseide, vergriffen. Nr. 51—100 in Halbleinen, vergriffen.

## Im Schatten

9 signierte Lithographien. 100 numerierte und signierte Exemplare, vergriffen

## Mit Pinsel und Schere

7 Materialisationen. Broschiert 4.50 Grundmark, in Mappe 7.— Grundmark.

IN VORBEREITUNG:

## GEDICHTE

VON IHM SELBST ILLUSTRIRT

*Der Malik-Verlag / Berlin W 9  
Köthener Straße 38 im Meistersaalgebäude*

Grundpreis  $\times$  Buchhändlerschlüsselzahl = Ladenpreis

# GEORGE GROSZ

# DIE GLOCKE

14. Heft

2. Juli 1923

9. Jahrg

---

Nachdruck sämtlicher Artikel ist nur mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

---

ROBERT BREUER:

## Kanone & Henkerbeil G. m. b. H.

### I.

**D**IE Gedächtnisfeiern, die am Tage der Ermordung Rathenaus als ein selbstverständlicher Akt des Dankes an die umfassende Menschlichkeit des Gefallenen, zugleich als ein Bekenntnis zur Vergeistigung des politischen Handelns veranstaltet worden sind, wurden von Unbelehrbaren und nicht etwa von Wenigen als Provokation abgelehnt. Das Grab seiner Mörder erhielt Kranzspenden mit schwarz-weiß-roten Schleifen. In Potsdam benutzte man die Jährung des Mordtages, um einen etwas mysteriösen „Jägertag“ zu veranstalten; eine Schlageter-Eiche wurde gepflanzt, und ein Hofprediger (was ist das eigentlich?) lobte das Beispiel des Kampfes gegen den äußeren und den noch gefährlicheren inneren Feind.

In Münster wird die Druckerei der sozialdemokratischen Zeitung durch Dynamit gesprengt. In Parchim findet man die Leiche eines Roßbachers, der von andern Roßbachern, vielleicht wegen Spitzelei, vielleicht um ihn am Aussagen im bevorstehenden Roßbach-Prozeß zu verhindern, geschlachtet worden ist. In München wird endlich der Mörder des in der Isar als Leiche gefundenen, zu neuem Scheidemann-Attentat angesetzt gewesenen, gleichfalls von seinen eigenen Banditgenossen beseitigten Geheimbündlers Bauer festgestellt. In Niederschönhausen bei Berlin bestürmt eine Rote besseren Standes ein Sanatorium, in dem ein paar kranke Franzosen liegen. In Niederschlesien etablieren sich Selbstschutzorganisationen, die mit Pistolen und Knüppeln bewaffnet den Streik der Landarbeiter in angemessenen Grenzen halten wollen.

Dies ungefähr die Chronik zweier, dreier Tage inneren politischen Lebens deutscher Republik. Darf man fragen, ob danach Deutschland noch zu den europäischen Kulturstaaten gehört, zur weißen Rasse, zur Menschheit? Wäre es ungerecht zu antworten: daß ein Volk, in dem sich beliebige, vom Staat nicht autori-

sierte Personen mit Kanone und Henkerbeil selbständig machen, gegen den äußeren und inneren Feind, wie sie ihn verstehen, nach eigenem Gutdünken schießen, jeden Anspruch auf Vertrauen gefährdet und, wenn solch Zustand andauert, verlieren muß, Vertrauen nicht als sentimentalen Akt, vielmehr als Bewertung der Wirtschaftsleistung, der politischen Stabilität und damit auch der Papiermark.

## II.

Die „Deutsche Zeitung“ läßt sich am 19. Juni aus dem Ruhrgebiet schreiben: „Was uns hier größere Sorge macht als der äußere Feind, das sind die kurzsichtigen Maßnahmen preußischer Behörden und Beamten, die mittelbar unsern äußern Feinden Unterstützung angedeihen lassen. Empörung und Wut sind milde Ausdrücke für das, was wir hier über das Verhalten der Elberfelder und Berliner Polizei empfinden.“ Das „Deutsche Tageblatt“ schreibt am 19. Juni: „Die marxistischen Leichenschänder und die jüdischen Pressehyänen sind allenthalben bereits an der Arbeit, um das Andenken eines Nationalhelden, wie Schlageter ihn darstellt, in den Kot zu zerren. Es ist dies ein Kapitel von so ungeheuerlichem Ausmaß verächtlichster Gesinnungslumperei und niedrigster Gemeinheit, daß einem die Worte zu ihrer treffenden Kennzeichnung fehlen. Aber alles dieses ließe sich ertragen, wenn nicht in den Einzelländern, besonders aber unter der Aera des marxistischen Polizeiministers Severing eine Politik getrieben würde, die zu solchem Volksverrat geradezu ermutigt.“ Beide Blätter sind auf den Bahnhöfen der Reichseisenbahn zu kaufen. Welche Achtung muß etwa ein Engländer vor der deutschen Gesetzgebung empfangen, wenn er feststellen kann, wie durch solche Presseleistung sogar das Gesetz, das die Republik zu ihrem besonderen Schutz gemacht hat, angespien wird.

## III.

Der preußische Ministerpräsident sieht sich genötigt, gegen den Abgeordneten Baecker zu erklären, daß dieser, der behauptet hatte, der Minister Severing habe die Erschießung Schlageters verschuldet, jedes moralische Recht, eine Ehrenerklärung zu verlangen, verwirkt habe. Herr Baecker ist der erste Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Presse, hat also das höchste Ehrenamt inne, das die deutsche Presse vergeben kann. Welche Hochachtung müssen inländische und ausländische Leser der deutschen Presse, diesem Spiegel und Regulativ des Volkslebens, erweisen!

## IV.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schrieb: Eben erst hat der Münchener Hochverratsprozeß in übelste Winkel rechtsradikaler Organisation hineingeleuchtet. Der rollende Franken, die Intrige und gegenseitige Bespitzelung sind das Element der ver-

kommenen Individuen, die hierbei nun einmal beteiligt sind. Ob sie sich eingeschlichen haben oder etwa das Wesen gewisser Organisationen bereits bedeuten, macht wenig Unterschied. Daß die Atmosphäre dieser Kreise all dies möglich macht, genügt für die Beurteilung. Und genügt auch dafür, die moralische Verantwortung denen zuzuschreiben, die diese üble Atmosphäre durch die politische Hetze erzeugen.“ Wie großartig enthüllt sich die Parallele der neudeutschen Freiheitskämpfer zu den Männern von 1813, zu Stein und Hardenberg, Fichte und Humboldt!

## V.

Und das alles im vierten Jahr der Republik. Nach vier Jahren politischen Mordes.

Das Buch von E. J. Gumbel ist in einer neuen Auflage erschienen. Wahrhaft keine Schrift deutscher Propaganda, aber eine erschreckende Klarstellung der politischen Struktur Deutschlands. Deutschland ist keine Mördergrube; Deutschland ist eine Kinderstube. Das war einmal so zu Zeiten des seligen Juden Heine; das ist heute ganz anders geworden, wenigstens was die Feinde der Republik betrifft.

Gumbel stellt fest: „Nach der Ermordung Eisners übernahm der bayrische Zentralrat die Macht und erklärte am 7. April 1919 die Räterepublik. Während ihrer Dauer wurden zwölf Menschen willkürlich umgebracht. Das Ministerium bildete sich in Bamberg neu, sammelte Truppen und eroberte am 1. Mai München. Dabei wurden 457 Menschen willkürlich umgebracht ... Nach einer amtlichen Auskunft des bayrischen Bevollmächtigten im Rechtsausschuß des Reichstages wurden wegen Beteiligung an der Rätebewegung 2209 Personen verurteilt, davon 65 zu Zuchthaus, 1737 zu Gefängnis, 407 zu Festung. Von den 12 Morden der Räterepublik wurden 11 gesühnt. Die wesentlichen Führer teils willkürlich, teils gesetzlich getötet... In Abwehr des Kapp-Putsches wurden von links, abgesehen von den in Straßenkämpfen und Tumulten umgekommenen, nur 2 Menschen willkürlich umgebracht. Im Verlauf des Putsches wurden von rechts 74 Menschen willkürlich umgebracht. Kapps Rittergut war seinem Sohn zur Bewirtschaftung übergeben worden, obwohl Kapps Vermögen angeblich beschlagnahmt worden war. Frau Kapp bezieht von der Landschaft eine Rente. Die Anhänger Kapps, die in höheren Posten der Verwaltung und des Heeres standen, wurden darin belassen. Die Amnestie sollte den Führern nicht zugute kommen. Das Reichsgericht nimmt nur 9 Führer an ... Gegen die Anhänger der bayerischen Räterepublik sind Strafen von insgesamt 616 Jahren Zuchthaus, Gefängnis und Festung verhängt worden. Gegen die Anhänger des Kapp-Putsches 5 Jahre Festung... 330 politische Morde, wovon 4 von links und 326 von rechts begangen worden sind, blieben unbestraft.“ Ist die Frage, die der Abg. Heilmann an die Deutschnationalen des Preußischen Abge-

ordnetenhaus richtete, nicht hinlänglich unterbaut: wo sind Ihre Toten? Er hätte hinzufügen können: Wo sind Ihre Bestraften, Ihre Zuchthäusler? Gewiß, es sind auch Offiziere gefallen, auch Mannschaften der republikanischen Reichswehr. Sie fielen im Kampf, genau so wie ein Vielfaches dieser beklagenswerten Ziffer auf seiten der Arbeiterschaft im Kampf gefallen ist. Die Firma Kanone & Henkerbeil aber ist durchaus einseitig orientiert. Der systematische Mord, die organisierte Feme blieben den Feinden der Republik vorbehalten. Wie mächtig muß diese Republik in ihrer Demokratie, ihrer Volksherrschaft vor den Augen der Bürger geordneten Staates dastehen!

#### VI.

Es ist immer wieder festzustellen, daß wesentliche Ursachen solches deutschen Zustandes außenpolitischer Art sind. Auch Gumbel weist darauf hin: „Eine wesentliche Ursache an diesen Zuständen ist die Politik der Entente . . . Ihre Forderungen rechtfertigen in den Augen der Deutschen die Politik der alten Regierung, und so treiben Verschärfungen der Ententebedingungen einerseits und Anwachsen eines neuen deutschen Chauvinismus andererseits sich gegenseitig in die Höhe . . . Am stärksten hat der Friedensvertrag von Versailles den Nationalismus wieder geweckt. Die heutigen Zustände in Deutschland sind nicht die Folge irgendeiner spezifisch deutschen Mentalität, sie sind historisch bedingt. Sie entstehen jeden Tag neu, einerseits durch die Angst des deutschen Bürgertums und seiner Existenz, andererseits durch die Tatsache, daß das Verhalten der Entente gerade die Imperialisten in Deutschland stützt.“

#### VII.

Aber auch die inneren Ursachen dürfen nicht übersehen werden. Die Revolution von 1918, wenn sie überhaupt eine Revolution genannt werden darf, war wohl eine der unblutigsten der Geschichte. Kein Revolutionstribunal arbeitete, obgleich sich kaum irgendeine Hand gerührt hätte, es zu hindern. Die Revolution bewährte sich als ein geradezu fanatisches Instrument der Demokratie und der Toleranz. Sie war gegen ihre eigenen Kinder wesentlich härter als gegen ihre Feinde. Bald war sie in die Defensive gedrängt. Sie verteidigte, wo sie hätte angreifen sollen, wo sie hätte angreifen können. Die Giftschwaden der Dolchstoßlegende überzogen die Republik mit verheerendem Gaskampf. Unbekümmert um die Tatsache, daß der Widerstand im Ruhrgebiet an erster Stelle vom Proletariat geleistet wird, setzt solcher Giftgaskampf zum zweiten Male entschlossen ein. Die Republik sieht sich umfassen und durchsetzt von überzeugten, von verzweifelten, von fanatisierten, zu allem bereiten Gegnern. Die Firma Kanone & Henkerbeil erweitert und fusioniert sich von Tag zu Tag.



## VIII.

Noch aber hat die Republik die Macht. Noch kann sie Versäumtes nachholen. Noch kann sie sagen und betätigen:

Hab ich den Kopf des eigenen Bruders nicht geschont,  
Sitzt euch der eure locker auf den Schultern.

Die Niederwerfung des Kapp-Putsches war ein Beweis für die Macht der Republik, für die Macht der sie stützenden, der sie darstellenden, der sie mit Hirn und Herz liebenden Arbeiterschaft. Niemand möchte, daß jene Niederwerfung nur eine Generalprobe gewesen sei. Aus vier Jahren Mord haben Republik und Arbeiterschaft mancherlei gelernt. Nichts wäre unerwünschter, nichts verhängnisvoller, als aus solcher Erfahrung die Ergebnisse ziehen zu müssen. Die Firma Kanone & Henkerbeil ist aufzulösen, alle ihre stillen Teilhaber haben zu verzichten. Und zwar bald, sehr bald, sofort: Wenn nicht Republik und Arbeiterschaft sollten bereuen lernen, daß sie bis heute Demokratie, Gerechtigkeit und politische Würde für höher achteten als die Interessen, ja als die Sicherheit der eigenen Klasse.

DR. WALTER ZEHLIN:

## Finis Germaniae?

**D**ASS die französische Politik darauf hinarbeitet, Deutschland zu zerstückeln, ist Gemeingut der deutschen öffentlichen Meinung. Es hätte gar nicht der Veröffentlichung der Geheimberichte Dariacs und des französischen Oberkommissars Tirard bedurft, um darüber zweifelsfrei Klarheit zu verschaffen. Die seit dem 11. Januar durch die Ruhrbesetzung nach den Worten des französischen Kriegsministers geschaffene „einzigartige“ Gelegenheit läßt sich Frankreich nicht entgehen, um das zu erreichen, was bei den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen nicht gelang und alles das, was in den letzten fünf Monaten im Rheinland geschah, bereitete dieses Ziel so gut vor, daß bald nichts mehr zu tun übrig bleiben wird.

Demgegenüber erwächst der deutschen Politik die Aufgabe, gleich wichtig nach außen und innen: die deutsche Einheit zu wahren. Bei zahlreichen Gelegenheiten ist von den früheren Regierungen und der jetzigen darauf hingewiesen, daß alles darauf ankommt, das einzige, noch bestehende Gut, die deutsche Einheit zu retten, daß wir in der Reparationsfrage entgegenkommen können, daß wir aber unter keinerlei Umständen unsere Freiheit und Zukunft gegen Abgabe von Deutschen bewohnter Erde erkaufen können. Der Grundsatz ist richtig und auch von den Führern unserer Partei, zuletzt von Breitscheid, betont worden. Seine Begründung liegt nicht etwa in machtpolitischen Gedankengängen, sondern einfach in der

Erwägung, daß die deutsche Arbeiterbewegung in all ihren Zweigen verkümmern, unsere Wirtschafts- und Kulturentwicklung stagnieren muß, wenn Deutschland durch Abtrennung wichtiger Teile in einzelne Länder, etwa nach dem Vorbild Oesterreichs, aufgelöst und unter französischer Vormundschaft gestellt wird. Nachdem Deutschland als militärischer und politischer Faktor ausgeschaltet ist, liegt die Zukunft für unser Volk lediglich auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet und hier ist jede Hoffnung auf eine Besserung der jetzigen Zustände ausgeschlossen, wenn der einheitliche Stamm niedergebrochen ist und an seiner Stelle Schößlinge emporwachsen, die nicht ans Licht gelangen können.

Wie können wir der französischen Politik, die keine Reparations-, sondern Separationspolitik ist, Widerstand leisten? Nur unter einer Voraussetzung, daß der Baum der deutschen Einheit in sich selbst keine Risse zeigt, wenigstens im Innern gesund bleibt, und daß die Republik Deutschland nicht selbst die Kerben schlägt, in die Frankreichs imperialistische Politik nur den Keil anzusetzen braucht. In diesem Punkte aber, der sich in der politischen Entwicklung Deutschlands immer deutlicher zeigt, liegt eine ungeheure Gefahr, die auch ohne den außenpolitisch lebensgefährlichen Druck ernsteste Beachtung und Fürsorge erfordert. Die deutsche Republik ist auf dem Wege auseinanderzufallen und schon jetzt ist die Kohäsion der einzelnen Teile so gering, daß an irgendeine Bewegung, an irgendwelche Aktionen, an irgendwelche einheitliche Haltung, und alles das ist Politik, kaum noch gedacht werden kann.

Die Einheit und Handlungsfähigkeit des alten Reichs wurde im wesentlichen durch die gemeinsamen dynastischen Interessen seiner Fürsten gewährleistet, die trotz gelegentlicher Differenzen und Häkeleien im Reich eine große G. m. b. H. zur Vertretung ihrer dynastischen Interessen sahen und ihre Machtmittel Heer, Verwaltung und Kirche unter der Firma des Kaiserreichs verwendeten. Diese Dauben um das Faß der deutschen Einheit sind durch die Revolution zerschlagen oder, wenn man anders will, durch den Zusammenbruch heruntergefallen und es war den Schöpfern der Weimarer Verfassung klar, daß an ihre Stelle etwas Neues treten mußte, um das Reich vor Auseinanderfallen zu sichern. Das natürlichste, die deutsche Einheitsrepublik wurde verpaßt, unter den geschichtlichen Versäumnissen der Revolution wohl die größte. Die Zerschlagung Preußens und die Aufteilung des übrigen Deutschlands in Reichsprovinzen erwies sich ebenfalls als unmöglich und wenn heute am Rhein in einigen Kreisen mit dem Gedanken gespielt wird, den französischen Plänen eines autonomen Rhein- und Ruhrstaates durch derartige Ideen entgegenzutreten bzw. zuvorzukommen, so ruft auch diesem Gedanken die Entwicklung das verhängnisvolle Wort „Zu spät“ entgegen. Heute würde eine solche rheinische Reichsprovinz allerhöchstens eine kurze Etappe zu dem

französischen Protektorat bedeuten. Da beide Lösungen nicht erzwungen werden konnten oder nicht gangbar erschienen, blieb nur die dritte übrig, die unitaristischen Tendenzen der Reichsverfassung möglichst stark zu machen, die Länder in eine möglichst geringfügige Rolle hineinzudrücken und ihnen die Wirbelsäule jeder Selbständigkeit, die Finanzhoheit zu nehmen. Insbesondere war ein großes Problem das Verhältnis Preußens zu Deutschland, vor dem man sich fürchtete und von dem man schwere Reibungen und Hemmnisse voraussah.

Wie meistens in der Geschichte ist auch hier die Entwicklung einen andern Weg gegangen und das damals am schwersten wiegende Bedenken, das Verhältnis Preußens zum Reich, hat sich nicht als begründet erwiesen, trotzdem die Verbindungsglieder in Gestalt des Kaisers von Deutschland und Königs von Preußen und des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten weggefallen waren. Die Gründe dafür sollen hier nicht untersucht werden. Sie liegen aber wohl zur Hauptsache darin, daß die preußische Regierung und besonders das Innenministerium in der Hand der Sozialdemokratie lagen, deren Führer Braun und Severing in wirklich staatsmännischer Erkenntnis der Sachlage nach Kräften und unter Zurückstellung berechtigter Forderungen Konflikte vermieden, die schon jetzt zur Sprengung des Reichs geführt hätten. Ein weiterer Irrtum ist die Erwartung gewesen, daß die unitarischen Tendenzen der Weimarer Verfassung, insbesondere die Verreichlichung, um das fürchterliche Wort zu gebrauchen, der Verkehrseinrichtungen und der Finanzen, die Einheit des Reiches sichern könnten. Auf dem Gebiete der Verkehrseinrichtungen wird sich trotz des rechtlichen Uebergangs der Eisenbahnen auf das Reich nicht viel geändert haben und die alte Rivalität nach wie vor bestehen. Augenblicklich steht, was dafür bezeichnend ist, die bayerische Eisenbahneruniform zur Debatte und wenn man selbst bei derartigen Kinkerlitzchen nicht zu einer Einigung kommen kann, kann man sich unschwer ausmalen, wie es bei wirklichen Interessen der Länder mit der Einheit aussehen mag. Die finanzielle Abhängigkeit der Länder vom Reich, die so ungefähr wie die von Kindern zur Mutter Germania gedacht war, hat sich als reine Theorie erwiesen. Einmal hat das Reich als allgemeiner Steuereintreiber die Abneigung sämtlicher Volkskreise auf sich gezogen, die unvermeidlich mit diesem Amte verbunden ist und die es bislang mit den Bundesstaaten teilte, und ferner ist die ganze Steuernhoheit illusorisch geworden, da das Reich nicht mehr von den Steuern, sondern zu etwa neun Zehnteln von der Arbeit der Notendruckerei sein Dasein fristet.

So — in kurzen Strichen gezeichnet — ist die innerpolitische Situation der Republik, von deren Einheitlichkeit im Laufe der vergangenen Jahre ein Stück nach dem andern verloren gegangen, ist.

Bei jeder politischen Betätigung des Reichs — und man braucht dabei gar nicht an die Haupt- und Staatsaktionen auf dem Gebiet der Reparationspolitik zu denken — zeigte sich dasselbe Bild: das Reich ohne entscheidenden Einfluß, ohne Macht gegenüber den Ländern, die allein Exekutive besitzen, nichts anders wie eine Käseglocke, unter der die Länder jedes nach anderer Richtung ziehen.

Deutlich ist diese Gefahr der Reichszersplitterung durch die Rede unseres Genossen Zeigner, des sächsischen Ministerpräsidenten, geworden. Genosse Zeigner hat, soweit die außenpolitischen Fragen in Betracht kommen, die ihm zugeschriebenen Aeußerungen dementiert, die ja von vornherein gänzlich unwahrscheinlich waren. Aber bestehen bleibt doch die Tatsache, daß Genosse Zeigner der Regierung Cuno den allerschärfsten Kampf angesagt hat. Es handelt sich hier nicht darum, ob die Angriffe berechtigt sind oder nicht. Wir können sie für unsere Betrachtung als zutreffend unterstellen und müssen sie doch im Interesse unserer Republik und Volkes ablehnen. Es ist ausgeschlossen, daß ein Ministerpräsident eines deutschen Landes gegen die Reichsregierung einen solchen Bannfluch schleudert, wenn nicht das Reich zu einem Popanz, die Reichsregierung zu einem wohlgesinnten Stammtisch heruntersinken soll. Der Präsident eines deutschen Landes hat andere Machtmittel und Hebel, um die nach seiner Ansicht unmöglich und schädlich gewordene Reichsregierung zu beseitigen. Einwirkung durch seine Vertretung im Reichsrat, Einwirkung dort, wo über die Politik der Reichsregierung zu entscheiden ist, im Reichstag. Letzten Endes ist unsere Partei dafür die Instanz, die den vom Genossen Zeigner geforderten Liquidationsprozeß an die Regierung Cuno auszuführen hat. Will dies die Partei nicht, entscheidet sie sich in ihrer Majorität, wie bisher, zu einer andern Taktik, dann bleibt für den einzelnen, und sei er auch Ministerpräsident, nichts anderes übrig, als sich den Gesetzen der Demokratie entsprechend zu fügen oder das Amt eines Ministerpräsidenten als verantwortlicher Leiter der Politik eines Landes aufzugeben. Wenn eine andere Praxis sich einbürgert, ist eine deutsche Reichspolitik in Zukunft unmöglich. Man kann rechts, man kann links und man kann geradeaus kutschieren, aber zugleich nach allen drei Richtungen zu fahren, ist ebenso unmöglich wie ein Orchester von drei oder noch mehr Kapellmeistern zu gleicher Zeit zu dirigieren. Wenn Genosse Zeigner Nachfolger Cunos werden sollte, wird er dieser Auffassung selber zustimmen. Aber damit ist es nicht getan. Jede Reichsregierung und mag sie stehen politisch wo sie wolle, muß die Erbschaft ihrer Vorgänger übernehmen und kann Situationen nicht ändern, den Uhrzeiger nicht rückwärts drehen. Bayern und Sachsen haben in den letzten Zeiten öffentlich gegen die Reichsregierung Stellung genommen und es hat den Anschein, als ob Genosse Zeigner recht hätte, wenn er sagt: „daß große Teile Deutschlands ihre eigenen Wege gehen würden“.

Aber kann das als blindes Fatum widerspruchslos hingenommen werden? Soll dieser Entwicklung der Weg bereitet und erleichtert werden? Das kann und darf nicht unsere Meinung sein, sondern die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei, deren Glieder, ob in Oberschlesien, ob am Rhein, ob sonstwo, die treuesten Anhänger der deutschen Republik sind, muß es sein, dieser zentrifugalen Hysterie entgegenzutreten. „Nicht Roß, nicht Reisige sichern die steile Höh', wo Fürsten steh'n“, hieß es in der (allerdings nicht viel gesungenen) zweiten Strophe der ehemaligen deutschen Kaiserhymne. Was dort von Fürsten gesagt und sich im Weltkrieg bewahrheitet hat, gilt genau so von Völkern und Staaten. Aufrecht erhalten werden sie letzten Endes 'nur durch geistige und ideale Momente. Sie so zu entwickeln und zu fördern, daß die Liebe zum großen deutschen Volk und zum Staat, auf dessen Boden es nur national und international gedeihen kann, den unzerstörbaren Reif deutscher Einheit darstellt, ist wichtigstes Gebot, wenn nicht in diesen Monaten das letzte Kapitel deutscher Geschichte beginnen soll.

---

EDUARD BERNSTEIN:

## Klassenkampf und nationales Interesse.

**G**AR oft, wenn in unsern Tagen die politisch oder gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich veranlaßt sehen, zu Fragen Stellung zu nehmen, die als solche von erheblicher nationaler Bedeutung erscheinen oder hingestellt werden, greifen in sozialistischen Kreisen Meinungsverschiedenheiten darüber Platz und führen mitunter zu recht heftigen Auseinandersetzungen, ob eine aktive Teilnahme an Kämpfen für nationale Interessen sich mit dem Wesen des Klassenkampfes verträgt und wann und wie sie begründet werden kann.

Beispiele solcher Unsicherheit sind neuerdings wieder aus Anlaß des Widerstandes der Ruhrarbeiter gegen die Besetzung von dessen Kohlenzechen und anderen Werken durch französische Beamte und Militär zutage getreten. Diese Auflehnung, die von einem sicherlich durchaus berechtigten Antrieb eingegeben war und durch ihre Festigkeit selbst jedem Franzosen Bewunderung hätte abnötigen müssen, in dem noch eine Spur der Ideen der großen französischen Revolution fortlebt, wurde von verschiedenen Leuten in einer Weise begründet, die der Vermutung Raum gab, sie bedürfe wegen ihres nationalen Charakters geradezu noch einer Entschuldigung. Es deutet das auf eine Verwirrung der Begriffe, die es im Angesicht der bedrohten Lage Deutschlands angezeigt erscheinen läßt, in gedrängten Umrissen auseinanderzusetzen, von welchen

Leitgedanken der auf dem Boden der wissenschaftlichen Begründung der sozialistischen Bewegung und Politik stehende Sozialist bei der Behandlung von Fragen dieser Art logischerweise auszugehen hat.

Vorausgeschickt sei, daß unter Klassenkampf hier selbstverständlich durchgängig verstanden ist der Kampf der Arbeiter in der modernen, von der kapitalistischen Produktion beherrschten Gesellschaft für Einrichtungen und Gesetze, die geeignet sind, ihre soziale Befreiung zu fördern und eine diese Befreiung verbürgende Gesellschaftsordnung herbeizuführen. Dieser Kampf hat, wie wir wissen, zum Antrieb auf der einen Seite die materiellen wirtschaftlichen und politischen Bedürfnisse der Arbeiterklasse in der modernen Gesellschaft, auf der anderen die besonderen soziaethischen Begriffe und Anschauungen, die sich in dieser Klasse kraft ihrer besonderen Lebensverhältnisse mit der wachsenden Einsicht in ihre Lage in der Gesellschaft ausbilden. Es liegt aber in der Natur der Sache, daß dieser Einsicht der Arbeiter in die Besonderheit ihrer Lage in der Gesellschaft auch eine besondere Beurteilung ihrer Stellung in der Nation und zu den internationalen Streitfragen entspricht.

Grundsätzlich haben die Väter des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx und Friedrich Engels, dies an jener viel zitierten und viel angefochtenen Stelle im kommunistischen Manifest angezeigt, wo sie den Vorwurf behandeln, die Kommunisten wollten „das Vaterland, die Nationalität, abschaffen“, und ihn zunächst summarisch mit der Bemerkung abtun: „Die Arbeiter haben kein Vaterland, man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben.“

Ist es noch nötig, die übertriebenen Deutungen, die man diesem Satz gegeben und die noch übertriebeneren Folgerungen, die man aus ihm abgeleitet hat, zum hundertsten Male zurückzuweisen? Marx und Engels haben ihn niemals buchstäblich genommen, ihre Stellung zu den konkreten nationalen Interessenkämpfen ihrer Zeit nie auf ihn gegründet. Sie gaben mit ihm der Tatsache, daß die Arbeiter noch in keinem Staate Europas die politischen Rechte des Staatsbürgers hatten, in jener zugespitzten Form Ausdruck, wie sie ihnen der Kampfcharakter des Manifests nahelegte, waren aber weit entfernt davon, darüber hinaus ihn als sozusagen ewige Wahrheit aufzustellen. Schon der an ihn anschließende Satz des gleichen Satzstücks im Manifest zeigt, wie sehr er nur bedingt aufzufassen war. Es ist dies der Satz:

„Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.“

Auf das deutlichste ist hier angezeigt, daß, wenn die Stellung der Arbeiterklasse zu Fragen des nationalen Interesses eine andere war oder zu sein hatte, als die der bürgerlichen Klassen, sie darum

doch keineswegs Gleichgültigkeit heißen konnte. Obwohl Marx und Engels zur Zeit der Abfassung des Manifests die soziale und politische Entwicklung in der kapitalistischen Welt viel rascher sich vollziehen sahen, als sie sich tatsächlich vollzogen hat, waren sie sich doch darüber vollständig klar, daß in Deutschland zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat eine an Zahl und sozialer Reife viel stärkere Arbeiterklasse notwendig war, als Deutschland sie damals aufwies, und daß daher die Arbeiterklasse großes Interesse hatte an einer Entwicklung des Wirtschaftslebens in Deutschland, die diese Stärkung in möglichster Beschleunigung herbeizuführen versprach.

Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, hatte ein halbes Jahr vor Abfassung des kommunistischen Manifests Friedrich Engels in der Nummer der deutschen Brüsseler Zeitung vom 10. Juni 1847 in einem Artikel über das Schutzzoll- und Freihandelssystem dargestellt, daß die deutschen Arbeiter beim damaligen Ringen des schutzzöllnerischen Flügels des deutschen Bürgertums mit dessen freihändlerischem Flügel am Sieg des ersteren interessiert seien. Die Partei des Schutzzolles, führte er aus, sei „im Bürgertum weit- aus die mächtigste und zahlreichste“, und in der Tat könne das Bürgertum sich „nicht halten, nicht befestigen, nicht zu unumschränkter Herrschaft (gegen Königtum und Feudalität) gelangen, wenn es nicht seine Industrie und seinen Handel durch künstliche Mittel schirmt und pflegt“. Mit der Herrschaft des Bürgertums aber würden auch die Arbeiter, von den Verhältnissen getrieben, zu dem „unendlich wichtigen Fortschritt“ gelangen, daß sie „nicht mehr als einzelne oder höchstens ein paar Hunderte gegen das Bestehende auftreten und sich empören, sondern daß sie allesamt als eine Klasse mit ihren besonderen Interessen und Grundsätzen ihrem letzten und schlimmsten Erbfeinde — der Bourgeoisie — nach gemeinsamem Plan und mit vereinter Macht zu Leibe rücken.“

Daß Engels die Entwicklung der Dinge sich noch so schablonenhaft einfach vorstellte, muß man seinem jugendlich stürmischen Temperament wie der Jugend der Bewegung selbst zugute halten. Es kommt hier nicht auf die Richtigkeit der Einschätzung der Tatsachen, sondern auf die Natur des Maßstabes an, den Engels an sie legte. Er begriff, daß die Entwicklung des Proletariats nicht von der der Bourgeoisie, und die Entwicklung dieser nicht von der Ausgestaltung der Nation zu trennen war. Das Eindringen in die großen geschichtlichen Zusammenhänge unter dem Gesichtspunkt der Befreiungsbewegung der Arbeiterklasse ist das Bedeutende bei Marx und ihm, gleichviel welche Irrtümer im einzelnen ihnen dabei unterliefen. Sie sahen zu schnell, aber sie sahen die Hauptlinie der Entwicklung richtig. Und auf der Linie dieser Entwicklung lag auch die staatliche Selbständigkeit der vorgeschrittenen Nationen Europas.

Als daher die Revolution von 1848 zu allerhand nationalen Freiheitskämpfen führte, nahmen Marx und Engels zu diesen sehr positiv Stellung, obwohl sich an sie noch kein unmittelbares Interesse der Arbeiterklasse der betreffenden Länder knüpfte. Dies traf übrigens auch noch auf den italienischen Krieg von 1859 zu, denn als dieser ausbrach, hatte Italien noch nicht einmal die Spuren einer Klassenbewegung der Arbeiter. Und doch war es nicht dies, was Marx und Engels abhielt, auch zu ihm positiv Stellung zu nehmen.

Von Napoleon III. eingeleitet, konnte dieser Krieg neben den Interessen der europäischen Revolution auch nationale Interessen Deutschlands in Mitleidenschaft ziehen, und daß Marx und Engels bei ihrer Stellungnahme zu ihm diese Interessen sehr ernsthaft berücksichtigten, wissen wir aus ihrem Briefwechsel, aus Engels' in Uebereinstimmung mit Marx veröffentlichten Schriften über ihn und aus der brieflichen Fehde von Marx mit Lassalle aus Anlaß von dessen Schrift „Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens“. Nicht Uebermaß von Rücksicht auf das nationale Interesse Deutschlands, sondern im Gegenteil nicht genügend überlegtes Hinwegsetzen über dies Interesse macht Marx Lassalle da zum Vorwurf. Ob mit Recht oder Unrecht, kann in diesem Zusammenhang dahingestellt bleiben. Für unsere Betrachtung hat nicht das Urteil Interesse, sondern der Gesichtspunkt, von dem aus es gefällt wurde.

Welches aber ist dieser Gesichtspunkt? Wir finden ihn von Marx klar und bündig angezeigt im folgenden Satz seines Briefes an Engels vom 18. Mai 1859, wo er im Hinblick auf die eben erhaltene Broschüre Lassalles schrieb:

„Was die (deutschen) Regierungen angeht, so muß offenbar von allen Standpunkten aus, schon im Interesse der Existenz Deutschlands, die Forderung an sie gestellt werden (dem bonapartistischen Frankreich gegenüber), nicht neutral zu bleiben, sondern, wie Du richtig sagst, patriotisch zu sein.“

Bei alledem ist Marx darauf bedacht, doch auch zugleich dem Bedürfnis der Revolution gerecht zu werden, und erblickt, wie er fortfahrend darlegt, die Möglichkeit dazu darin, daß in den Kundgebungen der Gesinnungsfreunde zum Krieg der Gegensatz gegen das zarische Rußland noch stärker betont werde, als der gegen Napoleon III.

Damals handelte es sich nur erst um Kundgebungen von Personen, die zwar selbst vom Gedanken des Klassenkampfes beseelt waren, aber infolge des Drucks der Reaktion mit keinem auch nur nennenswerten Bruchteil der Klasse, für die sie literarisch wirkten, in Verbindung standen. Anders beim deutsch-französischen Krieg von 1870/71. Da gab es in Frankreich sich politisch betätigende Sektionen der Internationalen Arbeiter-Assoziation, in Deutschland zwei entschieden sozialistische Parteien der Arbeiter, und hüben



wie drüben blickten führende Vertreter der Bewegung auf den Generalrat der Internationale, dessen geistiger Kopf Marx mittlerweile geworden war, als die Spruchinstanz mit Bezug auf die Meinungsverschiedenheiten über die zum Krieg einzunehmende Haltung. Sowohl der intime Briefwechsel Marx-Engels wie die von Marx verfaßten Ansprachen des Generalrats der Internationale über den Krieg zeigen, daß Marx wie Engels den sozialistischen Arbeitern das Recht zusprachen, dort, wo in Wirklichkeit die nationale Existenz ihres Landes in Frage stand, sich für diese ins Zeug zu legen.

In dem darüber zwischen Wilhelm Liebknecht und dem Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei Eisenacher Programms ausgebrochenen Streit nehmen Marx und Engels hauptsächlich für den letzteren, der sich mit sozialistischem Vorbehalt der nationalen Bewegung angeschlossen hatte, gegen Liebknecht Partei. Marx hatte zwar Liebknecht und Bebel für ihr mutvolles Auftreten im Reichstag in der Frage der Bewilligung der Krieganleihen seine Anerkennung ausgesprochen. Aber, schreibt er am 17. August 1870 an Engels, daraus folge „keineswegs, daß die Stellung des deutschen Proletariats in einem Krieg, der national geworden, sich in Liebknechts Antipathie gegen die Preußen zusammenfaßt“. Und diesen Standpunkt vertritt er unumwunden in der Internationale.

In der ersten Ansprache des Generalrats über den Krieg vom 23. Juli 1870 hatte er schon betont, daß der Krieg auf deutscher Seite ein Verteidigungskrieg sei. Aber auch in der zweiten, die das Datum des 9. September 1870 trägt, wo also das französische Kaiserreich schon gefallen war, erklärt er mit Bezug hierauf:

„Die deutsche Arbeiterklasse hat den Krieg, den zu verhindern nicht in ihrer Macht stand, energisch unterstützt als einen Krieg für Deutschlands Unabhängigkeit und die Befreiung Deutschlands und Europas von dem erdrückenden Alp des zweiten Kaiserreichs.“

Er stellt jedoch zugleich — und es kann hinzugefügt werden, mit innerer Genugtuung — fest, daß die deutschen Arbeiter nun als erste Garantie fordern „einen ehrenvollen Frieden für Frankreich“ mit „Anerkennung der französischen Republik“, und daß sie gegen die Annexion vom Elsaß-Lothringen Protest einlegen — beiläufig beides von Wilhelm Liebknecht in jeder Nummer des von ihm redigierten Volkstaat in Fettdruck ausgegebene Parolen, in denen sich alle Sozialdemokraten Deutschlands damals zusammenfanden.

Daneben kennzeichnet Marx aber in dieser Ansprache die nunmehr den französischen Arbeitern obliegende Aufgabe dahin, daß „jeder Versuch, die neue (bürgerlich-republikanische) Regierung zu stürzen, wo der Feind schon an die Tore von Paris pocht, eine verzweifelte Torheit wäre“; die französischen Arbeiter müßten „ihre Pflicht als Bürger tun“, dürften sich aber „nicht beherrschen lassen durch die nationalen Erinnerungen von 1792“.

Beide Warnungen richteten sich gegen tatsächlich betriebene Agitationen, denen übrigens eine und dieselbe Vorstellung zugrunde lag: der Glaube, durch ein revolutionäres Volksaufgebot nach dem Muster von 1792 unter ganz anderen Verhältnissen ganz anders gearteten Gegnern gegenüber das gleiche erzielen zu können, was damals ausgerichtet worden war, nämlich den Feind aus dem Lande zu treiben. Inwieweit er ein Irrglaube war, hat die Geschichte dargetan.

Die Geschichte hat aber auch die Irrtümer berichtigt, denen sich Marx und Engels hinsichtlich der Raschheit der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung und der Vereinfachung der sozialen und politischen Verhältnisse hingegeben hatten. Immerhin hat sie ihnen im Hauptpunkt insofern recht gegeben, als die Klasse des Proletariats unablässig gewachsen, in den meisten Ländern moderner Entwicklung eine politische Kraft ersten Ranges geworden ist. In diesen Ländern ist ein Zustand eingetreten, wo die Arbeiter zwar noch nicht die Nation sind, aber auch nicht mehr „kein Vaterland“ haben, wo ihr Wohlbefinden ein hohes Interesse des Staats geworden und des letzteren Schicksal in hohem Grade auch ihr Schicksal ist.

Als das kommunistische Manifest geschrieben wurde, waren die Proletarier der Industrie an Zahl gering und ein großer Teil von ihnen sozial enturzelt. Die proletarische Familie schien sich infolge der Zunahme der Frauen- und Kinderarbeit völlig auflösen zu wollen, die nationale Selbsthaftigkeit der Arbeiter zur Legende zu werden. Tatsächlich ist jedoch diese Perspektive Legende geworden. Wohl ist der Arbeiter als Einzelner und Lediger beweglich geblieben, aber die Klasse ist mehr als je an ihr Land gekettet. Hunderte und Tausende von Arbeitern können auswandern, Hunderttausende und Millionen aber nicht. Unbeschadet des Klassenkampfes sind sie daher eng mit der Nation und ihrer Entwicklungsmöglichkeit verbunden. Die Arbeiterklasse kann in anderem Sinne national sein als die bürgerlichen Klassen und muß es sogar aus noch zu entwickelnden, ganz bestimmten Gründen sein. Das kommunistische Manifest ist in diesem Punkt unwiderlegt und unwiderleglich. Aber sie kann schon aus dem oben entwickelten Grunde nicht unnational oder gar antinational sein.

Die Arbeiter des Ruhrgebiets sind daher einem vor der Geschichte durchaus berechtigten Empfinden gefolgt, als sie sich durch die Erklärung der in das Ruhrgebiet einrückenden französischen Generale, sie hätten es nur mit den deutschen Kapitalisten zu tun und kämen als Freunde der deutschen Arbeiter, nicht beeinflussen ließen. Aus dem Munde von Beauftragten einer Regierung, deren auswärtige Politik für Europa die schlimmste Reaktion, das Zurück in das Zeitalter Ludwigs XIV. heißt, war sie eine krasse

Unwahrhaftigkeit. Sie suchte den Klassenkampf, den diese Regierung zu Hause nicht genug verdammen kann, in Deutschland für Maßnahmen auszuspielen, deren beabsichtigtes Ergebnis eine Dezimierung der deutschen Arbeiterklasse zur unausbleiblichen Folge haben würde. Die Auflehnung der Ruhrarbeiter gegen sie war aus diesem Grunde auch in hohem Grade ein sozialer Akt. Freilich war und ist sie darum nicht weniger national. Aber sie ist national im Sinne der sozialistischen Internationale, die Verteidigung des von dieser anerkannten gleichen Rechts der Nationen auf ihre freie Entwicklung im Rahmen der internationalen Verbundenheit der Völker.

Auf einem anderen Blatt stehen die Maßnahmen und Anordnungen der Regierung Cuno gegen die Besetzung und Unterjochung des Ruhrgebiets durch die Schergen der Regierung Poincaré. Nicht daß nicht auch sie nach den Grundsätzen des Völkerrechts durchaus berechtigt wären. Sie sind legitime Anwendungen des Rechts der Nationen auf Gegenwehr gegen einen groben Friedensbruch und brutale Vergewaltigung. Politisch haben einige jedoch die bedauerliche Nebenwirkung gehabt, daß sie der Regierung Poincaré die Möglichkeit gegeben haben, dem französischen Volk den Widerstand der Ruhrarbeiter in falschem Lichte darzustellen. Unter dem Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit sind sie naturgemäß der Kritik offen. Ueber sie kann verhandelt werden und wird, wenn es bei Erscheinen dieses Artikels nicht schon geschehen ist, im Angesicht der Zurückhaltung Europas gegenüber dem Machtwillen der gegenwärtigen Gewalthaber Frankreichs, verhandelt werden müssen, soll der berechtigte Widerstand nicht in nationalem Selbstmord enden.

---

BAVARICUS:

## Rupprecht unter Hochverrätern.

*Zum Hochverratsprozeß Fuchs-Machhaus und Konsorten.*

**D**ER Münchner Hochverratsprozeß gegen Professor Fuchs, Kaufmann Berger, Großhändler Munk und einige weniger bedeutende Persönlichkeiten hat mit vollem Recht die Aufmerksamkeit der deutschen Oeffentlichkeit auf das gefährliche Treiben der bayerischen Putschisten gelenkt, deren Bestrebungen, wie nun erwiesen ist, nicht nur der republikanischen Staatsform in Deutschland und Bayern sondern auch dem Bestand und der Einheit des Deutschen Reiches gegolten haben. Mit erstaunlichem Freimut sind vor den Schranken des Münchner Volksgerichts die Zusammenhänge der von Frankreich besoldeten Fuchs, Machhaus usw. mit hohen Beamten der Münchner Polizeidirektion und hohen

Offizieren der deutschen Reichswehr erörtert worden. Weit über das prozessual notwendige Maß hinaus hat der Vorsitzende gestattet, Dinge zu behandeln, die mit der Schuldfrage der Angeklagten nur in sehr losem Zusammenhang stehen, offenbar, um den „vaterländischen“ Verbänden den Nachweis zu ermöglichen, daß nicht diese Verbände als solche, sondern immer nur einige, wenn auch recht prominente Führerpersönlichkeiten in die Hochverratsache verwickelt sind. Die Rolle des Exkronprinzen Rupprecht allerdings ist bei aller Ausführlichkeit der Verhandlungen noch keineswegs klaggestellt worden. Obwohl er durch die recht glaubhaften Aussagen von Fuchs stark kompromittiert wurde und von der gesamten deutschen Linkspresse aufgefordert wurde, in seinem eigensten Interesse unter seinem Eid auszusagen, hat er es vorgezogen, im Hintergrund zu bleiben. Fest steht jedenfalls, daß er persönlich mehrere Unterredungen mit Fuchs hatte zu einer Zeit, als dessen französischer Auftraggeber Oberstleutnant Richert in Bayern weilte. Wenn er es auch vielleicht tatsächlich vermieden hat, in persönliche Verbindung mit diesem Richert zu treten, bleibt der Verdacht der Begünstigung des Richert-Fuchs'schen Hochverratsunternehmens auf Herrn Rupprecht von Wittelsbach sitzen, solange er nicht, wie es jeder andere Sterbliche getan hätte, sich unter Eid vernehmen läßt.

Höchst eigenartig berührt das Versteckspiel, das alle Prozeßbeteiligten (Gericht, Staatsanwalt, Angeklagte, Verteidigung) mit der von allen verehrten Person Rupprechts treiben. Selbst der Angeklagte Fuchs hält zurück, obwohl er deutlich sichtbar seine Verteidigung auf dem Hauptargument aufbaut: „In wie in aller Welt sollte ich denn Rupprecht zum König machen, wenn nicht mit Hilfe Frankreichs?! Wie könnt Ihr mir einen Vorwurf machen, da Ihr doch alle für die Wiederkehr der Wittelsbacher seid?!“

Einen Augenblick lang bestand die Aussicht, daß der Schleier zerreißen könnte, als nämlich der Staatsanwalt die Vernehmung des Grafen Soden beantragte. Dieser Soden ist derjenige Vertraute Rupprechts, dem gegenüber der „Kronprinz“ offenbar unentwegt sein reichstreues Gesicht gewahrt hat. Seine Aussage würde daher Rupprecht entlastet haben, und die Bekundungen des Angeklagten Fuchs widerlegen. In diesem außerordentlich dramatischen Augenblick erhebt sich der Verteidiger des Fuchs, Graf Pestalozza, um ziemlich unverblümt mit dem Antrag, Rupprecht als Zeugen zu laden, zu drohen. Graf Pestalozza sagt nach dem einzigen ausführlichen Prozeßbericht, den die „Münchener Post“ gibt:

„Graf Soden ist bisher als Zeuge nicht benannt worden, er wird erst heute in die Verhandlung eingeführt. Nach der Strafprozeßordnung hat der Staatsanwalt wie der Verteidiger das Recht, die Aussetzung der Verhandlung zu beantragen, wenn ein Zeuge oder eine Tatsache so spät benannt wird, daß dadurch die Vertei-

digung erschwert wird. Das ist hier zweifellos der Fall. Wenn Graf Soden hier als Zeuge aufzutreten hat, dann hat selbstverständlich die Verteidigung das Recht, diesen Zeugen über sein gesamtes Wissen (!) zur Sache zu befragen.

Außerdem ist das Beweisangebot der Staatsanwaltschaft von eminent politischer Tragweite. Die Verteidigung hat sich bisher eine absolute Zurückhaltung auferlegt (!). Der Staatsanwalt will nun den Zeugen Soden dafür benennen, daß Fuchs angeblich die Unwahrheit gesprochen hat, daß er Besprechungen, die er mit dem Kronprinzen hatte, falsch wiedergegeben oder erfunden hat. Unter diesen Umständen muß ich mir, der ich Bayern liebe und Achtung und Ehrfurcht vor dem Hause Wittelsbach habe, überlegen, ob ich nicht angesichts der Pflicht der Verteidigung diese mir teuren Gefühle zurückstelle (!) und beantragen muß, daß nun auch Kronprinz Rupprecht als Zeuge geladen wird (!!)

Ich bitte deshalb, falls Graf Soden vernommen werden sollte, die Verhandlung auf drei Tage auszusetzen, damit ich die Verteidigung in vollkommen andere Bahnen lenken kann. Ich bin dann auch genötigt, höchst bedeutungsvolle politische Beweisangebote zu machen.“

Angesichts dieses Schreckschusses des Verteidigers Graf Pestalozza macht der Staatsanwalt sofort einen Zurückzieher. Nun auf einmal legt er auf die Vernehmung Sodens nur noch wenig Gewicht! Er führt aus:

„Für mich handelt es sich nicht nur darum, die Wahrheitsliebe oder Unglaubwürdigkeit des Fuchs darzutun. Ich habe deshalb, um Schwierigkeiten zu entgehen, Tatsachen unter Beweis gestellt, die für das Ergebnis der ganzen Verhandlung keinerlei Bedeutung haben. (!) Für die Würdigung des Sach- und Rechtsverhalts der unter Anklage stehenden Tat hat dieses Beweisangebot kein Gewicht (!), außer, wie gesagt, für die Glaubwürdigkeit des Angeklagten Fuchs.“

Wen nimmt es wunder, daß das Münchner Volksgericht (!) in diesem kritischen Augenblick sich vor Rupprecht stellte und beschloß, daß die Beschlußfassung über die von der Verteidigung und dem Staatsanwalt gestellten Beweisangebote zurückgestellt wird bis nach der Vernehmung sämtlicher Belastungs- und Entlastungszeugen. Selbstverständlich ist die Ladung Rupprechts auch später nicht mehr beschlossen worden.

Diese Komödie blamiert Rupprecht so schlimm als nur irgend möglich. Aller Wahrscheinlichkeit nach hätte also der „Zeuge von Wittelsbach“ von seinem Recht, Aussagen zu verweigern, um sich nicht selbst strafbaren Handlungen zu bezichtigen, Gebrauch machen müssen! Es kann auch mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß die Zumessung des Strafmaßes für Fuchs

von den Gefühlen der Dankbarkeit für seine und seines Verteidigers Courtoisie gegen Rupprecht beeinflusst werden sollte. Das eine politische Ergebnis dieses Prozesses, der tief in den Sumpf monarchistisch-putschistischer Hochverräterei in Bayern hineingeleuchtet hat, ist die vernichtende Bloßstellung Rupprechts. Aber noch ein anderes politisches Ergebnis muß in diesem Zusammenhang aufgezeigt werden, das ist die Erkenntnis, daß Prozesse von der politischen Tragweite des Fuchs-Machhausprozesses nicht vor einem unzuständigen Gericht, wie es das Münchner Volksgericht nicht nur wegen seiner Verfassungswidrigkeit ist, sondern weil die gegen den Bestand und Verfassung des Deutschen Reiches gerichteten Verschwörung vor den Staatsgerichtshof gehört. Die Bemühungen des Verteidigers Graf Pestalozza sind vergeblich gewesen. Der Oberreichsanwalt hat seine Zuständigkeit nicht erklärt, obwohl der Sturz der bayerischen Verfassung und die Abtrennung Bayerns vom Reich schließlich doch auch Reichsangelegenheiten sind! Der Staatsgerichtshof hätte eine mitleidlose Aufklärung über die Rolle Rupprechts durchgeführt, und müßte sie noch heute versuchen, nachdem die Ergebnisse des Prozesses diese Notwendigkeit erwiesen haben!

Das bayerische Volksgericht hat natürlich seine Zuständigkeit bejaht. Die Begründung des Anklagevertreters verdient festgenagelt zu werden: „Die Verschwörer wollten lediglich die bayerische Verfassung ändern, und außerdem darf nicht durch einseitigen Eingriff des Reiches in die gemeinsamen Vertragsrechte der Versailler Verträge vom 23. November 1870 (!!) eingegriffen werden.“

Diese Begründung, die die Anwendung z. B. der Republikchutzgesetze in Bayern mit einer Handbewegung inhibiert, ist dem Sinne und dem Wortlaut der Weimarer Verfassung derart zuwider, daß man zwischen solchen Gesetzesverächtern und dem Hochverräter Fuchs nur einen graduellen Unterschied festzustellen vermag.

---

HERMAN KRANOLD (Hannover):

## Zweihundert Jahre!

Am 5. Juni waren zweihundert Jahre seit der Geburt des Begründers der wissenschaftlichen Nationalökonomie, A d a m S m i t h, vergangen. Es scheint mir angebracht, auch in einem sozialistischen Organ dieses Tages zu gedenken; denn schließlich ist ja auch für den Sozialismus, der sein politisches Ziel aus wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnis ableitet und seine Taktik auf wirtschaftswissenschaftliche Einsicht aufbaut, der Tag nicht gleichgültig, an dem der Mann geboren wurde, der zuerst das wichtigste Werkzeug des Sozialismus geschaffen hat. B e r n a r d S h a w, einer der wenigen bedeutenden Menschen, die in

der Welt draußen freundlich von Deutschland denken, hat einmal den Ausspruch getan, daß die Vorliebe für Nationalökonomie die Mutter aller Tugenden ist. Wenn dieser Spruch heute für uns Bedeutung über das Maß eines netten Witzes hinaus haben kann, so deshalb, weil unter vielen andern Adam Smith das Gebäude wirtschaftlicher Erkenntnis als einer sichern, unanzweifelbarer Ergebnisse fähigen Wissenschaft errichten half.

Nicht, als ob ich hier der Meinung, scheinen wollte, als sei die Nationalökonomie so eine Art von gutartigem Sport dieses Mannes gewesen, und wenn er gerade für anderes eine Vorliebe gehabt hätte, dann gäbe es heute keine Wirtschaftswissenschaft. Nicht also ein Heldenlied soll in dieser Zeit angestimmt werden, die zu Heldenliedern im ganzen so wenig dauerhaften Stoff liefert. Auch wäre der anspruchslose und behaglich begüterte schottische Universitätsprofessor der Moralphilosophie wahrlich eher eine geeignete Zentralfigur für ein Heldenepos in Filzpantoffeln, als für eine Iliade gewesen; und auch von der Arglist und erfolgreichen Schwindelei des „redlichen“ Duldars Odysseus haftet ihm gar nichts an. Seine persönliche Eigenart kann höchstens mit den Beiworten: hausbacken, brav u. dergl. treffend bezeichnet werden. Aber alles das tut der historischen Bedeutung seines Erscheinens in der Entwicklungsgeschichte der Wirtschaftswissenschaft keinen Eintrag.

Adam Smith wurde am 5. Juni 1723 in Kirkcaldy in Schottland geboren. Er war ein schwächliches Kind; das hinderte aber nicht, daß er schon mit 14 Jahren Student an der Universität Glasgow werden konnte. Drei Jahre später ging er zur Fortsetzung seines Studiums nach Oxford, wo er weitere sieben Jahre hindurch in allen Gemächlichkeit theologische Fächer, Altertumskunde und Philosophie studierte. 1752 erhielt er dann den Lehrstuhl für Moralphilosophie in Edinburg. Dort las er bis 1764, und zwar behandelte er schon damals im 4. Teil seiner Vorlesung über philosophische Sittenlehre die politischen Einrichtungen, die sich auf den Verkehr, auf die Finanzen, auf kirchliche und militärische Einrichtungen beziehen: „Was er hierin vortrug, war die Grundlage für sein späteres Werk über den Reichtum der Nationen“, schreibt darüber schon der alte E. Laspeyres in Bluntschli-Braters „Deutschem Wörterbuch“.

Diese enge Verknüpfung der wirtschaftlichen Betrachtungen mit philosophischer, namentlich ethischer Forschung ist einer seiner charakteristischsten Züge überhaupt. Sein erstes großes schriftstellerisches Werk hieß denn auch „Theorie des moralischen Empfindens“; es erschien 1759 und stellt in vieler Hinsicht eine sehr wichtige Vorarbeit zu seinem Hauptwerk da. Es steht im wesentlichen auf dem Boden der sog. „schottischen Schule“, die sich um den Stern erster Größe David Hume, den gewaltigen Anreger Kants, gruppierte und wohl der geschlossenste Ausdruck jener spezifisch englischen Philosophie des gesunden Menschenverstandes ist, über die man sehr zu Unrecht im übrigen Europa ein Jahrhundert lang gespottet hat, statt in ihrem Geiste Verträglichkeit unabhängig vom jeweiligen Stand der philosophischen Tagesmoden als oberste Pflicht gesellig lebender Menschen zu verstehen. Zum Wortführer dieser Schule macht Shaw (im „Teufelschüler“) seinen General Bourgoyne, wenn er ihn an seinen luden-

dorfföiden Adjutanten die freundliche Aufforderung richten läßt, etwas weniger großzügig mit dem Blut seiner Soldaten und etwas großzügiger mit seinem eigenen Gehirn zu wirtschaften. Smith hat in seinem philosophischen Buch die große praktische Bedeutung des Altruismus herausgearbeitet, daneben aber auch die grundsätzliche Bedeutung der Selbstsucht, des Eigennutzes, der Vorliebe für das kleinste Mittel zum erwählten Zweck für die Wirtschaft hervorgehoben.

Diesem philosophischen Buch ließ Smith eine lange Periode des Schweigens folgen. Obwohl ihm das Buch mit einem Schlage in der damaligen literarischen Welt berühmt gemacht hatte, ja, vielleicht gerade deswegen, zog er sich zurück. Er ging 1764 aus Edinburgh fort, legte sein Lehramt nieder, reiste zwei Jahre lang auf dem europäischen Festland, namentlich in Frankreich, machte dort persönlich mit den bekanntesten Nationalökonomen Bekanntschaft und verkroch sich 1766 für ein volles Jahrzehnt in seiner Vaterstadt. Aber in der Stille brütete er sein großes Werk fertig aus, und im Jahre 1776 erschien dann in zwei riesigen Quartbänden seine „Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Völker“. Damit war sein Welt Ruf sofort und endgültig begründet. Er hat sich dann aufs Altenteil zurückgezogen, 1787 die Ehrenstelle des Rektors der Universität Glasgow, 1788 ein Versorgungsämtdien im schottischen Staatsdienst angenommen und ist 1790 am 17. Juli gestorben; Nennenswertes hat er nach seinem großen Werk nicht mehr veröffentlicht.

Es ist hier nicht der Ort, und es besteht, da Smith in den meisten seiner Lehren vom Fortschritt der Wissenschaft inzwischen natürlich überholt ist, auch keine Veranlassung, eine gelehrte, aber für den Fachmann überflüssige Inhaltsangabe seines Werkes zu schreiben, die dem Laien höchstens ein Ballist fürs Gedächtnis sein könnte. Was es zu schildern gilt, ist die Bedeutung, die Adam Smith noch heute für uns Sozialisten hat. Und diese Bedeutung liegt in zweierlei: in der Art seinen Forschung, und in der Art seiner Darstellung.

Smith erforscht das Wirtschaftsleben, indem er die wirklichen Vorgänge beim Wirtschaften der Menschen zu erfassen und auf klare Begriffe zu bringen sucht. Er geht nicht so sehr von allerlei Krakehl mit Vorgängern aus, als vielmehr von dem, was der gewöhnliche Mensch wirklich tut. Er bemüht sich, das, was um ihn herum vorgeht, unbefangen zu erfassen, das heißt, er erhebt weder den Anspruch geistreich zu sein, noch fühlt er sich als berufenen Anwalt irgendeiner Klasse oder eines Standes. Richtig ist natürlich, daß sich deutliche, weitgreifende Spuren seiner im Grunde gut bourgeoisen Seelenstimmung fast auf jeder Seite seines Buches nachweisen lassen. Er teilte durchaus das allgemeine Los, Opfer seiner Zeit zu sein, indem er ihr Ausdruck war; er hat nichts vom Propheten an sich; er ist seiner Zeit im wesentlichen durchaus nicht sehr weit voraus. So wie er überhaupt nichts Genialisches an sich hat, so hat er auch keine Seherblicke in das vor ihm liegende Jahrhundert getan. Er ist einer der reinsten Repräsentanten des ruhigen, etwas nüchternen, abgeklärten, gleichmäßig logischen Klassikertyps, er regt sich nicht auf bei dem, was er sieht, und nicht bei dem, was er schreibt, sondern Unverwirrbarkeit des Gemüts ist in jeder Zeile ausgeprägt, die er geschrieben, in jeder Ueberzeugung, die er ausgesprochen hat. Er hat



keine extremen Meinungen zu haben gesucht, wie er auch vor extremen Meinungen nicht zurückschreckte, wenn sie sich ihm aus der Sache ergaben. Und er hat in aller Logik nie vergessen, daß die Logik nur Werkzeug des Forschens sein soll, sich nicht in den Vordergrund der wissenschaftlichen Bühne drängen darf; seiner Logik fehlt daher alle Verkrampftheit, so wie jede Spitzfindigkeit ihr fern liegt. Und so hat er auch keine Neigung, hochtrabende Bekenntnisse abzulegen, sondern sein Buch ist ein Werk eines Mannes, der den ausgesprochenen Zweck mit eiserner Konsequenz verfolgte, ein Lehrbuch für die Staatslenker zu schreiben, ein Lehrbuch, aus dem man etwas sollte lernen können, was man in der Arbeit politischer und verwaltender Staats- und Gesellschaftsgestaltung nötig zu wissen brauchte. Daher sind die eigentlich theoretischen Teile der Schrift knapp gehalten, und wenn auch die Bedeutung des Buchs in der Geschichte der Sozialwissenschaften natürlich in erster Linie in ihnen lag und liegt, so beruhte doch die unmittelbare politisch wirkende Bedeutung des Buches ganz auf dieser eigentümlichen, seit Adam Smith von keinem Buch in der Wirtschaftswissenschaft wieder erreichten innigen Verschwisterung von Lebensnähe und Universalität, die den Aufbau des Ganzen schmückt.

Auch der schriftstellerische Reiz des Werkes beruht darauf. Er ist ein unsagbarer Zauber, der von den Riesenseiten der beiden gewaltigen Bände des Originalwerks ausgeht, und wenn ein gutes Glück diese wuchtigen, breit und klar gedruckten Bände einmal in die Hand gespielt hat, der wird wissen, wie es kommt, daß ein Buch zum Lebensgefährten werden kann. Es ist der ganze Reiz des klaren, stillen, tiefen, kalten und durchsichtigen Bergsees, der dieses Werk umspinnt; aber eines Bergsees, an dessen Ufer eine Weltstadt lebt und ringt, in dessen Fluten die Weltstadt sich spiegelt. Auch der Stil, wie der Stoff und die Meinungen Smiths, hat nichts Genialisches an sich. Ewigklar und spiegelrein und eben verläuft hier alles. Kein schärferer Gegensatz zu Smith als Karl Marx: hier der sorglose behagliche Bürger, dem früh für sein persönliches Geschick sich alles zum Besten kehrt; dort der Gehetzte, Deklassierte, Hungernde, der neben dem Sarg seiner von der Not zur Strecke gebrachten Kinder wissenschaftlich arbeitet und Lumpenproletarier anpumpen muß, um seinen einzigen Sohn einscharren lassen zu können. Hier der Mann, dem das zephyrleichte Leben wie den Seligen im Olymp dahinfließt, und dessen Werk selbst der Spiegel dieses seines Lebens ist; dort der Mann, dessen Leben ein einziger Kampf und Krampf, und dessen Werk ein Vulkan, der Asche, Steine, Rauch, aber auch ungeheure Fluten von strahlendem Feuer ausschleudert. Hier der typische Klassiker, wie ihm nur die breit besitzende Bourgeoisie hervorbringen kann; dort der Romantiker, der Wortführer aller Geächteten und Ausgestoßenen, selbst ein Ausgestoßener und Geächteter, der nicht mit der Logik des gesunden Menschenverstandes, sondern mit der Logik dessen kämpft, der, hellseherisch noch im halben Tode, sieht, was der andere weiß, fühlt, was der andere gelernt hat, und sagt, was der andere nicht einmal denkt.

Ja, wir wissen: Smith hatte es nicht schwer; und doch ist er uns ein Vorbild. Denn weder die Not, in der Marx schuf, noch seine vulkanische Art der Produktion sind uns erhalten geblieben; und obwohl wir, der Väter gern gedenkend, wissenschaftlich arbeiten können,

wenn wir nur wollen, (wer behauptet, wir seien dazu zu arm geworden, der weiß nicht, wie geistig arm er selbst geworden ist) so geschieht es doch nicht. Zum Klassiker gehört nämlich, von anderem abgesehen, vor allem eine positive Tugend: die des Fleißes und der Anspruchslosigkeit. Nur dem Ernst, den keine Mühe bleicht, ist Wahrheit zugänglich; und eine Sinekure, verbunden mit ein bischen wissenschaftlicher Beschäftigung, die nicht in Arbeit ausarten darf, ist noch kein Musterschutz für klassisches Genie. Wem sie paßt, der setze sich die Mütze auf; und ich glaube, uns allen paßt sie einigermaßen. Daran zu erinnern, ist für uns Sozialisten der Gedenktag Adam Smiths gut; und wenn die Bourgeoisie glaubt, es in ihrem Wissenschaftsbetrieb nicht nötig haben, daran erinnert zu werden: nun, wir Proletarier haben gewiß kein Interesse daran, daß die herrschende Klasse sich besonders tüchtige „wissenschaftliche“ Gendarmen drillt. Uns kann es recht sein, wenn die Pflege des Erbes der Alten in der Wirtschaftswissenschaft von der Bourgeoisie uns überlassen wird.

---

ERICH KUTTNER:

## Ein Wort für Fechenbach.

Hier die Worte, mit denen ich am 22. Juni meine Rede zur dritten Lesung des Justizetats im preußischen Landtag schloß, nach dem Wortlaut des amtlichen Stenogramms. Der Skandal, den die Rechte wegen meines Eintretens für Felix Fechenbach vollführte, ist die beste Bestätigung für die Richtigkeit und Notwendigkeit des Gesagten. E. K.-r.

Den Justizmord, den die Franzosen an Schlageter verübt haben, ist auf alle Fälle zu verurteilen. Aber wenn Sie diesen Justizmord verurteilen, dann müssen Sie auch daran denken, daß das moralische Recht, Justizmorde zu verurteilen (Unterbrechung und Pfuirufe rechts-Glocke des Präsidenten!) Wenn man einen Justizmord verurteilt — (andauernde Schluß- und Pfuirufe rechts! — Große Unruhe links — Glocke des Präsidenten!) Wenn man einen Justizmord verurteilt, der von Franzosen begangen worden ist, so soll man nicht vergessen, daß ein Deutscher vor einiger Zeit verurteilt worden ist wegen eines nicht von ihm begangenen Verbrechens des angeblichen Landesverrats, wegen eines Verbrechens, das, wenn es begangen worden wäre, nach dem Urteil eines namhaften Rechtsgelehrten, des Professors Kitzinger, bereits verjährt war, daß dieser Deutsche verurteilt worden ist gegen das Gutachten des einzigen Sachverständigen in seinem Prozeß, daß dieser Deutsche verurteilt worden ist, ohne daß ihm genügend Gelegenheit zur Verteidigung gegeben worden ist (sehr richtig! links), daß er verurteilt worden ist unter dem Vorsitz eines Richters, der sich wie ein fanatischer Ankläger gebärdete (sehr richtig! links), daß er verurteilt worden ist von einem Gericht, gegen dessen Spruch es ein Rechtsmittel und sogar das Mittel der Wiederaufnahme nicht gegeben hat, auch jetzt nicht gibt, nachdem feststeht, daß Felix Fechenbach wegen eines Verbrechens verurteilt worden ist, das, selbst wenn er es begangen hätte, längst verjährt war, als man ihn unter Anklage stellte (Rufe rechts: Pfui Teufel!), von dem aber weiter feststeht, daß es den heiligsten Grundsatz der Justiz verletzt: Ne bis in idem, weil wegen der abgeurteilten Handlung Fechenbach bereits einmal unter Anklage gestellt und rechtskräftig abgeurteilt worden ist. Wenn soviel in einem ein-

zigen Falle vorliegt, daß ein Unschuldiger verurteilt worden ist, obgleich die Tat selbst, wenn sie überhaupt strafbar wäre, verjährt wäre, obgleich sie weiter schon einmal abgeurteilt worden ist und es nicht das bescheidenste Rechtsmittel gibt, dann haben wir alle Ursache, zunächst einmal an unsere eigene Brust zu schlagen und zu fragen — (andauernde Rufe rechts: Verräter! Pfui! — Große Unruhe links und andauernde Zurufe — Glocke des Präsidenten) haben wir denn selber unsere Pflicht gegen das Unrecht getan?

Prinz Alexander von Hohenlohe hat in der Vossischen Zeitung einen Artikel über diesen Justizmord unter der Ueberschrift geschrieben: *Wo bleibt ein deutscher Zola!* (Zurufe rechts!) Ich frage auch: *Wo sind in den Reihen unserer Dichter und Denker, die, die den Mut haben, auch wo es unpopulär ist, auf den Tisch zu schlagen und zu sagen: Ich klage an!* (Sehr richtig! b. d. Vereinigten Soz. — Zurufe rechts!) Solange der Justizmord an Fechenbach fortbesteht, solange es weite Kreise unseres Volkes gibt, die nicht die Hand rühren, um einen zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilten Deutschen zur Freiheit zu helfen, solange sind zum mindesten die Proteste derer, die nichts gegen den deutschen Justizmord tun, hinfällig, und insofern wird auch Deutschlands berechtigter Rechtsanspruch von der Welt nicht gehört werden, wird der berechtigte deutsche Ruf um Hilfe und Recht verhallen. (Unruhe rechts.) Schaffen wir bei uns im Innern Recht! Das ist die erste und notwendigste Voraussetzung (lebhaft Zustimmung bei der Vereinigten Soziald. Partei), um vor der Welt und der Weltgeschichte auch unser Recht zu erhalten. (Bravo und Händeklatschen links — Pfuirufe rechts — Glocke des Präsidenten — anhaltende große Unruhe.)

ERNST TOLLER:

## Das Interview.

**Eine Szene aus der unveröffentlichten Komödie „Der entfesselte Wotan“.**

v. Wolfblitz: Ein Reporter aus Amerika wünscht Herrn Direktor....

Schleim: Zögern Sie hin! Türmen Sie Schwierigkeiten! Deuten Sie Konferenz mit hohen Persönlichkeiten an. Lassen Sie ihn mit Würde warten.

(v. Wolfblitz geht.)

Schleim: Bereit?

Wotan: Gewappnet.

Schleim: Sie an den Schreibtisch. Ich nehme Diktat auf.

Wotan: Gut. Ich schätze ... ich schätze ...

(Reporter und v. Wolfblitz treten ein.)

Wotan: Haben Sie: ich schätze ... ich schätze ... Entgegenkommen der hohen brasilianischen Regierung, das sich im gewährten Kredit von einer Million Milreis äußert. Haben Sie „äußert“? — Von meinen Bedingungen aber kein Deut ...

(v. Wolfblitz räuspert sich.)

Reporter: Very interesting. (Notiert.) ...

Schleim: Sie wünschen?

v. Wolfblitz: Ein Herr, der größten amerikanischen Zeitungskonzern bedient, bittet um Ehre eines Interviews.

Schleim: Der Herr möchte Fragen stellen.

Reporter: Guten Tag, Herr. Für Ihr Unternehmen in Amerika gute Chance. Wie denken Sie über Amerika?

Wotan: Ein glühender Verehrer bekennt sich zu ihm. „Kamerado, du rührst kein Buch, du rührst einen Menschen an!“

Reporter: O Sie kennen Walt Whitman?

Wotan: Mein Herr, seit Jahren frequentiere ich jüngste Weltliteratur.

Reporter: Very interesting. — Man könnte auf dem Geldmarkt Ihre Konkurrenz fürchten. Was sagen Sie dazu?

Wotan: Geldmarkt ist für mich keine sittliche Macht, der ich Rechenschaft schulde. Gott schulde ich Verantwortung, sonst niemand! Sagen Sie das Amerika.

Schleim (leise zum Reporter): Beruhigen Sie Amerika. Der Urwald ward Herrn Wotan zu treuen Händen anvertraut. Mit Herrn Wotan beginnt die pazifistische Phase.

Reporter: Very interesting. Wirklich kein Kommunismus, die Genossenschaft?

Wotan: O mein Herr, nun lüftet sich mir die Maske Ihres Auftraggebers. Sie brauchen nicht zu reden. Ich kenne Morgans Art zu fragen. Glaubt Herr Morgan, ich werde mich vor ihm beugen? Ein Wotan beugt sich vor niemand in der Welt. Morgan soll sich entscheiden. Will er mir Kredit geben, mit mir kämpfen gegen die rote Schmach — gut. Aber er soll nicht glauben, daß ich ein Soldknecht werde im Dienste der Weltfinanz.

(Wotan wendet sich ab.)

Schleim (zum Reporter): Amerika möge beruhigt sein. Amerika möge sich überzeugen. Jedem Gelüste der Genossenschaft nach Kommunismus pariert der Arbeitsvertrag. Sie verstehen, das Geschäftsgeheimnis verbietet uns Erläuterungen. Aber Amerika können Sie berichten: achtstündige Arbeitszeit würden wir nicht dulden. Selbstverwaltung . . . dafür haben wir taube Ohren. Wer nicht mitmacht drüben in Brasilien, fliegt. Lassen Sie uns erst drüben sein, Mister Senator, mehr sag' ich nicht.

Reporter: Aber wenn Vorstand der Genossenschaft nicht will?

Schleim: Sind wir.

Reporter: Oder Aufsichtsrat?

Schleim: Sind wir ebenfalls.

Reporter: I beg your pardon, Mister Wotan. Vielleicht Ihnen beleidigt. Wollen mir nicht erzählen Ihre Pläne?

Wotan: Mein Herr, ich habe Europa aufgegeben. Die großen Lumpen sind Regierer in Europa. Die kleinen Lumpen sind Märtyrer. Darum entschloß ich mich, die Reinen, die Schlichten, die Unverdorbenen zu sammeln und sie trockenen Fußes zu führen über den Ozean ins gelobte Land. Mein Herr, ich werde die kleine Schar, die mit mir zieht, vor dem europäischen Untergang retten. Ich werde sie herrlichen Zeiten entgegenführen! . . . In meinem Kopf stauen sich Kräfte von ungeheuren Ausmaß. Gleich apokalyptischen Reitern überfallen mich Ideen, kosmischer Genialität erfüllt.

Schleim: Herr Wotan hat ein Ethos.

Reporter: Very interesting.

Wotan: Brasilien . . . mein Herr, was bedeutet Brasilien . . . Nun ja, das Schicksal zwingt mich, im Kleinen zu beginnen. Aber Brasilien kann doch nur eine Stufe für mich sein. Eine Stufe zur Totalität der Welt! . . . Ich bin kein Utopist, mein Herr. Das Leben hat mich von meinen Jugendträumen geheilt. Ich bin Realpolitiker. Das System, das ich in ehernem Pflichtgefühl im Chaos fahler Nächte er-

sann, ist Wissenschaft. Statistisch berechnet, logisch erweisbar, metaphysisch begründet. Ich werde die Erde quadratieren. Quadratur der Kugel, mein Herr, das Problem ist gelöst. Jedes Quadrat teile ich in Abschnitte, jeden Abschnitt in Parzellen. Professoren stellen die besonderen Belange jedes Erdquadrats fest, Apparate die Eignung jedes Individuums für diese Belange. Eine Zentrale leitet das Ganze: der Kopf! . . . Mein Herr, die Reformen im einzelnen darzulegen, erlaubt meine kostbare Zeit nicht. Aber das sei Ihnen gesagt: Mein Plan wird mir die Errichtung einer Armee, einer Flotte gestatten, die, ausgerüstet mit allen Errungenschaften moderner Technik, ein furchtbares Werkzeug in meiner Hand sein kann. Sagen Sie das Herrn Morgan! Herr Morgan möge das wohl bedenken.

(Wotan wendet sich wieder ab.)

Reporter: . . . O, o, I am überrascht . . .

Schleim (peinlich berührt, leise zum Reporter): Die Weltreform am Sankt Nimmerleinstag, Mister Senator. Man muß der Welt was vormachen. Herr Wotan studierte die amerikanischen Methoden. Ich bin der Manager. Herr Wotan vertritt nach außen. Glauben Sie, ich mache unsolide Sachen?

Reporter: Very interesting . . . Aber Genossenschaft anti-jüdisch? Keine gute Chance dafür in Amerika.

Schleim: Ich bin orientiert. Die Konjunktur in Deutschland verlangt einen Schuß Antisemitismus. Sie als Amerikaner wissen, welche Opfer des Intellekts wir den Konjunkturen bringen müssen . . . Sind wir erst drüben — können meinethwegen Rabbiner bei uns missionarisieren.

Reporter: Very interesting . . . Herr Wotan, darf ich noch eine Frage? Man erzählt, Sie haben in dürftigen Verhältnissen begonnen. Man sagt als Friseur.

Wotan: Verleumdung! Schamlose Verleumdung! Weil einmal! einmal vor fünfzehn Jahren! Gottes dunkle Wege mich in Not führten! mich zwingen, niedere Dienste zu verrichten, verfolgt mich heute die Menschheit mit ihren Verdächtigungen. Wird mir dieser Irrweg als ein Makel anhaften über den Tod hinaus?!!

Reporter: Im Gegenteil, Mister Wotan. Man wird drüben Sie bewundern. Man bewundert drüben immer den Rekord.

Wotan: Ich werde die Welt nicht enttäuschen.

JOSEF MARIA FRANK:

## Initiative.

Wir leben in einer eigentümlichen Zeit! Laut Bō Yin Râ, dem indischen Weisen aus Görlitz oder Gleiwitz — vielleicht wohnt er auch in Neißer an der Neißer — in einer Zeit des Tiefstandes! Alles steht tief: Mark, Moral, Mensch und was dazu gehört! Sogar das Wetter macht in Tief's. Nur das Entgegengesetzte ist auf der Höhe und steigt laufend im Preis wie Dollar, Verführung und junge Hunde!

Sonderbare Zeiten! Eine Rolle Klosettpapier kostet heute mehr als 1914 eine Reise Berlin—New York hin und retour und die Menschen laufen Amok auf Daimler und Dollar; täglich fabriziert man Gesetze, um die sich kein Schwein kümmert, und liebt man so das Vaterland. Die Wucherpolizei stellt neues Personal ein und die Regierung prophezeit „erneutes energisches Vorgehen“, indes Frau Kalubschweit in der Zentralmarkthalle zornbibbernd dem Kunden, der sich beschwerte, die

geräucherte Flunder unter die Nase hält und erklärt: „Wat heißt hier Standgericht? Kenn' ick nich! Wa kennen nur den Dollar!“ Was man oben will, tut man umgekehrt unten; worüber man oben phraselt, darüber lachen unten die Hühner; wo ein Grüner steht, macht man einen Bogen und schiebt um die Ecke weiter.

Merkwürdige Zeiten! Wenn wer eine Wohnung haben will, kriegt er entweder nur eine Villa oder eine Stube mit Küchenbenutzung, je nach valutarischer Veranlagung; alles dazwischen ist besetzt. Wenn sich die Leute verheiraten, kriegen sie keine Kinder mehr; die bekommen nur mehr die Unverheirateten. Wenn man aber Kinder kriegt und ist verheiratet, kann man nach zehn Jahren auch eine Wohnung bekommen.

Im Ruhrgebiet klaut man Uhren, Bergwerke, Kohlen und Milliarden, schießt man auf Menschen wie auf Schießbudenfiguren; in Paris ist man darüber empört, daß man im Ruhrgebiet sich das nicht gefallen läßt; in London quält man sich mit der Erfindung eines neuen Laxinkonfektes ab, das man in Salonpackung dem Pseudo-Gargantua Poincaré, der an schlechtem Stuhlgang leidet, schicken wird. Die Gehirnverstopfung ist allgemein; dafür macht Steinach in punkto Pubertätsdrüsen ständige Fortschritte. In Darmstadt fabriziert man Weisheit zu Grundpreisen mal Indexziffer und in der Negerrepublik Liberia geht es gesitteter zu als bei uns. Die ganze Welt besabbert sich vor lauter Menschheits- und Menschlichkeitsphrasen und, wem es nicht paßt, dem knallt man einfach eine Kugel in den Bauch. Tschingbumm!

Wenn wer die Wahrheit sagt, dann wird er eingespunnen; wer am besten verkohlen kann, dem gehts gut. Man läßt die Kindlein zu sich kommen und macht sie groß im Geiste der Schiebung. Man bricht ein, man bricht aus; man plündert, raubmordet, lustmordet, mundraubt, alles auf Bewährungsfrist angesichts des § 51. Alle Welt ist verrückt, wenn es heißt, Farbe bekennen. Und außerdem sind alle Zellen überfüllt! Wohnungsnot!

Jeder macht was er will; keiner hört auf den andern; man hat nichts mehr zu wollen; man redet durcheinander; jeder hat seine eigene leichtfabliche Methode zur Erlernung des Wahnsinns, sowohl im Privatleben wie in der Politik; keiner kümmert sich um den andern; man sammelt teils Notgeldscheine, teils unzüchtige Bilder, teils Effekten und kein Staatsanwalt schreitet ein; nur die Kunst hängt man und den Kitsch läßt man laufen; recht hat nur, wer unrecht tut! Das einzige Recht, wo wir haben, ist das Recht zu blechen, zu bezahlen, zu verreken, uns begraben zu lassen. Letzteres auch nur mehr im Pappmachésarg! Wir werden wie die Kinder und kommen auf die Kaurimuschel! Wir haben ein Reichsmonopol auf Doppelkümme! 40 %! Im Reichstag träumen im Schatten die Klubsessel — mit Inhalt . . .

Tiefstand, Tiefstand, Tiefstand! So zeigefingert der Marabu! Und spricht: „Es fehlt die Initiative!“ Sehr richtig! Uns fehlt die Initiative, die Entschlußkraft, das Pengpeng, die Handgranaten, wo platzt. Wir halten alle den Funken über das Pulverfaß; aber alle flüstern sich ängstlich zu: „daß nur ja keiner ihn fallen läßt! Um Gottes willen!“ und — verbrennen sich die Pforten. Ueber ihnen allen bammelt als Damoklesschwert ein schwarzumflorter Paragraph. Das einzige, was noch fällt, sind faule Eier und die Mark! Leider! Wo bleibt die Initiative?! Pro Tag und Neese zick Gesetze, Verordnungen, Interpellationen — und

— keine Initiative! Wer etwas zu bestellen hat, kann sich die Kehle wund schreien und langsam, aber sicher unbestellt verenden. Tiefstand, Tiefstand! Der Menschheit fehlt die Initiative!

Eine kleine Geschichte, wahr und lehrreich: Kalla, mein Freund Kalla, der große Initiativist kam jüngst in sein Café, um einen zu genähmigen. Kalla ist Stammgast, alter Kunde und — guter Kunde! Kalla setzt sich also, zündet sich einen Sargnagel an und winkt dem Ober. Der lächelt diskret und flüstert: „Mein Kollege!“ Kalla wendet sich an einen zweiten Ober; der zuckt bedauernd hoch und murmelt: „Drüben der Kollege, bitte!“ Worauf sich Kalla an den wendet; der läßt sich nicht stören und pfeift: „Nicht mein Revier, mein Herr!“ Kalla packt den nächsten am Schürzenzipfel und brüllt: „Ein Kaffee!“; der Erwischte wischt aber dito durch und armwedelt: „Komme gleich!“ Kalla winkt mit allen Händen; ein Ober sieht ihn glücklich und grüßt freundlich nickend zurück: „Ich kassiere gerade!“ Der nächste hatte wieder eine Bestellung, der darauffolgende wieder ein anderes Revier, der war am Kassieren und der rief: „Mein Kollege!“ Als Kalla ein Dutzend Ober vergeblich herangerufen hat, zog Kalla seine Uhr und stellte fest, daß er nun eine geschlagene Viertelstunde schon da saß. Worauf Kalla die Initiative ergriff. Er griff gleichzeitig in seine Hosentasche, holte seinen Browning heraus und pfefferte einen Schuß in den Fußboden. Innerhalb einer Sekunde waren um Kalla versammelt: der Direktor, der erste Geschäftsführer, der zweite Geschäftsführer, zwei Dutzend Ober, zwei Toilettenfrauen, drei Büffetdamen, die Garderobefrau, einige Boys und weitere restliche Angestellte. Worauf Kalla freundlich nickte: „Na also! Warum denn nicht gleich! Einen Kaffee!“ Kalla bekam sofort seinen Kaffee.

Das war Initiative! Unter uns, ganz unter uns: ist nicht ganz Europa gewissermaßen so ein Lokal? Das ganze Lokal wimmelt von Obern, Geschäftsführern, Direktoren, Toilettenfrauen usw. Merkwürdig: will man etwas von ihnen, hat man etwas zu bestellen, dann heißt es: „Mein Kollege!“, „Dort bitte!“, „Nicht mein Revier!“ „N' Augenblick bitte!“ „Ich komme gleich!“ usw. Das ganze politische Europa — genau derselbe Schwindel! Alles schreit und kein Schwein bedient! Eine Sauwirtschaft! Ein Tiefstand! Rummel! Bumms!

Wo ist die Initiative? Wie belebend und erfrischend wäre es, wenn von den Bestellern endlich einmal einer wie Kalla wäre! Aber — mein Gott! Wir haben Gesetze! Und Paragraphen! Und Noten! Und Konferenzen, dort, wo die Zitronen blühen . . . .

Das Völkerbundpalais im Haag wird demnächst in den Besitz der internationalen Schauboxkämpferliga übergehen. Poincaré wird eine neue Friedensrede halten. Lloyd George schreibt Memoiren. Onkel Balduin kommt nie aus dem Konzept heraus. Harding wird Vorsitzender des Komitees zur Preiskrönung der schönsten Amerikanerin. Mussolini begrüßt freibleibend Spalla. In Polen macht sich was. Und Trotzki kalku- liert. Und Cuno —? Cuno protestiert! Alle aber vertreten sie die kos- mischen Interessen.

In der Speyrer Straße schreit es von der Reklametafel auf die Straße: „Selig sind die reines Herzens sind, denn sie werden Gott anschauen!“ „Wie heißt?“, meint Wojak in allen Gassen . . . .

## UMSCHAU.

Die Alldutschen — Juden-  
knechte! Neulich — es ist alles  
möglich — kaufte ich unter einem  
Stapel Zeitungen das „Deutsche  
Tageblatt“. Mein Geld rentierte  
sich. Denn in der Beilage fand ich  
einen vierspaltigen Artikel des Ma-  
jor a. D. Karl Dinklage (Bil-  
der deutschvölkischer Geschichte),  
der die verruchten Pläne der „Wei-  
sen von Zion“ in unrationeller Wei-  
se enthüllt. Ich bin nicht leicht  
zu erschüttern. In der heutigen  
politischen Praxis gewöhnt man  
sich an allerhand. Aber hier stie-  
gen mir doch die Haare zu Berge.  
Ich fühle mich verpflichtet, der  
Mitwelt die Kenntnisse zu unter-  
breiten, die ich Herrn Karl Dink-  
lage verdanke. Zuerst, als nur  
Kleinigkeiten kamen, wie die, daß  
England, Frankreich, Amerika usw.  
während des ganzen Weltkrieges  
am Schnürchen der Weisen von  
Zion hin- und hergezogen wurden,  
regte ich mich nicht auf. Das war  
nicht neu, das hatte ich schon bei  
Ludendorff, dem gigantischen poli-  
tischen Analphabeten gelesen. Aber  
dann kam Herrn Dinklages eigene  
Entdeckung, die mir das Blut ger-  
innen machte: Auch die Alldeu-  
tschen stehen im Solde der Juden!  
Ich hätte meinen Augen nicht ge-  
traut, wenn nicht bei Herrn Dink-  
lage wörtlich folgendes gestanden  
hätte:

Diese zwei vom internationalen  
Freimaurertum geprägten und  
von allen maurisch beeinflussten

Deutschen geglaubten Lügen  
wurden in ihrer gewollten Aus-  
wirkung kräftigst unterstützt  
durch das jesuitisch gelei-  
tete Allddeutschum. Die  
Führer der Alldutschen waren  
daran schuld, daß das deut-  
sche Friedensangebot an den Za-  
ren vom 16. März 1916 abge-  
lehnt wurde. Es konnte nicht  
angenommen werden in Anbe-  
tracht der gänzlich verfehlten  
Polenpolitik Deutschlands. Die  
„Weisen von Zion“ fürchteten  
nichts mehr als einen vor-  
zeitigen Friedensschluß oder gar  
ein Bündnis zwischen den beiden  
ihnen noch nicht hörigen Reichen  
Deutschland und Rußland. Sie  
verstanden es meisterhaft, die  
jesuitisch geführten All-  
dutschen durch gleichzei-  
tige maurische Beeinflus-  
sung sich dienstbar zu  
machen.

Entsetzlich! Wem ist da über-  
haupt noch zu trauen, wenn Juda  
sogar die Alldutschen dienst-  
bar macht. Wo bleibt da Hülfe, wo  
Rettung? Bei Herrn Dinklage, bei  
Herrn Wulle? Am Ende sind sie,  
die den alldutschen Verbandsvor-  
sitzenden Claß als Judenknecht  
brandmarken, auch schon von den  
„Weisen von Zion“ in irgendwel-  
che Rolle eingespannt, ohne es zu  
ahnen! Vielleicht als Schreckerre-  
ger, Popanze . . . man kann nie  
wissen.

Vigil.

Am richtigen Platz:

<b>Konzert-Direktion Robert Sachs, Inhaber E. Sachs u. E. Kula</b>	
<p><b>Philharm.</b> Mittwoch, 27. Juni, ab. 8<math>\frac{1}{2}</math> Uhr: <b>Reichstagsabgeordneter</b> <b>Emil Höllein</b> <b>„Meine Erlebnisse</b> <b>in Frankreich“</b></p>	<p><b>Philharm.</b> Mittwoch, 4. Juli, abds. 8<math>\frac{1}{4}</math> Uhr: <b>D U X</b> <b>Einziges Konzert</b> <b>Lieder und Arien</b></p>



SOEBEN ERSCIENEN:

# GEORG BRANDES HELLAS EINST UND JETZT

*Autorisierte Übertragung von Erwin Magnus*

**1. BIS 3. AUFLAGE**

*Preis: Grundzahl 1,20 mal Schlüsselzahl*

Der berühmte dänische Gelehrte beschreibt in seinem neuen Werke die Wirren der letzten Jahre: Ministermorde, Revolutionen und Kriegsgreuel, als Pionier der Menschlichkeit entlarvt er die

## Brutalität europäischer Machtpolitik

ELENA GOTTSCHALK VERLAG \* BERLIN W 30

**R. L. PRAGER** \* **Berlin NW 7**  
**Mittelstraße 21**

**Spezial-Sortiment und Antiquariat  
für Rechts- und Staatswissenschaften**

**Ausgewähltes Lager**

**von ca. 1000 000 Bänden aus obigen Gebieten**

*Die neuen Bücher systematisch geordnet und leicht handlich zum Herausnehmen aufgestellt. Die Antiquaria verzeichnet in Katalogen, die im Herbst erscheinen (Letzter Kat. 213/14: Zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, 1922, Gz. 1)*

In Kürze erscheint:

**R. L. Pragers Bibliographie  
der Rechts- und Staatswissenschaften**

Jährlich 4—5 Hefte (enthält die deutsche und zum Teil die ausländische Literatur) Preis pro Jahrgang Gz. 5

**Ankauf von Bibliotheken und einzelnen Werken**

# GEORGE GROSZ

IST NICHT ALLEIN DER  
BEDEUTENDSTE ZEICHNER DEUTSCHLANDS,  
SONDERN EUROPAS!

Dr. Paul Schmidt, Direkt.d. städt. Samml., Dresden

## Abrechnung folgt!

57 politische Zeichnungen. Preis: broschiert 2.—, Pappband 4.50  
Vorzugsausgabe: Halbpergamentband, vom Künstler signiert, Preis: 50.—

## Das Gesicht der herrschenden Klasse

57 politische Zeichnungen. Preis: broschiert 1.50, Halbleinen 4.50.  
Vorzugsausgabe: Halbpergamentband, vom Künstler signiert, vergriffen.

## Ecce homo

84 Lithographien und 16 Aquarelle. Vorzugsausgaben: Aus-  
gabe A, Nr. I—L, jedes Blatt vom Künstler signiert, Preis  
600.— Grundmark. Ausgabe B (nur die 16 Aquarelle) jedes Blatt  
vom Künstler signiert, Halbpergament Preis: 200.— Grundmark.  
Unsignierte Ausgaben: Ausgabe BII (nur die 16 Aquarelle)  
32.— Grundmark. Ausgabe C (84 Lithos und 16 Aquarelle)  
45.— Grundmark. Ausgabe D (nur die 84 Lithos) 20.— Grundmark.

## Die Räuber

9 signierte Lithographien, nach Sentenzen aus Schillers Räubern.  
Mappe: Nr. 1—10 vergriffen. Nr. 11—45 in Halbseide  
150.— Grundmark. Nr. 46—100 in Halbleinen vergriffen.

## Gott mit uns

9 signierte Lithographien. Nr. 1—10 in Halbpergament 300.— Grundmark  
Nr. 11—50 in Halbseide, vergriffen. Nr. 51—100 in Halbleinen, vergriffen

## Im Schatten

9 signierte Lithographien. 100 numerierte und signierte Exemplare, vergriffen.

## Mit Pinsel und Schere

7 Materialisationen. Broschiert 4.50 Grundmark, in Mappe 7.— Grundmark.

IN VORBEREITUNG:

## GEDICHTE

VON IHM SELBST ILLUSTRIRT

*Der Malik-Verlag | Berlin W 9  
Köthener Straße 38 im Meistersaalgebäude*

Grundpreis  $\times$  Buchhändlerschlüsselzahl = Ladenpreis

# GEORGE GROSZ

# DIE GLOCKE

15. Heft

9. Juli 1923

9. Jahrg.

Nachdruck sämtlicher Artikel ist nur mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

ROBERT BREUER:

## Der aktive Widerstand.

### I.

ALS Poincaré seine verbrecherische Ruhrpolitik begann, gab es in Deutschland maßgebende Stellen, die an aktiven Widerstand dachten. Brücken und Wege sollten zerstört, Schächte ersäuft, Fabrikgebäude gesprengt werden. Man besann sich auf das Moskau, in dessen Brand Napoleon seine russische Niederlage empfing. Man erinnerte sich aber auch an die Hindenburgstellung, an jenen verwüsteten Gürtel, der dem Feinde das Nachrücken unmöglich machen sollte, der aber in wenigen Tagen vom Feind durchstoßen wurde und uns heute noch mit seinen erheblichen Reparationsansprüchen belastet. Die Aktivisten blieben in der Minderheit; man fügte sich der Taktik, von der die Ruhrbevölkerung, die es ja am besten wissen und verstehen mußte, sich am meisten versprach: der Widerstand sollte passiv sein und bleiben. Wochenlang, monatelang war daran nicht zu rütteln, noch zu zweifeln. Es mag gewiß während all dieser Zeit Hitzköpfe gegeben haben, denen solche Art, die französische Vergewaltigung abzuwehren, nicht zusagte; sie hielten sich im Hintergrund. Aber sie scheinen nicht untätig geblieben zu sein. Während Arbeiter und Beamte, Bergleute und Eisenbahner die furchtbare und blutige Last des passiven Widerstandes trugen, während sie sich martern, ausweisen und töten ließen, haben jene unbelehrbaren Narren, denen leider mehr Macht blieb, als ihnen hätte gelassen werden dürfen, gewählt, die öffentliche Meinung vergiften, die Jugend verführt, haben sie schließlich sogenannte Taten gewagt. Die wüste Familie jener Desperados, die als Abfall eines Krieges, besonders eines verlorenen, psychologisch verständlich ist, nistete sich im Ruhrgebiet ein, verzichtete für einige Zeit darauf, deutsche Minister als Schießscheiben zu benutzen und übte sich mit Dynamit an Eisenbahnschienen, Tunneln und anderen, von den Franzosen verwalteten Objekten. Kein Zuständiger hatte diese Vabanquespieler beauftragt, kein Vernünftiger billigte ihre Torheiten; als aber, wie es nicht anders zu erwarten war, der eine und der andere

dieser Abenteurer von den Franzosen verhaftet, verurteilt oder gar erschossen wurde, bewährte sich wieder einmal die deutsche Romantik, die deutsche Unfähigkeit zur Wirklichkeitspolitik, die unproduktive Stammtischphantastik, die ein Merkmal besonders des deutschen Intellektuellen der minderen Grade ist.

Nun ist es so weit: alles, was auch von der Republik erlaubt bekam, sich ungestraft in einem exklusiven Sinne national zu heißen, betrachtet heute den passiven Widerstand, den Regierung, Parlament und Volk wollen, als überwunden. Die Völkischen, die Deutschnationalen, die tausend auf Schill und Andreas Hofer getauften Bünde wollen den Widerstand der Tat. Der Tat, so wie sie dergleichen verstehen, hintertreppenhaft, sentimental und spießbürgerlich. Sie wollen den Helden mimen, weil sie Dummköpfe sind. Sie verlangen Respekt vor ihrer Borniertheit und beginnen, alle übrigen als Hochverräter zu stigmatisieren.

Man will das deutsche Volk in Sprengungen und andere Gewalttaten hineinbugsieren. Schon sprechen die deutschnationalen Zeitungen wie von etwas ganz Selbstverständlichem, wenn dem französischen Terror mit deutschem Terror geantwortet wird. Die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ, für das der Erste Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Presse verantwortlich ist, schrieb am 30. Juni: „Es ist eine ungeheuerliche Irreführung, wenn jeder Erfolg, auch der wohl überlegter und wirksam durchgeführter Sprengungen, bestritten wird.“ Die „Deutsche Tageszeitung“ fordert das Recht zu jedem nur denkbaren Widerstand; sie mißbilligt es, daß die deutschen Behörden Sprengungen öffentlich verurteilen. Die „Kreuzzeitung“ lobt die beherzten, deutschen Männer, die, komme was kommen mag, unter Aufopferung der eigenen Person zur Selbsthilfe schreiten. Sie schreibt am 2. Juli: „Wir haben bereits auf den Wert der Verbindung des passiven Widerstandes mit aktiven Einzelhandlungen hingewiesen, aber auch auf die Unmöglichkeit, sie durch Anordnungen oder Verbote zu unterbinden.“ Da hätten wir also die neue Parole, die Parole des Guerillakriegs, des Franktireurkampfs. Ueber Nacht sozusagen sieht sich die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes, sehen sich die duldsame Regierung und das schlafende Parlament durch eine kleine, aber verflucht lebendige Truppe überrascht und beinahe überwältigt: der aktive Widerstand marschiert. Er muß niedergeschlagen werden. Regierung, Parlament und Volk müssen sich ermannen und müssen die Kindsköpfe wieder still machen. Das deutsche Volk darf nicht zum zweiten Mal in einen U-Bootkrieg hineinschliddern.

## II.

Es ist merkwürdig, daß gerade Militaristen es sind, die angeblich daran glauben, durch Terrorakte die größte und bestbe-

waffnete Armee Europas aufhalten oder gar verjagen zu können. Man kann sich kaum vorstellen, daß Leute, die Offizier gewesen sind, es heute noch sein möchten, auch nur einen Augenblick erwägen, mit den kläglichen Resten der Bewaffnung, die sie irgendwo eingebuddelt haben, und die vielleicht ausreichen würden, für drei Tage die innere Ordnung zu stören, gegen das französische Heer Krieg zu führen. Der Erfolg all dieser Donquichoterien ist denn auch deutlich. Der französische Militarismus verfährt, wie jeder Militarismus notwendig verfahren muß, er schlägt zu. Und da er fürs erste, und ganz gewiß auch noch für morgen und übermorgen, der weitaus Stärkere ist, trifft er die ihn Anspringenden tödlich. Jede Sprengung, jeder Sabotageakt bringen der Ruhrbevölkerung neue Lasten, Unerträgliches und doch Unabwendbares. Glaubt man, dem durch Spuk einer Bartholomäusnacht Abhilfe bringen zu können. Man sollte meinen, daß vernünftige Menschen über derlei überhaupt nicht zu diskutieren brauchten. Die französischen Generale, die sich, was auch immer dagegen geltend gemacht werden könnte, als Sieger fühlen, werden sich durch Attentate nicht verjagen lassen. Und wenn die Bevölkerung durch Verordnungen, wie sie von den Generalen nach Attentaten erlassen werden, zur Verzweiflung getrieben ist, werden wir nicht den französischen Militarismus zur Strecke gebracht, wohl aber neue Hekatomben deutscher Brüder und Schwestern geopfert sehen. Wie sehr die Franzosen den aktiven Widerstand fürchten, geht wohl am besten daraus hervor, daß sie ihn, wie zahlreiche Beispiele beweisen, provozieren und organisieren. Der aktive Widerstand ist nichts als ein neues Sprungbrett für die französische Bestialität.

### III.

Der aktive Widerstand raubt uns des weiteren die eben wieder erwachende Sympathie der Neutralen und, was wichtiger ist, er stärkt Frankreichs politische Lage selbst gegenüber jenen Mächten, die langsam die verheerende Politik Poincarés erkennen lernen.

Der aktive Widerstand singt nicht das Lied vom braven Mann. Durch Sprengungen und Attentate gewinnt der deutsche Name in der Welt nicht neuen Klang. Zumal die meisten dieser Aktivisten recht klägliche Burschen zu sein scheinen und jedenfalls sehr erbärmliche Figur machen, wenn sie gefaßt sind. Die Stickluft von Spitzeln und Berufssaboteuren umgibt sie.

Davon aber abgesehen: die Gewalttaten der Franzosen verlieren an Eindruck auf die Welt, wenn sie mit Verbrechen durch deutsche Abenteurer beantwortet werden. Zwei Beispiele aus den letzten Tagen müßten hinreichen, um das zu beweisen. Der „Observer“, der mit bemerkenswerter Schärfe englische Auffassung von Unmöglichkeit französischer Politik vertrat, nimmt gleich darauf schärfste Stellung gegen vielleicht nicht einmal vorhandene und

jedenfalls noch nicht nachgewiesene Attentäter von Duisburg: „Der Urheber hat gegen das eigene Vaterland ein ebenso großes Verbrechen begangen wie gegen die Opfer. Sein eigenes Land wird doppelt dafür zu leiden haben.“ Zum andern, und das wiegt schwerer: der Papst, dessen Sendschreiben soeben Herrn Poincaré völlig verwirrt hat, sieht sich genötigt, vielleicht gezwungen, die deutschen Sabotageakte scharf zu tadeln. Der Nuntius Pacelli kommt nach Berlin, um den deutschen Kanzler und in ihm das deutsche Volk abzustrafen, wie eben Kinder, die zwar bedauernswert sind, denen man auch beinahe wohl möchte, die aber doch durch ihre Torheiten der Nothilfe den Weg verschütten, zu Ordnung und Vernunft gerufen werden müssen. Ist das „große Zeit“, neues Zeitalter der Märtyrer und Heroen, in das aktiver Widerstand hineinführen soll?

Vom ersten Tage des Ruhrwiderstandes an ist immer wieder darauf verwiesen worden, wie wenig, wie so gar nichts sich an ihm ändern würde, wie er im Gegenteil an Wirksamkeit nur gewönne, wenn die schreiwütigen Nationalisten sich ihm fernhielten, ihm entgegen wären. Solche bittere Tatsache hat Entbehrliche, Ueberflüssige nicht ruhen lassen. Sie drängten sich vor, sie nutzten des Reiches Unglück, das sie nicht mildern, nur verschärfen konnten, um sich anzubiedern, sich wichtig zu tun, um Dumme für Partezwecke einzufangen. Diese Nationalen mästen sich selbst noch am zuckenden Siechtum des Vaterlandes. Sie brüllten Poincaré und meinen die Republik; sie rüsten gegen Frankreich, wollen aber die erste Schlacht, das erste Schlachten gegen die Mehrheit des eigenen Volkes loslassen. Warum erlaubten wir diesen wahrhaften Dolchstoßern, sich neu zu erfreuen? Wie verweisen wir sie dorthin, wohin sie gehören: abseits deutscher Politik, abseits deutschem Schicksal!

#### IV.

Gemessen an unerträglicher Schloffheit deutscher Republik wirkt demütiges, auf den Knien gestammertes Bekenntnis, mit dem russischer Patriarch sich der Sowjetregierung unterwirft, wie Erlösung, wie Wiedererweckung des Glaubens an Staatsmacht: „Indem ich die Richtigkeit der Gerichtsverfügung anerkenne, die mich zur Verantwortung zog, bereue ich meine Handlungen gegen die Staatsordnung und bitte den Obersten Gerichtshof, seine Verfügung zu ändern und mich aus der Haft zu entlassen. Von jetzt an bin ich kein Feind der Sowjetmacht.“

Das ist der Weg. So müssen wir sie an die Wand drücken, so abdrosseln, so zum Anerkenntnis und zur Einordnung zwingen: alle, die Notwendiges nicht sehen, regierender Macht sich nicht fügen wollen. Ist aber Regierung Cuno in solchem Sinne Macht? Gewiß nicht. So wird man ihr Hilfe zuführen müssen.

Cuno hat nicht geraden Kurs gesteuert; er hat gezittert, so oft Gattung Robbach drohte. Wer sich auf Helfferich stützt, kann Kampf, wie hier erforderlich, nicht führen. Jedenfalls: nicht unkontrolliert, nicht ohne dauernden Vorantrieb führen.

Man darf annehmen, daß Cuno Ruhr- und Reparationsproblem zu einem Ende bringen will. Man darf auch annehmen, daß er Erreichbares nicht überschätzt. Man darf schließlich annehmen, daß Cuno sehr genau weiß, wie Helfer an endgültigem Friedensvertrag, ja selbst Entgegennehmer endgültigen Diktats, was es auch immer bringen möge, wenn es nur Stabilität sichert, Dank der Gesamtheit gewinnen muß. Soll ihm da Möglichkeit gelassen werden, auf Sozialdemokratie zu verweisen, daß es ohne deren, Regierungspläne störende Kritik noch besser gelungen wäre? Cuno hat sich auf gleitende, abschüssige Bahn drängen lassen. Der Wahn des aktiven Widerstandes gegen französischen waffenklirrenden Imperialismus wächst zur Lawine. Ist es nicht besser, nicht würdiger, daß da statt des Nuntius Pacelli die größte Partei des Reiches hilft, Deutschland den einzig gangbaren Weg zum wahrscheinlich bitteren, aber eben doch zum Ende und damit zu neuem Anfang zu führen!

#### V.

Nicht leicht wird es sein, die Bombenwerfer wieder in ihre Knurrlöcher zurückzujagen. Aber die aktivistischen Attentate müssen aufhören, wenn nicht Deutschland moralisch wie politisch völlig isoliert und restlos französischem Vernichtungswillen ausgeliefert werden soll.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß Heldenjünglinge sich gegen Bändiger wenden. Soll dann einzig zuverlässige, jedenfalls wehrhafteste Partei der Republik und damit Fundament einzig möglichen Deutschlands nur von außen helfen, nicht mitbestimmend wirken? Die drohenden Gefahren des aktiven Widerstandes verlangen nicht von den schwatzhaften, den renommistischen Knüppelgardisten — sondern von der Sozialdemokratie heroischen Entschluß.

---

EDUARD BERNSTEIN:

### Frankreich und das Recht.

**D**IE Volksvertretung unserer Nachbarrepublik Frankreich hat in ihren beiden Gesetzgebungskörpern, in Deputiertenkammer und Senat, von neuem der Regierung Poincaré mit großer Mehrheit ihr Vertrauen und die Billigung der gegen Deutschland geübten Vergewaltigungspolitik ausgesprochen. Eine nicht nur vom Standpunkt des deutschen Volks, sondern auch vom allgemein

europäischen Gesichtspunkt aus überaus bedauerliche Tatsache. Die Hoffnungen auf eine in absehbarer Zeit zu erzielende Gesundung der Völkerbeziehungen Europas sind um ein Bedeutendes, fast auf den Nullpunkt herabgeschraubt.

Sie sind um so stärker beeinträchtigt, als der parlamentarische Sieg des Herrn Poincaré mit groben Mitteln advokatorischer Jonglierkunst über eine Opposition errungen worden ist, der es, soweit aus der Tagespresse zu ersehen, an Widerstandskraft der Argumentierung in höherem Grade gefehlt hat, als bei früheren Gelegenheiten. Es gibt in der französischen Volksvertretung hinreichend Leute, die den ehrlichen Willen, das Talent und den Mut haben, die Schiefheiten der Poincaréschen Argumentierung und die Verderblichkeit seiner Politik rückhaltlos bloßzulegen. Aber es scheint ihnen diesmal, wo doch so viel darauf ankam, an der rechten Kampflust gefehlt zu haben.

Woher diese Erscheinung? Alle Gründe sprechen dafür, ihren Ursachen nachzugehen.

Eine davon ist unzweifelhaft in der Unsicherheit über die rechtliche Seite der Frage zu finden. Wie sehr die Ansichten der Rechtsgelehrten hier auseinandergehen, ist bekannt und übrigens auch kein Wunder. Der Paragraph des Versailler Friedensdiktats, auf den die französische Regierung für ihr Vorgehen sich beruft — § 18 des zweiten Anhangs zu dessen achten Teil — ist so dehnbar, daß ein Vergleich mit elastischem Gummi fast noch zu günstig ist. Nach der Logik, mit der die Regierung Poincaré ihn anwendet, wäre sie berechtigt gewesen, für die von ihr angezogenen Versäumnisse Deutschlands nicht nur die Ruhr, sondern so viel von Deutschland zu besetzen, als sie mit den ihr zur Verfügung stehenden Truppen überhaupt zu besetzen imstande war.

So gibt es denn, wie anderwärts, so auch in Frankreich, in der Tat Leute, die zwar entschiedenste Gegner der Ruhraktion sind, sie unter politischem Gesichtspunkte auf das schärfste verurteilen, aber die Ansicht vertreten, daß das formale Recht Frankreichs dazu nicht in Abrede gestellt werden könne. Sie verwerfen den Paragraphen, der neben anderen Schönheiten auch noch die hat, ein Widerspruch in sich zu sein, meinen aber, da er nun einmal da sei ließe sich juristisch nichts gegen die von Poincaré beliebte Anwendung machen.

Andererseits hat in den „Cahiers des Droits de l'homme“, dieser in Deutschland viel zu wenig gekannten und bei weitem nicht genug gewürdigten Halbmonatsschrift der französischen Gesellschaft der Menschenrechte, in deren Nummer vom 25. April der Rechtsgelehrte Georges Scelle, Professor des Rechts an der Universität Dijon, dargelegt, daß in dem Notenwechsel zwischen der deutschen und der französischen Regierung über die



rechtliche Seite der Ruhrbesetzung keine der beiden Regierungen das Richtige getroffen habe. Die Argumente der französischen Regierung seien „Spitzfindigkeiten“ und „wertlos“, die der deutschen Regierung aber auch; diese irre, wenn sie glaube, daß die alliierten Regierungen für Zwangsmaßnahmen im Falle der Nichterfüllung des Friedensvertrages ausschließlich auf dessen von ihr angezogenen Artikel angewiesen seien. Ihnen stünde gegebenenfalls auch das vom überlieferten Völkerrecht anerkannte Recht auf Selbsthilfe zur Seite. Damit will der Gelehrte jedoch keineswegs dessen Anwendung empfehlen. Er sei persönlich noch immer der Ansicht, daß die Besetzung „ein grober Fehler“ war, und zwar weil sie

„nur dann einen vollen Erfolg haben könnte, wenn sie auf preußische Art, das heißt, mit derselben Brutalität und Barbarei durchgeführt würde, wie seinerzeit die Besetzungen Belgiens und Nordfrankreichs, und außerdem jeden Augenblick in einen wirklichen Krieg ausarten kann“.

Er, Professor Scelle, habe, wie er glaube als einer der ersten, im „Oeuvre“ gefordert, daß die Angelegenheit dem Bund der Nationen überwiesen werde.

\* \* \*

Das war im April geschrieben. Neuerdings hat der Zentralvorstand der Gesellschaft, wie er in der Nummer der Cahiers vom 10. Juni mitteilt, deren juristischen Sachverständigen die Frage vorgelegt, „ob nicht die im Verfolg der Besetzung des Ruhrgebiets ergriffenen Maßnahmen (Verhaftungen, Ausweisungen, Belagerungszustand usw.) durch den Wortlaut des Völkerrechts verurteilt werden“. Die Antwort beginnt mit folgender charakteristischer Erklärung (die Unterstreichungen rühren von mir her. Ed. B.):

„Die Besetzung deutschen Gebiets durch französisch-belgische Truppen hat einen eigenartigen Sachverhalt geschaffen, der weder Krieg noch Frieden ist. Er ist eine noch nie dagewesene Vermischung von Krieg und Frieden, auf die man die landläufigen Kriegsregeln, das heißt die Sammlung der Doktrinen und Gesetze der Armeen nicht anwenden kann, weil sie nicht der Krieg ist, aber auch nicht die Sammlung der Doktrinen und Gesetze Deutschlands oder eines der besetzenden Länder, weil sie nicht der Frieden ist.

Unter diesen Umständen kann eine juristische Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Belgien einerseits und Deutschland andererseits nicht mit Nutzen eröffnet werden, da beide Gruppen sich auf einseitige Standpunkte stellen, die der Zwieschlächtigkeit dieser beispiellosen Situation keine Rechnung trägt.

Die Deutschen sagen: Krieg, die Franzosen: friedliche Exekution. Unzweifelhaft muß man die beiden Behauptungen verbinden, um einen vollständigen und objektiven Ueberblick über die Tatsache zu erhalten.

Wir stehen einer Spezialgesetzgebung gegenüber, den von den Umständen hervorgerufenen Ordonnanzen des Oberkommandierenden, ohne daß wir in den Präzedenzfällen Re-

geln finden, die uns ermöglichen, sie juristisch zu beurteilen. Wir können sie unter dem Gesichtspunkt der Moral oder der Politik nur prüfen, wenn wir uns darauf beschränken, die Grundsätze aufzuzeigen, die für den Krieg in seiner hergebrachten Form gelten.“

Ein bemerkenswertes Zugeständnis, das der Gewissenhaftigkeit der Verfasser des Gutachtens alle Ehre macht. Sie lassen ihm eine Reihe von Satzungen des Völkerrechts über den Kriegszustand folgen, von dem ein Teil dem vom Institut für das Völkerrecht herausgegebenen Handbuch des Kriegsrechts, andere Bluntschlis kodifiziertem Völkerrecht entnommen sind, die aber alle Zeugnis dafür ablegen, daß die schändlichen Gewaltmaßnahmen, welche von französischer und belgischer Seite im besetzten Gebiet gegen die Bevölkerung verübt werden, soweit sie überhaupt mit einem anderen Recht als dem der rohen Gewalt zu vereinbaren sind, ausschließlich auf das Kriegsrecht gestützt werden können. So heißt es in dem Gutachten, wo dieses dazu übergeht, Bluntschli zu zitieren:

„Es ist interessant, die Satzungen Bluntschlis in seinem kodifizierten Völkerrecht anzuführen; sie rechtfertigen die Entscheidungen der französischen Besetzungsbehörde, wenn man den gegenwärtigen Zustand gemäß der deutschen These mindestens partiell als einen Kriegszustand betrachtet.“

Das heißt, wenn man ihn ehrlicherweise als das betrachtet, was er tatsächlich ist: nämlich Krieg auf französischer Seite gegen ein entwaffnetes Volk, das keinen Krieg führen kann und in seiner übergroßen Mehrheit auch keinen Krieg führen will. Dies die „deutsche These“, d. h. die Erklärung der deutschen Regierung, als Poincaré zwei mit Geschützen aller Art ausgerüstete Armeekorps ins Ruhrgebiet schickte, um die dortigen Kohlengruben und damit „die Lebensader“ Deutschlands in seine Hand zu bekommen, wie er es jetzt, wo er seines Sieges vollständig sicher zu sein glaubt, im französischen Senat triumphierend bezeichnet hat. Daß dies die wirkliche Absicht war und nicht die, sich Lieferungen zu sichern, mit denen Deutschland, das die Verpflichtung zu ihnen eingegangen und nur zeitlich mit ihnen im Rückstand geraten war, konnte niemand verborgen bleiben, der die damaligen Vorgänge einigermaßen aufmerksam verfolgt hat. Ich stelle das fest, obwohl mir wahrhaftig nichts ferner liegt, als die Absicht, die Herstellung erträglicher Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich irgendwie beeinträchtigen zu wollen.

Ich sehe nur keine Möglichkeit zu solchen zu gelangen, solange Frankreich an der von Poincaré betriebenen Politik festhält, die weiter nichts ist, als eine zeitweilige mit — gelinde ausgedrückt — wertlosen Beteuerungen der guten Absichten verbrämte Politik der brutalen Gewalt und der systematischen Niederdrückung.

Wertlos war die Erklärung bei Einleitung der Ruhraktion, daß sie einen durchaus friedlichen Charakter trage. In einer der jüngsten Sitzungen der Deputiertenkammer hat Poincaré selbst zynisch erklärt, die Besetzung sei der Belagerungszustand; er habe das von Anfang an gewußt, aber nur nicht für richtig gehalten, es sofort herauszusagen.

Wertlos die Behauptung, seine Politik werde in Deutschland die Republik stützen. Genau wie die Politik seines Vorgängers Clemenceau hat auch seine Politik das Möglichste getan, die Republik in den Augen großer Teile des deutschen Volkes zu kompromittieren. Dieser Politik in erster Linie ist es zuzuschreiben, wenn heute in Deutschland die nationalistisch-monarchistische Agitation gegen die Republik herausfordernder als je ihr Haupt erheben kann.

Wertlos, schlimmer als wertlos sind auch die pathetischen Deklamationen, man sei weit davon entfernt, rheinländisches Gebiet annektieren zu wollen.

Es wird mir schwer, zu verstehen, wie nach allem Vorgekommenen urteilsfähige Menschen sich durch sie auch nur einen Augenblick beirren lassen konnten. Allerdings, Annektionsabsichten liegen der Regierung Poincaré genau so fern, wie sie im Juli 1914 der Wiener Regierung Berchtold mit Bezug auf Serbien lagen. Die wollte zweifelsohne nichts von Serbischem annektieren, denn das hätte ja das zentrifugale Element in Oesterreich nur noch verstärkt. Was sie wollte, war Serbien zerstückeln und die abgetrennten Gebiete an Bulgarien, Griechenland und Rumänien verschachern. Rheinländisches Gebiet an Frankreich annektieren? Kein Gedanke daran. Dann müßte man ja der dortigen Bevölkerung die Rechte französischer Staatsbürger einräumen, es gewärtigen, daß ihre Vertreter in der Deputiertenkammer vor aller Welt die Lüge bloßstellten, daß die Rheinländer nach der Befreiung von der Unterdrückung durch das republikanische Preußen „geseufzt“ hätten. Nein, offensichtlich annektieren wollen die Geister, deren gefügiger Exekutor Raymond Poincaré ist, nicht, dafür sind sie zu schlau, sie wollen nur das Gebiet unter der Faust halten, was aber für Deutschland keineswegs weniger schlimm sein würde.

Gewiß, es sind deutscherseits allerhand Versäumnisse zu verzeichnen. Aber das Sündenregister Deutschlands, das Herr Poincaré bei jeder Gelegenheit abzuhaspeln liebt und erst in diesen Tagen wieder zum besten gegeben hat, ist darum nicht weniger un wahr. Denn er verschweigt geflissentlich die Umstände, unter denen die Versäumnisse erfolgten und die zumeist sich als durch die Ungunst besonderer Umstände verursacht, entschuldigen. Die Unterdrückung der Wahrheit wird aber mit Recht von den Juristen als die weit schlimmere Lüge betrachtet als die Aussage von Falschem. Diese läßt sich leichter nachprüfen als jene. Es sei

beispielsweise nur daran erinnert, daß, wenn Deutschland bei der Ablieferung der von ihm für 1922 geforderten Grubenhölzer und Telegraphenstangen in einen obendrein unbedeutenden Rückstand geriet, dies dadurch verursacht war, daß die Lieferanten, bei denen die deutsche Regierung diese bestellt hatte, einige Zeit nach dem großen Marksturz, der der Ermordung Rathenaus gefolgt war, erklärte, sie zu dem ausbedungenen Preis nicht liefern zu können, und die Verhandlungen über neue Lieferungsbedingungen sich längere Zeit hingen. Der französischen Regierung sind diese Tatsachen seinerzeit bekanntgegeben worden. Aber welcher einfache französische Staatsbürger ist in der Lage, den wirklichen Sachverhalt festzustellen? Für die Regierung Poincaré jedoch sind solche Versäumnisse untergeordneter Art, die überall in der Geschäftswelt schlimmstenfalls durch Konventionalstrafen ausgeglichen werden. Ursache genug, alle Vorschläge auf Prüfung der Zahlungsfähigkeit und des Zahlungswillens Deutschlands durch unparteiische Sachverständige als „undiskutabel“ abzulehnen.

Je mehr aber der gegenwärtige Leiter der Politik Frankreichs dieser Methode frönt, um so mehr müssen deutsche Politiker es sich zum Pflichtgebot machen, bei Kennzeichnung von Mißständen und Uebeln der heimischen Politik nicht unerwähnt zu lassen, wieviel davon Schuld der Gesetzgeber und Behörden ist, wieviel aber auf Faktoren entfällt, die außerhalb von deren Macht und Willen liegen. Es ist das namentlich in einer Angelegenheit nicht genug geschehen, die viel dazu beigetragen hat, daß Poincaré diesmal nicht auf jenen Widerspruch gestoßen ist, den sein verderbliches Vorgehen verdient hatte.

Darüber in einem anderen Zusammenhang. Kehren wir zur Frage Frankreich und das Recht zurück. Wir haben gesehen, daß das Recht, auf das hin Frankreich heute die deutsche Bevölkerung in den besetzten Gebieten drangsaliert, das herkömmliche Kriegsrecht ist und nichts anderes. Wohl gemerkt, das herkömmliche Kriegsrecht, das aber vielen zu weit geht. Professor Scelle spricht in dem oben angezogenen Artikel von den Methoden der deutschen Militärbehörden im besetzten Belgien und Nordfrankreich. Es entzieht sich meiner Beurteilung, inwieweit die Vorgänge, die er da im Auge hat, dem herkömmlichen Kriegsrecht widersprechen. Ich darf aber daran erinnern, daß das, was von damaligen Vorkommnissen zu meiner Kenntnis gekommen war, mir genügt hat, als im August 1915 die sozialdemokratische Reichstagsfraktion über die von ihr aufzustellenden Friedensbedingungen beriet, als einer ihrer Referenten eine Reform des Völkerrechts zu fordern, die u. a. folgende Satzungen umschließen sollte:

1. Verbot, Geiseln zu nehmen;
2. Verbot, an Bewohnern eines mit Krieg überzogenen Landes für Akte der Selbsthilfe von anderen oder nicht ermittelten Bewohnern dieses Landes Vergeltungsmaßnahmen zu ergreifen;

### 3. Aufhebung des Rechts der Erhebung von Kriegskontributionen.

Als meine Leitsätze in die Öffentlichkeit drangen, trugen sie mir manches Lob von französischer Seite ein.

Poincaré aber läßt das, was ich hier im Krieg verboten wissen wollte, nunmehr im Frieden an eine Bevölkerung verüben, die durch ein willkürliches Militärregiment in die äußerste Erregung versetzt worden ist. Er nimmt für sein Land das Recht in Anspruch, auf am Boden Liegende mit Militärstiefeln zu trampeln. Seine Parteigänger feiern ihn dafür als den großen Patrioten. Wenn nationalistische Engherzigkeit den Patrioten macht, mögen sie das Wort auf ihn anwenden. Die auf der Höhe der Kultur angelangte Menschheit versteht unter Patriotismus anderes. Ihr ist Patriot nur der, der vor allem danach strebt, sein Land geachtet und geliebt zu sehen — der, wie es im „Daily Herald“, dem Londoner Organ der britischen Labour Party, kürzlich hieß, dem eigenen Land gegenüber kritisch, anderen Ländern gegenüber aber tolerant sich verhält. Es fehlt in Frankreich, wie wir sehen, nicht an Leuten, die dieser Auffassung huldigen und für sie kämpfen, und uns Deutschen obliegt die Pflicht, durch unser Verhalten ihnen diesen Kampf zu erleichtern.

---

KURT HEINIG:

## Allgemeiner Kampf um den ehrlichen Lohn.

**G**EMEINHIN weiß die „Welt“ nicht, was auf ihrer dunklen Seite vorgeht. Wem ist z. B. bekannt, daß die Berliner Metallarbeiter seit längerer Zeit allwöchentlich mit dem Verband Berliner Metallindustriellen einen neuen Tarif abschließen? Es würde, wenn wir nicht zum wertbeständigen Lohn und Gehalt kommen, demnächst überall so werden müssen. Wir stünden dann in der täglichen Lohnverhandlung. Das ist keine Uebertreibung, sind doch die Berliner Metallarbeiter jetzt schon bei der dreitägigen Lohnauszahlung angelangt.

Die Verbitterung der Berliner Metallarbeiter ist dem Kenner der Verhältnisse nicht verwunderlich, er ist mehr erstaunt über die sichere Kampfesführung der Berliner Metallarbeiterorganisation — nach vielen inneren Streitigkeiten — und über die Selbstbeherrschung ihrer Mitglieder.

\*

Es wäre überdies eine Täuschung, wenn man annehmen wollte, daß der Berliner Metallarbeiterkampf eine Ausnahmerecheinung sei. Die Holzarbeiter streiken, der Einzelhandel bespricht im Augenblick die wertbeständigen Gehälter und in Dutzend anderen Berufen stehen neue Bewegungen vor der Tür. Die Mel-

dungen aus dem Reiche lauten ähnlich. Sogar der Spießer wird etwas vom Kampf um die Wertbeständigkeitsklausel merken, wenn die Leipziger Straße ihre Läden schließt.

Schon jetzt werden gelegentlich Meinungsäußerungen aufgefangen, die durchklingen lassen, wie gleichgültig und darüber hinaus wie vorteilhaft im Augenblick „so ein bißchen Streik“ für die Unternehmer sei. Es ist schon möglich, daß auch bei einem Metallarbeiterstreik der Kurszettel erscheint, ob er aber an jeder Ecke ruhig gelesen werden kann, wenn einige hunderttausend Arbeitslose auf den Straßen sind, das bleibt eine andere Frage. Darüber hinaus gibt es ja auch noch für Deutschland so etwas Aehnliches wie außenpolitische Sorgen. Heute werden durch die schwankende Mark sämtliche Arbeitnehmer, und das ist die Mehrheit des Volkes, gezwungen, sich täglich an den Dollarkurs zu klammern. Wo soll ihnen da der freie Blick in die Zukunft Deutschlands herkommen?

\*

Der Naivling wird angesichts der sich auftürmenden Gewitter verwundert fragen, wo denn die Regierung bleibt. Das fragen sich die vernünftigen Leute auch. Bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium war für die Arbeitnehmer besonders niederdrückend, daß zwar die Reichsministerien serienweise vertreten, aber nicht zu bewegen waren, den Mund aufzutun. Eine Ausnahme, aber durchaus nicht eine rühmliche, machte das Reichsfinanzministerium. Dessen Vertreter protestierte gegen die Initiative des Reichsarbeitsministers, die auch die Reichsarbeiter umfaßte, unter dem Hinweis, daß in diesen Sachen dem Reichsfinanzministerium die Federführung zustehe. Dieser Einstellung entsprach auch die geistige Höhe der Argumente, die dann gegen die wertbeständigen Löhne vorgebracht wurden. Man sah ordentlich die Feder hinterm Ohr und den durchgewetzten Hosenboden. Das war der ganze Horizont des Finanzministeriums.

Der Reichsarbeitsminister Brauns zeigt für die Gestaltung der wertbeständigen Löhne ein beachtliches Verständnis. Ist er völlig allein im derzeitigen Reichskabinett? Auf der Seite der Arbeitnehmer stehen auch die christlichen Gewerkschaften mit in geschlossener Front. Wo bleibt der freundliche Besuch des Zentrums bei Herrn Hermes? Auch die sozialdemokratische Partei hat allen Anlaß, dem Kabinett rauh, aber herzlich die Meinung zu sagen. Bisher konnten wir uns auf Grund der Erfahrungen zwar Regierungen vorstellen, die etwas falsch machten, aber ein Kabinett, das gar nichts tut, ist denn doch eine zu gefährliche Neuerung, als daß sie zugelassen werden dürfte.

\*

Die geistige Einstellung der Unternehmer zu der Forderung der wertbeständigen Löhne und Gehälter charakterisierte

sich bisher darin, daß man es den Syndici überließ, „Meinungen“ zu äußern. Diese verdienen, registriert zu werden. Bei der ersten Verhandlung in der Zentralarbeitsgemeinschaft versuchte so der Syndikus und literarische Vorkämpfer der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Meissinger, an der Hand von Zahlen den Arbeitnehmern nachzuweisen, daß sie bei Einführung des wertbeständigen Lohnes schlechter bezahlt würden als bisher! Danach begründete ein prominenter Unternehmer die Ablehnung der Verwertung einer Mittwoch-Meßziffer am Lohnzahlungs-Freitag damit, daß die Zeit zur Beschaffung der Geldmittel dann zu kurz wäre! Späterhin sollte der Lohn an dem Goldankaufspreis des Herrn **H a v e n s t e i n**, danach an das Goldzollaufgeld des Herrn **H e r m e s** und zuletzt an den alleinseligmachenden Dollar gebunden werden. Dazwischen war entdeckt worden, daß die Feststeller der Kleinhandelspreise den Index zu fälschen vermöchten. Dieses Argument wurde fallen gelassen, nachdem wir nachgewiesen hatten, daß seit drei Jahren die Unternehmer jede statistische Preisfestsetzung selbst mit unterschreiben! Dafür rückte die Furcht in den Vordergrund, daß bei einer Anpassung des Grundlohns an den Lebenshaltungsindex die Kaufkraft des Lohnes immer gleich bleibe. Das müsse sich bei einer Dollarstabilisierung, oder richtiger bei dem Versuch einer Kursbindung der deutschen Mark, katastrophal auswirken. — —

Die Unternehmer tun heute so, als ob die Arbeiter und Angestellten die Löhne allein festzusetzen hätten. Der Bodensatz aller Redereien der Herren Arbeitgeber bleibt: Niederdrückende Ideenlosigkeit. Ob der politische Verstand derjenigen unter ihnen siegen wird, die etwas weiter zu sehen vermögen, ist im Augenblick leider noch nicht einmal sicher.

\*

Die **U n t e r n e h m e r p r e s s e** ist ein getreues Spiegelbild der Unklarheit ihrer Leser. Die Zeitschrift „Schuh und Leder“ verlangt, daß die Papiermark auf den reellen Goldwert umgestellt wird. Der Reichsindex sei als Meßziffer ungeeignet, nur der jeweils durch die Reichsbank festgesetzte Goldankaufspreis gäbe eine Indexunterlage ab. Der „Wirtschaftsdienst“, der vom Hamburgischen Weltwirtschafts-Archiv in Verbindung mit dem Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr herausgegeben wird, lehnt die Goldrechnung, deren Durchführbarkeit er sogar bezweifelt, als unerwünscht ab. Die „Deutsche Konfektion“, die Fachzeitschrift verschiedener Reichsverbände, betont, daß die Wohltat des wertbeständigen Lohnes auch für diejenigen gute Früchte tragen würde, die ihn gewähren. Sie versteht dabei unter der wertbeständigen Mark „die Goldmark, den Dollar, das Pfund Sterling, den holländischen Gulden, oder wie man sie sonst benennen will“. Die „Hamburger Nachrichten“ lassen sich aus Wien schreiben, daß

der Rückgang der Konjunktur nichts mit dem Index zu tun habe, und daß der Generalkommissar des Völkerbundes, der die Aufhebung des Indexsystems verlange, dabei von industriellen Scharfmachern beraten sei. Wohl bemerkt, das schreiben die „Hamburger Nachrichten“! Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ lobt wieder die Denkschrift des Reichsfinanzministers vom September 1922 über die gleitende Lohnskala, die geradezu erschütternd volks- und finanzwirtschaftlich an den Tatsachen vorbeigeredet hat. Die „Kölnische Zeitung“ dagegen betont, daß der Wunsch nach einem wertbeständigen Lohn in Arbeitgeberkreisen um so mehr Verständnis finde, als man dort den augenblicklichen Zustand kaum minder unangenehm empfinde als die Gewerkschaften selbst.

\*

Die Forderung der Arbeitnehmer aller Richtungen ist eindeutig und durchdacht. Sie verlangen keinen Friedensreallohn, Goldlohn oder sonst irgendwelche errechnete Lohneinheit, sie wünschen, daß die Tarife in Zukunft auf der Basis eines Grundlohns abgeschlossen werden. Die Höhe dieses Grundlohns ist die Angelegenheit der Auseinandersetzung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Dieser Grundlohn soll durch Einfügung einer Wertbeständigkeitsklausel in die Tarife an die Schwankungen des Lebenshaltungsindex gebunden werden. Das hat nichts mit irgendwelcher Errechnung irgend eines Existenzminimums zu tun. Der Lebenshaltungsindex des Reichsstatistischen Amtes soll nur die innerdeutsche Bewertungskurve der Lohnmark regulieren. Die Einzelheiten sind dann Fragen zweiter Ordnung. Das Reichsstatistische Amt wird von jetzt ab wöchentlich eine Indexzahl veröffentlichen. Die Arbeitnehmer verlangen, da die Erhebung des Index und der Lohnzahlungstag eine nicht unwichtige Zeitspanne auseinanderliegen, ein Abwiegen des Lebenshaltungsindex mit den Preisen des Großhandels. Das sind aber, wie gesagt, Fragen von nicht grundsätzlicher Bedeutung.

\*

Entscheidend ist, daß wir erst wissen werden, wie arm wir sind, wenn wir den wertbeständigen Lohn, die wertbeständige Steuer und den wertbeständigen Reichsbankkredit haben. Das ist der Weg zur neuen Währung. Dazu brauchen wir die Klärung über unseren größten Ausgabeposten, die Reparationen, und entsprechende Einstellung auf der anderen Seite, beim Steueraufkommen. Dann gibt's endlich die deutsche Bilanz. Die Arbeitnehmer wissen, daß sie nicht rosig aussehen wird; da sie aber gezogen werden muß, um den Weg zur Zukunft frei zu machen, haben sie den festen Willen, durch den wertbeständigen Lohn ihre Aufstellung zu erzwingen.

---



Prof. HANS DELBRUECK:

## Richtigstellung eines Irrtums.

**D**ER Aufsatz „Kriegsschuld-literatur“ von Hermann Wendel (Nr. 12 der Glocke), den ich im übrigen auf sich beruhen lassen kann, wiederholt eine Behauptung, die, obgleich längst widerlegt, auch sonst noch immer in der Literatur herumspukt und Deutschland in der Welt großen Schaden tut. Ich meine den Satz, daß die deutschen Machthaber „wenigstens bis zum 28. Juli allen Vermittlungsversuchen der übrigen Mächte ein Bein gestellt hätten“. Es ist ja gut, daß Wendel wenigstens die deutschen Bemühungen seit dem 28. Juli (noch richtiger 27. Juli) jetzt anerkennt. Es hat Mühe genug gekostet, auch auf diese Wahrheit durchzukämpfen. Der italienische Historiker Ferrero hat noch vor nicht langer Zeit ganz umgekehrt den Standpunkt vertreten, daß bis zum 29. Juli die deutsche Regierung nichts getan habe, was man ihr zum Vorwurf machen könne, und erst am 29. plötzlich die Wendung zum Kriege genommen habe. Ueber die Wahrheitswidrigkeit des zweiten Teiles dieses Satzes bin ich mit Herrn Wendel einig, den ersten Teil gilt es jetzt zu prüfen.

Was sind das für Vermittlungsvorschläge, denen vom 24. bis 27. Juli Deutschland ein Bein gestellt haben soll? Die ersten Vermittlungs-Vorschläge trafen ein am 25. Juli morgens. Der erste wünschte eine Fristverlängerung. Deutschland hat ihn nach Wien weitergegeben, ohne ihn zu unterstützen, aber auch ohne ihm ein Bein zu stellen. Der französische und englische Botschafter in Wien haben ihn überhaupt nicht ausgerichtet, weil ihnen ihre Instruktion darüber zu spät zuzuging.

Der zweite gleichzeitige Vorschlag beantragte eine Vermittlung zu Vieren. Deutschland hat diesem Vorschlag nicht nur kein Bein gestellt, sondern ihm sofort mündlich zugestimmt.\*) Auch als Grey seinen Vorschlag weiter dahin präziserte, die Vermittlung solle eintreten, wenn der österreichischen Mobilmachung die russische folge, hat Deutschland zugestimmt. Dieser Zeitpunkt war aber damals noch nicht gegeben.

- Am 26. Juli ist überhaupt kein Vorschlag eingetroffen.

\*) Der Kaiser ließ allerdings aus Norwegen funken, er tue nur mit, wenn Oesterreich ihn ausdrücklich darum bitte. Als dieses Telegramm in Berlin ankam (27. Juli morgens), hatte das Auswärtige Amt aber bereits zwei Mal (englisches Blaubuch Nr. 18, Deutsche Dokumente Nr. 192, 25. Juli) den Engländern erklärt, daß es auf ihren Vorschlag eingehe. Die abweichende Meinung des Kaisers ist also wirkungslos geblieben. Als sein Telegramm eintrat und noch an demselben Tage er selber, war die Situation schon wesentlich verändert, und gerade der Kaiser selbst nahm jetzt, wie ja allgemein bekannt, die Vermittlung auf.

Am 27. kamen fast gleichzeitig zwei Vorschläge. Grey propo- nierte eine allgemeine Konferenz. Diesen Vorschlag lehnte Deutsch- land mit Entschiedenheit ab, da er durchaus unpraktisch und für Oesterreich schlechthin unannehmbar war. Die allgemeine Konfe- renz hätte nach monatelangen Verhandlungen Serbien vielleicht eine gewisse Genugtuung auferlegt, aber die serbische Agitation für die Unterwühlung der südslawischen österreichischen Provinzen und die Vorbereitungen für die Losreißung dieser Provinzen von Oesterreich-Ungarn, also gerade dasjenige, was notwendig erreicht werden mußte, wenn man den Weltfrieden erhalten wollte, be- stehen lassen. Dazu kommt, daß nicht nur Deutschland, sondern auch Rußland diesen Vorschlag abgelehnt hat. Anders der zweite, wie gesagt fast gleichzeitig eingetroffene Vorschlag. Er ging aus von einer Anregung des deutschen Botschafters in Petersburg, Grafen Pourtalès, und bezweckte eine direkte Verhandlung zwischen Wien und Petersburg. Dieser Vorschlag wurde in Berlin warm begrüßt und empfohlen.

Am Nachmittag desselben Tages erfuhr man in Berlin die serbische Antwort auf das österreichische Ultimatum und hat auf dem Wunsch Greys diese sofort als Grundlage für weitere Be- sprechungen angenommen und in Wien empfohlen.

Sollte jemand noch wieder auf die Depesche des österrei- chischen Botschafters Szögyenys vom 27. Juli, in Wien entziffert am 28. Juli, zurückkommen, so ist dazu zu sagen, daß sie für die hier aufgeworfene Frage auf keinen Fall etwas austrägt. Ich selber bin es ja gewesen, der diese Depesche erstmalig in vollem Wortlaut in den „Preußischen Jahrbüchern“, Band 176 S. 487 veröffentlicht hat. Bohmann und Jagow haben, als ich diesen im Auftrage der damaligen Reichsregierung die Depesche vorlegte, sofort übereinstimmend erklärt, der eine, daß er von dem ganzen Vorgang nichts wisse, der andere, daß sie auf einem Mißverständnis beruhen müsse. Der in sich widerspruchsvolle Inhalt der Depesche bestätigt das. Daß Szögyeny schon etwas altersschwach war, ist mir selber von verschiedenen Leuten, die damals mit ihm verkehrt haben, bestätigt worden, und ist auch aus einem schweren Versehen, das ihm in einer späteren Depesche unterlaufen ist, zu erschließen. Endlich ergibt sich auch aus den österreichischen Akten nirgends, daß die mißverständliche Meldung des Botschafters irgendeine Wir- kung gehabt hat. Auch Herr Wendel ist ja darin mit mir einig, daß vom 28. Juli ab, dem Tage, auf den es ankommt, die deutsche Ver- mittlung eingesetzt habe.

Von fünf Vorschlägen hat also Deutschland nur einen, den übrigens auch Grey sofort fallen ließ und dessen Unmöglichkeit auf der Hand lag, wirklich abgelehnt. Drei aber, und darunter den wichtigsten, den einzigen, der wirklich zum Ziel führen konnte, den Vorschlag, den auch Grey als den besten anerkannt hat, angeregt,

unterstützt und mit aller Kraft betrieben. Das sind alles Vorgänge, die urkundlich belegt sind und ich kann mich nur freuen, daß mir Herrn Wendels Irrtum Gelegenheit gibt, diesen Tatbestand auch an dieser Stelle festzustellen. Der Kontrastwirkung wegen füge ich hinzu, daß der russische Außenminister, Herr Sasonoff, sich bei Frankreich jeden etwaigen Rat zur Mäßigung schon am 26. Juli mit Entschiedenheit verbat.

Wer diese Tatsachen mit Ruhe überdenkt, wird auch leicht erkennen, daß auch Wendels Urteil, das österreichische Ultimatum sei „verbrecherisch“ gewesen, sich nur daraus erklärt, daß Herr Wendel sich den Sinn und Zweck dieses Ultimatus noch nicht klar gemacht hat, und wenn er mit heftigen Worten die wertvollen Quellenvorschriften von Mandl und Miß Durham zu Boden schmettert, so gibt es auch dafür keinen anderen Grund, als daß sie seiner Tendenz widersprechen. Die Berichtigung aber, daß C. Sturzenegger nicht ein Verfasser, sondern eine Verfasserin ist, will ich mit Dankbarkeit annehmen. Ich habe sofort an die Druckerei telephonierte, um die Verbesserung in der eben erscheinenden zweiten Auflage des Sammelwerks „Deutschland und die Schuldfrage“ noch anzubringen. Leider ist der Bogen schon gedruckt. Der andere Fehler aber, den mir Herr Wendel nachgewiesen hat, ein falsches Zitat aus einer Rede von Paschitsch, das ich aus Mandl übernommen habe, das auch Bethmann Hollweg vor dem Untersuchungsausschuß benutzt hat und das jahrelang durch die Literatur gegangen ist, ohne von irgend jemand angefochten zu werden, habe ich jetzt in der zweiten Auflage berichtigt. Die Verbesserung ist aber so nebensächlich, daß ich im übrigen in meinem Text kein Wort habe zu ändern brauchen.

---

## Die Fechenbach-Interpellation

Der deutschnationale Herr Theologieprofessor Strathmann hat bei der Besprechung der furchtbaren Fechenbach-Angelegenheit im Reichstag alles aufgeboten, um das Todesurteil gegen Fechenbach — denn etwas anderes ist die Verurteilung zu 11 Jahren Zuchthaus nicht — in echt christlicher Liebe zu stützen. Er hat behauptet, die Erregung über dieses Urteil sei nur durch eine künstliche Agitation erzeugt. Erfreulicherweise hat ihn die Debatte im Reichstag selbst bereits restlos mit dieser deutschnationalen Leitartikel-Phrase widerlegt. Alle Redner aller Parteien (und zwar scherzhafterweise auch der logisch denkende Herr Strathmann selbst!) haben die Erklärung der bayerischen Regierung gebilligt, daß das Urteil in der Begnadigungsinstanz einer erneuten rechtlichen Prüfung durch ein Gutachten des Obersten Landesgerichts in München unterzogen werden solle. Der Reichsjustiz-

minister hat diese bayerische formelle Zusage dahin erläutert, daß sich die erneute rechtliche Prüfung auf alle Teile des Urteils und auf alle rechtlichen Einwendungen erstrecken werde, die überhaupt erhoben worden sind.

Durch diese feierliche Zusage der bayerischen Regierung ist die Fechenbachsache in ein neues Stadium getreten. Nur wer die Hetze verfolgt hat, die in München — insbesondere in den Münchener Neuesten Nachrichten — gegen Fechenbach vor, während und nach der Verhandlung systematisch betrieben worden ist, kann erkennen, wie schwierig für die bayerische Regierung diese verschleierte Einführung einer neuen Rechtsmittelinstanz gegen das unanfechtbare Urteil gemacht worden war. Es ist schlechterdings ausgeschlossen, daß diese Wendung durch eine künstliche Agitation hätte erzeugt werden können — ganz abgesehen davon, daß schon ein ungewöhnliches Maß von politischer Kurzsichtigkeit dazu gehört, in dem rechtsstehenden Herrn Dr. Thimme oder dem politisch neutralen Prof. Dr. Kitzinger die Vorkämpfer einer sozialistischen „Agitation“ zu erblicken. In Wirklichkeit war die Wucht der sich ständig vermehrenden Einwendungen gegen dieses furchtbare Fehlurteil so unwiderstehlich, daß auch im Reichstag niemand, selbst nicht der Augsburger Staatsanwalt Herr Emminger von der Bayerischen Volkspartei, gewagt hat, sich der erneuten rechtlichen Prüfung zu widersetzen oder sie für unnötig zu erklären.

Das Niveau der Debatte war sehr ungleich. Das ist unvermeidlich, wenn sich die geistige Aermlichkeit und moralische Schwunglosigkeit der Herren Emminger und Strathmann zwischen die anderen Reden einzuschieben sucht. Im übrigen aber war die Debatte auf den Ton einer ethischen Leidenschaft gestimmt, der in der großangelegten Rede Dittmanns, in der ungewöhnlich entschiedenen Stellungnahme des Zentrumsführer Dr. Bell und in der glühenden Schlußrede Radbruchs elementar zum Durchbruch kam.

Wir hätten gewünscht, daß sich der oberste Justizbeamte des Reiches etwas weniger diplomatisch betätigt und sich mehr als oberster Vertreter des Rechtes, nicht der Justiz gefühlt hätte. Er hätte dann wohl kaum nach einer allseits bemerkten Bearbeitung durch den bayerischen Gesandten v. Preger den „staatsmännischen“ Versuch gemacht, seine erste Erklärung abzuschwächen, in der er anerkannt hatte, daß das Urteil zu zahlreichen Bedenken Anlaß gebe und daß insbesondere der Einwand der Verjährung nach wiederholter gründlicher Prüfung im Reichsjustizministerium begründet sei. Oder, staatsmännisch ausgedrückt, er „neige dazu“ diesen Einwand anzunehmen.

Auch Herr Kahl betonte, daß es sich nicht um eine künstliche Agitation handle, sondern daß die Erregung gegen das Urteil ihre Quelle im verletzten Rechtsbewußtsein habe. Herr Dr. Bell erklärte, der Laie müsse erschrecken über das Strafausmaß — der Laie jeder Partei und jeder Richtung — aber beim praktischen Juristen löse das Urteil geradezu Entsetzen aus; jeder

fühlende Mensch sei erschreckt bei dem Gedanken, daß diese 33 Jahre Zuchthaus etwa verbüßt werden sollten. Herr Brodauf sprach von vielen juristischen und politischen Bedenken gegen das angeblich hieb- und stichfeste Urteil, um den Abstand der wirklichen Demokraten von dieser Behauptung des bayerischen „Demokraten“ Müller-Meinigen scharf hervorzuheben, und betonte, daß die Zweifel sich keineswegs auf die sozialistischen Kreise beschränken, sondern daß weit darüber hinaus bis in die Rechte sich das eindringliche Verlangen nach einer Nachprüfung geltend mache.

So ergab sich das seltene Bild einer fast restlosen Uebereinstimmung. Dies beweist, daß die rechtlichen und tatsächlichen Einwendungen gegen dieses Fehlurteil schlechthin vernichtend sind und daß sich ihrem Gewicht niemand entziehen kann — wenn er nicht wie Waldeck-Rousseau am Schluß der Dreyfus-Affaire das schamlose Zitat sich zu eigen machen will: „Das Wesentliche an einem Urteil ist nicht, ob es gerecht oder ungerecht ist, sondern daß es einem Prozeß ein Ende macht.“

Natürlich kann keine Rede davon sein, daß die Erklärung der bayerischen Regierung befriedigen könnte. Sie macht die erneute Prüfung von einem Gnadengesuch Fechenbachs abhängig. Sie hätte, wie Dr. Bell und Dr. Radbruch scharf hervorhoben, angesichts der erdrückenden Fülle von vernichtenden Einwendungen ein Bekenntnis zum Rechtsgedanken in der Form abgeben müssen, daß sie sofort von sich aus eine umfassende Nachprüfung und die sofortige Entlassung Fechenbachs aus dem Zuchthaus veranlaßt hätte. Es bedarf aber keiner langen Ueberlegung darüber, daß Fechenbach dieses Gnadengesuch, das Radbruch mit Betonung als Forderung um sein Recht, nicht Bitte um Gnade bezeichnete, einreichen kann und muß, ohne seinem Recht etwas zu vergeben. Denn dieses Gesuch ist ja in Wirklichkeit nur die Einlegung eines Rechtsmittels, das bei dem Ausschluß aller ordentlichen Rechtsmittel die Revision des Verfahrens in Gang zu bringen hat. Wir hätten auch selbstverständlich gewünscht, daß das oberste Gericht des Reiches mit der Nachprüfung betraut worden wäre, das der spezifisch bayerischen Atmosphäre entrückt ist, in der das furchtbare Fehlurteil des Münchener Volksgerichts allein überhaupt entstehen konnte.

Trotzdem: die Sache Fechenbach ist in ein neues Stadium getreten. Die Erklärung des Reichsjustizministers, daß das Urteil zu zahlreichen Zweifeln Anlaß gebe und daß er der Bejahung der preßrechtlichen Verjährung nach wiederholter gründlicher Prüfung zuneige, kann nicht mehr beseitigt werden; der elementare Durchbruch des Rechtsbewußtseins, das in dieser Sache lawinenartig alle Dämme des politischen Geschäftemachens und der gewohnten Kompromisse überflutet, ist im Reichstag von allen Parteien anerkannt und in der grandiosen Kritik Dittmanns und Radbruchs unwiderleglich dokumentiert worden. Es

bleibt abzuwarten, ob das tödlich verletzte Recht in der von der bayrischen Regierung angeregten Form nunmehr wiederhergestellt wird, oder ob versucht wird, den Kampf ums Recht noch einmal zu hemmen. Soviel steht nach dieser Debatte endgültig fest: Das Urteil des Münchener Volksgerichts ist vernichtet und der Kampf um die Wiederherstellung des verletzten Rechts kann nicht mehr zur Ruhe kommen, bis der unglückliche Gefangene des Zuchthauses in Ebrach entlassen ist. Die unter diesem Krankheitsstoff seit nunmehr fast neun Monaten fiebernde Republik hat Lebenskraft genug, diesen Krankheitskeim auszustoßen und zu beweisen, daß das Wesentliche an einem Urteil nur das eine ist: ob es gerecht ist oder ungerecht. Sie würde sich selbst aufgeben, wenn sie anders handeln — ja wenn sie auch nur einen Augenblick zögern könnte.

---

Studienrat Dr. ERICH WITTE:

## Neue Lesebücher.

Wie die Presse vor einiger Zeit mitteilte, sind mir amtlich einmal schwere Vorwürfe gemacht worden, weil ich mich im Unterricht günstig über das Selbstbestimmungsrecht der Völker, aber ungünstig über einen deutschen Kaiser des Mittelalters geäußert hatte. Das sei eine Behandlung der gegenwärtigen (!) politischen Verhältnisse im Sinne der Sozialdemokratie (!!); dadurch hätte ich die Gefühle der Kinder verletzt! Mancher wird zwar behaupten, dasselbe hätte ein deutschnationaler Lehrer, ja ein Prinzenerzieher im Unterricht ohne Bedenken sagen können; kein Schulrat wäre auf den Gedanken gekommen, ihn deswegen zur Verantwortung zu ziehen. Aber dem Berliner Provinzialschulkollegium war es offenbar darum zu tun, meine pädagogischen Ansichten kennen zu lernen. So machte ich in einer Eingabe, in der ich mich verteidigte, auf das deutsche Lesebuch von Nagel und Meyer aufmerksam, nach dem ich zu unterrichten hatte. Darin befinden sich 22 Lesestücke und 23 Gedichte, in denen Kriege behandelt sind.

„Es kann keinem Lehrer ein Vorwurf gemacht werden, wenn er sie durchnimmt. Behandelt er sie in dem Geiste, in dem sie verfaßt worden sind, so ist das eine Beeinflussung, die sich schwer mit Artikel 148 der Reichsverfassung vereinbaren läßt, wonach der Unterricht im Geiste der Völkerversöhnung gegeben werden soll. Da möchte ich für mich das Recht in Anspruch nehmen, den Schülern zu zeigen, wie überhaupt Kriege vermieden werden, nämlich dadurch, daß alle Völkerstreitigkeiten durch ein Schiedsgericht geschlichtet werden und bei Streitigkeiten über einen Gebietsteil die Bewohner selbst durch Abstimmung entscheiden.“

Seit dieser Eingabe sind über zwei Jahre vergangen, und die alten Lesebücher sind immer noch im Gebrauch. Der demokratische Abgeordnete Hoff sagte bereits am 30. Januar 1922 im Hauptausschuß des preußischen Landtags:

„Es ist geradezu ein unerträglicher Gedanke, daß wir heute, wo doch schon mehr als drei Jahre seit der Errichtung des neuen Staates verfließen sind, was Lesebücher anbelangt, noch keine Fortschritte gemacht haben, daß in diesen Büchern noch die alten Mätzchen und Geschichten zu lesen sind, die wir von damals her kennen und die wir damals mit einem milden Lächeln über uns ergehen lassen mußten. Dieser Zustand ist unerträglich.“

Der Oeffentlichkeit, sogar den Schulbehörden und den Lehrern, sind zu wenig die Lesebücher bekannt, die Professor Dr. H. Werneke herausgegeben hat (Selbstverlag. Natzungen bei Borgholz i. Westf.). Ihre Zahl beläuft sich auf mehr als ein Dutzend. Vor mir liegen „Phöbus“ und „Exzelsior“. In der Gegenwart, wo infolge der Ruhrbesetzung der Haß gegen Frankreich wieder zu einer verzehrenden Flamme geworden ist, haben die Lehrer die Pflicht, den Schülern zu Gemüte zu führen, daß es neben dem militaristischen Frankreich auch ein pazifistisches gibt, daß bei unsern westlichen Nachbarn den chauvinistischen Dichtern und Schriftstellern zahlreiche international denkende gegenüberstanden und gegenüberstehen.

In keinem an deutschen Schulen eingeführten Lesebuch habe ich die Rede gefunden, die Anatole France 1909 zum zehnten Jahrestag der Haager Friedenskonferenz gehalten hat (Exzelsior S. 197). In welcher Sammlung, die für den deutschen Unterricht im Französischen bestimmt ist, stehen die folgenden Worte von Montesquieu:

„Wenn ich wüßte, was mir nützlich, aber meiner Familie nachteilig wäre, so würde ich es mir aus dem Sinn schlagen. Wenn ich etwas wüßte, das zwar meiner Familie, aber nicht dem Vaterlande vorteilhaft wäre, so würde ich es zu vergessen trachten. Wenn ich etwas wüßte, was meinem Vaterlande nützlich, aber Europa und dem Menschengeschlecht schädlich wäre, so würde ich es als ein Verbrechen betrachten.“ (Exzelsior S. 193.)

Von den Werken Voltaires wurde früher in den Schulen oft die Geschichte Karls XII. von Schweden gelesen. Diese besteht vorwiegend aus Schlachten und Vorbereitungen zu solchen. Weit mehr als aus der halbjährigen Lektüre dieser Schrift können die Schüler in einer Stunde lernen, in der der Lehrer über die folgenden Sätze aus Voltaires Werken spricht:

„Der Begriff der Gerechtigkeit deucht mir in solchem Maße eine Wahrheit ersten Ranges zu sein, welcher die Welt beistimmt, daß die größten Verbrechen, welche die menschliche Gesellschaft heimsuchen, alle unter dem heuchlerischen Vorwand der Gerechtigkeit begangen worden sind. Das größte unter den Verbrechen, wenigstens das zerstörendste und daher dem Zweck der Natur am meisten widersprechende, ist der Krieg; aber es gibt keinen Angreifer, der eine solche Missetat nicht mit der Maske der Gerechtigkeit beschönigt hätte . . . Jeder Bandit, der an der Spitze eines Heeres steht, beginnt sein Wüten mit einer Proklamation, worin er den Herrn der Heerscharen anruft (Phöbus S. 47).“

Selbstverständlich sind die pazifistischen Stücke in Professor Wernekes Lesebüchern nicht nur Uebersetzungen aus dem Französischen.

Den Kriegshelden, den „sogenannten“ Helden werden die wahren Helden gegenübergestellt: Der Retter, der mit Verachtung seines Lebens die Schiffbrüchigen den tödlichen Wellen entreißt oder in der Tiefe des Bergwerks die lebendig Begrabenen aufsucht; der Erforscher, der sich in ferne, mörderische Länder wagt; der schlichte Arzt, der zur Zeit einer Epidemie die Geißel bekämpft; der Gelehrte, der mit gefährlichen Stoffen arbeitet, um die undankbare und langsame Wissenschaft einen Schritt vorwärts zu bringen; der bedürftige Handwerker, der nicht fürchtet seine Lasten zu vermehren, indem er eine Weise großzieht (Exzelsior S. 191).

Werneke will mit seinen Lesebüchern die Schüler nicht nur für den groben Gedanken der Völkerversöhnung gewinnen, sondern auch für den republikanischen Staatsgedanken. Während die jetzt im Gebrauch befindlichen Lesebücher zum Teil aus Verhimmelungen der Hohenzollern bestehen, werden in denen Wernekes die Vorzüge des republikanischen Regimes dargelegt. Es wird

z. B. auf den Ausspruch von Frau von Stael hingewiesen, nach der „die Begeisterung für die Republik eines der erhabensten Gefühle ist, zu denen der Mensch sich aufschwingen kann“ (Phöbus S. 80).

Das Lesebuch Phöbus schließt mit dem von Werneke selbst verfaßten Gedicht „Das neue Lied der Deutschen“. Nachdem die alten, von dem Irrwahn aufgestellten Götter zertrümmert worden sind, soll dem deutschen Volk eine schönere Zukunft beschieden sein:

Vorwärts, Brüder, schließt die Reihen,  
Schaut nicht auf die Schmach zurück;  
Zu den neuen Idealen  
Hebt begeistert euern Blick!  
Ueber Deutschland weht das Banner  
Einer freien Republik  
Und die ganze Menschheit strahlet  
Eines Völkerbundes Glück!

Wann wird Herr Minister Boelitz in einer Verfügung die preußischen Schulbehörden und Lehrer auf diese Lesebücher aufmerksam machen?

T. MAT:

## Das Haupt der Medusa.

(Statistisches über den Terror in Rußland.)

Wohl manchen wird der Satz in Erinnerung sein, den Trotzki in seiner Schrift „Terrorismus und Kommunismus. Anti-Kautsky“ zur Verteidigung des Systems des staatlichen Terrors formulierte, indem er behauptete, nur Heuchler und Pharisäer könnten die von der „revolutionären Klasse“ ausgeübte Schreckensherrschaft verurteilen:

„Wodurch sich unsere Taktik unter solchen Umständen von der Taktik des Zarismus unterscheidet, fragen uns die Bonzen des Liberalismus und Kautskyanertums. Ihr Heuchler, seht ihr das nicht ein? Nun, da habt ihr eine Erklärung. Der zaristische Terror war gegen die Arbeiterklasse gerichtet, die Gendarmen des Zaren knebelten die Arbeiter, die für die sozialistische Gesellschaft kämpften. Unsere Außerordentlichen Kommissionen aber erschossen Kapitalisten, Junker, Generale, die nach der Wiederherstellung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung streben. Leuchtet euch diese — kleine Nuance ein? Für uns Kommunisten genügt sie.“

Die Theorie Trotzki's wird zur Begründung und Rechtfertigung des terroristischen Systems in der bolschewistischen Presse des öfteren auseinandergesetzt. Aber sollten seine Aufstellungen auch in der Tat der objektiven Wirklichkeit entsprechen, so war damit für das Weltgewissen noch lange keine Rechtfertigung der Schreckensherrschaft gegeben. Mit Recht entrüstete sich Kautsky in seiner Entgegnung über jenes Epos der unmenschlichen Grausamkeit, dem Trotzki in seinem Buche Ausdruck gab.

In Wirklichkeit verhielt sich die Sache von Beginn der bolschewistischen Machtergreifung an wesentlich anders. Das proletarische



Gewand des Terrors war nichts als Schein, nur formell richtete sich die Schreckensherrschaft gegen die Bourgeoisie.

Der Versuch, einiges statistisches Material über die Auswirkungen des bolschewistischen Terrors in den ersten Monaten seiner Anwendung in Rußland zusammenzustellen, führt zu recht bemerkenswerten Schlußergebnissen, die das halbvergessene echte Bild der „Terreur“ der großen französischen Revolution aus dem Jahre 1793 wieder lebendig machen. Wir brauchen bloß an die Berechnungen von Louis Blanc zu erinnern, wonach unter 2755 von den Schreckensmännern Guillotinierten nur 650, das sind nicht einmal 24 %, den wohlhabenden Gesellschaftsschichten angehörten. Auch nach Taine waren von 12000 Opfern des Revolutionsterrors, deren Beruf ermittelt werden konnte, nicht weniger als 7545 Angehörige der untersten Bevölkerungsklassen, des Kleinbürgertums und des Proletariats. Diese Ergebnisse werden in grundsätzlicher Uebereinstimmung von den Geschichtsschreibern der verschiedensten Generationen und politischen Richtungen konstatiert.

In Frankreich waren „Recht“sprechung und Urteilsvollziehung der Schreckenszeit immerhin noch öffentlich. Die blutige Orgie des bolschewistischen Rußlands aber wurde und wird auch heute noch in den geheimen Dunkelkammern der „außerordentlichen“ Gerichtsbarkeit gefeiert. Die Zweifel Kautskys an der Möglichkeit, jemals die wirkliche Zahl der Tscheka-Opfer festzustellen, sind nur zu berechtigt. Die vorhandenen Angaben sind unvollständig und unzusammenhängend. Nichtsdestoweniger gestattet die richtige Zusammenstellung und Ordnung des vorhandenen wenigen Materials, auch gewisse Folgerungen zu ziehen.

In einer Reihe von in amtlichen Organen der Bolschewiki veröffentlichten Artikeln summierte Lacis, einer der maßgebenden Tscheka-Führer, die Ergebnisse der Tätigkeit der außerordentlichen Kommissionen für die Jahre 1918—19 (in umgearbeiteter Form wurden diese Artikel später auch in Lacis Buch „Zwei Jahre Kampf auf der inneren Front“ aufgenommen). Allein für die zweite Hälfte des Jahres 1918 gibt Lacis Statistik die Zahl der Erschossenen mit 4500 an, wobei es sich nur um solche Erschießungen, die vom Zentralorgan der Tscheka auf dem Territorium der 20 mittlerrussischen Gouvernements registriert worden sind, handelt. (Es darf nicht übersehen werden, daß das Sowjetrußland des Jahres 1918 nicht größer war als das moskowitzische Fürstentum des Mittelalters. Mit der Erweiterung des Wirkungskreises zählte Lacis für das Jahr 1918 bereits 6185 Erschossene.)

Auf Grund der Angaben der sowjetamtlichen Presse haben wir versucht, eine Statistik der Erschießungen für das Jahr 1918 aufzustellen. Hierbei waren wir in der Hauptsache auf die Information der Zentralorgane angewiesen und konnten die Angaben der Provinzpresse nur gelegentlich berücksichtigen. Diese gelegentlichen und überaus

unvollständigen Angaben ergaben eine Gesamtzahl von 5004 Erschießungen. In vielen Fällen ließen die spärlichen amtlichen Angaben nicht einmal die genaue Zahl der Erschießungen erkennen. Die Tscheka des Kreises Klin (Gouvernement Moskau) teilte z. B. mit, daß auf ihre Anordnung einige Gegenrevolutionäre erschossen worden seien, — die Tscheka von Woronesh berichtete über „viele Erschossene“ unter den in Haft genommenen, — die Tscheka zu Ssestrorjetzk (Gouvernement Petersburg) hatte „Erschießungen nach genauer Untersuchung in jedem einzelnen Falle“ vorgenommen. Die Zeitungen sind voll von solcherlei kurzen und sehr auslegungsfähigen Mitteilungen. Es blieb in solchen Fällen nichts anderes übrig, als schätzungsweise die Zahl von 1—3 Todesopfern anzunehmen, die hinter der Wirklichkeit zweifellos erheblich zurückbleibt.

Ueberdies berücksichtigt die amtliche Statistik unter keinen Umständen die Fälle des offenkundigen Massenmordes, wie sie auf jeden Aufstand, sei es der Bauern, sei es anderer Elemente, folgten. Die Zahl der Opfer dieser im Bürgerkrieg verübten „Ausschreitungen“ läßt sich überhaupt nicht ermitteln.

Diese wenigen Zahlen zeigen bereits, wie sehr ektstelt die amtliche Statistik des Herrn Lacis ist. Für das erste Halbjahr 1918 führt Lacis im ganzen nur 22 Erschießungen auf Grund von Revolutionstribunalurteilen an, während wir allein aus Zeitungsnotizen 884 Fälle feststellen konnten! In vielen Fällen wurden von der Tscheka übrigens auch bei der offiziellen Bekanntgabe von erfolgten Erschießungen Zahlen angegeben, die von den wirklichen Zahlen ganz erheblich übertraffen wurden. Auf Veranlassung der besonderen Abteilung der Allrussischen Tscheka wurden z. B. im Herbst 1919 in der mit dem Namen N. N. Schtschepkins verknüpften „gegenrevolutionären“ Angelegenheit 150 Personen erschossen, während der amtliche Bericht nur 67 Namen veröffentlichte. Eine ernstgemeinte amtliche Statistik konnte man ja schließlich nicht von Leuten erwarten, denen ein Menschenleben mehr oder weniger höchst gleichgültig war.

Am 5. September 1918, zur Zeit der wildesten Ausschreitungen der ersten Terrorperiode, erließ der Rat der Volkskommissare eine Verordnung, wonach die Namen aller Erschossenen und die Gründe der Erschießung veröffentlicht werden sollten. Zur Illustrierung der Art und Weise, wie diese Veröffentlichung durchgeführt wurde, genügt es, eine Veröffentlichung der „Wochenschrift der Tscheka“ kennenzulernen, eines Organs, dem vornehmlich die Vereinheitlichung der Tätigkeit und die Instruierung der Außerordentlichen Kommissionen oblag. In ihrer Nr. 6 vom 26. 10. 18 veröffentlichte die „Wochenschrift“ die Liste der vor anderthalb Monaten im Zusammenhang mit dem Attentat der Sozialrevolutionärin Kaplan Erschossenen. Von insgesamt einigen hundert Erschossenen wurden im ganzen nur 90 Namen veröffentlicht, davon 67 ohne Angabe der

Vor- und Vatersnamen, 18 mit einer sehr unbestimmten Angabe des Berufes, — z. B.: Kotomasow, ehemaliger Student, Muratow, Genossenschaftsangestellter, Rosumowskij, gewesener Oberst usw. Nur 10 Namen waren von Angaben begleitet, die auf die Motive der Erschießung hindeuten konnten: „offenkundiger Gegenrevolutionär“, „Weißgardist“, „früherer Innenminister, Gegenrevolutionär Chwostow“, „Wostorgow, Geistlicher“ . . . Dagegen blieb es dem Leser selbst überlassen, die Identität des erschossenen Maklakow mit dem ehemaligen zaristischen Innenminister zu prüfen. In diesem speziellen Falle ließ sich der Tatbestand allerdings erraten, wer aber all die erschossenen Shitschkowskij, Iwanow, Selinskij waren, erfuhr niemand und wird vielleicht auch nie jemand erfahren.

So wurde in der Hauptstadt die Regierungsverordnung vom Zentralorgan der Tscheka ausgeführt. Was sich in der Provinz abspielte, kann man sich leicht vorstellen. Und gerade in manchen Orten der Provinz war die Schreckensherrschaft so wütend, wie nirgends sonst. Die Angaben über Erschießungen sind hier (soweit überhaupt vorhanden) noch vager und unbestimmter. In Smolensk wurden laut amtlicher Mitteilung 39 prominente Grundbesitzer erschossenen, die im Zusammenhang mit der Angelegenheit des gegenrevolutionären „Schutzes der provisorischen Regierung“, verhaftet worden waren, in Pawlopossadsk wurden „6 Diener des Zarismus“ erschossen. Von alledem ist folgendes vielleicht das Fürchterlichste: die Petersburger Tscheka ließ amtlich über die Erschießung von 500 Geiseln berichten, deren Namen nie veröffentlicht wurden . . . In der Motivierung der Erschießungen sind z. B. folgende Gründe zu finden: von einem Erschossenen wird berichtet, daß er ein „geschickter, unfaßbarer Gegenrevolutionär“ gewesen sei, der Bauer Gorochow wird mit zwei Komplizen wegen schwerer Mißhandlung eines Militärkommissars, ein Händler Rogow wegen im eigenen Laden von ihm getriebener Agitation gegen die Räteregierung erschossen usw. Im übrigen finden sich noch bündigere Erklärungen: „erschossen, ohne daß sein Vor- und Zuname ermittelt werden konnte“. — Dabei haben wir nur die Urteilsbegründungen der Tscheka im Auge.

Bei solchen statistischen Methoden läßt sich natürlich ein getreues Abbild der Wirklichkeit kaum rekonstruieren. Unser Versuch, die vorhandenen Angaben nach Berufsgruppen einzuteilen, ergaben, soweit sich Beruf oder Klassenlage der Erschossenen überhaupt ermitteln ließen, nachstehendes Resultat. Von den Erschossenen waren 1286 Intellektuelle, 1026 Geiseln (professionelle), 962 Bauern, 468 Kleinbürger, 450 unbekannt, 438 kriminelle Elemente (jedoch wurden unter „Banditismus“ des öfteren auch rein politische Verbrechen abgeurteilt), 187 wegen Unregelmäßigkeiten im Amte Erschossene, 118 Hausangestellte, 28 Soldaten und Matrosen, 22 Angehörige der Bourgeoisie und 19 Geistliche.

So sehr willkürlich diese Einteilung auch sein mag, sie widerlegt jedenfalls schlagend die Behauptungen der bolschewistischen Führer und

zerstört die Grundlage, auf der sie die theoretische Begründung ihres Terrorsystems aufgebaut haben. Es handelt sich bei dem bolschewistischen Terror, um mit Kautsky zu reden, einzig und allein um einen Brudermord, betrieben auf Wunsch der heutigen russischen Machthaber. In späteren Perioden, wo man offen zu Sozialistenverfolgungen überging, zeigte sich diese Tatsache noch deutlicher. Die Gefängnisse füllten sich mit Vertretern des Proletariats, die nun auch das Menschenmaterial für die immer weiter fortgesetzten Erschießungen lieferten. Es ist noch nicht an der Zeit, die Zahlen der Erschossenen zu summieren, indes darf man auch auf Grund der bis jetzt bekanntgewordenen Tatsachen mit Bestimmtheit behaupten, daß die wirklichen Zahlen die amtlich-statistischen Angaben um ein Vielfaches übertreffen.

Als in England einiges Material veröffentlicht wurde, wonach in Rußland 138 000 Personen erschossen sein sollten, schrieb die „Prawda“, das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Rußlands, am 20. März 1919: „Es wäre wahrhaft entsetzlich, falls dies alles der Wahrheit entsprechen sollte“. Doch gibt diese Zahl, die den bolschewistischen Skribenten so überaus phantastisch erscheint, nur eine schwache Vorstellung davon, was in Rußland vorging.

ROBERT GROETZSCH:

## Funken.

Ein Schleppdampfer stampft stromaufwärts. Schwere Rauchsäulen entquellen der Esse, wehen wie eine Fahne über dem Flusse, bleiben im Tale hängen und schwärzen die Dämmerung des Abends. Der Rauch wird dünner und lockerer, Funken sprühen darin hoch und spielen über dem Schlotrande wie Mücken an Sommerabenden. Dichter und flirrender wird das Funkengesprüh. Ein Schwarm feuriger Bienen schwirrt über der Esse. Es ist, als ob im Schiffsleibe ein Riese glühende Bazillen durch den Schornstein hustete. Die Funken umkreisen einander, jagen sich, leuchten hellrot auf, verlöschen. Zwei, drei steigen taumelnd hoch hinauf, höher und höher, als ob sie zum Himmel wollten, verlöschen im Dunkel, fallen als Aschestäubchen ins Wasser. Wie Bilder aus einem Märchen. Von einem Funken, der ein Stern werden wollte. — — —

Auf dem Uferwege steht ein Mann und sieht dem Spiel der feurigen Bienen zu. Es ist wie mit unseren Gedanken, sinnt er; sie sprühen auf, knistern, umkreisen einander, manche steigen empor, hoch, ganz hoch — und verlöschen. Aber er erinnert sich plötzlich, daß es Gedanken gibt, die ewig sind, die nie verlöschen, die bis zum Himmel stoßen und dort als Sterne hängen bleiben. Sein Gleichnis klappt nicht,

und er sucht nach einem anderen, denn er ist ein unverbesserlicher Literat.

Am Wiesengrün des Uferrandes sitzt ein Jüngling neben einem Mädchen. Die Augen der beiden hängen an dem feurigen Schauspiel. „Herrlich“, flüstert das junge Mädchen. Weiter denken die beiden nichts, fühlen das Spiel der Funken wie das Widerspiel in der eigenen Brust und drücken einander die Hände, denn es handelt sich um ein Liebespaar.

Im Kesselraume des Schleppers aber steht ein Mann und schaut durch eine Luke mißmutig nach der Esse. Dann zieht er ergrimmt den Kopf wieder herein, haut die Klappe der Feuerung zu, schmeißt die Schaufel auf den Kohlenhaufen und flucht: „Dreck elendiger! Das prasselt alles durch den Schlot!“ Dies ist der Heizer; er hat Nachtschicht und Interesse an einem schönen gleichmäßigen Brand.

## UMSCHAU.

**Blut und Eisen.** Der großdeutsche Einheitsgedanke marschiert wie nie. In Mecklenburg, hart an der Ostseeküste, hat die völkische Feme einen um die Ecke gebracht, in Wien, am Fuße der Alpen, ebenso. Der Bayer bildet nicht mehr, wie ein böses Wort behauptet, den Uebergang vom Menschen zum Oesterreicher, sondern Fememorde in München vermitteln die Homogenität zwischen Nord und Süd. Hoffmann von Fallersleben, lebte er heute, würde begeistert ausrufen:

Von der Maas bis an den Njemen,  
Von der Etsch bis an den Belt  
Meucheln die gehejmen Femen  
Ihre Gegner aus der Welt.

Auch Bismarck gelangt wieder zu Ehren: „Nicht Parlamentsbeschlüsse, sondern Blut und Eisen.“ Danken wir der völkischen Feme auf den Knien dafür, daß sie zum erstenmal wieder seit langem alle deutschen Stämme zu gleichgerichtetem Tun geeint hat. Feme-Deutschland in der Welt voran!

Vigil.

**Die Wahrheit auf dem Marsche.** Die Fechenbach-Interpellation der Sozialdemokratie hat einigen Erfolg gebracht: Der Reichsjustizminister Dr. Heintze „neigt“ der Ansicht zu, daß das Volksgerichtsurteil ein Fehlurteil war; das Bayerische Oberlandesgericht — o Gott! — soll die Sache nachprüfen, die Strafprozeßreform bekommt ein beschleunigtes Tempo. Alles schön, alles gut. Nur ein kleiner Schönheitsfehler bleibt: das Opfer des Justizmordes sitzt einstweilen immer noch im Zuchthaus. Und Deutschland schreit nach seinem Recht in der Welt... Aber: wieviel Jahre mußte Hauptmann Dreyfus auf der Teufelsinsel schmachten? Der Rechtsgedanke braucht Märtyrer, um siegen zu können. Eine bittere Wahrheit, aber Wahrheit ohne schreiendes Unrecht gäbe es keine Begeisterung fürs Recht. Und auch im Falle Fechenbach gilt Zolas unverwüstliches Wort: „Die Wahrheit ist auf dem Marsche und nichts wird sie aufhalten!“

E. K—r.

## BÜCHERSCHAU.

**Wanderlustigen Jungproletariern** wird es eine Freude sein, daß Hermann Böses „Volkslieder“ (herausgegeben von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, Verlag: Buchhdlg. Vorwärts) in zweiter Auflage erschienen sind. Die Neuauflage weist zwei Verbesserungen auf: der in erster Auflage stark zu kurz gekommene Teil „Arbeiter- und Freiheitslieder“ ist ausgebaut worden, sodann ist jetzt allen Melodien, nicht wie bisher nur einigen, die Akkordbezeichnung für Laute- bzw. Gitarrebegleitung zugefügt. Doch scheint mir das System der Akkordbezeichnung in der ersten Auflage weit glücklicher, weil übersichtlicher, gewesen zu sein; das jetzige erfordert in seiner Kompliziertheit ziemliche Anstrengung, bis es entziffert ist, während beim Sang und Spiel auf dem Marsche die Feinheiten der Instrumentierung doch erfahrungsgemäß unter den Tisch fallen. E. K—r.

**Der Geenij von Hans Reimann** (Verlag Paul Steegemann in Hannover). Wenn die Monarchisten Grütze im Kopf hätten, so würden sie dieses Büchlein empfehlen. Denn, mag Reimann auch das sächsische Schießertum in seinem Geenij Friedrich August als seiner erlauchtesten Blüte verulken, so entsteht doch aus dem Schock Anekdotchen, von dem mindestens zwei Dutzend zum Kranklachen sind, das Bild eines Monarchen, der vor seinen Berufskollegen eine Eigenschaft voraus hatte: großzügigste Harmlosigkeit. Der Leser, der über

Friedrich Augusts Naivitäten, Menschlichkeiten und Entgleisungen genügend das Zwerchfell hat tremolieren lassen, klappt gleichwohl das Büchlein mit einem Gefühl des Bedauerns zu: „Schade, daß der nicht 1914 Kaiser war, wir wären am Ende um den Weltkrieg herumgekommen.“ Ein harmloser Simpel, der seine eigene Unbegabtheit begreift, ist am Ende doch ungefährlicher an der Staatsspitze, als ein großwahn sinniger, sich überall mit Besserwissen einmischender Dilettant. Sollte Deutschland wieder Monarchie werden — was Severing verhüte —, stimme ich für Friedrich August... **Vigil.**

**Astronomie für alle.** Von Robert Henseling. Sechs in sich abgeschlossene Abteilungen von je etwa 5 Druckbogen (80 Seiten) Text, mit zahlreichen Bildern und Kunstdrucktafeln. Abteilung I: Sternhimmel und Menschheit. (Frankische Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.)

Ein Buch vom Wissen des Weltalls, in einer, für jeden Laien verständlichen, anschaulichen Form. Eine Darstellung der Entwicklungsgeschichte unseres astronomischen Weltbildes, die jeden Liebhaber der Astronomie in Form und Darstellung begeistern wird. Ueber die Fragen der „allgemeinen Astronomie“ führt der Verfasser mitten in eigenes Erleben und Sehen hinein. Mit lebendiger Darstellung zeigt er uns das astronomische Weltall, ohne mit übervielen Zahlen zu ermüden. Sz.

### Auslandspreise für ein Vierteljahrsabonnement der „Glocke“

Amerika } . . . . .	1 Dollar	Italien . . . . .	12 Lire
China } . . . . .		Rumänien . . . . .	80 Lei
Japan } . . . . .		Schweiz . . . . .	5 Franken
England . . . . .	5 Schilling	Spanien . . . . .	6 Pesetas
Frankreich und Belgien . . . . .	10 Francs	Skandinavien . . . . .	5 Kronen
Holland . . . . .	2½ Gulden	Tschechoslowakei . . . . .	15 Kronen

**Ueberweisung durch Wertbrief oder Scheck erbeten**

# PAN-VERLAG ROLF HEISE

## BERLIN-CHARLOTTENBURG 2

ARTHUR LIEBERT

### Vom Geist der Revolutionen

3. Auflage

Hier werden die geistigen Grundlagen der Revolutionen aufgezeigt. Unzeitlich und doch so zeitgemäß beantwortet der bekannte Philosoph die tiefenste Frage, wie Revolutionen überhaupt möglich sind.

Gz. 1.65 brosch., 2.40 in Halbn.

WERNER SOMBART

in 2. Auflage

### Soziologie Band 1 der „Quellenhand- bücher der Philosophie“

Dieses Buch bringt in Auszügen die wichtigsten Stellen der soziologischen Literatur. Die sorgfältige Zusammenstellung dieser Anthologie ergibt ein Lehrmittel ersten Ranges. Hier eröffnet sich dem Suchenden eine ungeahnte Perspektive.

Gz. 3.60 kartoniert

Durch jede Buchhandlung zu beziehen  
Ausführliche Prospekte versendet bereitwilligst der Verlag

Soeben erschien:

## **P. J. PROUDHON**

### Bekenntnisse eines Revolutionärs

Herausgegeben von  
**G. Salomon**

Ein politisches Memoirenwerk, ein Abriß französischer Geschichte, eine glänzende, höchst aktuelle Analyse des Werdens und Untergangs der zweiten Republik

Grundzahl: 5,50, Ganzleinen 7,-  
Wohlfelle Ausgabe gebund. 4,50

Demnächst erscheint:

## **ROSA LUXEMBURG**

### Briefe an Karl und Lulise Kautsky (1896 - 1918)

Herausgegeben und eingeleitet  
von **Lulise Kautsky**

Diese Briefe sind mehr als ein politisches Dokument. Sie sind ein wahrhaft dichterisches Bekenntnis reinsten, edelsten Menschentums

Grundzahl: Kartoniert 6,-  
Leinen 8,-

*Zu beziehen durch alle Buchhandlungen*

**E. Laubsche Verlagsbuchhandlung S.m.b.H.**  
Berlin C 54 *Neue Schönhauser Straße 9*

# GEORGE GROSZ

IST NICHT ALLEIN DER  
BEDEUTENDSTE ZEICHNER DEUTSCHLANDS,  
SONDERN EUROPAS!

Dr. Paul Schmidt, Direkt.d.städt.Samml., Dresden

## Abrechnung folgt!

57 politische Zeichnungen. Preis: broschiert 2.—, Pappband 4.50.  
Vorzugsausgabe: Halbpergamentband, vom Künstler signiert, Preis: 50.—.

## Das Gefäß der herrschenden Klasse

57 politische Zeichnungen. Preis: broschiert 1.50, Halbleinen 4.50.  
Vorzugsausgabe: Halbpergamentband, vom Künstler signiert, vergriffen.

## Ecce homo

84 Lithographien und 16 Aquarelle. Vorzugsausgaben: Ausgabe A, Nr. I—L, jedes Blatt vom Künstler signiert, Preis: 600.— Grundmark. Ausgabe B (nur die 16 Aquarelle) jedes Blatt vom Künstler signiert, Halbpergament Preis: 200.— Grundmark. Unsignierte Ausgaben: Ausgabe BII (nur die 16 Aquarelle) 32.— Grundmark. Ausgabe C (84 Lithos und 16 Aquarelle) 45.— Grundmark. Ausgabe D (nur die 84 Lithos) 20.— Grundmark.

## Die Räuber

9 signierte Lithographien, nach Sentenzen aus Schillers Räufern. Mappe: Nr. 1—10 vergriffen. Nr. 11—45 in Halbseide 150.— Grundmark. Nr. 46—100 in Halbleinen vergriffen.

## Gott mit uns

9 signierte Lithographien. Nr. 1—10 in Halbpergament 300.— Grundmark. Nr. 11—50 in Halbseide, vergriffen. Nr. 51—100 in Halbleinen, vergriffen.

## Im Schatten

9 signierte Lithographien, 100 numerierte und signierte Exemplare, vergriffen.

## Mit Pinsel und Schere

7 Materialisationen. Broschiert 4.50 Grundmark, in Mappe 7.— Grundmark.

IN VORBEREITUNG:

## GEDICHTE

VON IHM SELBST ILLUSTRIRT

*Der Malik-Verlag | Berlin W 9  
Köthener Straße 38 im Meistersaalgebäude*

Grundpreis × Buchhändlerschlüsselzahl = Ladenpreis

# GEORGE GROSZ



# DIE GLOCKE

16. Heft

16. Juli 1923

9. Jahrg.

---

Nachdruck sämtlicher Artikel ist nur mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

---

RUD. BREITSCHIED:

## Hoffnungen und Enttäuschungen.

**E**S ist ein Beweis gleichzeitig für die tiefe Not, in der sich das deutsche Volk befindet, und für seinen Wunderglauben, daß es immer, wenn ein außenpolitischer Schritt der englischen Regierung angekündigt wird, auf eine unmittelbar bevorstehende Wendung seines Schicksals hofft. Das während des Krieges so viel und heftig gescholtene England soll ihm jetzt der Befreier aus dem Elend sein, und wenn man auch zugibt, daß dieser Staat nicht aus Sympathie für Deutschland handle, so ist man doch überzeugt, daß seine eigenen Interessen ihm die Frontstellung gegen Frankreich gebieten, und trotz aller trüben Erfahrungen hält man immer wieder den entscheidenden Schritt, durch den Poincaré isoliert und Deutschland gerettet werden soll, für unmittelbar bevorstehend.

So auch jetzt wieder, als eine Erklärung Baldwins im Parlament angekündigt wurde. Die deutsche Presse brachte die Mitteilung in sensationeller Aufmachung, und um die Stimmung zu beleben, wurden die Vermutungen, die einzelne Londoner Zeitungen über die nächsten und die späteren Absichten des Kabinetts anstellten, beinahe als sichere Tatsachen hingestellt. Wir durften beruhigt sein — von der Themse kam uns das Heil. Tags darauf wurde dann freilich wieder Wasser in den Wein gegossen: halbamtlich war in London „alles Gerede über einen Bruch mit Frankreich nachdrücklich gemißbilligt“ worden; Baldwin werde nur den Standpunkt seiner Regierung zur Reparationsfrage darlegen und im übrigen alle Türen für weitere Verhandlungen mit Frankreich offen lassen.

Das war für manchen wieder eine Enttäuschung, aber wir würden weniger Enttäuschungen erfahren, wenn wir den Dingen klarer ins Auge sehen. Daß Großbritannien ein wachsendes Unbehagen über die französische Politik an der Ruhr und am Rhein empfindet, kann keinem Zweifel unterliegen. Die Volksmeinung wendet sich immer mehr von dem System Poincarés ab, sie fühlt sich durch das selbständige Vorgehen des Verbündeten in ihrer

Ehre gekränkt und was wichtiger ist, sie fürchtet die politische und militärische Hegemonie der Franzosen in Europa. Der Willé, Poincaré in den Arm zu fallen, ist sicher vorhanden, aber wo ist der Weg? England hat die Situation, in der es sich befindet, unter der Führung Lloyd Georges selbst mit schaffen helfen. Sich aus ihr mit dem Schwert in der Hand zu befreien, ist es weder gewillt, noch besitzt es dazu angesichts der überlegenen Rüstung Frankreichs im Augenblick die Kraft. Es muß sich einstweilen darauf beschränken, den Konkurrenten immer wieder wissen zu lassen, daß es sein Verhalten mißbilligt, und außerdem seine allmähliche diplomatische Isolierung herbeizuführen. Die Ruhr- und Reparationsfrage sind ihm nicht nur Selbstzweck, sondern auch Mittel zum Zweck. Hier kann es den Hebel ansetzen, um Paris die Sympathien und die tätige Mitwirkung der übrigen in Betracht kommenden Staaten einbüßen zu lassen.

Diese Entwicklung zu verfolgen ist für Deutschland sicher sehr interessant und unter dem Gesichtswinkel größerer Zeiträume betrachtet, auch ermutigend. Aber in der Not des Augenblicks kann uns die englische Politik nur geringe Erleichterung bringen. Herr Baldwin ist ungeduldig geworden und hält im Unterhaus eine Rede, die die amtliche Antwort auf die letzte deutsche Note vorbereitet. Mit dieser Antwort kann England nicht länger warten. Das verbieten ihm nicht nur die diplomatischen Gepflogenheiten, sondern vor allem auch der Umstand, daß das deutsche „Memorandum“ unter starker Mitwirkung englischer Berater zustandegekommen ist. In London hatte man gehofft, man werde sich mit Frankreich über einen gemeinsamen Text verständigen können. Da aber Poincaré unaufhörlich sein Sprüchlein wiederholt: keine Antwort vor Beendigung des passiven Widerstandes, sieht sich das britische Kabinett zu selbständigem Vorgehen genötigt. Das ist eine Sonderaktion genau so wie es eine französische Sonderaktion war, als Paris auf die deutsche Mainote unbekümmert um den englischen Standpunkt replizierte.

Für die Franzosen ist dieser Schritt, auch wenn alle ihr Selbstgefühl kränkenden Wendungen vermieden werden, sicher nicht angenehm, aber für Deutschland ist, abgesehen von der befriedigenden Feststellung, daß England in aller Oeffentlichkeit Frankreichs Politik mißbilligt, noch sehr wenig erreicht. Im besten Falle schließt sich die Pariser Regierung den britischen Auffassungen über die Reparationsfrage nach einigem Zögern grundsätzlich an. Dann sind zwischen den Verbündeten noch manche Kompromisse möglich, bei denen, wie zu besorgen ist, gerade die Frage einer Nachprüfung unserer Leistungsfähigkeit durch internationale Sachverständige nicht in günstigem Sinne gelöst wird. Oder der Advokat am Quai d'Orsay bleibt hartnäckig, dann können wir ein Separatabkommen mit Baldwin treffen, aber damit ist der fran-

zösisch-belgische Druck nicht von den besetzten Gebieten genommen, denn der englische Premierminister hat einstweilen kein Mittel an der Hand, seinen französischen Kollegen in Sachen der Reparationen gefügig zu machen und ihn zu einem Verzicht auf seine Kapitulationsforderung zu nötigen.

Das alles ist nicht gesagt, um den Wert der Londoner Aktion herabzusetzen, sondern nur um vor Illusionen zu warnen und darauf hinzuweisen, daß wir auf dem Wege, der jetzt betreten wird, nur sehr langsam zum Ziel kommen können. Wenn wir auf die Auswirkung der englischen Bemühungen warten wollen, müssen wir sehr viel Zeit haben, und die Frage ist immer wieder, wie lange Deutschland auszuhalten vermag und ob das Aushalten tatsächlich die einzige politische Weisheit ist. Daß der passive Widerstand an der Ruhr, soweit die dortige Bevölkerung in Frage kommt, noch Monate fortgesetzt werden kann, ist sicher. Der Wille dazu ist vorhanden. Aber das Problem darf nicht nur unter diesem Gesichtspunkt betrachtet werden. Es handelt sich nicht nur um die moralische, sondern auch um die materielle Seite der Sache.

Von einem höheren Justizbeamten aus dem besetzten Gebiet, der nicht zur Sozialdemokratie gehört, erhielt ich einen Brief, in dem es unter anderem heißt:

„Ich frage, warum rührt sich der Reichstag nicht, um der meines Erachtens verhängnisvollen Politik Cunos ein Ende zu machen? Kann ein denkender Mensch annehmen, daß der passive Widerstand zu einem für uns günstigen Ergebnis führt? Wiederholt sich nicht das gleiche wie während des Krieges? Man vertröstet uns auf den glücklichen Ausgang. Das Wort „wir schaffens“, von Hindenburg, klingt mir noch in den Ohren, und dann kam der furchtbare Zusammenbruch. Wird es jetzt anders kommen? . . . . Ist es nicht so, daß auch der Reichstag einem verhängnisvollen Irrtum unterliegt und mit der Regierung durch dick und dünn geht, anstatt einzusehen, daß die jetzige Politik zu nichts gutem führen kann? Oder sind irgendwelche Anzeichen dafür vorhanden, daß Frankreich einlenkt, wenn wir standhalten?“

Vielleicht ist der Briefschreiber zu pessimistisch, aber die bangen Fragen, die er stellt, müssen sich jedem aufdrängen, der die wirtschaftlichen Folgen des gegenwärtigen Konflikts in Betracht zieht und der sich über die wachsende Not der breitesten Schichten und über die Unwirksamkeit der bisher zu ihrer Abhilfe angewandten Mittel im klaren ist. Es mag zugegeben werden, daß im gegenwärtigen Moment ein großer und entscheidender Schritt auf dem Gebiet der auswärtigen Politik von Deutschland nicht getan werden kann. Aber sollte es wirklich außerhalb des Bereichs der Möglichkeit liegen, mit Frankreich zu einem Kompromiß über die Aufgabe des passiven Widerstandes und die Räumung des Ruhrgebiets zu gelangen? Im Pariser „Temps“ fand sich dieser Tage die Bemerkung, daß der deutsche Geschäftsträger in Paris bisher noch nicht die Zeit gefunden habe, Herrn Poincaré auf

zusuchen. Ist das nicht am Ende ein Wink, der Beachtung verdient? Ist es zu rechtfertigen, daß sich die Aktivität der deutschen Regierung in der Abfassung und Absendung der beiden Noten erschöpfte?

Vielleicht hat sie mehr getan und mehr versucht, aber dann wäre es nötig gewesen, daß sie in aller Oeffentlichkeit im Parlament über ihre Arbeiten Bericht erstattet hätte. Doch für das Kabinett Cuno ist ja der Reichstag ein heißes Eisen, dem es in großem Bogen aus dem Wege geht. Seit dem April haben wir keine Debatte mehr über die wichtigsten politischen Gegenstände gehabt. Baldwin spricht zur Volksvertretung, Poincaré äußert sich in der Kammer und im Senat, die Herren Cuno und Rosenberg schweigen und lassen den Reichstag in die Ferien gehen. Das Parlament ist bei uns in skandalöser Weise ausgeschaltet, und wir müssen uns damit begnügen, gelegentlich durch Wolffs Büro zu erfahren, was die Regierung der Oeffentlichkeit mitzuteilen für gut hält. Freilich trägt das Parlament an diesem Zustande selbst einen großen Teil der Schuld. Es hat sich nicht nur der Möglichkeit beraubt, durch die sogenannten kleinen Anfragen das Kabinett zur Äußerung über bestimmte schwebende Fragen zu nötigen — der Abgeordnete von Rheinbaben macht gerade jetzt in einem Brief an den Reichspräsidenten auf diesen Uebelstand aufmerksam —, sondern seine Mehrheit ist auch gern bereit, der Abneigung des Kanzlers gegen eine Aussprache Rechnung zu tragen. Wenn Herr Cuno erklärt, schwebende diplomatische Verhandlungen dürften nicht durch eine Debatte gestört werden, tragen die bürgerlichen Parteien diesem Bedenken Rechnung, statt zu verlangen, daß ihnen ein Einfluß auf den Verlauf und das Ergebnis dieser Verhandlungen eingeräumt werde. Der tiefere Grund ihrer Zurückhaltung ist allerdings, daß sie selber nicht recht wissen, was sie wollen, und wenn sie es wissen, daß sie es unter dem Druck des faschistischen Terrors nicht auszusprechen wagen. Und so taumeln wir aus Hoffnungen in Enttäuschungen und aus Enttäuschungen in Hoffnungen, in passiver Abhängigkeit von dem, was andere über uns beschließen.

---

ROBERT BREUER:

## Runter vom Vulkan.

**D**IE Mecklenburger Wahlen haben den beiden radikalen Flügeln, den völkisch durchsetzten Deutschnationalen und den gläubigen Kommunisten einen bemerkenswerten Erfolg gebracht. Der Prozeß Fuchs ist ein Sieg des bayerischen Monarchismus Ludendorffscher Färbung über den anderen bayerischen Monar-

chismus des Herrn Heim; der Prozeß hat gezeigt, wie unbedenklich der Radikalismus der Rechtsleute operiert.

In dem Prozeß Watter wurde der Brief eines Obersten von Stolzenberg verlesen:

„Wir (eine in München tagende Konferenz von Offizieren und Bäckern) waren uns vollkommen klar, daß dieser Zustand des Zankes und der Zersplitterung nunmehr im Hinblick auf das eine gemeinsame höchste Ziel der Erhebung des deutschen Volkes zum Kampf gegen den äußeren Feind restlos begraben werden müßte. Alle Verbände, Ehrhardt, Baltikum, Stahlhelm, Oberland, in unserer Provinz haben sich General Hellfritz unbedingt zur Verfügung zu stellen. Die einzige Sorge, daß die Reichswehr bei einem lediglich inneren Konflikt nach links rutschen könnte, besteht für mich nicht, da in diesem ganz unwahrscheinlichen Falle General Hellfritz, wie alle vaterländischen Verbände, nicht nur mitmachen würde, sondern, wenn erforderlich gegen die Reichswehr mit der Waffe vorgehen würde.“

Der Brief ist datiert vom 8. April 1923.

Radek hat bewundernd von Schlageter gesprochen: er wäre zwar ein Wanderer ins Nichts, aber immerhin ein Kerl gewesen. An solche moskowitische Reverenz vor deutsch-völkischem Radikalismus hat interessanter Gedankenaustausch angeknüpft. In der „Deutschen Zeitung“ schreibt der an national-ethischer Hysterie unheilbar erkrankte Stadtler:

„Ins Nichts geht die Wanderung aller derer, die das nächste Zielbild ihrer Phantasie mit bequemer Geste packen möchten, und jene Zukunft darüber vergessen, welche als Gewissensruf „Du sollst“ in ihnen ruft. Wanderer ins Nichts — das sind die Bequemen und Satten, die Weiten und Feigen, die Ziellosen und Inhaltslosen, das sind die Massen mit ihren Verführer-Führern, das sind die Spießer-Bourgeois und die Spießer-Proletarier. Es ist nicht seltsam, daß sich Katholiken und Atheisten, Nationalisten und Internationalisten, Liberale und Sozialisten heute im Mischmasch des Parlaments zur Koalition der Feigheit gefunden haben. So wie sie sind, gehören sie auch zusammen. Was unterscheidet Stresemann von Breitscheid? Wohlan denn; die deutschen Nationalisten gehen den Weg des deutschen Volkes, dem sie dienen. Das Ziel heißt: Freiheit, der Weg heißt Kampf. Wer das gleiche Ziel ehrlich will, ist ihr Gesinnungsfreund. Wer dafür mitkämpft, ist Kampfgenosse. Die Einung liegt jedoch nicht im Wort. Denn unsere Front ist Kampf.“

Radek antwortet:

„Die Kommunistische Partei ist jetzt eine feste Massenpartei. Nicht nur kann sie, sondern sie muß eine Stellung beziehen gegenüber einer andern Massenbewegung, wie es der Faschismus ist. Wir bekämpfen ihn, wenn notwendig, mit der Waffe in der Hand, wenn er uns angreift. Aber gleichzeitig haben wir die Pflicht, alles zu tun, um bei der nationalistischen Bewegung in Deutschland zu erfahren, ob es nicht Dinge gibt, die uns einigen mit dem nicht kommunistischen, aber sozial leidenden Massen der nationalen deutschen Bewegung.“

Der Radikalismus von Rechts und Links organisiert sich, hat sich bereits organisiert, ist sprungfertig, schlägt um sich und sucht sich zu vereinigen. Der Kampf gilt der Mitte. Ob die bei den Radikalen es miteinander ehrlich meinen, wird schwer festzustellen sein. Wie sie sich verhalten werden, wenn die Mitte

zertrümmert worden ist, kann niemand voraussagen. Die Werbungskraft bei den Radikalen ist, durch die Zeitverhältnisse bedingt, groß, ist im Wachsen. Rot und schwarz-weiß-rot schlagen die Hoffnungen zusammen. Von zwei Seiten wird der Vulkan eingeleitet. Es gilt, ihn zuzuschütten, von ihm herunterzukommen, die Einheizer abzdrosseln, auseinander- und zu Paaren zu treiben. Deutschland springt mit dem Vulkan ins Verderben oder es schafft sich eine zwar sehr langweilige, aber immerhin stabile, breit gelagerte Ebene: die Interimsverständigung zwischen Kapital und Proletariat, die Abfindung mit dem Ausgang des Krieges und dessen Folgen, den allseitigen Verzicht auf restlose Erfüllung der Parteiprogramme und die klare Erkenntnis, daß die geringste Arbeit innerhalb der Verwaltung wichtiger ist als das Predigen von Weltanschauungen und Grundsätzen.

Herr Radek will noch immer Weltrevolution. Das heißt: er möchte russischen Imperialismus auf Trümmern europäischer Großmächte ausbauen. Deutschnationale Narren, die nicht begreifen können, daß Deutschland heute Macht dritten und vierten Grades, greifen in Verzweiflung selbst nach Radeks listig verkleideten Mordhänden, wenn er ihnen von neuer nationaler Glorie flüstert. Wer das Chaos, in das hinein dergleichen Vernunftlosigkeiten führen müssen, vermeiden will, wird für Deutschland, das nun einmal Objekt der Weltpolitik und für heute und morgen nichts anderes als eben Objekt sein und bleiben wird, eine angemessene, vorsichtige, von Romantik völlig freie, ganz auf deutsche Tatsache eingestellte Betätigung suchen und erwirken müssen. Wer das Chaos vermeiden will, muß im Wirrwarr der Parteien, der Leidenschaften, der Phantasien, des Verbrechens und der Dummheit den in allen Fugen krachenden Staat Deutschland auf dem Fundament von Weimar, auf Demokratie und Parlament fest fügen, muß die Staatsgewalt eisern machen, unzugänglich allem Geschwätz, rücksichtslos von sich stoßend, jeden Verführer und Wortemacher, ins Zuchthaus und aufs Schafott schickend jeden, dem solche gouvernementale Erstarkung, solche fachmännische Neuordnung der Dinge, solche Ausgleichspolitik, solche Koalitionspolitik, solche Einigung von Kapital und Proletariat nicht dramatisch genug oder gar unsittlich und gegen Marx oder gegen Bismarck verstoßend dünkt. Runter vom Vulkan — das heißt: sich freimachen von aller Sentimentalität, von allen Gefühlen, heißt, das Instrument des Staates auf breiter Basis fest bauen.

Deutschland kann nur durch eine harte, von allen Illusionen freie Regierung gerettet werden. Wer heute der völkischen Leidenschaft sein Ohr leiht und morgen vor der Kurzsichtigkeit der Straße kapituliert, ist als Führer und Regent ungeeignet. Man hat von der Diktatur der Mitte gesprochen. Das Wort ist bildhaft und gut. Runter vom Vulkan — heißt: dem breit hingelagerten In-

teressenausgleich diktatorische Gewalt gegen alle Interessenmißbraucher zu geben. Ob General Watter, ob Radek — Deutschland kann die Herren nicht gebrauchen. Damit aber beide Herren nicht an Deutschland herumdoktern, wird es notwendig sein, einer Regierung der Mitte endlich aus den Geburtswehen heraus und zum vielleicht nicht gerade sehr lustigen, wahrscheinlich sehr arbeitsreichen und hoffentlich lang dauernden Leben zu verhelfen.

Eine solche Regierung der Mitte wird sich allerdings freihalten müssen vom Aberglauben, an aktiven Widerstand Unbewaffneter gegen stärkste Heeresmacht; vom Aberglauben, Freiheitskampf oder auch nur Grenzschutz durch militärisch kostümierte Knaben (schwarze Reichswehr) erwirken zu können. Vom Aberglauben durch nationalistische Tiraden Deutschlands Wirtschaft und im besonderen sein Verhältnis zu den anderen Mächten beeinflussen zu können.

Eine solche Regierung wird ebenso energisch alle Illusionen des Hungers zerstören müssen, wird nicht versuchen dürfen, die fallende Mark künstlich zu halten und auf Kosten der Gesamtheit zu schminken, aufs Thermometer zu hauchen, um das Zimmer zu wärmen. Eine solche Regierung wird nicht wertbeständige Löhne versprechen innerhalb eines Wirtschaftszustandes dauernder Beweglichkeit. Eine solche Regierung wird den Mut haben, der Arbeiterschaft zu sagen, daß der Kapitalismus heute, nach dem Kriege stärker und internationaler als je zuvor, nicht mit edlen Wünschen oder groben Dekreten beseitigt werden kann, daß die Arbeiterschaft fürs erste nicht über die Köpfe verfügt, die erforderlich sind, um den äußerst komplizierten und durch die wachsende Internationalisierung noch dauernd komplizierter werdenden Organismus der kapitalistischen Wirtschaft und der industriellen Produktion zu leiten. Eine solche Regierung wird andererseits den Mut haben, dem Kapital darzulegen, daß erstens, wie kürzlich der Demokrat Haas ausgeführt hat, das Reich befehlen und die Industrie gehorchen muß, und daß ferner, wie vor dem Zentralvorstand seiner Partei Stresemann sprach:

„Wenn es sich um die Freiheit Deutschlands handelt, diejenigen die Träger der Wirtschaftsgarantien der Reparationspolitik sein müssen, die Besitzer des Sachvermögens sind.“

Durchaus zutreffend setzte Stresemann hinzu:

„Wenn wir über diese Garantieleistung der Wirtschaft nicht zu einer Verständigung kommen, so ist es mir zweifelhaft, ob wir die weitere politische Entwicklung überhaupt noch parlamentarisch in der Hand behalten können, ob nicht vielmehr der Radikalismus Gelegenheit bekommt, sich durchzusetzen. Wir tanzen auf einem Vulkan und wir stehen vor einer Revolution, wenn wir nicht durch eine ebenso kluge wie entschlossene Politik die Gegensätze versöhnen können.“

Eine Regierung der Mitte ist nicht, wie der deutschvölkische Romantiker meint, eine Regierung der Feigheit, sondern ganz im Gegenteil eine Regierung, die den Mut hat, nach rechts und nach links und nach allen Seiten hin Illusionen zu töten, Erwartungen und Wünsche einzuschränken, Opfer aufzuerlegen, und in langsamer, zäher Arbeit Schritt für Schritt Deutschland aus dem heutigen Zustand in einen wenigstens um einige Grad erträglicheren hineinzusteuern. Runter vom Vulkan; — auf Revolution, auf sinnlose Kraftvergeudung verzichtend, Deutschland nicht als führende Weltmacht, sondern als bescheidene Kontinentalmacht richtig einschätzend, Kapital und Proletariat als gleichwertige Wirtschaftsfaktoren erkennend —, so muß die Regierung der Mitte sein, die einzige Regierung, die Deutschland vor dem Feuerbrand bewahren kann.

---

DR. HEINRICH MOSER:

## Inflation und Indexlöhne.

**D**ER Uebergang zu irgendeiner Form wertbeständiger Lohnfestsetzung steht anscheinend unmittelbar bevor. Sie war zur dringenden Notwendigkeit, seit jede neue Geldentwertungsphase die Lohn- und Gehaltsempfänger zugunsten der Sachwertbesitzer in steigendem Maße enteignet und seit der Verelendungsprozeß immer weitere Schichten des deutschen Volkes die Beseitigung der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Anarchie erheischt.

Zwei Gesichtspunkte sind für die gewerkschaftlichen Forderungen maßgebend. Erstens muß unter allen Umständen verhindert werden, daß der gegenwärtige Reallohn noch weiter sinkt. Das ist bis zu einem gewissen Grade möglich, durch die Annahme eines Grundlohnes zu einem bestimmten zurückliegenden Zeitpunkt, in Verbindung mit einem verbesserten Verfahren zur Erreichung der Lebenshaltungs-Indexziffer und der automatischen Angleichung der Gehälter und Löhne. Weiterhin muß jedoch berücksichtigt werden, daß die Fixierung eines nicht allzuweit zurückliegenden Reallohnes als Grundlohn die Unterbewertung der Arbeitsleistung verewigen würde. Deshalb ist es richtig, den Grundlohn alle paar Monate neu festzusetzen und schrittweise dem Reallohn der Friedenszeit anzunähern. Zumindest bis zu dem damaligen Existenzminimum.

Wenn dieses Verfahren auch ein überaus großes Maß von Rücksicht auf die wirtschaftliche Dynamik aufweist, ja, wenn diese Revision des derzeitigen wirtschaftlichen und sozialen Kräfteverhältnisses vielleicht viel langsamer erfolgt, als es die immer be-



denklicheren Symptome des physischen, moralischen und politischen Verfalls erträglich erscheinen lassen, so dürfen wir doch nicht die Augen davor verschließen, daß die Annahme des Prinzips der Indexlöhne eine überaus starke Vermehrung der Inflation zur Folge haben wird.

Wir müssen uns nur vergegenwärtigen, daß wir zurzeit drei verschiedene Grade der Geldentwertung zu unterscheiden haben, gemessen an der Goldmarkwährung der Vorkriegszeit. Es ist dies einmal die äußere Geldentwertung (Devisen, Auslandswaren), dann die innere Geldentwertung (das inländische Preisniveau der gegenwärtigen Lebenshaltungskosten) und endlich das durchschnittliche Lohnniveau.

Die Einführung der Indexlöhne in der oben gekennzeichneten Form versucht demnach vor allem zu vermeiden, daß sich die Differenz zwischen den Entwertungsziffern des durchschnittlichen Lohnniveaus einerseits, des Preisniveaus andererseits vergrößert. Die stets zu erneuernde Festsetzung des Grundlohnes hat darüber hinaus die Verringerung der Differenz dieser Verhältniszahlen zum Gegenstand.

Tatsächlich ist es in Oesterreich möglich gewesen, die Löhne in ein festes Verhältnis zu den Preisen zu setzen. Entscheidend war aber dafür der Umstand, daß das inländische Preisniveau bereits dasjenige des Weltmarkts erreicht hatte, so daß die Erhöhung der Löhne dort nur beschränkte Möglichkeiten der Auswirkung hatte. Der Druck, den die Lohnangleichungen auf die Preise ausübten, trieb diese gar bald über das Niveau der Weltmarktpreise hinaus in eine Höhe, wo sie sich nicht lange zu halten vermochten.

Die Unmöglichkeit weiterer Preissteigerungen bedeutet aber vor allem den Wegfall einer der gewichtigsten Ursachen für das Fortschreiten der Inflation, sie rückt erst die Stabilisierung der Währung in den Bereich der Möglichkeit.

Eine solche Situation besteht in Deutschland nicht. Während bei einem Dollarstand von 160 000 der äußere Entwertungsfaktor ca. 38 000 betrug, ist für eine große Anzahl der Lebensmittel und lebensnotwendigen Bedarfsartikel die Preishöhe doch nur auf ca. 60% der äußeren Entwertung zu veranschlagen. Die allerdings sehr anfechtbare Reichsindexziffer kam sogar nur auf etwa 40% der äußeren Geldentwertung.

Es ist jedenfalls außer Frage, daß in Deutschland eine beträchtliche Steigerung des durchschnittlichen Preisniveaus wohl möglich ist, ohne die Weltmarktpreise zu erreichen. Das bedeutet aber, daß die Einführung der Indexlöhne dem Sachwertbesitzer zunächst erneut in die Lage versetzen wird, die Mehrkosten auf den Konsumenten abzuwälzen, d. h. die Preise zu erhöhen. Also neue Preissteigerung, ein neues Ausweichen der Inlandspreise vor den

immer noch nachhinkenden Löhnen, und damit vor allem eine neue Inflation, die, wenn nicht alle Kräfte angespannt werden, einen neuen Marksturz zur Folge haben muß und damit eine Verewigung des Kreislaufs. Für die Lohn- und Gehaltsempfänger wird damit nicht nur nichts gewonnen, sondern sie werden im Gegenteil immer tiefer in den Strudel der Geldentwertung hineingezogen.

Wenn daher die Arbeiterschaft heute die Forderung der Indexlöhne in den Mittelpunkt des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes stellt, so darf sie unter keinen Umständen die wichtigste Forderung ihrer bisherigen Wirtschaftspolitik, die Markstabilisierung außer acht lassen.

Die Mark muß gestützt werden, auch wenn es große Opfer erfordert. Sie muß gestützt werden zunächst, bis die Inlandspreise die Weltmarktparität erreicht haben. Wenn dann die Indexlöhne auch nicht mehr in einem so krassen Verhältnis zu den Weltmarktlöhnen stehen, d. h., wenn der Reallohn des Arbeiters sich gegenüber dem heutigen Standard nicht weiter vermindert hat, kann erst der immer furchtbarer fortschreitende Verelendungsprozeß großer Volksschichten aufgehalten werden.

Dann erst, wenn der Unternehmer nicht mehr in der Lage ist, seine Waren zu steigern, da er sie über dem Weltmarktpreis nicht mehr absetzen kann, dann erst, wenn er den offen oder versteckt stets eingesetzten „Wiederanschaffungspreis“ nicht mehr fordern kann, wenn er das Prinzip der privatwirtschaftlichen Substanzerhaltung verlassen muß, wird eine Erhöhung des Reallohnes in die Wege geleitet werden können. Dann wird die Kapitalistenklasse auch die von der Preisprüfungsstelle festgesetzte „gesetzlich zulässige Gewinnspanne“ nicht mehr ausnützen können, die eine jede wirksame Wucherbekämpfung bisher illusorisch gemacht hat.

Man entgegne uns nicht, daß dies der Ruin der deutschen Wirtschaft sei. Wohl bedeutet dieser Zustand eine Krise von wahrscheinlich ungeahnten Ausmaßen, wohl beendet er die Periode der Scheinprosperität, die einigen Wenigen wohl unermeßliche Gewinne, das Gros des deutschen Volkes jedoch ans Hungertuch gebracht hat.

Daß wir durch diese, unter Umständen jahrelange Krise hindurch müssen, ist auch von einsichtigen Kapitalisten stets als Vorbedingung einer wirtschaftlichen Gesundung anerkannt worden.

Wenn wir ihr Herannahen jetzt durch die Einführung der Indexlöhne und eine gleichzeitige Markstützungsaktion beschleunigen, so werden wir wohl sicher den Export für eine Zeitlang unmöglich machen. Wir beenden aber gleichzeitig damit eine Epoche, die, wenn sie noch länger währt, den Mittelstand und die Mehrzahl der geistigen Arbeiter vollständig vernichtet und die

Arbeitskraft des deutschen Proletariats für unabsehbare Zeit brachlegen muß. Gelingt es nicht, die Geldentwertungsperiode der deutschen Volkswirtschaft in kurzer Zeit abzuschließen, so wird an ihrem Ende nimmermehr der Wiederaufbau, dagegen ganz gewiß das Chaos stehen.

---

Dr. MAX QUARCK:

## Ein Angriff auf das Internationale Arbeitsbüro.

Der Völkerbund und die Einrichtungen, die mit ihm zusammenhängen, besonders das Internationale Büro der Arbeit, beginnen in Frankreich Bedenken von einer ganz besonderen Seite zu erregen: von der finanziellen. Der Abgeordnete Margaine hat in der französischen Deputiertenkammer im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten einen sehr kritischen Bericht über das Budget dieser Anstalten veröffentlicht. Er spricht von einer „Ueberorganisation“, die sich da einzunisten beginne, und urteilt sehr ungnädig namentlich über den großen Beamtenapparat, den der Völkerbund und das Arbeitsbüro seiner Meinung nach haben. Im Völkerbund selber und seinen Sitzungen, die gegenwärtig in Genf stattfinden, hat ihm der berühmte Herr Hanotiaux als Beauftragter der französischen Regierung sofort mit der Tat sekundiert. Er hat den bereits reduzierten Voranschlag für das nächste Jahr, den Völkerbund und Arbeitsbüro vorlegten, an Kommissionen zurückverweisen lassen, die noch mehr einsparen sollen.

Wir wissen nicht, welche Gründe die Herren leiteten, daß sie zwei Einrichtungen, die von Frankreich als glorreiche Ergebnisse des Weltkriegs so sehr gepriesen wurden, so schlecht behandeln. Hat der Völkerbund etwa doch nicht alle Erwartungen erfüllt? Und wird etwa das Internationale Arbeitsbüro dem Unternehmerstandpunkt der französischen Kammer, in der die Großindustriellen gebieten, auf die Dauer unbequem? Das vorliegende Material und die zwei Artikel, die der „Temps“ über die Angelegenheit veröffentlicht (unter dem Titel „Un Super-Budget“ unter dem 19. und 20. Juni dieses Jahres), bringen noch kein erschöpfendes Bild. Sie geben nur einen Anfang von Aufklärung darüber, mit welchem Mißbehagen die französische Parlamentsmehrheit die Entwicklung dieser Institute verfolgt. Lassen wir also einstweilen die Gründe für dieses Verhalten dahingestellt und versuchen wir, uns mit den Beschwerden wegen der angeblichen „Ueberorganisation“ bekanntzumachen.

Der Völkerbund hat sein besonderes Budget für die Bedürfnisse seiner Verwaltung. Dieses Budget muß außerdem die Kosten für zwei Einrichtungen tragen, die dem Völkerbund unterstehen: der Internationale Gerichtshof und das Internationale Büro der Arbeit. Das Budget wird durch die Generalversammlung des Völkerbundes festgesetzt. Es be-

stimmt die Ausgaben und verteilt die Einnahmen zwischen den verschiedenen Abteilungen. Die Einnahmen werden durch die Staaten bestritten, die Mitglieder des Völkerbundes sind. Jeder von ihnen trägt nach dem Verhältnis zu ihnen bei, das für ihn bestimmt ist.

Schon hier ist eine Korrektur der französischen Angaben notwendig. Deutschland gehört nicht dem Völkerbund an und zahlt doch für seine Beteiligung am Internationalen Büro der Arbeit 75 Millionen Mark, eine Summe, die allerdings durch die Entwertung der Mark geringfügig geworden ist. Denn sie entspricht, den Dollar zu 200 000 Mark gerechnet, einem Zuschuß von ganzen 375 Dollars. Im Anfang, so bemerkt der Abgeordnete Margaine in seinem Bericht, hatte man geglaubt, daß die Ausgaben des Völkerbundes geringfügig sein würden, und daß zum Beispiel der Maßstab, den die Weltpostvereinigung anwendet, trotz seiner Unvollkommenheiten genügen und keine Schwierigkeiten bereiten werde. „Die Wirklichkeit hat alle Voraussagen zu Schanden werden lassen. Die Ausgaben haben sich derart vermehrt, daß sich verschiedene Reklamationen erhoben haben, und daß man neue Grundlagen für ihre Verteilung schuf . . .“

Im Budget für 1923 belaufen sich die Ausgaben auf 24 933 508 Goldfranken und setzen sich folgendermaßen zusammen: Generalsekretariat 14 960 546 Francs; Internationaler Gerichtshof 1 880 962 Francs; Internationales Arbeitsbüro 8 192 962 Francs. Das Generalsekretariat sollte die Versammlung und den Rat des Völkerbundes unterstützen. Im Anfang des Jahres 1920 präsentierte sich das Generalsekretariat in folgender bescheidener Form: ein Generalsekretär, ein Stellvertreter, zwei Untersekretäre und elf Sektionschefs. Man sagte es nicht, aber es war vorausgesetzt, daß diese Beamten einige Sekretäre haben würden. In kurzer Zeit umfaßte diese Abteilung 167 Personen und im Jahre 1920 schon 480. Ebenso ging es mit der Besoldung. Die Sektionschefs begannen mit 40 000 Francs und erhielten 1923 53 000—60 000. Der Generalsekretär hat 180 000 Goldfrancs, sein Stellvertreter 96 000 Goldfrancs. Die Generalsekretäre werden durch Mitarbeiter zu 24 800 Goldfrancs, durch einen Privatsekretär zu 14 700 Francs und zwei Stenotypistinnen zu 11 000 Francs unterstützt. Es gibt einen Direktor des Internationalen Büros, einen Direktor für Verkehr und Entwaffnung, einen Direktor der politischen Sektion, einen für Information, einen für juristische und einen für finanzielle Fragen. Letzterer bezieht seltsamerweise das geringste Gehalt mit 48 000 Goldfrancs. Zu dem Gehalt, den Kosten für Umzüge, Repräsentationen und Ferien kommen Tagegelder im Falle der Reise, und zwar 60 Francs Schweizer Währung für die höheren Beamten bis zum Direktor, 40 Francs für die mittleren Beamten, 30 bis 25 Francs für das untere Personal. Für die Bibliothek des Völkerbundes sind 20 Personen notwendig, von einem Hauptbibliothekar mit 24 000 Francs bis herunter zu zwei Boten mit 1900 Goldfrancs Gehalt. Dabei ist die Völkerbundsbibliothek noch in ihren Anfängen. Die Bibliothek des Arsenal in Paris, die 800 000 Bände, 20 000 Manuskripte und

20 000 Leser hat, wird von einem Bibliothekar und 13 Hilfspersonen verwaltet, deren Gehalt auch nicht im entferntesten an denjenigen des Völkerbundes heranreicht.

Ganz besonders aber hat es der Abgeordnete Margaine auf das Internationale Arbeitsbüro abgesehen. Sein Budget balanciert mit 7,9 Millionen Schweizer Franken im Jahre 1922 und mit 8,1 Millionen Schweizer Franken im Jahre 1923. Der Direktor erhält 90 000 Schweizer Franken, wozu 30 000 Francs Repräsentationskosten und außerdem seine Reisekosten kommen. Der stellvertretende Direktor erhält 65 000 Schweizer Franken plus 12 500 Fr. Repräsentationskosten. Weitere 50 000 Schweizer Franken sind für gemeinsame Repräsentationskosten vorgesehen. Der Kabinettschef des Direktors erhält 31 670 Schweizer Franken, der Stellvertreter 24 800. Das Sekretariat des Kabinetts umfaßt 11 Personen mit entsprechenden Gehältern. Der Stellvertreter hat vier Personen in seinem Sekretariat. Der Direktor hat noch ein Privat-Sekretariat, das aus drei Personen besteht. Die diplomatische Sektion beschäftigt 49 Personen mit einem Chef zu 47 000 Francs und einem technischen Beirat zu 50 000 Francs. Bei der Sektion für Untersuchungen sind 74 Personen mit ähnlichen Gehältern, bei der Sektion für Nachrichten und Berichte 89 Personen beschäftigt. Die Zentralverwaltung hat 147 Personen. Die Besoldung des Personals absorbiert 5 Millionen Francs. Die Aufenthalts- und Repräsentationskosten machen 320 000 Francs. Das Material und die Bürokosten kosten 1,5 Millionen Francs, und die Kommissionen, Enqueten und Nachforschungen 344 000 Francs. Die Sitzungen der Konferenz und des Verwaltungsrats beanspruchen 490 000 Francs.

Nach Artikel 399 des Friedensvertrags hat jedes Land die Reisen und Aufenthaltskosten seiner Delegierten zu bezahlen. Dennoch sieht das Budget 65 000 Francs für diese Posten vor. Die Beiträge der Mitgliederstaaten werden so unregelmäßig gezahlt, daß die Rückstände für das Jahr 1921 16 % und für das Geschäftsjahr 1922 36 % betragen. Für den letzteren Zeitabschnitt hat also das Internationale Büro ungefähr nur 61 % seiner Kosten erstattet erhalten. Den Fehlbetrag hat es durch eine Anleihe decken müssen. Es hat zu drei verschiedenen Malen zusammen 2½ Millionen Goldfrancs aus einem Fonds von 5 Millionen leihen müssen, der zu diesem Zweck bereitgestellt ist. Am 29. Januar 1923 wurde das Büro um Rückzahlung der Vorschüsse gemahnt. Darauf machte es darauf aufmerksam, daß der Völkerbund und seine Mitglieder ihre Aufgaben gegen das Büro nicht erfüllen und beauftragte seinen Direktor, alle Ersparnisse zu bewerkstelligen, welche mit dem Zweck des Büros verträglich seien. Im April dieses Jahres legte der Direktor einen Voranschlag vor, der beinahe 9 Millionen Goldfrancs gegen 8,2 Millionen für 1922 betrug. Die Völkerbundsversammlung beschloß nur 6,9 Millionen zu bewilligen, von denen 4,4 Millionen für Besoldungszwecke und 2,5 Millionen für sachliche Ausgaben bestimmt waren. Das Anleihedefizit der früheren Jahre bleibe noch zu begleichen. Es sei

nicht abzusehen, wie das gelingen solle, wenn sich die Mitglieder des Völkerbundes nicht neue Opfer auferlegten, so sagt Margain. Indessen beklagten sich eine große Anzahl derselben über die Lasten, die ihnen zugemutet würden. Man hat infolgedessen eine neue Verteilung der Zuschüsse vorgenommen, die den Anteil der kleineren Staaten verringert und dafür den Zuschuß der großen Staaten erhöht. Der Anteil Englands und Amerikas wird nicht angegeben. Der Anteil Frankreichs ist von 1922 auf 1923 beinahe verdoppelt worden, nämlich von 1 Million auf 2,1 Millionen Goldfranken. Damit ist aber nach dem Abgeordneten Margain die Frage nicht erledigt und er kommt zu folgendem Schlusse:

„Die stellvertretenden Generaldirektoren und die Direktoren mit ihrem umfangreichen Anhang von Beamten und ihren übertriebenen Gehältern bedeuten einen Mißbrauch, der leider noch andere Konsequenzen hat, als die finanzielle Verschwendung. Diese Beamten wollen etwas machen, die Direktoren wollen etwas leiten, die Sektionen wollen etwas studieren. Nachdem sie studiert und geleitet haben, wollen sie zu einem Resultate kommen. Zu diesem Zwecke drücken sie auf den Verwaltungsrat und agitieren bei den Mitgliedern der Versammlung. Viele von ihnen vergessen, daß sie einer bestimmten Nation angehören. Sie wollen die Welt nach den Auffassungen formen, die ihnen persönlich eigen sind. Und schließlich machen sie aus dem Völkerbund einen theoretischen Ueberstaat, in dem eine Menge Reibungen entstehen, die schließlich die ganze Organisation gefährden!“

Das Pariser Blatt, das diesen Unkenruf unterstreicht, fügt hinzu, daß es sehr wünschenswert wäre, wenn der Völkerbund nicht aus seiner Rolle fiele. Weder vom politischen, noch vom sozialen Standpunkt aus würde es ertragen werden können, daß der Ruf und der Einfluß des Völkerbundes in den Dienst gewisser herrschender Theorien gestellt würde. Diese würden um so gefährlicher sein, als sie im Dunkel operierten und ungestraft und unkontrolliert groß würden. Es sei noch nicht zu spät, Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Diese Beschwerden und Angriffe sind sehr charakteristisch. Sie kommen von einer Stelle, die den französischen Großindustriellen sehr nahe steht und die im nationalen Block der Kammer ihre Wurzeln hat. Sie ist also einseitiger Stellungnahme im Sinne des Unternehmertums sehr verdächtig. Das Interesse dieser Kreise an Kriegslieferungen und ihre Voreingenommenheit gegen soziale Reformen sind sicher im Spiele. Es mag sein, daß sich manches in der Verwaltung des Völkerbundes und im Internationalen Arbeitsbüro vereinfachen läßt. Aber das ist doch kein Anlaß, solche Alarmrufe auszustoßen und die Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten zu mobilisieren. In der Abrüstungskommission des Völkerbundes leistet der englische Lord Cecil, der auch die Seele der besonderen englischen Auffassung über das Ruhrabenteuer Frankreichs ist, eine sorgfältige und zähe Arbeit

zugunsten der Abrüstungsgedanken, die in Deutschland vielfach noch nicht genügend beachtet wird. Lord Curzon ist es bitter ernst mit seinen Plänen, auch wenn er sie durch tausend Widerstände und Hindernisse verfolgen muß. Er will zu irgendeinem Anfang der allgemeinen Abrüstung kommen, und der englische Plan, die Luftflotte zu verdoppeln, steht dem durchaus nicht entgegen. Diese Drohung ist an einen Separatgegner des britischen Reichs gerichtet und soll diesen im Zaume halten. Der Anfang für eine allgemeine Abrüstung ließe sich trotzdem schaffen.

Aber diese Tätigkeit ist sicher den französischen Rüstungsindustriellen am unangenehmsten. Und es ist bezeichnend, daß sie bereits im dritten Jahre des Völkerbundes beginnen, an ihm zu mäkeln, während am Ende des Krieges die Schaffung einer solchen Weltvereinigung als eine Großtat der westlichen Demokratien gepriesen wurde. Was hier als „Theorie“ einzelner Persönlichkeiten und Nationen gerügt wird, die angeblich ihre Stellung im Völkerbund vergessen, das ist englische Arbeit und Mühe. Auch manche andere Entscheidung des Völkerbundes, z. B. diejenige in der Saarfrage, hat den Franzosen nicht gefallen.

Beim Internationalen Büro der Arbeit aber wird mit dem gleichen Argument auf die Deutschen abgezielt, die dort eine unermüdliche Arbeit für Arbeiterschutz und Sozialreform entfalten. Sie bilden bei diesem Institut eine winzige Minderheit und haben kaum irgendeine wichtige Beamtenstelle inne. Diese sind durchweg mit Franzosen, Engländern, Amerikanern, Italienern und Russen besetzt. In der Generalversammlung des Büros der Arbeit haben die deutschen Arbeiterverbände im ganzen zwei Vertreter! Aber der ganze Geist, der das Internationale Büro für Arbeit beherrscht, hat etwas von der Gründlichkeit der Deutschen angenommen. Es werden dort gewissenhafte und weitsichtige Untersuchungen über alle sozialen Fragen, die im Gange sind, vorgenommen. Die Fürsorge für Kriegsverletzte bildet ebenso einen Gegenstand sorgfältiger Feststellung, wie die Gewerbeinspektion und die Auswanderungsfrage, die Erwerbslosenfürsorge und der Arbeiterschutz. Die offiziellen Dokumente, die das Büro über den Stand der Dinge veröffentlicht, werden fortgesetzt auf dem laufenden gehalten und Vorschläge zu neuen gesetzgeberischen Maßnahmen mit äußerster Vorsicht gemacht.

Sachlich hat das Büro deshalb noch nicht viel ausrichten können, weil ihm jede Exekutivgewalt fehlt und weil der Wind der Sozialreform, der sein Schifflein anfänglich trug, merklich abgeflaut ist. Von einem geheimen Einfluß persönlichen Ehrgeizes oder individueller Theorien kann gar keine Rede sein. Alles wird in voller Öffentlichkeit behandelt. Die Unternehmer haben die Mehrheit und die Gelegenheit, gegen den geringfügigsten Vorschlag des Büros Bedenken und Zweifel zu erheben und diese zur Geltung zu bringen. Die französische Kritik irrt also gründlich, wenn sie dem Büro unsachliche und ehrgeizige Motive unterschiebt. Das Ganze ist ein Frontangriff der sozialen

Reaktion auf ein Institut, das Wertvolles leistet und für das vielleicht das Geld des Völkerbundes mit am nützlichsten ausgegeben wird. *Hinc illae lacrimae!* Deutschland und England müssen am Ende noch als Anwälte der geschmähten Institute auftreten, um ihre Tätigkeit ungeschmälert und entwicklungsfähig zu erhalten.

---

VIGIL:

## Im Dunstkreis des Hohenzollernhofes.

(Wie sie einander liebten und trauten.)

„Der Kaiser umgeben von seinen Paladinen“ — so lautete wohl die Formel, unter der man uns auf der Schule die Hohenzollern mit ihrer Umgebung zu sehen lehrte. Ein Trugbild! Es wäre eine ungeheuer reizvolle Aufgabe für den Geschichtsforscher, aus der Lawinenflut der Memoiren, aus den Erinnerungen der Hohenlohe, Waldersee, Tirpitz, Hamann, Bülow usw. einmal ein Mosaikwerk zusammenzustellen, das der immer noch hohenzollerngläubigen Mitwelt zeigt, wie am Hohenzollernhof spioniert und intrigiert wurde, wie einer dem anderen mißtraute, ihn bespitzelte, welche Atmosphäre des Klatsches und der Verleumdung sich im Zusammensein dieser deutschen Heldenseelen entwickelte.

Hier sollen nun einige Proben vom jüngsten Sproß am Baume der Wilhelminischen Erinnerungsliteratur gegeben werden. Vor uns liegen die Erinnerungen des Fürsten Philipp zu Eulenburg-Hertefeld, des Intimus Wilhelms II. (Aus 50 Jahren. Verlag Gebrüder Paetel, Berlin 1923). Man muß freilich an dieses Buch wie an alle ähnlichen, mit größter Vorsicht herangehen, weil es in erster Linie zur eignen Rechtfertigung geschrieben ist und in sorgfältiger Auswahl das jeweils Zweckdienliche enthüllt oder verschweigt. Macht man aber diesen Vorbehalt, findet man weiter die Geduld, sich durch einen Wust belangloser Anekdoten und rein persönlicher Erlebnisse hindurchzuarbeiten, so bleibt noch genug des Charakteristischen. Bei dem Folgenden möge man sich immer vor Augen halten, daß der Verfasser kein Beliebiger war, sondern ein Auserwählter unter den Auserwählten, dem seine persönlichen Beziehungen zum letzten Kaiser tiefste Einblicke in das Hofleben gestatteten.

### Wilhelm I. als Bismarcks „Ochse“.

Wie Bismarck, „der treue Diener seines Herrn“, diesen in Wirklichkeit einschätzte, zeigt folgende Bemerkung Eulenburgs (Seite 67):

Wenn Jupiter (Bismarck) böse wird, macht er vor niemand Halt. Der bayerische Gesandte in Stuttgart, Graf Tauffkirchen, der zur Erledigung irgendwelcher Bundessachen eine Zeitlang in Berlin war und öfters mit dem Fürsten amtlich zu tun hatte, erzählte mir, daß dabei ein Hin und Her zwischen Bismarck und



dem alten Kaiser in einer reichspolitischen Frage eingetreten sei, worüber Bismarck die Laune verlor. „Wenn man zum Ochsen sagt „hotte“, so geht er rechts, und wie man zu ihm „hüh“ sagt, so geht er links, aber der alte Mann versteht weder hotte noch hüh“, sagt der Kanzler. Tauffkirchen war entsetzt. Ich gar nicht; „Hei is all so!“

Respektlos, aber wahrheitsgetreuer als das schöne Bild vom alten Kaiser und seinem Paladin.

#### Die vertrottelten Landräte.

Den Leuten, die gar nicht genug über die Zerschlagung des „muster-gültigen“ preußischen Beamtenapparates lamentieren können, sei folgendes Zitat gewidmet (S. 68).

Ich habe zu viel alte, von Charakter vortreffliche, aber so vertrottelte Landräte gesehen, bei denen mir immer ein uralter Schimmel einfiel, den ich als Knabe reiten mußte. Nein, mit den uralten Landräten und ihren Befugnissen, die sachte, ganz sachte schließlich eingeschlafen, nicht mehr zum Ausbruch kamen, oder nach einigen Gläsern alten Portwein mit einer Art militärischer Sicherheit, polternd zutage traten, mit solchen Beamten war unmöglich in die neue Zeit hineinzuregieren.

Eine bessere Rechtfertigung der Severingschen Politik läßt sich nicht denken.

#### Die Devotion.

Von einem Empfang des 87jährigen Kaiser Wilhelm in Bayern erzählt Eulenburg:

Der alte Herr ging weiter, während er zu Graf Werthern sagte, der halb hinter ihm herging: „Ich bin wirklich böse, daß Sie die weite Fahrt hierher gemacht haben — wirklich böse.“ Dieses Wort „böse“ hielt Graf Boos für seinen Namen und kam angestürzt. Der alte Kaiser erkannte ihn nicht wieder und sah Werthern fragend an. „Graf Boos“, sagte dieser, „Graf Boos?“ fragte der Kaiser — er begriff die Sache nicht. Sie war auch für den alten matten Kaiser schwer zu begreifen, denn wilder Devotionseifer, den die Nähe eines Fürsten erzeugt, ruft oft die blödesten und stupidesten Situationen hervor, die dann gewöhnlich unter blödsinnigem Lächeln in ein Nichts verlaufen. (S. 128).

Solcher blödsinnigen Auftritte enthält das Buch noch eine ganze Reihe.

#### Die „feige“ Internationale.

Von Bismarck, der i. J. 1886, als Eulenburg preußischer Gesandter in München war, dort eintraf, wird berichtet, daß ihn ein Polizeiwachtmeister mit 4 Polizisten stets begleiteten und dieser immer-

während polizeiliche Wachtdienst seit Jahren organisiert war. (Wie hat die Rechtspresse auf Erzberger gehöhnt, als dieser am Tage vor dem ersten Attentat unter Polizeischutz zur Verhandlung gegen Helfferich erschien!) Eulenburg aber schreibt weiter:

Der Kanzler (Bismarck) trägt stets einen Revolver in der Tasche . . . Die Internationale wird weniger gefürchtet, als die Polen, denn die neuesten Polenräte Bismarcks hat das (polnische) Volk erregt, das zugleich unüberlegt und mutig ist: sie schießen, während die Internationale feige ist.

Also die prinzipielle Gegnerschaft der Sozialdemokratie gegen Attentate wird ihr als Feigheit angerechnet. Ein Schlüssel zum psychologischen Verständnis so mancher Ereignisse der allerjüngsten Zeit.

#### Die Hoffnung auf Segen.

Nach der Entmündigung des Königs Otto von Bayern strebt der damalige Prinzregent nach der Königskrone. Eulenburg notiert:

Daß Prinz Ludwig (der nachmalige König) als ältester Sohn des Regenten und in der Hoffnung auf höhere Apanage als Agitator in dieser Königsfrage auftritt, war mir neu.

#### Wilhelm II. und sein Vater.

Seinen kaiserlichen Freund schont Eulenburg nur wenig. Wilhelm II. hat seine Eltern gehaßt, weil Kaiser Friedrich unter dem Einfluß seiner englischen Gattin liberalen Ideen zuneigte. Eulenburg berichtet folgenden Ausspruch seines kaiserlichen Freundes aus dem Jahre 1888, dem Todesjahr Kaiser Friedrichs:

Ich befand mich in einem schroffen Gegensatz gegenüber dem Hause Bismarcks, ja sogar gegenüber meinem Freunde Prinz Wilhelm, wenn diese mit einem Seufzer der Befreiung äußerten: „Gott hat Preußen nicht verlassen, da er die Aera „Ehepaar Friedrich“ von der Tafel der Geschichte löschte.“ (S. 170)

Die Frage bleibt nur, ob Preußen unter der Aera Wilhelm II. besser gefahren ist. Im übrigen macht Eulenburg den Fürsten Bismarck und seinen Sohn Herbert verantwortlich für die Entzweiung zwischen Wilhelm und seinem Vater:

So wären denn die Bismarcks unerbittlich hart bei der systematischen Verhetzung des Kronprinzen Wilhelm. Der Vater Bismarck olympisch vom Standpunkt der europäischen Politik, der Sohn Herbert persönlich fast brutal. Beide trieben schließlich den Prinzen, der stets ein Superlativ war, zu dauerlichen Ausbrüchen, die weit über das Ziel hinausschossen. Ich besitze in Gestalt von Briefen aus den tragischen Wochen, da wir Zeugen des Hinsterbens zweier Kaiser waren, die erschütterndsten Beweise dafür, welche schlimmen und absonderlichen

Lügen, die Giftpflanze Verhetzung in diesen beweglichen und erregbaren Kopfe stieg. . . .

Wohl wären Möglichkeiten einer Verständigung noch zu Lebzeiten der Kaiserin vorhanden gewesen, wenn nicht eine Person die hier ungenannt bleibe, zwischen Mutter und Sohn absolut trennend gestanden hätte. Denn eine Aussprache zwischen den Versöhnten würde die Mittel enthüllt haben, die angewendet wurden, um sich aus der Gunst der zur Witwe gewordenen Kaiserin in die Gunst des zum Kaiser gewordenen Sohnes hinüberschwingen und sich dadurch die eigene Zukunft zu sichern.

Man fühlt sich an die „Scheiterhaufen-Briefe“ Stöckers und die Intrigen der Kreuzzeitungs-Kamarilla erinnert. Daß im übrigen das „Hinüberschwingen“ am kaiserlichen Hof Mode war, dafür folgendes Zitat:

Und ich kannte auch alle, die sich nun mit kühnem Schwunge auf dem volksbeglückenden liberalen Morgenrot der schnell dahinsiehenden Kaiserkrone Friedrich-Viktoria hinüberschwangen in den Kommandoton der Potsdamer Garde, über den sie bisher erhabene Bemerkungen gelispelt hatten.

Ueber die Feindschaft speziell zwischen der Kaiserin Friedrich und Herbert Bismarck:

Dieser Repräsentant des von ihr maßlos verachteten und ihr tief antipathischen Typus (des emporgekommenen preußischen Landjunkers) wagte öffentlich Schlechtes von ihr zu reden, wovon ihr pflichtschuldigst stets Zwischenträger Mitteilung machten. Auch wurde ihr pflichtschuldigst von dem elenden Gelichter, das sich an Höfen Gunst erwerben will, mitgeteilt, daß dieser Herbert sogar ihren Sohn gegen sie aufhetze (S. 175).

Die Aufhetzung ist überhaupt große Mode. So sagt einmal Herbert Bismarck: „Gegen England kann Prinz Wilhelm nicht genug aufgehetzt werden.“ (S. 176.) Nur nebenbei sei erwähnt, daß Ludwig II. von Bayern dem preußischen König „niemals empfang und als seinen Todfeind haßte“, daß Waldersee als Haupt der Militärpartei gegen Bismarck intrigiert (S. 154) usw. usw., um die Atmosphäre der Eintracht und Friedlichkeit an deutschen Fürstenhöfen zu ermessen.

**Der pazifistische Friedrich und der militärische Wilhelm.**

Ungeheures Entsetzen erregte es am preußischen Hofe, als der Kronprinz Friedrich sich gegen das Niederwalddenkmal aussprach, weil dadurch nur die Franzosen gereizt und fortwährend an den verlorenen Krieg erinnert würden. Auch der alte Kaiser Wilhelm ist entsetzt über die Aeüßerungen seines Sohnes, die ihm „stets als Hofklatz mitgeteilt werden.“ (S. 187.) Als der Kronprinz einmal meinte, es könnte

doch in Erwägung gezogen werden, ob die Offiziere außer Dienst vielleicht Zivil tragen dürften, jammert der alte Kaiser: „Wenn mein Sohn an die Regierung kommt, dann werden die Offiziere vielleicht mit Schlapphüten ausgerüstet werden.“

Da ist Wilhelm II. ein ganz anderer Kerl! Von einem Spaziergang mit den Kindern des damaligen Prinzen berichtet Eulenburg (S. 137):

Ein großer Hund mußte aus dem Wasser Holz holen und die Knaben jubelten darüber. Während des ganzen Spazierganges aber wurden die Säbel und Gewehre nicht aus der Hand gelegt. Das Soldatenspiel bildet die Grundlage jedes anderen Spieles und Prinz Wilhelm weiß sehr genau, was er will, wenn er dieser Lustbarkeit in jeder Weise Vorschub leistet.

Friedrichs Schlapphüte wären uns am Ende besser bekommen als Wilhelms militärische „Lustbarkeiten“!

#### **Der Kaiser über den Parteien?**

Ueber die politische Einstellung des Prinzen Wilhelm, des nachmaligen Kaisers, schreibt Eulenburg (S. 138):

Er, Prinz Wilhelm, denkt und empfindet genau wie wir und stützt sich damit auf seine natürliche Hohenzollernbasis. Damit wird er allerdings parteiisch, doch lasse ich dahingestellt, ob ein Herrscher über den Parteien stehen soll oder fest diejenige Partei zu unterstützen hat, in deren Anschauungen er den Halt des Staates und der Monarchie erkennt.

Mit anderen Worten: Wilhelm war ein altpreußischer Konservativer und dachte gar nicht daran, nach dem oft zitierten Worte „Ueber den Parteien“ zu stehen.

#### **Wilhelms Taktlosigkeiten.**

Trotz seiner Freundschaft, die ihn mit Wilhelm II. verband, läßt Eulenburg den kaiserlichen Freund auch in seiner vielbekanntesten und gefürchteten Taktlosigkeit auftreten. Nachdem man den Prinzen Wilhelm gegen England „aufgehetzt“ hatte, geschah folgendes:

Die Schadenfreude des Prinzen Wilhelm, als kurz darauf dem Prinzen von Wales (nachmaligem König Eduard von England) das Mißgeschick begegnete, an einer hohen Spielpartie teilzunehmen, wobei einer der Mitspieler als Falschspieler entlarvt wurde, war außerordentlich. „Man kann natürlich nicht mehr mit ihm verkehren“, hieß es, und die Kameraden vom 1. Garderegiment erörterten unter Herbeiziehung ihres Ehrenkodex immer wieder von neuem die Möglichkeit, respektive die Unmöglichkeit, zu der sich die Position des Prinzen von Wales entwickelt habe.

Ich wurde, als ich in diesem Kreise ganz bescheiden die Äußerung machte, daß es schließlich Sache der Engländer sei wie sie ihren Prinzen von Wales einschätzen und behandeln wollen, von allen Seiten, besonders auch seitens des Prinzen Wilhelm, d e r a r-

tig bestürmt, daß ich mein völlig aussichtsloses Rennen aufgab. Von Prinz Wilhelm fiel das Wort: „Man kann mit dem Menschen nicht mehr verkehren“ (ich fürchte, daß er sogar „Kerl“ sagte). Ein Schweigen tiefster Befriedigung folgte ringsum.

„Der Prinz ist doch ein schneidiger, famoser Mensch“, hieß es nachher, „ein Mensch, der eine Ueberzeugung hat und den Mut, sie durchzuhalten.“ Der arme Prinz befand sich in gehobener Stimmung. Aber ich rechnete auf das Verdampfen dieser törichten Leutnantsnebel.

Leider verdampften sie nicht schnell genug. Denn der Prinz wurde noch in diesem Nebel Kaiser und machte seinen Antrittsbesuch in London ein Jahr nach seiner „schlechten Behandlung“ und dem Mißgeschick des Prinzen von Wales. Die Tragweite seiner nun erfolgenden „Quittung“ über die schlechte Behandlung im Vorjahre war eine ungeheure. Denn das „Uebersehen“ des Erben des britischen Weltreiches, der zwölf Jahre darauf über die Kräfte dieses Weltreiches als Herrscher gebot — das „Uebersehen“ durch den deutschen Kaiser und Neffen, der seinen offiziellen Besuch in London machte, rief eine Wirkung hervor, die unser Vaterland bis in die Grundfesten erschütterte. (S. 177).

Vielleicht gibt dieses Geschichtchen mehr als alles andere ein Bild jener auswärtigen „Politik“, die uns schließlich in den Weltkrieg — nach dem Worte Tirpitzens — „hineinschliddern“ ließ.

\* \* \*

Mit diesen Proben soll es genug sein, obgleich namentlich die Kapitel über die Kämpfe zwischen Wilhelm und Bismarck zu manchem Zitat reizten. Aber wenn einmal das Thema „Wie wir regiert wurden“ erschöpft werden soll, dann würde sich ein Zitatensbuch aus der gesamten Erinnerungsliteratur, nicht nur aus dieser einen Schrift, ergeben.

---

ALFRED DOEBLIN:

## Der verschlingende Wald.

(Episode aus einem Zukunftsroman „Die Schlacht der Giganten.“)

Darauf erfolgte die Wahl Marduks, des vorletzten Konsuls des Stadtwesens Berlin. Vor Marduk verschwanden in wenigen Tagen die Männer und Frauen, die das System Markes umstürzen wollten. Er war ein hochstirniger blasser Mann in den dreißig, mit großen ernsten Augen, ein langes knochiges Gesicht, ruhiger, gleichmäßiger Gang auf unsicheren, muskelschwachen Beinen. Er hatte sich bis da nicht hervorgetan, aber in den Tagen der sich hinauszögernden Wahl, während schon Zeichen der Anarchie hervortraten, — in Mecklenburg standen die

Sprossen der alten Herrschaftsgeschlechter auf, im Magdeburgischen sammelten sich um den greisen, fanatischen Ligbau Maschinenstürmer, — damals besaß Marduk den Mut, aus Bernau, wo er saß, mit einer Freischar von zweihundert Menschen in eine Beratung der Eisenfreunde einzutreten bei Löwenberg, die gesamte anwesende Führerschaft dieser Bewegung aufzuheben und an einem einzigen Tage samt und sonders verschwinden zu lassen. Es ist bis zum Schluß des langen Konsulats Marduks, dieses zähen, despotischen, vielgelästerten Mannes, der zum Schluß doch nichts hindern konnte, nicht der Öffentlichkeit bekanntgeworden, wohin die zweiundvierzig Namhaften, Reichen, Machtvollen, Männer und Frauen gelangt sind. Marduk war selbst ein Mann vom Schläge jener gewesen, die er festgenommen hatte. Er hatte an verbotenen Arbeiten teilgenommen. So sehr auch Marke nach Büchern, Apparaturen, Stromanlagen in der Stadtlandschaft spionieren ließ, Wissenschaftler verbannte, Bücher verbrannte, unter Verschuß nahm, so gab es eine Zahl von Nestern, die er nicht aushob. Marke ahnte es, wußte, daß es ohne Vernichtung der Mekiwerke zur Erzeugung der synthetischen Nährstoffe nicht vorwärtsgehen würde, in denen noch die schärfsten Köpfe gebraucht wurden. Marduk experimentierte in den Waldungen um Löwenberg, an der mecklenburgischen Grenze, nahe dem Haupteißwerk. Hier stand sein Haus mit den versteckten Laboratorien, für die er Kräfte und Substanzen aus dem Werk bezog. Ein kleiner Wald von Buchen neben dem Haus, hinter Mauern. Zwischen diese grünen Buchen ließ er die zweiundvierzig Gefangenen treiben. Ihnen fielen schon, wie sie durch die kleine Tür hereinwanderten, die geborstenen Stämme auf. Vor den Rissen der Stämme, auf den breiten Wunden stand dicker, blasig erstarrter gelblicher Schaum; wo er am Baum zur Wurzel herunterrannte, war er vertrocknet wie zu einem pulverigen Rostbelag. Dunkel erinnerten sich die Männer von Marduks Pflanzenversuchen gehört zu haben. Er sollte in den Meki-Laboratorien erst an tierischen Organen, dann an Pflanzenstücken eigentümliche Wachstumsveränderungen erzeugt haben. Sie erinnerten sich, er hätte an den überlebenden Organen, mit denen die Versuchsstätten immer zu arbeiten hatten, zur Kontrolle, bestimmte abseitige Beobachtungen gemacht, die er seit Jahren weiter verfolgte. Weiter wußten sie nichts; die Arbeitsgruppen in der Stadtlandschaft hingen nur lose zusammen.

Finster gingen die Gefangenen in Marduks Park umher, begriffen nicht was Gefangennahme, der Hertransport, diese Internierung bedeutete. Marduk war einer der ihnen. Es konnte nur möglich sein, daß er bestimmte Informationen hatte über Angriffe auf sie, sich seiner Bundesgenossen versicherte und sie vorläufig festnahm. Sie erwarteten stündlich, daß er unter ihnen erschiene und sie aufkläre. Sie hatten, von dem rauhen Frühlingwind umweht, das Gefühl, als ob sich von Zeit zu Zeit neben ihnen, an ihrer Schulter, hinter ihrem Rücken etwas bewegte. Sie suchten, fanden nichts. Sie setzten sich bald zusammen, bald auseinander. In der Luft war etwas eigentümliches von der

Schärfe eines dünnen Rauches; aus den Bäumen schien Hitze zu steigen; die Bäume fühlten sich an einigen Stellen warm an. Beunruhigt wandten sie ihre Aufmerksamkeit auf die Bäume. Wie sie die Köpfe an die Rinde legten, schnurrte, surrte, summte es drin; das waren die Säfte; es war Frühling; nur war es merkwürdig, wie deutlich es sich drin im Mark und im Holz bewegte. Verwundert ließen sie das Ohr nicht von den Bäumen, horchten da ab; es zischte in manchen Bäumen, als ob sie kochten. Ohne daß einer den Baum berührt hätte, fiel ein begrünter Ast herunter; in dem ganzen Baum knarrte es. Ein kleines Fauchen gab es oben, als ob die Säfte sich entleerten. Der scharfe Geruch, der feine dünne, wurde stärker an diesem Stamm, sie konnten sich in seiner Nähe nicht aufhalten. Der Geruch war stechend wie Ammoniak.

In ihrer Unruhe kamen einige auf den Einfall, sich gegen die Bäume zu wehren und sie umzubrechen; es war eine junge Pflanzung. Sie gingen ein, zwei Bäume an, zerrten, stießen an den Stämmen; einer kletterte hoch, riß, brach große Aeste ab, entlaubte den Baum, fiel plötzlich betäubt rücklings auf den Boden über das Laub; der Baum atmete in Stößen den heißen Dampf aus; man schleppte ihn davon, zog sich zurück. Marduk erschien nicht; man schob ihnen gegen Abend in Körben Nahrung und Getränke herüber über die Drahtspitzen der Mauer. Sie schliefen ein.

Gegen vier Uhr früh, als es hell wurde, suchten sie einander, wunderten sich. Der Wald war so dicht geworden, der Weg zwischen den Stämmen so eng. Sie konnten nur zu zweien zwischen den Bäumen gehen, es war kein Platz da. Ein surrendes Geräusch, ähnlich dem von gestern, hatten sie in den Ohren. Sie zweifelten aber, woher es kam; die Bäume wagten sie nicht zu berühren. Man konnte, obwohl von oben deutlich Morgenlicht hereinfiel, in der Nachbarschaft Hähne krähen, die unterirdisch laufenden Wagen polterten, wenig rechts und links sehen. Aengstliches Stöhnen hier, Stöhnen da. Mancher entledigte sich seiner Jacke, seiner Bluse, um besser atmen zu können. Es war sicher, der Wald wuchs. Während schon einige ohnmächtig lagen von Frauen und Männern, die geängstigten anderen suchend und gedankenlos über sie herstiegen, während den meisten die Knie zitterten und sie sich durch das Dickicht wanden, wie in einem Keller sich zurechtasteten, schrien an der Mauer welche den Namen Marduk und: „Hilfe, Hilfe, Erbarmen, Marduk!“ Einige machte die Angst laufen. Sie suchten immer von neuem die Gänge, die sich von Stunde zu Stunde verengerten. Manche sogen gedankenleer an ihren Fingern, kauten daran, spien Blut aus, lächelten.

Um neun Uhr morgens, als schon blendend hell die Morgensonne schien, dieselbe Sonne, die über den Schiffen im Atlantischen Ozean in dem weiten Ozean leuchtete, dieselbe Sonne, die ganz nah in Bernau über den Sandplätzen der Kinder stand, da grollten wahnsinnige Hilferufe, unabbrechend, in dem Park, wildes Wehgeschrei, als hätten Tiere einen Menschen angefallen. Die meisten sanken im Augenblick mit den

Gesichtern auf den Boden. Die in der Nähe des Geschreis streckten die Köpfe vor. Im Halbdunkel sahen sie etwas zappeln, mit den Beinen stoßen. Füße, um die ein Rock wogte. Eine Frau; oben saß sie fest; ihr Arm wie eine Planke am Ellbogen, am halben Ober- und Unterarm festgeklemmt zwischen zwei zusammengeifernden Bäumen. Sie stand vor den drängenden schwellenden Wesen, mit dem Rücken gegen sie, suchte ihnen auszuweichen, bog sich, ihr Rock saß unten fest, sie wand sich, heulte, bettelte, klagebrüllte: „Kommt her. Helft mir. Kommt. Ein Messer. Mein Arm. Mein Arm ist fest.“

Der Wald knackte unaufhörlich. Die unten standen, lagen, liefen, sich zusammendrängten, auflösten, wurden überspritzt von der klebrigen leimartigen Feuchtigkeit, die wie Schleimpatzen aus Vogelschnäbeln auf ihre Gesichter und Hände fiel, oft fein wie aus dünnen Röhren sprühte. Zu dem Knistern trat immer wieder plötzlich ein Sausen und Sprudeln, wie aus einer geöffneten Flasche, das zuletzt erstickte. Die Bäume verschränkten Ast in Ast, verschoben sich umeinander. Die Dunkelheit nahm zu. Ein Dach, eine hölzerne Decke bildete sich langsam über den Menschen. Der Wald verdichtete sich zu einer engen, immer engeren Kiste, von deren Deckel es heruntersickerte. Die Luft gärend, bitter, muffig, mit Schwaden der stechenden, reizenden Gase. Der Boden aber, vorher noch eben, wellte sich, ringelte, schlängelte sich. In Wülsten schollen die Wurzeln hervor, armdicke Adern, von denen der Sand abrollte. Der Boden wurde höher.

Die offenen Plätze suchten sie — als wenn sie nicht wüßten, daß jeder Raum vor Stunden noch offen war. Sie keuchten, wenn aus dem Halbdunkel sich einer zu ihnen durchwand ins Hellere, gifteten, er solle sich davon machen, sonst würden sie zusammengepreßt. Und immer wieder sah einer, ein Mann, ein Weib, die die Kleider abgeworfen hatten, halbnackt, hilflos zu den Bäumen hoch; krallte, biß sich ein. Aber der Baum sonderte widrig ab; er war so feucht, so warm, man konnte nicht hochklettern daran.

Um zehn Uhr — die Glocke von Marduks Haus scholl laut herüber — erdrosselten sich zwei Männer mit ihren Gürteln. Die Frau, deren Arm abgequetscht war, die lechzend zwischen den Bäumen nach vorn über hing, hatten sie zuvor erwürgt. Einige trippelten, liefen, warteten ab, was die andern taten. Aber die meisten hatten keinen Entschluß mehr. Stockfinster war es an vielen Stellen des Parks. Um sie wuchsen, knarrten, krachten, wucherten die Bäume. Ein furchtbares inneres Leben dehnte die brünstigen aufgeregten Pflanzenwesen. Man sah sie an manchen Stellen wie in Krämpfen sich langsam spiralig um sich drehen, längs klaffen und noch immer in die Breite wachsen, in die Höhe aufsteigen, blüten und noch immer wachsen, dabei rauchen; bersten, einer den andern aufschneidend und mit ihm verschmelzend, dabei zischen und prasseln. Und wo zwei Bäume Raum fanden, nieder nach vorn in die Lücke zwischen andere zu fallen mit überschweren Kronen erhob sich vom Boden wieder der Stumpf; er trieb und wuchs.



Oben zwischen den Aesten in den Kronen flatterten noch verirrte Vögel; von oben stießen sie abwärts. Riefen und kratzten, schlugen um sich, sobald sie sich gesetzt hatten; lösten Flügel und Füße von den klebrigen Aesten und Blättern ab, schwirrten schreiend, federstrebend senkrecht hoch, suchten Lücken. Andere stießen fehl, hingen fest, wühlten, schlugen mit den Schnäbeln gegen das schwellende Holz, das wie gierig den eingestoßenen Schnabel festhielt, ihn nicht wieder los gab, ihn rasch umwuchernd, mit Herz, Nüstern und Augen umgießend, einleimend, einsargend wie auch der kleine Körper sich abstemmte, zapelte, zuckte, zuckte, sich nach hinten seitlich bog. An ihren tanzenden Füßen, mit ihren schlagenden Flügeln zogen sie dicke Gallerte hoch, suchten sie herunterzutreten. Abgleitend wälzten sie sich um die Stämme herum, wurden eingebettet. Den Kopf nach unten, hingen sie. Der Saft lief über sie. Da tropften welche in der Masse von Ast zu Ast, noch zappelnd, klatschten leicht auf den Boden neben einen Menschen, der sich noch wand, auf seine Schulter, an seinen Hals, blieb schnabelsperrend, hackend da liegen. Manche verirrte Vögel hielten, festgekittet, nach einigem Aufklettern und Drehen gelähmt, betäubt still an ihrem Ast. Sie wurden von dem Holz selbst aufgenommen, waren bald ein runder, stoßender, dicker Wulst auf ihm, von dem Saft sprühte, dann ein ruhiger kleiner Knoten, zuletzt überzogen, verschlungen, ein Kopf.

Das mammutische, tiefende, krachende Wachsen zerpreßte, zerklümmte, zermalmte, zermanschte die Menschen, knackte die Brustkörbe, brach die Wirbel, schob die Schädelknochen zusammen, goß die weißen Gehirne aus auf die Wurzeln. Die Stämme berührten sich; Wurzel, Stamm, Krone war eine Masse, ein verschmolzener, wogender, wühlender, dampfender Klotz. Oben barst er und zischte und unten gab es, da trieb, schluckte, drang es auf, drang seitwärts bis an die Mauer.

BRUNO SCHÖNLANK:

## Moloch.

*Molochspriester:*

Dem Moloch dienet,  
Dem großen Moloch,  
Dem Weltumklammer.  
Dem Moloch dienet  
Und beugt die Knie.

*Chor:*

Die Ozeanriesen  
Auf Wogenwiesen.  
Musik,  
Musik . . .  
Tief unten grollt es vergebens.

*Molochspriester:*

Den Urwaldroder,  
Den Wegebahner  
Und Völkerfinder,  
Den Weltumschlinger,  
Lobpreiset ihn.

*Chor:*

Die Börse,  
Börse,  
Kolonialpapiere.  
Hausse in Gummiwerten.

*Aufseher:*

Peitscht sie tot.  
Schwarze Kanallien.  
Schafft Gummi,  
Gummi.

*Schwarze:*

Weißer Herr,  
Wir ...

*Aufseher:*

Was ihr Hunde,  
Rebellion?  
Brennt ihre Hütten nieder.

*Molochspriester:*

Den Moloch preiset,  
Den Urbarmacher  
Fernferner Länder.  
Dem Landbebauer beugt die Knie.

*Spekulanten:*

Getreide sinkt,  
Die Preise fallen.  
Ins Meer damit,  
Ersäuft die Frucht.  
Die Kessel schürt mit Weizen.  
Ersäuft, ersäuft, verbrennt die Frucht.

*Dunkler Chor:*

Hunger,  
Hunger,  
Hunger frißt uns auf.  
Wir sind Gerippe,  
Wandelnde Gerippe.  
Gebt Brot uns,  
Gebt uns Brot.

*Eine Stimme:*

Sind die Soldaten sicher?

*Andere Stimme:*

Zu Befehl.

*Erste Stimme:*

Ein Ende dem Gekreine.

*Dunkler Chor:*

Hunger,  
Hunger.

(Aus dem neuen Sprechchor Bruno Schönlanke „Moloch“, der demnächst im Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, erscheint.)

## UMSCHAU.

**Kommunistisch - Antisemitisches.**  
In der K. P. D. herrscht Disziplin — muß man ihr lassen. Wenn Karl Radek Trauerreden auf Schlageter hält und mit den deutschen Faschisten Diskussionen auf freundschaftlichem Fuße führt, so weiß ein junger Mann und Redakteur der „Roten Fahne“, daß er sich politisch neu zu orientieren hat, am besten mit einem kleinen Stich ins Antisemitische. In dem Prozeßbericht der „Roten Fahne“ über die Zirkus Busch-Krawalle wird der Oberregierungsrat Weiß von der Polizeiabteilung IA auffällig oft und in ebenso auffälligem Sperrdruck beim Vornamen Isidor genannt. (Ganz ähnlich machen das ja auch die völkischen Blätter, wenn es gegen Harden geht.) Doch damit man keinesfalls hier ein Spiel des Zufalls vermute, wo planmäßige Absicht herrscht, begleitet das Feuilleton den Prozeßbericht mit folgender poetischer Illustration:

Urgermanisch! Keine Phrase — dieser Weiß! Geschwungne Nase — Saß und blätterte in Akten — Als ihn die Verteidiger zwackten.

Freilich enttäuscht dann der Fortgang dieses antisemitischen

Liedels, das so verheißungsvoll mit krumme Nasen beginnt, durch den Dithyrambus auf die Verteidiger:

Weinberg, Herzfeld, Viktor Fränkl — hin und her das Wortgeplänkel — usw.

Aber schließlich: Wilhelm II., Helfferich und diverse andere Nationalisten bedienen sich ja auch jüdischer Rechtsanwälte. Also wird durch diese Zeilen die „Rote Fahne“ bei Stadtler, „Gewissen“ und völkischem Ring nicht in Ungnade fallen, zumal wenn sie, als Zeichen neuiger Besserung den faschistischen Brüdern mitteilt, daß an dem Tage, wo diese Antisemiteileien vom Stapel gingen, als Berichterstatter der „Roten Fahne“ im Gerichtssaal — der Landtagsabgeordnete Werner Scholem weilte.

Vigil.

**Der abwartende Ritter.** Der Mann, der in der Feuerwache Nachtdienst hatte, hörte das Alarmsignal. Er ließ die Klingel schrillen. Aber er rührte sich nicht. Er fand es gemächlicher, auf seinem Stuhl sitzen zu bleiben und im Karl May zu lesen. Er wollte abwarten, vielleicht würde das Feuer, das da irgendwo brann-

te, von allein verlöschen, vielleicht dadurch, daß nichts mehr zum Verbrennen übrig blieb, vielleicht durch einen kräftigen Regen. Jedenfalls: irgendwann einmal muß die Klingel ja aufhören, sich roh zu rühren . . . . Als er gerade am Frühstückstisch saß, wurde Dr. Tugendreich gerufen, eine Schlagader zu stillen. Da er aber der Meinung war, daß schließlich aus der Schnittwunde nicht mehr Blut abströmen konnte als der Mensch von Natur wegen besitzt, wollte er zunächst einmal abwarten, ob sich der Fall nicht irgendwie anders erledigen würde. Er aß weiter an seinem mit Bückling belegtem Frühstücksbrot . . . . Es war gemeldet worden, daß der Feind um Mitternacht angreifen würde. Aber es regnete gerade. Da waren Hauptmann und Mannschaft der Meinung, daß es angenehmer wäre, im Unterstand zu bleiben und abzuwarten, ob nicht vielleicht der Regen aufhörte und der Feind von seinem Angriff ablassen würde.

Diese wahrheitsgetreuen Geschichtchen seien gewidmet dem General Watter, von dem der Gerichtshof feststellte, daß der General, damals, als Kapp seinen Unug machte und eine Erklärung des Generals zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendig war, sich so verhalten hat, daß man „sein Verhalten vielleicht als abwartend bezeichnen könnte“. Sie seien gewidmet dem Gerichtshof, der gleichzeitig das Verhalten des Genossen Schiff, der den General

Watter entsprechend behandelt hatte, „wenig ritterlich“ nennt.

Wir wissen jetzt, daß die wahre Ritterlichkeit darin besteht, abzuwarten, ob Gefahren, zu deren Bekämpfung man bestellt ist, vielleicht vorübergehen. Man wird diesen Grundsatz eines neuen Ethos in allen Feuerwehrewachen, Arztstuben und auch in den Leuchttürmen anschlagen. R. Br.

\*

**Sonnenstich.** Als kürzlich durch die Presse die (falsche) Nachricht ging, Frankreich und Belgien würden ihre Botschafter aus Berlin abrufen, schrieb der „Westen“: „Wenn das zutrifft, hoffen wir, daß wir die Spitze der beiden Apachennationen bald los sein werden . . . . Wir hätten dann die Genugtuung, die Gesellschaft loszuwerden, ohne uns beim Hinausschmeißen die Hände beschmutzen zu müssen.“ Nun ist es gewiß sehr gleichgültig, was nationalistische Blättchen von der Art des „Westens“ schreiben. Immerhin ist dieses Blatt das Organ der in den westlichen Berliner Vororten zusammengeballt sitzenden Reaktion. Und da bleibt zu fragen: Wozu solche Erhitzung der Gemüter? Die Antwort ist eindeutig: Um, wenn es anders kommt, und das gegebene Kräfteverhältnis sich zeigt, von Schlappeit und Verrätereit schreien zu können. Der Zweck heiligt die Mittel. Wenn es Radau verspricht, läßt der Nationalismus seine Jünger, auch den Sonnenstich bekommen. R. Br.

---

### Auslandspreise für ein Vierteljahrsabonnement der „Glocke“

<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 15%;">Amerika</td> <td rowspan="3" style="font-size: 2em; vertical-align: middle;">}</td> <td rowspan="3" style="vertical-align: middle;">. . . . . 1 Dollar</td> </tr> <tr> <td>China</td> </tr> <tr> <td>Japan</td> </tr> <tr> <td>England</td> <td></td> <td style="vertical-align: middle;">5 Schilling</td> </tr> <tr> <td>Frankreich und Belgien</td> <td></td> <td style="vertical-align: middle;">10 Francs</td> </tr> <tr> <td>Holland</td> <td></td> <td style="vertical-align: middle;">2<math>\frac{1}{2}</math> Gulden</td> </tr> </table>	Amerika	}	. . . . . 1 Dollar	China	Japan	England		5 Schilling	Frankreich und Belgien		10 Francs	Holland		2 $\frac{1}{2}$ Gulden	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 15%;">Italien</td> <td style="vertical-align: middle;">. . . . . 12 Lire</td> </tr> <tr> <td>Rumänien</td> <td style="vertical-align: middle;">. . . . . 80 Lei</td> </tr> <tr> <td>Schweiz</td> <td style="vertical-align: middle;">. . . . . 5 Franken</td> </tr> <tr> <td>Spanien</td> <td style="vertical-align: middle;">. . . . . 6 Pesetas</td> </tr> <tr> <td>Skandinavien</td> <td style="vertical-align: middle;">. . . . . 5 Kronen</td> </tr> <tr> <td>Tschechoslowakei</td> <td style="vertical-align: middle;">. . . . . 15 Kronen</td> </tr> </table>	Italien	. . . . . 12 Lire	Rumänien	. . . . . 80 Lei	Schweiz	. . . . . 5 Franken	Spanien	. . . . . 6 Pesetas	Skandinavien	. . . . . 5 Kronen	Tschechoslowakei	. . . . . 15 Kronen
Amerika	}			. . . . . 1 Dollar																							
China																											
Japan																											
England		5 Schilling																									
Frankreich und Belgien		10 Francs																									
Holland		2 $\frac{1}{2}$ Gulden																									
Italien	. . . . . 12 Lire																										
Rumänien	. . . . . 80 Lei																										
Schweiz	. . . . . 5 Franken																										
Spanien	. . . . . 6 Pesetas																										
Skandinavien	. . . . . 5 Kronen																										
Tschechoslowakei	. . . . . 15 Kronen																										

**Ueberweisung durch Wertbrief oder Scheck erbeten**

---

# PAN-VERLAG ROLF HEISE

## BERLIN-CHARLOTTENBURG 2

ARTHUR LIEBERT

### Vom Geist der Revolutionen

3. Auflage

Hier werden die geistigen Grundlagen der Revolutionen aufgezeigt, Unzeitlich und doch so zeitgemäß beantwortet der bekannte Philosoph die tiefernste Frage, wie Revolutionen überhaupt möglich sind.

Gz. 1.65 brosch., 2.40 in Halbn.

WERNER SOMBART

in 2. Auflage

### Soziologie Band 1 der „Quellenhand- bücher der Philosophie“

Dieses Buch bringt in Auszügen die wichtigsten Stellen der soziologischen Literatur. Die sorgfältige Zusammenstellung dieser Anthologie ergibt ein Lehrmittel ersten Ranges. Hier eröffnet sich dem Suchenden eine ungeahnte Perspektive.

Gz. 3.60 kartoniert

Durch jede Buchhandlung zu beziehen  
Ausführliche Prospekte versendet bereitwilligst der Verlag

Sobald erschienen:

## P. J. PROUDHON

### Bekenntnisse eines Revolutionärs

Herausgegeben von  
G. Salomon

Ein politisches Memoirenwerk, ein Abriss französischer Geschichte, eine glänzende, höchst aktuelle Analyse des Werdens und Untergangs der zweiten Republik

Grundzahl: 5,50, Ganzleinen 7,-  
Wohlfelle Ausgabe gebund. 4,50

Demnächst erscheint:

## ROSA LUXEMBURG

### Briefe an Karl und Luise Kautsky (1896-1918)

Herausgegeben und eingeleitet  
von Luise Kautsky

Diese Briefe sind mehr als ein politisches Dokument. Sie sind ein wahrhaft dichterisches Bekenntnis reinsten, edelsten Menschentums

Grundzahl: Kartoniert 6,-  
Leinen 8,-

*Zu beziehen durch alle Buchhandlungen*

**E. Saubach Verlagsbuchhandlung G.m.b.H.**  
Berlin C 54 *Neue Schönhauser Straße 9*



# DIE GLOCKE

17. Heft

23. Juli 1923

9. Jahrg.

Nachdruck sämtlicher Artikel ist nur mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

ERICH KUTTNER:

## Die Republik mit dem Floh.

I.

**M**AN verzeihe einen harten Vergleich: Die deutsche Republik ähnelt einer Jungfrau, die Jagd auf den Floh macht. Mit verzweifelter Hast tappt sie bald hier-, bald dorthin und trifft mit tödlicher Sicherheit immer die falsche Stelle. Hat sie das lästige Tierchen wirklich schon einmal zwischen Daumen und Zeigefinger, so entschlüpft es im letzten Augenblick, just eine Sekunde, bevor es geknickt werden soll. Dann streckt die enttäuschte Jungfrau sich mit fatalistischer Ergebenheit aufs Lager, bis ein heimtückischer Stich sie von neuem in die Höhe fahren läßt.

Der große Mensch, der sich erfolglos mit einem winzigen Insekt herumschlägt, ist nun einmal ein komischer Anblick. Ein Staatswesen von 60 Millionen, das eine kleine Verschwörerschar sich auf der Nase herumtanzen läßt, erregt in der Welt Gelächter.

Es bleibt ein ebenso fatale wie aufreizender Anblick, wie alle Schläge der Republik gegen eine skrupellose, zum Aeußersten entschlossene Geheimorganisation ergebnislos sind. Der entsprungene Ehrhardt setzt dem bisherigen Skandal die Krone auf. Allerhand Dinge fallen einem ein: wie Kapp nach Schweden entflog und sich erst als Sterbender dem Gericht stellte, nicht aus Anstand oder Reue, sondern weil er in der Kunst deutscher Aerzte die letzte Rettungsmöglichkeit für sein eigenes Leben sah. Man denkt an die Erzberger-Mörder Schulz und Tillessen, die just eine Stunde vor der geplanten Verhaftung nach Ungarn davondampften, von irgendeiner Stelle, die nur eine polizeiliche sein konnte, rechtzeitig gewarnt. Man erinnert sich, wie der Meinel-General v. Lüttwitz sich monatelang auf ostelbischen Gütern verborgen hielt, ehe ihm der deutsche Boden zu heiß wurde. Schließlich gehören hierher auch all die seltsamen Geheimorganisationen, denen nie etwas Strafbares nachgewiesen werden kann, bis plötzlich irgendein Toter daliegt, als dokumentarischer Beweis der vollendeten Harmlosigkeit.

Die Flöhe springen munter auf der Mutter Germania herum, aber man erwischt sie nicht.

## II.

Wir wissen heute, daß die Sabotage aller gerichtlichen und polizeilichen Maßnahmen, seien sie zur Aufklärung und Aburteilung des Verbrechens, seien sie zum Strafvollzug gegen die Täter bestimmt, von den Geheimorganisationen in ein lückenloses System gebracht worden ist. Kein nationalistisches Verbrechen geschieht, ohne das vorher genaue Flucht- und Verdunklungspläne ausgearbeitet sind. Um die behördlichen Organe irrezuführen, ist jedes Mitglied einer Geheimorganisation verpflichtet, ohne jede Rücksicht auf geltende Strafgesetze und eigene Straffälligkeit sein Äußerstes zu tun. Die Statuten der Organisation Consul enthalten die Verpflichtung der Mitglieder zur gegenseitigen Hilfeleistung in allen Lebenslagen. Was damit gemeint ist, haben wir zur Genüge kennen gelernt. Meineid, Urkundenvernichtung, Akten-diebstahl, Begünstigung, Gefangenenbefreiung und äußersten Falles auch Mord, all das wird in diesen Kreisen mit der gleichen Selbstverständlichkeit für den Komplizen unternommen, mit der man im gewöhnlichen Leben dem Freunde eine Zigarette anbietet. Und wen noch irgendein Rest bürgerlicher Moral in solchem Tun schwankend macht, hinter dem droht die blutige Knochenhand der geheimen Feme. Wer schwatzt, erhält vergiftetes Konfekt zugeschickt oder ein Messer zwischen die Rippen gesetzt. Man fischt eines Tages seine Leiche aus der Isar oder gräbt sie im Parchimer Wald aus. Wandert aber trotz aller dieser Vorsichtsmaßnahmen doch einmal ein Schuldiger ins Gefängnis, so winkt ihm noch immer die Hoffnung auf Befreiung durch seine Kumpane.

An materiellen Mitteln fehlt es niemals. Autos, Handgranaten, gefälschte Urkunden, Dietriche, kurz alles notwendige Verbrecherwerkzeug steht in Hülle und Fülle zur Verfügung.

Beispiele zu geben erübrigt sich. Man denke nur an die Parallelität der Fälle Ehrhardt, Boldt und Dittmar, an die Haftentweichung des Leutnant Vogel, an die verschwundenen Akten im Falle Marloh-Prozeß, an die drei gleichzeitigen Fememorde in Mecklenburg, München und Wien, an das vergiftete Konfekt im Rathenau-Prozeß.

Die Statuten der O. C. enthalten den Satz: „Verräter verfallen der Feme“, was einer ihrer Führer vor Gericht als einen harmlosen Bierulk bezeichnete. „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip . . .“

## III.

Was steht diesem raffiniertem System auf Verschwörerseite gegenüber auf der Seite des Staates? Eine rührende Naivität der Gerichte, eine geradezu verblendete Ignorierung der offenkundigsten Zusammenhänge. Als beim Mecklenburger Fememord die Hauptschuldigen und Anstifter sich damit herausredeten, daß man den



Getöteten nur habe verprügeln wollen, findet dies der Staatsanwalt sofort äußerst glaubhaft, so glaubhaft, daß er die Haftentlassung der Mordanstifter beschließt; die die Rollkommandos bestellt, die Papiere des Getöteten visitiert und die Kosten seiner Trunkenmachung freigebig bezahlt haben. Staatsanwälte sind eben immer geneigt, von ihren Mitmenschen das Beste anzunehmen. Wenn in einem Hause ein Ermordeter im Blute liegt, während ein zweiter blutbesudelt durch die Ausgangstür schreitet, so kann man doch nicht annehmen, daß dieser jenen getötet hat. Er kann ja auch die Leiche ein wenig geknutscht haben — — —

## IV.

In solchen Fällen sagt man: so geht es nicht weiter. Es geht wirklich nicht. Entweder rafft der Staat sich auf oder er wird zum Gespött. Ungeziefer rottet man aus oder man wird von ihm aufgefressen. Eine Verschwörergesellschaft, die mit konsequentester Systematik das Gesetz zerstört, muß äußersten Falles außerhalb des Gesetzes gestellt werden. Gegenüber dem gänzlichen Versagen der normalen Justiz war der Staatsgerichtshof gewiß ein Fortschritt. Aber auch er arbeitet, wie der Fall Ehrhardt zeigt, viel zu langsam, auch er fesselt sich viel zu stark durch juristische Bedenken. Zur Ausrottung dieses Verschwörertreibens bedarf es republikanischer Standgerichte. Wer einer jener Geheimorganisationen angehört, die Zerstörung jeder Gesetzmäßigkeit auf ihr Banner geschrieben haben, stellt sich außerhalb des Gesetzes und hat selbst den Schutz verwirkt, den das normale Recht in normalen Zeiten auch den Verbrecher angedeihen läßt.

Juristen mögen über diese Forderung ein Geschrei erheben. Hier handelt es sich nicht um die fleckenlose Schönheit juristischer Konstruktionen und Theorien, sondern um die eiserne Notwendigkeit, in einer Zeit äußerster Gefahr gegen eine eng verbundene Schar prinzipieller Gesetzesbrecher durchzukommen. Es muß dem Staat, will er sich nicht aufgeben, gestattet sein, ohne große Umständlichkeit jeden, der zu dieser Clique gehört, unschädlich zu machen. Wir haben früher über Italien gelacht, wo ein Rinaldo oder Musolino jahrzehntelang dem gesamten Polizei-Apparat trotzen konnten. Was wir heute in Deutschland erleben, läßt Maffia und Camorra weit hinter sich. Die gewöhnlichen Mittel haben versagt. Es gibt nur noch zwei Möglichkeiten: entweder man resigniert oder man greift zu außergewöhnlichen Maßnahmen. Wer das erste nicht will, muß den zweiten Weg gehen. Ein Drittes gibt es nicht.

## V.

Freilich, noch eins ist notwendig: gibt es kein Verschwörerdunkel, so darf es auch kein staatlich erlaubtes Halbdunkel geben. Unter der Flagge „Nationale Sache“ sind Minister-

morde und Gefangenenbefreiungen verübt worden, aber auch Dinge, denen der Staat geduldig zugesehen hat, obwohl sie das Licht der Öffentlichkeit scheuten. Die vom Staate geduldete Heimlichkeit ist aber der Nährboden, auf dem sich die verbrecherische Heimlichkeit erst entwickelt. Sie ist das Mittel, um Verbrecherpläne mit dem gleichen schützenden Mantel zu überdecken. In Bayern, wo die Aufdeckung von Verschwörungen als Landesverrat verfolgt wird, hat die Verquickung beider Dinge ihren Höhepunkt erreicht. Im Reich ist durch das erst im Frühjahr dieses Jahres gelöste Abkommen zwischen Reichswehr und Geheimverbänden zum mindesten äußerste Verwirrung angerichtet worden.

Sprechen wir einmal ganz theoretisch: eine Regierung, die selber Heimlichkeiten triebe, hätte natürlich niemals die Kraft, gegen privates Geheimtreiben energisch vorzugehen. Deshalb muß der letzte Zweifel darüber fallen, der letzte Mann aus der Bevölkerung wissen, daß es irgendwelche Geheimtätigkeit im Auftrage der Regierung nicht gibt. Erst wenn dies über allen Zweifel erhaben ist, kann dem privaten Verschwörertum der Hals umgedreht werden. Nur dann!

HANNS HERRMANN GLASER:

## Der „Consul“ und sein Reich.

### I.

Den römischen Konsuln gingen, wenn sie sich bei Amtshandlungen dem Volke zeigten, als Ehren- und Schutzwache die Liktoren voraus, die „fascis“ tragend. Ein „fascis“ bestand aus einem Bündel derber Ruten oder Stöcke, aus dessen Mitte ein scharf geschliffenes Henkerbeil hervorragte. Dieses freundliche Symbol der Amtsmacht und der Strafgewalt der römischen Machthaber hat der internationalen Bewegung des „Fascismus“ den Namen gegeben. Diese Bewegung baut sich auf dem einfachen Grundsatz auf, die bei den gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Staaten und Völkern üblich gewordenen Methoden auf die innerpolitische Auseinandersetzung im eigenen Volke zu übertragen, bei nutzbringender Anwendung des noch etwa aus dem Kriege vorhandenen Schießmaterials und Verwendung der zahlreichen, durch den „Ausbruch“ des Friedens arbeitslos gewordenen Soldaten, besonders der höheren Chargen. Diese Bewegung, die sich verspricht, politische, wirtschaftliche und soziale Probleme mit Ruten und Beilen zu lösen, hat in den allermeisten Staaten dieses unglücklichen Nachkriegseuropas zahlreiche Anhänger, am meisten wohl in Ungarn, Italien und Deutschland. In den beiden erstgenannten Ländern ist der Fascismus bereits zum Siege gelangt, in Deutschland ist er nicht mehr sehr weit davon entfernt.

Da unsere deutschen Fascisten zumeist humanistisch vorgebildet sind, ist es nicht überraschend, daß eine Gruppe von ihnen ihrem Hauptmann und Führer den Titel „Konsul“ beilegte, weil sie auf seinen Befehl Ruten und Beile handhabten. Dieser Consul, der verschiedentlich die Welt in Aufregung versetzte, zuletzt vor wenigen Tagen, als er aus der Untersuchungshaft entflohen, heißt mit seinem bürgerlichen Namen Hermann Ehrhardt und ist ein kleiner Marineoffizier, der, wenn die alte herrliche kaiserliche Zeit nie durch Krieg und Niederlage jäh beendet worden wäre, vermutlich als Subalternoffizier auf einem Linienschiff Dienst täte und den heutigen Grad seiner „Berühmtheit“ niemals erreicht hätte. Auch Kriegsrufm hat Ehrhardt nicht in sehr beträchtlichem Maße erworben, wenn man auch nach seinen späteren Taten wohl annehmen kann, daß er auch im Kampf gegen den „äußeren Feind“ ein Draufgänger gewesen ist. Aber berühmt geworden ist er erst durch seinen Feldzug gegen den „inneren Feind“, durch den Kapp-Putsch, und den unterirdischen Krieg, der diesem nachfolgt.

Hat sich Ehrhardt im Laufe seiner Entwicklung auch den Junkern zugesellt und ist ihr Anführer im Kampf gegen Demokratie und Republik geworden, so ist er doch bürgerlicher Herkunft und stammt aus dem demokratischsten Lande Deutschlands. Er ist in Diersburg in Baden geboren, sein Vater war Pfarrer in einem kleinen Orte nahe der badisch-schweizerischen Grenze. Der alte Spruch, daß Pfarrerskinder und Pfarrerskühe nie geraten, hat sich auch an ihm bewahrt. Er war von klein auf ein wilder Bursche und zeichnete sich in der Schule weniger durch Wissen als durch seine bösen Streiche aus. Er soll einen Lehrer, der es sich erlaubte ihm gegenüber zum Ausdruck zu bringen, daß er mit seinem Benehmen nicht ganz einverstanden sei, auf Pistolen gefordert haben. Diese Neigung, Konflikte mit der Waffe austragen zu wollen, auch da, wo die Waffe ein durchaus untaugliches Mittel darstellt, ist ihm treu geblieben. Deshalb kam der Kapp-Putsch und deshalb saß er in Leipzig.

Ehrhardt war, nachdem er noch bei der Auslieferung der Flotte nach Scapa Flow mitgewirkt hatte, zunächst einer der eifrigsten Stützen der „Noskeregierung“ im Jahre 1919. Aus Offizieren und Unteroffizieren der Marine bildete er in Wilhelmshaven auf Befehl Noskes die Brigade Ehrhardt, die in Bremen, Berlin, Braunschweig und München als „Ordnungstruppe“ auftrat. Später kam sie dann abermals nach Berlin, wo sie vom Schloß die Marineflagge wehen ließ, unbekümmert um Proteste und Gegenbefehle der hohen republikanischen Zivilinstanzen. Zwischendurch kämpfte die Marinebrigade II, wie der offizielle Titel lautete, in Oberschlesien gegen die Polen.

Nach diesem „Siegzug“ durch ganz Deutschland und dem langen Aufenthalt im „unterworfenen“ Berlin war Ehrhardt und seinen Leuten der Kamm mächtig geschwollen. Sie dachten: „Ohne uns geht es nicht.“ Ehrhardt fing an Politik zu treiben, mit andern hohen Militärs zusammen. Der Prätorianerehrgeiz und die Prätorianerintrigen

begannen. Der Kapp-Putsch braute sich zusammen, das Morgen-Rendezvous am Brandenburger Tor zwischen Ludendorff, Lüttwitz, Kapp und Genossen wurde verabredet. Vielleicht aber wäre die Verabredung nicht so schnell zur Tatsache geworden, wenn nicht Ehrhardt gedrängt hätte, zu marschieren. Die Marinebrigade II hatte inzwischen nämlich so häufig Anstoß erregt und sich so oft Uebergriffe zu schulden kommen lassen, der widersetzliche und reaktionäre Geist der Truppe und ihres Führers hatte sich verschiedentlich so offen gezeigt, daß beschlossen worden war, die Brigade aufzulösen. Der Befehl zur Auflösung gab den eigentlichen Anstoß zum Kapp-Putsch. Die politischen Forderungen, die Lüttwitz am Vorabend des Putsches vortrug, waren Scheinforderungen. Das Verlangen nach dem Fortbestand der Ehrhardt-Brigade war wohl am ernstesten gemeint. Hätte die Republik hier den kleinen Finger gereicht, so wäre es sehr schnell zu einem trockenen Putsch gekommen, ähnlich dem, der der Regierung Hoffmann in München den Garaus machte. Ebert und die Regierung Bauer lehnten ab, Ehrhardt rückte ein und war für acht Tage Herr von Berlin. Aber er hatte seine politischen Geschäftsführer schlecht gewählt, die Kapp-Invasion brach am „passiven Widerstand“ des deutschen Volkes zusammen. Mit einem Fluch auf das schlappe Bürgertum, das ihn im Stich gelassen, und mit dem Versprechen an seine Leute, daß er das nächste Mal bestimmt besser machen werde, zog Ehrhardt nach Döberitz ab, nicht ohne bei seinem Ausmarsch noch einige Bürger- und Proletarier-Leichen blutig auf dem Berliner Pflaster hinter sich zu lassen.

Die Tragödie war zu Ende und die Komödie begann. Die Marine-Brigade sollte nun erst recht aufgelöst werden, aber niemand wußte recht, wie das anzufangen sei. Noch wochenlang lag der Döberitzer Heerhaufen Ehrhardts (es waren regulär nur 4000 Mann, aber darum herum ein riesiger Anhang von Zeitfreiwilligen und Kapp-Gardisten) wie eine finstere, drohende Wolke über Berlin. Endlich gelang es, die Brigade ins Münsterlager abzutransportieren. Nunmehr ermannte man sich sogar zum Haftbefehl gegen Ehrhardt, der am 13. April erlassen wurde, Anfang Mai befand sich Ehrhardt noch unter seiner Truppe, ohne von der Polizei behelligt zu werden. Endlich zog es der Kapitän doch vor, zu verschwinden, nicht ohne sich in einem pompösen Tagesbefehl von seiner Brigade verabschiedet zu haben.

Großzügig und nachsichtig gegen ihre Feinde ist die deutsche Republik immer gewesen, großzügig bis zum Selbstmord. Sie hat nach dem Kapp-Putsch der Brigade Ehrhardt die von Kapp genehmigten Sonderzulagen der Truppe weiterbezahlt, sie ging noch weiter, sie hat nach der Auflösung der Brigade einen großen Teil ihrer Angehörigen, Mannschaften und Offiziere, in die Reichsmarine, ja sogar in die Einzel-Polizei übernommen. Ueber die Erfahrungen, die sie im einzelnen damit machte, fehlt leider die Statistik. Das Gesamtergebnis ist bekannt.

Mit dem Verschwinden aus dem Münsterlager begann die illegale Betätigung Ehrhardts. Jetzt tauchte der Name „Consul“ auf und die

nach ihm benannte Organisation C. Ehrhardt selbst wechselte sehr oft den Schauplatz seiner Tätigkeit, er saß viel in Deutsch-Oesterreich, insbesondere in Wien, Salzburg und Innsbruck. Er kam auch häufig über die Grenze nach Deutschland, nach Bayern, aber auch nach Norddeutschland, aber da die Polizeibehörden sich nicht sonderlich viel Mühe gaben, ihn zu fassen, konnte er von Mai 1920 bis zum 31. November 1922, also über 2½ Jahre, sich den Verfolgungen entziehen. Von Zeit zu Zeit tauchten in der Oeffentlichkeit Meldungen auf, er sei da und dort gesehen worden. Höhere bayerische Beamte wurden öffentlich verdächtigt, ihn beherbergt zu haben, aber stets erfolgte prompt das Dementi, und nie gelang es, seinen Aufenthalt zur amtlichen Kenntnis der Polizeibehörden zu bringen.

Licht in die Tätigkeit Ehrhardts und der Organisation C. kam erst, nachdem das erste Opfer der Geheimbünde, Erzberger, gefallen war, also im August 1921. Seit dieser Zeit schwebt auch der Geheimbündeleh-Prozeß gegen die O. C., der bis heute noch zu keinem Abschluß gekommen ist. Das damals festgestellte Material war bezüglich des Geheimbundes absolut einwandfrei. Die O. C. hatte im Juni und Juli des Jahres 1921 sich aus einer losen Vereinigung in eine feste Form konstituiert, Satzungen und Organisationsentwürfe ausgearbeitet, die bei der Nachsuche nach den Erzberger-Mördern der Polizei in die Hände fielen. Die O. C. war eine Vereinigung der ehemaligen Offiziere der Marine-Brigade Ehrhardt. Der Kampf gegen die Weimarer Verfassung und den Friedensvertrag von Versailles, die Einsetzung einer „nationalen“ Regierung waren die Ziele dieser Vereinigung. Sie bedeutet also eine Fortsetzung jener Tendenzen, die für die Urheber des Kapp-Putsches seinerzeit maßgebend gewesen sind. Dem Stabe der O. C. gehörten u. a. die Erzberger-Mörder Tillessen und Schulz an, ebenso der bekannte Kapitänleutnant a. D. Hoffmann und Herr v. Killinger, Auch der Kapitänleutnant Kautter, der vor kurzem im Fuchs-Machhaus-Prozeß als Zeuge nationale „Lorbeeren“ erwerben konnte, spielte in der O. C. eine führende Rolle. Kautter hat im Fuchs-Machhaus-Prozeß erklärt, daß er von den französischen Bestechungsgeldern des Oberleutnants Richert allein 62 Millionen vereinnahmt und „für nationale Zwecke“ verwendet hat.

Mitglieder der O. C. waren weiter die Rathenau-Mörder Kern und Fischer und eine ganze Anzahl der Leute, die im Rathenau-Prozeß als Zeuge oder als Angeklagte wegen Begünstigung eine Rolle gespielt haben.

Nach der Aufdeckung der O. C. im Untersuchungsverfahren gegen die Erzberger-Mörder ist die O. C. als Vereinigung „aufgeflogen“. Sie bestand jedoch weiter in der Form einer Kameradschaft und hat ihre Tätigkeit durchaus nicht eingeschränkt. Der maßgebende Einfluß Ehrhardts blieb nach wie vor erhalten. Die Tendenz dieser Gruppe ging nunmehr weniger darauf hin, selbst eine feste Organisation zu bilden, als vielmehr in andere große Organisationen einzudringen und

sich diese Organisationen dienstbar zu machen. Es gelang den O. C.-Leuten in der Orgesch, in den großen Offiziersverbänden und insbesondere auch bei den Nationalsozialisten eine führende Rolle zu spielen. Das große Feld dieser Betätigung der O. C.-Leute, ihre Ausbreitung und ihre Bedeutung soll in einem weiteren Artikel beleuchtet werden.

---

HERMANN WENDEL:

## Zum letzten Male: Delbrücks Irrtümer.

**I**N der Vorrede zur ersten Auflage seiner „Geschichte der Kriegskunst“ schildert Professor Hans Delbrück die schier rührende Summe von Fleiß, Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit, mit der er an seine Aufgabe herantrat. Im Frühjahr 1874 beschäftigte ihn der Gegenstand zum ersten Male und ließ ihn seitdem nicht mehr los; 1877 versenkte er sich in eingehende und ausgedehnte Studien und vertiefte sie in den folgenden Jahren durch lehrreiche Aussprache mit Fachleuten; 1881 las er an der Universität das erste Kolleg aus der Geschichte der Kriegsverfassungen und der Kriegskunst, aber das Altertum hineinanzuziehen „getraute“ er sich noch nicht, weil er es noch nicht selber quellenmäßig durchgearbeitet hatte; erst zwei Jahre später „wagte“ er sich auch auf dieses Gebiet, und aus unzähligen quellenmäßigen Untersuchungen, Vorlesungen und Spezialarbeiten, die fast zwei Jahrzehnte ausfüllten, entstand am Ende die „Geschichte der Kriegskunst“, dafür freilich als ein Werk, das zu durchhackern ein Genuß, das zu würdigen eine Freude ist.

Hätte Professor Delbrück nur ein Zehntel, nein! ein Hundertstel, bewahre! nur ein Tausendstel jenes Gelehrtenfleißes und jener wissenschaftlichen Sorgfalt an die Erforschung der Vorgeschichte des Weltkriegs, vor allem der Rolle Oesterreich-Ungarns und Serbiens, gesetzt, ehe er darüber als Sachverständiger schrieb, ihm und uns wäre wohler. Aber hier fühlte er nicht das Bedürfnis, die Vorgänge quellenmäßig durchzuarbeiten; hier wagte er ohne eigene Spezialarbeiten fertige Urteile hinzulegen; hier getraute er sich, seinen Stoff aus zweiter und dritter Hand übernehmend, einen ganzen großen nationalen Entwicklungsprozeß mit vorgefundenen Schlagworten abzutun. Und doch verdient eine Untersuchung der wirklichen Wurzeln des habsburgisch-südslawischen Gegensatzes vielleicht nicht weniger Gewissenhaftigkeit als die Nachprüfung der Ueberlieferung von den Wolfsgruben und Fußangeln vor der persischen Front in der Schlacht von Gaugamela -- anno 331 vor Christi Geburt!

Dem Irrlicht seiner Voreingenommenheit folgend, stolpert Professor Delbrück denn auch von Irrtum zu Irrtum. In der Abhandlung

„Serbien, Oesterreich und Rußland“, deren Erwähnung in Heft 12 dieser Zeitschrift der Anlaß zu Delbrücks Erwiderung in Heft 15 ward, gibt er als Grund für die Ablehnung eines österreichisch-ungarischen Bündnisangebots durch Jovan Ristic im Jahre 1870 an, daß sich die Verpflichtung zu wohlwollender Neutralität auch auf einen Krieg Oesterreichs mit Rußland bezogen hätte, und daß Serbien nach Meinung seines Staatsmannes aus slawischem Gemeingefühl eine solche Bindung nicht eingehen konnte. So steht es in Georgewitschs Buch „Die serbische Frage“ zu lesen, aus dem Professor Delbrück geschöpft hat, weil es ihm, deutsch geschrieben, zugänglich war. Eine quellenmäßige Untersuchung, bescheidener gesagt: ein Blick in das freilich nur serbisch erschienene Werk Ristics „Die auswärtigen Beziehungen Serbiens“ (Band III, Seite 144 u. ff.) hätte ihm gezeigt, daß den Serben noch andere schwerwiegende Gründe, die nicht zu Delbrücks These paßten, zu seiner Haltung bestimmten, nämlich das Unbehagen, daß Oesterreich-Ungarn Bosnien bis zum Vrbas und bis zur Narenta, also den dritten Teil dieses südslawischen Landes als Beuteanteil heischte, und die Furcht, daß Serbien schließlich von dem großen Nachbar übers Ohr gehauen werden könnte.

Nur Unkenntnis und Voreingenommenheit führt Herrn Professor Delbrück auch zu einer ebenso maßlosen wie erstaunlichen Ueberschätzung von wertlosen Schmierereien, wie es die Erzeugnisse der Miß Durham und des Herrn Mandl sind. Von der im üblen Sinn frauenzimmerlichen Anschauung ausgehend, daß alle Albaner Edelmenschen, alle Slawen Haderlumpen sind, hat Miß Durham auf ihren Balkanreisen nicht Tatsachen, sondern Gerüchte kritiklos zusammengetragen, sofern sie sich mit ihrer Tendenz deckten; ihr Buch hat nicht mehr inneren Gehalt, als wenn ein Ausländer heute in Deutschland jedes Gassengerücht und jeden Stammtischschwatz nicht als Stimmungszeichen einer erregten Zeit, sondern als Reflexe von Tatsachen aneinanderreichte. Als es etwa im November 1912 dem Ballplatz beliebte, wieder einmal die öffentliche Meinung der Donaumonarchie gegen Serbien aufzuputschen, verbreitete die schwarz-gelbe Presse die Mär, daß der k. und k. Konsul Prohaska in Prizren von einrückenden serbischen Truppen bald hieß es: beschimpft, bald: verwundet, bald: getötet, bald gar: entmannt worden sei. Am Ende aber entpuppte sich alles als ein Generalriesenschwindel; überhaupt nichts war geschehen; am 17. Dezember ließ das österreichisch-ungarische Ministerium des Aeußeren auf Grund amtlicher Untersuchung an Ort und Stelle amtlich erklären, „daß die in Umlauf gewesenen Gerüchte, wonach Konsul Prohaska serbischerseits auf seinem Posten förmlich gefangengehalten, ja sogar mißhandelt worden wäre, jeder Grundlage entbehren“. Da aber der Miß Durham damals ein beschnapster Montenegriner vorgefabelt hatte, daß er die Schändung der

österreichischen Flagge und die Mißhandlung des Konsuls durch serbische Offiziere mit angesehen habe, nimmt sie diesen Schwatz noch heute so für bare Münze, daß sie in ihrem Buch schreibt:

Prohaska wurde, nachdem er einige Wochen im Gefängnis gesessen (!), wieder auf freien Fuß gesetzt. Oesterreich würgte seinen Stolz herunter und begnügte sich mit einer serbischen Entschuldigung. Prohaska erhielt eine Entschädigung und wurde zum Schweigen verpflichtet (!!). Wie mein Gewährsmann (!!!) vorausgesagt, wagte Oesterreich nicht, seine Demütigung bekanntzugeben

— praeter propter: nachdem es wochenlang mit dieser „Demütigung“ im In- und Ausland Stimmungsmache betrieben hatte! Ein Werk, das nicht nur an dieser, sondern an hundert Stellen mit der Wahrheit so liederlich umspringt und den Stempel hysterischen Altweiberklatsches sichtbar an der Stirn trägt, wäre für den Historiker Delbrück ein Gegenstand höchsten Mißtrauens, für den Schuldfrage-Sachverständigen Delbrück ist es „die beste neuere Publikation über das serbische Problem“!

Gleich schlimm steht es mit Mandls Machwerk. Daß ich einen von ihm beigebrachten Ausspruch Pašics, auf den Professor Delbrück geradezu entscheidenden Wert legte, als freie Erfindung, als freche Fälschung erwiesen habe, ist nicht das einzige; auch sonst sind Zitate tendenziös zurechtgeschnitten, ist alles, was in den übrigen Ton der Schilderung nicht passen würde, einfach weggelassen. Was hat, als er in Janssens „Geschichte des deutschen Volkes“ ähnliches feststellte, der Historiker Delbrück dazu gesagt? „Offenbar ist eine Materialien-Sammlung, in der man jedes Zitat erst nachprüfen muß, ob es nicht irgend gestutzt oder gefärbt ist, von sehr geringem Wert.“ Ganz gewiß! Aber für den Schuldfrage-Sachverständigen Delbrück ist Mandls Pamphlet eine „wertvolle Quellenschrift“! Wie lange noch, und auch die „Weisen von Zion“ avancieren zu einer „wertvollen Quellenschrift“!

Das Erschreckendste jedoch ist, wie leicht es Professor Delbrück nimmt, wenn ihm nachgewiesen wird, daß er seine Aufgabe leicht nimmt. Die Berichtigung des Artikels „Kriegsschuld-literatur“, „daß C. Sturzenegger nicht ein Verfasser, sondern eine Verfasserin ist“, akzeptiert er etwas obenhin „mit Dankbarkeit“. Ach nein! Nicht, daß Sie, Herr Professor und Geheimrat, eine Sie für einen Er hielten, ist das Fatale, sondern daß Sie, ohne von der Person der Schweizerin Sturzenegger eine Ahnung zu haben, fix mit dem absprechenden Urteil zur Hand waren: „Der Verfasser gehörte zu jener Gruppe von Deutschen, die während des Weltkriegs von der Schweiz aus Deutschland mit Verleumdungen zu bekämpfen suchten“, das ist das Ueble und kennzeichnet ihre Arbeitsmethode — ein Student wäre, und mit Recht, aus Ihrem Semi-



nar geflogen, wenn er sich bei historischer Forschung ähnlicher Leichtfertigkeiten unterstanden hätte!

Demgegenüber fällt es kaum ins Gewicht, daß das Hauptstück von Professor Delbrücks „Richtigstellung“ auf einem Mißverständnis beruht. Meine Angabe, daß die deutschen Machthaber bis zum 28. Juli allen Vermittlungsversuchen der übrigen Mächte ein Bein stellten, bezieht er auf Vermittlungsversuche, die eine Verhinderung des Weltkriegs anstrebten. Aber nicht nur der von ihm mißverständene, sondern auch der vorangehende Satz läßt klarlich erkennen, daß Versuche gemeint waren, den österreichisch-serbischen Krieg zu verhindern. Daß der Ballplatz den Krieg gegen Serbien um jeden Preis vom Zaun brechen wollte, und daß ihm die Wilhelmstraße freie Hand ließ, bestreitet auch Professor Delbrück nicht. Daß aber, dieses Ziel vor Augen, die Leiter der deutschen auswärtigen Politik Greys Vorschlag einer Fristverlängerung, Sasonows Plan einer „Europäisierung der Fragen“, Biennu-Martins Gedanken einer beruhigenden Einwirkung Deutschlands in Wien sabotierten, daß sie sich bis zum 28. Juli hartnäckig an den Standpunkt klammerten: „Wir können in dem Konflikt zwischen Oesterreich und Serbien nicht vermitteln“, daß sie, um einer Einmischung anderer Mächte zugunsten des Friedens die Spitze abzubrechen, dem Bundesgenossen „größte Schnelligkeit in den militärischen Operationen und baldigste Kriegserklärung“ empfahlen, darin liegt ihre schwere Schuld, auch wenn sie, wie ich mit Delbrück glaube, keineswegs auf den Weltkrieg ausgingen, sondern seine Möglichkeit nur mit in Rechnung stellten!

Daß, nachdem es an einer Ecke brannte, das Feuer weiter griff, und schließlich die ganze Gasse in Flammen aufging, lag an der Aufbewahrung entzündlicher Stoffe in den anderen Häusern, an dem schlechten Funktionieren des Feuermelders, an der Lässigkeit und der Böswilligkeit einiger Feuerwehren und an dem ungünstigen Wind, aber deshalb das Treiben der ersten Brandstifter nicht verbrecherisch finden, dazu gehört eine Ausdeutungskunst, um die Herrn Professor Delbrück niemand beneiden wird.

---

HANS BLOCK (Dresden):

## Sachsen und die Reichseinheit.

**D**ER Artikel des Genossen Dr. Zechlin in Nr. 14 der „Glocke“ „Finis Germaniae“? enthält in seinen ersten sechs Absätzen kein Wort, dem nicht jeder Sozialdemokrat zustimmen müßte, aber diese unanfechtbaren Ausführungen sind nur die Einleitung. Geschrieben ist der Artikel offenbar um des 7. Absatzes willen, der gegen den sächsischen Ministerpräsidenten, den Genossen Dr.

Zeigner, die Anklage erhebt, daß er das Reich in die Gefahr der Zersplitterung stürze.

In den Angriffen, die die bürgerlichen Parteien und ihre Presse gegen Genossen Dr. Zeigner aus Anlaß seiner Rede in Niederplanitz erhoben haben, die auch dem Genossen Dr. Zechlin den Anstoß zu seinem Artikel gab, ist diese Anklage bisher nicht erhoben worden. Obwohl gerade die bürgerlichen Parteien Sachsens schier aller Augenblicke eine Verletzung der Reichsverfassung durch irgendeine Maßnahme der verhaßten sozialistischen Regierung Sachsens behaupten. Die Tatsache, daß die Sozialdemokratie Sachsens die entschlossenste Bekennerin der Reichseinheit ist, liegt ebenso deutlich auf der Hand, daß der Gedanke, ihr reichszerstörerische Absichten unterzuschieben, gar zu fern liegt. Genosse Dr. Zechlin behauptet natürlich auch solche Absicht nicht. Seine Anklage läuft darauf hinaus, daß das Auftreten des Genossen Dr. Zeigner in Niederplanitz ungewollt zu dem gefährlichen Endeffekt führen müsse.

Dennoch bringt er am Schlusse des Absatzes Bayern und Sachsen zusammen, als Staaten, die in den letzten Zeiten öffentlich gegen die Reichsregierung Stellung genommen haben. Gegen ein solches Zusammenwerfen muß denn doch entschieden Protest erhoben werden. Von der bayerischen Regierung weiß man, daß sie die Reichseinheit lockern oder auch zerstören will — je, wie es die Umstände gestatten. Genosse Dr. Zeigner aber kann für sich in Anspruch nehmen, daß seine Rede wider die Reichsregierung gerade aus der Sorge um die Reichseinheit geboren wurde. Sie richtet sich gegen eine Reichsregierung, die die Feinde der Reichseinheit in Bayern frei gewähren läßt gegen eine Reichsregierung, die dem Bestande des Reiches gefährlich wird durch die Duldung der faschistischen Umtriebe, durch den passiven Widerstand, den sie den Bemühungen Preußens nach Unterdrückung der Geheimorganisationen entgegensetzt, durch die Duldung der immer noch andauernden Verbindungen zwischen Reichswehr und den rechtsradikalen Kampfvereinigungen. Genosse Dr. Zechlin sieht nur die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen den Angriff eines einzelstaatlichen Ministerpräsidenten auf die Regierung des Reichs; er sieht nicht die Gefahren, die diesem Ministerpräsidenten zu seiner Rede gebracht haben. Die Bedenken, die Zechlin erhebt, wiegen gewiß schwer, aber für Dr. Zeigner wog die andere Schale schwerer. Es gibt gefährliche Situationen, wo alle anderen Bindungen vor der Pflicht der Warnung zurücktreten. Sollte Genosse Zeigner schweigen, wenn er sich zu solcher Warnung verpflichtet fühlte, schweigen, weil er Ministerpräsident ist? Das hieße der Reaktion einen Freibrief geben, denn nur weil er Ministerpräsident ist, konnte Genosse Zeigner wahrscheinlich das erfahren, was ihn nach seiner Meinung zur Warnung verpflichtete. Es ist dasselbe wie mit der Bindung unter den Mehrheitswillen der Partei. Sie

verpflichtet den Parteiangehörigen, einerlei auf welchem Posten er steht. Aber es gibt Ausnahmesituationen, wo ein Warnruf an die Partei erlaubt sein kann. Und für die Reichstagsfraktion kann es unter Umständen erwünscht sein, wenn sie durch die Umstände gezwungen werden sollte, trotz aller jetzigen Bedenken gegen die Regierung Cuno vorzugehen, daß sie die Partei für diesen Schritt nicht ganz unvorbereitet findet.

Ich und mit mir viele sächsische Genossen meinen, daß Genosse Zechlin die Gefahren, die für die Reichseinheit aus Dr. Zeigners Schritt entstehen können, zu schwarz sieht. Und daß diese falsche Beurteilung der Abneigung entspringt, mit der einflußreiche Kreise der Partei auf die Zusammenarbeit der sächsischen Sozialdemokraten mit den Kommunisten blicken. Diese Abneigung können wir verstehen, aber wir müssen jene Genossen bitten, sich auch um etwas Verständnis für die Notwendigkeit der Taktik der sächsischen Partei ernstlich zu bemühen.

Die Genossen außerhalb Sachsens beurteilen unser Verhältnis zu den Kommunisten zumeist unter dem Gesichtswinkel der Reichspolitik oder der Politik der Einzelstaaten, in denen sie leben. Sie vergessen gemeinhin die besonderen sächsischen Verhältnisse, vergessen, daß sich das Problem der Auseinandersetzung mit den Kommunisten anders darstellt, wenn eine sozialistisch-kommunistische Mehrheit im Parlament ist, als wenn eine Regierungsbildung durch eine Mehrheit der proletarischen Parteien überhaupt nicht möglich ist. Im ersteren Falle ist die Abneigung innerhalb der Arbeiterschaft gegen eine Koalition mit den Bürgerlichen natürlich viel stärker als im zweiten. In Sachsen hat sie sich bekanntlich gegen den Willen und Rat der führenden Parteiinstanzen durchgesetzt. Es gibt unter den sächsischen Genossen mancherlei verschiedene Schattierungen der Bejahung der sozialistisch-kommunistischen Koalition. Es gibt kaum Enthusiasten, aber es gibt Genossen, die in dieser Koalition den ersten Schritt zum Einswerden der deutschen Arbeiterbewegung sehen, und die glauben, daß er, wenn er auch jetzt noch nicht zum Ziele führen wird, doch wiederholt werden und Nachfolge finden wird. Andere die vor der Entscheidung der Landesversammlung die Koalition für unmöglich hielten, sehen jetzt in ihr ein Experiment, das im Interesse der Partei bis zur Grenze des möglichen ehrlich durchgeführt werden muß, damit sie bei einem Bruche mit reinen Händen vor ihre Wähler treten könne. Zu dieser letzteren Auffassung sollten sich, unbeschadet ihrer Abneigung gegen die Koalition die Genossen im Reich zumindest auch durchringen können. Die sächsische Sozialdemokratie muß auf einem exponierten Posten einen Kampf durchfechten, der für die ganze deutsche Arbeiterbewegung und vielleicht für die proletarische Bewegung überhaupt nicht ohne Bedeutung ist. Sie darf immerhin dafür einige Rücksicht von den Außenstehenden verlangen.

Dr. PAUL NATHAN:

## Ferdinand Lassalles Ende\*).

Es ist nicht überraschend, daß Ferdinand Lassalle immer neue Biographen findet. Er war eine faszinierende Gestalt für jene, die den schönen Mann mit ihren Augen lebhaftig noch erblickten, wie er es ist für jene, die nur mit ihres „Geistes Auge“ ihn sich vergegenwärtigen können. Stattlich, mit wundervollen, herrschenden Blicken, mit wundervoller Stirn, selbstbewußt, hinreißend als Redner wie in der Unterhaltung; ausgestattet mit dem gesamten Wissen seiner Zeit, wie er voll pathetischem Selbstgefühl von sich sagte; geeignet, den stärksten Eindruck zu machen auf Gelehrte wie Humboldt und Boeckh, auf einen Dichter und politischen Seher wie Heinrich Heine und auf einen genialen kühlen Menschenkenner und Staatsmann wie Otto von Bismarck. Es wirkt sein Spiegelbild durch die Zeiten und Ereignisse hindurch noch heute und lockt immer wieder die Biographen, seine Individualität neuen Generationen zu weisen.

Das Buch von Konrad Haenisch, schön und interessant ausgestattet, ist ein wohlgeeigneter, populärer Führer durch das romantische Leben dieses Mannes, der die stärkste, realpolitische Bewegung unserer Zeit, die sozialdemokratische, in Deutschland, zwar nicht geschaffen, aber agitatorisch in Bewegung gesetzt hat.

Das Buch in seinen Einzelheiten will ich nicht besprechen; nur ein zentrales Problem im Leben Lassalles möchte ich hier zu beleuchten versuchen.

Der Tod eines hervorragenden Menschen kann sein eines Daseins naturgegebenes Ende, dem jede lebende Kreatur verfallen ist; und dann ist der Tod nur der Schlußpunkt, der keine neue Aufklärung dem Leben des Abgeschiedenen hinzufügt. Finis! Oder der Tod kann unter eigenartigen Umständen erfolgen, und er kann auch einmal die letzte, unwiderrufliche Aufklärung über ein Leben geben, das nunmehr abgeschlossen ist.

Als Lord Byron bei Missolonghi elend zugrunde ging im Freiheitskampf für Griechenland, bedeutete dieser Tod, das Ende eines Lebens voll Ruhelosigkeit des größten lyrischen Dichters der neuesten Zeit, der zugleich ein Politiker sein wollte; und als Lassalle in Genf von der geistlosen Kugel eines bedeutungslosen Menschen zu Tode getroffen wurde, bringt auch dieser Abschluß letzte Helligkeit über das Leben eines Mannes, der ein klarer Denker und voll Konsequenz auch im Handeln, gewesen ist und der als gefühlsumnebelter Romantiker starb. Der Dichter, der ein Politiker sein wollte, und der harte Politiker, der wie ein gefühlsüberwältigter Romantiker endete! Und beide moderne Ich-

\*) Konrad Haenisch: Lassalle. Mensch und Politiker. Berlin. Franz Schneider.

Persönlichkeiten, und beide nicht hingegeben an ein letztes außerpersönliches Ziel, an die Kunst oder an die Politik oder an die Wissenschaft; sondern letzte Triebkraft dieser Existenzen ist der zwingende Wille, sich auszuleben nach den Kapricen, nach den Neigungen, nach den Leidenschaften des Augenblicks, nach dem, was das „Ich“ will, und führte dieses Wollen auch weit ab von den letzten großen Aufgaben, für die dieses Dasein erschaffen zu sein schien. So Byron, so Lassalle, so der Größte dieses Menschentypus; Alkibiades im Altertum, große, sich bis ins Gewaltige steigende Persönlichkeiten, die als Politiker nichts zurücklassen können als Anregungen, Bewegungen, keine abgeschlossene Tat, keine festen Fundamente, auf denen die Zukunft weiterbaut. Große „Ich-Menschen“, die, wenn sie Politiker waren, als Köstlichstes, das sie der Welt boten, die Erinnerung an ihre reiche Persönlichkeit gaben. Ich möchte Lassalle einen jüdisch-preußischen Alkibiades nennen, mag diese Zusammenklitterung immerhin zunächst bizarr klingen.

Ich kann es dokumentarisch nicht beweisen, aber ich zweifle nicht daran, daß Lassalle, der Demokrat, der Arbeiterführer, der moderne Mensch in das feudale Duell durch ein Innerstes, durch sein jüdisches Innere hineingehetzt worden ist. Er empfand den Abschluß seiner Liebesaffäre nicht als ein Unglück, als ein schwer zu tragendes allerpersönlichstes Mißgeschick, sondern als einen gesellschaftlichen Affront, und einen gesellschaftlichen Affront beseitigt man in den Kreisen, denen Lassalle gegenüberstand, durch ein Duell. So entstand die Lage, daß der Mann modernsten politischen Gepräges sich das Gesetz seines Handelns durch den sogenannten Ehrenkodex seines feudalen Gegners vorschreiben ließ, und diesen Ehrenkodex hätte er an und für sich verlachen müssen. Daß auch Enttäuschung, Wut, Leidenschaft zu solchem Entschluß mitgewirkt haben, ist bei dem selbstherrlichen Lassalle außer Zweifel. Aber als entscheidend erscheint es mir, daß er als ein vor die Tür gesetzter Jude nun in jener Sprache reagierte, die christlicher Feudalismus versteht, die bei dem gang und gäbe war. Und so ergibt sich die groteske, fast lächerliche Lage, daß jener, der ein Bahnbrecher eines neuen Weltabschnitts sein wollte, sich freiwillig den Vorurteilen einer bekämpften, absterbenden Vergangenheit zum Opfer brachte. Lassalle, der große, der gewaltige Agitator der Sozialdemokratie, Bejager und Opfer feudalistischer Lebensführung. Welch ein Hiatus!

Und das Preußische in Lassalle sehe Ich in seiner Wissenschaftlichkeit und in seinem Organisationstalent. Es gibt Genies und Talente wahrlich überall in der zivilisierten Welt; aber den Gipfel des Drills gab es vor allem in Preußen; den Drill des Kasernenhofes und den Drill in der Wissenschaft, den man Methodik nennt. Und die wissenschaftlichen Werke Lassalles, juristische und philosophische, sind Muster exakter Methodik, und nicht weniger methodisch war der Versuch Lassalles, die Arbeiterbewegung in Preußen, in Deutschland zu organisieren.

Auf diesem Grundriß hat die Sozialdemokratie dann weitergeschaffen mit dem Erfolg, daß die deutsche Parteiorganisation das Vorbild vielfach und jedenfalls überall die Bewunderung der Welt geworden ist.

Endlich. Seine Bewunderer haben Lassalle einen Achill genannt; ich wüßte nicht, was an diesem Gehirnmenschen achilleisch gewesen ist. Aber ich sagte es schon, er gehörte zu den großen Ich-Menschen; er gehört in die Klasse des Alkibiades; der großen Genießer; Genießer mit den Sinnen, Genießer mit dem Intellekt; auch das Herrschen sollte ihm Genuß sein: ich weise hin auf seine charakteristische Vision; er sieht sich mit der Gräfin Hatzfeld einziehen in Berlin durch die Mitteldurchfahrt des Brandenburger Tors, die damals nur die königliche Familie benutzte, in einem offenen Wagen mit sechs prachtvollen Schimmeln bespannt: Lassalle-Imperator; vielleicht Imperator einer — Republik!

Ein Mann mit diesem intellektuellen Einschlag, ein Ich-Mensch dieser Prägung konnte auch an die Spitze einer proletarischen Bewegung treten. Aber diese Führer- und Herrschernatur ging nicht auf — ganz und ausschließlich — in dieser Aufgabe. Marx und Engels haben das immer mit Mißtrauen und trotz aller Bewunderung, die sie sich — ab-rangen, herausgeföhlt. Und als dem gewaltigen Agitator, dem scharfsinnigen Denker, dem großen Redner und Schriftsteller ein Mädchen recht zweifelhaften Wertes über den Weg gelaufen kam, als er bei dieser Liebesaffäre auch in seinem Selbstgefühl sich gekränkt, verwundet, gedemütigt föhlte, als dem Verwöhnten die keineswegs schneeweiße Taube aus der Hand entschlüpfte, da entschwanden ihm seine großen politischen und sozialen Pläne, diese Herrschernatur wurde beherrscht von der ganz kleinen, windigen und etwas unsauberen Augenblicksaffäre, und ein genialer Mensch wurde hingestreckt durch die blödsinnige Revolverkugel, die eine menschliche Null abfeuerte.

Der Tod Lassalles beleuchtet überscharf sein Leben; er vergoldet es nicht.

---

Dr. STURM:

## Verfall oder Neuaufbau unseres Schulwesens?

Immer wieder hört man heute die Klage um die Not der Schule und die Befürchtung, daß wir vor einem Zusammenbruch unseres gesamten Bildungswesens stehen. Gewiß, haben manche Erscheinungen unserer Zeit dieser Befürchtung einige Berechtigung. Aber wir dürfen trotz aller Zeichen des Verfalls nicht übersehen die gewaltigen neuen Kräfte, die heute lebendig sind, wir dürfen nicht vergessen, daß auf allen Gebieten des Lebens neue Gedanken mächtig werden, und besonders auf dem Gebiet des Schulwesens. Das zeigt uns das neue Buch von Fritz Karsen: „Deutsche Versuchsschulen der Gegenwart und ihre Probleme“ (Dürsche Buchhandlung, Leipzig 1923).

Das Buch gibt uns endlich einmal ein klares Bild von dem, was an schöpferischer Arbeit in den letzten Jahren auf dem Gebiet des Schulwesens geschaffen ist und welche Hoffnungen wir für die Zukunft haben können. Es ist nicht entstanden aus theoretischen Erwägungen heraus, sondern der Verfasser gibt uns ein Bild von dem Wesen der bekanntesten der deutschen Versuchsschulen, die er aus eigener Anschauung kennen gelernt hat. Die einzelnen Schulversuche werden nicht für sich behandelt, sie werden vielmehr hineingestellt in den großen Zusammenhang der gesellschaftlichen Entwicklung. Es wird deutlich ausgesprochen, daß es „eine abgetrennte Geschichte pädagogischer Ideen und ihrer Entfaltung nicht geben kann“.

Der Verfasser beginnt mit den organisatorischen Schulversuchen, die schon im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts zu den sogenannten Reformanstalten mit gleichem Unterbau für die drei Typen der höheren Schule geführt haben.

Genauer wird dann auf die methodischen Schulversuche eingegangen und eine klare Einstellung zu dem Begriff „Arbeitsschule“ gegeben. Wir bekommen ein anschauliches Bild von Seinigs Schule der Handarbeit in Charlottenburg, von dem Positiven, Wertvollen dieser Methode, aber auch von ihrer Einseitigkeit. —

Im Gegensatz dazu steht Gaudigs „Schule der freien geistigen Arbeit“, das Lehrerinnen-Seminar in Leipzig. Aber auch hier liegt wieder in der Einseitigkeit die Stärke. Gaudigs Methode „bedeutet den großen Schritt zur Mobilisierung der Klasse auch in allen Fächern der höheren Schule“. Rational denkende Methodik, logische Schulung, das sind die Kernpunkte dieses Unterrichts. Ein „Erleben“, eine wirklich innerliche Nutzbarmachung des Stoffes kann aber nur dann vorliegen, wenn er von den Gesichtspunkten her besprochen wird, von denen er heute innerlich verstanden werden kann. — Als bedeutendster der methodischen Schulversuche wird dann Berthold Ottos Hauslehrerschule in Lichterfelde bewertet, aber eins fehlt dieser Schule: der Zusammenhang mit den wirklichen Kräften der werdenden, arbeitenden Gesellschaft.

Der dritte Abschnitt handelt von den Schulen neuer Gesinnung, von den Landerziehungsheimen und freien Schulgemeinden. Mit der Jugendbewegung und ihren ganz neuen Idealen sind diese Schulen gewachsen. Ihre höchste Stufe ist die Schöpfung Gustav Wynekens, die freie Schulgemeinde Wickersdorf. Diese Schule ist „die Lebensstätte der Jugend mit ihren Führern, sie ist autonome Gemeinschaft und ihr Sinn fern allen äußeren Zwecken allein der Sinn der Kultur, als des Dienstes am Geiste“. Weiter lernen wir können die Gründung Paul Gehenbs, die Odenwaldschule, die einzige Schule mit wirklicher Koëduktion, dann die Freie Schul- und Werkgemeinschaft in Dreilinden und schließlich die unter der geistigen Leitung Rudolf Steiners stehende Waldorfschule. —

Und nun der letzte Abschnitt: die revolutionäre Schule, die Gemeinschaftsschule, die Schule der werdenden Gesellschaft. Sie ist „die Lebens-

stätte der Jugend, die unter dem belebenden Einfluß der gesamten persönlichen und dinglichen Umwelt ihrer Zeit in die Zukunft hineinwandert“. „Die werdende Gesellschaft baut die werdende Schule. Nicht predigende Lehrer voll liebender Romantik führen sie an, sondern sie steht da, weil sie muß, in der erfüllten Zeit, und die Lehrer stehen in ihr.“

Das Buch steht in der pädagogischen Literatur der neuesten Zeit einzig da. Seine Klarheit und Folgerichtigkeit sollte jedem einsichtigen Menschen die Augen öffnen und ihm den Weg zeigen, den die Schule mit Notwendigkeit gehen muß.

Mögen alte Formen zerfallen, das unerhört neue Leben, die kraftvolle neue Entwicklung der Schule ist nicht zu töten.

Dr. ADOLF SCHWARZ (Leipzig):

## Republik und Hochschule.

Wissenschaft und Politik sind nicht so völlig zusammenhanglose Dinge, wie es zuweilen nach den Aeußerungen ehrlicher und auch aufrichtiger Leute scheinen möchte; selbst Zoologen und Physiker — den Beweis hierfür erbrachten Jena und Heidelberg — wußten ihre Vorlesung in eine politische Kundgebung umzugestalten. Es kann dem Staat auch keineswegs gleichgültig sein, wem in den Disziplinen der Volkswirtschaft, des Rechts und der Geschichte die Lehrstühle und damit die Seelen der akademischen Jugend anvertraut werden; keine Ideologie hilft darüber hinweg, daß die Hochschule nun einmal nicht nur eine Stätte der Forschung, sondern auch ein Institut darstellt, das die höhere Beamtenschaft für Schule, Rechtsprechung und Verwaltung heranbildet.

Damit aber ist für den Staat die Notwendigkeit begründet, neben der Finanzierung der Hochschulen diesen selbst die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Daß dies bisher in Deutschland nicht in ausreichendem Maße geschehen ist, lassen zwei Tatsachen erkennen, die in einer gewissen Wechselwirkung stehen dürften.

Die erste ist das zunehmende Interesse der Hochfinanz und Industrie für die Hochschulen aller Art. Mehrere Forschungsinstitute werden bereits von diesen zahlungsfähigen Kreisen völlig unterhalten, und eine Darlehnskasse für bedürftige Studierende ist an sämtlichen deutschen hohen Schulen eingerichtet worden. Warum aber sollte sich die „Uneigennützigkeit“, die kürzlich die Denkschrift der deutschen Industrie in eine gebührende Beleuchtung setzte, sich nicht einmal auch gegenüber den angeblich unbeeinflussbaren Stätten der Wissenschaft auswirken können?

Es muß wohl zur Ehre der deutschen Universitätsprofessoren gesagt werden, daß sie ihren wissenschaftlichen Ruf nicht von finanziellen Verlockungen beeinträchtigen lassen, doch noch viel weniger kann angenommen werden, daß die Generaldirektoren und Industriemagnaten mit der allmählich alltäglich werdenden Gegengabe eines Ehrendoktors — pecuniae causa — sich auf die Dauer befriedigen lassen. Die Memoiren der Hochschulprofessoren wissen sehr viel von Familienintrigen zu erzählen, die akademische Lehrstühle umtobt haben, warum sollten diese unterirdischen Einflüsse nicht eines Tages von solchen der „Freunde und Förderer“ abgelöst werden können? Der bekannte Amerikaner Upton Sinclair weiß ja in seinem neuesten



Werk „The Goose Step“ bereits von einer derartigen „Anteilnahme“ Morgans zu berichten, doch immerhin, er erzählt dies vorerst nur als Begebnis von jenseits des großen Teiches.....

Neben dem charakterisierten, mehr offiziellen „Liebeswerk“, das jahrelange Kredite ohne Zinsen für den Akademiker bietet, sind auch private Geldzuwendungen an einzelne Studierende durchaus keine Seltenheit mehr, und ein noch viel offeneres Geheimnis bleibt es ja schließlich, daß im ordnungsliebenden Bayern dem „nationalen“ Musensohn ganz andere Hilfsquellen offenstehen als dem demokratischen oder gar sozialistischen.

Damit aber dürfte für die scheinbar völlig unverständliche politische Haltung des Gros der Studentenschaft bereits eine psychologische Wurzel angedeutet sein.

Nachdem sie die Hochschulen mit erhöhter Selbstverwaltung beschenkt hatte, glaubte die deutsche Republik es sich leisten zu können, gegenüber der weiteren Entwicklung untätig zu bleiben. Doch dieses „Laisser faire, laisser aller“ hat als einziges Ergebnis das völlige Hinübergleiten der mit so großen Hoffnungen begrüßten „Deutschen Studentenschaft“ in die Hände der Rechtsradikalen zur Folge gehabt; auch die sächsischen Hochschulen haben sich ja nun für das „völkische“ Prinzip entschieden.

Die Erwartungen, die man dem Werkstudenten entgegenbrachte, werden auch bald zu Grabe getragen werden müssen, denn schon die letzte Hochschuldebatte im preußischen Landtag, bei der die den verschiedensten Parteien angehörenden Hochschullehrer das Wort ergriffen, ließ eine tiefe Resignation gegenüber diesem „traurigen Zeichen der Zeit“ erkennen. Die einst nicht minder gefeierte Volkshochschulbewegung ist ja bereits im wesentlichen infolge der rein physischen Unmöglichkeit einer geordneten Ehe zwischen praktischer Betätigung und extensiver geistiger Weiterbildung — geschweige denn Forschung — gescheitert und sollte darum ernstlich zu denken geben. Daß auch bei den durch ein ungnädiges Geschick zum Broterwerb gezwungenen Studenten die Energie sehr oft nicht bis zum Examen durchreicht, wird sicher schon bald zu erkennen sein.

Vorläufig aber berauscht man sich noch an der ständigen Zunahme der Neu-Immatrikulationen, doch diese Zahlensuggestion kann der deutschen Republik kaum zum Segen gereichen. Wie es im alten Obrigkeitsstaat ein Offiziersprivileg für den Adel und benachbarte Kreise gab, so droht im neuen Staat die wirtschaftliche Misere an den Hochschulen ein neues für Söhne neureicher Eltern herauszubilden.

Hiergegen aber ist leider bisher noch sehr wenig unternommen worden. Es wäre gewiß unbillig, von der deutschen Republik eine derartig großzügige Hochschulpolitik zu verlangen, wie sie die französische Regierung im Verein mit dem Großindustriellen Deutsch de la Meurthe vor den Toren von Paris begonnen hat, wo vor wenigen Wochen mit großem Pomp der Grundstein zu einer Hochschule gelegt worden ist, die sich zu einer kleinen Stadt auswachsen und der akademischen Jugend aller befreundeten und neutralen Nationen ein mit reichlichen Stipendien gesegnetes und zur Pflege der akademischen Sitten und Gebräuche der einzelnen Völker geeignetes Heim bieten soll; doch zuweilen macht auch ein Weniges bald viel.

Preußen hat einen ersten kühnen Schritt unternommen. In einer Zeit, in der im „roten Sachsen“ noch von einem seminaristisch vorgebildeten, mit Auszeichnung promovierten leitenden Assistenten eines der größten Institute vor der Habilitation die nachträgliche Ablegung des Maturums verlangt wurde, hat man im erwähnten Bundesstaat die

Zulassung hochbegabter Personen ohne Reifezeugnis verfügt. Gleichzeitig aber hat man im ganzen Reich das volkswirtschaftliche und in Thüringen das pädagogische Examen erschwert. Die notwendigste Aufgabe, eine finanzielle Rettungsaktion einzuleiten, ist jedoch bisher unterblieben.

Eine wirkliche Demokratie sollte aber schon aus einem Gebote der Klugheit der weiteren Feudalisierung und Plutokratisierung des akademischen Nachwuchses zu steuern suchen. Schon eine Staffelung der Gebühren wäre ein erfreulicher Anfang, und selbst der finanziell völlig zerrüttete Staat sollte Darlehen zu geben geneigt sein, indem er sie einfach als Vorwegnahme späterer Pensionen bewertet.

Darlehen des Staates, gegenüber wird der Empfänger immer eine größere innere Freiheit empfinden als solchen privater Kreise, denn hier schleicht sich zu leicht das Odium der Wohltätigkeit ein. Eine Heranzüchtung unfreier, bedrückter Männer liegt aber keineswegs in der Absicht wahrer Demokratie: Doch die Republik könnte mit finanziellen Rettungsversuchen nicht nur auch Unbegüterte zum Studium verhelfen und zur Stärkung des Selbstbewußtseins beitragen, sie würde auch der Staatsidee und damit dem Ansehen der Republik große Dienste erweisen, und schon diese Möglichkeit sollte ihr ein Ansporn zu Taten sein.

---

OTTO FLAKE:

## Tiere.

Im allgemeinen darf man wohl fragen: Woher soll der Europäer ein Verhältnis zum Tier hernehmen, da seine Religion, die sonst alles regelt, ihm nichts darüber zu sagen weiß?

Für das Christentum hat das Tier keine Seele, daher behandeln der Bauer und die andern Tierhalter es als Ding, das ihnen überlassen ist — als Ding, über das sie nicht nachdenken. Jenes zauberhafte „Das bist du“, dem Mitfühlen und Mitwissen entspringen, erstreckt sich nicht auf das Tier.

In den Berichten über das Leben Buddhas fiel mir immer der rührende Zug auf, daß er nie über Land ging, ohne einen Bruder voranzuschicken, der keine andere Aufgabe hatte, als Gewürm, das über den Weg kroch, vor den Schritten der Nachfolgenden zu sichern oder, im Notfall, diese zur Umgehung zu veranlassen. Man versichert mir, daß diese Sitte auch heute noch allgemein geübt wird.

Nimmt man sie als das, was sie ist, ohne sich in Pathos und Sentimentalität zu verlieren, nämlich als Symptom für eine Grundauffassung, so ist sie rührend und imponierend — sie ist beschämend für den Europäer, der sich erinnert, daß zu Hause in seinem Dorf die Bauern die Frösche, denen sie die eßbaren Schenkel ausgerissen haben, lebend fortwerfen, oder die jungen Katzen, die zu viel sind, an der Mauer zerschmettern, Dinge, die nicht weniger roh als die italienische Sitte sind, die Singvögel zu blenden.

Es ist wohl nur Zufall, daß die Geschichte vom Wirken Christi keine Episode enthält, in der der Heiland sein Mitleid und seine Güte ausdrücklich auf die Tiere ausdehnt. Das „Lasset die Tierlein zu mir kommen“ des heiligen Franziskus ist die folgerichtige Weiterentwicklung der Grundidee des Stifters der christlichen Religion, erreicht aber doch nur gleichsam privat und jedenfalls unverbindlich die Seelen, und was die große Masse betrifft, so liefert ihre Religion das Tier dem Menschen als Arbeitsgeschöpf aus, dessen Kräfte er bis zum Äußersten und ohne ihm zu danken verbrauchen darf.

Der echte Jäger, der denkende Tierzüchter und der Tierfreund sind die einzigen, die bei uns durch ihr Verhalten beweisen, daß sie — selbst wenn sie es theoretisch nicht wahrhaben wollten — das Tier in die Allbeseelung hineinbeziehen. Das Gros aber hat entweder kurze oder sentimentale Meinungen über das Tier. Dieselbe Kitschigkeit, die das Wort „herzig“ erfand, bewirkte auch, daß diese Herzigkeit von gedankenlosester Dauer ist.

Wenn die Tiere ihre Erfahrung zusammenfassen und in Anweisungen für ihresgleichen verwandeln könnten, würden sie ohne Zweifel den Satz des Vergil: „Ich fürchte die Danaer, auch wenn sie Geschenke bringen“ ins Tierisch-Lehrhafte übertragen: „Mißtraue dem Menschen, auch wenn er gut zu einem von uns ist, denn es kann sein, daß er plötzlich dasselbe Tier tötet, über das er in Verzückung geraten war. Auf die ästhetische Natur des Menschen ist kein Verlaß, erkenne seine brutale und setze ihr gleich seine zweite, die Habgier.“

Der Mensch hat nichts so Grauenhaftes über sich wie das Tier, das dem Menschen ausgeliefert ist. Eine Katze, die im Vertrauen auf die gute Behandlung, die sie zu Hause erfährt, annehmen wollte, daß „der“ Mensch gut sei, wird dem Mörder in die Hände fallen, der ihr den Hals abschneidet, um ihr Fell zu erlangen. Der Hund, der denselben Trugschluß begeht, wird lebend unter dem Messer des Vivisektors wimmern und Gelegenheit haben, mit seinen Sklavenaugen vergeblich die grausamen seines Peinigers nach dem menschlichen Mitleid zu durchsuchen.

Das denkende Tier wäre mehr als jede andere Kreatur berufen, die philosophischste aller Erkenntnisse zu finden, daß die Geschöpfe desto vieldeutiger, also moralisch unfaßbarer und entsetzlicher werden, je höher sie stehn. Der Wechsel im Verhalten des Menschen, den das Tier erlebt, und der bald ein Interessenwechsel, bald aber nur Laune ist, muß das arme Hirn der Tiere verwirren. Wer unberechenbar ist, der ist schlecht, müßte ein Laotse des Tierreichs sagen.

Wo der Mensch mit dem Tier zusammenstößt, liegt auch der Punkt, wo er am nacktesten zeigt, ob er fähig ist, das Tierische zu überwinden, indem er es in das Göttliche einbezieht.

Es mag eine rein epische Phantasie geben, der allerlei Ungewöhnliches, Begebenheiten, Züge, Umstände einfallen, aber sie ist unvollkommen, wenn sie nicht zugleich ins Moralische wächst und die Neben-

keatur umschließt. Erst so wird sie aus Phantasie Vorstellungskraft, die sich in die Nöte, allgemein in die Situation eines andern Geschöpfes hineindenken kann.

Nur dieser Vorstellungskraft ist jenes Grauen zugänglich, von dem ich schon sagte, daß es vermutlich der primäre Eindruck sei, den der Mensch im Tier hervorruft.

ALFONS PAQUET:

## Das Bankett.

Mit freundlicher Genehmigung des Autors veröffentlichen wir eine Szene aus Paquets neuem Drama „Fahnen“, das im Drei-Masken-Verlag (München) erscheint und von der Volkabühne zur Aufführung angenommen ist. — Der Prozeß, von dem in der Szene geredet wird, ist ein Anarchistenprozeß gegen Spieß und Genossen.  
McSure.

### DRITTER AKT.

#### Dreizehnte Szene.

Citizens' Club. Festteilnehmer. Cyrus McSure. Drinkwater. Jordan. Richter Gary. Der Koch. Später Nina.

#### Ein Festteilnehmer:

Man müßte fünfundzwanzig Millionen Büschel Weizen ausstellen können. Man müßte die fünfzehntausend Mähmaschinen ausstellen können, die täglich in Chicago produziert werden, um diese fünfundzwanzig Millionen Büschel Getreide zu mahlen. Das müßte ein Bild geben! Unsere Ausstellung wird die größte der Welt.

#### Ein anderer:

Die Zeitungen sind blockiert mit den Abbildungen der Paläste, die wir bauen werden. Das Publikum hat kein Interesse mehr für die andere Sensation des Tages, den Prozeß.

#### Der erste:

Wir feiern einen sehr schönen Sieg.  
(Eine Tür wird zugeschoben.)

#### Der andere:

Und auf eine sehr nette Weise. Man bereitet eine Ueberraschung.

#### Der erste:

Mädchen?

#### Der andere Arbeiter:

Nein. Ein neuer Hausmeister. Er ist vornehm. Er diente einem französischen Herzog, der in der Revolution sein Vermögen verlor.

#### Der erste:

Die Geschworenen haben ihre Schuldigkeit getan.

#### Der andere Arbeiter:

Kein Wunder. Einige Prinzipale, einige Klerks. Du wirst nicht glauben, daß Cyrus nur deshalb der reichste Mann von uns allen ist, weil er sich besonders auf Ingenieurwesen versteht. Er versteht sich

auf Bonifikationen und Informationen. Eine Lawine von Reichtümern rollt ständig auf ihn zu. Er ist das Muster für diese Generation.

(Cyrus tritt ein. An seiner Seite Richter Gary und Jordan.)

Der Chairman:

Gentlemen, es scheint mir der rechte Augenblick zu sein, um in diesem auserwählten Kreise auf den Sleg unserer guten Sache zu trinken. Indem wir unsere Gläser erheben, erweisen wir der Energie und Umsicht unseres Mitgliebes, Mr. McSure, die gebührende Huldigung. (Beif.)

Cyrus:

Mr. Chairman, Gentlemen. Man sagt, große Dinge machen sich selbst. Aber auch böse Dinge machen sich selbst. Der Unterschied ist, man muß sie rechtzeitig kaputt machen. Das ist meine Meinung. Das ist, was ich ständig tue. Das gibt mir ein starkes Gefühl von der Bedeutung meiner Klasse, der Geschäftsleute von Amerika. Mr. Chairman, Gentlemen. Die Chicago-Weltausstellung ist keine Frage mehr. Sie ist ebensowenig eine Frage wie die unwiderrufliche Erledigung der Sache, die in diesen Tagen unter der weisen Leitung unseres hochgeehrten Gastes, Richters Gary, beendet worden ist.

Rufe:

Ein Cheer für Gary!

Cyrus:

Es ist in einigen Kreisen, die von amerikanischem Fühlen keine Ahnung haben, gesagt worden, der Urteilspruch richte sich gegen die fremden Elemente. Die Regierungen von Europa, Gentlemen, haben ihre Beteiligung an dem großen Unternehmen zugesagt, das unsere Stadt mit Glanz überhäufen wird. Sie würden diese Beteiligung zurückgezogen haben, wenn wir es nicht verstünden, unsere Stadt in Ordnung zu halten. Die Regierung des Kaisers war die erste. Sie zog die anderen nach sich. Ich habe die Ehre, Ihnen Mr. Jordan vorzustellen, einen Abgesandten von Deutschland. Mr. Jordan, ich habe Ihnen gesagt, daß Sie in dieser Stadt keine Unordnungen entdecken werden. Wir haben Gesetzlichkeit, Gentlemen. Wir werden eine Menge Prinzen als unsere Gäste sehen. Darunter einen leiblichen Nachkommen von Christoph Columbus und einen kleinen gelben Prinzen von China. (Beifall.) Gentlemen, ich hoffe, Sie werden diejenigen nicht tadeln, die diese Vorbereitungen verschwiegen haben bis zu dem Zeitpunkt, wo der Ruf unserer Stadt durch das Beispiel von Gesetzlichkeit und Strenge, das sie heute gegen eine Bande von Räubern gegeben hat, gesichert worden ist. (Beifall.)

Ein Festteilnehmer:

Dies war die längste Rede, die Cyrus McSure je gehalten hat.

Ein anderer:

Seine beste.

Der Chairman:

Gentlemen, zu Tische.

(Die Tür wird wieder geöffnet.)

(Kellner in Jägerkostümen. Ein mit Laub geschmückter Büffel auf einer Jagdbahre. Der Koch mit weißer Mütze.)

Festteilnehmer:

Eine glänzende Idee.

Der Chairman:

Nach den Gebräuchen der vornehmen Gesellschaft in Europa richte ich Ihre Aufmerksamkeit auf eine Zeremonie zur Einleitung unseres Mahles. Das Wort hat der Küchenmeister.

Der Koch:

Diese Trophäe, Gentlemen, bezeichnet den Höhepunkt des Triumphes nach einer glücklichen Jagd. Ich bitte Sie, mir das Stück zu bezeichnen, das Sie zubereitet zu haben wünschen. Der Name des Bestellers wird angeheftet. Ich empfehle die zarten Lenden dieses Tieres. Sie sind fein durchblutet. In seinen Lenden trägt der Büffel die Empfindungen, die ihm ganz besonders eigen sind, die zärtlichen und die grausamen. Wenn ihn der Zorn erfaßt oder die Ungeduld, so peitscht er seine Lenden und bereitet sie vor zu vorzüglichen Steaks. Sicherlich liebte dieser junge Büffel seine Freundinnen in der Herde, wie nur je ein Büffel sein Weib liebt.

Ein Festteilnehmer:

Halte mich. Ich lache Tränen.

Ein anderer:

Ha! Ein zärtlicher Büffel. Ein Lebemann. Wie Spies.

Der Koch:

Sehen Sie die Keulen. Ein Stück aus dem stärksten Muskel dieses Tieres, das stärker ist als irgendein Tier in der Alten Welt. Auf diesen Schenkeln eilte das edle Tier über die Prärie. Es lief mit der Illinois Central Railroad, mit der Baltimore und Ohio, der Atchison Topeka, mit der Burlington und Quincy um die Wette. Mit einem Wort: Es lief um die Wette mit Mr. McSure, Mr. Goelet, Mr. Harriman, Mr. Vanderbilt und den drei andern Gentlemen, denen alle Eisenbahnen im Staate Illinois gehören.

Ein Festteilnehmer:

Gut gesagt. Wir haben diesen Büffel erlegt, ohne Chicago zu verlassen.

Der Koch:

Dieser Büffel war ein Meister im Schwimmen ohne Schwimmhäute. Er kannte alle seichten Stellen im Mississippi. Seine Fährte lenkte die Ingenieure, die jetzt Brücken bauen.

Ein anderer:

Gib mir ein Stück von der Eisenbahnkeule. Aber klopft sie gründlich vorher.

Der Koch:

Probieren Sie das Herz. Eine Neuigkeit meiner Küche. Es schlug für die Freiheit der Wälder und der ganzen Welt. Es wird sauer zu-

bereitet, mit Nagelchen gewürzt und mit unverwelklichen Lorbeerblättern. Auf tirolische Art.

Ein Festteilnehmer:

Her damit. Auf tirolische Art.

Der Koch:

Wem ist das Hirn gefällig? Bedenkt, es ruhte einst unter dem Schmuck der stärksten Hörner wie das Hirn eines Königs unter seiner Krone, wie das Hirn eines Geschäftsmannes unter seinem Zylinder, wie das Hirn eines Narren unter seiner weißen oder roten Mütze. Es gibt Gedanken.

(Nina van Zandt betritt den Raum.)

Eine Stimme:

Eine Dame! Ich sagte euch, die Ueberraschung des Abends seien die Damen.

Der Chairman:

Madam, Sie sind im Irrtum. Dies hier ist ein geschlossener Kreis.

Nina:

Ich frage sehr wenig nach den lächerlichen Gesetzen Ihres Klubs von Verschwendern und Narren. Ich wußte, daß ich hier ein paar der reichsten und triumphierendsten Leute von Chicago antreffen werde. Ich bewundere an der Seite meines ehemaligen Freundes, Mr. McSure, den sehr ehrenwerten weisen Richter, der sich in diesen lustigen Kreis bemuhte, obgleich er an diesem Tage sechs ebenso ehrenwerte Männer durch eine Rotte gekaufter Kreaturen zum Tode verurteilen ließ.

Der Chairman:

Das ist empörend. Ich habe nicht die Ehre, Sie zu kennen, Madam, und noch weniger die Ehre, Sie eingeladen zu haben. Ich bitte Sie, den Raum zu verlassen.

Ein Festteilnehmer:

Es ist zu stark. Es ist Nina.

Ein anderer:

Wir werden Miß van Zandt bis zu Ende anhören.

Nina:

Sie haben der Welt gezeigt, daß Sie können, was Sie wollen. Sie haben gezeigt, daß es, entgegen den Erwartungen aller geistig gesunden Menschen, möglich ist, durch Geld, Einfluß und Presse, durch Drohungen und Versprechungen Weiß in Schwarz zu verwandeln und einige Ihrer eigenen Arbeiter zum Tode zu verurteilen. Wenn sie den Tod wirklich verdienen, so haben Sie ihn ebenso verdient wie alle Ihre übrigen Arbeiter. Ich denke, es ist genug. Ihre Macht wird ausreichen, den Fehler wieder gutzumachen. Ich bitte jeden der anwesenden Herren, einen Geldbetrag in meine Hand zu legen. Der Geldbetrag ist dazu bestimmt, die Kosten zu decken, die durch die Wiederaufnahme des Prozesses gegen Spies und Genossen entstehen. Der nächste Prozeß wird ein anderes Ergebnis haben.

**Der Chairman:**

Das ist ungewöhnlich. Ich bitte die Mitglieder, sich zu äußern.

**Ein Festteilnehmer:**

Eine Schande, diese Unterbrechung.

**Nina:**

Diese Unterbrechung rettet einigen Leuten das Leben.

**Anderer Festteilnehmer:**

Ich habe kein Interesse für Spies.

**Ein anderer:**

Ich habe kein Interesse gegen ihn. Mein Scheckbuch. Meinetwegen.

**Cyrus:**

Weggeworfenes Geld.

**Nina:**

Cyrus! Begnügen Sie sich mit dem Triumph, den Sie davongetragen haben, und lassen Sie die Leute am Leben.

**Cyrus:**

Ich bin es satt, zur Zielscheibe von Beschimpfungen gemacht zu werden, die bestimmt sind, das ganze Land gegen mich aufzubringen. Es handelt sich um meine Ehre. Ich gebe keinen Cent. Ich verstehe Sie nicht, Miß Nina van Zandt. Ich war gewöhnt, alle Ihre Wünsche zu begünstigen. Ihr Vater war mein Chef. Ich habe manches Kluge aus Ihrem Munde gehört. Aber ich bin nicht verpflichtet, in geschäftlichen Angelegenheiten Ihren exzentrischen Launen nachzugeben.

**Gary:**

Es würde der Staatsautorität einen Schlag versetzen, wollte man den sophistischen Gründen nachgeben, die von allen möglichen Leuten zugunsten dieser unschuldigen Lämmer vorgebracht werden.

**Der Chairman:**

Madam, die Flammen auf Ihren Wangen sind wohl die Flammen, mit denen uns die Leute auf der Anklagebank bedroht haben. Ich bedaure Sie.

**Ein Festteilnehmer:**

Die Beweggründe dieser Dame sind großmütig.

**Cyrus:**

Und ich werde jeden von Ihnen, der sich herbeiläßt, das Vorgehen dieser Dame zu unterstützen, als meinen persönlichen Gegner betrachten.

**Drinkwater.**

So bedaure ich, Mr. McSure, mich von Ihnen trennen zu müssen. Sie waren im Begriff, mich nach Manila zu senden. Aber ich sagte Ihnen schon früher, daß ich eine saubere Stadt in meinem Rücken zu haben wünsche. Ich erkläre hier und wiederhole, was ich Ihnen bereits privatim gesagt habe, daß ich als Ihr Sekretär gewisse Dinge, die ich in den letzten Wochen in Ihrem Auftrage auszuführen hatte, nur mit innerem Widerstreben getan habe. Es ist jetzt der Augenblick, das wieder gutzumachen.



Cyrus:

Schurkel

Drinkwater:

Beleidigungen von Ihrer Seite, Mr. McSure, würden schlimmere und begründetere Beleidigungen von meiner Seite nach sich ziehen. Miß van Zandt, ich bitte um Ihre Liste.

## UMSCHAU.

**Aktivität.** Das Büro der neuvereinigten Internationale beruft seine erste Sitzung auf den 10. Juli nach Brüssel ein. Tagesordnung ist selbstverständlich die Ruhrfrage. Belgien verweigert dem Vertreter Deutschlands, Otto Wels, und zugleich dem russisch-menschewistischen Büromitglied Abramowitsch die Einreiseerlaubnis; sie wird schließlich in Berlin in dem Augenblick erteilt, wo die Sitzung in Brüssel beginnt. Dort beschließt man, nicht ohne die beiden Ferngehaltenen zu tagen und verschiebt die Sitzung um 11 Tage und nach London.

Frage: Warum hat man nicht korporativ das deutsche Visum eingeholt und die Sitzung auf den nächsten Tag nach Hamburg oder sonst eine westdeutsche nichtbesetzte Stadt verlegt, wohin Wels und Abramowitsch natürlich ungehindert hätten kommen können? Wie oft sind in den Zeiten der älteren Sozialistenverfolgung einfache Arbeiter auf diesen Ausweg verfallen, wenn sie das Versammlungsort besetzt fanden oder die Polizei sonstwie eine Tagung verhinderte? r. b-n.

**Kriegsheldentum und Charakter.** Zu den Dingen, die Deutschlands Katastrophe herbeigeführt haben,

gehört in vieler Hinsicht auch die Ueberschätzung des physischen, die Unterschätzung des moralischen Mutes. Man bewunderte den Korpsstudenten, der die Wange voller Schmissen trug, als Helden, mochte er sich auch menschlich noch so oft als feiger Kriecher und Streber entpuppen. Wer sich als Sklave des Kastengeistes duellierte, galt hoch. Aber wehe dem, der aus Ueberzeugung gegen die Gebote seiner Kaste sich aufzulehnen wagte!

Der Krieg hat eine besondere Gattung der physischen Heldenverehrung geschaffen. Entgleiste Söhne, verlorene Existenzen konnten durch eine einzige draufgängerische Handlung sich von der untersten auf die oberste Stufe der moralischen Achtung aufschwingen. Das E. K., obwohl durch häufige Verleihung an Etappenhelden und Heimkrieger stark entwertet, gilt vielen Kreisen noch immer als Legitimation für besondere Charakterqualität.

Nun hat sich vor einiger Zeit der Rechtsausschuß des Preussischen Landtags unter vielen anderen Gnadengesuchen mit dem eines rückfälligen Verbrechers zu befassen gehabt, der sich mit besonderer Emphase darauf berief, daß er im Kriege als gewöhnlicher Soldat das Eiserne Kreuz erster und zweiter Klasse erworben habe. Hierzu erklärte ein Vertreter des Preussischen Justizministeriums: Nach den Erfahrungen, die man im Justizministerium gesammelt habe, könne das Eiserne Kreuz durchaus nicht als Gewähr für besondere Charak-

tereigenschaften angesehen werden, sondern nur als Zeichen eines gewissen rücksichtslosen Draufgängertums wie es sich gerade auch bei Verbrechern häufig finde, die ja auch die Gefahr gering schätzen, in die ihr Treiben sie führt.

Lohnt es sich nicht, diesen Satz festzuhalten? Namentlich heute, wo wiederum weite Kreise geneigt sind, die Urheber von Sabotageakten im besetzten Gebiet wegen des bewiesenen physischen Muts zu Nationalhelden zu stempeln . .

E. K-r.

### Drei Berliner Urteile an einem Tage.

Tatbestand:	Urteil:
I. Aufforderung zur Ermordung solcher Leute, die Geschäfte mit Frankreich machen — angeklagt ein Rechtsradikaler —	3000000 Papiermark
II. Versuch, in Polizeiuniform Schwerverurteilte aus dem Gefängnis zu entführen — angeklagt ein Rechtsradikaler —	1 Monat Gefängnis
III. Angriff auf eine Monarchisten-Versammlung, Schlägerei — angeklagt Kommunisten und Obdachlose —	6—12 Monate Gefängnis.

**Verleumde immun!** Dieser Tage hatte ich es in Kassel mit einem kommunistischen Verleumder zu tun, der mir in Schmähartikeln die größten Dinge wie Mord, Unterschlagung von Kriegsbeschädigtengeldern usw. vorgeworfen, eine Berichtigung abgelehnt und unter Wiederholung seiner Vorwürfe mich zur Klage aufgefordert hatte. Vor Gericht war der Verleumder sehr klein. Er kniff und schob alle Schuld auf die Kommunistische Zentrale, die ihn mit falschen Nachrichten irreführt habe. Zu seiner Verteidigung produzierte er dann schließlich ein Schreiben der K. P. D.-Zentrale vom März d. J., in dem zu lesen stand, daß sich die Verleumdungen gegen mich als irrig erwiesen hätten und man ihm den Rat gebe, alles zurückzunehmen. „Wie ich festgestellt habe, ist ein ähnliches Schreiben der Zentrale auch an einen anderen Verleumder in Hannover gegangen.

Soweit schön und gut. Nur haben diese Schreiben der Kommunistischen Zentrale nicht verhindert, daß noch in den letzten Wochen die Landtagsabgeordneten der K. P. D. wie Herr Schulz-Neukölln, Herr Paul Hoffmann und Frau Rosi Wolfstein in- und außerhalb des Hauses diese Verleumdungen gegen mich unermüdlich wiederholt haben. Die Anweisung der K. P. D.-Zentrale, die Verleumdungen gegen mich einzustellen, scheint sich danach nur auf nichtimmune Redakteure zu erstrecken, die sich der gerichtlichen Bestrafung aussetzen. Unter dem Schutz der Immunität wird ruhig weiter verleumdet. E. K-r.

**DIE GLOCKE**

KOSTET

**VIERTELJÄHRLICH 12000,— MARK**

**EINZELHEFT 1000,— MARK**

Einmaliges Sonderangebot

*ROSA LUXEMBURG*

**BRIEFE  
AUS DEM GEFÄNGNIS**

Mit einem Porträt und Faksimile.

Auf holzfr. Papier, 78 S., brosch. Gz. 2.—, geb. 2.50 × Schl. des Börsenvereins

Die „Berliner Volks-Zeitung“ schreibt in ihrer Nummer 80 vom 16. Februar 1923:

... Diese Briefe haben mit Politik, vor allem Parteipolitik gar nichts zu tun und viele werden, nachdem sie gelesen, wohl erstaunt fragen: Ist das Rosa Luxemburg, die wilde Agitatorin? Denn es ist eine außerordentlich weiche, alles Leid der Kreatur in tiefster Seele mitempfindende Frau, die aus dem Gefängnisfenster, im Gefängnisgärtchen in und mit der Natur lebt. Es ist eine Gefangene, die freier ist, als viele in Freiheit Lebende, weil sie die große Gabe besitzt, sich derart über die Dinge zu stellen, daß sie deren Härte gar nicht mehr empfindet ...

... Die Brieffschreiberin ist eine Dichterin, die gemordet zu haben, zu einem der schändlichsten Verbrechen der Revolutionsgeschichte gehört.



*LEO TROTZKI*

**MEINE FLUCHT  
AUS SIBIRIEN**

Auf gutem Papier, 88 S., brosch. Gz. 1.20  
× Schl. des Börsenvereins

Leo Trotzki, einer der markantesten Führer der russischen Revolution wurde nach den stürmischen Tagen von 1905 als Vorsitzender des Petersburger Rates der Arbeiter- und Soldatendeputierten nach Sibirien verbannt. In Briefen und Tagebuchblättern legte er seine Eindrücke und Erlebnisse über die Reise nach Sibirien und seine Flucht aus der Einöde der sibirischen Eisfelder nieder, die in diesem Buch enthalten sind.



Die angeführten Preise sind Grundpreise und werden mit der jeweils gültigen — Schlüsselzahl des Börsenvereins der deutschen Buchhändler multipliziert. —

**Verlag der Jugendinternationale, Fritz Reußner**  
Berlin-Schöneberg, Feurigstraße 63

# GEORGE GROSZ

IST NICHT ALLEIN DER  
BEDEUTENDSTE ZEICHNER DEUTSCHLANDS,  
SONDERN EUROPAS!

Dr. Paul Schmidt, Direkt.d. städt. Samml., Dresden

## Abrechnung folgt!

57 politische Zeichnungen. Preis: broschiert 2.—, Pappband 4.50.  
Vorzugsausgabe: Halbpergamentband, vom Künstler signiert, Preis: 50.—.

## Das Gesicht der herrschenden Klasse

57 politische Zeichnungen. Preis: broschiert 1.50, Halbleinen 4.50.  
Vorzugsausgabe: Halbpergamentband, vom Künstler signiert, vergriffen.

## Ecce homo

84 Lithographien und 16 Aquarelle. Vorzugsausgaben: Ausgabe A, Nr. 1—L, jedes Blatt vom Künstler signiert, Preis: 600.— Grundmark. Ausgabe B (nur die 16 Aquarelle) jedes Blatt vom Künstler signiert, Halbpergament Preis: 200.— Grundmark. Unsignierte Ausgaben: Ausgabe BII (nur die 16 Aquarelle) 32.— Grundmark. Ausgabe C (84 Lithos und 16 Aquarelle) 45.— Grundmark. Ausgabe D (nur die 84 Lithos) 20.— Grundmark.

## Die Räuber

9 signierte Lithographien, nach Sentenzen aus Schillers Räubern. Mappe: Nr. 1—10 vergriffen. Nr. 11—45 in Halbseide 150.— Grundmark. Nr. 46—100 in Halbleinen vergriffen.

## Gott mit uns

9 signierte Lithographien. Nr. 1—10 in Halbpergament 300.— Grundmark. Nr. 11—50 in Halbseide, vergriffen. Nr. 51—100 in Halbleinen, vergriffen.

## Im Schatten

9 signierte Lithographien. 100 numerierte und signierte Exemplare, vergriffen.

## Mit Pinsel und Schere

7 Materialisationen. Broschiert 4.50 Grundmark, in Mappe 7.— Grundmark.

IN VORBEREITUNG:

## GEDICHTE

VON IHM SELBST ILLUSTRIRT

*Der Malik-Verlag | Berlin W 9  
Köthener Straße 38 im Meistersaalgebäude*

Grundpreis  $\times$  Buchhändlerschlüsselzahl = Ladenpreis

# GEORGE GROSZ

# DIE GLOCKE

18. Heft

30. Juli 1923

9. Jahrg.

Nachdruck sämtlicher Artikel ist nur mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

RUD. BREITSCHIED:

## Zwischen England und Frankreich.

**D**ER englische Entwurf einer Antwort an Frankreich ist zugleich mit einer erläuternden Mantelnote in Paris überreicht worden. Ueber den Inhalt der Dokumente wird von den amtlichen Stellen Stillschweigen bewahrt, und was bisher in der englischen und französischen Presse durchgesickert ist, beschränkt sich auf einige Andeutungen, nach denen das Kabinett Baldwin bereit sei, das letzte deutsche Memorandum zum Gegenstand der Erörterung zu machen, die Forderung einer Nachprüfung der deutschen Leistungsfähigkeit durch internationale Sachverständige grundsätzlich als berechtigt anzuerkennen und die angebotenen Zahlungsgarantien zu prüfen. Eine Meldung, wonach der Bescheid auch zur Aufgabe des passiven Widerstands rate, scheint sich nicht zu bewahrheiten. Offenbar ist nur in der sogenannten Mantelnote ganz allgemein von den bedauerlichen Begleiterscheinungen und Folgen des Ruhrkonflikts die Rede.

Das alles entspricht nur in geringem Grade den Erwartungen, denen sich optimistisch veranlagte Gemüter hingaben, als die ersten Nachrichten von dem Plan einer britischen Aktion auftauchten. Wir haben es gewiß mit dem Versuch einer Vermittlung zu tun, aber es läßt sich nicht verkennen, daß er ängstlich bemüht ist, die Gefühle Frankreichs zu schonen, und daß er von dem, was völkerrechtlich eine Intervention heißt, sehr weit entfernt ist. England bietet dem Verbündeten seine guten Dienste an, um Verhandlungen zur Lösung eines Konflikts zu ermöglichen, weil ein völliger Zusammenbruch Deutschlands die Position Frankreichs in Europa zu sehr befestigen würde. Aber es tut seinen Schritt mit aller Vorsicht, da es nicht den Wunsch hat, sich von dem Alliierten zu trennen, sondern ihn durch Aufrechterhaltung der Entente beeinflussen und kontrollieren möchte. An dem Geschick Deutschlands nimmt es nur insofern Anteil, als die praktische Ausschaltung dieses Landes als einens Faktors der europäischen Politik sein eigenes Spiel gegen die zurzeit stärkste Kontinentalmacht erschweren würde. Die englisch-französischen Gegensätze in Kleinasien sind durch den Friedensschluß von Lausanne einst-

weilen beigelegt, aber nicht ohne Sorge verfolgt man in London die Politik, die Frankreich zum Teil unter Benutzung Jugoslawiens auf dem Balkan treibt. Andere schwere Differenzen bereiten sich am Westeingang des Mittelmeers vor, wo die Franzosen aus dem marokkanischen Tanger einen Kriegshafen machen möchten, der die Bedeutung des den Weg nach Indien beherrschenden Gibraltar stark beeinträchtigen könnte. Da liegt für die englische Regierung die Notwendigkeit auf der Hand, alles mögliche zu tun, um den Freund und Rivalen nicht auch in Mitteleuropa überstark werden zu lassen.

Die abwartende Haltung, die man in London ein halbes Jahr lang zum Ruhrkonflikt eingenommen hat, war wenigstens zum Teil durch den Wunsch diktiert, Frankreichs Kräfte in diesem Kampf verbrauchen zu lassen. Wäre damit zu rechnen, daß es sich schließlich an dem deutschen Widerstand die Zähne ausbeißen würde, so hätte auch das Kabinett Baldwin noch Zeit. Wenn es heute darauf verzichtet, die Aufgabe der passiven Resistenz zu fordern, so nicht zuletzt deshalb, weil dieser auch für England ein Stein auf seinem Brett ist. Aber die Situation Deutschlands wird schlimmer und schlimmer. Die finanzielle Not des Staates, das wirtschaftliche Elend der Arbeiter und des kleinen Mittelstandes, die Erhitzung der politischen Temperatur bei den extremen Parteien, die Erstarkung der separatistischen Tendenzen — alles das treibt jetzt die Londoner Regierung zu einem aktiven Eingreifen, und sie bemüht sich deshalb Verhandlungen in Gang zu bringen, deren Zweck ist, Deutschlands Lage zu erleichtern und Frankreich unter Anerkennung seiner berechtigten Ansprüche in seinem politischen Vormarsch aufzuhalten.

Nun kann es uns schließlich gleichgültig sein, von welchen Motiven sich die Staatsmänner an der Themse leiten lassen, wenn sie Deutschland nur von dem fürchterlichen Druck befreien, der auf ihm lastet, aber weil es eine weltpolitische Auseinandersetzung ist, die hier zwischen England und Frankreich geführt wird, und bei der unsere Interessen nur mittelbar eine Rolle spielen, kann sich der Prozeß sehr lange hinziehen, und uns brennt das Feuer auf den Nägeln.

Die Antwortnote Baldwins ist Poincaré zur Begutachtung vorgelegt und es wäre wunderbar, wenn diese Prüfung nicht Wochen in Anspruch nähme. Frankreich ist klug genug, die eigentlichen Absichten des Vermittlers zu erkennen und es wird sich zunächst für seine Stellungnahme Zeit lassen. Es treibt eine von seinem Standpunkt aus verständliche Verschleppungspolitik, in der Hoffnung, daß inzwischen Deutschland doch zur glatten Kapitulation genötigt werde. Wir mögen das unmoralisch finden, aber dieses verdammende Urteil bringt uns nicht weiter, und im übrigen

sollten diejenigen recht zurückhaltend sein, die entweder durch ihre gewinnsüchtigen Manöver gegen die Mark oder durch gänzlich verfehlte finanz- und währungspolitische Maßnahmen den Widerstand untergraben und so dem Gegner zu seiner Spekulation auf den deutschen Zusammenbruch erst Mut machen.

Die Prüfung wird Gegenvorschläge zeitigen, mit denen sich dann England zu beschäftigen hat, und wieder wird Zeit verrinnen, bis sich herausstellt, ob eine Meinungsübereinstimmung der beiden Partner zu erzielen ist. Was geschehen wird, wenn eine Einigung nicht erfolgt, läßt sich nicht voraussagen. Es ist schwer, an ein gesondertes Vorgehen Englands zu glauben, und selbst, wenn es dazu käm, wäre damit das Ruhrgebiet nicht befreit. Aber nehmen wir einmal an, man verständige sich und scheitere nicht an der internationalen Sachverständigenkommission, gegen die sich Frankreich einstweilen mit Händen und Füßen sträubt. Dann geht zunächst die Antwortnote an Deutschland ab, die grundsätzlich aber vage den Vorschlägen seines Memorandums zustimmt, und nun müssen doch erst die eigentlichen Verhandlungen beginnen. Jetzt wird die Frage des passiven Widerstandes erneut akut, denn Frankreich erklärt, in die Diskussion über die endgültige Lösung der Reparationsfrage und die Beendigung der Ruhrbesetzung nicht eintreten zu können, solange die deutsche Regierung ihre Verordnungen nicht zurückgezogen habe, und Deutschland sträubt sich mit Recht dagegen, die einzige Waffe aus der Hand zu legen, solange es keine Sicherheit über die Zukunft des Ruhrgebiets hat. Dann sind wir entweder wieder bei einem toten Punkt angelangt, oder im besten Fall werden die Besprechungen zwischen England und Frankreich fortgesetzt, bei denen Deutschland Objekt bleibt und weiter unter der Okkupation und den Kosten der Abwehr leidet, bis eventuell ein Diktat dem allem ein mehr oder weniger unerfreuliches Ende bereitet.

Das sind die Aussichten, die uns einstweilen die englische Vermittlung eröffnet. Die Frage ist, ob wir irgend etwas tun können, sie zu bessern. In der letzten Woche haben französische Zeitungen darauf hingewiesen, daß doch schließlich die großen Reparationsprobleme wichtiger seien, als das, was sich gegenwärtig an der Ruhr abspiele, und sie haben uns — in freilich nicht sehr klaren Wendungen — eingeladen, sie mit Frankreich direkt zu diskutieren. Der Plan ist klar: man will England aus der Vermittlerrolle drängen. Nun haben wir sicher kein Interesse daran, uns unter allen Umständen dem britischen Wohlwollen zu überantworten, aber die Dinge liegen doch nun einmal so, daß der Eingang zu dem Verhandlungssaal in dem sich Deutschland und Frankreich über die Reparationen aussprechen können, durch die Ruhr gesperrt ist. Aus diesem fehlerhaften Zirkel kommen die

beiden Staaten nicht heraus, solange nicht die Brücke eines Kompromisses geschlagen ist, und Deutschland hätte wahrhaftig nicht weniger Anlaß als Frankreich, ein solches Kompromiß zu suchen. Vor einigen Tagen wußte das Reutersche Büro von in dieser Richtung gehenden Anregungen zu berichten, die der deutsche Botschafter in London gemacht habe. Die Mitteilung ist dementiert worden, obwohl mancherlei für ihre Richtigkeit spricht. Fürchtet man sich in der Wilhelmstraße wieder einmal vor dem Verrätgeschrei der Nationalisten? Dann ist die Lage freilich hoffnungslos, doppelt hoffnungslos angesichts der Passivität, die man gegenüber den außerhalb des Willens der Ruhrbevölkerung liegenden Tatsachen beobachtet, die die Widerstandskraft zum Erliegen zu bringen drohen.

Wer sich in diesem Augenblick darauf beschränkt, das Heil von England zu erwarten, wird mitschuldig an dem Ruin. Nie war Aktivität mehr geboten als jetzt. Sie hat alles zu versuchen, um mit Frankreich eine Verständigung zu erzielen, die die Aufhebung der passiven Resistenz ohne Einbuße für die deutsche Ehre und die deutschen Interessen ermöglicht, und sie hat gleichzeitig dafür zu sorgen, daß die Front an der Ruhr nicht vorzeitig infolge einer gänzlich verfehlten Politik im Innern zusammenbricht. Ein Staat, dessen schwebende Schuld von Woche zu Woche ungeheuerlich anwächst, ein Staat, der nur noch einen lächerlich geringen Prozentsatz seiner Ausgaben durch Steuern deckt, ein Staat, in dem die Lohn- und Gehaltsempfänger zugunsten der Sachwertbesitzer ausgeplündert werden, ist nicht in der Lage, auszuhalten, bis die Arbeit der britischen Mühlen vollendet ist. Wenn wir mehr sein wollen als ein Ball, der zwischen England und Frankreich hin- und hergeworfen wird, dann müssen wir Politik treiben.

---

ERICH KUTTNER:

## Memento!

**D**IES sind die Tage, die an den Ausbruch des Weltkriegs erinnern. Ueber Schuld und Nichtschuld am Kriegsausbruch ist viel gestritten worden. Eins steht fest wie Granit: die Schuld der damals Regierenden gegen das deutsche Volk.

Sie schritten — nein, sie taumelten — nein, sie stürzten sich wie Besessene kopfüber in das Abenteuer, den Untergang ihres Volkes klar vor Augen. Wilhelms prahlende Randnotizen schlugen bei der Kriegserklärung Englands in weibisches Jammergeheul um: „Wenn wir schon u n t e r g e h e n sollen, so soll England wenigstens Indien



verlieren.“ Magerer Trost! Statt alle Gedankenkraft auf die Rettung seines Volkes zu konzentrieren, deliriert der Verantwortliche, wie er dem Sieger zur Revanche wenigstens eine Schramme beibringen könne. Und auch der Kronprinz bekennt in seinen Erinnerungen, daß er mit dem Eintritt Englands in den Kreis der Feinde bereits den Krieg als verloren angesehen hat. Die von den „Maßgebenden“ noch optimistisch waren, verloren ihren Glauben nach der Marne-Schlacht.

Die Häupter des alten Systems können sich also wirklich nicht darauf berufen, daß sie das Verderben nicht rechtzeitig erkannt hätten. Man sollte meinen, daß sie in solchem Bewußtsein auch das Letzte versucht hätten, um die Sache rasch zu einem glimpflichen Ende zu bringen. Besser ein blaues Auge als ein zerspaltener Schädel.

Aber nein! Sie standen sich selbst dabei im Wege mit ihrer Gloriatradition, mit ihrer Bramarbaspose. Wilhelm, der in der Heimlichkeit verschwiegener Randnotizen seiner Verzweiflung Lauf läßt, mimt nach außen den starken Mann. Beim Auszug eines Berliner Garderegiments (der Lokalanzeiger hat dies Possenspiel als Extrablatt festgehalten) schwingt er ein Schwert über seinem Haupt und deklamiert dazu: „Das Schwert ist gezogen, das ich, ohne meine Ehre zu verlieren, nur als Sieger wieder in die Scheide stecken darf.“ Aber schließlich, seine geschichtliche Stellung ließ ihm keine Wahl. Als Exponent der preußischen Kriegstradition durfte er nur als Sieger auf weißem Roß, oder überhaupt nicht mehr in seine Hauptstadt einziehen. Er ist nicht eingezogen, die Katastrophe kam, wie er sie schon am ersten Kriegstage voraussah, — nur ohne das England, das von den deutschen Konsuln zu revolutionisierende Indien (!) verlor....

\*

Das ist das wirklich Tragische am Geschick des deutschen Volkes. Die Verantwortlichen kannten die verzweifelte Lage von Anbeginn, das Volk kannte sie nicht, focht, blutete und hungerte durch 4 Jahre mit Heroismus und Optimismus, bis es — ein Wort des Admiral von Scheer — beim Zusammenbruch „aus allen Himmeln stürzte“. Die Verantwortlichen aber ließen es fechten, bluten, hungern, ohne ernsthaften Versuch, die vorausgesehene Katastrophe rechtzeitig abzuwenden. Statt das Aeüßerste für eine rechtzeitige Verständigung zu wagen, fürchteten sie die Unpopularität, fürchteten sie den Zorn der nationalistischen Kreise, der unweigerlich den Staatsmann treffen mußte, der durch ein rechtzeitiges Opfer (Verzicht auf Belgien, Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen) die Katastrophe abgewendet hätte. Stupid und fatalistisch hofften sie auf irgendein Wunder, das Deutschland retten könnte.

Statt die Tatsachen zu werten, klammerte sie sich an abergläubische Hoffnungen. Dafür ein krasses Beispiel aus den letzten Verzweiflungstagen: Am 30. September 1918 verlangt Ludendorff die Kapitulation innerhalb 24 Stunden. 14 Tage später bebt er zurück, als die feindlichen Bedingungen sich abzuzeichnen beginnen, und verlangt Wiederaufnahme des Kampfes. Im Kriegsrat befragt, auf welche neuen Tatsachen er denn die Möglichkeit des Weiterkämpfens stütze, faselt er (Zeugnis des Generals Scheüch), vom „Soldatenglück“, das sich ja einmal wieder wenden könne . .

\*

Warum diese Erinnerungen? Sie sind bitterer nötig als je. Taumelt, torkelt, stürzt nicht die Regierung Cuno wie weiland die Regierung Bethmann Hollweg? Wo ist der deutsche Staatsmann, der uns positiv sagt, wie wir eigentlich aus dem Ruhrabenteurer herauskommen sollen? Läßt man nicht wiederum das Volk kämpfen und leiden, die Katastrophe vor Augen, ohne weiteren Rat zu wissen, als daß noch weiter ausgehalten werden müsse? Sechs kostbare Monde hat die Cuno-Regierung mit Proklamationen und Deklamationen verstreichen lassen, ehe sie sich zu positiven und fruchtbaren Schritten entschloß. Ungeheure Gefahren hängen über uns, die Breslauer Krawalle sind nur Vorspiel.

Vielleicht fragt jemand, was geschehen soll. In ihrem Memorandum hat die deutsche Regierung einen Schritt zur Erfassung der Sachwerte angekündigt, die Goldhypothek von zehn Milliarden auf den gesamten Grundbesitz. Nun wartet man tatenlos, wie sich die Entente dazu stellt, anstatt diese Maßnahme sofort in die Tat umzusetzen, und dazu, was ebenso wichtig ist, die Zwangsbeteiligung des Reichs an allen wirtschaftlichen Unternehmungen. Wenn das Ausland — und auch das arbeitende Volk im Inland — nur endlich einmal sähe, daß Ernst gemacht wird bei uns mit der Heranziehung des Besitzes zu Steuer und Reparationsleistungen! Daß schöne Vorschläge nicht nur Papier bleiben, sondern eisenharte Praxis werden!

\*

Die Widerstände . . . Nun ja, sind wirklich Industrielle noch so verbockt und verbohrt, um zu glauben, sie könnten billiger davon kommen? Sie mögen sich von Herrn Stresemann, ihrem anerkannten Führer, eines Besseren belehren lassen. Opfer gewaltigsten Ausmaßes oder Katastrophe, Chaos und Untergang — ein Drittes gibt es nicht.

Wer heute noch Möglichkeit hat, seine Stimme zu erheben, für den besteht die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, sei es auf die Gefahr, angespuckt oder gemeuchelt zu werden, den Verantwortlichen in die Ohren zu schreien: „Für alle kleinen Mittel, für börsentechnische Tricks, für Devisenkunststückchen, Spekulations-

verbote und Wucherbekämpfung ist es längst zu spät! Wollt ihr nicht Deutschland untergehen lassen, dann sind innerhalb ganz kurzer Frist die gewaltigsten, einschneidendsten Maßregeln notwendig. Ob sie heute noch retten, ist ungewiß. Vor einem halben Jahr hätten sie sicher gerettet. Aber wenn es überhaupt noch einen Weg der Rettung gibt, dann führt er über die Erfassung der Sachwerte, über einen gewaltigen Eingriff in die Vermögenssubstanz, über schonungslose Steuer- und Konfiskationspolitik!“

Die Frist, während derer dieser Weg noch offen steht, zählt nicht mehr nach Monaten, vielleicht nicht einmal mehr nach Wochen. Jede Minute wird der Weg enger. Ist er verschüttet, dann gibt es keinen Weg der Rettung mehr.

\*

Diese Warnung geht nicht nur an die Cuno-Regierung, sie richtet sich gleichermaßen an die Sozialdemokratische Partei, die wohl drängt und mahnt, aber bei weitem nicht mit dem Nachdruck, den der Ernst der Situation erfordert. Sie wollte auch in den Kriegsjahren das Richtige, als sie den rechtzeitigen Verständigungsfrieden forderte, aber auch damals fehlte ihrem Drängen in manchem entscheidenden Augenblick die Energie.

Es genügt vor der Geschichte nicht, das Richtige gewollt und gefordert zu haben. Es gibt Situationen, in denen man auf Biegen und Brechen für das Richtige kämpfen muß, in denen man auch den härtesten Konflikt für die Erreichung des Ziels nicht scheuen darf, weil es um alles geht.

\*

Dies sind die Tage, die an den Ausbruch des Weltkrieges erinnern. Vier Jahre lang hat ein Volk gelitten, gehungert und gestritten für eine Sache, die seine „Oberen“ mit dem ersten Tag verloren gaben. Gelitten, gehungert, gestritten — bis zur Katastrophe. Memento!

---

HEINRICH STRÖBEL:

## Nationalegoismus und Weltbürgertum.

(*Betrachtungen zu Bismarcks 25. Todestag.*)

**W**ÄHREND des Weltkriegs und nach dem Zusammenbruch Deutschlands hat man sich oft auf den Mann berufen, der am 30. Juli 1898 die Augen schloß. Von den verschiedensten Seiten her, zur Erhärtung der verschiedensten Ansichten. So hat man behauptet, daß Bismarck schwerlich in einem solchen

Weltkrieg geraten sei. Und für diese Meinung spricht in der Tat Bismarcks stete Sorge um politische Deckung, die besonders auch beim Abschluß des russischen Rückversicherungsvertrags hervortrat. Dennoch hatten auch diejenigen wieder recht, die Bismarcks Gewaltmethoden und seinen förmlichen Kult der Machtpolitik als eine der Wurzeln des Unheils betrachteten, das über Deutschland und Europa hereingebrochen.

Man hat an dem Ausbruch des Krieges, der Art seiner Führung, der unglücklichen Behandlung der Friedensfrage und seinem tragischen Abschluß in hohem Maße dem Geiste von Potsdam die Schuld gegeben, der über den Geist von Weimar den Sieg davongetragen habe. Der Geist von Potsdam hat aber im 19. Jahrhundert keinen machtvolleren Vertreter gehabt, als Bismarck. Ja, Bismarck hat diesem Geist noch sein ganz besonderes Gepräge aufgedrückt. Man kann deshalb konkreter von dem Geiste Bismarcks sprechen, der in Deutschland den Geist von Weimar erstickt habe.

Der Geist von Weimar war, politisch, staatstheoretisch gesehen, die humanitäre, weltbürgerliche Einstellung des deutschen Klassizismus und zum Teil auch noch der Romantik. Die geistigen Kräfte des Bürgertums, das damals noch in pfahlbürgerlicher Selbstbescheidung dahinlebte und das absolutistische Regiertwerden und die nationale Zerstückelung als gottgewolltes Schicksal ertrug, lebten sich um so schrankenloser in der Philosophie und der Dichtung aus, die in kühner Abstraktion ihre Ideale schufen. Das kümmerliche staatliche Dasein der Deutschen war nur das Zufällige, minder Wesentliche; ihre geistige Ausbildung ihre eigentliche Aufgabe. „Zur Nation euch zu bilden, ihr hofft es, Deutsche, vergebens; bildet, ihr könnt es, dafür freier zu Menschen euch aus.“ Und dies höchste Menschtum zu entwickeln und in der Welt zu verbreiten, war die eigentliche Mission der Deutschen.

Dieser humanitäre, kulturgesättigte, weltbürgerliche Idealismus der deutschen Intellektuellen war zwar ein etwas luftiges Gebilde, aber er vermochte sich doch selbst dann noch zu behaupten, als mit der Entwicklung der deutschen Wirtschaft, mit dem Emporblühen von Handel und Gewerbe, der Entstehung der Industrie und der Eisenbahnen die Lebensinteressen des deutschen Bürgertums materieller wurden und Verfassungsfragen und Politik die Geister des Bürgertums zu fesseln begannen. Neben das Verfassungsproblem trat immer machtvoller die nationale Frage, denn wie der wachsende Besitz das bürgerliche Selbstbewußtsein steigerte, so empfand das sich reckende Wirtschaftsleben mit seinem Drange nach Markterweiterung die schikanöse Einschnürung in ein Netz absurder Zoll-, Währungs-, Verkehrs- und anderer Plackereien als etwas immer Unerträglicheres. Die Zollvereinsabmachungen bereiteten nur die Niederlegung der inneren Grenzpfähle vor, und der Gedanke der

deutschen Einheit gewann immer größere Macht über das Volksgemüt. Aber noch hatten diese neuen, realpolitischen Strebungen die Macht der alten weltbürgerlich-humanitären Ideologie nicht gebrochen. - Die nationale Einheit sollte keine andern Nationalinteressen beeinträchtigen, und die Freiheit, die man selbst ersehnte, erstrebte man auch für die andern Völker.

In dieser Zeit setzte Bismarcks Wirken ein. Auch er wollte die Einheit Deutschlands. Aber er war nicht der Erbe der deutschen Geisteskultur, sondern, wie Oncken sagt, der kolossale Spättrieb jener harten adligen Erobererrasse, die seinerzeit über die Elbe gedungen war, um kolonisierend die Slawen zu unterwerfen. Seine ungewöhnlichen Geistesgaben und sein unbändiger Schaffensdrang standen völlig im Dienst einer patriarchalischen Staatsauffassung. Bismarck war Erzkunker und Stockpreuße. Kein einiges, freies Deutschland war sein Ziel, sondern ein Groß-Preußen, das sich Deutschland unterwarf. Und dies Groß-Preußen sollte durch die Landjunkere und den Militäradel mit Hilfe der möglichst absoluten Königsgewalt geschaffen werden. Durch gewaltsame Niederwerfung aller Widerstände, durch den Hinauswurf des rivalisierenden Oesterreich aus dem Deutschen Bunde, durch „Blut und Eisen“. Für die republikanisch-demokratischen Ideale hatte Bismarck nur Haß und Hohn, und auch die liberalen Bestrebungen schob er verächtlich beiseite. Unter der Deckung des königlichen Absolutismus wollte er selbstherrlich ein deutsches Einheitsgebilde schaffen, in dem der alte junkerliche, soldatische, patriarchalisch herrschende Preußengeist Fleisch und Blut werden sollte. Das war allerdings der Todesstreich für den Geist von Weimar, für die weltbürgerlichen Ideale des Klassizismus. Denn der Nationalismus verhärtete zum Nationalegoismus, an die Stelle des Rechts trat die Macht, die Freiheit wurde verdrängt durch die Disziplin, und der Deutsche, der Mensch durch den Preußen. Diese verhängnisvolle Umwälzung der bürgerlichen Ideologie vollzog sich in Deutschland nicht ohne starke Widerstände und heftige Kämpfe — aber der Geist Bismarcks trug den Sieg davon. Der deutsche Intellektuelle, der viele Jahrzehnte hindurch ein Träger der Menschheitskultur und weltbürgerlicher Ideale gewesen war, wurde mehr und mehr zum Verfechter der machiavellistischen Gewalttheorie, zum Pionier der skrupellosen Machtpolitik.

\* \* \*

Bismarcks Wirken seit seinem Eingreifen in die Politik, namentlich aber seit seiner Berufung zum preußischen Ministerpräsidenten, war eine einzige Kette von amoralischen Handlungen. Jede List, jede Intrige, jede Gewalttat galt ihm als erlaubt. Um sich selbst den größten persönlichen Einfluß zu sichern, der ihm allein die Verwirklichung seiner Pläne gestattete, mußte er vor allem den

königlichen Absolutismus stärken. Um sich dem König als Ratgeber, als Majordomus unentbehrlich zu machen, mußte er die Entfremdung zwischen Krone und Parlament bis zum Aeüßersten steigern. Bei Max Lenz kann man nachlesen, wie planvoll und raffiniert er vorging, um den Keil zwischen König und Volk zu treiben, um sich selbst alle Macht in die Hände zu spielen. Freilich von seinem Standpunkt aus nicht ohne Grund. Denn selbst seine ehemaligen Intimen von der Kreuzzeitungs-Clique packte das Grauen vor den Folgen, als sie gewahrten, wie er das Legitimitätsprinzip mit Füßen trat und kleinen Gottesgnadenträgern die Kronen wie Distelköpfe herunterschlug. Die liberale Volksmehrheit aber empfand die jahrelangen Intrigen und Kriegszettelungen gegen Oesterreich vollends als nationale Schmach und kompletten Vaterlandsverrat. Bismarck mußte zu solchem Vorgehen also die Ellenbogen völlig frei bekommen, bereitete es ihm doch schon Mühe genug, den wegen seiner Jahre und seines Verantwortlichkeitsgefühls immer wieder zögernden und widerstrebenden König wieder und wieder vorwärts zu manövrieren.

Und zu dieser ränkevollen Hausmeierpolitik des konsequenten Verfassungsverächters trat die Ränkepolitik gegen die außerpreußischen Staaten. Insonderheit gegen Oesterreich, den Rivalen, der zunächst unschädlich gemacht werden mußte. Und Bismarck begnügte sich nicht damit, alle Zolleinigungspläne und Bundesverfassungsvorschläge Oesterreichs systematisch zu sabotieren, sondern er arbeitete auch hier mit allem Raffinement und aller Energie auf den Konflikt hin, den Kriegsfall. Und er, dem, wie Lenz sagt, das Ausland gleich jenseits der schwarz-weißen Grenzpfähle begann und der nur eine Loyalität kannte, nämlich seinem König treu zu sein „bis in die Vendee“ (vorausgesetzt, daß er, wie sein späterer fanatischer Krieg gegen die von Wilhelm II. gewünschte Caprivipolitik beweist, den König wie eine Puppe dirigieren konnte!), schreckte vor keinem Streich gegen den verhassten Rivalen im deutschen Bunde zurück. Auch nicht vor der Konspiration mit dem wirklichen Ausland, vor der Verständigung mit Napoleon für den preußisch-österreichischen Kriegsfall, ja nicht einmal vor dem direkten Waffenbündnis mit Italien zum Zweck des gemeinsamen Ueberfalls gegen den Bruderstaat. Bismarck freilich pfiff, wie er zynisch bekannte, auf die „Phrase vom Bruderkrieg“: er kenne nur nackte, ungemütliche Interessenpolitik.

Wie hätte da Bismarck, bei solcher Weitherzigkeit der politischen Moral, als Oesterreich glücklich geschlagen und aus dem Verbanne der deutschen Staaten hinausgedrängt war und nun seinerseits in der Hoffnung auf eine Revanche mit Napoleon gegen Preußen zu konspirieren begann, vor dem vermeintlichen Präventiv-

krieg gegen Frankreich zurückschrecken sollen! Diesen Krieg brauchte er ja obendrein als das Schmelzfeuer, um die Ver-  
schweißung der deutschen Staaten zu einem festgefügt<sup>en</sup> Preußen-  
Deutschland zu vollenden. Und so benutzte er denn mit dia-  
bolischem Geschick die Hohenzollernsche Thronkandidatur für  
Spanien und die dadurch bewußt entfachte chauvinistische Er-  
regung der französischen Hof- und Parlamentscliquen, um durch  
Ausspielen eines letzten Trumpfes — die Veröffentlichung der  
arglistig aus einer Chamade in eine Fanfare, aus einer Be-  
schwichtigung in eine Provokation verwandelten Emser Depesche —  
um Napoleon zu der verbrecherischen Tölpelei der Kriegserklärung  
zu verleiten. Um diese, wie Wilhelm Liebknecht in der plumpen  
Sprak seiner bekannten Broschüre es nannte, „Fälschung“ der  
Emser Depesche ist von den Politikern bekanntlich hin- und her-  
gestritten worden, und Caprivi in eigener Person hat sich im  
Reichstag einmal der undankbaren Mühe unterzogen, die Harm-  
losigkeit und Korrektheit des Bismarckschen Verfahrens akten-  
mäßig zu beweisen. Bismarck selbst hat niemals eine solche  
Naivität zur Schau getragen, und längst hat auch die deutsche  
akademische Geschichtsschreibung selbst den Tatbestand ganz un-  
umwunden zugegeben. Denn über die von Bismarck redigierte  
und an die fremden Höfe versandte Depesche sagt der gefeierte  
Bismarckbiograph und schwärmerische Bismarckbewunderer Max  
Lenz wörtlich: „sie war, wie Wilhelm selbst, als er sie in Ems  
am Morgen las, erschreckt sagte, der Krieg; das rote Tuch, wie  
Bismarck in seinen Memoiren schreibt, das den gallischen Stier  
zur Wut reizen würde. Es war die letzte und die größte Karte  
in seinem Spiel, die Bismarck damit auf den Tisch warf.“  
Uebrigens sagt ja auch Oncken von Bismarck: „Er ganz per-  
sönlich faßte den Entschluß zu den Kriegen von 1864, 1866  
und 1870/71.“

\* \* \*

Diese Zitate aus den Schriften angesehenster deutscher Histo-  
riker beweisen zugleich drastisch, wie sehr der Geist der Bis-  
marckschen Gewaltpolitik dank ihrer Erfolge und der Gewöhnung  
an ihre Methoden und Gedankengänge das ganze bürgerliche  
und geistige Deutschland ergriffen hatte. Und das war das Ver-  
hängnisvolle: diese Machtpolitik war zwar seit jeher und in  
allen Ländern bis zu diesem Augenblick in Uebung, aber sie  
wurde nirgends so allgemein und mit so brutaler Offenheit ver-  
herrlicht und gepredigt, wie im Deutschland Wilhelms I. und  
Wilhelms II. Und niemals hatten der Machtgedanke und die  
Verachtung der humanitären und weltbürgerlichen Ideologie so  
restlos von fast dem ganzen Bürgertum und der gesamten In-  
tellektuellenschicht Besitz ergriffen, wie in Deutschland. Auch

in Frankreich und England gab es Generale, Admirale und Politiker, die den nationalen Egoismus und das Prinzip der bedenkenlosen militärischen Gewaltanwendung mit grausiger Konsequenz vertraten. Aber gegen diese Prediger eines bestialischen Imperialismus, eines aller Sittlichkeit und Menschlichkeit Hohnsprechenden Gewaltkultes erhoben sich doch mannhaft beträchtliche Teile des Bürgertums und der geistig schaffenden Schichten. In Deutschland blieb es leider lange Zeit der Sozialdemokratie vorbehalten, gegen den von Bismarck zum obersten nationalen Gesetz erhobenen Geist von Potsdam anzukämpfen, der von den Diplomatenstuben und den Kadettenanstalten aus rasch auch die Gymnasien und Universitäten erobert hatte. Da war es denn kein Wunder, daß die kontinentale Machtpolitik Bismarcks bald in die Weltmachtpolitik Wilhelms II. und Naumanns umschlug, und eine lärmende Propaganda für die Erringung dieser Weltmacht anhub, die Deutschland in der öffentlichen Meinung der Welt fast noch mehr schadete, als das uferlose Flottenrüsten und die seltsamen weltpolitischen Improvisationen selbst. Und je mehr sich das Befremden und die Beunruhigung der andern Länder offenbarte, desto rücksichtsloser und provozierender gebärdete sich das imperialistische Deutschland. In einer Form mußte sich ja der geistige Expansionsdrang eines Volkes Luft machen, das die meiste Schulgelehrsamkeit und die meisten Bücher produzierte. Da das Ideal der Humanität und des Weltbürgertums im Taumel unvergleichlicher militärischer und wirtschaftlicher Erfolge unter die Füße gestampft worden war, mußten sich nun die Kräfte der Phantasie und des Enthusiasmus in machtpolitischen Delirien austoben. Da aber diese imperialistische Machtpolitik nicht einmal mehr von dem staatsmännischen Genie und dem nüchternen Kalkül eines Bismarck gemeistert wurde, sondern der Leitung eines eitlen Dilettanten und byzantinernder Schwächlinge anheimfiel, mußte sie früher oder später mit der Katastrophe enden.

Die Bismarcksche Schöpfung ist zusammengebrochen; aber wie die alldeutschen Worte und Taten beweisen, ist damit der Geist der Gewaltpolitik noch keineswegs zerstört. Im Gegenteil: alldeutscher und französischer Chauvinismus wetteifern gerade heute miteinander, um Europa in neue Gewaltraserei und völliges Verderben zu stürzen. Hüben wie drüben ist die stärkste Gegenmacht gegen diese Politik verbrecherischen Wahnsinns der Sozialismus. Aber diese Gegenkraft wird nur dann das Entsetzlichste verhüten können, wenn der Sozialismus hüben wie drüben, in Frankreich und Deutschland, wie in Belgien und England, der verheerenden Ideologie des Nationalegoismus und des Gewaltwahns eine noch mächtigere Ideologie der internationalen proletarischen Klassensolidarität und der weltbürgerlichen Kulturgemeinschaft entgegenzustellen versteht. Da hier aber noch so gut



wie alles zu tun ist, wäre es höchste Zeit, daß die neugeeinte sozialistische Internationale schleunigst mit der ökonomischen und moralischen Fundamentierung des sozialistischen Weltbürgertums begönne!

---

HANNS HERRMANN GLASER:

## Der „Consul“ und sein Reich.

### II.

Durch alle Verwandlungen hindurch ist dem aus der Marinebrigade Ehrhardt entstandenen politisch-militärischen Verschwörerklügel der Name „O. C.“ angeheftet geblieben. Dabei war die eigentliche „Organisation Consul“, wie sie durch die indiskreten Hände der Staatsanwälte und Untersuchungsrichter nach dem Erzberger-Mord ans Licht gezogen wurde, eigentlich nur der erste, dilettantische Versuch auf dem Gebiete der Geheimbündelei. Die Herren von der O. C. haben sehr bald gelernt, daß man mit druckreifen Statuten, mit schön nach dem militärischen Schema aufgezogenen „Stäben“ mit Abteilungen und Unterabteilungen von A I bis C XV und mit einer umfangreichen, peinlich aktenmäßig geführten Korrespondenz keine politische Geheimorganisation auf die Beine stellen kann. Sie haben deshalb bei ihrer weiteren Betätigung auf diesen schwerfälligen und gefährlichen Apparat verzichtet.

Der Reifall in der Sache Erzberger war für die Brigadeleute ein schwerer Schlag. Aber sie haben noch Glück dabei gehabt und sind mit einem blauen Auge davongekommen, dank der Schwerfälligkeit des Untersuchungsverfahrens und anderer günstiger Umstände.

Damals war in das Verschwörernetz mitten hineingegriffen worden. Schultz und Heinrich Tillessen, die unter Herrn v. Killinger als besoldete Angestellte der Organisation in dessen Stabe gearbeitet hatten, waren als Mörder Erzbergers entlarvt worden. Eine ganze Anzahl der führenden O. C.-Leute war verhaftet, die Zentrale ausgehoben, belastende Papiere beschlagnahmt worden. Was kam dabei heraus? Das Verfahren gegen Herrn v. Killinger, der von der Anklage der Begünstigung wegen Mangels an Beweisen freigesprochen werden mußte. Schultz und Tillessen waren entkommen, trotz der guten kriminalistischen Arbeit, die bei der Aufdeckung des Verbrechens geleistet worden war. Sie konnten also nicht verurteilt werden. Das Verfahren gegen Killinger gab wenigstens die Möglichkeit, ihre Schuld zu erweisen und den Tatbestand festzulegen. Aber das Verfahren gegen die Organisation C als solche wurde abgetrennt. Was damals beinah reif erschien, ist in den zwei Jahren seitdem nicht reif geworden; die Untersuchung beim Leipziger Reichsgericht schwebt immer noch.

Inzwischen haben allerdings die Leute von der O.C. immer wieder neue Steine zum Untersuchungsgebäude geliefert. Das Attentat gegen Scheidemann geschah, Rathenau wurde am Sonnenwendtag 1922 ermordet; nebenher gingen kleinere Schläge, wie etwa das Attentat gegen Harden oder die Hamburger Sprengstoffanschläge. Da bei der bekannten Gründlichkeit des Leipziger Untersuchungsverfahrens anzunehmen ist, daß auch alle diese neueren Vorfälle mit in die Untersuchung einbezogen werden, andererseits durchaus keine Gewißheit besteht, daß die O.C.-Leute ihre in dieser Richtung laufende Betätigung einstellen werden, so ist mit einer Verhandlung wohl in absehbarer Zeit kaum zu rechnen. Oder sollte nunmehr, nachdem die Organisation Consul durch die glänzend vorbereitete und gelungene Flucht ihres Chefs ihre alte Tüchtigkeit bewährt hat, eine Beschleunigung des Verfahrens eintreten? Einstweilen ist man bezüglich dieser Flucht mit der Aufklärung der Schuldfrage beschäftigt und bietet der Welt das unerfreuliche Bild offizieller unliebenswürdiger Auseinandersetzungen zwischen Reichsregierung, Landesregierung und Staatsgerichtshof in Öffentlichkeit und Presse. Herr Ehrhardt liest in einem stillen Winkel jenseits der Grenze die Zeitung und freut sich, und mit ihm freuen sich alle Feinde über diesen Reifall der Republik, die wieder einmal ihre Hilflosigkeit und Wehrlosigkeit, ihren Mangel an ernstem Lebenswillen so deutlich vor aller Welt demonstriert.

Wie anders sind ihre Gegenspieler! Da ist Energie und Mut zu unbedenklichem Handeln, da ist die Homogenität des Apparats und das glänzende Zusammenspiel aller Faktoren, da ist die unbeirrbar-Konsequenz bei der Verfolgung des angestrebten Zieles! Die Organisation C. nur nach ihrer Beteiligung bei Attentaten zu beurteilen, hieße sie sehr unterschätzen. Sie ist überhaupt nicht als eine unabhängige Gruppe, als ein abgeschlossener, für sich lebender Organismus zu betrachten, sie ist vielmehr als das Kernstück, als der Herzmuskel der ganzen völkischen und militaristischen, gegen die Republik gerichteten Bewegung aufzufassen. Sie ist der Führerclan und der Sturmtrupp dieser Bewegung. Sie hat vielfältige Verbindungen und hat die Einflußnahme auf die großen „nationalen“ Verbände und Militärorganisationen systematisch ausgebaut. Bei aller äußeren Wandelbarkeit hat sie mit eiserner Konsequenz, mit einer bewunderungswürdigen Anpassungsfähigkeit ihr Ziel bis heute verfolgt. Dieses Ziel ist, kurz gesagt, die Herbeiführung einer Militärdiktatur; Schaffung einer Gewaltherrschaft der Offiziers- und Frontkämpferverbände, ähnlich wie sie sich in Ungarn und Italien herausgebildet haben. Vielleicht haben die O.C.-Leute, als sie ihren Chef Ehrhardt, dem sie den Uebertamen „Consul“ gaben, nicht nur an das römische Vorbild der Consuln, die Zivil- und Militärgewalt in einer Person vereinigten, sondern auch an das Consulat Napoleons gedacht, das nach den landläufigen-Begriffen dem Wirrwarr und der Pöbelherrschaft der französischen Revolution ein Ende machte, um über den Weg der Militärdiktatur die

Monarchie in Frankreich wieder aufzurichten. Schließlich war auch Bonaparte ursprünglich nur ein kleiner Artillerieleutnant, und insofern ist eine Aehnlichkeit mit Ehrhardt gegeben, sonst allerdings dürfte der Vergleich nur auf Grund einer ungeheuerlichen Ueberschätzung der Persönlichkeit und der Fähigkeiten des Kappistenführers weiterzuführen sein. Napoleon hat sich durchgesetzt als Persönlichkeit. Ehrhardt ist lediglich ein Exponent der hinter ihm stehenden radikal aktivistischen Offizierspartei. Diese Partei ist aber größer als der Personenkreis, den man unter dem Begriff O.C. zusammenfaßt. Ehrhardt ist heute ein Symbol und ein Aushängeschild für die gesamte aktivistische völkische Bewegung geworden. Für diese Gruppe ist er ein Held und ein Märtyrer, der für die gerechte Sache leidet. Der Kreis der mit Ehrhardt Sympathisierenden ist ein ungeheuer großer. Zu ihm gehört der ganze Komplex der früheren Orgesch, dessen Führerstellen stark mit O.C.-Leuten durchsetzt sind. Dazu gehören die großen Offiziersverbände, dazu gehören die großen nationalen Verbände, wie etwa „Stahlhelm“ oder „Jungdeutscher Orden“. Dazu gehören sicher die Nationalsozialisten, die deutschvölkische und auch große Teile der Deutschnationalen Volkspartei. Wenn man die Pressekommentare zur Flucht Ehrhardts in den letzten Tagen unter diesem Gesichtspunkt verfolgte, so zeichnete sich sehr deutlich dieser Kreis ab. Die weitreichenden Verbindungen und die vielseitigen Sympathien, deren sich Ehrhardt und seine Leute erfreuen, sind es, die die Untersuchung gegen die O.C. so außerordentlich schwierig gestalten, da überall Gesinnungsgenossen und Verehrer sitzen.

Diese Erscheinungen wären nicht zu erklären, wenn die O.C., wie vielfach angenommen wird, nur eine Art „schwarze Hand“ zur Beseitigung mißliebiger republikanischer Führer wäre. Diese Seite der Betätigung ist nur ein Ausschnitt aus dem Arbeitsgebiet der O.C. Ihr eigentliches Ziel ist, wie schon erwähnt, die planmäßige Vorbereitung der Militärdiktatur. Diese Vorbereitung geschieht auf doppelte Weise: 1. durch Unterstützung und Organisation schlagfertiger Kampforganisationen für den inneren Kampf. Dabei arbeitet die O.C. ebenso wie die Orgesch nach dem System der Dezentralisation. Es handelt sich immer um lokale oder regionale Verbände, die unter den verschiedensten Namen und Formen existieren und die zusammengehalten werden im wesentlichen durch die geheime Verbindung ihrer Führer und Unterführer, ohne daß der einzelne Mann die Zusammenhänge kennt.

Schon frühzeitig hat die Organisation C. danach gestrebt, alle Freikorpsführer, die über einen festen Stamm von Anhängern, sei es geschlossen, sei es im Lande verstreut, verfügen, an sich heranzuziehen. Hier drängt sich ein Vergleich zwischen Ehrhardt und Roßbach auf. Ehrhardt, dessen O.C. ja aus einer Offiziersvereinigung der alten Marinebrigade hervorgegangen ist, hat von Anfang an eine Führergemeinschaft begründen wollen, aus dem Gedanken heraus, daß sich gegebenenfalls

die Kadern aus den alten Soldaten und aus den im nationalen Sinn bearbeiteten unzufriedenen Massen sehr bald auffüllen lassen würden. Robbath dagegen hat stets nur danach gestrebt, um seine Person herum einen Stamm von ihm unbedingt ergebenen militärisch verwendbaren Anhängern zu sammeln. Er hat nach diesem Gedanken eine Unzahl von Einzelgründungen in den verschiedensten Formen vollzogen. Ausschlaggebend für ihn war jedoch immer die Aufrechterhaltung des alten Freikorpsgedankens und die Konservierung des Zusammenhalts seiner Freikorpsleute aus dem Baltikum und aus Oberschlesien unter Auffüllung der Lücken durch neue, geeignete Leute. Die konsequente Durchführung der beiden Gedanken hat dazu geführt, daß sich letzten Endes Robbath dem Einfluß der O.C. unterordnen mußte, wie dies tatsächlich geschehen ist, und zwar in der Form eines Anschlusses Robbaths an die Nationalsozialistische Partei.

Das Verhältnis der Ehrhardt-Leute zu den Nationalsozialisten führt auf die zweite Art der Vorbereitung der Militärdiktatur hin, nämlich auf die indirekte Methode. Diese Art der Vorbereitung ist die propagandistische, mit dem Zweck, möglichst große Massen davon zu überzeugen, daß lediglich die Militärdiktatur Deutschland aus dem Zustand der gegenwärtigen Not herausheilen könne. In diesem Zusammenhang ist es von Interesse festzustellen, daß die O.C. schon im Jahre 1921, also zu einer Zeit, wo die Nationalsozialisten in Deutschland noch keine Rolle spielten, planmäßig an der Ausbreitung des nationalsozialistischen Gedankens und an der Organisation der Partei gearbeitet haben.

Hand in Hand mit der Anpreisung der Militärdiktatur geht der Kampf gegen den Parlamentarismus, der unterstützt wird durch die antisemitische Propaganda. Das Ziel ist Mittelstand und Arbeiterschaft, d. h. also die unter den Nachwirkungen des verlorenen Krieges am meisten leidenden Massen, vom demokratischen Gedanken abzubringen und sie aus den Parteien in die militaristischen und nationalistischen Organisationen hinüberzuleiten. Die Nationalsozialisten sind das Muster, nach dem gearbeitet wird, die „Völkischen Gewerkschaften“ sind ein Pendant dazu. Sie haben in den Gegenden und in den Bevölkerungsteilen, in denen die politische Einsicht gering ist, mit Erfolg gearbeitet. Bezeichnend ist, daß sowohl der Organisator und Gründer der nationalsozialistischen Sturmabteilung, Klitsch, wie auch der jetzige Kommandant dieser Abteilung, Göhring, alte Ehrhardt-Leute sind.

Für den Zusammenhalt und die Unbeirrbarkeit der O.C.-Leute ist folgende Erinnerung interessant:

Bei dem ersten gegen O.C.-Leute geführten Prozeß, dem Verfahren gegen v. Killinger wegen des Erzberger-Mordes, bei dem die Schuld von Schultz und Tillessen festgestellt wurde, wurden u. a. als Zeugen vernommen: Karl Tillessen, Franz Liedig, Eberhard Kautter und Massow von Prince. Von diesen hat Karl Tillessen, der Bruder des Erzberger-

Mörders, im Scheidemann-Prozeß, im Rathenau-Prozeß und bei der Befreiung des Marineoffiziers v. Dithmar aus dem Gefängnis in Naumburg mitgewirkt. (Boldt entfloß aus dem Gefängnis in Hamburg, daher die „Befreiungspraxis“ der O.C.) Dieser Befreiungsversuch, den er mit Unterstützung der „Polizeihundertschaft zur besonderen Verwendung“ in Charlottenburg unternommen haben soll, mißlang. Dithmar und Boldt wurden dann von Kern und Fischer, die später zusammen mit Techow Rathenau ermordeten, befreit. Wegen des Befreiungsversuchs wurde Tillessen zu einem Monat Gefängnis verurteilt, außerdem büßt er wegen seiner Beteiligung am Rathenau-Mord eine Gefängnisstrafe von drei Jahren ab. Im letzten Fall ist die Bestrafung so gelind ausgefallen, weil das Gericht der Aussage Tillessens Glaubwürdigkeit beigemessen hat, er habe Fischer und Kern von der Tat abgeraten, eine Handlungsweise, die nach der Gesamteinstellung von Tillessen und seiner übrigen Betätigung nicht gerade wahrscheinlich ist. Fischer und Kern aber starben auf dem Turm von Saaleck mit dem Ruf „Es lebe Ehrhardt!“

Liedig war mit Ehrhardt in dem Verfahren wegen Hochverrats und Meineids angeklagt. Er sollte jetzt nach der Flucht Ehrhardts verhaftet werden, war jedoch nicht aufzufinden. Liedig hat auch als Vertreter Ehrhardts bei der Gründung der deutsch-ungarischen Bank, einem ziemlich dunklen Kapitel der Ehrhardtschen Betätigung, eine Rolle gespielt.

Massow von Prince war seinerzeit in der Angelegenheit der Hamburger Sprengattentate in Haft und ist vor kurzem wieder wegen Beteiligung in der Parchimer Mordsache verhaftet worden.

Kautter hat, wie schon erwähnt, vor kurzem im Fuchs-Machhaus-Prozeß als Kronzeuge der vaterländischen Verbände eine Rolle gespielt. So sehen wir, daß diese Staboffiziere Ehrhardts vom Kapp-Putsch und Erzberger-Mord bis in die jüngsten Tage alle der „militärpolitischen“ Betätigung im Sinne ihres Führers, des Consuls, treugeblieben sind. Ähnlich liegen die Dinge beim Rathenau-Prozeß, bei dem ein großer Teil der Angeklagten schon bei den Hamburger Sprengstoffattentaten eine Rolle gespielt hatten.

Trotz der Prozesse, die bisher gegen Mitglieder der O.C. geführt worden sind — Erzberger-Mord, Rathenau-Mord, Scheidemann-Attentat, Hamburger Attentate usw. —, ist von Gerichts wegen über die O.C. bis heute wenig Bestimmtes festgestellt worden. Die Zugehörigkeit der Erzberger-Mörder Schultz und Tillessen ist allerdings einwandfrei bewiesen, nicht aber die Rolle der Organisation bei der Mordtat aufgeklärt. Im Falle Rathenau wird im Urteil lediglich die Möglichkeit zugegeben, daß eine Organisation den Mord betrieben habe. Bewiesen sei jedoch diese Beteiligung nicht. Im Verfahren gegen Hustert und Oehlschläger, die wegen des Attentats gegen Scheidemann zu je zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurden, ist lediglich die Möglichkeit an-

genommen worden, daß die Schuldigen im „Banne fremder Meinungen standen und von dritter Seite darin bestärkt“ worden seien. In den drei wichtigsten Fällen ist also bisher die O.C. als Urheberin von Mordtaten nicht bestimmt erkannt worden. Das Gewebe der Organisation ist auch weniger in den Einzelfällen, als bei einer Zusammenstellung aller Einzeltaten und Einzelbeobachtungen zu erkennen. Auffallend ist aber, daß auch in den drei obenerwähnten Prozessen stets eine große Anzahl von Fragen nicht geklärt wurden. Unaufgeklärt ist z. B. in der Rathenau-Sache der Giftmordversuch an dem Angeklagten Günther. Unaufgeklärt ist in der Scheidemann-Angelegenheit die Frage, woher das Gift und die Gummispritze, mit der der Anschlag ausgeführt wurde, hergekommen sind. Unaufgeklärt ist in diesem Fall auch die Rolle, die ein unbekannter Dritter, der am Tage des Attentats bei Hustert und Oehlschläger auftauchte, spielte. Unaufgeklärt ist weiter das ganze Netz der Fluchthilfe der Erzbefehlshaber-Mörder Schulz und Tillessen. In seiner Anklage-Rede im Rathenau-Prozeß hat der Oberreichsanwalt ausgeführt, daß die Fäden, die von dem Rathenau-Mord und von den Tätern nach den verschiedensten Seiten zurückführen, zu verworren sind, als daß sie zur Zeit des Prozesses schon zu klären seien. Er hat damals nachdrücklich auf die Möglichkeit hingewiesen, daß als Auftraggeber an dem Mord an Rathenau eine Organisation in Frage komme, aber nachweisbar sei dies nicht. Dabei ist es geblieben. Es war Sache des Geheimbündeleiverfahrens gegen die O.C., alle Fäden aufzugreifen, die in den bisherigen Prozessen gegen O.C.-Angehörige aufgegriffen werden konnten. Das Netz liegt klar zutage für den, der es sehen will. Aber das Leipziger Untersuchungsergebnis ist noch nicht bekannt. Vielleicht gelingt es noch, die wirklich Schuldigen zu fassen und das Netz der Verschwörer zu zerstören. Der Staat würde seine letzte Autorität verlieren, wenn wie bisher ein unterirdischer Geheimbund immer wieder allen Gesetzen spotten und immer wieder das Recht und die staatliche Ordnung verletzen dürfte. Es steht mehr auf dem Spiel als das Verfahren gegen ein paar Leute, die gegen dieses oder jenes Gesetz verstoßen haben. Es steht die Wehrhaftigkeit des republikanischen Staates in Deutschland gegen seine Angreifer auf dem Spiel. Diese Wehrhaftigkeit gilt es endlich zu beweisen. Wenn die Flucht Ehrhardts die Folge hat, daß ernstlich und eindringlich die Konsequenzen aus dem bisherigen Urteil und Feststellungen gezogen werden, so hat dieser peinliche Vorfall doch ein Gutes gehabt.

Oder soll das Ehrhardt-Lied recht behalten? Wie heißt es da?

„Ehrhardts Geist im Herzen kann nie untergehen,  
Die Brigade Ehrhardt wird einst auferstehen.“

Diese Auferstehung wäre das Ende der Republik.

HERMAN KRANOLD (Hannover):

## Jammerjubiläum.

**D**ER Stand von 200 000 Mark für einen Dollar, von einer Million Mark für ein Pfund Sterling, ist nun glücklich erreicht.\*) In kürzester Zeit hat die Reichsregierung den Dollar bis in diese Höhe „hinaufstabilisiert“; bei 120 000 Mark etwa fing sie diesmal an. Das Mittel, das sie dazu anwendet, ist, wenn man die Regulierungen des Devisenverkehrs aller pompösen Hüllen entkleidet und die Katze eine Katze nennt: daß sie Schluß gemacht hat mit dem bisherigen Mißbrauch der deutschen Wirtschaft und ihrer Beherrscher, ihren Devisenbedarf auf legalem Weg zu decken.

Nun wäre es ja ganz schön, wenn dadurch nur Geschäfte wie Stinnessche Eigengeschäfte (von den Funktionen des Herrn als Valutaeinkäufer für die Reichsbahn ganz zu schweigen) abgedrosselt würden. Aber die Stinnes und Konsorten gleichen (man sollte es nicht glauben) einem Helden Wilhelm Buschs in seiner Blüteperiode: „Ist fatal, bemerkte Schlich, haha! — aber nicht für mich!“ Für illegalen Devisen- und Notenbedarf sorgt nach wie vor in traurem Verein die Effektenbörse, der Danzig in „Freiheit“ haltende Hohe Kommissar des Völkerbundes, die von Prinzen a. D. mit besonderem Vertrauen beehrten Bucketshops, der General Degouttes mit seinen nicht ganz 100 000 Befreiern des Ruhrgebiets, die Hohe Interalliierte Rheinlandkommission und jene Firmen, die sowohl einführen (z. B. Korn) als ausführen (z. B. Sauerkraut oder Negabadchosen mit expressionistischen Hakenkreuz-Karten) und die ihren „legitimen“ Devisenertrag aus dem Exportgeschäft nur zum Teil und mit jener Bedächtigkeit abführen, die neuerdings zu den Pflichten des ordentlichen Kaufmanns gehört, wenn er etwas schuldig ist, den Rest in den Safes behalten und ihren immer mal wieder legitimen Devisenbedarf für die Einfuhr totaliter in voller Höhe in Konzertanmeldungen zu befriedigen versuchen (die „Glocke“ hat nicht einen dicken Strick von genügender Tragfähigkeit, um alles, was hierher gehört, daranzuhängen).

Aber jener Bedarf, der für volkswirtschaftlich Notwendiges bestimmt ist, kriegt nix, weil legaliter alle nix kriegen. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet, daß am 16. Juli der angemeldete Devisenbedarf 500 Millionen Goldmark ( $\frac{2}{3}$  des Goldbestands der Reichsbank,  $\frac{1}{12}$  des Jahresbedarfs der deutschen Einfuhr) ausmacht. Es gab aus der Konkursmasse der deutschen Währung an diesem Tag Zuteilungen von 2—10, im Durchschnitt vielleicht 4 Prozent.

\*) Bei Erscheinen dieses Artikels bereits weit überholt. Red. d. „Glocke.“

Nun ist klar, daß mit solchen Zuteilungen die Goldbestände der Reichsbank bald (rechnerisch: nach  $37\frac{1}{2}$  Börsentagen) erledigt sind. Ebenso klar ist, daß diese Valutenzuteilung volkswirtschaftlich Blödsinn in höchster Potenz ist. Der legitime Devisenbedarf beträgt in Deutschland für Importzwecke bei 6 Milliarden Goldmark Import-Jahreswert pro Börsentag etwa 20 Millionen Goldmark. An den vorhergehenden Tagen herrschte schon derselbe Zustand unzureichender Zuteilungen, es mag also eine Stauung ernsthaften Bedarfs angenommen werden von 9 Tagesbedarfen; also volkswirtschaftlich notwendiger Bedarf höchstens 200 Mill. Mark an diesen Tag. Davon müssen, da auf den Tag 4000:300 -  $13\frac{1}{3}$  Millionen Goldmark Devisen mindestens als Exportertrag abzusetzen sind, rechnerisch 133 Millionen Goldmark abgezogen werden. Bleibt also der Reichsbank an diesem Tag, wenn nirgends gehamstert wird, ein Devisenbetrag von 67 Millionen Goldmark zu decken. Darauf machen die 20 Millionen, die sie wirklich abgegeben hat, schon etwas aus. So aber waren volle 200 Mill. Goldmark „guten“ Bedarfs zu decken, und es gab nur 8 Mill. Praktisch also nichts. Dazu wurde ein Heer von Verordnungen erlassen, dazu die Devisenbörse praktisch abgeschafft, dazu Ruhetage im Devisenverkehr eingeführt, dazu von 120 000 auf über 200 000 Mark pro Dollar hinaufstabilisiert (nach dem neu-alten Börsenwitz: Der Dollar ist wie eine Lawine: mal geht er rauf, mal geht er runter; meistens aber rauf).

\* \* \*

Wie lange wird es noch dauern, bis man in Deutschland begreift, daß zur Deckung eines volkswirtschaftlichen Einkommensdefizit nur (außer Raub usw.) zwei Quellen in Frage kommen: die Steigerung des Einkommens durch größere Produktivität des Arbeitsprozesses und die Veräußerung des Vermögens. Seit 1914 wird die zweite Methode angewendet, nicht ohne daß gleichzeitig die Makler, die diese Veräußerung des deutschen Produktivkapitals an das Ausland zu Treuhänden besorgen, dabei reiche Leute werden. Man streitet in Deutschland über das Maß der deutschen Leistungsfähigkeit für Reparationszwecke; die Arbeiter sehen, daß die reichen Leute viel mehr leisten könnten, als sie zugeben wollen. Aber sie können es (abgesehen von einer einmaligen Devisenabgabe von 1—2 Milliarden Mark) doch schließlich nur in innerdeutscher Währung oder in Sachgütern. Die Zahlungen in innerdeutscher Währung wissen sie abzuwälzen; wozu hätte denn auch der Jaggernaut des Kapitalismus das Recht der privaten Geldschöpfung und die Inflationsbesteuerung der Lohn-, Gehalts- und Sozialrentempfänger erfunden? Dieser Weg ist verschlossen: denn mit noch so großem Steuerertrag an innerdeutscher Währung kann weder für Reparations- noch für Einfuhrzwecke die Valutaschranke über-



schritten werden. Dieser Schritt ist nur möglich mit Gold, mit Valuten, mit Sachgütern. Also Beschlagnahme von Gold (und sei es in noch so künstlerisch wertvoller Aufmachung), Valuten (und sei es ein noch so festes Bankgeheimnis zu zerreißen) und Naturalsteuern\*). Mag sein, daß man einen oder zwei dieser Wege für politisch ungangbar hält; wer aber alle drei verschlossen glaubt, der soll über Ueberfremdung als Mittel der Valutastabilisierung schweigen. Für ihn sollte nur noch das Doppelproblem bestehen: wie ändern wir Erzeugung und Verbrauch in Deutschland, daß wir laufend mehr produzieren als verbrauchen?

\* \* \*

Aber der Tanz um das Kalb aus Papiermaché geht weiter. Cassandra ist nicht modern. Wann wird das Jammer-Jubiläum der zweiten Million Papiermark für das Pfund Sterling, der vierten Hunderttausend Papiermark für den Dollar gefeiert werden können? Wann werden wir zu Tode „stabilisiert“ sein?

---

OSKAR MAURUS FONTANA:

## Um das Angesicht des Menschen.

Ueber die Brüder van Eyck schrieb Kurt Pfister eines seiner klug andeutenden, aphoristischen Kunstbücher, die durch Quellenmaterial und viele Bildbeigaben aufschlußreiche Unterstützung erfahren. Das über die Brüder van Eyck erschien im Münchener Delphin-Verlag und enthält in 71 Abbildungen sämtliche Zeichnungen, Miniaturen und Gemälde der Brüder. Hubert war ein Talent, Jean ein Genie. Darum war er ein glücklicher Vollender mittelalterlicher, in Gott ruhender Abstraktion und zugleich ein glücklicher Beginner eines neuen, aus dem Staub der Anbetung sich erhebenden und stolz zu Gott blickenden Menschengeschlechts. Diese beiden Kräfte der Zeit (die neue war in den Geistern erst im Aufgehen) hielten sich in ihm das Gleichgewicht, gaben ihm den Einklang mit allem auf der Erde, mit allem über der Erde. Weil er in beiden wurzelte, war er unproblematisch, kannte er das Gefühl der Heimatslosigkeit nicht, hatte er die feste innere Bindung mit einer in sich gehaltenen Schöpfung und konnte eine ebensolche Schöpfung aus seinen Bildern erstehen lassen. Er war ein Ich, aber mitten in einer Gemeinschaft — diese Utopie, diese Sehnsucht alles Kunstschaffens fand in seinem Schicksal und Werk sichtbaren Ausdruck. Aus der Fülle seines Genies heraus war er in den Reichen des Mondes und der Sonne zu Hause. Er, der 1390—1441 lebte, war seiner Zeit so weit voraus, daß er erst ein Jahrhundert später einen Fortsetzer fand.

\*) Hierzu gehören auch Aktienwegnahme zum Zweck des Verkaufs an das Ausland.

in Holbein, der den Menschen dann nur mehr ansah, fest und sicher und skeptisch vereist und der nichts mehr von ihm erhoffte. Jan van Eyck aber erhoffte noch alles vom Menschen im Glück und im Frühling des Täters. Und das diese Hoffnung, aus Menschengesichtern und Landschaften brechend, lockt uns so sehr an Jean van Eyck.

Nach ihm ist die Schau des Werkes von Hieronymus Bosch, das Kurt Pfister in dankenswerter Weise aus der Verschollenheit (auch des Wiener Museums) zieht, so, als ob die Zeit nicht vor, sondern rückwärts gegangen wäre — Bosch lebte um ein Jahrhundert später. Von seinem äußeren Leben wissen wir nichts als den Todesort und das Todesjahr: Hertogenbosch in Nordbrabant anno 1516. Schon sein Alter ist uns unbekannt. Aber sein inneres Leben brennt aus seinen Gemälden und Tafelbildern sich unvergeßbar in uns ein, es steht da, es enthüllt sich einem mit der Wucht eines Bekenntnisses. Und Bekenntnis war das ganze Werk von Bosch. Indes schon Raffael, Michelangelo, Leonardo, Dürer und Holbein um den neuen Menschen kämpften, war er wie der mit ihm auch gleichzeitige Grünewald Mittelalter, noch einmal Mittelalter mit all seiner Magie und Glaubenskraft. Seine Macht war draußen geborsten, es war leck, es ging unter, aber im Untergehen ließ es noch einmal einen erstehen, der es ganz zusammenfaßte, seine Seligkeiten und seine Gifte noch einmal in dunkle seltsam lockende Bilder bannte. Die Menschheit hatte den Grund, auf dem sie stand, verloren, der Glaube war unrettbar dahin, alles was die Irdischen in gottgewollter Fügung zusammengefaßt hatte und sie kollektivistisch hatte fühlen lassen, war niedergebrochen (so sehr, daß sich 1525 sogar die Bauern gegen ihre Herren erhoben), das Individuum allein behauptete den Raum. Mochten die anderen darüber glücklich sein, Bosch sah tiefer, er sah die Unkraft des Individuums, das nicht mehr innerlich gebunden ist, das nichts mehr glaubt, das nicht mehr das Glück einer Gemeinschaft hat. Alle edlen Geister dieser Zeit rangen um eine neue Gemeinschaft, man denke an den Empörer Thomas Münzer. Der Schreck der Vereinzelung war da, übrig blieb nur die Flucht durch eine Welt des Irrsinns, des Mordes, der Geilheit, der Seuchen, des Todes (er hat diese Flucht in seinem „fliehenden Bauer“ gemalt), übrig blieb das Narrenschiff der Welt, übrig blieb Christophorus, der mit festen Schritten seinen überirdischen Besitz in dem Symbol des Jesukindes durch den Strom der Dämonen an das jenseitige Ufer bringt. Hatte das frühe Mittelalter das jüngste Gericht noch gefaßt und selbstsicher erwartet, so sah darin das zersetzte, zweifelnde, zerfallende Mittelalter, der Mensch des Nichts, das Ich der Anarchie (das nicht die Archie der Südlichen oder Holbeins gefunden hatte), nur noch Höllensturz, nur noch Verzweiflung. Der Ekel vor der Welt, vor der Menschheit rast sich aus, wird schöpferisch. Man sehe die Fratzen seiner Kreuziger und man wird in ihnen den gleichen zerstörenden Ekel, der sich in gestaltender Kraft erlöst, finden, wie in den Zeichnungen des George Grosz. Der sterbende Philipp II. ließ sich das Tafelbild „Die sieben

Todsünden“ von Bosch an sein Bett bringen und starb in seinem Anblick. Er sah in diesen Todsünden seine Welt erfüllt, im Untergang Rache nehmend an der menschlichen Welt. War Bosch ein Mittelalterlicher? Sicher! Aber uns allen ist er ganz nahe (so wie sein Erbe Breugel) als ein Bruder im Zerfall. Auch wir sind ohne Gemeinschaft, auch wir sind vom Schreck der Vereinzelung bedroht.

Pfisters Text (bei Kiepenheuer in Berlin 1923 erschienen) ist gut, ist das Beste, was er bisher geschrieben hat. Er deutet diese Welt des Unter- und Uebergangs als ein ihr naher. Ueber 50 Abbildungen vermitteln neben Pfisters Worten das Werk von Hieronymus Bosch. Die Abbildungen sind brauchbare Mittler, nur würden sich für eine Neuauflage mehr Detailaufnahmen empfehlen. So ist es zum Beispiel sehr bedauerlich, daß das Gemälde „Die sieben Todsünden“ nur im großen und nicht im einzelnen abgebildet ist.

An dem nächsten Uebergang der Zeiten steht Tintoretto. Zwischen Bosch und ihm, der 1518 in Venedig geboren wurde und 1594 in Venedig starb, liegt die Renaissance, liegt ihr Aufstieg und Triumph. Der junge Tintoretto lernte wenige Tage bei Tizian, der wies ihn als untalentierte aus seinem Atelier. Vom ersten Tage hat er ihn gehaßt und gefürchtet. Es war vielleicht gar kein Solneß-Gefühl, das Tizian zu solcher Feindschaft zwang, es war mehr als ein individuelles Erleben, es war das Gefühl, daß das Ende einer Zeit da sei, daß der Antichrist gekommen sei. Und der Antichrist der Renaissance war der Seidenfärbersohn Jacopo Robusti, genannt Tintoretto. Wie es Emil Waldmann, der ein schönes Buch über ihn schrieb (es erschien bei Bruno Cassirer, Berlin 1922, und enthält 91 Abbildungen) sagt, so war es: „In die Welt des Glückes und der ewigen Harmonie brach ein Mensch ein, der die Schatten dieses Lebens kannte und der dem Goldenen und Strömenden der Hochrenaissance die Bedingtheit ihrer Existenz vorhielt. Ein Zweifler am Glück dieses Erdendaseins, ein Skeptiker, vielleicht sogar ein Pessimist. Neben die Aristokraten der Malerei trat ein Mann aus dem Volke mit unerhört starken Instinkten, dem an göttlicher Ruhe und Heiterkeit nichts lag, der von Unruhe getrieben war und sich vor dem Unglück der Seele nicht scheute. Hinter dem Glanz der Hochrenaissance, in dem eine Welt von Egoisten sich selbst genoß, ahnte er die innerliche Leere einer Gesinnung, die zum Sterben verdammt war.“ Woraus er stieg, war seelisches Erleben, war die nicht spiegelnde, sondern gestalten wollende Urkraft des Künstlers, der nicht mehr der Schönheit, der nicht mehr dem einzelnen, sondern wieder einer Allgemeinheit, wieder einem Ganzen dienen wollte. Bei allem Unterschied der Temperamente — er trat in seine Zeit wie van Gogh in die unsere. Es ist kein Zufall, daß Tintoretto, der der Malerei wieder die Mystik eroberte, ihr wieder religiöse Inbrunst schenkte, auch der Maler war, dem es nicht mehr auf den einzelnen, auf den Protagonisten ankam, der sein Erlebnis in die Vielheit von Figuren und Gruppen legte, den das individuelle Schicksal kaum interessierte — denn er war der erste

Maler, der das Volk malte, der alle biblische Legende durch das Volk und für das Volk in großer rhythmischer Steigerung geschehen ließ. Wie hier religiös Leidenschaft demokratische Stoßkraft wird, das gibt diesem großen Maler verschwenderischer Farben, die Emil Waldmann mit rührender Vergeblichkeit in seine Darstellung einfangen möchte, mehr als malerische Bedeutung. Auch dort, wo Tintoretos Empfindung ausließ — er konnte nur dort sein Ganzes geben, wo seine Empfindung ungebrochen war —, auch dort, wo er sich leise italienischem Theater nähert, wird in ihm der Einbruch eines neuen Menschengeschlechts sichtbar, das die Welt nicht mehr im einzelnen, sondern in der Gesamtheit erlebt, dem die Kunst nicht mehr Schönheit, sondern Ausdruck ist. das nicht mehr aus der Kraft einer Aristokratie des Blutes oder des Geldes kommt, sondern aus dunklem Demos heraus, das sich schicksalhaft sein Schicksal und das Schicksal der Zeit selber schaffen will.

Aber die Welt braucht ihren Schlaf, der Künstler ist einer, der, voraus träumt. Auch Tintoretto träumte voraus. Die Wirklichkeit des folgenden Jahrhunderts hieß für Europa das Imperium des Sonnenkönigs. Es zu vernichten, war dem Künstler keine andere Macht gegeben, als es aller Substanz abzuschälen, es in Traum aufzulösen, den Druck seiner Macht in die Gewichtslosigkeit tänzerischer Seele zu verwandeln. Der dies Wunder vollbrachte, hieß Antoine Watteau und wurde 1684 geboren und starb 1721. Mag seine Kunst auch wie eine Flucht in den Traum aussehen, das eine ist entscheidend, er wagte diesen Traum in seinen Bildern zu träumen; und zwang seine Zeit, diesen Traum mitzuträumen. Und damit gab er das Beispiel, daß man nur einen Traum ganz träumen müsse, um mit ihm die Wirklichkeit zu verwandeln, in dem Buch Edmund Hildebrandts über den Künstler (im Propyläen-Verlag, Berlin 1923) wird er uns nahe gebracht. Wie Watteau, ein Wallone, Landsmann Rubens, niederländische Tendenzen in die damals akademische Kunst Frankreichs bringt und wie er zugleich ihre Erdgebundenheit durch die Musik der Seele überwindet und so ein seltenes Maß irischer Grazie gewinnt, diese Entwicklung klar herausgearbeitet zu haben, ist das Verdienst der spürsamen und warmblütigen Arbeit Hildebrandts. In den schönen scharfen Abbildungen (der Band gibt deren 87) findet man einen Maler und Geist, mit dem umzugehen Freude macht. Diese stolze Königswelt wartete auf einen, der ihr Pathos, der ihr Waffen durch seine Kunst geben sollte. Watteau gab ihr statt Kriege (eines der wenigen militärischen Bilder, die er malen mußte, stellt eine Flucht dar — kein Zufall, daß gerade dieses Gemälde das beste und zwingendste seiner Militärbilder wurde) den Traum von Arkadien, er ließ seine Zeitgenossen statt Pulverdampf das geträumte Arkadien in Frankreich, in Europa selbst suchen. Und so entwand er den beschienten Arm der stolzesten europäischen Macht sachte das drohend gehaltene Schwert und zerbrach es, als wäre es ein Spiel. So war dieser maitre de fêtes galantes, die schönsten Feerien ersinnend und ihr Kostüme gebend, die

nur in seiner Phantasie existierten, der Erzieher seines Geschlechts zur Menschlichkeit. Und das unterscheidet das damals siegreiche Frankreich von dem heute siegreichen Frankreich, daß auch seine Künstler militarisiert sind. Daß Watteau durch die Vision solcher Feste — unbewußt, aber innerlich gezwungen — Erziehen sein wollte und mußte, wird bei der Schau seines Gesamtwerks klar. Denn sein Eigentliches liegt nicht im Lärm, sondern in den Zwischentönen der Seele und der Farbe. Er war im Grunde ein Melancholiker, der sich die Welt des Theaters, also eines mit dem Tatsachenleben souverän spielenden Phantasielebens schuf. Aber er, der immer wieder Musikanten malte (sie fehlen auf kaum einem seiner Bilder), hatte auch jene große zeitlose Heiterkeit, die aus den Lichtspielen Shakespeares kommt. Sommer- nachtstraum — den malte Watteau immer wieder. In einer Zaubers- landschaft sieht man den Zauber der Herzen — darum liebt man Watteau. Er kann uns nicht verloren gehen, weil er die Sehnsucht hatte und mehr als sie — den Traum, weil er die Wehmut hatte und mehr als sie — die Heiterkeit. Ein Künstler des Friedens.

## UMSCHAU.

**Antwort, Herr Geßler!** Der Bericht des Prozesses gegen die „Prinzessin“ Hohenlohe, Ehrhardts Helferin, notiert:

Hierauf wurde Hauptmann der Reichswehr Hansen vernommen, der seinerzeit Generalstabs-Offizier bei Ehrhardt war. Hauptmann Hansen hat Ehrhardt von dem Putsch abgeraten. Ehrhardt verbot ihm jedoch ausdrücklich, von dem bevorstehenden Kapp-Putsch etwas bekannt werden zu lassen.

So, abgeraten... Aber doch wohl mitgemacht? Und das Verbot, nichts bekannt werden zu lassen, befolgt, obwohl sich nach dem Reichsstrafgesetzbuch mit Gefängnis strafbar macht, wer von einem Vorhaben des Hochverrats Kenntnis hat, ohne es zur Anzeige zu bringen. Und wie abgeraten? Hoffentlich doch nicht in der treudeutschen Weise des Generals v. Oldershausen (seinerzeit Chef des Rw.-Gruppen-Kommandos I), daß dem Herrn Kapp jedes Organisationstalent fehle, er also nicht der richtige Mann für einen Putsch

sei? — Und heute Hauptmann der Reichswehr?

NB.: Falls Herr Hansen sich auf die Pflichten der Subordination beruft, so sei an folgende Stelle des Prozeßberichts erinnert:

Vorsitzender: „Einen General beschwört seinen Untergebenen? Das ist doch undenkbar! Beim Militär gilt doch, soviel ich weiß, jeder Befehl. Herr v. Oldershausen hätte doch nur zu befehlen brauchen.“ —

Zeuge Volkmar: „Hier lag ein Sonderfall vor...“

Vorsitzender: „Ich verstehe trotzdem noch immer nicht, weshalb General v. Oldershausen dem Untergebenen, Offizier Ehrhardt, nicht in scharfer militärischer Form entgegengetreten ist und ihn gefangengesetzt hat.“

Zeuge: „Es ist sehr traurig, das auszusprechen, aber die Verhältnisse waren damals so verworren, auch unter dem Offizierkorps, daß von der alten Disziplin keine Rede mehr sein konnte. Ehrhardt hätte einfach nicht mehr pariert.“

Ehrhardt hätte nicht pariert... Und Hansen? Und Hauptmann der Reichswehr Volkmar, früher Generalstabschef bei Lüttwitz? Und die 2500 Mann der Brigade Ehrhardt, die mitgemeutert haben und die Herr Reichswehrminister Geßler gleichwohl in die Reichsmarine eingestellt hat, um dieser den republikanischen Geist auszutreiben? Vigil.

\*

**Hedwig Courths - Mahler vor dem Staatsgerichtshof.** Vors.: „Es war doch überall ein Steckbrief Ehrhardts angeschlagen. Sie mußten sich doch sagen, daß die Sache sehr verdächtig war.“ — Angekl. Prinzessin (jawohl, im Bericht immer „Prinzessin“) Hohenlohe: „Das habe ich mir nicht überlegt.“ Vors.: „Also, Sie haben sich das nicht überlegt, wo sein Bild doch an allen Litfaßsäulen klebte. Und ich soll Ihnen glauben, daß Sie mit gutem Gewissen dem Untersuchungsrichter sagten, Sie kannten Ehrhardt nicht?“ — Angekl. Prinzessin Hohenlohe: „Er hatte doch den Namen Ehrhardt abgelegt. Ehrhardt war tot, er war nun ein anderer Mensch.“

Nach dieser wunderbaren Erklärung beantrage ich, die Romanschriftstellerin Hedwig Courths-Mahler wegen intellektueller Beihilfe zu dem Verbrechen der Prinzessin Hohenlohe vor dem Staatsgerichtshof zu stellen. Vigil.

\*

**Es antisemitet weiter . . .** Die „Rote Fahne“ die sich schon unlängst über die jüdische Abkunft, die gebogene Nase und den Vornamen Isidor des Oberregierungsrats Weiß aufhielt, produziert in ihrer Montagausgabe vom 23. Juli folgenden Satz:

„Die gleichen Freikorpsführer, die heute zum Sturm gegen das Proletariat rufen, schützten 1919 im Auftrage Noskes die jüdischen Hetzzeitungen vor den Fäusten der Spartakisten.“ (Im Original fett gedruckt.)

Es folgen Verbeugungen vor den „ehrlichen Elementen“ unter den Freikorps. Die Einheitsfront Scholem-Knüppelkunze schließt sich zusehends. Am Denkmal Schlagetfers feiert man mit Reden Radeks und des Obersten von Xyländer Verbrüderung, und in Breslau setzt man die gewonnene Einheit durch gemeinschaftlichen Sturm auf jüdische Detailgeschäfte in die Tat um.

Die faustdicken Schmeicheleien, die das kommunistische Zentralorgan den antisemitischen und faszistischen Instinkten der Massen macht, sind ein Signal. Der Nationalbolschewismus ist nicht nur auf dem Marsche, er ist bereits offenkundige Tatsache.

\*

**Eine peinliche Erinnerung.** Der Gendarmeriemajor Müller-Brandenburg ist wieder zum Leiter der Thüringischen Schutzpolizei eingesetzt worden, als Genugtuung dafür, daß man ihn im Mai 1921 auf deutschnationale Verleumdungen und Denunziationen hin von seinem Posten suspendiert hat. War diese lange Suspension notwendig? Als die Hetze gegen Müller-Brandenburg einsetzte, als weiter bemerkbar wurde, daß die thüringische Regierung dem Verleumdeten nicht Stange hielt, schrieb ich an zwei maßgebende Genossen Briefe. Der eine (vom 26. Mai 1921), an einen Minister gerichtet, ist noch in meinem Besitz. Ich zitiere daraus:

„Ich kenne Müller-Brandenburg seit Anfang 1919 persönlich und glaube, mir über seine Vorzüge wie über seine Fehler in gleichem Maße klar zu sein. Eins aber weiß ich genau: wenn man ihm jetzt Konspirationen mit den Kommunisten zur Errichtung einer Rätediktatur und Gründung einer roten Armee nachsagt, so ist das eine Intrige allergemeinster und plumpster Art, lediglich zu dem Zweck ersonnen, den Mann auch bei uns

verdächtig zu machen und in Mißkredit zu bringen. Leider habe ich in den Zeiten, wo ich mich für militärische Dinge lebhaft interessierte, die traurige Erfahrung machen müssen, daß solche von reaktionärer Seite gesponnenen Intrigen von unseren Genossen mitunter mit fabelhafter Leichtgläubigkeit für bare Münze genommen werden. Nach dem, was ich erlebt habe, muß ich zu der Ansicht kommen, daß die Reaktion es in der Hand hat, mit einiger Geschicklichkeit jeden republikanischen Offizier aus Reichswehr oder Schutzpolizei hinauszuverleumden. Ich habe auch leider die Erfahrung gemacht, daß unsere Partei mitunter sehr undankbar ist und leichtesten Herzens Männer opfert, die bei entscheidenden Gelegenheiten für eine sozialistische oder republikanische Regierung Leben und Existenz in die Schanze geschlagen haben. Ich fürchte, daß solch ein Akt der Undankbarkeit auch gegenüber Müller-Brandenburg sich vollziehen wird, der sich im März 1920 mit seiner kleinen Polizeitruppe in Mecklenburg-Strelitz den Kapp-Rebellen entgegengestellt hat, durch Verrat und Ehrenwortbruch gefangen genommen, nach Berlin verschleppt wurde und wahrscheinlich per „Fluchtversuch“ beseitigt worden wäre, wenn wir hier nicht noch rechtzeitig seine Freilassung durchgesetzt hätten. Ich weiß, daß Müller-Brandenburg auch Fehler hat. . . . Aber die Unantastbarkeit seiner Gesinnung hat er im entscheidenden Moment bewiesen. Ich warne, ohne zwingende Gründe einen Mann preiszugeben, der der Republik große Dienste geleistet hat und noch viel größere Dienste leisten kann.“

Der Brief blieb unbeantwortet und ergebnislos. Der zweite ähnliche Brief an einen führenden thüringischen Parteigenossen erzielte folgende Antwort:

„Werter Genosse Kuttner!

Der Fall Müller-Brandenburg liegt doch nicht so einfach, wie

Sie es anzunehmen scheinen. Abgeschlossen sind die Untersuchungen noch nicht, aber das eine kann heute schon gesagt werden, daß Müller-Brandenburg nicht gehalten werden kann. Er sieht das auch schließlich ein und wird seine Entlassung einreichen.“

Und heute? Was wird mir der Verfasser des Briefes heute antworten, wenn ich ihm sein Schreiben vom 1. Juni 1921 vorlege? — Leider ist der Fall Müller-Brandenburg nicht der einzige dieser Art, den ich kenne. E. K.-r.

**Noch nicht dagewesen!** Die „Deutsche Tageszeitung“ vergießt blutige Tränen. Nach ihrer Behauptung hätten im Kreise Köslin die Landarbeiter eines Ritterguts durch Streikdrohung die Entlassung ihres Inspektors erzwungen, weil sie mit diesem nicht zusammenarbeiten wollten. Der Grund war offenbar Betätigung des Inspektors im Sinne putschistischer Geheimorganisationen und Rüstungen, was das Agrarierblatt schonungsvoll mit den Worten ausdrückt, der Inspektor hätte sich erlaubt, ein „Anhänger der allgemeinen Wehrpflicht“ zu sein. Dazu heulmeiert das Agrarierblatt weiter:

Man sieht an diesem Fall, daß der Gesinnungsterror sich bereits über den Kreis der Arbeiterschaft selbst hinaus erstreckt und zum Angriff auch gegen die Vorgesetzten übergeht. Das ist bisher, wenigstens auf dem Lande, noch nicht üblich gewesen.

Aber das umgekehrte doch? Landarbeiter sind wohl noch niemals wegen ihrer politischen Gesinnung gemafregelt worden? Und hier handelt es sich nicht um eine Gesinnungsfrage, sondern um ein tatsächliches, gesetzwidriges Treiben, zu dessen Unterstützung sich die Landarbeiter nicht hergeben wollten. Da hört allerdings die Weltgeschichte auf!

E. K.-r.

## BÜCHERSCHAU.

**Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung.** Der soziologische Versuch, den Kurt Geyer unter diesem Titel unternimmt (Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena), verdient Beachtung. Jeder Politiker und Staatsmann sollte es nicht nur lesen, sondern studieren, vor allen Dingen aber die Führer der deutschen Arbeiterbewegung. Es hat keinen Zweck, den Führern der K. P. D. und denen des Rechtsradikalismus naheulegen, sich diese Studie zu Herzen zu nehmen. Diese Leute werden nicht den Mut aufbringen, sich ernsthaft mit den Untersuchungen Geyers auseinanderzusetzen. Wenn der Verfasser in seinem Buch auch sich ausschließlich mit dem Linksradikalismus beschäftigt, ihn analysiert und seine psychologischen Fäden aufdeckt, so ist doch nicht zu verkennen, das alles was er über den Linksradikalismus sagt, zugleich den Rechtsradikalismus trifft. Dadurch erhält die Untersuchung Geyers über den ursprünglichen Rahmen hinaus einen noch größeren Wert, hat ihre Bedeutung ebensowohl für den Führer der deutschen Arbeiterbewegung in bezug auf den Linksradikalismus, wie für die Führer der bürgerlichen Parteien in bezug auf den Rechtsradikalismus.

„Die Idee des Radikalismus“, „Psychologie des Radikalismus“, „Milieu bzw. Individien und Radikalismus“ werden von Geyer in scharfer Präzision eingehend der Untersuchung unterzogen. Die Ergebnisse treffen ebenso auf die Kommunisten wie auf die Hittlerbewegung usw. vollinhaltlich zu.

„Alles, was in den Massen die Ueberzeugung wecken könnte, daß der gesellschaftliche Fortschritt auch auf anderem Wege als durch die Massenaktion auf dem Wege praktischer Arbeit verwirklicht werden könnte, muß bekämpft werden, weil es die Wirkung des unmittelbaren freiwilligen Handelns der Masse erschwert . . . Die Symbolik alles, praktische Arbeit nichts.“

Die Richtigkeit dieser Feststellung Geyers können wir täglich an der K. P. D. und rechtsradikalen Bewegung in Deutschland erproben.

Dem Radikalismus fehlt der schöpferische Drang, er erzeugt eine „rein negative Stimmung“, das bloße Zerstörenwollen des Bestehenden. „Die Herrschaft des Schlagwortes wird zum „wesentlichen Grundzug“ der Bewegung. Die Herrschaft des Schlagwortes in den radikalen Massen — auch bei den radikalen Führern — ist ein Zeichen dafür, daß sie bewegt werden nicht von intellektueller Hinsicht, sondern von Mächten, die mit dem Intellekt und dem logischen Denken nichts zu tun haben, denen sie aber nur mit dem Mittel des Schlagwortes Ausdruck verleihen können.“

Gewalt gegen Gewalt, Vergeltung, Rache. Weckung dieser ursprünglichen Instinkte, Ueberschattung jeder großen Idee, ist der Erfolg der radikalen Agitation und Taktik. Die sehr feinen Betrachtungen Geyers über „Individium und Radikalismus“ seien besonders zur Beachtung empfohlen.

Müller-Brandenburg.

### Auslandspreise für ein Vierteljahrsabonnement der „Glocke“

Amerika	} . . . . . 1 Dollar	Italien . . . . .	12 Lire
China		Italien . . . . .	80 Lei
Japan		Schweiz . . . . .	5 Franken
England . . . . .	5 Schilling	Spanien . . . . .	6 Pesetas
Frankreich und Belgien . . . . .	10 Francs	Skandinavien . . . . .	5 Kronen
Holland . . . . .	2½ Gulden	Tschechoslowakei . . . . .	15 Kronen

**Ueberweisung durch Wertbrief oder Scheck erbeten**



**„UKRAINSKE SLOWO“**  
BUCH- UND ZEITUNGSVERLAG G. M. B. H.  
Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 11  
Telephon: Stephan 1445-46

Soeben erschienen:

**Iwan Herasymowytsh:**

## **Hunger in der Ukraine**

Mit 46 Bildern und Diagrammen. □ 260 Seiten Oktavformat  
Grundpreis 4.- Mk.

Reichhaltiges statistisches Material über die wirtschaftliche Lage Ost-Europas in der Vergangenheit u. Gegenwart. Für jeden Deutschen zur Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage Ost-Europas unentbehrlich.

## **Alexander Archipenko**

Mit einem Porträt des Künstlers und 66 Abbildungen

Einleitung von

**Prof. Dr. Hans Hildebrandt**  
Stuttgart

Vier Ausgaben: eine deutsche, ukrainisch-englische, italienische und französische ::  
Japanische Ausgabe in Vorbereitung  
Grundpreis für ein Exemplar in Prachtband mit Goldaufdruck für  
Deutschland:  
20.- Mk.

Demnächst erscheinen:

**Prof. Dr. St. Rudnyzkyj: Die Ukraine und die Grossmächte.** Mit 2 Karten  
**N. Kostomariw: Zwei russische Nationalitäten.** (Ukrainer u. Moskowiter.)  
**P. Kulisch: Tschorna Rada.** (Der schwarze Rat.) Historischer Roman.

Zu beziehen durch den Verlag



# DIE GLOCKE

19. Heft

6. August 1923

9. Jahrg.

Nachdruck sämtlicher Artikel ist nur mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

RUD. BREITSCHIED:

## Am Sterbebett.

**E**S gibt Leute, die das Kabinett Cuno für gestorben halten und sich deshalb schon für den Nekrolog vorbereiten und allerlei Betrachtungen über die mutmaßlichen Erben anstellen. Das ist töricht; denn erstens weiß das Kabinett Cuno selbst noch nichts von seinem Tod, und außerdem stellt ein Teil der Aerzte, die den Kranken in den letzten Tagen bereits mit einem resignierten Achselzucken aufgegeben hatten, neuerdings sehr energische Versuche an, sein Lebenslicht nicht erlöschen zu lassen. Mit Morphinum-injektionen und dergleichen wird es noch eine Weile gehen, und niemand kann so taktlos sein, Leichenreden zu halten, bevor der Patient durch einen letzten Atemzug die Zustimmung dazu erteilt hat.

Ist so die Voreiligkeit auch nicht zu rechtfertigen, so ist sie doch einigermaßen erklärlich angesichts der hoffnungs- und trostlosen Nachrichten, die in der vergangenen Woche von den Medizinmännern sowohl wie von Anverwandten und Freunden des Siechen verbreitet wurden. Sie stellten seinen Zustand als so gänzlich verzweifelt hin, sie sprachen in so beunruhigenden Wendungen von seiner Schwäche, daß man wirklich an die Agonie glauben konnte und nun einigermaßen überrascht sein muß, daß die Bulletins wieder günstiger lauten. Indessen dürfte es wohl gut sein, sich keinen allzu großen Hoffnungen hinzugeben, denn bei allem Respekt vor der politischen Medizin scheint es uns doch zweifelhaft, ob die künstlichen Kräftigungsmittel für eine längere Frist wirksam sein werden. Vielleicht bringt man den Leidenden, der sicher eine starke Dosis Lebenswillen besitzt, noch über die kritischen Tage hinweg, die am 8. August beginnen; aber sein Schicksal dürfte auf jeden Fall besiegelt sein.

Der Vergleich mit dem Krankenbett liegt angesichts der jüngsten Geschehnisse nahe, doch wir wollen bei ihm nicht verweilen, weil wir sonst verpflichtet wären, gar zu gedämpft zu sprechen in einer Situation, die deutlichere Worte notwendig macht. Wir müssen es mit brutaler Offenheit sagen, daß die gegenwärtige Regierung sich als unfähig erwiesen hat, die ihr gestellte Aufgabe zu erfüllen. Sie hat außenpolitisch die Erwartungen nicht erfüllt,

die weite Kreise des Volkes auf den Mann mit den guten Verbindungen in der angelsächsischen Welt setzten, als er sein Amt antrat, und was der „ehrbare Kaufmann“ und seine Kollegen innerpolitisch geleistet haben, das zeigen mit erschreckender Deutlichkeit der Dollarkurs, der Stand der schwebenden Schuld und des Notenumlaufs und der Lebenshaltungsindex an. Mehr darüber zu sagen ist überflüssig. Das Kabinett Cuno hat Deutschland sich abwirtschaften lassen, und es hat deshalb selbst abgewirtschaftet, gleichgültig, wie lange es ihm noch vergönnt sein mag, auf seinem Platze zu bleiben. Daß jetzt in derselben Presse, die ihm wenige Tage zuvor seine Unfähigkeit attestiert hat, die Gerüchte über sein baldiges Ende bestritten werden, beweist nichts zu seinen Gunsten, sondern läßt nur erkennen, wie schwierig und wie verworren die Verhältnisse unter seinem Regime geworden sind.

Aber seien wir gerecht: das Ministerium trägt nicht allein die Schuld an den Enttäuschungen, die sich jetzt allenthalben Luft machen. Auch die sind verantwortlich, die es im November vorigen Jahres mit Enthusiasmus begrüßten und ihm ein durch nichts gerechtfertigtes Vertrauen entgegenbrachten, und es gewährt einen nicht gerade erfreulichen Eindruck, unter denen, die heute „Kreuziget“ schreien, manch einen wiederzufinden, der sich vor einem halben Jahre in Hosiannarufen nicht genug tun konnte. Wirth war unmöglich geworden, weil seine Erfüllungspolitik auf wachsenden Widerstand bei den Besitzenden stieß, und sein letzter Versuch, durch Schaffung der großen Koalition aus der Sackgasse herauszukommen, an der Ablehnung der Sozialdemokratie scheiterte. Cuno kam, und obwohl er und nicht wenige seiner Mitarbeiter nicht nur dem Parlament, sondern auch der Politik überhaupt fremd waren, wurde er als Retter und Heiland gefeiert. Die Politik hatte angeblich versagt, nun sollte die Wirtschaft ans Ruder kommen, und es werde mit diesem neuen System, so hieß es, um so besser gehen, als das, was man in Deutschland die Wirtschaft zu nennen sich gewöhnt hat, seine Leistungsbereitschaft für den Fall in Aussicht gestellt hatte, daß es unmittelbaren Einfluß auf die Geschäfte erhalte. So öffnete man der neuen Regierung die Tore in der festen Ueberzeugung, daß nun eine neue, glücklichere Zeit für Deutschland anbreche.

Bald stellte sich heraus, daß es mit den angelsächsischen Verbindungen nicht weit her sei, und von dem Leistungswillen der Leistungsfähigen war ebensowenig zu merken, wie unter dem Kabinett Wirth. Dafür aber war der Druck, der auf den Besitz ausgeübt wurde, noch schwächer geworden, und schließlich konnte von den begeisterten Anhängern der neuen Aera nur noch die Festigkeit gerühmt werden, die Cuno gegenüber Frankreich an den Tag legte. Er wurde nicht allein so etwas wie ein Nationalheld, sondern beinahe auch der Held der Nationalisten. Nur daß man

Passivität mit Energie verwechselte und eine Politik, die auf ein Wunder vom Himmel oder von London rechnete, für den Ausfluß höchster Weisheit hielt. Das Aushalten und das Durchhalten wurde gepredigt wie im Weltkrieg, aber die bürgerlichen Parteien fanden nichts dagegen einzuwenden, daß alles versäumt wurde, um die wirtschaftlichen Voraussetzungen für dieses Starkbleiben zu schaffen und daß im Gegenteil Wege beschritten wurden, auf denen im Namen des Vaterlandes die Massen des Proletariats und des kleinen Mittelstandes zum Vorteil der Sachwertbesitzer ausgeplündert wurden.

Bis dann plötzlich, als die Mark in den Abgrund gefallen und die Not des Volkes immer höher gestiegen war, als die Erstarkung der faschistischen und kommunistischen Parteien deutlich erkennbar wurde und ein fernes Grollen ein Unwetter ankündigte, das Erwachen kam. Und nun konnte man je nach der Einstellung mit Trauer oder Belustigung konstatieren, wie Politiker, die die Regierung Cuno gepriesen hatten, plötzlich über sie herfielen, und wie ihr aus denselben Kreisen, die sogar ihre schwachen Ansätze zu einer Finanz- und Währungsreform sabotiert hatten, nun der Vorwurf der Unfähigkeit und Untätigkeit gemacht wurde. Aber das ändert nichts daran, daß die Ankläger von heute recht haben und die Schmeichler von gestern unrecht. Das Kabinett hat versagt, und wenn es dafür noch eines Beweises bedurft hätte, so wäre er durch seinen Aufruf vom vergangenen Sonntag erbracht. Da werden Maßregeln zur Hebung des wirtschaftlichen Elends verkündet und in Aussicht gestellt, die hinten und vorn nicht ausreichen, die höchstens eine ganz vorübergehende und ganz geringfügige Linderung bringen können. Und selbst wenn sie hundertmal besser wären, würde diese Zusammenstellung doch nur erkennen lassen, wie man das Notwendige nicht zur rechten Zeit getan hat, und wie die verantwortlichen Männer schon durch ihren Mangel an Voraussicht ihren Mangel an Regierungsfähigkeit dargetan haben.

Aber, wie gesagt, der Sturm hat inzwischen schon wieder etwas abgeflaut. Nicht etwa, als ob das Vertrauen zu Cuno zurückgekehrt wäre, sondern weil das Mißtrauen der Parteien in die eigene Kraft und die Zweifel über das, was nachher kommen soll, so stark sind. Niemand will den Anfang mit dem Frontalangriff machen, jeder erklärt den andern für den Hannemann, der die größeren Stiefel an habe, und zuletzt trösten sich viele über ihre geringe Kampflust mit der Hoffnung, das Ministerium werde zusammenbrechen, ohne daß noch ein besonderer Anstoß von außen gegeben zu werden brauche, und ohne daß irgend jemand ein Odium auf sich zu laden habe.

Daß sie mit ihrem Latein zu Ende ist, müßte die Regierung freilich einsehen, doch der Mensch ist geneigt, noch am Grabe die Hoffnung aufzupflanzen, und man erzählt sich, in der Wilhelmstraße

glaube man, eine heroische Anstrengung im Innern könne das Durchhalten bis zum nächsten Frühjahr ermöglichen, und dann werde die Welt auch einsehen, daß sie einem so opferwilligen und ausdauernden Volke zu Hilfe eilen müsse. Wie die heroische Anstrengung aussehen soll, ist unbekannt. Die Sache erinnert indessen peinlich an Ludendorffs Haltung in den letzten Stadien des Weltkriegs. Der setzte seine Sache auf die Opferbereitschaft des Landes und auf das Soldatenglück. Es sieht so aus, als ob es auch noch ein besonderes Diplomätenglück gäbe, und dann wäre also nur noch die Frage offen, ob dieses sich gerade Herrn v. Rosenberg zuwenden wird. Wenn nicht, so bleibt eben nur die zwar heroische, aber auf einen ganz ungewissen Ausgang gerichtete Anstrengung derjenigen, deren Kraft schon nahezu verzehrt ist.

Vielleicht hören wir über alles dies Näheres, wenn jetzt der Reichstag nach dem 8. August die Pflicht erfüllt, die er im Juli sträflich vernachlässigt hat, und eine Aussprache über die Gesamtlage herbeiführt. Doch wir wissen schon jetzt, daß das, was wir vom Regierungstisch vernehmen werden, uns nicht aufrichten kann. Die Worte eines trotz allem dem Tode Geweihten vermögen im besten Fall nur Gefühle der Wehmut zu erwecken.

---

MAX QUARCK:

## Der Tod der Mark.

**D**IE Nation, die uns den Ruhreinfall gebracht hat, bescheinigt uns, daß die Mark am 18. Juli gestorben ist. Warum gerade am 18. Juli, werden wir gleich sehen. Die Franzosen haben am meisten zu dieser Katastrophe beigetragen und sind also auch die nächsten, sie triumphierend zu verkünden. Und in der Tat pflegen wirtschaftliche Revolutionen und ihr Ergebnis nicht immer gleich bemerkt und erkannt zu werden. So könnte es sein, daß die Markkatastrophe nach außen noch nicht in die Erscheinung träte, während sie innerlich eine vollendete Tatsache wäre \*). Vielleicht ist die Gleichgültigkeit der Zuschauer durch die Trockenheit des Stoffs verursacht. Trockene Stoffe sind wie Steine; grade mit ihnen kann man am besten bauen. Vielleicht liegt es auch am politischen Interesse, daß die Deutschen die Todesursache zu verheimlichen suchen, während sie die Franzosen auf den Straßen ausschreien. Sehen wir zu, wie das Sterben der Mark in der Pariser Presse geschildert ist....

\*) Bei Erscheinen dieses Artikels wohl auch schon äußerlich.

Red. der „Glocke“.

„Der Umsturz, um den es sich dreht“, so sagt beispielsweise der Pariser „Temps“ vom 24. Juli, „ist offiziell registriert worden in Berlin im Verlaufe einer Konferenz, die am 18. Juli im Finanzministerium abgehalten wurde. Sie ist das Nachwort für eine Verhandlung, die seit Monatsfrist dauerte. Die Staatsarbeiter wollten sich gegen die fortwährende Verteuerung des täglichen Lebens schützen und hatten „wertbeständige“ Löhne beantragt. Die Vertreter der Gewerkschaften verlangten von der Regierung, daß die Löhne, die vom Staat bezahlt würden, von Woche zu Woche im Verhältnis zur mittleren Erhöhung der Preise der notwendigsten Lebensmittel erhöht würden. Nach vierwöchigen Verhandlungen wurden die Forderungen der Arbeiter bewilligt. In Uebereinstimmung mit ihnen entschied die Regierung, daß eine Kommission jede Woche die Löhne der Arbeiter der Geldentwertung anzupassen hätte, damit der Reallohn aufrechterhalten würde. Man benutzt dazu den Wochenindex der Lebenskosten, wie er vom Reich unter Mitarbeit der Gewerkschaften festgestellt wird. Jeden Mittwoch wird dieser Index veröffentlicht und am Donnerstag treten die Gewerkschaften mit den öffentlichen Verwaltungen zusammen, um die Löhne im Verhältnis zur Geldentwertung zu erhöhen. Die Kommission kann auch wirtschaftliche oder politische Gründe mitbestimmend sein lassen. Aber wohl verstanden: es handelt sich hier nicht um eine Aenderung des Grundlohns irgendeiner Arbeiterkategorie. Es handelt sich einzig und allein darum, den wöchentlichen Koeffizienten zu bestimmen, durch den man die festen Bestandteile des Lohns vervielfältigt, um die Summe zu bekommen, welche der Arbeiter tatsächlich erhält. Tatsächlich hat die Kommission bereits zu arbeiten begonnen, indem sie die Löhne für die dritte und dann für die vierte Juliwoche festsetzte. Den Staatsarbeitern folgten die Angestellten und Beamten des Staats und der Länder. Hier wurden die Gehälter vierzehntägig festgesetzt. Schließlich folgt die Privatindustrie dem staatlichen Beispiel, und nach und nach werden alle Bezüge, die man in Deutschland zahlt, einer periodischen Anpassung an die Lebenshaltung unterworfen....

Man wird vielleicht sagen, daß dieses System nur die Gewohnheiten ordnen und regeln solle, die sich ohnedies in Deutschland bei der Lohnzahlung eingebürgert haben. Das sei zugegeben. Denn es gibt keine Revolution, die nicht durch eine vorherige Evolution eingeleitet würde. Jedenfalls haben von dem Augenblick an, wo sie verallgemeinert wurden und sozusagen Gesetzeskraft empfangen, die neuen Tendenzen viel schnellere und viel tiefere Folgen, als man glaubte. Zunächst ist es wahrscheinlich, daß die Ausgaben des Reichs außerordentlich steigen, trotzdem die Beamten und Angestellten das Zugeständnis gemacht haben, sich die Teuerungszulagen nur für zwei Wochen im voraus bezahlen zu lassen. Man weiß außerdem, daß das Reich fast alle Kosten trägt, die den Ländern und Gemeinden durch die Erhöhung der Löhne und Gehälter verursacht werden. Andererseits erinnern wir zur Charak-

terisierung der Finanzlage des Reiches daran, daß es ungefähr 25 Drillionen vom 1. April bis zum 10. Juni ausgegeben hat, und daß während desselben Zeitabschnitts der Ertrag der Steuern nur etwa drei und ein halb Drillionen betragen hat. 21½ Drillionen sind durch eine Vermehrung der schwebenden Schuld beglichen worden! Die periodische Erhöhung der Löhne und Gehälter in kurzen Fristen muß sodann die Wirkung haben, die Teuerung zu beschleunigen. Die Kaufkraft einer so großen Anzahl von Verbrauchern wird künstlich auf demselben Niveau gehalten und man verhindert sie dadurch in der Tat, irgendwie zu sinken. Endlich werden die „wertbeständigen“ Löhne sicher die Zahlungen in Gold nach sich ziehen. Der Reichswirtschaftsrat hat dies begriffen, sein Wirtschafts- und sein Finanzausschuß haben folgende Sätze als Regel aufgestellt:

„Solange die Inflation dauert und wächst, kann bei Privatgeschäften die Zahlung in Gold nicht verhindert werden. Es ist deshalb notwendig, daß das Reich, die Länder und die Gemeinden, ebenso wie die Reichsbank zur Goldzahlung übergehen.“ Die Reichsbank würde also in Gold die Summen schätzen, die sie den Kreditanstalten, den Industriellen und den Kaufleuten vorschießt, wenn sie ihr Papiergeld eskontiert. Und die Zurückzahlung dieser Summen wird eine Anzahl von Papiermark erfordern, die nicht mehr gleich ist derjenigen, die die Reichsbank vorschob, sondern die infolge der Entwertung, die die Mark in der Zwischenzeit erlebt hat, geringer wäre . . . .

Wenn man das System der Wertbeständigkeit so auf alle Finanzoperationen öffentlicher und privater Art, die in Deutschland stattfinden, ausdehnt, so erhält es das Aussehen eines Allheilmittels. Aber wird es nicht eines jener Mittel sein, die den Kranken heilen, indem sie ihn töten? In einer interessanten Studie, welche am 15. Juli das „Bankarchiv“ veröffentlichte, erklärt der Verfasser Möller, daß, wenn die Reichsbank Goldzahlungen einführen wolle, ihre Kundschaft die Gewinne schwinden sehen würden, welche sie bisher aus der allmählichen Entwertung der Mark zog. Dafür würde die Kundschaft der Reichsbank den Verlusten ausgesetzt sein, die jeder Deutsche erleidet, der auch nur während 24 Stunden ein Kapital in Papiermark besitzt. Der Verfasser zieht folgenden Schluß: „Die Geschäftswelt wäre natürlich nicht in der Lage, einen solchen Verlust zu ertragen, und sie würde sich sofort weigern, die Papiermark in Zahlung anzunehmen, welche ihr die Reichsbank anbieten würde.“ Mit andern Worten: das System der „Wertbeständigkeit“ würde den Tod der Mark herbeiführen!

Diese Konsequenz hat nichts überraschendes. Bisher haben alle Maßnahmen der deutschen Regierung oder der Reichsbank zum Ergebnis gehabt, die Entleiher zu bereichern. Wenn die deutsche Regierung Haufen von Papiergeld ausgibt, um ihren Ausgaben zu genügen, so entwertet sie die Mark und verschafft dadurch denjenigen, die Schulden in Mark gemacht haben, einen Vorteil. Wenn die Reichsbank



englische Pfund unter dem Weltkurs verkauft, unter dem Vorwand, die Mark steigen zu lassen, so bietet sie den Leuten ein Geschenk, die Geld geliehen haben, um Devisen zu kaufen. Denn sie brauchen ihre Pfund nur an einem auswärtigem Markt zu verkaufen, um den Unterschied zwischen dem offiziellen deutschen Kurs und dem Weltkurs einzukassieren. Aber in dem Augenblick, an dem man gegen diese wahn-sinnige Politik reagieren will, trifft man notwendigerweise die Leute, die davon profitierten, das heißt die Darlehnsnehmer. Ob man nun Steuern in Gold einführen, oder ob man die Rechnungen der Reichsbank in Gold einkassieren will, immer stößt man auf diejenigen Deutschen, die mit Hilfe des Kredits leben und Geld machen. Aber diese Deutschen, die sehr zahlreich und mächtig sind, haben dann keinerlei Interesse mehr daran, die Mark als Zahlungsmittel anzunehmen. Sie drohen mit der Ablehnung, und sofort ist die Regierung des Reichs in Gefahr, kein Geld mehr zu erhalten. Denn sie lebt ja nur von der Ausgabe von Papiermark. Der Zirkel schließt sich vollständig.“

Das ist wörtlich die Argumentation der französischen Kreise. Sie ist in jedem Punkt schlüssig und kaum zu widerlegen. Die „Wertbeständigkeit“ der Löhne und Gehälter hebt die Markwährung auf, die bisher von der Regierung mit allen Mitteln geschützt worden ist und auf der die Tätigkeit der Notenpresse beruht. Gelten aber die Produkte der Notenpresse, und seien sie selbst Stücke von vielen Millionen Mark, nichts mehr, so ist die letzte Quelle der deutschen Einnahmen verstopft und unser Land steht wirklich vor dem Bankrott aller Zahlungsmittel, selbst der papierenen. Die Entwicklung vollzieht sich in Wirklichkeit nicht so rasch und einfach. Aber letzten Endes muß sie dieses Ergebnis haben. Dann stünde das Deutsche Reich buchstäblich vor dem Nichts, weil sein Geld nicht einmal mehr den Makulaturwert besitzt, den es bei einem Stand des Dollars von sieben bis achtmal hunderttausend Mark hat. Man kann sich die Geschichte dieses Verfalls von der nominellen bis zur wirklichen Wertlosigkeit des deutschen Papiergeldes unschwer ausmalen!

Wir begrüßen diese Entwicklung, die einmal kommen mußte. Die Arbeiter haben nur eine Bewegung beschleunigt, die ohnedies im Gange war, und es macht dabei nichts aus, daß die Gewerkschaften bei ihrer Forderung nach „wertbeständigen“ Löhnen sich dieser Wirkung in keiner Weise bewußt gewesen sind. Sie glaubten, daß sich die Schraube beliebig weiter drehen lasse. Das ist aber nicht der Fall. Der Goldlohn ist in der Sache die Aufhebung der Markwährung. Und wenn sich neun Zehntel des deutschen Volkes bei ihrer Bezahlung von der Markwährung loslösen, so ist diese auch für das letzte Zehntel erledigt. Noch werden einige verzweifelte Anstrengungen dahin gemacht, den Betrag der Einnahmen aus Steuern und Gebühren zu erhöhen. Das ist der Hauptzweck

der Regierungsvorlagen, die jetzt für den August angekündigt werden. Sie verzögern die Katastrophe noch ein wenig, aber sie können sie nicht aufhalten. Und es ist besser, daß sie zeitig eintritt, als daß sie noch länger verschleppt wird. Desto näher rückt die endliche Abhilfe.

Von einer andern Seite aus beleuchtet Rudolf Wissell die Lage freilich, ohne noch eine klare Vorstellung von der Tragweite seiner Ausführungen zu haben. Er knüpft an die Feststellung an, die ausgerechnet im Organ von Hugo Stinnes, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, gemacht wird, daß nämlich der Anreiz zur Verbesserung der Fabrikationseinrichtungen, zur Beschaffung von Maschinen und technischen Einrichtungen aller Art in Deutschland wegen der zu geringen Löhne von Tag zu Tag sinke, und damit der Inlandsmarkt in erschreckendem Maße zusammenschrumpfe. Das wirke auch auf den Export ein. Die Fabrikation sei bei fortgesetzter Anwendung der technischen Erfahrungen qualitativ besser, Würden diese vernachlässigt, so leide die Industrie-Entwicklung und damit der Export. Diese Frage ist schon in der Schrift von Herz und Seidel ausführlich behandelt, die der Deutsche Gewerkschaftsbund vor einiger Zeit zur Verteidigung des Achtstundentages herausgegeben hat. Dort wird nachgewiesen, daß der spekulative Charakter unserer Wirtschaftsordnung, solange sie unter dem Druck des Währungsproblems stehe und durch die fortwährende Geldentwertung zu höchster Unsicherheit verurteilt sei, dazu verleite, die produktive Ausrüstung zu vernachlässigen und alles auf den spekulativen Zwischengewinn an der Geldentwertung einzustellen. Und Wissell schließt, deshalb bedeute der wertbeständige Lohn die Besserung. Die Steigerung der Löhne heiße Erhöhung der Lebenshaltung, Förderung des technischen Fortschritts und damit auch kultureller Fortschritt. Das Ringen um höhere Löhne sei ein Ringen um den Kulturfortschritt. Diese Ausführungen Wissells erhalten jetzt, wo wir wissen, daß die „wertbeständigen“ Löhne schließlich den Tod der Markwährung herbeiführen, eine ungeahnte Bedeutung. Die Aufhebung der Markwährung wird auch die sozialen und wirtschaftlichen Fragen der Produktion, die Wissell behandelt, zur rascheren Entscheidung bringen. Unsere ganze Volkswirtschaft wird in Frage gestellt werden, noch mehr als die gute technische Ausrüstung und der Export. Und die Arbeiter werden die Verpflichtung auf sich nehmen müssen, „wertbeständigen“ Lohn und nationale Produktion auf der höchsten Stufenleiter als Kulturfortschritt zu organisieren, wenn sie ihrer Ankündigung treu bleiben wollen, daß nur von der Seite der Lohnfrage her der gründliche Anfang mit der Lösung auch dieses gewaltigen Knotens von Problemen gegeben ist.



ERICH KUTTNER:

## Zeitgemäße Erinnerungen.

**E**S ist gewiß billig, in Erinnerungen zu schwelgen und aus Artikeln nachzuweisen, daß man recht gehabt hat. Wenn ich aber jetzt von besorgten und ängstlichen Leuten — zu denen ich nicht einmal die Geldpatrioten rechne, die jedermann bestürmen, ob sie ihr Bankdepot besser nach München oder nach einer Stadt des besetzten Gebiets übertragen sollen — um meine Meinung über die Situation angegangen werde, so kann ich wirklich nichts weiter tun, als auf die Artikel der „Glocke“ zu verweisen, in denen ich von Anfang des Ruhrabenteuers ab meine Meinung öffentlich festgelegt habe. Wenn ich diese Artikel jetzt wieder in Erinnerung bringe, so geschieht das nicht aus Rechthaberei, sondern in der bescheidenen Ansicht, daß es heute allerdings für die Maßregeln, die man mit Hast, Krampf und Nervosität vorschlägt, viel zu spät ist. All das, woran man sich heute klammert, hätte vor sechs Monaten geschehen müssen und damals auch in aller Ruhe ausgeführt werden können, wenn nicht die leitenden Kreise Deutschlands es vorgezogen hätten, sich und andere mit Phrasen betrunken zu machen, anstatt den Tatsachen ins Auge zu sehen.

In der „Glocke“ vom 29. Januar 1923 (ich darf bitten, auf das Datum zu achten) führte ich aus, daß der Widerstand an der Ruhr nur fruchten würde, wenn er mit dem Ziel raschester Verständigung geführt würde. Zur Begründung verwies ich auf die Ueberspannung der deutschen Widerstandskraft im Weltkriege und die Katastrophe von 1918:

„Ist diese teuerst erkaufte aller Lehren umsonst gewesen? Wird man den jetzigen Widerstand ebensowenig politisch auswerten können wie den des Weltkriegs? Falls dies geschieht — möge es rechtzeitig abgewendet werden! —, dann sei man sich darüber klar, daß auch die kümmerlichen Reste an Volkskraft und Vermögen, die der Krieg uns gelassen hat, verspielt sind.....“

Wenn ich betone, daß auch in dem jetzigen Ringen gegen den französischen Rechtsbruch die deutsche Widerstandskraft nur als begrenzte Größe von den verantwortlichen Politikern behandelt werden darf, so wird sich das gleiche Geschrei wie damals erheben. Aber jede Politik, die diese Forderung mißachtet, wird eines Tages vor einem neuen 1918 stehen.“

Die „Glocke“ vom 12. Februar 1923 kritisierte die unzulänglichen Wirtschaftsmaßnahmen der Regierung Cuno, deren Charakter etwa durch das Verbot charakterisiert wurde, in Hotels und Gaststätten zum ersten Frühstück Eier zu servieren. Dazu wurde bemerkt:

„Sollte hier auch wirklich dies oder das vergessen sein, so ändert das nichts an dem Gesamtbild, daß der größte mit rein wirtschaftlichen Mitteln — von unsrer Seite — geführte Kampf, den je die Welt sah, bisher die deutsche Reichsregierung nur zu wirtschaftlichen Maßnahmen in bezug auf das unbesetzte, aber doch mitkämpfende Gebiet veranlaßt hat, die noch nicht einmal den Namen von wirtschaftlichen Spielereien verdienen.

Vielleicht sagt einer: die Hauptsache kommt später. Ja bitte, wann? Glaubt man, daß die Ruhraffäre wie der Weltkrieg vier Jahre und drei Monate dauern wird? Oder glaubt man, daß das ausgepowerte Deutschland von 1923 wie das mit Gütern vollgestopfte Deutschland von 1914 erst über Jahr und Tag die Folgen des Kampfes spüren wird?

Oder braucht die Regierung für den Kampf kein Geld? Gewiß, die Notenpresse steht zu ihrer Verfügung. Aber den Kampf mit der Notenpresse führen, heißt seine Kosten ausschließlich auf die Schultern der Lohn und Gehalt beziehenden Schichten abwälzen!“

Nach solchen Ausführungen stand natürlich für die Rechtspresse fest, daß ich ein schäbiger Vaterlandsverräter war, der nur aus Defaitismus miesmachen, wenn nicht gar die Front von hinten erdolchen wollte. Für diese Herren lag ja das Problem ungleich einfacher. Während der Kampf an der Ruhr kaum begonnen hatte, schwelgten sie schon in Siegesgeschrei. Um nur einen Beweis von vielen zu bringen, sei hier nochmals zitiert, was die „Kreuzzeitung“ am 6. Februar in einem Leitartikel ausführte:

„Frankreichs Lage im Ruhrgebiet ist viel schwächer, als man hier in Berlin weiß, ist schlechterdings hoffnungslos... Mag es sich aus Leibeskraften noch Wochen und Monate sträuben, die total verfahrene und äußerst kostspielige Ruhraktion zu liquidieren, es muß letzten Endes klein beigeben, wenn nur niemand in Deutschland die Dummheit begeht, Verhandlungen anzubieten. Man hat wohl noch kaum daran gedacht, in wie außerordentlich weitgehendem Umfang Frankreichs gegenwärtige Lage an der Ruhr der ähnelt, in der sich Napoleon I. im September und Oktober 1812 in Moskau befand. Damals wie heute ein viel zu weiter Vorstoß ins feindliche Land mit unsicherer, stärkst gefährdeter Etappenlinie, damals wie heute eine Weigerung der gegnerischen Regierung, den nach Verhandlungen lechzenden Franzosen irgendwie die Hand zu reichen, damals wie heute ein französisches Hoffen und Harren von Woche zu Woche, ob der „Besiegte“ nicht doch noch seine Unterwerfung anbieten werde, bis es zu spät war... Wenn wir nur fest bleiben,

**noch 1—2 Monate die Zähne aufeinander beißen und nicht wieder, wie 1918, die Flaumacher an die Spitze kommen lassen,**

dann kommt mit mathematischer Sicherheit der Augenblick, wo es heißt: „Rückwärts, rückwärts, stolzer Cid!“ Napoleon wartete in Moskau fünf Wochen auf die Verhandlungsbereitschaft der Zarenregierung, vom

14. September bis 18. Oktober, und mußte sich dann doch zu seinem todbringenden Rückzug entschließen. Diesmal steht für die Franzosen unendlich viel mehr auf dem Spiel als 1812, ihr ganzes Prestige einschließlich des Versailler Diktats; sie werden daher bis zum Äußersten ausharren, aber der unvermeidliche Zusammenbruch ihrer Aktion wird dann nur um so kräftiger sein. Der Rückzug wird — hoffentlich! — nicht so tödliche Formen annehmen wie den von 1812 (obwohl das fort-dauernde Herumstochern im Krater nur allzu leicht eine Volkserhebung von ungeheuersten Dimensionen im besetzten Gebiet nach sich ziehen kann.)“

An solchen Phantasien hat man sich sechs Monate lang be- rauscht und darüber das bescheidenste und notwendigste Handeln vergessen. Die „Zentrale für Heimatdienst“ produziert mit alter Nicolaischer Routine — wieviel pensionierte Offiziere sind be- teiligt? — spottschlechtes Propaganda-Material, das auch nicht die geringste psychologische Wirkung haben kann. Aber es sei ihr verziehen. Denn mit dem Augenblick des Ruhreinbruchs konnte es nur eine Propaganda der T a t für Deutschland geben. Es blieb aber bei billigen Worten. Herr Cuno beteuerte am 11. Januar im Reichstag, daß nun jeder „auch das Letzte opfern müsse“. Dann ging er hin und gab der Industrie das Billionengeschenk von Papier- mark-Darlehen, die erst drei Monate später in zehnfach entwertetem Gelde zurückzahlen waren, er ließ an der Berliner Börse von Speku- lanten billige Devisen verschleudern, die noch am gleichen Tage in Danzig zu doppelten Kursen veräußert wurden, die Landwirtschaft wurde mit Aufhebung der Getreideumlage beglückt (was sagt man heute dazu, wo das markenfreie Brot 65 000 M. kostet?) usw. usw.

Und schlimmer noch als das, was geschah, war das andere, was nicht geschah. Die Antwort auf den Ruhreinbruch konnte nur heißen: Erfassung der Sachwerte, schärfste Be- steuerung der großen Vermögen und Einkommen zur Deckung der Lasten. Kurz und bündig mußte erklärt werden: Das Vaterland ist in Gefahr, wer sich gegen diese notwendigen Maß- regeln sträubt, ist ein Verräter und wird als solcher behandelt. Statt dessen verbot man das Frühstück von Eiern in Hotels.... Aber es ist wohl kein Zufall, daß eine Regierung, deren Berater Helfferich heißt, die berüchtigte Helfferich-Politik der deckungslosen Ausgaben von der Kriegszeit auf die Ruhrzeit über- tragen mußte.

Auch der Sozialdemokratischen Partei kann der Vor- wurf nicht erspart bleiben, daß sie die Dinge viel zu lange hat treiben lassen und in ihren Mahnungen der Regierung Cuno gegen- über viel zu zaghaft gewesen ist. Will man heute noch gutmachen, was sich nach sechs Monaten verhängnisvoller Versäumnis überhaupt noch gutmachen läßt, so kann es nur die sofortige und unzweideutige Erklärung geben: schärfste Opposition gegen jede Regierung, die nicht sofort mit aller Kraft die Erfassung der Sachwerte und die

gerechte Eintreibung der Steuern in die Wege leitet. Es handelt sich jetzt nicht um die Frage, ob die Regierung Cuno bleibt oder geht, ob große oder kleine Koalition folgt usw. Es kann nur noch darum gehen, ob endlich im Moment der letzten und höchsten Not das sachlich Notwendige geschieht oder ob wieder nur gefordert, unterhandelt, geredet, verwässert wird, bis das immer steilere Hinabgleiten zum senkrechten Sturz in die Tiefe führt.

---

HANS ESCHERNDORF:

## Cuno und sein Beamtenstab.

EINE Unterlassungssünde — eine verpaßte Gelegenheit! Unter welchen Kapiteln deutscher Revolutionsgeschichte stände nicht dieser Refrain. Er steht auch unter dem über die Demokratisierung der Verwaltung. Man hat Babels Wort: „Dann haben wir die Geheimräte“ zu viel geglaubt; wir hatten sie nicht. Man hat sich zu Beginn der Revolution damit begnügt, einen Teil der Staatssekretäre wegzuschicken und neue an ihre Stelle zu setzen, die inzwischen fast alle wieder aus der Reichsverwaltung geschieden sind. An den einflußreichen Reichsstellen, an den Staatssekretär-, Ministerialdirektoren- und Referentenposten blieb fast alles unverändert. Ganz vereinzelt sind zuverlässige Republikaner, noch seltener Sozialdemokraten an diese Stellen gelangt. In einzelnen Ministerien liegen die Dinge ein wenig besser. Im Reichsarbeitsministerium, das erst in der Republik aufgebaut wurde, gibt es manchen tüchtigen Sozialpolitiker; im Innenministerium, wo Kösters Hand durchgriff, gibt es Republikaner an entscheidenden Stellen. Auch Robert Schmidt hat im Reichswirtschaftsministerium manches gebessert. Dafür gibt es Reichsministerien, in denen überhaupt keine republikanisch gesinnten Beamten zu finden sind, so in dem zurzeit wichtigsten, dem Finanzministerium. Der nach dem Rathenau-Mord gefaßte Reichstagsbeschluß, wenigstens überall republikanische Personalreferenten einzusetzen, ist nicht einmal in den für die Durchführung der Republikschutzgesetze verantwortlichen Innenministerium durchgeführt. Dafür aber hat sich das Reichsfinanzministerium ausschlaggebenden Einfluß bei der Neubesetzung der Stellen gesichert, durch die allein heute Demokratisierung möglich ist. Wer den Etatgewaltigen des Reichsfinanzministeriums, den Ministerialdirektor v. Schlieben, kennt, weiß, daß keine demokratische Blume wächst, wo sein Fuß hintritt. In die dezentralisierte preußische Verwaltung hat Severing eine Menge Sozialdemokraten, republikanische Demokraten und Zentrumsleute gebracht. Wer einmal in die Landkreise kommt, wo vorher der adlige Grundbesitzer das Landratsamt verwaltete und heute ein Genosse im Einvernehmen mit der Arbeiter-

schaft regiert, spürt den sonst selten wahrnehmbaren Hauch der Revolution. In der dezentralisierten Reichsverwaltung spürt man davon nichts. Wie wichtig wäre es gewesen, neue Leute in die Landesfinanzämter zu setzen! Vielleicht sähe heute auch die außenpolitische Lage anders aus, wenn es geschehen wäre. Es gibt Landkreise, wo zwischen den im selben Hause untergebrachten demokratisierten preußischen Behörden und den Beamten der Reichsfinanzverwaltung ein ewiger Krieg herrscht, weil die Finanzamtsleute Führer der Roßbach-Gruppe sind und des Nachts Uebungen abhalten — zur Befreiung des Kreises von der roten Herrschaft!

Wer zu der Zeit, als Wirth ging und Cuno kam, in deutschen Amtsstuben saß, hat dort Dinge erlebt, die bestes Material zur Psychologie und Soziologie der deutschen Beamenschaft sind. Man hat dort lange nicht soviel strahlende Gesichter gesehen, wie in jenen Tagen! Die erfreuten Gesichter wurden ein wenig länger, als der Innenminister Oeser sagte, er dulde nur Republikaner in seinem Hause. Aber bald merkte man, daß dieser Herr, der überflüssigerweise das Trennende betont hatte, im Kabinett Cuno nicht maßgebend war, höchstens hin und wieder ein lästiger Bremsklotz.

Der Instinkt der Beamenschaft ist nicht fehlgegangen. Das neue Kabinett war Fleisch von ihrem Fleisch. Das war ihre Art, Politik zu machen: Das Lavieren zwischen allen Schwierigkeiten hindurch, ohne jede politische Idee. Inzwischen ist manchem biederem Deutschen über den Dollarstand von 8000 auf 750 000, die Abnahme des Goldmarkkapitals der Reichsbank von 1 Milliarde auf 650 Millionen bei einer Zunahme der Reichsschuld von 1 auf 25 Billionen und über Not und Teuerung ein wenig bänglich über seine „unpolitische“ Regierung geworden, und mancher denkt jetzt, was muß sich bei der Hapag geändert haben, seit man „in den Kreisen um Ballin mit schwerer Sorge das Urteil fällte, daß, wenn die Paketfahrt so geleitet würde wie das Deutsche Reich, sie längst pleite sein würde“. (Albert Ballin, von Bernhard Huldermann.) Die Beamten aber sehen mit ihrem Beamtenverstand, daß die Regierung regiert, ohne sich immer von den Parteien hereinreden zu lassen. Mutige Leute wie Roßbach werden vorgelassen, auch wenn der „Vorwärts“ schimpft. In der Reichskanzlei herrscht wieder Ordnung. Jeden Tag kommt ein neuer Runderlaß des unermüdlischen Staatssekretärs in der Reichskanzlei, des Herrn Hamm. Unter seiner Leitung kümmert sich die Reichskanzlei um alles, und Herrn Staatssekretär Hamm sieht man in den Reichstagscouloirs nicht nur mit Gewerkschaftssekretären, sondern meist mit Exzellenz Helfferich, dem „Finanzsachkundigen“. Die Pressestelle der Reichskanzlei führt den Kampf gegen andere Ressorts wieder in der „Deutschen Tageszeitung“. Ueberhaupt Herr Hamm sorgt für Ordnung im Innern. In diesen kritischen Tagen ist seine Hauptsorge

— der Kampf gegen die sozialistischen Ministerien in Sachsen und Thüringen. Und während in seiner bayerischen Heimat, die vom Staatsgerichtshof verbotene Nationalsozialistische Partei, ohne daß Herr Heinze den Reichsanwalt einschreiten läßt, schwer bewaffnet paradiert, und andere mit französischem Gelde den Abfall vom Reich vorbereiten, träumt Herr Hamm von der Reichsexekutive gegen die proletarischen Hundertschaften in Sachsen und Thüringen.

Und dann, was das Wichtigste ist: für die Beförderungen sind nicht mehr die Parteien maßgebend, sondern allein die „Fachkenntnis“. Was war das für eine Sache unter Wirth, wo auf die Parteizugehörigkeit gesehen wurde! Dafür hatte man doch nicht jahrelang auf der Universität gesessen, war Referendar und Assessor gewesen, um nachher mit Leuten, die nichts konnten als in Volksversammlungen sprechen, gleichgestellt oder gar ihnen untergeordnet zu werden! Nein, das wurde jetzt wieder anders. Der Minister des Auswärtigen und der Staatssekretär im Auswärtigen Amt sind Bonner Borussen und sie denken nicht an die Parteizugehörigkeit. Wenn der Botschaftsrat v. Hoesch an Stelle von Landsberg nach Brüssel kommt, wird die Botschaftsratsstelle in Paris mit Herrn v. Prittwitz aus Rom besetzt, und an Stelle Prittwitzens kommt nach Rom der Sekretär Rosenbergs, Herr v. Mackensen. Die Leute können sich wenigstens „benehmen“. Die Disziplin, die man in den Korps gelernt hat, ist überhaupt für die Verwaltung sehr gut. Der Korpsgeist ist besser als der Parteigeist der Zersetzung. — So sind sie. Sie so zu sehen, ist nicht etwa kleinlich, sondern heißt: die Kleinlichkeit da sehen, wo sie tatsächlich ist! Solche Leute sind gutes Material in den Händen der Hamm und Stingl, der Welser und Schröder, der Zapf und Schließen.

Wer die Vorgeschichte kennt, wundert sich nicht. Er weiß, daß Bismarck, der das Bürgertum politisch zerdrückt, auch den politischen Willen der Beamten vernichtet hat. Die Politik machte er. Sie waren Fachbeamten, Juristen. Gewiß, in den preußischen Verwaltungsstellen draußen auf dem Lande saßen die herrschsüchtigen Junker, die genau wußten, was sie politisch wollten. Aber draußen ging es mit dem Feudalprinzip, nachdem der Großgrundbesitzer auch der Inhaber der politischen Gewalt war. Für die schwierigen innenpolitischen Aufgaben der Beamten des heranwachsenden Industriestaates reichte die feudale Ueberlieferung ebensowenig aus wie für die Außenpolitik dieses Staates. Verlangt wurde juristisches Fachwissen, gute Erziehung im Korps und gute Verbindungen. Und während Politik feinste Einfühlungsmöglichkeit in alle Volksschichten verlangt, um danach das Mögliche des großen politischen Zieles zu erreichen, wurden unsere deutschen Beamten in einer kleinen Schicht, vom treibenden Strome wirtschaftlichen Lebens abseits, und ohne politisches Ziel erzogen.



Beim Korps herrschte der Komment. Er regelte auch das politische Denken unserer Beamten. Max Weber zitierte einmal aus einer Korpszeitung, in der es u. a. heißt:

„Die Kneipe ist für uns, was der viel gelästerte Kasernenhofdrill, der Parademarsch für die Soldaten. So wie dort das hundertmal wiederholte „Knie beugt“ nacheinander Faulheit, Wurstigkeit, Trotz, Wut, Schlappeit und Ermattung überwindet, und aus dem Gefühl hilfloser Ohnmacht und völliger Willenlosigkeit vor dem Vorgesetzten die Disziplin hervorgehen läßt, so bietet bei uns das „Rest weg“ dem Aelteren vor dem Jüngeren immer Gelegenheit, seine unbedingte Ueberlegenheit zu zeigen, zu strafen, Abstand zu wahren, die Atmosphäre zu erhalten, die für das Erziehungswerk des Korps unbedingt erforderlich ist, wollen wir nicht Klubs werden. Das „Rest weg“ ist natürlich nicht immer, nicht bei jedem angebracht, aber es muß über der Kneipe schweben wie das Knie beugt über jedem Kasernenhof. Auf beiden kann es trotzdem urgemütlich zugehen.“

Aus solcher Schule ging Unfähigkeit, gepaart mit Arroganz, hervor. Wer einmal aus Lord Cromers Buch „Das heutige Aegypten“ den englischen Beamten kennengelernt hat, wie er ungeschminkt die Wahrheit sehen kann und sieht, weil er das Wirtschaftliche, die Klassen und ihre Bedürfnisse erkennen kann und seinen politischen Weg nach politischen Zielen geht, dem wird klar, daß Deutschlands Weltherrschaft mit dieser Beamtenschaft eine lächerliche Utopie war.

Der deutsche Beamte brauchte sich um keine Erkenntnis zu bemühen, er hatte den Komment. Schließlich wurde alles Komment, die Vaterlandsliebe ebenso wie die Feindschaft gegen Liberalismus und Demokratie, von der Sozialdemokratie gar nicht zu reden. Das alles war genau so wichtig wie das „Rest weg“, gehörte dazu wie der gutsitzende Anzug. Man ging in die politische Laufbahn, weil sie die vornehmste war. Und das nicht etwa deshalb, weil die Politik der vornehmste aller Berufe ist, der höchste Macht ermöglichte und ungeheuerste Verantwortung aufbürdete. Besonders vornehm war dieser Beruf, weil er exklusiv war, weil er Juden und gewöhnlichen Bürgerlichen verschlossen war. Bismarck sagte: „Ich führe die Regierung nach meiner Ueberzeugung, die immer auf Seiten des Reichs und nie auf der Seite einer Fraktion sein wird“. Dieses Wort ist zum Schlagwort geworden und gehörte zum Beamtenkomment.

Und die Beamten sehen auch heute noch nicht, daß dieser Bismarcksche Staat zusammengebrochen ist, und daß heute die Parteien herrschen müssen, weil sie die entfesselten wirtschaftlichen Gewalten vertreten. Sie sehen die Parteienherrschaft als eine Ungezogenheit der Republik an. Und hier tut sich diese ungeheure Kluft zwischen diesen Beamten und uns auf: Unsere Erfolge in der

Politik beruhen auf dem lebendigen Vorwärtsdrängen der Massen in den politischen Organisationen. Der alte Beamte ist selbst da, wo er die frühere Schule schon etwas überwunden hat, im wesentlichen Fachmann, ohne Verständnis für die Gesamtgestaltung, ohne Willen zu Neugestaltung. Und das ist bezeichnend für die Situation, daß den meisten Beamten nicht klarzumachen ist, daß über dem täglichen Aktenkram der politische Wille der politischen Parteien steht. Daß es mehr wert ist, sein Leben für große politische Ideale einzusetzen, als im Kleinen unterzugehen. Sie sehen noch nicht, daß jeder große Fortschritt von den Volksmassen vollzogen wird, den der Beamte mitbilden muß, wenn er seine Beamtenarbeit richtig verstehen soll.

Reformen großen Stils an der Beamtenschaft sind im Augenblick nicht möglich. Kommt einmal wieder eine historische Gelegenheit, so darf sie nicht wieder versäumt werden, selbst wenn sie zu einer völligen Umkämpfung des Systems führt. Ist denn, wie man immer behauptet hat, das amerikanische wirklich korrumpierender als das unsere. Kleine Reformen sind heute möglich, wenn die Politiker die Bedeutung des Beamtenapparats erkennen. Die Frage der Demokratisierung ist von so eminent politischer Bedeutung, daß sie einen Politiker erfordert. Unter Cuno wird nicht viel zu machen sein. Aber schließlich gilt ihm gegenüber ja heute nicht nur in der Beamtenfrage, sondern auf jedem Gebiet der Politik das „Vivat Sequens!“ — und einmal wird es doch werden.

---

RICHARD KLEINEIBST (Chemnitz):

## Erziehung zum Proletariat.

Die Mittelschichten versinken, der Mittelstand stirbt, und mit ihm gehen unter, die sich selbst die „Geistigen“ nennen — Schriftsteller, Künstler aller Sorten, die Mittelstandsprodukte lieferten, im kaufmännischen Jargon: Durchschnittsgenre. Individualisten sind es, Leute, die die „eigene Note“ hatten, die sie unentwegt sangen, auch wenn es keine Harmonie gab mit dem Generalbaß des Volkslebens. Um die alle ergeht wehvolle Klage, das Ende des „Geistes“ ist angeblich herangekommen, weil auch die Abnehmer der Geistesprodukte rettungslos in dem großen ökonomischen Prozeß vermahlen werden, — die kleineren und größeren Bourgeois, treueste Anhänger liberalistischer Ideen und Dogmen, Verteidiger des Privatbesitzes (den sie haben), behäbig meist, zum großen Teil genügsam in geistigen und physiologischen Genüssen, zu einem verhältnismäßig kleinen Teil wirklich kultiviert, in verschwindend geringem Prozentsatz wirklich „Weltbürger“, „gute Europäer“.

Sie alle, die sich als die Grundlage aller Kultur fühlen, erheben den Rechtsanspruch, daß es so bleiben müsse, weil es so war, und fühlen sich grenzenlos benachteiligt, daß es nicht mehr so ist. Ihren Rechtsanspruch leiten sie, wenn man genau zusieht, sehr kurios ab; der eine besitzt ein Klavier, auf dem er bisher die neuesten „Schlager“ und Foxtrottel gepaukt hat, der andere hat das berühmte „Sofa mit Umbau“ und dem traditionellen „Nur-ein-Viertelstündchen“-Kissen und kann die unter seiner (früheren) Bauchlast geknickten Sprungfedern nicht mehr erneuern lassen. Die Berufung der „Geistigen“ manifestierte sich vor allem in dem einzigen „Beruf“ der Individualität, und nun wird die „Aesthetik“, die sie im allgemeinen einer früheren „wertbeständigen“ Erbschaft verdanken, von der materiellen Not und Sorge aus dem Hause gepeitscht, und sie stehen hilflos einer Gesellschaftsordnung gegenüber, die sie früher mitschleppte und jetzt (wenn es auch prinzipiell die gleiche ist) ohne Sentimentalität in ihrer wesentlichsten Eigenschaft, als Individualisten, Eigenbrödler, verleugnet, beiseite schiebt, auf ein anderes Niveau hinabdrückt. Ihr Aesthetizismus, den sie Kultur nennen, leidet tief, und das Ressentiment gegen diese „neue Ordnung“ (die tatsächlich die alte ist) verbittert ihnen das Dasein, lähmt jede Entschluß- und Wirkungskraft, läßt sie das Fundament ihres Daseins nicht erkennen, noch weniger, daß es das allgemeine ist.

Es sind Intelligenzen darunter — kein Zweifel —, aber ihr bisheriges Dasein hat sie nicht gezwungen, Charakter zu bilden — es gehen immer 12 auf ein Dutzend —, und ihre Intelligenz ist doch nicht groß genug; zu sehen, daß wir an „Intelligenzen“ Ueberfluß und an Charakteren entsetzlichen Mangel leiden. Daß ihr gegenwärtiger Zustand ein Verpuppungszustand sein oder mindestens werden könnte, ist ihnen fremde Botschaft, denn man muß das erleben, und zum Erleben gehört positive Einstellung zu dem, was einem entgegenkommt und gegenübertritt. Sie aber alle ließen sich vom Strom ohne Widerstand tragen, hatten von Jugend auf gelernt, sich leidend zu verhalten, sich vor allen Härten in das Schneckenhaus des „Individuums“ der „Eigenpersönlichkeit“ zurückziehen, und können nun nicht anders, als mit ihrem persönlichen Schicksal (dem Schicksal von Millionen!) zu hadern, d. h. weiter zu leiden, statt es aktiv zu umfassen, mit ihm zu ringen wie der biblische Jakob. Wer könnte dem Amboß beibringen, daß er auch Hammer sein könnte, wenn er sich nur umschmelzen ließe!

Die Bürger, Bourgeois, waren, werden nun Proletarier und merken nicht, daß es ihr Glück ist! Nicht nur spießbürgerliche Rentner im materiellen Sinn waren sie, sie waren und sind auch fast alle Rentner des Geistes, nicht Schaffer, Schöpfer und Mehrer. Den „Geist“ behandelten sie als etwas Absolutes, vom Irdischen losgelöstes, sich selbst als Begnadete, die zu fein organisiert wären, um in die ökonomisch-politischen Kämpfe handelnd einzutreten. Je deutlicher sie spüren, daß ihnen das materielle Rentnerdasein ein für allemal geraubt ist, um so

fester suchen sie sich an das geistige Rentnerdasein zu klammern — unfruchtbare, ohnmächtige Rechthaber. Daß das „Geistige“ erwachsen ist aus dem „Oekonomischen“ (im weitesten Sinn dieses Begriffs), daß sein Eigendasein nur ein scheinbares ist, nach rückwärts und nach vorwärts gebunden an irdische Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit — wenn es nicht einfach leeres Schemen sein soll —, sie sehen es nicht ein, auch dann nicht, wenn sie zwangsläufig den Quellen des Geistes nahegebracht wurden.

Kaum ist's zweifelhaft, daß das so oft literarisch mißbrauchte „Stirb und werde!“ den meisten heute als faktische Aufgabe entgegentritt — und das heißt als „Leben“ —, daß ihr egozentrisches Dasein, das sie den „Vielzuvielen“ einrangt, durch die Verbundenheit mit den Vielen, der „Masse“, in eine wirkliche Schicksalsgemeinschaft hineinstellt. Die materielle Notdurft des einzelnen, seine Bedürftigkeit, wie sie die individualistisch-kapitalistische Wirtschaftsordnung bedingt, als schöpferischen Agens zu preisen, sei ferne, ferne sei es, eine variierte „Verelendungstheorie“ aufzustellen — doch die Erziehung zum gepriesenen Gemeinschaftssinn und -geist führt oder kann führen über diesen Zustand der Not. Denn nun ist der Individualist zum ersten Male fühlbar in eine Gemeinschaft, in die Gemeinschaft der „Enterbten“, in eine Kämpferfront hineingestellt, kann sich als „erotisches“ Wesen durch die Tat manifestieren, hat die Gelegenheit zur „Aktivität“, die ebenso wie „Eros“, „Gemeinschaft“ und tausend andere Begriffe zur Mode — zu leeren Schlagworten herabgewürdigt sind.

Solidarität kann da nicht gefunden werden, wo der „Kampf“ aller gegen alle“ mit oder ohne Bewußtsein Richtschnur ist, sie ist zu finden in der Masse, die durch gleiches Schicksal zusammengepeitscht wird — nicht ihr Verdienst, aber eine Tatsache.

Sie ist solidarisch aus Notwendigkeit, der einzelne betätigt ohne Gefühls- und Wortaufwand den Eros, die Humanität, die Nächstenliebe, die literarisch Trumpf — und hohl ist. Erziehung zum Proletariat heißt so nichts anderes als Erziehung zum Menschlichsein. Sie heißt Erziehung zum sozialen Menschen und, richtig verstanden, zu wahrer Produktivität, indem sie die Bedingungen des Durchschnittsdaseins dem früheren „Elitemenschen“ aufschließt. So kam er aus der kritischen Attitüde — das Modewort sei seines passiven Charakters wegen erlaubt — zu zweckbewußtem Handeln, zu positiver Einstellung auf das ihm Aufgegebene erlöst werden.

Mag ihn die ungewohnte Last zuerst wunddrücken — der nie geschundene Mensch wird nicht erzogen! Mag ihm die Lust zur „Geistigkeit“, zur geistigen Produktion zuerst vergehen, packt er sein Schicksal männlich, würdig, klaglos handelnd und bejahend, so muß es ihn zur Vertiefung und aus dem — immer persönlichen, — Aesthetizismus zur Sachlichkeit und damit zur Vertiefung führen. Sachlichkeit ist ja Loslösung vom Persönlichen, vom Ichkult, der eine alte, über-

lebte Daseinsform repräsentiert, so sehr er auch von den vermeintlich entschiedenen Reformern gepriesen wird. Erst mit der Sachlichkeit fängt die Fähigkeit zur Objektivierung an, und sie ist „Geist“, ist die an der Idee des Absoluten orientierte Darstellung des Erlebten, des Erlebnis nicht eines einzelnen, sondern des Typus, sagen wir's einfach: des Volkes. Vielleicht, nein sicher wird dann weniger in Kunst, Wissenschaft, Essai (als Mittelform!) geschaffen werden, aber Qualität wird die Quantität reichlich aufwiegen — Hingebung an die Sache läßt nur das Zweckvolle, Notwendige gelten.

So kann sich der einsame „Geistige“ selbst erlösen, so kann der „ungeistige“ mittelständische Individualist zur Geistesverbundenheit kommen, wenn er die ihm zugewiesene Lebensform zu erfüllen und zu erweitern strebt.

Dazu gehört u. a. auch die Abkehr von dem intellektuellen Hochmut, der einem großen Teil der Gebildeten — früher — verwehrte, sich aktiv an dem täglichen Leben ihres Volkes zu beteiligen, sich politisch zu betätigen, ein Hochmut, der Hand in Hand ging mit ängstlicher Furcht vor jeder Bindung, der Partei als das „Enge“ verabscheute und eifersüchtig darüber wachte, ja kein Titelchen seiner „Eigenart“ aufzugeben. Die Entfremdung zwischen „diesem einzelnen und der Menge, dem profanum vulgus, dem er doch schicksalsverbunden war, mußte größer und größer werden und wurde es von Tag zu Tag. Hier ist vieles zurückzuerobern, muß berechtigtes Mißtrauen durch bewußte Einordnung langsam ad absurdum geführt werden, ehe, wie das leider oft geschieht, Anspruch auf führende Stellung erhoben wird. Es ist betrüblich, wenn andererseits „Geistige“ von einem gewissen Ausmaß und einer erfreulichen Frische daran herumdoktern, eine „Partei von Führern“ zu bilden und in sehr unverständiger Aristokratie jede Berührung mit der Masse scheuen, so die eigene Wirkungsmöglichkeit lähmen, aber auch, sehr einseitig fühlend, zu schieferm Urteil kommen. Sie vergessen, wo die Wurzeln ihrer Kraft liegen, verleugnen den Mutterboden, in dem sie roden und säen müßten, um selbst zu wachsen. Man darf vielleicht ein Wort von Karl Marx umkehren, nämlich, daß die freie Entwicklung aller die Bedingung für die Entwicklung eines jeden ist. Sollte es nicht möglich sein, diese (politische) Aufgabe zu sehen und ihr zu dienen?

Erst der Erzogene kann zum Erzieher werden, er kann den durch Geburt zum Proletariat Verdammten — ja, es kann auch Verdammnis sein! — die geläuterte höhere Lebensform, die ihm Erkenntnis wurde, zum Bewußtsein bringen. Denn auch der geborene Proletarier bedarf der Erziehung zum Proletariat. Zwangsläufig fast ist für die Mehrheit dieser der saturierte Bürger die nächsthöhere Stufe und also sein Ideal. Der Umweg kann ihm erspart bleiben, wenn ihm rechtzeitig die darüber liegende Stufe als Ziel gezeigt wird, die Stufe, zu der er manche Voraussetzungen — besonders die des Gemüts, die Erziehung des Gefühls — mitbringt.

Damit wäre dann wirklich ein Stück „Volkskultur“ vollbracht, nach der wir uns so „schreiend“ sehnen und dem Geist anders' Wege gebahnt als durch den geistreichen Essai aus kühlem Herzen.

Die Zugehörigkeit zum (wirtschaftlichen) Proletariat als Aufgabe, als Selbsterziehung und Selbsterlösung — das ist der Sinn unserer Zeit, die trotz allem revolutionierend ist.

---

R. G. HAEBLER:

## Zur Psychologie des deutschen Faschismus.

Die deutsche Gegenrevolution hat ihre ökonomischen Wurzeln in der sich heute vollziehenden Proletarisierung des Mittelstandes. Die wachsende Konzentration des Kapitals geschieht in erster Linie auf Kosten der bürgerlichen Mittelschicht; Geldentwertung und die damit zum Teil als Ursache, zum Teil als Folge verbundene Devisenspekulation haben in kürzester Zeit Teile des vor dem Kriege blühenden, ein zufriedenes Rentnerdasein führenden Mittelstandes enteignet. Die schrankenlosen Möglichkeiten des industriellen, börsenhaften Großkapitalismus entstehen aus dieser unaufhaltsam fortschreitenden, die Substanz der Mittelschicht verzehrenden Expropriation. Und diese Möglichkeiten sind nicht zuletzt gerade deshalb schrankenlos, weil sich diese Mittelschicht dagegen wehrt, ihre Klassenlage zu erkennen — zugunsten des sie ausbeutenden Kapitals. Die alte Geschichte von den Vögeln, die einen jungen Kuckuck mit ihrer Brut aufziehen.

Der Mangel an Erkenntnis der Klassenlage beim untergehenden Mittelstand ist wesentlich psychologischer Herkunft. Dieser Mittelstand, Erzeugnis liberal-individualistischer Strömungen des 19. Jahrhunderts, hatte sich häufig durch langjährige Arbeit eine soziale Stellung geschaffen, die gesichert schien gegen alle Wechselfälle des Lebens. Man stellte sich zwar nicht auf eine Stufe mit den großen alten Mächten: dem alten, seit Generationen ererbten Besitz und der mit ihm verbundenen oberen Bürokratie und Militär. Aber man war — als solider Geschäftsmann, Hausbesitzer, Hypothekengläubiger, Rentier, Vater studierender Söhne und tennisspielenden höherer Töchter, als Beamter, Oberlehrer, Arzt — immerhin im Urteil geltender Gesellschaftsmoral ein Herr. Man konnte sich einen Salon mit Plüschgarnitur, eine Reise nach Italien oder an die Riviera, einen Stammtischplatz im besseren Lokal, einen Brillantring leisten und gehörte damit nicht mehr zum Volk, sondern zu den Besitzenden, welche bekanntlich die Grundlage des Staates bildeten und an Kaisers Geburtstag den Festgottesdienst besuchten.

Die Katastrophe des Weltkriegs machte dieser Idylle ein Ende. In dem Zusammenbruch, der 1916 begann, und heute noch nicht beendet ist, erfuhr diese Schicht den tödlichen Schlag. Das Wesen des deutschen

Zusammenbruchs ist wirtschaftlich die schärfste Herausarbeitung der Klassengegensätze. Und dieser ökonomischen Tendenz der kapitalistischen Entwicklung mußte diese Schicht zuerst erliegen. Sie war, ökonomisch betrachtet, halb proletarisch, halb kapitalistisch. Was in der ruhigen Zeit einer sich langsam aufwärts entwickelnden Volkswirtschaft ein Vorteil war, erwies sich nun als Nachteil: um den wirtschaftlichen Kampf in dem brutalen Saure qui peut zu führen, dazu war das vorhandene Kapital oder die vorhandene Moral nicht beweglich genug; um gegenüber den Ausbeutungsversuchen der Größeren den Widerstand einer geschlossenen Front entgegenzusetzen, dazu war man zu individualistisch und liberalistisch erzogen.

Das klassenbewußte Proletariat, das die wirtschaftliche Entwicklung besser erkannt hatte, war dem Ansturm des sich konzentrierenden Kapitals relativ eher gewachsen; es hatte sich in seinen Gewerkschaften Abwehrformationen gegen die absolute Verelendung geschaffen. Die Auswirkung dieser Bewegungen sehen wir heute darin, daß die relative Verelendung der Arbeiterschaft nicht so groß ist wie die des Mittelstandes. Bei einigen Teilen des Mittelstandes ist ja durch die Geldentwertung die Verelendung absolut geworden; bei anderen zeigt sich eine starke Minderung der Substanz und eine Niedrigerhaltung der Lebensführung. Die Beamten haben eine wesentliche Verringerung ihrer Reallöhne erfahren und suchen der weiteren Verelendung jetzt dadurch zu begegnen, daß sie von dem System petitionierender Standesvereine zu gewerkschaftlichen Methoden, mit teilweiser Anlehnung an die Arbeitergewerkschaften, übergegangen sind. Allen diesen einst gehobenen Schichten ist aber wesentlich ein starkes Hinabgleiten auf der sozialen Stufenleiter und wirtschaftliche Annäherung an das Industrieproletariat.

Dazu kommt, daß mit diesem sozialen Hinabsinken die Demokratie auch allerlei Sonderstellungen und Höhereinschätzungen ein Ende gemacht hat: die autoritative Stellung einzelner Schichten, namentlich mancher Beamten und freier Berufe, ist nicht mehr so stark wie vorher, weil der Gedanke staatsbürgerlicher Gleichheit diese Ueberbleibsel aus der Untertanenzeit nicht mehr erträgt. Das trifft namentlich dort zu, wo manche Schichten — wie etwa die einstigen Offiziere, auch wenn sie sich in gutbezahlte Stellungen gerettet haben — sich nicht mehr als herrschende Klasse in Auftreten und allseitiger Anerkennung fühlen können.

Alle diese wirtschaftlichen und geistigen Folgeerscheinungen des Zusammenbruchs geben den Nährboden ab für den Faschismus. Man sieht im gegenwärtigen Staat, in seiner Form und seinen Führern die Ursache dieser Verhältnisse; man sieht sie besonders in den sozialistischen Führern.

Die Wirkung dieser Psychologie äußert sich bei allen diesen Schichten, die im Machtgedanken groß geworden sind und denen persönliches Wohlergehen und Ansehen gleichbedeutend mit mon-

archistisch-militärischem Machtstaat war, darin, daß sie an eine Wiederherstellung der alten Zustände glauben und sie mit Gewalt herbeiführen zu können hoffen. Ihnen allen ist gemeinsam der Wille zur Gegenrevolution, zu einem Teil auf gesetzmäßigem, zu einem Teil aber auch auf dem Wege der Gewalt.

In dieser Psychologie aber ist ihre Einheit erschöpft. Schon der Weg zum Ziel wird von ihnen, wie eben ja gesagt, verschieden gesehen. Noch weiter gehen auseinander die realpolitischen Ziele im einzelnen, die Einstellungen auf das, was zu tun ist, wenn erst einmal der Tag ihres Ruhms herangekommen ist.

Die Namen Ludendorff, Hitler, Heim sind programmatisch hierfür. Die Richtung Ludendorff ist durchaus monarchistisch-reichsdeutsch, mit hohenzollernscher Tendenz. Sie glaubt an eine Aufrollung der gegenrevolutionären Front von Süden und Norden her; Bayern einerseits, Pommern-Mecklenburg andererseits sei in der Lage, mit ihren weißen Armeen gegen die sich dann bildende rote Armee in Militarismus, vermutlich auch große Teile der Reichswehr, und vor allem Ludendorff stehen noch mehr als die bayerischen, die preußischen Gegenrevolutionäre, alle jene versprengten Ueberbleibsel des preußischen Militarismus, vermutlich auch große Teile der Reichswehr, und vor allem die preußischen Großagrarien. Die Richtung Hitler steht in bezug auf die Faktik der Gegenrevolution zweifellos Ludendorff nahe; doch ist Hitler nicht Monarchist in dem ausgeprägten Sinne wie der Militär Ludendorff. Dazu kommt bei Hitler der sozialistische Einschlag, der sicherlich nicht nur radikale, auf Arbeiteragitation eingestellte Phrase ist, bei aller sachlichen Unklarheit und Unwahrheit des Nationalsozialismus. Für die Hitlergardisten ist der republikanische Gedanke an sich nichts Unmögliches, und an eine hohenzollernsche Dynastie werden diese Abenteurer zu allerletzt denken. Die eigentlich separatistische Richtung wird von Heim vertreten. Heim sieht die Gegenrevolution als bayerische Angelegenheit; was außerhalb der blau-weißen Grenzpfähle vorgeht, interessiert ihn weniger, da er annimmt, daß gegebenenfalls die bayerische Gegenrevolution als selbständige Bewegung durch Frankreich genügend unterstützt wird, um sich halten zu können. Seine Stellung als Bauernführer stellt ihn von selbst in einen Gegensatz zum arbeiterwerbenden Nationalsozialismus und sein starker bayerischer Eigendünkel macht ihn auch gegen die Richtung Ludendorff mißtrauisch; dazu kommt, daß er keinen Kaiser, sondern höchstens einen „Kini“ will.

So gehen innerhalb der gegenrevolutionären Bewegung allerlei Strömungen durcheinander: Sozialismus und Antisozialismus, preußische und bayerische Monarchie, Separatismus und Reichseinheit, und selbst republikanische Einstellungen, wenn auch in anderer Form als in der heutigen Republik, sind gegenüber scharf monarchistischen Anschauungen vertreten. Gemeinsam ist allen ein starker Antisemitismus, Antipazifismus, eine Ablehnung der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei und ein



phrasenhafter Patriotismus und Nationalismus, der als rechter Deutscher die Franzosen auf das bitterste haßt, aber ihre Gelder gelegentlich gerne nimmt. Neben den wirtschaftlichen Ursachen ist die französische Politik die stärkste Unterstützung ihrer Agitation: Innenpolitisch werden sie indirekt gestützt durch die Mehrheitsverhältnisse des deutschen Reichstages, dessen Ursache nicht zuletzt begründet ist in der Interessenlosigkeit weitester Kreise der Arbeiterschaft.

OTTO FLAKE:

## Komische Leute.

Wen ich meine? Natürlich die Deutschen.

Ich habe wieder einmal in der Reichsverfassung geblättert. Am Schluß ist sie vom Reichspräsidenten und von den Reichsministern unterschrieben, es fällt nur auf, daß drei der Namen den Dokortitel führen. Und eben das erscheint mir komisch.

Ich muß es erklären. Komisch ist nicht, daß es Doktoren gibt; sondern daß diese Bezeichnung behandelt wird, als sei sie ein Bestandteil des Namens. Ein Akt wie die Reichsverfassung ist mit der äußersten Genauigkeit redigiert; was für eine merkwürdige Auffassung rechnet also den Dokortitel zu den unentbehrlichen Merkmalen seines Trägers?

Man wird geradezu gezwungen anzunehmen, daß es einerseits Menschen mit zwei Armen und zwei Beinen gibt, andererseits aber solche mit zwei Armen, zwei Beinen und dem Doktor. Sonst ist diese organische Verbindung von Namen und Titel nicht erklärlich.

Ein Spötter wird natürlich vermuten, ich bekrittelle diese Tatsache nur deshalb, weil ich den Dokortitel selber nicht besitze. Lieber Gott, nein, ich besitze ihn in der Tat nicht, obwohl ich viermal versuchte, mir ein Thema geben zu lassen, mit dem ich ihn erwerben konnte.

Es fehlte mir damals an der sogenannten Ausdauer; viel Talent; aber kein Sitzfleisch, sagte einer der Professoren, bei denen ich damals promovieren wollte. Schließlich tröstete ich mich mit dem Gedanken, daß ich die Schriftstellerei hatte, um gedruckt zu werden.

Aber schade ist es doch, daß ich gegen die Vermutungen meiner Kritiker nicht gefeit bin. Man kann nur auf das legitim verzichten, was man besitzt.

Da ich gerade von der Reichsverfassung spreche, so will ich, um auf den Spott das Lob zu setzen, sagen, daß das Heftchen, das anno 1920 in der Reichsdruckerei gedruckt wurde und oben den Titel „Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919“, unten die Bemerkung „Den Schülern und Schülerinnen zur Schulentlassung“ trägt, ein sehr hübsches und empfehlenswertes Heftchen ist.

Der französische Schriftsteller Stendhal pflegte, wenn er sich zum Dichten hinsetzte, vorher im Napoleonischen Gesetzbuch zu lesen, weil er, ein Verächter des Ueberschwungs, einen nüchternen Kopf für die beste Voraussetzung hielt, sich darin sehr original von den Poeten und Wortemachern unterscheidet.

Nun, ich gestehe, daß ich manchmal, bevor ich schreibe, in jenem Heftchen ein paar Seiten unserer Reichsverfassung lese, zumal, wenn der Gegenstand meiner Arbeit meine Lieblingsideen berührt, den europäischen Menschen, die Ueberwindung des Nationalismus, die Völker- und Menschenverständigung.

Denn der Geist der deutschen Verfassung ist aus diesem Zukunftsgedanken geboren. Ihr habt die freieste Verfassung, die euch die höchsten Rechte gibt. Ihr benutzt sie nur nicht. Auch darin seid ihr komische Leute, oder aber tragikomische, wie?

Da ist nicht mehr Spott angebracht, sondern Bitterkeit. Ihr verachtet dieses Geschenk und seid imstande, es „Judenarbeit“ zu nennen. Weimar ist bekanntlich eine gänzlich verjudete Stadt, und erst der Anstrengung einiger Patrioten gelang es, den einen oder anderen jener Juden aus dem Wege zu schaffen.

Näher als die Männer, die durch das Werk der Nationalversammlung die Einheit des Reiches retteten, steht euch der Kapitän Ehrhardt, und wenn euch jemand sagte, ein Gentleman verleite eine Frau, die ihn heimliche Zuflucht gab, nicht zum Meineid, seht ihr ihn groß an.

Ich für meine Person finde außerdem, wenn ich mich einmal auf den Standpunkt der in der Ehrenfrage so empfindlichen Offiziere stelle, daß es weder tapfer noch nobel ist, den Gegner, den man bekämpft, weder Rede noch Antwort zu stehen. Ich meine ganz einfach: man bekämpft seinen Gegner, aber wenn man in seine Gewalt fällt, steht man würdig Rede und Antwort und nimmt sauber die Strafe auf sich, die er verhängt.

Es scheint, daß die Offiziere etwas heruntergekommen sind, sie reißen aus, sie lassen Unschuldige oder Verführte für sich leiden. Den moralischen Schaden hat nicht der neue Staat.

Die Widmung an die aus der Schule Entlassenen, die auf den Taschenausgabe der Reichsverfassung steht, erinnert mich an ein anderes Heftchen, das in der letzten Zeit in den Schulen verteilt wurde: an einen Tierschutzkalender.

Ein löbliches Unternehmen, nicht wahr? Ohne Zweifel. Die Rohheitsdelikte, die an den Tieren begangen werden, stehen in der Liste der europäischen Schmachlichkeiten obenan, und die Wissenschaft, die die Tiere in Hekatomben verbraucht, fördert sie. Dabei wird jeder Lehren die Bestrebungen der Tierschutzvereine unterstützen.

Aber es kann geschehen, daß er ahnungslos ganz andere Bestrebungen unterstützt. In einer schlesischen Stadt kam ein sozialistischer Gemeinderat auf den Gedanken, in das Heftchen, das sein Kind in der Schule erhalten hatte, hineinzusehen. Man kann sich sein Erstaunen

und seine Empörung denken, als er darin eine Geschichte fand, „wie die Tiere eine Republik gründeten“.

Die . . . Tiere waren eines Tages der Monarchie müde und setzten den König ab. Zum Oberhaupt oder Präsidenten wählten sie den Affen, zum Ratgeber die Schlange, die anderen Ministerposten erhielten der Luchs, der Schakal, ich weiß nicht mehr wer alles. Natürlich ging alles drunter und drüber, bis die Moral der Geschichte herausgearbeitet war: es ist nichts mit der Republik.

Dieser wahre Vorfall gehört eigentlich nicht hierher, wo ich von komischen Leuten erzählen will. Ich sagte es schon, die Komik ist eigentlich eine sehr bittere Sache. In einem Land, das sich noch immer auf seine Sachlichkeit und Moralität und Pädagogik etwas zu gute tut, sind die Erzieher schon so entartet, daß sie ohne Erröten Gift in die Ohren ihrer Zöglinge träufeln und auf Schleichwegen demselben Staat Abbruch tun, von dem sie Geld nehmen, dem sie den Eid geschworen haben.

Gebt acht, was ihr tut. Ihr regt euch über den Haß und die Entstellungen auf, die man in französischen Schulbüchern überall da findet, wo von Deutschland die Rede ist. Immerhin, die Hetze betrifft nur ein fremdes Volk, auch das ist schlimm genug. Ihr aber tut Schlimmeres, ich glaube etwas, was kein Franzose täte: Ihr hetzt die Jugend gegen euer eigenes Volk auf. Ihr seid feig und schmutzig.

## UMSCHAU.

**Heinze-Hitler.** Auf einige Anfragen des „Vorwärts“ über sein Verhalten im Falle Ehrhardt hat der Reichsjustizminister Dr. Heinze erwidert, daß er peinlich jeden Eingriff in die Rechtspflege vermieden habe. Soll diese Behauptung allgemein gelten? Soll sie sich namentlich auch auf das Verhalten des Reichsjustizministers im Falle Hitler beziehen.

Zur Erläuterung dieser Frage ist folgendes zu bemerken: Im Frühjahr d. J. verwarf der Staatsgerichtshof die von der Deutschvölkischen Freiheitspartei gegen ihr Verbot in Preußen eingebrachte Beschwerde. Die Begründung dieser Entscheidung führte u. a. aus, daß die mit der Deutschvölkischen Freiheitspartei in Kartellverhältnis stehenden Hitlerschen Hun-

dertschaften und Stoßtrupps der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei zweifellos einen Verstoß gegen § 7 Ziffer 4 des Gesetzes zum Schutz der Republik darstellten (als eine staatsfeindliche Verbindung, deren Mitglieder Waffen besitzen). — Auf die Uebertretung dieser Vorschrift des Schutzgesetzes steht Gefängnis von 3 Monaten bis zu 5 Jahren, in besonders schweren Fällen sogar Zuchthaus.

Danach wäre zu erwarten gewesen, daß der Oberreichsanwalt sofort nach Bekanntwerden dieser Entscheidung, gegen Hitler und Genossen wegen Verbrechens gegen § 7 Ziffer 4 des Schutzgesetzes eingeschritten wäre. Aber — nichts rührte sich. Erstaunten wurde folgender Sachverhalt zugeflüstert:

Der Oberreichsanwalt habe in der Tat das Verfahren gegen Hitler und Genossen eröffnen wollen, als ihm der Reichsjustizminister Dr. Heinze in den Arm gefallen sei und die Niederschlagung des Verfahrens angeordnet habe. Der Oberreichsanwalt habe hierauf erwidert, daß die rechtliche Möglichkeit einer Niederschlagung nicht gegeben sei: In Deutschland herrsche die Offizialmaxime, d. h. der Staatsanwalt müsse gegen alle ihm bekanntwerdenden Verbrechen einschreiten, wie das § 152 Abs. 2 der Strafprozeßordnung ausdrücklich vorschreibt. Unterlasse der Staatsanwalt vorsätzlich eine Anklage, so setze er sich selber der Bestrafung nach § 346 des Strafgesetzbuches aus, der Zuchthausstrafe für den Beamten vorsieht, der die Verfolgung einer strafrechtlichen Handlung in Begünstigungsabsicht unterläßt. Er, der Oberreichsanwalt, könne daher die Verantwortung für die Einstellung des Verfahrens gegen Hitler und Genossen, deren strafbares Handeln der oberste Gerichtshof des Reichs im Prinzip bereits festgestellt habe, nicht übernehmen. Er werde sich nur einer schriftlichen Anweisung des Reichsjustizministers, als seinen Vorgesetzten, fügen. — Darauf habe Reichsjustizminister Dr. Heinze die schriftliche Anweisung zur Einstellung des Verfahrens gegen Hitler und Genossen erteilt.

Wir fragen Herrn Reichsjustizminister Dr. Heinze: Ist diese in Parlamentskreisen verbreitete Vision richtig? Hat Herr Dr. Heinze insbesondere die schriftliche Anweisung zur Einstellung des Verfahrens gegen Hitler gegeben? Dieser Punkt ist wichtig, weil Dr. Heinze damit selber die strafrechtliche Verantwortung gemäß § 346 StGO. übernommen hätte.

Auffällig ist jedenfalls folgendes: als der „Vorwärts“ im April d. J. an Herrn Dr. Heinze sehr auffällig

die öffentliche Frage richtete, ob er sich mit der Einleitung eines Strafverfahrens gegen Hitler bereits amtlich befaßt, welche Anweisungen er insbesondere dem Oberreichsanwalt erteilt hätte, hat der jetzt so antwortfreudige Dr. Heinze auf diese Frage hartnäckig geschwiegen.

E. K-r.

**Weh' dem, der Verbrechen verhütet!** Unsere Justiz ist wie stets auf der Höhe. Da wir eine erschreckende Zunahme der politischen Kriminalität haben, wirft sie diejenigen ins Gefängnis, die politische Verbrechen zu verhindern suchen. Das Münchener Volksgericht hat Franz v. Puttkammer zu 8 Monaten verurteilt, weil er das geplante Attentat des Studenten Baur auf Scheidemann auskundschaftete und dem Reichskommissar für die öffentliche Sicherheit zur Anzeige brachte. Der Fall steht nicht allein. Wie wir seinerzeit ausführlich berichteten, hat die Heidelberger Strafkammer den Studenten Mierendorff wegen angeblicher Beteiligung am Sturm auf das radiologische Institut Lenards auf vier Monate ins Kaschott geschickt. Jetzt ist Mierendorff im Disziplinarverfahren freigesprochen worden, weil die Disziplinarrichter zu der zutreffenden Ueberzeugung gelangten, daß Mierendorff das Institut hat schützen wollen. Und die Moral von der Geschichte: Verhindere du Verbrechen nicht!

Vigil.

**Ueber gezähmte Elefanten und ebensolche Menschen.** Neulich sah ich, wie im Varieté zwischen dem weiblichen Heldentenor und den ausgezeichneten Soloequilibristen dressierte Elefanten vorgeführt wurden. Der Dompteur, in fescher Husarenuniform, schwang seine lange Peitsche und zwei herabgekommene Elefanten tanzten auf ihren Hinterpfoten, krochen durch

enge Oeffnungen, steckten den Rüssel freiwillig in Schlingen und setzten sich wie Musterknaben auf runde Holztonnen. Daß die mächtigen Tiere niedliche Dummheiten machen konnten, stimmte das Publikum heiter. Es war in der Tat drollig zu sehen, wie gequält die klugen Elefanten sich selbst erniedrigten und gehorchten. Reicher Beifall lohnte den fesch geschnürten Husarenrittmeister, der sich, auf dem Nacken eines Elefanten sitzend, graziös verneigte.

Sicher entsteht der komische Eindruck dieser Szene vor allem durch den Gegensatz zwischen dem schwächtigen Befehlshaber und den plumpen Tieren, die von jenem ohne sichtbare Anwendung von Gewaltmitteln gezwungen werden, die zierlichsten Bewegungen auszuführen, die ihrer Natur offensichtlich widerstreben.

Warum gehorchen die zwei starken Elefanten dem schwächtigen Männchen? Die Antwort ist einfach: weil er — Elefanten werden in sehr jungen Jahren dressiert — über Nahrung und Peitsche verfügt. Die Verfügungsgewalt über Nahrung und Peitsche verstärkt die an sich schwachen Kräfte des Dompteurs ins Riesenhafte. Die Uniform ist das Symbol seiner Macht; ihr Anblick genügt, das schmerzhaft erworbene Wissen von der Unzulänglichkeit der Macht der Elefantentatzen, gegenüber den Auswirkungen der erweiterten Machtsphäre des Dompteurs, in Erinnerung zu bringen. Kein Tier ist so dumm, dieses Mißverhältnis nicht früher oder später zu behalten; darauf beruht die Kunst der Tierbändigung.

Und nicht auch der Menschenbändigung? Die Soldaten waren stärker als die Offiziere, der Arbeiter gibt es mehr als der Unternehmer, der Hungrigen mehr als der Satten. Aber es steht nicht Mensch gegen Mensch, Zahl gegen Zahl, Kraft gegen Kraft. Der Mensch wird nackt geboren, ohne jegliche Macht. Aber dank den

Einrichtungen, die wir der Herrschaft der Mächtigen verdanken, ist die erste Babywäsche schon die erste Uniform, die erste symbolische Einkleidung in eine Machtsphäre — in täglich neue Tetrawindeln, oder in Papiergewebe. Könnten die Säuglinge den Versuch einer selbständigen Säuglingsgesellschaft unternehmen, die Papierwindelsäuglinge würden den Primaleinenwindelsäuglingen gehorchen. Denn die Spannung der Machtsphären wäre schon vorhanden — in dem Unterschied der Haltbarkeit der Säuglingswäsche.

Alles wird zur Machtsphäre des Besitzers, des Benützers. Die Angestellten bilden ebenso die Machtsphäre des Chefs, wie seine Kleider, seine schöne Frau, seine Aktien. Waffen sind die brutalste Form von Macht, Geld die verbreitetste, Zeit die feinste. Die Zahl der Vorzimmer, die man passieren muß, um bei einer mächtigen Persönlichkeit vorzusprechen, sind das äußere Maß seiner Macht. Könnte man die durchschnittlichen Spannungsunterschiede der Machtsphären der verschiedenen Klassen auf eine Formel bringen, dann hätte man den mathematischen Ausdruck der jeweiligen sozialen und politischen Lage.

Man kann Machtsphäre auch vertauschen: das tut der Hochstapler. Es gibt auch ein öffentliches Leihmagazin von Machtsphäre, das nennt man Recht. Wenn der Schwache gegen Gewalt den Schutz der Polizei anruft, so macht er eine Anleihe bei der organisierten Machtsphärenausgleichsstelle, die der Rechtsstaat nicht entbehren kann. Die Einrichtung beruht aber, wie der bürgerliche Rechtsstaat überhaupt, auf der Täuschung, daß die Gesellschaft, der Staat (das objektivierte Recht) jedem ein gleiches Machtminimum zu gewähren imstande seien. In Wahrheit handelt es sich nur um die Erhaltung der überkommenen Machtsphärenspannungen, die natürlich darauf beruhen, daß ungeheure Unterschiede zwischen den einzelnen Machsträgern bestehen bleiben.

So kommt es, daß ein Schachtelungssystem der Machtsphären entstanden ist, eine Hierarchie der Macht des Menschen über den Menschen. Im Schichtenbild der bürgerlichen Gesellschaft bildet den Bodensatz der Mensch ohne jegliche Machtsphäre: der Lumpenproletarier, und den Rahm, der Mensch mit der denkbar größten Machtsphäre, der über alles verfügt, der Plutokrat. Dazwischen liegen die Schichten, die Machtobjekt sind nach oben und Machtsubjekt, Träger von Macht, nach unten: die Feldwebel der menschlichen Gesellschaft, die den Offizieren gehorchen und die Mannschaft kujonieren. Gezähmte Bestien, die zugleich Dompteure sind. Das Wort von der klassenlosen Gesellschaft bedeutet die Verheißung der wirklichen Ausgleiche der Machtsphären, die Entkleidung des uniformierten Menschen, die Zurückführung des Rechts auf Gerechtigkeit.

Gehen sie in ein Dampfbad und sie werden die Richtigkeit meiner Theorie erfassen. Wer schön und stark ist, bleibt es auch im Dampfbad; das ist Natur und mit den Kleidern nicht abzulegen. Wer aber nur reich und mächtig ist, hört es im Dampfbad auf zu sein. Das Zeichen der Machtsphäre, über die der Reiche und Mächtige verfügt, und deren Vorhandensein für ihn die Quelle weiterer Macht und Verfügungsgewalt ist, die Uniform, ist in der Kleiderablage geblieben. Das Kleid ist das einfachste Beispiel und zugleich das Symbol dessen, was ich mit Machtsphäre verstanden haben will. Gegenstand der Macht und zugleich ihr Inbegriff.

Sind sie gut angezogen und der gescheite Mensch (Natur nicht Macht!) kommt zum ersten Male zu ihnen, so werden sie ihm, wenn er unpassend gekleidet ist, überlegen

sein, obwohl sie im Vergleich zu ihm ein Trottel sind — und umgekehrt. Denn tief in uns liegt der Erfolg der millionenjährigen Dressur, die in uns wirkt, seitdem die adamtischen Feigenblätter angefangen haben, einer differenzierteren Kleidung zu weichen. Die Wirkung dieser Dressur liegt darin, sich schwach zu fühlen im Angesicht des Löwenfelles.

Im Kreuzungspunkt der menschlichen Machtsphären stehen wir ohnmächtig da, wie dressierte Elefanten, machen artige Verbeugungen, während uns der Magen vor Hunger kracht, gehen vorsichtig zwischen den Glasscheiben der Schaufenster, hinter welchen alles zu finden ist, was wir sehnsüchtig entbehren und es fällt uns nicht ein, daß wir mächtige Tatzten haben, mit welchen wir alles zertrampeln könnten, wenn wir nicht so gut dressiert wären.

Bruno Frei.

\*

**Dummheit oder . . . ?** Ein radikales Berliner Blatt pflegt die Gesinnungstüchtigkeit seiner Leser zu stärken, indem es seinen Text durch Satzkästen mit Schlachtrufen und Sinnsprüchen unterbricht. Da lesen wir denn fettgedruckt mitten auf einer Seite:

Wenn die Sowjet-Banner wehn,  
Laßt uns fest zusammenstehn!

Natürlich „Rote Fahne“, was? — O nein, das posaunt — Herrn Wulles „Deutsches Tageblatt“. Littiti? Vielleicht nur die bei Deutschvölkischen übliche Unbeholfenheit im Gebrauch der deutschen Sprache. Vielleicht aber auch . . . Wenn die „Rote Fahne“ jetzt täglich gegen Judennasen, Judenpresse und jüdische Beamte hetzt, warum soll dann nicht Herr Wulle mit ihr unter dem Sowjet-Banner treu zusammenstehn? **Vigil.**

**R. L. PRAGER** ★ **Berlin NW 7**  
**Mittelstraße 21**

*Spezial-Sortiment und Antiquariat*  
**für Rechts- und Staatswissenschaften**

**Ausgewähltes Lager**

**von ca. 1000000 Bänden aus obigen Gebieten**

*Die neuen Bücher systematisch geordnet und leicht handlich zum Herausnehmen aufgestellt. Die Antiquaria verzeichnet in Katalogen, die im Herbst erscheinen (Letzter Kat. 213/14: Zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, 1922, Gz. 1)*

In Kürze erscheint:

**R. L. Pragers Bibliographie**  
**der Rechts- und Staatswissenschaften**

Jährlich 4—5 Hefte (enthält die deutsche und zum Teil die ausländische Literatur) Preis pro Jahrgang Gz. 5

**Ankauf von Bibliotheken und einzelnen Werken**

# **DIE PRAXIS DER HANDELSPOLITIK**

**VON MAX SCHIPPEL**

Eine gemeinfaßliche Einführung • Zweite, vermehrte Auflage

**GRUNDPREIS 1,- M.**

*Aus den Presse-Urteilen:*

Der Verfasser gibt nicht nur *klare Definitionen* über Nationalbehandlung u. Meistbegünstigung, Freihandel und Schutzzoll, Tarifverträge und autonomen Doppeltarif sowie Meistbegünstigung u. Reziprozität, sondern *erläutert die Unterschiede an zahlreichen Beispielen* aus den verschiedensten Handelsverträgen. Weiterhin wird die Stellung der Kolonien in der Handelspolitik und eingehender die Frage der Zollkriege *erörtert*. Den Schluß bilden *Betrachtungen* über die Ursachen des Umschwungs zum Schutzzoll in der Nachkriegszeit und über die Möglichkeit, wie Deutschland *trotz* Friedensvertrag sich handelspolitisch betätigen kann.

*„Weltwirtschaftliches Archiv“ (Gustav Fischer, Jena)*

**VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT GMBH • BERLIN SW 68**





# DIE GLOCKE

20. Heft

13. August 1923

9. Jahrg.

Nachdruck sämtlicher Artikel ist nur mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

---

*An unsere Leser!*

*Durch aufeinanderfolgende Streiks der Buchdrucker und Gasarbeiter war unsere Druckerei eine Woche lang stillgelegt. Das vorliegende Heft der „Glocke“ konnte daher nur verspätet erscheinen.*

*Redaktion der „Glocke“.*

---

PHILIPP SCHEIDEMANN:

## Zum ungesetzlichen Feiertag der Verfassung.

**T**AGE des Elends dauern doppelt lange. Seit die Verfassung des Deutschen Reiches am 11. August 1919 Gesetz wurde, sind erst vier Jahre vergangen — und doch kommt es uns vor, als läge Weimar mit allem Drum und Dran mindestens ein Jahrzehnt hinter uns. Daß inmitten des Lärms, den unmittelbar nach dem Zusammenbruch die Anhänger Liebknechts und Ledebours mit den Mäulern, mit Handgranaten und allerlei Schießseisen machten, — daß unter dem entsetzlichen Druck, den die Entente auf Deutschland ausübte, — daß in einer Zeit der (wie es uns damals schien) unerhörtesten Teuerung die Verfassung überhaupt zustande gebracht werden konnte, wird für alle Zeit ein bemerkenswertes Zeichen des Lebenswillens sein, der im deutschen Volke lebt.

Die deutsche Republik steckt noch in den Kinderschuhen, Kinderkrankheiten aller Art haben ihr Leben oft genug bedroht und werden es, leider muß es gesagt werden, auch noch auf lange Zeit hinaus bedrohen — in erster Linie wegen des schändlichen Verhaltens der offiziellen Kreise Frankreichs. Man wird den Gedanken nicht los, daß die französische Republik keinen sehnlischeren Wunsch hat als den, Deutschland so schnell wie möglich wieder zur Monarchie werden zu lassen.

Soweit die Voraussetzungen für den Bestand der Republik auf dem Papier geschaffen werden konnten, sind sie geschaffen worden. Eine bessere, das soll heißen: für jeden Demokraten bessere Verfassung als die deutsche gibt es in keinem andern Lande der Welt. Aber es kommt, wie wir täglich erfahren, wirklich weniger auf die Paragraphenfassung an, als auf den Willen und die Macht, sie unter allen Umständen auch zur Anwendung zu

bringen. Mit der Macht war es nun vom ersten Tage der Republik an eine sehr brenzliche Sache. Wäre man rechtzeitig der Rechten gegenüber mit derselben konsequenten Energie aufgetreten, wie es der Linken gegenüber geschehen ist, dann sähe es besser aus im Lande. Nichts ist törichter, als der Reaktion auch nur im geringsten entgegenzukommen, denn deren prominente Vertreter waren gewöhnt, mit eiserner Willenskraft ihre Vorrechte zu verteidigen und mit größter Rücksichtslosigkeit jede Forderung der Rechtsgleichheit abzuweisen. Man denke nur an die mit brutalem Hohn selbst im Kriege zurückgewiesene Forderung des gleichen Wahlrechts in Preußen! Selbst das kleinste Entgegenkommen war ein riesengroßer Fehler — weil alles das von der andern Seite als Schwäche erkannt oder doch bestimmt ausgelegt wird. Schwächen des Feindes erkennen — das steigert aber den Willen zum Sieg und darüber hinaus auch die Machtmittel im Kampfe um den Sieg selbst. Eine republikanische Regierung, die wüst auf sie schimpfende monarchistische Offiziere nicht à tempo aus dem Heere entfernte, konnte ja gar nicht ernst genommen werden.

Daß dann die Reichsregierung im März 1920 bei Nacht und Nebel vor den Kappisten nach Stuttgart fliehen mußte, war so unendlich blamabel, daß man daraus wirklich handfestere Lehren hätte ziehen müssen. Statt dessen auch nachher ununterbrochen eine Konzession nach der andern an die Schreihäse von rechts.

Nicht einmal das hat die republikanische Regierung durchzusetzen gewagt, daß der Verfassungstag zu einem gesetzlichen Feiertag gemacht worden ist! Die Regierung einer Republik, die das nicht einmal durchsetzt, ist entweder eine Regierung, deren sich die Republik schämen sollte, oder diese Republik ist so schwach auf der Brust, daß sie eine andere Regierung nicht verdient. Um der Verfassungsfeier eine größere Beteiligung aus den widerborstigen Kreisen zu sichern, wahrscheinlich aber, um sie für die „verfassungsmäßigen Republikaner“ der Regierung Cuno-Becker selbst überhaupt erträglich zu machen, hat man ihn abgestempelt als Rhein- und Ruhr-Gedenktag. Sehr bedauerlich finden wir die offiziellen Hinweise auf einige Bemerkungen über die Bannerfarben aus einer Rede des wirklich verdienstvollen Ministers Severing. „Man soll alle Farben tolerieren.“ Darum handelt es sich nicht, es kommt nicht für die Republikaner auf das Tolerieren an, sondern für ihre Gegner aufs Demonstrieren! Wenn der Hinweis überhaupt einen „Erfolg“ haben wird, so kann es nur der sein, daß die Farben der Republik am 11. August demonstrativ ersäuft werden in einem schwarz-weiß-roten Meer, was deshalb sehr leicht ist, weil die alten Fahnen zu Hunderttausenden vorhanden sind, die neuen nicht einmal zu Tausenden.

Ueberhaupt die Farben der Republik! Klar und deutlich heißt es in der Verfassung: „Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold.“

Entgegen dieser eindeutigen Bestimmung sind in der Flaggenfrage Konzessionen gemacht worden, die niemals hätten gemacht werden dürfen. So hat sich Fehler an Fehler gereiht — auch in scheinbar kleinen Dingen, die aber in Zeiten politischer Hochspannung, wie wir sie durchleben, von erheblicher Bedeutung sind.

Die demokratische Republik hat ihren Schutz einer Wehr anvertraut, für deren Führer der Reichswehrminister Geßler die Hand ins Feuer hält, die aber trotzdem fast ausnahmslos monarchistisch gesinnt sind, sie läßt sich regieren von Männern, deren Mehrzahl nur mit sehr wenigen Tropfen demokratischen Ersatzöls gesalbt sind. Ich mag mich nicht zu dem Satze bekennen, daß das deutsche Volk jetzt die Regierung hat, die es verdient. Ich suche nach Milderungsgründen, die es in Hülle und Fülle gibt. Trotzdem: ein Volk, das jahrhundertlang von ebenso bornierten wie brutalen Junkern und Schlot-Baronen mißhandelt worden ist, wie das deutsche, hätte aus dem furchtbaren Zusammenbruch des Reichs schon bessere Lehren ziehen können, als das deutsche Volk sie gezogen hat.

In keinem anderen Lande der Welt würden die Ludendorffe und Helfferiche wagen können, in der Öffentlichkeit die unser Land schwer schädigenden Töne anzuschlagen, die diese Herren bei uns ungeniert riskieren können.

Unsere Gerichte — doch darüber braucht man in diesen Blättern nicht zu schreiben. Nur eine neue Ara-Bavareske im Vorbeigehen: irgendein Hitleride hat den Reichspräsidenten, als dieser durch München fuhr, öffentlich beschimpft. „Landesverräter!“ hat er ihm nachgeschrien. Strafantrag. Als ob die reitende Gendarmeriewachtmeistersgattin Josepha Schöttlkar in Feldafing die ehrengedachte Jungfrau Emmerenzia Krauthuber in Laim etwa eine Schlampe genannt hätte und nun die Schöffenrichter das geeignete Strafmaß suchen sollten, fand Ueberweisung an ein Münchener Schöffengericht statt! Der Angeklagte will den Wahrheitsbeweis antreten. Das wird zugelassen und ehemalige Volksbeauftragte und der Reichspräsident selbst wurden und werden als Zeugen vernommen. Es werden also demnächst, sagen wir, der Charkutier Franz Xaver Wörner aus Dachau und der Soiernspitzhofbauer Filser Benedikt von Mittenwald, die weltgeschichtlichen Vorgänge des Jahres 1918 nachprüfen, um gerichtsnotorisch zu machen, ob alles, nach Auffassung der Herren Wörner und Filser, ordnungsgemäß dabei zugegangen ist und ob nicht etwa unser Landesvater eigentlich ein Landesverräter ist! Die Nachprüfung der Ehrhardtschen Unternehmungen würde zweifellos peinlichere Ergebnisse zeitigen, als das eben geschilderte Verfahren sie zeitigen kann. Deshalb verlegte Herr Ehrhardt, ohne daran gehindert zu werden, seinen Wohnsitz auch aus dem Leipziger Gefängnis in eine wohnlidere Gegend Oberbayerns oder Tirols. Gewissermaßen als

Ersatz für den dem Staatsgerichtshof entflohenen Ehrhardt sperrte ein Münchener Volksgericht den Journalisten v. Puttkamer für acht Monate ein, weil er den inzwischen von einer rechtsbolschewistischen Feme ermordeten Studenten Baur zu dem Plane ermuntert haben soll, den Verfasser dieser Zeilen in ein besseres Jenseits zu befördern. Tatsächlich hat v. Puttkamer die Berliner Polizei und auch das von Baur ausgewählte Schlachtopfer rechtzeitig gewarnt!

Wie lange wird das deutsche Volk sich derartige Zustände noch gefallen lassen? Von rechts und ganz links droht man mit fürchterlichen Gebärden: sie wollen's nicht mehr länger dulden. Die einen wollen uns wieder unter die glücklichen Hände der Hohenzollern bringen, mit den Westarpen als Staatsmännern, und den Roßbachen als Offizieren, damit wir endlich den herrlichen Zeiten entgegengeführt werden, die uns Wilhelm der fliehende Holländer in Aussicht gestellt hatte, bevor er im Auto über die Grenze ging. Die anderen wollen uns unter die Fuchtel von K. Radek bringen, den Rosa Luxemburg, koste es, was es wolle, aus der deutschen Sozialdemokratie ausgeschlossen wissen wollte (und auch herausbrachte!) wegen seines nach ihren und Jogisches Begriffen schandbaren Verhaltens im Verkehr mit Parteigenossen. Die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes will von diesen Propheten rechts und links nicht wissen, weil die Welt ja bereits schauernd erlebt hat, wie die Theorien und politischen Praktiken beider die Welt in Blut und Not gestürzt haben. Da beide Flügel den Teil des Volkes, der auf geordnete Verhältnisse im demokratischen Staate und auf eine friedliche Einigung mit allen anderen Staaten hinarbeitet, durch ihr Getöse und ihre Drohungen mit Gewalt dabei empfindlich hindern, so wird es höchste Zeit, daß sich alle die zu einem starken Regierungsblock zusammenfinden, die die im Interesse der deutschen Republik und des deutschen Volkes zu leistende Aufbauarbeit auf dem Boden der Demokratie zu leisten gewillt sind.

Ein solcher demokratischer Block, der entschlossen zupackt, wird alle die für sich gewinnen, die jetzt nicht recht wissen, wo sie ihren Platz nehmen sollen, die, politisch ungenügend geschult, zwischen Furcht und Hoffnung pendeln, heute Herrn Hitler, morgen Herrn Höllein zujubeln, zwischendurch aber die von der Rechten gefeierten Bügelfalten des unglückseligen Reichskanzlers Cuno bewundern. Die großen Haufen links und rechts sind Mitläufer. Diese Mitläufer wird der am leichtesten gewinnen, der mit rücksichtsloser Energie die Verfassung lebendig macht, indem er sie aus dem Staatsschrein in die Praxis bringt.

Wer jetzt von einer Arbeiterregierung spricht, die man sofort errichten müsse, dem fehlt der Blick für klare Tatsachen und täuscht infolgedessen sich selbst und seine Zuhörer. Das braucht in diesen Blättern nicht besonders nachgewiesen zu werden. Ist aber eine Arbeiterregierung, d. h. eine demokratisch und sozialistisch einge-

stellte Regierung, auf absehbare Zeit gar nicht möglich, weil sie keine Mehrheit hinter sich bringen kann, dann bleibt nur eine Koalitionsregierung übrig. Hier beginnt freilich das Problem für die S. P. D. schwierig zu werden, denn sie kann sich natürlich nicht an jeder Regierung beteiligen. Bedingung für ihre Teilnahme muß stets ein zu vereinbarendes hieb- und stichfestes Mindestprogramm sein. Auch das muß ganz unzweideutig ausgesprochen werden, daß die S. P. D. nicht mehr wie seither eine Regierung, in der sie nicht vertreten ist, derartig weitherzig tolerieren kann, wie die Regierung Cuno. Neben den drei in Betracht kommenden Gruppen — Regierungskoalition und zwei extreme Flügel, die sie von rechts und links trennen — wird in Zukunft kaum noch Spielraum bleiben für eine weitere Gruppe, die wohlwollende Neutralität übt. Eine solche Gruppe würde sich in dieser Zwitterstellung vollkommen aufreiben, weil sie das Vertrauen der Massen verlieren müßte. Auf die Dauer kann nur der das Vertrauen der Massen behalten und neues Vertrauen erwerben, der ebenso klar und unerbittlich, wie für die Massen verständlich und allezeit erkennbar, ein bestimmtes Ziel verfolgt.

Die S. P. D. hat aus Liebe zum deutschen Volke unerhörte Opfer gebracht, selbst wiederholt die Existenz der ganzen Partei aufs Spiel gesetzt, weil sie in der Partei auch nur das Mittel zu dem Zwecke sah, dem werktätigen Volke und damit dem Vaterlande selbst zu nützen. Aber die Partei schließlich zu opfern in der Gewißheit, daß die Republik dann um so schneller den chaotischen Zuständen entgegenginge, wie sie die Politik der Rechts- und Linksbolschewisten zur Folge haben würde, das wäre ein Verbrechen.

Wir haben manchen Pflock zurückstecken müssen infolge des Krieges, des Elends und der politischen Zerfahrenheit, in die uns die Hohenzollern, die Entente und die Irrsinnsolitiker von rechts und links gestürzt haben. Deshalb geben wir aber nichts von unseren Zielen auf. Wir müssen lediglich mit einem anderen Tempo rechnen, in dem wir vorankommen werden. Eines wissen wir freilich gewiß und dürfen es niemals außer acht lassen: zu verwirklichen sind unsere Ziele nur auf dem Boden der demokratischen Republik. Deshalb ist sie uns ein kostbarer Schatz, den wir sorgsam hüten wollen.

Der Verfassungstag ist uns auch deshalb mehr als eine der mancherlei Festlichkeiten. Uns ist der 11. August ein Tag ernsten Gedenkens an hinter uns liegende beschämende Zeiten, ein Tag des Ausblicks in eine bessere Zukunft, vor allem aber ein Tag des Bekenntnisses zur demokratischen Republik, die wir schützen wollen mit Gut und Blut, mit Leib und Leben.

Es lebe die Republik!

---

HERMANN WENDEL:

## Bebels Weg zum Sozialismus.

Am 13. August jährt sich der Todestag August Bebels zum zehnten Male. Ein packendes, springlebendiges Bild von der Persönlichkeit des großen Kämpfers gibt die „Lebensskizze“ August Bebel, die unser Mitarbeiter Hermann Wendel soeben im Verlag für Sozialwissenschaft erscheinen läßt und die weit mehr an Darstellungskraft, verbunden mit getreuer Sachlichkeit bietet, als der bescheidene Titel „Lebensskizze“ vermuten läßt. Von Wendels feinem Einfühlungsvermögen in die Person seines Helden möge das nachstehend (gekürzt) abgedruckte Kapitel zeugen, das Bebels innere Entwicklung zum Sozialisten schildert. Es scheint mir deswegen besonders wertvoll, weil es manchen Hinweis auf innere Entwicklungsvorgänge bietet, die Bebel in seiner Selbstbiographie — vielleicht zu bescheiden — im dunkeln gelassen hat. E. K-r.

Mit proletarischem Klassenbewußtsein hatte vorderhand noch nichts zu tun, was in dem Kopf des jungen Drechslergesellen August Bebel gärte und brodelte, als er sich in Leipzig umsah. Noch beherrschte ja nicht die Industrie trotz ihres raschen Wachstums, sondern trotz seines ebenso raschen Verfalls das Handwerk das deutsche Wirtschaftsleben, und wie an Zahl die Handwerksgelesen bei weitem die eigentlichen Fabrikarbeiter überwogen, so gab auch das Handwerksgeesellentum dem Fühlen und Denken der ganzen Klasse sein Gepräge. Selbst in Sachsen, neben der Rheinprovinz dem industriellsten Gebiet Deutschlands, träumten die Gesellen um so eher davon, selbständige Meister zu werden, als ihnen die anfangs der sechziger Jahre gewährte Gewerbefreiheit die Bahn zu öffnen schien. Auch Bebel war Handwerksgeeselle und dachte und fühlte als Handwerksgeeselle. Aber er besaß von Natur einen guten Instinkt für das, was nottat. Das Wort Streik hatte er nie gehört, aber als bei seinem Meister der Kaffee selbst für sächsische Begriffe zu dünn und das Mittagessen selbst für einen bescheidenen Magen zu karg war, machte er zum ersten Mal von seinem großen Organisationstalent Gebrauch: er bewog seine sechs Mitarbeiter zu einem Zusammenschluß, gemeinsam wurden sie vorstellig und drohten, falls ihren Beschwerden nicht abgeholfen würde, mit Niederlegung der Arbeit. Das half, und später erreichten die Gesellen unter Bebels Führung sogar eine Verkürzung der Arbeitszeit, die Einführung der Stückarbeit und die Erlaubnis, außer dem Hause zu wohnen. Politisch aber stand Bebel durchaus auf demokratischem Boden und unterrichtete sich über die Zeitereignisse aus der „Mitteldeutschen Volkszeitung“, die von Dr. Peters, einem alten Achtundvierziger, herausgegeben wurde. Ueberhaupt galt Leipzig als ein Herd der radikalen Demokratie. Noch war die Erinnerung an Robert Blum sehr lebendig, den sein Schicksal von hier über die Frankfurter Paulskirche vor das Standrechtspeloton der Brigittenau geführt hatte, und eine Reihe von Mitkämpfern des Dresdener Maiaufstandes, die zum Teil die sächsische Reaktion hinter Zuchthausmauern gefoltert hatte, hielten engen Zusammenhalt und verbanden die Erinnerung an eine

bessere Vergangenheit mit der Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Mehrere Hauptthäne dieser Demokraten lernte Bebel bald persönlich kennen.

Als er nämlich eines schönen Tages sein Blatt aufschlug, fand er darin die Einladung zu einer Volksversammlung, in der über die Gründung eines Bildungsvereins beraten und beschlossen werden sollte. Bildungsverein — das klang dem nach Bildung und Wissen Lechzenden wie ein Zauberwort! So saß er am Abend des 19. Februar 1861 gespannt auf der Galerie des Wiener Saales und lauschte der Ankündigung des Vorsitzenden der Polytechnischen Gesellschaft, Professors Dr. Hirzel, daß man einen gewerblichen Bildungsverein als zweite Abteilung der Polytechnischen Gesellschaft gründen wolle. Mit Staunen aber nahm er wahr, daß zwei Arbeiter, Vahlteich und Fritzsche, nach Professor Roßmähler, auch einem alten Achtundvierziger, das Wort nahmen und frisch von der Leber weg sprachen. Im stillen beneidete er sie und wünschte, auch einmal so reden zu können; aber was die beiden, denen der vormärzliche Handwerksburschenkommunismus Weitlings in den Köpfen steckte, den gelehrten Herren erwiderten, daß nämlich der Verein politisch sein müsse und Bildung lediglich Sache der Schule sei, wollte ihm nicht einleuchten. Selbstverständlich trat Bebel dem Verein bei, der noch am wenigsten von allen professorale Schaumschlägerei betrieb und eine Fülle gediegenen Wissens vermittelte, und war bald eines seiner eifrigsten Mitglieder. Aber als die beiden proletarischen Gegner Hirzels aus der Gründungsversammlung Opposition in den Verein trugen, blieb Bebel bei seiner einmal gefaßten Meinung. Er billigte es nicht, als Vahlteich bei dem Stiftungsfest 1862 in seiner Festrede nach dem allgemeinen Stimmrecht rief, er stritt auf der Generalversammlung des gleichen Jahres heftig gegen die Opposition, die die Politisierung des Vereins verlangte, und sah sie nach ihrer Niederlage ohne Trauern ausscheiden und einen neuen Verein, „Vorwärts“ genannt, bilden. Als er im Februar des folgenden Jahres als Vertreter des gewerblichen Bildungsvereins auf dem Stiftungsfest des Dresdener Arbeiterbildungsvereins Vahlteich traf, der im Namen des „Vorwärts“ hier weilte und seine Begrüßungsansprache mit einem Hoch auf die politische Bildung schloß, sprang Bebel auf, bekämpfte seine Anschauungen und brachte ein Hoch auf die allgemeine Bildung aus, und auf dem zweiten Stiftungsfest des eigenen Vereins spitzte er seine Festrede sogar gegen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zu, weil die Arbeiter dafür noch nicht reif seien.

Mittlerweile war er nicht nur in den vierundzwanzigköpfigen leitenden Ausschuß des Vereins gewählt worden, sondern auch von einer Volksversammlung in jenes Zentralkomitee zur Vorbereitung eines allgemeinen Arbeiterkongresses, dessen Zusammentritt vielfach, nicht nur in Leipzig, als Notwendigkeit empfunden

wurde. Aber während er sich Abend für Abend im Bildungsverein mit Eifer beschäftigte und der fleißigste Antragsteller in den Ausschußsitzungen und Monatsversammlungen wurde, rührten die Debatten in diesem Komitee wenig an sein Herz, und unbedenklich schied er aus, noch ehe der berühmte Ruf an Ferdinand Lassalle erging. Auch als am 16. April 1863 der Verfasser des „Offenen Antwortschreibens“ im Leipziger „Odeon“ den Feuerregen seiner pathetischen Rhetorik über die Hörer niedergehen ließ, zündete kein Funke davon in Bebels Seele; er gehörte zu den Zischern oder mindestens zu den gleichgültig Schweigenden, und mit dem „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“, der bald danach gegründet wurde, wollte er nichts zu schaffen haben.

Wenn Bebel den Jupiter mit dem Blitz des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in der Faust ebenso kühl ablehnte wie die Vahlteich und Fritzsche mit ihrem Ruf nach Politik, so gewiß nicht nur, weil ihm, dem Feind jeder Pose, Lassalles selbstgefälliges Auftreten Unbehagen wecken mußte, sondern mit seiner Abweisung des Klassenkampfes um die politische Macht spiegelte er getreulich die Stimmung der deutschen Arbeiter in ihrer erdrückenden Mehrheit. Einmal hatte es Bebel am eigenen Geiste erfahren, wie unendlich wichtig und wertvoll die Bildung gerade für den Besitzlosen war, den der Staat durch Gitter von den Quellen der Erkenntnis fernhielt, und gedachte er so vieler Klassengenossen aus seinen Wanderjahren, die nach nichts anderem gestrebt hatten, als unter Einhaltung mittelalterlicher Zunftbräuche den Hümpen zu leeren, und zog er den Mißbrauch zum Vergleich heran, mit dem sich in Frankreich Napoleon III. des allgemeinen Stimmrechts zu seinen cäsarischen Zwecken bediente, so konnte er schon seine Bedenken gegen die Ausdehnung des Wahlrechts auf alle rechtfertigen. Auch lagen einer Zeit, die noch viel feudales Gerümpel anfüllte, Forderungen wie Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Niederlassungsfreiheit, Paß- und Wanderfreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit viel näher als die etwas verschwommenen Produktivassoziationen mit Staatshilfe, zu deren Durchsetzung man des allgemeinen Stimmrechts bedurfte. Zudem war das Vertrauen in die Mannhaftigkeit und Volksfreundlichkeit der bürgerlichen Demokratie in Arbeiterkreisen noch nicht geschwunden, und vielen wäre es wie ein Verrat vorgekommen, die Partei im Stiche zu lassen, die sich gerade in Preußen, nach den schönen Zeitungsartikeln und Reden zu urteilen, auf Tod und Teufel mit Bismarck, dem neuen Helfershelfer brutaler Reaktion, herumschlug. Ueber all das legte sich Bebel mit der tiefen Ehrlichkeit gegen sich und andere, die sein Wesen immerdar auszeichnete, Rechenschaft ab. Ein Selbstbetrug wäre es ihm gewesen, wenn er sich, ohne volle Klarheit über die neue Verkündung zu haben, auf gut Glück Lassalles Heerhaufen angeschlossen hätte. Das Wesen dieses Mannes war ja so



auf den Kampf eingestellt, daß er auch zu seinen Ueberzeugungen nur durch den Kampf gelangte. Nichts war ihm im Spiele angefliegen, nichts fiel ihm wie eine reife Frucht in den Schoß, nichts naschte er im Vorübergehen, sondern trotz der hohen und schnellen Auffassungsgabe seines Hirns zwang ihn jener fanatische Drang zur Ehrlichkeit, nichts Fertiges von andern anzunehmen und sich mit allem erst selbst auseinanderzusetzen. So war, was er in sich trug, erarbeitet, errungen, erkämpft, und erst wenn er eine Idee oder Lehre innerlich so durchknetet hatte, daß sie ihm in jedem Blutstropfen saß, nannte er sie sein, dann aber auch so sein, daß er sie gegen eine Welt von Feinden verfocht.

Sein reger Eifer, sein scharfer Verstand und das, was er vorbrachte, immer Hand und Fuß hatte, sicherten Bebel einen Einfluß und ein Ansehen im Verein, das im umgekehrten Verhältnis zur Zahl seiner Jahre stand. Da Lassalles Triumph in Frankfurt und Mainz den fortschrittlichen Helden Westdeutschlands arg in die schwachen Glieder geschlagen war, berief Leopold Sonnemann, der Gründer der „Frankfurter Zeitung“, für den 7. Juni 1863 den ersten Vereinstag deutscher Arbeiter nach der freien Stadt am Main. Bebel erschien als Delegierter des Leipziger Bildungsvereins auf diesem Kongreß und gewann hier die Freundschaft eines Mannes, dem er bis über das frühe Grab hinaus als einem der Besten Liebe und Verehrung bewahrte. Das war Friedrich Albert Lange, ein lauterer Charakter, ein ehrlicher Demokrat und aufrichtiger Freund der Arbeiter, der sich in seiner Schrift über die Arbeiterfrage redlich um das Problem ihrer Befreiung mühte, aber als weich und künstlerisch empfindendes Gemüt den Gedanken des unerbittlichen Klassenkampfes in seiner ganzen Nacktheit und Klarheit nicht zu erfassen vermochte. Auf dem Vereinstag wurde nach langen und meist leeren Debatten, an denen auch Bebel teilnahm, eine Resolution angenommen, die ganz in kleinbürgerlichem Sinne die Lösung der sozialen Frage von Konsum-, Spar- und Vorschußvereinen erwartete, wie Schulze-Delitzsch sie predigte, und den Bildungsvereinen den Beruf zusprach, durch maßvolle Leitung und Haltung den Arbeitern einen sicheren moralischen Boden in der bürgerlichen Gesellschaft zu erwerben. Wichtiger war der Beschluß, Arbeitervereinstage regelmäßig stattfinden zu lassen und die bestehenden Vereine nach Möglichkeit in Gauverbänden zusammenzufassen. Außerdem wurde ein ständiger Ausschuß eingesetzt, der die Verbindung aufrechtzuerhalten hatte. Unter Bebels Führung suchte der Leipziger Verein den Vorschlag, Gauverbände zu bilden, in die Wirklichkeit zu übertragen, aber der Minister von Beust machte die nachgesuchte Genehmigung von der Bedingung abhängig, daß die Vereine sich weder mit politischen und sozialen noch überhaupt mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigten. Eine von Bebel eingebrachte Resolution, die einstimmig angenommen wurde, warf

dem Reaktionär sein Gnadengeschenk vor die Füße, und so mußte auf die Gründung eines Gauverbandes verzichtet werden. Da der Arbeitervereinstag des nächsten Jahres in Leipzig stattfand, wurde Bebel zum Vorsitzenden des Lokalkomitees gewählt, ebenso zum stellvertretenden Vorsitzenden des Kongresses selbst, und als die Tagung beendet war, saß der Vierundzwanzigjährige auch in dem ständigen Ausschuß. Der Stuttgarter Vereinstag des Jahres 1865, auf dem Bebel einen kurzen und bündigen Vortrag über Speisegenossenschaften hielt, rief die Arbeiter für die Eroberung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts auf die Schanzen, forderte das uneingeschränkte Koalitionsrecht und sprach sich für die Aufhebung der Wanderbücher und des Legitimationszwanges aus.

Bedeuteten diese Beschlüsse einen entschiedenen Ruck nach links und brachten sie die Arbeitervereine in allen praktischen Fragen der inneren Politik den Lassalleanern sehr nahe, so hatte auch Bebels Entwicklung nicht stillgestanden. Seit je war es seine Art, von den Dingen zu lernen und mit den Ereignissen zu wachsen. Seine Neigung zog ihn schon früh dorthin, wo Arbeiter dem Unternehmertum in unmittelbarem Kampf gegenüberstanden. Von den Streiks, die im Jahre 1865 losbrachen, weckte der Ausstand der Leipziger Buchdrucker die meiste Aufmerksamkeit. Wie hier Bebel im Auftrag Sonnemanns zwischen Kapital und Arbeit zu vermitteln suchte, so begrüßte er es mit besonderer Freude, als zu Weihnachten desselben Jahres in Gestalt des Tabakarbeiterverbandes die erste zentralorganisierte Gewerkschaft Deutschlands gegründet wurde. Schon im Jahre zuvor hatten sich die Bergarbeiter des Zwickau-Lugau-Stollberger Kohlenreviers zu einer Organisation, dem Bergknappenverein, zusammengeschlossen, und wie die Tabakarbeiter fanden auch sie einen lebhaften Fürsprecher in Bebel.

Zu Bebels Selbstverständigung, durch die sich ihm das Wesen der modernen Gesellschaft mit ihrer schroffen Klassenscheidung und ihrem unaufhörlichen Klassenkampf offenbarte, trugen diese Arbeitskämpfe nicht wenig bei. Er machte sich seine eigenen Gedanken, als sich gerade die Wortführer des Liberalismus, die immer die Worte Volkswohl und Volksfreiheit wie einen Knödel im Munde herumdrehten, als die gehässigsten Feinde der um ein paar Pfennige Lohnerhöhung kämpfenden Buchdrucker entpuppten und auf der ganzen Linie das Interesse des gefüllten Kassenschranks vertraten. Den Selbstverständigungsprozeß beschleunigte der Verkehr mit einem Manne, der, in demselben Jahre 1865 von Bismarcks Regierung aus Preußen ausgewiesen, nach Leipzig kam. Er hieß Wilhelm Liebknecht.

Für Bebel war die Bekanntschaft und Freundschaft mit Liebknecht ein Ereignis. Schon nach dem ersten Zusammentreffen mit

dem Aelteren, Erfahreneren und Gebildeteren gab er seinen Eindruck kund: „Donnerwetter, von dem kann man was lernen!“ Und Lernen war für Bebel immer noch die große Zauberformel, die ihm selbst wie der ganzen Menschheit den Weg aus dem Dunkel ins Licht weisen sollte. So gab er sich freudig der Einwirkung und auch dem Einfluß des Soldaten der Revolution hin und nutzte die Gelegenheit, Wissensgebiete zu betreten, an die er sich vorher nicht recht herangewagt hatte. Aber mitnichten war das Verhältnis zwischen beiden so, daß der Aeltere den Jüngeren mit munteren Hammerschlägen vom Demokraten zum Sozialisten, insbesondere zum Marxisten geformt hätte. Denn einmal war Bebel Stahl und nicht Blei und ließ sich von niemandem die Form geben, sondern wandelte sich nur in der Weißglut innerer Auseinandersetzung, und zum zweiten hatte Liebknecht, dessen Geist immer ins Große und Weite strebte, aus der englischen Werkstatt der Altmeister Marx und Engels zwar den Sinn für die historischen Zusammenhänge auf dem Erdball mitgebracht, aber im einzelnen die marxistische Lehre seinem Freunde löffelweise einzugeben, war er zu viel Politiker und zu wenig Theoretiker. Was denn in Bebels Entwicklung zum Vorkämpfer der Arbeiterklasse die Entscheidung brachte, waren eigene Erfahrungen und innere Erlebnisse. Ringsum sah er, wie, allen liberalen Volksbeglückungsplänen zum Trotz, die kapitalistische Wirtschaftsweise heute diesem, morgen jenem selbständigen Meister die Produktionsmittel aus der Hand schlug und ihn in das Riesenheer der Besitzlosen hinabstieß, und wie nimmer zu andern Gesellschaftsschichten aufstieg, wer einmal im Proletariat angekommen war. Zudem erwiesen sich die fortschrittlichen Helden der preußischen Kammer mit jedem Tage mehr als bleiche Angstseelen, die vor Bismarcks Kürassierstiefel tapfer zurückwichen. Bebel wurde in seinem Mißtrauen gegen die liberalen Schaumschläger namentlich durch einen schlaun Antrag der Schulze-Delitzsch und Faucher im preußischen Abgeordnetenhaus bestätigt, der scheinbar die Koalitionsfreiheit verlangte, in Wirklichkeit im Interesse der Kapitalisten dem Bären den Pelz wusch, ohne ihn naß zu machen. Doch wichtiger noch als die gerechte Entrüstung über solche liberale Treulosigkeit an den Arbeitern wurden für ihn die stillen Stunden, die er eifrig studierend über Lassalles Schriften zubrachte. Da er auf Schritt und Tritt die Lassalleaner im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein bekämpfte, hätte er es für eine Unredlichkeit gehalten, sich nicht mit den Werken ihres vergötterten Führers vertraut zu machen. Als er das erste Buch Lassalles aufschlug, dachte er sicher nicht daran, daß es ihn auf den Weg nach Damaskus führen werde. Aber er las und prüfte und las und prüfte wieder, und wenn ihn Lassalle in jener Versammlung nicht hatte hinreißen können, jetzt bezwang er ihn. Bebels Herz schlug schneller, denn die Sätze, die hier standen,

waren richtig; die Folgerungen, die hier gezogen wurden, stimmten; die Rufe zum Kampf, die hier wie Trompetenstöße erschallten, mußten die Losung der Zukunft sein — Lassalle hatte recht, und Bebel war Sozialdemokrat!

---

JANKO SAKASOFF (Sofia):

## Die Ereignisse in Bulgarien.

### I.

**E**S scheint, daß über den Regierungswechsel in Bulgarien noch ziemliche Unklarheit in der abendländischen Demokratie herrscht. Woran liegt das?

Wir denken, einmal an der ungenügenden Kenntnis, die man im Abendlande über die bulgarischen und südslawischen Verhältnisse überhaupt besitzt, und zweitens an der Schwerfälligkeit, mit der sich die neue Parteigruppierung, die dem Sturze Stambolijskis folgte, vollzieht.

Unser Land besitzt eine sehr fortgeschrittene demokratische Verfassung, aber die Freiheit und die Demokratie, die sie uns gewährt, kann von jeder gewaltsamen Regierung, die über einen zu mächtigen polizeilichen und militärischen Apparat verfügt, verletzt werden. Die rückständige wirtschaftliche Entwicklung des Landes (70% Bauern und 30% Gewerbetreibende, Kaufleute, Arbeiter, Angestellte, Lehrer, Offiziere und Unternehmer) gibt keiner städtischen Klasse eine soziale und politische Uebermacht, um die jeweiligen gewalttätigen Regierungen im Zaume zu halten.

Diese Rückständigkeit gerade aber erlaubt gewisse engere und intimere Beziehungen zwischen den Klassen und Volksschichten, der Wechsel zwischen der städtischen und ländlichen Beschäftigung ist häufig, und damit wechseln auch die Ideologien der betreffenden Schichten. Diese Erscheinung findet man am häufigsten in den Balkanländern, namentlich in Bulgarien, Serbien, Griechenland und etwa der neueren Türkei.

Die zwei großen Kriege und die darauffolgenden Jahre des militärischen und bürokratischen Zusammenbruchs haben in Bulgarien alle Mittelstände und Mittelstellungen nivelliert. Die Regierung Stambolijskis und der Bauernbündler hat diese Nivellierung zu einer allgemeinen Proletarisierung oder, richtiger gesagt, Pauparisierung aller der in Städten lebenden Mittelschichten gebracht. Tausende und aber Tausende von Offizieren, Unteroffizieren, Beamten, Lehrern, Professoren, Pensionären und kleinen Rentnern glitten immer und immer mehr ins Elend herunter.

Dieser erbärmliche Zustand hat diese Schichten den arbeitenden und kämpfenden Klassen des Volkes nähergebracht. Viele von ihnen suchten eine Annäherung an die Sozialdemokratie, und als

der Kampf um den Sturz Stambolijskis entbrannte, trieb ein beträchtlicher Teil von ihnen Minierarbeit, um dem gehaßten Bauernregiment ein Ende zu bereiten.

Es mag für die abendländische Demokratie schwer begreiflich sein: aber die Regierung Stambolijskis hat alle Schichten des Volkes ohne Ausnahme mit Grimm und Haß erfüllt. Wir fühlten uns alle wie unter einer raubenden, plündernden und alle Gefühle der Bürger, Arbeiter und Intelligenz mit Füßen stampfenden Fremdherrschaft. Dieser seelische Zustand, verbunden mit den Gerüchten von einem für den Herbst geplanten, nicht ganz geheim gehaltenen Ansturm der Bauernbündler gegen alle Parteien und ihre Vertreter in Städten und im Lande, hat den Gegenstoß des gewaltsamen Regierungswechsels vom 9. Juni hervorgebracht.

Entgegen allen sonstigen Gerüchten ist festzustellen: dieser Gegenstoß ist und bleibt das Werk nur der heimischen oppositionellen Kräfte, vollzogen von jungen Offizieren im Dienste, vorbereitet von Reserveoffizieren, Beamten und Staatsangestellten in den wichtigsten Stellen. Zwei Stunden nach der Verhaftung der in Sofia anwesenden Minister ging die Bevölkerung der ganzen Stadt auf die Straße und stellte sich zur Verteidigung des vollzogenen Umsturzes zur Verfügung. Dasselbe tat man in den Provinzstädten. Freiwillige jugendliche Kräfte machten den Wechsel dort möglich, wo keine bewaffnete Macht zur Hand war. Vereinzelte kommunistische und bauernbündlerische Widerstände lösten sich noch an demselben Tage auf. Nur Stambolijski versuchte mit seinen reich bezahlten Bauernhundredschaften bewaffneten Widerstand zu leisten, aber die gegen ihn angesetzten militärischen Kräfte zerstreuten seine Scharen, er selbst irrte zwei Tage in den Gebirgsgegenden umher und wurde von den Bauern selbst verhaftet und den neuen Behörden ausgeliefert. Sein tragisches Ende ist bekannt.

## II.

Die zweite Ursache der Unklarheit über die bulgarischen Ereignisse liegt wohl in der Tatsache, daß die provisorische Regierung noch nicht imstande gewesen ist, bis jetzt einer regelrechten verfassungsmäßigen Regierung Platz zu machen. Schon in den ersten Tagen der Umwandlung erklärte sie, daß ihre erste Aufgabe nach Ueberwindung der Ueberreste der Bauernherrschaft die Vereinigung aller bürgerlichen Parteien sei, um eine gesellschaftliche Macht zu bilden, die ein gewalttätiges Regime für die Zukunft dem Lande ersparen sollte. Einer solchen Vereinigung würde die provisorische Regierung gerne den Platz geräumt oder mit ihr zusammen die Wahlen gemacht haben, von denen die neue, verfassungsmäßige Regierung ausgehen würde.

Diese Vereinigung der bürgerlichen Parteien aber zustande zu bringen, ist keine leichte Sache. Einmal, weil die fortschrittlich-

sten von ihnen nicht willens sind, mit den reaktionärsten von ihnen ein Ganzes zu bilden, und zweitens, weil es wirklich nicht leicht ist, die zukünftige Macht in der Sobranje gleichmäßig oder nach den verhältnismäßigen Kräften einer jeden Partei zu verteilen. Diese zwei Punkte schließen große Hindernisse in sich. Dann aber kommt noch ein weiterer wichtiger Umstand hinzu. Die provisorische Regierung wollte eine linksorientierte Politik im Innern des Landes und eine friedliebende nach außen treiben. Um dies zu erreichen, müßte sie die Sozialdemokraten zu der zukünftigen Regierung hinzuziehen. Wie kann sie aber das tun, wenn sie auf der Vereinigung aller bürgerlichen Parteien besteht? Für eine solche stimmen nicht einmal die Radikalen und die Demokraten, wie kann sie nun erst die Hilfe der Sozialdemokraten zu diesem Zwecke haben?

Alle diese Strömungen bedingen, daß entweder die provisorische Regierung sich entscheiden wird, eine rechtsorientierte Teilvereinigung der bürgerlichen Parteien zu bilden mit der Spitze gegen Bauernbündler, Kommunisten und Sozialdemokraten oder eine linksorientierte Vereinigung, bestehend aus den fortschrittlichen bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten, also eine Regierung, die den Erfordernissen der neuen Zeit genügen würde.

Wie die Entscheidung fallen wird, kann man schwer voraussagen, aber es wird Mut dazu gehören, sich gegen den politischen und sozialen Fortschritt zu entscheiden.

In welcher Richtung werden sich aber die Ereignisse in Bulgarien noch entwickeln? Man wird im Abendlande nicht vertrauensvoll auf den Balkan hinblicken, bevor uns die neuen Wahlen die heißersehnte Entscheidung für die innere und äußere Politik Bulgariens bringen. Diese aber können nicht vor dem Herbst stattfinden. Bis dahin bleibt also die innere Politik Bulgariens unentschieden.

---

HEINRICH HEERMANN:

## Wertbeständige Sozial- und Armenrenten.

Wenn wir hier dem Gauleiter des Verbandes der Invaliden und Witwen Deutschlands für Berlin das Wort ertellen, so geschieht das in der Absicht, die Aufmerksamkeit weiterer Parteikreise auf das Elend einer hungernden und verhungerten Schicht zu lenken. Die Zahlen des Artikels sprechen eine erschütternde Sprache. Red. d. „Glocke.“

Eine ungeheure Teuerungswelle rast durch das ganze Reich. Preise von heute gelten am nächsten Tage nicht mehr. Wöchentliche Steigerungen des Lebensunterhalts um 25% sind gang und gäbe. In erster Linie werden davon getroffen die Lohn- und Gehaltsempfänger. Kein Stand leidet aber unter der Geldentwertung derart wie die Sozialrentner.

Schon in Friedenszeit waren die Renten viel zu niedrig. 20, 10 und 6 Mark waren die Regel. Seit dem 1. Januar 1923 zahlt man allerdings „erhöhte“ Renten. Der Invalide bekommt monatlich 800, die Witwe 750 und die Waise etwas über 300 Mark. Also die Höchstgrenze reicht eben für zwei Markenschrippen. Durch Säulenschlag macht das Berliner Jugendamt bekannt, daß für uneheliche Kinder der monatliche Unterstützungssatz auf 200 000 Mark anzusetzen sei. Welches Amt läßt einmal durch Anschlag bekannt machen, was für Unterstützungssätze man den Arbeitsinvaliden und deren Hinterbliebenen zahlt und zahlen sollte?

Daß die Renten in der Invalidenversicherung seit langem nicht genügen, hat auch der Reichstag eingesehen. Im Dezember 1921 schuf er das Notstandsgesetz für die Sozialrentner. Aber die Notstandsrente wird nur „den Umständen nach und bei Bedürftigkeit“ gewährt. Wie jedes Ergänzungsgesetz hat es der Hintertüren und Kannvorschriften viele. Die bis an den Hals in Schulden steckenden Gemeinden finden alle möglichen Wege, um das ihnen aufgelegte Fünftel abzuschütteln. Vom 1. Juli sind festgelegt für den Bezieher einer Invalidenrente monatlich 360 000 Mark, einer Witwenrente 324 000 Mark, einer Waisenrente 75 000 Mark. Diese Sätze stehen aber bei vielen Gemeinden nur auf dem Papier. Sie werden niemals restlos ausgezahlt, und kommt es zur Auszahlung, dann hat das Geld den größten Teil seiner Kaufkraft verloren. Solange der Grundcharakter des Gesetzes nicht geändert wird, werden noch manche Invaliden und Witwen vor der Auszahlung den Weg zum Gashahn oder Strick finden. Nebenbei gesagt: es soll nicht wenige Gemeindevorsteher geben, die niemals ein Reichsgesetzblatt in Händen gehabt und deshalb von der Existenz eines Sozialrentner-Notstandsgesetzes keinen blassen Schimmer haben.

Von den Unfallverletzten verlangt das Gesetz, daß sie von vornherein ein Drittel des Schadens selbst tragen. Die Unfallrentner unter 33 $\frac{1}{3}$ % schickt man vierteljährlich zur Post um dreimonatliche Renten in Höhe von 30, 40, 50 und 80 Mark zu holen! Die Bezieher von Invalidenrenten sind demgegenüber ja noch erheblich im Vorteil: bei ihnen sind es doch wenigstens monatlich 700—800 Mark. Die Unfallrentner über 33 $\frac{1}{3}$ % sind erhöht worden, aber die Erhöhungen kommen zur Auszahlung, wenn man sich dafür nichts mehr kaufen kann. Eine alleinstehende Unfallwitwe bekommt ein Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes, diejenige mit zwei Kindern drei Fünftel. Im ganzen darf die Rente für die Witwe und den Kindern drei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes ausmachen, d. h. eine Witwe mit acht Kindern bekommt nicht mehr Rente wie diejenige mit zwei. Vom 1. Juli gelten Sätze von 192 000—576 000 Mark.

Noch übler sind die Eltern oder Großeltern dran, deren Sohn oder Enkel tödlich verunglückt. Sie haben Anspruch auf ein Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes, wenn er Eltern und Großeltern wesentlich aus seinem Arbeitsverdienst unterhalten hat. Vorbedingung ist jedoch, daß

„Bedürftigkeit“ vorliegt. Liegt Bedürftigkeit nicht mehr vor, so kann die bereits gewährte Rente entzogen werden.

Weiter muß beachtet werden, daß es eine ganze Anzahl Schwerunfallverletzte gibt, die trotz des Schwerbeschädigtengesetzes nicht in Arbeit gebracht werden können. Sie sind ab Juli auf monatliche Renten von 320 000—640 000 Mark angewiesen. Die Vollrente beträgt 640 000 Mark, wer diese bekommt, muß schon den Kopf unter den Arm nehmen.

Ein sehr trauriges und düsteres Kapitel ist das der Armenrenten. Obwohl in Berlin  $\frac{3}{4}$  der Sozialrentner-Notstandssätze als Armensätze festgelegt sind, also 270 000 Mark für eine alleinstehende Person (405 000 Mark für ein Ehepaar und ein Kinderzuschlag von 30 000 Mark, der jedoch extra beantragt werden muß) sind im Monat Juli noch Renten ausgezahlt worden von 12 000, 16 000 und 20 000 M k., wiewohl schon der Richtsatz von 90 000 Mark galt. Wahrhaftig beschämend für die Reichshauptstadt. Ähnlich liegen die Dinge in anderen Gemeinden. Die Republik hat den Armenrentnern das Wahlrecht gebracht, aber die Gemeinden lassen sie verhungern.

Ferner seien noch erwähnt die Hospitaliten ohne Rente, denen man noch ein monatliches Taschengeld von 50 (fünfzig) Mark gibt.

Für die Geburts- und Kindheitskrüppel sollten restlos die Bezüge der Kleinrentnerfürsorge gezahlt werden. Denn den Kleinrentnern war es immerhin noch möglich, in die Invalidenversicherung hineinzukommen; den Geburts- und Kindheitskrüppeln war diese Möglichkeit nicht gegeben. Mag die Republik an den Aermsten der Armen gutmachen, was die Monarchie gefehlt hat.

Mit Recht wird nun mancher Leser sagen: wir sehen keine Vorschläge, die rein zahlenmäßig zu verwerfen sind. Ganz richtig, mit Absicht habe ich das unterlassen. Solange das Reichsarbeitsministerium die Organisation der Invaliden, den Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands, nicht gerne am Verhandlungstische sieht, hat das Aufstellen von Zahlen keinen Zweck. Dann ist es schon besser, man schildert das krasse, nackte Elend. Wenn der Reichsarbeitsminister meint, der Verband der Invaliden und Witwen müßte anders behandelt werden als die Vertretung gesunder Volksgenossen, dann ist das schließlich seine eigene Sache. Aber von allen Gewerkschaften und Parteien ist zu verlangen, daß sie die Forderung der Aermsten nach wertbeständigen Renten unterstützen. Die Löhne und Gehälter der Reichsbeamten werden in Zukunft wertbeständig gestaltet sein. Nun lasse man auch wertbeständige Renten folgen und mache die alte Ungerechtigkeit einigermaßen wieder gut. Auf folgendes ist besonders zu achten:

1. Die zwischen der Preisfeststellung und dem Zeitpunkt der Rentenauszahlung oder -verwendung eingetretene Veränderung der Kaufkraft des Geldes muß berücksichtigt werden;
2. zu den vereinbarten Rentensätzen haben in regelmäßigen Zwischenräumen Zuschläge zu treten, denen die indexmäßig nach-



gewiesene Geldentwertung als Grundlage dient. Die Julibezüge sind nachträglich aufzubessern;

3. die Anpassung der Renten genügt für sich allein noch nicht, wenn diese nicht auch kurzfristig gezahlt werden. Mindestens muß man zu halbmonatlichen Auszahlungen kommen;

4. die Anweisung der Renten an die auszahlenden Stellen hat umgehend zu erfolgen, d. h. sofort nach der Feststellung und nicht erst nach der Veröffentlichung im RGBl.

„Die sprunghafte Geldentwertung verlangt eine schnellere Anpassung und bessere Anpassung der Löhne und Gehälter, als sie allein in dem bisher üblichen Verhandlungswege zu erreichen ist“ — so sagt der Reichsarbeitsminister zu Anfang seiner Richtlinien über die Wertbeständigkeit der Löhne. Die Sozialrentner hat er anscheinend vergessen. Die Sozialrentner hoffen, daß besonders die Sozialdemokratische Partei und die Afa, die ihre Forderungen ja mit aufgenommen haben, bei den Verhandlungen gebührend daran erinnern, daß auch die Arbeitsinvaliden und deren Hinterbliebenen ein Recht zum Leben haben.

ROBERT GRÖTZSCH:

## Der Bannerträger.

Die Seele großer Menschen gibt immer Rätsel auf. Das gilt von keinem mehr als von Lassalle. Hänischs neue Biographie des Begründers unserer Partei forscht allen Verästelungen dieser Feuerseele mit großer Liebe nach. Angeregt von Hänischs Buch hat Dr. Paul Nathan in Heft 17 dieser Zeitschrift das Wesen Lassalles von seinem Ende her beleuchtet; angeregt durch das gleiche Werk, möchte ich hier dem andern Lassalle einen Kranz winden, dem aktuelleren, der unter den großen sozialistischen Bannerträgern eine klassische Beweisfigur dafür ist, wie gut sich Schwung, Begeisterung, Leidenschaft, bohrende Wissenschaftlichkeit und realpolitischer Sinn miteinander vereinen lassen. Diese Wesenslinie tritt gerade in Hänischs Buch scharf hervor, und das ist nicht das einzige Verdienst des flüssig geschriebenen, packenden, von glutendem Leben durchpulsten Werkes. Einer der Rezensenten nannte es sehr richtig „Die Biographie als Kunstwerk“, denn von Lassalles Jugend bis zu dem lächerlichen Duellschuß, an dem dies reiche Leben verblutete, zeigt Hänisch mit einer im besten Sinne sezierenden Darstellung, wie sehr der Mensch Lassalle und sein Werk miteinander psychologisch verknüpft sind, wie die innere Einheit in Lassalles Tun, im Aufstieg und Verlöschen selbst dort noch vorhanden ist, wo der philiströsere Kritiker nur Schwächen und Widersprüche entdeckt.

Die Würdigung einer genialen Persönlichkeit ist vom Wandel der Zeiten abhängig. Wie ein Meteor zog Lassalle am Himmel der Jahre nach Achtundvierzig hoch; für die langsam erwachende Arbeiterbewegung ein Prophet, ein Messias, ein erster großer Bannerträger. Auf der Höhe

seines Wirkens begann mancher Jünger an dem rastlosen Temperament des Meisters zu zweifeln, dem das Ziel immer über den Mitteln stand und der selbst einen Bismarck vor den Streitwagen zu spannen suchte, mit dem er für das allgemeine, gleiche Wahlrecht in den Kampf sprengte. Später, als die Waffe des Wahlrechts in den Händen des Proletariats seine Wunder wirkte, wurden Lassalles Motive gerechter gewürdigt. Uns Heutigen erscheint er wie ein sozialistischer Heros des 19. Jahrhunderts, nicht nur weil der Zeitabstand größer, weil Lassalles menschliche Schwächen hinter seinem Werke verschwinden, sondern wohl auch, weil wir namentlich in Deutschland arm sind an Führerpersönlichkeiten von europäischem Ausmaß, an politischen Köpfen, in denen Leidenschaft, Wirklichkeitssinn und methodisch wissenschaftliche Betrachtungsweise das neue große Weltbild schaffen. Wir Sozialisten, deren Blick von der historisch-materialistischen Betrachtungsweise geschult ist, glauben nicht an den „starken Mann“, der alles kann. Er gehört ins Panoptikum derer, die von den wirklichen Triebkräften der Geschichte wenig wissen, von gesammelter Volkskraft nichts hören wollen. Wir wissen auch aus der Geschichte, daß einer Bewegung ihre Grenzen dort gezogen sind, wo die Grenzen ihrer Kraft verlaufen. Aber ebenso können eine Bewegung und ihre Erfolge hinter diesen Grenzen zurückbleiben — und hier setzen die Aufgaben, setzen die Wirkungsmöglichkeiten des großen Führers ein.

Wo das Führerthema berührt wird, liegt immer der oft gehörte Einwand in der Nähe: ob sich Führernaturen zu großen, über die Zeit hinausragenden Wegweisern entfalten können, hängt sehr davon ab, ob eine Bewegung praktische Betätigungsmöglichkeiten hat oder nicht. Solange das Endziel alles und unmittelbare Wirksamkeit nichts sind, kann der Führer als Utopist, Prophet, Fackelträger über die Bewegung hinauswachsen. Aber mit der Möglichkeit positiver Arbeit reift ein anderer Führertypus heran, der weniger ragend ist, der mit Leidenschaft nicht viel anfangen kann, weil er nüchtern und zäh den Boden der Tatsachen zu beackern hat.

An dieser Theorie ist ein richtiger Kern, aber sie erschöpft das Problem nicht. Aeltere Demokratien, wie England und Frankreich, haben genug politische Führer gezeugt, die weit über ihren Hintergrund hinauswachsen und doch mit beiden Beinen auf dem Boden der harten realpolitischen Tatsachen standen. Aber selbst diese Länder mit alter politischer Schule haben in den letzten fünfzig Jahren keinen hervorgebracht, in dem sich hinreißender, dämonischer Schwung, wissenschaftliche Methodik und positives, auf unmittelbare Wirkung gerichtetes Wollen so gepaart hätten wie in Ferdinand Lassalle. Politik hieß für ihn „aktuelle momentane Wirksamkeit“. Was er auch anpackte — sein Ziel war immer Gegenwart und allernächste Zukunft. Und was es auch sein mochte, immer setzte er ein Höchstmaß von Kräften ein. Der Hatzfeld-Prozeß, jener tolle Rattenkönig von hochadligen Intrigen und Gegenintrigen, von Bestechungs- und Agentengetriebe, dieser

Prozeß, den er für eine Frau gegen ihre feudale Sippe führte, wurde für ihn zum Kampf ums Recht schlechthin. Als Freiligrath verhaftet wird, entfacht Lassalle eine Volksbewegung, daß die Reaktion den gefangenen Dichter schon nach Wochen wieder laufen lassen muß. Um das gegen ihn ausgesprochene Verbot des Aufenthalts in Berlin zu brechen, beginnt er einen unterirdischen Guerillafeldzug von soviel List, Humor, Ueberlegenheit, Scharfsinn und Zähigkeit, daß sein schließlicher Sieg einer witzigen Eroberung Berlins gleichkommt. Und so oft man den unbequemen Revolutionär auch vor seine irdischen Richter brachte, so oft man ihn auch verurteilte, immer führte er seine Klinge mit nicht zu ermüdender Sicherheit, immer wurde eine Generalabrechnung mit der Klassenjustiz der damaligen Zeit daraus. Und das alles waren für ihn nur die Vorpostengefechte vor Kämpfen, in denen er die Arbeiter zu praktischen politischen Erfolgen führen wollte. Mit wilder Energie stürzte er sich in die Organisationsarbeit, und als er schließlich mit Bismarck verhandelte, tat er's wiederum unmittelbarer Ziele wegen: Gewährung von Staatsmitteln zur Gründung von Produktivgenossenschaften, Eroberung des allgemeinen Wahlrechts, das Bismarck gegen den Liberalismus ebenso brauchte wie Lassalle für den Kampf des Proletariats. Doch Bismarcks Diplomaten-talent listete in großen Dingen vorsichtiger, und so leiteten die Dämonen Lassalles letztes Lebenskapitel ein: angezweifelt im eigenen Lager, enttäuscht, überarbeitet, müde, waidwund gehetzt, taumelte er in ein Liebesabenteuer, aus dem er lebendig nicht mehr herauskam.

In Hänischs Darstellung erscheint diese Schießerei mit Herrn v. Raowitz, diese Art, einen indirekten Selbstmord zu arrangieren, beinahe als einziger Ausweg „aus seines Lebens labyrinthisch irrem Lauf“. Möglich. Er hatte seine Sendung erfüllt, hatte in Deutschland eine sozialistische Arbeiterbewegung wachgerüttelt; nun stellten ihm die Dämonen, um mit Goethe zu reden, ein Bein nach dem andern, bis er unterlag. Aber wenn dieser Schluß irgendwelche Folgerichtigkeit hat, dann in dieser Richtung: er, in dessen Adern nicht nur „das Blut des Poeten“ rollte, sondern auch das Feuer des mächtigen politischen Temperaments brannte, er blühte in einer Zeit, in der seine Kräfte mit großem staatsmännischen Wirken nicht befriedigt werden konnten. Als er seiner Devise untreu wurde, als er versuchte, „in großen Dingen schlau zu sein“ und den Fuchs Bismarck zu überlisten, da wird Lassalles ganze Tragik sichtbar. Um seine Kräfte entfalten, um mit allen seinen Pfunden wuchern zu können, war ein anderes, ein parlamentarisches Deutschland vonnöten. Die Mittel und Möglichkeiten dazu hatte Bismarck in den Händen, nicht Lassalle. Wenn sein Kampf und sein Ende etwas beweisen, dann wohl vor allem: daß auch genialstes Führertum über die Grenzen der hinter ihm stehenden Kräfte nicht hinaus kam und daß realpolitische Notwendigkeiten und Möglichkeiten durchaus zu den **Vorbedingungen** der Entfaltung und Auswirkung politischer Führer großen Kalibers gehören können.

Deutschlands partikularistischer Charakter, Altdeutschlands Absolutismus und Halbabsolutismus haben das ihrige getan, um den ewigen Untertan zu züchten und die Entfaltung großer politischer Führungspersönlichkeiten unter hydraulischem Druck zu pressen. Hoffen wir, daß eine demokratisch-sozialistische Neuzeit begünstigt, was uns die deutsche Geschichte so selten schenkte. Wobei wir enges Fanatikertum nicht mit Leidenschaft, Hysterie, Demagogie oder Starrheit des Denkens nicht mit Genialität und politischer Willenskraft verwechseln wollen. Aber wer von uns möchte bestreiten, daß der realpolitischen Seele der sozialdemokratischen Politik die andern Beimischungen Lassalleschen Wesens — Phantasie und Schwung, Kühnheit und Zähigkeit — von Herzen zu wünschen seien?

---

L. COHN (München).

## Vom geistigen Sterben.

In Nr. 37 der „Glocke“ wurde bereits auf die Veröffentlichungen des Vereins für Sozialpolitik hingewiesen, die den Problemen der geistigen Arbeit gewidmet waren. Diese Untersuchungen finden jetzt eine beachtenswerte Ergänzung durch die Drucklegung des Vortrages, den der Heidelberger Gelehrte Alfred Weber auf der Jubiläumsversammlung des genannten Vereins im September 1922 hielt. Der Vortrag ist in erweiterter Form und durch graphische Darstellungen bereichert als Broschüre im Verlage von Duncker & Humblot in München erschienen.

Weber erinnert mit Recht daran, daß „die Problematik des Geistigen und seiner Existenzbedingungen eines der wenigen Dinge ist, deren Beeinflussung wir Deutschen vielleicht noch teilweise in der Hand haben“. Ist es doch bereits so weit gekommen, daß die Institute, von denen die geistige Arbeit mitlebt, Bibliotheken, Forschungsanstalten usw., allein noch durch freiwillige Gaben, die zum großen Teil vom Auslande stammen, gehalten werden können. Von dem Eingehen zahlreicher Zeitungen und wissenschaftlicher Zeitschriften, den unentbehrlichen Trägern jeder höheren Kultur, gar nicht zu reden. Immer enger wird der Kreis der geistigen Arbeiter, denen es bis jetzt gelang, sich aus der „Sandwüste der ökonomischen Not“ zu retten, aber wie lange noch können sich die Träger der geistigen Kultur gegen ihren Untergang wehren?

Sowohl in seiner Analyse der historischen Gestaltung des Intellektualismus, als in seinem Vorschlage zur Rettung des Geistigen, zeigt Professor Weber, wie sehr er, mit ihm übrigens die Mehrzahl der jetzigen Soziologen, von der Methode des ökonomischen Materialismus beeinflusst wurde. Mit wenigen Strichen entwirft er ein Bild des Niederganges der Bildungselemente unter der Wilhelminischen Ära, wie von dem Hochkapitalismus, „der die alte Bildungsschicht verdorren ließ“, an deren Stelle aber einen neuen Bildungstyp, das

moderne Rentenintellektuellentum schuf. Dessen Basis, die Vermögensposition, ergänzt durch das Arbeitseinkommen, hat der Krieg für immer hinweggeschwemmt. Die von dem Ertrage ihrer eigenen geistigen Arbeit freigesetzten Kreise bereiteten den Boden, nicht nur in Deutschland, für das „Schwabingertum“ mit seinen ästhetischen und literarischen Extravaganzen. Wer wollte Weber nicht zustimmen, wenn er es dahin kennzeichnet: „Als es sich um praktisches Handeln der deutschen Geistigen in unserem Zusammenbruch handelte, hat dieser Teil von ihnen in noch schwererem Maße durch eine wirklichkeitsfremde Verstiegtheit versagt, als in den Zeiten vorher der andere, der sich den „Gegebenheiten“ leider allzu nachgiebig gefügt hatte.“ Haben wirtschaftliche Faktoren nach den Ausführungen des deutschen Vertreters vor der Reparationskommission auch bis zu 99½% die auf Renteneinkommen ruhenden Schichten expropriert und damit ihr Generationsreproduktionseinkommen zerstört, so zeigt doch die Beschaffenheit der Geistigkeit jener beiden Teile vor und nach dem Kriege deutlich die zwischen Wirtschaft und Kultur bestehenden Wechselwirkungen. So sonderbar es klingen mag: der ökonomische Materialist muß dem gelehrten Soziologen entgegenhalten, daß er bei seinem Schürfen nach den letzten Ursachen der „Not der Geistigen“ nicht auf die Reflexe des zum Wilhelminismus entarteten deutschen Geistes stieß, auf jene geistige Not, die heute in den verschiedenen Ausstrahlungen des „Nationalismus“ so schaurig zutage tritt und die vor allem der Marxist Karl Renner in seiner Schrift (Der Tag der Deutschen, Verlag für Sozialwissenschaft) — wahrhafte Reden an die deutsche Nation im erneuerten Geiste Fichtes — so gründlich beleuchtet. Betrachtet der Heidelberger Soziologe, fast übermarxistisch, die Not der Geistigen nur von der Seite des Oekonomischen, so überschätzt er den Einfluß und die Dauerhaftigkeit von Erscheinungen, wie den „Syndikalismus der geistigen Arbeiter“ in Frankreich und die Auswirkungen der ephemeren, praktisch-philosophischen Richtung des Grafen Keyserling, der die künftigen Gelehrten, Schriftsteller, Künstler, Journalisten und Politiker als Trabanten um die Zentralsonnen „industrieller Fürstentümer“ kreisen läßt. Nein, von der wirtschaftlichen Seite ist dem Sterben des Geistigen allein nicht beizukommen, es muß auch eine Wiederbelebung des alten, echt deutschen Geistes erfolgen, jenes Idealismus, der Deutschlands Ansehen in der Welt begründete.

\*

Bildet das Oekonomische den Primat im Verhältnis des Geistigen zum Leben, so ist es berechtigt, wenn Prof. Weber soziologisch die Frage aufwirft und beantwortet, ob die Aussicht besteht, „eine selbständige Bildungsschicht und damit eine Freiheit des Geistigen, die Möglichkeit zu einer solchen wenigstens, in der heutigen Umwälzung zu erhalten“. Von den alten Reichtumsschichten den agraren

und industriellen Sachbesitzern erhofft er so wenig, wie von deren Nachwuchs. Der flüchtet sich in die studentischen Korporationen. „Das aber heißt zurzeit, meist leider nur in sehr beschränktem Maße Fühlung nehmen mit den geistigen Aufgaben der Zeit.“ Von den Futterkrippen der Patronage und des Alte-Herrensystems wird freilich keine neue Bildungsschicht ausgehen; so wenig von den neuen wie von den alten Reichen. Vorübergehende Notstandserscheinungen, wie die *Werkstudenten*, bilden keinen soziologischen Typ. Dagegen sieht *Weber* aus den noch bestehenden Mittelschichten, „den Spitzenteilen vergeistigter Handarbeit und den sich immer mehr ausbreitenden Elementen geistiger Durchführungs- und Ausführungsarbeit, den Angestellten- und Privatbeamten-schichten, aus den Reihen der Ingenieure, Aerzte, Techniker und Anwälte einen neuen Bildungstyp: den *Arbeitsintellektuellen* entstehen. Aus ihnen und den anderen noch im Geistigen lebenden Elementen muß ohne Vermögenshintergrund fortan der Teil der geistigen Arbeit herauswachsen . . . dessen Existenz und künftige Art Problem ist.“ In dieser Problematik der zukünftigen geistigen Arbeit nimmt die gewerkschaftliche Organisation eine wichtige, aber nicht entscheidende Stelle ein.

Dagegen wird eine andere Stellung des Staates zu den Kulturaufgaben, zur Erhaltung der freien wie der öffentlichen Institutionen unabweisbar, soll das Sterben des Geistigen sich nicht zu einem völligen Aussterben entwickeln. *Weber* berechnet das Zurückgehen des Anteiles der Ausgaben für kulturelle Zwecke an den Gesamtausgaben in Preußen von 3,6 % im Jahre 1913 auf 1 % im Jahre 1922. Ich kann die Richtigkeit dieser Berechnung nicht nachprüfen, ebensowenig wie die sich auf die Unterbezahlung der höheren Beamten beziehende. Nach der Besoldungsregelung vom 1. April 1922 — die inzwischen bedeutend erhöhten Bezüge sollen an der Relation nichts ändern — erhielten die höheren Beamten in Gruppe X bis B3 nur ein Viertel bis ein Drittel ihres Friedensgehaltes in Ansehung ihres *Realeinkommens*. Aus einem Schaubilde geht hervor — dessen Richtigkeit vorausgesetzt —, daß in jeder Gruppe die qualifizierte Arbeit schlechter bezahlt wird als die einfachere, daß der ungelernete Arbeiter mehr Lohn empfängt als der gelernte und der höhere Beamte ein nur um 1,35% höheres Gehalt bezieht als der ungelernete Arbeiter Lohn. Da auch von anderer Seite die Forderung auf Wiederherstellung der Friedensrelation zwischen dem Einkommen der höheren Beamten und dem der ungelerten und gelernten Arbeiter erhoben wird, bedarf diese Frage einer besonderen und eingehenden Erörterung.

Denn es ist richtig, die jetzt bestehende Unterbezahlung der geistigen Arbeit aller Kategorien ist nicht nur eine der betrüblichsten Seiten unserer Zustände, sondern auch die Ursache, daß das Sterben des Geistigen einen erschreckenden Umfang annimmt. So stehen, um ein besonders krasses Beispiel anzuführen, die Reproduktionskosten der Arbeit der leider „freien“ Schriftsteller in einem so schreienden Miß-

verhältnis zu der Entlohnung der niedrigst qualifizierbaren Handarbeit, daß der Beruf dieser Art von Kulturträgern in absehbarer Zeit verschwinden muß. Ihre Leistungen lassen sich nicht einspannen in die Tarifierung der fest Angestellten, der Schriftleiter, Korrespondenten und ständigen Mitarbeiter der Zeitungen und Zeitschriften; ihre Existenz hängt völlig in der Luft und von der (meist unzulänglichen) Einsicht der Verleger ab, die sich, wollend oder nicht, den Forderungen der Organisierten fügen müssen, den nichtorganisierbaren „freien“ Mitarbeitern dagegen ihren Willen diktieren. Hier bekundet sich eine Seite unseres Währungselendes von eminent kultureller Bedeutung. Denn in dem Maße, in dem den Händlern und Lebensmittelerzeugern und dem Finanzkapital die Angleichung ihres Einkommens — und oft mehr — an die Geldentwertung durch die freie Wirtschaft ermöglicht wird, dagegen die Reproduktionskosten der geistigen Arbeit sich immer mehr von ihrer Basis entfernen, wird der Geistige und Kulturelle im Schrifttum immer mehr seines Einflusses auf den öffentlichen Geist beraubt. Ja, es entsteht die Gefahr — siehe den Holzpapierfiskalismus —, daß es zum Anhängsel wirtschaftlicher Interessen degradiert wird. Die von der Schwerindustrie aufgekaufte periodische Presse kann als warnendes Beispiel dienen.

\*

Es ist das Verdienst Alfred Webers, in seiner Schrift über die „Not der geistigen Arbeiter“ Probleme von allgemeiner Bedeutung aufgerollt zu haben, an denen alle Sozialpolitiker und vor allem der Sozialismus nicht vorübergehen können. Welche Fülle von Aufgaben bietet allein schon die Kombination der geistigen Arbeit mit einem praktischen Wissen. Sie in die Wege zu leiten, ist nur möglich durch die Beeinflussung des öffentlichen Geistes. Nicht nur in der Publizistik und der Presse, sondern vor allem in den Parteien und Organen des demokratischen Staates! „Hinein in sie,“ ruft Weber aus, „und auf die politischen Schanzen!“ Mit dieser Aufforderung an die Jugend, sich politisch und durch Eingliederung in die Parteien für die Rettung der geistigen Kultur einzusetzen, tritt er freilich in einen Gegensatz zu seinem früheren, ebenfalls für die Jugend bestimmten Vortrage: „Politik als Beruf.“ Dort warnte er geradezu edle Naturen, Gesinnungsethiker vor der politischen Betätigung, sofern sie nicht zugleich über ein zureichendes Maß von Verantwortungsethik, d. h. von Willen zur Macht ihr eigen nennen. Indessen liegen zwischen jenem Vortrage und dem auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik erstatteten vier ereignisvolle Jahre! Sie dürften auch an dem Heidelberger Soziologen nicht spurlos vorübergegangen sein, und es gereicht ihm zum Verdienst, daß er unter den Mitteln gegen das Sterben des Geistigen auch die Beteiligung der Jugend an der Politik empfiehlt. Denn Politik ist, nach dem Worte Napoleons I., wirklich Schicksal, vor allem für die heute so hart bedrängten Geistigen!

## Deutscher Journalismus

„B.Z. am Mittag“ vom 19. Juli 23

### Verleumder Lord Douglas

Eigene Drahtung.

London, 19. Juli.

Ein politischer Sensationsprozeß zwischen den beiden Flügeln der antisemitischen Bewegung in England, der wegen der beteiligten Persönlichkeiten und der vorgebrachten ungeheuerlichen Behauptungen größtes Interesse beanspruchte, ist gestern zu Ende gegangen. Kläger war der auf seine alten Tage fremd und tugendhaft gewordene Genosse und Jugendfreund Oskar Wildes, Lord Alfred Douglas, der seit etwa zehn Jahren seinen mühseligen Lebensunterhalt dadurch verdiente, daß er in kleinen schmutzigen Blättern die widerlichsten und dümmsten Behauptungen über MACHENSCHAFTEN englischer Juden in der Politik verbreitete...

Der Vorwurf, die Verleumdungen erfunden zu haben, bildete den Gegenstand der Klage, die Douglas gegen die „Morning Post“ angestrengt hatte...

Die dritte Behauptung endlich bildete mit dem durch sie verursachten Zeugenangebot den Höhepunkt des Sensationsprozesses. Douglas hatte die Behauptung aufgestellt, Churchill habe auf Veranlassung des verstorbenen Sir Ernest Cassel einen ungünstigen Bericht über die Skagerrakschlacht abgefaßt, um es Cassel zu ermöglichen, in der durch diesen Bericht hervorgerufenen Baisse der englischen Staatspapiere billig kaufen zu können, um diese Papiere später mit hohen Gewinnen wieder zu verkaufen. Cassel habe diesen Bericht mit 40 000 Pfund honoriert. Die Beweisaufnahme ergab folgenden Tatbestand:

Der damalige Marineminister Balfour hat eigenhändig den amtlichen englischen Bericht über die Skagerrakschlacht abgefaßt. Nachdem dieser Bericht in der Presse bereits erschienen war, wurde Churchill, der keine amtliche Stelle damals innehatte, gebeten, für die neutrale Presse einen Schlachtbericht zu verfassen, der die Wirkung der deutschen Siegesberichte bekämpfen sollte. Diese Aussagen von Balfour und Churchill wurden durch den Testamentsvollstrecker von Sir Ernest Cassel ergänzt, der bestätigte, daß Cassel sechs Monate vor und sechs Monate nach der Skagerrakschlacht überhaupt keine Transaktionen in englischen Staatspapieren vorgenommen hat.

Die Geschworenen verurteilten Lord Douglas wegen formaler Beleidigung zu 2 Penny Geldstrafe, nach englischer Rechtsauffassung ein Wahrspruch, der besagt, daß es dem Beklagten, also der „Morning Post“, gelungen ist, den Wahrheitsbeweis dafür erfolgreich zu führen, daß sich Lord Douglas schmutzigen Verleumdungen schuldig gemacht habe.

„B.Z. am Mittag“ vom 31. Juli 23

### Pariser Flug- und Truggeschichten

Brief der „B. Z. am Mittag“.

Paris, im Juli.

... Schicken wir ihm zunächst den Parallelfall aus dem Krieg voraus, der gegenwärtig in England den Enthusiasmus weiter Kreise entflammt: Lord Alfred Douglas weiß allerhand interessante Dinge und hat sich nun in den Kopf gesetzt, einige davon auszuplaudern. So teilt er uns in dem „Plain English“ mit, auf welche Weise die Seeschlacht bei Jütland zu einem großen Finanzsieg für Lloyd George und Winston Churchill wurde.

Als am besagten Tag die Börse eröffnet wurde, kam ein erster Bericht heraus, demzufolge drei englische Großkampfschiffe von den Deutschen in den Grund gebohrt worden seien. Sonst nichts. Wenn eine offizielle Stelle im Krieg so etwas meldet, kann man sich das übrige denken. Die Inhaber von englischen Staatspapieren dachten es sich auch und verkauften zu allen Kursen. Aus purem Patriotismus trat ein einziges Konsortium als Käufer auf. Denn man darf nie am Vaterland verzweifeln, sondern dessen Papiere kaufen, selbst, und gerade dann, wenn sie niedrig stehen.

Am nächsten Tag gab Winston Churchill den zweiten Teil des Schlachtberichts heraus, für den 24 Stunden zuvor das Papier nicht gereicht hatte. Man erfuhr nun, daß die Sache noch glimpflich abgelaufen war und die deutsche Flotte, statt sich an der Themsemündung zu zeigen, wieder in ihre heimlichen Schlupfwinkel zurückgekehrt war. Das Publikum faßte wieder Vertrauen und kaufte, natürlich zu stark erhöhten Kursen. Das von den Herren Lloyd George und Churchill inspirierte Konsortium hatte rund 18 Millionen Pfund gewonnen.

Sie denken sicher, ganz England stürzt sich wütend auf den geschäftstüchtigen Ministerpräsidenten und seine Helfershelfer? Das tut England nicht im geringsten. Sondern es bewundert die Fixigkeit des Demagogen, und mancher nimmt sich vor, seine Partei bei den nächsten Wahlen doch zu unterstützen. Denn wer so klug seine eigenen Interessen zu wahren weiß, der muß auch die der Gesamtheit zu mehr verstehen ...



JOSEF MÀRIA FRANK:

11. August 1919 — 11. August 1923.

O Haupt voll Blut und Wunden!  
 O arme Republik!  
 Da liegst du vor den Hunden,  
 beschimpft, bespuckt, zerschunden,  
 gefesselt und gebunden . . .  
 Wohin ist dir entschwunden  
 des Zukunftstraums Musik!

O Leib voll Narben, Schrammen!  
 Du amputierter Rumpf!  
 Geschmort in Höllenflammen,  
 die dem Diktat entstammen,  
 versucht man dich zu rammen  
 mit Fehde und Programmen  
 und macht dich stier und stumpf!

Wie Füchse, Wölfe kreisen  
 sie um dein zuckend Fleisch.  
 Du liegst im scharfen Eisen.  
 Die Welt will dich zerreißen.  
 Die Mordwerkzeuge gleißen  
 und sprechen und beweisen  
 trotz Zeter und Gekreisch.

Du kannst es nicht erfassen  
 und stöhnst in deiner Qual  
 von aller Welt verlassen,  
 siehst wimmernd nur Grimassen,  
 hier Wucher, Selbstsucht, Prassen,  
 dort Hunger nur und Hassen  
 und keinen Hoffnungsstrahl.

Wann endlich, du humane  
 und — arme Republik,  
 zeigst du dich auf dem Plane  
 zerschlägst du als Titane  
 Geschmeiß wie Scharlatane  
 und schützt du deine Fahne  
 und dich und dein Geschick?

O du, zerfetzt, zerschnitten,  
 o armes deutsches Land,  
 warum hast du gelitten . . .?  
 Daß du dir selbst inmitten  
 des eignen Bluts entgliffen,  
 daß man dich tritt mit Tritten  
 und Hand haßt Bruderhand . . .?!?

Dich fordert die Sekunde!  
 Wach auf aus Lethargie!  
 Reicht euch die Hand zum Bunde  
 und wollt es, daß gesunde  
 die Welt von aller Wunde!  
 Jetzt ist sie da, die Stunde!  
 Jetzt, Brüder — oder nie!

## UMSCHAU.

**Verwechslungen.** Schlug man früher eine Zeitung innen auf, so konnte man, auch ohne den Kopt gesehen zu haben, einigermaßen aus dem Inhalt feststellen, welcher Richtung Organ man vor sich hatte. Heute ist das sehr schwierig geworden. Stößt man z. B. beim Lesen auf den Satz „Ebenso wichtig ist, daß die Koalitionsbrüder der jüdischen Kommerzienräte die Herren Stampfer, Hermann Müller und Severing sind“, so glaube man nicht etwa, Herrn Knüppel-Kunzes „Deutsches Wochenblatt“ zu studieren, sondern beim Zusammenlegen der Zeitung ergibt sich, daß dies Inhalt der „Roten Fahne“ (Nr. 180) ist. Dafür findet man im „Deutschen Tageblatt“ Verse wie „Wenn die Sowjetbanner wehn, laßt uns fest zusammenstehn“. Ebenso hat es keinen Zweck mehr, die „Deutsche Tageszeitung“ zu ergreifen, wenn man des Grafen Reventlow Ansicht zur Politik kennen lernen will. Dort findet man nur Bruchstückzitate. Den Originaltext studiert man besser an der Quelle — der „Roten Fahne“. Findest du aber den Namen Karl Radek in einer Zeitung gepriesen, so kannst du mit 99% Wahrscheinlichkeit auf ein deutsch-völkisches Organ tippen. Kurz und gut — dem Zeitungsleser ergeht es wie Hebbels Meister Anton: „Ich verstehe die Welt nicht mehr.“ Vigil.

\*

**Wer verdient am Ruhrkonflikt?** Wer in Deutschland daran verdient, das läßt sich leider heute noch nicht mit der erforderlichen Genauigkeit sagen, obwohl wir das Zutrauen haben dürfen, daß jene Herrschaften, die dieses mühevollen Werk gemeinsam besorgen, auch diesmal, trotz einiger Wölersdorfer und Alpin-Montaner Unfälle, ihre Hammelherde ins Trockene bringen werden (ein

Schäfchen reicht nicht, um die Fülle des Segens zu verbildlichen). Im Ausland verdient jedenfalls bisher, trotz aller Erfolgsstatistiken der Herren Millerand, Poincaré und Le Trocqueur, nicht Frankreich, nicht Belgien, nicht Italien daran. Dagegen bereichern sich an dem deutschen Konkurs ausgiebigst die angelsächsischen Staaten. Die Vereinigten Staaten haben seit Januar eine glänzende Hochkonjunktur erlebt, die auch durch Zuckerknappheit und das Wüten des Cotton Boll Wheevil, der Baumwollspinnerraupe, nicht geknickt werden konnte. Ueber Englands Vorteil unterrichten sehr hübsch einige Zahlen, die der „Manchester Guardian Commercial“ vom 26. Juli (Seite 79) wiedergibt. Danach betrug in England die wöchentliche Kohlenförderung, in Millionen Tonnen ausgedrückt:

Juni 1922	Januar 1923	Juni 1923
3,9	5,3	5,6

Ebenso die wöchentliche Roh-eisenerzeugung:

Juni 1922	Januar 1923	Juni 1923
0,345	0,512	0,647

Die wöchentliche Stahlerzeugung:

Juni 1922	Januar 1923	Juni 1923
0,383	0,558	0,719

Die Zahl der arbeitenden Hochöfen:

Juni 1922	Januar 1923	Juni 1923
115	183	222

Die Zahl der arbeitenden Walzwerke:

Juni 1922	Januar 1923	Juni 1923
471	500	527

Diese Zahlen bedürfen keiner Erläuterung. H. K. (H.).

\*

**Nationalstolz eines Lebensmüden.** Es ist eine Schmach zu leben! — stammelt ein deutscher Mann in

Kalifornien. Eingedenk so vieler nationaler Taten seiner Heimat beschließt er die nationalste Tat seines eigenen Daseins. Er will sich eine Kugel in den Kopt schießen. Weil es, wie gesagt, eine Schmach ist zu leben.

Der mißvergnügte Deutsche, weitab vom Schuß hiesiger Nationalpistolen, hat das Wesen des modernen Nationalismus falsch verstanden. Man schießt sich nicht selber Kugeln in den Kopt. Die Lehre vom Nationalstolz ist in den Köpfen kalifornischer Deutscher anscheinend schief aufgehängt worden.

Einstweilen lebt der mißvergnügte Deutsche aber noch. Und das kommt nur daher, weil es einen Revolver deutschen Fabrikats nicht zu kaufen gab. Die deutschen Waffenhändler Kaliforniens haben bloß belgische Marken in den Fenstern liegen. Damit darf ein deutscher Mann nicht die nationalste Tat seines Daseins begehen. Das wäre ganz und gar nicht statutengemäß.

Aber nach vierzehn Tagen entdeckte der mißvergnügte Mann einen deutschen Revolver. Wenn trotzdem die nationalste Tat seines Daseins ungeschehen blieb, so lag das an einem häßlichen Regiefehler. Der gute deutsche Revolver, der da zwischen den schlechten belgischen Revolvern lag, als wenn er nichts anderes wäre, — dieser deutsche Revolver gehörte einem französischen Waffenhändler.

Es ist, wie gesagt, eine Schmach zu leben. Aber es darf keine Schmach werden, zu sterben. Ein lebensmüder Deutscher in Kalifornien hat also keine Gelegenheit, ehrenvoll aus dem Dasein zu scheiden. Sein Nationalstolz läßt es nicht zu, in einem deutschen Geschäft einen belgischen Revolver oder in einem belgischen Geschäft einen deutschen Revolver zu kaufen. Er ist partout verpflichtet weiterzuleben, wiewohl es, wie gesagt, eine Schmach ist.

Es gibt schon Zustände auf der Welt!  
Bruno Manuel.

## BÜCHERSCHAU.

**Clive Bell: Kunst.** (Sybille-Verlag, Dresden 1922.) Das „Kunst“-buch von Clive Bell ist ein so ausgesprochen englisches Buch, daß man allein schon deshalb die Uebersetzung, die Paul Westheim gemacht hat, interessant finden und bejahren kann. Es ist das Gute und das Schlechte angelsächsischer Bücher darin. Der gesunde Menschenverstand, der vor keiner Tradition Halt macht, der mit Frische und Lebhaftigkeit auch an die bekannten höchsten Probleme rührt, die man bei uns nur mit mystischen Glacéhandschuhen anzufassen wagt. Und es hat aber auch das Schlimme, daß es mit echt englischem Rationalismus diese höchsten Probleme banalisiert und flacher nimmt als sie sind.

Clive Bell prägt den klaren Begriff der „significant form“ (nicht

ganz treffend von Westheim mit „bedeutsamer Form“ übersetzt). Bildende Kunst hat keine andere Aufgabe als die Ergriffenheit des Schöpfers in einer rein anschaulichen Form auszusprechen. Schon Sézanne, der Mann, dem Clive Bell als die größte schöpferische Kraft seit Jahrhunderten feiert, hat gewußt: daß der Gegenstand der Darstellung nur Erinnerungsmittel an die „Sensation“ zu sein hat, die irgendwelche Objekte in ihrer Wirklichkeit bei Malern ausgelost haben. Diese Sensation sei auf die Leinwand zu bringen. Clive Bell bemüht sich nun in seinem umfangreichen Buch ohne alle mystischen Tiraden, wie sie bei uns leider üblich sind, meist mit klarem, gemeinverständlichem Humor, manchmal aber auch mit, recht weitläufiger Banalität den Leser

darüber aufzuklären, daß Kunst nicht den Zweck habe, Geschichten zu erzählen, Frömmigkeit zu predigen, hübsche und reizvolle Dinge abzubilden — daß überhaupt Kunst keine irdischen Zwecke verfolge. Dies alles sollten Selbstverständlichkeiten sein; vielleicht aber, wir wollen es zugunsten Bells annehmen, sind in England die kunstinteressierten Kreise noch naivere Banausen als bei uns. Sogar Clive Bell selbst wird es vor seinem eigenen Mute bange; er wagt nicht, Kunst als absolut zweckbefreites Schaffen zu proklamieren, er schmuggelt als moralische Aufgabe der Kunst die Erziehung zum Guten (zum ästhetisch Guten) ein.

Das Buch gibt dann noch in kurzen Zügen in dem Kapitel „Christliche Welle“ eine knappe Darstellung der europäischen Kunstentwicklung in den letzten zweitausend Jahren, in der manches geschickt und mutig, manches hyperradikal und fast komisch ist, z. B., wenn der Verfasser von Rembrandt als dem „typischen Ruin“ seiner Zeit spricht. Bells flott geschriebenes Buch sollte von denen gelesen werden, die ihm ihre eigene Meinung entgegenzusetzen haben. Es wird anregen, weil es alle Fragen berührt, die sich geheimnisvoll und gesetzhaft um das ästhetische Gesetz gruppieren.

Kurt Offenburg.

\*

**Kritische Schriften.** Allerlei kritische Aufsätze über die allerverschiedensten Themen, über alte und neue Dichtung, die unter dem allesumfassenden Aspekt „Sendung des Dichters“ zusammengekommen sind, — läßt Ernst Lissauer soeben erscheinen (Diederichs, Jena).

Sämtliche Arbeiten sind frisch angepackte, nicht sehr tief geschöpfte Improvisationen über ein gegebenes Thema. Lissauer spielt, im Gegensatz zu Kerr oder Heimann, in seinen Schriften die Rolle eines Conferenciers, der die Welt des Schöpferischen und die Welt des Publikums in wohlwollende Verbindung zu bringen sucht. Seine Arbeiten setzen beim Leser so gut wie gar keine Einstellung zum Kunstwerk voraus. Alles was Lissauer über die schöpferische Leistung des Dichters im allgemeinen, im besonderen über Möricke, Keller, Storm, Jakob Grimm zu sagen hat, ist für den wissenden Leser fast ermüdend, weil allzu deutlich gegeben. Viele guten Einfälle werden in dieser gründlichen Behandlung ihrer feinsten Nuancen beraubt und fast ins rationalistische Gegenteil verkehrt.

Es ist schade, daß Lissauer diese Aufsätze, die zahlreiche feine und gefühlsmäßige Erkenntnisse über einzelne Persönlichkeiten (Luther, Goethe, den Kritiker Emil Kub) enthalten, nicht neu bearbeitet und konzentrierter gefaßt sind.

Kurt Offenburg.

---



---

### Auslandspreise für ein Vierteljahrsabonnement der „Glocke“

<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 15%;">Amerika</td> <td rowspan="3" style="font-size: 3em; vertical-align: middle;">}</td> <td rowspan="3" style="vertical-align: middle;">. . . . .</td> <td rowspan="3" style="vertical-align: middle;">1 Dollar</td> </tr> <tr> <td>China</td> </tr> <tr> <td>Japan</td> </tr> <tr> <td>England</td> <td></td> <td style="vertical-align: middle;">. . . . .</td> <td style="vertical-align: middle;">5 Schilling</td> </tr> <tr> <td>Frankreich und Belgien</td> <td></td> <td style="vertical-align: middle;">. . . . .</td> <td style="vertical-align: middle;">10 Francs</td> </tr> <tr> <td>Holland</td> <td></td> <td style="vertical-align: middle;">. . . . .</td> <td style="vertical-align: middle;">2<math>\frac{1}{2}</math> Gulden</td> </tr> </table>	Amerika	}	. . . . .	1 Dollar	China	Japan	England		. . . . .	5 Schilling	Frankreich und Belgien		. . . . .	10 Francs	Holland		. . . . .	2 $\frac{1}{2}$ Gulden	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 15%;">Italien</td> <td style="vertical-align: middle;">. . . . .</td> <td style="vertical-align: middle;">. . . . .</td> <td style="vertical-align: middle;">12 Lire</td> </tr> <tr> <td>Rumänien</td> <td style="vertical-align: middle;">. . . . .</td> <td style="vertical-align: middle;">. . . . .</td> <td style="vertical-align: middle;">80 Lei</td> </tr> <tr> <td>Schweiz</td> <td style="vertical-align: middle;">. . . . .</td> <td style="vertical-align: middle;">. . . . .</td> <td style="vertical-align: middle;">5 Franken</td> </tr> <tr> <td>Spanien</td> <td style="vertical-align: middle;">. . . . .</td> <td style="vertical-align: middle;">. . . . .</td> <td style="vertical-align: middle;">6 Pesetas</td> </tr> <tr> <td>Skandinavien</td> <td style="vertical-align: middle;">. . . . .</td> <td style="vertical-align: middle;">. . . . .</td> <td style="vertical-align: middle;">5 Kronen</td> </tr> <tr> <td>Tschechoslowakei</td> <td style="vertical-align: middle;">. . . . .</td> <td style="vertical-align: middle;">. . . . .</td> <td style="vertical-align: middle;">15 Kronen</td> </tr> </table>	Italien	. . . . .	. . . . .	12 Lire	Rumänien	. . . . .	. . . . .	80 Lei	Schweiz	. . . . .	. . . . .	5 Franken	Spanien	. . . . .	. . . . .	6 Pesetas	Skandinavien	. . . . .	. . . . .	5 Kronen	Tschechoslowakei	. . . . .	. . . . .	15 Kronen
Amerika	}				. . . . .	1 Dollar																																					
China																																											
Japan																																											
England		. . . . .	5 Schilling																																								
Frankreich und Belgien		. . . . .	10 Francs																																								
Holland		. . . . .	2 $\frac{1}{2}$ Gulden																																								
Italien	. . . . .	. . . . .	12 Lire																																								
Rumänien	. . . . .	. . . . .	80 Lei																																								
Schweiz	. . . . .	. . . . .	5 Franken																																								
Spanien	. . . . .	. . . . .	6 Pesetas																																								
Skandinavien	. . . . .	. . . . .	5 Kronen																																								
Tschechoslowakei	. . . . .	. . . . .	15 Kronen																																								

**Überweisung durch Wertbrief oder Scheck erbeten**

---



---

Die Ergebnisse des  
**Münchener Hochverrats-Prozesses**

werden behandelt in:

**DIE VATERLÄNDISCHEN  
MÖRDER  
DEUTSCHLANDS**

Bayern in der Kleinen Entente

Von Karl Frank u. Heinz Neumann

Grundpreis 0,90 Mark

Vereinigung Internat. Verlags-Anstalten  
Berlin SW 61 G. m. b. H.

**DIE PRAXIS  
DER HANDELSPOLITIK**

VON MAX SCHIPPEL

Eine gemeinfaßliche Einführung • Zweite, vermehrte Auflage

**GRUNDPREIS 1,- M.**

*Aus den Presse-Urteilen:*

Der Verfasser gibt nicht nur *klare Definitionen* über Nationalbehandlung u. Meistbegünstigung, Freihandel und Schutzzoll, Tarifverträge und autonomen Doppeltarif sowie Meistbegünstigung u. Reziprozität, sondern *erläutert die Unterschiede an zahlreichen Beispielen* aus den verschiedensten Handelsverträgen. Weiterhin wird die Stellung der Kolonien in der Handelspolitik und eingehender die Frage der Zollkriege *erörtert*. Den Schluß bilden *Betrachtungen* über die Ursachen des Umschwungs zum Schutzzoll in der Nachkriegszeit und über die Möglichkeit, wie Deutschland *trozt* Friedensvertrag sich handelspolitisch betätigen kann.

*„Weltwirtschaftliches Archiv“ (Gustav Fischer, Jena)*

**VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT GMBH • BERLIN SW 68**



# DIE GLOCKE

21/22. Heft

27. August 1923

9. Jahrg.

---

Nachdruck sämtlicher Artikel ist nur mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

---

RUD. BREITSCHIED:

## Von Cuno bis Stresemann.

AN der Bahre des dahingeschiedenen Kabinetts Cuno sind an dem Tage, an dem sich die neue Regierung dem Parlament vorstellte, eine Reihe von Kränzen niedergelegt worden. Der Reichskanzler und die Führer der bürgerlichen Parteien widmeten ihm Worte des Dankes und der Anerkennung. Man pflegt solche Trauerreden nicht auf die Goldwage zu legen, und so dürfen wir es uns ersparen, im einzelnen nachzuprüfen, wie weit die schönen Worte durchweg ehrlich gemeint gewesen sind. Nur einen sahen wir, dessen Zähnen aufrichtig waren, und das war der Führer der Deutschnationalen, der Abg. Dr. Hergt. Er hatte wirklich einen herben Verlust zu beklagen. Die anderen werden es uns nicht verargen, wenn wir ihre Nekrologe für rein konventionell erklären und die Vermutung aussprechen, daß sie alsbald nach der Rückkehr von der Beisetzung den Trauerflor mit einem Seufzer der Erleichterung wieder vom Zylinderhut entfernt haben.

\*

Derselbe Seufzer der Erleichterung geht durch den weitaus größten Teil des deutschen Volkes. Außer den Nationalisten erwartete niemand mehr etwas Gutes von Herrn Cuno und seinen Kollegen, im Gegenteil, alle empfanden diese Regierung als einen Druck, der nur ertragen wurde, weil einstweilen keine Alternative vorhanden zu sein schien. Das Vertrauen war verloren. Die Begeisterung, mit der man vor acht oder neun Monaten dem neuen und unbekanntem Mann als Retter des Vaterlandes begrüßt hatte, war verflogen, ihn stützte nur noch die Resignation, die einstweilen an der Möglichkeit zweifelte, einen Ersatz für den großen Versager zu finden, oder die vorhandenen Möglichkeiten aus diesem oder jenem Grunde als bedenklich erachtete. Das Kabinett der Erlösung war ein Kabinett der Verlegenheit geworden, der vordem stolze Bau eine Ruine, die die Schwäche und Unzulänglichkeit des deutschen Parlamentarismus symbolisierte.

\*

Das Parlament kann auch die Ehre nicht in Anspruch nehmen, den Entschluß zur Beseitigung des lästigen Mauerwerks aus eigener

Initiative gefunden zu haben. Es wurde von außen her angetrieben. Nicht etwa durch den kommunistischen „Generalstreik“, der, soweit die Regierungskrisis in Betracht kommt, nur ein schlecht gelungener Treppenwitz war. Aber durch den Unwillen der Massen, und der wieder wurde zur Siedehitze gesteigert durch den Präsidenten der Reichsbank, Herrn Havenstein. Ehre, dem Ehre gebührt! Die wahnsinnige Preissteigerung, die dem katastrophalen Marksturz folgte, hätte vielleicht noch nicht ausgereicht, den Sturm zu entfachen, der Herrn Cuno hinwegfegen mußte, wenn nicht der Mangel an Banknoten hinzugekommen wäre. Das Fehlen des Bargeldes stieß dem Faß den Boden aus. Die unzureichende Technik der Reichsbank machte die schleichende Krisis akut. Das Kabinett Cuno stolperte über Herrn Havenstein. Nicht sowohl über den, dessen Kreditpolitik das Papiergeld vermehrte, als über den, der nicht die genügende Menge von Papiergeld drucken konnte. Und darin liegt eine gewisse Komik.

\*

Die Gefolgschaft Cunos wird diese Komik sicher nicht empfinden. Sie wird eher geneigt sein, ihr Schicksal tragisch aufzufassen. Sie kann sich ja darauf berufen, daß sie gerade in dem Augenblick fiel, als zum ersten Male seit dem Bestehen dieser Regierung so etwas wie eine heroische Anstrengung in der Finanz- und Steuerpolitik gemacht worden war. Tief einschneidende Gesetze waren soeben in der denkbar kürzesten Zeit durchberaten und verabschiedet worden. Alle Welt versprach sich von ihnen schöne Erfolge. Das ist richtig, und man mag sich auch darüber hinwegsetzen, daß in diesen Dingen die Regierung ebenfalls wieder weniger aus eigenem Antrieb, als unter dem starken Druck der sozialdemokratischen Partei gehandelt hatte, aber worauf es wesentlich ankommt, ist, daß sich die Logik der Tatsachen nicht aus einem bestimmten Augenblick ergibt. „Nicht jeden Wochenschluß macht Gott die Zeche.“ Die Leistungen einer Stunde vermochten die Versäumnisse und Sünden von Monaten nicht wett zu machen. Was einige Wochen zuvor die Flut noch hätte eindämmen können, wurde jetzt von den sturmgepeitschten Wogen hinweggerissen. Die frivole Passivität von dreiviertel Jahren rächte sich.

\*

Das Kabinett Cuno ist tot, so tot wie ein Kabinett nur sein kann. Aber leider ist es unmöglich, in den Ruf einzustimmen: „Es lebe das Kabinett Stresemann!“ Auch diejenigen unter uns Sozialdemokraten, die die große Koalition wollten, haben sie nicht begeistert gewollt. Fast allen erschien sie als ein Uebel. Der Unterschied war nur der, daß die einen sie als vermeidbar, die andern als unvermeidlich ansahen. Darüber, daß sie die stärkste Belastungsprobe für die Partei darstellt, war man sich einig, und nur darüber bestand nicht von Anfang an volle Klarheit, daß ein Miß-



trauensvotum für Cuno den Weg zu der großen Koalition mit der Volkspartei unbedingt frei machte. Weil ich das Unentrinnbare dieser Alternative sah, wollte ich, wenn diese persönliche Bemerkung hier erlaubt ist, unter Berufung darauf, daß die Partei ihre unmittelbaren Forderungen durchgesetzt hatte, der Regierung Cuno einstweilen das Leben schenken. Ich weiß, daß dadurch die Krisis nur auf eine kurze Weile vertagt worden wäre, und daß dieselbe Frage, die uns in der vergangenen Woche zur Entscheidung vorgelegen hat, sehr bald aufs neue aufgeworfen worden wäre. Indessen hätte auch der Zeitgewinn seinen Nutzen gehabt. Das Problem der Regierungsbildung, das unter dem verflossenen Regime leider allzu ängstlich umgangen wurde, hätte sorgfältig und in Ruhe diskutiert werden können. Es wäre über die Möglichkeit und die Aussichten einer Arbeiterregierung zu sprechen gewesen, wobei vor allem dieser Begriff, den die kommunistische Schlagwortpolitik verdunkelt, näher zu definieren gewesen wäre. Es hätte die Frage erörtert werden müssen, ob eventuell eine rein bürgerliche Parteiregierung vor dem bisherigen Regime den Vorzug verdiente, und wie sich die Sozialdemokratie zu ihm zu stellen habe. Auf diese Weise hätte die Reichstagsfraktion in Uebereinstimmung mit der Auffassung der Massen im Lande gebracht werden können, und wie dann auch immer die Entscheidung fiel: sie hätte geringere Erschütterungen in unsere Partei gebracht. Aber die Mehrheit der Fraktion glaubte jetzt das Mißtrauensvotum für Cuno aussprechen zu müssen, und damit waren die, die ihn durch die Arbeiterregierung ersetzen wollten, erledigt, denn ihre Idee hätte sich zurzeit selbst dann nicht verwirklichen lassen, wenn ihm das über alles Maß törichte Verhalten der Kommunisten nicht im Wege stände. So wurde die große Koalition auf die Beine gestellt.

\*

Die schweren Bedenken, die gegen das Zusammengehen mit der Partei der Schwerindustrie, der Gegner des Achtstundentages, der sehr zweifelhaften Republikaner sprechen, sollen in diesem Zusammenhang nicht wieder ausgesprochen werden. Sie sind zu bekannt. Aber wir wissen, daß die Sozialdemokratie, auch ganz von der schlimmen Bundesgenossenschaft abgesehen, eine große Verantwortung auf sich genommen hat. Mißlingt das Experiment, dann fällt das Fiasko mit zerschmetternder Wucht auf die Partei zurück. Und an einem solchen Mißlingen braucht nicht einmal die Kooperation mit den Bürgerlichen die alleinige Schuld zu tragen. Die Aufgaben, die der Regierung gestellt sind, wachsen ins Ungeheure. Nichts wäre falscher, als sich über die Wirkung der eben beschlossenen finanzpolitischen Maßnahmen großem Optimismus hinzugeben. Im besten Fall sind sie ein Anfang, ein Stück aus einem gewaltigen Reformwerk. Wird es sich durchführen lassen? Und wird das Kabinett eine Lösung der außenpolitischen

Probleme finden können? Ruhr- und Reparationsfrage lasten nach wie vor schwer auf uns, und wer in der letzten englischen Note an Frankreich viel mehr sehen will, als eine aus innerpolitischen Gründen notwendig gewordene scharfe Betonung des britischen Standpunkts, kann sich leicht wieder in verhängnisvolle Illusionen verstricken. Wenn Stresemann sich darauf beschränkt, den Faden Cunos weiter zu spinnen, dann ist alles verloren. Aber damit ist noch keineswegs gesagt, daß größere Aktivität uns zu einem Ende führen kann, das die Billigung der „Nationalgesinnten“ findet. Von dieser Seite droht noch immer die größte Gefahr. Wird das Kabinett, in dem Sozialdemokraten neben Herrn Geßler sitzen, sie abwehren können?

\*

Was sollen die der großen Koalition Abgeneigten unter diesen Umständen tun? Unsere grundsätzlichen Bedenken aufgeben können und dürfen wir nicht. Aber noch weniger kann es unsere Aufgabe sein, die Arbeit derer, die uns in der Regierung vertreten, durch Angriffe zu sabotieren oder durch Trotz zu erschweren. „Das Trotzen“, so las ich einmal in den Erinnerungen eines österreichischen Diplomaten, „ist im gesellschaftlichen Leben eine alberne, in der Politik eine gefährliche Sache“. Pflicht ist, alles zu tun, um den sozialistischen Einfluß in der Koalition zu stärken. Nicht um der Koalition, sondern um des Sozialismus willen. Das kann nur erreicht werden, wenn die Partei geschlossen bleibt. Daneben aber haben wir uns zu bemühen, die Periode der Koalitionen nach Möglichkeit abzukürzen. Es darf kein Zweifel darüber gelassen werden, daß das gemeinsame Regieren mit bürgerlichen Parteien für uns höchstens ein Uebergangsstadium sein kann. Ziel ist: die Herrschaft der Arbeiter im weitesten Sinne des Wortes. Voraussetzung seiner Erreichung: die Einigkeit des Proletariats im Erkennen und Wollen.

---

MAX QUARCK:

## Das englische Urteil über den Ruhreinfall.

Die Mitteilungen aus der vorläufigen englischen Abschlußnote sind noch nicht vollständig. Es scheint aber, daß ein Stück des historischen Schriftstücks ziemlich getreu in die deutsche Presse übergegangen ist — der Teil, der von der Unrechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung handelt. Bei der außerordentlichen Wichtigkeit der formellen Verurteilung des bewaffneten französisch-belgischen Einfalls durch England lohnt es sich, zunächst auf dieses Stück näher einzugehen.

Nach der Uebersetzung des Wolffschen Büros erklärt die englische Regierung unter § 30 ihrer Note, die bekanntlich in 55 Paragraphen zerfällt, daß die Ruhrbesetzung dem Versailler Vertrag widerspreche,

Die französische und belgische Regierung seien der Ansicht, daß die Besetzung durchgeführt werden müsse kraft der Befugnis, die im § 18, Anhang 2, Teil 8 des Friedensvertrages erteilt wird. Die deutsche Regierung habe konsequent behauptet, daß eine derartige Maßnahme bei angemessener Auslegung dieses Paragraphen nicht in die Kategorie der wirtschaftlichen und finanziellen Prohibitionen und Repressalien falle, welche die alliierten Regierungen beschließen konnten. Die höchsten juristischen Autoritäten in Großbritannien hätten der britischen Regierung ein Gutachten abgegeben, daß die Behauptung der deutschen Regierung wohlbegründet ist. Die britische Regierung habe niemals ihre Ansicht verhehlt, daß die französisch-belgische Ruhraktion, ganz abgesehen von der Frage ihrer Zweckmäßigkeit, nicht eine Sanktion ist, die durch den Vertrag selbst autorisiert ist. Nach Ansicht der englischen Regierung könne nicht rechtmäßig behauptet werden, daß die Maßnahmen, die die Alliierten unter § 18, Anhang 2 in gewissen dringenden Fällen zu ergreifen befugt sind, die militärische Besetzung von deutschem Gebiet einschließen. Eine derartige Besetzung falle unter die besonderen Bestimmungen des Teils 14 des Vertrages, der die Garantien behandle. Das Recht, das linke Rheinufer und die Brückenköpfe zu besetzen, sei den Alliierten gegeben worden als Garantie für die Durchführung des Vertrags. Außerdem bestimme Art. 430 besonders, daß, wenn die Reparationskommission finde, daß Deutschland sich weigere, seine genauen Verpflichtungen mit Bezug auf die Reparationen oder einen Teil davon nach den Bestimmungen des Vertrages zu beobachten, die gesamten besetzten Gebiete oder Teile davon, die vielleicht bereits geräumt worden seien, unverzüglich wieder besetzt werden. Es würde nicht nötig gewesen sein, ausdrücklich eine derartige Wiederbesetzung im Falle eines Verzuges in den Reparationen zu bestimmen, wenn die Alliierten bereits ein unbeschränktes Recht gehabt hätten, irgendein deutsches Gebiet unter einer andern Bestimmung des Vertrages zu besetzen.

Das ist die ungeheuer gewichtige, von Uebersetzungs- und Druckfehlern gereinigte Erklärung der englischen Regierung zum Ruhrfall. Sie kommt auf eine Verdammung dieses Einfalls als einer völkerrechtswidrigen und im Vertrag von Versailles nicht begründeten Handlung hinaus. Sie zerfällt in zwei Teile, von denen der eine den berüchtigten § 18 behandelt, und der andere ein neues Argument bringt.

Bezüglich des § 18 beschränkt sich die englische Regierung auf ein negatives Argument. § 18 steht im Teil 8, „Wiedergutmachungen“ (Reparationen) betreffend. Dieser Teil behandelt lediglich wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen, nicht militärische. Er kann also gar nicht die Ruhrbesetzung decken. Es gibt aber auch noch positive Gründe für die Nichtanwendbarkeit des § 18. Sie bestimmen, was dieser Paragraph tatsächlich bezweckt. Er handelt in Wirklichkeit von Reparationsmaßregeln, welche die alliierten Regierungen auf ihrem

eigenen Hoheitsgebiete zu ergreifen für notwendig halten. Das hat Rechtsanwalt Dr. Grimm (Essen), Privatdozent an der Universität Münster, der bekannte Vertreter deutscher Angeklagter vor französischen Militärgerichten, in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 1. April 1923 überzeugend dargelegt. § 18 lautet:

„Die Maßregeln, zu denen die alliierten und assoziierten Regierungen, falls Deutschland vorsätzlich seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, berechtigt sind und die Deutschland sich verpflichtet, nicht als feindselige Handlungen zu betrachten, können in wirtschaftlichen und finanziellen Sperr- und Vergeltungsmaßregeln, überhaupt in solchen Maßregeln bestehen, welche die genannten Regierungen als durch die Umstände geboten erachten.“

Ganz ausdrücklich ist hier nur von „wirtschaftlichen und finanziellen Sperr- und Vergeltungsmaßregeln“ die Rede. Und die Wendung, sie „nicht als feindselige Handlungen zu betrachten“, hat nur dann einen Sinn, wenn man nichtmilitärische Maßnahmen voraussetzt. Nur diese können „als feindselige Handlungen betrachtet“ werden. Militärische Handlungen wären dies ohne weiteres. Daher rührt auch das krampfhafte Bemühen Poincarés, die Ruhrexpedition als eine Ingenieurmission zu bezeichnen, die in friedlicher Absicht und lediglich, um die Wirtschaft des Ruhrgebiets für Reparationszwecke zu organisieren, dort eingedrungen sei. Die Hühner lachen über eine solche Darstellung. Ueberall ist zuerst das französische Militär in regelrechten Kriegformationen und mit Tanks, Vorhut und Nachhut einmarschiert und hat die militärische Besetzung zuerst vorgenommen, die dann die passive Resistenz von deutscher Seite auslöste. Aber diese Diversion macht die Anwendung des § 18 nicht schmackhafter. Sie unterstreicht vielmehr nochmals den Widerspruch, in dem sich die französische Besetzung zu ihm befindet. § 18 betrifft die Möglichkeit der Beschlagnahme deutscher Guthaben in den betreffenden alliierten Staaten, die Möglichkeit der Ergreifung sonstiger deutscher Werte, wie Patent- und Urheberrechte usw. Das kann sich sowohl auf deutsche Waren-, als auf deutsche Bankguthaben beziehen, die im betreffenden alliierten Lande zirkulieren. Und weil der deutsche Außenhandel von beständiger Sorge um diesen Verkehr beherrscht war, deshalb haben mehrere alliierte Länder, welche Gewicht auf den Wiederaufschwung des deutschen Handels auf ihrem Hoheitsgebiet, auch dem kolonialen, legten, die Erklärung abgegeben, daß sie auf die Rechte des § 18 ausdrücklich verzichteten. Insbesondere hat dies eine Regierung getan, die dem Deutschen Reiche durch besondere Note vom 5. Februar 1921 mitteilte:

„Die . . . . Regierung hat nicht die Absicht, die Rechte auszuüben, welche ihr der § 18 der Anlage 2 zu Teil 8 des Vertrages von Versailles gewährt, nämlich die Güter deutscher Staatsangehöriger zu beschlagnahmen in dem Falle, wo Deutschland vorsätzlich seinen Verpflichtungen nicht nachkäme.“

Die Regierung, die dies dem Deutschen Reiche notifizierte, war die — belgische, die das Ruhrabenteuer mit Frankreich unternahm!

Zwischen dem 5. Februar 1921 und dem 7. Februar 1923 muß sich ihre Auffassung vom § 18 des Versailler Vertrags gewaltig geändert haben. Öffentlich kundgegeben hat sie diese Aenderung niemals, es sei denn durch die Beteiligung am Ruhreinfall. Aber das Beispiel zeigt, wie die Auslegung des Friedensvertrags mit der wachsenden Entfernung von seiner Entstehung unter dem Einfluß der französischen Kriegspropaganda immer laxer wurde . . . .

Noch zwingender, wenn dies überhaupt möglich ist, wirkt das zweite englische Argument. Zunächst gehören alle militärischen Maßnahmen, die mit der Ausführung des Versailler Vertrags zusammenhängen, unter Teil 14 des Dokuments. Er behandelt die „Garantien für die Durchführung“ in zwei Abschnitten, die Westeuropa und Osteuropa betreffen und sechs Paragraphen umfassen. Wenn irgendeine Besetzung deutschen Gebiets über die Lande östlich vom Rhein hinaus in Betracht käme und als Sicherungsmaßnahme für französisch-belgische Forderungen ins Auge gefaßt worden wäre, müßte sie hier stehen. Der Abschnitt enthält kein Wort von einer solchen Möglichkeit. Er schließt sie also förmlich und gänzlich aus! Er regelt aber auch das Verfahren. Besetzt werden das linke Rheinufer und die Brückenköpfe. (§ 428.) Werden die Vertragsbedingungen von Deutschland pünktlich erfüllt, so wird die Besetzung allmählich eingeschränkt und bestimmte Gebiete werden schon innerhalb 5 bzw. 10 Jahren geräumt. (Art. 429.) Stellt während der Besetzung der Wiedergutmachungsausschuß fest, daß Deutschland sich weigert, die Gesamtheit oder einzelne der ihm nach dem gegenwärtigen Vertrag obliegenden Wiedergutmachungsverpflichtungen zu erfüllen, so werden die im Art. 429 genannten Zonen sofort wieder durch alliierte und assoziierte Streitkräfte ganz oder teilweise besetzt. (Art. 430.) Der Fall einer Nichterfüllung der Gesamtheit seiner Verpflichtungen durch Deutschland ist also schon erschöpfend im Art. 430 geregelt. Die Folge dieses Falles ist die Fortdauer der Besetzung des linken Rheinufers und der Brückenköpfe bis zur Erfüllung der Verpflichtungen, eventuell auch über 15 Jahre hinaus. Nichts mehr und nichts weniger! Und es würde, wenn die Alliierten bereits das unbeschränkte Recht gehabt hätten, irgendein weiteres deutsches Gebiet zu besetzen, nicht nötig gewesen sein, ausdrücklich das Recht einer derartigen Wiederbesetzung zu bestimmen. Daß nur der Teil von diesen Rechten, nämlich die Wiederbesetzung besetzten Gebiets, geregelt wurde, schließt völlig aus, daß an eine Besetzung weiteren Gebiets gedacht wurde. Auch der deutschen amtlichen Kritik, die an dem Entwurf des Friedensvertrags geübt wurde, schien ein Besetzungsrecht, was über Art. 430 hinausgriff, völlig ausgeschlossen. Sie beschäftigte sich in den Gegenvorschlägen der deutschen Regierung zu den Friedensbedingungen, die am 29. Mai 1919 in Versailles bei den Alliierten eingereicht wurden, lediglich mit dem linken Rheinufer und den Brückenköpfen. Sie wendet sich gegen das „Prinzip der Gewalt“, das als Bürg-

schaft für die Durchführung des Vertrages die „langjährige Besetzung deutscher Gebietsteile fordert“ und kritisiert die Besetzung des Linksrheins und der Brückenköpfe sowohl als Sicherung gegen einen deutschen Angriff, als auch als Bürgschaft für die Leistung der Reparationen. Mit keinem Worte streift Deutschland etwa weitergehende Absichten, wie die Besetzung des Ruhrreviers. Der Gedanke daran schien ihm nach dem Wortlaut des Entwurfs völlig ausgeschlossen. Die Alliierten antworteten auf die deutsche Kritik mit wenig Sätzen. Sie meinten: „Nach 4 $\frac{1}{2}$ jähriger Dauer des Krieges . . . können die alliierten und assoziierten Mächte nur die Worte des Präsidenten Wilson vom 27. September 1918 wiederholen: „Darum muß der Frieden Bürgschaften erhalten, weil an ihm Vertragschließende teilnehmen, auf deren Versprechungen, wie man gesehen hat, kein Verlaß ist.““ Wie sehr sich im Ruhrfall diese Worte gegen Frankreich selbst wenden sollten, davon hatte man damals freilich noch keine Ahnung!

So hat England also dem französisch-belgischen Gewaltstreich jede rechtliche Grundlage entzogen. Der Ruhereinfall ist nach den englischen Kronjuristen ein glatter internationaler Friedensbruch! Warum es diese Erkenntnis nicht schon vor der Ausführung des Bubenstreichs gehabt oder geltend gemacht hat, darauf kommt es heute nicht mehr an. Auch darauf nicht, daß es nicht sofort die praktischen Konsequenzen zieht und an Deutschlands Seite tritt, um dem Unrecht Widerstand zu leisten. Es schlägt übrigens vor, den Streitfall dem Internationalen Gerichtshof im Haag oder einem andern geeigneten Schiedsgericht zu überweisen. Das Wesentliche ist, daß einer unserer ehemaligen Kriegsgegner, und zwar gerade einer der am schärfsten mit dem moralischen Maßstabe messenden, den andern Kriegsgegner bei einer Handlung ertappt, die wider Recht und Völkervertrag ist. Wird die neue deutsche Regierung, die Cunos Mißwirtschaft zu liquidieren hat, das Kapital aus dieser kostbaren und einzigartigen Feststellung schlagen, das die Entente in entgegengesetztem Falle gegen Deutschland aus ihr geschlagen hätte? Die Antwort auf diese Frage wird eine der ersten Feuerproben betreffen, die das Kabinett Stresemann zu bestehen hat.

---

HANS BLOCK (Dresden):

## Der Kern des Notenkriegs Berlin-Dresden.

**D**IE Differenzen zwischen der Regierung Cuno und der Regierung Zeigner haben sich in einem Notenkrieg entladen, der allen Hassern des sozialistischen Regiments in Sachsen erneuten Anlaß zu Deklamationen über die reichsschädigende Politik der sächsischen Regierung gibt. Das versteht sich und erfordert weiter keine Beachtung. Aber der Umstand, daß es im sozialistischen Lager selber Kreise gibt, die das Vorgehen der sächsischen Regierung mit

zweifelnden Blicken betrachten, rechtfertigt den Versuch, den Tatbestand möglichst knapp und bestimmt herauszuarbeiten.

Wir brauchen uns nicht mit der Untersuchung aufzuhalten, wer das Karnickel ist, das angefangen hat. Wenn es darauf ankäme, so könnte sich Cuno auf die Niederplanitzer Rede des sächsischen Ministerpräsidenten berufen, in der dieser seine bekannten Warnungen vor der Politik ausgesprochen hat, die uns mit noch weniger Voraussicht und Weitblick als das wilhelminische System in Weltkrieg und zerschmetternde Niederlage, in das Ruhrabenteuer, in die Gefahr der Reichszerstörung, in die Hungersnot und an den Rand des Bürgerkrieges geführt haben. Wesentlich ist nur, was Cuno darauf zu sagen hat. Er hat sachlich nichts gesagt, sondern er hat sich damit begnügt, die sozialistischen Regierungen Sachsens und Thüringens in der üblen Sprache des Diplomaten alter Schule, die die Zweideutigkeit als erstes Erfordernis in Staatsaffären betrachtet, als bedenkliche Elemente zu kennzeichnen, die unter Polizeiaufsicht gestellt werden müssen. Darauf hat die sächsische Regierung in einer Note geantwortet, die jede Zweideutigkeit verschmäht — sie hat laut und scharf gefragt, was die Reichsregierung mit ihren Fingerzeigen auf Sachsen und Thüringen sagen will. Berlin zögerte eine Weile und kam dann mit der lendenlahmen Ausrede, die nicht einmal einen Papiertaler wert ist, es sei die besondere Aufmerksamkeit des Reichs von Sachsen selber provoziert worden, denn Oberst Schützing (in der „Glocke“) und Dr. Zeigner hätten ja von der Gefahr des Bürgerkriegs gesprochen. Die sächsische Regierung hat auf dies einigermaßen verwunderlich zu nennende Manöver, den Warner als den Verdächtigen hinzustellen, mit einem Schreiben von erfrischender Offenheit geantwortet, das die ausweichende Berliner Regierung mit einigen Tatsachen konfrontiert, die auf die Quellen der Bürgerkriegsgefahr sehr geradezu hinweisen. Berlin schweigt seitdem — es ist auch ohne besonderes Interesse, ob die Amtszeit der Regierung Cuno noch so lange dauern wird, daß sie neben anderen Taten auch noch eine neue Note an Sachsen zustande bringt, die einer klaren Antwort ebenso vorsichtig und mit ebenso erbarmungswürdigen Versuchen zur Umdrehung des Spießes aus dem Wege geht, wie die erste. Daß sie nicht auf das eingehen würde, was den Kern der Sache ausmacht, das steht allemal fest. Die Gefahr für das Reich wird ja gerade dadurch gekennzeichnet, daß diese Reichsregierung über gewisse Dinge nicht reden will und daß sie allen Grund dazu hat.

Der sächsische Ministerpräsident hat nicht gewartet, bis die Reichsregierung wieder einmal nichts zur Sache gesagt hat, sondern er hat das, was er in der Note vorerst nur andeutete, in einer Rede in Leipzig, wo die Parteigenossen seine Auffassung über die politische Lage und das, was daraus für die Partei zu folgern ist,

zu hören verlangten, durch eine Reihe von Tatsachen mehr substantiiert, die für die Beurteilung seiner Warnungen von der größten Bedeutung sind. Die Note spricht von beunruhigenden Erscheinungen, die dem sächsischen Ministerpräsidenten (und auch den Vertretern anderer Landesregierungen) mehrfach Anlaß zu ernstesten Vorstellungen bei der Reichsregierung gegeben haben. Die Leipziger Rede liefert die Belege dazu. Sie verweist auf die Beziehungen zwischen Reichswehr und Geheimorganisationen, auf große Waffenlager, die diesen zur Verfügung stehen. Diese Organisationen sind für den Krieg im Innern, nicht gegen die Entente geschaffen — in Bayern, wo diese Organisationen ganz offen, mit Kenntnis und dem Einverständnis der Behörden arbeiten, hat die technische Nothilfe Tanks gebaut, die lediglich für den Straßenkampf bestimmt und verwendbar sind. Diese Geheimorganisationen sind durch die Landesregierungen nicht zu fassen —, alle Vorstöße einzelner Landesregierungen, der Polizei und Justizbehörden verliefen im Sande, weil diese Geheimbünde, die von der Großindustrie und der Landwirtschaft finanziert werden, erklären konnten: „Wir handeln im Einverständnis mit der Reichsregierung!“ Gen. Dr. Zeigner belegt diese Behauptung mit einigen konkreten Fällen. Der Dynamitattentäter Heinz Hauenstein wurde, obgleich die Justizbehörde das zunächst für unglaublich hielt, auf Berliner Befehl aus der Haft entlassen. Sein Verteidiger hatte in seiner Beschwerde erklärt, die Verhaftung sei ein Rechtsbruch. Zeugen, deren Vernehmung er gefordert hatte, wurden nicht vernommen. Ebenso wenig kam es zur Vernehmung der Zeugen Cuno, von Seeckt und Ludendorff, die vor dem Staatsgerichtshof von der Deutschvölkischen Freiheitspartei in ihrem Beschwerdeverfahren gegen das Verbot, das in Preußen, Sachsen und Thüringen gegen sie erging, sehr dringlich beantragt wurde. Und als Roßbach, der seine Entlassung mit der Begründung verlangte, für das, was er getan, sei die Reichsregierung mitverantwortlich, sie sei von allem unterrichtet gewesen, sich zum Beweise ebenfalls auf das Zeugnis Cunos, v. Seeckts und Ludendorffs berief, wurden diese drei Herren wieder nicht zur zeugeneidlichen Vernehmung bemüht. Ganz die gleiche Behauptung wie Roßbach haben die Vertreter der Deutschvölkischen Freiheitspartei vor dem Staatsgerichtshof aufgestellt: die Regierung habe mit ihr und anderen Geheimorganisationen eine schwarze Armee aufstellen wollen. Es bestehe dafür ein gemeinsamer Organisationsplan. Der Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer soll angesichts dieser Tatsachen dem Reichsjustizminister erklärt haben, daß er die rechtliche, politische und moralische Verantwortung für diese Dinge ablehne. Aber auch das hat nichts genützt. In einer Besprechung,



so erklärt Dr. Zeigner, ist klipp und klar gesagt worden, daß um das Ruhrgebiet herum Abteilungen der Geheimorganisationen zusammengezogen worden seien, die von der Reichswehr organisiert und aus den Ruhrkrediten finanziert würden. Aus diesen Tatsachen erklärt es sich, daß die Reichsregierung — erst nach langem Drängen — eine so lahme Erklärung gegen die Sabotageakte abgegeben hat.

Das sind die Tatsachen, die Gen. Dr. Zeigner angeführt hat. Es mag offen bleiben, ob es unpolitische, naive Köpfe gibt, die an die Fiktion glauben, daß diese Rüstungen gegen die Entente bestimmt seien. Der Politiker muß sich jedenfalls daran halten, daß die eigentlichen Drahtzieher jederzeit bereit sein werden, die schwarze Armee gegen den „inneren Feind“, gegen die Arbeiterklasse, marschieren zu lassen, daß ihnen dieses Ziel mindestens ebenso am Herzen liegt wie ein Rachekrieg gegen Westen. Wenn ihnen das Aussichtslose des letzteren Unternehmens nicht überhaupt schon klar geworden ist. Die Gefahr für das Reich, das Verhängnisvolle einer solchen Geheimrüstungspolitik ist übrigens in einem wie in dem anderen Falle gleich groß.

Der sächsische Ministerpräsident hat in seiner Leipziger Rede klar und fest die Schlußfolgerung gezogen, daß alle jene Kreise, die die eigentlichen Macher in diesen Dingen sind, den Plan haben, die Massen müssen zur Verzweiflung und auf die Straße getrieben werden, damit ein Anlaß gegeben ist, um die Arbeiterbewegung niederzuschlagen und die Republik zu zerstören.

Das ist der Kern des Notenkriegs Berlin—Dresden. Davon hat die Auseinandersetzung ihren Ausgang genommen. Jedenfalls ist die Frage, wie der Gefahr des Bürgerkrieges zu begegnen ist, eine äußerst brennende, und jeder wird verstehen, weshalb der sächsische Ministerpräsident sie in den Vordergrund seiner Ausführungen gerückt hat. Die Sozialdemokratische Partei muß diese Warnung auf das ernsteste erwägen.

\*

Nachwort der Redaktion: Dieser Artikel wurde von unserm Mitarbeiter geschrieben, als noch die Regierung Cuno am Ruder war. Mit ihrem Sturz glaubten wir zunächst die Angelegenheit erledigt. Aber Herr Geßler beweist durch sein Verhalten, daß eine energische Verfolgung der Angelegenheit heute nötiger als je ist. Der „Abbruch der diplomatischen Beziehungen“, den er gegen das Kabinett Zeigner und den Freistaat Sachsen proklamiert hat, ist wohl das tollste Stück, das neudeutscher Militarismus sich leisten konnte, um die Existenz einer militärischen Nebenregierung auch in der Republik kundzutun. Der Fall Geßler wird damit zu einem ernstesten Problem des Kabinetts Stresemann und der großen Koalition. Mit diesem Herrn, der ernste, sachliche Vorhaltungen, wie er es auch dem „Vorwärts“ gegenüber getan hat, durch

im Ton anmaßliche, sachlich nichtssagende Tiraden abtun zu können glaubt, geht es nicht weiter. Auch das schroffste Dementi schafft Dinge nicht aus der Welt, die schon die Spatzen von den Dächern pfeifen. Außer Herrn Geßler gibt es wohl keinen Republikaner, der sich nicht über den Charakter der heutigen Reichswehr im klaren ist. Es besteht aller Anlaß, das vom Ministerpräsidenten Zeigner veröffentlichte Material sowie die von ihm noch nicht veröffentlichten Dokumente im Reichstag nachzuprüfen. Geschieht das ernstlich, so dürfte wohl für Herrn Geßler und seinen vorgesetzten Stabschef, den General Seeckt, die letzte Amtsstunde geschlagen haben — wenigstens in einem Gemeinwesen, das keine Politik mit doppeltem Boden, kein öffentliches Verbieten und heimliches Dulden kennt!

E. K.-r.

HERMANN SCHUETZINGER:

## Republik und Wehrmacht.\*)

**E**IN das Wehrreferat in der Reichstagsfraktion bearbeitender Parteigenosse sagte mir auf dem Parteitag zu Augsburg: „Unsere Parteiblätter überstürzen sich in der Forderung nach der Republikanisierung der Reichswehr und kein Mensch hat mir bis jetzt praktisch erläutern können, wie dieses schwierige Problem in Wirklichkeit anzupacken ist.“

### I.

Nun, praktische Vorarbeit ist geleistet. Ein Wehrmacht-Reform-Programm existiert. Die Vorschläge dazu wurden von der „deutschen Liga für Menschenrechte“ gesammelt, und zwar aus den Federn des Generals der Infanterie von Daimling, des Generalmajors v. Schoenaich, des Obersten Lange, des Majors Müller-Brandenburg und des Verfassers dieser Zeilen, also von drei bürgerlichen und drei sozialistischen Militärs. In die äußere Form wurde es von mir gebracht und durch die „Liga junge Republik“ in mehreren hundert Exem-

\*) Ein in der „Glocke“ erscheinener Artikel des Gen. Schützinger, der vor der Gefahr des Umsturzes von rechts warnte, hat seinerzeit der Regierung Cuno den Vorwand zu ihrem täppischen Angriff auf Sachsen geliefert. Der heute abgedruckte Artikel war schon seit längerer Zeit in unserm Besitz. Unsere ursprüngliche Absicht, ihn Herrn Cuno als Köder zu neuen Blamagen hinzuhängen, ist durch den Abgang dieses Herrn hinfällig geworden. Dafür kann die neue Reichsregierung die Ausführungen Schützingers als Richtschnur ihres Handelns gebrauchen. Wie wär's, Herr Geßler?!

E. K.-r.

plären dem Reichstag und der Reichsregierung zugestellt. (Selbstverständlich wurde es von der bürgerlichen Presse völlig totgeschwiegen.)

Das Wehrmacht-Reform-Programm geht von der Erwägung aus, daß Reichswehr und Schutzpolizei einen gemeinsamen Fragenkomplex bilden. Keine durchgreifende Reform der Reichswehr ist denkbar, ohne die Heranziehung eines mehr oder minder großen Führerkontingents aus der Schutzpolizei.

Die Republikanisierung der staatlichen Exekutive kann unter der örtlich begrenzten Landeshoheits-Gewalt viel intensiver durchgeführt werden als in dem weiten Wirkungsfeld der Reichswehr, deren politische Leitung von Berlin aus die einzelnen Verbände keineswegs so überspannen und beherrschen kann, wie etwa der thüringische oder der sächsische Innenminister die Schutzpolizei seines Ressorts beherrscht. Aus dieser personellen und materiellen Differenzierung ergab sich innerhalb weniger Jahre der gänzlich verschiedene Grad republikanischen Staatsbürgerbewußtseins in Schutzpolizei und Reichswehr.

Von diesem Gesichtspunkt geht das Reform-Programm aus, wenn es unter Ablehnung einer „tropfenweisen“ Verpflanzung isolierter Republikaner in die Reichswehr den Beginn der Reform-Aktion durch die Besetzung des Reichswehrministeriums, der höheren Stäbe und der Truppe durch ein förmliches Führer-Kontingent aus der Schutzpolizei fordert. Im folgenden das Programm:

### I. Reform des Reichswehrministeriums.

1. Der Reichswehrminister muß ein überzeugter und tatkräftiger Republikaner sein. Ob er aus parlamentarischen Kreisen oder aus den ehemaligen Berufsoffizieren zu nehmen ist, ist eine Frage von untergeordneter Bedeutung. Die Hauptsache ist, daß sein Stab von überzeugten Republikanern in Besitz genommen wird.

2. Folgende Stellen des Reichswehrministeriums sind demgemäß von Republikanern zu besetzen:

- a) die Adjutantur des Reichswehrministers.
- b) der Chef der Heeresleitung.

Im Stab der Heeresleitung: das Personalamt, das Truppenamt mit der Heeresabteilung, der Inspekteur des Erziehungs- und Bildungswesens.

Das Personalamt hat die Ausscheidung ungeeigneter und die Einstellung gesinnungs- und berufsfreudiger Elemente durchzuführen. Der Inspekteur des Erziehungs- und Bildungswesens hat durch Veranstaltung von Vorträgen, durch Schaffung einer republikanischen Armeezeitung und durch Ausgabe geeigneter Bücher einen neuen verfassungsfreudigen Geist in die Wehrmacht zu pflanzen. Das

Truppenamt der Heeresabteilung hat den operativen Apparat der Wehrmacht in Besitz zu nehmen.

c) Der Chef der Marine-Abteilung.

## II. Reform der höheren Stäbe.

Es sind zu besetzen durch republikanische „Regierungskommissare“:

1. Gruppenkommando I (Berlin).
2. Gruppenkommando 2 (Cassel).
3. Kommando der Marinestation der Ostsee.
4. Kommando der Marinestation der Nordsee.
5. Inspektion des Bildungswesens der Reichsmarine.

Dem „Regierungskommissar“, der auf der Stelle eines Generalstabs-offiziers zu etatisieren ist, muß Einblick in den gesamten Dienstbetrieb und Schriftenverkehr gewährt werden. Seine Hauptaufgabe soll Regelung des staatsbürgerlichen Unterrichts und die Erziehung zur Verantwortung gegenüber dem republikanischen Staat sein.

## III. Reform der Truppe.

Sie muß schrittweise erfolgen unter Inanspruchnahme der republikanischen Offiziersbestände der Schutzpolizei, aus der sich zunächst etwa 100 überzeugungstreue Republikaner in Kompagnie- und Bataillonsführer-Stellen herausziehen lassen.

Eine Zersplitterung dieser Kräfte muß vermieden werden. Deshalb wird vorgeschlagen, zunächst je einen Vertrauensmann in die Stäbe der Wehrkreiskommandos zu entsenden. Der Rest ist in das Wehrkreiskommando III (Berlin) einzusetzen. Diese Division mit ihren drei Infanterie-Regimentern und dem Artillerie-Regiment ist zunächst umzugestalten. Die hierfür in Betracht kommenden Schutzpolizei-Offiziere aus Sachsen, Thüringen, Braunschweig, Mecklenburg und Hamburg sind zunächst auf der Infanterie-Schule des Truppenübungsplatzes Döberitz eingehend zu schulen und zusammenzuschweißen. Das Wehrkreiskommando III insbesondere muß zu einer unbedingt verlässlichen Schutztruppe der Reichshauptstadt und der Verwaltungszentrale des Reiches umgestaltet werden.

Weitere Aufgaben der Reichswehr-Reform werden sein:

1. Feierliche Abnahme des Fahneneides auf die Republik.
2. Festliche Begehung des „Tages der Republik“ (11. August) durch die Wehrmacht.
3. Einführung der schwarz-rot-goldenen Bataillonsfahne und vollständige Abschaffung der schwarz-weiß-roten Kommandoflaggen.
4. Sofortige Dienstentlassung bei begründetem Verdacht der Zusammenarbeit mit antirepublikanischen Organisationen.
5. Verbot einer dienstlichen Beanspruchung der republikanischen Truppenverbände für monarchistische Veranstaltungen, vor allem Verbot der Teilnahme der „Traditionskompagnien“ an Festlichkeiten, an denen Mitglieder ehemaliger Fürstenhäuser beteiligt sind.

6. Strenge Aufsicht des Personalamts des Reichswehrministeriums über das öffentliche Auftreten verabschiedeter Offiziere der alten Armee in Uniform.
7. Einstellung der Beförderung und Auszeichnung von Offizieren und Reserve-Offizieren des alten Heeres durch das Reichswehrministerium (Charakterisierungen).
8. Massenbeförderungen zu Offizieren aus dem Unteroffiziers- und Mannschaftsstand.

Daß die Entente — soweit sie nicht Deutschland geradezu vernichten will — diese Lösung der Wehrreform unterbinden wird, ist kaum anzunehmen. Der Vertrag von Versailles verbietet zwar einen Kräfteaustausch zwischen Wehrmacht und Polizei, da sich die Unterzeichner des Paktes solchen Austausch nur als eine Kraftquelle der Revanche vorstellen konnten; kein vernünftiger Mensch wird jedoch daran zweifeln, daß der Plan durchgeführt werden kann, wenn es sich darum handelt, chauvinistische Elemente aus der Reichswehr auszuschalten.

Dazu sind die Schutzpolizei- und Reichswehrfrage auch materiell eng miteinander verflochten. Die neueste Schutzpolizei-Note der Entente verlangt die Umorganisation und Entmilitarisierung der Schutzpolizei. Die Note entspringt einem Geist der Kurzsichtigkeit und Verblendung, der nur aus der grenzenlosen Angst Frankreichs vor der deutschen Revanche begriffen werden kann. Sie zerschlägt die festesten Stützen der deutschen Republik, die einzige wahrhaft republikanische Truppe, die Hundertschaften der einzelnen Landespolizei-Verbände. Es ist fraglich, ob die Gesamtheit der Entente die Unsinnigkeit dieser Attacke auf das innere Gefüge des deutschen Volksstaates erkennen und von ihrer Verwirklichung Abstand nehmen wird.

Neben der erzwungenen Auflösung und lockeren Gliederung unserer Polizei-Hundertschaften muß aber ohnehin die Umstellung der Reichswehr für den Polizeidienst einhergehen, wenn die Autorität der deutschen Republik gegen die ihr von allen Seiten drohenden Gefahren durchgesetzt werden soll. Die Zeiten, in denen man ein stadtfremdes, ländliches Rekrutenkontingent in die Straßen der Großstadt stellte, um auf „Vater und Mutter zu schießen“, ohne moralische Bedenken und ohne Benützung all der modernen unblutigen Polizeimittel wie Drahtsperrn, Kraftwagen-Stützpunkten, Wasserspritzen usw. —, diese Zeiten sind vorbei. Hier kann nur, wenn nicht eine organisatorische, so doch eine führungstechnische und ausbildungstechnische Vereinheitlichung von Polizei und Wehrmacht Wandel schaffen.

So liegt also auch die erzwungene Heranziehung der Reichswehr für die Aufgaben einer Polizeitruppe im Sinn unserer Wehr- und Polizeireform.

## II.

Ebenso wie die Außenpolitik drängt uns die zweifellos bevorstehende innerpolitische Auseinandersetzung zur Wehrreform. Jeder denkende Mensch weiß, daß die im Kapp- und Roßbach-Putsch entladenen Energien immer und immer wieder zur Explosion drängen werden, solange es eine deutschnationale und rechtsbolschewistische Presse, eine „deutschvölkische“ Jugend-erziehung, einen Hang zur Geheimbündelei und Soldatenspieleri und den in der Wilhelminischen Ära gezüchteten Geist der Gewalt und Brutalität in der deutschen Jugend geben wird.

Wir erfüllen deshalb lediglich unsere Pflicht als Bürger der Republik, wenn wir dieser unvermeidlichen Gefahr ins Auge sehen. Die Kampfverbände der Rechtsputschisten werden sich etwa aus folgenden Formationen zusammensetzen:

Die Kampftruppen der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei in Bayern, Württemberg und Deutsch-Oesterreich, das Jägerregiment Oberfranken in Bayern und Thüringen, der „Bund Oberland“ in Bayern, Süd-Thüringen, Westdeutschland und Oberschlesien,

die Kampfeinheiten der deutschvölkischen Freiheitspartei in Preußen und den übrigen norddeutschen Einzelstaaten.

Dazu kommen eine Anzahl kleinerer, loser Organisationen wie die Rumpfverbände des Verbandes national gesinnter Soldaten, verschiedener „Heimat“- und „Bismarck“-Bünde. Weiter muß als militärisches Rückgrat die reaktionär verseuchte bayerische Landespolizei in Rechnung gezogen werden. Außerdem kommen noch die deutsch-österreichischen, vor allem die Tiroler „Heimwehren“ in Betracht, die vor allem wegen ihrer guten Bewaffnung und ihrer völligen Klerikalisierung vielleicht die besten Stoßtruppen des Rückschritts und der monarchischen Restauration darstellen.

Die Zusammenziehung und der Aufmarsch dieser Verbände wird zweifellos in Bayern-Tirol vor sich gehen. Die Ausstattung mit schweren Waffen, Fahrzeugen usw. läßt sich dort am besten verwirklichen. Im übrigen wird zweifellos auch im Nordosten Deutschlands der Versuch gemacht werden, ein zweites Aufmarschgebiet gegen das dortige republikanische Zentrum aufzubauen.

Ueber die außerordentliche strategische und wirtschaftliche Stärke dieses republikanischen Zentrums sind sich zweifellos auch unsere künftigen Gegner im klaren. Dieses Kraftzentrum der Republik beruht in erster Linie auf der passiven Resistenz der sächsischen, thüringischen und rheinisch-westfälischen Arbeiterschaft, die zweifellos durch ihren Generalstreik und ihr örtliches Eingreifen Mittel- und Nordwestdeutschland verkehrstechnisch beherrscht. Damit wäre an sich jedoch reaktionären Truppenkörpern keineswegs der Vormarsch und die Besitzergreifung strategisch wichtiger Brennpunkte der Wirtschaft und des Verkehrs verwehrt.

erst durch die Existenz und den Einsatz republikanischer Kampftruppen kann dem Spuk im Süden und Nordosten ein Ende bereitet und ein Uebergreifen in die Reichshauptstadt und das Zentrum der deutschen Wirtschaft verhindert werden.

Ebenso wie im Süden die bayerische Schutzpolizei den gefährlichsten Stoßhammer der Reaktion darstellt, wird in Mitteldeutschland die sächsische, die thüringische und die preußische Schutzpolizei Hannover-Westfalens der Kernpunkt der militärischen Abwehraktion der Republik werden. Zusammen mit der badischen, hamburgischen und mecklenburgischen Schutzpolizei werden die mobilen, d. h. die aus dem örtlichen Sicherheitsdienst herauszuziehenden republikanischen Schutzpolizei-Verbände die Stärke von 30 000 Mann — meiner Schätzung nach — nicht übersteigen. Dabei ist gerechnet, daß der örtliche Sicherheitsdienst im Augenblick der Gefahr von der republikanischen Bevölkerung zum Teil übernommen wird.

Die Reichswehr mit ihren Waffen wird zweifellos unter dem Druck der Bevölkerungsmassen dem wirtschaftlich und verkehrstechnisch die Lage beherrschenden Bevölkerungsteil, im Süden und Nordosten der Reaktion, im Zentrum und im Westen der republikanischen Arbeiterschaft zufallen. Der Grad ihrer Aktivität wird verschieden sein; in den „neutral“ und unentschieden verharrenden Grenzstrichen zwischen den großen Aufmarschgebieten wird sie sich ebenso untätig verhalten wie die Masse der Bevölkerung.

Ueber eines aber müssen wir uns vor allem klar sein: Die Dummheiten des Kapp-Putsches, der wegen seiner lokalen Begrenztheit allein am Generalstreik scheitern mußte, und des Roßbach-Putsches, der wegen seiner unvorsichtigen Vorbereitungen im Versuchsstadium erstickt wurde, wird die Reaktion, die an beiden Operationen gelernt hat, nicht wieder machen. Wenn sie wiederum die Lunte an das Pulverfaß legt, dann wird sie dafür sorgen, daß ihr nicht taktische Zufallserfolge in dieser oder jener Großstadt zufallen, sondern daß sie über einen entsprechend großen Apparat verfügt, um strategisch verwertbare Aufmarschgebiete systematisch in die Hand zu bekommen.

Was können wir dagegen tun?

Zähe, unermüdliche Republikanisierungsarbeit an den Schutzpolizeikörpern der Länder, die wir politisch beherrschen — das ist das Erste. Das Zweite ist die stille organisatorische Arbeit innerhalb unserer Partei, damit wir mit Wissen und mit dem Willen unserer politischen Führer in- und außerhalb der Regierung imstande sind bei Ausbruch eines Rechtsputsches unsere Schutzpolizei in ihrem örtlichen Sicherheitsdienst abzulösen und frei zu machen für die „mobile“ Verwendung. Das Dritte aber ist die Reform der Reichswehr, indem wir die Barrieren zwischen Polizei und Wehrmacht niederreißen, die Reichswehrtruppenteile n a c h einander durch Einfügung republikanischer Führerkontingente demokratisieren und sie durch

Schulung und Verwendung für polizeiliche Aufgaben mit der großstädtischen Arbeiterschaft zusammenbringen.

Wenn wir die Zügel schleifen lassen, schlittern wir in den Abgrund und in den Bürgerkrieg hinein — unfehlbar! Packen wir aber die Polizei- und Wehrreform mit fester Hand bei der nächsten Gelegenheit an — dann, nur dann können wir die Pest des Bürgerkrieges aus unserem kranken Volkskörper vielleicht noch hinausräuchern.

KURT HEINIG:

## Herkulesarbeit.

**D**IE neuen Steuergesetze sind — trotz Helfferich — sozialdemokratischen Geistes und sozialdemokratische Arbeit. Das verpflichtet! Sie werden immer als eine beachtenswerte Leistung Geltung behalten, wollen sie doch die Notenpresse im September um die Hälfte verlangsamen. Heute rechnen wir mit einem monatlichen Defizit des Reichshaushalts von rund 250 Millionen Goldmark, das zu durchschnittlich 95 Prozent von der Notenpresse gedeckt wird. Die neuen Steuern sollen 125 Millionen Goldmark erbringen.

Die Besitzenden sind durch die Beschlüsse des Reichstags über die Vorauszahlungen, über das Ruhropfer und das Steuerzinsgesetz wirklich getroffen; ihr Geschrei beweist das. Ein besserer Beleg scheint uns noch zu sein, daß die Steuerpflicht viele zum Verkaufen zwingt, zum Verkaufen von Ware, Effekten, Devisen. Damit kann eine Erleichterung unserer Lage eintreten. Vorläufig ist aber leider noch Wahrheit, daß die Preise des Lebensbedarfs, die kein Halten mehr kennen, durch die ungeheuerlichen Aufschläge, die jeder macht, durch dessen Hauptbuch sie gehen, die eben angedeutete Senkungslinie steigend überschneiden. Wird das nicht aufgehalten, dann könnte der Fall eintreten, daß alles so bleibt, wie es ist. Deswegen lastet jetzt auf der Sozialdemokratischen Partei gegenüber ihren Anhängern und gegenüber dem Volke eine ungeheuerliche Verantwortung.

Vom Beschluß eines gesunden Gesetzes bis zu seiner Durchführung im letzten Finanzamt ist ein Weg, der mit viel guten Vorsätzen hart gepflastert und bisher immer mit unendlichen Mengen von Ausführungsvorschriften weich, wie mit Matten und Läufern, belegt wurde. Die Aufgabe des Reichsfinanzministers wird sein, hier mit starker Hand und energisch den kürzesten Weg zu zeigen. Das schönste Steuerzinsgesetz wird wertlos, wenn die Finanzämter zu viel Zeit brauchen, um die Berechnungen durchzuführen. Es gibt auch eine Verstopfung des Steuereinziehungsapparates! Zudem darf nicht übersehen werden, daß die wert-



beständige Verzinsung einer Steuerschuld ihren Schrecken verlieren kann, wenn der Dollar sinkt. Außerdem dreht es sich ja nicht darum, von den Steuerpflichtigen gehörig Zinsen, sondern darum, die Steuern zu bekommen. Bei der Berechnung der Verzugszinsen, wenn sie im Staffellokonto durch eine Sabotage der Pflichtigen allgemein notwendig wird, können gut und gern zehntausend Finanzamtsbeamte selig entschlafen, ohne daß eine Papiermark in die Kasse kommt.

Der schwerere Teil der sozialdemokratischen Steuerarbeit steht noch bevor. Es ist die andere Hälfte der 250 Millionen Goldmark Monatsausgabe zu decken. Dabei ist nicht berücksichtigt, daß morgen schon die Summe der Monatsausgabe selbst sich weiter nach oben verschieben kann. Die Erfassung der Sachwerte durch die derzeitige Koalition würde einen vollen Sieg der sozialdemokratischen Politik bei den breiten Massen bedeuten. Das wird Stresemann an sich nicht begeistern, er wird, so hoffen wir, die Erfassung der Sachwerte mitmachen, weil sie die Erlösung Deutschlands aus den Fesseln der Entente bedeutet. Die Interessenten, die nur an sich denken, werden, sobald sie sich von ihrem ersten Schreck erholt haben, versuchen, die Einheitsfront der Drückeberger zu bilden. Es wird gut sein, wenn die Sozialdemokratie für jenen Kampf schon heute ihre Massen bereit stellt. Es gilt: Sein oder Nichtsein Deutschlands.

Die Goldanleihe soll die Vorläuferin der wertbeständigen Währung werden. Hier stockt die Feder. Sie ist gesichert, wie es so schön heißt, durch die ganze deutsche Wirtschaft sowie durch jeden, der über steuerpflichtiges Vermögen verfügt. In einem mit Erfolg durchgeführten Steuerreformplan wird jene Haftung vielleicht Goldwert haben. Gelingt er nicht, wird sie in ein Kursverhältnis zum Dollar geraten. Man denke an den russischen Tschernowez. Eine Währung ist nicht durch Paragraphen, und mögen sie noch so klug durchdacht sein, sondern nur durch Substanz zu decken. Dazu kommt dann das Vertrauen. Auch dies muß das neue Kabinett sich erobern.

Der Papiermaßstab muß einem gediegenen Wertmesser bei allen Staatseinnahmen, aber auch bei den Staatsausgaben weichen. Viele Verwaltungszweige stehen mit ihren Kosten schon heute über der „Goldparität“. Hier einzugreifen, ist eine weitere Herkulesarbeit.

Das neue Kabinett wird nicht nur durch die großen Erwartungen und die Ungeduld des Volkes gehetzt werden, auch die Erkenntnis, daß jeder Stoß, der heute die Effekten und die Devisen nach unten treibt, durch die immer noch ständig zunehmenden Papiergeldberge geräusch- und schmerzlos aufgefangen wird, schafft nicht gerade ruhiges Blut.

Und dann die größte Aufgabe: die Beseitigung des Berges, den Poincaré dem Weltfrieden in den Weg gewälzt hat!

Aus all diesen Gründen sollte die sozialdemokratische Parole gegenüber dem neuen Kabinett sein: freudige und energische Unterstützung bei jedem Schritt durch den trocken zu legenden Sumpf. Feines Ohr für die Stimmung der Massen; die Erfassung der Sachwerte würde sie mit der großen Koalition aussöhnen. Und das hat etwas zu bedeuten für die Zukunft. Die Massen sollen die Führer drängen, aber nicht anstänkern. Und unsere Führung soll sich bewußt bleiben, daß die Sozialdemokratie bereit ist, mit Stresemann zu arbeiten, aber sie hat nicht die Absicht, durch die Erfüllung der Herkulesarbeiten ihn zu erobern. Wir wollen mehr.

---

OTTO FLAKE:

## Vom deutschen Defekt.

Keine Situation ist unerträglich, wenn man den Umfang eines Unglücks kennt. Zu jedem Unglück kann man Ja sagen, wenn es erlaubt, einen Strich unter die Vergangenheit zu setzen und sich der Zukunft zuzuwenden, wenn es also Vergangenheit und Zukunft klar scheidet. Läutern die Friedensglocken, wie anno 1648, so kann man das zerstörte Dorf wieder aufbauen, den verstruppten Acker wieder bestellen.

Das Entsetzliche an unserer Lage ist, daß wir den Umfang unseres Unglücks nicht kennen, daß die Auswirkungen des Krieges nicht abgeschlossen sind, daß wir nicht unter uns sind, daß wir nicht reine Bahn vor uns haben.

In einer Wiener Zeitung las ich neulich einen Aufsatz (von Pannwitz): was Bismarck heute getan hätte. Bismarck steht hier einfach für den genialen Menschen, der bei großem Wagemut ein vorsichtiger Rechner ist und das Mögliche will. In jenem Aufsatz wurde gesagt, Bismarck hätte sich, ohne Sentimentalität, den Frieden von Versailles vollständig zu eigen gemacht, ihn radikal und schleunigst liquidiert; er hätte den Militarismus für ein Instrument erklärt, das für das besiegte Deutschland nicht mehr in Frage kommt, und seine Politik ganz auf den Boden des Pazifismus gestellt.

Ohne Zweifel handelt in verzweifelten Lagen jedes Genie so: es stellt sich radikal um, es findet eine neue Orientierung. Es gab 1918 einen Staatsmann, in dem dieser geniale Funke aufsprang, Erzberger. Die Bereitschaft, mit der er den Waffenstillstand unterschrieb, das Lächeln, mit dem er es tat, erschien den Franzosen, wie verbürgt berichtet wird, abstoßend und zugleich unheimlich. Ich gebe gern zu, daß die Haltung Erzbergers tief unsympathisch war, aber sein Gedanke war bedeutend. Er trug ein fertiges Programm in der Tasche: die Sieger bezahlen und loswerden, die Industrie und das Großkapital so

energisch hochnehmen, daß der verderbliche Weg Helfferichs verlassen werden konnte. Man räumte ihn mit dem Geld der Industrie aus dem Weg, das Kapital glaubte billiger davonzukommen.

Erzberger war ein Jesuit, er war auch ein Mann, der begriff, daß aufs Ganze gehen muß, wer eine Katastrophe abdämmen will. In feinerer Form tauchte derselbe Gedanke nochmals auf, bei zwei Politikern, die tief genug sahen, um jeden unnützen Widerstand zu verabschieden. Ich meine Rathenau und Wirth. Jenen räumte man ebenfalls aus dem Weg, diesen drängte man aus den Geschäften. Damit war das deutsche Schicksal besiegelt. Nie hätte man es soweit kommen lassen dürfen, daß die Franzosen sich an der Ruhr festsetzten. Cuno übernahm sich, wie alle diese deutschen Köpfe von heute, und ist statt der Retter der Totengräber geworden. Die Industrie wird einzusehen beginnen, wie billig sie bei Erzberger davongekommen wäre — heute, wo sie wahn-sinnige Opfer wird bringen müssen.

Warum ich, der Nichtpolitiker, das sage? Weil ich als geistiger Mensch politisch denke. Weil ich die unsagbare Folgerichtigkeit des Geschehens sehe und erkannt habe, daß ohne diesen Blick Deutschland erledigt ist. Weil mich mit andern Worten die Frage interessiert, ob die Deutschen soviel Intelligenz haben, um zu fühlen, daß nicht Haß, Mißgunst und andere unverantwortliche Faktoren ihr Los bestimmen, sondern sie es selber Schritt für Schritt bereitet haben.

Für mich hängt das Schicksal eines Volkes von seiner Intelligenz ab — man kann übrigens auch ruhig sagen, von seinem Instinkt für Realitäten. Es genügt nicht, tüchtig in der Arbeit zu sein, zu organisieren, einzukaufen und zu verkaufen: der Charakter, das Seelische, das Menschliche muß obendrein in Ordnung sein. Die Deutschen sind schlechte Politiker, das bedeutet in meinen Augen: sie haben einen Defekt in der inneren Struktur.

Sie sind uneinig, ja. Aber es hilft mir nichts, das von jenen nationalistischen Redakteuren und Professoren zu hören, die sich so merkwürdig bemühen, dem Arbeiter zu beweisen, daß die Russen oder Engländer national sind. Der Ruf nach Einigkeit verhallt wirkungslos, wenn er bedeutet, daß ich mich der Führung der Offiziere, der Beamten und sogenannten Gebildeten überlassen will, deren Ideale mich nichts mehr angehen.

Um die Einigkeit zu ermöglichen, hätten diese rechtsradikalen Kreise zum mindesten die Einsicht aufbringen müssen, daß es an ihnen sei, die neue Staatsform zu bejahen, die neue Flagge als Symbol des gemeinsamen Landes zu achten. An ihnen einen Funken jener Genialität zu spüren, von der ich sprach und die darin bestanden hätte, statt an der Vergangenheit sich festzuklammern, entschlossen den neuen Zustand zu wollen.

Was wir brauchen, was sich nun wohl endlich von selbst aufdrängt, ist eine Art neuer Wissenschaft, eine Art neuer Lehre von der Problematik des deutschen Wesens, wozu ein Vergleich dieses Wesens mit

dem der andern europäischen Nationen gehört. Der Ausdruck Wissenschaft ist natürlich ganz unzutreffend. Es handelt sich hier um ein Erlebnis, um das Erlebnis seiner selbst, das von einer ganzen Nation verlangt wird.

Man wirft dem deutschen Sozialismus vor, daß er für solche „Imponderabilien“, für solche nicht beweisbaren und nicht materiellen Dinge keinen Sinn habe, weil er ihn nie pflegte. Man wirft es dem Sozialismus mit Recht vor, wenn ich das in einer sozialistischen Zeitschrift sagen darf. Ein vernünftiger Sozialist nimmt diesen Vorwurf auf, wie er gemeint ist: als Hinweis darauf, daß keine praktische Lehre vom Glück, von der Freiheit und vom Menschenrecht die Welt erobern kann, ohne diesen Begriffen einen Erlebnisinhalt zu geben.

Ich werde das ungeheure Problem der Unvollständigkeit der sozialistischen Weltanschauung hier nicht aufrollen, und mich begnügen zu sagen, daß Weltanschauung sich da noch nicht einstellt, wo die Masse organisiert wird, sondern erst da, wo die auf den Plan gerufene Masse in die höchsten Probleme des Charakters, der Intelligenz und des Willens eintritt.

---

JOSEF MARIA FRANK:

## Delirium tremens oder: Meine Herren, die Lerche . . . !

Meine Herrn, meine Herrn! Es wetterleuchtet am Horizont!!! Giftgrün und gelb, genau wie im Lunapark an Volkstag-Abenden zu ermäßigten Preisen! Die Osterinsel versank ohne vorherige Anmeldung, durchaus gegen Programm, ohne Cook & Sohn vorher zu orientalisieren. Auf der letzten Steinbildsäule, die aus dem Ozean noch ragt, sitzt ein Gelehrter (vermutlich ein Deutscher) und versucht an der Hand des vergleichenden Schriftzeichenlexikons prähistorischer Idioten das Rätsel der Osterinselmenschen zu lösen, um einem Europa vernichtenden Mangel an Wissen abzuhelpen und die kosmische Frage durch Entzifferung der Osterinselhieroglyphen endgültig zu lösen. Prompt spuckte der Aetna und erfüllte restlos notwendige Reklame für den göttlichen Mussolini. In Sachsenbroda bei Königsliebenau hat ein Familienvater von fünf unmündigen Kindern dieselbigten mit Rättengift aus der Welt geschaffen, seine holde, auf dem linken Auge scheelsüchtige Gattin mit einem Rasiermesser heimtückischerweise in verschiedene Teile zerlegt, die er als prima Rinderfilet freibleibend zu 250 000 Mark das Pfund verkauft hat. Die Butter hat, nebenbei gesagt, die halbe Million weit überschritten, während Lyrik bei gelegentlichem Bedarf noch zur Hälfte des Preises auf Lager zu haben ist. In Swinemünde fand eine Tanzkonkurrenz und Wettboxen im Rahmen einer internationalen Sportwoche für Schiebers

und Galiziowskis statt; das beste Tänzerpaar erhielt einen Preis von 25 Millionen, der beste Boxer noch mehr. Die Schillerpreisstiftung verteilt an den besten deutschen Dichter, würdig der geistigen Nachfolge Schillers, nur einen Bruchteil der Summe, zu lächerlich, um sie zu nominieren. Wie ein Abendblatt mitteilt, hat der Nackttanz endgültig abgebaut; die allgemeine Aufklärung ist zu weit fortgeschritten. Eine Celly de Rheydt würde nur mehr reizen, wenn sie mindestens drei originaltätowierte Brüste mit der Gesamtillustration des Marquis de Sade oder des harmlosen Retif zur freien Besichtigung durch astronomische Fernrohre aufzuweisen hätte; selbst Marquis de Bayros, Borngräbers Hoffnung, wäre eine Pleite in diesem goldenen Zeitalter der verfrühten Pubertät, die den Sextaner zur Bigamie und das süße Mädcl zur expansiven Erotik zwingt. Statt dessen ist dringend (wie das Abendblatt meldet!) Bedarf an Chansonetten und guten Nummern mit neuartigem Einschlag. Im gleichen Blatt läßt sich hören, daß wir außerdem auch einen starken Mann benötigen. Und natürlich Brot, am besten mit der erforderlichen Margarine. Die Römer haben recht: panem et circenses!

Mein Gott, mein Gott, was macht sich nur! O Mutter Köhn, wat sind dat Tiden!!! Emil Ludwig verfaßt Manifeste! Der kleine, liebe Emil Ludwig! Derselbigte, wo einmal in Askona, der ziemlich bekannten Kolonie der Gottverlassenen, saß, der am Lago Maggiore in seiner romantischen Villa romantische Feten gab mit romantischen Liederbeigaben, die romantische Gitarrenspieler auf romantischen Gondeln mitten im romantischen See unter romantischen Papierlampions gewissermaßen romantisch produzierten; derselbe Aemil, der dort Märchen erzählte und ein großer Theosoph vor dem Herrn und Rudolf Steiner war; der Allerweltsjournalist und große Interviewer, der Goetheerkenner und Bismarckdramatiker! Und nun ein Manifest! D. h. nicht ganz, nur Entwurf, so gewissermaßen, nu äben! Es schreiben merkwürdig viele Menschen Manifeste. Manifeste sind zurzeit sehr gesucht. Postkarte genügt. Komme sofort. Zahle höchste Preise! Also schreibt man Manifeste, die dann der Kurfürstendamm liest und im Romanischen Café begutachtet, worauf man die Sache ad acta legt und zur Tagesordnung geht, die in Literaturfabrikation, Handel mit preiswerten Shimmyschuhen, Salvarsan und Juwelen besteht und sich zum Schluß in Anpumpen auslöst. Das Tagewerk der geistigen Leuchten, entstammend den Leuchtern der Weisheitsschule des guten Kayserling, rabindranalisch infiziert, stammverwandt mit der Prinzessin Tino von Bagdad, der armen, die diese Verwandtschaft nicht verdient.

Es wetterleuchtet tatsächlich! Z. B. in den Beilagen der Abendpresse, wo Leopold Wölfling, der leibhaftige ehemalige Erzherzog, in zirka drei Spalten Abend für Abend dem durchaus interessierten Publikum Intimitäten und Hofgeschichten, kleinen Klatsch und süßen Zinnober vormacht, Enthüllungen aus der österreichischen Monarchie, die uns begreiflicher Weise mehr interessieren als Brotverteuerung und Kurzarbeit, was man so nebenbei in dreißig Zeilen pro Abend erschöpfenderweise

abtut. (Auch Leopold Wölfling war in Askona und lebte dort unter Theosophen und Spiritisten, Vegetariern und Nacktkulturaposteln als Jünger der Adamowitsch und speenigen Langvara, bevor er als Stammgast des Cafés Größenwahn zum Kabarettl und Memoirenschreiben überging. (Armer Poldl, so ist das Leben, diese Hackmaschine. Im wahrsten Sinne: eine Rutschbahn!)

Sind das nicht alles Zeichen am Horizont...??? Man bedenke: dreißig Theater spielen Operetten; und eines Schillers Räuber! Man bedenke: die Kabaretts mit Mache-Mache-Mache! Dieser süße Kitsch! Dieser holde Irrsinn! Diese Kientoppsucht zum blonden Gift! Dieser Dollarballon! Und was da alles dran hängt! Und wie sie zappeln! Und röcheln! Und jubeln! Und — und — und .... s.w.! Der Ernst des Lebens macht sich breit um uns! Es lebe die Portokasse! Die Banken bauen hoch und höher, und Stinnes — kaufte die Reichsdruckerei! Und der möchte gern, aber kann nicht; und die andern könnten schon, aber mögen nicht! Sieh dich nicht um, der Plumpsack geht rum! Und Radek, die „Parabellum“-Pistole menschlicher Gattung, Radek, der nichtsdesto trotz ein Kerl ist, wenigstens ein, ein Kerl, ist von seiner Putschmanie noch immer nicht geheilt, und soll mit Reventlow ... mit Reventlow??? Mein Gott, sind das nicht Zeichen! Meine Herrn, es geht los, es geht los! In acht Tagen — steht der Dollar — na, sagen wir 10, 12, 15! Und Havenstein —? Wird noch immer bereitwilligst lächeln! Und rechts und links —? Wird man noch immer symbolische Blumentöpfe auf die Regierungsbank zu werfen, daß die netten Herren im Maßarbeitcutt ganz bleich und blaß werden und an ihr gemütliches Heim denken und an die Aepfel in der Bratenröhre! Aber — passieren wird nichts, wahrscheinlich nichts, leider wahrscheinlich gar nichts! Auf den Generalstreik kam die Konfusion, aus ihr des „guten“ Cunos Ende. Nein, siebenmonatiges Wochenbett schloß mit einer Frühgeburt. Das Kind benamst sich Steuer-Notgesetz und wurde von Stresemann adoptiert. Nebst anderen Erquicklichkeiten. Aus der Reichsbank holen sich die Bankboten die Havenstein-Rubel noch immer in Waschkörben ab. Und doch reicht es nicht! Man kann mit einem Fünfmillionenschein in der Tasche bequem verhungern. Da keiner wechseln kann. Die Hebammen gehen um — und suchen noch immer einen starken Mann zu entbinden. Und sonst ist delirium tremens! Und tanzt man Ringelreihen um den Birkenbaum! Und Paraden, Verschwörungen, Konferenzen, Geheimsitzungen, Geheimprotokolle, Manifeste, Nackttänze, Intimes aus dem Hofleben, Kientopp, Schnäpse, Zigeunerkapellen, Hochbetrieb bei Tante Marta, Diebstähle, Raubmorde, Belohnungen und — zeitweise Fettnot, Kohldampf, Skorbut, Schwindsucht galoppierenderweise, Syphilis, Geldnot, 500 000 M. Kleingeldschein, trotzdem im Dalles und ähnliche ergötzliche Dinge.

Und trotzdem redet jeder weiter wie ein Buch, schreiben andere Manifeste, ladet man ein zu Geheimteens hinter verschlossenen Türen, Motto: „Rettet die Fettoogen von die Bouillon!“, flüstert man sich heimlich, still und leise ins Ohrchen: „Morgen geht's los! Bestimmt! Kaufen

Sie Mark! Und Krone! — Aber! Pst! Nichts weitersagen!“ Und man Idiot kauft Mark und wartet geduldig; und kommen kommt nische, wie der Ostpreuße sagt! Es bleibt alles beim alten! Und heute wie gestern gröhlt man nach Polizeischluß „Wir versaufen der Omama ihr Häuschen, ihr Häuschen, mir dir, du kleines Mäuschen, ihr Häuschen, ihr Hääu—äus—cheeeen!“

Ich verstehe das nicht mehr! Ich verstehe schon den Schieber, den Schleichhändler, den Wucherer; unsereins ist zu dumm dazu, sagen wir: zu ehrlich! Man kann die Leute schon verstehen: erstens, zweitens, drittens und außerdem, kann man von einem Schwein verlangen, daß es wie Spinoza denkt? Na also! Ich verstehe auch die Manifestschreiber, die Memoirenschreiber, die Nackttänzerinnen, die Chansonetten und Jongleure, Kientoppmimen und Filmverbrecher! Die Leute müssen doch auch leben; und ein Paar Schuhe kostet 20 Millionen! Und außerdem, wenn sie es so verdienen können, warum sollen sie es anders, wenn sie es anders nicht können! Ich schreibe auch nicht zum Vergnügen Feuilletons; gestern bekam ich Kohlen. Infolgedessen und außerdem! Na also!!! Aber ich verstehe nicht diese Verschwörer, diese sagenhaften starken Männer, diese Retter des Vaterlandes, die Helden der Weltgeschichte, diese zukünftigen Napoleons oder Cromwells. Immer, wenn sie einem etwas für morgen flüstern und man steht morgen extra früher auf, um den Rummel mitzuerleben, dann — scheint die Sonne wie sonst, fährt die Elektrische wie sonst, liegt der Grüne von der Wache im Brandenburger Tor gemütlich im Fenster, kleben neue Plakate an der Säule: „Raubmord!“, „Diebstahl! Hohe Belohnung!“, „Anna, kehre zurück!“, „Lulubar! Die letzte Errungenschaft Berlins!“, „Raucht Garbáty, die beste der Zigaretten!“, „Trinkt Mampe Extra!“, und steht überm Morgenblatt: „Heute neue Reichskanzlerrede!“ oder „Neue Verkehrssperre im besetzten Gebiet!“ oder „Milliardenraub der Franzosen!“ oder „Leichenteile im Landwehrkanal!“, und kosten die Schrippen wieder 2000 M. mehr, ist die Milch wieder im Preise gestiegen, steht die Fettpolonäse an und ist alles beim alten, ist alles wie gestern, ist es Bruch mit dem Krach! Delirium tremens! Wenn es so weitergeht, kostet die Elektrische nach vier Wochen eine Million und werde ich Milliardär. Wir sind heute Millionäre und sind infolgedessen übermütig geworden; die Strafe folgt auf dem Fuß wie Diarrhoe dem Apfelmus! Die Millionen verderben das kindliche Gemüt, machen schlaff und energielos! Salz und trockenes Brot macht die Wangen rot! Na also!

Die ganze Angelegenheit erinnert mich lebhaft an den Vogel, der vorgestern im Hochbahnhof Bülowstraße oben auf der Hochspannung saß und unbekümmert um die Züge, die da unten rollten, grollten, unentwegt piff: „Ach, wie ist's möglich denn?“ Dieser Vogel war Symbol! Man erkannte das; man ließ Hochbahn Hochbahn sein, horchte auf und fragte sich: „Ach, wie ist's möglich denn?“ Der Kanarienvogel oder was es war im Bahnhof oben ließ mich erzittern: den Vogel haben wir alle! „Ach, wie ist's möglich denn?“ Leben Sie wohl, Herr Cuno! Genau wie

Sie! Dieser Vogel ist unser Vogel; und dieser Vogel macht uns pleite, solange er noch am Leben ist! Quousque tandem???

Bis dahin behalten wir den Vogel und pfeifen wie er: „Ach, wie ist's möglich denn....?“ Sitzen oben auf der Hochspannung und kümmern uns nicht, was unten wie Tubaton des Weltgerichts heranbraust.... Arme Republike...!

Wer wird uns wecken...??? Stille im Saal; schnarchende Volksvertreter. Stimme aus dem Hintergrunde: „Meine Herrn, die Lerche!“ (Allgemeines Gelächter. Bravo auf der Rechten und Linken. Hört, hört! in der Mitte. Schluß der Sitzung.)

## UMSCHAU.

Ein guter Schwurzeuge. Man erinnert sich der Zurückweisung, die eine übelwollende französische Kritik an den Einrichtungen des Völkerbundes und insbesondere am Internationalen Büro der Arbeit hier finden mußte (vergleiche „Glocke“ vom 16. Juli 1923, Nr. 16). Jetzt haben wir einen unerwarteten Mitkämpfer in der Person des Herrn Léon Bourgeois erhalten, der bekanntlich führender Delegierter Frankreichs beim Völkerbund ist und in einer langen Zuschrift an den Pariser „Temps“ noch einige der Punkte besonders unterstreicht, auf die es bei jener Zurückweisung ankam. Wir können es uns nicht versagen, einige Proben der französischen Verteidigung des Völkerbundes und des Internationalen Büros der Arbeit hier wiederzugeben.

Danach wird die Finanzfrage der genannten Institutionen in der Generalversammlung der Delegierten geregelt. Diese Delegierten haben das erste und letzte Wort in bezug auf Einnahmen und Ausgaben. Wenn die Mächte finden, daß die Ausgaben zu hoch sind, haben sie es nur zu sagen. Der Völkerbund hat im übrigen seine Ausgaben fast gleich gehalten. Sie betragen im Voranschlag für 1924 nur 12 Millionen Franken, also fast genau dasselbe, wie im Jahre 1922 bei seiner Gründung, während sich seine Aufgaben und diejenigen seiner Hilfseinrichtungen gewaltig vermehrt haben. Die Gehälter werden in Schweizer Franken ausgezahlt,

weil sie für Beamte gelten, die in der Schweiz tätig sind, und weil ihnen die Schweizer Lebenskosten ersetzt werden müssen. Das Personal ist international, und seine Bezahlung muß sich außerdem nach den Verhältnissen der heimischen Länder richten. Nun sind in den angelsächsischen und skandinavischen Ländern die Gehälter weit höher, als in Frankreich. Es kommt hinzu, daß sich die Angestellten ihres Heimatsrechtes begeben müssen, um Beamte des Büros zu werden, aber nur für fünf Jahre, was ihnen keine Sicherheit für die Zukunft gibt. Was die angebliche Uebersetzung mit Beamten betrifft, so muß man beachten, daß gewisse Büros möglichst gleichmäßig Vertreter der im Völkerbund vorhandenen Nationen haben müssen, damit ihr Einfluß gleichmäßig verteilt wird. Der Völkerbund zählt aber jetzt 51 Staaten. Am unteren Personal hofft man dadurch zu sparen, daß man für die besonderen Sitzungen Hilfskräfte auf Zeit annimmt. Schließlich ist es dem Völkerbund und seinen Zweigeinrichtungen völlig unmöglich, sich als ein angeblicher Ueberstaat über die verfassungsmäßigen Einrichtungen der einzelnen Länder aufzutun, weil er erstens kein Recht der Initiative hat, zweitens mit einer Frage nur durch die Regierungen selbst befaßt werden kann, drittens, weil jede Entscheidung durch den Rat getroffen wird, das heißt, durch



die direkten Regierungsvertreter selbst, und viertens, weil für alle Entscheidungen die Einmütigkeit vorgeschrieben ist, so daß der Einspruch einer einzigen Regierung genügt, um den Beschluß zu verhindern. Die Geschichte der drei ersten Jahre des Völkerbundes beweise, daß diese vier Regeln stets und unter allen Umständen beobachtet worden seien. Nur „Unwissenheit oder Voreingenommenheit“ könnten das Gegenteil behaupten. Der Völkerbund könne nichts Besseres tun, als auf dem eingeschlagenen Wege fortzufahren.

So weit Léon Bourgeois, der diese Dinge wissen muß und sicher ein guter Schwurzeuge gegen die hämische Kritik ist, die von den Parteien des nationalen Blocks an den Genfer Einrichtungen geübt worden ist.

M. Q.

\*

#### Hundetreue — das deutsche Ideal.

Die alldutsche Roman- und Novellenschreiberin Lisbeth Dill besingt im Feuilleton der „Deutschen Tageszeitung“ das rührsame Schicksal eines Dackels, der — obwohl auf den französischen Namen Triboulet hörend — dennoch eines Denksteins im Blatte der reinen Germanen würdig erscheint. Triboulet ist von seinem früheren Besitzer verkauft worden, und nun höre man:

„Er war in einem fremden Hause bei einem fremden Herrn, und er wollte wieder zu seinem Herrn zurück, der ihn kaum kannte und von dem er nie ein freundliches Wort gehört und nur Hiebe bekommen hatte, zu den Lakaien, die ihn prügeln, zu den andern Hunden der Jagdmeute, er hatte Heimweh, Triboulet.

Und eines Tages war er fort. Eine Woche später schrieb der Baron, Triboulet sei eines Tages wieder bei ihnen eingetroffen. Er hatte den Weg zur Heimat durch das fremde Saarland über die Grenze nach Lothringen gefunden, er hat so lange gesucht,

bis er seine Heimat wieder fand und seinen Herrn.

Wir haben nie mehr etwas von Triboulet gehört. Aber vergessen habe ich ihn nie... Ich möchte ihn haben, in Stein gehauen, aus Bronze gegossen oder in Elfenbein geschnitten und ihn auf meinen Schreibtisch stellen, als ein kleines Sinnbild einer sehr großen und selten gewordenen Tugend — der Treue....“

Vor vielen Jahren — lange vor dem Weltkrieg — verlangte ein konservativer Reichstagsredner das Verbot eines sozialdemokratischen Liederbuchs, weil es u. a. folgenden Vers enthielt:

Man schlägt den Hund, man tritt den Hund,  
er kommt doch stets aufs neue.  
O braver Hund, o edler Hund  
Symbol der deutschen Treue!

Bei Verlesung dieser Verse überschlug sich die gesamte Rechte vor Entrüstung. Warum eigentlich? Diese Verse meinen doch auf das Haar die gleiche Treue, die Lisbeth Dill und die „Deutsche Tagesztg.“ als leuchtendes Ideal uns vorhalten!

Vigil.

\*

**Wirtschaftsführer?** Die Wirtschaft ist in das Stadium des Experiments getreten. Deutschland macht die Experimentierfieber Oesterreichs, Polens und Rußlands durch. Experimentieren im Wirtschaftlichen heißt: einen Ausweg suchen und ihn nicht finden können. Der Ausweg kann nicht gefunden werden. Die große Koalition beabsichtigt nicht, am Wirtschaftssystem etwas zu ändern. Vielleicht wird Stresemann mit seinen Adlaten etwas draufgängerischer sein oder sich gebärden wie der brave Herr Cuno. Aber einer Wirtschaftspolitik wie jeder menschlichen Zielstrebung muß eine klare Idee zugrunde liegen. Sie fehlt. Was will Stresemann? Die Politiker machen es sich leicht und sagen: „Lassen wir ihn wirtschaften, später erteilen wir die Note.“

\*

Müßiggang ist aller Laster Anfang, weshalb auch die politischen Parteien, samt ihrer Publizistik, lasterhaft sind. Sie entschuldigen sich: von den Wirtschaftsmisern steht nichts in unsern Partei-Programmen, also können wir auch nicht wissen, wie wir den Misern zu begegnen haben. Gemeinhin unterscheidet man zwischen „Rechts“ und „Links“, d. h. denen, die besitzen und den Besitz schonen, und jenen, die den Besitzwert zum gemeinen Opfer erfassen wollen. Sie sind alle für die stetige Fortentwicklung, begreifen aber immer noch nicht, daß diese Fortentwicklung zermalmendes Schicksal ist. „Stetige Fortentwicklung“ wird ihnen verbürgt durch altgewohnte Praktiken und Methoden. Routine soll alles ersetzen. War es nicht bezeichnend, den routiniertesten Parlamentarier zum Führer zu machen in dem Augenblick, da alle Welt sich in der Diktatur der Persönlichkeit einig war? Die deutsche Politik ist längst eine Grotteske grinsenden Totenschädels geworden.

Und das Publikum? Panen et circenses, was etwa auf Deutsch heißt: Kientopp und billige Butterpreise. Dieses Publikum, welches dem starken Mann zuzujauchzen im Begriff stand, in seiner Hand den Mosesstab schon sah, mit dem er aus einer verwüsteten Wirtschaft Reichtum hervorzaubere. Die Massen, die für einige Tage ihren dumpfen Groll verbeißen, weil in Stresemann, dem Wirtschafts-techniker und Mustersyndikus, eine neue — die wievielte? — Hoffnung auftaucht.

Nun, bei diesen mißhandelten und veralberten Menschen ist jedes höhere Interesse verloren gegangen. Und dennoch ist der letzte Kärner zur Mitarbeit berufen und zur Mitarbeit notwendig. Darin liegt der tiefe Sinn einer Demokratie.

Aber eine Demokratie ohne durch Menschentum berufene Führerschaft ist unmöglich. Wo ist sie in Deutschland? In kapitalistischen

Ländern? Zwar nimmt die Arbeitgeberschaft diesen hohen Ruhm gern für sich in Anspruch, aber nur, wenn sie unter sich ist. Gewiß sind der feine Kaufmann und Industrielle noch nicht verschwunden, sondern in zahlreichen guten Persönlichkeiten noch vorhanden. Aber ich vermag mich dem Bur-schenherausruf der Zeitschrift der deutschen Arbeitgeber nur anzuschließen: Wo sind denn die Tüchtigen, wenn es sich um die großen Linien ihrer eigenen Interessen in öffentlicher Diskussion, in Gesetzgebung und Verwaltung handelt?

Also auch in diesem Augenblick vaterländischer Geschichte bestimmt uns das Schicksal, der Persönlichkeit bar zu sein, die überall in Deutschland noch im engen Kreise wirkt. Statt dessen ihr Widerpart: der Routinier und Geschäftsmann, der Redner und Interessenvertreter. Das ist schmerzlich.

Dr. L. H. Schmidts.

\*

**Der wildgewordene teutsche Professor** — er heißt in diesem Fall Prof. Dr. A. Hennig und wird von der „Kreuzzeitung“ auf die Menschheit losgelassen — sieht so aus:

Preisfrage: Wofür ist eigentlich die ungewöhnliche Ehrung des Großkreuzes der Ehrenlegion ausgerechnet dem General Degoutte zuteil geworden? Bisher pflegte ein General sie doch nur zu erhalten für kriegerische Großtaten, für Tapferkeit vor dem Feinde. An der Ruhr kommt beides nicht in Betracht, denn von einer „friedlichen Ingenieurkommission“, die unter dem Schutz von hunderttausend uniformierten Kindermädchen ihres Amtes waltet, oder vielmehr nicht waltet, kann kein Mensch kriegerische Großtaten verlangen. Und Tapferkeit vor dem Feinde? Du lieber Himmel, dasselbe Verhalten, das einem bewaffneten Gegner gegenüber Tapferkeit ist, pflegt man bei Anwendung

gegenüber einem Wehrlosen und Gefesselten überall in der ganzen Welt als brutale Roheit und hundsföttische Feigheit zu bezeichnen. (Belgien? V.) Was der Name Melac für die Pfalz, der Name Davoust für Hamburg sind, wird in den Annalen der Geschichte der Name Degoutte für das Ruhrland bedeuten. Wenn also obige Preisfrage überhaupt beantwortet werden kann, so muß die Lösung lauten: Die Verleihung ist erfolgt, um der Welt Theater vorzuspielen, um ihr Sand in die Augen zu streuen, daß die Tätigkeit des Chefs einer zügellosen Horde von Plünderern, Räubern, Frauenschändern, Folterern, Geldschrankknackern, Mördern etwas anderes sei als ein Beruf, den der gewöhnliche Sprachgebrauch unbeschönigt Räuberhauptmann zu nennen pflegt. (Gilt diese Bezeichnung nur für französische Generale? V.) Und nicht nur der Welt, auch dem eigenen Volk soll das Theater auf dem Düsseldorfer Hindenburgwall Sand in die Augen streuen. Einmal um seiner Eitelkeit zu frönen. Es ist sicher einer der besten und bissigsten Witze der Welt-

geschichte, daß gerade der Hahn das Symbol Frankreichs geworden ist, der eitle, selbstgefällige, krähselige Hahn, der seinen wehrlosen Hennen (?!) gegenüber ein brutaler Tyrann ist, der aber vor jedem energischen Auftreten schimpfend und empört spektakelnd davonläuft. Am stolzesten erklingt ja das Kikeriki des Hahnes auf dem Mist — nun, Verleihung des Großkreuzes an Degoutte als Anerkennung seiner „opération dégouttante“ war halt ein besonders lautes Kikeriki des gallischen Hahnes!

Dieses Rohrspatzengeschimpfe nennt man in Deutschland „Politik treiben“. Seltsame Begriffe!

Vigil.

\*

**Wie macht man im Ausland Propaganda für Deutschland?** Zeitungsnotiz: Aus Washington wird gemeldet, daß aus den Kellereien der deutschen Botschaft in Washington Spirituosen im Werte von 10 000 Dollar (42 000 Friedensmark oder z. Zt. 35 Milliarden Papiermark) gestohlen worden sind. — Ueberschrift: „Das verarmte Deutschland“ oder: „Deutsche Trinkfestigkeit im abstinenten Amerika“.

---



---

### Auslandspreise für ein Vierteljahrsabonnement der „Glocke“

<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 15%;">Amerika</td> <td rowspan="3" style="font-size: 3em; vertical-align: middle;">}</td> <td rowspan="3" style="vertical-align: middle;">. . . . .</td> <td rowspan="3" style="vertical-align: middle;">1 Dollar</td> </tr> <tr> <td>China</td> </tr> <tr> <td>Japan</td> </tr> <tr> <td>England</td> <td></td> <td style="vertical-align: middle;">. . . . .</td> <td style="vertical-align: middle;">5 Schilling</td> </tr> <tr> <td>Frankreich und Belgien</td> <td></td> <td style="vertical-align: middle;">. . . . .</td> <td style="vertical-align: middle;">10 Francs</td> </tr> <tr> <td>Holland</td> <td></td> <td style="vertical-align: middle;">. . . . .</td> <td style="vertical-align: middle;">2½ Gulden</td> </tr> </table>	Amerika	}	. . . . .	1 Dollar	China	Japan	England		. . . . .	5 Schilling	Frankreich und Belgien		. . . . .	10 Francs	Holland		. . . . .	2½ Gulden	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 15%;">Italien</td> <td style="vertical-align: middle;">. . . . .</td> <td style="vertical-align: middle;">12 Lire</td> </tr> <tr> <td>Rumänien</td> <td style="vertical-align: middle;">. . . . .</td> <td style="vertical-align: middle;">80 Lei</td> </tr> <tr> <td>Schweiz</td> <td style="vertical-align: middle;">. . . . .</td> <td style="vertical-align: middle;">5 Franken</td> </tr> <tr> <td>Spanien</td> <td style="vertical-align: middle;">. . . . .</td> <td style="vertical-align: middle;">6 Pesetas</td> </tr> <tr> <td>Skandinavien</td> <td style="vertical-align: middle;">. . . . .</td> <td style="vertical-align: middle;">5 Kronen</td> </tr> <tr> <td>Tschechoslowakei</td> <td style="vertical-align: middle;">. . . . .</td> <td style="vertical-align: middle;">15 Kronen</td> </tr> </table>	Italien	. . . . .	12 Lire	Rumänien	. . . . .	80 Lei	Schweiz	. . . . .	5 Franken	Spanien	. . . . .	6 Pesetas	Skandinavien	. . . . .	5 Kronen	Tschechoslowakei	. . . . .	15 Kronen
Amerika	}				. . . . .	1 Dollar																															
China																																					
Japan																																					
England		. . . . .	5 Schilling																																		
Frankreich und Belgien		. . . . .	10 Francs																																		
Holland		. . . . .	2½ Gulden																																		
Italien	. . . . .	12 Lire																																			
Rumänien	. . . . .	80 Lei																																			
Schweiz	. . . . .	5 Franken																																			
Spanien	. . . . .	6 Pesetas																																			
Skandinavien	. . . . .	5 Kronen																																			
Tschechoslowakei	. . . . .	15 Kronen																																			

**Ueberweisung durch Wertbrief oder Scheck erbeten**

---



---



# DIE GLOCKE

23. Heft

3. September 1923

9. Jahrg.

Nachdruck sämtlicher Artikel ist nur mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

ERICH KUTTNER:

## Diktatur des Steuereinnehmers!

**T**HEORETISCHE Abhandlungen darüber, ob die Sozialdemokratie recht getan hat, sich an der Regierung Stresemann zu beteiligen, sind im Augenblick zwecklos. In der Politik entscheidet der Erfolg. Taktische Fragen nach ewigen theoretischen Gesetzen regeln zu wollen, ist Unsinn. Man kann das Problem heute ganz kurz dahin definieren: gelingt es der großen Koalition, das Finanz- und Wirtschaftschaos zu verhüten, gelingt es ihr, nach den fürchterlichen Erschütterungen der letzten Wochen für die breite Masse erträgliche Lebensverhältnisse zu schaffen, dann ist die große Koalition gerechtfertigt. Andernfalls nicht.

In Zeiten ruhiger Entwicklung mag als das wichtigste politische Moment angesehen werden, wer regiert. In Zeiten der Krise ist ausschlaggebend, was geschieht. Auf die tatsächlichen Maßnahmen kommt es heute an, und nicht einmal darauf, ob ein Bürgerlicher oder ein Sozialdemokrat sie anordnet. Einige Wochen vor dem Abgang des Kabinetts Cuno wurde hier mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, daß zur Rettung Deutschlands vor Chaos und Untergang nur noch ganz wenige Rettungswege offenständen, die sich stündlich verengerten. Wer nicht sofort die wenigen noch übriggebliebenen Wege ergriffe, mache sich zum Mitschuldigen an Deutschlands Untergang.

Das ist auch heute unser Standpunkt. Noch vor der Lösung der Regierungskrise sollte hier ein Artikel veröffentlicht werden, dessen rechtzeitiges Erscheinen dem Setzerstreik zum Opfer fiel. Dieser Artikel führte etwa aus: die Sozialdemokratie solle die Summe der Maßnahmen, die sie zur Vermeidung des völligen Zusammenbruchs für notwendig halte, als Aktionsprogramm für eine kommende Regierung zusammenfassen und dazu erklären: sie sei bereit, mit den Parteien zusammenzuarbeiten, die sich auf das Aktionsprogramm verpflichteten, und zwar so lange, wie diese Parteien sich ehrlich um die Durchführung des Programms bemühten. Springe eine Partei aus, so sei die Mitarbeit der Sozialdemokratie erledigt. Wäre dagegen das Programm restlos verwirklicht, so behalte sich die Partei zu diesem Zeitpunkt neue Beschlüsse vor. Die

Begründung solchen Vorgehens lag darin, daß die gegenwärtige Gefahr so eminent und dringend sei, daß gegen ihre Beseitigung alle sonstigen Bedenken zurücktreten müßten.

Die Dinge sind nicht ganz so gekommen, aber doch ähnlich. Unter dem Druck der ungeheuren Not haben sich die bürgerlichen Parteien bereitfinden müssen, noch vor der Neubildung des Kabinetts einen großen Teil des sozialdemokratischen Steuerprogramms zu verwirklichen. Das ist gewiß ein Erfolg, aber dringend ist davor zu warnen, diesen Erfolg zu überschätzen oder sich durch ihn in behagliche Ruhe einlullen zu lassen. Denn das Schwerste steht noch bevor.

Die Idee der neuen Steuer war, daß sie mindestens zum Teil aus der Substanz bezahlt werden sollten. Das Bürgertum hat dieser Regelung nicht widersprochen, weil es nicht widersprechen konnte. Aber vom Dekretieren neuer Steuern bis zu ihrer tatsächlichen Zahlung ist noch ein weiter Weg. Die Erfahrung lehrt uns, daß fast alle Steuerquellen, die den Besitz antasten, in ihrer Ergiebigkeit von der Stabilität des Markkurses abhängen. Jähe Markstürze machen auch die bestgemeinten Besitzsteuern, solange sie nicht in Gold festgesetzt sind, illusorisch. Die jetzige Steuerleistung ist zum Teil nach dem Vielfachen des vorjährigen Steuersolls bemessen. Muß sie zu einem Dollarkurs von etwa 4 Millionen bezahlt werden, so wird zweifellos bei vielen Steuerzahlern die Substanz erhalten müssen. Aber wie, wenn ein kleiner Marksturz dazwischen kommt? Dann entwertet sich die Steuer automatisch und die teure Substanz ist wieder einmal gerettet. Deswegen schon wieder allenthalben die dunklen Machenschaften, um den Markkurs von neuem zu werfen. Darüber aber kann kein Zweifel sein: eine ähnliche Markkatastrophe wie am Ende der Cuno-Regierung würde nicht nur die Vereitelung des neuen Steuerwerks, sondern darüber hinaus den endgültigen Zusammenbruch Deutschlands bedeuten.

Die Regierung sucht daher den Markkurs zu stabilisieren. Diesem Zweck dient in erster Linie die Verordnung über die Devisenablieferung. Aber es ist durchaus fraglich, ob sie allein das Ziel erreicht. Ähnliche Mittel sind bereits in andern valutaschwachen Ländern versucht worden, ohne zum Erfolg zu führen. Der einzige Schritt, der wirklich eine Grundlage von ausreichender Breite für die Festigung der Mark und die Sanierung der Finanzen bietet, ist die rücksichtslose und energische Erfassung der Sachwerte.

Hier ist das heiße Eisen der großen Koalition. Hier liegt das entscheidende Problem, von dessen Lösung letzten Endes die Rechtfertigung oder Nichtrechtfertigung der großen Koalition abhängen wird. Gewiß soll zugegeben werden, daß nach der tatenlosen

Resignation des Herrn Cuno — müßig sah er seine Werke und bewundernd untergehn — ein frischer Geist der Aktivität in die Regierung eingezogen ist. Man kann dem Kabinett Stresemann das Lob spenden, daß es bisher rasch und energisch gehandelt hat, und diese Frische hat ihm in- und auswärtige Sympathien verschafft, hat das Vertrauen zu Deutschland um einige Grade gehoben.

Aber ebenso klar muß man sich darüber sein, daß das Schwerste noch ungetan ist. Wenn auch die neuen Steuern unter Umständen die Substanz bei einer Anzahl von Steuerpflichtigen angreifen werden, so ist doch dieser Eingriff in die Substanz noch lange nicht das, was bei Erhebung dieser Forderung gedacht wurde. Ueber den wirklichen Sinn dieser Forderung gibt zum Teil das deutsche Memorandum Auskunft, das die Zwangshypothek von 10 Goldmilliarden auf den gesamten Grund und Boden legen will, aber leider noch heute wie damals Papier ist. Dazu käme dann noch die Zwangsbeteiligung des Reichs an allen größeren Unternehmungen, Bergwerken, Aktiengesellschaften usw.

Wenn man sieht, wie gegen den viel geringeren Substanzeingriff der bisher beschlossenen Steuern schon die Kräfte der Saboteure emsig am Werke sind, so kann man keinen Augenblick zweifeln, daß gegen eine wirkliche Erfassung der Sachwerte die Mobilisierung noch ganz anderer Gegenkräfte zu erwarten ist. Das Bedenklichste: es besteht bisher noch keinerlei Klarheit, wie sich eigentlich die bürgerlichen Koalitionsparteien zu diesem Problem stellen werden. Hier hat meines Wissens die Sozialdemokratie einen ersten Fehler begangen, indem sie die Regelung dieser Angelegenheit vertagen ließ. Die Psychologie der Bürgerlichen kennen wir aus unzähligen Situationen. Sie bewilligen nur, solange ihnen die bleiche Angst im Nacken sitzt. Die Katastrophe muß schon mit beiden Händen zu greifen sein, ehe sie sich zur Aufgabe ihres zähen Widerstandes bequemen. Und die kleinste Aufhellung der Lage genügt, um aus den eben noch von Bewilligungseifer überströmenden Herren zähe Schacherer zu machen, denen auch das kleinste Zugeständnis aus den Zähnen gerissen werden muß. Die Gefahr ist folgende: es besteht die Möglichkeit, daß die jetzigen Maßnahmen eine vorübergehende Erleichterung schaffen, die aber ihrer ganzen Natur nach eben nur vorübergehend sein kann. Aber sie dürfte doch gerade lange genug dauern, um die Erfassung der Sachwerte als nunmehr „überflüssig“ in der Versenkung verschwinden zu lassen. Dies Eisen ist nur zu schmieden, solange es heiß ist.

Wird aber auch diesmal die Erfassung der Sachwerte verpaßt, so wird über kurz oder lang die neue Finanzkatastrophe eintreten. Trotz ihres drakonischen Charakters reichen die neuen Steuern nicht einmal zur Deckung des inneren Defizits. Die Inflation geht

also weiter, die Notenpresse arbeitet fort, und das eröffnet mit mathematischer Gewißheit die Aussicht auf einen neuen Marksturz, wenn nicht inzwischen die denkbar größte und umfassendste Stützungsaktion erfolgt: die Stützung durch Erfassung der Sachwerte.

An diesem Punkte wird und muß sich das Schicksal der großen Koalition entscheiden. Man hat sie als eine Diktatur der parlamentarischen demokratischen Mehrheit bezeichnet. Akzeptieren wir das, dann wird diese Diktatur sich praktisch auswirken müssen als Diktatur des Steuereinnehmers. Zweck und Ziel der jetzigen Regierungsbildung kann nur sein, dem Reich die nötigen Mittel zu seiner Existenz zu schaffen, von der letzten Endes die Existenz der deutschen Wirtschaft und der arbeitenden Massen abhängt. Der Reichskanzler Stresemann hat für dieses Problem manches passende Wort gefunden. Es wird sich nun zu zeigen haben, ob auch bei den bürgerlichen Parteien der feste und unbeugsame Wille zur Durchführung dieses Programms vorhanden ist. Denn das ist die erste und notwendigste Voraussetzung seiner Durchführung. Mit Halbheiten und Kompromissen ist jetzt ebensowenig getan wie mit dem völligen Nichtstun zu Cunos Zeiten. Denn Halbheit bedeutet, daß die wenigen vorhandenen Kräfte und Mittel zwecklos verpulvert werden, während nur der restlose gleichzeitige Einsatz des gesamten wirtschaftlichen und finanziellen Könnens den Erfolg zu erzwingen vermag. Muß die Sozialdemokratie erst wieder feilschen und handeln, so ist das das erste Barometerzeichen dafür, daß die Situation verpaßt ist. Deshalb im voraus eine Warnung: die Partei lasse sich dann nicht mehr auf nutzlose Viertelserfolge ein, sondern kündige die alsdann zwecklos gewordene Koalition. Mehr als je gilt für das Kabinett Stresemann der Fichtesche Ausruf: „Handeln, handeln, das ist es, worauf es ankommt!“ Bleibt es auf halbem Wege stehen, so ist seine geschichtliche Mission gescheitert. Die Sozialdemokratie aber hat die Augen offen zu halten, damit sie nicht eine Stunde länger auf diesem Schiffe bleibt, als es den richtigen Kurs fährt.

Mögen uns die Deutschnationalen Machthunger vorwerfen. Das wichtigste Ziel der jetzigen Politik, auf das es nach Lassalle alle Kräfte zu konzentrieren gilt, ist nicht die Lösung machtpolitischer Fragen, sondern die Ergreifung der wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen, durch die allein Deutschlands Rettung zu ermöglichen ist. Betonen wir immer wieder, daß es uns auf nichts anderes ankommt. Dann werden wir gegen alle Verleumdungen unserer Gegner gesichert und von den eigenen Anhängern gerechtfertigt sein.





Dr. v. UNGERN-STERBERG:

## Was soll geschehen?

**D**IE Zustände auf dem Devisenmarkt und die Preisentwicklung haben eine Wendung genommen, die immer weitere Kreise der Bevölkerung in einen verzweifelten Kampf um die nackte Existenz drängt. Trotzdem fährt der Staat fort, durch tägliche Ausgabe von 10—15 Billionen Papiermark seine eigenen wirtschaftlichen Grundlagen zu zerstören und zugleich das Einkommen und Vermögen aller zu enteignen. Wir erleben sogar die paradoxe und beängstigende Erscheinung, daß man eine Erleichterung der gegenwärtigen Lage darin erblickt, daß das Notenducken wieder „ungestört“ fortgesetzt werden kann, nachdem zeitweilig durch Stilllegung der Notenpresse infolge des Streiks eine große Zahlungsmittelnot entstanden war. Der wirtschaftliche Organismus kann ohne das gewohnte Gift, das ihn zugrunde richtet, anscheinend nicht mehr existieren.

Doch wir wollen bei den Verhältnissen unseres Geldwesens nicht verweilen; es ist vielleicht zweckmäßig, mal mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß der Ruin des Geldwesens so lange für eine Volkswirtschaft nicht von ausschlaggebender, verhängnisvoller Bedeutung ist, als der ganze Produktionsapparat, d. h. die Gesamtheit aller landwirtschaftlichen und industriellen Produktionsmittel und das Verkehrswesen leistungsfähig bleiben. Letzteres kann man hinsichtlich unserer Industrie und Landwirtschaft mit Bestimmtheit behaupten, ja es lag sogar so, daß unsere industrielle und landwirtschaftliche Produktionskraft in vieler Beziehung wieder den Friedensstand erreicht hatte und erst durch die Ruhrbesetzung ein Rückschlag erfolgt ist.

Aber es kann natürlich keinem Zweifel unterliegen, daß der Zusammenbruch unserer Währung über kurz oder lang den Ruin unseres ganzen Wirtschaftslebens herbeiführen muß, da ohne eigenes Geld ein entwickelter Industriestaat natürlich nicht existieren kann. Diesen wirtschaftlichen Ruin, der unvermeidlich eine nationale Katastrophe nach sich ziehen würde, gilt es daher abzuwenden um jeden Preis!

Hierzu bedarf es vor allem einer klaren Erkenntnis der nächstliegenden Ursache unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Misere. Ein Vergleich der Lebenshaltungskosten, der Devisenkurse, des Papiergeldumlaufes usw. — vor der Ruhrinvasion und jetzt — läßt keinen Zweifel darüber, daß die Abwehr der Ruhrinvasion in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung denkbar schlecht organisiert war. Jedoch ist dieser Umstand für die Beurteilung unserer jetzigen Schwierigkeiten nicht einmal von entscheidender Bedeutung. Der tragische Fehler, den die Regierung Cuno begangen hat, liegt

vielmehr darin, daß sie den Kampf an der Ruhr überhaupt aufgenommen hat, statt ihm auszuweichen. Die ganze internationale Konstellation, die wahrscheinlich einmal für eine Abwehr der französischen Forderungen reif geworden wäre, ist vollständig falsch beurteilt worden. Alles, was die Gegner der Erfüllungspolitik behauptet hatten, hat sich als falsch erwiesen oder ist nur in ganz bedeutungslosem Umfang eingetroffen: die Weltmeinung ist leider nicht auf unserer Seite, die wirtschaftlichen Verhältnisse in Frankreich sind durch die Besetzung des Ruhrgebiets keinesfalls in beachtenswertem Maße nachteilig beeinflußt worden, und selbst die Beute an Kohle und Koks, die von den Franzosen im Ruhrgebiet gemacht wird, kann man nicht als einen völligen Mißerfolg ihres Unternehmens bezeichnen. Die Regierung Poincarés steht gefestigter da, als vor dem Einbruch usw. Dagegen haben sich die schädlichen Rückwirkungen der Ruhrbesetzung auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse in einem Maße geltend gemacht, die bereits die schlimmsten Voraussagungen übertreffen.

Es ist demnach offensichtlich, daß eine Rettung aus der gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedrängnis, in der wir uns befinden, nur möglich ist, wenn der Ruhrkonflikt möglichst bald zu einem für uns erträglichen Abschluß gebracht wird. Wenn dies das Ziel unserer außenpolitischen Betätigung sein muß, so muß auch ein Wille da sein, dieses Ziel zu erreichen, und dann wird sich auch ein gangbarer Weg finden.

Weite Kreise sehen auch heute noch voller Erwartung auf England und erhoffen als Ergebnis der englisch-französischen Auseinandersetzungen ein Nachgeben der französischen Regierung. Diese Erwartungen sind trügerisch. Zweifellos überwiegt in England die Ansicht, daß das Gleichgewicht der Kräfte auf dem Kontinent in unliebsamer Weise durch die Ruhrpolitik Frankreichs gestört wird, und man ist auch vorwiegend der Meinung, daß der englische Handel und zum Teil auch die englische Industrie durch das Schwinden der deutschen Kaufkraft erheblich leide. Desgleichen wird die Arbeitslosigkeit nach Ansicht maßgebender Wirtschaftler verursacht durch die Störungen der Weltmärkte, die ebenfalls mit dem Wirrwarr auf dem europäischen Kontinent im Zusammenhang steht. Aber wir sind auch Zeugen dessen, wie langsam und mit wieviel Stockungen sich diese Ansichten durchsetzen und wie verschwindend gering ihre praktischen politischen Auswirkungen sind. Tatsächlich besitzt England gegenwärtig überhaupt keine Regierung, die zu entschlossenen Taten Frankreich gegenüber fähig wäre, denn sie ist in sich gespalten, ganz wie die englische öffentliche Meinung jene Klarheit hinsichtlich ihrer Auffassung über den deutsch-französischen Konflikt vermissen läßt. Wir müssen daher die Hoffnung aufgeben, als könne England uns

aus der Situation retten, so sehr wir jede Unterstützung begrüßen, die es uns zuteil werden läßt.

Ferner müssen wir, um uns von allen Illusionen freizumachen, noch eine Tatsache feststellen: nämlich: daß der passive Widerstand, dessen Aufrechterhaltung natürlich von großer politischer Bedeutung ist, wohl geeignet ist, die Ausbeutung des Ruhrgebiets durch die Franzosen sehr zu erschweren, aber niemals die Franzosen veranlassen kann, die Besetzung des Ruhrgebiets aufzugeben. Wenn aus dieser Erkenntnis die Folgerung gezogen wird, daß der passive Widerstand in einen aktiven verwandelt werden muß, so zeugt das nur von hirnverbrannter Torheit, denn es bedarf wohl keines Beweises, daß das entwaffnete und wirtschaftlich schwer geschädigte Deutschland nicht in der Lage ist, mit Waffengewalt gegen den größten Militärstaat Europas vorzugehen.

Doch die Zeit drängt. Wir müssen heraus aus der gänzlich verfahrenen Situation, in die uns die Politik der Regierung Cuno gebracht hat! Auf keinen Fall dürfen wir die Dinge weiter treiben lassen. Wir müssen außenpolitisch aktiver werden in der einzigen Richtung, in der eine baldige Liquidierung des Ruhrkonflikts möglich sein kann — wir müssen mit unseren Gegnern, mit Frankreich und Belgien, unmittelbar in Verhandlung treten über die Bedingungen, unter denen sie bereit sind, das Ruhrgebiet zu räumen —, so sehr uns dieser Schritt gefühlsmäßig zuwider ist.

Dieser Schritt wäre nur dann abzulehnen, wenn die Entwicklung nicht zwangsläufig auf ihn hindrängen würde und er über kurz oder lang nicht doch getan werden müßte oder wenn er völlig aussichtslos wäre. Aber ist dieses Vorgehen denn nicht tatsächlich aussichtslos? Kennen wir denn nicht die französischen Bedingungen: Aufgabe des passiven Widerstandes und Räumung nach Maßgabe der deutschen Zahlung. Zweifellos besteht für uns nur die Wahl des kleineren Uebels, aber es wäre verfehlt, zu behaupten, daß unmittelbare Verhandlungen nur negative Aussichten bieten. Ueber alle den deutsch-französischen Konflikt betreffenden Fragen ist französischerseits sicherlich noch nicht das letzte Wort gesprochen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß Frankreich direkte Verhandlungen wünscht, weil es vor allem durch ein deutsch-französisches Uebereinkommen die ihm sehr unangenehmen gegenwärtigen englisch-französischen Auseinandersetzungen gegenstandslos machen würde. Die Last des englischen Druckes wäre von ihm genommen, und die Gefahr irgendwelcher Komplikationen mit England, die immerhin im Bereich des Möglichen liegen, wären damit für Frankreich beseitigt. Ein Umstand, den wir unbedingt ausnützen sollten. Ferner ist zu beachten, daß es gerade gegenwärtig fraglich geworden ist, ob die französische Ausbeute an Kohle und Koks im Ruhrgebiet sich wird wieder steigern lassen, denn bekanntlich gehen die Haldenbestände einer Erschöpfung ent-

gegen, und die Ausbeute in eigener Regie verursacht den Franzosen natürlich erhebliche Schwierigkeiten, und der Erfolg ist zweifelhaft. Daraus darf man natürlich nicht folgern, daß Frankreich nunmehr einsehen werde, daß das Ruhrunternehmen aussichtslos geworden sei, aber auch dieser Umstand ist geeignet, unsere Stellung bei etwaigen Verhandlungen zu stärken. Außerdem ist immerhin anzunehmen, daß die im einzelnen gewiß geringfügigen Mißstände (Sinken des valutarischen Wertes des französischen und besonders des belgischen Franken, teure Auslandskohle, Kosten der Ruhrexpedition usw.), die im französischen und belgischen Wirtschaftsleben durch die Ruhrinvasion hervorgerufen werden, in ihrer Gesamtheit doch so störend wirken, daß eine Abstellung ihrer Ursachen sehr wünschenswert erscheint. Schließlich kann man in Frankreich unmöglich nur Genugtuung über die Zerrüttung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse empfinden, es muß sich vielmehr auch die Ansicht Bahn brechen, daß der Gläubiger ein erhebliches Interesse daran hat, seinen Schuldner nicht ganz im Elend versinken zu lassen. Andererseits ist unsere innerpolitische Lage, so verfahren sie auch sein mag, einstweilen noch keine derartige, daß sie Frankreich veranlassen könnte, jedes Entgegenkommen Deutschland gegenüber von der Hand zu weisen. Eine sehr befriedigende Ernte steht auch bei uns vor der Tür, so daß bei zweckmäßiger Bewirtschaftung der Vorräte ein Preisrückgang aller Lebensmittel ohne weiteres zu erzielen wäre. Wenn es uns außerdem gelingt, endlich durch eine schonungslose, der Geldentwertung angepaßte Einziehung von Steuern und durch erfolgreichen Absatz der Goldanleihe sofort große Geldmittel aus dem Verkehr zu ziehen, so kann der passive Widerstand zeitweilig ohne Inanspruchnahme der Notenpresse finanziert und aufrecht erhalten werden.

Ueber Einzelheiten etwaiger Verhandlungen erübrigt es sich, schon jetzt nähere Ausführungen zu machen. Jedenfalls müssen sie auf breiter Basis geführt werden. Sie müssen sich auf den gesamten Fragenkomplex der gegenwärtigen Beziehungen erstrecken und auf die Anbahnung einer deutsch-französischen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet hinzielen. Es muß zu einer Kooperation zwischen deutscher Kohle und lothringischem Erz kommen, wie das durch die wirtschaftlich geographischen Verhältnisse bedingt ist. Eine Spitze gegen England dürfen die Verhandlungen nicht haben.

Ob die hier empfohlene Fühlungnahme mit Frankreich und Belgien von einem annehmbaren Erfolg begleitet sein wird, mag dahingestellt bleiben. Aber es wäre m. E. ein verhängnisvoller Fehler, nicht den Versuch einer unmittelbaren Verständigung mit unseren Gegnern zu unternehmen.



ERNST REUTER:

## Radek — Reventlow.

Seit dem Leipziger Parteitag der Kommunisten ist nicht viel mehr als ein halbes Jahr verflossen. In Leipzig zeigten sich die Risse und Sprünge im kommunistischen Gebäude. Deutlich offenbarte sich der Gegensatz zwischen den anarchistisch-abenteuerlichen Elementen der Linken und den zahlreichen Strömungen, die vorsichtig, gewiß widerspruchsvoll, doch schließlich in irgendeiner Form den Weg zu positiver Arbeiterpolitik zu finden suchten. Die Schärfe der Gegensätze war nur ein Symptom dafür, daß die Kommunisten wie jede andere Bewegung von der Entwicklung und dem Druck der politischen Tatsachen nicht unbeeinflußt bleiben konnten. Ihre Situation zeigte mit absoluter Deutlichkeit, daß ein republikanisches Deutschland, dem einigermaßen eine Stabilisierung seiner inneren Verhältnisse gelingt, die kommunistische Bewegung in kurzer Zeit restlos liquidieren muß.

Seitdem sind Monate ins Land gegangen und die Situation hat sich gründlich gewandelt. Man mag über Ruth Fischers temperamentvollen Ausspruch „Die Massen würden eine Regierung des Mondes gutheißen, wenn die K.P.D. sie verlange“, lächeln, er zeigt das gestiegene Selbstvertrauen der kommunistischen Führer und das Anwachsen, ja vollständige Ueberwiegen der Führung des linken extremen Flügels in der kommunistischen Bewegung. Die „Regierung des Mondes“ beweist aber auch noch etwas anderes: Massen, von denen man sagt, daß sie auch hinter einer „Regierung des Mondes“ herlaufen würden, wird man kaum als politisch zielbewußt bezeichnen können. Wenn Schlagworte fangen, wenn sie Massen in Bewegung setzen können, so liegt es nicht an dem Schlagwort, sondern an der Erregung und Verwirrung der Massen, denen jeder Boden unter den Füßen entchwunden ist.

In der Tat: das Fazit siebenmonatiger Cuno-Regierung war der Nervenchock, der fast das ganze Volk befiel und es in einen Zustand versetzte, dem es die Beute eines jeden werden konnte, der den Willen und die Kraft hatte, zuzupacken und die Macht aufzunehmen, die auf der Straße zu liegen schien.

Blinder Glaube an die Bedeutung politischer oder gar rein militärischer Macht ist einer der hervorstechendsten Züge der kommunistischen Denkweise. Mag tausendmal Rußlands Erfahrung bewiesen haben, daß Gewalt vielleicht Welten aus den Angeln heben, aber keine neuen menschheitsbeglückenden Formen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenlebens aus der Erde zu stampfen vermag, die Machthaber glauben immer noch, sich und andern einreden zu können, ihre zufällige und vergängliche Macht sei gleichbedeutend mit der Macht der Klasse, deren Wünsche und Hoffnungen sie hochgetragen. Wie ein Phantom steht vor der kommunistischen Bewegung die Idee, daß erstes und einziges Ziel

heute sein müsse: militärische Gewaltmittel in die Hand zu bekommen. Hier trifft sich der Kommunismus mit seinen Antipoden. Hier ist die Wurzel der geheimen Sympathie, die die beiden äußersten Flügelrichtungen unseres politischen Lebens verbindet, die den Soldaten der Revolution veranlaßt, von den Soldaten der Gegenrevolution mit Hochachtung zu sprechen und sich mit ihm in der Verachtung der faulen Mitte eins zu wissen.

Als der „Vorwärts“ beim Bekanntwerden der Schlageter-Rede Karl Radeks auf die Gefährlichkeit dieser neu beginnenden kommunistischen Agitation hinwies, glaubte die „Deutsche Allgemeine“ ein Privatissimum über den „Mangel an Staatsgesinnung der Sozialdemokratie“ und den „bewundernswerten staatlichen Machtsinn der Bolschewiki“ halten zu dürfen, die „unbekümmert um sozialistische und kommunistische Doktrinen russische Staats- und Machtpolitik betrieben“. In der Tat, in dem Willen zu staatlicher Machtpolitik, wie sie sie verstehen, sind sich die Extreme einig. Sicher nicht vor Haus aus die deutschen Kommunisten, in deren Köpfen diese Gedankengänge und Kombinationen nicht entstanden sind, wohl aber die russischen Bolschewiki, deren gesamte Außenpolitik eine ausgesprochen nationalrussisch-imperialistische Politik geworden ist. Die scheinbare Ohnmacht Deutschlands, die scheinbare Ausweglosigkeit seiner Zukunft, die durch den Versailler Vertrag in Fesseln gehalten wird, sie muß mit Naturnotwendigkeit die Schichten, die im nationalistisch-imperialistischen Denken groß geworden sind, denen der Glaube an die Unersetzbarkeit militärischer Gewaltmittel in der Entwicklung der Völker nicht hat aussterben können, der Agitation zugänglich machen, die die simpelste Lösung verspricht. Der Wille zur Macht, der Wille zum imperialistischen Staatenbündnis der im Kriege besieigten Völker, die Rücksichtslosigkeit, die die Trümmer und Opfer nicht achtet, der Fanatismus, der, nur ein Ziel kennend, seinen Weg geradeaus geht, muß die faszinieren, die Krieg und Revolution aus gewohnten Bahnen geworfen hat.

Als die ersten Äußerungen des neuen kommunistischen Agitationsplanes erschienen, gab es naive Gemüter, die von der Ungeniertheit des Radekschen Auftretens eine heilsame und abschreckende Wirkung erwarteten. Ehrliche, anständige, von der Skrupellosigkeit bolschewistischer Methoden nicht befleckte Gemüter glaubten, daß die brutale Offenheit des sich hier anbahnenden kommunistisch-fascistischen Bündnisses abstoßend wirken müsse. Sie erhofften eine Art Reinigung der Atmosphäre, eine Beschwörung der Gefahr wenigstens in den Reihen der Arbeiterschaft. Mag sein, daß in der Arbeiterschaft die Wirkung dieser Agitation sich gegen die Kommunisten richtet. Aber diese Agitation, die Propaganda Radek-Frölich-Reventlow richtet sich nicht an die Arbeiter und ist nicht auf Arbeiterpsychologie berechnet. Nicht Massen sollen von ihr erfaßt, sondern bestimmte kleine, aus politischen und militärischen Gründen besonders wichtige Schichten sollen durch sie gewonnen und keineswegs etwa nur neu-

trahiert werden. Es handelt sich auch absolut nicht um Agitation, es handelt sich um ein reales Bündnis, dem sehr reale Tatsachen und Besprechungen, dem gemeinsame Pläne zugrunde liegen. Nicht umsonst reicht der Nationalbolschewismus bis in die Räume des Auswärtigen Amtes oder mindestens bis in die Vorräume hinein.

Wenn der Abgeordnete Graefe-Goldebee von Offizieren spricht, die auf die Radeksche Agitation hineingefallen seien, so wird er schon wissen, warum er das tut und auf welche Tatsachen er sie stützt. Es verschlägt dabei gar nichts, daß die fascistische Bewegung sich nicht einheitlich zu diesen Radekschen Plänen verhält. In Süddeutschland wird man selbstverständlich gar nicht daran denken, auf solche Gedankengänge einzugehen. Glaubt man doch selber das Feld zu beherrschen und ohne jeden Bundesgenossen und ohne jede Unterstützung in der entscheidenden Stunde auskommen zu können. Auch ist soziale Struktur und Zusammensetzung der völkisch-fascistischen Kreise in Bayern und im übrigen Süddeutschland nicht mit Norddeutschland zu vergleichen. Hier ist die Stimmung der Schichten, auf die eine völkische Bewegung sich stützen kann, in den großen Städten unter dem Eindruck der vollständigen Zersetzung unserer Wirtschaftsverhältnisse kaum eine andere als die kommunistischer Massen. Die antikapitalistische Strömung muß ihre Nahrung aus der egoistischen Kurzsichtigkeit, mit der das deutsche Bürgertum bis jetzt dem Abgrund zusteuerte, alle Tage und alle Stunden ziehen. Erscheint völkische Agitation in Bayern vielmehr als Abneigung der Bauernschaft und des Bürgertums gegen den Sozialismus, so ist sie in den Steinmauern der norddeutschen Großstädte die Reaktion sich zersetzender bürgerlicher Schichten gegen ein übermächtiges Verhängnis. Die Basis für ein Zusammengehen mit dem Kommunismus ist deshalb hier ganz anders gegeben.

Man sollte deshalb dieses Zusammengehen nicht als Spielerei, sondern als reale politische Tatsache werten. Man sollte begreifen, daß es sich heute nicht mehr um das alte Spiel handelt, nach dem die eine Partei mit dem angeblich bevorstehenden Losschlagen der andern operierte, daß hier vielmehr ein wohldurchdachtes und weitgehendes Zusammenspiel bereits eingetreten ist. Es mag Leute geben, die eine solche Gefahr gering einschätzen, weil sie ein solches Zusammenspiel „nicht glauben“ wollen. Dieses Nichtglauben dürfte nur möglich sein, weil sie die Gedankenwelt der kommunistischen Bewegung nicht kennen. Es ist die zwölfte Stunde, aber nicht etwa nur für das bürgerlich demokratische Deutschland, für das Deutschland, für die Republik, mit deren Entwicklung das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse so eng verbunden ist, es ist die zwölfte Stunde auch für die kommunistische Bewegung, die zwölfte Stunde auch für die nationalistische Reaktion. Von dem Tiefstand, den unsere inneren Verhältnisse erreicht haben, kann es nur noch entweder einen vollständigen Zu-

sammenbruch' oder ein energisches Zurück geben. So wie sich alles im Innern und nach außen in Deutschland zugespitzt hat, muß auch das deutsche Bürgertum begreifen, daß es seinen Ruhrkrieg liquidieren muß, daß seine Opposition gegen die Erfüllungspolitik zusammenbricht und daß nur auf dem Wege der Verständigung die Möglichkeit wirtschaftlichen Gedeihens und damit sicheren, wenn auch langsamen Wiederaufstiegs gegeben ist. Welche Stunde könnte dem Kommunismus verhaßter sein als diese Stunde der Peripetie, in der Verständigung mit dem Ausland, Regelung der Reparationsfrage, Beseitigung der Inflation und Rückkehr zu normalen Wirtschaftsverhältnissen der zermürbten Arbeiterklasse die Aussicht auf eine bessere Zukunft eröffnen?

Und eben weil es die zwölfte Stunde ist und weil in der zwölften Stunde der Kommunismus durch dieses neue Bündnis seine Aktionsmöglichkeit bedeutend erhöht hat, gilt es auch für die Republik zu handeln. Sechs Monate passiven Zuschauens sollten uns gelehrt haben, wohin wir kommen, wenn wir andern das Heft überlassen. Lernen wir jetzt nicht, das Steuer in die Hand zu nehmen, das zu tun, was innen- und außenpolitisch die Stunde von uns erfordert, dann trifft die Sozialdemokratie das Schicksal, das jeden treffen muß, der in der Minute seine Zukunft durch Tatenlosigkeit ausschlägt. Ueber sie hinweg würde die Welle gehen, in der freilich nicht nur sie, sondern noch viel mehr die augenblicklichen Träger dieser Welle zugrunde gingen.

---

ROBERT BREUER:

## S. M. Hildb.

Glossen zu einem Prozeß.

### I.

**A**N den Wänden des Saales sind die Wappen der einzelnen deutschen Staaten angebracht. In Holz geschnitzt. Mancherlei andere Zierate, Lorbeerzweige, Schwerter, Helme und Adlerfittiche. Dazwischen in vergoldeten Buchstaben: S. M. Hildb. In dem Saal tagt feierlich ein Gericht. Aber alle Feierlichkeit wird vergessen ob Nachdenkens über den Sinn dieser geheimnisvollen Schrift. S. M. Hildb. Welche Hieroglyphe? Seiner Majestät? — kaum anzunehmen. Santa Maria? — unwahrscheinlich. Höchste Gerechtigkeit erfüllt den Saal. Aber die Buchstaben herrschen. Endlich Erleuchtung: Sachsen-Meiningen-Hildburghausen! So etwas gab es einmal. Gab es, wie es die beiden Kaiser gab, deren Bilder gleichfalls an den Wänden zu sehen sind. Symbole enthüllen. Darf man sagen, daß für alles, was in diesem Saale geschieht, S. M. Hildb. noch nicht ganz verblichen ist. Der Geist dieses Saales gehört noch immer, ein wenig zum mindesten der Vergangenheit, und die die hier herrschen, wurden groß, als jene Buchstaben, die bald



nichts mehr sein werden als ein Ornament, noch Geltung hatten. Wir werden Geduld haben müssen.

## II.

Ein Oberstleutnant tritt an den Zeugentisch. Feldgrau. Monokel. Stimme wie aus ersten Jahrgängen Simplicissimus. Kolossales Schnarren schneidet schneidig. Saal wird Kasernenhof. Landesverrat offenbar. Gefährdung deutscher Wehrmacht offenkundig. Schwerste Gefährdung Schlagfertigkeit Truppe. Die Ohren der Zivilisten, solches Idioms entwöhnt, mühen sich. Die Hieroglyphe S. M. Hildb. beginnt zu leuchten.

Am Abend begegnet man dem Herrn Oberstleutnant; er trägt Zivil. Er nimmt den Hut ab wie jeder andere. Er spricht wie jeder andere. Er macht den Eindruck eines durchaus vernünftigen Menschen. Wo ist die Lösung für solch Geheimnis? Die Hieroglyphe möchte noch leben. Zusammenhanglos reckt sie sich noch einmal, wo es irgendwie Gelegenheit dazu gibt. Wehrmacht schützen notwendig. Warum eigentlich? Sind hunderttausend Mann wirklich Wehrmacht? S. M. Hildb. sieht etwas bläblich drein.

## III.

Die Augen des Oberstleutnants leuchteten, als er für Wehrmacht Schutz befahl. Er sah schwere Mörser, Abwehrgeschütze, Tanks, Flugzeuggeschwader, Kreuzer und Unterseeboote. Er erlebte Größe. S. M. Hildb. tröstete ihn, machten ihn vergessen, Angestellter einer besseren Wach- und Schließgesellschaft zu sein.

## IV.

Das A. A. hat das Wort. Der Schatten Bismarcks steigt auf. Ein Wirklicher Legationsrat spricht und teilt mit, daß er soeben noch sich über die Richtigkeit seiner Anschauungen bei dem Legationsrat Piepmeyer und dem Legationssekretär Meierpiep vergewissert habe. Er spricht mit zurückgezogenen Schultern, angedrehten Ellbogen. Aeüßerst korrekt. Fein in der Zurückhaltung. Man sieht, daß er das Fischbesteck zu handhaben weiß.

Am Abend trifft man das A. A. irgendwo. Es ist ein harmloser Normaltyp, freundlich, ohne eckige Schultern, ohne Ellbogenstarre und ganz frei vom Schatten Bismarcks. Wozu, denkt man, bewahren sich diese Herren ein Träumen von zerborstener Größe? Wozu markieren sie Feudalismus, während die deutsche Republik verhungert?

## V.

Das A. A. war entsetzt, als es gefragt wurde, ob es nichts von den Vorgängen in einem Nachbarressort erfahren hätte. „Auf meinem Tisch hat dieser Vorgang nicht gelegen.“ Episoden helfen zum Begreifen des Wesentlichen. Man versteht plötzlich das Durcheinander deutscher Außenpolitik.

## VI.

Der ehrwürdige Vorsitzende spricht feierlich von der Diskretion, die doch wohl gewahrt werden müsse, wenn der Minister sie vom Zeitungsschreiber verlange. Er lächelt aber doch leise, als ihm die Geschichte erzählt wird, wie Bismarck einen Journalisten gescholten habe, weil immer noch nichts in den Gazetten erschienen sei, obgleich ihm bereits dreimal gesagt worden wäre, er sollte über das Thema Diskretion bewahren. Das Gericht beginnt zu begreifen, daß Ministergespräch Zweckgespräch ist und Journalismus peinliches Handwerk.

## VII.

Der Angeklagte, des Landesverrats beschuldigt, bediente ein Büro des Auslands. Auf seiner Visitenkarte war dieser Umstand verzeichnet. Das wurde ihm als besondere Dreistigkeit angekreidet. Der Verteidiger meint: es sei jedenfalls ein interessanter Typ, dieser Landesverräter, der auf seiner Visitenkarte es allen Leuten präsentiert: „Landesverräter im Nebenberuf“.

## VIII.

Beim Beginn des Prozesses standen sich die Parteien schwer bewaffnet gegenüber. Die Schützer des Reichs, der perfide Zerstörer der Glorie. Langsam näherte man sich einander, und zum Schluß tagte die bittere Erkenntnis, daß man für einen gestürzten Fetisch kämpfe. Es gab ja nichts zu schädigen, gab eigentlich auch nichts zu verraten. War alles offenkundig, war alles hohl, leer, machtlos. Was ist militärisches Geheimnis ohne Militär? Was Landesverrat für ein Land, in dessen Fleisch tausend Kontrollkommissionen sitzen? Die Erkenntnis kam, daß auch solch ein Prozeß vor Richtern im Talar alter Herrlichkeit nur noch ein großes Träumen sei. Eine Komödie zum Trost der Seele, eine sehnsüchtige Verbeugung vor Gewesenem, eine sentimentale Gebärde, ein unzulänglicher Versuch am untauglichen Objekt, eine Neuinszenierung des Verblaßten. S. M. Hildb.

---

KURT HEINIG:

## Ueberspannungen und Abschwächungen.

„Jeder beschaffe sich Beweismittel, die die Unmöglichkeit rechtzeitiger Zahlung darzutun geeignet sind.“  
Kreisgruppe Stolp des Pommerschen Landbundes.

Die stürmischen Kritiker der Eilgesetze des August sind doch im Unrecht, wenn sie behaupten, daß damit für die Reichseinnahmen nichts gewonnen werde. Die Steuerpflichtigen treten selbst den Gegenbeweis an.

Graf Westarp eröffnete den Kampf mit einer Fanfare. Er schrieb in der „Kreuzzeitung“, daß die Deutschnationalen nur deswegen den

Steuern ihre Zustimmung gegeben hätten, damit sie den Rücken freibekämen „zu rücksichtsloser Bekämpfung der brutalen Steuerpolitik des Herrn Hilferding“. (Hierbei zu beachten: das ist die Lesart nach Tisch, vor Tisch wurde bewilligt, weil es nicht anders ging und weil — eine gewisse Angst in den Knochen saß.)

Der Vorstand der Pommerschen Landwirtschaftskammer hat unter dem Vorsitz des Freiherrn v. Wangenheim getagt. Selbstverständlich wurde nach der Besprechung der Steuergesetze eine Entschließung angenommen. Mit einigem Drehen und Wenden betont die „berufene“ Vertretung der pommerschen Landwirte, daß die neuen Steuern und Abgaben für die Volksernährung die schlimmsten Folgen werden zeitigen müssen, da sie über die Leistungsfähigkeit des landwirtschaftlichen Besitzes der Provinz Pommern weit hinausgingen. Eingriffe in die Betriebssubstanz und in das Betriebskapital seien notwendig. Damit werde die Steigerung der Produktion unmöglich, ja es müsse vielmehr bestimmt mit einem starken Sinken der Produktion gerechnet werden. Schon in den nächsten Monaten werde deswegen die Teuerung und die Not in den Städten noch größer werden. Die zur Zahlung der Steuern erforderlichen fortlaufenden Eingriffe in das Betriebskapital bedeuteten den Todesstoß für die Landwirtschaft. Alle seit Kriegsende wieder erzielten Erfolge der Landwirtschaft seien durch die neueste Steuergesetzgebung mit einem Schlage zunichte gemacht.

Es muß zugegeben werden, daß die pommersche Landwirtschaft es versteht, grausige Bilder an die Wand zu malen. Und alles nur deshalb, weil sie einmal wirklich Steuern zahlen soll.

Die Klagen der Interessenten wegen angeblicher Ueberspannung der Steuern könnten hingenommen werden. Es zahlt niemand gern Steuern. Und schon im Sachsenspiegel ist ja das Recht des Verurteilten fundiert, drei Tage straflos über das ihm geschehene Unrecht schimpfen zu dürfen. Aber damit ist es bei den Steuerprotesten nicht getan. Die pommersche Landwirtschaftskammer — das ist doch eine öffentliche Einrichtung? — begnügt sich nicht mit feierlich redigierten Klagen, sie stößt die Landwirte mit der Nase darauf, daß sie jetzt überall Stundungen beantragen müsse. Dies stimmt überein mit jenem Beschluß der Kreisgruppe Stolp des Pommerschen Landbundes, der, ursprünglich nicht zur Veröffentlichung bestimmt, sogar Richtlinien für den Fall gegeben hat, daß die Regierung auf den Stundungsschwindel nicht hereinfällt. Für diesen Fall lautet die Parole:

„Sollte die Regierung es unternehmen, von den Verpflichteten trotz nachweisbarer Zahlungsunmöglichkeit Strafbeträge zu verlangen, wird sie sich dem geschlossenen Widerstand aller ehrenhaften Landwirte gegenübersehen, die es erzwingen werden, daß man ihr Eigentum nicht Forderungen zum Opfer bringt, die jeder vernünftigen und wirtschaftlichen Ueberlegung widersprechen.“

Es ist also damit zu rechnen, daß die Steuerbeträge, die errechnet und vom Reichstag bewilligt worden sind, nur unter Ueberwindung erheblicher Schwierigkeiten in die Kassen der Finanzämter einfließen werden. Die Richtigkeit dieser Annahme wird dadurch bestätigt, daß z. B. auch der Zentralverband des deutschen Großhandels in einem Schreiben an den Reichsfinanzminister erklärt hat, daß seinen Leuten die Mittel zur Bezahlung der Steuern abgingen. Die Begründung ist ganz originell. Es wird behauptet, daß der Großhandel die Steuersumme nur dadurch flüssig machen könne, daß er Ware verkaufe. Das sei aber bisher mißlungen, „weil nur Verkäufer, aber keine Käufer vorhanden sind“. Der Mangel an Käufern liegt wohl daran, daß bei den Verkäufen die Steuerlast gleich mit eingerechnet wurde; diese aufgebesserten Preise konnte selbstverständlich niemand zahlen.

Im übrigen schreit die Industrie meist weniger als die Landwirtschaft; das Schweigen darf deswegen nicht als Zustimmung und Steuerwilligkeit aufgefaßt werden.

Ueberdies haben wir neuerdings noch einen andern Maßstab gewonnen, durch den kontrollierbar ist, wie weit der Opfermut der Industrie geht. Die Devisenabgabe ist der Prüfstein für die Vaterlandsliebe.

Wir verraten dem Ausland hoffentlich kein Geheimnis, wenn hier öffentlich festgestellt wird, daß die Devisenbesitzer zwar noch am 23. August in vollem Umfange die Notwendigkeit der beabsichtigten Regierungsmaßnahmen anerkannt haben. Ja sie erklärten damals sogar ihre Zustimmung zu beschleunigtem gesetzgeberischen Vorgehen und schärfsten Strafmaßnahmen gegen Zuwiderhandlungen und Umgehung der Verordnung. Heute, das sind noch keine 14 Tage her, ist eine ganze Reihe industrieller Proteste vorhanden. Besonders hebt sich dabei der Verband sächsischer Industrieller heraus. Jene Leute sind zu feige, wild gewordenen Kommunisten gegenüber Rückgrat zu behalten. Von ihnen lassen sie sich Sowjetfahnen in die Hand drücken und marschieren an der Spitze von Demonstrationen, aber wenn das Reich Devisen haben will, dann werden feierliche Kundgebungen beschlossen, bei denen erklärt wird, daß die Devisenbeschlagnahme die Rohstoffbeschaffung unmöglich mache. Wahrscheinlich würden die sächsischen Industriellen, wenn die Arbeiter einmal kämen und nicht nur Lohnerhöhung, sondern Devisenabgabe für das Reich forderten, brav und feige ihre Pflicht erfüllen.

Wir wollen uns aber auch über die Devisenverordnung nicht täuschen. Sie droht alles Mögliche an, ihr offizieller Text ist aber jedem Devisenbesitzer als eine beruhigende Abschwächung erschienen. Die Schieber haben aufgeatmet, als sie das neue Dutzend Paragraphen gelesen hatten. Deswegen ist zu fürchten, daß das neue Kabinett noch manche gute Tat zu leisten hat, ehe ihm Erfolg beschieden ist.

Die Hauptsorge liegt heute auf einem andern Gebiete. Wir brauchen die Goldwährung, eine wertbeständige Recheneinheit, die rück-

sichtslos alle Papiergeldschleier zerreißt. Hierzu gehört die Beseitigung Havensteins.

Es gibt heute noch gewisse Kreise, die Havenstein die Anerkennung nicht versagen, weil er, wenschon auf falschem Wege, immer starrkpfig bei seinen alten Anschauungen geblieben sei. Diejenigen, die das behaupten, kennen Havenstein nicht und haben seine Tätigkeit während der jüngst vergangenen Jahre nicht beobachtet. Havenstein ist der Mann der ständig wechselnden Entschlüsse, was er gestern kreuzigte, hat er noch immer heute mit Hosiannah begrüßt. Der klassische Beweis dafür ist seine neuerliche plötzliche Nachgiebigkeit, den Forderungen gegenüber, deren Ablehnung seine Stellung völlig unmöglich gemacht hat. Plötzlich ist Havenstein doch für wertbeständige Kredite. Er möchte nur um alles in der Welt eines nicht tun müssen: die Initiative ergreifen.

Wir erinnern uns einer Verhandlung der gewerkschaftlichen Spitzenverbände aller Richtungen mit dem Kabinett Cuno. Es war die letzte Aussprache dieser Art. Cuno hatte sich Becker, Luther, verschiedene andere und auch Havenstein mitgebracht. Es wurde natürlich auch das Thema Reichsbank erörtert. Ihrem Präsidenten wurde vorgehalten, daß es seine Aufgabe sei, aus den Whrungsschwierigkeiten führend herauszuschreiten. Darauf kam eine Antwort, die keiner erwartet hatte: Jetzt darf die Reichsbank nicht führend vorangehen; wenn wir endlich wieder einmal in klare Verhältnisse hineingekommen sein werden, dann wird sie gern die Führung ergreifen. —

Wo wir auf steuerpolitischem Gebiet auch hinblicken, überall bei den Interessenten systematische Ueberspannungen. Soll vielleicht der Bogen brechen? Die Regierung hat alle Ursache, die Hände, die sich regen, um ihr zu schaden, festzuhalten. Vor einem muß sie sich hüten: daß sie sich selbst abschwächt und daß sie zaghaft wird. Vermeidet sie das, wird sie siegen, hat sie nicht den Mut zur Rücksichtslosigkeit, dann gibt es nur böse Auswege.

ALFONS PAQUET:

## Wehrlose Leute.

Ueber die Schicksale der Mennoniten in Rußland während der Kriegs- und Revolutionsjahre 1914 bis 1920 ist im Kommissionsverlag der Flchtlingsfrsorge in Heilbronn am Neckar eine anspruchslose kleine Schrift erschienen. Sie gibt eine zusammenhängende Darstellung der Leiden, die diese Kolonisten als ein Teil der unter Katharina, Paul und Alexander in Rußland eingewanderten deutschen Bauern auf russischem Boden zu erdulden hatten; sie ist die Schilderung ihres Sturzes aus Wohlstand und Sicherheit in Armut und Wanderung. Zugleich aber spricht diese Schrift von dem inneren Erlebnis der Mennonitengemeinden, zu deren

religiösen Forderungen von jeher das Gebot der Wehrlosigkeit gehört. Das hebt die Schrift aus andern Leidensschilderungen hervor und verbindet sie mit einem der wichtigsten geistigen Probleme unserer Tage.

Die Mennoniten stehen ihrer geistigen Haltung nach zwischen den Quäkern und den Baptisten, und sie sind, wie diese heute hauptsächlich in England und Amerika verbreiteten Kirchengemeinschaften, Nachkommen der mittelalterlichen deutschen Täuferbewegung, die ihrerseits mit Waldensern und Taboriten in ursprünglicher Verbindung stand. Ihre Bewegung weist zu der der böhmischen Brüder und der Herrnhuterischen Pietisten so viele verwandte Züge auf, daß eine genaue Scheidung eigentlich nicht möglich ist. Kautsky nennt alle diese Gemeinschaften ihrer sozialen Herkunft nach unter den Vorläufern des modernen Sozialismus. Sie sind indessen auf ihrem alten religiösen Boden stehen geblieben, ihr Typus hat sich aus dem proletarischen der Anfangszeit längst in einen kleinbürgerlichen verwandelt. So sind denn auch die Mennoniten ihrer Mehrzahl nach einfache Leute des Geschäftslebens und eines kulturell gehobenen Bauernstandes; die Schicht ihrer Intellektuellen setzt sich aus Predigern, Aerzten und Kaufleuten zusammen und ist kleinbürgerlich. Die radikal-demokratische Richtung der Mennoniten ließ durch die Jahrhunderte ausgeprägte Führer von jener weltlichen Bedeutung, die im Quäkertum immerhin William Penn zum Typus des Staatsmannes gemacht hat, nicht aufkommen, sie brachte auch keine Männer hervor wie Lloyd George, der sich in seiner von religiösen Vorstellungen durchsetzten Redeweise so deutlich als ein Exponent der flachgewordenen englischen Dissenterbewegung, sowohl gegen die aristokratisch-hochkirchlichen Träger des englischen Weltreichgedankens wie gegen den aktiven Radikalismus der Arbeiterpartei abhebt.

Die Anfänger der mennonitischen Bewegung mögen wohl Flüchtlinge aus der Schweiz und aus Süddeutschland gewesen sein, die sich nach dem Untergang der Täuferbewegung am Niederrhein und in Holland niederließen und sich später nach ihrem Führer Menno Simons nannten. Sie haben sich durch ihre Abkehr von den kirchlich und staatlich gebilligten Glaubensformen auch in ihrer neuen Heimat das Leben nicht leicht gemacht. Insbesondere hatten sie unter der spanischen Herrschaft in den Niederlanden blutige Verfolgungen zu erdulden, und auch die in späteren Jahrhunderten nach Ostpreußen ausgewanderten Mennoniten litten unter dem Druck der Behörden, als diese zu der Ansicht kamen, daß die Ausbreitung der friedfertigen Mennonitengemeinden die Wehrmacht schwäche und daß ihr Fleiß dem Handel der alteingesessenen Kaufleute Konkurrenz mache. Nun boten die russischen Herrscher Tausenden dieser Familien, die Preußen zu verlassen wünschten, eine Zuflucht auf den weiten Steppen Südrußlands und gewährten ihnen wirtschaftliche und religiöse Duldung. In Rußland kamen die Mennoniten sehr bald zu Wohlstand; ihr Grundbesitz umfaßte vor dem Kriege

in Rußland und Sibirien ein Gesamtgebiet, das ungefähr dem doppelten Umfang Dänemarks gleichkommt, zu ihrem Landbesitz gehörte ein beträchtliches Inventar von kleinen Städten, Dörfern, Gutshöfen und Schulen.

Alles das stellte mit einem Male der Weltkrieg in Frage. Die Kriegspolitik des Staates warf uralte Duldung und feierlich bestätigte Privilegien über den Haufen, trotzdem gelang es den Mennoniten in Rußland bis 1918 immer wieder, ihre Mannschaften vom Waffendienste zu befreien, nahmen dafür andere schwere Opfer willig auf sich, viele dienten im Sanitätswesen und erwarben sich durch ihre Zuverlässigkeit und Aufopferung allgemeine Anerkennung, andere leisteten, unbewaffnet, bei der Bewachung der Staatsforsten entsagungsreiche Arbeit in den Wildnissen. Im Jahre 1917 näherte sich die Enteignung des gesamten Besitzes der Kolonisten, aber kurz vor der Ausführung des berüchtigten Chwostowschen Ediktes brach die Revolution aus. Nach der kurzen demokratischen Periode kam mit dem Zusammenbruch des alten Staates erst recht über die mennonitischen Kolonien in Südrußland eine Zeit der Schrecken. Im November 1918 begannen die Banden des sibirischen Sträflings Machno die Dörfer und Kolonien des taurischen Gouvernements systematisch zu plündern. Unter den furchtbaren Eindrücken von Mord, Brand und Vergewaltigungen entstanden in vielen der Gemeinden ernstliche Konflikte. Die Jahrhunderte alte Ueberlieferung der Wehrlosigkeit hatte der Staatsmacht gegenüber gewahrt werden können, im staatslosen Zustand sah sie sich plötzlich den grauenhaftesten Gefahren gegenüber. Um den Verwüstungen abzuwehren, bildete sich aus der Gesamtheit der südrussischen Kolonisten, die ja auch Katholiken und Lutheraner umfaßte, ein Selbstschutz, dem auch junge Mennoniten beitraten. Diesen Bewaffneten gelang es einige Wochen lang, die Ansiedelungen zu schützen, bis sie sich zuletzt vor der Uebermacht der Gegner zurückziehen mußten. Sie sahen sich regulären roten Truppen gegenüber, legten deshalb ihre Waffen nieder und kehrten in ihre Dörfer zurück. Nach Tagen vollkommener Panik übernahm jetzt die Sowjetmacht die Verwaltung des Gouvernements, aber die Banden behielten zunächst Freiheit genug, sich zu rächen, eine große Anzahl junger Leute, die zum Selbstschutz gehört hätten, wurden in ihren Dörfern ausfindig gemacht, niedergeschossen und erschlagen, andere kamen in die Gefängnisse von Melitopol und Berdjansk. So endete dieser einzige Fall der Abkehr von dem Grundsatz der Wehrlosigkeit. Das äußere Schicksal der Ansiedlungen war in den folgenden Monaten noch schwer genug. Die Banden setzten ihre Gewalttaten bis zur völligen Vernichtung einzelner Dörfer fort, aber nirgends kam es mehr zu einem aktiven Widerstand. Die Berichte über diese Periode erzählen von den Taten einer zwar selbstverständlichen, doch auch unter den schwierigsten Umständen nicht versagenden Hilfe der bereits völlig verarmten und ausgehungerten Kolonisten untereinander, die übrigens in ihren Hospitälern Freund und Feind ohne Unterschied pflegten. Manches unmittelbar

drohende Unglück wurde allein durch die überzeugende Macht, die die Seelenstärke und Aufrichtigkeit der Bedrohten auf ihre Peiniger ausübte. Viele der Kolonien lagen an den Fronten des Bürgerkrieges zwischen den roten Truppen und den weißen Heeresabteilungen; Kosaken, Denikinische und Wrangelsche Scharen hielten abwechselnd die Gegend besetzt. Die Kolonien überstanden, verelendeten unter dem häufigen Besitzwechsel zwischen diesen kämpfenden Abteilungen immer mehr, endlich traten unter der Sowjetmacht gesicherte Verhältnisse ein, allmählich drang zu den von der Außenwelt Abgeschnittenen auch die Hilfe ihrer holländischen und amerikanischen Glaubensbrüder, eine Anzahl Kolonisten machte sich auf, Rußland für immer zu verlassen. Es entstanden die Flüchtlingslager in Konstantinopel, in Holland, in Mecklenburg und auf dem Lechfeld. Von dort wenden sich die meisten der Flüchtlinge nach Amerika.

Das Epos dieses Völkchens ist noch nicht zu Ende. Schon in den siebziger Jahren, nach der Einführung der Wehrpflicht in Rußland, waren zahlreiche Mennoniten nach Kanada ausgewandert. Viele von diesen haben ihren Sitz auf englischem und nordamerikanischem Boden wieder aufgegeben, sie suchen neue Heimstätten in Mexiko. So sind, einer einzigen Idee zuliebe, von allen Seiten wieder Tausende von Familien unterwegs, wie einst in den Zeiten der Verfolgung. Und von jenen abgesehen, die ungestört seit Väter Zeiten in der Schweiz, in Süddeutschland, in der Pfalz, in Preußen und Ostfriesland auf ländlichen Siedlungen wohnen, wohnen andere weit in der sibirischen Steppe, an den Urwaldsäumen des Amurgebietes, in Turkestan und Chiwa und auf persischem Boden. Der Zusammenhalt der Gemeinden ist auch durch ihre außerordentliche Zerstreung nie aufgelöst worden. Wie die Mönchsorden des frühmittelalterlichen Benediktiner, so sind die Mennoniten gleichsam eine einzige Familie, verbunden durch das übereinstimmende Bekenntnis und durch die Einfachheit des Lebens und der Arbeit. Gegenwärtig ist wohl der Schwerpunkt ihrer gegenseitigen Beziehungen, die Schulen und Hilfsorganisationen aller Art umfassen, in Holland. In früheren Friedensjahren schien es zuweilen nicht unberechtigt, diese ziemlich für sich lebenden, wohlhabend gewordenen Bauern und Besitzer eher Mammoniten als Mennoniten zu nennen. Aber eine Zeit der Prüfungen hat bei den Besten von ihnen einen Kern bloßgelegt, der ihnen half, unmenschliche Schwierigkeiten zu überwinden. Es gibt im Meer der Völker gewiß nicht viele Menschen, die den Mut haben, den Grundsatz der Wehrlosigkeit bis ins Letzte zu vertreten. Wo aber diesem Gedanken, den viele erfassen möchten, ohne zu können, solche Opfer gebracht werden, da schlummert doch vielleicht in ihm eine Botschaft für die Völker.





HERMANN WENDEL:

## Rund um Lassalle.

„Man sollte“, heißt es in einem Briefe Lassalles aus dem Jahre 1853, „es sich wirklich fast zum unverbrüchlichen Prinzip machen, über gewisse Dinge gar nicht zu schreiben und nur zu sprechen. Es ist ein zu schlechter Leiter der Empfindungen, das Papier.“ Und doch! Welch ein Ueberfluß äußeren und inneren Lebens strömt von den vergilbten Papieren aus, die Grund und Gehalt des eben erschienenen zweiten Bandes von Lassalles Nachgelassenen Briefen und Schriften\*) ausmachen! Welche Zeithorizonte erschließen sich! Welche Blicke in Menschenherzen tun sich auf!

In eine tote, katzenjämmerliche Zeit fallen die meisten dieser Briefe an und von Lassalle, denn wenn es in den ersten paar Schreiben auch von den Paukenschlägen der achtundvierziger Revolution gedämpft widerhallt, so saß Lassalle gerade in diesen Monaten allzu lange hinter Gitterstäben, um alle Aktivität seines Geistes spielen zu lassen; die letzten Briefe aber stammen aus dem Jahre 1862, ehe er seine Arbeiteragitation begonnen hatte. Doch um Lassalle ist nie Ruhe, Windstille, Erschlaffung, sondern immer Leben, Bewegung, Spannung. Ein Wirbel der Gestalten dreht sich um ihn wie um den Mittelpunkt eines Balzac'schen Romans. Da sind Gesinnungsgenossen aus der Volkserhebung des „tollen Jahres“, Arbeiter wie Kichniawy, Nothjung und Roeser, da Revolutionsliteraten windigen Charakters wie die Referendare Hermann Becker und Heinrich Bürgers, Schriftsteller und Dichter derselben Farbe, aber mit mehr Feingehalt wie Ferdinand Freiligrath und Georg Weerth, Ernst Dronke und Wilhelm Wolff, der „Kasematten-Wolff“, da sind Gelehrte von europäischem, von Weltruf wie Alexander v. Humboldt, August Böckh und Theodor Mommsen, Politiker wie Franz Duncker, Ludwig Walesrode und der anziehendste, Franz Ziegler, früher Bürgermeister von Brandenburg, wegen Teilnahme an der Revolution zu Festung und zum Verlust der Nationalkokarde verurteilt, da ist der Literarhistoriker Adolf Stahr, der Aegyptologe Brugsch-Pascha, der garibaldische Brigadier Wilhelm Rüstow, der „Genüßling“ Fürst Pückler-Muskau, da ist endlich Heinrich Heine, David Friedrich Strauß, Friedrich Theodor Vischer, Hans v. Bülow — ihrer aller Lebenskreis schnitt den seinen, mit ihnen allen hatte er gebend und empfangend zu tun, von ihnen allen liegen Briefe an den Dr. Ferdinand Lassalle vor.

Und welche Fülle der Gesichte und Begebenheiten! Im Anfang geht es noch immer um die Hatzfeld'schen Händel. Lassalle empfindet die Aussicht als hart, „fünf Jahre kräftigen blühenden Daseins dem an sich geistlosen Werk, aus Aktenstaub ein Vermögen zu fabrizieren, zu opfern“; er hat dieser Sache überhaupt „sieben Jahre seiner besten

\*) Ferdinand Lassalle Nachgelassene Briefe und Schriften. Herausgegeben von Gustav Mayer. Zweiter Band. Lassalles Briefwechsel von der Revolution von 1848 bis zum Beginn seiner Arbeiteragitation. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, Verlagsbuchhandlung Julius Springer, Berlin.

Jugendkraft hingegeben und sieben Jahre so aus dem besten Fleisch seiner Lebenszeit herausgeschnitten“; aber immer noch steht für ihn „die Leidenschaft eines großen und gewaltigen Zwecks“ dahinter: dem Bruder der Gräfin setzt er 1850 auseinander, wie sie „durch Stellung, Ansichten und zumal für die Augen der Richter dadurch, daß sich ihre Familie gänzlich von ihr zurückgezogen hatte, auf der Seite der Revolution“ gestanden habe; in seiner Ausdeutung, die er wohl nicht zu Unrecht auch bei den Prozeßgegnern und Richtern voraussetzt, war der Streitfall der Gräfin nicht mehr „ein einfacher Prozeß einer mißhandelten Frau gegen einen gewalttätigen Gatten“; vielmehr schien er „durch die Stellung der Familie auf Seiten des Grafen eine Empörung zu sein, eine offene Empörung gegen den Begriff der Familie selbst, eine offene Empörung gegen das Prinzip der Autorität in seiner unantastbarsten Gestalt, gegen Namen, Ansehen, Rang und andere dogmatische Begriffe“. Und so zersplitterten die Lanzen, die Lassalle für die Gräfin brach, im Kampf um der Menschheit große Gegenstände.

In diesen Jahren ringt er, „nach der glücklichen Beendigung langer Kämpfe dem Glücke theoretischer Muße und wissenschaftlicher Tätigkeit wieder geschenkt“, auch um Kränze der Musen. „Franz v. Sickingen“, „Heraklit der Dunkle“ und „Das System der erworbenen Rechte“ erscheinen; fleißig und mit sorgfältig abgestimmten Begleitbriefen wird jedes dieser Werke den Fachgrößen zugeschickt. Das Drama erntet bei den Berufenen zwar nicht allzuviel Lob; immerhin gesteht Pückler-Muskau, daß er eine halbe Stunde nach Mitternacht die Tragödie zu lesen begann und sich nicht eher davon trennen konnte, als bis er, um halb fünf Uhr früh, bis zum Ende gekommen war, „ohne einen Augenblick Ermüdung gefühlt zu haben“. Einstimmiger klingt die Anerkennung für die beiden philosophischen Werke; vom „Heraklit“ sagt Böckh, daß er „mit der umfassendsten Gelehrsamkeit und ebenso mit spekulativem Sinn und der gründlichsten philologischen Erwägung verfaßt und ein in seiner Art einziges Werk“ sei, und dem „System der erworbenen Rechte“ rühmt der Hegel-Erbe Rosenkranz nach, daß es „eine Frucht der gründlichsten positivsten Studien und des stärksten und kühnsten philosophischen Nachdenkens“ darstelle; bewundernd und verwundert ruft der zurückgezogene Gelehrte aus: „Und das ist derselbe Lassalle, der einen Franz von Sickingen gedichtet, politische Flugschriften ausgestreut und meine Logik in der Philosophischen Gesellschaft Berlins besprochen hat!“ Wohl durfte Lassalle nach seinen wissenschaftlichen Leistungen den Traum träumen, unter die Mitglieder der Berliner Akademie aufgenommen zu werden, aber dem Manne, der jeder Polizeipickelhaube als gefährlicher Revolutionär verdächtig war und der alle Minen springen lassen mußte, nur um seine Ausweisung aus der Hauptstadt zu verhindern, fehlte es an der politischen Wohlgelittenheit zu dieser Ehrung.

In das Charakterbild Lassalles tragen die neuen Briefe keine neuen Züge ein, vertiefen aber manchen bekannten. Wenn Mehring den Gründer

des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins darin einen durchaus antiken Charakter nennt, daß er die Freundschaft höher als die Liebe gestellt habe, so findet sich dafür auch auf diesen Seiten Bestätigung. Heinrich Bürgers hatte sich anmaßlich, überheblich und mehr als verletzend gegen ihn benommen, aber als sein Beleidiger wenige Wochen später unter Hochverratsanklage in Köln hinter Schloß und Riegel geriet, vergaß Lassalle sofort „den ganzen persönlichen Bettel“ und stand ihm hilfreich bei. Aber wenn er schon den jüdischen Familiensinn gelegentlich so verleugnete, daß der Vater Heyman Lassal bitter klagte, er bekomme keine andern Briefe von dem Sohne „als solche, die jeder reisende Kavalier an seinen Hofbankier schreibt, entweder: Schicke mir Geld, oder: Das Geld ist nicht angekommen, oder: Der Wechsel ist nicht angekommen, und dergleichen“, so war es mit seiner Liebe erst recht ein eigentümlich Ding. Mit Lina Duncker, der Gattin des Verlegers der „Volkszeitung“, in dessen Hause er verkehrte, verbanden ihn zarte Fäden. Aber nie schreibt er ihr Billets doux, immer ganze Abhandlungen voll hoher Pathetik und rollenden Donners: „Ich bin, um mich so auszudrücken, ein durch und durch theoretisches Wesen. Ich liebe mit dem Geiste, ich kann nur gleichgestimmte Seelen lieben... Ich bin kein Courmacher und Galan. Ich bin nicht dazu da, daß man sich mit mir amüsiert. Ich verlange Religion in der Liebe eines Weibes für mich“, und schließlich schüttet die Geliebte der Freundin des Geliebten, der Gräfin Hatzfeld, ihr leidvolles Herz aus, über „seine kalten Lieblosigkeiten und Rücksichtslosigkeiten“ klagend, und daß ihr jeder Beweis für die Innigkeit eines deutschen Verhältnisses fehle. Aber schon ist das Ende nah. Wenn Heine sagt:

Man schreibt nicht sechzehn Seiten,  
wenn man den Abschied gibt,

so schreibt Lassalle sechzehn Seiten und mehr, einen ganzen Schriftsatz, wie man ihn bei Gericht einreicht, und von nichts anderem als von politischen Verfehlungen Franz Duncckers gegen den Schreiber, bis es am Schluß frostig heißt, nachdem die sozialen Beziehungen zum Gatten gelöst seien, wäre es „nach gewöhnlichen bürgerlichen Begriffen ganz unkonvenabel, der Frau allein noch seine Aufwartung zu machen“, und so, „alle Lyrik gern unterdrückend“, schlägt er sich seitwärts in die Büsche.

Aber auf Pathos ist so ziemlich jede seiner menschlichen Beziehungen gestellt. In welchem Stil redet er von sich! Da er, selbst in Haft, der festgenommenen Gräfin nicht helfen kann, will er nicht sagen, „in welcher wahnsinnigen Betäubung, in welcher gellen Abwechslungen von dumpfer Verzweiflung und rasender Wut“ er die Tage verlebt hat; er vergleicht sich einem „altersschwachen, gefesselten Löwen“; ein anderma! rühmt er sich, daß ihn niemand je in der Konsequenz übertreffen werde, mit der er seinen Prinzipien angehöre, in der starren Objektivität seines Charakters, in der Selbstverleugnung gegen seine Ueberzeugungen und seine Partei, er bestätigt sich, daß er hundertmal schon sein ganzes Ich in die Schanze geschlagen habe und hundertmal es noch

schlagen werde, „um frei und unverkümmert das freie Recht der Kritik an allem, was lebt, zu üben“; er nennt sich jemanden, „über dessen Inneres die Zeit nicht Macht hat und dessen Devouement seine Proben geliefert hat“ — so wenig all das leere Phrase ist, sondern echte Lassalle'sche Natur, so sehr empfindet man es nach dieser stets tragisch gefalteten Toga, nach dieser stets bedeutend gerunzelten Stirn als Labsal, wenn H. B. Oppenheim in einem launig burschikosen Brief erzählt, daß Ludwig Bamberger in Paris „als Bankier das harte Beefsteak des Exils“ esse. Denn Lassalle, diesem stets mit tausend Volt Spannung Geladenen, fehlte, um nicht von der Glut seines Wesens aufgezehrt zu werden, das Gegengewicht, der Ausgleich, die Entspannung; er hatte keinen Funken Humor und nahm sich und alle anderen schauerlich ernst.

SEDIF ALAM:

## Blücherbündlers Abendgebet

Privatdozent Ruge (Pressechef des Blücherbundes): „Jeder soll an Stelle des Abendgebets täglich neu den Vorsatz fassen nicht zu ruhen und nicht zu rasten, bis er einen Juden getötet hat.“

O Gott der Liebe, heiliges Erbarmen,  
Gott des Mitleids und wollender Dulderschaft,  
Geliebter Jesus, schenke mir Armen  
Zu einem kleinen Judenmord alljetzt die Kraft.

Wie du in Kreuzespein und Verenden  
Noch „Vater, vergib ihnen!“ gefleht,  
Stärke mich, bis mit würgenden Händen  
Ich dem Itzig die Kehle abgedreht.

Segne mich in glühendem Mitgeföhle,  
In der Reinheit deines Glorienscheins,  
Wenn ich mit blutendem Messer wühle  
In den Eingeweiden des semitischen Schweins.

Laß ihn, winselnd vor Schmerz, in die Erde sich krallen,  
Erstick' ihn unter meiner knienden Last,  
Laß vor Angst ihn tierische Laute lallen,  
Der du „Liebet eure Feinde“ gepredigt hast.

Und wenn dir am Auferstehungstage  
Mich freizusprechen die Macht gebricht:  
Stell' mich — du bist rechtlich in der Lage —  
Als Bayern vor ein Münchner Volksgericht!

## UMSCHAU.

**Geistiges Studentenfutter.** Unter Studentenfutter verstanden wir als Kinder ein wohlschmeckendes Gericht von Mandeln und Rosinen. Die Gründe dieses Namens habe ich nie erforschen können. Jedenfalls ist das geistige Studentenfutter, von dem hier berichtet werden muß, weit weniger appetitlich. Die „Wirtschaftsfriedliche Studenten-Gruppe“ der Universität Frankfurt a. M. übersendet mir ihre Druckschriften. Wie sie zu ihrem Namen kommt, ist ebenfalls unerfindlich. Wirtschaftsfriedlich können allenfalls Arbeiter sein, die das Mittel des Streiks für sich ablehnen. Wenn aber Studenten, die in gar keinem Arbeitsverhältnis stehen, für sich den Streik ablehnen, so ist das sinnlos, wenn sie ihn für andere ablehnen, so ist das unvergleichliche Anmaßung. Mit dem gleichen Rechte könnte sich ein Arbeiterverein gegen das Couleurtragen der Studenten aufturn. Diese „wirtschaftsfriedliche Studenten-Gruppe“ hat sich aber ernsthaft die Aufgabe gesetzt, ihre Mitglieder gegen Streiks und Gewerkschaften geistig zu mobilisieren. Vielleicht um gegebenenfalls als Streikbrecher aufzutreten; ich weiß es nicht. Die Flugschriften, mit denen sie diesen Zweck fördert, können jedenfalls nur unter der Rubrik „Deutschlands geistige Verarmung nach dem Kriege“ besprochen werden. Da tritt z. B. ein sonst mit Recht unbekannter Fabrikant, H. Osterwald aus Enger (Westf.), als wirtschaftlicher Mentor der Studenten auf. Er schildert rührsam, wie artig und zufrieden die Arbeiter vor der bösen Zeit der Sozialdemokratie lebten, bis der verruchte Agitator auftaucht und den Arbeitern erklärt: „Zunächst gibt ein jeder von euch in Wochenraten einen Jahresbeitrag von 50 M. ab, von dem in erster Linie mein (des Redners) Gehalt bezahlt wird.“ (Wörtlich!) Dies nennt man wissenschaftliche Erfassung des Gewerkschaftsgedankens. Herr Osterwald läßt

nun das Unheil seinen Lauf nehmen: die aufgehetzten Arbeiter stellen Forderungen, „der Arbeitgeber weiß nicht aus noch ein“, in seiner Angst bewilligt er, dadurch kommt der ganze Betrieb zum Erliegen, der Fabrikant gerät in Konkurs und die Arbeiter werden arbeitslos. Daß das tatsächliche Bild in der Praxis ganz anders aussieht, macht Herrn Osterwald kein Kopfzerbrechen. Denn er hat die neue, glänzende Theorie entdeckt, daß gerade dann, wenn die Arbeiter nicht streiken, der Arbeitgeber „unbewußt“ durch steigende Prosperität zu tortwährender Erhöhung der Löhne gezwungen werde. Schade nur, daß die Arbeiter von dem Walten dieses „zuckrigen Lohngesetzes“ gar nichts gemerkt haben, ehe es Gewerkschaften gab. Aber freilich: was man heute keinem Arbeiter erzählen dürfte, ohne auf helles Gelächter zu stoßen, das kann man immer noch getrost gewissen Studentenkreisen vorsetzen, die dafür auch die „geistige Elite“ des deutschen Volkes bilden. Oder zu sein sich einbilden.... E. K-r.

\*

**Peinliches aus einer Staatspartei.** Der tschechische Außenminister Dr. Benesch hat sich vor kurzem der Partei der „tschechischen Sozialisten“ angeschlossen. Es ist das jene Partei, die unter der Führung V. Kľofatsch in den neunziger Jahren nach dem Muster der „Deutschvölkischen Arbeiterpartei“ in Böhmen entstand, als proletarische Abteilung des Chauvinismus, sich damals Partei der tschechisch-nationalen Arbeiter, später nationalsozial nannte und ihre Hauptaufgabe in der Bekämpfung der internationalen Sozialdemokratie erblickte, der sie ja die Arbeiteranhänger entreißen sollte.

Als jedoch um die Jahrhundertwende die Auflösung der sozialdemokratischen Internationale in

Oesterreich durch die nationale Schwenkung der tschechischen Sozialdemokratie begann, verlor der Gegensatz zwischen ihr und den Nationalsozialisten des V. Klofatsch an Schärfe, bis er bei der Entstehung des vom Tschechenvolk seit Jahrhunderten, wenn auch von vielen fast im Unterbewußtsein ersehnten eigenen Staates verschwand. Nun nannte sich die Klofatschpartei bald „tschechische Sozialisten“, sie saß neben den tschechischen Sozialdemokraten in Regierung und Koalition, vor allem in jenem maßgebenden Fünferausschuß der „Pjetka“ (pjet = 5) und es war auch schon wiederholt von Vereinigung der ehemaligen Todfeinde die Rede; doch ist es noch nicht dazu gekommen. Vom Hamburger Weltkongreß verlangte die Partei des Herrn Benesch ihre Aufnahme in die sozialistische Internationale, was nach ihrer extrem nationalistischen Vergangenheit sehr merkwürdig war. Sie wurde denn auch abgewiesen.

Als nun vor wenigen Monaten ein Schutzgesetz für die tatsächlich nicht bedrohte tschechoslowakische Republik gemacht wurde, stimmten als einzige Tschechen außer den Kommunisten vier Abgeordnete der tschechischen Sozialisten, die Gruppe des Dr. Vrbensky, dagegen und wurden deshalb aus der Partei hinausgedrängt. Diese verklagte sie außerdem beim

Weltgerichtshof und unter Anwendung einer auf betrügerischen Mandatsdiebstahl gemünzten Bestimmung den Vieren die Mandate aberkannt und als Ersatz vier treue Klofatschianer einberufen. („Barrièrestöck“, wie Karl Lueger sein Stimmvieh nannte.) War diese Sache schon um so peinlicher, als die Vrbensky-Gruppe bedeutenden Anhang im Lande hat, so kommt nun gar eine böse Geschichte. Ein Beleidigungsprozeß gegen den Redakteur Kozak, der Mißstände in der Partei kritisiert hatte, endete nämlich damit, daß Kozak freigesprochen wurde, weil er bewiesen habe, daß der zweite Fraktionsvorsitzende der „tschechischen Sozialisten“, der Abgeordnete Laube im Kriege seine Gegner in der Prager Schneiderzwangsgenossenschaft den Militärbehörden zur militärischen Einberufung angeben habe! So hat ein Führer der Antioesterreichpartei, der Staatsgründungs- und erhaltungspartei im Kriege Oesterreichs Wehrmacht aus privaten Gründen gestärkt. Und von der gleichen Beschuldigung hatte ihn auch noch ein Parteischiedsgericht vorher freigesprochen, obwohl es, nach der Zeugenaussage eines seiner Besitzer, von der Richtigkeit der Beschuldigung überzeugt war, nur weil ihm das jetzt enthüllte Material nicht vollständig vorgelegen hatte. r. b-n.

## BÜCHERSCHAU.

**Ein Rettungsversuch.** Diesmal nicht mit wirtschaftlichen, sondern mit geistigen Maßnahmen. Otto Flake, der sich selbst gern als Außenseiter der Politik bezeichnet, müht sich ehrlich, des deutschen Volkes Schicksal zu wenden, indem er für eine neue Geistigkeit, für eine innere Umstellung unseres Denkens wirbt. Seine „Deutschen Reden“ (Verlag „Die Schmiede“) erinnern unwillkürlich an das Fichtesche Vorbild. Fichte hat den Beginn der Freiheitskriege noch

erlebt, aber mit der trüben Vorahnung, daß seine geistige Saat in ihnen nicht aufgehen sollte. Als er den Aufruf „An mein Volk“ liest, in dem sich „der König vor die Nation stellt, gleichsam als ob er nicht zu ihr gehöre“, beschleicht ihn die Furcht, daß alles vergeblich sei, daß die äußere Freiheit nicht die innere bringen würde. Er täuschte sich nicht.

Wirkt Otto Flake am tauglicheren Objekt, er, der wohl Kultur und innere Vornehmheit, der den

Fanatismus der Ehrlichkeit, aber nicht das überwältigende Pathos seines Vorgängers besitzt? Aus seinen Worten klingt viel Resignation. Aber mancher seiner Sätze ist scharfgeschliffene Waffe, und einige davon sollen hier stehen:

„Was einmal als deutsch galt: die Wahrheit um ihrer selbst willen suchen, sachlich sein, sich bereitwillig öffnen, hat sich so sehr in das Gegenteil verwandelt, daß man sagen könnte: deutsch sein heißt heute die Wahrheit fälschen, demagogisch sein, sich verschließen.“

„Was gilt es? Dem Bürgertum zu sagen, daß wir — ich spreche jetzt von den Geistigen, die sich als das Gewissen der Nation fühlen — nicht mehr der Lauheit, Feigheit, Trägheit des Bürgertums dienen wollen.“

„Ich verlange, daß der Künstler sich bewußt sei, wie sehr es etwas anderes ist, den Menschenunterdrücker darzustellen, als ihm die Gewalt zu überlassen.“

„Wer die Welt den Schlechten überläßt, macht sie schlecht.“

„Die Deutschen sind sentimentale Jesuiten.“

„Charakterlosigkeit ist immer dumm, Dummheit ist immer charakterlos, Intelligenz und Moralität sind eines, das ist das ABC für Deutsche, an dem sie, ewige Pubertätsmenschen, studieren mögen.“

„Es ist keine Demokratie, solange der Wehrminister Geßler heißt.“

„Die Schande der Demokratie: sie will sich nicht. Sie spart das Geld. Sie ist ekelhaft verkalkt... Die Menschen verlangen Gefühls-erregung, denn sie verlangen Glauben und Leidenschaft. Republik und Demokratie krepieren, wenn es ihnen nicht gelingt, selber erregende Vorstellung zu werden.“

„Man wird es satt, unter Kastraten zu leben, denn man kann nicht unter ihnen wirken. Ein Volk, das kein politisches Temperament hat, hat kein Recht auf politische Existenz, es hindert die Welt.“

„Die Herren Politiker glauben Sachverständige zu sein, sie sind in Wirklichkeit Leute ohne Energie, Mut, Entschlossenheit, sie pfuschen wie ein schläfriger Handwerker weiter, bis eine Hand an Kragen packt.“

All das ist schon vor länger als Jahresfrist geschrieben worden, aber heute nicht weniger aktuell als damals.

E. K-r.

\*

**Erzwungenes M'Billigungsurteil.**  
Da der „Felsenverlag“ (Buchenbach in Baden) mich ständig bestürmt, seinen Zukunftsroman „Ladokkas Malstrom“ zu besprechen, so bin ich genötigt, hier auszusprechen, daß das Ganze in meinem Auge eine Kinderei ist. Der Verfasser, Dr. Richard Baerwald, glaubt eine geniale politische Idee zu verkünden. In seiner nach dem Mars verlegten Handlung (bei der ohne Phantasie lediglich die Namen der Staaten etwas verändert sind) erteilt er Deutschland den Rat, den Anschluß an dasjenige Land zu proklamieren, das Deutschland in seinen staatlichen Bestand aufnehmen will. Im Roman (daher der Name) wirkt dieses Angebot Wunder, es wird zum Zankapfel zwischen England und Frankreich, und nach 27 Kriegen (es können auch 28 sein, genau habe ich sie nicht gezählt), in denen Deutschland bald als Englands, bald als Frankreichs Söldner kämpft, zuweilen auch in Nord und Süd gespalten gegen sich selber, entsteht dann — man staune — der ewige Weltfrieden, der aber, notabene, nach der Demütigung Englands und Frankreichs einen verfluchten Beigeschmack von Ludendorffs Siegfrieden hat. Man könnte das alles hinnehmen, wenn nicht der Verfasser und sein Verlag immer wieder ernsthaft beteuerten, mit dieser Marsidee das wirkliche, einzige und unfehlbare Mittel zur Rettung Deutschlands gefunden zu haben. Nee ...

E. K-r.

\*

**Die Marxbibliographie Ernst Drahn** ist in zweiter Auflage erschienen. (Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8.) Das erste Heft umfaßt das Lebensbild des großen Lehrmeisters in knappen biographischen Daten, sowie den vollständigen Katalog der Werke und Schriften von Karl Marx. Namentlich dieser zweite Teil des Heftes dürfte ein unentbehrliches Hilfsmittel für jeden wissenschaftlichen Arbeiter auf dem Gebiet des Sozialismus sein. Die gewissenhafte Genauigkeit, mit der Drahn die Daten und den Erscheinungsort aller überhaupt bekannten Publikationen aus der Feder Marxens, auch seiner weitverstreuten journalistischen Arbeiten, festgestellt hat, sichert dem schmalen Schriftchen einen Platz in der wissenschaftlichen Literatur des Marxismus.

\*

**Ein Tierbuch.** Ein erfreulicher Beweis für die literarische Kulturmöglichkeit unserer Zeit bietet ein kleines Buch von Walther G. Hartmann: „Die Tiere der Insel“. Zarte Meditationen, wie „Die Verwandlung der Fische“, „Vom erloschenen Planeten“, „Die Zugvögel rufen“, werden gegeben; und es bestätigt sich auch hier wieder das Gefühl, daß derart differenzierte Pastelle nur selten aus elementaren Antrieben entstehen. Geschwächt und verblaßt spürt man bei Hartmann die Ekstasen Zarathustras; spürt ein Weniges von der gepflegten Einfachheit Rilkes; aber trotz solchen Einflüssen sind diese feinen Spintisierereien über Mensch und Natur nicht ohne eigenen spielerischen Reiz. Das größere Vorbild dieser Tiergeschichten mag Francis Jammes gewesen sein; doch wo ist schließlich keine mehr oder weniger starke Anlehnung zu finden? Die Hauptsache bleibt: in diesem selten schön ausgestatteten Buch (Sibyllen-Verlag, Dresden 1923) und in den beigefügten wohl lautenden far-

bigen Holzschnitten sind alle Empfindungen vom eigenen Erlebnis gespeist. So mag dieser schmale Band für Freunde einer nachdenklichen, subtilen Kunst einen Gewinn bedeuten; abgewendet vom lauten Außen der Welt, werden sie finden, daß „der Einklang der Natur dem bereiten Sinne die uralte Verwandtschaft aller irdischen Dinge“ enthüllt. Offbg.

\*

**Eine populäre Biologie.** Die Verdienste der Franckhschen Verlagsbuchhandlung in Stuttgart um Verbreitung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse sind unbestritten. Neben den beliebten Kosmos-Bändchen erscheint jetzt in dritter Auflage eine umfangreichere „Entwicklungsgeschichte des Weltalls, des Lebens und des Menschens“, von Hans Wolfgang Behm besorgt. Auch sie vereinigt die Vorzüge, dem Laien verständlich zu sein und gleichzeitig die neuesten Forschungsergebnisse zu berücksichtigen. Ueber 500 Illustrationen, Tafeln usw. erleichtern das Verständnis. Gewiß kann eine auf 225 Seiten beschränkte Darstellung nur die großen Umrisse der Biologie geben, gewiß läuft dabei auch unter, daß manche wichtige Hypothese übergangen, manche andere als bereits sicheres Forschungsergebnis hingestellt wird, aber der wissenschaftliche und doch populäre Gesamtcharakter des Werkes ändert sich dadurch nicht. Und dem, der tiefer in die Materie eindringen will, öffnet sich am Schluß ein reichhaltiges Literaturverzeichnis, in dem freilich Namen wie Kammerer und Carus Sterne nicht fehlen sollten. -r.

\*

**Jahreszahlen der Erdgeschichte,** von Dr. R. Lotze (Frankhsche Verlagsbuchhandlung in Stuttgart). Die Frage nach dem Alter der Erde beantwortet dieses Kosmosbändchen an der Hand der neuesten wissenschaftlichen, für den Laien oft verblüffenden Berechnungsmethoden.



**40. T A U S E N D**

A U F L A G E E R R E I C H T H A B E N

**ROSA LUXEMBURG**  
**BRIEFE**  
**AUS DEM GEFÄNGNIS**

*gerichtet an Sonja Liebknecht, die Gattin Karl Liebknechts*

Grz. broschiert 2.—, gebunden 2.50  
Für das Ausland Grz. = 0,60 Schw. Frchs.

Schlüsselzahl des Börsenvereins der deutschen Buchhändler

**Verlag der Jugendinternationale, Fritz Reußner**  
Berlin-Schöneberg, Feurigstraße 63

**DIE PRAXIS**  
**DER HANDELSPOLITIK**  
**VON MAX SCHIPPEL,**

Eine gemeinfaßliche Einführung \*Zweite, vermehrte Auflage  
**GRUNDPREIS 1,- M.**

*Aus den Presse-Urteilen:*

Der Verfasser gibt nicht nur *klare Definitionen* über Nationalbehandlung u. Meistbegünstigung, Freihandel und Schutzzoll, Tarifverträge und autonomen Doppeltarif sowie Meistbegünstigung u. Reziprozität, sondern *erläutert die Unterschiede an zahlreichen Beispielen* aus den verschiedensten Handelsverträgen. Weiterhin wird die Stellung der Kolonien in der Handelspolitik und eingehender die Frage der Zollkriege *erörtert*. Den Schluß bilden *Betrachtungen* über die Ursachen des Umschwungs zum Schutzzoll in der Nachkriegszeit und über die Möglichkeit, wie Deutschland *trotz* Friedensvertrag sich handelspolitisch betätigen kann.

*„Weltwirtschaftliches Archiv“ (Gustav Fischer, Jena)*

**VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT GMBH • BERLIN SW 68**



# DIE GLOCKE

24. Heft

10. September 1923

9. Jahrg.

---

Nachdruck sämtlicher Artikel ist nur mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

---

ROBERT BREUER:

## Botschafter nach Paris.

Am 27. November des vergangenen Jahres schrieb ich hier:

„Es ist indessen wahrscheinlich, daß die Regierung Cuno, wenn sie überhaupt dauert, ähnlich falliert wie die Regierung Fehrenbach. Die flüchtete unter den Gnadenspruch Amerikas und brach unter dem Druck des Ultimatums von London zusammen. Die Reparationspolitik dürfte schwerlich schon so weit geklärt sein, daß die Voraussetzungen für die Gesundung der deutschen Wirtschaft, der deutschen Mark, des deutschen Lohnes, gegeben sind. Der internationale Abwicklungsprozeß geht langsam vor sich. Aeußere Anleihen kommen erst, wenn sie den Gebern gutes Geschäft dünken. In Kürze wird die Sozialdemokratie, wie im Mai 1921, wieder gezwungen sein, sich einzuschalten. Dann wird man fragen dürfen: wozu der Lärm? Denn auf die Dauer läßt sich die Formel, nach der allein das deutsche Elend regiert werden kann, nicht verleugnen: Jeglicher Mussolini wird standrechtlich behandelt; die deutsche Wirtschaft aber muß von der Arbeiterschaft gemeinsam mit Stinnes organisiert werden.“

Am 23. April 1923:

„Eine rein sozialistische Regierung würde die zweite Dolchstoßlegende hoch aufflammen machen. Sie könnte den Bürgerkrieg bedeuten. Es ist wahrscheinlich, daß dieser Bürgerkrieg sehr bald alle Vernünftigen gegen die nationalistischen Fanatiker sammeln würde. Aber Bürgerkriege sind möglichst zu vermeiden. Es ist außerdem einleuchtend, daß der französische Militarismus, nachdem er am Widerstand des Ruhrproletariats sich tüchtige Beulen holte, keine übermäßige Vorliebe für eine nur sozialistische Regierung Deutschlands haben wird. Der französische Kapitalismus aber wird erst im Mitwirken seines deutschen Konkurrenten eine Garantie des Friedens sehen.

Es wird also notwendig sein, die Interessen des deutschen Proletariats neben die des deutschen Kapitals zu stellen und beide Interessenten gemeinsam den Ausgleich Deutschlands mit Frankreich finden zu lassen. Das deutsche Proletariat wird nicht Hochverrat schreien dürfen, wenn zwischen dem deutschen und dem französischen Kapitalismus Fühlung gesucht wird; aber in jedem Augenblick solcher Fühlungnahme und während aller ihrer Auswirkungen wird das deutsche Proletariat Kontrolle zu üben haben. Unter solcher Kontrolle ist uns die Internationale der Wirtschaft, die Stresemann verkündete, auch ein Mittel zur Ueberwindung nationalistischer Engstirnigkeit.“

Am 16. Juli 1923:

„Deutschland kann nur durch eine harte, von allen Illusionen freie Regierung gerettet werden. Wer heute der völkischen Leidenschaft sein Ohr leiht und morgen vor der Kurzsichtigkeit der Straße kapituliert, ist als Führer und Regent ungeeignet. Man hat von der Diktatur der

Mitte gesprochen. Das Wort ist bildhaft und gut. Runter vom Vulkan — heißt: dem breit hingelagerten Interessenausgleich diktatorische Gewalt gegen alle Interessenmißbraucher zu geben — auf Revolution, auf sinnlose Kraftvergeudung verzichtend, Deutschland nicht als führende Weltmacht, sondern als bescheidene Kontinentalmacht richtig einschätzend, Kapital und Proletariat als gleichwertige Wirtschaftsfaktoren erkennend —, so muß die Regierung der Mitte sein, die einzige Regierung, die Deutschland vor dem Feuerbrand bewahren kann.“

Inzwischen ist Cuno zusammengebrochen, und die Regierung der großen Koalition hat sich gebildet. Die Gegnerschaft von rechts und links ist bemerkenswert, aber kaum stärker, als sie erwartet werden konnte. Die Massen der Arbeiterschaft haben sich nicht, wie wohl befürchtet worden ist, gegen den politischen Aktionsausschuß aus Kapital und Proletariat zur Wehr gesetzt. Das Notwendige ist Wirklichkeit geworden. Bleibt zu fragen, bleibt abzuwarten, ob es nicht zu spät Wirklichkeit geworden ist. Das Trümmerfeld, das Stresemann vorgefunden hat, ist kaum übersehbar; am Ende eines zweiten verlorenen Krieges soll die Koalition von Kapital und Arbeit die notwendigen Maßnahmen treffen, um die Vernichtung der deutschen Wirtschaftssubstanz, um den Zusammenbruch der deutschen Arbeitskraft zu verhüten. Das erste, was unter allen Umständen getan werden muß, bleibt demnach: die Beendigung des Krieges. Die Wirtschaftswunde, an der Deutschland verblutet, muß sich schließen. Das Ruhrgebiet muß wieder produktiv gemacht werden. Im Widerstand gegen eine Vergewaltigung unseres nationalen Selbstbewußtseins und unserer Souveränität sind wir bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Vor aller Welt haben wir geleistet, was von der Ehre eines Volkes verlangt werden kann. Daß wir nicht siegen konnten, ist Ergebnis eines Umstandes, der eigentlich gerade unseren Militaristen verständlich sein müßte: waffenlos gegen das bestbewaffnete Volk war dieser Ausgang unvermeidlich. Es handelt sich jetzt nicht mehr um Forderungen, wie sie das deutschnationale Aktionsprogramm in verbrecherischer Ueberspitzung des Parteiinteresses, spürbar eingestellt auf den Einfang national verletzter Toren, zu deklarieren für zweckmäßig hielt. Es handelt sich ganz schlicht darum, daß das Ruhrgebiet uns nicht so viel kostet, wie das Gesamtsteuerergebnis auch der brutalsten Steuerpolitik ausmacht. Es handelt sich darum, aus dem Ruhrgebiet für die deutsche Wirtschaft und damit auch für die Abdeckung der Reparationsschuld wieder Werte zu ziehen. Das Triumphbedürfnis des Herrn Poincaré kann sich erfüllen, ohne daß die wirtschaftliche Verbundenheit des französischen Volks mit dem deutschen weiterhin gehindert wird. Die Aktivmachung des Ruhrgebiets ist der Beginn solcher wirtschaftlichen Verbundenheit der Produktion. Alles andere ist so gut wie gleichgültig. Wir haben nicht mehr zu wählen. Ein wehrloses Volk, dessen weltpolitische Bedeutung durch die Gleichgültigkeit

Englands und Amerikas am besten gekennzeichnet wird, dessen politische Kraft durch die innere Zerrissenheit noch über das notwendige Maß hinaus täglich geschwächt wird, darf nicht zögern, die letzte Planke zu ergreifen, um den drohenden Abgrund zu überbrücken. Ohne dem wäre alles, was an finanzpolitischer und währungstechnischer Arbeit in Deutschland geschieht, sinnlos. Die Auspumpung der in Deutschland vorhandenen Devisen und sonstiger zur Golddeckung geeigneten Werte würde nur weitere und restlose Verarmung bedeuten, wenn durch die Beharrung des Ruhrgebiets im unproduktiven, im fressenden Zustand dem Abstrom des schlechten oder gar des guten Geldes kein Ende gemacht wird. Beides: gutes Geld, Stabilisierung der Wirtschaft, Sicherung der Arbeit, Ausgleich des Budgets einerseits und Klärung unserer außenpolitischen Lage gehört zusammen. Die Erledigung der Ruhrfrage aber wiederum ist für beides die Voraussetzung. Darum wird es Pflicht der nächsten Stunde sein, fortzusetzen, was Stresemann in richtiger Erkenntnis und mit lobenswertem Mut begonnen hat. Ob dies dadurch geschieht, daß wir einen Botschafter nach Paris senden, oder ob andere Wege sich als zweckmäßiger erweisen, bleibt zu prüfen. Aber dem Motiv nach gibt es nur eine Parole: Einen Botschafter nach Paris!

Die Deutschnationalen haben das Umgekehrte gefordert, Ausweisung der französischen und belgischen Vertreter. Die große Koalition auf der breitesten Basis, die je eine deutsche Regierung gehabt hat, aufgebaut, kann ruhigen Blutes alle Wünsche der Deutschnationalen belanglos zur Seite schieben. Gegen die große Koalition darf es einen Widerstand nicht geben; sie wird der Retter des Vaterlands nur genannt werden können, wenn sie alles niederschlägt, was sich ihr in den Weg stellt. Milde wäre jetzt Verbrechen am Volk. Ob Moskau, ob schwarz-weiß-rotes Traumland — der politischen Vernunft muß Raum geschaffen werden. Putsche sind abzudrosseln. Sollte die Reichswehr sich selbständig bewegen, ist sie zu entlassen. Die Regierung der großen Koalition kann alles wagen, sie wird die Massen des deutschen Volks fest hinter sich haben, wenn sie so schnell wie irgend möglich das Notwendige tut, um die Ruhrwunde zu schließen, den zweiten verlorenen Krieg zu beenden und so die Voraussetzung zu schaffen für die zweckmäßige Einleitung und Durchführung einer den Staat neu bauenden, der Wirtschaft wieder Sicherheit gebenden Finanzpolitik. Die Interessen der Arbeiterschaft und des Kapitals sind für solche Aufgabe in vollem Umfange übereinstimmend. Alles andere: Widerstand bis zum Weißbluten, Marsch nach Paris à la Radek und Reventlow, Löschung des Versailler Vertrags, Aufstellung einer Revanchearmee sind Albernheiten, bewußte Verführungen, systematische Verhetzungen oder vernichtender Irrsinn.

Die Parole bleibt: Botschafter nach Paris!

## Der Reichspressechef.

Von einem ausländischen Journalisten, der seit Jahren mit den deutschen Verhältnissen gut vertraut, aber kein Parteigenosse ist, erhalten wir die nachstehenden Betrachtungen, die uns, ohne daß wir in jeder Einzelheit mit ihnen übereinstimmen, als Reflex unserer allgemeinen Geltung wie besonders unserer Parteihaltung recht beachtenswert erscheinen.

Die Redaktion.

**D**ER Reichskanzler, der Minister des Auswärtigen und der Direktor der vereinigten Presseabteilungen der Reichskanzlei und des Auswärtigen Amts, der Reichspressechef, wie er abgekürzt genannt wird, sind diejenigen drei Persönlichkeiten, die der Öffentlichkeit, der Presse und damit dem Auslande als die eigentlichen Exponenten der jeweiligen Reichspolitik gelten. Und die Frage, die immer wieder vor diesen Persönlichkeiten und ihren Handlungen erhoben wird, ist die, ob sie der Neuordnung der Dinge nach dem Zusammenbruch, dem parlamentarischen System und dem demokratischen Republikanismus dienen oder nicht. Ulrich Rauscher, der als erster unter der Weimarer Verfassung diesen Posten bekleidete, hat ihn auch geschaffen. Diese Vereinigung innenpolitischer und außenpolitischer amtlich-publizistischer Wirksamkeit ist aus technischen wie politischen Gründen öfter kritisiert worden. Sie ist aber in Wirklichkeit aus der richtigen Erkenntnis, jedenfalls aus dem richtigen Instinkt heraus hergestellt worden, daß Deutschland in dem gegenwärtig unentwickelten Stadium politischer Reife seine Außenpolitik, die dem alten Regime entstammte, in dauernder Fühlung mit der neuorientierten Innenpolitik, vielleicht sogar unter deren Kontrolle halten mußte.

Von den drei bisher tätigen Pressechefs waren der Sozialdemokrat Rauscher und der Demokrat Oskar Müller, die beide unmittelbar aus der praktischen Journalistik in ihr Amt gelangten, etwa je anderthalb Jahr tätig, der dritte, Friedrich Heilbron, in zwei Abschnitten (unter Fehrenbach und Cuno), etwa insgesamt zwanzig Monate. Heilbron, der wohl vor einem Vierteljahrhundert selbst Journalist gewesen war, nahm für sich jene unpolitische Gesinnung in Anspruch, mit der unter dem Kaiserreich der politische Stillstand und die reaktionäre Gesinnungstüchtigkeit des Beamten verdeckt wurde. Links von den alten Nationalliberalen begann bereits die unerfreuliche Röte, die Sozialdemokraten wurden im amtlichen Verkehr mit Spitznamen belegt, ihre Mitarbeit als verdächtig abgelehnt oder, soweit dies nach Lage der Dinge nicht möglich war, sabotiert. Ihm selbst wäre es bis in diese allerschwerste Zeit seines Lebens nicht eingefallen, einem mit Sozialdemokraten belasteten Kabinett politisch zu dienen.

Seine Berufung auf den Posten unter Fehrenbach war bekanntlich ein Mißverständnis. Sein Vorgänger hatte ihn für den Dirigentenposten, also für die rein technische Ueberwachung der inneren Arbeit der Presseabteilung, vorgeschlagen. Heilbron war selbst nie beruflich im Ausland tätig gewesen, die wichtigsten fremden Sprachen beherrschte er nötdürftig zur Lektüre, seine Umgangsformen waren die eines Mannes hinter dem Schalter. Die Politik seines Kabinetts vertreten hieß für ihn wie im Kriege: den Rechtsstandpunkt, ob vorhanden oder nicht, zu betonen, Gesinnung zu bekunden, Propaganda zu machen, Tatsachen zu verschweigen oder zu dementieren. Die produktiven Kräfte des ihm anvertrauten politischen Instruments zu erkennen, wäre diesem stockpreußischen Bürokraten ebenso unerreichbar erschienen, wie die Bekundung, ja nur die Gesinnung eigener Ueberzeugung gegenüber seinen Vorgesetzten.

Welche schwere Schädigung dieser Mann und seine negative Tätigkeit in der Wirkung auf die ausländische Presse bedeutet hat, kann danach keinem Zweifel mehr unterliegen. Welche verhängnisvolle Rolle er jedoch im Kabinett Cuno, namentlich unter dem Ruhrkonflikt, gespielt hat, dürfte der deutschen Oeffentlichkeit ebensowenig bekannt sein, wie es das beispiellose Chaos, das sein Kabinett dem deutschen Volke hinterlassen hat, bis jetzt gewesen ist. Georg Bernhard hat unlängst in der „Vossischen Zeitung“ den Deutschnationalen den Vorschlag gemacht, die früheren Reichsminister Hermes, Becker und Rosenberg deshalb vor den Staatsgerichtshof stellen zu lassen. Er hätte getrost die Reihe um den Namen Heilbron vermehren können. Er, der der Presse in der ersten Woche der Ruhrabwehr gelobte, nicht wieder in die Gewohnheiten der Kriegspropaganda zu verfallen, hat in der Tat ihre schlimmste Wiederholung bewerkstelligt, gefördert, geduldet. Jedes Symptom für den schon längst zusammenbrechenden Widerstand der bewundernswert tapferen Bevölkerung, die von Berlin lediglich mit Papier, in Kabinettsnoten und Banknoten, gefüttert wurde, ließ er unterdrücken, obwohl die ganze Welt die wahre Lage, genau wie im Sommer 1918, kannte. Jeder besorgte Mahner wurde unwirsch und ungnädig abgewiesen. Gegen den Inflationsleichtsinn seines Kabinetts ließ er das Aufknüpfen von Börsenspekulanten anempfehlen, den neuen Freiheitskrieg bereitete er durch Plakate im Varietéstil und durch die Unterbringung mehr oder weniger militärischer Propagandisten aus der Kriegszeit vor. Jeder ausländische Journalist mußte ungewollt alle diese Dinge sehen und hören, das ganze Ausland wußte davon und von ihren Wirkungen, nur der deutsche Zeitungsleser und wohl auch mancher allzu innenpolitisch gebundene Parteimann scheint sie nicht ge-

sehen zu haben und muß deshalb jetzt zu einer ebenso fürchterlichen Wirklichkeit erwachen wie im Spätherbst 1918.

Heilbron soll dem Vernehmen nach die Kulturabteilung des Auswärtigen Amts übernehmen, deren Direktorposten er sich während seines Amtierens als Pressechef offengehalten hat. Hier liegt ihm unter anderem die Aufrechterhaltung der Beziehungen der Auslandsdeutschen mit dem Mutterlande ob. Seine mangelnde Auslandskenntnis und sein geringes kulturelles Verständnis scheint seinen Vorgesetzten kein Hindernis zu sein. Was aber wieder Deutschlands internationales Ansehen hierbei beeinträchtigen muß, ist der Umstand, daß er weder ein aktiver noch überzeugter Vertreter des demokratisch-republikanischen Gedankens ist. Wer gewisse deutsche Kreise im Auslande aus eigener Erfahrung kennt, die teils in ahnungslosem Idealismus, teils aus verstockter Beharrlichkeit an den Aeußerlichkeiten des Kaiserreichs hängen und durch ihre entsprechenden Bekundungen — es sei nur an die alkoholisch begeisterte Beschimpfung der Reichsflagge durch eine überseeische deutsche Kolonie erinnert — die nun einmal Tatsache gewordene Republik kompromittieren und dadurch ihren Landsleuten daheim den ungeheuren Daseinskampf unerträglich machen, — der wird ermessen, wie wenig Anhänger die Republik im Auslande bei ihren Landsleuten, wie wenig Glauben sie bei den Ausländern selbst finden wird. Wenn einem Manne von der Enge der Gesinnung und Erfahrung wie Heilbron dieser Posten überlassen bleibt.

Noch unverständlicher bleibt uns ausländischen Journalisten aber die Wahl, die das stark sozialdemokratisch gefärbte Koalitionskabinett Stresemann hinsichtlich des Nachfolgers getroffen hat. Nicht allein die Tatsache der Ernennung des Majors a. D. Kalle, sondern noch mehr die nach einer anfänglich schwachen Opposition der deutschen Presse eintretende Interessenlosigkeit an dem Fall erweckten eigentlich ausnahmslos bei der ausländischen Kollegenschaft den niederschlagenden Eindruck, daß in allen entscheidenden Fragen in Deutschland doch alles beim alten geblieben sei. Daß ein früherer Generalstabsoffizier, Militärattaché und politischer Polizeimann an und für sich ungeeignet für diesen Posten sei, will ich nicht unbedingt unterschreiben. Immerhin dürfte doch das Amt eines Pressechefs so viel unmittelbare Aktivität beanspruchen, daß es keine Zeit läßt, es als Ausbildungsschule anzusehen. Das grundsätzliche politische Moment, das zur Kritik herausfordert, liegt vielmehr darin, daß das in der großen Koalition scheinbar ausgedrückte parlamentarische System vor dem inneren Betriebe des Ressorts sofort Halt machen muß. Herrn Kalles politische Vergangenheit mag trotz wilhelminischer Protektion, trotz mancher Gerüchte aus seiner Ludendorffzeit und



mancher französischer Romanpikanterien nicht stärker belastet sein, als die Gustav Stresemanns, des ehemaligen Ubootanhängers und Annexionisten. Aber jedermann fragt sich: ist der Posten des Pressechefs so unwichtig oder hält ihn nur die Sozialdemokratie für so unwichtig, daß sie sich derartig an ihm desinteressieren kann. Vor der Ernennung Kalles forderte die „Rheinische Zeitung“, die hier wohl als Sprachrohr Sollmanns anzusehen war, mindestens die Besetzung des Dirigentenpostens für ihre Partei, nach der Ernennung begnügte sich der „Vorwärts“ mit der Feststellung, daß die Partei als Ersatz für den neubesetzten Direktorposten und den bereits besetzten Dirigentenposten das Inlandsreferat für den Geheimrat Dr. Zechlin erhalten würde, der zuletzt die Ruhrfrage in einer entsprechend selbständigen Stellung bearbeitet und sich auch durch seine Gefängnishaft in Düsseldorf persönlich eingesetzt hatte. Damit ist in Wirklichkeit die größte Partei Deutschlands wiederum praktisch an den Stellen, die für das Ausland sichtbar und erreichbar sind, ausgeschaltet. Das Auswärtige Amt weist von allen Reichsministerien, meines Wissens, außer dem genannten Geheimrat Zechlin unter seinen höheren Beamten keinen einzigen Sozialdemokraten auf; die in der ersten Nachkriegszeit aufgedrängten hat man auf undankbare Auslandsposten abgeschoben. Jetzt hat das Auswärtige Amt, das selbst zu leiten Herrn Stresemann ebensowenig gelingen wird wie dem gleich physisch robusten Herrn Wirth, auch seine Verbindung nach der Reichskanzlei in der Person des Volksparteilers Rheinbaben, der ihm als Legationsrat angehörte, bevor er jetzt zum Staatssekretär avancierte. Ebenso ist der Dirigent der Presseabteilung von Stohrer, der übrigens mit Kalle während des Krieges auf der Madrider Botschaft sich in die dortige Arbeit geteilt hatte, die zweite feste Verbindung zum Auswärtigen Amt, und die Paten der Kandidatur Kalle waren die Staatssekretäre von Maltzan, von Rheinbaben und Weismann, Kalles letzter Chef. Kalle: ehemaliger Marineattaché in Rom, Stohrer: ehemaliger Kavallerieoffizier, Maltzan: Bonner Borusse. Was hat sich in Deutschlands auswärtiger Politik, die doch von Personen gemacht wird, geändert hinsichtlich der Personalergänzung? Hält die Sozialdemokratie — möchte man die obige Frage erweitern — das Auswärtige Amt in der gegenwärtigen Lage Deutschlands für so unwichtig oder kennt sie die wirklichen Verhältnisse so wenig? Kennt sie vor allem die Wirkung dieser immer noch unberannten Hochburg des alten Regimes auf das Ausland so wenig, daß sie nicht begreifen kann, weshalb Deutschland nie den Ruf der Zweideutigkeit verlieren kann?

---

WILHELM NOLLENBURG:

## Leipziger Totenmesse 1923.

**D**IE verflossene Leipziger Messe war in jeder Hinsicht die ungünstigste seit Jahrzehnten. Da diese Messen allgemein als Zukunftsbarometer der deutschen Wirtschaft gelten, ist eine Untersuchung des Mißerfolges sehr am Platze.

Rein äußerlich war der Zeitpunkt (26. August) der Eröffnung denkbar ungünstig. Die Verzehnfachung der Eisenbahnfahrpreise und die plötzlich einsetzende ungeheure Steigerung aller Preise haben manchen Inländer ferngehalten. Hinzu kamen noch die unvergessenen Ueberforderungen der früheren Messen; auch jetzt noch betrug die Preise in den Leipziger Gaststätten um das Doppelte bis Dreifache wie zu gleicher Zeit in Berlin. Neben diesen Unannehmlichkeiten noch die politische und wirtschaftliche Ungewißheit. Die Industrie weiß zurzeit noch nicht, wie sie die ihr aufgebürdeten neuen Steuern abwälzen soll und schlägt vorerst einen entsprechenden Prozentsatz auf die Ware; das Ausland aber fürchtet, dank der entstellenden Zeitungsberichte, den Ausbruch einer wirklichen Revolution. Infolgedessen war die Zahl der ausländischen Käufer und Besucher sehr gering. Endlich fehlte die Rhein- und Ruhrkundschaft, sowohl als Aussteller wie als Verkäufer. Dann hat aber auch das Interesse, das man der Leipziger Messe entgegenbringt, in Käuferkreisen nachgelassen, nicht etwa infolge der vielen anderen „Messen“ (Breslau, Königsberg, Frankfurt, Wien usw.), sondern weil eine große Anzahl Firmen jetzt ausstellt, die früher nie daran gedacht hat, die Messe zu beschicken, und die auch nicht auf eine internationale Messe gehört. Man sah z. B. ganz bekannte Markenartikel bei hundert verschiedenen Ausstellern, Stapelwaren, durchstandardisiert, waren ausgestellt, so daß man glaubte, die Messe diene ausschließlich dem Reklamebedürfnis. So wird die ganze Veranstaltung unübersichtlicher, der Käufer unnötig aufgehalten und ermüdet, und dazu hatten manche Aussteller ihre Waren (und zwar dieselben) an mehreren Stellen ausgelegt. Die Messe hat sich ja glücklicherweise immer mehr spezialisiert: Hier Optik, dort Haushaltwaren, Papierwaren, Bürobedarf, jedes an einem bestimmten Platze. Aber verschiedene Häuser hatten Stände sowohl auf der Papiermesse wie auf der Bürobedarfsmesse. Dies erhöht die Verkaufsspesen, zwingt zur Verteuerung der Waren und vergrößert unnötig die ganze Veranstaltung. Man sollte deshalb dafür sorgen, daß Markenartikel, Stapelware usw. nur einmal vertreten sind bzw. nur von einer Firma feilgeboten werden; Doppelausstellungen sind zu vermeiden, denn der Käufer besucht sowieso schon alle für ihn in Frage kommenden Meßhäuser. Es muß angestrebt werden, daß

der Erzeuger und höchstens noch der Verleger mit seinen Waren selbst vertreten ist; erst wenn sie nicht selbst ausstellen, lasse man den Grossisten zu. Wird aber in der bisherigen Weise fortgeführt, so verliert die Leipziger Messe ihre internationale und nationale Bedeutung. Die nicht nach Leipzig gehörenden Aussteller haben genügend Gelegenheit, ihre Waren in den neuen Meßstädten auszulegen.

Als Währung ist die deutsche Reichsmark tot. Man hat eine neue Währung erfunden, Goldmark genannt, einen Bastard von Dollar und Friedensmark; er heißt zwar Goldmark, kleidet sich aber in Papiermark: „Die Goldmarkpreise sind durch vier zu dividieren. Die sich dann ergebende Summe ist mit Dollarkurs des Vorzahltages zu multiplizieren. Der so errechnete Betrag ist der zu zahlende.“ Also was vier „Goldmark“ kostet, ist gleich einer Dollarmark bei einem Kurse von 8 000 000, also sind acht Millionen Papiermark zu bezahlen. Aber: als Mindestpapiermarkmenge ist der Dollarkurs am Tage der Fakturierung einzusenden, — steigt die Mark, so hat davon nur der Verkäufer Vorteil. Diese Goldmarkpreise sind auch noch „freibleibend“. Das Recht der Preiserhöhung hat der Verkäufer sich ausdrücklich ausbedungen. Und die Goldmarkpreise liegen ohnedies bei weitem über den Friedenspreisen. Deshalb ist das deutsche Geschäft tot, denn an solche Bedingungen hat sich die deutsche Kundschaft „noch nicht gewöhnt“.

Die Kompliziertheit unserer Steuerpolitik, die eine Unmenge unproduktiver Arbeit verschlingt, die Großmannssucht der Großen und Kleinen, der Luxus weiter Unternehmerschichten, die glauben, ihre Papiergewinne von ehemals jetzt in „Goldmark“ zu erzielen, treiben die Preise ins Unendliche. Aber auch die Löhne in einzelnen Industrien sind weit über den Weltmarklohn gestiegen, glücklicherweise nur vereinzelt. Ueberweltmarktlöhne sind natürlich genau so verderblich wie Ueberweltmarktpreise.

Das Auslandsgeschäft war tot: zu teuer. Nur ein paar Beispiele: Ein Dutzend Rasierklingenmesser kostete vor dem Kriege 1,00 \$, die gleiche Menge und Qualität jetzt 3,00 \$ in Deutschland und 1,20 \$ in Sheffield. Die Preise für Webwaren lagen um 100% über der Friedensparität, die Notierungen für einzelne Papierwaren um 50%. In der Messe für Optik, einer Industrie, mit der Deutschland in der ganzen Welt tonangebend war, totes Geschäft, herrliche Stände, großartige Auslagen, gewandte, technisch erfahrene Verkäufer — aber keine Käufer.

Schwer zu büßen hat die Textilindustrie. In mehreren Meßpalästen und -baracken bot sich dasselbe Bild: feine und feinste Waren, überreicher Luxus, Ausschaltung der billigen Qualitäten. Diese Umstellung auf Luxus war grundfalsch, denn die Welt ist ärmer geworden, der Hauptkonsument, das Inland, verarmt. An-

statt dem Rechnung zu tragen, hat man die Herstellung auf ausländische Rohstoffe zugeschnitten, nur an den Ausfuhrhandel gedacht. Die Ersatzstoffe der Kriegszeit sind verschwunden, man hat sie weiter gar nicht beachtet. Beim Fehlen aller einheimischen Rohstoffe wird die Textilindustrie unweigerlich zugrunde gehen, wenn es ihr nicht gelingt, einheimische Faserstoffe zu finden, sei es durch bessere Ausnützung der Abfälle, durch Erzeugung neuer Kunstfasern oder durch Erschließung neuer einheimischer Pflanzenerzeugnisse. Wolle, Baumwolle und Seide werden nie in Deutschland in dem Ausmaße hervorgebracht werden können, wie sie jetzt in der Textilindustrie gebraucht werden. Hinzu kommt auch noch, daß infolge der Löhne an eine Verbesserung der maschinellen Anlagen niemals ernstlich gedacht worden ist. Infolgedessen wurde auch am meisten von den Textilindustriellen auf die neue Lohnsteuer der Unternehmer geschimpft; vielleicht daß diese hier indirekt zu einer Verbesserung der technischen Einrichtungen beiträgt.

Die Verarmung der deutschen Industrie zeigte sich auch in der Papiermesse. Infolge der wahnwitzigen Preissteigerungen der Rohstofflieferanten fehlten vielen Erzeugern die Mittel zur Anfertigung von Neuheiten, man mußte sich mit dem Alten begnügen, hat sogar dieses nicht ganz mehr beibehalten. Gerade die papierverarbeitende Industrie wies noch verhältnismäßig viele Klein- und Mittelbetriebe auf, die einem langsamen, aber sicheren Tode entgegensehen, wenn es nicht gelingt, die Verhältnisse auf dem Rohstoffmarkt von Grund auf zu ändern.

Eng verwandt mit der Papiermesse sind Buchmesse (Bugra) und Verpackungsmesse. Die plötzliche Steigerung der Buchdruckerlöhne, die unerschwinglichen Preise für Papier, Farben usw. haben wenige Gegenstände so rapide verteuert, wie das Buch. Das Buch ist ein nicht unbedingt zum täglichen Leben notwendiger Gegenstand, und deshalb scheiden Gehalts- und Lohnempfänger als Käufer des Buchhandels aus, nur noch die Neureichen und Ganzreichen bleiben, haben aber nur Interesse für Luxuswerke und feinste Ausstattungen. Hier also das umgekehrte Verhältnis wie bei der Textilindustrie. Aber dieser Zustand ist sehr bedauernswert, denn gerade dem billigen und mittelteuren Buch, dem „Bibliotheksbuch“ (Reclam, Aus Natur und Geisteswelt, Sozialwissenschaftliche Bibliothek usw.) verdankt ein großer Teil des deutschen Volkes seine Allgemeinbildung, seine Ueberlegenheit und seinen inneren seelischen Reichtum. Zur Ehre des deutschen Verlagshandels sei gesagt, daß dennoch dies „billige“ Buch hauptsächlich ausgestellt war. Aber das Geschäft selbst war tot.

Die Verpackungsmesse war eingestellt auf Reklamewirkung oder Ueberluxus. Die billige und praktische Verpackung, die man doch gerade braucht, fehlte: ein vollständiges Verkennen der augenblicklichen Notwendigkeiten. Es kam den Ausstellern weniger

oder gar nicht darauf an, neue Wege zu gehen, um dem Bedarf entgegenzukommen, sondern ausschließlich möglichst rasch und mühelos Geld zu machen. Doch die Nachfrage kümmert sich nicht darum, infolgedessen war auch dieser Teil der Messe — tot.

Viel Aufmachung, wenig Neuheiten, große Stände, wenig Inhalt waren die Merkmale in der Ausstellung von Eisenwaren und Haushaltsgegenständen. Das Geschäft war sehr gering, die Preise hoch.

Aehnlich in den keramischen Ausstellungspalästen!

Die Aussteller hatten vergessen, daß der deutsche Markt ihr natürliches Absatzgebiet ist, daß er verarmt ist, daß er solide, einfache, billige Ware verlangt, daß wir „national“ werden müssen, möglichst viel daheim herstellen und die Auslandsquellen meiden, rationell arbeiten, viel, billig und derb. Die Zeiten des Großverdienens sind vorüber, die „Goldmark“ macht den Valutaprofit vorerst noch unmöglich, und das Ausland will feste Preise, feste Konditionen, gute Stapelsorten. Dies alles fehlte. Deshalb war die Leipziger Herbstmesse 1923 eine — Totenmesse.

ALBIN MICHEL:

## Italien und Griechenland.

**D**IE Ermordung von drei italienischen Offizieren zwischen Tannina und Santi Quaranta hat der italienischen Regierung die vielleicht nicht unerwünschte Gelegenheit gegeben, Korfu, den Schlüssel zum Adriatischen Meer, zu besetzen und sich damit ein Faustpfand im östlichen Teil des Mittelländischen Meeres zu verschaffen. Das militärische Vorgehen Mussolinis gegen Griechenland kann keineswegs nur als Ausdruck des beleidigten „italienischen Nationalgefühls“ und als eine impulsive Handlung des künftigen Herzogs Mussolini aufgefaßt werden, sondern die italienische Sanktion in den griechischen Gewässern ist der Ausdruck einer Feindschaft, die schon seit langem besteht. Bereits vor dem Tripolisfeldzug bestand in der italienischen Bourgeoisie und in den herrschenden Klassen Italiens eine tiefe Abneigung gegen Griechenland, weil Italien in Griechenland den Hauptkonkurrenten in der Levante sieht. Auch zu den Zeiten, da während des vergangenen Krieges Griechenland von den meisten Ententestaaten eifrig zur Teilnahme am Kampfe gegen die Mittelmächte umworben wurde, war es Italien, das immer wieder seine Gegnerschaft zu Griechenland hervorhob und darauf bedacht war, die den Griechen für den Fall der Kriegsteilnahme gemachten Zugeständnisse nicht zu sehr anschwellen zu lassen. Ein neuer Interessengegensatz zeigte sich in Albanien, um das Jugoslawien, Griechenland und Italien kämpfen

und intrigieren. Die italienische Bourgeoisie lebt seit Jahren in der Illusion, Italien im Mittelländischen Meer zur herrschenden Macht anwachsen zu sehen, das Adriatische Meer zu einem italienischen See zu machen und abzuriegeln und Albanien von einem wilden Gebirgsland zur Kornkammer Italiens umzuwandeln. Alles drei sind Illusionen, aber leider werden gerade in der Nachkriegszeit Illusionen vielfach als Realitäten der auswärtigen Politik in das Kalkül eingesetzt, nicht allein in Italien, auch in anderen Ländern. Solange England die Straße von Gibraltar, Frankreich Algerien und Tunis beherrscht, wird Italien nie die herrschende Macht des Mittelländischen Meeres werden können, und um Albanien zur Kornkammer Italiens zu machen, wäre eine Kulturarbeit notwendig, die viele Jahrzehnte und ungeheure Mittel beansprucht.

Eine Außenpolitik voll Illusionen hat auch Griechenland getrieben. Wenn Politik die Kunst ist, das Mögliche zu erreichen, so war Venizelos, der lange Zeit vergötterte Minister Griechenlands, kein Politiker großen Formats; denn sein Ziel und Vermächtnis, Kleinasien und Konstantinopel unter griechische Herrschaft zu bringen, oder wenigstens ein autonomes Kleinasien unter griechischem Einfluß zu schaffen, war der Ausdruck einer Illusionspolitik. Mögen die Griechen in der Levante da und dort ziemlich stark angesiedelt sein, so stark sind sie doch nur ganz selten vertreten, daß sie einem Landstrich außerhalb Griechenlands die Struktur ihres geistigen und wirtschaftlichen Lebens geben könnten. Doch was kümmerten sich die griechischen Staatsmänner um die Bevölkerungsstatistik, um die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse, um geographische Hindernisse, um die Frage, über welche Kräfte der Islam noch verfügt, sie hatten sich in den Kopf gesetzt, ein Großgriechenland zu schaffen und trauten dem griechischen Volk die militärische und wirtschaftliche Kraft zu, dies zu erreichen. So kam es vor einem Jahr zum Zusammenbruch der griechischen Armee in Kleinasien.

Wäre der Konflikt Italiens mit Griechenland ein solcher, der nur die beiden Länder angeht, so brauchte man ihm keine allzu große Bedeutung beizulegen; denn wie Deutschland auch ohne Helgoland ein großes Land war, so brauchte auch die wirtschaftliche Entwicklung Griechenlands nicht zu leiden, wenn dieses Land wirklich Korfu mit seinen knapp hunderttausend Einwohnern verliert. Was wichtiger ist, ist die Tatsache, daß die alte Eroberungspolitik, die Politik des Prestige und der militärischen Gewaltanwendung auch in Fällen, wo eine schiedlich-friedliche Auseinandersetzung leicht möglich ist, noch immer dort angewendet wird, wo der Stärkere auf den Plan tritt. Das Ultimatum Mussolinis an Griechenland war weiter nichts als das österreichische Ultimatum an Serbien ins Italienische übersetzt. Monarchisch eingestellte Leute könnten sogar dem österreichischen Ultimatum aus dem Jahre 1914

eine größere Berechtigung zugestehen, als dem italienischen Ultimatum aus dem Jahre 1923; denn in Oesterreich war der Thronfolger ermordet worden, Italien hat „nur“ einige „bürgerliche“ Offiziere verloren. Solange solche militärischen Aktionen wie die Besetzung Korfus ohne Intervention des Völkerbundes, ja sogar ohne dessen vorherige Kenntnis möglich sind, wird er sich unter der großen Masse der auf Frieden bedachten Bevölkerung auch keinen großen Respekt erwerben können.

Man kann einigermaßen gespannt sein, wie sich die übrigen Großmächte, wie sich vor allem England, Frankreich und die Vereinigten Staaten von Amerika zu dem von Italien begangenen Bruch des Völkerrechts stellen werden. Augenscheinlich glaubt Mussolini, von Frankreich keinen Widerstand erwarten zu brauchen; denn Frankreich, das seit sieben Monaten gegen Deutschland tiefgreifende Sanktionen betreibt, wird kaum die italienischen Sanktionen in Griechenland bekämpfen können. Anders ist es mit England. England ist noch immer die Hauptmittelmeermacht und wird Umänderungen des Status quo im Mittelländischen Meer nur schwer und mit Widerwillen zulassen. Auch wenn man außer Betracht läßt, daß Griechenland noch immer der Schützling Englands gilt, hat dieses ein großes Interesse daran, daß sich im Mittelländischen Meer keine Großmacht neue Positionen schafft. Hier berühren sich englisch-italienische Gegensätze, die sehr leicht zu einer Entfremdung zwischen Italien und England oder wenigstens zu einer Abkühlung der gegenseitigen Beziehungen führen können. Jedenfalls hat das italienische Vorgehen gegen Griechenland in die ganze europäische Politik und darüber hinaus ein neues Moment der Unruhe gebracht. Leider muß angenommen werden, daß die Rückwirkungen sich auch im Verhältnis von Frankreich zu Deutschland geltend machen werden, weil Italien, das sich bisher in der Frage der Ruhrbesetzung einigermaßen lavierend verhielt, nunmehr Frankreich kaum mehr den leisesten Widerstand leisten kann.

---

HANNS ERICH KAMINSKI:

### Die äußere Politik des Fascismus.\*)

**E**S liegt auf der Hand, daß die nationalistische Ideologie ihre Ziele in erster Linie in der äußeren Politik erreichen muß. Der Imperialismus, die Erneuerung der Weltherrschaft durch die vierte Roma: das ist ja der eigentliche Kern der fascistischen Phrasen. „Die Geschichte der Neuzeit“, sagte mir gelegentlich ein bekannter,

\*) Aus einem demnächst als Buch erscheinenden Manuskript „Der Fascismus in Italien“.

dem Fascismus sehr nahestehender Abgeordneter, „war bisher die Geschichte Spaniens, Frankreichs, Englands, Deutschlands; jetzt muß sie das Gepräge Italiens erhalten!“ Ihren sachlichen Untergrund findet diese Einstellung in dem Umstand, daß sich die italienische Bevölkerung jährlich um rund eine Viertelmillion vermehrt, und daß diese Kräfte dem Staate verloren gehen, weil sie nach fremden Gebieten auswandern müssen.

Derartige Gedanken müssen natürlich zu einem Gegensatz zu allen anderen Staaten führen. England besitzt Malta und die Welt-herrschaft, Frankreich Nizza, Savoyen, Korsika und Tunis, Deutschland Kohle und Eisen, Rußland ist bolschewistisch: Gründe genug, um den fascistischen Phantasien im Wege zu sein. Die außer-europäischen Großmächte sind zu weit entfernt, als daß sie vorläufig einen wesentlichen Posten in der italienischen Politik bilden könnten. Was die südamerikanischen Länder anbelangt, in denen so viele italienische Auswanderer wohnen, so steht der Fascismus auch zu ihnen in einem gewissen Gegensatz, da er sich bemüht, in den Emigranten das Heimatsbewußtsein wachzuhalten, und sogar nach einer Form sucht, um ihnen das Wahlrecht zur Kammer geben zu können. Von den Vereinigten Staaten erhofft man Kredite, aber diese Liebe der hohlen Hand ist reine Politik und hat nichts mit einer gefühlsmäßigen Zuneigung zu tun.

Man spricht viel von den Beziehungen des Fascismus zu den übrigen reaktionären Parteien in den europäischen Staaten, in Wirklichkeit dürfte jedoch das meiste daran übertrieben sein. Sicher bedingt die geistige Verwandtschaft auch Sympathien zu ähnlichen Richtungen, und der Fascismus, der sich noch keinen Augenblick um Logik gekümmert hat, wäre an sich vielleicht sogar imstande, eine Internationale der Nationalisten zu schaffen, wenn es ihm gerade nützlich sein würde. Aber erstens ist die Unsinnigkeit einer solchen Vereinigung mit dem Ziel, daß jeder über den andern schließlich herrschen möchte, denn doch zu handgreiflich, und zweitens ist die Lage keineswegs derart, daß der Fascismus Gewinne daraus ziehen könnte.

Besonders die deutsch-österreichische Reaktion, die ihren Mittelpunkt in München hat, verfolgt letzten Endes doch Ziele, die zu unterstützen Mussolini nicht kurzfristig genug ist. Es kann dem Fascismus nicht verborgen bleiben, daß ein reaktionäres Deutschland den Rachekrieg gegen den Vertrag von Versailles und die italienischen Erwerbungen in Südtirol bedeuten würde. Ebenso sind die pseudofascistischen Organisationen in Belgien, der Schweiz und der Tschechoslowakei für Italien zu gleichgültig, als daß der Fascismus ein besonderes Interesse an ihnen haben könnte. Die Liebe all dieser Parteien ist wohl nicht einseitig. Sie ahmen ein paar Phrasen nach und sagen im übrigen wie Philine: „Wenn ich dich lieb habe, was geht's dich an!“ Eher darf man schon zu



engeren Beziehungen zu den „Erwachenden Ungarn“ Stefan Friedrichs sprechen. Offiziere der italienischen Militärmission haben bekanntlich einen ziemlich bedeutenden Anteil an dem reaktionären Umsturz in Budapest gehabt, und Belgrader Zeitungen haben einen trotz aller Dementis sehr echt klingenden Vertrag zwischen den Regierungen Horthys und Mussolinis veröffentlicht, in dem sie sich ihrer gegenseitigen Unterstützung im Falle eines Konflikts versichern. Aber zu ernst braucht man auch das nicht zu nehmen. Ganz davon abgesehen, daß dieses Dokument in Belgrad veröffentlicht ist, wäre eine aktive Unterstützung der ungarischen Revanchepolitik seitens Italiens ein riesenhafter Einsatz für einen schwachen Verbündeten. Und an der Aufrollung des ganzen mitteleuropäischen Problems hat auch der Fascismus trotz seines Gegensatzes zu Jugoslawien und obgleich er nicht viel von den Friedensverträgen hält, vorläufig wenigstens nicht das geringste Interesse.

Ohne Zweifel besteht dagegen ein recht herzliches Verhältnis zu den polnischen Sokols. Mussolini selbst ist vor seinem Aufstieg in Warschau gewesen, und der polnische Außenminister hat diesen Besuch im März 1923 erwidert. Der Austausch einer Anzahl politischer und kultureller Kommissionen zwischen den beiden Ländern hat die neue Freundschaft in letzter Zeit noch besonders unterstrichen. Es ist wohl möglich, daß dahinter der Plan eines italienisch-ungarisch-polnischen Blocks steht, der eines Tages recht gut eine Gefahr für den europäischen Frieden bilden könnte. Doch für absehbare Zeit ist auch Polen in seiner Lage zwischen zwei mißtrauischen Großmächten, kaum eine besonders starke Stütze für die fascistischen Zukunftspläne.

Wenig Aufmerksamkeit hat die öffentliche Meinung bisher den Beziehungen des Fascismus zu Frankreich geschenkt, die allerdings auch mehr geistiger als praktisch-politischer Natur sind. Man darf nicht vergessen, daß die Kenntnis der französischen Sprache und der französischen Literatur in Italien sehr weit verbreitet ist, und die literarisch-nationalistische Idee der Latinität ist eigentlich Pariser Ursprungs. Die französischen Camelots du roi und die italienischen Nationalisten sind Erbsen aus der gleichen Schote, und die Fascisten haben die Gedankengänge der Nationalisten völlig übernommen. Hinter dieser längst bestehenden Sympathie tritt die Möglichkeit des Bestechenseins der fascistischen Führer an Bedeutung zurück. Sie ist keineswegs unwahrscheinlich, bei einigen rechtsbürgerlichen fascistenfrendlichen Zeitungen ist sie so gut wie sicher, aber Bestechungsgelder haben doch nur eine sehr begrenzte Wirkung in allen großen Entscheidungen, und außerdem kann sich jeder mit dem Worte Mirabeaus verteidigen: „Ich bin bezahlt, aber nicht bestochen.“ Tatsache ist, daß unter den gebildeten Schichten Italiens starke Sympathien für Frankreich vorhanden sind, denen jedoch in

politischer Beziehung eine Animosität der großen Massen, die man beinahe Feindschaft nennen möchte, entgegenwirkt.

Man darf ruhig sagen, daß heute Frankreich in den Gefühlen des italienischen Volkes dieselbe Stellung einnimmt wie Oesterreich-Ungarn vor dem Kriege. Diese Stimmung ist gleichermaßen von allen Parteien hervorgerufen worden, wenn auch aus den verschiedensten Gründen. Die proletarischen Parteien wiesen darauf hin, daß Frankreich nicht mehr das Land des Dreyfus-Prozesses ist, und daß es den deutschen Imperialismus nur besiegt hat, um selber eine imperialistische Politik zu verfolgen. Die Bürgerlichen sind erzürnt, weil Frankreich Italien bei den Friedensschlüssen ihrer Meinung nach übervorteilt hat. Insbesondere die Gruppen der Rechten empfinden es als eine Beleidigung der nationalen Ehre, daß Frankreich für sich allein den Ruhm des Siegers in Anspruch nimmt, ohne die angeblich größeren Menschenopfer Italiens zu würdigen. Wiederholt ist es zu öffentlichen Debatten zwischen Repräsentanten der beiden Länder gekommen, und selbst zwischen Foch und Cadorna ist eine heftige persönliche Polemik darüber geführt worden, wessen Initiative das Aufhalten der deutsch-österreichischen Offensive nach Caporetto zu danken sei. Der Schwerpunkt der antifranzösischen Animosität liegt jedoch in dem italienischen Wunsch nach Tunis. Diese französische Kolonie ist das Hauptziel der süditalienischen, besonders der sizilianischen Auswanderer, die hier tatsächlich die Mehrheit unter den Europäern bilden. Und da man sich selbstredend um die Eingeborenen nicht kümmert, glauben viele Italiener, in erster Linie die Fascisten, ein natürliches Recht auf dieses fruchtbare Nachbargebiet Tripolitaniens zu haben. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß — wenn die allgemeine Situation es so mitbringt — „Tunis!“ morgen ein Kriegsruf sein kann, wie es gestern „Triest!“ war.

Mancherlei Anzeichen lassen darauf schließen, daß die fascistischen Führer die allgemeine politische Abneigung gegen Frankreich nicht teilen. Doch auch die Macht der Diktatur ist nicht stark genug, der Volksstimmung direkt entgegen zu handeln, sie reicht höchstens aus, um eine wohlwollende Haltung gegenüber der „lateinischen Schwester“ einzunehmen, ohne sich durch allzu offene Handlungen bloßzustellen. Dagegen ist der Fascismus der uherbittliche Feind der beiden Mittelmeerstaaten, die nach dem Kriege beinahe Großmächte geworden sind: Jugoslawiens und Griechenlands. Die natürlichen und geschichtlichen Expansionstendenzen Italiens, die auf die Beherrschung des Mittelmeers ausgehen, müssen notwendigerweise zunächst auf diese beiden Staaten stoßen, die als Anwohner der Adria Rechte auf jenen Teil des Mittelmeers geltend machen, den der Nationalismus geradezu als italienisches Binnenmeer ansieht. D'Annunzios Marsch auf Ronchi fand daher ihre volle Zustimmung und Begeisterung, und die Regierungen der Nachkriegszeit waren

trotz ihrer Skepsis und trotz der Gegenagitation der Sozialisten, nicht imstande, sich diesem Druck entgegenzustemmen. Griechenlands Glück von der Entente Gnaden hat freilich durch die Siege der Türkei ein rasches Ende genommen, um so mehr konzentriert sich jetzt der ganze Haß des Fascismus gegen Jugoslawien.

Bevor der Fascismus an der Macht war, haben seine Gedankengänge indessen keinen sehr starken Eindruck auf die italienische Außenpolitik ausgeübt. Das Ministerium des Aeußern, dessen Personal im wesentlichen noch aus der Aera Giolitti San Giuliani stammt, hat sich im allgemeinen auf der Linie gehalten, die seiner Politik durch die ökonomische Schwäche des Landes vorgeschrieben sind. Die Versuche, in Valona und Adalia festen Fuß zu fassen, wurden bald liquidiert, und auf den Konferenzen in Washington und Genua erklärte sich der italienische Vertreter zu einer ziemlich weitgehenden Einschränkung der Rüstungen bereit. Die konkreten Ziele, die man dabei verfolgte, gingen im wesentlichen darauf aus, die Vereinigten Staaten für eine Systematisierung der Halbinsel zu interessieren. In dem entscheidenden europäischen Problem, der Reparationsfrage, hielt sich diese Politik von einer wirklichen Aktivität fern. Der Grund dafür war der Umstand, daß Italien auf das lebhafteste an dem Bestreben der Entente interessiert war, die ein allzu großes Uebergewicht sowohl Englands als auch Frankreichs verhindern mußte. Er tat alles, um zwischen den verschiedenen Standpunkten der Verbündeten zu vermitteln, wobei je nach dem gerade regierenden Minister bald die englische, bald die französische Orientierung die Oberhand gewann.

Die fascistische Regierung schien sofort mit einer aktiven Politik beginnen zu wollen. Ihre erste Handlung war ein allgemeines Revirement, das sich allerdings aus Personalmangel nur auf Berufsdiplomaten erstrecken konnte. Was die Aufrechterhaltung der Entente cordiale anbelangt, so erklärte Mussolini bereits in seiner Antrittsrede vor der Kammer, daß die Allianz de facto nicht weiter existiere, und daß Italien sich gegebenenfalls nach einer veränderten Kombination werde umsehen müssen. Der Zusammentritt der Konferenz von Lausanne gab dem Ministerpräsidenten schon wenige Tage später die Gelegenheit, eine Probe auf seine neue Außenpolitik zu machen. Tatsächlich hat Italien zurzeit kaum bedeutende Berührungspunkte, weder im Guten noch im Bösen, mit der Türkei, und für die Niederwerfung Griechenlands müßte es ihr sogar dankbar sein. Trotzdem sparte Mussolini nicht mit Drohungen, um die türkischen Unterhändler zum Nachgeben zu veranlassen, wobei er ohne Zweifel an Vorteile ökonomischer und in bezug auf den Dodekannes auch territorialer Natur dachte. Sein eigentlicher Plan in Lausanne war jedoch, mit der Einkreisung Jugoslawiens zu beginnen. Zu diesem Zweck knüpfte er Verhandlungen mit Bulgarien an, obgleich dessen Regierung durch ihre Ueberzeugungen sehr

weit von ihm entfernt ist. Er versprach, die Wünsche Bulgariens auf einen Hafen an der Aegäis zu unterstützen, erklärte dann aber später, daß er nur einen Freihafenbezirk und keine Territorialsouveränität gemeint habe. Die Bulgaren fühlten sich getäuscht, ihre Annäherung an Jugoslawien, zu der die Bauernpartei Stambulinskis ohnehin neigte, wurde dadurch nur beschleunigt, und die erste außenpolitische Aktion des Fascismus endete so mit einem beträchtlichen Mißerfolg\*).

Auch in der Reparationsfrage hat Mussolini bisher vergeblich versucht, eine führende Rolle zu spielen. Nach Lage der Dinge hat Italien freilich gar keine andere Möglichkeit, als hier der englischen oder französischen These zu folgen, aber Mussolini hoffte wohl, als Vermittler zwischen den beiden Auffassungen wenigstens einen persönlichen Erfolg erreichen zu können. In Wirklichkeit befand er sich jedoch völlig auf der französischen Plattform, als er in Lausanne im Stile Poincarés erklärte: „Deutschland kann zahlen, und Deutschland muß zahlen.“ Und er näherte sich noch mehr Frankreich, als sich später auf der Pariser Konferenz herausstellte, daß England das Gold, das während des Krieges von der Banca d'Italia in der Bank of England — man weiß nicht recht, ob als Pfand oder Depositum — als Sicherheit für eine Anleihe hinterlegt war, für verfallen erklärt und zur Bezahlung seiner eigenen Schulden an die Vereinigten Staaten geschickt hatte. Freilich wurde auch Mussolini auf derselben Pariser Konferenz arg verschnupft, als sein Reparationsplan, den er bereits vorher nach London mitgebracht hatte, nicht einmal diskutiert wurde. Im ganzen mußte man jedoch den Eindruck haben, daß er die französische Politik zu unterstützen wünschte, soweit es ihm die öffentliche Meinung des Landes nur gestattete. Er schickte italienische Ingenieure an die Ruhr, aber er durfte nicht wagen, sich auch an der militärischen Besetzung zu beteiligen.

Es zeigte sich eben sehr rasch, daß Italien lange nicht stark genug ist, um eine isolierte Politik im europäischen Konzert machen zu können. Sein Mangel an Kohle und Eisen läßt ihm nur die Wahl, ob es sich mehr von England oder von dem unvermeidlichen französisch-deutschen Industrietrust abhängig machen will. Einen Augenblick tauchte der Plan auf, durch ein Bündnis mit Frankreich Anschluß an diese Kontinentalkombination zu suchen. Dieses besonders von Schwerindustriellen ventilerte Bündnis sollte auf der Basis zustandekommen, daß Italien seine Auswanderer nach Frank-

---

\*) Inwieweit die Belgrader Gerüchte über eine Beteiligung Italiens am Sturz Stambulinskis und an den Unruhen in Albanien auf Wahrheit beruhen, läßt sich dokumentarisch nicht feststellen. Nach der ganzen Richtung der fascistischen Außenpolitik ist sie zum mindesten nicht ausgeschlossen.

reich leitet, während das französische Kapital ihm dafür Kredite und Rohstoffe zur Verfügung stellt. Aber die öffentliche Meinung lehnte das Tauschgeschäft sehr unzweideutig ab, und alsbald erklärte auch die fascistische Regierung, nichts mit derartigen Gedanken zu tun zu haben.

Allmählich hat sich inzwischen eine völlige Schwenkung der Mussolinischen Außenpolitik vollzogen. Obgleich die schädlichen Folgen, die auch Italien von der Ruhrbesetzung befürchten mußte, wenigstens unmittelbar ausgeblieben sind, hat sie sich teils unter dem Druck der Volksstimmung, teils unter der Einwirkung der mehr anglophilen Diplomatie, immer mehr dem englischen Standpunkt genähert. Der Besuch der englischen Königsfamilie in Rom im Mai 1923 hat diese Kursänderung offenbar gemacht, die scheinbar auf ein allgemeines Einvernehmen mit England hinausläuft. Die Morgengabe, die Großbritannien dazu mitbringt, ist das im Süden des italienischen Somalilandes gelegene Jubaland.

Auch Jugoslawien gegenüber hat sich die fascistische Regierung bisher von Abenteuern ferngehalten. Sie hat den von Giolitti abgeschlossenen Vertrag von Santa Margherita, der die sogenannte dritte dalmatinische Zone bei Jugoslawien läßt, von der Kammer ratifizieren lassen, und wenn man bedenkt, daß sie als Oppositionspartei jeden Verteidiger des Vertrags als Verräter bezeichnete, kann man nicht umhin, ihr diesen Verzicht auf die Kreditseite zu schreiben, wo er bisher leider so ziemlich den einzigen Posten darstellt.

Man bemerkt, daß die äußere Politik des Fascismus nach einem kurzen Anlauf zur Selbständigkeit bald in das Fahrwasser der andern Regierungen geraten ist, deren „Nullismus“ er früher so heftig angegriffen hat. In der Tat stehen einer eigenen Politik auch viel zu viele sachliche und persönliche Hemmungen entgegen. Die Auswärtigen Aemter aller Länder besitzen ein noch größeres Beharrungsvermögen als die Verwaltungen, und der Fascismus hat nicht die Personen zur Verfügung, die über genügend Kenntnisse und Erfahrung in diesem schwierigsten Abschnitt der Politik verfügen, um etwas daran ändern zu können. Die Amtsräume sind von der Consulta nach dem Palazzo Aiji verlegt, aber das Personal ist unverändert geblieben und setzt seine alte Politik fort, die, wie in der Wilhelmstraße, in englische und französische Richtung gespalten ist, aber im großen und ganzen die beschränkten Kräfte des Landes nicht überspannt\*).

Die Lorbeeren, die der Fascismus nun einmal haben muß, pflückt er inzwischen in den Kolonien. Seitdem er zur Macht gekommen ist, haben die Kämpfe gegen die Eingeborenen oder gegen die „Rebellen“, wie die Zeitungen sie nennen, mit frischer Heftigkeit begonnen, und kein Tag vergeht, an dem nicht neue Siege und

\*) Diese Sätze sind durch das neue Korfu-Abenteuer Italiens allerdings überholt.

Red.

Eroberungen aus Afrika gemeldet werden. Aber wird der Fascismus seine Zurückhaltung in der äußeren Politik bewahren? Friedensliebe und Gerechtigkeitssinn werden die unverhüllt imperialistische Diktatur gewiß zu allerletzt von gefährlichen Brandstiftungen zurückhalten. Die fascistische Regierung hat sich beeilt, Heer, Marine und Luftflotte zu stärken; in der nationalen Miliz besitzt sie eine ausgebildete, stets halbmobilisierte nationale Reservearmee. Und die nationalistische Ideologie verlangt äußere Erfolge. Kein Zweifel, dieses abenteuerliche Regime eines Mannes ist eine Militärherrschaft par excellence, und Mussolini, der so gern an Napoleon denkt, kann leicht eines Tages auf den Gedanken kommen, daß auf Schlachtfeldern manchmal Kronen wachsen. Vielleicht wird er auch nur das Rezept des kleinen Napoleon anwenden, in Kriegen und Siegen Ablenkung von innerpolitischen Schwierigkeiten zu suchen. In jedem Falle wird das friedliebende Europa guttun, acht zu geben.

---

EMIL SZITTYA:

## Zwischen italienischen Phantasten.

### I.

Italien? Wir haben einst alle über dieses Land unserer Jugendsehnsüchte geträumt und wußten niemals, daß das Leben des Italieners schon deshalb traurig ist, weil er sich nie zum wirklichen Schmerzensausbruch aufraffen kann. Im Venezianischen Café „Florian“ hörte ich zum ersten Male über Rensis Buch „Die ästhetische Skepsis“ (Zanichelli Verlag, Bologna) sprechen. Dieses Buch ist charakteristisch für Italien, weil es die Atmosphäre, in der das Land seit einigen Jahrhunderten sich befindet, wiedergibt. Italien symbolisiert sich seit Jahrhunderten in dem flackernden Licht der Lampions. Es kann sich zu nichts mehr zähmen und hält alles für unabänderlich. Ein italienischer Dadaist, Baron Jules Evola (in Italien ist bekanntlich jeder Mensch ein Baron), sagte mir im Café „Florian“: Ich bin Dadaist, aber glauben Sie mir, die Zeit der Medicis wird in Italien niemals ganz verschwinden. Wir müssen uns mit der Geschichte abängsten. Die Vergangenheit unserer Heimat erpreßt unser ganzes Sein. Schade, daß Pietro Aretino nur eine spezielle Resonanz in der italienischen Literatur war. Hier hätte sich Italien abarbeiten sollen. Wenn die Aretinische Literatur sich weiter entwickelt hätte und wir uns nicht von der Geschichte hätten maßregeln lassen, könnte man hier einen Ausgangspunkt zu der konsequenten naturalistischen Literatur finden. Stendhal hat hier abgeerntet. Aretino war der Literat, der sich um Flunkern nicht kümmerte, der über der Zeit stand, der sich nicht abducken ließ. Wir wurden von einem Scheinheroismus beschummelt. Durch die Landschaftsgebundenheit entwickelte sich, entmurdete sich ein sklavisches Nationalbewußtsein. Die Landschaft duldet

es nicht, daß der italienische Künstler sich von ihr entfernt. Florenz sah sicher niemals so aus, als ob in dieser Stadt Galilei und Savonarola gelebt hätten. Alle wirklichen Wesenheiten schrumpfen in dieser Stadt nur zu Museumsgegenständen zusammen. Man merkt nichts von den Papststreitigkeiten und Intrigen, durch die Medici seinen 13jährigen Giovanni zum Kardinal machte. Bei der Fiesole erinnert man sich nicht, daß Ludmilla Alving eine sozialistische Schule gründete. Nur die Deutschen, wie Platen, sind so naiv, Oden nicht an das Museum, sondern an den Florenzer Geist zu schreiben. Kaum ist in unserem Italien etwas entstanden, so ist es schon museenhaft. Geben Sie acht, Marinetti und auch der Dadaismus wird bald in Italien museenhaft.

Mag sein, daß Evolas Ansicht ein bißchen zu prononziert schmerzlich dadaistisch klingt, aber er führte mich einmal durch das Florenzer Größenwahn, und ich mußte ihm im Grunde genommen recht geben. Der Nurmuseumseruch war zu atemberaubend. Man sah zu künstlerhaft aussehende Menschen.

Dasselbe Bild finden wir im Café „Arangno“ und im Café „Groco“ (Rom). Beide waren vor dem Kriege internationale Künstlercafés, man fühlte sich in ihnen wie im Café Closerie de Lila (Paris), Café des Westens (Berlin). Echte Größenwahnstimmung. Alle Größenwahnrichtungen waren in diesen Cafés vertreten, und heute, wo alle italienischen Künstler Fascisten sind, haben diese Cafés nur einen Nationalisten- und Altertumsgeruch. Man begegnet Pascoli (den man lobt, daß er ergreifend schreiben kann). Man freut sich, wenn Angiolo Silvio Novaro auftaucht (der früher ziemlich sentimentale Kindergedichte schrieb und deshalb von den Futuristen verachtet wurde, heute aber von den Sozialisten wegen humanistischer Gedichte geschätzt wird). Man freut sich in diesen Cafés über alles Altertümliche, die Zeitschrift „Le Lettere“ ist das Leibjournal eines jeden. (In dieser Zeitschrift schreibt manchmal sehr schwärmerisch ein Herr Otto Overhof über Gerhart Hauptmann). Als Giovanni Vergas „Novelle rusticane“ (La Voce-Verlag) erschien, wurde sie in überirdischen Tönen gelobt. In diesen einst modernen Cafés findet man die Anhänger von Croce, der heute schon so weit sein darf, daß er sagt, die moderne italienische Literatur wäre unaufrichtig, in der Form gäbe sie zwar vor, revolutionär zu sein, aber inhaltlich wäre sie noch sentimentaler als die alte italienische Literatur. Vor dem Kriege war Café Arangno auch ein sozialistisch-politisches Café (das Parlament liegt nicht weit davon entfernt). Heute ist es auch noch ein politisches Café, aber die einstigen Sozialisten, wie Mussolini (gewesener Marxist), sind heute Nationalisten und bekämpfen jeden Sozialisten, der sich ins einstige Stammcafé hineinwagt. (Einmal war ich dabei, wie im Café der kommunistische Abgeordnete Bonbacci verprügelt wurde, daß er unter Polizeischutz aus dem Café fliehen mußte.) Die italienischen Zeitschriften hatten vor dem Kriege, weil sie fast alle von Marinetti finanziert wurden, etwas Lebendiges. Heute ist auch darin alles ganz anders. Es gibt heute nur klassizistische Sehnsucht. Im Café Arangno verkehrt

ein sympathischer junger Dichter Candarelli, der für Goethe (wie kein Deutscher) schwärmt, und, wie es sich für einen italienischen Romantiker ziemt, immer besoffen ist. (Französische Spirituosen trinkt er speziell nicht, nur Bier.) Man kann ihm in allen Nachtlokalen begegnen, nur in solchen nicht, wo Franzosen verkehren. Seine Bücher tragen einen deutschen Hauch. Der Dichter hat sich einen Kreis gegründet, dem Cechi und Baldini angehören. Diese Menschen haben eine ziemlich altmodisch aussehende Zeitschrift „La Ronda“ gegründet, worin sie das Neuaufleben der italienischen Klassiker erstreben. (Manchmal schreibt in dieser Zeitschrift auch Emil Ludwig.) Das einzig Moderne in dieser Zeitschrift ist, wenn hier und da jemand Rimbaudsche Gedichte in Verhaerenscher Aufmachung schreibt. (Rimbaud wird übrigens in letzter Zeit viel ins Italienische übersetzt.) Die modernen Italiener sind in Kleinstädte verliebt. Zu den derartig veranlagten Dichtern gehört Alfredo Panzini (der manchmal auch satirisch schreiben kann), F. de Pisis, der in seinen Werken ödverlassene Ferrarasche Stimmungen wiedergibt. Hierher gehört auch Giovanni Ceriotto mit seinem Buch „Nel cor di Verona“, wo man an alte bunte Sonntagnachmittage erinnert wird. An lautlos geschwelltes Schluchzen, das nur von italienischem Schutt tropft. Man wird umklungen von blaufarbigem Liedern, und die Fingerspitzen tasten nach den Rosen der Frauenbrüste. In dieser Atmosphäre schreibt Croce seit Dutzenden von Jahren über Goethe.

Und wie verhält sich das italienische Volk zu dem Altertumsgeruch der italienischen Künstler? F. T. Marinetti hat einmal vor vielen Jahren ein ziemlich ironisches Buch geschrieben: „Die Götter sterben, aber d'Annunzio bleibt.“ Jeder Größenwahn mensch im Café Florian (Venedig), im Café Arangno (Rom), im Café Galeria Vittoria Emanuele (Mailand) rezitierte begeistert aus diesem Buch. Auch das italienische Volk liebte das Buch. Heute sind die Futuristen die Agenten von d'Annunzio, rezitieren aus seinem Buch „La Reggenza Italiana de Carnaro“, und im Hause eines jeden anständigen Bürgers von Triest bis Messina hängt des Nationaldichters Photographie. Man ist im Irrtum, wenn man meint, d'Annunzio sei nur ein Gebetrüfer für den Nationalismus gewesen. Das italienische Volk mit der Nurpathosgeste will zwar nur unter dem schönen blauen Himmel fortwursteln, aber als d'Annunzio der Herr über Fiume war, gab Marinetti Geld für eine d'Annunziosche futuristische Zeitschrift „La Testa Ferro“. Die Zeitschrift hat der d'Annunzio-Anhänger und Futurist Mario Carli redigiert. In der Zeitschrift fand man nicht nur Lobartikel über Zolas „Germinal“, sondern, wenn man heute d'Annunzio seine scheinbar neue Freundschaft für den Bolschewismus vorwerfen will, lese man nur das Programm dieser Zeitschrift und man wird sich überzeugen müssen, daß der nationale Dichter schon in Fiume die Föderalisierung der Völker forderte.

Es stand nicht nur im Programm der Zeitschrift „Unterstützung aller revolutionären Bewegungen“, sondern man konnte auch oft Aufsätze von Marinetti selbst über „d'Annunzio und Lenin“ lesen.



## II.

In Via Agusteo in Rom gibt es seit einem Jahr ein kleines Kabarett „Grotte Augusteo“. Der Eigentümer ist ein kleiner schlechter Maler Gacelli. Als der Futurismus aufkam, machte er selbstverständlich mit und lebte, wie es damals Mode war, jahrelang in Paris. Im Kriege drückte er sich nach Schweden (manche meinen, um dort französische Propaganda zu treiben). In Paris hatte er sich die Kabarettform zusammengesammelt und machte, als er nach dem Kriege nach Rom zurückkehrte, ein Pariserisches Kabarett auf. Dort finden wir allabendlich einige gebliebene Futuristen und solche, die es zeitweise waren, zusammen. In diesem ziemlich sympathischen Lokal kam ich zu der Erkenntnis, daß es häßlich von den italienischen Literaturkritikern ist, F. T. Marinetti nur als einen Kunstimpresario zu betrachten. Ein wichtiger Beweis gegen diese Ansicht ist, daß Marinetti bald in die italienischen Schulbücher kommt. Marinetti hat viel für die italienische Kunst getan. Der Futurismus ist nicht, wie man bisher behauptete, eine wissenschaftliche Kunst. Die Futuristen Bocconi, Severini, Papini hatten immer eine Abneigung gegen den Positivismus (sogar bei Picasso findet man die wissende Abneigung gegen den Positivismus: nur im Instinkt hatte er eine Neigung zum Positivismus). Die Futuristen haben eine Ekstasenkunst gemacht, und die Neuentstehung der Ekstase verdanken sie dem ziemlich geschickten Marinetti. Ein Beweis für diese Behauptung besteht in dem Hauptprogrammpunkt der Futuristen: „Die Liebe zu Revolution und Krieg“. Den Futuristen ist die Form, aber nicht die Bewegung gleichgültig, die Bewegung an sich ist die Hauptsache. (Ueber Marinetti weiß man drollige Geschichten.) Sein Vater war Eigentümer von vielen Bordelhäusern im Orient, und er begann seine literarische Laufbahn damit, daß er Gedichte im Malarimestil schrieb. Die Gedichte waren ganz nett, aber der Meister wäre mit ihnen niemals berühmt geworden. Nicht umsonst ist Mailand (der Aufenthaltsort Marinettis) die einzige industriell ausschauende Stadt Italiens. Marinetti wußte eines Tages, daß, um berühmt zu werden, man unbedingt Reklame machen muß. Schon in der Vorkriegszeit war die Reklame ein sehr schweres Gebiet. Der Meister fand es. Er bekämpfte d'Annunzio, den Heros der italienischen Literatur, und räumte mit dem Symbolismus auf. Das war eine echt sozialistische Tat, aber er ging noch weiter. Er ekstatisierte für das Verbrennen der Museen, weil die Vergangenheit, wenn man sie immer vor dem Schauen hat, den Vorwärtsgang hemmt. Das war schon mehr als Sozialismus, das war Revolution. Nicht umsonst war Marinetti ein guter Kaufmann, und so wußte er ganz genau, daß die meisten Revolutionen an Tendenzlosigkeit zugrunde gehen. Der Meister fand für Italien die Tendenz: „Fort mit den altertumschnüffelnden, snobbistischen Ausländern! Schüttet die Kanäle von Venedig zu und baut auf den Plätzen der Dogenpaläste Fabriken!“ Wenn der Italiener sogar für Industrialismus schwärmt, so ist das auch nichts anderes als Romantik. Marinetti schlug die Pauke und zog in den Krieg. Als ich 1921 mit

Marinetti wieder in Rom sprach, sagte er mir: „Ich will den demokratischen Futurismus.“ (Nebenbei schwärmte er für den aristokratischen Idealstaat von d'Annunzio. Der Meister ekstatisierte: „Die Dadaisten wollen mit Blödsinn die Menschen verwirren, und sie haben kein Vaterland.“) Dabei stellte er als die neue Ueberwindung des Futurismus den „Tatalismo“ auf. F. T. zeigte mir sein neuestes Werk: „Anime in una bomba“ (Verlag Poesia, Milano). Marinetti batikte mir Worte, die mich ganz verblüfften: „Ich bin nicht mehr dafür, daß man die Museen verbrennt, ich schätze sogar Michelangelo. Ich war nur früher ein bißchen böse auf Italien, weil es dort zu viele Museen gibt. Ich könnte jetzt sogar keinen Tag ohne Kunst leben.“

### III.

Ada Negri sah ich 1910 in Zürich zum ersten Male. Es war, wie es schon so Sitte sein muß, in einem italienischen Restaurant. Sie aß Makkaroni und trank echten italienischen blutigroten Wein. Diese Dame ist ein sympathischer Mensch. Wir kennen sie noch aus der buntromantischen Zeit, als wir lange Haare, rote Kravatten trugen und für den weltbeglückenden Sozialismus schwärmten. Ueber die Ada Negri erzählte man damals: Sie sei Lehrerin gewesen, und ein Graf (in Italien ist noch immer jeder zweite Mensch ein Graf) habe sich so in sie verliebt, daß er sie geheiratet habe. Sie schrieb Gedichte über Grubenarbeiter, die zu den schönsten sozialistischen Gedichten gehören, die wir kennen. Sie blieb, trotz des Gräfinnentitels, ihrem Sozialismus treu. Während des Krieges hielt sie es in Italien nicht aus und siedelte nach Zürich über, wo sie sich dem Pazifismus widmete.

Ada Negri bedeutet für die sozialistische Dichtung die Tradition in Italien, aber trotz der ganz guten Tradition ist die heutige italienische sozialistische Literatur unorganisch und pendelt zwischen Extremen herum. Man schreibt Gedichte gegen die Kirche. Gustavo Balsamo macht Dostojewski zu einem Sozialisten. Rafaello Giovagnoli schreibt Spartakusgedichte. Rezio Buscaroli schrieb ein Buch „L'Art de la Rivoluzione“. Die kommunistische Zeitung „L'Ordine Nuovo“ ist mißtrauisch gegen Marinettis Futurismus, und der Mehrheitssozialist Enrico Broca nimmt den Faden auf und donnert gegen jede moderne Kunst los. Aber, kurios, es gibt anarchistische Literaten, die für d'Annunzio schwärmen,

### IV.

Nicht nur in Deutschland, sondern auch in dem schönen Italien künsteln in letzter Zeit Frauen viel herum (das haben die Amerikanerinnen in Italien verschuldet). Jede zweite Frau, der man heute in Italien begegnet, ist eine Künstlerin. Sie haben sogar eine eigene Zeitschrift, die sich „Le Pacine“ nennt. Die namhaftesten unter diesen Künstlerinnen sind Maria d'Arezzo (die einmal ein sehr schönes Gedicht „Strada“ schrieb), Angelo Trattini (eine mittelmäßige Sareo Mathilde) und Deiva de Angelis (eine gute impressionistische Malerin).

## V.

In Franz Bleis Zeitschrift „Der lose Vogel“ erschien einmal ein sehr schöner Aufsatz über Mantua. Man atmete Pestgeruch. Eine Stadt, die stirbt. In dieser sterbenden Stadt erscheint heute die dadaistische Zentralzeitschrift „Bleu“....

JOSEF MARIA FRANK:

## Kleines aus dem Tierreiche.

## I.

Es schlägt die Uhr mit Bimmelbammel  
— paßt auf — gleich zwölf.  
Rings schlafen Esel, Ochs und Hammel,  
nur nicht die Wölfe.

Der Mond, die sirupblasse Scheibe,  
sucht hinter Wolken  
kopfschüttelnd eine sichere Bleibe;  
es krächzen Kolken.

Und streichen über Hirt und Herde,  
die schnarchend schlafen.  
Es bellt ein Hund mit Wutgeberde  
Hallo den Schafen.

Die träumen selig in der Wolkenkutsche,  
— bis zwölf ist,  
und dann nach wohlgelungenem Putsche  
der Wolf sie frißt....

## II.

Es kamen einst dem Löwen, der der Herr im Lande,  
in schwerer Zeit, in der fast alle litten,  
Petitionen, Wutschrei, Drohungen und Bitten.  
Aus seinem ganzen Reiche scholl es „Schande“.

Es war die Sache die, ob der man sich beschwerte:  
Wolf, Fuchs, Hyäne plünderten sie arm.  
Es praßten Vielfraß und der Hamsterschwarm.  
Und strenge Aenderung war es, die das Land begehrte.

Es hörte sie der Löwe. „Pfui, welch ein Skandal!“  
Entließ die Deputationen und versprach  
die Aenderung schon für den nächsten Tag  
und schrieb flugs ein Dekret, basiert auf der Moral.

„Ihr Füchse, Wölfe und Hyänen sollt euch schämen!“  
Der Hamster und der Vielfraß sollten Rücksicht auf die andern nehmen.  
Er pochte auf Moral. Sie sollten sich mit ihrem Teil bequemen,  
damit die andern auch zu ihrem Teile kämen!

Worauf befriedigt er das untersiegelte. Doch — kühner  
und frecher benahmen sich von nun an die Belehrten,  
die sich den Teufel um Moral und um Dekrete scherten.  
Sie lachten laut. Und laut mit ihnen selbst die Hühner!

Man schüttelte die Köpfe, selbst in Neuruppin und Bentschen.  
Und nur ein weiser Rabe sprach: „Von Krotoschin bis Oberwesel  
scheint dieser Löwe mir der größte — Esel!  
Er gleicht beinahe gar fast einem Menschen....“

## III.

Ein Marabu, ein Rabe und ein Geier hatten  
 einst einen Streit.  
 Sie führten stundenlang darüber die Debatten,  
 was doch seit Ewigkeit  
 das Klügste — Dümme hier auf Erden ist,  
 gleichzeitig voll von Widersinn und voll von feinsten List,  
 gleichzeitig gut und böse, groß und klein —  
 und rätselten . . . und fanden weder aus noch ein.

Sie fanden nichts, wie sehr sie da auch suchten,  
 das beides war.  
 Sie lösten dieses Rätsel nicht, so sehr sie fluchten.  
 Sie fanden zwar aufs Haar,  
 daß dieses klug, daß jenes dumm und toll,  
 das gut, das schlecht, das groß, das klein, das leer, das listenvoll,  
 doch nichts, das alles dieses in sich schloß  
 und voll von Widersinn so überfloß.

Sie wollten die Debatte grade schließen,  
 nach Hause gehn;  
 da hörten sie im Turmgemäuer eine Eule nießen:  
 „Tzschuhu! So bleibt noch stehn!  
 Ich will euch denn des Rätsels Lösung sagen!  
 Ich lebe schon seit dreimalhundertfünfundsechzigtausend Tagen  
 und sah nur eins, das — wie mir deucht, mir scheint —  
 das Rätsel, über dem ihr grübelt, meint:

Gleichzeitig klug und dumm und groß und klein  
 und gut und schlecht und edel und gemein  
 — bei meiner Ururahne — kann — — der Mensch nur sein!  
 In ihm ist alles Widersinn und Widerspruch;  
 er wüßte sich zu helfen schon genug, genug;  
 doch hindert ihn an allem seines Irrsinns Fluch!  
 Daß ihr nicht findet dieses Rätsels Lösung! Hm, mich wundert's!  
 Sie lautet: M e n s c h ! Das Rätsel unseres Jahrhunderts. . .“

FRANZ ROTHENFELDER:

## Grunewaldsee.

Lange, lange Straßen gehen  
 durch die weite, weite Stadt,  
 Straßen sind wie Spiegel glatt,  
 Aber draußen schlafen Seen.  
 Altes Schloß am Märchenstrand.  
 Silbersee und goldner Sand,  
 Schwerer dunkler Wipfel Wehen.  
 Fisch im Wasser, Fink am Weg,  
 Braunes Reh im Waldgeheg'.  
 Märchenschloß ist still und leer,  
 Keine Fahne flattert mehr.  
 Krone ist im See versunken,  
 Tanz und Lachen ist ertrunken.

Lange, lange Straßen gehen  
 Durch die weite, weite Stadt.  
 Sorge ging sich nimmer matt,  
 Ging und sang im heißen Flehen,  
 Sang ein Lied von dumpfen Gassen,  
 Wo die Kinder welk verblasen,  
 Zornig Lied und warnend Lied  
 Nie gehörtes Wort und schied.  
 Straßen gehen, Menschen gehen,  
 Totes Schloß am Märchenstrand.  
 Stein auf Sand.  
 Ueber dunkler Wipfel Wehen  
 Gottes Hand.

## Blinder Mann.

Wipfel sind es, die rauschen,  
Nicht leeres Geäste mehr,  
das unwirsch klappernd  
Vom heulenden Wind sich wendet.

Was um dich lacht,  
Mein blinder Bruder,  
Sind Menschen.  
Und was sich küßt,  
Fast streifend deiner Armut Kleid,  
Sind Liebende.

Auf Füßen fühlst du  
sengende Wärme  
Und schrickst zusammen,  
Daß du im Schatten weilst.

Du darfst nicht hören  
Dies Lied vom Frühling.  
Ich werde flüsternd  
In starrer Andacht,  
Denn deine Seele hört es,  
Die eng gebettet  
In meiner ruht.

Zähle dein Geld,  
Das Menschen in Angst  
Um eigenes Schicksal  
Dir zitternd reichen,

Und höre nicht  
Das Lachen vom Frühling,  
Das Rauschen und Weben.

Du schriest auf,  
Du streutest Geld  
Auf schmutzige Steine  
Den Hunden hin  
Und brülltest:  
Hunde, bellt,  
O bellt, ihr Hunde,  
Sie sagen, daß es Frühling ist.

Warum bist du nicht tot,  
Mein toter Bruder?  
Es kann kein Vater sein,  
Der Frühling schickt.  
Mich würgt Gebet,  
Wenn nur ein Stückchen Glut  
Aus unbeschreiblicher Sonnenlust  
Auf deinen abgezehrten Körper fällt.

Geh in den tiefsten Schatten  
und bettle.  
Für mich,  
Für Menschen  
Und für den Gott  
Der Wipfeln Farbe  
Und Rauschen schenkt.

## BÜCHERSCHAU.

**Berühmte Journalisten.** Einen guten Gedanken hatte Erwin Egon Kisch, als er eine Anthologie klassischer Journalistik herauszugeben unternahm. Keine leichte Aufgabe; nicht nur, weil die Beschaffung des Materials schwierig war, mußte doch das englische 18. Jahrhundert besonders sorgfältig durchforscht werden, — auch der Zwang, aus einem Lebenswerk fünf, sechs Druckseiten auszuwählen, erforderte Blick und noch etwas mehr, nämlich ein charaktervolles Verständnis für die große und immer wieder unsterbliche Aufgabe der Presse: die öffentliche Meinung auf die Gelegenheiten zu weisen, wo sie sich leidenschaftlich erregen darf und erregen soll.

„Klassischer Journalismus“, bei Rudolf Kaemmerer in Berlin erschienen, ist ein Lesebuch geworden, dessen Lektüre ebenso kurzweilig ist, wie sie das Nachdenken anregt. Es zeigt sich, daß guter Journalismus fast immer politische Prosa ist, daß Temperament vorzüglich dem beleidigten Gerechtigkeitsgefühl entspringt und das bekannteste Beispiel aus unserer Zeit, Zolas J'accuse-Brief, viele Vorgänger hatte.

Die Fälle des begabten, aber korruptiven Journalismus ändern an diesem Axiom nichts; ihr Vater, der Venezianer Aretino, steht am Anfang der Kategorie Tagesliteratur, aber den großen Stempel drückten ihr echte Charaktere auf,

Swift, Junius, Lessing, Voltaire, Arndt, Pascal, Hugo, Börne, Mazzini.

Wertvoll sind die kurzen Einleitungen, die Kisch den Stücken vorausschickt. Er weist Rang an, das ist sein gutes Recht; er hebt einzelne Publikationen hervor, die einen beispiellosen Sturm erregten, wie jene „Thronrede gegen Friedrich II.“, die John Wilkes 1763 wider seinen König schleuderte, als dieser seinen preußischen Bundesgenossen im Stich ließ. Wilkes wird in den Tower geworfen, das Volk erzwingt seine Freilassung, die Staatssekretäre müssen wegen widerrechtlicher Verhaftung 300 Pfund Schadloshaltung zahlen, Pitt läßt sich ins Parlament tragen, um gegen Wilkes zu sprechen, das verhaßte Zeitungsblatt soll öffentlich verbrannt werden, das Volk reißt es aus den Flammen, „es lebe Wilkes und die Freiheit!“, Duelle folgen und demonstrative Wahlen — es ist eine Sache um die Macht der Feder.

Uns interessieren die deutschen Publizisten, sie reichen von Luther bis Bismarck (Kischs Auswahl beschränkt sich auf die Toten, ein Band lebender Autoren wäre wünschenswert). Es zeigt sich, daß fast alles, was wir an politischer Publizistik aufzuweisen haben, sich um die Erscheinung Napoleons kristallisiert, jedenfalls durch die Auseinandersetzung mit ihm ins Leben gerufen wurden: ohne Napoleon kein Arndt, kein Görres, kein Gentz und nicht die Polemiken Kleists.

Die klassische Zeit des Journalismus fällt bei uns mit der Bildung des Nationalgefühls zusammen, in England und Frankreich mit der bürgerlichen Freiheit. Dieser Unterschied ist gewiß kein Zufall, bei uns hat der dritte Stand keinen Kämpfer gehabt — er hat nie Temperament und eigenen Geist gehabt; mit Börne und Heine tritt die jüdische Emanzipation auf's Feld, mit Marx, Lassalle und Engels die des vierten Standes. Bebel fehlt

bei Kisch, aber schließlich war er größer als Redner. Bei den Feuilletonisten, die ihre eigene Rubrik haben, wäre eine Probe des Fürsten Pückler und des Demokritos-Weber nicht unangebracht gewesen; und war nicht auch Hebbel ein Journalist, und zwar ein klassischer, desgleichen der junge Moltke? Dem Einwand, daß die Schriftsteller von den eigentlichen Journalisten abzugrenzen seien, begegnet Kisch selbst dadurch, daß er Forster und Peter Altenberg aufnahm.

Aber streiten wir uns nicht über Einzelheiten. Was mir bei der Lektüre noch auffiel, ist dieses: wie wundervoll deutsch man zwischen 1750 und 1850 schrieb. Man lese die Probe, die von Börne gegeben wird, danach diejenige von Karl Frenzel: mit der Gesinnung erlosch auch das Feuer und mit dem Feuer der Stil. Zuletzt blieb nur noch Fontane.

Sehr geschickt hat Kisch die Abteilung „Tagesnachrichten und Korrespondenzen“ zusammengestellt. Sie beginnt mit dem Bericht des jüngeren Plinius über das Erdbeben von Pompeji, zieht zwei merkwürdige Deutsche des 18. Jahrhunderts heran, Sturz und Grimm, vergißt nicht, Schiller als Journalisten einzuführen, bringt eine Skizze von Dickens, und bietet zwei Paradestücke des angelsächsischen Journalismus, Stanleys Schilderung, wie er den Auftrag übernahm, Livingstone zu finden, und von Blowitz, der nebenbei ein böhmischer Jude war, die Darstellung, wie er sich den deutsch-französischen Vertrag auf dem Berliner Kongreß verschaffte und zu Bismarcks Verblüffung in den „Times“ veröffentlichte.

Aber das Prinzip des *l'art pour l'art* bekommt auch dem Journalismus nicht, Charakterstärke endete als Gerissenheit. Die Macht des Kapitals führt zur Versportlichung, der geborene Journalist lebt von der Opposition. Otto Flake.

**40. T A U S E N D**

A U F L A G E E R R E I C H T H A B E N

**ROSA LUXEMBURG**  
**BRIEFE**  
**AUS DEM GEFÄNGNIS**

*gerichtet an Sonja Liebknecht, die Gattin Karl Liebknechts*

Grz. broschiert 2.—, gebunden 2.50  
Für das Ausland Grz. = 0,60 Schw. Frcs.

Schlüsselzahl des Börsenvereins der deutschen Buchhändler

**Verlag der Jugendinternationale, Fritz Reußner**  
Berlin-Schöneberg, Feurigstraße 63

**DIE PRAXIS**  
**DER HANDELSPOLITIK**

**VON MAX SCHIPPEL**

Eine gemeinfaßliche Einführung • Zweite, vermehrte Auflage

**GRUNDPREIS 1,— M.**

*Aus den Presse-Urteilen:*

Der Verfasser gibt nicht nur *klare Definitionen* über Nationalbehandlung u. Meistbegünstigung, Freihandel und Schutzzoll, Tarifverträge und autonomen Doppeltarif sowie Meistbegünstigung u. Reziprozität, sondern *erläutert die Unterschiede an zahlreichen Beispielen* aus den verschiedensten Handelsverträgen. Weiterhin wird die Stellung der Kolonien in der Handelspolitik und eingehender die Frage der Zollkriege *erörtert*. Den Schluß bilden *Betrachtungen* über die Ursachen des Umschwungs zum Schutzzoll in der Nachkriegszeit und über die Möglichkeit, wie Deutschland *trotz Friedensvertrag* sich handelspolitisch betätigen kann.

*„Weltwirtschaftliches Archiv“ (Gustav Fischer, Jena)*

**VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT GMBH • BERLIN SW 68**





# DIE GLOCKE

25. Heft

17. September 1923

9. Jahrg.

Nachdruck sämtlicher Artikel ist nur mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

ROBERT BREUER:

## Vom Elsaß zur Ruhr.

### I.

**D**IE Reichstagssitzung vom 9. Oktober 1917 ist denkwürdig; den Bericht über sie sollte das deutsche Volk als Fibel auf seinen weiteren politischen Weg mitbekommen.

Die Sitzung begann mit einer heftigen Auseinandersetzung über die vom Staatssekretär v. Capelle behauptete Teilnahme einiger Unabhängiger an Meutereien in der Marine. Michaelis (Cuno I.) schickte die USP. jenseits der Linie, die das Vaterland umgrenzt. Heftig ging der Kampf um die Vaterlandspartei und um die sogenannte politische Aufklärung des Heeres. Die Grundlinien, nach denen die Oberste Heeresleitung diese Aufklärung wollte, wurden vorgelegt: „Die Gesamtgröße unserer bisherigen Erfolge rechtfertigt das Vertrauen auf den endgültigen Sieg. Die Entscheidung ist schon zu unsern Gunsten gefallen; es gilt, sie endgültig zu sichern.“ Der Reichskanzler schloß eine zweite Rede mit den Gott vertrauenden Worten: „Wir warten ab, wir können warten, die Zeit läuft für uns.“ Der Abgeordnete David kennzeichnete die hysterische Methode dieser Zeitgläubigen. Aus dem unerschöpflichen Material, das er vortrug, als Episode nur den kecken Regimentsbefehl eines Hauptmanns: „Wer das Wort Frieden ausspricht, ist ein Schuft. Ich habe in meiner Familie verboten, daß dieses Wort überhaupt gebraucht wird.“ Das Gespenst des versagenden U-Boot-Krieges schreckte immer wieder durch das aufgeregte Haus. Friedrich Naumann kennzeichnete in einer unvergeblichen Rede die Vaterlandspartei als die Partei, die andern das Vaterland schwer macht. Er fügte hinzu: „Auf Tirpitzschem Wege entsteht aus diesem Kriege überhaupt kein Friede.“ Der ästhetische Prinz zu Schönau-Carolath aber nahm Gelegenheit, mitten im Fugenkrachen der großen Zeit zu beklagen, daß in den Drucksachen des Reichstags das Wort „Berichter“ statt des guten Wortes „Berichterstatter“ stände. Die päpstliche Note stand im Hintergrund

dieses kriegsdämmernden Tages, und wie ein Beil fiel das Wort Kühlmanns: „Die Frage, um die heute die Völker Europas kämpfen und ihr Blut vergießen, ist nicht in erster Linie die belgische. Die Streitfrage, um derentwillen Europa mehr und mehr in einen Schutthaufen verwandelt wird, ist die nach der Zukunft Elsaß-Lothringens.“ Das Haus duckte sich. Erstauntes „Hört, hört!“ Kühlmann aber fuhr fort: „Auf die Frage: Kann Deutschland in Elsaß-Lothringen Frankreich irgendwelche Zugeständnisse machen, haben wir nur eine Antwort: Nein! Niemals!“ Das Haus brauste in stürmischem Beifall. Kühlmann gab drei Faustschläge auf das Rednerpult. Das Haus brauste weiter. Kühlmann fuhr fort: „Solange eine deutsche Faust eine Flinte halten kann, kann die Unversehrtheit des Reichsgebietes, wie wir sie als glorreiches Erbe unserer Väter übernommen haben, nicht Gegenstand irgendwelcher Verhandlungen oder Zugeständnisse sein. Elsaß-Lothringen ist Deutschlands Schild und das Symbol der deutschen Einheit. Dafür, meine Herren, bin ich sicher, treten Sie alle ein von links nach rechts.“ Lautes Bravo. Niemand widersprach.

Warum damals Kühlmann die belgische Frage, von deren Erledigung, wie er wissen mußte, nicht nur der Erfolg der päpstlichen Botschaft, sondern der Erfolg jedes Friedensversuches überhaupt abhing, aus der Diskussion des Reichstags hinausvoltigierte und Elsaß-Lothringen in den Vordergrund rückte, ist nicht deutlich geworden. Wahrscheinlich, weil er sich nicht dazu durchgerungen hatte, seiner besseren Einsicht folgend, auch gegen den Willen der Obersten Heeresleitung Belgien als deutsches Kriegsziel endgültig preiszugeben. Seine unehrliche Unentschlossenheit, noch mehr den gegen ihn bestehenden Verdacht der Vernunft, das heißt der Begrenzung sinnloser Kriegsziele, suchte er durch eine pathetische Deklamation über Elsaß-Lothringen abzudecken. Ob er an die Möglichkeit, Elsaß-Lothringen noch zu retten, geglaubt hat, läßt sich kaum feststellen, ist aber mehr als unwahrscheinlich für den, der weiß, wie richtig Kühlmann auch damals schon die Aussichtslosigkeit einer Fortführung des Krieges erkannt hatte. Es wird wohl stimmen: er sprach, wie alle Mitglieder der Regierung, wie die Mehrheit des Reichstags, wie die gesamte Presse — unter dem rücksichtslosen, brutalen Druck der Heeresleitung. Nicht nur der Heeresleitung: der deutschen Illusion.

Es ist nicht notwendig zu fragen, wie Deutschland heute aussähe, wenn Kühlmann am 9. Oktober 1917 den Mut gefunden hätte, Belgien und Elsaß-Lothringen den Gegnern zur Verfügung zu stellen. Darf man daran zweifeln, daß in diesem Augenblick der

Turm des ententistischen Kriegswillens in Rissen auseinandergeklafft wäre? Es hätte einfach weder ein französisches, noch ein englisches Kriegsziel mehr gegeben. Vielleicht wären wir auch dann einen Teil der Kolonien los geworden, und unsere Flotte hätte gewiß manches Schiff abgeben müssen, — aber Deutschland wäre Deutschland geblieben, wirtschaftsfähig und nicht hilflos gefesselt. Aber damals, als solch großzügiges, voraussichtiges Opfern, gestützt auf eine, trotz der Matrosen, immer noch schlagfertige, reservenreiche Armee tödliche Wirkung hätte haben können, fand niemand den Mut, das Entscheidende zu tun. Auch wir fanden ihn nicht. Auch die Unabhängigen widersprachen nicht dem Niemals des Herrn v. Kühlmann. Niemand erkannte die Stunde, niemand erkannte die der deutschen Entwicklung durch die Verhältnisse bestimmten Ausmaße weltpolitischer Bedeutung.

\*

Wir stehen am Ende der Ruhrpolitik. Oder richtiger: an deren Anfang. Wer hätte gewagt, im vollen Umfange mit aller entscheidenden Kraft im Januar dieses Jahres zu sagen, was heute Selbstverständlichkeit ist. Die Geschichte ist eben, wie es scheint, keine Lehrmeisterin der Politik. Vielleicht ist es diesmal nicht ganz so schlimm gewesen; immerhin, Schwarz-Weiß-Rot und Sowjetstern wollten siegreich Frankreich schlagen, und alle übrigen glaubten mehr oder weniger an den Erfolg des Armeverschränkens gegen ungezählte Speerspitzen. Nun ist es gekommen, wie es kommen mußte, wie im Ablauf des Unglücks es immer deutlicher wurde. Zweiter Zusammenbruch, zweiter Waffenstillstand fünf Minuten vor dem Zusammenbruch. Es gab einige Mahner (etwa unsern Freund Kuttner), aber im allgemeinen schreckte die Dolchstoßlegende. Um wieviel besser wäre es gewesen, wenn es nicht an Männern gefehlt hätte, die den Dolchstoß gewagt und den Fluch des Verräters auf sich genommen hätten. Zum mindesten an der deutschen Mark ließe sich der Nutzen solcher kühlen Einschätzung der deutschen Möglichkeiten ablesen. Hoffentlich ist nun endlich die Politik des zweiten Michaelis, die immer mehr Kriegspropaganda wurde, endgültig überwunden. Die vollkommene Gleichgültigkeit und die durch kaum erträgliche Schwierigkeit der Lebensführung völlig gelähmte Energie der Massen wird kraftvoller Führung keinen Widerstand leisten. Die Ruhr wieder produktiv! — an solcher Parole verschwindet fast restlos die Bedeutung jener Symbole, die den Sentimentalen wertvoller als alle Werte sind, auch dann, wenn sie nur noch auf einem Trümmerhaufen stehen.

Es bliebe zu wünschen, daß das Kapital von der Ruhr das letzte in politischen der Fibel des deutschen Volkes wäre.

## II.

Als Sinowjews dröhnende Gebetstrommel über die zu Halle anbetenden USP-Leute dahinrollte, und die dem Derwisch Verfallenen sich um Moskaus Flammenzeichen scharten, stand ein Häuflein Unentschlossener daneben und deklamierte ein Mittelding, das zwischen Diktatur und Demokratie, zwischen Parlament und Straße, zwischen Gesetz und Gewalt hin- und herschwankte. Hernach, als sich diese Zurückgebliebenen im Saal des Zoologischen Gartens sammelten, fand man Hilflosigkeit, Mangel an Organisation, Widersprüche des Programms, Unklarheit der Taktik. Man hörte eine Rede Theodor Liebknichts, die wie eine heimliche Anbetung des heiligen Moskau und wie ein vergebliches Suchen nach etwas Selbständigem war. Man hatte den unabweisbaren Eindruck, in einem Sterbehaus zu sein. Robustes Gewissen sprach: Was fällt, das soll man auch noch stoßen.

Aber es kam die Vereinigung zu Nürnberg. Gewiß, eine Angelegenheit des Herzens, aber dennoch mehr Gefühlspolitik als Politik der Vernunft. Einigung des Proletariats muß sein und wird sein. Aber Zusammentun mit Unklarheit kann sehr leicht Schwächung statt Stärkung bedeuten.

Die Rede, die der Genosse Crispian am vergangenen Sonntag auf dem Berliner Bezirksparteitag gehalten hat, hätte im Zoologischen Garten zu Halle gehalten werden können. Ein Rosenkranz von Schlagwörtern, würdig des lautesten russischen Derwischs, aber alle Perlen ein wenig abgegriffen und um den eigentlichen Glanz gebracht. Eine Rede im luftleeren Raum: „Der Kapitalismus allein, nicht der Krieg, nicht der Friedensvertrag sind an unserem Elend schuld. Sofortiger Kampf gegen das Privateigentum an Produktionsmitteln. Zentralisierung des Handels. Haben wir jemals Errungenschaft von entscheidender Bedeutung durch den Parlamentarismus oder haben wir sie auf der Straße erkämpft? Eine elementare Bewegung muß sich Bahn brechen gegen alle Staatsmaßnahmen.“ Abermals: die Geschichte scheint ungeeignet, Lehrmeisterin der Politik zu sein. Vom Elsaß zur Ruhr, von der hallensischen Zerspaltung bis zur neuberlinischen Disziplinlosigkeit: der gleiche Mangel an Einsicht in das Erreichbare. Und bei den Wissenden der gleiche Mangel an Mut, eine Schlehe eine Schlehe und eine Illusion eine Illusion zu heißen.

---

Dr. R. v. UNGERN-STERNBERG:

## Ist eine Goldwährung durchführbar?

**D**IE gefahrlche Epoche des Papiergeldes beginnt erst dann, wenn man Hand an die Wiederherstellung des Geldwesens legt! Die Richtigkeit dieses Satzes wird vollauf bestätigt durch die Vorgänge, die sich in den letzten Tagen auf unserem Geldmarkt abgespielt haben. Seitdem bekannt geworden ist, daß die Regierung die Einführung einer Goldwährung beschlossen hat, hat ein Abstoßen der Papiermark, ein Rennen in die Devisen und Effekten und eine Preishausse eingesetzt, wie kaum je zuvor.

Zwischen der Ankündigung der Goldwährung und dieser Hausse besteht zweifellos ein ursächlicher Zusammenhang: in Erwartung der Goldmark will alles die Papiermark loswerden, weil man mit Recht befürchtet, daß die Papiermark nun auch als Zahlungsmittel in Fortfall kommen soll. Der Papiermark ist auf diese Weise ein Stoß versetzt worden, der wahrscheinlich, in Verbindung mit der unausgesetzt steigenden Vermehrung der Papiergeldmenge, tödlich sein wird, denn es besteht die Gefahr, daß demnächst die Annahmeverweigerung der Papiermark einen so großen Umfang annimmt, daß eines Tages gegen Papiermark überhaupt nichts erhältlich sein wird. Was dann? Ja, dann heißt es, wird eben die Goldmark an ihre Stelle treten. Mit Verlaub — wie aus dem Aschenhaufen der Papiermark die Goldmark wie ein Phönix erstehen soll, ist gänzlich unerfindlich!

Wir sind uns doch darüber klar, daß die Einführung und erst recht die Aufrechterhaltung einer Goldwährung an bestimmte Voraussetzungen gebunden ist. Vor allem muß natürlich eine ausreichende goldwertige Deckung vorhanden sein, damit die neue Währung überhaupt als Goldwährung angesprochen werden kann, und zwar darf diese Deckung nicht zu knapp sein, denn sonst würde die ganze Goldwährung unvermeidlich nur eine kurze und kostspielige Episode werden. Wie soll aber diese reale goldwertige Unterlage der Goldnotenzirkulation beschafft werden? Das Reich mit seinen 502 Millionen Goldmark in der Reichsbank hat sie gegenwärtig nicht, und es fragt sich, ob es in der Lage ist, sie zu erlangen. Kommt hierfür etwa eine ausländische Anleihe in Betracht? Die Prüfung dieser Frage hat wohl bereits zu dem traurigen Ergebnis geführt, daß für Deutschland unter den gegenwärtigen außenpolitischen Umständen eine ausländische Anleihe, auch zur Durchführung einer Goldwährung, selbst dann nicht zu haben ist, wenn der Staat seinen Besitz an Eisenbahnen, Bergwerken usw. verpfänden wollte. Durch die Devisenbeschlagnahme, die jetzt endlich erfolgen soll, wird wohl voraussichtlich eine recht erhebliche Summe an Devisen hereingebracht werden, aber ich glaube nicht, daß allein auf diese Weise allen Bedürfnissen,

die an den Devisenfonds des Reiches in nächster Zeit gestellt werden müssen, wie Bereitstellung von Mitteln für Lebensmittelimporten, Balancierung des Reichsetats usw. genügt werden kann, und es wird sich vermutlich ergeben, daß die durch die Devisenbeschlagnahme aufgebrachten Werte zur Bildung eines ausreichenden Deckungsfonds für die Goldnotenzirkulation nicht ausreichen.

Es bleibt also nur der Weg einer inneren Anleihe, d. h. die Heranziehung von Sachwerten zur Bildung eines bankmäßigen Deckungsfonds. Abgesehen von den Devisen, befinden sich in Deutschland, in Händen der Landwirtschaft und der Industrie, zweifellos sehr große Sachwerte, vor allem in Gestalt von land- und forstwirtschaftlichem Grund und Boden und Industrieanlagen, und sicherlich besteht die Möglichkeit, diese Werte für Zwecke der Finanzwirtschaft auszunutzen, wenn der Staat in die Lage versetzt wird, über eine hypothekarische Belastung der Immobilien zugunsten des Staates und durch Ausgabe von Pfandbriefen, die, gut ausgestattet, leicht verkäuflich wären, diese Realwerte zu mobilisieren. Dieses könnte sehr wohl etwa in der Weise geschehen, wie es das Projekt von Pilot vorsieht. Aber eine ordnungsgemäße Durchführung eines solchen Planes braucht Zeit. Es bedarf hierzu monatelanger Vorarbeiten, während unsere gegenwärtige Lage gerade dadurch gekennzeichnet ist, daß uns die Fluten demnächst über dem Kopf zusammenschlagen werden. Nichts wäre gefährlicher, als die Durchführung so einer Mobilisierung der Sachwerte, die an sich unbedingt ein richtiger Gedanke ist, zu überstürzen. Aus diesem Grunde sind aber alle diese Projekte für die unmittelbar drängende Gegenwart nicht von entscheidender Bedeutung, und ich sehe demnach überhaupt keinen gangbaren Weg, auf dem man gegenwärtig zu einer stabilen Goldwährung gelangen könnte. Die Einführung von Goldnoten in den Verkehr bedeutet m. E. ein sehr erhebliches Wagnis und ist nur geeignet, die großen Schwierigkeiten noch zu vermehren. Wie denkt man sich überhaupt das Verhältnis der goldgedeckten Note zu der Papiernote? Soll die Papiermark zusammengestrichen, d. h. etwa über den Dollarkurs gegen Papiermark eingelöst werden, und soll demnach eine reine Goldwährung zur Durchführung gelangen? Ist man sich darüber klar, wie groß die erforderliche Golddeckung sein muß, um zu konvertieren und allein vermittelst der Goldnoten den ganzen Bedarf an Umlaufmitteln und den dann wieder in Aktion tretenden Sparbetrieb zu befriedigen? Wie soll überhaupt der Staat seinen durch Ruhrkampf usw. aufgeblähten Geldbedarf befriedigen, wenn ihm der Rückgriff auf die Notenpresse entzogen wird? Oder soll etwa eine Parallelwährung aufgemacht werden, d. h., daß sowohl Goldnoten wie Papiernoten nebeneinander als Zahlungsmittel dienen? In diesem Fall ist folgendes zu

gewärtigen: alle Welt wird Zahlung in Goldnoten verlangen und niemand wird sie hergeben wollen, denn solange die Bevölkerung die Ueberzeugung hat, daß die Goldnoten mehr wert sind als die Papiernoten, wird die Goldnote natürlich gehamstert werden und eine allgemeine Lahmlegung des Verkehrs wird die unabwendbare Folge sein, aus der letzten Endes wahrscheinlich die Papiermark siegreich hervorgehen wird, entsprechend der Regel, daß gutes Geld schlechtes Geld verdrängt. Der Staat wird auch bei dieser Parallelwährung in eine ganz verzweifelte Situation geraten, denn von ihm wird Zahlung in Goldwährung verlangt werden, während er die Annahme von Papiergeld natürlich nicht zurückweisen kann.

Alle diese Auswirkungen einer Goldnotenemission ergeben sich mit logischer Notwendigkeit aus der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation und führen m. E. dazu, anzuerkennen, daß der jetzige Zustand unseres Geldwesens, bei dem wir in Goldmark werten und rechnen, aber in Papiermark zahlen, bei weitem als der erträglichere anzusehen ist, im Vergleich zu dem Wirrwarr, den eine Parallelwährung zeitigen würde. Die Durchführung einer reinen Goldwährung kommt nach dem oben Gesagten überhaupt nicht in Frage, da ein sofortiges Fiasko offensichtlich ist, bei dem die Goldwährung in ganz kurzer Zeit das Schicksal der Papiermark teilen würde, d. h. die Goldnoten würden ebenfalls der Entwertung verfallen.

Auf Grund dieser Erwägungen möchte ich behaupten, daß die Goldwährung zurzeit überhaupt keine Lösung der Schwierigkeiten bringen kann. Man tut daher unrecht, durch die Propagierung dieser Währung ganz unbegründete Hoffnungen zu erwecken, und die Papiermark noch weiter in Mißkredit zu bringen, denn es besteht, wie die Dinge nun einmal liegen, zweifellos ein allgemeines Interesse daran, daß die Papiermark nicht zugrunde gerichtet wird, solange nicht die Möglichkeit besteht, ein besseres Zahlungsmittel an ihre Stelle zu setzen. Es muß ferner mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß die Behebung unserer wirtschaftlichen Misere von der Lösung außenpolitischer Fragen abhängt. Die finanzielle Belastung, die durch den Abwehrkampf an der Ruhr bedingt wird, ist der Hauptgrund unserer finanziellen Bedrängnis und damit auch des Zusammenbruchs unserer Währungsordnung kann in unser Geldwesen nur dann gebracht werden, wenn diese Quelle der Inflation verstopft wird. Die Inflation ist das Grundübel, an dem wir kranken, und die ganzen Goldwährungspläne sind nur geeignet, die Aufmerksamkeit von dieser Frage, von deren Lösung alles abhängt, abzulenken.

Außer der Einschränkung der Ausgaben für den Ruhrkampf muß die ganze Ausgabenseite des Reichsetats einer gündlichen

Revision unterzogen werden, und ich glaube, daß der verarmte deutsche Staat dazu übergehen muß, viele seiner Einrichtungen zu vereinfachen, primitiver zu gestalten und einzuschränken, um überhaupt ein Gleichgewicht in seinen Haushalt bringen zu können. Aber noch wichtiger als diese Maßnahmen ist, daß die Steuern wertbeständig erhoben werden. Zu diesem Zweck müssen die jeweiligen Ratenzahlungen in Goldmark berechnet, mit dem entsprechenden Entwertungsfaktor multipliziert und dann unverzüglich zur Einzahlung gebracht werden. Letzteres ist nur möglich, wenn jeder säumige Steuerzahler sofort gepfändet wird und außerdem Freiheitsstrafen verhängt werden. Hierzu bedarf es natürlich einer sehr erheblichen Vergrößerung des Personals der Finanzämter. Aber auch diese Frage wäre zu lösen, wenn man sich endlich entschließen würde, die Schablone über Bord zu werfen, wozu doch wahrlich bei der verzweifelten Lage Veranlassung genug vorliegt. Es würde sich doch sicher ermöglichen lassen, z. B. die Reichswehr für die Zwecke der Steuereinzahlung zu verwenden. Die hunderttausend Mann können doch bei der jetzigen Lage Deutschlands wirklich keine nutzbringendere und verdienstvollere Arbeit verrichten, als das Reich vor einer finanziellen Katastrophe zu retten helfen.

---

KURT HEINIG:

## Devisen oder Kommissar?

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das gemeine Beste.“

(Weimarer Verfassung, Schluß des Artikels 153; durch die Devisenverordnung vom 7. 9. 23 mit außer Kraft gesetzt.)

**W**IR wünschen alle dem Reiche viele Devisen. Bis jetzt hat es leider erst einen Kommissar. Unsere Kritik ist ein Notschrei. Können wir noch mehr Enttäuschungen vertragen? — — Untersuchen wir nüchtern die Verordnung über die Devisenerfassung und ihre Durchführungsbestimmungen.

Die Devisenverordnung besteht aus zwei Paragraphen; sie ist kurz und bündig.

Der eine bestellt einen Devisenkommissar mit außerordentlichen Vollmachten zur Inanspruchnahme (nicht Beschlagnahme) der Devisen, der ausländischen Effekten und des Goldes.

Zu diesem Zwecke werden drei Artikel der Reichsverfassung aufgehoben:

Artikel 115. Die Unverletzlichkeit der Wohnung.

Artikel 117. Das Briefgeheimnis.

Artikel 153. Gewährleistung des Privateigentums.



Der andere umschreibt den Inhalt der Durchführungsbestimmungen.

Jeder Unbefangene wird uns bestätigen, daß diese beiden Paragraphen eine Fanfare sind. Ueber die Richtigkeit der Melodie und über die Zweckmäßigkeit der Tonart sind verschiedene Meinungen möglich, die dabei zum Ausdruck gekommene Energie ist unzweideutig. (Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, sei schon jetzt bemerkt, daß der Weg, den die Reichsregierung mit jener Verordnung beschritten hat, nach unserer Meinung der falsche ist.)

Aber betrachten wir erst die Durchführungsbestimmungen.

Was machen sie aus der Verordnung zur Devisenerfassung?

Der § 1 bestimmt den zwangsweisen Austausch der Devisen, der ausländischen Effekten und des Goldes gegen Goldanleihe, Goldgutschrift oder Reichspapiermark. Zugleich erklärt er sich über die Goldwerte, die er nicht in Anspruch nehmen wird.

Die Ablieferung von Zahlungsmitteln (Noten) und Forderungen in ausländischer Währung (Devisen) kann nicht gefordert werden,

- a) soweit diese in einem den Lebens- und Wirtschaftsverhältnissen des Verfügungsberechtigten notwendigen Umfang zu Verwendungszwecken, insbesondere auch zur Abdeckung ausländischer Kredite, gehalten werden;
- b) soweit diese von einer Person oder Personenvereinigung, die ihren Wohnsitz oder Sitz im Ausland hat, als Unterhaltsbeitrag übersandt wurden.

Die Ablieferung von ausländischen Effekten kann nicht gefordert werden,

soweit ihr Verbleib in der Hand des Besitzers im Interesse eines inländischen Unternehmens oder (!) der deutschen Wirtschaft liegt;

Die Ablieferung von Edelmetallen kann nicht gefordert werden,

soweit sie zur Fortführung eines inländischen Unternehmens für jeweils zwei Monate notwendig sind.

Zu diesen Bestimmungen schreibt die — „Deutsche Bergwerkszeitung“ durchaus treffend:

„Der Devisenkommissar wird mit der Auslegung dieser Ausnahmestimmungen seine liebe Not haben. Denn das ist gerade der Kernpunkt des ganzen Währungsproblems, daß bei der fortschreitenden Auszehrung der inneren Wirtschaft und dem starken Rückgang der Ausfuhr immer größere Mengen Devisen für lebensnotwendige Zwecke gebraucht werden. Man denke nur an die Einfuhr englischer Kohle sowie ausländischen Eisens, ganz abgesehen davon, daß die Millionenheere der Arbeiter und Angestellten bei zwangs-

läufig infolge der Ruhrbesetzung verminderter Produktivität weiter ernährt sein wollen, was ebenfalls nur unter Zuhilfenahme der Einfuhr möglich ist. Im übrigen kann man sich mit Sicherheit darauf gefaßt machen, daß selbst die gefährlichsten Devisenhamster den Versuch unternehmen werden, die ‚volkswirtschaftliche Produktivität‘ ihres Devisenbesitzes gegebenenfalls nachzuweisen. Und was das Schlimmste ist: bei der Schwerfälligkeit aller Beamtenapparate wird es manchem sicher gelingen, dem Devisendiktator ein Schnippchen zu schlagen. Fürwahr, man braucht den Devisendiktator um sein Amt nicht zu beneiden, und wir fürchten, daß die von ihm aufgewandte Mühe sich kaum sonderlich lohnen wird.“

Die Paragraphen 3, 4 und 5 geben dem Devisenkommissar das Recht, jedermann — auch die Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden — auf Herz und Nieren zu befragen, ja ihm sogar die eidesstattliche Versicherung zuzuschicken.

Unrechtmäßig in Besitz gehaltene Devisen usw. können nach Ablauf einer bestimmten Anstandsfrist zugunsten des Reiches als verfallen erklärt werden (§ 6). Der § 10 regelt dazu das Beschwerdeverfahren des durch den § 6 Betroffenen.

Die Strafbestimmungen klingen sehr hart: es sind aber zumeist sogenannte Kann-Vorschriften (§§ 20, 21 und 24). Dennoch wünscht man sie denen, die sie nicht treffen werden. Diejenigen, die möglicherweise getroffen werden, haben sicher genügend Geld, um einen ordentlichen Rechtsanwalt zu bezahlen. Das übrige wird sich dann von selbst finden. Einige arme Schächer werden natürlich daran glauben müssen.

Der § 18 macht jede bisherige Ueberschreitung der gesetzlichen Bestimmungen über Devisenverkehr und Steuerpflicht straflos, wenn nunmehr vom getreuen Untertanen gemäß der Devisenordnung verfahren wird. (Ganz Gerissene sollen sich daraufhin die notwendigen Devisen, die sie voraussichtlich abzugeben haben, schmerz- und — straflos verschafft haben.)

Der Kommissar gegen die Devisen hat also, sprechen wir es offen aus, so viel Paragraphenklötze ans Bein gebunden bekommen, daß er nicht schnell laufen kann. Wenn er dennoch Devisen erwischt, dann muß er im Streitverfahren gegen deren Besitzer den Nachweis erbringen, daß er im Recht ist.

Entscheidend bleibt, daß der, sagen wir normale Devisen- und Auslandeffektenbesitz in Industrie, Handel und Bankwelt vom Kommissar ebensowenig getroffen werden soll wie die kleinen Valutareserven, die unter dem Namen Auslandshilfe zusammengefaßt werden können. Der eine oder der andere Nachweis kann, so glauben wir, von 99% aller Devisenbesitzer erbracht werden. Zur Kontrolle dieser Nachweise, und der „Nachweise“, wird der Kommissar einen ganzen Beamtenapparat benötigen, die verschiedensten Behörden werden neues Schreibwerk“ haben, die Instanzen be-

kommen Arbeit — es ist zum Verzweifeln. Entscheidend bleibt, daß die Devisenverordnung durch ihre Ausführungsverordnung ein Messer ohne Griff geworden ist. Diese Paragraphen sind bestenfalls eine Warnungssalve, im Ausland mögen sie wie ein Notsignal wirken, Bei uns werden sie eine Enttäuschung bleiben müssen, weil schon der § 1 der Ausführungsverordnung die Möglichkeiten verbaut, den verschwundenen Devisen auf die Spur zu kommen!

Auch auf die Gefahr hin, für irrsinnig erklärt zu werden, erlauben wir uns, zu behaupten, daß in Deutschland gar kein großer heimlicher Devisenbesitz vorhanden ist. Selbstverständlich treiben sich in mittleren, kleinen und kleinsten Posten im besonderen fremde Noten in Kassetten, Brieftaschen, Schreibtischen und Vertikows herum. Sie machen den Kohl aber schon deswegen nicht fett, weil sie nur in geringem Umfange zu mobilisieren sind. Wenn von Devisenbeschlagnahme gesprochen wird, dann malt sich mit Recht jedermann große Summen an Devisen und Noten aus, die in den Geldschränken der Industrie und des Handels und in den Tresors der Banken liegen mögen. Hier steckt aber der Trugschluß. Das war einmal. Diese illegalen Reserven — die legalen sind natürlich heute auch da, werden aber vom Kommissar nicht erfaßt — sind längst mobilisiert worden, sie wanderten nach dem Ausland und sind von dort aus als ausländische Interessen wieder nach Deutschland hereingekommen. Jetzt sind sie ausländische Beteiligungen an unserer Wirtschaft. Diese ist heute eine Kolonie des deutschen Kapitals, das sie von Amsterdam, Bern, Stockholm und New York her ausbeutet.

Aus diesem Grunde wird es keine erheblichen Mengen illegale Devisen geben, die dem Kommissar verfallen könnten. Er wird vergeblich fahnden. Und dort, wo er wenigstens den Weg auffinden könnte, den die Devisen bei ihrer Wandlung gegangen sind, versperren ihm die Paragraphen, denen er seine Existenz verdankt, als feste Mauer das Weiterschreiten.

Verehrter Leser, durchdenke doch bitte einmal den fünften Absatz des § 1 der Durchführungsbestimmungen zur Durchführungsverordnung. Er lautet:

„Die Ablieferung ausländischer Wertpapiere kann nicht gefordert werden, soweit ihr Verbleib in der Hand des Besitzers im Interesse eines inländischen Unternehmens oder der deutschen Wirtschaft liegt.“

Die ausländischen Wertpapiere in den Händen der deutschen Unternehmer sind häufig der Faden, an dem die Devisen angebunden wurden, als sie ins Ausland schwammen! Hier zuzufassen und ihn vorsichtig aufzuwickeln, das wäre im Interesse der deutschen Wirtschaft, der Kommissar käme dann an die Auslandsgründungen

unserer Kapitalisten und an die — deutschen Tochterbeteiligungen jener Maatschappijs, Companys, Sociétés und Societés, die im Ausland als der übliche Betrug der deutschen Republik bekannt sind wie bunte Hunde.

Wir kommen wohl nur auf anderem Wege ernsthaft zu Devisen:

1. müssen wir eine Goldwährung haben, die den Devisen völlig gleichwertig ist,
2. müssen wir die Devisen dort fassen, wo sie anfallen, d. h. im Außenhandel,
3. müssen die Sachwerte zu einem ernsten Prozentsatz in die Hände des Reiches überführt werden.

Die Goldwährung, die wirklich wertbeständig ist, also nicht mit dem Defizit des Reichshaushaltsetats verknüpft ist, läßt immer noch sehr auf sich warten. Die Ausfuhrkontrolle wird wieder einmal etwas weiter abgebaut. Vom Gesetzentwurf über die Sachwert-erfassung ist nichts zu hören. Es ist zu fürchten, daß wir aus diesen Haupt- und mancherlei Nebengründen jetzt einen Kommissar bekommen haben, aber keine Devisen bekommen werden.

Müssen unsere Genossen in der Regierung diese falschen Wege mitgehen? Bald werden die Massen wieder einmal auf den Tisch schlagen, sinnlos und — ohne Glauben. Das aber ist das Fürchterlichste! Deswegen sollte dem Kapitalismus etwas — kapitalistischer zu Leibe gegangen werden, nicht mit geheimrätlichen, wenn auch durchaus gutgemeinten Paragraphen und Ideologien.

ALBIN MICHEL:

## Das Unglück Japans.

Zwar läßt sich auch jetzt noch nicht übersehen, welche Verheerungen das große Erdbeben in Japan angerichtet hat, aber so viel kann doch bereits festgestellt werden: das furchtbare Naturereignis bedeutet für Japan soviel wie ein verlorener Krieg. Mag die Zahl von 3 Millionen Toten und von 6—7 Millionen Verletzten übertrieben sein, als gewiß kann angesehen werden, daß die japanische Industrie zu einem wesentlichen Teil zertrümmert ist und daß Japan ganz gewaltige Summen aufbringen muß, um wenigstens die größten Schäden, die das Erdbeben verursacht hat, auszubessern. Große Städte wie Yokohama und Tokio sind so gut wie zerstört, und ebenso hunderte anderer Ortschaften nur noch Schutt- und Trümmerhaufen.

Die Katastrophe, von der Japan heimgesucht wurde, ist so gewaltig, daß sie weit über das rein Finanzielle und Wirtschaftliche hinaus auf die Gesamtentwicklung des asiatischen Inselreiches einwirken muß. Nicht nur wirtschaftlich hat Japan einen schweren Schlag erlitten, auch innen- und außenpolitisch ist die Kontinuität schwer gestört. Viel früher als Indien, das alte Wunderland der Romantik mit seinem Geist

der weltvergessenen Versenkung und mit seiner pessimistisch-weltabgeschiedenen Lebensauffassung und viel besser als China mit seiner provinziellen Auseinanderzerrung und mit seinem starren Sonnenwesen hat sich Japan westlichen Einflüssen angepaßt, haben sich die Japaner einen Staat geschaffen, der zu einer respektablen Großmacht anwuchs. Selbst wenn man die Tatsache, daß Japan schließlich ein Militärstaat wurde, der Rußland überwinden konnte, nicht als einen Meilenstein in der kulturellen Weiterentwicklung der Völker anzusehen vermag, bleibt doch bestehen, daß die Japaner in den letzten Jahrzehnten große organisatorische und politische Talente entwickelt haben.

Und schließlich hat das neuzeitliche Japan nicht nur den Militarismus herangezüchtet, es hat sich vom Shogunat und vom Feudalsystem befreit, hat die Volksbildung gehoben und das gesamte Staats- und Wirtschaftsleben modernisiert. Von kapitalistischen und imperialistischen Mächten aufgehoben, bedrängt und bedroht, selbst immer mehr in das internationale Getriebe verflochten und als Vorbild Staaten vor Augen, deren wirtschaftlicher und politischer Expansionstrieb immer stärker answoll, wurde Japan selbst ein Staat mit stark hervortretenden imperialistischen Tendenzen. Es schritt aus seinem Inselbezirk hinüber auf das asiatische Festland, nach China, Korea, zur Mandschurei und Mongolei und richtete auch sein Augenmerk auf die vielgestaltige und reiche Inselwelt der Südsee. Bereits im Jahre 1910 wurde Korea annektiert und die Mandschurei, wenigstens wirtschaftlich, zu einem Anhängsel Japans gemacht. Abwechselnd erhielten die Japaner die Bezeichnung die „Preußen“ und die „Engländer“ Asiens, in einem schnellen Tempo schien sich Japan zu einer Weltmacht ersten Ranges emporzuarbeiten.

Der große europäische Krieg brachte für Japan neuen Aufstieg, ja oft genug schien es, als ob Japan aus dem europäischen Kriege noch größere Vorteile ziehen sollte als die Vereinigten Staaten von Amerika. Werften und Industrieanlagen schossen aus dem Boden, die Ausfuhr stieg mächtig an, Japan konnte seinen Goldbestand auf das Fünffache vermehren, die großen Schiffahrtsgesellschaften, wie die Nippon Yusen Kaisha und die Osaka Shosen Kaisha, vergrößerten ihre Tonnage so, daß sie mit den größten englischen Schiffahrtsunternehmungen rivalisieren konnten, chinesische Kulis und australische Soldaten wurden auf japanischen Schiffen nach Europa befördert, die japanische Schiffahrt hatte im Stillen Ozean eine Monopolstellung. Japanische Industriewaren überschwemmten Australien, Südafrika und das Inselgebiet des Stillen Ozeans, es entstand das Wort von der „Japanisierung Australiens“. Von den Ententestaaten, namentlich von Frankreich, eifrig umworben, wich Japan aber doch einer ernsthaften Beteiligung am europäischen Kriege aus, um seinen besonderen politischen und wirtschaftlichen Zielen nachzustreben.

Als nächstes Ziel schwebte den Japanern vor, China wirtschaftlich und politisch vollständig zu unterwerfen, aus China ein japanisches Indien

zu machen. So stellten sie an China eine lange Reihe von Forderungen, deren Quintessenz die Ausschaltung des amerikanischen und europäischen Einflusses in China und die Zentralisierung der ostasiatischen Politik in der japanischen Hauptstadt war. Hier hatte sich Japan zu früh und zu weit vorgewagt; denn obwohl England in den europäischen Krieg verwickelt war, hatte es immer noch Kraft genug, den Schlag Japans gegen China zu parieren und erst recht hatten die Vereinigten Staaten von Amerika diese Kraft. So konnte Japan die ausschließliche Beherrschung Chinas nicht erreichen.

Hatte der Krieg auch in Japan eine Treibhausatmosphäre wirtschaftlicher Entwicklung gebracht, so folgten nachher schwere Rückschläge, die japanischen Industriewaren wurden wieder durch europäische und amerikanische verdrängt, die japanische Schifffahrt verlor ihre Vorzugsstellung, in den Industriebezirken Japans wurden zeitweise bis zu einer halben Million Arbeitslose gezählt, die Handelsbilanz wurde wieder passiv, aus den Kassen japanischer Banken strömte Gold nach Nordamerika und nach England. Stärker und stärker wuchs die Gegnerschaft Nordamerikas, wurden die Widerstände größer, die von dort ausgingen. Je mehr der europäische Markt für die Vereinigten Staaten von Amerika an Bedeutung verlor, desto mehr war dieses Land darauf bedacht, in Ostasien Einfluß zu gewinnen, dort die Märkte zu kontrollieren und zu erobern, Japan nicht zu einer bevorzugten oder gar zur überragenden Macht in China werden zu lassen. Die wirtschaftliche Krisis, die namentlich in den Jahren 1920 und 1921 hervorgetreten war, hat schließlich wieder etwas besseren Zeiten Platz gemacht, aber es war wenig Aussicht vorhanden, daß Japan in absehbarer Zeit wieder einen gleichen Sprung nach vorwärts zu tun vermöchte wie in den Jahren 1914 bis 1918.

Nach den furchtbaren Verlusten, die das Land jetzt durch das Erdbeben erlitten hat, wird Japan für lange Zeit der Aggressivität seiner Außenpolitik die Spitze abbrechen müssen. Ist die Schwächung Japans so groß, wie es nach manchen Nachrichten erscheint, so mag sogar die Frage berechtigt sein, ob Japan Korea wird behaupten können. Die Revolution im März 1919 war zweifellos doch etwas ernsterer Art, als damals von Japan zugegeben wurde, und seitdem ist die nationalistische Bewegung in Korea nicht schwächer, sondern stärker geworden. Obwohl die Japaner in den letzten zwölf Jahren in Korea manches Gute geschaffen haben, bleiben sie dort verhaßt. Der nationalistische Haß wird noch verschärft, weil sich Japaner Land aneignen und weil sie chinesische Kulis einführen, die den Arbeitern, Bauern und Kleinpächtern Konkurrenz machen. Eine Frage ist es auch, ob die Japaner ihren wirtschaftlichen Einfluß in der Mandschurei behaupten können. Daß China einem geschwächten Japan gegenüber eine größere Widerstandskraft zeigen wird, kann auch angenommen werden.

Den Hauptvorteil der Schwächung Japans wird aber Nordamerika haben. In der Zeit, in der Japan seine zerstörten Provinzen

wieder aufbauen, seine ruinierten Industrien und Werften wieder herstellen muß, werden die Vereinigten Staaten von Nordamerika in Ostasien weitausgreifend vordringen. Noch eine andere Frage bleibt dabei zu erörtern, die Australiens zu Japan, zum Mutterlande und zu den Vereinigten Staaten von Amerika. In Australien wird schon seit Jahren offen ausgesprochen, daß sich Australien bei einem Kriege zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Japan dem Gegner des asiatischen Inselreiches anschließen müsse. Ein solcher Fall würde nichts anderes bedeuten als den Anschluß Australiens an die Vereinigten Staaten. Wird die Gefahr der „Japanisierung“ geringer, so dürfte auch in Australien die Frage aus der öffentlichen Diskussion verschwinden, ob es im Interesse des australischen Bundes liegt, sich vom Mutterlande loszusagen und unter den Schutz des Sternenbanners zu treten. So wird sich das große Erdbeben noch lange Zeit wie in Japan selbst, so auch in den internationalen Beziehungen Japans bemerkbar machen.

---

BERTHOLD RUDNER (BERLIN):

## Amerikanische Vorbilder der Ruhrbesetzung.

Die deutsche Oeffentlichkeit, die mit Entrüstung und starkem moralischen Widerstand dem französisch-belgischen Einbruch in deutsches Gebiet begegnete, ist besonders enttäuscht darüber, daß England und vor allem Amerika das eigenmächtige aggressive Vorgehen Frankreich-Belgiens duldeten. Aber sie dürfte kaum wissen, daß solche militärischen Raubzüge bis in die jüngste Zeit keine Seltenheiten gewesen sind. Dabei wollen wir Kolonialstaaten, wie das frühere Spanien und das jetzige England, die sehr viel auf diesem Gebiet verübt haben, ganz außer acht lassen. Nur die jüngste Zeit und ein Staat soll in Parallele gezogen werden, der noch jüngeren Datums und Republik ist, außerdem in seiner Verfassung viel von Menschenrechten spricht ....

Es handelt sich um die Vereinigten Staaten von Amerika, ein Land, das alljährlich — am 4. Juli — etwas sehr lärmend das Fest der von britischer Herrschaft erkämpften Unabhängigkeit feiert und die Geburtstage seiner Befreier, wie Jefferson und Washington, bis auf den heutigen Tag als Landesfeste hochhält.

\*

Die berühmte, nach dem Präsidenten Monroe zum Gesetz erhobene „Monroe-Doktrin“, die heute noch gilt, besagt, daß jeder Angriff einer ausländischen Macht auf das gesamte amerikanische Gebiet zugleich einen Angriff und Krieg mit den Vereinigten Staaten bedeute. Diese Drohung gegen auswärtige Eindringlinge hinderte aber die Vereinigten Staaten nicht, selber die Monroe-Doktrin gröblich zu verletzen.

Das krasseste Beispiel dafür ist der vor 25 Jahren geführte spanisch-amerikanische Krieg. Die imperialistischen Kreise der Vereinigten Staaten erkannten früh den Wert der Insel Kuba, und ihre Begehrlichkeit hielt krampfhaft Ausschau, um ein „Recht“ auf Besitzergreifung zu statuieren. Seit 1878 wurde von den Vereinigten Staaten der organisierte Aufruhr gegen die spanische Verwaltung in Kuba unterstützt. Spanien versprach Reformen für das Land, ohne sie jedoch durchzuführen. Der im Jahre 1896 nach Kuba entsandte General Weyler, der Ordnung schaffen sollte, griff nach Landsknechtsmanier derb zu, hatte aber keinen Erfolg.

„Im Interesse der Menschheit“ erhoben die Vereinigten Staaten in Madrid Vorstellungen und drohten zugleich, sollten gewisse Dinge nicht abgestellt und politische Reformen durchgeführt werden, die Aufständischen in Kuba zu unterstützen. Die ultimative Forderung, den spanischen General abzurufen, lehnte das damalige Kabinett Sagosta ab. Um der amerikanischen Bedrängung aber zu begegnen, wurde der Insel Kuba politische Autonomie gewährt.

Dadurch wurde den Raubpolitikern der Vereinigten Staaten das Konzept zwar etwas verdorben, aber Roosevelt wollte sich die Gelegenheit um keinen Preis entgehen lassen. Unter allerhand Vorwänden wurde deshalb das amerikanische Kriegsschiff „Maine“ nach Havanna entsandt und am 15. Februar 1918 plötzlich in die Luft gesprengt! Von wem? Diese Frage beantwortet folgender Tatbestand: Alle Schiffsoffiziere waren „zufällig“ im Moment der Sprengung an Land. Außerdem bis auf ein paar Matrosen die ganze Mannschaft. Spanien erbot sich sofort und wiederholt, auf seine Kosten das Schiff heben und die Ursachen der Explosion feststellen zu lassen. Die Vereinigten Staaten lehnten stets ab, und das Schiff bohrte sich immer tiefer in den Meeresboden, das Geheimnis seiner Sprengung mit sich begrabend.

Nun konnten die Vereinigten Staaten ganz offen — am 1. Mai 1898 — den Krieg erklären. Mit überlegenen Kampfmitteln wurden die spanischen Kräfte und deren Flotte vernichtet, der kühne Roosevelt schoß sogar bei San Juan Hill den fliehenden Spaniern in den Rücken. (Was ihn später nicht hinderte, für Vermittlung im russisch-japanischen Krieg — den Nobelpreis zu erringen!) Im Pariser Frieden verlor Spanien Kuba, das den Vereinigten Staaten — ab 1. Januar 1899 — zufiel.

\*

Nicht minder erbaulich ist die Geschichte des Panama-Kanals. Die mittelamerikanische Republik Panama wollte nicht zu den Bedingungen den Streifen Land für den Panama-Kanal hergeben, die die Vereinigten Staaten stellten. „Man“ half sich aber durch eine künstliche „Revolution“ (diese ganze Periode verlebte der Schreiber dieser Zeilen in den Vereinigten Staaten), von der hier nur die groteske Tatsache der fehlerhaften Inszenierung mitgeteilt werden soll: In New York wurde nämlich die „Revolution“ von Panama zwei Stunden früher verkündet, als sie tatsächlich „ausbrach“. Dieser Regiefehler hatte aber

o



weiter keine Folgen. Die Vereinigten Staaten konnten nun eingreifen, das angeblich „bedrohte“ Leben seiner Staatsangehörigen schützen und das gewünschte Gebiet ebenso wohlfeil wie schnell annektieren.

\*

Damit ist aber die lange Reihe der imperialistischen Raubzüge der Vereinigten Staaten nicht erschöpft.

Die Vereinigten Staaten besitzen die Inselgruppe der Philippinen. Wie wenig wohl sich die Bevölkerung des Landes unter amerikanischer Herrschaft fühlt, beweist die Denkschrift des Vorsitzenden des philippinischen Senats und Führers einer parlamentarischen Mission, Manuel L. Quezon, der in einer persönlich an Harding überreichten Denkschrift ausführt, die Forderung nach nationaler Unabhängigkeit werde immer stärker und sei nur während des Krieges zurückgestellt worden. Die erste Mission, gesandt 1919, verlangte deshalb die „sofortige und vollständige Befreiung und Unabhängigkeit der Philippinos“. („... We ask for immediate, complete and absolute independence of the Philippinos“.)

Die Antwort Hardings war abschlägig und klang aus in der Versicherung — „nationaler Verwandtschaft“. Der Schlußsatz lautet im Original:

„Our relation to your domestic affairs is that of an unselfish devotion which is born of our fate in opening to you the way of liberty of which you dreamed. Our sponsorship in international affairs is reflected in the common flag which is unfurled for you as it is for us and security is your seal of American relationship.“

\*

Mit Santo Domingo haben die Vereinigten Staaten 1907 einen Vertrag geschlossen (oder ihn vielmehr dem Lande diktiert), wonach so lange eine Besetzung und Kontrolle durchgeführt wird, solange die Schulden aus dem Abkommen von 1918 und 1922 unbezahlt und die Bonds nicht eingelöst sind....

In einer Denkschrift der Dominikaner wird erklärt, zweimal wären Angebote an die Vereinigten Staaten gerichtet worden mit dem Ersuchen, diese drückende Sanktionspolitik aufzuheben, die zudem im „Widerspruch stände zu den Prinzipien eines Landes, das einen Washington und Lincoln hervorbrachte, und daß die dem Lande aufgezungenen Bedingungen unmöglich seien und von keinem freien Volk akzeptiert werden könnten“.

Dieser Appell an das politische Gewissen der Mächtigen im Weißen Haus in Washington fand aber taube Ohren. Die Geldmänner von Wall Street bestehen auf ihrem Schein.

\*

Eines der reichsten Oel-Zukunftsländer ist Venezuela. Grund genug für Rockefeller und Konsorten, ihr begehrlisches Auge nach der Karaibischen See zu richten. Schon unter Wilson wurde das Land okkupiert, von Mc. Goodwin beherrscht, dessen gefügige Kreatur der

venezolanische „Präsident“ Yuan Vicente Gomez ist, der (ein Pendant seines mexikanischen Exkollegen Porfirio Diaz) im Lande seit 1908 eine militärische Diktatur ausübt und es barbarisch beherrscht. In einer an den Kongreß der Vereinigten Staaten gerichteten Denkschrift des „Comité Venezolano des Protesta“ wird der Zusammenhang zwischen den Geldinteressen der bekannten Royal Dutch Shell Oil Company und der politischen Niederhaltung des Landes durch den Usurpator Gomez nachgewiesen.

Jene Gesellschaft erwarb fette Konzessionen und führte in einem ihrer Berichte folgendes aus: Das stabile Regime Gomez sei zu unterstützen, denn es fördere die Privatinteressen der Gesellschaft. Ferner: „Das Bassin von Maracaybo liegt ideal und kann auf Grund seiner natürlichen Grenzen leicht politisch beherrscht werden.“

Die Denkschrift an den amerikanischen Kongreß betont, welche Opfer das Land brachte, um die spanische Herrschaft abzuschütteln, daß es Venezulaner waren, wie der Befreier Simon Bolivar, die für Kolumbien, Ecuador, Peru und Bolivien kämpften, daß dank der Hilfe der Vereinigten Staaten Gomez sich zum fünften Mal, von 1922 bis 1929, von einer gefügigen Kammer „wählen“ ließ, daß jener Satrap u. a. mit der Schließung der Universität droht, Tausende von politischen Gegnern gefangen setzt, an ihnen Torturen vollzieht und sie zu Tode quält; eine gemeine Preßkorruption fördert, kurz, „in unserem Lande ein Regime aufrecht erhält, das eine Schande ist für die westliche Hemisphäre“.

Diese Denkschrift ist unterzeichnet u. a. von dem Professor der Zentraluniversität in Venezuela, Dr. Rafael Bruzual Lopez, ferner von Carlos Benito Figueredo, dem Vorsitzenden der Pressevereinigung von Venezuela, außerdem von Amador Cruz, dem früheren Präsidenten der Vereinigten Gewerkschaften von Venezuela.

Irgendeinen Erfolg hat jene Denkschrift nicht gezeitigt. So treibt der amerikanische Imperialismus auch in Venezuela kulturfeindliche Politik und unterstützt einen politischen Banditen nur deshalb, weil er die kapitalistischen Interessen seiner nordamerikanischen Auftraggeber mit allen Kräften wahrnimmt.

\*

Die Kunde davon, was die Vereinigten Staaten auf Haiti, San Domingo und Porto Rico andauernd verüben, ist in letzter Zeit auch nach Europa gedrungen. Ueber diese Dinge bringt nicht nur die amerikanische Zeitschrift „The Nation“ Nr. 2983, P. 236, vom 6. September 1922 recht erbauliche Mitteilungen, sondern auch einer ihrer Schriftleiter, der bekannte bürgerliche Redakteur Lewis S. Gannett, veröffentlichte in Nr. 4 der Londoner Zeitschrift „The Labour Monthly“, Jahrgang 1922, einen instruktiven Artikel mit dem Titel „Amerikanischer Imperialismus in Haiti“.

Die politisch-militärischen Maßnahmen auf Haiti unterscheiden sich in nichts von den bisher geschilderten. Höchstens liegen kleine Varia-

tionen vor. Die Verbindung zwischen der „National City Bank of New York“ und den Machenschaften der amerikanischen Jingos in Haiti liegt offen zutage. Die Haitianer wehren sich jetzt durch Boykott amerikanischer Waren, die Dominikaner appellieren an ihre spanisch sprechenden Landsleute in Südamerika, und der Artikelschreiber Gannett wirft am Schluß seiner Abhandlung die Frage auf, was die Europäer in dieser Frage zu tun gewillt sind, da die Amerikaner nach der andern Seite — nach Europa — sehen. Diese Frage stellen, heißt, sie auch beantworten. Erstens gibt es nur wenige Europäer im geistigen Sinne. Darüber hinaus gibt es jetzt auch keinen Staat in Europa, bei dem geschändetes Recht eine Heimstätte fände und der zugleich eine solche Stärke besäße, um dem wahren Recht überall zum Durchbruch zu verhelfen. Wir können also den Opfern des amerikanischen Imperialismus nicht beistehen. Sind wir doch allesamt Opfer derselben Politik, die Mitteleuropa nicht zum Leben, geschweige denn zum Genießen kommen läßt.

Die europäische Hilflosigkeit nachzuweisen, war aber nicht der Zweck dieser Zeilen. Wir haben eingangs ausgeführt, wie man in Deutschland vor allem eine amerikanische Intervention im deutsch-französischen Konflikt erwartete, die jedoch ausblieb. Kann man nach unseren Darlegungen von einem Staat, der selbst eine brutale imperialistische Sanktionspolitik treibt, erwarten, daß er aus Idealismus Frankreich-Belgien in den Arm fällt, zwei Staaten, die ja nur — wenn auch in größerem Maßstabe — dasselbe Spiel in Deutschland treiben wie die Vereinigten Staaten in Südamerika? Daraus erklärt sich z. T. die ganze, an Hemmungen reiche Verlegenheitspolitik Amerikas im deutsch-französischen Konflikt.

Für Deutschland folgt daraus, daß eine politisch-moralische wirtschaftliche Hilfe durch die Vereinigten Staaten als eine Illusion zu werten ist. Wir müssen uns selber zu helfen suchen, auch, wenn's notwendig ist, mit etwas Nachdruck gegen die eigenen Imperialisten und Saboteure einer vernünftigen Verständigungspolitik, und letzten Endes mit dem entschiedensten Nachdruck und allen uns zur Verfügung stehenden Kräften sozialistische Abwehrpolitik treiben, um die Bäume des Imperialismus in allen Ländern um unserer selbst willen nicht in den Himmel wachsen zu lassen.

---

OTTO NEURATH (Wien):

## Bürgerliche Front in Oesterreich.

### 1. Aufmarsch.

Getrennt marschieren, vereint schlagen — das ist Grundsatz der Truppen, welche die bürgerliche Front bilden. Ja, untereinander sich schlagen, ehe man sich vereinigt, scheint manchmal die Parole zu sein. Was wir heute als bürgerliche Front vor uns sehen, ist ganz allmählich

geworden. Die ständische Welt des Mittelalters war wenigstens stellenweise so gebaut, daß Herrschen und Beherrschtwerden aus einer einheitlichen Auffassung heraus begriffen werden konnten. Adel, Geistlichkeit, Bürger und Bauern hatten bestimmte Funktionen, jede breit entfaltet, ein Menschenleben füllend und möglicherweise beglückend. Nicht unverständlich, daß gelegentlich verwirklichte Harmonie als allgemeines Ideal Geltung fand und alles Unerfreuliche als mangelhafte Abweichung gebucht werden konnte. Adlige als Verwaltungs- und Armeechefs hatten reichliche Pflichten neben ihren Rechten. Ererbtes Herrschen bedeutete auch ererbte Fürsorge für die Beherrschten. Adel bedeutete Abstand von der übrigen Welt, ererbter Abstand! Geistlichkeit bedeutete Abstand von der übrigen Welt — erworbener Abstand. Jedem Hirtenknaben stand das Pontifikat offen. Geistlichkeit und Fürsorge waren aufs engste verbunden. Hilfeleistung unabweisbare Pflicht. Verknüpfung adligen und geistlichen Wesens im Ordensrittertum! In sich geschlossen lebte Bürgertum und Bauerntum. Abhängigkeit in erster Reihe durch Altersstufe bedingt: Lehrling, Geselle, Meister. Jeder durchlief alle Stufen! Wer heute Knecht war, konnte morgen Bauer sein.

Aber solch harmonische Gliederung in Wehrstand, Lehrstand, Nährstand war nur selten zu finden. Zu allen Zeiten war in der Mehrzahl der Fälle der Gegensatz von Unterjochern und Unterjochten fühlbar, und wo er von vornherein nicht da war, entwickelte er sich im Laufe der Jahrhunderte. Der Adlige wird ein Mann des Luxus, tritt vor den Bauern als den ewig Leibeigenen, dessen Tochter gegenüber er das Recht der ersten Nacht geltend machen kann. Aus dem freien Gesellen, der die Welt durchwandert, um früher oder später das Meistertöchterlein zu freien und selbständig zu werden, wird der Altgeselle, der verbittert und knurrend hinter dem Ofen hockt, bis er sich auflehnt gegen die übermächtige Zunft! Bauernaufstände werden unausbleiblich. Doch nicht nur innerhalb der Ständeordnung gibt es bald Kampf, es lehnen sich auch die Ständelosen auf! Fahrendes Volk, „Pfuscher“, die unzünftigen Handwerker vor den Toren werden allmählich eine Masse, mit der gerechnet werden muß. Söldner und allerlei Banden brandschatzen Bürger und Bauern, nicht einmal freund ihren eigenen Herren, weltlichen oder adligen Großen. Neue Mächte kommen empor.

Dynastien, Beamten-Organisationen, Truppenverbände, Zentralstellen, deren Machtstützen schwer bestimmbar sind, beginnen wirksam zu werden. Zunftfremdes Händlertum gewinnt an Einfluß. An Stelle der wenigen Juden, die man früher von Zeit zu Zeit verfolgt hatte, nachdem sie zuvor die Aufgabe erfüllen mußten, die sündigen Werke des Geldverkehrs für die fromme Christenheit zu verrichten, traten nun immer mehr gutgläubige Christen. Mancherlei Orden übernahmen Handelsgeschäfte und die ständischen Aufgaben verschwammen ins Wesenlose. Nicht organisiertes Bürgertum, nicht organisiertes Bauerntum, nicht organisierter Adel, nicht organisierte Geistlichkeit waren die Träger der neuen Ordnung, sondern jenes schwer bestimmbare Etwas, das sich

als Staat von Ständen, Hausmacht und allen überlieferten Gewalten absonderte. Innerhalb des Staates aber bildete sich eine neue Gruppe von Menschen, die entweder ständefrei war oder innerhalb der Stände ohne deren Schranken wirkte, es entstand die bürgerliche Gesellschaft, die Gesellschaft, die kaufte, um zu verkaufen, die Waren, Rechtshilfe, Macht dem Meistbietenden zur Verfügung stellte, die beliebige Ziele im allgemeinen nur auf dem Umweg über Kauf und Verkauf erreichte, die Verträge über Verträge häufte, öffentlichen Bindungen sich abhold zeigend, obgleich nur durch die Macht öffentlicher Gewalt die Macht der Stände überwunden worden war. Lange blieb die ständische Ueberlieferung lebendig, noch zu Beginn der französischen Revolution standen Adel, Geistlichkeit und der dritte Stand der Dynastie mit ihrem Richter- und Beamtenapparat gegenüber — ein letzter Schein. Es war die Auflehnung der schon vorbereiteten bürgerlichen Gesellschaft gegen die dynastische Staatsorganisation und die Ständeherrschaft. Der Sieg des Bürgertums bringt längst angebahnte Gegensätze voll zum Ausdruck. Der Handwerker, der Unternehmer, der Bankier, der Advokat, der Beamte, der Lehrer, der Bauer, sie alle fühlen sich zusammen als die Nation, sie zahlen Steuern und haben daher das Recht, Kultur und Sittlichkeit zu bestimmen. Lehrling und Gesellen, Arbeiter und Besitzlose gehören nicht zur Nation, sind keine politische Macht. Die bürgerliche Gesellschaft, Bauern, Bürger, Handwerker, Unternehmer, Bankiers, Beamte, geführt von städtischer Intelligenz, kämpft in den einzelnen Ländern jahrzehntelang gegen Adel und Dynastie, gegen Vorrechte des Großgrundbesitzes und der hohen Polizei. Die breiten unorganisierten Massen kämpfen dabei mit, erst langsam ahnend, daß ein noch schärferer Kampf gegen ihre jetzigen Verbündeten ihnen einst bevorstehe.

In der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts beginnen die Massen der Arbeiterschaft, sich zu finden, Rechte zu fordern und zu erlangen. In dem Augenblick wechselt das Bild, die alten Feinde finden sich. Der Adel, unfähig, seine Position zu behaupten, wird zähneknirschend der Knecht großbürgerlicher Interessen, verwaltet und diplomatisiert, wo er kann, seine eigenen Wege gehend. Adlige Generale kommandieren Truppen gegen die Arbeiterschaft, um Fabriken und Wohnungen der Pfeffersäcke zu schützen, mit denen man sich notgedrungen verschwägert. Es bildet sich die bürgerliche Front. Städtische Freiheitshelden sind längst Vertreter des Handels- und Börseninteresses geworden. Und wer im Jahre 1848 auf die Barrikaden stieg, um die Freiheit einer Nation zu erkämpfen, begrüßt wohl gar den Sieg von 1871 als Erfüllung jener Ideale! Der Offizierstand, durch Kautionen mit wohlhabenden Schichten menschlich verknüpft, vertritt schon infolge seelischer Einflüsse deren Interessen, selbst dann, wenn er von persönlicher Habsucht gänzlich frei ist. Klasseninteressen treten nicht immer dort, wo sie mit Besitzverhältnissen verknüpft sind, als Besitzinteressen auf! Das Großunternehmertum, Handwerk und Bauerntum zer-

stampfend und unterjochend, hat keine andern Kampfgenossen als diese von ihm vernichteten Schichten, wenn die Arbeiter-Armee anrückt! Freiheitliches Bürgertum, isoliert, zersplittert und innerlich zerfahren, hat längst die Angst vor der Kirche aufgegeben; denn wo soll man Bundesgenossen gegen die Arbeiterschaft finden, wenn nicht beim kirchentreuen Bauerntum und den konservativen Gruppen der Städter! Adel, Geistlichkeit, was vom Bürger- und Bauerntum übrig ist und was emporsteigend aus ihm geworden, findet sich zusammen gegen die Massen des Proletariats. Es steht die bürgerliche Front gegen das Proletariat.

Aber so deutlich diese Front erkennbar ist, sie besitzt kein einheitliches Programm, ihre Mitglieder haben kein einheitliches Bewußtsein, keine einheitliche Weltanschauung. Was sie zusammenhält, ist der gemeinsame Kampf gegen die Arbeiterklasse und gegen die heraufkommende Ordnung des Sozialismus. Will man das Zusammenwirken dieser verschiedenen politischen Truppen verstehen, dann bedarf es einer Uebersicht über die Verknüpfungen und Verzahnungen, über die Unterscheidungen und Gegensätze, an denen die bürgerliche Front so überreich ist.

## II. Truppenschau.

Wir stehen in Oesterreich vor den Wahlen und können das Gesagte an der Wirklichkeit jederzeit nachprüfen. Jetzt, wo es ernst wird, zeigen die Vorverhandlungen und Vorbereitungen besonders klar, wer zusammengehört. Freilich muß man zuweilen genauer zusehen, weil nicht jede Koalition eine dauernde Gemeinschaft bedeutet. Manchmal muß man sich geradezu fragen, was geschehen würde, wenn irgendwelche entscheidende Ereignisse einträten, um zu erkennen, ob eine Gemeinschaft dann gefestigt oder gesprengt würde! An sich sind selbstverständlich alle Kombinationen möglich, und es könnte gleichzeitig ein Kampf gegen mehrere Fronten geführt werden. Im allgemeinen aber drängt die Wirklichkeit die Menschen dazu, zwei Fronten zu bilden. Hie Welf, hie Waibling! Hie Papst, hie evangelisch! Hie Nation, Glaube, Besitz und Ordnung! Hie Proletariat!

Im Bewußtsein der einzelnen Truppenteile der bürgerlichen Front spiegelt sich der ganze Kampfvorgang ungemein verschieden. Am meisten kommt der Auffassung des Proletariats die Auffassung seines Widerspiels des Großunternehmertums nahe. Die Unternehmer sagen kalt und klar: Wir wollen weder unsere Macht, noch unser Einkommen durch die Arbeiterklasse schmälern lassen, dafür kämpfen wir einen guten und gerechten Kampf. Nur ein Teil der Unternehmer verbrämt diesen schlichten Standpunkt aufrichtiger Menschen innerlich mit allerlei Betrachtungen über die Segnungen der kapitalistischen Kultur. Daß viele der kapitalistischen Herrenmenschen eine ihnen gefällige Presse allerlei von den Idealen schwatzen lassen, die durch das Ende der kapitalistischen Ausbeutung verschwinden würden, ist eine Aeußerlichkeit, die zu selbstverständlich ist, als daß man darüber viel Worte

verlieren sollte: Devisenkurse und Produktionsbeschränkung mit Seelertum und Kunstschmalz.

Aber solches Großunternehmertum gilt in den andern Truppenteilen als verworfen, pietät- und kulturlos. Vor den „Schiebern“ und „Kriegsgewinnern“, mit denen gar viele tauschen möchten, kommt manchen ihrer Kampfgenossen ein Grauen an! Und wenn auch unter den andern Gruppen es genug Menschen gibt, die ganz gut wissen, daß es um ihren Geldbeutel geht, so sind sie dennoch innerlich anders eingestellt. Auf drei Parteischattierungen verteilen sich die Menschen: deutsch-national, christlichsozial und judenliberal. Durch die Zugehörigkeit zur Christlichsozialen Partei bekundet der einzelne, daß er alteingesessenem Oesterreichertum zugehören will, daß er kein Zugereister, kein Preußen-seuchler ist und weiß, was das wahre Oesterreichertum dem Katholizismus verdankt. Ein Teil derer, die diese Partei wählen, glaubt an Gott und verehrt die Dynastie, doch sind diese beiden Einstellungen, nicht so unerläßlich, als vielfach angenommen wird. Hier finden sich: städtische Hausherren, Bauern, Großgrundbesitzer, Adlige, Handwerker, Kleinhändler, verkümmerte Rentner, Pensionisten, Exbeamte, die nicht mehr umlernen, alte Offiziere und ähnliche Gruppen. Dazu kommen christliche und jüdische Großunternehmer, die aus reiner Berechnung diese Partei wählen und ihre Wahlfonds stärken. Eigentum und Einkommen werden von den Christlichsozialen ernstlich geschützt, Judentum und Freigeisterei von ihnen nicht ernstlich verfolgt. Die Christlichsozialen, ehemals eine Partei des Kleinbürgertums, das sich gegen das emporkommende Großbürgertum wehrte, vereinigt heute alle Gruppen, die sich gegen die Arbeiterschaft wehren, soweit sie sich mit dem Schutz des Kirchenwesens in Schule und Leben innerlich oder äußerlich abfinden.

Aber aus dem alteingesessenen Oesterreichertum löste sich eine jüngere Welt ab, die sich immer wieder der neu ausgestorbenen Gegenreformation widersetzte. Menschen, die kirchenfrei herrschen wollen, finden sich unter der Fahne des Nationalismus zusammen, sei es in der großdeutschen Vereinigung, sei es in der Nationalsozialistischen Partei. So gewaltig, wie der Gedanke der katholischen Kirche, so umfassend wie ihre Organisation ist freilich der Nationalismus nicht. Er entbehrt auch einer geschlossenen Lehre, die der geistig so hochentwickelten Theologie an die Seite zu setzen wäre. Ein Programm: „an allem ist der Jud schuld“ läßt keine Vertiefung zu. Es ist eine sehr merkwürdige Tatsache, daß gerade die verstädterte Intelligenz, die in erster Reihe nationalistisch gerichtet ist, gegenwärtig die primitivste Anschauungsrichtung vertritt. Die nationale Studentenschaft, unter denen sich eine ganze Reihe feiner Köpfe befindet, die späterhin als Gelehrte und Verwaltungsbeamte an sich Vorzügliches leisten, begnügt sich mit einer Konstruktion des politischen und gesellschaftlichen Lebens, die weit hinter dem zurückbleibt, was ein durchschnittlicher Arbeiter vom Marxismus, was eine durchschnittliche Betschwester vom Katholizismus

in sich aufgenommen hat. Während der Katholizismus und der Marxismus Männer gefunden haben, die ihren ganzen geistigen Reichtum in den Dienst dieser beiden Weltanschauungen gestellt haben, können die Nationalen keinen aufweisen, der sich mit gleicher Hingabe der theoretischen Durchdringung des Nationalismus gewidmet hätte. Im Katholizismus finden wir tief angelegte Menschen, welche nach einer Weltanschauung dürsten und sich mit einer der Vergangenheit abfinden, im Marxismus finden wir tief angelegte Menschen, die, von Sehnsucht nach einer Weltanschauung erfüllt, sich der hingeben, die sie als Träger der Zukunft ansehen, im Nationalismus dagegen vereinigt sich das absterbende Bürgertum, welches, ehemals freie Bürger, von einem besonderen Drange nach Weltanschauung nicht viel weiß.

Schließlich gibt es noch die nicht große Schar städtischer Intellektueller, die eine Partei braucht, die ihren Ueberzeugungen sich noch mehr anpaßt, eine Partei, die programmatisch keine so große Hingabe an eine Sache verlangt, wie es die christlichsoziale oder die nationale tut. Denn wenn es für den Durchschnittsmenschen ein einfaches Ding ist, einen Christlichsozialen zu wählen, weil er die zufälligen Interessen des Wählers vertritt, seien es nun die eines Hausherrn oder eines Kunstverständigen, so gibt es doch auch verfeinerte Naturen, die sich zu so etwas nicht hergeben wollen, sondern, erfüllt von Sehnsucht nach Freiheit und Ueberzeugungstreue, einen Abgeordneten zu wählen wünschen, der nicht zu große Opfer an Ueberzeugung von ihnen verlangt.

Diesen Wunsch erfüllen allerlei kleinere Parteien, die im allgemeinen keine Abgeordneten durchbringen. Sie vertreten entweder bestimmte Nationen, wie z. B. die in Oesterreich immerhin noch recht zahlreichen Tschechen, oder die Juden oder gewisse Gruppen von Intellektuellen, Unternehmern und Kaufleuten. Sie pflegen viele Reden zu halten, sind auch in der Publizistik sehr tüchtig, da ihnen eine ganze Reihe der großen Blätter offenstehen, welche die Interessen der reichen Leute vertreten, aber sich vor allem an den „Mittelstand“ wenden, ohne einer bestimmten Partei anzugehören, wie etwa die „Neue Freie Presse“, das „Neue Wiener Tagblatt“, das „Neue Wiener Journal“, der „Tag“ — das Blatt des bekannten neuen Reichen Bosel — und ähnliche Tageszeitungen, während die „Reichspost“ für die christlichsoziale Partei reserviert ist, die „Deutschoesterreichische Tageszeitung“ für die Großdeutschen und Nationalsozialisten, die dort brüderlich den Raum der Parteianzeigen unter sich teilen. Die „Arbeiterzeitung“ ist das Hauptorgan der sozialdemokratischen Partei. Daneben gibt es in den größeren Städten Provinzblätter, die entweder christlichsozial, großdeutsch oder sozialdemokratisch sind.

Das ist die Truppenschau. Wer auf proletarisch-sozialistischer Seite kämpft, muß Werden und Wesen der bürgerlichen Front begreifen lernen, um ohne Haß und Liebe den harten, unentrinnbaren Kampf gegen sie durchkämpfen zu können, jenen Kampf, der einmal da ist, nicht etwa



hervorgerufen durch irgendeine Agitation, wie die Gegner immer behaupten. Im Gegenteil: der Klassenkampf ist bereits eine Milderung der vorhandenen Empörung, die sich in sinnlosen Zerstörungen und Angriffen gegen Einzelpersonen, Einzelunternehmer, Einzeldirektoren Luft machen möchte und auch in ganz vereinzelt Fällen Luft macht. Der Klassenkampf ist bereits die Ueberwindung dieser exzessiven Neigung. Er führt durch jahrzehntelange Erfahrungen die Arbeiterschaft dazu, nicht mehr den Unternehmer, sondern das Unternehmen als Feind zu begreifen, den lebenswürdigen Unternehmer nicht irgendwie wesentlich zu lieben, den widerwärtigen aber nicht allzusehr zu hassen, begreifend, daß beide letzten Endes sich innerhalb der freien Konkurrenz, innerhalb der Kartelle und Trusts so verhalten müssen, wie sie es mehr oder minder brutal tun. Wenn eine Krise kommt, muß der Unternehmer entlassen, das alles wird erst anders werden, bis die Arbeiterklasse entscheidet, was zu geschehen hat, nach welchem Plane Produktion und Verteilung erfolgen. Die Organisation der Arbeiterklasse in den Betrieben führen die Gewerkschaften durch, politisch wird sie in Oesterreich praktisch durch die sozialdemokratische Partei repräsentiert, da die kommunistische Partei von gar keiner Bedeutung ist. Umfaßt sie doch so wenige Mitglieder, daß sie nicht einmal einen Abgeordneten in den Nationalrat entsenden konnte. Während im Bürgertum der Gedanke an die Bedeutung der Führer gepflegt wird, was z. B. in nationalistischen Kreisen zu Attentaten auf Arbeiterführer Anlaß gibt, die „aufreizen“, ist die Arbeitermasse von persönlichen Angriffen weiter entfernt denn je. Eine einheitliche Masse, die gleiches Schicksal erduldet, bildet eine gewaltige Armee, die immer disziplinierter wird.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

---

Dr. MAX QUARCK:

## Rousseau-Studien.

Aus Paris kommt die Nachricht, daß der Professor der Universität Genf, Alexis François, in der „Sammlung der großen Schriftsteller Frankreichs“ eine kritische und wissenschaftliche Ausgabe der Korrespondenz und der Konfessionen Jean Jacques Rousseaus unter dem Protektorat der gleichnamigen Gesellschaft herausgeben wird. Diese gelehrte Veröffentlichung, die zu ihrer Fertigstellung mehrere Jahre brauchen wird, umfaßt 25 Bände, von denen 20 der Korrespondenz gewidmet sein werden, wie Emil Henriot im „Temps“ auseinandersetzt. Jährlich werden abwechselnd mit den Konfessionen von Januar 1924 ab zwei Bände erscheinen. Professor Alexis François wäre dankbar, wenn man ihm Briefe Rousseaus und andere Dokumente, die im Privatbesitz sind und noch der Herausgabe harren, zu diesem Zwecke mitteilen wollte.

Die Publikation der allgemeinen Korrespondenz Jean Jacques, die nach den Methoden der modernen Wissenschaft und mit dem ganzen geschichtlichen und kritischen Apparat erfolgt, den ein für die Geschichte der Ideen und der Sitten des 18. Jahrhunderts so notwendiger Text erfordert, ist seit langem erwünscht. Brunetière und andere Gelehrte haben berechtigte Klagen über die letzte Ausgabe verlauten lassen, die im Jahre 1854 veranstaltet wurde. Diese Ausgabe enthielt ungefähr 1100 schlecht datierte und nach mehr oder weniger Zufall aufgereichte Briefe. Seitdem haben sich die Dokumente vervielfacht und reiche Quellen sind erschlossen worden, aus denen neue, sehr interessante Korrespondenzen veröffentlicht worden sind, wie diejenigen Rousseaus mit Coindet. Die Wissenschaft ist heute vor ungefähr 2500 Briefe gestellt, die Rousseau geschrieben hat. Die größte Zahl dieser wertvollen Papiere befindet sich in der Verwahrung des Palais Bourbon (Korrespondenz mit den Luxembourgs), in der National-Bibliothek (mit Malherbes), in der Bibliothek der Sorbonne, den Bibliotheken von Genf und Neufchatel. Die letztere ist besonders reich an Manuskripten und besitzt zahlreiche Abschriften, besonders die Briefsammlungen, die Rousseau selbst angelegt hatte, als er die Redaktion der Konfessionen vornahm. Zu diesen Sammlungen kommen eine große Anzahl von einzelnen Briefen, die in den Bibliotheken der Provinzen und des Auslandes zerstreut sind. Auch darf eine neue Ausgabe in den „Großen Schriftstellern“ nicht allein das Porträt Rousseaus widerspiegeln, sondern muß ein Bild seines Jahrhunderts geben. Es muß also auch die 2500 Briefe beachten, die an den Philosophen durch seine Korrespondenten gerichtet worden sind (Sammlung der Bibliothek von Neufchatel).

Verglichen mit der kritischen Herausgabe dieser zahlreichen Briefe ist die Herstellung eines endgültigen Textes der „Bekenntnisse“ einfacher. Die Zweifelsfragen, die sich in dieser Beziehung erheben, sind schon vielfach studiert und endlich aufgeklärt worden durch die Untersuchungen von Albert Jansen (Berlin 1882) und Theophil Dufour (1908). Rousseau unternahm es 1764 auf den Rat seines Herausgebers Rey in Amsterdam sowie denjenigen von Duclo, die „Bekenntnisse“ zu schreiben. Ein erster Text, der die Ueberschrift „Mein Porträt“ tragen sollte, wurde beim 4. Buche abgebrochen aus Gründen, über welche die Meinungen auseinandergelien. Das ist der Text, den Dufour im Jahre 1908 veröffentlicht hat. Die erste Erwähnung der „Bekenntnisse“ kommt in einem Brief von 1765 vor. Die ersten sechs Bücher wurden in einem Zug 1766/67 geschrieben und in eine endgültige Form gebracht, erst in Wootten, dann in Trye während des englischen Exils. Der Verfasser war damals 54 Jahre alt. Nach zweijährigem Schweigen nahm Rousseau 1769 seine Arbeit auf jenem Gut auf Monquin in der Dauphiné auf, von dem kürzlich hier nach einer Arbeit von Gabriel Faure die Rede gewesen ist. Dieser zweite, sehr pathetische Teil der „Bekenntnisse“ endete mit dem 11. Buche. Rousseau begann seinen 3. Teil im Jahre 1770 in Paris. Er umfaßte das 12. Buch und hat keinen Nachfolger gefunden.

Bekanntlich hat Jean Jacques im Winter 1770/71 bei der Gräfin Egmont und anderen mehrfach aus den Büchern 7—11 in Gegenwart verschiedener Personen vorgelesen. Dorat hat uns den Bericht über eine dieser Sitzungen aufbewahrt. Sie dauerte nicht weniger als 17 Stunden und wurde bei der allgemeinen Bewegung, die sie hervorrief, nur durch eine leichte Erfrischung unterbrochen.

Der Eindruck, den das außerordentliche Memoiren-Werk hervorrief, war außerordentlich. Die alten Freunde Rousseaus rührten sich. Diderot macht eine blutige Anspielung in seinen „Erinnerungen“, in seinem Essay „über die Regierungszeit von Claudius und Nero“. Frau von Epinay richtete in ihrer Aufregung an den Polizeileutnant die Aufforderung, diese Vorlesungen zu verbieten und schrieb schließlich ihre niedlichen, aber sehr verdächtigen „Erinnerungen“ gegen die Bekenntnisse, um sich bei der Nachwelt einen guten Platz zu sichern. Der unglückliche Rousseau war überzeugt, daß seine Feinde sich seines Buchs bemächtigen würden, um es zu zerstören oder zu verstümmeln. Er übergab im Mai 1776 eine Abschrift davon seinem Freund Paul Moulou und beauftragte ihn feierlich, es nach seinem Tode zu veröffentlichen. Dieses Manuskript, nach welchem die ersten Ausgaben veranstaltet wurden, gehört heute der Bibliothek von Genf. Rousseau besaß noch ein anderes Manuskript, welches bei seinem Tode unter seinen Papieren gefunden wurde und das von Therese Lavasseur zusammen mit der Korrespondenz mit den Luxembourgs und zwei selbstgeschriebenen Exemplaren der „Neuen Heloise“ dem Konvent übergeben wurde. Dieses kostbare Exemplar der „Bekenntnisse“ wird in der Bibliothek des Palais Bourbon aufbewahrt, wo es Henriot dieser Tage besichtigt hat. Es besteht aus zwei kleinen Heften in 18 Seiten, hat einen geblümten Umschlag, umfaßt das eine 182, das andere 172 Seiten, ist auf der Vorder- und Rückseite mit chinesischer Tinte und einer geschnittenen Feder geschrieben, zeigt eine sehr kleine, aber lesbare Handschrift, die 50—65 Zeilen die Seite füllt und hat hier und da einige wenige Korrekturen gestrichener Wörter.

Zu entscheiden bleibt eine in den Augen der Bücherliebhaber höchst wichtige Frage: welche Ausgabe der Bekenntnisse muß man als die Originalausgabe ansprechen? Drei Jahre nach dem Tode Rousseaus entschlossen sich seine Freunde Moulou und du Peyrou, die ersten sechs Bücher in Genf in den „Vollständigen Werken Rousseaus“ für Rechnung seiner Witwe und seiner Freunde drucken zu lassen. Ein Vertrag vom 31. Januar 1781, den Professor François wieder gefunden hat, gestattete dem Buchhändler Panckoucke, das Werk gesondert zu drucken und zu verkaufen. Der Druck sollte ebenfalls in Genf stattfinden. Henriot hat mehrere Exemplare des ersten Teils der „Bekenntnisse“ gesehen, die noch die „Träumereien eines einsamen Spaziergängers“ enthalten und alle von Genf, 1782, datiert sind. Die einen sind als Ergänzungsbände zu den Gesammelten Werken gedruckt und umfassen in kleiner Schrift 391 von 432 Seiten. Die andern sind unter demselben Datum in

großer Schrift als zwei Bände in Oktav erschienen mit 471 und 279 Seiten, wozu 300 Seiten für die „Träumereien“ kommen. Henriot hält diese Ausgabe bis zum Beweis des Gegenteils für die Originalausgabe. Die sechs letzten Bücher, welche den kompromittierenden Teil der Veröffentlichungen darstellen, wurden ebenfalls in Genf, und zwar im Jahre 1789, in zwei neuen Ergänzungsbänden mit derselben Ausstattung wie die von 1782, herausgegeben, und zwar durch Peter Moulou, der eine vorzeitige Veröffentlichung nach dem Manuskript Therese Levasseurs durch den Marquis von Girardin fürchtete. Moulou beschränkte sich darauf, die Eigennamen durch Initialen zu ersetzen und den Text ein wenig abzuschwächen. Du Peyrou betrachtete diese Veröffentlichung als einen Verrat und gab dagegen in Neufchatel den unverstümmelten Text des Manuskripts Moulou heraus, und zwar nach einer Abschrift, die er früher genommen hatte. Die Aufregung war auf beiden Seiten sehr lebhaft. Aber das Publikum hatte die authentischen Schriftstücke, die Jean Jacques veröffentlicht hatte, in den Händen. Und das war es, was Rousseau gewollt hatte.

---

## UMSCHAU.

Der „ehrliebende Soldat“. Der Militarismus hat mancherlei Kunstausdrücke, mit denen er sich gegebenenfalls harmlos drapiert. Will man eine reaktionäre Sache unterstützen, ohne sich öffentlich zu kompromittieren, so frisiert man sie in eine „nationale“ um, will man vor dem Kronprinzen X. die Knie durchdrücken, so gilt die Ehrenbezeugung natürlich dem daneben in Zivil schlotternden Kanzleihilfen im Reichswehrministerium Gottlieb Schulze usw. usw. Eine besondere Marke ist auch der „ehrliebende Soldat“. Er ist das Maskenwort für jeden Widerwillen gegen Sozialismus, Republik, Demokratische Gesinnung überhaupt. Das Sächsische Reichswehrkommando hat bekanntlich dem Reichswehrministerium erklärt, daß ein „ehrliebender Soldat“ mit dem Ministerium Zeigner nicht mehr verkehren könne und Herr Geßler hat diesen Standpunkt gebilligt. Aber wir haben noch mehr ehrliebende Soldaten dieser Marke. Die

Schlesische Reichswehr hat sich unlängst geweigert, mit dem zuständigen Referenten im Breslauer Oberpräsidium zu verkehren, weil dieser Pazifist und Jude sei. Und da die Schlesier genau so „ehrliebende“ Soldaten sind wie die Sachsen, so durfte ihnen ein solcher Verkehr naturgemäß nicht zugemutet werden und — der betreffende Referent wurde aus seiner Stelle entfernt. Böse Zungen allerdings behaupten, daß dieser Referent die Reichswehr weniger durch sein Judentum und seinen Pazifismus, als durch seinen Kampf gegen die Schlesischen Geheimorganisationen der bewaffneten Reaktion unangenehm aufgefallen sei. Herr Geßler dürfte jedenfalls einmal sich zu dieser Angelegenheit äußern, er dürfte auch einmal grundsätzlich zu der seltsamen „Ehrliche“ seiner Offiziere Stellung nehmen, die nichts weiter als unverhüllte Republikanerteindschaft ist.

---

# LEST DIE Jung- republikanische Warte

*Sie will das Organ aller jungen Republikaner sein und deren Ansichten in der Politik, Wirtschaft, Kultur und Ethik zur Geltung bringen*

*Sie will die republikanische Jugend Deutschlands ohne Unterschied der Partei, Konfession und Geschlecht zu einer festen Ideengemeinschaft vereinigen*

Abonnementsbestellungen bei jedem Postamt und beim Verlage, Berlin W 10, Bendlerstr. 12  
(Kurfürst 5869)

## DIE PRAXIS DER HANDELSPOLITIK

VON MAX SCHIPPEL

Eine gemeinfaßliche Einführung • Zweite, vermehrte Auflage  
**GRUNDPREIS 1,- M.**

*Aus den Presse-Urteilen:*

Der Verfasser gibt nicht nur *klare Definitionen* über Nationalbehandlung u. Meistbegünstigung, Freihandel und Schutzzoll, Tarifverträge und autonomen Doppeltarif sowie Meistbegünstigung u. Reziprozität, sondern *erläutert die Unterschiede an zahlreichen Beispielen* aus den verschiedensten Handelsverträgen. Weiterhin wird die Stellung der Kolonien in der Handelspolitik und eingehender die Frage der Zollkriege *erörtert*. Den Schluß bilden *Betrachtungen* über die Ursachen des Umschwungs zum Schutzzoll in der Nachkriegszeit und über die Möglichkeit, wie Deutschland *trotz Friedensvertrag* sich handelspolitisch betätigen kann.

*„Weltwirtschaftliches Archiv“ (Gustav Fischer, Jena)*

**VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT GMBH • BERLIN SW 68**



# DIE GLOCKE

26. Heft

24. September 1923

9. Jahrg.

---

Nachdruck sämtlicher Artikel ist nur mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

---

Dr. MAX QUARCK (Frankfurt a. M.):

## Das Ende des Ruhrabenteuers.

**D**AS letzte Angebot Stresemanns zur Beendigung des Ruhrabenteuers war ein Versuch, dem Ernste der Lage einigermaßen gerecht zu werden. Wir können die Ruhrunterstützung schlechterdings nicht mehr zahlen. Die Regierung will an einen Abbau dieser Ausgaben gehen. Die radikalste Beseitigung wäre das Aufhören der französischen Besetzung. Dieses ist nicht eher zu erreichen, als bis die passive Resistenz von Deutschland gänzlich aufgegeben ist. Aber auch dann will Poincaré noch das Ruhrrevier als Pfand in der Hand behalten. An Stelle der militärischen Besetzung soll ein allmähliches Hand-in-Hand-arbeiten von französischen und deutschen Behörden treten. Der französische Ministerpräsident will auf diese Weise seine Reparationen heraus schlagen. Je schneller gezahlt wird, desto rascher wird er aus dem Ruhrrevier verschwinden, so versichert er.

Trotz der Untragbarkeit der Ruhrausgaben wird dieser französische Plan von Stresemann für unannehmbar erklärt. Er will die Wiederherstellung der Souveränität des Reiches im Ruhrrevier. Die deutschen Reparationsverpflichtungen will er abdecken mit der Eintragung verzinslicher Hypotheken auf den privaten deutschen Grundbesitz und mit der Einbringung dieser Hypotheken in eine von den Alliierten mit zu verwaltende Treuhandgesellschaft. Das ist formell und materiell etwas ganz anderes, als die Franzosen wollen. In der Hauptsache tritt nach Stresemann an Stelle der Belastung des Ruhrreviers und seiner militärischen Besetzung die hypothekarische Belastung des ganzen Reiches. Das ist ein gewaltiges Wertobjekt. Aber als Ersatzleistung reizt es Poincaré nicht. Er will im Ruhrrevier bleiben nach Maßgabe der Reparationsleistungen. Die hypothekarische Belastung des deutschen Grundbesitzes kann vielleicht neben der Ruhrbesetzung hergehen. Eine Last, die die Ruhrbesetzung aufhebt, ist sie in den Augen der Franzosen nicht. Und so reden denn der deutsche Reichskanzler und der französische Ministerpräsident sonntäglich und wochentäglich aneinander vorbei. Inzwischen wachsen die Entwertung

des deutschen Geldes und die Ruhrausgaben jeden neuen Tag ins Ungeheuerliche . . .

Darf es da wundern, daß von gewissen Seiten ein Plan zur Lösung der Ruhrfrage erörtert wird, der an Verwogenheit und Rücksichtslosigkeit nichts zu wünschen übrig läßt? Er rechnet mit einer vorläufigen völligen Aufgabe des Ruhrreviers. Er sagt etwa: Gut — wenn die Franzosen sich an das Ruhrrevier halten, um aus ihm die deutschen Reparationen herauszuwirtschaften, so mögen sie es tun. Wir überlassen es ihnen und werden dadurch jeder Reparationsverpflichtung ledig. Die große wirtschaftliche Aufgabe für die Franzosen wäre dann, die lothringische Erzindustrie in engste organisatorische Verbindung mit der Kohlenindustrie des Ruhrreviers zu bringen. Diese organisatorische Riesenaufgabe werden die Franzosen nicht oder höchstens nur unvollkommen leisten können. Es fehlt ihnen einfach das dazu notwendige geschäftliche Geschick und die Arbeitsausdauer. Die Franzosen sind keine Büffler und Bohrer, wie die Deutschen. Sie werden leicht ermatten und das begonnene Werk unvollendet liegen lassen. Inzwischen häufen sich bei ihnen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die deutschen Reparationen bleiben völlig aus. Die Gläubiger Frankreichs drängen auf Zahlung. Die industrielle Konkurrenz Englands und Amerikas macht sich immer wuchtiger geltend, wenn die Erz- und Kohlenfrage nicht gelöst wird. Spanien, Italien, die Türkei und Rußland, von England und Südamerika gar nicht zu reden, knüpfen Geschäftsbeziehungen mit dem verstümmelten Deutschland an, das durch den Wegfall der Reparationslasten und der Ruhrausgaben stark erleichtert ist. Daß die Bewohner des Ruhrreviers und des Rheinlandes allen französischen Lockungen widerstehen, Franzosen zu werden, dafür sorgen die französischen Treibereien und Quälereien im besetzten Gebiet. Selbst wenn ein Rheinstaat unter französischem Protektorat zustande käme, würden seine Einwohner den Zusammenhang mit Deutschland nicht verlieren. Das Uebrige werde in 15 bis 20 Jahren ein frisch-fröhlicher Revanchekrieg besorgen, den Deutschland gegen Frankreich ohne allen Zweifel gewinne. Dann werde die überlegene deutsche Kohlenindustrie die Verbindung mit den lothringischen Erzen dauernd herstellen . . .

So antwortet der französischen Hartnäckigkeit und Unnachgiebigkeit die entsprechende deutsche Seite, die mit denselben Fehlern behaftet ist. Die rechthaberische und eigensinnige französische Machtpolitik weckt die gleichen falschen Töne auf der Gegenseite. Denn es ist wahrhaftig nicht schwer, nachzuweisen, welche Gedankenlosigkeit und Unüberlegtheit hinter solchen Plänen steckt. Anscheinend sind sie ja die richtige Antwort auf die französische Starrköpfigkeit. Man nimmt die französische Kriegsansage wörtlich an, übertreibt sie noch im einzelnen und führt die Fran-



zosen mit ihr ad absurdum. Wenn dieses Verfahren nur nicht so unehrlich und hinterhältig, vor allem aber unendlich unklug wäre! Schon sein Ausgangspunkt ist total falsch. Es wird angenommen, daß wir durch Ueberlassung der Ruhr an die Franzosen aller Reparationsansprüche los und ledig und vollständig frei von den Klauseln des Versailler Vertrags würden. Das ist ein furchtbarer Irrtum! Der Versailler Vertrag besteht neben der Ruhrbesetzung fort und seine Geltung wird auch vom offiziellen England vertreten. Nach Artikel 248 desselben haben alle Einnahmen des Deutschen Reichs vorzugsweise zur Abdeckung der Reparationsverpflichtungen verwendet zu werden. Zur Kontrolle dieser Vorschrift hat Frankreich die weitgehendsten Aufsichtsrechte über die deutsche Finanzgebarung. Es hat bekanntlich auch sonst noch zahlreiche Kontrollrechte in Deutschland auf Grund des Versailler Vertrags. Es würde heißen, Deutschland von neuem in unendliche Schwierigkeiten und Verwicklungen über das Ruhrabenteuer hinaus zu stürzen; wenn man sich im Ernst auf diesen Weg begeben würde. Frankreich hat die tatsächliche Macht, uns völlig staatlich und wirtschaftlich zu ruinieren, wenn wir ihm selbst den Anlaß dazu liefern. Und keine Macht der Erde wird sich wirksam für uns einsetzen. Das haben wir doch zur Genüge erprobt. Und es bedeutet keine Stärke, sondern gemachte Gewalt, wenn man vor der Entwicklung, die kommen wird, gewollt die Augen verschließt. Ebenso ist es unendlich töricht und kindlich, zu glauben, daß Frankreich die wirtschaftliche Aufgabe nicht bewältigen könne, die hier vorliegt. Es mag längere Zeit dazu brauchen und größere Schwierigkeiten zu überwinden haben, um die deutschen Kohlenlager der Ruhr in dauernde Verbindung zu den lothringischen Erzlagern zu bringen. Wenn es aber von Deutschland vor die Wahl gestellt wird, an dieser Aufgabe zu scheitern und einen Revanchekrieg vorbereiten zu helfen, oder die Schwierigkeiten zu überwinden und die Aufgabe zu lösen, so wird ganz gewiß das letztere eintreten. Das französische Comité des Forges hat seine organisatorisch und technisch gebildeten Ingenieure so gut wie das rheinische Kohlen-syndikat. Man soll den politischen Gegner doch nicht für dümmer und unfähiger halten, als man selber ist. Getrauen sich die Deutschen jene Organisationsarbeit zu leisten, so werden es auch die Franzosen vollbringen, jeder nach ihrer nationalen Art und mit den Eigentümlichkeiten, die ihrer Arbeitsweise anhaften. Aber das Werk wird geschafft werden, und wir würden mit unserer Rechnung auf die französische Unfähigkeit einen schweren Fehler machen, wie so oft schon im Laufe des Krieges und des Ruhreinfalls. Wie es aber dann mit den Rheinländern und den Ruhrleuten bei einer einigermaßen günstigen Entwicklung der Verhältnisse des deutschen Kohlengebiets und des französischen Erzgebiets stünde, das vermag heute noch niemand zu sagen. Das deutsche Staatsgefühl und die

Anhänglichkeit an deutsche Sitte und Kultur würden wohl bei jenen Stämmen niemals erlöschen, solange noch der Rhein um seine rebenbegrenzten Ufer rauscht und solange das westfälische Landvolk seine Zähigkeit und Ausdauer in den großen Industrien des Ruhrreviers beweist. Aber das wirtschaftliche Gedeihen geht allem voran! Wenn es für die beiden Gebiete durch die Franzosen erzielt wird, warum sollte sich nicht auch eine demokratische Verwaltungs- und Staatsform finden, die den Heimatsbedürfnissen der Annektierten entgegenkommt und ihre Gefühle schont? Die Franzosen sind Meister in der politischen Regie und könnten leicht, durch die Erfahrung gewitzigt, dieses Stück Attraktionspolitik möglich machen. Dann hätten wir in Altdeutschland auf lange Zeit das Nachsehen. Jedenfalls soll man den Teufel nicht an die Wand malen, wenn es nicht nötig ist. Vollends den Teufel eines Krieges in 15 Jahren, den wir als der schwächere Teil mit Sicherheit verlieren . . .

Und es ist weder nützlich noch nötig, das Ruhrrevier solchen Gewaltkuren zu unterwerfen. Reichskanzler Stresemann ist durchaus auf dem richtigen Wege, wenn er eine Einigung und Verständigung mit den Franzosen zu erzielen sucht. Nur sollte er es aufgeben, dieses Einverständnis dadurch zu erzielen, daß er an Poincaré vorüberredet. Jeder Tag der Verzögerung kommt uns Billionen zu stehen, und diese entsetzliche Belastung kann Deutschland einfach nicht mehr aushalten. Bei dem advokatorischen Starrsinn Poincarés kommen wir nicht weiter, wenn wir die Frage auf ein anderes Gebiet hinüber zu spielen suchen, zum Beispiel auf das Anerbieten ernsthafter Reparationsleistungen bei völliger Freigabe des Ruhrgebietes. Darauf läßt sich der Franzose, so wie die Dinge einmal nach achtmonatlichem Ruhrkampf verfahren sind, nicht ein. Er behauptet das Ruhrrevier und verlangt bedingungslose Aufgabe der passiven Resistenz. Dann erst wird die Frage der Reparationszahlung aktuell. Wir müssen diese Reihenfolge einhalten und uns unterwerfen, um zur Hauptsache, der Reparationsfrage, zu gelangen. Es fehlt uns jedes wirksame Machtmittel, mit dem wir dem französischen Gebot begegnen könnten.

Diese Feststellung ist notwendig; sie genügt aber auch. Jede weitere Erörterung kostet uns nur unendlich wertvolle Stunden und Tage und schneidet in das eigene Fleisch! Deutschland muß also durch, auf dem vom übermächtigen Frankreich völkerrechtswidrig bezeichneten Wege. Wir sollen das Unerhörte dieses Ansinnens um so stärker hervorheben, je rascher wir entschlossen sind, bis zum Ziel durchzustößen: bis zur Reparationszahlung. Sind wir bei dieser angelangt, so entscheiden die Taten. Hätten wir die ungeheuren Mittel, die wir für die Ruhrhilfe verwendet haben, auf Reparationskonto gezahlt, so wären wir ein gutes Stück weiter. Wenn wir die Gelder für Ruhrhilfe leisten konnten, warum nicht

für Zahlungen auf Reparationskonto? Nur durch eine straffe und allgemeine Organisation unseres Zahlungsdienstes, ungefähr so, wie ihn Stresemann für den Grundbesitz als Ersatz für die Ruhrbesetzung vorgeschlagen hat, erreichen wir jenen Eindruck bei dem französischen Volk, das einen ernsthaften Anfang von Barzahlungen sehen will. Damit allein wird die Voraussetzung für einen Umschwung in Frankreich gegeben. Es wird hohe Zeit, daß diese Voraussetzung eintritt, denn von den französischen Kammerwahlen trennt uns nur noch ein halbes Jahr. Jetzt kann die Tatsache der Verständigung oder etwaiger neuer Schwierigkeiten, die Poincaré macht, noch auf das französische Volk wirken. Es wäre schlimm, wenn Deutschland wieder nur im allerletzten Augenblick vor der Entscheidung nach unsäglichen weiteren Opfern nachgäbe. Dann würde seine Nachgiebigkeit ihm nicht als freier politischer Entschluß zugute gerechnet, sondern als verspätet und von der Not erpreßt ihm angeschrieben werden. Das ist schon das Schicksal so vieler schwerer Entschlüsse gewesen, die das deutsche Volk hat fassen müssen! Möge diesmal der politisch richtige Augenblick nicht verpaßt werden.

\*

**Nachwort der Redaktion:** Wir bringen diesen Artikel als Meinungsäußerung unseres geschätzten Mitarbeiters, ohne uns mit ihm völlig zu identifizieren. Der Plan einer vorläufigen völligen Aufgabe des Ruhrgebiets mit militaristischen Hintergedanken, wie er hier dargestellt wird, verdient natürlich schärfste Bekämpfung. Wir können uns diesen Plan jedoch auch ohne solche Hintergedanken vorstellen, von ganz anderen Motiven diktiert und mit ganz anderen Zukunftsaussichten. Nämlich als ein Mittel, um einmal der Okkupationsmacht Frankreich die Sorge um die Erhaltung der Ruhrbevölkerung zuzuschieben, die Herrn Poincaré bisher durch die deutschen — vielleicht sehr töricht — Billionenzuschüsse abgenommen wurde, und um zweitens auf diesem Wege Herrn Poincarés Theorie des „produktiven Pfandes“ auch in den Augen der Franzosen ad absurdum zu führen. Gerade je ungestörter man Herrn Poincaré im Ruhrgebiet schalten und walten ließe, desto krasser würde die wirtschaftliche Unmöglichkeit hervortreten, die bisherigen wirtschaftlichen Beziehungen des Ruhrgebiets durch Gewaltpolitik wesentlich zu ändern. Es würde sich ebenso die wirtschaftliche Unmöglichkeit zeigen, Deutschland dauernd die Ruhrkohlen abzuschneiden, wie Frankreich dauernde Tribute aus dem Ruhrgebiet zufließen zu lassen, ohne daß Herr Poincaré die Schuld hieran irgendeinem deutschen Widerstreben zuschieben könnte. Die wirtschaftlichen Grundgesetze würden sich auch gegen Herrn Poincarés Bajonette durchsetzen. Eine eingehende Begründung dieses Standpunktes behalten wir uns vor.

Redaktion der „Glocke“.

ERICH KUTTNER:

## General Hoffmann als Kronzeuge der Republik.

Obwohl in Deutschland bereits eine ansehnliche Geschichtsliteratur über den Weltkrieg existiert, werden weite Kreise der Bevölkerung noch immer von der Geschichtslegende beherrscht. Fragt man einen Durchschnittsreaktionär nach den Ursachen des Zusammenbruchs, so erhält man unweigerlich die Antwort, daß alles Militärische vorzüglich gewesen sei, daß aber die Schlappeheit der Zivildiplomatie und der Heimatfront, natürlich auch der berühmte „Dolchstoß von hinten“ alles verdorben hätten. Wirklich eingehende Geschichtsforschungen, wie „Die Tragödie Deutschlands“ (von einem Deutschen) und die Werke Karl Friedrich Nowaks („Der Sturz der Mittelmächte“ und „Chaos“), werden in den rechtsstehenden Kreisen einfach ignoriert oder in ihren Feststellungen ohne sachliche Gegengründe bestritten.

Die Hartnäckigkeit ist natürlich von einem Zweckgedanken diktiert. Der Bevölkerung soll der — vier Jahre lang von der Militärzensur widerstandslos eingepfachte — Wahn erhalten bleiben, daß die führenden deutschen Militärs im Weltkrieg Götter und Halbgötter gewesen seien, daß auf ihr Konto alle Erfolge kämen, alle Mißerfolge dagegen auf das Konto ihrer politischen Widersacher. Daraus ergibt sich wiederum der Glaube an eine bessere Zukunft, wenn nur erst wieder jene Militärkaste am Ruder wäre. Kurz gesagt: die Kriegslegende ist eins der wichtigsten Agitationsmittel für die Einführung einer Militärdiktatur und die Rückkehr der Reaktion.

Deshalb ist die Zerstörung dieser Legende im wahrsten Sinne des Wortes Kampf für die Republik. Und merkwürdigerweise sind es die Generale des Weltkriegs selber, die — wenn auch wider Willen — ein beträchtliches Stück dieser Arbeit leisten. Schon die bisher erschienenen Rechtfertigungsschriften der Ludendorff, Falkenhayn, v. Tirpitz usw. bilden ein Netz von Anklagen und Beschuldigungen der leitenden Militärs untereinander wegen schwerer Versäumnisse und Fehler. Gleichzeitig leuchten sie in eine seltsame Atmosphäre der Intrigen und Kabbalen, in der sich die leitenden Stäbe bewegten.

Einen besonderen Rang nimmt das soeben erschienene Erinnerungswerk des Generals Max Hoffmann ein, der von vielen als der eigentliche Sieger von Tannenberg und die Seele der Feldzugsoperationen im Osten bezeichnet wird, der großen Öffentlichkeit freilich erst durch seine Rolle beim Friedensschluß von Brest-Litowsk bekannt wurde. Schon der Titel des Buches, „Der Krieg der versäumten Gelegenheiten“, das im Verlag für Kulturpolitik (München) erschienen ist, kennzeichnet den Charakter des Werkes als einer Anklageschrift. Nach General Hoffmann hat für Deutschland mindestens fünfmal während des

Weltkriegs die Gelegenheit bestanden, den Krieg siegreich oder mindestens mit einem Remis zu beendigen, diese Gelegenheiten sind aber durch schwere Versäumnisse der aufeinanderfolgenden drei Obersten Heeresleitungen (Moltke, Falkenhayn, Ludendorff) verpaßt worden.

Die erste Gelegenheit war der Vormarsch im Westen, der durch die Marneschlacht zum Stehen kam. Die schwere Niederlage an der Marne führt Hoffmann auf ein Versagen der Obersten Heeresleitung Moltke zurück, die den Schlieffenschen Plan nur unvollständig durchführte und im entscheidenden Moment die Nerven verlor. Bei dieser Gelegenheit zerstört General Hoffmann gründlichst die alldeutsche Geschichtslegende, daß es der Obersten Heeresleitung an den nötigen Truppen gefehlt habe, weil der Reichstag im Frieden nicht genug Mannschaften bewilligt habe. Denn gerade im entscheidenden Augenblick wurden zwei Armeekorps aus dem nördlichen Umgehungsflügel der Westfront herausgezogen und nach dem Osten geschickt, wo sie für die Entscheidung bei Tannenberg viel zu spät eintrafen. Dies geschah, obwohl die Heeresleitung im Osten auf diesen Kräftezuwachs durchaus verzichtet hatte. General Hoffmann benennt sich auf Seite 41 seines Buches selber als Ohrenzeugen dieses Vorgangs. Er schreibt dort:

An einem der letzten Kampftage von Tannenberg rief mich General Ludendorff ans Telephon; er war von Oberst Tappen, dem Chef vom Stabe der Operationsabteilung im Großen Hauptquartier, verlangt worden. Ludendorff sagte zu mir:

„Nehmen Sie den zweiten Hörer, damit Sie hören können, was Oberst Tappen will, und was ich ihm antworte.“

- Oberst Tappen teilte mit, daß drei Armeekorps und eine Kavalleriedivision aus dem Westheere bestimmt seien, die 8. (östliche) Armee zu verstärken, und fragte an, wohin die Transporte geleitet werden sollten. General Ludendorff machte die erforderlichen Angaben, erklärte jedoch ausdrücklich, daß wir die Verstärkung nicht unbedingt nötig hätten; wenn der Westen irgendwelche Schwierigkeiten bei der Abgabe habe, möchten die Korps dort bleiben. Oberst Tappen erklärte, daß die Truppen im Westen entbehrlich seien.

Am nächsten Tage wiederholte sich der Vorgang, nur daß Tappen diesmal zwei Armeekorps anbot. Obgleich deren Entbehrlichkeit für die Entscheidung im Osten wiederum betont wurde, gingen sie dennoch ab, so daß im Augenblick der Entscheidung im Osten und Westen tatsächlich zwei Armeekorps nutzlos auf der Eisenbahn fußen. Dadurch — nicht aus Mangel an Truppen — ging die Marneschlacht verloren.

General Hoffmann führt aus, daß sich im Herbst des Jahres 1914 nochmals Gelegenheit geboten hätte, den Durchbruch im Westen zu erzwingen, wenn nach dem Plan des Generals Gröner eine Verstärkung des Ypernflügels um etwa 6 Armeekorps stattgefunden hätte. Weitere schwere Versäumnisse sieht der General darin, daß im Jahre 1915 die günstige Gelegenheit nicht ausgenutzt wurde, schon damals die russische

Armee völlig zu zerschmettern, daß im Jahre 1916 statt eines entscheidenden Schlages gegen Italien die nutzlose Verdun-Offensive unternommen wurde, usw.

Doch schwerer als die militärischen Versäumnisse, über die die militärischen Fachleute untereinander diskutieren mögen, wiegen die politischen. General Hoffmann gehört zu den wenigen Militärs, die einsehen, daß nach Verpassung der militärischen Siegesmöglichkeiten die diplomatische Verständigung unbedingt angestrebt werden mußte. Er war von Anfang an für den klaren Verzicht auf Belgien, worin die Wurzel seiner späteren Konflikte mit Ludendorff liegt. Gegen Ludendorff richtet sich denn auch der Kern seiner Anklage, ebenso gegen die Alldeutschen. So mußte sich General Hoffmann von dem konservativen Abgeordneten Dr. Roesicke (Führer des Bundes der Landwirte) bei einem Besuch in Kowno „mangelnde Vaterlandsliebe“ vorwerfen lassen, weil er gegen den uneingeschränkten U-Boot-Krieg war. Dabei war General Hoffmann nicht einmal prinzipieller Gegner dieser Kriegsmethode, sondern er verwarf sie nur, weil Deutschland infolge der Versäumnisse des Großadmirals v. Tirpitz bei Proklamierung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges fast gar keine Unterseeboote besaß.

Im Jahre 1917 mußte man sich nach General Hoffmann darüber klar sein, daß der Krieg nach menschlichem Ermessen für Deutschland nicht mehr zu gewinnen war und deshalb den Verständigungsfrieden anstreben. General Hoffmann schreibt:

„Ich glaube, daß ein solcher Frieden im Jahre 1917 erreichbar gewesen wäre, falls wir klipp und klar auf Belgien verzichteten.“

Diesen Verzicht forderte bekanntlich die von den Sozialdemokraten und Erzberger geführte Friedenspartei, während Hindenburg und Ludendorff ihn in dokumentarisch feststehenden Eingaben an den Kaiser hintertrieben, zusammen mit den Alldeutschen, die zur Bekämpfung des Verständigungsfriedens die „Vaterlandspartei“ gründeten.

Noch einmal eröffnete sich eine unvermutete Chance für Deutschland durch die russische Revolution. Auch sie wurde verpaßt, woran General Hoffmann selber freilich schuldiger ist als er zugibt, da er, wie fast alle Militärs, die welthistorische Bedeutung dieser Revolution nicht begriff, sondern sie nur vom Standpunkt der militärischen Entlastung aus betrachtete. Er huldigte allerdings der an sich vernünftigen Idee, im Osten zu einer wirklichen Verständigung, zum Frieden und Bündnis mit Rußland zu gelangen, wollte dieses Ziel aber bezeichnenderweise durch Wiedereinführung der Monarchie in Rußland auf preußischen Bajonetten erreichen. Warnt diese Absicht auch davor, die politischen Fähigkeiten dieses Generäls allzu hoch einzuschätzen so zeigt, sie doch, daß dieser Ankläger Ludendorffs von dessen Anhängern nicht etwa damit abgetan werden kann, daß er innerlich auf Seiten der Demokratie und des Volkes stände. Dafür spricht auch, daß General Hoffmann

sich mehrfach bedenkenlos für die rücksichtslosen Methoden der Kriegführung ausspricht, daß er die Verwendung von Giftgasen, die Zerstörung Nordfrankreichs, den Import der Bolschewiken nach Rußland, die bekanntlich auf Ludendorffs Geheiß Deutschland in plombierten Eisenbahnwagen durchquerten, prinzipiell gutheißt.

Um so schwerer muß daher gerade in den Augen der Militaristen seine Anklage gegen Ludendorff wiegen, daß Ludendorff nach dem Scheitern der Frühjahrsoffensive von 1918 gegen Amiens den rechtzeitigen Friedensschluß, die letzte Rettungsmöglichkeit Deutschlands, nun auch noch verabsäumt hat. General Hoffmann schreibt:

„Der große Durchbruch gelang nicht; statt nun zu erkennen, daß damit die letzte Siegeschance verwirkt sei, statt sich von dem Moment ab auf reine Defensive zu beschränken und die Reichsleitung darauf aufmerksam zu machen, daß es höchste Zeit sei, auf politischem Wege einen Verhandlungsfrieden zu suchen, setzte er (Ludendorff) die Offensive fort, bis die letzte Kraft des Heeres erschöpft war. Ludendorff kam so zu der Forderung des Waffenstillstandsangebots innerhalb 24 Stunden — das Deutschland waffenlos dem kalten Haß Englands, der fanatischen Rachsucht der Franzosen und einem geisteskranken Wilson auslieferte.“

Mit dieser Anklage schließt das Buch. General Hoffmann ist im Kern seines Wesens ein altpreußischer General, er ist weder Demokrat noch Republikaner, geschweige denn Sozialist oder Pazifist — das zeigt zur Genüge auch die Formulierung des letzten Satzes. Aber indem er die Militärlegende zerstört, indem er nachweist, daß die Mächte des alten Systems, nicht die der jungen Republik den Krieg verloren haben, leistet er dieser wider Willen einen unschätzbaren Dienst.

ALBIN MICHEL:

## Spanischer Militärputsch.

Zweimal schien es in den letzten Jahrzehnten, als ob sich Spanien zu einem modern verwalteten, wirtschaftlich vorwärtskommenden Staat umwandeln solle, das eine Mal nach Beendigung des spanisch-amerikanischen Krieges, das andere Mal während des Weltkrieges. Aber wie in den vorhergegangenen Zeiten sank Spanien auf einen Zustand zurück, den man als ein Hin- und Herschwanken zwischen Revolution und Militärdiktatur bezeichnen kann. Dazu ist für das staatliche Gefüge ein neuer Gefahrenpunkt gekommen, der des Regionalismus, der Separationsbestrebungen einzelner Provinzen. Namentlich in Katalonien, aber auch in den Provinzen Navarra, Biscaya und Valencia ist der Regionalismus ziemlich stark. Gewissermaßen einen Staat im Staate und ein Element der Zersetzung bilden auch die Offiziersjunten, denen übrigens in größerer

Zahl auch Unteroffiziere angehören. Zwar sind in den letzten Jahren Parlament und König mehrmals gegen diese Militärverbände aufgetreten, aber ihr Einfluß, der niemals gering war, konnte nicht gebrochen werden. Jedenfalls behielten die Juntos immer genug Kraft und Aktivität, um mit Hilfe der Truppen bei passender Gelegenheit einen Aufstand zu inszenieren. Dabei muß freilich bemerkt werden, daß die Minister in Spanien sich immer bewußt blieben, welche Gefahren dem Staate von den Offizierkorps drohen, wogegen es Länder geben soll, in denen die Minister vor dieser Gefahr die Augen verschließen oder sie wohl gar nicht erkennen.

Aus dem europäischen Kriege zog Spanien sehr große wirtschaftliche Vorteile. Nach englischen Schätzungen wurden seinerzeit die unmittelbaren Kriegsgewinne Spaniens auf mehr als 8000 Millionen Goldpesos eingeschätzt. Die spanischen Schiffahrtsgesellschaften verteilten ganz unverhältnismäßig hohe Gewinne, die spanischen Banken schwammen, namentlich in der letzten Hälfte des Krieges, in Geld, die im Zuckerkonzern zusammengeschlossenen spanischen Zuckerfabriken schütteten Millionengewinne aus, Industrieunternehmen, in denen Eisenbahnmaterialien, Automobile, Waggonen, Flugzeuge, Waffen usw. hergestellt wurden, wuchsen rasch aus dem Boden und erweiterten ihre Betriebe, Werften wurden neu geschaffen und vergrößert, die Textilindustrie erlebte einen großen Aufschwung, der Anbau von Südfrüchten und der Handel mit diesen Landesprodukten warf nie gekannte Gewinne ab. Es gab kaum einen spanischen Industriezweig, der während des Krieges nicht an Ausdehnung gewonnen hätte. In den Banken stiegen die Depósitos von Woche zu Woche, und eine im Kriege aufgelegte Staatsanleihe wurde mehr als 35mal überzeichnet.

Hätte Spanien das in den Jahren 1914 bis 1918 eingeströmte Geld benutzt, um das Staatsbudget zu ordnen, das Verkehrswesen zu verbessern und seine weiten Oedlandflächen urbar zu machen, die in einer Ausdehnung von vielen Millionen Hektar unbenutzt daliegen, hätte es damit begonnen, die allgemeine Volksbildung zu heben und den Schlendrian in den Staats-, Provinzial- und Gemeindeverwaltungen zu beseitigen, so wäre auch der Anfang gemacht gewesen zu einer grundlegenden Verbesserung des gesamten Staatswesens und der sozialen und wirtschaftlichen Zustände. Aber die ungewohnten neuen Reichtümer waren wie gewonnen so zerronnen. Wie die Spanier einstmals den Silberreichtum der neuentdeckten Provinzen in Amerika für unerschöpflich hielten, so nahmen sie jetzt das, was eine Erscheinung des Krieges war, für etwas Bleibendes.

Zudem kamen die während des Krieges gemachten Nebengewinne nur einer verhältnismäßig kleinen Oberschicht zugute. Noch weniger als in andern Ländern hatten in Spanien die breiten Massen einen Vorteil aus den Kriegsgewinnen; was den Arbeitern, Pächtern und Kleinbauern wirklich an erhöhtem Verdienst zufließte, wurde ihnen reichlich wieder abgenommen durch Preissteigerungen aller Lebensmittel und Gebrauchs-



artikel. Nicht in einer Erhöhung des Lebensniveaus der großen Masse kam der Geldzufluß aus dem Auslande zum Ausdruck, sondern nur in einer Steigerung der Luxusbedürfnisse der oberen Schichten. So wurden große Summen wieder ins Ausland verschleudert.

An dieser Geldverschleuderung war auch der Staat beteiligt. Denn kaum, daß in den Staatskassen die größte Misere verschwunden war, regte sich auch in Spanien wieder der Großmachtkitzel, glaubte man an ein spanisches Risorgimento. Der Rückschlag trat nur zu bald ein. Bereits das erste Budget nach dem Kriege wies einen Fehlbetrag auf, wie er in solcher Höhe bis dahin noch nicht bekannt war, und als Ende 1920 die Banco de Barcelona zusammenbrach, zeigte sich, wie vieles von der industriellen Entwicklung Spaniens nur Schein war.

Die bisherigen Nachrichten aus Spanien lassen erkennen, daß die große Masse der Bevölkerung der Offiziersrebellion mit ziemlichem Gleichmut gegenübersteht. Diese Interesselosigkeit der Bevölkerung an politischen Vorgängen ist übrigens nichts Neues. Nach dem spanischen Wahlrecht gelten bei den Parlamentswahlen alle Kandidaten für gewählt, denen kein anderer Kandidat entgegengestellt ist. Bei den letzten Parlamentswahlen im April dieses Jahres wurden allein 146 Abgeordnete auf diese Weise „gewählt“. Die Arbeiterschaft schwankt zwischen Indifferentismus und Anarchismus hin und her. Noch immer hat die Geistlichkeit — eine nach dem Bildungsstand sehr tiefstehende Geistlichkeit — einen überragenden Einfluß auf die Volksmasse. Von dieser sind zwei Drittel Analphabeten und läßt sich im häuslichen und geschäftlichen Leben, bei der Landbestellung, bei aller sonstigen Arbeit, bei Ereignissen im öffentlichen Leben, bei der Erziehung usw. von einem rohen Aberglauben beherrschen. Die Arbeiterorganisationen haben schon öfter schwere Rückschläge erlitten. Ein vor mehreren Monaten ergangenes königliches Dekret über das Vereinswesen macht ihnen die weitere Ausbreitung und die innere Konsolidierung fast zur Unmöglichkeit.

Schwer lastet auf dem armen Lande das Marokko-Abenteuer. Bei der Teilung Marokkos hat auch Spanien ein Stück — allerdings nicht das beste — erhalten. Dort sucht Spanien Ersatz für die an Amerika verlorenen Kolonien. Aber die Kämpfe mit den Kabylenstämmen haben bisher nur große Menschen- und Geldverluste gebracht. Hat Frankreich sein Gebiet in Marokko so ziemlich unterworfen, so sind die Spanier in ihrem Gebiet noch nicht über die ersten Anfänge der Unterwerfung hinaus. Die gestürzte Regierung schien zu der Ansicht gekommen zu sein, das Marokko-Abenteuer durch ein Uebereinkommen mit den Kabylenstämmen zu beenden. Das ging gegen die Meinung der Offiziersjunten, und so kam es zum Militärputsch. Ob daran der König so unschuldig ist, wie es im Auslande hingestellt wird, ist immerhin fraglich; denn der spanische König hat bekanntlich mancherlei romantische Anwandlungen. Von Primo de Rivera, dem Anführer der Offiziersrebellion, weiß man, daß er ein großer Bewunderer Mussolinis

ist. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, daß dieser Putschistenführer den Fascismus in Spanien eingeführt hat. Ueberall sollen Somaten, Bürgerwehren, gegründet werden, um das Volk niederzuhalten.

Die Erholung Spaniens in den Jahren 1915 bis 1918 war nur eine Episode. Eine wirtschaftliche Höherführung auf die Dauer wäre nur möglich, wenn das Land von Grund auf reformiert werden könnte. Dazu wäre vor allem notwendig: eine tiefgreifende Verbesserung der Volksbildung, die Einschränkung der Staatsausgaben, die Abschwenkung von der Idee, Großmacht zu spielen und die Zurückdrängung des Einflusses der Geistlichkeit und des Militärs. Solange hierzu nicht Ansätze gemacht werden, wird Spanien immer bleiben, was es seit langem ist, ein Land, das zwischen Militärdiktatur und Anarchie hin- und herschwankt.

HERMAN KRANOLD (Hannover):

## Arische Grundrententheorie.

Ein gewisser Herr N ü s e , der der Stadt Göttingen zum Ruhm gereicht und sich einen „Volkswirt“ nennt, veröffentlicht in der „Niederdeutschen Zeitung“ (Hannover) eine Aufsatzserie: „Der Neuaufbau des deutschen Volksgebäudes. Der Weg zu Deutschlands Rettung“, die sich über zahllose Zeitungsspalten erstreckt und vermutlich nicht nur dieses Hakenkreuzlerblatt zielt, sondern auch von andern Holzpapiertribünen aus die reinen Germanen Deutschlands mit sogenannten ökonomischen Kenntnissen versorgt. Herr N ü s e hat u. a. die Verjudung der O e k o n o m i e wieder entdeckt. David Ricardo, der nachweislich jüdischer Abkunft war, stand nach N ü s e , als er die berühmte klassische Theorie der Grundrente schuf, „vermöge seiner Rassenanlage im Banne des selbstischen römischen Rechts“. Inwiefern das der Fall ist, darüber nachher. Jedenfalls ergibt sich gleich zu allem Anfang für Herrn N ü s e die peinliche Tatsache, daß Ricardo in dem Franzosen Q u e s n a y (dessen französischer Vorname François ebenso wie der des Amerikaners Carey von Meister N ü s e bei dieser Gelegenheit eingedeutscht wird) einen Vorläufer in S p e n c e r , C a r e y , dem Deutschen R o d b e r t u s und sogar in dem nicht minder deutschen Adolf W a g n e r (den Herr N ü s e durch das Beiwort „der Prächtige“ offenbar zu ehren glaubt) Nachfolger und Anhänger gehabt hat, daß also selbst reinstes Germanenblut gegen diese semitische Ansteckung sich als nicht giftfest erwiesen hat. Um so komischer ist es, daß gegen diese jüdisch verseuchten Germanen und Franzosen usw. von N ü s e , allerdings in total verballhornter Form, die Grundrententheorie des reinblütigen Juden Franz O p p e n h e i m e r als frohe Botschaft ewiger Wahrheit in der Wirtschaftswissenschaft verkündet wird.

Worin besteht nun aber die Verjudung der Wirtschaftswissenschaft durch Ricardos Lehre von der Grundrente? Nach N ü s e sieht die Ricardosche Lehre folgendermaßen aus: •

„Die landläufige Lehrmeinung sagt, die Grundrente werde bestimmt durch den Ueberschuß des Bodenertrags über den bei gleicher Anwendung von Mitteln vom geringsten anbauwürdigen Boden zu erzielenden Ertrag.“

Nehmen wir einmal diese (nicht ganz richtige) Wiedergabe der klassischen Grundrententheorie als richtig an, so fragen wir nun: erstens, warum diese Lehre falsch ist, und zweitens, wie im Gegensatz dazu die richtige Lehre lautet. Auf beide Fragen gibt Meister Nüse eine Antwort. Auf die erste äußert er sich folgendermaßen:

„Dieser Lehrsatz ist falsch, erstens weil der dreidehnige Begriff des Bodens nicht von dem zweidehnigen der Bodenfläche unterschieden, zweitens weil der Bedeutung der Bodenfläche als der gemeinsamen Daseinsgrundlage aller Glieder eines Gemeinwesens keine Rechnung getragen und weil drittens durchaus abwegig der Bodengüte die ausschlaggebende Rolle bei der Entstehung der Grundrente zugeschrieben, dagegen der entscheidende Kernpunkt, der durch die Allgemeinheit geschaffene Lagewert der Bodenfläche, ganz außer acht gelassen wird.“

Zunächst stelle ich fest, daß aus dieser Behandlung der Sache nicht ersichtlich ist, was die klassische Grundrentenlehre mit dem „selbstischen“ römischen Recht zu tun hat. Zu den einzelnen von Nüse erhobenen Anklagen ist zu sagen, daß der erste Punkt schlechthin unverständlich ist, denn es gibt keine Produktion, die nur die zweidimensionale Bodenfläche zur Grundlage hat, jede Benutzung des Bodens zu wirtschaftlichen Zwecken muß auch in die dritte Dimension (oder, mit Herrn Nüse zu reden, in die „dritte Dehnigkeit“) gehen, weil selbst das leichteste Gebäude und die winzigste Pflanze, ja selbst ein Nüsesches Kartenhaus nur von einem Boden getragen werden kann, der außer Breite und Länge auch Dicke besitzt. Inwiefern weiter die angeführte Formulierung der Bedeutung der Bodenfläche als der „gemeinsamen Daseinsgrundlage aller Glieder eines Gemeinwesens“ keine Rechnung trägt, ist ebenfalls nicht ersichtlich. Der naive Mitteleuropäer, der die klassische Bodentheorie aus einer richtigeren und vollständigeren Darstellung als aus Nüses einzigem dafür verfügbaren Satz kennt, weiß, daß Ricardo, seine Vorläufer und seine Anhänger die Tatsache der Differentialrente gerade daraus erklären, daß jeder wirtschaftlich benutzte Boden und der Ertrag seiner Benutzung im Ganzen des Wirtschaftsverkehrs der arbeitsteiligen Volks- und Weltwirtschaft steht; und soweit die neueren Anhänger der klassischen Schule die Existenz einer absoluten Grundrente anerkennen, leiten sie sie wiederum aus dem Verhältnis sämtlicher einzelner wirtschaftlich benutzter Bodenteile zum Ganzen der Volks- und Weltwirtschaft, also zu der „gemeinsamen Daseinsgrundlage aller Glieder“ des Volkes bzw. der Menschheit ab, indem sie dieses Verhältnis als das der relativen Seltenheit des verfügbaren Bodens gegenüber dem wirtschaftlichen Bodenbedarf dar-

stellen und zeigen, daß diesem Verhältnis deshalb die absolute Grundrente als Wirkung eines Klassenmonopolverhältnisses entspringt. Die Ricardosche Grundrententheorie ist also aufgelegt sozialer Natur, d. h. sie erklärt die Grundrente aus der Rolle des Bodens im Ganzen der produzierenden und konsumierenden menschlichen Gesellschaft. Genau das Gegenteil von Nüses Behauptung ist also wahr.

Nicht anders steht es schließlich mit dem dritten Vorwurf. Es ist einfach unwahr, daß die klassische Oekonomie nur die Bodengüte als Ursache der Differentialrente berücksichtigt; das gilt schon für Ricardo nicht, der vielmehr die Unterschiede in der Bodengüte nur benutzt, um die rentenerzeugende Wirkung, die von Verschiedenheiten in der Bodenbeschaffenheit ausgeht (wozu bei ihm und seiner ganzen Schule ausgesprochenermaßen nicht nur die physikalische und chemische Qualität der einzelnen Bodenstücke, sondern auch ihre Flächengestalt, ihre geographische und Verkehrslage, ihre klimatische Lage usw. gehört), an einem eindrucksvollen und verhältnismäßig leicht übersichtlichen Beispiel zu demonstrieren. Welche Größenanteile der Grundrente jeweils dem einen oder andern Faktor zuzurechnen sind, darüber gehen die Meinungen in der klassischen Schule zum Teil weit auseinander, zum Teil hat sie sich damit überhaupt nicht beschäftigt. Auch hier ist also genau das Gegenteil von dem wahr, was Nüse behauptet.

Was ist nun Nüses eigene Meinung? Das sagt er erst, nachdem er sich zunächst ein bißchen selbst gelobt hat. Er als Germane nämlich „empfindet gemeinsinnig und stellt das Wohl der Gesamtheit in den Vordergrund“. Nämlich: nach ihm ist die Grundrente kein „Ertrag“, noch weniger ein „Ueberschuß“. Hier möchte man sich schon vor Vergnügen überschlagen. Daß heutzutage Grundrente existiert und daß einzelne sich dadurch bereichern, daß sie sich die Grundrente aneignen, das leugnet Nüse selbst nicht. Was aber die Herren Agrarier usw. sich aneignen, wenn nicht etwas, was bei der produktiven Verwendung des Bodens und beim Verkauf seiner Produkte und Leistungen als Ertrag sich ergibt, das sagt Nüse nicht. Und als einen Ueberschuß hat man die Grundrente bisher bezeichnet, weil sie sich darstellt als das Mehr dessen, was aus der Verwertung des Bodens im Produktionsprozeß und bei der Verwertung seiner Produkte und Leistungen in der Tasche oder auf dem Bankkonto oder Speicher des Grundeigentümers sich ergibt, gegenüber den Aufwendungen, die er gemacht hat. Ein solches Mehr des Einkommens gegenüber dem Verausgabten nennt man einen Ueberschuß. Wenn die Grundrente aber kein solcher Ueberschuß ist, was ist sie dann? Auch darauf weiß Nüse eine Antwort; sie ist „der Gegenwert für die gesicherte rechtliche Möglichkeit, ein bestimmtes Stück Bodenfläche als Arbeitsgrundlage zu benutzen“. Mit dieser Meinung sind wir allerdings auf dem Gipfel der Konfusion angelangt. Entweder nämlich nennt man Grundrente eine Gebühr, die jemand für die Benutzung des Bodens zu wirtschaftlichen Zwecken bezahlt; dann ist die Pacht, die ein Pächter für ein Stück Land bezahlt,

Grundrente. Der Eigentümer eines verpachteten Stückes Land empfängt also Grundrente. Wer dagegen sein Land selbst bewirtschaftet, der geht leer aus, — woraus sich die merkwürdige Folgerung ergibt, daß alle jene reinarischen Großgrundbesitzer, die ihr Land selbst bewirtschaften, also keine „Grundrente“ erzielen, entweder Idioten oder gewohnheitsmäßige unverbesserliche Menschheitswohltäter sind. Von diesen arischen Größen, z. B. von Bismarck, der ja auch Grundbesitzer war und seine Güter s. Zt. selbst bewirtschaftete, zu behaupten, sie wären Idioten, geht offenbar zu weit. Blicke also nur der Ausweg, daß sie allesamt gewohnheitsmäßige Menschheitswohltäter sind. Dann müßte sich aber doch auch der Weg entdecken lassen, auf dem ihre Wohltaten ausgeübt werden, selbst wenn die Wohltäter, wie es ihrer stammesmäßigen Bescheidenheit entspricht, die Methode ihres Wohltuns selbst sorgsam verschweigen sollten. Nun sehen wir aber, daß diese Herren eine besonders große Liberalität im Geldverschenken nicht zu üben pflegen. Auch in der Steuerleistung läßt er sich nicht entdecken, denn diese Grundbesitzer sind es, die das gesetzliche und manchmal auch weniger gesetzliche Einsparen von Steuern zu hoher Vollendung erhoben haben. Schließlich verkaufen sie ihre Produkte auch keineswegs billiger als die Pächter landwirtschaftlichen Bodens. Was diese also an die Grundeigentümer abführen und was infolgedessen bei Grundeigentümern, die ihren Boden verpachten, als arbeitsloses Arbeitseinkommen erscheint, und dasjenige, was der selbstwirtschaftende Grundbesitzer an Unkosten im Vergleich zu dem unter im übrigen gleichen Verhältnissen wirtschaftenden, an seinen Grundherrs Tribut zahlenden Pächter spart, das nennt die Wissenschaft nun Grundrente — freilich im Gegensatz zu Nüses. Das ist die a n d e r e Möglichkeit. Diese Grundrente aber als Gegenwert für die Möglichkeit der Grundbenutzung zu bezeichnen, das ist nur möglich vom Standpunkt des Pächters, Mieters usw., dem die Zahlung abgepreßt wird; derselbe Posten als Einnahme im Haushalt des Grundherrn jedoch ist eine Prämie, die gegen alles Recht demjenigen in den Schoß fällt, der vor seinen Volksgenossen dadurch ungeheuer bevorzugt ist, daß er Privateigentümer des Grundes und Bodens ist. Der Satz Nüses über die Grundrente muß in Wirklichkeit also heißen:

Grundrente ist der Tribut, mit dem heute der Grundeigentümer dafür belohnt wird, daß er gnädigst das große Opfer bringt, Grundeigentümer zu sein.

Damit ist Nüses volkswirtschaftlicher Gallimathias noch nicht zu Ende. Er behauptet z. B., daß die klassische Oekonomie die Grundrente nur bei Grundstücken kenne, die zu ländlicher Erzeugung dienen. Eine solche Behauptung ist nur möglich, wenn man moderne Anhänger der klassischen Schule, wie den verstorbenen kaiserlich österreichischen Minister Eugen v. Boehm-Bawerk und den, Gott sei Dank, noch lebenden österreichischen Professor Friedrich Freiherrn v. Wieser, oder, um aus der Fülle der Beispiele neben diesen beiden Germanen auch

zwei Juden zu nennen, Franz Oppenheimer und Eduard Heimann, einfach ignoriert. Diese „Vernichtung durch Ignorierung“ (Nelson) ist aber vorläufig, trotz der Modernisierung dieses Mittels durch Oswald Spengler, noch kein erlaubtes Mittel ehrlicher wissenschaftlicher Volksbewirtung.

Ein ebensolcher Gallimathias ist die von Nüse geleistete Erfindung der Grundrente für eine Zeit, in der sie nicht existierte. Nüse erzählt uns von Zeiten, in denen jeder Land haben konnte, der es haben wollte. Damals „ruhte“ die Grundrente nach Nüse „gewissermaßen gebunden in der Bodenfläche“, sie „kam noch nicht zum Ausdruck“, sie bestand sozusagen in der gegenseitigen Anerkennung der erworbenen Rechte auf die benutzte Bodenfläche“. Die Grundrente bestand also darin, daß sie nicht bezahlt wurde, und zwar deshalb, weil in jener Zeit jedermann soviel Land haben konnte, wie er wollte, also kein Interesse daran hatte, dem Nachbar sein Land wegzunehmen, und infolgedessen das Recht des Nachbarn auf die von ihm benutzte Bodenfläche unter größter Selbstüberwindung anerkannte. Wenn das der Fall ist, so besteht zwischen dem „Volkswirt“ Nüse und mir auch eine „gewissermaßen gebunden ruhende“ wissenschaftliche Grundrente, denn vorläufig habe ich für meine Oekonomie noch Boden genug zur Verfügung, ich brauche Herrn Nüse den seinigen nicht wegzunehmen, beende ihn um den wissenschaftlichen Boden nicht, auf dem er steht, und bin gern bereit, sein alleiniges Recht darauf anzuerkennen.

Ein weiteres Beispiel für den Unsinn, zu dem Nüse kommt, ist, daß er die Grundrente, also arbeitsloses Einkommen der Grundherren, für eine Art von Wehrabgabe erklärt. Die Grundrente, die er „eine Abgabe für die Gesamtheit“ nennt, soll sich in ihrer Höhe nach dem jeweils erreichten Grad von Wirksamkeit des gegenseitigen Schutzes der Grundbesitzer gerichtet haben. Vielleicht ist Herr Nüse so gütig, auch das Glied noch beizusteuern zu dieser Gedankenkette, die unbedingt erforderlich ist, wenn die Gedankenreihe überhaupt verständlich werden soll. Dieses Glied würde in dem Nachweis bestehen, daß die Grundherren denjenigen, die die Grundrente bezahlten, auch wirksamen Schutz gewährt haben, Historisch würde sich u. a. daraus für Herrn Nüse die Aufgabe ergeben, zu zeigen, wie die Grundherren, die die Tribute ihren Pächter einsteckten, die Pächter vor den Grundherren geschützt haben, die jahrhundertlang gewerbsmäßig das Bauernlegen betrieben.

Eine Ahnung, zu welchen Unmöglichkeiten die Nüsesche Lehre führt, hat offenbar auch diesen Meister beschlichen, denn er fordert für die Zukunft, daß die Grundrente nicht mehr einzelnen, sondern der Gesamtheit zufließen soll. Das bringt ihn allerdings nicht dazu, die Beseitigung des Privateigentums an Grund und Boden zu fordern, und es bestimmt ihn auch nicht, seine wunderbaren wirtschaftstheoretischen Ausführungen mit seiner Zukunftsforderung, zu der sie in schreiendem Widerspruch stehen, in Einklang zu bringen, aber es kann doch nicht

ohne Befriedigung verzeichnet werden, wenn ein Schuldiger seine Schuld gesteht, selbst wenn er keine Miene macht, sich zu bessern.

Warum beschäftigen wir uns mit Herrn Nüse? Nicht etwa, weil wir seine theoretischen Behauptungen, wenn auch für falsch, so doch für beachtlich hielten. Im Gegenteil: törichter Zeug ist auf dem unverteidigten Gebiet sogenannter „wissenschaftlicher Betrachtung des Wirtschaftslebens“ selten vorgebracht worden — und das will etwas heißen. Der Anlaß, diesen Schwindel aufzudecken, liegt darin, daß die Unverfrorenheit und Anmaßung, mit der solcher Unsinn vorgetragen wird, leider immer noch geeignet ist, Menschen einzufangen, die bei andern ebensoviel Gutgläubigkeit und Ehrlichkeit voraussetzen, wie sie selbst zu besitzen glauben, während sie in Wirklichkeit nur das gleiche Maß wirtschaftswissenschaftlicher Ignoranz wie bei sich selbst bei jenen Aposteln des wahren Germanentums würden voraussetzen dürfen.

---

KURT HEINIG:

## Zwischenwährung — Zwischengefahren.

IN friedlichen Zeiten, die Châteaubriand als die langweiligsten, die glücklichsten nannte, wurde allgemein geglaubt, daß die Theorie der Volkswirtschaft viel schwieriger zu verstehen und zu beurteilen sei, als ihre Praxis. Wir haben auch an diesem Axiom unserer Jugend zweifeln lernen müssen. Es zeigt sich immer wieder, daß auf volkswirtschaftlichem Gebiet die Theorie viel einfacher und verständlicher, begriffssicherer und irrtumsfreier ist als die grobe Wirklichkeit. Wer das bisher noch bezweifelt hat, mag sich schleunigst in die „schwebende“ Währungsfrage stürzen.

Währungsfragen waren für viele ein etwas trockenes, aber doch zum mindesten mathematisch interessantes Wissensgebiet. Es spielte sich alles in klaren Zahlen und meßbaren Ursachen und Wirkungen ab. So schien es wenigstens. Heute müssen wir, wenn wir ehrlich sind, beschämt gestehen, daß auch hier im Raume die Sachen sich hart stoßen — wir fühlen es am eigenen Leibe —, während die Gedanken so leicht beieinander wohnten. Deswegen stimmt die Zwischenlösung zur Währungsreform, soweit sie bei Abschluß dieser Nummer bekanntgeworden und angedeutet worden ist, so bedenklich. Da haben ja, wie es scheint, die Sachverständigen, die Interessenten — mancher ist beides zugleich — und die Behörden in schwierigen Konzilien ein kunstvolles Ersatzgerüst an Stelle der zusammengebrochenen Mark auf dem Reißbrett durchkonstruiert. Es soll den Vorzug und den Zweck haben, daß es zugleich den Aufbau der neuen Währung gestattet.

Die Bekanntgabe der Pläne des Reiches trifft zeitlich zusammen mit einer sehr geschickten Propaganda Rußlands, das seine Wäh-

rungsreform stark in den Vordergrund rückt. Es möchte ja auch seinen Sowjetrubel gern an der Berliner Börse gehandelt sehen. Das gäbe eine geschickte Verknüpfung wirtschaftlich berechtigter Forderungen mit kommunistischer Propaganda für den besseren russischen Rubel und gegen die schlechtere deutsche Mark.

Betrachten wir die derzeitigen Finanz- und Wahrungsverhalt-nisse Rußlands etwas genauer, so ergeben sich zu unserer bevorstehenden Währungsreform doch einige beachtliche Parallelen.

Rußland hat eine Doppelwahrung. Der Sowjetpapierrubel ist nach wie vor die Grundlage der Inflationssteuer, die von der russischen Regierung zur Deckung ihres Defizits erhoben wird. Für den September dieses Jahres standen im Voranschlag 15 Millionen Gold rubel Einnahme durch die Emission der Notenpresse an Sowjetrubeln. Daneben sollen in diesem Monat neu aufgebracht werden 7 Millionen Goldrubel Brotanleihe, 13 Millionen langfristige Goldanleihe (die erste Goldanleihe Rußlands), 1 Million Goldobligationen der Eisenbahn und 24 Millionen kurzfristige Goldschatzanweisungen des Finanzkommissariats. Wir sehen ein weiteres starkes Einpumpen von Umlaufmitteln in die russische Wirtschaft. Damit muß der Sowjetrubel weiter fallen, wenn nicht die Zunahme von Handel und Verkehr den neuen Notenberg absorbiert, was wenig wahrscheinlich ist.

Deutschland will, so scheint es nach den Andeutungen über das neue Wahrungsprogramm, völlig ohne weitere Inflation auskommen. Die Papiermark soll Scheidemünze werden. Die Papiermarkemissionen sollen aufhören. Es wird ein völlig neues Geld vorgeschlagen, ein Sachwertgeld, das allein als gesetzliches Zahlungsmittel zu fungieren, hat. Das Defizit des Reiches soll fortan einstweilen aus Emissionen des Sachwertgeldes gedeckt werden. Die Grundlage und Sicherheit dieser Emissionen soll die durch den Staat dem Privatbesitz aufzuerlegende Vermögensabgabe („Sachwerterfassung“) darstellen. Daneben wird die völlig selbständig zu machende Reichsbank effektiv gedeckte Goldnoten herausgeben. (Lang' lebe Havenstein!)

In Rußland ist darauf geachtet worden, daß durch die Währungsreform der Papierrubel nicht aus dem Alltagsverkehr gedrängt wurde. Mit anderen Worten heißt das, daß dem Staate für die weitere Ausgabe von Papierrubeln zur Deckung des Defizits durch die Inflationssteuer Platz freigehalten wurde. Das wurde sehr einfach dadurch erreicht, daß die Stückelung des Goldgeldes nicht tiefer als bis zu einem Tschervonetz (gleich 10 Goldrubel) herabgeführt wurde. Damit ist der Kleinverkehr von der Benutzung der Goldnoten ausgeschaltet!

In Deutschland wird wohl das gleiche eintreten. Das offizielle Sachwertgeld wird dann für die Arbeitnehmer eine ge-



ringe Rolle spielen, sie werden mit der Papiermark-„Scheidemünze“ weiter Umgang zu pflegen haben. Die völlig unabhängigen Goldnoten der Reichsbank werden im großen Geschäfts- und Bankverkehr verbleiben. Damit besteht die Gefahr weiter, daß die wirtschaftlich Schwächsten die Inflationssteuer zu tragen haben!

Mit dem aufkommenden Sachwertgeld sollen die Finanzen in Ordnung gebracht werden. Inflationsemission soll unmöglich sein. Auch wenn dieser Wunsch in Erfüllung geht, ist zu befürchten, daß für dieses Geld ein Disagio eintritt. Wir sehen die Entwicklung zum Kursgeld ja auch beim Tscherwonetz. Sachwertgeld ist eine innerdeutsche Vertrauenssache, aber kein internationaler Goldwert!

Aus diesen Gründen und noch manchen anderen befriedigen die ersten Ankündigungen der Zwischen-Währungsreform noch bei weitem nicht. Im Gegenteil, sie machen bedenklich. Wir haben den guten Willen, abzuwarten, bis alle Unterlagen bekannt sind, um dann objectiv zu entscheiden. Ob uns die Entwicklung zu solcher Betrachtung noch die Zeit gibt, ist eine schwer zu beantwortende Frage.

Die Zwischenlösung der Zwischenwährung mag ein Kompromiß der vier oder fünf Vorschläge sein, die während der jüngst vergangenen Monate öffentlich diskutiert worden sind. Auch ihre komplizierte Zusammenlegung braucht an sich noch kein entscheidender Mangel zu sein. Grundsätzlich ist aber für das Urteil der breiten Massen des Volkes, ob die neue Mark allgemeines Umlaufmittel oder Massengeld wird. Wir dürfen nicht dulden, daß bei uns wie in Rußland die Währungsreform nur für die reichen Leute gemacht wird.

Studienrat Dr. ERICH WITTE:

## Die Erweiterung der Rechte der Elternbeiräte.

**N**ACHDEM die Wahlordnung für die Elternbeiräte vor einem Jahre umgestaltet worden ist, müssen auch die Satzungen, in denen von den Rechten und Pflichten der Beiräte die Rede ist, verändert werden. Sind die bisherigen Ergebnisse der Tätigkeit der Elternbeiräte noch nicht bedeutend, so liegt dies daran, daß ihre Rechte zu gering waren, diese obendrein in dem Erlaß vom November 1919 nicht genügend klar zum Ausdruck gebracht worden waren. Wenn ich die Erweiterung ihrer Rechte in einen Satz zusammenfasse, so möchte ich die Forderung aufstellen, daß die Mitglieder jedes Beirats eine Gemeinschaft bilden müssen, erstens unter sich, zweitens mit den Eltern, drittens mit den Lehrern, viertens mit den Elternbeiräten anderer Schulen.

Damit der Elternbeirat jeder Schule unter sich eine Gemeinschaft bilden und eine größere Wirksamkeit entfalten kann, ist es

vor allen Dingen nötig, daß die Sitzungen häufiger stattfinden als jetzt, wo alle halbe Jahre nur eine abgehalten zu werden braucht. Es ist zwar bestimmt worden, daß außerordentliche Sitzungen nicht nur auf Antrag der Lehrerkonferenz, sondern auch auf den eines Drittels der Elternbeiratsmitglieder einberufen werden müssen. Auf diese Weise kann aber doch noch eine starke Minderheit (4 bei einer Mitgliederzahl von 13) verurteilt werden, mit einer wichtigen Angelegenheit, die sie zur Sprache bringen will, ein halbes Jahr zu warten. Aehnlich wie in Hamburg, sollte monatlich einmal eine Sitzung stattfinden. Nichts einzuwenden wäre gegen die Bestimmung, daß sie auf einstimmigen Beschluß des Elternbeirats ausfallen kann.

Eine rechte Wirksamkeit des Elternbeirats ist aber nur dann möglich, wenn seine Mitglieder das Recht erhalten, dem Unterricht beizuwohnen. Ich will nicht so weit gehen wie viele, die entsprechend der Oeffentlichkeit der Verhandlungen der Gerichte, der Parlamente, der Gemeindevertretungen auch die Oeffentlichkeit des Unterrichts fordern. Aber den Elternbeiratsmitgliedern müßte das Hospitieren erlaubt sein. Wie sollen sie sich sonst ein Urteil über den Unterricht bilden? Sollen sie nur auf die Berichte der Kinder angewiesen sein, die doch noch nicht die Fähigkeit besitzen, etwas wahrheitsgetreu zu schildern? Wie sollen sie das rechte Verständnis für die Erziehungsarbeit der Schule erlangen? Sind sie nicht mit Leuten zu vergleichen, die von Krankheiten nur gehört, sie aber nie an Kranken selbst beobachtet haben, oder mit Leuten, die die Beschreibung einer Maschine nur in Büchern gelesen, aber eine solche nicht selbst gesehen haben? Sollte den Elternbeiratsmitgliedern das uneingeschränkte Recht zum Hospitieren nicht gewährt werden, so müßte wenigstens „einzelnen vom Elternbeirat beauftragten Mitgliedern der Einblick in den Schulbetrieb gestattet“ werden, wie es in Hamburg geschehen ist.

Um eine engere Gemeinschaft mit den Eltern zu bilden, genügt es nicht, daß dem Elternbeirat das Recht eingeräumt worden ist, Gesamt-Elternversammlungen einzuberufen, um wichtige Fragen durch Vorträge und Aussprache klarzustellen, ein Recht, zu dessen Wahrnehmung noch dazu jedesmal die Zustimmung des Lehrkörpers nötig ist. Der Elternbeirat muß auch die Pflicht haben, von Zeit zu Zeit, mindestens alle halbe Jahre einmal, den Eltern über seine Tätigkeit Bericht zu erstatten.

Damit der Elternbeirat auch in Fühlung mit den Eltern der Schüler jeder einzelnen Klasse bleibt, mache ich den folgenden Vorschlag: Einmal oder zweimal im Semester werden Klassen-Elternversammlungen vom Klassenlehrer einberufen. Es findet eine Aussprache über die Unterrichtsgegenstände, die häuslichen Arbeiten der Schüler und besondere Vorkommnisse, zum Beispiel einen Schulausflug, statt. Der Lehrer hat so Gelegenheit, sich aus-

föhrlich über manches zu äußern, was er sonst jedem einzelnen Vater in der Sprechstunde mitteilen müßte und dann nur kurz darlegen könnte.

Eine Gemeinschaft muß auch mit den Lehrern hergestellt werden. Die erste Bedingung ist aber die, daß sie zu den Sitzungen erscheinen oder wenigstens in ausreichender Zahl vertreten sind. Es genügt nicht, wenn es in den Ausführungsbestimmungen vom 22. Oktober 1920 heißt: „Sie erscheinen in der Regel dazu verpflichtet.“ Was heißt: in der Regel? Es müßte wenigstens bestimmt werden, daß der Schulleiter und ein bestimmter Teil des Kollegiums, mindestens der fünfte, anwesend zu sein haben, und daß jeder Lehrer zu erscheinen verpflichtet ist, wenn er von dem Elternbeirat besonders eingeladen wird.

Daß ferner die Elternbeiräte eines Ortes in engere Föhlung miteinander kommen müssen und daß deswegen aus ihnen ein Ortselternbeirat zu wählen ist, wie es in mehreren Städten bereits geschehen ist (Hamburg, Frankfurt a. M.), ist schon oft gefordert worden. Ich habe die Wahl eines solchen schon mehrfach vorgeschlagen, nämlich in meinen Schriften „Die Elternbeiräte“ (Priebatschs' Verlag, Breslau), „Kommunale Schulpolitik“ (Verlag von F. A. Perthes, Gotha), „Die Schulverwaltung in der neuen Stadtgemeinde Berlin“ (Verlag von G. A. Schwetschke & Sohn, Berlin).

Meine Forderungen fasse ich hier in die folgenden Leitsätze zusammen: Die Mitglieder jedes Elternbeirats müssen eine Gemeinschaft bilden: 1. Unter sich: Sie müssen alle Monate mindestens eine Sitzung abhalten. Damit sie regelmäßig erscheinen können, müssen sie die baren Auslagen und den entgangenen Arbeitslohn ersetzt erhalten. Ferner müssen sie das Recht erhalten, dem Unterricht beizuwohnen, zum mindesten dann, wenn sie von dem Elternbeirat beauftragt werden; dann nur ist für sie eine erfolgreiche Tätigkeit möglich. 2. Mit den Eltern der Schüler: Diesen muß der Elternbeirat von Zeit zu Zeit über seine Tätigkeit Rechenschaft ablegen. Die Eltern müssen seinen Sitzungen beiwohnen dürfen. Die Eltern der Schüler jeder Klasse müssen in den Elternbeirat einen Vertreter mit beratender Stimme entsenden. 3. Mit den Lehrern: Um Streitigkeiten über die Rechte des Elternbeirats zu vermeiden, müssen diese in den neuen Bestimmungen genauer angegeben werden. Der Schulleiter und ein bestimmter Teil der Lehrer, mindestens der fünfte, muß bei den Sitzungen anwesend sein. 4. Mit den anderen Elternbeiräten desselben Ortes: Mit diesen müssen sie einen Ortselternbeirat wählen. Die Beschlüsse der gemeinschaftlich mit anderen Elternbeiräten abgehaltenen Sitzungen müssen dieselbe Gültigkeit wie die eines einzelnen Elternbeirats haben.

---

Dr.-Ing. WALTER CURT BEHRENDT:

## Werkstattaussiedlung.

Die Lage der Großstädte wird in allen industrialisierten Ländern zusehends schwieriger. Je mehr die Bevölkerung zunimmt — und das unaufhaltsame Wachstum der Großstädte hat wider Erwarten auch nach dem Kriege angehalten —, desto schwerfälliger und unbequemer wird das Leben in diesen Riesengebilden. Der komplizierte Organisationsapparat dieser Gebilde arbeitet bereits mit so viel Reibungen, daß die Abwicklung des gesellschaftlichen Prozesses immer schwieriger wird. Die Sicherung der Ernährung, die Tag für Tag die geordnete Zufuhr gewaltiger Gütermengen voraussetzt, ist in Frage gestellt. Der Verkehr in den Großstädten nimmt immer größere Dimensionen an und erfordert beträchtliche Opfer an Nervenkraft und Arbeitsfähigkeit. Ueberdies wird die wirtschaftliche Belastung, die durch die unproduktiven Transporte der Großstadtbevölkerung von und zur Arbeitsstätte entstehen, immer größer. Das Wohnungselend ist für große Teile der Großstadtbevölkerung längst unerträglich geworden. Und noch auf vielen andern Gebieten treten die Schäden einer zu weit getriebenen Zentralisation so empfindlich zutage, daß man mit Recht bereits von einer „Krisis der Großstadt“ spricht.

Der Ernst dieser Situation hat die Architekten und Stadtbauingenieure allenthalben zu erhöhten Anstrengungen veranlaßt, diesen wachsenden Schwierigkeiten durch neue Plansysteme zu begegnen. Immer wieder sind in letzter Zeit neue Vorschläge aufgetaucht zur Reorganisation und Umbildung der Großstädte. Aber je gründlicher man diese Vorschläge und Entwürfe prüft, desto mehr zeigt es sich, daß das Großstadtproblem von der ingenieur-technischen Seite überhaupt nicht gelöst werden kann, ehe es nicht als Produktionsproblem erkannt und geklärt ist. Einige sehr wesentliche Erkenntnisse sind nach dieser Richtung bereits gewonnen. Es steht heute schon fest, daß die Industrie, die man bisher hauptsächlich für die Entstehung der modernen Großstädte verantwortlich gemacht hat, auf der gegenwärtigen Stufe ihrer Entwicklung weder aus technischen noch aus wirtschaftlichen Gründen einer Konzentration in den großen Städten bedarf. Es läßt sich vielmehr beobachten, daß sie seit längerer Zeit bestrebt ist, aus den großen Städten, wo sie ihre Produktion mit einer übermäßig hohen Grundrente belastet sieht, abzuwandern und sich auf dem Lande anzusiedeln. Selbst in den Vereinigten Staaten zeigen die großen Industriekonzerne, nachdem einmal der Automobilfabrikant Henry Ford mit solchem Beispiel vorangegangen ist, neuerdings die Tendenz, ihre Fabrikation stärker zu dezentralisieren, indem sie über das ganze Land hin an geeigneten Plätzen Filialen schaffen, die die Keimzellen zur Begründung neuer, kleinerer Gemeinden bilden. Es hat sich gezeigt, daß solche kleinen Gemeinden mit einer Höchstzahl

von etwa 50 000 Einwohnern für die Heranbildung eines Stammes hochqualifizierter Arbeiter bessere soziale Bedingungen bieten als die Großstädte.

Es darf auch bereits als erwiesen gelten, daß der kleine Betrieb rationeller und billiger arbeitet als der große, der bei einer gewissen Grenze der Ausdehnung schwerfällig wird infolge des Uebergewichts der Verwaltung und Bürokratie. Nach den Untersuchungsergebnissen der neueren Betriebswissenschaft (vgl. Gustav Frenz, Kritik des Taylor-Systems) liegt die obere Grenze der Wirtschaftlichkeit z. B. in der Maschinenindustrie bereits bei einer Belegschaft von etwa 6—700 Arbeitern. Und die Forderungen, die an diese Feststellung geknüpft werden, lauten demgemäß: Heraus aus der Großstadt, heraus aus dem Riesenbetrieb, Begründung kleiner Werkfilialen in ländlichen Gegenden unter Führung und Verantwortung selbständiger Leiter.

Jede Untersuchung des Produktionsproblems trägt zur Klärung des Großstadtproblems bei und bringt es auch nach der siedlungspolitischen Seite seiner endgültigen Lösung näher. Ein neuer und gerade für die Beurteilung dieser Seite des Problems besonders wertvoller Beitrag liegt seit kurzem vor in der Schrift von Dr. E. Rosenstock über die Werkstattaussiedlung\*). Diese Untersuchung, die auf den vorgenannten Ergebnissen der Betriebswissenschaft weiterbaut, eröffnet überraschende Ausblicke für die Zukunft. Aus der Erkenntnis heraus, daß die Arbeit am besten gedeiht, wenn sie auf eigener Verantwortung ruht, wenn sie mit eigenstem persönlichen Anteil gefördert wird, schlägt der Verfasser eine Betriebsgliederung in dem Sinne vor, daß der Großbetrieb Arbeiter, die durch ihn hindurchgegangen sind, in kleine Werkstätten aussiedelt. Der Arbeitsplatz des Arbeiters soll aus der Fabrik herausverlegt und es soll dem Arbeiter ein eigener Arbeitsplatz geschaffen werden durch die Aussiedlung neuer Fabrikationseinheiten, die im engsten Zusammenhang und in unmittelbarer Abhängigkeit von dem Werk stehen und etwa im Pachtverhältnis oder in einer andern Rechtsform an einzelne Arbeiter oder Arbeitergruppen von 10—12 Arbeitern (je zur Hälfte gelernte und ungelernete) überlassen werden zu höchst rationeller Leistung und zu selbstverantwortlicher Produktion auf der Grundlage eigener Kalkulationen usw. Der Verfasser ist überzeugt, daß zahlreiche Großbetriebe der Industrie schon heute reif sind, solche Ansiedlungen von Werkstätten durchzuführen.

Diesen Vorschlägen liegt jede siedlungsreformatatorische Absicht durchaus fern und der Verfasser weist solche Absicht, um mißverständlichen Auslegungen seines neuen Begriffs „Werkstattaussiedlung“ vorzubeugen, ausdrücklich zurück. Für ihn handelt es sich ausschließlich um ein Produktionsproblem. Er geht davon aus, daß die Arbeit durch die Mechanisierung aus einer Quelle des Segens zu einem

\*) „Werkstattaussiedlung“. Untersuchungen über den Lebensraum des Industriearbeiters. In Verbindung mit E. May und M. Grünberg von Dr. jur. Eugen Rosenstock. Berlin 1922. Verlag Julius Springer.

Herd der Unzufriedenheit und des Unfriedens geworden ist, weil die industrielle Arbeitsordnung die Freude an der Arbeit, die ursprünglichste und natürlichste Freude des Menschen, verkümmert oder bestenfalls für die wenigen Feierabendstunden des Tages aufgespart hat. Um die Arbeit wieder als Segen empfinden zu können, müßte sie ein Stück des eigenen Lebens sein oder wieder werden können, „das Werk unserer Hände muß einem Wirkungskreis unseres eigenen Lebens entspringen, und der Arbeitsverlauf muß ein Stück unseres Lebenslaufs bedeuten“. Das Problem liegt für den Verfasser also in der Einbettung der industriellen Arbeit in die Lebenszeit und in den Lebensraum des arbeitenden Menschen. Und die Lösung dieses Problems erscheint ihm als die wichtigste Aufgabe der neuzeitlichen Betriebspolitik. Er untersucht demnach, welche Möglichkeiten der heutige Großbetrieb bietet, um dem Arbeiter in diesem Sinne ein ihm angemessenes Stück Lebensraum zu schaffen. Als oberster Grundsatz gilt ihm dabei, daß unter keinen Umständen irgendeine Errungenschaft des technischen Fortschritts, irgendein Vorteil der Technik und Kalkulation preisgegeben werden darf, etwa lediglich einem sozialpolitischen Sentiment zuliebe. Und wenn er auch das Los des modernen Industriearbeiters zu erleichtern und sein Betriebschicksal zu bessern wünscht, wenn er mit seinen Vorschlägen vor allem den Forderungen Rechnung tragen will, die der einzelne Mensch an seine Arbeit stellt, so lassen diese Vorschläge doch in keinem Punkt die technischen Forderungen des Betriebes außer acht. Die Großfabrik gilt dem Verfasser heute als unentbehrlich. Sie vor allem erzieht den Qualitätsarbeiter der Industrie, und sie allein hat die Möglichkeit, den Nachwuchs sachgemäß einzuschulen. Aber gerade der Großbetrieb ist nach seiner Auffassung am ehesten auch in der Lage, dem Arbeiter den erforderlichen Lebensraum zu schaffen durch Aussiedlung von Werkstätten in dem angedeuteten Sinne. Etwa 15 v. H. der in der Maschinenindustrie geleisteten Arbeit z. B. ließe sich nach Angabe des Verfassers ohne weiteres bereits heute in der Form der Siedlungsbetriebe austun, selbst wenn der Großbetrieb an sich noch als rentabel angesehen wird.

Die Vorschläge des Verfassers eröffnen so bedeutsame Aussichten, daß die Gewerkschaften allen Anlaß haben, sie alsbald auf ihre praktische Durchführbarkeit zu prüfen. Der Verfasser deutet an, daß heute in der Einrichtung der Betriebsräte ein sehr wirksames Mittel zur Verfügung steht, eine Betriebspolitik mit großen Zielen zu fördern. Sache der Arbeiter ist es, von diesen Mitteln nunmehr den geeigneten Gebrauch zu machen und Reformen des Betriebs, die in ihrer Wirkung die Leistungsfähigkeit steigern können, praktisch durchzusetzen. Eine Betriebsreform dieser Art wird durch die Werkstattaussiedlung, wie sie hier vorgeschlagen wird, angebahnt. Sie stellt eine Betriebsform dar, die über den Großbetrieb schon wieder hinausgeht. Man kann sie bezeichnen als eine neue, bessere Art der Heimarbeit, die dem Arbeiter mit der rechtlichen Sicherung des eigenen Arbeitsplatzes eine beträchtliche Erweiterung seines Lebensraums bietet und die ihn mit dem gesteigerten

Verantwortungsgefühl und der größeren Arbeitsfreude auch zu höheren Leistungen befähigen wird.

Daß diese Vorschläge vielfältige Rückwirkungen auf das Siedlungswesen ausüben müssen, ist dem Verfasser zunächst weniger wichtig. Er spricht es, wie gesagt, ausdrücklich aus, daß ihm jedwede bodenreformerischen oder siedlungspolitischen Absichten fernliegen. Für ihn handelt es sich nur um eine Produktionsreform aus technischen Gründen rationeller Arbeitsweise. Die Bodenreform nennt er romantisch, weil sie notwendige Entwicklungsstufen der menschlichen Wirtschaft überspringe, und er bekennt sich zu der Auffassung, daß weder die Dezentralisation der Industrie noch das Wohnsiedeln heute ökonomisch aktuell sei, aber er deutet doch auch an, daß aus einer neuen Arbeitsgestaltung schließlich auch eine neue Wohnordnung entstehen, ja gesetzmäßig herauswachsen muß.

Und das ist die freudige Einsicht, die man aus dieser Untersuchung gewinnt. Wir sind mit dem Verfasser der Meinung, daß die neue Wohnordnung dem Arbeiter nicht um seiner Muße willen geschenkt werden kann, und wir wissen, daß die Siedlungsarbeit, die wir heute leisten, nicht mehr bedeutet als jede andere sozialpolitische Maßnahme auch; das heißt, daß sie letzten Endes nur eine gute Absicht bleibt, solange ihr nicht durch eine Produktionsreform die erforderlichen ökonomischen Grundlagen für eine natürliche und gesunde Entwicklung gesichert sind. Wir wissen aber auch, und haben es durch diese Schrift aufs neue bestätigt gefunden, daß in den Herzen der Menschen heute ein starker Wille lebt, der auf eine gründliche Erneuerung der Arbeits- und Wirtschaftsreformen abzielt. Und gerade das wachsende Elend der großen Städte ist dieses Willens stärkster Impuls. Diese Neuordnung der Arbeits- und Wirtschaftsreformen aber, die sich heute unter starker Erschütterung der ganzen Welt anbahnt, wird mit neuen Lebensformen schließlich auch zu einer Ueberwindung der gegenwärtigen Krisis der Großstadt und zu einer neuen Wohn- und Siedlungsordnung führen, für die wir heute erst nur vorbereitende Arbeit zu leisten vermögen.

---

## UMSCHAU.

**Gegenüberstellung.** „Abwehr und Widerstand fruchten — genau wie im Weltkrieg — nur in Verbindung mit einer richtigen Politik. In den Jahren 1914—1918 hätte der entschlossene Abwehrwille das deutsche Volk gerettet, wenn er einer klaren Verständigungspolitik als Grundlage gedient hätte. Gemißbraucht für die Zwecke imperialistischer Eroberungssucht, wurde die Widerstandskraft des deutschen

Volkes fruchtlos vertan, bis sie in der Katastrophe des Jahres 1918 aufgezehrt zusammenbrach. Ist diese teuerst erkaufte aller Lehren umsonst gewesen? Wird man den jetzigen Widerstand ebenso wenig auswerten können wie den des Weltkriegs? Falls dies geschieht — möge es rechtzeitig abgewendet werden! —, dann sei man sich darüber klar, daß auch die kümmerlichen Reste an

Volkskraft und Vermögen, die der Krieg uns gelassen hat, verspielt sind. Die Sozialdemokratie muß den Mut haben, das Wort Verständigung auszusprechen, und ob auch zehnmal ein verrannter Nationalismus mit giftigem „Dolchstoß“-Geschrei antwortet... Wir haben die Pflicht, der Abwehr ein erreichbares Ziel zu weisen, um sie nicht als unerreichbares Ziel verbluten zu lassen, wie es 1918 geschah.

(„Glocke“ Heft 44 v. 29.1.1923.)

„Frankreichs Lage im Ruhrgebiet ist viel schwächer, als man hier in Berlin weiß, ist schlechterdings hoffnungslos. Mag es sich aus Leibeskräften noch Wochen und Monate sträuben, die total verfahrenen und äußerst kostspielige Ruhraktion zu liquidieren, es muß letzten Endes klein beigeben, wenn nur niemand in Deutschland die Dummheit begeht, Verhandlungen anzubieten... Wenn wir nur festbleiben, noch 1—2 Monate die Zähne aufeinanderbeißen und nicht wieder, wie 1918, die Flaumacher an die Spitze kommen lassen, dann kommt mit mathematischer Sicherheit der Augenblick, wo es heißt: „Rückwärts, rückwärts stolzer Cid!“... Der Rückzug wird — hoffentlich! — nicht so tödliche Formen annehmen wie der von 1812, obwohl das fortdauernde Herumstochern im Krater nur allzuleicht eine Volkerhebung von ungeheuersten Dimensionen im besetzten Gebiet nach sich ziehen kann.“

(„Kreuztg.“ Nr. 60 v. 6.2.1923.)

\*

**Die Examensfrage.** Der reaktionäre Oberschulrat Michaelis pflegte, wie in Leipzig gerichtlich festgestellt wurde, bei der Reifeprüfung die Frage zu stellen: „Warum nennt Oswald Spengler die deutsche Revolution die lächerliche?“ — Wir gestatten uns eine Antwort: „Weil trotz dieser Revolution Herr Michaelis noch preussischer Oberschulrat ist.“ Vigil.

**Schade!** Darf ein Politiker, der zufällig ins Theater verschlagen wird, seine Meinung äußern? Vielleicht sieht er gerade, weil er mit ganz anderer Einstellung als der berufsmäßige Kunstrezensient hineingeht, manches anders — und richtiger. Also: Ich kam in die Erstaufführung des „Kaufmann von Venedig“, gespielt von Berthold Viertel's „Truppe“. Das Selbstverständliche vorweg: man soll jedem Theaterleiter dankbar sein, der sich in unserer Zeit fauliger Operntenseuche um künstlerische Ziele bemüht. Man soll ihn allein schon für diesen Umstand loben und die paar Menschen, die im Theater Genüsse über den Anblick von Spitzenunterhöschen hinaus erstreben, in seine Vorstellungen schicken. Aber... warum bleibt mir bei aller guten Absicht noch ein häßliches kleines „Aber“ in der Kehle stecken? Vielleicht weil ich zu den Menschen gehöre, die in jedem Kunstwerk den Zusammenhang mit dem Gesamtfühlen und -ringen ihrer Zeit, ein Anklingen an die großen Linien der Kulturentwicklung suchen. Das fand ich hier nicht. Ich sah grell bemalte Puppen auf der Bühne, in Glanzpappe und Steifleinen verschnürt, pretiöse abgewinkelte Gebärdchen und lächelnde Mündchen, absonderliche Hosenbeine in grotesken Sprüngen sich bewegend, Theater auf dem Theater. Ein Kundiger erzählte mir, daß dies Orellbunte der neue russische Stil sei. Schön, gut, ich bin um einen Facha Ausdruck reicher. Aber ich fand weder eine innere Beziehung zu Rußland noch zu Deutschland. Ich denke mir zwei Völker in furchtbarstem Sturm und Ringen der Zeit, zwei Völker, über die in Jahren das Schicksal von Jahrhunderten herfällt, die herumgeschleudert werden im wildesten Malstrom des Geschehens und kaum noch fähig sind, Atem zu schöpfen. Was könnte denen Shakespeare sein — viel, ungeheuer viel. Die Verkörperung gigantischen Schicksals, die Spannung vor der Katastrophe, ein



Widerhall eigenen tragischen Ringens, ein Aufschrei furchtbarer Not. Unsere Zeit voll Nationalhaß und Klassenkämpfen könnte auch manches von ihrem eigenen Schicksal erleben im „Kautmann von Venedig“, diesem so ganz von Tragödienhauch geschwängerten Lustspiel, dieser brutal-grausamen Auseinandersetzung zwischen Rassen und Religionen. Aber was hatte das niedliche, artige, zierliche Marionettenspiel, das ich auf der Bühne sah, mit der Ekstase einer rasenden Zeit zu tun? Einzig vielleicht Kortners dämonischer Shyloek, der aber auch mit jeder Gebärde aus diesem Glanzpapierflechtblatt herausexplodierte. Das Ganze: ein artistisches, aber kein inneres Erlebnis. Ein Zufall, daß ich hierher geriet, ein Zufall, daß ich gerade hierüber schreibe. Aber es handelte sich nur um die Verstärkung eines Gesamteindrucks vieler Jahre: unsere Kunst, selbst wo sie ehrlich Neues erstrebt, lebt nicht in unserer Zeit, läuft zusammenhanglos neben unserer Zeit her. Schade.... E. K-r.

\*  
**Reklame für Ludendorff.** Die „Deutsche Tageszeitung“ (Nr. 432) entrüstet sich über Lord Rother-

mare, den Bruder und Erben des verstorbenen Lord Northcliffe, weil Lord Rothermare in seinem illustrierten Blatt „Sunday Pictorial“ geschrieben hat, zwischen England und Frankreich hätten in den vergangenen Jahrhunderten mit Ausnahme kurzer Zeiträume die herzlichsten Beziehungen bestanden. Hierzu schnaubt die „Deutsche Tageszeitung“:

„Die Dreistigkeit des Geschichtsfälschers überschreitet allerdings jedes Maß. Indessen muß man Lord Rothermare zugeute halten, er ist der Bruder Lord Northcliffes, des Erfinders der abgehackten belgischen Kinderhände, der durch schamloses Lügen einer der reichsten und mächtigsten Männer seines Zeitalters geworden ist.“

Gehört zu diesen „schamlosen Lügen“, denen die Lord-Gebrüder ihren Reichtum verdanken, auch der bekannte Aufsatz des Generals Ludendorff im gleichen Sunday Pictorial des gleichen Lord Rothermare, in dem Herr Ludendorff die deutsche Republik unter allerhand Geschichtsklitterungen gröblich beschimpfte?!

---

## BÜCHERSCHAU.

**Individualistische Endformen.** Das kapitalistische Zeitalter züchtet den Ichmenschen bis in die letzte Konsequenz, und was die Wirklichkeit etwa versäumt, besorgt die Literatur. Sie hat den Genießer, den Unterdrücker, den Verbrecher zu einer Potenz entwickelt, die man nach biologischem Vorbild als „Endform“ ansprechen kann. So verwundert uns die Welt eines Dichters nicht, in der es keine Romantik, keine Sentimentalität, keinen Altruismus gibt. Raubmenschen umlauern einander, ein gerissener Gauner übergauert den minder gerissenen, Opfer werden überpölpelt, deren plumpe Gier kein Fünkchen Mitgefühl aufglimmen

läßt; Liebe ist Kaufobjekt oder Mittel zum Verbrechen, der Hochstapler reussiert durch seinen „Truc“ oder seine „Kombination“, während sein täppisches Opfer zum Schaden den Spott erntet. So sieht die Welt Walter Serners aus, eine entgötterte Welt der Zuhälter, Dirnen, Spieler und Betrüger. Aber dennoch — die 33 „hahnebüchernen Geschichten“ der Sammlung „Zum blauen Affen“, die 25 Kriminalgeschichten (sich nicht durch den Titel dupieren lassen!) der zweiten Folge „Der elfte Finger“ (beide Verlag Paul Stegemann, Hannover) sind virtuos hingeknallt, knapp, diszipliniert, Meisterwerke der Novelistik. Die in den Titeln sich dreist

ankündigende Erotik drastisch, wegen, aber ohne süßlichen Kitsch und zu realistisch-offenherzig zur heimlichen Lüsternheitserweckung. Hier liegt vielleicht eine künstlerische Ueberwindung des handwerksmäßigen Kriminalgenres, aber... ein „Aber“ bleibt bei allem in der Kehle stecken. Ein rebellierendes Bedauern, daß so viel Können — und nicht nur im Falle Serner — seine Befriedigung im absolut Asozialen, in der Verneinung jeglichen Gemeinschaftsgeistes findet.

„Endformen“ — aber freilich in anderem Sinne — bietet uns auch das Kuriositätenkabinett von Emil Szittyä, aus dem hier jüngst eine Probe veröffentlicht wurde<sup>\*)</sup>. (See-Verlag, Konstanz.) Es gibt kaum eine Kundenherberge, Verbrecherkaschemme, Künstlerkneipe, keinen anarchistischen Geheimklub, kein Zentrum sektirischen oder spiritistischen Humbugs, keinen Literatenzirkel, wohinein dieser unermüdliche Bummler nicht eingedrungen ist. Er erzählt von Landstreichern, Verbrechern, Artisten, religiös Wahnsinnigen, sexuellen Merkwürdigkeiten, Sozialisten, Anarchisten, Politikern und Künstlern, immer ausgezeichnet durch verblüffende Kennerschaft intimster Dinge. Freilich, bei näherem Hinsehen ist Szittyas Kenntnis der einzelnen Kreise doch recht ungleich, sein Leben hat sich offenbar in den Sphären bewegt, wo Landstreichertum, Kunst und Politik ineinander übergehen, wo der Anarchist zum Verbrecher, der Verbrecher zum Anarchisten wird, Künstler von Zuhälterei leben und Zuhälter Verse schreiben. Natürlich ist dies das Klima, in dem Originale und Exzentritäten gedeihen, es ist die große, vielgestaltige Bohême, in die das talentvolle, oft genialische, aber absolut asoziale Individuum flüchtet und in

\*) Heft 24 der „Glocke“.

der es oft untergeht, aber aus der es zuweilen auch als smarterer Geschäftsmann wieder emporsteigt zu bürgerlicher Behäbigkeit, weil ihm die merkantile Ausnutzung irgendeiner künstlerischen, spiritistischen oder politischen Schwärmerei gelungen ist. Das bunte Wirrwarr solcher Schicksale, einige hundert bizarre Porträts, oft mit zwei, drei Strichen hingeworfen, das macht den Inhalt des Buches, das freilich von den darin abgemalten Koterien, Zirkeln und Sekten durchaus unliebsam empfunden werden dürfte. Diskretion ist allerdings des Verfassers starke Seite nicht, durch den Ueberfluß des Gegenteils wirkt er oft auch auf den unbeteiligten Leser nicht gerade sympathisch. E. K.-r.

\*

**Russische Köpfe** (Franz Schneider, Verlag, Berlin). Der Verfasser dieser flott gezeichneten und mit guten Illustrationen ausgestatteten Porträts, Oskar Blum, soll nach Behauptung des „Vorwärts“ von den Bolschewisten als Spitzel der zarischen Ochrana entlarvt sein. Sicher ist, daß er eine Zeitlang von ihnen im Gefängnis gehalten wurde. Ob die Entlarvung zutrifft, konnten wir nicht feststellen. Bejahendenfalls ist Oskar Blum wenigstens kein rachsüchtiger Spitzel. Seine russischen Porträts sind ohne Liebe und Haß gezeichnet, die sozialrevolutionären und menschenwivistischen Führer der Februar-Revolution sogar im allgemeinen kühler und ablehnender behandelt als die Männer des bolschewistischen Oktober-Umsturzes. Soll ein Urteil über das Buch, nicht über seinen Verfasser gefällt werden, so ist es lesenswert und anregend geschrieben, in den Tatsachen allerdings zuweilen mit Vorsicht zu genießen, da die Tatsachenkenntnis des Verfassers nicht immer mit seiner Fähigkeit, zu porträtieren, Schritt hält. -r.

# LEST DIE Jung- republikanische Warte

*Sie will das Organ aller jungen Republikaner sein und deren Ansichten in der Politik, Wirtschaft, Kultur und Ethik zur Geltung bringen*

*Sie will die republikanische Jugend Deutschlands ohne Unterschied der Partei, Konfession und Geschlecht zu einer festen Ideengemeinschaft vereinigen*

Abonnementsbestellungen bei jedem Postamt und beim Verlage, Berlin W 10, Bendlerstr. 12  
(Kurfürst 5869)

## DIE PRAXIS DER HANDELSPOLITIK VON MAX SCHIPPEL

Eine gemeinfaßliche Einführung • Zweite, vermehrte Auflage  
**GRUNDPREIS 1,- M.**

*Aus den Presse-Urteilen:*  
Der Verfasser gibt nicht nur *klare Definitionen* über Nationalbehandlung u. Meistbegünstigung, Freihandel und Schutzzoll, Tarifverträge und autonomen Doppeltarif sowie Meistbegünstigung u. Reziprozität, sondern *erläutert die Unterschiede an zahlreichen Beispielen* aus den verschiedensten Handelsverträgen. Weiterhin wird die Stellung der Kolonien in der Handelspolitik und eingehender die Frage der Zollkriege *erörtert*. Den Schluß bilden *Betrachtungen* über die Ursachen des Umschwungs zum Schutzzoll in der Nachkriegszeit und über die Möglichkeit, wie Deutschland *trotz Friedensvertrag* sich handelspolitisch betätigen kann.  
*„Weltwirtschaftliches Archiv“ (Gustav Fischer, Jena)*

**VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT GMBH • BERLIN SW 68**



# INHALTSVERZEICHNIS

## A. Sachregister

	Seite		Seite
<b>Außenpolitik</b>			
Bernstein, Eduard: Ein Brief für einen amerikanischen Staatsmann . . . . .	57	Heinig, Kurt: Fünfhundert theoretische Goldmillionen . . . . .	254
Breitscheid, Rudolf: Zerstörte Illusionen . . . . .	159	— Das Berliner Programm der Industrie . . . . .	274
— Letzte Gelegenheit . . . . .	187	— Gesetzliche Steuerhinterziehung . . . . .	306
— Die endlose Krisis . . . . .	233	— Herkulesarbeit . . . . .	568
— Vorläufige Randbemerkungen . . . . .	271	— Ueberspannungen und Abschwächungen . . . . .	594
— Hoffnungen und Enttäuschungen . . . . .	411	— Devisen oder Kommissar? . . . . .	645
— Zwischen England und Frankreich . . . . .	467	Kranold, Herman: Jammerjubiläum . . . . .	485
Breuer, Robert: Botschafter nach Paris . . . . .	609	Moser, Dr. Heinrich: Inflation und Indexlöhne . . . . .	418
Jaszi, Oskar: Die Spaltung der ungarischen Reaktion . . . . .	9	Nöllenburg, Wilhelm: Goldmarkbilanzen . . . . .	219
Kaminski, Hanns Erich: Die äußere Politik des Faschismus . . . . .	621	— Leipziger Totenmesse . . . . .	616
Mat, T.: Das Haupt der Medusa . . . . .	404	Papyrus: Papierpanama . . . . .	287
Michel, Albin: Persien als internationales Kampfobjekt . . . . .	40	— Nochmals Papierpanama . . . . .	354
— Rumänien in der neuesten Zeit . . . . .	149	Ungern-Sternberg, Dr. R. von: Die Gefahren der Inflation . . . . .	84
— Panamerikanische Ziele . . . . .	175	— Was soll geschehen? . . . . .	585
— England und Rußland . . . . .	201	— Ist eine Goldwährung durchführbar? . . . . .	641
— Italien und Griechenland . . . . .	619	<b>Innere Politik</b>	
— Das Unglück Japans . . . . .	648	Bavaricus: Rupprecht unter Hochverrätern . . . . .	369
Neurath, Otto: Bürgerliche Front in Oesterreich . . . . .	655	Block, Hanns (Dresden): Sachsen und die Reichseinheit . . . . .	440
Quarck, Dr. Max: Ein Angriff auf das internationale Arbeitsbüro . . . . .	421	— Der Kern des Notenkrieges Berlin-Dresden . . . . .	558
Rudner, Berthold: Amerikanische Vorbilder der Ruhrbesetzung . . . . .	651	Breitscheid, Rudolf: Von Cuno bis Stresemann . . . . .	551
Sakasoff, Janko: Die Ereignisse in Bulgarien . . . . .	534	Breuer, Robert: Die Fahne im Reichstag . . . . .	108
<b>Ruhrbesetzung</b>		— Das Fest der Tradition . . . . .	235
Altmaier, J.: Von Frankfurt bis Wiesbaden . . . . .	263	— Die Opposition der Verantwortlichen . . . . .	337
Bernstein, Eduard: Frankreich und das Recht . . . . .	387	— Kanone und Henkerbeil G. m. b. H. . . . .	355
Blass, K.: Der Wirtschaftskampf an der Ruhr . . . . .	53	— Runter vom Vulkan . . . . .	414
Breuer, Robert: Der aktive Widerstand . . . . .	383	Eschendorf, Hans: Roßbach und Leuthen . . . . .	44
— Vom Elsaß zur Ruhr . . . . .	637	Frank, Josef Maria: 11. August 1919 — 11. August 1923 . . . . .	547
Frank, Josef Maria: Essen . . . . .	48	Glaser, Hanns Hermann: Der „Consul“ und sein Reich . . . . .	442, 497
Kuttner, Erich: Schlageter und Schlagetot . . . . .	346	Grötzsch, Robert: Die sächsische Zipfelmütze . . . . .	79
— Cuno im Nebel . . . . .	26	Heinig, Kurt: Cuno im Glück . . . . .	5
Löffler, Heinrich: Frankreich und das Kohlenproblem . . . . .	327	Kuttner, Erich: Weiße Ostern . . . . .	1
Quarck, Dr. Max: Das englische Urteil über den Ruhreinfall . . . . .	554	— Cuno im Nebel . . . . .	26
Roth, Josef: Vergebliche Ruhrpropaganda . . . . .	46	— Die Republik mit dem Floh . . . . .	439
Tassin, N.: An der Ruhr und am Rhein . . . . .	179	— Memento . . . . .	470
Ungern-Sternberg, Dr. R. von: Die Wirtschaftslage in Frankreich . . . . .	119	— Diktatur des Steuereintnehmers . . . . .	581
Zechlin, Dr. Walter: Ut mine Gefängnistid . . . . .	69	Müller-Brandenburg: Kommunistenunfug in Thüringen . . . . .	286
<b>Finanzen und Wirtschaft</b>		Quarck, Dr. Max: Die militärische Vorbereitung Deutschlands . . . . .	60
Heermann, Heinrich: Wertbeständige Sozial- und Armenrenten . . . . .	530	— Heldengezänk und wirtschaftliche Tatsachen . . . . .	181
Heinig, Kurt: Die Drückeberger der Dollaranleihe . . . . .	89	— Drei Aktenstücke . . . . .	215
— Stabilisierungspleite . . . . .	111	— Zwischen Kommunisten und Kapitalisten . . . . .	277
— Neue Steuern — neuer Betrug . . . . .	138	Rabold, Emil: Das Rüpelspiel im Landtag . . . . .	161
		Rausch, Bernhard: 1871 und 1918 . . . . .	141
		Reuter, Ernst: Revisionismus in der K. P. D. . . . .	230
		— Ohne Segel, ohne Steuer . . . . .	251
		— Radek und Reventlow . . . . .	589
		Rosenberg, Dr. Kurt: Historisches zur Dolchstoßlegende . . . . .	15
		Scheldemann, Philipp: Zum ungesetzlichen Feiertag der Verfassung . . . . .	523

	Seite
Schützinger, Hermann (Dresden): Polizei und Selbstschutz . . . . .	392
— Republik und Wehrmacht . . . . .	562
Valentin, Prof. Dr. Veit: 1848 bis 18. Mai 1923 . . . . .	159
Wilms-Schwerin, Alfred: Eine Mordtat der Münchener Feme . . . . .	37
Zechlin, Dr. Walter: Finis Germaniae? . . . . .	359
— Deutscher Journalismus . . . . .	546
* * *: Der Reichspressechef . . . . .	612

### Gewerkschaft

Falkenberg, Albert: Das Mitbestimmungsrecht der Beamten . . . . .	152
Heinig, Kurt: Allgemeiner Kampf um den ehrlichen Lohn . . . . .	398
Juchacz, Marie: Teuerung und Lohnerhöhung . . . . .	302
Leipart, Theodor: Teuerung und Lohnerhöhung . . . . .	301
Schmidt, Robert: Teuerung und Lohnerhöhung . . . . .	299
* * *: Lohnanteile und Sachkosten . . . . .	125

### Kriegsschuldfrage

Bernstein, Eduard: Vorläufige Antwort . . . . .	117
Delbrück, Prof. Hans: Richtigstellung eines Irrtums . . . . .	397
Wegerer, Alfred von: Das Extrablatt des Lokalanzeigers . . . . .	115
Wendel, Hermann: Delbrück und Mandl . . . . .	88
— Kriegsschuldliteratur . . . . .	816
— Zum letzten Mal: Delbrücks Irrtümer . . . . .	446

### Rechtspflege

Breuer, Robert: S. M. Hildb. . . . .	593
Orzeinski, A.: Marktgerichte . . . . .	303
Kuttner, Erich: Ein Wort für Fechenbach . . . . .	376
Ruscheweyh, Dr. Herbert: Das abgeschmettete Volksgericht . . . . .	260
* * *: Die Fechenbach-Interpellation . . . . .	399

### Sozialismus

Altmaier, Jakob: Bebel und Jaurès . . . . .	207
Bernstein, Eduard: Zur Schlüsselsteinlegung der sozialistischen Internationale . . . . .	190
— Klassenkampf und nationales Interesse . . . . .	363
Breuer, Robert: Die Internationale des Möglichen . . . . .	245
Grötzsch, Robert: Der Bannerträger . . . . .	539
Haebler, G.: Wege zum Sozialismus . . . . .	231
Kranold, Herman: Mehr Theorie — mehr Philosophie! . . . . .	169
Kuttner, Erich: Mairede . . . . .	105
Lewin-Dorsch, Eugen: Familie und Stammbaum von Karl Marx . . . . .	340
— Familie und Stammbaum von Karl Marx . . . . .	309
Nathan, Dr. Paul: Ferdinand Lassalles Ende . . . . .	452
Scheidemann, Philipp: Nach vierzig Jahren . . . . .	203
Schützinger, Dr. Hermann: Das Problem des Staatssozialismus . . . . .	224
Stroebel, Heinrich: Nationalegoismus und Weltbürgertum . . . . .	473
Wendel, Hermann: Bebels Weg zum Sozialismus . . . . .	528
— Rund um Lassalle . . . . .	601

### Kultur und Schule

Heuß-Knapp: Der Mittelstand im Schaukasten . . . . .	320
Paquet, Alfons: Wehrlose Leute . . . . .	597
Schwarz, Dr. Adólf, Leipzig: Republik und Hochschule . . . . .	456
Sturm, Dr.: Verfall oder Neuaufbau unseres Schulwesens . . . . .	454
Witte, Dr. Erich: Neue Lesebücher . . . . .	402

### Kunst

Frank, Josef Maria: Arno Holz . . . . .	62
Jezower, Ignaz: Zu einem Jubiläum . . . . .	27
Offenburg, Kurt: Arnim T. Wegner . . . . .	65
Quarck, Dr. Max: Rousseau-Studien . . . . .	65
Sziltya, Emil: Zwischen italienischen Pianotasten . . . . .	69
Westheim, Paul: Der Zeichner George Grosz . . . . .	178

### Zeitbilder und Glossen

Cohn, Alfons Fedor: Politisch* Lied . . . . .	126
Fontana, Oskar Maurus: Um das Antlitz des Menschen . . . . .	457
Frank, Josef Maria: Initiative . . . . .	374
— Delirium tremens . . . . .	571
Grötzsch, Robert: Funken . . . . .	47
Klabund: Das Haus in der Hölle . . . . .	51
Rusticus: Der neue Landrat . . . . .	291
Sedif Alam: Das Liebesabenteuer des Ministers . . . . .	291

### Essays und Erzählungen

Cohn, L., München: Vom geistigen Sterben . . . . .	243
Doebelin, Alfred: Der verschlingende Wald . . . . .	42
Flake, Otto: Höflichkeit . . . . .	21
— Bühnenmüde . . . . .	27
— Vom Schriftsteller . . . . .	27
— Bodenseeode . . . . .	29
— Tiere . . . . .	55
— Vom deutschen Defekt . . . . .	57
Haebler, R. G.: Die Sterne und die Götter . . . . .	263
Paquet, Alfons: Das Bankett . . . . .	41
Toller, Ernst: Das Interview . . . . .	377

### Gedichte

Frank, Josef Maria: Verflucht und zugenäht . . . . .	251
— Kleines aus dem Tierreich . . . . .	42
Rothensfelder, Franz: Grunewaldsee . . . . .	64
— Blinder Mann . . . . .	65
Schöniand, Bruno: Moloch . . . . .	43

### Umschau

Ein furchtbares Erlebnis (Robert Breuer) . . . . .	21
Fridericus Rex und Luise Regina (R. Br.) . . . . .	24
Späte Ehrenrettung (r. bn.) . . . . .	25
Selbsthilfe gegen veraltetes Gesetz (E. Kr.) . . . . .	41
Fragen an den Reichswehrminister? (Breuer) . . . . .	5
Zu welchem Ende? (Schmidts, Ludwig) . . . . .	8
Das Ruhrgebiet Bayern (Vigil) . . . . .	71
Poincaré in Agram (R. Br.) . . . . .	73
Schwarz-weiß-rote Auslandsdeutsche (Breuer) . . . . .	71
Ein König kommt durch ein Spallier (Manuel) . . . . .	77
Das patentierte Hakenkreuz . . . . .	77
Gewerkschaftsbanken in den Vereinigten Staaten . . . . .	77
Republikanische Justiz im Musterlände . . . . .	74
Ein Wendepunkt (Robert Breuer) . . . . .	72
Moral insanity (Medicus) . . . . .	27
Einheitsfront, Illusion und Schlepptau (Robert Breuer) . . . . .	27
Wo steht das? . . . . .	24
Die Politik des deutschen Arbeitgebers . . . . .	27
Wer ist Diedrich Eckardt? (R. Br.) . . . . .	29
Wie lange noch? (R. Br.) . . . . .	29
Propaganda (Herkules) . . . . .	29
Niederlage bei Roßbach (Breuer) . . . . .	27
Gedenken für Waldeck-Manasse (Kuttner) . . . . .	27
Ein deutscher Professor als Zeuge . . . . .	24
Geglückte Staatsrettung . . . . .	29
Wirkungsvolle Verteidigung . . . . .	29
Hakenkreuzler . . . . .	29
Fridericus Rex in Belgien (K. O.) . . . . .	27
Doch seine Welne trinkt er gern (Vigil) . . . . .	27
Vergiftete Schulgeographie . . . . .	29
Johann Gottlieb Fichte und Ferdinand Lassalle . . . . .	29

	Seite
Der törichte und eigensinnige Professor (Vigil)	284
Unkenntnis — Erkenntnis (R. Br.)	294
Nochmals Traditionskompagnie oder — die Republik muß kleinlich sein (Breuer)	295
An die Adresse des Reichsverkehrsministers (R. Br.)	296
Mehr Programm (Breuer)	297
Ein treuer Diener seines Herrn (Vigil)	298
Der rote Peterpfennig (R. Br.)	332
Graf Westarp — der Prinzenmörder (R. Br.)	363
Neu-Byzanz (R. Br.)	363
Völkische Einheitsfront (Vigil)	354
Die alldeutschen Judenknecchte (Vigil)	389
Blut und Eisen (Vigil)	409
Die Wahrheit auf dem Marsche (E. K—r.)	409
Im Dunstkreis des Hohenzollernhofes	426
Kommunistisch-Antisemitisches	437
Der abwartende Ritter (R. Br.)	437
Sonnenstich (R. Br.)	438
Aktivität (R. Br.)	465
Kriegsheldentum und Charakter (E. Kr.)	465
Drei Berliner Urteile an einem Tage	466
Verleumde immun (Kuttner)	466
Antwort Herr Geßler (Vigil)	491
Eine peinliche Erinnerung (Kuttner)	492
Es antisemitelt weiter	492
Hedwig Courts-Mahler vor dem Staatsgerichtshof	492
Noch nicht dagewesen (Kuttner)	498
Wer verdient am Ruhrkonflikt? (Vigil)	548
Verwechslungen (Vigil)	548
Nationalstolz eines Lebensmüden (Bruno Manuel)	548
Ein guter Schwurzeuge (M. Qu.)	576
Hunderttreue das deutsche Ideal (Vigil)	577
Wirtschaftsführer (Dr. H. F. Schmidt)	577
Der wildgewordene deutsche Professor (Vigil)	579
Wer macht im Ausland Propaganda für Deutschland	579
Geistiges Studentenfutter (Kuttner)	605
Peinliches aus einer Staatspartei (r. bn.)	605
Der ehrliebende Soldat	664

### Bücherschau

Arnim T. Wegner: Das Geständnis — Der Knabe Hülselein — Der Weg ohne Heimkehr — Im Hause der Glückseligkeit (Sybille-Verlag, Dresden)	21
Leopold Mandl: Die Habsburger und die serbische Frage (Wien 1918)	88
Arno Holz: Die neue Wortkunst — Evolution der Lyrik — Evolution des Dramas — Die befreite deutsche Wortkunst — Neuen Geleisen — Familie Selicke — Papa Hamlet — Papierene Passion Phantasia (Insel-Verlag, Leipzig)	93
Buch der Zeit 93 — Sonnenfinsternis — Ignorabimus — Sozialaristokraten — Die Bleichschmiede — Dafnis	94
Oskar Maurus Fontana: Der Garten immergrün (Verlag E. P. Tal & Co., Wien, Zürich)	108
Landauer: Der Todesprediger — Macht und Mächte — Skepsis und Mystik (Marcau-Block-Verlag, Köln)	180
Arnold Gysin: Die andere Hälfte der Pflicht (Der Neue Geist-Verlag, Leipzig)	171

	Seite
Helmuth Falkenfeld: Philosophen für und wider die Revolution (Der Neue Geist-Verlag, Leipzig)	173
Leonard Nelson: Vom Bildungswahn (Verlag Der Neue Geist-Verlag, Leipzig)	174
George Grosz: Ecce homo (Malik-Verlag, Berlin)	178
Prof. Masaryk: Tagebuch der Staatsgründung	214
Prof. Schmalenbach: Goldmarkbilanzen	221
Alexandre und de Neve: Handatlas der Geographie (H. Dessain, Lüttich)	269
Karl Werkmann: Der Tote auf Madeira (Verlag für Kulturpolitik, München)	298
Colin Roß: Der Weg nach dem Osten (Brockhaus in Leipzig)	298
Sven Hedin: Persien und Mesopotamien — Mon Everest (Brockhaus-Verlag, Leipzig)	298
Karl Korn: Die Arbeiterjugendbewegung (Arbeiterjugend-Verlag, Berlin)	325
Dr. Wilhelm Ziegler: Deutschland und die Schuldfrage (Verlag für Politik und Wirtschaft)	315
Ernst Toller: Der entfesselte Wotan	377
Adam Smith: Theorie des moralischen Empfindens	373
— Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Völker	374
Hermann Böse: Volkslieder (Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, Verlag Buchhandlung Vorwärts)	410
Hans Reimann: Der Geenij (Verlag Paul Stegemann, Hannover)	410
Robert Henseling: Astronomie für alle (Francksche Verlagsbuchh., Stuttgart)	410
Fritz Karsen: Deutsche Versuchsschulen der Gegenwart und ihre Probleme (Dürsche Buchhandlung, Leipzig)	454
Gaudigs: Schule der freien geistigen Arbeit	455
Upton Sinclair: The Goose Step	457
Paquet: Fahnen (Dreimasken-Verlag, München)	460
Kurt Pfister: Die Brüder van Dick (Delphien, München)	487
Kurt Geyer: Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung (Thüringer Verlagsanstalt, Jena)	494
Gustav Mayer: Ferdinand Lassalle, Nachgelassene Briefe und Schriften. II. Band: Lassalles Briefwechsel von der Revolution von 1848 bis zu Beginn seiner Arbeiteragitation (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart)	601
Otto Flake: Deutsche Reden (Verlag Die Schmiede)	606
Dr. Richard Baerwald: Ladokkas Malstrom (Felsenverlag, Buchenbach, Baden)	607
Ernst Drahn: Marxbibliographie (Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte)	608
Dr. R. Lotze: Jahreszahlen der Erdgeschichte (Francksche Verlagsbuchhandl. Stuttgart)	608
Hans Wolfgang Behm: Entwicklungsgeschichte des Weltalls, des Lebens und des Menschens (Francksche Verlagsbuchhandl. Stuttgart)	608
Walter G. Hartmann: Die Tiere der Insel (Sybille-Verlag, Dresden)	608
Erwin Egon Kisch: Klassischer Journalismus (Rudolf Kämmerer, Berlin)	635

## B. Namenregister

(Die Ziffern geben die Seitenzahlen an)

- Altmaier, Jakob** 207, 258
- Bavaricus** 369
- Bernstein, Eduard** 57, 117, 190, 363, 387
- Bernstein, Richard** 214
- Blaß, K.** 53
- Block, Hans** 449, 558
- Breitscheid, Dr. Rudolf** 159, 187, 243, 271, 411, 467, 551
- Breuer, Robert** 22, 50, 76, 102, 108, 157, 212, 255, 245, 295, 297, 337, 355, 383, 414, 592, 609, 637
- Br. R.** 24, 25, 75, 182, 185, 224, 296, 352, 353, 437, 438
- r. b-n. 465, 605
- Cohn, Alfons Fedor** 126
- Cohn, L.** 542
- Delbrück, Prof. Dr. Hans** 397
- Doebelin, Alfred** 431
- Eschendorf, Hans** 44
- Falkenberg, Albert** 152
- Flake, Otto** 19, 73, 237, 349, 458, 570, 635
- Fontana, Oskar Maurus** 487
- Frank, Josef Maria** 48, 92, 351, 8 9, 547, 572, 633
- Glaser, Hans Hermann** 442, 479
- Grötzsch, Robert** 79, 408, 539
- Grzezinski, A.** 303
- Maebler, G. H.** 281, 265
- Heinig, Kurt** 5, 89, 111, 138, 254, 274, 306, 393, 568, 644
- Heermann, Heinrich** 536
- Heuß-Knapp, Elly** 320
- Herkules** 185
- Jaszi, Oskar** 9
- Jezower, Ignaz** 97
- Juchacz, Marie** 302
- Kaminski, Hans Ernst** 621
- Klabund** 210
- Kranold, Herman** 169, 372, 485
- Kuttner, Erich** 1, 26, 105, 213, 346, 376, 439, 470, 581
- K-r., E.** 49, 297, 325, 409, 410, 465, 466, 492, 493, 605, 606, 607
- Leipart Theodor** 301
- Lessen, Ludwig** 325
- Lewin-Dorsch, Eugen** 309, 340
- Löffler, Heinrich** 327
- Manuel, Bruno** 77, 948
- Mat, T.** 404
- Medicus** 128
- Michel, Albin** 40, 149, 175, 201, 619, 648
- Moser, Dr. Heinrich** 418
- Müller-Brandenburg** 286, 494
- M., Professor (Heidelberg)** 84
- m. a. 73
- Nathan, Dr. Paul** 452
- Neurath, Otto, Wien** 655
- Nöllenburg, Wilhelm** 219, 616
- Offenburg, Kurt** 21, 180, 323, 549, 608
- O. K. 268
- Paquet, Alfons** 460, 597
- Papyrus** 287, 354
- Quarck, Dr. Max** 60, 131, 215, 277, 421, 554, 66
- Q. M. 576
- R** 608
- Rabold, Emil** 161
- Rausch, Bernhard** 141
- Reuter, Ernst** 30, 251, 589
- Rosenberg, Dr. Kurt** 15
- Roth, Joseph** 46
- Rothenfelder, Franz** 634, 635
- Rudner, Berthold** 651
- Ruscheweyh, Dr. Herbert** 261
- Rusticus** 291
- Sakasoff Janko** 534
- Scheidemann, Philipp** 203, 523
- Schirl** 103
- Schmidt, Robert** 299
- Schmidts, Dr. Ludwig H.** 50, 577
- Schönlank, Bruno** 435
- Schwarz, Dr. Adolf** 456
- Schützinger, Hermann** 224, 332, 562
- Sedif Alam** 124, 263, 604
- Stroebel, Heinrich** 473
- Sturm, Dr.** 454
- S-z** 410
- Szitty, Emil** 268
- Tassin, N.,** 179
- Toller, Ernst** 377
- Ungern-Sternberg, Dr. R. v.** 34, 119, 585, 641
- Valentin, Velt, Prof. Dr.** 195
- Vigil** 71. 269, 294, 298, 354, 382, 409, 410, 426, 487, 491, 492, 548, 577, 579
- Wegerer, Alfred von** 115, 694
- Wendel, Hermann** 86, 315, 446, 528, 601
- Westheim, Paul** 179
- Wilms-Schwerin, Alfred** 37
- Witte, Dr. Erich** 402
- Zechlin, Dr. Walter** 68, 359, 546









# PERIODICALS

PERIODICALS



Digitized by

Google

Original from  
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

